

## Die Handwerker in St. Petersburg

# Europäische Hochschulschriften

Publications Universitaires Européennes  
European University Studies

## Reihe III

### Geschichte und ihre Hilfswissenschaften

Série III Series III

Histoire, sciences auxiliaires de l'histoire  
History and Allied Studies

**Bd./Vol. 934**



**PETER LANG**

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Wien

Andreas Keller

# Die Handwerker in St. Petersburg

Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum  
Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914



**PETER LANG**  
Europäischer Verlag der Wissenschaften

**Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme**

**Keller, Andreas:**

**Die Handwerker in St. Petersburg : von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 / Andreas Keller. - Frankfurt am Main ; Berlin ; Bern ; Bruxelles ; New York ; Oxford ; Wien : Lang, 2002**

**(Europäische Hochschulschriften : Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften ; Bd. 934)**

**Zugl.: Freiburg (Breisgau), Univ., Diss., 2000**

**ISBN 3-631-39403-9**

**Gedruckt auf alterungsbeständigem,  
säurefreiem Papier.**

**D 25**

**ISSN 0531-7320**

**ISBN 3-631-39403-9**

**© Peter Lang GmbH**

**Europäischer Verlag der Wissenschaften**

**Frankfurt am Main 2002**

**Alle Rechte vorbehalten.**

**Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.**

**Printed in Germany 1 2 4 5 6 7**

**[www.peterlang.de](http://www.peterlang.de)**



**meiner Frau Irina**



"Die *magnalia*, welche die alte Welt unter dem Namen der sieben Wunderwerke hinterlassen, sind an sich selbst einer sonderbaren Bewunderung würdig, aber in Betrachtung ihrer jemals gehabtens Nutzens, und der geraumen Zeit, welche darauf verwendet ist, mit der Stadt Petersburg in keine Vergleichung zu ziehen, denn diese ist in zehn Jahren erbauet, und kann in Ansehen des aus der ganzen Welt dahin gezogenen Handels mit Recht ein Wunderwerk der Welt heißen".

Friedrich Christian Weber

"Wer hat, meine Brüder, sich unter euch vor 30. Jahren träumen lassen, daß ihr mit mir an der Ostsee hier zimmern, und mit einer deutschen Kleidung in denen durch unsere Mühe und Tapferkeit eroberten Ländern eure Wohnstadt aufschlagen, (...) solche geschickte und aus fremden Ländern zu Haufe gekommene Söhne, soviel ausheimische Künstler und Handwerksleute in unserm Gebiete (...) sehen und erleben würde".

Rede Peter des Großen im Mai 1714 auf dem fertiggebauten Schiff in St. Petersburg, nach F. Ch. Weber



## Vorwort

Die Handwerkerschaft von St. Petersburg genoß aufgrund der Qualität ihrer Arbeit einen außerordentlich guten Ruf. Sie tat sich in der Adaptation neuer Fertigungsmethoden hervor und war für technische Neuerungen aller Art aufgeschlossen.

Die Entwicklung des Handwerks in St. Petersburg war im Sinne Peters des Großen. Sein Anliegen war es, die Ausbildung hochqualifizierter Handwerker voranzutreiben, um der Wirtschaft Russlands Impulse zu geben.

Diese Arbeit möchte zeigen, wie sich das Handwerk in der Hauptstadt des Russischen Reiches entwickelte und warum es zum Vorbild für die übrige Handwerkerschaft wurde. Da diese Entwicklung mit den Strukturen der Selbstverwaltung und denen des Ausbildungswesens eng verbunden ist, sollen auch sie in dieser Arbeit thematisiert werden. Die Periode der Industrialisierung bildet den historischen Schwerpunkt dieser Untersuchung, da in dieser Zeit das Handwerk durch die fortschreitende industrielle Produktion unter erheblichen Konkurrenzdruck kam.

Der Autor möchte den Mitarbeitern des Russischen historischen Staatsarchivs in St. Petersburg und denen der Russischen Nationalbibliothek von St. Petersburg für ihr Engagement und ihre Hilfe bei der Suche nach den benötigten Materialien herzlich danken.

Dem Deutschen Akademischen Austausch Dienst danke ich für das halbjährige Stipendium sowie der Burkhardt-Stiftung der Universität Freiburg i. Br. für die finanzielle Unterstützung meines Vorhabens.

Diese Arbeit wäre ohne die Hilfe von Birgit Sawatzki und Felix Gollinger nicht zustande gekommen. Für wertvolle Ratschläge danke ich Herrn Prof. Dr. Heiko Haumann und Herrn Dr. Guido Hausmann. Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Dittmar Dahlmann, der mir mit Rat und Tat zur Seite stand.



## Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis .....	15-20
Der Stadtplan von St. Petersburg in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts	
EINLEITUNG .....	23
0.1 Problemstellung .....	23
0.2 Forschungsgegenstand und Untersuchungszeitraum .....	28
0.3 Methode .....	34
0.4 Begriffe .....	39
1. <u>Das Handwerk in Rußland vor Einführung der Zünfte 1722</u> .....	45
2. <u>Die Gewerbegesetzgebung und die Gewerbepolitik der russischen Regierung vom 18. Jahrhundert bis 1914</u> .....	49
2.1 Die Gewerbegesetzgebung und die Gewerbepolitik Peters I. vor der Einführung der Zünfte .....	49
2.2 Die Einführung der Zünfte 1722 .....	54
2.3 Die Gewerbegesetzgebung und die Gewerbepolitik nach Peter I. bis 1762 .....	60
2.4 Die Gewerbepolitik Katharinas II. 1762 - 1796 .....	69
2.4.1 Das Handwerksstatut von 1785: Innovation und Kontinuität .....	70
2.5 Der Senatserlaß von 1796 .....	75
2.6 Das Zunftstatut von 1799 .....	78
2.7 Zur Typologie russischer und westeuropäischer bzw. deutscher Zünfte .....	79
2.8 Die Gewerbegesetzgebung und die Gewerbepolitik in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts .....	82
2.9 Staatliche Maßnahmen zum Schutz des hauptstädtischen	

Zunfthandwerks .....	87
2.10 Die Reformversuche von 1850 .....	88
2.11 Die Regierungskommissionen 1857-1864 .....	92
2.12 Die Regierungspolitik von 1870 bis 1914 .....	96
2.13 Zusammenfassung .....	98
3. <u>Die Entwicklung des Handwerks im 18. Jahrhundert</u> .....	103
3.1 Das Zunfthandwerk .....	103
3.2 Das nichtzünftige Handwerk .....	109
3.3 Zusammenfassung .....	113
4. <u>Die Handwerker und ihr Gewerbe im Stadtbild St. Petersburgs</u> <u>des 19. Jahrhunderts</u> .....	119
5. <u>Die Selbstverwaltung der Zunfthandwerker</u> .....	121
5.1 Die Selbstverwaltung der russischen Zünfte .....	127
5.2 Die Selbstverwaltung der deutschen Zünfte .....	132
5.3 Die Zeit von der Reform der öffentlichen Selbstverwaltung St. Petersburgs im Jahr 1846 bis zum Ende der 1850er Jahre .....	139
5.4 Die Selbstverwaltung der russischen Zünfte während der „großen Reformen“ 1860er Jahre bis 1914 .....	146
5.4.1 Die Handwerksverwaltung und die ständigen Zunfthandwerker .....	146
5.4.2 Die Handwerksverwaltung und die zeitweiligen Zunfthandwerker .....	164
5.5 Die Gerichtsbarkeit der Handwerksverwaltung .....	179
5.5.1 Das Rechtsbewußtsein der Handwerker .....	183
5.6 Die finanzielle Lage der Handwerksverwaltung und die Entwicklung des Verwaltungsapparates .....	186
5.7 Zusammenfassung .....	189
6. <u>Der Fiskus und das Handwerk</u> .....	195
6.1 Die Besteuerung der ausländischen Handwerker .....	195



6.2 Die Besteuerung russischer Handwerker .....	212
6.3 Die Besteuerung der nicht zünftig organisierter Handwerker .....	224
6.4 Die Aufgaben der russischen Handwerksverwaltung bei der Besteuerung der Handwerker .....	227
6.5 Zusammenfassung .....	232
7. <u>Die soziale Lage der Handwerker</u> .....	235
7.1 Die soziale Herkunft der Handwerker und ihre demographische Verteilung .....	235
7.2 Die Lebens- und Arbeitsverhältnisse im Handwerk .....	249
7.3 Die soziale Versorgung der Handwerker .....	267
7.4 Die Unterstützungs- und andere Kassen der Handwerker .....	269
7.5 Zusammenfassung .....	273
8. <u>Die Fach- und Allgemeinbildung im Handwerk</u> .....	277
8.1 Die Allgemeinausbildung im Handwerk .....	277
8.2 Die Fachausbildung im Handwerksbetrieb bei den zünftigen und nichtzünftigen Handwerkern .....	284
8.3 Die Rolle der Handwerksverwaltung in der Berufsausbildung .....	296
8.4 Die nichtzünftige Handwerksausbildung und die Rolle des Staates .....	300
8.5 Die Kaiserliche Russische Technische Gesellschaft und die technische Ausbildung .....	312
8.6 Die privaten Ausbildungsanstalten im Handwerk .....	315
8.7 Staatliche Maßnahmen zum Aufbau der Berufsschulen in Rußland und St. Petersburg .....	318
9. <u>Monopol und Konkurrenz im Handwerk</u> .....	323
9.1 Monopol .....	323
9.1.1 Die Zünfte und die zunftfreien Handwerker .....	323
9.1.2 Die Monopolkämpfe zwischen den Zünften .....	336
9.1.3 Zur Definition des Monopolrechts in der russischen	

Gesetzgebung .....	342
9.2 Konkurrenz .....	352
9.2.1 Zünftige Handwerker .....	352
9.2.2 Nichtzünftige Handwerker .....	361
9.2.3 Bäuerliches Heimgewerbe im St. Petersburger und seinen benachbarten Gouvernements: Gewerbe im Spannungsfeld von Stadt und Land .....	371
9.3 Zusammenfassung .....	376
10. <u>Die wirtschaftliche Lage des Handwerks</u> .....	381
10.1 Die allgemeine wirtschaftliche Lage der Handwerker .....	382
10.1.1 Die Kreditbildung im Handwerk und die Genossenschaften .....	410
10.1.2 Die Preis- und Lohnbildung .....	416
10.2 Der Absatzmarkt und regionale Verteilung des Handwerks .....	423
10.3 Die allgemeine Entwicklung der St. Petersburger Industrie und des Handwerks im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts: Wandel im Handwerk .....	434
10.3.1 Die Rolle der ausländischen Handwerker .....	448
10.3.2 Die Entwicklung des Zunfthandwerks und die zeitgenössische Rezeption .....	460
10.4 Zusammenfassung .....	470
SCHLUSS .....	473
 Abkürzungsverzeichnis .....	475
Russische Maße vor 1917 .....	476
Verhältnis vom Silber- und Papierrubel im 19. Jahrhundert .....	476
Handwerksältestenverzeichnis russischer und deutscher Zünfte .....	477
Tabellenanhang .....	479
Quellen und Literaturverzeichnis .....	565

## Tabellenverzeichnis

## Tabellen im Text

Tabelle 1	Manufaktur- bzw. Fabrikarbeiter und die Handwerker von St. Petersburg 1785-1900 .....	31
Tabelle 2	Handel mit Pelzwaren in den Jahren 1837-1854 und die Zollabgaben .....	85
Tabelle 3	Ausgewählte Handwerksbranchen unter den deutschen und russischen Zunft Handwerkern in den Jahren 1724, 1766 und 1790 .....	105
Tabelle 4	Anzahl der Meister in den russischen und deutschen Zünften in ausgewählten Handwerken von St. Petersburg 1766 und 1789/1790 .....	107
Tabelle 5	Handwerker in der Admiralität in den Jahren 1715-1721 .....	111
Tabelle 6	Bevölkerung von St. Petersburg 1720-1800 .....	116
Tabelle 7	Anzahl der Meister in ausgewählten Zünften nach den Angaben von Dittmar und Korf 1840 .....	135
Tabelle 8	Ausgaben der Handwerksverwaltung im Jahre 1849 .....	137
Tabelle 9	Einnahmen und Ausgaben der ausländischen Handwerksverwaltung 1850 .....	138
Tabelle 10	Die soziale Herkunft der Zunftmeister 1811, 1815-1816 und 1834-1835 .....	240
Tabelle 11	Anzahl der Beschäftigten und der Arbeitsstunden in den kontrollierten Betrieben 1841 .....	250
Tabelle 12	Anzahl der Wohnungen und Höhe der Miete .....	257
Tabelle 13	Ausgabe der Meister- und Gesellendiplome 1866, 1867 und 1910 .....	297
Tabelle 14	Anzahl der Lehrlinge in den Handwerksbetrieben der	

zünftigen Meister und mittlere Zahl der Gewerbebetriebe in Moskau und St. Petersburg 1900 und 1910 .....	298
---	-----

Tabelle 15 Einfuhr von Rohrstöcken 1832 bis 1834, in Papierrubel .....	355
--	-----

Tabelle 16 Die Betragszahlen nach der sozialen Zugehörigkeit 1847 .....	411
---	-----

Tabelle 17 Verteilung der Handwerksbetriebe nach Stadtvierteln 1815, 1869, 1881 und 1889 .....	429
---	-----

Tabelle 18 Handwerker im Petersburger, Moskauer und Taurischen Gouvernement und in Rußland 1858 .....	436
--	-----

Tabelle 19 Handwerksbetriebe in St. Petersburg und Moskau 1900 und 1910 .....	442
--	-----

Tabelle 20 Anzahl der Zunfthandwerker in St. Petersburg und Rußland 1900 und 1910 .....	469
--	-----

## Tabellen im Anhang

Tabelle 1	St. Petersburger Handwerker von 1722 bis 1914 .....	479
Tabelle 2	Zunfthandwerker; Meister, Gesellen und Lehrlinge im Jahr 1724 .....	485
Tabelle 3	Zimfthandwerker im Jahr 1766 .....	486
Tabelle 4	Zünftige und zunftfreie Handwerker im Jahr 1789/90 .....	488
Tabelle 5	Russische Zünfte 1866 .....	491
Tabelle 6	Russische Zünfte 1867 .....	494
Tabelle 7	Russische Zünfte 1868 .....	495
Tabelle 8	Russische Zünfte 1873 .....	497
Tabelle 9	Zu- bzw. Abnahme der Handwerkerzahlen in den russischen Zünften 1866-1873 .....	498
Tabelle 10	Mittlere Werkstattgröße 1866-1873 .....	500
Tabelle 11	Silberschmiede- und Posamentiererzunft 1866-1891 .....	502
Tabelle 12	Konditoren- und Bäckerzunft 1874-1891 .....	504
Tabelle 13	Schuhmacher- und Ledererzunft 1874-1891 .....	505
Tabelle 14	Schreiner- und Zimmererzunft 1866-1891 .....	506
Tabelle 15	Malerzunft 1874-1891 .....	507
Tabelle 16	Schlosser- und Schmiedezunft 1866-1879 .....	508
Tabelle 17	Schneiderzunft 1866-1891 .....	509
Tabelle 18	Tapezierer- und Haarverarbeiterzunft 1866-1891 .....	511
Tabelle 19	Gesamtzahl der Handwerker russischer Zünfte in St. Petersburg 1866-1891 .....	512

Tabelle 20	Prozentualer Anteil von Meistern, Gesellen und Lehrlingen pro Betrieb in den russischen Zünften von St. Petersburg 1866 - 1891 .....	514
Tabelle 21	Handwerksbetriebe 1869 .....	515
Tabelle 22	Handwerksbetriebe 1890 .....	516
Tabelle 23	Verhältnis der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberzahlen 1890 ...	517
Tabelle 24	Ausgewählte Gewerbebranchen in St. Petersburg 1900 .....	518
Tabelle 25	Gesamte Gewerbebranchen in St. Petersburg 1900 .....	521
Tabelle 26	Zahlenverhältnis der Arbeitnehmer zu einem Arbeitgeber in St. Petersburg 1890 und 1900 .....	522
Tabelle 27	Anzahl der Werkstätten nach ihrer Größe 1900 und 1910 .....	523
Tabelle 28	Anzahl der Lehrlinge entsprechend der Betriebsgröße 1900 und 1910 .....	524
Tabelle 29	Mittlere Anzahl der Lehrlinge pro Betrieb 1900 und 1910 ....	525
Tabelle 30	Neugegründete Industriebetriebe in St. Petersburg zwischen 1881 und 1897 .....	526
Tabelle 31	Steuerberechnungen des Finanzministeriums, der Zunftältesten und des Handwerksoberhauptes deutscher Zünfte 1840 .....	527
Tabelle 32	Eingezahlte Steuerbeiträge der ausländischen Meister in den russischen Zünften, 1811-1816, in Rubel .....	529
Tabelle 33	Eingezahlte Steuerbeiträge der Gesellen bei den ausländischen Meistern in den russischen Zünften in den Jahren 1811-1816 .....	530
Tabelle 34	Eingezahlte Steuerbeiträge der Lehrlinge bei den ausländischen Meistern in den russischen Zünften in den Jahren 1811-1816 .....	530

Tabelle 35	Bezahlte und ausstehende Steuer der ausländischen Meister in den deutschen Zünften 1818-1821 .....	531
Tabelle 36	Einnahmen der Handwerkskasse der deutschen Zünfte 1850 und 1851 .....	531
Tabelle 37	Abgaben der ausländischen Zunfthandwerker 1849, 1850 und 1851 in Silberrubel .....	532
Tabelle 38	Kopfsteuer und andere Abgaben eines Meisters in Papierrubel im Jahr 1825/26 .....	533
Tabelle 39	Kopfsteuer in Kopeken in den Jahren 1724, 1794, 1816/18 und 1839/50 .....	533
Tabelle 40	Akzisesteuer zwischen 1835 und 1837 in Papierrubel .....	534
Tabelle 41	Die Besteuerung der Zunfthandwerker im Jahr 1864 in Silberrubel .....	535
Tabelle 42	Die Entwicklung der Steuerlast je Person der Bevölkerung in Rußland zwischen 1861-1913 in Silberrubel .....	535
Tabelle 43	Steuersatz der Kaufleute von 1775 bis 1824 in Rubel .....	536
Tabelle 44	Die Anzahl verkaufter Handelslizenzen ( <i>svidetel'stva na meločnyj torg und torgovye bilety</i> ) .....	537
Tabelle 45	Verkaufte Gewerbeerlaubnisse ( <i>promyslovye svidetel'stva</i> ) für Handwerksstätten und Handelsbetriebe im Jahr 1909 .....	538
Tabelle 46	Die Abgaben der Zunfthandwerker und der Gewerbetreibenden im St. Petersburger Gouvernement für die Gewerbe- und Handelslizenzen 1873-1891 in Rubel .....	539
Tabelle 47	Beiträge in die Kasse der Handwerksverwaltung von den zeitweiligen und ständigen Handwerkern für 1876, 1880, 1884, 1885 und 1903 .....	540
Tabelle 48	Beiträge in die Zunftkassen von den ständigen Handwerkern 1886-1888 .....	541
Tabelle 49	Beiträge in die Zunftkassen von den zeitweiligen	

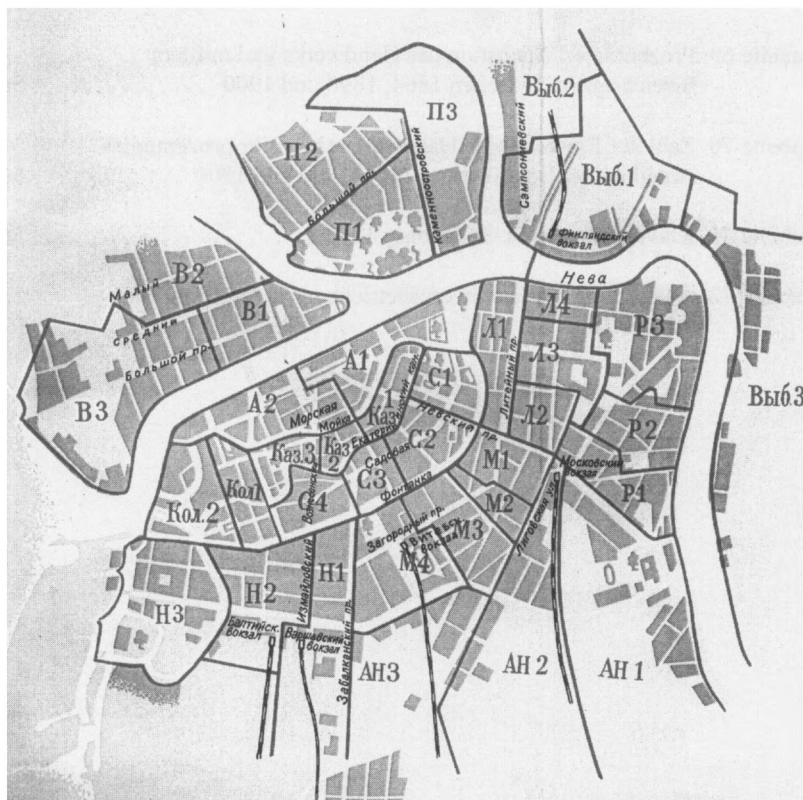
Handwerkern 1881-1888 .....	542
Tabelle 50 Einnahmen der Handwerksverwaltung 1866 - 1909 .....	543
Tabelle 51 Kapital der Handwerksverwaltung in der Bank 1876 - 1884 ...	544
Tabelle 52 Einnahmen der Handwerksverwaltung 1886-1891 .....	544
Tabelle 53 Prozentualer Anteil an verschiedenen Posten in den Finanzen der Handwerksverwaltung 1886 bis 1891 .....	545
Tabelle 54 Einnahmen und Ausgaben der St. Petersburger Handwerks- verwaltung in den Jahren 1908-1912 .....	546
Tabelle 55 Verhältnis der Arbeitskräfte weiblichen Geschlechts zur Gesamthandwerkierzahl in den russischen Zünften St. Petersburgs 1874-1891 .....	547
Tabelle 56 Verpflegte Personen im Altersheim für Handwerker 1850 - 1910 .....	548
Tabelle 57 Unterrichtsfächer und -stunden in den drei Klassen der Alexandrinischen Schule 1887/1888 .....	549
Tabelle 58 Schüler und Schülerinnen in der Alexandrinischen Schule 1866 - 1910 .....	550
Tabelle 59 Malschule der russischen Handwerksverwaltung 1887-1891 .....	551
Tabelle 60 Anzahl der Lehrlinge und Ausgaben in Rubel in der Fürsorgengesellschaft 1902 -1906 .....	551
Tabelle 61 Anzahl der Lehrlinge in den Sonntagsklassen der Malschulen auf der Vasilij-Insel und bei der technischen Hochschule 1846 .....	552
Tabelle 62 Anzahl der Schüler in der Handwerksberufsschule 1875 - 1895 .....	553
Tabelle 63 Absolventen der Handwerksberufsschule 1877 - 1895 .....	554
Tabelle 64 Werkstätten ausländischer Meister 1827 bis 1840 .....	555



Tabelle 65	Die Immobilienwerte von St. Petersburg 1845 .....	556
Tabelle 66	Die Veränderung der mittleren Betriebsgröße bei den Zunft- handwerkern 1790 - 1891 .....	557
Tabelle 67	Das Verhältnis der Handwerkeranzahl zu der Bevölkerung St. Petersburgs und Zuwachsraten 1840-1910 .....	558
Tabelle 68	Verteilung der Werkstätten nach ausgewählten Gewerbebranchen 1815 und 1869 .....	559
Tabelle 69	Prozentuales Wachstum des Handwerks und mittlere Betriebsgröße zwischen 1864, 1890 und 1900 .....	560
Tabelle 70	Zahl der Einwohner je Handwerker bzw. ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung 1864, 1890 und 1900 .....	561
Tabelle 71	Klavierbauer in St. Petersburg 1863 .....	562
Tabelle 72	Aufstellung der Handwerksbetriebe nach den Branchen im Jahr 1869 .....	563

# 1. Petersburger Viertel:

-	Admiralitätsviertel	АН	-	Alexander-Nevskij-Viertel	
аз.	-	Kazanerviertel	Р	-	Roždestvenskerviertel
-	Spasskerviertel	Л	-	Litejnovskij	
ол.	-	Kolomenskerviertel	В	-	Vasilijinselviertel
-	Naroverviertel	П	-	Petersburgerviertel	
л	-	Moskauerviertel	Выб.	-	Vyborgerviertel



Quelle: Juchněva, N. V., Ėtničeskij sostav i ėtnosocial'naja struktura naselenija Peterburga. L. 1984.

## EINLEITUNG

### 0.1 Problemstellung

Die vorliegende Arbeit setzt sich zum Ziel, die Lage des Handwerks in St. Petersburg im 19. Jahrhundert und besonders während der Industrialisierung in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts darzustellen.

Die Frage der Industrialisierung Rußlands im 19. Jahrhundert beschäftigte viele Historiker. Sie versuchten aus verschiedenen Blickwinkeln heraus zu klären, ob es zu diesem frühen Zeitpunkt überhaupt eine Industrialisierung in Rußland gab und wenn ja, welche spezifischen Züge sie trug. Dabei wurde auch auf die russische Besonderheit hingewiesen, daß die Arbeiter in der russischen Industrie meistens aus leibeigenen Bauern rekrutiert wurden. Unter anderem wurde konstatiert, daß die russische Wirtschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum größten Teil staatlich gelenkt und zugleich subventioniert wurde und daher in hohem Grade von der Wirtschaftspolitik des Staates und weitgehend von Staatsaufträgen abhängig war. Vielfältige Restriktionsmaßnahmen der russischen Regierung gegen private Unternehmen und die hohe Besteuerung dieser Unternehmen fanden ihren Niederschlag in der mangelnden Entwicklung privater Initiativen in der Wirtschaft und in ständigem Kapitalmangel. Infolge dieser Fehlentwicklung war es schwierig, mit den westlichen Industrieländern zu konkurrieren.

Durch diesen Forschungsschwerpunkt auf die Entwicklung der Industrie wurde dem weitentwickelten und hochspezialisierten Handwerk von St. Petersburg nur wenig Beachtung geschenkt. Wenn schon die russischen Industriebetriebe der harten Konkurrenz der westlichen Industrie ausgesetzt waren, die billigere und von der Qualität her auch bessere Waren lieferte, und nur mühsam standhielten, wie sollte es dann um die Bedeutung des Handwerks in den russischen Hauptstädten und in Rußland allgemein bestellt sein? Tatsächlich war das Handwerk in St. Petersburg mit dem Beginn der Industrialisierung ähnlichen Problemen wie in Westeuropa ausgesetzt. Infolge der Industrialisierung eroberten die großen Industriebetriebe mehrere Handwerksbranchen und verdrängten die Handwerksstätten aus ihren traditionellen Produktionsnischen. Dadurch entstand der Eindruck, daß das Handwerk keine Zukunft und keine Entwicklungs- bzw. Innovationskraft mehr hatte. Mit der Zeit bewies es aber, daß es durchaus imstande war, einige Marktbereiche für sich zu sichern oder sogar neue zu gewinnen.

Es ist wichtig, die Rolle der ausländischen - zum größten Teil deutschen - Handwerker in St. Petersburg zu untersuchen, die Innovationen im technischen und betriebsorganisatorischen Bereich mit sich brachten, was eine nachhaltig positive Wirkung auf das russische Handwerk hatte.

Zur Lage des Handwerks in Rußland lassen sich in der russischen Historiographie vor 1917 und in der sowjetrussischen Historiographie einige Arbeiten finden. Was aber das Handwerk von St. Petersburg betrifft, so fehlen hier übergreifende

Darstellungen. N. Stepanov veröffentlichte 1864 eine Untersuchung, in der er die Organisations- und Rechtsformen des russischen und des westeuropäischen Handwerks verglich.<sup>1</sup> Zehn Jahre später erschien die Arbeit von I. Ditjatin über die russischen Städte und ihre Verwaltung, in der er auch über die städtischen Handwerker berichtete.<sup>2</sup> Schließlich ist ein Aufsatz von M. Dovnar-Zapol'skij über die Moskauer Handwerker im 17. Jahrhundert zu nennen, der aber auch wie die zwei obengenannten Autoren vom Standpunkt des Rechtshistorikers schrieb.<sup>3</sup> In Anbetracht der beherrschenden Klassentheorie in der sowjetischen Geschichtsschreibung der letzten Jahrzehnte wurde in der Forschung überwiegend der Bauern- und Arbeitergeschichte nachgegangen. Dagegen befand sich die Geschichte des Handwerks in Rußland im 18. und besonders im 19. Jahrhundert, als das Handwerk mehr und mehr im Schatten der Industrialisierung stand, immer am Rande des Forschungsfeldes der Historiker und es wurde nicht systematisch darauf eingegangen. Die erschienenen Arbeiten wurden meistens als Artikel zusammengefaßt und stellten das Handwerk überwiegend im Mittelalter dar.<sup>4</sup> S. V. Bachrušin widmete einige seiner Arbeiten dem russischen Handwerk im Spätmittelalter, in denen er die allgemeine Lage des Handwerks im zentralisierten Rußland des 16. und 17. Jahrhunderts, insbesondere die der Lehrlinge, erforschte.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> N. Stepanov, *Sravnitel'no-istoričeskij očerk organizacii remeslennoj promyšlennosti v Rossii i zapadno-evropejskich gosudarstvach*, Kiev 1864.

<sup>2</sup> I. Ditjatin, *Ustrojstvo i upravlenie gorodov Rossii* Bd. 1: *Vvedenie. Ustrojstvo i upravlenie gorodov Rossii v XVIII stoletii*, St. Petersburg 1875; Bd. 2: *Gorodskoe samoupravlenie do 1870 goda*. Jaroslavl' 1877.

<sup>3</sup> M. Dovnar-Zapol'skij, *Organizacija moskovskich remeslennikov v XVII veke*, in: *ŽMNP* (September 1910).

<sup>4</sup> A. V. Archichovskij, *Novgorodskie remesla v XVI veke*, in: *NIS* 6, S. 3-15, Novgorod 1939; V. I. Šunkov, *Remeslo v Pskove i Novgorode po dannym syska 1639-1640*, in: *IZ* 5, S. 102-117, Moskau 1939; N. V. Ustjugov, *Remeslo i melkoe tovarnoe proizvodstvo v Russkom gosudarstve XVII veka*, in: *IZ* 34, S. 166-197, Moskau 1950; K. N. Serbina, *Očerki iz social'no-ekonomičeskoj istorii russkogo goroda. Tichvinskij posad v XVI-XVIII vekach*, Moskau-Leningrad 1951; L. V. Danilova, *Melkaja promyšlennost' i promysly v russkom gorode vo vtoroj polovine XVII i načale XVIII vekov (po materialam goroda Jaroslavlja)*, in: *Istorija SSSR* 3, 1957, S. 87-111; A. P. Pronštejn, *Velikij Novgorod v XVI veke*, Char'kov 1957; A. M. Orechov, *Tovarnoe proizvodstvo i našmnyj trud v promyšlennosti po pererabotke životnogo syr'ja v Nižnem Novgorode 17 veka*, in: *Russkoe gosudarstvo v XVII veke*, S. 75-109, Moskau 1961; K. N. Serbina, *Remeslo i manufaktura v Rossii v XVI-XVII vekach*, in: *Remeslo i manufaktura v Rossii, Finljandii i Pribaltike*, S. 20-31, Leningrad 1975.

<sup>5</sup> S. V. Bachrušin, *Očerki po istorii remesla, trgovli i gorodov russkogo centralizovannogo gosudarstva XVI - načala XVII vekov*, in: *Naučnye trudy* Bd. 1, hier: *Moskva kak remeslennij i torgovyj centr v XVI v.*, S. 107-142, Moskau 1952; Ebenda, *Remeslennye učniki v XVII veke*, Bd. 2, S. 101-118, Moskau 1954.

Was das Handwerk im 18. und 19. Jahrhundert betrifft, so lassen sich einige Studien erwähnen. 1952 erschien das Buch von K. A. Pažitnov über die rechtliche Stellung der Handwerker in der Gesetzgebung des russischen Absolutismus.<sup>6</sup> Seine Untersuchung betont die Besonderheiten der russischen Zünfte im Unterschied zu denen in Westeuropa.

Es läßt sich eine Fallstudie von S. I. Sakovi nennen, in der er den Handwerkerstand in bezug auf die bäuerliche Bevölkerung Moskaus der 1720er Jahren erforschte.<sup>7</sup> In den 1960er Jahren versuchten F. Ja. Poljanskij und Ju. R. Klokman ein vergleichsweise hohes Entwicklungsniveau des Handwerks zu belegen, was angesichts einer schwach entwickelten Klein- und Mittelindustrie wenig überzeugend ist.<sup>8</sup> Außerdem wurde über die Handwerker in den allgemeinen Studien der Wirtschafts- und Arbeitergeschichte berichtet.<sup>9</sup>

Die Handwerker in St. Petersburg sind Thema der Aufsätze von A. I. Kopanev und N. I. Ivanova.<sup>10</sup> Als letztes soll in der sowjetischen Historiographie die ethno-soziologische Untersuchung von N. V. Juchněva erwähnt werden<sup>11</sup>, in der verschiedene Gruppen von Handwerkern nach Nationalität und sozialer Zugehörigkeit behandelt werden. Schließlich sind noch die zwei Bände über die

---

<sup>6</sup> K. A. Pažitnov, *Problema remeslennych cechov v zakonodatel'stve russkogo absoljutizma*, Moskau 1952.

<sup>7</sup> S. I. Sakovi, *Social'nyj sostav moskovskich remeslennikov 1720-ch godov*, in: *Istoričeskie zapiski*, Bd. 42, S. 238-261, Moskau 1953.

<sup>8</sup> Klokman, Ju. R., *Social'no-ekonomičeskaja istorija russkogo goroda. Vtoraja polovina 18-go veka*, Moskau 1967; Poljanskij, F. Ja., *Gorodskoe remeslo i manufaktura v Rossii XVIII veka*, Moskau 1960.

<sup>9</sup> E. I. Zaozerskaja, *U istokov krupnogo proizvodstva v russkoj promyšlennosti*, Moskau 1947; P. G. Ljubomirov, *Očerki po istorii russkoj promyšlennosti*, Moskau 1947; R. S. Livšic, *Razmeščenie promyšlennosti v dorevolucionnoj Rossii*, Moskau 1955; *Istorija rabočich Leningrada* (Hrsg. S. N. Valk u. a.), Bd. 1 (1703 - Februar 1917), Leningrad 1972; L. N. Seměnova, *Rabočie Peterburga v pervoj polovine XVIII veka*, Leningrad 1974.

<sup>10</sup> A. I. Kopanev, *Remeslenniki Peterburga v pervoj polovine XIX veka*, in: *Remeslo i manufaktura v Rossii, Finljandii i Pribaltike* (Hrsg. A. S. Kan u. a.), S. 78-89, Leningrad 1975; Ders., *Naselenie Peterburga v pervoj polovine XIX veka*, Moskau-Leningrad 1957; Ders. in: *Očerki istorii Leningrada* Bd. 1, S. 485-490 und 512-520, sowie Bd. 2, S. 178ff. und 211f.; N. I. Ivanova, *Deutsche Handwerker und Unternehmer in St. Petersburg vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1913*. In: Dittmar Dahlmann u. Carmen Scheide (Hrsg.), „... das einzige Land in Europa, das eine große Zukunft vor sich hat“. *Deutsche Unternehmen und Unternehmer im Russischen Reich im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, Essen 1998 (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, hrsg. v. Detlef Brandes, Dietmar Neutatz u. Maria Rhode, Bd. 8), S. 275-312.

<sup>11</sup> N. V. Juchněva, *Ėtničeskij sostav i ėtnosocial'naja struktura naselenija Peterburga*. Statistische Analyse, Leningrad 1984, S. 56-65.

Geschichte der russischen Kultur im 18. Jahrhundert zu nennen, in denen auf die allgemeine Entwicklung des russischen Handwerks eingegangen wird<sup>12</sup>.

Was die nichtrussischsprachige Geschichtsschreibung anbelangt, so schenken die meisten Autoren ihre Aufmerksamkeit fast ausschließlich den Arbeitern in den Fabriken und erwähnen die Handwerker nur am Rande<sup>13</sup>. Reginald Zelnik und Joachim von Puttkamer gingen zwar der Problematik der Zünfte nach, sie wurde aber nur im Zusammenhang mit der allgemeinen Gewerbegesetzgebung sowie der Arbeit der Regierungskommissionen (1857-1862) erörtert, deren Stellungnahme bezüglich des Zunftsystems eindeutig negativ war und deren Vorschläge ihren zeitgemäßen Ausdruck nicht zu Unrecht in der geäußerten Option der zukünftigen Gewerbefreiheit wiederfanden<sup>14</sup>. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, eine klare historiographische Linie bzw. ein Bündel von Vorstellungen über die Zünfte zu erläutern. Die russische liberal-demokratische (Ditjatin), sowjetische (Pažitnov) und westliche (Zelnik, Hildermeier) Geschichtsschreibung über die russischen Zünfte sind sich in der Erkenntnis einig, daß diese Zünfte „freilich nicht den Nutzen [brachten], den sich der Reformers erhoffte“, eine restriktive Rolle für die gewerbliche Entfaltung besonders im 19. Jahrhundert spielten und eine Erweiterung staatlich-polizeilicher Lenkungsmechanismen darstellten<sup>15</sup>.

---

<sup>12</sup> Očerki russkoj kul'tury XVIII veka Bd. 1, S. 157-177 und Bd. 2, S. 254ff. und 260, Moskau 1985 und 1990.

<sup>13</sup> Victoria E. Bonnell, *Roots of rebellion; workers' politics and organisations in St. Petersburg and Moscow, 1900-1914*, Berkeley, Calif. 1983; Daniel R. Brower, *The Russian city between tradition and modernity: 1850-1900*, Berkeley 1990; Olga Crisp, *Labor and industrialisation in Russia*, in: *The Cambridge Economic History of Europe. Vol. VII, Part 2*, London 1976; Manfred Hildermeier, *Bürgertum und Stadt in Rußland 1760-1870: Rechtliche Lage und soziale Struktur*, Köln/Wien 1986; Heather Hogan, *Forging revolution: (metalworkers, managers and the state in St. Petersburg)*, 1890-1914, Bloomington, Indiana 1993; Robert B. McKean, *Saint Petersburg between the revolutions: (workers and revolutionaries, June 1907-February 1917)*, New Haven 1990; R. Pipes, *Social Democracy and the St. Petersburg labor movement, 1885-1897*, Cambridge 1963; Joachim v. Puttkamer, *Fabrikgesetzgebung in Rußland vor 1905: Regierung und Unternehmerschaft beim Ausgleich ihrer Interessen in einer vorkonstitutioneller Ordnung (Beiträge zur Geschichte Osteuropas Bd. 20)*. Köln 1996; Michael Share, *The Central Worker's Circle of St. Petersburg, 1889-1894: A Case study of the "Workers' Intelligentsia"*, New York und London 1987; Gerald D. Surh, *1905 in St. Petersburg: labor, society and revolution*, Stanford 1989; Reginald E. Zelnik, *Labor and Society in Tsarist Russia. The Factory Workers of St. Petersburg 1855-1870*, Stanford 1971.

<sup>14</sup> Zelnik, *Labor*, S. 11f., 69-119, 283-331; Puttkamer, *Fabrikgesetzgebung*.

<sup>15</sup> Ditjatin, Bd. 1 *Ustrojstvo*, S. 296-299; Pažitnov, *Problema*, S. 49-51; Zelnik, *Labor*, S. 12; Hildermeier, *Bürgertum*, S. 45f.

Zusammenfassend läßt sich das traditionelle Bild des russischen Handwerks mit den Worten von Reginald Zelnik in Erinnerung rufen:

„In addition to their leadership roles within the tsekh, the elders were expected to function as administrative and fiscal agents of the government, thus contravening the concept of the guild as an independent association of producers. Furthermore, in contrast to the guilds of Western Europe, the tsekh was not a truly closed corporation. Not only was its membership not restricted numerically, it was even open to such nonurban categories of the population as manorial serfs if the serf was granted authorization to join by his lord. Within certain limitations, membership was not required of all local artisans. Finally, there were no provisions for limiting the quantity of items produced in each tsekh. In short, the tsekh was not so much a voluntary association for protective and monopolistic purposes as it was a quasigovernmental administrative unit aimed at providing a more rational basis for the organisation and stimulation of production and for taxing the urban population“<sup>16</sup>.

Zwar werden diese Charakteristika des Zunfthandwerks im allgemeinen nicht bestritten, doch wird in dieser Arbeit versucht, ein facettenreicheres Bild des Zunfthandwerks auszugreifen, das auch andere Nuancen ergibt und die möglichen Verzerrungen oder gar optischen Täuschungen in der Bewertung der Rolle des Zunfthandwerks im sozialen und wirtschaftlichen Leben Rußlands vermeiden hilft<sup>17</sup>.

Das St. Petersburger Handwerk blieb bis heute weitgehend eine terra incognita in der Geschichtsschreibung über Rußland. 1985 schrieb T. Steffens in seiner Dissertation in bezug auf das Handwerk St. Petersburgs, daß die "Zahlenangaben über den Anteil der Handwerker in einzelnen Branchen [...] allerdings nirgendwo" zu finden seien<sup>18</sup>. Der Autor bedauerte, daß ein solch bedeutender wirtschaftlicher Faktor wie das Handwerk "derart im 'toten Winkel' der zeitgenössischen, aber auch der neueren Forschung" blieb. Speziell über die Handwerker in St. Petersburg,

---

<sup>16</sup> Zelnik, Labor, S. 12.

<sup>17</sup> Vgl. Ralph Tuchtenhagen, Osteuropäische Geschichte *en panne*, in: OE 5, 1999, S. 518-526, hier S. 524.

<sup>18</sup> Thomas Steffens, Die Arbeiter von Petersburg 1907 bis 1917. Soziale Lage, Organisation und spontaner Protest zwischen zwei Revolutionen, Freiburg 1985, S. 45.

bedingt durch ihr Interesse für die finnischen Handwerker in der Hauptstadt, schrieben nur einige finnische Autoren<sup>19</sup>.

J. H. Bater erwähnte in seiner Arbeit zur Industrialisierung von St. Petersburg nur einige wenige Branchen des Handwerks, wie Schmiede, Bäcker, Konditoren, Goldschmiede und Juweliere<sup>20</sup>, und analysierte sie im Zusammenhang mit der allgemeinen Entwicklung der Industrie St. Petersburgs und der Stadttopographie. Die umfangreiche Darstellung von Manfred Hildermeier über die russische Stadt und das Bürgertum ist aufschlußreich und bietet einiges Material über die Handwerker in Rußland. In seiner Arbeit werden aber angesichts des schwach entwickelten städtischen Handwerks unter Bürgertum meistens die Kaufleute und Kleinbürger (*meščane*) verstanden und die Handwerker nur ausnahmsweise behandelt<sup>21</sup>.

In der Arbeit wird unter anderem untersucht, wie die Zünfte als eine fremde Institution in Rußland Fuß fassen konnten. Um einiges vorwegzunehmen, ist hier festzustellen, daß die Zünfte in Rußland durchaus eine Zukunft hatten, was ihre Geschichte im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts belegt. Ein Teil der gewerbetreibenden Mittelschicht in den russischen Städten nutzte die Möglichkeiten dieser neu geschaffenen Institution und machte sie sich zu eigen. Die Petrinische Reform der Gewerbeordnung, die früher freilich in einer gesetzlichen Form auch nicht existierte (und hier wird ein Nerv der bis heute andauernden Diskussion über die „Westernisierung“ bzw. „Modernisierung“ Rußlands berührt), war bezüglich der Herausbildung des mittleren Bürgertums im 19. Jahrhundert sowie eines Kerns von Fachleuten mit hohem Qualifikationsgrad wenigstens in St. Petersburg auf längere Sicht ein Erfolg.

## 0.2 Forschungsgegenstand und Untersuchungszeitraum

Das generelle Ziel dieser Arbeit ist es, das Handwerk als eine Gesamterscheinung unter sozialen, rechtlichen, administrativ-politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu beschreiben. Als erstes soll auf die Ursprünge des Handwerks in St. Petersburg im 18. Jahrhundert hingewiesen und dann eine Bestandsaufnahme

---

<sup>19</sup> E. Westerlund, *Pietarin suomalaiset kultaja hopease ppäimestarit v. 1714-1814*, Helsinki 1938; O. K. Kyöstiö, *Suomalaiset Pietarissa käsityötä oppimassa*, in: *Historiallinen Aikakauskirja* 3 (1951); L. Bäcksbäck, *St. Petersburgs juvelerare, guld- och silversmeder 1714-1870*, Helsingfors 1951; Sune Jungar, *Finnländskie remeslenniki v S.-Peterburge*, in: *Remeslo* (s. Anm. 10), S. 90-99.

<sup>20</sup> James H. Bater, *St. Petersburg. Industrialization and change* (Studies in urban history 4, hrsg. v. H. J. Dyos), London 1976, S. 129, 138f., 194, 197, 269, 372f.

<sup>21</sup> Manfred Hildermeier, *Bürgertum und Stadt in Rußland 1760-1870. Rechtliche Lage und soziale Struktur*, Köln-Wien 1986, S. 15, 23, 61, 142.



des Handwerks in St. Petersburg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gemacht werden, um die Dynamik und die Tendenzen der Entwicklung des Handwerks zu verdeutlichen. Was die wirtschaftliche Lage des Handwerks in St. Petersburg anbetrifft, so wird der zeitliche Schwerpunkt der Untersuchung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts liegen, da sich, wie oben gesagt, zu dieser Zeit der Prozeß der Industrialisierung vollzog<sup>22</sup>, der auf das städtische Handwerk eine besonders starke Auswirkung hatte. Daran anschließend soll die Frage behandelt werden, ob sich die strukturelle Wandlung, die im Handwerk am Ende des 19. Jahrhunderts augenscheinlich ist, während der Industrialisierung vollzog, oder schon früher begann und vielleicht auch andere Gründe hatte, die außerhalb der Industrialisierung liegen.

Die negativen Entwicklungstendenzen wirkten sich aber für das damalige St. Petersburger Handwerk nicht existenzbedrohend aus. Es war in der Lage, sich den neuen Rahmenbedingungen anzupassen. Dies wurde dadurch erleichtert, daß der Handwerkerstand der Hauptstadt hochentwickelt war. Als Anhaltspunkt dafür dient die Aussage von H. L. Attenhofer, der 1820 bezüglich der ausländischen Handwerker schrieb, daß deren Lebensbedingungen für ihre Zunftgenossen in Deutschland beneidenswert seien. Es steht außer Zweifel, daß eine solch vage Aussage eines Zeitgenossen mit Vorsicht behandelt werden muß. Auffallend ist aber die Tatsache, daß in St. Petersburg ein gewisser Wohlstand, zumindest bei einigen deutschen Handwerkern, einem Ausländer auffiel und das heißt, daß in der Stadt ein gewisser Prozentsatz der deutschen Handwerker einen relativ hohen Lebensstandard erreichen konnte und folglich auch dementsprechende Rahmenbedingungen vorhanden sein mußten, die einen solchen Wohlstand erlaubten<sup>23</sup>.

Daß die Handwerksmeister von St. Petersburg um die Mitte des 19. Jahrhunderts im Durchschnitt eine ziemlich hohe Anzahl an Gesellen und Lehrlingen im Vergleich zum übrigen Rußland hatten, kann durch ihre Anpassung an die rasche industrielle Entwicklung St. Petersburgs und durch den hohen Entwicklungsgrad des Handwerks erklärt werden. In wirtschaftlicher Hinsicht soll den Fragen nachgegangen werden, wie sich das Spektrum der meistvertretenen Berufe unter den Handwerkern änderte, welche Handwerksmeister diese wirtschaftlichen Umwälzungen überstanden und welche Konkurs anmeldeten, wie groß die wirtschaftliche Bedeutung des St. Petersburger Handwerks bei der

---

<sup>22</sup> S. hierzu: Heiko Haumann, Kapitalismus im zaristischen Staat 1906-1917: Organisationsformen, Machtverhältnisse und Leistungsbilanz im Industrialisierungsprozeß, Königstein 1980, S. 23ff.; R. Portal, Die russische Industrie am Vorabend der Bauernbefreiung, in: Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland, hrsg. v. D. Geyer, S. 133-163; Heinrich Scherer, Der Aufbruch aus der Mangelgesellschaft. Die Industrialisierung Rußlands unter dem Zarismus (1860-1914), Giessen 1985.

<sup>23</sup> Vgl. Heinrich Ludwig Attenhofer, Medikotopografičeskoe opisanie S. Peterburga, St. Petersburg 1820, S. 13f.

Warenproduktion und wie groß die Arbeitsintensität im Vergleich mit anderen wirtschaftlichen Bereichen war.

Die Tatsache, daß die Entstehung der Handwerkerschaft von St. Petersburg in ihren Ursprüngen hauptsächlich dem Staat zu verdanken war, stellt ein wesentliches Merkmal ihrer Entwicklung dar. Schon vor der Gründung der Zünfte im Jahre 1722 wurden von Handwerksmeistern auf den Werften der Admiralität, im Gußeisenhof und in verschiedenen Manufakturen Kleidung für die Armee, Segeltücher und vieles andere, was für die Bedürfnisse des Staates bestimmt war, hergestellt. Die russische Regierung bestimmte durch das Handwerksstatut und die rechtlichen Regelungen das Wesen der Zünfte von St. Petersburg. Die Zunftverwaltung, die besonders in der ersten Zeit ihres Bestehens größtenteils fiskalischen Zwecken und der Qualitätskontrolle der Handwerkserzeugnisse diente, gewann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer mehr an Bedeutung als eine soziale Institution, die der Ausbildung, der Wohltätigkeit und der Entwicklung des Handwerks diente. Die Organisation des Handwerks in Zünften ermöglichte auch ausländischen insbesondere deutschen Handwerkern eine schnelle Integration, da ihnen das Zunftwesen von ihrem Herkunftsland vertraut war. Dies wird durch die Tatsache bestätigt, daß in St. Petersburg noch vor 1722 schon etliche deutsche Zünfte existierten.

Die bürgerlichen Reformen der 60er und 70er Jahre des 19. Jahrhunderts förderten die schnelle industrielle Entwicklung der Hauptstadt, die ihren Anfang in den frühen 60er Jahren nahm und ihren Kulminationspunkt in den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts erreichte<sup>24</sup>. Aus der unten aufgeführten Tabelle ist zu ersehen, daß sich die Zahl der Handwerker in absoluten Zahlen im Laufe des 19. Jahrhunderts mindestens um das zwanzigfache steigerte und daß die Fabrikarbeiter die Handwerker zahlenmäßig erst in den 1880er Jahren überholten (siehe Tab. 1).

Was die wirtschaftliche Existenz des Handwerks betrifft, ist zu prüfen, wie erfolgreich die Zunfthandwerker ihre Versorgungsaufgabe erfüllten bzw. die städtische Gesellschaft mit Nahrungsmitteln und überhaupt mit Konsumgütern versorgten, sowie welchen Beitrag die Handwerker im Laufe des 18. und am Anfang des 19. Jahrhunderts zur Entwicklung der Industrie von St. Petersburg im Vergleich zu den Anstrengungen des Staates leisteten. Wie wirkte die unterentwickelte und nicht für den Markt produzierende Landwirtschaft in der Umgebung der Stadt auf das hauptstädtische Handwerk ein? Es ist gleich zu bemerken, daß die Landwirtschaft des St. Petersburger Gouvernements einen wesentlich substitutionellen Charakter trug und verhältnismäßig wenig Auswirkung auf das hauptstädtische Handwerk hatte<sup>25</sup>. Die wenigen Bauern in der

---

<sup>24</sup> Share, Central, S. 1; Steffens, Arbeiter, S. 26.

<sup>25</sup> Očerki istorii Leningrada, Bd. 1, Leningrad 1955, S. 304, 490f.; So gab es im St. Petersburger Gouvernement zwischen 1897 und 1903 auf 779.000 Einwohner 36.093

Umgebung von St. Petersburg, die selbst Getreideeinkäufe im Tver'jer oder Jaroslavlsker Gouvernement tätigten, konnten die Metropole mit ihren rund 200.000 am Anfang des 18. und mit rund 500.000 Einwohnern um die Mitte des 19. Jahrhunderts nicht ausreichend versorgen<sup>26</sup>.

Tabelle 1: Manufaktur- bzw. Fabrikarbeiter und die Handwerker von St. Petersburg 1785-1900

Jahr	Manufaktur- und Fabrikarbeiter	v.H.	Handwerker	v.H.	Gesamtverhältnis in %
1785	5500-6000	100	7000	100	46,2/53,8
1845	11600	193,3	26000	371,4	30,9/69,1
1862	19300	166,4	75000	288,5	20,5/79,5
1869	40000	207,3	85000	113,3	32/68
1890	81573	204	99889	117,5	45/55
1900 <sup>27</sup>	133361	163,5	126757	126,9	51,3/48,7

Quelle: Istorija rabočich Leningrada Bd. 1, S. 8f.; Juchněva, Sostav, S. 56. Insgesamt gab es 1869 in der Stadt 139.290 Beschäftigte (104.242 Männer und 35.048 Frauen), davon waren etwa 85.000 in den Werkstätten tätig; Očerki istorii Leningrada, Bd. 2, Leningrad 1957, S. 122, 183; K.A. Pažitnov, Položenie rabočego klassa v Rossii, t. 2, Leningrad 1924, S. 23; Ryndzjunskij, Gorodskoe graždanstvo, S. 426; Ab dem Jahr 1862 sind sowohl zunftfreie als auch Zunfthandwerker ausgeführt.

Das bäuerliche Hausgewerbe im St. Petersburger Gouvernement wurde völlig den Bedürfnissen der Hauptstadt und des städtischen Handwerks untergeordnet und

---

Gewerbetätigen, die fast ausschließlich auf Nachfrage der Landbevölkerung ihre Waren produzierten. Nach St. Petersburg wurden vor allem die Waren geliefert, die für das hauptstädtische Handwerk, mit Ausnahme des Schuhmachers- und Schneiderhandwerks, keine starke Konkurrenz darstellten, sondern sein Sortiment ergänzten, in: K. N. Tarnovskij, Melkaja promyšlennost' Rossii v konce 19-go - načale 20-go vekov. M. 1995, S. 26f., 38-49; Juchněva, Ėtničeskij sostav, S. 146-150.

<sup>26</sup> Očerki istorii Leningrada, Bd. 2, S. 132f.; L. N. Seměnova, Snabženie chlebom Peterburga v XVIII v. (pravitel'stvennaja politika), in: N.V. Juchněva, Peterburg i gubernija. Istoriko-ėtnografičeskie issledovanija, Leningrad 1989, S. 5-20.

<sup>27</sup> Istorija goroda Peterburga za 200 let. St. Petersburg 1905, S. 72; Die Anzahl von 133.361 Arbeitern in den 631 Fabriken und Werken von St. Petersburg bezieht sich auf das Jahr 1902, in: S. Peterburgskoe kupečestvo i torgovopromyšlennye predpriatija goroda k 200letnemu jubileju stolicy, St. Petersburg 1903, S. 1.

erfüllte seine Funktion als Rohstoff- oder Halbfertigproduktelieferant. Es bildete von daher keine ernstzunehmende Konkurrenz für das hauptstädtische Handwerk. Im Gegenteil gewann das bäuerliche Hausgewerbe, das in Zentralrußland weit entwickelt war und sich auf eine Massenherstellung bestimmter Waren spezialisierte, besonders seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, als St. Petersburg mit dem inneren Rußland durch die Eisenbahnlinien verbunden war, allmählich an Bedeutung. Also traten die bäuerlichen Handwerker (*kustari*), die ihr Handwerk (*kustarnye promysly*) neben der Hauptbeschäftigung in der Landwirtschaft betrieben, als der Konkurrenzfaktor auf, der durch den ständigen Preisverfall den Lebensstandard der St. Petersburger Handwerker absinken ließ, etliche Meister zugrunde richtete und zur Verbreitung des Verlagshandwerks beitrug.

Diese "kustarnye promysly" können als selbständiger Forschungsgegenstand, methodologisch gesehen, hilfreich sein, da dadurch das städtische Handwerk schärfere Konturen gewinnt. Besonders im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts erwuchs für die städtischen Handwerker in der Gestalt der Kustari ein ernster Konkurrenzfaktor. Es ging so weit, daß die Kustari, organisiert in besonderen Genossenschaften, nicht nur vom Verleger, sondern auch vom Staat Aufträge erhielten. Als ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor wurde das bäuerliche Handwerk im Jahre 1888 unter die Obhut des Staatsgüterministeriums (*ministerstvo gosudarstvennych imuščestv*) gestellt. Mehr noch - in St. Petersburg wurde auf Initiative privater Personen ein Heimgewerbe-Museum (*kustarnyj muzej*) beim Kaiserlichen Landwirtschaftlichen Museum (*imperatorskij sel'sko-chozjajstvennyj muzej*) gegründet, was auf die große Bedeutung des bäuerlichen Handwerks hindeutet. Seiner Konkurrenz mit dem städtischen Handwerk wird in der Forschung besondere Beachtung geschenkt. Außerdem soll als ein weiterer Faktor berücksichtigt werden, inwieweit das Handwerk von den hohen saisonalen Schwankungen der Bevölkerung profitierte. Jeden Sommer kamen 40.000 bis 50.000 Bauern in die Stadt, die in Fabriken, Manufakturen oder im Baugewerbe tätig waren<sup>28</sup>.

Es ist zu prüfen, ob die Handwerksmeister ihre Produkte für den städtischen Markt und für bestimmte Kunden anfertigten oder auch die Möglichkeit zur Ausfuhr in das innere Rußland oder sogar ins Ausland hatten, in welchem Umfang also der Warenaustausch im handwerklichen Bereich fortgeschritten war. Fest steht, daß die Handwerker die Kapazitäten ihrer Betriebe wegen allgemeinen Kapitalmangels nicht beliebig saisonal vergrößern oder verkleinern konnten. Sie konnten sich dadurch nicht so schnell an große Nachfrageveränderungen anpassen. Deswegen muß nachgeforscht werden, in welchem Umfang die nicht zünftigen Handwerker, die aus dem Dorf kamen, die starken Nachfrageschwankungen ausglich.

---

<sup>28</sup> Das waren hauptsächlich Bauern aus benachbarten Gouvernements, da der Einzugsbereich St. Petersburgs sich auf mehrere hundert Kilometer erstreckte. Vgl. Juchněva, Ėtničeskij sostav, S. 83-88, 142-146.

Was die Konkurrenz zwischen den Zunft Handwerkern und den zugewanderten Handwerkern vom Lande betrifft, so läßt sich hier folgendes bemerken: Die zugewanderte bäuerliche Bevölkerung St. Petersburgs, die in Manufakturen, Fabriken und handwerklichen Kleinbetrieben beschäftigt war, deckte ihren Existenzbedarf an primär benötigten Produkten, z. B. Eß- und Bekleidungswaren, indem sie sie von den „freien“ Meistern günstig auf den Stadtmärkten kaufte. Da der Staat ein Preismonopol seitens der Handwerkszünfte nicht zuließ, gab es beträchtliche Preisunterschiede zwischen den Waren, die von den oben genannten Erzeugern angeboten wurden und denjenigen, die die Zunft Handwerker produzierten. Durch diese Kanalisierung des Angebots über die Nachfrage wurde die bäuerliche Expansion gedämpft und wirkte sich nicht entscheidend auf das eigentliche Stadthandwerk aus: Die billigere Produktion wurde eher in Stadttrandindustriegebieten im nordöstlichen Teil des Petersburger Bezirks, in den Vyborger und Narvsker Bezirken angeboten, während die Waren besserer Qualität, die für das anspruchsvollere Stadtpublikum bestimmt waren, in der Mittelstadt zu entsprechend höheren Preisen verkauft wurden.

Diese Aussage ist stark schematisiert und soll nur dazu dienen, generelle Strukturmerkmale bezüglich der zugewanderten Handwerker und ihrer Konkurrenz mit dem zünftigen Handwerk zu charakterisieren. Gewiß gab es unter den zünftigen und außerhalb der Zunft stehenden Handwerkern einen gewissen wirtschaftlichen Wettkampf, was aber seine Intensität und seine Folgen betrifft, so muß er erst erforscht werden. Außerdem sollen nicht nur Konkurrenz und Polarität in Betracht gezogen werden, sondern auch die vielseitigen Wechselwirkungen und Beziehungen zwischen diesen beiden berufsständischen Organismen. Die zugewanderten Handwerker besaßen z. B. eine gewisse soziale Mobilität und versorgten auch die städtische Zunft Handwerkerschaft mit Arbeitskräften, was seinen Niederschlag in den Statistiken fand. Die zünftigen zeitweiligen (*vremennye*) Handwerker, die zum Geldverdienen aus dem Dorf kamen, um ihrem Herrn und Gutsbesitzer Pflichtzahlungen entrichten zu können, waren quantitativ am stärksten in den Zünften vertreten. Die Handwerkerschaft bestand zu zwei Dritteln aus Bauern oder aus Meistern und Handwerkern bäuerlicher Herkunft, was einerseits auf die große Aufnahmefähigkeit des städtischen Handwerks, andererseits aber auch auf mögliche Qualitätseinbußen hinweist. Die städtische "Gesellschaft" selbst, d. h. die höhere Gesellschaft, das Beamtentum, die Kaufleute, die Kleinbürger, die Besitzer von Immobilien und nun auch die Zunft Handwerker, machten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung einen viel kleineren Teil aus. Unter diesem Blickwinkel gewinnen die deutschen Zunft Handwerker in der ständisch sehr abgegrenzten städtischen Gesellschaft eine viel größere Bedeutung.

Wie bereits erwähnt, wurden die handwerklichen Zünfte von St. Petersburg in die "russischen" und in die "deutschen" geteilt. In die "russischen" Zünfte wurden die einheimischen Handwerker und in die "deutschen" Zünfte die ausländischen Handwerker eingeschrieben. Die Mitglieder dieser Zünfte unterschieden sich

beträchtlich nach ihrer rechtlichen Stellung. So wurden die Handwerker der "russischen" Zünfte vom Staat von Zeit zu Zeit mit Aufträgen verpflichtet, die sie in einigen Fällen in den wirtschaftlichen Ruin trieben. Sie hatten auch eine höhere Steuerlast im Vergleich zu den ausländischen Handwerkern. Als Zunftmitglied besaß ein Handwerker entweder eine ständige (*večnyj*) oder eine zeitweilige (*vremennyj*) Zugehörigkeit. In der Regel gehörten zu den zeitweiligen die Handwerker bäuerlicher Herkunft, also die ehemaligen bäuerlichen Handwerker oder Kustari, die das Handwerk als Nebenerwerb mit Hauptbeschäftigung in der Landwirtschaft betrieben. Sie erhielten in der Regel eine Aufenthaltsgenehmigung für ein Jahr, die sie häufig verlängerten.

Aber die meisten bäuerlichen Handwerker, die aus den zentralen russischen Gebieten nach St. Petersburg zugewandert waren, schrieben sich nicht als zeitweilige Handwerker in die Zünfte ein sondern arbeiteten zunftfrei, was eine erhebliche Konkurrenz für die zünftigen Handwerker darstellte. Sie konnten billiger produzieren, weil sie keine großen Betriebskosten hatten und weniger Steuern im Vergleich mit den Zunftmeistern zahlten: sie mieteten in der Regel eine Ecke in einer Handwerkswohnung an und arbeiteten dort mit allen nötigen Werkzeugen.

Die Erforschung des Handwerks von St. Petersburg soll einerseits die Fragen über seine soziale, wirtschaftliche, rechtliche und administrativ-politische Lage in der Stadt und seinen Entwicklungsgrad im Vergleich mit dem übrigen Rußland verdeutlichen und andererseits zur Wirtschaftsgeschichte St. Petersburgs selbst beitragen. Des weiteren ist es ihr Ziel, ein detaillierteres soziales Profil des St. Petersburger Handwerks in der großstädtischen Landschaft im ausgehenden Zarenreich zu rekonstruieren .

### 0.3 Methode

Die Annahme, daß das "Generalthema einer neuzeitlichen Wissenschaft vom Handwerk" die "Einordnung der modernen Handwerksexistenz in den Gesamtzusammenhang des modernen Industrialismus" ist, ist für die Erforschung des Handwerks zur Zeit der Industrialisierung prinzipiell wichtig<sup>29</sup>.

Generell lassen sich die folgenden grundsätzlichen methodischen Fragen bei der Erforschung der wirtschaftlichen Lage des St. Petersburger Handwerks und des Wandels dieser Lage beschreiben:

Zur Klärung der wirtschaftlichen Lage der Handwerker sind vor allem Materialien aus St. Petersburger Archiven herangezogen worden. Aufschlußreich zur gesamten Lage des St. Petersburger Handwerks im 19. Jahrhundert sind die Protokolle und Berichterstattungen verschiedener Regierungskommissionen, die die rechtliche

---

<sup>29</sup> Wilhelm Wernet, Gegenstand und Aufgaben der Handwerksforschung. Münster 1959 (Beiträge zur Handwerksforschung, Bd. 1), S. 16.

und wirtschaftliche Lage des Handwerks erforschten und nach den Ursachen suchten, die die Lage des Handwerks bestimmten. Des weiteren sind die Veröffentlichungen und Statistiken der Zeitschrift des Innenministeriums für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts bezüglich der Entwicklung des Handwerks sowie die Veröffentlichung von N. Stepanov über die Organisation des Handwerks in Rußland bedeutsam<sup>30</sup>. Unter dem regionalen Aspekt ist die handwerkliche Nebentätigkeit der Bauern im St. Petersburger Gouvernement und deren Auswirkung auf das städtische Handwerk zu berücksichtigen, was in dem Aufsatz von A. A. Lipskij behandelt wird<sup>31</sup>. Der Wohlstand der Handwerker und die reale Höhe ihres Gehaltes lassen sich durch den Vergleich der Höhe der Preise für Brot in St. Petersburg ermitteln<sup>32</sup>. Darüber hinaus werden auch zahlreiche Urkunden und Dokumente im Hinblick auf bestimmte Handwerker der Stadt herangezogen, die auch in rechtlicher Hinsicht sehr informativ sind. Über den technischen Standard und die Fertigkeiten der Handwerker können Informationen aus der Beschreibung der St. Petersburger handwerklichen Ausstellung im Jahre 1899 herangezogen werden. Eine weitere methodologische Hilfe soll die Teilung des Handwerks in folgende große Bereiche leisten: Nahrungsmittel-, Bekleidungs-, holz- und metallverarbeitendes Handwerk und das der Dienstleistungsbereiche sowie die Handwerksberufe im Zulieferer- und Reparaturbereich, die sich durch die Industrialisierung etabliert hatten. Außerdem werden die Entwicklungstendenzen des Handwerks von St. Petersburg in den Phasen der Industrialisierung und Hochindustrialisierung durch solche Aspekte konkretisiert und beobachtet wie - die Veränderung oder Beibehaltung der Betriebsordnung und Produktionsweise durch den Übergang vom kleinen Handwerksbetrieb zur Fabrik, - die Änderung der Betriebsgröße, die Absatz- und Preispolitik. Die Wirtschaftlichkeit eines handwerklichen Betriebes läßt sich an der Entwicklung des Lebensstandards der Handwerker und ihres Reallohns messen. Diesem Zweck dienen die Methoden von H.-J. Gerhard und F. Lenger<sup>33</sup>, die für den deutschen Fall erarbeitet wurden. Unter anderem hat Lenger gezeigt, daß es zum Teil möglich ist, die Einkommen der Meister über die gezahlten Steuern zu

---

<sup>30</sup> N. Stepanov, *Sravnitel'no-istoričeskij očerk organizacii remeslennoj promyšlennosti v Rossii i zapadno-evropejskich gosudarstvach*, Kiev 1864.

<sup>31</sup> A. A. Lipskij, *Kustarno-remeslennye promysly v S. Peterburgskoj gubernii*, in: *S. Peterburgskij zemskij Vestnik* 1903, 1-2, S. 61-70.

<sup>32</sup> A. Rykačëv, *Ceny na chleb i na trud v S. Peterburge za 58 let*, in: *VFPT*, vom 31. April und 13. August 1911, Nr. 31, S. 201-206.

<sup>33</sup> Hans-Jürgen Gerhard, *Quantitative und qualitative Aspekte von Handwerkereinkommen in nordwestdeutschen Städten von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts*, in: U. Engelhardt, *Handwerker in der Industrialisierung*, hier S. 51-76; Friedrich Lenger, *Polarisierung und Verlag: Schuhmacher, Schneider und Schreiner in Düsseldorf 1816-1861*, in: U. Engelhardt, *Handwerker in der Industrialisierung*, hier S. 146-163.

ermitteln. Für die Ermittlung des tatsächlichen Lebensstandards der Handwerker und als konjunkturelle Indikatoren können zwei Hilfsgrößen wie die durchschnittliche Betriebsgröße und die Wohnungsverhältnisse dienen<sup>34</sup>. Weitere Indikatoren zur Kontrolle von Einkommenschätzungen sind: die Zahl der im Handwerk Beschäftigten, die Entwicklung der gesamten Handwerkerzahlen und die Handwerkerdichte. Daran anschließend sind die Wandlungen der Betriebsweise, die technische und organisatorische Gestaltung des Betriebes sowie des Handwerkshandels von Bedeutung.

Die rechtliche Lage des Handwerks, nicht nur in St. Petersburg, sondern auch in ganz Rußland, läßt sich anhand reichlich erhaltener Gesetze und rechtlicher Regelungen verdeutlichen. Unter anderem sind die wichtigsten rechtlichen Quellen die "Vollständige Sammlung der Gesetze Rußlands" (*Polnoe sobranie zakonov Rossijskoj imperii*)<sup>35</sup>, die "Protokolle der Kommission für die Überarbeitung der Fabrik- und Handwerksstatuten" (*Protokoly komissii dlja peresmotra ustavov fabričnogo i remeslennogo*) unter der Leitung von Baron Adolf Fëdorovič Stackelberg zu erwähnen, (was die staatlichen Aktivitäten anbetrifft). Außerdem geben die Regelungen innerhalb der Zünfte wichtige Informationen über ihre innere Entwicklung<sup>36</sup>. Besonders behandelt wurde im 19. Jahrhundert das Thema der rechtlichen Lage der Lehrlinge<sup>37</sup>.

Die soziale Lage des Handwerks fand ihren Ausdruck am Ende des 19. Jahrhunderts und in den Jahren vor 1914 in der Gründung verschiedener Gesellschaften seitens der Handwerker. Das soziale Engagement läßt sich anhand

---

<sup>34</sup> S. hierzu: Bruno Fritzsche, Handwerkerhaushalte in Zürich 1865-1880. Eine Bestandsaufnahme, in: U. Engelhardt, Handwerker in der Industrialisierung, S. 105-125; Peter Heumos, Zur Sozialstruktur von Kleingewerbe und Handwerk in Prag 1890-1910, in: ebd., S. 165-182.

<sup>35</sup> *Polnoe Sobranie Zakonov Rossijskoj Imperii* (PSZRI), 1-e sobranie. St. Petersburg 1830, tom 3, 4, 5, 6, 7, 9, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 20, 21, 22, 23, 25, 27, 28, 29, 30, 31, 35, 36, 37, 38, 39, 40; 2-e sobranie, tom 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 10, 13, 14, 17, 18, 20, 21, 23, 24, 27, 30, 31, 36, 37, 39, 40, 41.

<sup>36</sup> *Trudy komissii učreždënoj dlja peresmotra ustavov fabričnogo i remeslennogo v trech tomach*. St. Petersburg 1863, 1879; *Sobranie postanovlenij remeslennych dlja rukovodstva masterov vseh cechov i služuščich u nich podmaster'ev i učenikov izvlečënnoe iz svoda zakonov*. St. Petersburg 1860; D.A. Dril', *Položenie remeslennikov i remeslennoe zakonodatel'stvo*, in: *Juridičeskij Vestnik* 1891, Nr. 1, S. 29-59 (Statuten von verschiedenen handwerklichen Zünften und Innungen).

<sup>37</sup> G. F. Rakeev, *Ob ulučenii položenija remeslennych učenikov*, St. Petersburg 1890; D. G. Sel'diščëv, *O položenii učenikov remeslennych masterskich po dejstvujuščemu russkomu zakonodatel'stvu*, in: *Trudy pervogo s-ezda russkich dejatelej po obščestvennomu i častnomu prizreniju* 8-13 marta 1910 goda.



der Vielfalt der handwerklichen Organisationen analysieren<sup>38</sup>. Die Statistiken über die Handwerker erlauben sowohl soziale als auch wirtschaftliche Aussagen, die in ihrem Zusammenspiel ein komplexes Bild vermitteln sollen<sup>39</sup>. Bei der Erforschung der sozialen Lage der Handwerker von St. Petersburg soll der gesamtgesellschaftliche Kontext herangezogen werden: Die russische Hauptstadt hatte eine große Garnison, eine Vielzahl von Beamten, Dienstboten, Bauern und Kleinbürgern. Außer der sozialen Stellung des Handwerks in der städtischen Gesellschaft ist seine innere Sozialstruktur zu erforschen, für die der Begriff der horizontalen Mobilität verwendet werden kann. Die soziale Mobilität des Handwerkers zwischen dem Arbeiter einerseits und dem Fabrikanten oder dem Großhändler andererseits kann im weiteren als vertikale Mobilität bezeichnet werden. Außerdem dürfen auch die Wirtschafts- und Gewerbepolitik des russischen Staates und ihre Auswirkungen auf das Handwerk nicht vernachlässigt werden<sup>40</sup>.

Des weiteren sollen Fragen zu sozialen, wirtschaftlichen und steuerpolitischen Bereichen behandelt werden. Dazu gehören etwa: Wie viele Meister waren zu verschiedenen Zeiten in der Stadt? Woher erhielten sie ihr Rohmaterial? Wo haben die Handwerker ihre Produkte verkauft, also die Frage nach der Struktur des Warenabsatzes und der Art und Weise, in der er erfolgte. Wie viel Steuerlast lag auf den Waren (sogenannter *akciznyj nalog*)? Wie verhielt sich die Anzahl der Handwerker zur Gesamtbevölkerung? Nach welchen Leitvorstellungen strukturierte der Handwerker sein Leben? Welche Normen der Arbeitsgestaltung und der Arbeitsorganisation, welche Erziehungs- und Lebensformen und welche Formen öffentlicher Repräsentation gab es um die Mitte des 19. Jahrhunderts?

---

<sup>38</sup> Listok dlja remeslennych rabočich, St. Petersburg 1908; Remeslo, St. Petersburg 1881-1883; Proekt obrazovanija novogo "S.-Peterburgskogo obščestva remeslennoj promyšlennosti", St. Petersburg 1871; Otčet sobranija S.-Peterburgskich cechovyh masterov, St. Petersburg 1899; Otčet Remeslennogo bjuro za 1886 g., St. Petersburg 1899; Otčet obščestva "Nastojasčij remeslennik" za 1911-1912 g., St. Petersburg 1913.

<sup>39</sup> Statističeskie svedenija o S. Peterburge, St. Petersburg 1836; Čislo remeslennikov v S. Peterburge v 1839 godu, in: ŽMT 1840 Nr. 6, S. 395-398; Ju. E. Janson, Naselenie Peterburga. Ego social'nyj sostav po perepisi 1869, in: Vestnik Evropy 1875 Nr. 5, S. 606-41; Nr. 6, S. 55-95; Pamjatnaja knižka S.-Peterburgskoj gubernii na 1882-1914 g., St. Petersburg 1875-1915.

<sup>40</sup> PSZ RI 1, Bd. 15, No. 11308; Bd. 12, No. 16188; Bd. 25, No. 19187.

Als orientierendes Beispiel im Zusammenhang mit den theoretischen und methodologischen Grundlagen der Arbeit kann die Handwerksforschung in Deutschland herangezogen werden<sup>41</sup>.

Die Studie von Jürgen Bergmann über das Berliner Handwerk im 19. Jahrhundert<sup>42</sup> spielt für diese Arbeit eine besonders wichtige Rolle. Dabei ist nicht zu vergessen, daß der Vergleich auch typologisch ähnlicher Städte wie St. Petersburg und Berlin bzw. Hamburg nicht per se zu analogen Schlüssen führen soll. Deshalb ist der methodologische Hinweis von Manfred Hildermeier wichtig, statt „typologisch verwandte Städte zu betrachten [...] die *Stadtlandschaften* miteinander [zu] vergleichen oder Bürgertums- bzw. Unternehmergruppen in bestimmten zeitlichen Grenzen“<sup>43</sup>, wozu die Arbeit von Bergmann in reichem Maße Möglichkeiten bietet. Die komparative Einbindung des deutschen Handwerks in die Geschichte des St. Petersburger Handwerks ist erkenntnisbringend, weil es in einigen Fällen erlaubt, die Differenzen in der technischen und institutionellen Entwicklung des russischen Stadthandwerks zum deutschen festzustellen. Die Etablierung des Handwerks in Rußland als einer sozialen und professionellen Institution ging im Unterschied zu

---

<sup>41</sup> S. dazu: Wilhelm Abel (Hrsg.), *Handwerksgeschichte in neuer Sicht*, 2. Aufl., Göttingen 1978 (Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 1), darin Abels Beitrag: "Neue Wege handwerksgeschichtlicher Forschung", S. 1-25; R. S. Elkar (Hrsg.), *Fragen und Probleme einer interdisziplinären Handwerksgeschichte*, in: Elkar (Hrsg.), *Deutschlands Handwerk in Spätmittelalter und Früher Neuzeit*, in: Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 9, Göttingen 1983, S. 3-31; Ulrich Engelhardt, *Handwerker in der Industrialisierung: Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert* (Industrielle Welt, Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Hrsg. v. Werner Conze), Stuttgart 1984; ebd., Karl Heinrich Kaufhold, *Handwerksgeschichtliche Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Überlegungen zur Entwicklung und zum Stande*, S. 20-33; Friedrich Lenger, *Sozialgeschichte der deutschen Handwerker seit 1800*. Fr./M. 1988; Karl Friedrich Wernet, *Handwerksgeschichte als Forschungsgegenstand*. T. 1. u. 2, Münster 1961 (Forschungsberichte aus dem Handwerk, Bd. 4, 5); Ders., *Handwerksgeschichtliche Perspektiven*, Münster 1963 (Forschungsberichte aus dem Handwerk, Bd. 10); Ders., *Handwerksgeschichte als Forschungsgegenstand*. T. 1 u. 2., Münster 1961 (Forschungsberichte aus dem Handwerk 4-5); Ders., *Handwerksgeschichtliche Perspektiven* Münster 1963 (Forschungsberichte aus dem Handwerk 10); Ders., *Zur Abgrenzung von Handwerk und Industrie. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge in ihrer Bedeutung für die Beurteilung von Abgrenzungsfragen*, Münster 1965; Ders., *Wettbewerbs- und Absatzverhältnisse des Handwerks in historischer Sicht*, Bd. 1: *Nahrung, Getränke, Genußmittel*, Berlin 1967; Wernet, Wilhelm, *Gegenstand*; Ders., *Handwerk im Widerstreit der Lehrmeinungen. Das neuzeitliche Handwerksproblem in der sozialwissenschaftlichen Literatur* (Forschungsberichte aus dem Handwerk. 3), Münster/W. 1960.

<sup>42</sup> Jürgen Bergmann, *Das Berliner Handwerk in den Frühphasen der Industrialisierung*. Berlin 1973 (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 11).

<sup>43</sup> Manfred Hildermeier, *Zwischen Bürgertum und Adel: Unternehmer im Zarenreich*, in: D. Dahlmann, C. Scheide (Hrsg.), „... das einzige Land“, S. 87-99, hier S. 90.

Westeuropa zögernd vor sich und fand viel später statt. Das Handwerk in der russischen Stadt blieb Jahrhunderte lang durch überlieferte Traditionen geprägt, die die überkommenen Formen des Handwerks, die noch im 16. und 17. Jahrhunderten existierten, bis ins 19. Jahrhundert hinüberrettete. Diese Tradition erlaubte z. B. allen, die keine Fachqualifikation besaßen, einem Handwerk nachzugehen. Die durchaus heterogene soziale Struktur der russischen Bevölkerung konnte sich im Verhältnis zur Autokratie, die alle Verselbständigungsbestrebungen im Keim erstickt hätte, nach Berufssparten nicht differenzieren bzw. sich ständisch institutionalisieren. Die späte Institutionalisierung des russischen Handwerks in der Stadt im 18. und 19. Jahrhundert verhalf ihm zur Herausbildung seiner sozialen Institutionen und zur Herausbildung des Standesbewußtseins.

#### 0.4      **Begriffe**

Zuerst soll geklärt werden, was unter „*Handwerk*“ verstanden wird. Am besten hat sich in der historischen Handwerksforschung die Definition von Karl Kaufhold bewährt. Unter „*Handwerk*“ versteht er eine „*selbständige gewerbliche Tätigkeit*“, die

„mit der Person ihres Trägers unlösbar verbunden ist und bei der auf Grundlage individueller, erlernter Handfertigkeit und umfassender Werkstoffbeherrschung produziert wird [...] oder Dienstleistungen angeboten werden“.<sup>44</sup>

Dabei schließt er die sogenannte Urproduktion und die Verkehrs- und Bewirtungsdienstleistungen aus. Die Spezifik der Produktionstechnik im Handwerk läßt Werkzeuge und Maschinen nur zur Ergänzung der Handarbeit zu. Kaufhold unterscheidet die gewerbliche Betriebsform des Handwerks von Manufaktur und Verlag durch das Merkmal der wirtschaftlichen Selbständigkeit. Außerdem klammert er das Landhandwerk, Textilerzeugung und Heimgewerbe vom Handwerk aus. Ausgehend von dieser Definition des Handwerks wird in dieser Untersuchung versucht zu verdeutlichen, welche Änderungen sich im Handwerk mit dem Anfang der „*Industriellen Revolution*“ in Rußland im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts vollzogen. Wobei während der ersten Zeitperiode der industriellen Entwicklung in Westeuropa zwischen etwa 1750 und 1870 unter dem Begriff „*Industrie*“ wirtschaftliche Tätigkeiten aller Art, folglich auch das

---

<sup>44</sup> Vgl. K. H. Kaufhold, Umgang und Gliederung des deutschen Handwerks um 1800, in: W. Abel (Hrsg.), Handwerksgeschichte in neuer Sicht, Göttingen 1978, hier S. 27f..

Handwerk, verstanden wurden.<sup>45</sup> In Rußland vollzog sich dieser Begriffswandel mit einer Verzögerung bis ins ausgehende 19. Jahrhundert. Deswegen kann in dieser Arbeit davon ausgegangen werden, daß an der starken Expansion der hauptstädtischen Industrie das St. Petersburger Handwerk zusammen mit den größeren Werken und Fabriken bis ans Ende dieses Jahrhunderts einen großen Anteil. Dies fand seinen Niederschlag nicht nur in den russischen, sondern auch in den westeuropäischen Berufsstatistiken, wo das „*Handwerk*“ unter „*Industrie*“ zusammengefaßt wurde.<sup>46</sup> Ausgehend von der Definition des Handwerks bei Kaufhold wird versucht, die besonderen Merkmale eines Handwerkers aus St. Petersburg im Unterschied zu seinen westeuropäischen Kollegen herauszuarbeiten. Die ersten Unterschiede treten schon mit den Kategorien der „*ständigen*“ und „*zeitweiligen*“ Zunfthandwerker auf, die im westeuropäischen Zunft Handwerk nicht vorhanden waren. Diese zwei Kategorien von Handwerkern wurden schon angesprochen.

Auch innerhalb der Werkstatt sind wesentliche Unterschiede zu der in Westeuropa festzustellen. Die russische Werkstatt unterschied sich durch die noch weiter aufgefächerte Betriebshierarchie, wo es außer der des Meisters (*master*), der Gesellen (*podmaster'e*) und der Lehrlinge (*učenik*) noch die vierte Kategorie der Arbeiter (*rabočij*) gab. Die letzteren führten einfachere und schwerere Arbeiten aus und waren wenig qualifiziert. Sie waren fast ausschließlich zugereiste Saisonarbeiter vom Land, deren „Einschulung“ bzw. Einarbeitung nur wenige Tage dauerte.<sup>47</sup> Allerdings wurde in den Untersuchungsberichten der Regierungsbeamten oft nicht unterschieden zwischen einem *Gesellen* und einem *Arbeiter*, demzufolge die Gesellen selbst als „Arbeiter“ bezeichnet wurden.<sup>48</sup> Selbst in der offiziellen Zeitschrift des Innenministeriums hieß es: Der Geselle ist als ein Handwerker zu bezeichnen, der sein Handwerk gelernt hat, aber noch keine vollständige Erfahrung in seinem Handwerk besitzt und unter der Leitung des Meisters als *einfacher Arbeiter* seinen Aufgaben nachgeht. Er hat kein Recht, andere Gesellen und Lehrlinge zu unterhalten und soll für den Meister arbeiten und seine Kunst den Lehrlingen zeigen.<sup>49</sup> Erst seit 1852, als in einigen Regionen und

---

<sup>45</sup> Vgl. Reinhart Koselleck (Hrsg. u. a.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 3. Stuttgart 1982, zu den Begriffen „Industrie“ und „Gewerbe“ s. S. 237f., 249, 286 und „Industrielle Revolution“ S. 293ff., 297.

<sup>46</sup> Ebd., S. 297.

<sup>47</sup> Vgl. Vladimir Dal', *Tolkovyj slovar' v četyřech tomach*, Moskau 1990, Bd. 2, 3, 4.

<sup>48</sup> Zum Arbeiterbegriff s. auch: Puttkamer, *Fabrikgesetzgebung*, S. 32ff.

<sup>49</sup> Ob ustrojstve remeslennogo soslovija i remeslennoj promyšlennosti, in: *ŽMVD*, 1853, otdelenie 2, č. 3, kn. 5, S. 1-40, hier S. 3.

kleineren Städten eine vereinfachte Handwerksverwaltung eingeführt wurde, war in den Werkstätten tatsächlich eine vierte Kategorie „*der Arbeiter*“ offiziell vorhanden.

Trotzdem ist es nötig, im 19. Jahrhundert und besonders in seiner ersten Hälfte zwischen einem Gesellen und einem *Saisonarbeiter* zu unterscheiden, weil sie zwei verschiedene Gruppen bildeten. Ein Geselle durchlief eine drei- bis fünfjährige Lehre bei einem Zunftmeister und bekam nachher ein Gesellendiplom von der Handwerksverwaltung, das ihn berechtigte weiter bei einem Meister zu arbeiten. Bis er dann die Meisterprüfung ablegen durfte und eine eigene Werkstatt eröffnen konnte, sollte er mindestens drei Jahre bei einem Zunftmeister gearbeitet haben. Diese Gesellenzeit sollte dazu dienen, alle fachspezifischen Seiten eines Handwerks in vollem Umfang zu erlernen. Der *Saison-* bzw. *Lohnarbeiter* hatte diese Rechte nicht und durfte sein Leben lang nur als Facharbeiter, was im Grunde genommen auch der Geselle war, arbeiten. Mit dem Beginn der Industrialisierung wurde die Grenze zwischen einem Gesellen und einem Lohnarbeiter immer undeutlicher, bis sie durch den Bewußtseinswandel, der besonders durch die erste Russische Revolution von 1905 und die industrielle Revolution hervorgerufen wurde, und die Auflösung der traditionellen Hausgemeinschaft, in der die beiden Sphären Arbeit und Privatleben in einem verschmolzen waren, in den ersten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erlosch.

Der Begriff „*deutsche Zünfte*“ bedeutet nicht, daß in diesen Zünften ausschließlich die Handwerker deutscher Nationalität, sondern auch andere meist west- und mitteleuropäische Nationalitäten vertreten waren. Allerdings bildeten die deutschen Handwerker innerhalb der „*deutschen Zünfte*“ die zahlenmäßig größte Gruppe.

Der Begriff „*Verlag*“ ist für die russischen Verhältnisse ebenso anwendbar wie in der westeuropäischen Geschichtsschreibung. Hier heißt es: Verlag ist eine Herstellungsweise, bei der „der Verleger eine größere Anzahl von Arbeitskräften in dezentralisierten, formal selbständigen Betriebsstätten“ regelmäßig beschäftigt.<sup>50</sup> An den Begriff des Verlags schließen sich noch weitere Begriffe wie Lohn- bzw. Stückarbeiter (*poděščíki* oder *rabotniki* und *poštučniki*) an. Das Vorhandensein dieser Kategorie der gewerbetreibenden Bevölkerung beschäftigte die Regierung schon am Anfang der 1860er Jahre, als in St. Petersburg eine

---

<sup>50</sup> Klaus Aßmann, Verlag-Manufaktur-Fabrik. Die Entwicklung großbetrieblicher Unternehmensformen im Göttinger Tuchmachergewerbe. In: Handwerksgeschichte in neuer Sicht, W. Abel (Hrsg.), S. 211-240, hier S. 213.

Vielzahl solcher Gewerbetreibenden vorhanden war, die meistens meisterfrei arbeitende Gesellen waren.<sup>51</sup>

Schon in den 1840er Jahren tauchen in den Beamtenberichten über die Lage der gewerbetreibenden Bevölkerung in St. Petersburg Begriffe wie „*Arbeitervolk*“ (*rabočie ljudi*) und *Arbeiterklasse* (*rabočij klass*) auf, die nicht im marxistischen Sinne oder wie in der sowjetischen Historiographie verwendet wurden. Unter diesen Begriffen wurden entweder die 30.000 bis 50.000 bäuerlichen Saisonarbeiter verstanden oder die armen Einzelhandwerker bzw. allein arbeitende Gesellen, deren soziale Gruppe nach unten an die der Bettler grenzte.<sup>52</sup> Außerdem kamen als weitere Kategorie von Beschäftigten in der Werkstatt die „*Arbeitenden*“ (*rabotniki*) hinzu, die den weiteren Begriffswandel im Handwerk zum Ausdruck brachte.<sup>53</sup>

Die fließenden Grenzen zwischen Werkstatt, Werk oder Fabrik verursachten eine Übertragung der Begriffe aus dem Handwerk in die Industrie und umgekehrt.<sup>54</sup> Die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung machte es unmöglich, eine klare Grenze zwischen beiden Betriebsformen zu ziehen. So arbeiteten in den Werkstätten „*Arbeiter*“, obwohl sie ihrem Stand nach im Heimbetrieb des Meisters *Gesellen* waren; neben Saisonarbeitern wurden in den Fabriken ebenfalls „*Arbeiter*“ beschäftigt, obwohl sie ihrem Qualifikationsgrad nach Meister waren. Außerdem wurden größere Werke in „*Zünfte*“ (*cechi*) gegliedert, wie die Gießerei (*litejnyj cech*), Schmiedehalle (*kuznečnyj cech*), Dreherhalle (*tokarnyj cech*) und andere, die ihrem Wesen nach eigenständige Betriebseinheiten darstellten, die aber nur Teil des Produktionsablaufes waren. Außerdem verbarg sich häufig hinter dem Begriff der „Fabrik“ eine Werkstatt, die nur deshalb solchen Status besaß, weil sie

---

<sup>51</sup> Delo chozjajstvennogo departamenta ministerstva vnutrennich del, po predpoloženiju S. Peterburgskoj Obščej i rasporjaditel'noj dумы ob ustrojstve klassa remeslennikov, izvestnych pod nazvanijem počtučnikov i o neudobstvach suščestvujuščich pravil o porjadke perechoda podmaster'ev ot odnogo mastera k drugomu, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 2384 (fevral' 1861g.); Po zapiske (...) Smirnova (1843), in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 172, l. 45; Dmitrij Driľ' Položenie remeslennikov i remeslennoe zakonodatel'stvo, in: Juridičeskij vestnik(1891), Bd. 7, Nr. 1 (Januar), S. 29-59.

<sup>52</sup> O merach k iskoreneniju niščenstva v meščanskom i remeslennom soslovijach S. Peterburgskoj stolicy (1.12.1861-15.04.1864), in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 112, l. 1ff., 12, 15, 17.

<sup>53</sup> Mnenie S.-Peterburgskoj remeslennoj upravy po proektu položenija ob ustrojstve i soderžanii promyšlennyh zavedenij i o nadzore za proizvodstvom v nich rabot. St. Petersburg 1897, S. 1.

<sup>54</sup> S. zu den Begriffen „fabrika“ und „zavod“: Klaus Heller, Typen und Rechtsformen großgewerblicher Unternehmer in Rußland im 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte 1997. Unternehmertum in Rußland, hrsg. v. Klaus Heller, hier S. 7-27.

beim Manufakturdepartement registriert war oder der Meister den Titel eines Hoflieferanten trug, was ihm das Recht verlieh, sich als „Fabrikant“ zu bezeichnen. Es ist durchaus zulässig, unter den „Fabriken“ der Kaufleute der dritten Gilde, unter denen sehr viele Handwerksmeister waren, eine Übergangsform vom Handwerksbetrieb zu einem Großbetrieb zu vermuten.

Der Begriff des *Artels* bzw. *artel'* wird im Zusammenhang mit dem bauerlichen bzw. nichtzünftigen Handwerk verwendet. Es war ein Kollektiv, das sich „gemeinschaftlich verdingte und am Arbeitsort größtenteils auch zusammenlebte“<sup>55</sup>. Die Artelsarbeiter waren die Arbeitnehmer im Artel, die in der Regel von einem Auftragsnehmer (*podrjadčik*) organisiert wurden, der vorzeitig aufs Land reiste und sie vor der Sommersaison schon am Wohnort verpflichtete. Das Artel war eine Genossenschaft der Arbeiter bzw. Handwerker, die mit wenigen Ausnahmen ihrem Stand nach Bauern waren und überwiegend in der Bauindustrie und im Straßenbau eingesetzt wurden.

Während und nach der ersten Russischen Revolution 1905 vollzog sich, wie gesagt, ein sprunghafter Wandel im Selbstbewußtsein der Handwerker, der allerdings Jahrzehnte vorher vorbereitet wurde. Mit der Radikalisierung der russischen Gesellschaft wurden klare Grenzen zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen gezogen. In der Presse und in den Diskussionen auf dem Handwerkerkongreß 1911 etablierten sich dann letztlich Begriffe wie „Arbeiterklasse“, „Arbeitgeber“, „Arbeitnehmer“ und „Klassenkampf“ im Sprachgebrauch der Handwerker.<sup>56</sup>

---

<sup>55</sup> Vgl. Hildermeier, Bürgertum, S. 197; Das Wort Artel wurde überwiegend in der Bildungssprache verwendet und hatte viele Synonyme wie *vataga*, *družina*, *staja*, *kotljana*. Ihre Mitglieder hießen *artel'sčiki*, *pajščiki*, *užensčiki*, *pokručniki* u.a., aus: G. Sazonov, Programma dlja sobiranija svedenij o ruskoj narodnoj arteli, in: R.M., janvar' 1881, kn. 1, S. 278-300, hier S. 284.

<sup>56</sup> M. Gu-n, Zabastovki i organizacija kapitala, in: Narodno-socialističeskoe obozrenie, vyp. 1 (1906), S. 68-73; B. Bogdanov, Itogi remeslennogo s-ezda, in: Naša Zarja, Nr. 2 (fevral') 1911, S. 62-75.





## 1. Das Handwerk in Rußland vor Einführung der Zünfte 1722

Bevor über die Zünfte in Rußland gesprochen wird, bleibt zu fragen, in welchem Zustand sich das russische Handwerk vor der Einführung der Zünfte befand. Ob bestimmte Organisationsmerkmale des russischen Handwerks dem westeuropäischen Zunftwesen ähnlich waren oder beide nicht miteinander vergleichbar sind?

Es gibt in der russischen Historiographie unterschiedliche Interpretationen bezüglich der Organisation des Handwerks in Rußland vor Einführung der Zünfte 1722. Die These über die korporative Organisation des Handwerks am Beispiel des Artels im mittelalterlichen Rußland wurde 1852 von V. N. Leškov und später von F. Dement'ev aufgestellt, die sie als Vorläufer der Zünfte in Rußland rezipierten. Leschkov betonte, daß die Reform Peters I. der gesetzliche Ausdruck dessen war, was längst in Rußland existierte.<sup>57</sup> Wenn wir aber unter einer Korporation eine Körperschaft mit den verliehenen Rechten einer juristischen Person verstehen, so sind die zeitweiligen, saisonal bedingten losen Vereinigungen russischer Handwerker, die keine Struktur und keine Organisationsmerkmale aufwiesen, die wiederum für die westeuropäischen Zünfte typisch waren, nicht mit jenen zu vergleichen<sup>58</sup>. Auch Ditjatin verneinte den Vergleich der russischen Artels mit den Zünften in Westeuropa. Seiner Meinung nach existierten alle Artels, die es in Rußland zu jener Zeit gab, wie die Gewerbeartels (*arteli promyslov*), d. h. saisonalbedingt und mit bürgerlichem Charakter.

Ähnlicher Meinung war N. Ryčkov, der zeigte, daß die Handwerker in der Moskauer Rus' während der Regierungszeit von Aleksej Michajlovič keinen Beschränkungen von gesetzlicher Seite unterlagen und ihre Gemeinschaften keine Ähnlichkeit mit den westeuropäischen Zünften aufwiesen. Er unterstrich zu Recht die Eigenartigkeit der russischen Handwerksorganisationen, der Artels, und gab ein treffliches Charakteristikum der petrinischen Reformen: Peter I. führte die Reformen in den russischen Städten aus fiskalischen und polizeilichen Gründen ein, um die Qualifikation der Handwerker zu erhöhen und die Qualität der Waren überprüfen zu können, wodurch der Konsument besser geschützt gewesen wäre und dem Staat hochqualifizierte Fachkräfte jederzeit zur Verfügung gestanden hätten. Diese Wünsche Peters I. gingen aber, so Ryčkov, aufgrund der für die russischen Handwerker völlig fremden Institution der Zünfte, nicht in Erfüllung<sup>59</sup>. Bemerkenswert ist, daß Ryčkov, der seine Schrift 1863 verfaßte und die Zunftreform Peters I. als Totgeburt bezeichnete, die Tatsache ignorierte, daß vor

---

<sup>57</sup> M. Kulišer, Cechi u nas i v Evrope, in: Russkaja Mysl', Kn. 11-12. 1877, hier kn. 11, S. 32-72, hier S. 44.

<sup>58</sup> V. N. Leškov, Očerki drevnich russkich zakonov o remeslennoj i zavodskoj promyšlennosti. In: Moskvitjanin 1852, Nr. 23, S. 361-368; F. Dement'ev, Cechi v Rossii. In: Brokgauz-Efron, 1903, t. 38, S. 131-134.

<sup>59</sup> N. D. Ryčkov, O cechach v Rossii i Zapadnoj Evrope. In: Russkij vestnik, Bd. 47 (1863) Nr. 11, S. 789-822, hier S. 811.

seinen Augen die russischen Zünfte in Moskau und besonders in St. Petersburg gerade in den 1840er - 1860er Jahren ihre Blütezeit erlebten.

Dovnar-Zapol'skij und T. P. Efimenko konnten keine Analogien zwischen der Organisation der Handwerker in der Moskauer Periode und den westeuropäischen Zünften finden, obwohl ihrer Meinung nach einige Merkmale dafür sprachen, daß unter den Moskauer Gold- und Silberschmieden die Tendenz zu einer korporativen Bildung vorhanden war. Als Indiz dafür fügten sie hinzu, daß diese Handwerker ihre Waren beim Ältesten der Handelsreihen<sup>60</sup> (*torgovye rjady*) zum Abstempeln vorlegen sollten. Dies kann noch nicht als Hinweis auf eine innungsartige Vereinigung unter den Gold- und Silberschmieden gewertet werden, sondern nur als Hinweis auf die Qualitätskontrollfunktionen seitens der kaufmännischen Institution in der Person des Ältesten einer Handelsreihe<sup>61</sup>. Es ist hier zu bemerken, daß Dovnar-Zapol'skij und Efimenko die Ansicht von Ljaščenko kritisierten, daß die Artels die Vorläufer der Zünfte gewesen seien, und ihre Aufmerksamkeit den Sloboden und Handelsreihen widmeten, in denen sie einige Elemente der korporativen Organisation der Zünfte zu erkennen glaubten.

In den 1950er Jahren versuchten die sowjetischen Historiker M. N. Tichomirov und A. M. Sacharov die Thesen Leškovs über die russischen Artels und andere Attribute des russischen Handwerks als Vorläufer der petrinschen Zünfte im 18. Jahrhundert weiter zu entwickeln. Mit Fakten wie unter anderem der Existenz von Handwerkersloboden und Hundertschaften, der Spezialisierung in den Handelsreihen auf dem Stadtmarkt, dem Vorhandensein der Patronatskirchen, die von bestimmten Handwerkern gestiftet wurden, versuchten die beiden Autoren diese Ansichten Leškovs zu untermauern und behaupteten, daß unter den russischen Handwerkern bestimmte Organisationsmuster vorhanden waren, die denen in den westeuropäischen Zünften ähnelten<sup>62</sup>. Obwohl Tichomirov meinte, daß es eine übertriebene Modernisierung wäre, solche Vergleiche mit den russischen Handwerkern des 12. und 13. Jahrhunderts anzustellen, hielt er solche Vergleiche mit denselben im 16. Jahrhundert für durchaus möglich.

Nun warfen die obengenannten Fakten, die diese Thesen belegen sollten, weitere Fragen auf, die nicht eindeutig beantwortet werden konnten. Die Merkmale des russischen Handwerks, die von den oben erwähnten Autoren angeführt wurden, erlauben noch nicht, über eine Ähnlichkeit der Organisation russischer Handwerker mit den westeuropäischen Zünften zu sprechen. In dem Versuch,

---

<sup>60</sup> Torgovj rjad - der Stadtmarkt, wo die Kaufleute nach der Art der Ware ihre Handelsstuben reihenweise aufgestellt gehabt hatten. Es gab z. B. die Handelsreihen der Fleisch- und Stoffhändler (*mjasnoj i sukonnjy rjad*) sowie Silberreihen (*serebrjanye rjady*), wo die Waren aus dem Gold, Silber und anderen hochwertigen Materialien verkauft aber nicht von den Handwerkern hergestellt wurden. Das war eine Vertriebsweise rein kaufmännischer Natur, wo der Handwerker die Rolle eines Herstellers und Lieferanten des Kaufmanns ausführte.

<sup>61</sup> Dovnar-Zapol'skij, Organizacija moskovskich remeslennikov v XVII veke. In: ŽMNP (September 1910), S. 137ff.; Vgl. Pažitnov, Problema, S. 14; Efimenko, T. P., Očerķ organizacii gorodskich remeslennikov v Moskovskom gosudarstve XVI i XVII vekov. In: Žurnal ministerstva justicii (1914) Nr. 4, S. 114-162.

<sup>62</sup> A. M. Sacharov, Cechi v Rossii, in: SIĖ Bd.15, S. 762ff.

Parallelen zu den westeuropäischen Zünften aufzustellen, ist die Tendenz der sowjetischen Historiker der 1950er Jahre abzulesen, die „historische Gesetzmäßigkeit“ zu belegen und den „Determinismus“ der historischen Entwicklung am Beispiel der „korporativen Institutionen“ der Handwerker im mittelalterlichen Rußland zu beweisen. Mit diesen Versuchen sollte wieder zur Schau gestellt werden, daß die theoretischen Grundsätze der marxistisch-leninistischen Theorie auf alle Gebiete der Geschichte anwendbar seien und -einerlei, ob in den westeuropäischen Ländern oder in Rußland - es sollten für beide Regionen analoge Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung der Städte feststellbar sein, bei deren Entstehung die Handwerker in Westeuropa eine erhebliche Rolle spielten<sup>63</sup>.

Die angebliche Ähnlichkeit der mittelalterlichen russischen handwerklichen Vereinigungen mit den westeuropäischen Zünften kann rein formal begriffen werden. Bei näherer Betrachtung enthüllt sich diese Ähnlichkeit als eine optische Täuschung. Inhaltlich gesehen hatten die Organisationsformen russischer Handwerker mit den westeuropäischen Zünften nichts Gemeinsames und Ryčkov hatte recht, wenn er behauptete, daß die Zünfte in Rußland eine völlig neue und fremde Institution waren. Was aber die Entwicklung russischer Zünfte betrifft, so besteht hier eine prinzipielle Diskrepanz zwischen den Ansichten von Ditjatin, Sacharov und Tichomirov und denen, die in dieser Arbeit vertreten werden. Ditjatin bezeichnete die Zunftreform als gescheitert. Die sowjetischen Autoren bewerteten das Bestehen der Zünfte in Rußland nur für die erste Zeit positiv, was aber ihre Rolle im 19. Jahrhundert und besonders nach dem Beginn der Industrialisierung betrifft, so bezeichneten sie die Zünfte als eine Institution des mittelalterlichen Feudalismus. Dieser Vergleich russischer Zünfte mit den westeuropäischen Zünften des Mittelalters und ihre Deutung als einer rein restriktiven Organisation für das 19. und beginnende 20. Jahrhundert ist verfehlt. Eine andere Gruppe sowjetischer Historiker wie P. I. Ljaščenko, K. A. Pažitnov, F. Ja. Poljanskij und K. N. Serbina kamen im Gegensatz dazu zu dem Schluß, daß es künstlich und erzwungen sei, Parallelen zum westeuropäischen Zunft Handwerk aufzustellen. Das russische Handwerk sollte besser in seiner Eigenartigkeit wahrgenommen und untersucht werden.<sup>64</sup> Pažitnov klärte den Unterschied

---

<sup>63</sup> A. M. Sacharov, *Goroda severo-vostočnoj Rusi XIV-XV vv.*, Moskau 1959; M. N., Tichomirov, *Drevnerusskie goroda*, Moskau 1956, S. 33; ders., *O kupečeskich i remeslennych ob-edinenijach v Drevnej Rusi (XI-XV vv.)*. In: VI 1 (1945).

<sup>64</sup> P. I. Ljaščenko, *Istorija narodnogo chozjajstva SSSR, tom 1*. Moskau 1947, S. 268f.; K. A. Pažitnov, *Organizacija remeslennoj promyšlennosti v Moskovskoj Rusi i reforma Petra*. In: IZ 8 (1840); ders., *Problema remeslennych cechov v zakonodatel'stve russkogo absolutizma*. Moskau 1952; F. Ja. Poljanskij, *Gorodskoe remeslo i manufaktura v Rossii XVIII veka*. Moskau 1960, S. 15; K. N. Serbina, *K voprosu ob učeniceŭstve v remesle russkogo goroda XVII v.* In: IZ 18 (1946); dies., *Očerki iz social'no-ekonomičeskoj istorii russkogo goroda. Tichvinskij posad v XVI-XVIII vekach*. Moskau, Leningrad 1951; dies., *Remeslo i manufaktura v Rossii v 16-17 vekach*, in: *Remeslo i manufaktura v Rossii, Finljandii i*

zwischen den zwei Organisationsformen „Artel“ und „Zunft“, indem er unter anderem aufzeigte, daß sie den verschiedenen Organisationsformen „societas“ - Artel und „universitas“ - Zünfte angehörten. Die Artels wurden mit den Normen des Zivilrechts, die Zünfte aber auch mit administrativen Rechtsnormen geregelt. Er wies mit Recht darauf hin, daß sich nicht nur Leškov, der die Parallelen zwischen den westeuropäischen Zünften aufstellte, sondern auch Dovnar-Zapol'skij und Efimenko täuschten, wenn sie die Hundertschaften, Sloboden und Handelsreihen mit den Zünften verglichen<sup>65</sup>.

Die Entwicklung des russischen Handwerks lief nicht unbedingt auf eine Form der Zunftorganisation hinaus, sondern hatte durchaus die Möglichkeit, sich weiter auf eigenem Wege zu entwickeln. Es ist jedoch zu fragen, ob diese Entwicklung erfolgreicher als die von Peter I. eingeschlagene wäre oder nicht? Die Petrinische Reform wollte in erster Linie eine geregelte Handwerksindustrie schaffen. Allerdings sollten noch mehr als 150 Jahre vergehen, bis der Traum von Peter I. in Erfüllung gehen sollte, weil die gesellschaftlichen und sozialen Verhältnisse bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht gegeben waren. Obwohl die russischen Zünfte von St. Petersburg und Moskau im 18. Jahrhundert gewiß ein bescheidenes Dasein führten, konnten sie sich seit dem Ende des 18. und im 19. Jahrhundert im wirtschaftlichen Leben mehr und mehr behaupten und sich zu einer Institution entwickeln, die im 19. Jahrhundert von einer bestimmten sozialen Schicht der Gewerbetreibenden für ihre Zwecke instrumentalisiert wurde.

Des weiteren wird hier versucht, die Frage zu beantworten, welche soziale und wirtschaftliche Rolle die Zünfte in St. Petersburg spielten? Welche Bedeutung kam ihnen in der Herausbildung eines ständischen Bewußtseins bei den zünftigen Handwerkern und in der Integration der bäuerlichen Handwerker in die städtische Gesellschaft zu? Ob am Ende des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts das ständische Bewußtsein der Zunfthandwerker in St. Petersburg die Keime einer bürgerlichen Moral bzw. Verhaltensweise und die Übergangserscheinungen zu einer bürgerlichen Gesellschaft ohne ständische Hindernisse und Vorurteile aufwies?

---

Pribaltike, Leningrad 1975, S. 20-31.

<sup>65</sup> Pažitnov, Problema, S. 27f.

## **2. Die Gewerbegesetzgebung und die Gewerbepolitik der russischen Regierung vom 18. Jahrhundert bis 1914**

### **2.1 Die Gewerbegesetzgebung und die Gewerbepolitik Peters I. vor der Einführung der Zünfte**

Das Thema der Gewerbegesetzgebung und der Gewerbepolitik der russischen Regierung im 18. Jahrhundert bringt vor allem die Frage über die Kontinuität der Gewerbepolitik des Staates auf. Geklärt werden muß auch, ob und wenn ja welche Ansätze in der Organisation des russischen Handwerks früher schon bestanden und inwieweit die spätere Regierungspolitik diese Ansätze weiterführte bzw. sie wieder verwarf. Es soll versucht werden, die Inhalte des „russischen Zunftwesens“, die es von den Zünften in Westen Europas unterschied, aufzuzeigen.

Die russische Geschichtsschreibung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts schied sich an der Frage, ob die Regierung 1722 mit der Einführung der Zünfte ein generelles Zunftmonopol und damit ein völliges Verbot des freien Handwerks oder aber ein beschränktes Zunftmonopol, welches das Bestehen eines freien Handwerks erlaubte, einführte.

Nach Meinung von N. Stepanov versuchte Peter I. das unterentwickelte russische Handwerk zu unterstützen, indem er die Zünfte mit einem universellen Monopolrecht versah. Er wollte damit die Konkurrenz seitens der nichtzünftigen Handwerker ausschalten<sup>66</sup>. Ditjatin und Leškov meinten dagegen, daß die Worte: „a v nevolju ne prinuždat“<sup>67</sup> (die Handwerker gegen ihren Willen nicht zwingen) in den Erlassen vom 27. April und 16. Juli 1722 den Schluß zuließen, daß die Zünfte keinen Monopolcharakter hatten. Jeder, der in die Hauptstadt kam, durfte frei die Zunfthandwerke ausüben<sup>68</sup>. Kizevetter gelang es, die Meinungen der beiden obengenannten Autoren zu vereinigen, indem er behauptete, daß zum Zunfttritt nur die Posadleute gezwungen wurden. Die übrigen, die in die Stadt

---

<sup>66</sup> N. Stepanov, *Sravnitel'no-istoričeskij očerk organizacii remeslennoj promyšlennosti v Rossii i zapadno-evropejskich gosudarstvach*. Kiev 1864, Vgl. Pažitnov, *Problema*, S. 52.

<sup>67</sup> Vgl. mit dem Gesamttext des Erlasses im Dokumentenanhang.

<sup>68</sup> V. N. Leškov, *Očerk drevnich russkich zakonov o remeslennoj i zavodskoj promyšlennosti*. In: *Moskviťjanin* 1852, Nr. 23; ders., *Russkij narod i gosudarstvo. Istorija russkogo obščestvennogo prava do XVIII veka*. Moskau 1858; I. I. Ditjatin, *Ustrojstvo i upravlenie gorodov Rossii*. Bd. 1. St. Petersburg 1875, Bd. 2, Jaroslavl' 1877; Vgl. Pažitnov, *Problema*, S. 52f.

kamen und nicht zur städtischen Gesellschaft gehörten, durften dem Handwerk ohne Zunftseintritt nachgehen<sup>69</sup>.

K. A. Pažitnov gelang es in seiner Arbeit am besten, die Ziele des Gesetzgebers zu interpretieren und seine Argumentation zu belegen<sup>70</sup>. Er behauptet, daß im Sinne des Erlasses vom 27. April 1722 alle Handwerker, die in der Stadt arbeiteten, ohne Unterschied des Standes in die Zünfte eintreten sollten. Diesen Zusammenschluß bekräftigten weitere Dokumente. So fügt er den Auftrag (*nakaz*) der Stadt Simbirsk hinzu, der zeigt, daß der zusätzliche Erlaß vom 16. Juli in der Provinz gerade in diesem Sinne verstanden wurde:

„Denjenigen, die in die Zunft nicht eingetreten sind, ist dem Gesetz nach verboten, die Waren zum Verkauf anzufertigen, wie es der Erlaß vom 16. Juli 1722 befiehlt. Wenn aber jemand ohne in die Zunft einzutreten sein Handwerk ausüben wird, so werden denjenigen nicht nur das Werkzeug weggenommen, sondern sie werden darüber hinaus bestraft und aus der Stadt in ihre Dörfer hinausgeschickt“<sup>71</sup>.

Eine Frage, die sich aus oben gesagtem ergibt, ist: Ist die Gewerbegesetzgebung, die das Handwerk betraf, allein aus den fiskalischen und polizeilichen Interessen des Staates abzuleiten, oder entstand sie zumindest teilweise unter einem gewissen Sachzwang, einem Druck von „unten“? Es ist anzunehmen, daß hier beide Faktoren, Staatsräson und Sachzwang, eine Rolle gespielt haben. Das zeigt gerade der ergänzende Erlaß vom 16. Juli 1722, der die Handwerker aus allen Bevölkerungskategorien aufzählt, dabei aber im Unterschied zum vorangegangenen Erlaß eine Ausnahme einführt, daß nämlich die Handwerker in den Adelshäusern und Klöstern die Waren für den eigenen Bedarf, nicht aber zum Verkauf anfertigen durften. Der Gesetzgeber ließ einen Kompromiß mit den einflußreichsten Schichten der Gesellschaft wie dem Adel und der Kirche zu, wodurch das Zunftmonopol nur in einer beschnittenen Form existierte. Ein weiteres Beispiel, das zeigt, daß der Gesetzgeber den russischen Verhältnissen Rechnung trug, ist das Institut der zeitweiligen Handwerker, das in Westeuropa undenkbar war, da dort die mit der weltlichen und klerikalen Macht ausgehandelte Regel galt: „Stadtluft macht frei“. In Anbetracht dieser Andersartigkeit der russischen Verhältnisse wurde vom Gesetzgeber im Verlauf des Anpassungsprozesses der russischen Gesetzgebung „in die ganze Struktur der

---

<sup>69</sup> A. A. Kizeveter, *Posadskaja obščina v Rossii XVIII st.* Moskau 1903.

<sup>70</sup> Pažitnov, *Problema*, S. 53.

<sup>71</sup> Ebd.: A ne zapisavšis' v cech nikomu nikakogo rukodelija na prodažu po zakonam, kak ukaz 1722 goda i julja 16 dnja povelevaet, ne proizvodit'. A eželi kto, ne zapisavšis' v cech, kakoe remeslo budet imet', u tech ne tol'ko instrumenty otbirat', no i ich nakazyvat', iz goroda vysylat' v te že žitel'stva, gde kto napisan.

Verordnungen eine gewisse Elastizität eingebaut [...], die der Gesetzgeber akzeptiert[e]“<sup>72</sup>.

Die Beweggründe Peters I. werden durch den historischen Hintergrund verständlicher. Peter der Große war der erste Zar, der in Rußland eine staatliche Wirtschaftspolitik<sup>73</sup> im modernen Sinne betrieben hat. Er leitete sie aus dem Merkantilismus her, dessen Grundprinzipien er durch seine ausländischen Berater erläutert bekam. Diese Grundprinzipien waren eine Rezeption der Politik des französischen Finanzministers J. B. Colbert und der Stuarts in England, wobei die Steuer- und Wirtschaftspolitik von Peter I. den Charakter eines Merkantilismus mit stark ausgeprägten fiskalischen Zügen trug<sup>74</sup>, was auch ein Merkmal des deutschen Kameralismus war. Eines seiner Grundprinzipien war, die Besteuerung nach dem Finanzbedarf der Fürsten zu richten. Die Ausgaben für Armee und Marine im Zusammenhang mit dem Großen Nordischen Krieg hatten Priorität und überhaupt war der Krieg ein Hauptmotor und Ursache für die Entstehung der Manufakturindustrie in Rußland<sup>75</sup>.

Die Befriedigung des steigenden Geldbedarfs setzte die Steigerung der Steuerkraft der Bevölkerung voraus, wodurch wiederum die „pflégliche“ Behandlung der Beisassengemeinde, die sich zum großen Teil aus Zunft Handwerkern zusammensetzte, zu erklären ist. Peters I. Wirtschaftspolitik stellte, wie es das Beispiel der Verfassungsmethodik der Zunftregelungen verdeutlicht, eine Mischung aus verschiedenen westeuropäischen Erfahrungen dar<sup>76</sup>. Die russische

---

<sup>72</sup> Walther Kirchner, Die deutsche Industrie und die Industrialisierung Rußlands 1815-1914, St. Katharinen 1986, S. 328.

<sup>73</sup> Max Weber, Wirtschaftsgeschichte: Abriß der universellen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 4. Auflage.. Berlin 1981, S. 293f.

<sup>74</sup> Vgl. ebd., S. 296-300. Allgemein zum Merkantilismus und Kameralismus in Europa: Rolf Walter, Wirtschaftsgeschichte: vom Merkantilismus bis zur Gegenwart, 2. Aufl., Köln, Weimar, Wien 1998, S. 22-32; Immanuel Wallerstein, Der Merkantilismus: Europa zwischen 1600 und 1750, o.O.1998; Rainer Gömmel, Die Entwicklung der Wirtschaft im Zeitalter des Kameralismus 1620-1800. München 1998; Maximilian Walter, Das Fürststift Kempten im Zeitalter des Merkantilismus: Wirtschaftspolitik und Realitätenentwicklung (1648-1802/03), Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte; 68), Stuttgart 1995; Richard H. Tilly (Hrsg.), Geschichte der Wirtschaftspolitik: vom Merkantilismus zur sozialen Marktwirtschaft, München 1993; Fritz Blauch, Die Epoche des Merkantilismus, Wiesbaden 1973; Hans Hausherr, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit: vom Ende des 14. bis zur Höhe des 19. Jahrhunderts, 4. Aufl, Köln, Wien 1970, hier über M. in Rußland S. 271-276; H. Kellenbenz, Der Merkantilismus in Europa und die soziale Mobilität, Wiesbaden 1965.

<sup>75</sup> E. V. Anisimov, Gosudarstvennye preobrazovanija i samoderžavie Petra Velikogo v pervoj četverti XVIII veka, St. Petersburg 1997, S. 14.

<sup>76</sup> Unter dem Sammelbegriff „Westeuropa“ wird hier, wie es in der russischen Historiographie geläufig ist, West-, Süd-, Mittel- und Nordeuropa verstanden.

Regierung erteilte Handelsprivilegien, gründete Manufakturen, baute Kanäle und Straßen, wie es auch für die Entwicklung in Frankreich typisch war, wo im 18. Jahrhundert ein Straßennetz, das mit den römischen Straßen vergleichbar ist, ausgebaut wurde, um den Binnenhandel zu fördern und St. Petersburg mit dem Inland zu verbinden<sup>77</sup>. Es mag paradox erscheinen, daß, während die Landesherren in Europa die Zunftrechte zu beschneiden versuchten, Peter I. die Zünfte - eine ständische Organisation der Handwerker in Rußland - gründete. Ihrem Wesen nach hatten die Zünfte in Rußland eine andere Natur als in Westeuropa. Sie waren ein Instrument des Zaren, der damit das Handwerk zu entwickeln, sein Fachniveau zu heben und die Produktion zu steigern versuchte, wodurch die Steuereinnahmen des Staates verbessert werden sollten<sup>78</sup>.

Die fehlenden Informationen über die tatsächliche Lage der St. Petersburger Handwerker im 18. Jahrhundert sind ein Hindernis in der Erforschung des Zusammenspiels zwischen Praxis und regulierender Staatsräson, die ihren Ausdruck in der Gesetzgebung fand. Trotzdem ist es dank der Spezifik der Zusammenstellung der Erlasse im 18. Jahrhundert fast immer möglich, nicht nur den rein gesetzgeberischen Willen, sondern auch die von „unten“ kommenden Impulse für die Freigabe des jeweiligen Erlasses festzustellen.

Noch vor der Einführung der Zünfte versuchte Peter I. in den Erlassen von 1699, 1703, 1704 und 1708 die gewerbetreibende Bevölkerung zu organisieren, um die Einnahmen der Staatskasse für die Modernisierung der Armee, der Marine, des Staatsapparates und des Bildungswesens zu verbessern, um die wichtigsten Reformbereiche zu nennen. Als er feststellte, daß diese Maßnahmen wenig effektiv waren, startete er zu Beginn der 20er Jahre, als der 20jährige Krieg zu Ende war, ein Projekt zur Organisation der Handwerker in Zünften.

Der Erlaß von 1699, der den ersten Versuch darstellte, die städtische Bevölkerung von den übrigen Schichten abzugrenzen und eine gesonderte Verwaltung in der Gestalt der Rathäuser (*Burmisterskie izby*) einzuführen, scheiterte an der Passivität und dem Desinteresse der gewerbetreibenden Schichten der Städte, der Kaufleute und Handwerker. Eines der Motive dieses Erlasses war, die Kaufleute und andere Gewerbetreibende von der Willkür mehrerer Staatsämter zu befreien, durch deren Bürokratismus sie große Zeit- und Geldverluste erlitten. Den Kaufleuten und Gewerbetreibenden wurde befohlen, aufgrund ihrer Einnahme- und

---

<sup>77</sup> Vgl. Blaich, Die Epoche des Merkantilismus. Wiesbaden 1973, S. 185f.

<sup>78</sup> Vgl. Hans Hausherr, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit: vom Ende des 14. bis zur Höhe des 19. Jahrhunderts, 4. Aufl., Köln-Wien 1970, S. 273.



Ausgabebücher jährliche Kostenvoranschläge und Warenverzeichnisse aufzustellen, um Willkür der Ämter bei der Besteuerung zu vermeiden<sup>79</sup>.

Mit dem Erlaß von 1703 trachtete der Gesetzgeber danach, den Arbeitgeber zu schützen und es einem unzuverlässigen Gesellen oder Lohnarbeiter schwerer zu machen, eine Stelle zu finden. Ein Arbeitssuchender sollte bei der Einstellung ein Empfehlungsschreiben bzw. ein Gutachten vom früheren Arbeitgeber vorweisen. Selbst die Meister waren dazu verpflichtet<sup>80</sup>.

Der dritte aus dieser Reihe von Erlassen von 1704 war ein weiterer Versuch, die Handwerker ohne Zünfte zu organisieren und von ihnen Steuern in vollem Umfang einzutreiben. Es wurde nämlich verfügt, daß sich alle Handwerker und Lohnarbeiter in der Semënov-Kanzlei für die Honigsammlung in Moskau und in anderen Städten bei den Heerführern (*voevody*) registrieren lassen sollen. Handwerker, wie z. B. Maurer, Färber, Schuhmacher und Schneider sollten zwei *Grivna*<sup>81</sup> und die einfachen Arbeiter oder Lohnarbeiter 2 *Altyn*<sup>82</sup> im Jahr dafür abgeben, daß sie in den Städten arbeiteten. Nach der Entrichtung der Steuer bekamen sie jährlich eine schriftliche Bestätigung, in der Stadt arbeiten zu dürfen<sup>83</sup>.

Mit dem letzten Erlaß aus dieser Reihe vom 14. November 1708, als Peter I. die Lage des Handwerks mit Sondererlassen zu regeln versuchte, wurde den Glockenspielern, Kutschern, Kanonengießern, Wächtern bzw. Torwärttern, Kloster- und Metropolitithandwerkern und den *Bauern* befohlen, in die Beisassengemeinde einzutreten, andernfalls wurde ihnen verboten, in den Städten Gewerbe oder Handel zu treiben, um den städtischen Beisassengemeinden keine Schaden zuzufügen und ihre Ertragslage zu verbessern<sup>84</sup>. Das war nicht die erste gesetzliche Regelung, die den oben erwähnten Bevölkerungsgruppen eine Gewerbetätigkeit verbot. Das Strafgesetzbuch von 1550 (*Sudebnik*), die Standesversammlungsbriefe

---

<sup>79</sup> PSZ RI 1, Bd. 3, Nr. 1674 (30.1.1699): Ob učreždenii Burmisterskoj palaty (...), S. 598-600.

<sup>80</sup> PSZ RI 1, Bd. 4, Nr. 1927 (1.3.1703): O pisanii krepostej v knigi (...), S. 214f.

<sup>81</sup> *Grivna* - altrussische Geldeinheit ist am Anfang des 18. Jahrhunderts zehn Kopeken gleichzusetzen. Ein Rubel beinhaltet 100 Kopeken. Von „*Grivna*“ wurde später „*grivennik*“ abgeleitet, was bis heute eine Bezeichnung der Zehnkopekenmünze bedeutet.

<sup>82</sup> *Altyn* - altrussische Geldeinheit, die im 18. Jahrhundert drei Kopeken gleichzusetzen ist.

<sup>83</sup> PSZ RI 1, Bd. 4, Nr. 1972 (1.3.1704): O sbore vnutrennej pošliny s chleba (...), S. 248-252.

<sup>84</sup> PSZ RI-1, Bd. 12, Nr. 9201 (19.08.1745): Ukaz Kamer-kollegii - Ob označenii tovarov, kakimi mogut krest'jane trgovat' v bol'sich sëlach i derevnjach, S. 441.

(*Sobornye gramoty*) nach 1550 und das Gesetzbuch (*Sobornoe ułożenie*) von 1649 versuchten dies gleichfalls zu regeln<sup>85</sup>.

Es darf nicht übersehen werden, daß das Hauptziel dieser Erlasse war, die Steuersammlung zu regeln, aber auch das Gewerbe zu organisieren, den Arbeitgeber einerseits vor der Willkür der Ämter und andererseits vor unzuverlässigen Arbeitnehmern zu schützen, was durch eine ordentliche Buchhaltung und durch die Einführung der Empfehlungsbriefe gewährleistet werden sollte. Mit den zwei letzten Erlassen sollte die Steuersammlung für Handwerker und unqualifizierte Arbeiter, die außerhalb der Sloboden lebten und vom Land zugereist waren, geregelt, sowie die städtischen Handwerker in der Beisassengemeinde vor den freien Handwerkern, die keine Steuer zahlten, geschützt werden. All diese administrativen und fiskalischen Aufgaben, die der Gesetzgeber nach alter Tradition durch eine Vielzahl von Erlassen und Regelungen zu lösen versuchte, sollten nun von einer neuen Institution gelöst werden - die Zünfte waren das Instrument, mit dem eine wichtige gewerbetreibende Gruppe der Bevölkerung organisiert und institutionalisiert wurde - die Handwerker.

## 2.2 Die Einführung der Zünfte 1722

Die Einführung der Zünfte durch Peter I. mit mehreren Erlassen in den Jahren 1721-1722 war eine grundlegend neue Entwicklung für das Handwerk in Rußland und vor allem in St. Petersburg und Moskau<sup>86</sup>. Der Unterschied zu den früheren Reformen war, daß diese neue - vom Staat geschaffene - Organisationsform das Ziel hatte, einerseits die Steuereinnahmen zu sichern, andererseits die Qualität der handwerklichen Erzeugnisse und der Ausbildung zu erhöhen und eine besondere gewerbetreibende Schicht in den Städten zu bilden, woraus eine Erweiterung des Blickfeldes des Gesetzgebers und das Verständnis einer engeren Abhängigkeit wirtschaftlicher *und* innenpolitischer Zusammenhänge zu konstatieren ist. Das qualitativ hochstehende Handwerk sollte den Nachschub an qualifizierten Handwerkern für staatliche Zwecke leisten, aber auch die Entwicklung der staatlichen und privaten Industrie fördern. Peter I. beabsichtigte wenigstens in den Hauptstädten, die Entstehung einer starken industriellen Mittelschicht zu fördern, die die Wirtschaft weiterentwickeln konnte, was bis dahin von der Wirklichkeit

---

<sup>85</sup> Pažitnov, Problema, S. 34.

<sup>86</sup> Vgl. K. A. Pažitnov, Organizacija remeslennoj promyšlennosti v Moskovskoj Rusi i reforma Petra. In: IZ 8 (1840); ders., Problema remeslennych cechov v zakonodatel'stve russkogo absoljutzizma. Moskau 1952; F. Ja. Poljanskij, Gorodskoe remeslo i manufaktura v Rossii XVIII veka. Moskau 1960, S. 15.

weit entfernt und nur als ein langfristig angelegtes innenpolitisches und wirtschaftliches Ziel zu akzeptieren war<sup>87</sup>.

Die neue Richtung der Gewerbepolitik von Peter I. war ein Ergebnis der Suche nach einer besseren wirtschaftlichen Ordnung, die dem Gewerbe erlaubte, expandieren zu können<sup>88</sup>. Schon seit seinen Reisen in Westeuropa, wo ihm das hohe Niveau des Zunfthandwerks und die Kunstfertigkeit der Meister aufgefallen waren, hatte er den Wunsch, eine solche Fülle hochqualifizierter Handwerker eines Tages in Rußland zu sehen. Seine Einsicht, daß das Handwerk modernisiert bzw. reformiert werden müsse, war, abgesehen von seinen westeuropäischen Beratern wie Franz Lefort oder Patrik Gordon auch dem Universalgelehrten Jurij Križanić geläufig, der zur Zeit von Aleksej Michajlovič in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts seine Bemerkungen über das Handwerk machte: „Die Handwerker sind für einen Staat gewinnträglicher als die reichsten Gruben und Goldminen“. Križanić riet, ausländische Handwerker nach Rußland zu rufen, um das Handwerk zu fördern, russische Fachkräfte auszubilden, und ähnliche Statuten für die Handwerker, wie es sie in den westeuropäischen Zünften gab, einzuführen, um sie besser organisieren zu können<sup>89</sup>.

Ivan T. Posoškov, der 1724 in seinem bekannten Buch „Kniga o skudosti i bogatstve“ (Das Buch über die Armut und den Reichtum) den Ursachen und Wirkungen des schwachen Handwerks in Rußland nachging, war ebenfalls ein Befürworter der Reformen. Posoškov wies auf die Probleme der unzulänglichen Ausbildung der Lehrlinge hin, die jederzeit ihre Meister verlassen konnten, ohne das Handwerk ordentlich erlernt zu haben; sie gingen ihm dann nicht fachmännisch nach und trieben die Preise durch ihre schlechte Arbeit nach unten, wodurch sie und ihre Kollegen Verluste erlitten. Des weiteren fehlte im russischen Handwerk

---

<sup>87</sup> PSZ RI-1, Bd. 6 (1720-1722), Nr. 3708 (16.01.1721): Reglament ili ustav Glavnogo Magistrata (Reglement des Hauptmagistrats), S. 291-309; Nr. 3980 (27.04.1722): „O cechach“ (Über die Zünfte), S. 664f.; Nr. 4054, S. 746, St. Petersburg 1830.

<sup>88</sup> Allgemein zu den Reformen: E. V. Anisimov, *The reforms of Peter the Great: progress through coercion in Russia*. Armonk, New York 1993; E. Donnert, *Peter der Große*. Wien, Köln, Graz 1988; Peter Hoffmann, *Rußland im Zeitalter des Absolutismus*. Vaduz 1988; K. Kersten, *Peter der Große. Vom Wesen und von den Ursachen historischer Größe*. Amsterdam 1935; R. Wittram, *Peter I. Czar und Kaiser. Zur Geschichte Peters des Großen in seiner Zeit*. Bd. 1-2. Göttingen 1964. Allgemein zum Thema des Absolutismus in Europa: Günter Barudio (Hrsg.), *Das Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung 1648-1779*, Augsburg 1998; Heinz Dürchardt, *Das Zeitalter des Absolutismus*, München 1998; Fritz Wagner, *Europa im Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung*, Stuttgart 1996; Doreen Sommer, *Das Rußland Peters des Großen und der europäische Absolutismus*, Marburg 1995; E. Hinrichs (Hrsg.), *Absolutismus, Fr./M.* 1986; J. Kunisch, *Absolutismus. Europäische Geschichte vom Westfälischen Frieden bis zur Krise des Ancien Régime*, Göttingen 1986; K. O. Freiherr v. Aretin, *Der Aufgeklärte Absolutismus*, Köln 1974.

<sup>89</sup> Ju. Križanić, *Russkoe gosudarstvo v polovine XVII veka*. St. Petersburg 1859, S. 30ff., zitiert nach Pažitnov, *Problema*, S. 9.

jede Regelung, die technische Neuerungen vor dem Plagiat anderer Meister schützte und die Waren von niedriger Qualität vom Markt fernhalten half. Zur Qualitätssicherung wurde von Posoškov vorgeschlagen, Meister- bzw. Warenzeichen einzuführen, die früher nur für Gold- und Silberschmiede vorgesehen waren<sup>90</sup>. Die Mißstände, die die Entwicklung des Handwerks hemmten, sollten beseitigt werden.

Die erste Erwähnung der Zünfte ist im Erlaß vom 16. Dezember 1720 über die Verfassung der Magistrate (*Ob učenii formy dlja upravljenija magistratskogo*) zu finden<sup>91</sup>. Einen Monat später wurde dann auch die Instruktion für den Hauptmagistrat verfaßt<sup>92</sup>. Als erstes sollten alle Handwerker in ihre Sloboden zurückkehren und Steuern entrichten. Die Aufgabe des Hauptmagistrats bestand vor allem darin, „die Kaufmannschaft und die Manufakturen“ zu fördern. Unter „Manufakturisten“ verstand der Gesetzgeber Handwerker wie Schmiede, Schneider, Schuhmacher, Zimmerleute, Silberschmiede. Die gewerbetreibende Stadtbevölkerung wurde in zwei Gilden eingeteilt, wobei in beiden die Zunfthandwerker präsent waren, was eine Bestrebung des Gesetzgebers, die Beisassengemeinde nach dem Berufsprinzip zu gliedern, deutlich macht<sup>93</sup>. Das ist dadurch zu erklären, daß die Handwerker nicht nach ihrer Zugehörigkeit zur Zunft, sondern auf Grund ihrer jeweiligen Steuerkraft zu der einen oder anderen Gilde gezählt wurden. Eine Analogie ist unter anderem in Bayern zu finden, wo 1770 vier Bürgerklassen existierten, wobei in der ersten Klasse unter anderem Bierbrauer und Tuchmacher, in der zweiten Buchbinder, Konditoren, Uhrmacher und andere, in der dritten Bäcker, Hutmacher, Schneider, Schuhmacher und andere ihrer Steuerkraft entsprechend vertreten waren<sup>94</sup>.

In Rußland zählten zur ersten Gilde außer den Großhändlern und Bankiers die wohlhabendsten Gold- und Silberschmiede; zur zweiten Gilde alle anderen Handwerker wie Schmiede, Schneider, Schuhmacher, Zimmerer, Schreiner, Schnitzer, Dreher und andere. Jede Handwerksart sollte eine entsprechende Zunft haben, in der die jeweiligen Handwerker eingeschrieben sein sollten.

Mit diesem Dokument wurde das Fundament der Selbstverwaltung der Handwerker gelegt, die sich erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ganz

---

<sup>90</sup> I. Posoškov, *Kniga o skudosti i bogatstve*. Moskau 1937, S. 216f., Vgl. Pažitnov, *Problema*, S. 10.

<sup>91</sup> PSZ RI 1, Bd. 6, Nr. 3690 (16.12.1720): *Ob učenii formy dlja upravljenija magistratskogo* (Über die Verfassung der Magistrate), S. 273.

<sup>92</sup> *Reglament ili ustav Glavnogo Magistrata*, in: PSZ RI 1, Bd. 4, Nr. 3708 (16.01.1721), S. 291-309.

<sup>93</sup> Vgl. Hildermeier, *Bürgertum*, S. 47.

<sup>94</sup> Uwe Puschner, *Handwerk zwischen Tradition und Wandel. Das Münchener Handwerk an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert*, Göttingen 1988, S. 76.

entfalten sollte. Die Handwerker einer Zunft sollten Versammlungen abhalten, um die Ältesten der Zünfte aus ihren eigenen Reihen zu wählen. Falls der Älteste sich als gewissenhaft und redlich in der Ausführung seiner Aufgaben erwies, bestand die Möglichkeit, sogar in den Staatsdienst als Stadtrat oder auch zum Bürgermeister der Stadt aufzusteigen<sup>95</sup>. Der Versuch, alle Handwerker statistisch zu erfassen und sie zu registrieren, fand im Erlaß dadurch seinen Ausdruck, daß alle Handwerker der Stadt ohne Ausnahme bis zum letzten Schuhmacher und Schneider („*do poslednego sapožnika i portnogo*“) aufgezählt sein sollten<sup>96</sup>.

Die komplizierte soziale Zusammensetzung der Bevölkerung der Stadt verlangte nach einer umfassenden Beschreibung der Handwerker aller Schichten der gewerbetreibenden Bevölkerung. Am 27. April, 16. und 31. Juli 1722 kamen drei weitere Erlasse heraus, die fast ohne Ausnahme für alle Stadthandwerker eine obligatorische Zunftzugehörigkeit verordneten.

Laut dem Erlaß „*O cechach*“ (*über die Zünfte*)<sup>97</sup> vom 27. April durften weder russische noch ausländische Handwerker, noch andere Bürger der Stadt, die einem Handwerk nachgingen, zunftfrei arbeiten. Darüber hinaus sollten die bäuerlichen und aus anderen Städten zugereisten Handwerker, die in der Stadt lebten, sich bei der Zunft melden und dort eine Prüfung ablegen. Andernfalls wurden sie nicht in die Zunft aufgenommen und mit dem weiteren Verbot der Ausübung eines Handwerks belegt. Des weiteren schrieb der Gesetzgeber eine siebenjährige Lehrzeit für Lehrlinge vor. Der Meister durfte die Zahl der Gesellen und Lehrlinge in seinem Betrieb ohne Beschränkungen festlegen.

Es muß noch eine wesentliche Besonderheit der russischen Zünfte erwähnt werden. Die Körperschaft der Zunftmeister bestand aus zwei Teilen. Zum einen Teil gehörten die ständigen Zunfthandwerker, die freie Bürger der Stadt waren und die städtischen Ämter des Stadtrates oder gar das Amt des Bürgermeisters und des Zunftältesten bekleiden konnten. Der andere Teil, die zeitweiligen Handwerker, wurden nur befristet in die Zunft aufgenommen und waren ihrem Stand nach meistens Bauern. Im 19. Jahrhundert blieb diese Gruppe der Zunfthandwerker immer noch sehr mobil, weil ihre Grenzen fließend waren, allerdings mit einem wesentlichen Unterschied zum 18. Jahrhundert, als sich in den russischen Zünften unter den zeitweiligen Meistern eine selbstbewußte und beständige Mitte herausbildete, von denen eine überwiegende Mehrheit mit ihren Familien in St. Petersburg sesshaft geworden war.

Laut Erlaß sollten die Handwerker mehr auf die Qualität ihrer Waren achten. Es durften von ihnen in der Stadt nur die Waren verkauft werden, die das Warenzeichen des Meisters und des Zunftältesten hatten. Ein Verstoß gegen diese Regel wurde streng bestraft und wenn jemand zum dritten Mal überführt wurde,

---

<sup>95</sup> Reglament, S. 306f.

<sup>96</sup> Ebd., S. 293.

<sup>97</sup> PSZ RI 1, Bd. 6, Nr. 3980 (27.04.1722): *O cechach*, S. 664f.

wurde ihm die Handwerksausübung verboten. Falls der Zunftälteste selbst eine von der Qualität her schlechte Ware mit einem Gütesiegel versah und zum Verkauf zuließ, wurde er bestraft und, falls er zum dritten Mal überführt wurde, zu einer Galeerenstrafe verurteilt. Deswegen ist die Behauptung von Pažitnov über das Fehlen von Strafsanktionen im Fall eines Verstoßes gegen den Erlaß unbegründet. Um den Warenabsatz der Zunftmeister zu sichern, wurde ein Verkaufsmonopol eingeführt. Niemand durfte seine Ware ohne Zeichen verkaufen oder eine Ware ohne dasselbe kaufen.

Die Frage, ob mit dem Erlaß vom 27. April ein Zunftmonopol in dem Sinn eingeführt worden war, daß sich alle Handwerker der Stadt ohne Ausnahme in die Zünfte einschreiben sollten, läßt sich zustimmend beantworten. Der zweite Hauptsatz im Erlaß „nicht gegen den Willen zwingen“ („*a v nevolju ne prinuždat*“), der am meisten für Meinungsunterschiede sorgte und von den Verfechtern einer „Gewerbefreiheit“ als entscheidender Beweis angeführt wurde, bezieht sich auf den Nebensatz „welche sich ständig *oder* zeitweilig einschreiben wollen“ („*kotorye pochoťjat večno ili vremenno*“), wonach auch leibeigene Bauer in die Zünfte eintreten konnten. Genau diese Interpretation gibt unmißverständlich der Erlaß vom 6. Februar 1796 wieder<sup>98</sup>. Deswegen ist es höchst unwahrscheinlich, daß in der Stadt jemand zunftfrei arbeiten durfte, wenn selbst leibeigene Bauern, wollten sie als Handwerker in der Stadt arbeiten, zum Zunft Eintritt verpflichtet wurden. Handwerker sollten sich also als zeitweilige *oder* ständige Handwerker in die Zünfte einschreiben, wobei ihnen überlassen wurde, sich *entweder* als zeitweilige *oder* als ständige Handwerker einzuschreiben. Des weiteren gibt es im Erlaß indirekte Hinweise auf das Zunftmonopol. Der letzte Satz des Erlasses beseitigt schließlich alle Mißverständnisse, indem er fordert, daß aus *allen* in der Stadt existierenden Handwerkern Zünfte zu organisieren seien<sup>99</sup>.

Im Erlaß vom 16. Juli wurde nochmals bestätigt, daß die ganze handwerkstätige Bevölkerung der Stadt in Zünfte gehöre: Kaufleute, Raznočincy, Hofgesinde, Synodal-, Episkopal- und Klosterbauern, Bauern der Gutsbesitzer und Handwerker aus den Sloboden und dem Posad. Auch die leibeigenen Bauern, die mit ihren Pässen für einige Monate in die Stadt kamen, sollten als zeitweilige Handwerker in die Zünfte eintreten. Eine Ausnahme gab es für die Handwerker in den Häusern des Adels oder in den Klöstern der Stadt. Lediglich unter einer Bedingung wurde den letzteren ihre Tätigkeit erlaubt: Sie durften die Waren nicht für den Verkauf, sondern nur für den Eigenbedarf des Herrenhauses oder Klosters anfertigen. Dieser Erlaß schuf endgültig die juristische Grundlage für ein Vorgehen, das seit Jahrhunderten von weltlichen und geistlichen Würdenträgern in Rußland praktiziert wurde. Sie stellten ihre Grundstücke, die sich inner- oder außerhalb der

---

<sup>98</sup> PSZ RI 1, Nr. 17438; Ob ustrojstve remeslennogo soslovija i remeslennoj promyšlennosti, in: ŽMVD, otd. 2, č. 2, kn. 4, S. 63-108, hier S. 83.

<sup>99</sup> PSZ RI 1, Bd. 6, Nr. 3980 (27.04.1722): O cechach, S. 664f.

Städte befanden, Sloboden zur Verfügung, in denen die Handwerker abgabefrei arbeiteten<sup>100</sup>. Der Erlaß endete, wie alle Erlasse Peters I. über die Zünfte, mit den Worten, daß die Organisation der Zünfte im Hauptmagistrat in aller Eile vorangetrieben werden sollte<sup>101</sup>.

Für die umfassende Bedeutung der Zunftzugehörigkeit sprach auch der Erlaß, der zwei Wochen später, am 31. Juli, herauskam, in dem auch die pensionierten Dragoner, Soldaten und Matrosen, die einem Handwerk nachgehen wollten, entsprechend ihrem Handwerk in Zünfte eintreten sollten<sup>102</sup>.

Das letzte Gesetz aus dieser Reihe, welches zur Zeit Peters I. herauskam, war der Erlaß über die ausländischen Meister in St. Petersburg, von denen viele in der Hauptstadt lebten, ohne zu einer Zunft zu gehören und ohne Kopfsteuer zu zahlen. Interessant ist, daß diese Handwerker den Wunsch äußerten, in die Zünfte einzutreten, ohne dazu gezwungen worden zu sein<sup>103</sup>. Ob alle Betroffenen diesem Senatserslaß<sup>104</sup> folgten und ob dieser Wunsch aus vollem Herzen kam, bleibt offen. Tatsache ist, daß es zur Zeit Katharinas II. viele waren, die zunftfrei in der Hauptstadt arbeiteten; dafür waren jedoch andere Ursachen und vor allem der Erlaß von 1762 verantwortlich, der eine Masseneinwanderung vor allem aus den deutschsprachigen Ländern auslöste.

Die Vielzahl der oben genannten Erlasse bezüglich der Regelung des Zunfthandwerks, die Ungeduld und der Zorn, den der Zar zum Ausdruck brachte, wenn die Ausführung zu lange dauerte, legen Zeugnis davon ab, von welch großer Bedeutung dieses Projekt für Peter I. war. Der weitere Verlauf der Geschichte der Zünfte von St. Petersburg sollte aber einige Korrekturen an den petrinischen Reformen vornehmen.

So entwickelte sich im Zarenreich das städtische Zunftwesen parallel zum bäuerlichen Handwerk auf dem Lande und in der Stadt. Es läßt sich am Beispiel St. Petersburgs erkennen, daß bäuerliche und aus anderen Städten zugewanderte Handwerker die Möglichkeit erhielten, in der Stadt im Handwerkerstand, also im Zunfthandwerk, eine zeitweilige Zugehörigkeit als Handwerksmeister zu erhalten. Das heißt, daß sie Werkstätten, Gesellen und Lehrlinge unterhalten konnten, aber

---

<sup>100</sup> Vgl. Pažitnov, Problema, S. 34.

<sup>101</sup> PSZ RI 1, Bd. 6, Nr. 4054 (16.07.1722): O zapisi v cechi, S. 746.

<sup>102</sup> PSZ RI 1, Bd. 6, Nr. 4066 (31.7.1722): O zapisi dragun, otstavnych soldat i matrosov v cechi, S. 754.

<sup>103</sup> PSZ RI 1, Nr. 4395 (20.12.1723): O pisanii v cechi masterovych ljudej, prišlych iz-za rubeža i o sčislenii onych dljy plateža podušnyh deneg s drugimi posadskimi (Über die Einschreibung der Handwerker in die Zünfte und über ihre Zählung für die Besteuerung gleich wie die anderen Stadtbewohner), S. 188f.

<sup>104</sup> Zur Geschichte des Regierenden Senats: Istorija pravitel'stvujuščego senata za dvesti let 1711-1911. St. Petersburg 1911.

ihre vorherige Standeszugehörigkeit behielten (Bauern blieben also dem Stande nach Bauern).

Die Zünfte sollten nach dem Vorbild von Riga und Reval, sprich nach dem deutschen Muster, organisiert werden. Formal gesehen waren sie im großen und ganzen den Statuten und äußeren Formen der deutschen Zünfte ähnlich. Auch Lehnwörter wie „Zunft“ und „Al'derman“ weisen darauf hin. Dennoch gab es wesentliche inhaltliche Unterschiede. Hier sollen die Besonderheiten der russischen Zünfte hervorgehoben werden: Die Zahl der Meister, Gesellen und Lehrlinge, der Werkstätten und die Menge der produzierten Waren wurde nicht eingeschränkt, wie es z. B. für die Zünfte in Deutschland typisch war.

Es gab noch eine andere Kraft, die dem ordentlichen bzw. Zunft Handwerk Konkurrenz machte - die Kaufleute und die Meister, die Fabriken und Werke gründeten, die meistens nichts anderes als Handwerksstätten waren. Diese Art von Unternehmern unterlag aber der Verwaltung des Manufakturkollegiums<sup>105</sup>. Nach seinem Reglement durfte jeder Fabriken gründen, der über genug Kapital verfügte. Die Genehmigung des Manufakturkollegiums wurde auch dann erteilt, wenn jemand sich weigerte, sich in die Zunft einzuschreiben. In dem Fall ließ er seine Werkstatt beim Manufakturkollegium als Fabrik registrieren, die dann der Zunftverwaltung nicht mehr unterstand. Aus diesen Gründen war es auch unmöglich, das Zunftmonopol durchzusetzen. Dafür gab es zu viele Ausnahmen, die wiederum die Existenz von bäuerlichen Handwerkern, die auf den Wochenmärkten ihre Waren anboten, von Handwerkern in den Herrenhäusern und den Klöstern und „den Manufakturisten“, die dem Manufakturkollegium unterstanden, ermöglichten.

## 2.3 Die Gewerbegesetzgebung nach Peter I. bis 1762

In der Zeit nach Peter I. gab es Erlasse und Verordnungen, die die Petrinischen bestätigten oder einen Sonderfall zum Vorwand hatten. So verlangte der Senat am 19. Mai 1731 von der Moskauer „Ratuša“ einen Bericht über die Einrichtung der Zünfte und die Anzahl der Zunfthandwerker. Aufgrund dessen stellte sich heraus, daß es in Moskau 153 Zünfte mit 6885 Beschäftigten gab<sup>106</sup>. Am 6. Februar 1737 wurde auch den Kirchendienern erlaubt, in die Zünfte einzutreten<sup>107</sup>. Am 3. August 1744 erschien der Erlaß bezüglich der nichtrussischen Untertanen, die nur bei

---

<sup>105</sup> PSZ RI 1, Bd. 7, Nr. 4378 (3.12.1723): Reglament Manufaktur-Kollegii (Reglement des Manufakturkollegiums), S. 167-174, hier S. 169ff.

<sup>106</sup> Pažitnov, Problema, S. 47f.

<sup>107</sup> PSZ RI 1, Bd. 12 Nr. 9113 (28.2.1745) Senatskij: O nevyključke iz podušnogo oklada cerkovnikov, zapisannyh na osnovanii ukaza 14.2.1737, v cechi i v kupečestvo, po ich sobstvennomu želaniju, S. 329ff.



einem Wechsel zum russisch-orthodoxen Glauben den russischen Zünften beitreten durften<sup>108</sup>. Hier ist der klare Wille des Gesetzgebers zu erkennen, die Zünfte für eigene Zwecke in einer assimilierenden Konfessionspolitik zu instrumentalisieren und sie nicht selbst durch den Zulauf zusätzlicher Handwerker zu entwickeln. Am 26. März 1745 wurde der Wiederaufbau der Zünfte nach dem Muster des Erlasses von 1722 verordnet<sup>109</sup>. Dieser Erlaß war aber seiner Art nach nur eine Bestätigung und hatte keinen verpflichtenden Charakter, weil er keine konkreten Maßnahmen vorsah.

Im großen und ganzen läßt sich sagen, daß die Regierungspolitik auch im weiteren Verlauf bis zum Anfang der 1760er Jahren dem gleichen Muster folgte und nur bestimmte Vorfälle zum Vorwand nahm, um die eigentliche Entwicklung des Handwerks zu fördern. Das Interesse der Regierung an den Handwerkern war deswegen so groß, weil sie im Interesse des Fiskus und weil die Handwerker Aufträge für Armee und Marine ausführen sollten. Die Sonderkonferenz bezüglich des andauernden Siebenjährigen Krieges am 2. Dezember 1760 stellte dann auch fest, daß das Vorhandensein eines entwickelten Handwerks besonders wichtig sei und daß letzteres unterentwickelt bliebe, solange die Zünfte „im jetzigen Verfall verharren“ würden<sup>110</sup>. Diese staatlichen Aktivitäten wurden durch konkrete Vorfälle oder Bedürfnisse der Regierung, sei es die Uniformherstellung während des Siebenjährigen Krieges, der Wiederaufbau der Eremitage oder der Eintritt der Mohammedaner und der Kirchendiener in die Zünfte, und nicht durch einen gezielten Aufbau des Zunftsystems hervorgerufen<sup>111</sup>.

Die Erlasse weisen darauf hin, daß die Zünfte nicht ausreichend entwickelt waren bzw. nicht alle Meister umfaßten, die das Handwerk im vollen Umfang mit Gesellen und Lehrlingen betrieben. 1760 äußerte der Senat seine Besorgnis über eine zu große Zahl von Schneidern, die „für den Luxus“ arbeiteten und dadurch „den Staat schädigten“. Als es aber nötig war, genügend Meister zu finden, um die Uniform für die Armee herzustellen“, war keiner zu finden<sup>112</sup>. Im Zusammenhang mit dem andauernden Siebenjährigen Krieg sollten Lieferungen von Armeeuniformen erfolgen, die wegen der mangelnden Anzahl von Schneidern in der Zunft nicht ausgeführt werden konnten. Die Sorge des Gesetzgebers galt also ausschließlich einer effizienten Steuersammlung und einer reibungslosen Verteilung der lästigen Staatsaufträge, wodurch der eigentliche Inhalt der

---

<sup>108</sup> PSZ RI 1, Bd. 12 Nr. 9012 (3.8.1744) Senatskij: Vsledstvie donošenija generala Fermora - O zapisanii v reviziju vyvedennyh v Rossiju inovercev, S. 192f.

<sup>109</sup> Poljanskij, Gorodskoe remeslo, S. 108.

<sup>110</sup> PSZ RI 1, Bd. 15, Nr. 11158 (7.12.1760): Protokol Osoboj konferencii, S. 574ff.

<sup>111</sup> Ebd.; PSZ RI 1, Nr. 9012 (3.8.1744); Der Erlaß vom 6. Februar 1737: Über das freiwillige Einschreiben der Kirchendiener in die Zünfte und Gilden. Vgl. Pažitnov, Problema, S. 60f.

<sup>112</sup> PSZ RI 1, Nr. 11158.

Reformen Peters I., neben einer geregelten Steuersammlung die Entwicklung des Handwerks zu fördern, untergraben wurde. Die Bemühungen des Senats gipfelten schließlich in einem Erlaß, die Register der Handwerker in der Hauptstadt zusammenzustellen. Das war für die damalige Zeit eine typische Handhabe für die Lösung eines Problems. Es wurde nicht nach dem wirtschaftlich schlechten Zustand der Zünfte gefragt, sondern ein regulativer Versuch unternommen, ihre Lage mit Zirkularen und formalen Zählungen zu verbessern.

Im Jahr darauf bekam der St. Petersburger Stadtmagistrat den Mangel an Tischlern zu spüren. Er berichtete im Zusammenhang mit dem Bau des Winterpalastes am 9. Juli 1761:

„[...] von den hauptstädtischen russischen Tischlern, die seit der letzten Volkszählung in die Zünfte eingeschrieben wurden, hat sich, seitdem sie nach Carskoe Selo abkommandiert und in die anderen Arbeitsbrigaden für staatliche Aufgaben aufgenommen worden waren, keiner im Gildenhause gemeldet. Es ist keiner in diese Zunft eingetragen worden und keiner zu finden. Auch ob in der deutschen Zunft der Tischler Meister vorhanden sind, davon ist dem Gildenhause nichts bekannt, da die letzteren wegen ihrer Sturheit keine Steuer zahlen und deswegen auch im Gildenhause nicht vertreten sind“<sup>113</sup>.

Dieser Textabschnitt liefert uns vielfältige Informationen über die Lage des Zunfthandwerks in der Hauptstadt. Erstens besagen die Worte: „[...] seit der letzten Zählung in die Zünfte eingeschrieben wurden“, daß die Handwerker nur während der periodischen Zählungen der männlichen „Seelen“ in den Statistiken erfaßt wurden. In der Zwischenzeit kümmerte sich keiner um sie. Die meisten Handwerker nutzten diesen Umstand aus und traten nur pro forma in die Zünfte ein. Nach Beendigung der Zählung gingen sie wieder ihren Geschäften nach und erschienen nicht einmal bei der Zunftverwaltung, um die Steuer zu zahlen. Folglich waren 1761 die Zahlen der Zunfthandwerker seit der letzten Volkszählung im Jahre 1744 nicht mehr aktualisiert worden. Zweitens überstiegen die Bedürfnisse des Staates die Möglichkeiten der Zünfte um ein Vielfaches. Sie wurden in manchen Zeiten zu Lieferanten von Fachkräften degradiert. Drittens konnten die Tischler der deutschen Zünfte aufgrund „ihrer Sturheit“ der Steuerzahlung entgehen. Darüber hinaus erfahren wir, daß die deutschen Zünfte ihre Unabhängigkeit uneingeschränkt gegenüber der russischen Handwerksverwaltung bewahrten.

Die Berichterstattung des Stadtmagistrats veranlaßte den Senat, am 10. August 1761 an das Hauptkontor des Polizeimeisters von St. Petersburg den Befehl zu

---

<sup>113</sup> PSZ RI 1, Bd. 15, Nr. 11308 (10.8.1761): Ukaz Senata glavnoj kontore policmejstera nemedlenno perepisat' po imenam vsech nachodjaščichsja v Peterburge kak russkich, tak i inozemcev stoljarnych i pročich masterov (...), S. 767f.

erteilen, alle Handwerker, ohne Ausnahmen, zu registrieren und die Verzeichnisse ohne Zeitverlust dem Senat vorzulegen, um die ordentlichen Zünfte nach dem Sinn des Erlasses von 1722 einrichten zu können<sup>114</sup>.

Ungeachtet steuerrechtlicher Fragen und eigener Bedürfnisse, denen die Regierung ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich widmete, wenn vom Handwerk die Rede war, konnte langsam die Idee einer zünftigen Organisation des Handwerks in Rußland - an den russischen Verhältnissen orientiert - eigene positive Inhalte ausbilden. So waren in Rußland 1764 unter den 171.363 Mitgliedern der Beisassengemeinde kaufmännisches Standes 24.507 Personen, die ihren Lebensunterhalt mit einem Handwerk verdienten, wobei 12.679 Personen oder 7,4% von ihnen Mitglieder der Zünfte waren<sup>115</sup>. Dies besagt, daß die Zunftmitgliedschaft von vielen Kaufleuten, die ihren Lebensunterhalt in Ausübung eines Handwerks verdienten, als eine durchaus akzeptable Lösung ihrer problematischen Situation als nicht erfolgreiche Kaufleute angesehen wurde.

Es soll an dieser Stelle eine Frage angesprochen werden, die, je nachdem, wie sie beantwortet wird, unterschiedliche Akzente in der allgemeinen Sicht auf die Entwicklung der Beisassengemeinde und dementsprechend die Rolle der Zunfthandwerker als einen Teil davon setzt: Warum konnte sich das Zunfthandwerk im Rußland des 18. Jahrhunderts nicht vollständig entfalten und warum konnte oder wollte die Regierung keine straffe Zunftorganisation einführen?

Die Regierung förderte zum einen die „Großindustrie“<sup>116</sup> mittels Bau einer Vielzahl von überwiegend staatlichen Rüstungs- und Schwerindustriebetrieben am Ural und in Zentralrußland. Diese Betriebe produzierten fast ohne Ausnahme nur Verluste. Sie mußte aber auch die kleineren Privatunternehmen unterstützen, wenn sie auf längere Zeit eine erfolgreiche industrielle Politik betreiben und ein festes industrielles Fundament aufbauen wollte. Ein Reglement für das Manufaktur-Kollegium, das die Entstehung von Industriebetrieben fördern sollte, wurde nach den Erlassen über die Zünfte am 3. Dezember 1723 freigegeben. Was waren aber die privaten „Manufakturen und Fabriken“, wenn nicht die Werkstätten, die sich von denen der Zunftmeister oft kaum unterschieden? Die ausländischen „Industriellen“, die dem Manufaktur-Kollegium unterstanden, bekamen besondere Vergünstigungen, indem sie für einige Jahre von der Mehrwertsteuer befreit

---

<sup>114</sup> PSZ RI 1, Bd. 15, Nr. 11308 (10.8.1761): Über die Zählung aller russischer und ausländischer Handwerker und aller freien oder leibeigenen mit den Pässen, S. 767f.

<sup>115</sup> Po opredeleniju komissii o kommercii, RGADAF. 397 d. 441 l. 74ff., zitiert nach Hildermeier, Bürgertum, S. 49.

<sup>116</sup> Die Begriffe „Groß-“, und „Kleinindustrie“ sind als relativ zu verstehen. Sie sind aber nötig, um formell die Grenzen zwischen dem Zunfthandwerk und den größeren Manufakturbetrieben oder Werkstätten der Kaufleute, die oft den Werkstätten der zünftigen Meister ähnlich waren, zu ziehen.

wurden, Arbeitsmaterialien und Rohstoffe aus dem Ausland nicht verzollen mußten, eine Wohnung zur Verfügung gestellt bekamen und überhaupt von allen Steuern, Diensten sowie der Einquartierung von Soldaten verschont blieben<sup>117</sup>. Andererseits sollte das Handwerk, also die „Kleinindustrie“, entwickelt werden, die gleichzeitig der Nährboden für die „Großindustrie“ war. Die Entwicklung des Handwerks aber hing mit der Entwicklung der Zünfte eng zusammen<sup>118</sup>. Die Zünfte sollten Privilegien bzw. das Zunftmonopol erhalten, um ihre wirtschaftliche Kraft entfalten zu können, was nicht der Fall war. Das Zunftmonopol galt als zu begrenzt.

Daraus resultiert dann eine weitere Frage: Woraus sollte sich die Schicht der Privatunternehmer, sprich: Handwerker und Kaufleute, rekrutieren, wenn in Rußland nur eine kleine Anzahl von Städten ein entwickeltes Handwerk vorweisen konnten? Dieses Problem der Herausbildung der starken mittleren industriellen Schichten wurde mit dem Problem der Herausbildung des „dritten“ bzw. „mittleren Standes“ in den Städten gekoppelt<sup>119</sup>. Die Stadtbevölkerung machte nur einen Bruchteil der Gesamtbevölkerung aus. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts betrug die Beisassengemeinde etwa 250.000 Seelen oder 3,1% von 8 Mill. der Gesamtzahl der steuerpflichtigen Bevölkerung<sup>120</sup>. Und gerade hier war der Schwachpunkt - es fehlte an Geld und an Menschen. Es war die bäuerliche Bevölkerung, das Land, wo Arbeitskräfte im Überfluß vorhanden waren, es war aber auch die Leibeigenschaft, die zur Zeit Katharinas II. die schlimmsten Formen annahm und die menschlichen Ressourcen fesselte und sie nicht entfalten ließ. Das änderte aber wenig an den Optionen der Regierung, die auf welche Weise auch immer versuchen wollte, den Makel der unterentwickelten Städte zu beseitigen. Um aus dem großen menschlichen Reservoir schöpfen zu können, hätte die Regierung die feste

---

<sup>117</sup> PSZ RI 1, Bd. 7, Nr. 4378 (3.12.1723): Reglament Manufaktur-kollegii, hier Abschnitte 6-8, 10, 23, 25, S. 169-173.

<sup>118</sup> Um mögliche Mißverständnisse auszuschließen, ist hier und im weiteren Verlauf dieser Darstellung der Wirtschaftsraum in den Stadtgrenzen von St. Petersburg gemeint. Falls andere Regionen Rußlands behandelt werden sollen, wird dies extra erläutert.

<sup>119</sup> Dazu: Hildermeier, Bürgertum, S. 59f., 81ff.; S. M. Troickij, Dvorajnskie proekty sozdanija „tret'ego čina“, in: Obščestvo i gosudarstvo feodal'noj Rossii. Sbornik statej, posvjaščennyj 70-letiju akademika Čerepnina. Moskau 1976, S. 226-236; D. M. Griffiths, Eighteenth-Century Perceptions of Backwardness: Projects for the Creation of a Third Estate in Catherine's Russia, in: CASS 13 (1969), S. 458; D. Geyer, „Gesellschaft“ als staatliche Veranstaltung. Sozialgeschichtliche Aspekte des russischen Behördenstaates im 18. Jahrhundert, in: Ders. (Hrsg.), Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland. Köln 1975, S. 20-52; ders., Staatsaufbau und Sozialverfassung. Probleme des russischen Absolutismus am Ende des 18. Jahrhunderts, in: CMRS 7 (1966), S. 366-377; M. Raeff, The Well-Ordered Police State. Social and Institutional Change through Law in the Germanies and Russia, 1600-1800. New Haven, London 1983, S. 181ff.

<sup>120</sup> Hildermeier, Bürgertum, S. 48.

Bindung des Bauern zur Dorfgemeinde oder des Mitglieds der Beisassengemeinde an eine Bevölkerungsgruppe aufweichen müssen, um ersteren die Auswanderung in die Stadt und letzteren die Arbeit im Zunft Handwerk zu erleichtern<sup>121</sup>.

Folglich konnte die Regierung nicht einfach formal so strenge Standesgrenzen ziehen, wie es sie z. B. in französischen Generalständen oder Reichstagen von Ungarn, Polen oder Schweden gab, um oben genanntes Unterfangen zu verwirklichen. Freilich gab es in Rußland außer dem Adel, der sich gerade im 18. Jahrhundert als Stand etablieren konnte, keine so entwickelten Stände, die den Einfluß auf die Staatspolitik nehmen konnten, wie sie es in den Staaten Mittel-, West- und Nordeuropas gab. Sie bekamen erst durch die Gouvernements- (1775) und Stadtreform (1785) Katharinas II. ihre Konturen. Aus diesen zwei Gründen, dem Fehlen der entwickelten Stände und dem Vorhaben, die Beisassengemeinde zu konsolidieren, um aus ihr einen gewerblichen Mittelstand zu entwickeln<sup>122</sup>, konnte kein uneingeschränktes Zunftmonopol eingeführt werden, das für das Handwerk in der ersten Periode ganz förderlich gewesen wäre<sup>123</sup>.

Wenn die Regierung obengenanntes Monopol (Marktbann, Beschränkung der Zahl von Meistern, Gesellen, Lehrlinge und Werkstätten) eingeführt hätte, wäre den Bauern die Möglichkeit versagt geblieben, in den Städten Arbeit zu finden. Dies hätte dann zur Folge gehabt, daß die ohnehin geringe Entwicklungsrate der Bevölkerung in den Städten weiter gemindert worden wäre und sich die Entwicklung der städtischen Gemeinden verzögert hätte. Die Unrentabilität der Zwangsarbeit war schon Peter I. bewußt, als um 1720 mehr und mehr zum Vertragssystem übergegangen und die Anzahl der zwangsweise zum Bau der neuen Hauptstadt verpflichteten Bauern reduziert wurde. Im Laufe des 18. Jahrhunderts wurden die meisten staatlichen Manufakturen in private Hände übertragen, wobei die Privatunternehmer oft dazu gezwungen wurden, diese Betriebe zu übernehmen. Diese Standes- und Gewerbepolitik war demnach einem Zusammenspiel zwischen dem Entwicklungsgrad der russischen Gesellschaft und dem Phänomen des russischen Zunftwesens zu verdanken, dessen Entstehung in Rußland in die Zeit fiel, in der sich die Zünfte in Westeuropa in der Spätphase ihrer Entwicklung befanden und früher oder später mit der Frage ihrer Auflösung konfrontiert waren. In St. Petersburg gab es im 18. Jahrhundert Überlappungen, die es ermöglichten, verschiedene historischen Phänomene auf dem engen Raum der Hauptstadt zu beobachten. Deshalb könnte man St. Petersburg nicht nur als „Laboratorium

---

<sup>121</sup> S. zum Problemkreis Standeswechsel, Ständetrennung und Standesflucht: Hildermeier, Bürgertum, S. 91-124.

<sup>122</sup> Vgl. Hildermeier, Bürgertum, S. 47.

<sup>123</sup> Ebd., S. 45.

der Moderne<sup>124</sup>, sondern auch als das „russische Laboratorium des 18. Jahrhunderts“ bezeichnen, in dem alle möglichen „westeuropäischen Entwicklungsrezepte“ ihre Approbation durchliefen und an die russischen Verhältnisse angepaßt wurden.

Die Situation der Zünfte fing langsam an, sich zu ändern, als Katharina II. schon in den ersten Tagen ihrer Regierung den Zünften ihre Aufmerksamkeit widmete. Am 14. Juli 1763 veranstaltete der Senat eine Sitzung zum Thema Zünfte, auf der beschlossen wurde, die Meister wie auch früher im Hauptmagistrat zu registrieren<sup>125</sup>. Die aktive Teilnahme Katharinas II. an der Gewerbepolitik führte noch deutlicher die Diskrepanz zwischen den Ideen des Merkantilismus und der freien Entfaltung wirtschaftlicher Kräfte einerseits und dem Zunftsystem und seinem beschränkenden Wesen andererseits vor Augen. Dies ist im Auftrag Katharinas II. an die Gesetzgebende Kommission leicht abzulesen<sup>126</sup>.

Infolge der oben geschilderten Standes- und Gewerbepolitik der Regierung und weil die Beisassengemeinde sich im Werden befand und die städtischen Stände sich noch herausbildeten, „füllte sich der Beisassenverband mit einer bunten Vielfalt sozialer Gruppen“<sup>127</sup>. Durch die Dynamik des Herausbildungsprozesses der Stände ist es zu erklären, daß z. B. „ein erheblicher Teil der Kaufleute seine Standesbezeichnung zu Unrecht führte“<sup>128</sup>. Hildermeier konstatiert, daß besonders seit Peter I. nach dem Prinzip gehandelt wurde, daß der ausgeübte Beruf ein Vorwand für den Standeswechsel sein konnte - und das ist ein Beleg für die oben erläuterte „offene“ Standes- und Gewerbepolitik der Regierung. Diese fließenden

---

<sup>124</sup> K. Schlögel, *Jenseits des Großen Oktober. Das Laboratorium der Moderne. Petersburg 1909-1921*. Berlin 1988.

<sup>125</sup> F. Ja. Poljanskij, *Gorodskoe remeslo i manufaktura v Rossii 18 veka* (Das städtische Handwerk und die Manufaktur in Rußland des 18. Jahrhunderts). Moskau 1960, S. 109.

<sup>126</sup> *Nakaz imperatricy Ekateriny II., dannj komissii o sočinienii proekta novogo uloženija*. St. Petersburg 1907, S. 113, § 400, 401, 402.; Zu den Gesellschaftstheorien s.: E. Donnert, *Politische Ideologie der russischen Gesellschaft zu Beginn der Regierungszeit Katharina II. Gesellschaftstheorien und Staatslehren zu Beginn der Regierungszeit Katharinas II. Gesellschaftstheorien und Staatslehren in der Ära des aufgeklärten Absolutismus*. Berlin 1976; Seebohm, T.M., *Ratio und Charisma. Ansätze und Ausbildung eines philosophischen und wissenschaftlichen Weltverständnisses im Moskauer Rußland*. Bonn 1977. Allgemein zu Katharina II.: I. Madariaga, *Russia in the Age of Catharine the Great*. London 1981; H. Rimscha, *Katharina II. Von der preußischen Generalstochter zur Kaiserin von Rußland*. Göttingen 1961.

<sup>127</sup> Hildermeier, *Bürgertum*, S. 47.

<sup>128</sup> Ebd., S. 50f.

Grenzen existierten als eine einprogrammierte Gegebenheit in der Beisassengemeinde fort, womit ihre hohe soziale Heterogenität zu erklären ist<sup>129</sup>. Das Ziel des Gesetzgebers war nicht, die städtischen Bevölkerungsgruppen klar gegeneinander abzugrenzen, was auch unmöglich war, sondern einen Konsens zwischen diesen Gruppen zu finden. Die Vielschichtigkeit der Beisassengemeinde war ein Ergebnis der historischen Entwicklung, die Regierungspolitik wollte daran nichts ändern. Daraus läßt sich die soziale Vielfalt der Zünfte erklären, in denen nicht nur die ständigen Zunftmeister, die als ein Stand innerhalb des kleinbürgerlichen Standes verstanden wurden, sondern auch Bauern, Kleinbürger, Kaufleute und später auch Ausländer vertreten waren.

Die vom Gesetzgeber zugelassenen fließenden Standesgrenzen können also als eine bewußte Flexibilität des Gesetzgebers gewertet werden, der sich darüber im klaren war, daß es in Rußland wenn nicht unmöglich, so bestimmt aber schwierig war, eine Standesgesellschaft einzurichten, wie es sie in Westeuropa gab. Folglich war es unmöglich, die dem „Stand“ der Zunfthandwerker verliehenen „Standesprivilegien“ in die Praxis umzusetzen, was die Etablierung des Zunfthandwerks - von etlichen erfolgreichen Zunftmeistern einmal abgesehen - erschwerte.

Die russische Regierung war dazu gezwungen, sich mit der Lösung prinzipiell unterschiedlicher und einander ausschließender Probleme, für deren Lösung Westeuropa Jahrhunderte gebraucht hatte, zu befassen. Die Entstehung der städtischen Gemeinden bzw. Beisassengemeinden, die Entwicklung des Handwerks und der Zünfte und die nachfolgende Herausbildung der Standesgesellschaft - all diese Institutionen, die in Westeuropa in verschiedenen Entwicklungsperioden entstanden, fielen in Rußland im 18. Jahrhundert zusammen. Wenn die Regierung der Entwicklung der Zünfte eine absolute Priorität eingeräumt hätte, hätte sie die Herausbildung und das Anwachsen der Beisassengemeinde gebremst; andersherum ruinierte diese die Zünfte.

Auf dem Hintergrund der Tatsache, daß die Beisassengesellschaft bzw. die Stände schwierig durch eine klare Definition von anderen Bevölkerungsgruppen zu unterscheiden bzw. abzugrenzen waren, entstand in der Regierung unter der Befürwortung Katharinas II. ein Konzept, das bis zu den großen Reformen der 1860er Jahre beibehalten wurde - die Konkurrenz des bäuerlichen und des kaufmännischen Standes; daß der Handwerkerstand am stärksten davon betroffen war, war unvermeidlich und sollte beibehalten werden, um den Handelsverkehr zwischen der Stadt und dem Land zu verstärken und dem Landadel seine Geldzinsen zu sichern. Dadurch blieb die „strukturelle Vielschichtigkeit“

---

<sup>129</sup> Vgl. ebd., S. 47, 608ff.

(*mnogoukladnost'*) sowohl der russischen Wirtschaft als auch der russischen Gesellschaft weiter bestehen<sup>130</sup>.

Als Peter I. bzw. Katharina II. die Stadtreformen von 1722 bzw. 1785 durchführten, ließen sie zum Teil die alten Institutionen in das Zunftsystem integrieren. Das galt z. B. für die leibeigenen Handwerker, die noch nach dem Gesetzbuch von 1649 das Recht hatten, mit der Erlaubnis ihrer Grundherren in die Städte zu gehen und dort ihre Geldrente als Handwerker zu verdienen. Dies galt auch für die Staatsbauern. Diese Handwerker wurden in St. Petersburg, wie gesagt, seit 1722 in die Zünfte als zeitweilige Handwerker eingeschrieben und blieben dort solange, bis ihre Pässe ungültig wurden. Von daher sei die Eigenart der russischen Stadt dadurch zu kennzeichnen, daß sie „ältere sozialökonomische Strukturen bewahrte und den spezifischen Rahmenbedingungen entsprechend fortbildete“<sup>131</sup>. Diese oben erwähnten Faktoren störten die Entwicklung des Zunfthandwerks in St. Petersburg, da es durch die fließenden Standesgrenzen schwierig oder unmöglich war, „Störer“ und „Pfuscher“ auszugrenzen oder sie wenigstens teilweise durch Gewerbeverbote auszuschalten.

So waren 1751 in St. Petersburg die zunftfreien Meister keine Seltenheit, sondern eher die Regel, was ein Präzedenzfall aus diesem Jahr belegt. Der Senat untersagte dem Münzamt, Produkte von nichtzünftigen Gold- und Silberschmieden einer Qualitätsprüfung zu unterziehen oder sie gar abzustempeln. Die Tatsache, daß einige der wohlhabendsten und daher auch bekanntesten Handwerker wie die Gold- und Silberschmiede ihr Handwerk frei ausüben konnten, weist darauf hin, daß in der Stadt ziemlich große „Gewerbefreiheit“ bestand, die von den Zünften oder gar seitens verschiedener Staatsressorts nicht unterdrückt werden konnte<sup>132</sup>. Das Interesse, Zunftmitglied zu werden, war nur bei den wohlhabendsten Mitgliedern der Beisassengemeinde deutlich ausgeprägt, die Werkstätten im größeren Umfang betrieben, dementsprechend Waren in einer beträchtlichen Menge produzierten und sich durch die Zunftzugehörigkeit und entsprechende Privilegien beim Warenabsatz so gut wie möglich abzusichern suchten. Anders war es bei den kleinen Posad- bzw. kleinbürgerlichen und bäuerlichen Handwerkern bestellt, die in einem kleineren Umfang Waren produzierten und kein Interesse daran zeigten, Zunftmitglieder zu werden. Sie sahen darin nur eine Belastung für

---

<sup>130</sup> S. dazu: Heiko Haumann, Unternehmer in der Industrialisierung Rußlands und Deutschlands. Zum Problem des Zusammenhangs von Herkunft und politischer Orientierung, in: *Scripta Mercaturae* 20, 1986, S. 143-161, besonders S. 157, 159; Hildermeier, Bürgertum, S. 17, 234-246.

<sup>131</sup> Hildermeier, Bürgertum, S. 24.

<sup>132</sup> Vgl. Ilja Mieck (Hrsg.), Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Mitte des 17. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts (Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hrsg. v. Wolfram Fischer, Jan A. van Houtte, Hermann Kellenbenz u.a., Bd. 4). Stuttgart 1993, S. 774.



sich und hatten damit auch Recht: Die Zunfthandwerker wurden immer wieder zu Staatsaufträgen verpflichtet, die keine Einnahmequelle, sondern nur einen Verlust an Material und Zeit für sie darstellten<sup>133</sup>. Mehr noch, manchmal sollten sie in die eigene Tasche greifen, um einen Staatsauftrag finanzieren zu können. Wofür sollte sich ein Handwerker, sei es ein Sloboden- oder Posadhandwerker oder ein Handwerker aus dem Dorf, in eine für ihn völlig fremde Zunftordnung hineinzwängen lassen, wenn der Lauf der Dinge es zuließ, ohne jede Aufsicht zu arbeiten? Die Statuten, Regelungen, Qualitätskontrollen, Ausbildung der Lehrlinge, genauso wie die Wahl des Handwerksobers: alles das war für einen russischen Handwerker im 18. und bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts einzig und allein durch den Willen des Gesetzgebers entstanden und mußte ihm völlig überflüssig erscheinen. Der Staat konnte mit einer Unterstützung der Reformen durch die Handwerker nicht rechnen<sup>134</sup>.

## 2.4 Die Gewerbepolitik Katharinas II. 1762 - 1796

Eine wichtige Quelle über die Lage der Handwerker um die Mitte des 18. Jahrhunderts ist das Projekt der Neuen Gesetzessammlung (*Projekt Novogo Uloženija*), an dem von 1767 bis 1769 gearbeitet wurde. Die gesetzgebende Kommission (*Uložennaja komissija*), in die Deputierte aus allen Regionen Rußlands berufen wurden, erarbeitete eine Reihe von Vorschlägen, die das Handwerk betrafen<sup>135</sup>. Unter anderem wurde die unverzügliche Implementierung (keine Einführung, sie wurde schon 1722 beschlossen) der Zünfte in den russischen Städten, besonders in Moskau und St. Petersburg, gefordert. Dabei verlangten die Deputierten ausdrücklich, die Regelungen der Erlasse von 1721/22 wieder in Kraft zu setzen. Die Deputierten wiederholten die obligatorische Teilung in ständige und zeitweilige Zunfthandwerker, die Befreiung der Handwerker in den Adelshäusern von der Zunftmitgliedschaft, unter dem Vorbehalt, daß sie nicht für den freien

---

<sup>133</sup> Vgl. Hildermeier, Bürgertum, S. 45f.

<sup>134</sup> Ebd. S. 27.

<sup>135</sup> Zur Gesetzgebenden Kommission s.: Ja. Abramov, *Soslovnye nuždy, želanija i stremlenija v epochu Ekaterininskoj komissii*, in: *Severnyj Vestnik* 1886 Nr. 4 S. 145-180, Nr. 6 S. 47-84, Nr. 7 S. 69-99, Nr. 8, S. 159-187; A. V. Florovskij, *Sostav Zakonodatel'noj komissii 1767-1774 gg.* Odessa 1915; V. N. Latkin, *Zakonodatel'nye komissii v Rossii v XVIII v.*, tom 1. St. Petersburg 1887; G. Sacke, *Die Gesetzgebende Kommission Katharinas II. Ein Beitrag zur Geschichte des Absolutismus in Rußland.* Breslau 1940; D. D. Semënov, *Gorodskoe predstavitel'stvo v Ekaterininskiju epochu. (Po materialam komissii 1767 g.)*, in: *Russkoe bogatstvo* 1898 Nr. 1, S. 36-58; S. Voznesenskij, *Gorodskie deputatskie nakazy v Ekaterininskiju komissiju 1767 goda*, in: *ŽMNP* č. 24 (1909) Nr. 11 S. 89-119, Nr. 12 S. 241-284.

Verkauf produzieren sollten. Zur Dämpfung der Konkurrenz und zum endgültigen Verbot des zunftfreien Handwerks in den Städten sollten nichtzünftige Meister schriftlich verpflichtet werden, kein Handwerk in der Stadt auszuüben<sup>136</sup>.

Die Deputierten von St. Petersburg gaben im Wählerauftrag bekannt, daß die Zünfte in St. Petersburg zur Zeit der Zusammenkünfte der Gesetzgebenden Kommission unorganisiert und insgesamt in einem schlechten Zustand waren. Sie beklagten sich darüber, daß jegliche Angaben über die Gesamtzahl der Handwerker in St. Petersburg fehlten. Nicht jeder Meister wurde auf seine Fertigkeiten geprüft und es fehlte eine Kontrolle der Warenqualität. Die nichtzünftigen Handwerker lebten frei in der Stadt und hatten sogar Aushängeschilder über ihren Läden. Die Deputierten verlangten, daß die Meister und die Gesellen, die nicht in die Zünfte eingeschrieben waren und kein Zeugnis von der Zunftverwaltung besaßen, nicht in der Stadt arbeiten durften<sup>137</sup>.

Die Vielzahl der Erlasse änderte wenig an der konkreten Situation. Es mußte ein Wandel im Bewußtsein der Gewerbetreibenden und eine Änderung ihrer Einstellung zur Zunftordnung stattfinden. Auch 45 Jahre nach Einführung der Zünfte gab es 1767, veranlaßt durch die Einberufung der gesetzgebenden Kommission, einen großen Streit darüber, ob es in den russischen Städten Zünfte geben sollte oder nicht<sup>138</sup>. Dieser Streit entflammte immer wieder, weil die Pläne des Gesetzgebers nach einer Lösung verlangten, scheiterten aber an der Realität.

#### **2.4.1 Das Handwerksstatut von 1785: Innovation und Kontinuität**

Das Handwerksstatut von Katharina II. beinhaltete keine prinzipiellen Änderungen der Grundlinien der Zunftpolitik, die Peter I. gelegt hatte. Im Detail wurden allerdings bestimmte Neuerungen eingeführt, die unter anderem eine gewerbliche Tätigkeit kleineren Umfangs unter den Kleinbürgern und Bauern, die nicht in den Zünften eingeschrieben wurden, legalisierten. Des weiteren wurde das Artikel über die zeitweiligen Handwerker im Handwerksstatut gestrichen<sup>139</sup>.

---

<sup>136</sup> Proekt novogo uloženija, sostavlennyj zakonodatel'noj komissiej 1754-1766, čast' III: O sostojanii poddannych voobščee, Hrsg. V. N. Latkin. St. Petersburg 1893, S. 215-233.

<sup>137</sup> Ebd.

<sup>138</sup> PSZ RI 1, Nr. 12945 (24.7.1767): Nakaz Komissii po sostavleniju proekta novogo Uloženija, S. 181f.

<sup>139</sup> PSZ RI 1, Bd. 22, Nr. 16187: Gramota na prava i vygody gorodam Rossijskoj imperii, Remeslennoe položenie, S.369-379, § 120-123, podpunkty 1-117, hier § 120: In die Zünfte können sich alle einschreiben, die dem Stand der Kleinbürger zugezählt werden können; Vgl.

In diesen zwei Änderungen spiegelt sich ein wesentliches Merkmal des Reformwerks von Katharina II., nämlich seine Vielseitigkeit.

Einerseits wurde den nichtzünftigen Handwerkern eine bessere Möglichkeit gegeben, ungestört ihrem Kleingewerbe nachzugehen, andererseits kann die Weglassung des Artikels über die zeitweiligen Handwerker so gedeutet werden, daß die katharinische Gesetzgebung versuchte, die Zünfte als einen festen Bestandteil der städtischen Gesellschaft zu etablieren und ihre korporativen Grenzen deutlicher zu ziehen, wodurch die Zünfte zusätzliche Kontrollbefugnisse bekamen.

So konnten die Zünfte die Zahl der außer Zunft stehenden Handwerker eventuell begrenzen oder wenigstens kontrollieren, indem sich die staatlichen und die Handwerker in den Adelshäusern im Unterschied zu dem Gesetz vom 16. Juli 1722 bei der Handwerksverwaltung melden sollten, falls sie eine Arbeit neben ihrer Hauptbeschäftigung verrichteten<sup>140</sup>. Es blieb aber unklar, wozu sich diese Art von Handwerkern bei der Handwerksverwaltung melden sollte: um zeitweilig oder aber ständig in die Zünfte einzutreten? Da im Statut die Gruppe der zeitweiligen Handwerker nicht erwähnt und zugleich im Paragraph 120 klar darauf hingewiesen wurde, daß nur die Handwerker in die Zünfte eintreten durften, die ihrem Stande nach zu den Kleinbürgern gezählt werden konnten, gab es viele Mißverständnisse und Mißbräuche seitens der St. Petersburger Handwerksverwaltung. Ihr durch die Etablierung von 1785 gesteigertes Selbstbewußtsein veranlaßte sie, diesen Artikel zum eigenen Vorteil zu interpretieren, worauf später noch eingegangen wird.

Die Forderungen der Deputierten, den Handwerkerstand mit der Einrichtung ordentlicher Zünfte zu reglementieren und die Zunftorganisation wiederherzustellen, um der wirtschaftlich stärkeren Schicht der wohlhabenden Zunfthandwerker den Warenabsatz zu sichern, wurden jedoch nicht nach ihrem Wunsch erfüllt, weil eine einseitige Zunftmonopol nicht eingeführt bzw. das freie Handwerk erlaubt wurde.

Es handelt sich um eine Änderung von 1785, die später immer wieder von den nichtzünftigen Handwerkern benutzt wurde, wenn sie dazu gezwungen waren, sich in die Zunft einzuschreiben, nämlich: Die Zunft konnte niemandem verbieten, „sich durch Arbeit seinen täglichen Unterhalt zu erwerben“ - unter dem Vorbehalt, keine Gesellen und Lehrlinge zu beschäftigen<sup>141</sup>. Die Regierung legitimierte dies damit, daß die wirtschaftliche Freiheit nicht eingeschränkt werden sollte. Außerdem gab es in der Stadt andere Institutionen wie die Sloboden und den Posad, die sich parallel zum Zunfthandwerk entwickelt hatten<sup>142</sup>. Diesen Status quo

---

Pažitnov, Problema, S. 81.

<sup>140</sup> PSZ RI I, Nr. 16187, S. 374.

<sup>141</sup> Vgl., Hildermeier, Bürgertum, S. 85.

<sup>142</sup> Vgl. Pažitnov, Problema, S. 43.

bestätigte der Erlaß von 1785, in dessen Paragraph 263 stand: „Keinem ist es verboten, in den Posad einzutreten. Die Posadbewohner können verschiedenen Handwerken nachgehen und Werk-Stühle (*stany*) besitzen. Sie brauchen dafür keine zusätzliche Erlaubnis“<sup>143</sup>. Die Posadbewohner bzw. Kleinbürger durften die Waren ihres Handwerks in ihren Häusern verkaufen. Außerdem erlaubte das Gesetz, den Landbewohnern in der Stadt ihre Erzeugnisse zu verkaufen. Sie brauchten dafür, wie auch die Posadbewohner, keine Erlaubnis.

Die oben erwähnten *stany* sorgten später für viele Mißverständnisse, da nicht klar definiert wurde, was genau unter ihnen zu verstehen war. Normalerweise war unter einem *stan* ein Werk-Stuhl bzw. ein Webstuhl im kleineren Format gemeint. Die Posadleute, Kleinbürger und bäuerlichen Handwerker haben diesen Begriff sehr freizügig interpretiert und unterhielten mittlerweile regelrechte Werkstätten mit einer Vielzahl von Beschäftigten.

Mit der Einführung des Stadtprivilegs von Katharina II. im Jahre 1785 erhielt die Zunftverwaltung der Stadt St. Petersburg die Form, die im wesentlichen bis 1917 erhalten blieb<sup>144</sup>. Alle Zünfte, die vorher getrennt existiert hatten, wurden als ein Stand unter der Leitung einer allgemeinen Handwerksverwaltung (*obščaja remeslennaja uprava*) und einem Handwerksobershaupt (*remeslennyj golova*) zusammengefaßt. Das Handwerksobershaupt vertrat in seiner Person alle Zunfthandwerker der Stadt. Zum ersten Mal wurde eine neue, im einzelnen ausgearbeitete Zunftordnung erlassen, die in das Stadtprivileg integriert war.

In Kürze sollen hier die Rechte genannt werden, die im Stadtprivileg den Kleinbürgern<sup>145</sup> sowie den Zunfthandwerkern eingeräumt wurden:

1. Ohne ein Gerichtsurteil sollte niemand von ihnen zum Tode verurteilt bzw. ihr Hab und Gut nicht konfisziert werden.

<sup>143</sup> PSZ RI 1, Nr. 16187 (21.04.1785): Gramota na prava i vygody gorodam Rossijskoj imperii, § 263.

<sup>144</sup> PSZ RI 1, Bd. 22, Nr. 16187 (21.04.1785): Der Stadtstatut, S. 369-379, Punkt 120-123.

<sup>145</sup> meščane - Kleinbürger. Die mit den Erlassen von 1775 und 1785 neueingeführte Gruppe der städtischen Bevölkerung. Sie genossen gleiche Rechte wie Stadtbürger und Zunfthandwerker. Das Wort „meščane“ wurde schon in den früheren Erlassen erwähnt. So wurde das Wort im Erlaß vom 20.11.1760 unter Nr. 11145: ne „meščane, pol'zujuščiesja odnako ž meščanskimi preimuščestvami“, im allgemeinen Sinne der Stadtbürger benutzt. S. dazu: Hildermeier, Bürgertum, S. 73ff.; ders., Was war das meščanstvo? In: Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte 36, 1985, S. 15 - 53; Klokman, Ju. R., Social'no-ekonomičeskaja istorija russkogo goroda. Vtoraja polovina 18-go veka. Moskau 1967; Ryndzjanskij, P. G., Gorodskoe graždanstvo doreformnoj Rossii. Moskau 1958; ders., Soslovno-podatnaja reforma 1775 g. i gorodskoe naselenie. In: Obščestvo i gosudarstvo feodal'noj Rossii. Sbornik statej posvjaščennyj 70-letiju akademika L.V. Čerepnina. Moskau 1975; Russkij Vestnik, 1863, Bd. 47, Nr. 11 (Oktober), S. 789-822; N. D. Ryčkov, O cechach v Rossii i Zapadnoj Evrope, S. 814f.; M. I. Myš, O meščanskich i remeslennych upravlenijach. Sbornik uzakonenij, 2. Ausgabe, St. Petersburg 1896, S. 498.

2. Der Handwerksverwaltung wurde die Gerichtsbarkeit verliehen und von nun an wurde über die Handwerker beim Standesgericht geurteilt.
3. Kleinbürger und Handwerker genossen die gleichen Rechte.
4. Die Handwerker konnten in der Stadt eine Standesverwaltung haben.
5. Sie durften Immobilien und Grundstücke in der Hauptstadt erwerben.

Zünftige und nichtzünftige Handwerker hatten in St. Petersburg unterschiedliche Rechte:

1. Grundsätzlich konnten in St. Petersburg alle Stadtbewohner einem Handwerk nachgehen, allerdings wurde denjenigen ein Verkaufsrecht versagt, die keiner Zunft angehörten.
2. Nur die ständigen Zunfthandwerker konnten an den Wahlen für die Handwerks selbstverwaltung teilnehmen (Wahlrecht).
3. Nur zünftige Handwerker durften Werkstätten in der Stadt unterhalten.
4. Nur ein Meister der Zunft - ausgebildet und von der Zunftverwaltung geprüft - durfte Lehrlinge aufnehmen und Gesellen beschäftigen<sup>146</sup>.

Von Beginn an wurden die Handwerker in St. Petersburg in "russische" und "deutsche" Zünfte unterteilt, wobei unter die Kategorie "deutsche" alle westeuropäischen Handwerker fielen. An der Spitze jeder Zunft stand ein Zunftältester, der die Steuern eintrieb, die dann zum Teil an den Staat abgeführt werden mußten, zum kleineren Teil aber auch bei der Zunft verblieben. Die Handwerksverwaltung wurde wie früher dem Hauptmagistrat unterstellt. Das Handwerksoberhaupt war ein ständiges Mitglied der Sechsstimmigen Duma, in der die Interessen der Handwerker zum Ausdruck gebracht werden sollten. Es waren auch Gesellenherbergen vorgesehen, die aber nicht organisiert wurden, da es in Rußland wie auch in St. Petersburg keine Gesellen mit stark ausgebildetem Selbstbewußtsein gab und ihnen die gemeinschaftliche Tradition, wie es sie in Westeuropa gab, fremd war. Die Gesellen hatten kein Interesse an einer eigenen Institution, da diese gewerbliche Gruppe sehr mobil und ihre Grenzen sehr fließend waren. Oft wechselten die Gesellen den Meister oder das Handwerk, bis sie es ganz verließen und nach Hause in ihr Dorf zurückkehrten; keiner zog sie zur Rechenschaft, da die Meister dies selbst immer wieder praktiziert hatten. Außerdem fehlte in Rußland die Begrenzung der Meisterzahlen, die in Westeuropa als eine Hauptursache für die Entstehung des Geselleninstituts genannt werden darf<sup>147</sup>.

Die Bemühungen des Gesetzgebers bei der Einrichtung eines Handwerkerstandes wurden aber gleichzeitig von einer anderen Regelung überschattet, die die

---

<sup>146</sup> Vgl. Hildermeier, Bürgertum, S. 84f., 88f.

<sup>147</sup> Vgl. Weber, Wirtschaftsgeschichte, S. 133; O predostavlenii zamečanij na svod remeslennych postanovlenij ot 12 dekabrja 1843 g., in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 172: Po zapiske statskogo sovetnika N. Smirnova, hier l. 40.

ständischen Grenzen der Zunfthandwerker aufweichte. So sollte sich ein Handwerker in eine kaufmännische Gilde einschreiben, falls er Umsätze über 500 Rubel hatte, wodurch er einen doppelten sozialen und ständischen Status als Handwerker *und* als Kaufmann erwarb. Damit war der Grundstein für die Loslösung von der Zunft gelegt. Als Kaufmann konnte der Handwerker seine Werkstatt als Fabrik beim Manufakturkollegium registrieren lassen und unterstand somit nicht mehr der Zunftverwaltung.

In der neuen Zunftordnung wurde zum ersten Mal detailliert auf die Rechte und Pflichten der Handwerksverwaltung eingegangen. Eine Zunft sollte mindestens 5 Meister zählen, die alle Angelegenheiten der Zunft während der Zunftversammlung zu erledigen hatten<sup>148</sup>. Das Protokoll führte während jeder Versammlung der Makler, der auch für die ordentliche Buchführung der Handwerksverwaltung verantwortlich war. Die Verwaltung oder die Versammlung der Meister durfte das Statut nicht ändern, wodurch ihre Tätigkeit nur auf Kontrollfunktionen beschränkt wurde. Jede Zunft hatte jedes Jahr den Zunftältesten und zwei seiner Stellvertreter zu wählen, die vom Stadtmagistrat im Amt bestätigt wurden. Von der Handwerksverwaltung wurde das Handwerksoberrhaupt gewählt<sup>149</sup>.

Zum ersten Mal in der russischen Geschichte wurden, allerdings nur im Rahmen eines Standes, einige Schritte in Richtung einer sozialen Absicherung getan. Falls ein Handwerker krank wurde und keine Gesellen und Lehrlinge hatte, die seine Arbeit verrichten konnten, war die Verwaltung verpflichtet, ihm sowohl ärztliche Hilfe und Arzneimittel als auch Gesellen und Lehrlinge oder das entsprechende Geld zu Verfügung stellen<sup>150</sup>. Des weiteren sollte die Verwaltung, falls ein Handwerker ein Zunftamt inne hatte und aus irgendwelchen Gründen, Trunksucht und dergleichen ausgenommen, verarmte oder erkrankte, ihm gemäß seiner Beitragshöhe seitens der Versammlung der Meister aus der Kasse ein zinsloses Darlehen gewähren. Falls der besitzlose Zunftmeister verstarb, wurde er auf Kosten der Verwaltung bestattet. Der Betrieb wurde in diesem Fall von der Frau des verstorbenen Handwerkers übernommen und weitergeführt. Dabei sollte die Verwaltung ihr, falls sie nicht vorhanden waren, Gesellen und Lehrlinge zur Verfügung stellen<sup>151</sup>. Der Meister hatte in seinem Haus, wo außer seiner Familie die Gesellen und Lehrlinge in Vollpension wohnten, alle Rechte eines Hausherrn. Außerdem sollte derjenige, der in der Stadt als Handwerker arbeiten wollte, unbedingt bei einem Zunftmeister in der Lehre gewesen sein. Die Lehrzeit wurde für die Lehrlinge von sieben auf fünf, wenigstens aber drei Jahren herabgesetzt.

---

<sup>148</sup> PSZ RI 1, Nr. 16187, S. 369.

<sup>149</sup> Ebd., S. 370.

<sup>150</sup> PSZ RI 1, Nr. 16187, S. 373.

<sup>151</sup> PSZ RI 1, Nr. 16187, S. 375.

Nach Beendigung der Lehre bekam ein Lehrling ein Zeugnis und sollte dann als Geselle mindestens drei Jahre lang weiter arbeiten. Es dauerte also mindestens sechs Jahre, bis ein Handwerker seine Meisterprüfung ablegen konnte. Zum Zeitpunkt der Meisterprüfung sollte er aber nicht jünger als 24 Jahre sein.

Das Statut reglementierte den Ablauf des Arbeitstages und die Verhältnisse zwischen dem Meister und seinen Gesellen und Lehrlingen. Die Länge des Arbeitstages wurde auf zwölf Stunden von sechs Uhr morgens bis sechs Uhr abends festgelegt, wobei für das Frühstück und die Mittagszeit jeweils eine halbe Stunde bemessen wurde. Arbeitsfreie Tage waren der Sonntag und die Weihnachtszeit. Der Meister hatte das Recht, den Gesellen für ein halbes Jahr in ein Zuchthaus zu sperren, falls dieser den Meister oder seine Frau beleidigte, wobei nach dem Vollzug der Strafe das Gesetz den anderen Meistern verbot, einen vorbestraften Gesellen einzustellen.

Die Bedeutung der Gnadenurkunde bzw. des Gewerbestatutes für die Zunfthandwerker von St. Petersburg ist nicht hoch genug einzuschätzen. Wie aber Hildermeier zurecht feststellt,

„enthielt die Gnadenurkunde nicht wenige Regelungen, die ihrem Zweck entgegenwirkten. Dazu zählten in erster Linie die Zulassung des bäuerlichen Handels in den Städten und die Bestätigung der ausgedehnten adligen Wirtschaftsrechte. Trotz anderslautender, programmatischer Absichtserklärungen unterließ es die Regierung, jeden Stand wirksam auf eine bestimmte ‚Sphäre der Industrie‘ zu begrenzen“<sup>152</sup>,

was dem St. Petersburger Zunfthandwerk ebenfalls nicht zugute kam, wie aus der Angelegenheit, die mit dem Senatserlaß von 1796 geklärt wurde, ersehen werden kann.

## 2.5 Der Senatserlaß von 1796

Die Handwerksverwaltung interpretierte die fehlende Regelung über die zeitweiligen Handwerker im Handwerksstatut von 1785 in der Weise, daß alle Handwerker, die in der Hauptstadt tätig werden wollten, sich in die Zünfte einschreiben mußten, wodurch die bäuerlichen und kleinbürgerlichen Handwerker automatisch ausgeschlossen bzw. zur Illegalität gezwungen waren, denn um als ständiger Meister in die Zunft eintreten zu können, mußte man eine Prüfung bei der Handwerksverwaltung bestehen, wozu diese Handwerker kaum imstande waren. Vermutlich auf Betreiben der Handwerksverwaltung schaffte die St. Petersburger Stadtduma mit Bezug auf Paragraph 120 des Handwerksstatutes von 1785 das

---

<sup>152</sup> Hildermeier, Bürgertum, S. 89.

Institut der zeitweiligen Zunftmeister ab, wodurch die bäuerlichen Handwerker erhebliche Schwierigkeiten bekamen<sup>153</sup>. So verringerte sich in den nächsten Jahren die Anzahl der zeitweiligen Handwerker in St. Petersburg drastisch. Vor der Einführung des neuen Handwerksstatutes von 1785 gab es 1554 zeitweilige Handwerker, deren Anzahl sich im Jahre 1786 mit 3058 fast verdoppelt hatte. Davon blieb im Jahre 1793 nur noch der Bruchteil von 317 Handwerkern übrig<sup>154</sup>. Die Lage solcher Handwerker wurde mit dem Senatserlaß von 1796 geklärt<sup>155</sup>. Er bestätigte, daß die Handwerker, die ihrem Stand nach leibeigene bzw. Staatsbauern blieben und in der Stadt arbeiteten, die Fabrikarbeiter, die Handwerker aus anderen Städten und aus dem Ausland zeitweilig in die Zünfte eintreten durften. Ohne Standeswechsel traten Kaufleute und persönlich Geadelte in die Zünfte auf Zeit ein, wenn sie dem Handwerk mit Hilfe anderer Handwerker und Lehrlinge nachgingen. Außerdem besagte der Artikel 57 des Handwerksstatutes unmißverständlich, daß es „in der Stadt, in welcher es eine Handwerksverwaltung gibt, verboten ist, zunftfrei zu arbeiten“<sup>156</sup>.

Der Erlaß von 1796 ist eine wichtige Quelle für das Verständnis dessen, was der Gesetzgeber am Ende des 18. Jahrhunderts unter Gewerbepolitik verstand, wobei seine negative Stellung zur „Gewerbefreiheit“ und dem Versuch der Handwerksverwaltung, einen kompromißlosen Zunftzwang einzuführen, offenbar ist. Es ist an dieser Stelle anzumerken, daß es in Rußland einen bedingten Zunftzwang gab, der durch die Klausel über die zeitweiligen Handwerker bestehen konnte. Also wies der Senat der Handwerksverwaltung Grenzen zu, die in einem krassen Widerspruch zu ihrem Monopolwesen standen. Seinen Worten nach hätte die Bestimmung der Handwerksverwaltung, die Handwerker nur als ständige Meister in die Zünfte einzuschreiben, zur Einschränkung des Handwerks geführt und den Handwerkern geschadet, was nicht im Sinne des Gesetzes sei. Der Gesetzgeber fuhr fort:

„Es ist nicht selten der Fall, daß ein Mensch [*kein Handwerker oder Fachmann, A.K.*] mehrere Handwerke beherrscht und je nach der Konjunktur dieses oder jenes Handwerk betreibt oder entsprechend seinen Umständen sein Glück in einem anderen Handwerk versucht, das ihm ein besseres Einkommen verspricht, weshalb er immer zeitweilig in verschiedene Zünfte eintreten wird. [...] Inzwischen, wenn solche

---

<sup>153</sup> Pažitnov, Problema, S. 81.

<sup>154</sup> S. Tabelle 1 im Tabellenanhang.

<sup>155</sup> PSZ RI 1, Bd. 23, Nr. 17438 (6.2.1796): „O nevospresčenii meščanam, kazennym i gosподским ремесленникам zapisyvat'sja v obščie cechi na takoe vremja, skol'ko kto v onych byt' poželaet...“, S. 865f.

<sup>156</sup> PSZ RI 1, Bd. 22, Nr. 16187, S. 374.



Handwerker dazu gezwungen werden, in die Zünfte als ständige Meister einzutreten, werden sie mit staatlichen Aufträgen über ihre Kräfte belastet, wodurch sie nicht imstande sein werden, ihre Arbeit zu verrichten. Sie werden die Preise zum Nachteil der Bevölkerung erhöhen oder bei den ständigen Zunftmeistern in den Dienst treten, wobei die letzteren bei ihrem Monopol den Lohn beliebig hoch oder herunter setzen können.

[...] Dem Gouvernementskontor (*gubernskoe pravlenie*) wird verordnet, daß es aufgrund der freien Ausübung des Handwerks unter keinen Umständen Kleinbürgern, leibeigenen und staatlichen Handwerkern den zeitweiligen Eintritt in die Zünfte versagen darf. Demzufolge sollen auch leibeigene oder staatliche Handwerker in die Zünfte wiederaufgenommen werden, die früher als zeitweilige Meister in die Zünfte eingeschrieben waren<sup>157</sup>.

Mit einer so breiten Interpretation des Zunfthandwerks wurde seine fachmännische Seriosität und der Anspruch auf hohe Qualität in Frage gestellt und das Standesbewußtsein der ständigen Zunftmeister verletzt, die Anspruch auf Etablierung im hauptstädtischen Gewerbe erhoben. Hier wird noch einmal deutlich, daß es dem Gesetzgeber nicht um das Zunfthandwerk selbst, sondern um die allgemeine gewerbliche bzw. industrielle Entwicklung ging. Die Zünfte waren eine Institution, die das fachmännische Niveau im Handwerk erhöhen sollten. Wie erfolgreich sie das tun konnten, bleibt freilich unter diesen Voraussetzungen fraglich. Damit wurde der Versuch der Handwerksverwaltung, das hauptstädtische Handwerk zu monopolisieren, erstmals unterbunden. Zwar kann im Zusammenhang mit den St. Petersburger Zünften keine Rede von ihrer Vormachtstellung in der Hauptstadt sein, doch ist dies ein Indiz für einen beträchtlichen Zuwachs an Standesbewußtsein der Zunfthandwerker und ihrer gestiegenen wirtschaftlichen Macht, die sie dazu verleitete, den Umfang des Arbeitsmarktes durch den Ausschluß der zeitweiligen, sprich bäuerlichen, Handwerker aus den Zünften zu regulieren, um den städtischen Markt, sei es auch partiell, für sich zu gewinnen.

So bildete sich langsam eine Schicht unter den Handwerkern heraus, die im 19. Jahrhundert im ganzen Handwerkerstand für große Konflikte sorgte - die der zeitweiligen Zunfthandwerker. Der Senatserlaß von 1796 war aber nicht Auslöser dieser Entwicklung, wie Ende des 19. Jahrhunderts häufig geschrieben wurde, sondern er bestätigte lediglich eine bereits von Peter I. stammende und in der Zeit zwischen 1785 und 1796 abgeschaffte Regelung.

---

<sup>157</sup> PSZ RI 1, Bd. 23, Nr. 17438, S. 866f.

## 2.6 Das Zunftstatut von 1799

Das Handwerksstatut von 1785 und das Zunftstatut von 1799<sup>158</sup>, das unter anderem versuchte, das Wesen der Handwerksarbeit genauer zu definieren, dienten als Grundlage für die Gesetzgebung im 19. Jahrhundert.

Nach dem Zunftstatut von 1799 unterschied sich die handwerkliche Arbeit von der Arbeit in der Fabrik

- in der Herstellung der Waren durch Handarbeit,
- in der Gewährleistung des Arbeitsverfahrens durch die Einstellung von Gesellen, welche dank ihrer profitablen Arbeit dem Meister ermöglichten, Gewinn zu erzielen,
- in der Ausbildung der Lehrlinge.

Dieser Versuch, das Wesen der Handwerksarbeit zu definieren, war zu allgemein und verfehlte das Ziel, das Handwerk von den Großbetrieben bzw. Fabriken zu trennen, um so steuerpolitische Fragen zu klären. Zwar ist es möglich, diese Grenze nach unten, zum Gewerbe, deutlich zu erkennen. Aber viel wichtiger für den Gesetzgeber war, sie nach oben abzugrenzen, denn dort verschwamm die Grenze bis zur Unkenntlichkeit, da gewisse Merkmale genauso gut auf „Fabriken“ wie auch auf die Werkstätten zutrafen. Aufgrund dieser Unklarheit der Gewerbe Regelungen im Stadtstatut konnte auch keine effektive Standespolitik betrieben werden, wie sie von der Regierung angestrebt wurde. Darüber soll im Zusammenhang mit der Gildenreform von 1824 jedoch noch gesprochen werden. In gewisser Weise ließ sich der Gesetzgeber im Zunftstatut von 1799 von den wirklichen Bedürfnissen der Gegenwart leiten und ließ einige Regelungen zu, die wenig mit dem Wesen des Zunfthandwerks korrespondierten. Der Handwerker konnte nämlich sein Handwerk in der Fabrik ausüben, wobei er auch dann als Zunftmeister der Zunftverwaltung unterstand und bestimmte Beiträge zahlte. Ein Meister durfte seine Werkstatt mit dem gesamten Werkzeug einer anderen Person verpachten, wobei offen blieb, ob diese Person ihre Qualifikation nachweisen mußte oder nicht. Des weiteren wurde das Verlagshandwerk konstituiert, das dem Handwerker erlaubte, Aufträge und Material von einem Auftraggeber zu empfangen und gegen Stücklohn weiterzuverarbeiten. Diese Regelung weist auf ein typisches Merkmal des St. Petersburger Handwerks am Ende des 18. Jahrhunderts hin, nämlich auf die frühe Entwicklung des Verlagshandwerks, das die Zersplitterung des Handwerks in verschiedene Produktionsweisen förderte, die dem traditionellen Handwerk fern standen<sup>159</sup>. Im Gegensatz zu den Handwerkern räumte das Gesetz den Fabrikanten das Recht ein, ihre Produkte überall zu verkaufen. Die ersteren dagegen durften ihre Produkte nur in der Stadt verkaufen. Im Verwaltungswesen sollte der vergrößerte Verwaltungsapparat effektivere Arbeit

---

<sup>158</sup> PSZ RI 1, Bd. 25, Nr. 19187 (12.11.1799): Der Zunftstatut, S. 864-886.

<sup>159</sup> PSZ RI 1, Nr. 19187, S. 864f.

leisten, statt vorher zwei waren jetzt vier Älteste der russischen und vier der deutschen Zünfte tätig<sup>160</sup>.

## 2.7 Zur Typologie russischer und westeuropäischer bzw. deutscher Zünfte

Die starke Orientierung der russischen Gesetzgebung an westlichen Mustern läßt die Frage aufkommen, in welchem Zustand sich das Zunftwesen in Westeuropa im 18. Jahrhundert befand. Als erstes läßt sich feststellen, daß - während in Rußland die Zünfte noch in ihrer Entstehung begriffen waren - sich die Geschichte des Zunfthandwerks in Westeuropa ihrem Ende näherte: 1791 wurden die Zünfte in Frankreich, 1810/11 in Preußen und 1859 in Österreich abgeschafft. Der Prozeß der Abschaffung des Zunftsystems im deutschsprachigen Raum vollzog sich, wie zu sehen ist, etwas später. Hier behielten die Zünfte nicht unbedingt ihr mittelalterliches Wesen bei, sondern wurden immer wieder vom Staat modifiziert bzw. modernisiert, wie z. B. mit der Reichshandwerksordnung von 1731, die unter anderem den Zugang zum Handwerk erleichterte. Einerseits wurden diese Modernisierungsbestrebungen durch die Staatsräson und die Ideen des Merkantilismus oder des im deutschsprachigen Raum öfter vorkommenden Kameralismus bewirkt, andererseits waren die Erlasse eine Folge der inneren Auflösung des Zunftwesens nach dem Dreißigjährigen Krieg.

Das Zunftwesen in Rußland war völlig neu. Die Fremdartigkeit der Zünfte für die russischen Verhältnisse und das Fehlen früherer Organisationen, auf deren Basis sich das Zunftsystem hätte aufbauen lassen, beweist die Tatsache, daß nach den Erlassen vom 16. Dezember 1720 und 16. Januar 1721, die die Organisation der Handwerker in Zünften verfügten, ein ganzes Jahr lang vom Hauptmagistrat nichts unternommen wurde, was Peter I. dazu bewog, dem Oberpräsidenten und seinem Stellvertreter mit der Galeerenstrafe zu drohen. Die Schwierigkeiten, mit denen Peter I. zu kämpfen hatte, veranlaßten ihn, an ausländische Erfahrungen anzuknüpfen. Dmitrij Solov'ëv, den der Zar mit einer Analyse der Zunftordnungen im Ausland beauftragt hatte, reichte einen Bericht an den Senat ein, der als Grundlage für den Erlaß über die Zünfte vom 27. April 1722 diente, wobei die Zunftordnungen aus Dänemark, Deutschland, Schweden, Livland und Estland zum Vorbild genommen wurden<sup>161</sup>. Das Neue in der petrinischen Zunftordnung war, daß sie nicht nur in Analogie zur schwedischen Zunftordnung die Anzahl der Zünfte und der Zunftmitglieder unbeschränkt ließ, sondern darüber hinaus das Handwerk auch außerhalb der Zünfte erlaubte. Das war ein Kompromiß mit dem

---

<sup>160</sup> Nr. 19187, S. 866.

<sup>161</sup> Vgl. Aleksandr A. Kizevter, *Gorodovoe položenie Ekateriny II 1785 g. Opyt istoričeskogo kommentarija*. Moskau 1909, S. 184f.

Adel und der Kirche, der diesen gestattete, weiterhin Handwerker unter der Bedingung zu beschäftigen, daß sie für den Eigenbedarf produzierten.

Als Katharina II. sich mit der neuen Stadtordnung befaßte, die 1785 erlassen wurde, waren ihr die Meinungen in Westeuropa über die ökonomische Bedeutung des Zunftwesens bekannt. Als Verfechterin des staatlichen Merkantilismus und der Gewerbefreiheit wußte sie einerseits den Nutzen des Zunftsystems in der Organisation des ordentlichen Handwerks zu schätzen, andererseits war sie sich der Gefahr des Zunftzwanges für die Entwicklung der Wirtschaft bewußt, was sie in der Arbeitsversion des Artikels 400 der Instruktion für die Gesetzgebende Kommission zum Ausdruck brachte:

„Es ist eindeutig, daß für die Entstehung des kunstfertigen Handwerks die Zünfte nützlich sind. Sie sind aber nur für kurze Zeit nützlich, da sie die Mehrheit der Gewerbetreibenden unterdrücken, sobald sie organisiert sind“<sup>162</sup>.

Diese Problematik kommt in der letzten Version von Paragraph 400 zum Ausdruck, in der darauf hingewiesen wird, daß die Nützlichkeit der Zünfte in den Städten umstritten sei und daß noch darüber entschieden werden müsse, welche Zunftbestimmungen, in die Praxis umgesetzt werden sollten. Bestätigend wird dann im nächsten Paragraphen darauf hingewiesen, daß die Zünfte für die Entwicklung des Handwerks nützlich seien, solange sie die Zahl der Handwerker nicht begrenzten. Katharina II. sah sich in ihren Beschlüssen in Hinblick auf die westeuropäische Entwicklung bestätigt, auch dort war zu ihrer Zeit die Anzahl der Meister in den Zünften nicht begrenzt<sup>163</sup>. Kizeveter analysierte richtig, daß die Reformtätigkeit Katharinas II. bezüglich des städtischen Handwerks nicht darauf abzielte, das Zunftmonopol zu stärken, sondern die gewerblichen Aktivitäten unter der Stadtbevölkerung und die Entwicklung des Handwerks anzuregen, woran sich deutlich Züge des Merkantilismus erkennen lassen<sup>164</sup>.

An dieser Stelle muß eine neue ökonomische Schule, die der Physiokraten<sup>165</sup> erwähnt werden, deren Lehre um die Mitte des 18. Jahrhunderts entstand und die sicherlich eine Wirkung auf die Einsichten von Katharina II. ausübte, wodurch auch ihre aktive Tätigkeit bei der Ansiedlung von deutschen Kolonisten in der

---

<sup>162</sup> Ders., S. 269.

<sup>163</sup> Nakaz imperatricy Ekateriny II., dannyj komissii o sočinenii proekta novogo uloženija. St. Petersburg 1907, S. 113, § 400, 401, 402.

<sup>164</sup> Kizeveter, Gorodovoe položenie, S. 269.

<sup>165</sup> Physiokraten schrieben allein der Landwirtschaft produktive Kraft zu und fanden in ihr eine Quelle der Schöpfung aller Werte vor. Das Gewerbe erklärten sie dagegen als unproduktiv. Vgl. Hausherr, Wirtschaftsgeschichte, S. 278.

Umgebung von St. Petersburg und an der mittleren Wolga zu erklären ist. Es scheint, daß Katharina II. keinen Widerspruch darin sah, beide Wirtschaftstheorien zu unterstützen, und sich von dem Prinzip leiten ließ: Jede Theorie kann nützlich sein, falls sie zum allgemeinen Wohlstand und zur Förderung von Industrie und Landwirtschaft beiträgt.

Welche besonderen Merkmale wies das St. Petersburger Zunft Handwerk im Gegensatz zu dem in Westeuropa auf und welche Gemeinsamkeiten hatten sie? Es soll hier immer im Auge behalten werden, daß es sich um grundsätzlich verschiedene Zunftprinzipien, um verschiedene konzeptionelle Lösungen der Zunftorganisation im Handwerk handelte.

Wenn wir das Zunftsystem stark schematisch nach dem Innen-Außen-Verhältnis<sup>166</sup> auswerten, so läßt sich im allgemeinen feststellen, daß sowohl nach dem Innen-Verhältnis: Regelung der Arbeit, als auch nach dem Außen-Verhältnis: Monopolisierung, welche die Konkurrenz ausschalten sollte (abgesehen von einigen Gemeinsamkeiten z. B. bei der Betriebsordnung bzw. -hierarchie oder der Qualitätskontrolle des Produktes) das russische Zunftsystem anders gestaltet wurde als in Westeuropa. Im russischen Fall wurde das Zunftrecht so modifiziert, daß die Zünfte nie imstande waren, eine Monopolstellung in St. Petersburg einzunehmen, so daß sie im Unterschied zu Westeuropa nie verlangen konnten, daß alle Meister der Hauptstadt der Zunft beitreten sollten, falls sie ein Handwerk ausübten<sup>167</sup>. Diese Bestrebung Katharinas II., die Zünfte in ihren Rechten zu beschränken, war nicht neu. Sie konnte in dem Fall an die westeuropäischen Erfahrungen unter anderem Preußens und Schweden anknüpfen, wo nach dem Dreißigjährigen Krieg die absolutistischen Monarchien sich behaupten konnten und alle andere Machtmonopolisten, hier die Zünfte, unterdrückt wurden.<sup>168</sup>

Die Zünfte in Rußland waren von Anfang an eine Schöpfung des Staates, der mit seinem gesetzgeberischen Instrumentarium die Begriffe für ihre Konstituierung auswählte, die am besten seinen Zielen entsprachen. Die Ziele sowohl Peters I. als auch Katharinas II. waren die gleichen: Steigerung der Gewerbeproduktion bzw. des Wohlstandes der Bevölkerung und folglich der Steuereinnahmen, was nicht durch die Einführung des Zunftmonopols, sondern im wesentlichen durch die Beschäftigung einer maximalen Zahl von Personen an der Produkt- bzw. Wertschöpfung zu erreichen war. Deswegen konnten die Zünfte die Anzahl der Beschäftigten im Handwerk bzw. in den Betrieben nicht begrenzen. Nach Außen konnten und durften die Zünfte keinen Marktzwang einführen, und sie durften auch die Einkaufspreise von Rohstoffen bzw. die Verkaufspreise ihrer Produkte

---

<sup>166</sup> Vgl. Weber, Wirtschaftsgeschichte, S. 130f.

<sup>167</sup> Ebd., S. 127.

<sup>168</sup> Gömmel, Entwicklung, S. 25.

nicht selbst festlegen. Auch war es ihnen untersagt, den Zunftbann einzuführen<sup>169</sup>. Solche Regelungen waren ein Ergebnis der allgemeinen westeuropäischen Gewerberechtsentwicklung, die Peter I. bzw. Katharina II. zur Kenntnis genommen hatten. Modell waren hier Verordnungen in Preußen und Schweden, die gegen die Zunftregelungen vorgingen, die der Produktionsausweitung hinderlich waren<sup>170</sup>.

Bei der Einführung der Zünfte, besonders seit der Zunftreform von 1785, mußte sich der Gesetzgeber aber auch darüber Gedanken machen, wie er in Konflikt zwischen eigenen und konträren Interessen der Zünfte das Bestehen der Zünfte bzw. des Qualitätshandwerks und das Entstehen einer fachmännischen Tradition, die in Rußland noch geschaffen werden sollte, sichern konnte. So ist es zu erklären, daß die Zünfte einige Funktionen der Gewerbepolizei bzw. des Gewerbegerichts sowohl nach innen als auch nach außen ausübten, indem sie dem Handwerker seine Tätigkeit verbieten konnten, falls er Lehrlinge und Gesellen ohne Meisterdiplom unterhielt. Des weiteren hatte das Handwerksoberhaupt die Befugnis, Lehrlinge einem Meister wegzunehmen und bei einem anderen zu beschäftigen, wenn der erste ihn schlecht behandelte. Freilich, nahm das Handwerksoberhaupt diese Möglichkeit fast nie wahr, weil dies als eine innere Angelegenheit des Meisters galt, ob und welche Bestrafungsmaßnahmen er gegenüber dem Lehrling anzuwenden für richtig hielt. Die Handwerksverwaltung fungierte als Schlichtungsstelle bei Streitigkeiten zwischen Handwerkern, Kunden und Zünften. Das neu eingeführte Amt des Handwerksoberhauptes, das die Leitung aller Zünfte in seiner Person vereinigte, war überhaupt eine Neuerung in der Zunftverfassung Europas, die die spezifischen Seiten der russischen Sozialordnung bzw. Machtverhältnisse widerspiegelte und als Ausdruck einer starken Neigung zur Zentralisierung zustande kam<sup>171</sup>.

## **2.8 Die Gewerbegesetzgebung und die Gewerbepolitik der russischen Regierung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts**

Zur russischen Gewerbegesetzgebung im 19. Jahrhundert sind mehrere Arbeiten erschienen<sup>172</sup>. Da aber die gesetzgeberische Tätigkeit der Regierung überwiegend

---

<sup>169</sup> Vgl. Weber, Wirtschaftsgeschichte, S. 131.

<sup>170</sup> Gömmel, Entwicklung, S. 25; Kizevter, Položenie, S. 240ff.

<sup>171</sup> Vgl. Kizevter, Položenie, S. 255.

<sup>172</sup> V. Ja. Laveryčev, Carizm i rabočij vopros v Rossii (1861-1917), Moskau 1972; Pažitnov, Položenie rabočego klassa v Rossii; A. F. Vovčik, Politika carizma po rabočemu voprosu v predrevoljucionnyj period (1895-1904), L'vov 1964; Puttkamer, Fabrikgesetzgebung; ders., Die Anfänge der russischen Arbeiterschutzgesetzgebung und ihre westeuropäischen Vorbilder. In: Reformen in Rußland des 19. und 20. Jahrhunderts: Westliche Modelle und

dem russischen Fabrikwesen galt und die ersten Gesetze über Kinderarbeit, das Verbot der Nacharbeit für Kinder und Frauen, sowie die Einschulung der Fabrikkinder keine Gültigkeit für die Werkstätten besaßen, können diese Abhandlungen nur bedingt in unsere Untersuchung einbezogen werden<sup>173</sup>.

Sehr eingehend kam auf die Gesetzgebung über das Handwerk in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zu den 1860er Jahren Ju. Ja. Rybakov zu sprechen, der allerdings dieses Problem mit einer generell negativen Einstellung zum Zunft Handwerk behandelte und konstatierte, daß die Versuche der Gewerbegesetzgebung, die Probleme des Handwerks im ständischen Rahmen zu lösen, keine positiven Ergebnisse brachten<sup>174</sup>.

Die Zoll- und Tarifpolitik der Regierung war für das St. Petersburger Handwerk von großer Bedeutung, da es dadurch unmittelbar betroffen war. Abgesehen von Riga war St. Petersburg der größte Warenumschnlagplatz Rußlands. Sehr negativ erwies sich die Zollpolitik von 1817 bis 1822 während der Amtszeit des Finanzministers D.A. Gur'ev (1810-1823), der, entsprechend der Richtlinien des Wiener Kongresses in der Handelspolitik<sup>175</sup>, eine niedrige Verzollung der importierten Waren einführt<sup>176</sup>. Sein Amtsnachfolger, Finanzminister E.F.

---

russische Erfahrungen, hrsg. v. Dietrich Beyrau, Igor Čičurov und Michael Stolleis. Frankfurt/Main 1996, S. 85-107; weitere Literatur zur Arbeiterfrage in Rußland s. in: Ju. I. Kir'janov, *Žiznennyj uroven' rabočich Rossii (konec 19 - načalo 20 vekov)*, Moskau 1979, S. 20f.

<sup>173</sup> Puttkamer, *Fabrikgesetzgebung*, S. 366, 441.

<sup>174</sup> Ju. Ja. Rybakov, *Promyšlennoe zakonodatel'stvo Rossii pervoj poloviny XIX veka. Istočnikovedčeskie očerki*. Moskau 1986.

<sup>175</sup> Der Wiener Kongreß fand vom 18.9.1814 bis 9.6.1815 in Wien statt, wo unter den rund 200 Staaten, Herrschaften, Städten und Korporationen die vier (später fünf) Großmächte Großbritannien, Preußen, Österreich, Rußland (und Frankreich) eine führende Rolle spielten; Literatur hierzu s.: Rudolf Weber-Fas, *Deutschlands Verfassung: vom Wiener Kongress bis zur Gegenwart*, Bonn 1997; Markus Kutter, *Der modernen Schweiz entgegen* Bd. 3: *Die Schweiz von vorgestern; Vom Wiener Kongress bis zu den kantonalen Revolutionen (1814-1830)*, Basel 1997; Alexandra v. Ilseman, *Die Politik Frankreichs auf dem Wiener Kongress; Talleyrands außenpolitische Strategien zwischen erster und zweiter Restauration*, Hamburg 1996 (*Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte*; 16); Michael Handt, *Die mindermächtigen deutschen Staaten auf dem Wiener Kongress*, Mainz 1996 (*Veröffentlichungen des Instituts f. Europäische Geschichte Mainz*; 164: *Abteilung Universitätsgeschichte*); Anselm Doering-Manteuffel, *Vom Wiener Kongress zur Pariser Konferenz: England, die deutsche Frage und das Mächtesystem 1815-1856*, Göttingen 1991 (*Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London*, Bd. 28).

<sup>176</sup> *Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, hrsg. von Wolfram Fischer, Jan A. van Houtte u.a., hier Bd. 4: *Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Mitte des 17. Jahrhunderts bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts*. Hrsg. Jlja Miecz. Stuttgart 1993, S. 758.

Kankrin (1823-1844), verfolgte bis zum Ende seiner Amtszeit eine konsequente Schutzzollpolitik und 1842 wurden die Zölle wieder etwas erhöht. Als die hohen Zollsätze und Importverbote für Luxuswaren vor allem im 19. Jahrhundert eingeführt wurden, kam es zu einem schwunghaften Schmuggel an den Westgrenzen des Reiches, wodurch ein Teil des Edelmetalls ins Ausland gelangte<sup>177</sup>. Dies war aber nicht ungewöhnlich in Anbetracht der allgemeinen europäischen Entwicklung nach dem Wiener Kongreß, da England und Frankreich eine protektionistische Politik betrieben, der Preußen, Österreich-Ungarn und Rußland ebenfalls folgten<sup>178</sup>. 1844 bis 1850 wurden die Zölle wieder gesenkt, wodurch der legale Handel erleichtert wurde.

Die Folgen der Zollpolitik sollen am Beispiel des deutschen Kürschners Joseph Grünberg gezeigt werden, der auf eigene Kosten eine Untersuchung über die Einfuhr von Pelzwaren an der russischen Westgrenze 1822/42 anstellte und deren Ergebnisse er 1835 Finanzminister Graf E. F. (Georg) Kankrin bzw. 1836 Innenminister Graf D. N. Bludov zukommen ließ. Der Leitgedanke des Projektes war, daß das Handelsmonopol der Russisch-Amerikanischen Handelsgesellschaft (*Rossijsko-Amerikanskaja kompanija*)<sup>179</sup> über Pelzwaren, in diesem Fall Fuchs- und Iltispelze aus Virginia in Nordamerika, dem Außenhandel großen Schaden zufüge und dem Fiskus eine große Steuersumme durch den Schwarzhandel entgangen war. Seinen Worten nach wurden über die Westgrenze und vor allem über Finnland jährlich 40.000 bis 50.000 Waschbärpelze sowie Fuchs- und Iltispelze aus Virginia nach St. Petersburg eingeschmuggelt. Das geschah über eine

---

<sup>177</sup> Die ersten Gold- und Silbermünzen in Rußland wurden im 10. und am Anfang des 11. Jahrhunderts geprägt. Seit der Mitte des 12. und bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts war im Zusammenhang mit der Zersplitterung auf mehrere Fürstentümer und der politischen Abhängigkeit von der Goldhorde kein russisches Geld mehr im Umlauf. Während des 14.-17. Jahrhunderts wurde das Geld aus dem aus Westeuropa eingeführten Gold und Silber gefertigt. Im 17. Jahrhundert wurden fast ausschließlich Kupfermünzen mit dem reduzierten Metallgewicht herausgebracht, wodurch die Hyperinflation eintrat und 1660 mit der sogenannten „Kupferrevolte“ (*Mednyj bunt*) endete. Seit der Geldreform anfangs des 18. Jahrhunderts und der Einführung des Dezimalsystems in der Währung wurden in Rußland seit 1701 bzw. 1704 regelmäßig Gold- und Silbermünzen geprägt, die nach der Einführung des Papiergeldes (*assignacii*) seit 1769 als harte Währung galten. Unter „Edelmetall“ können in den 1820er-1830er Jahren die Silber- und Goldrubel und besonders die goldenen Niederländischen Dukaten (*zoloty niderlandskie dukaty*) verstanden werden, die seit 1768 in Rußland geprägt und als Zahlungsmittel im Handelsverkehr mit dem Ausland verwendet wurden. Die letzteren erfuhren besonders seit 1817 einen regen Umlauf auch als Zahlungsmittel innerhalb Rußlands. Vgl. Otečestvennaja istorija. Istorija Rossii s drevnejšich vremën do 1917 goda. Ėnciklopedija Bd. 2, Moskau 1996, S. 20-25: „Den‘gi“.

<sup>178</sup> Burg, Wiener Kongreß, S. 127f.

<sup>179</sup> Die Russisch-Amerikanische Handelsgesellschaft wurde 1799 gegründet, um das „Russische Amerika“, sprich Alaska, zu erschließen und wurde 1868, im Zusammenhang mit dem Verkauf russischer Gebiete in Nordamerika an die USA, geschlossen.



Handelskette, die die Pelzwaren aus Nordamerika zuerst nach Hamburg transportierte, um sie dann über die finnische Grenze nach St. Petersburg zu bringen, wo sie von den Handwerkern weiterverarbeitet und verkauft wurden. Er schlug vor, das Monopol der Russisch-Amerikanischen Handelsgesellschaft abzuschaffen und die Zollabgaben zu senken, was mit den Zolltarifen von 1834/36 auch geschah, die unter anderem die Einfuhr von Waschbärpelzen erlaubte. Grünbergs Worten nach ließ sich dadurch das Einkommen der Handwerker und Kaufleute in St. Petersburg deutlich verbessern, weil seinen Berechnungen nach die Kürschner jährlich von 35.000 bis 40.000 Silberrubel oder etwa 500.000 Silberrubel in 14 Jahren verdienten, wodurch auch der Staat profitierte, da dieses Geld in Rußland blieb, und dadurch eine bessere Handelsbilanz erzielt werden konnte<sup>180</sup>.

Obwohl laut Aussage des Manufaktur- und Innenhandelsdepartements die Vorschläge Grünbergs „außer Acht“ gelassen wurden, senkte der Zolltarif vom 6. Dezember 1836 die Zollabgaben für Pelzwaren erheblich. Z. B. wurden von nun an die Waschbärpelze mit 0,8 statt zwei Silberrubel pro Pud verzollt, wodurch der Schmuggelhandel drastisch gesenkt werden konnte. Auch im allgemeinen läßt sich ein Zusammenhang zwischen Liberalisierung des Handels und Senkung der Zolltarife einerseits und der Steigerung des Handelsvolumens andererseits feststellen. Zwischen 1837 und 1854 steigerten sich die Einfuhr von Pelzwaren und dementsprechend die Zollabgaben an den Staat wie folgt:

Tabelle 2: Handel mit Pelzwaren in den Jahren 1837-1854 und die Zollabgaben

Jahre	Anzahl in Pud	Gesamtpreis in Rubel	Zollabgaben in Rubel
1837 - 1840	6886 o. 110,2 t	973032	191381
1842 - 1845	14280 o. 228,5 t	2256031	490708
1850 - 1854	25361 o. 405,8 t	3757410	662913

Quelle: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 92: O revizii Korfom inostrannoju remeslennoj upravu v Peterburge (1842-1854), hier: Otnošenje ministra finansov k ministru vnutrennich del ot 29 janvarja 1854 g., l. 125f.

Es war ein Zeichen der Zeit, daß der Staat die Heimindustrie mit Schutzzöllen vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen versuchte.

---

<sup>180</sup> RGIA, f. 1287, op. 37, d. 92: O revizii Korfom inostrannoju remeslennoj upravu v Peterburge (1842-1854), hier: Prošenje J. Grjunberga k ministru vnutrennich del D.G. Bibikovu ot 29 aprelja 1853 g., l. 113-119.

Was die Innenpolitik betraf, stellte die Gildenreform vom 14. November 1824 einen tiefen Einschnitt in die Rechte der Zunfthandwerker dar<sup>181</sup>. Von nun an bekamen die Kaufleute der ersten und zweiten Gilde das Recht, ohne eine Meisterprüfung in der Handwerksverwaltung eine Handwerksstätte mit einer unbegrenzten Anzahl an Lehrlingen, Gesellen und Meistern zu unterhalten. Das nach dem französischen Vorbild eingeführte Patentsystem erlaubte den bauerlichen Handwerkern, die das Patent der vierten und fünften Klasse kauften, jeweils eine Fabrik bzw. eine Werkstatt in St. Petersburg zu führen. Des weiteren sollten alle Artelsarbeiter ein Patent der sechsten Klasse für 25 Rubel kaufen, was eine wesentliche Beschränkung für sie darstellte<sup>182</sup>.

Den Zunfthandwerkern wurde dagegen keine Erweiterung ihrer Rechte, was das Handwerksrecht betraf, zugestanden. Ihnen wurde verboten, fremde Produkte weiterzuverkaufen, was in der Regel für das Zunftrecht in Westeuropa typisch war. Die Gildenreform lehnte sich hier noch an die russische Gewerbegesetzgebung an<sup>183</sup>. Führen die Handwerker neben ihrer Werkstätte auch noch Ladengeschäfte, durften sie ihre Produkte nur dort verkaufen. Mit anderen Worten das Angebot durfte die Nachfrage nicht übersteigen. Falls die Handelsdeputation feststellte, daß in der Werkstatt zu viele Fertigprodukte gelagert wurden, wurden die Handwerker unverzüglich dazu gezwungen, sich in die Gilde einzuschreiben. Außerdem wurden die Handwerke der Schmiede, Karrenbauer, Radmacher, Böttcher und Reifenmacher auch außerhalb der Stadtgrenzen zugelassen, was den gleichnamigen Zunfthandwerkern der Hauptstadt zusätzliche Konkurrenz bereitete<sup>184</sup>.

Die größten Probleme bereiteten aber die meščane, aus deren Schicht die Handwerker und Kaufleute rekrutiert wurden und zu deren Rechten es gehörte, beides, das Handwerk und den Handel in zugelassenen Grenzen, zu betreiben. Da aber, wie schon früher bemerkt wurde, das Gesetz viele Interpretationsmöglichkeiten zuließ, war es in Wirklichkeit schwierig, die meščane bzw. Beisassen (*posadskie*) effektiv zu kontrollieren und ihnen rechtzeitig Grenzen aufzuzeigen. Finanzminister Kankrin prangerte bezüglich der Gildenreform 1824 diesen Mangel an, als er feststellte, daß „viele steuerfreie ‚Werkbänke‘ [...] in Wahrheit ‚ziemlich große‘ gildenpflichtige ‚Fabriken‘ gewesen seien“<sup>185</sup>. Es wurde

---

<sup>181</sup> Zur Gildenreform s.: Hildermeier, Bürgertum, S. 183-218; Ryndzjanskij, P.G., Gil'dejskaja reforma Kankrina 1824 goda, in: Istoričeskie zapiski AN SSSR, Bd. 40, S. 110-139.

<sup>182</sup> PSZ RI 1, Bd. 39, Nr. 30115 (14.11.1824): Dopolnitel'noe postanovlenie ob ustrojstve gil'dij i o trogovle proščich sostojanij, S. 588-612, hier § 98-118. Vgl. Hildermeier, Bürgertum, S. 188-197.

<sup>183</sup> Hildermeier, Bürgertum, S. 195; Weber, Wirtschaftsgeschichte, S. 131.

<sup>184</sup> Dopolnitel'noe postanovlenie, § 98, 118, S. 599, 602.

<sup>185</sup> Hildermeier, Bürgertum, S. 186f.

ihnen nämlich erlaubt, Werkbänke zu besitzen und außer den Familienangehörigen bis zu drei Lohnarbeiter bzw. sechs Jungen zu beschäftigen<sup>186</sup>.

## **2.9 Staatliche Maßnahmen zum Schutz des hauptstädtischen Zunfthandwerks**

Ungeachtet aller staatlichen Einschnitte in die Zunftrechte soll der Politik der Regierung Gerechtigkeit widerfahren, da sie mit ihren „Strafmaßnahmen“ das Zunfthandwerk schützen wollte.

Am Ende des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde von der Regierung eine Reihe von Regelungen getroffen, die für die Meister, die das Handwerksstatut in irgendeiner Weise verletzten, Geld- oder Zuchthausstrafen vorsahen, bis schließlich am 15. August 1845 das Strafgesetzbuch herausgegeben wurde<sup>187</sup>. Den Meistern mußten die neuen Regelungen zwiespältig vorkommen. Einerseits schützte die Gesetzgebung die Zünfte von nichtzünftigen Handwerkern, indem sie die gewerblichen Rechte der letzteren einschränkte, andererseits trugen die Gewerberechte der Kaufleute zur wesentlichen Beschränkung der Meister bei. So schützten zwei Erlasse von 1795 und 1801 die Kaufleute vor dem Mißbrauch ihrer Handelsrechte durch die Handwerker. Der Erlaß von 1795 untersagte Meistern, deren Handwerk nach einem hohen Kapitaleinsatz verlangte, ihr Handwerk auszuüben, falls sie nicht Mitglied einer kaufmännischen Gilde waren. 1801 untersagte der Gesetzgeber Handwerkern, die nicht in die kaufmännische Gilde eingeschrieben waren, Läden bei ihren Werkstätten zu öffnen. In beiden Fällen wurde ein erstmals überführter Meister mit der Hälfte der Summe, die er für die kaufmännische Erlaubnis zahlen sollte, bestraft. Das zweite Mal mußte er das Doppelte zahlen und für das dritte Mal wurde ihm eine Haftstrafe von drei bis sechs Monaten angedroht<sup>188</sup>.

Nach dem Gesetz von 1796 setzte sich jeder Handwerker, der kein Recht hatte, eine vollständig eingerichtete Werkstatt mit Lehrlingen und Gesellen zu führen, der Gefahr aus, mit einer Geldstrafe von zehn bis 15 Rubeln bestraft zu werden. Alle Erzeugnisse und Werkzeuge wurden konfisziert und die Werkstatt geschlossen<sup>189</sup>. Besonders streng wurden die Gold- und Silberschmiede sowie Juweliere bestraft, die ihre Produkte ohne Warenzeichen verkauften. Nach dem

---

<sup>186</sup> Dopolnitel'noe postanovlenie, § 100, S. 599.

<sup>187</sup> PSZ RI 2, Nr. 19283 (1845): Uloženie o nakazanijach ugovolnych i ispravitel'nych, hier Kapitel 14: O narušenii ustavov fabričnogo, zavodskogo i remeslennoj promyšlennosti, S. 916-926.

<sup>188</sup> Ebd., S. 918.

<sup>189</sup> Ebd.

Gesetz von 1832 wurden zum ersten Mal überführte Meister mit der Konfiszierung ihrer Waren bedroht und beim zweiten und dritten Mal jeweils mit hohen Zwangsgeldern bzw. einem Handwerksverbot bestraft<sup>190</sup>. Die Strafgesetzsordnung von 1845 stufte das zunftfreie Handwerk schließlich als kriminelle Handlung ein und stellte es unter Strafe<sup>191</sup>.

Allgemein gesehen blieb die Handwerksgesetzgebung das ganze 19. und beginnende 20. Jahrhundert immer konservativ und bewegte sich im vorgegebenen Rahmen des Handwerksstatutes von 1785 und des Zunftstatutes von 1799. Das Handwerksstatut in der ersten Ausgabe der Gesetzesammlung von 1832 enthielt insgesamt 270 Artikel, von denen 142 einen Verweis auf das Handwerksstatut von 1785 und 101 auf das Zunftstatut von 1799 enthielten<sup>192</sup>.

## 2.10 Die Reformversuche von 1850

Mit der fortschreitenden Entwicklung vieler Handwerksbetriebe zu Fabriken sah sich die Regierung gezwungen, dies gesetzlich zu regeln und festzulegen, welche Betriebe dem Handwerk und welche der Großindustrie angehören sollten. Die Ausarbeitung des neuen Handwerksstatutes im Jahre 1850 wurde von diesen Gedanken geleitet<sup>193</sup>. Die Regierung erkannte, daß die aktuellen Bestimmungen für das Handwerk eine wesentliche Diskrepanz zur herrschenden Realität aufwiesen, weil sie noch vom Stadtstatut des Jahres 1785 und vom Zunftstatut von 1799 herrührten<sup>194</sup>. Nach Meinung des Gesetzgebers waren die Zünfte nicht sinnvoll nach der Art der ausgeübten Tätigkeit aufgegliedert. Dies wurde damit belegt, daß z. B. die Schmiede und Schlosser zwei verschiedenen Zünften angehörten, obwohl sie ihrem Wesen nach dem *metallverarbeitenden Handwerk* angehörten. Umgekehrt waren mehrere Handwerksarten, die nichts miteinander zu tun hatten, wie z. B. die Töpfer und die Kammacher, die Ikonenmaler und die Maler und Tabakmacher, die Kunstmaler und die Gärtner usw., in einer gemeinsamen Zunft vereinigt.

---

<sup>190</sup> Ebd., S. 922.

<sup>191</sup> Ebd.; Vgl. PSZ RI 1, Bd. 25 Nr. 19187 (12.11.1799), S. 864-886.

<sup>192</sup> Pažitnov, Problema, S. 104; Vgl. PSZ RI 1, Bd. 22 Nr. 16188 (21.4.1785), S. 369-379, punkt 120-123.

<sup>193</sup> Trudy komissii, učreždennoj dlja peresmotra ustavov fabričnogo i remeslennogo, čast' 1: Proekt ustava o promyšlennosti. St. Petersburg 1863, S. 30ff.

<sup>194</sup> Ebd.

Diese Unterteilung, wie z. B. im Fall der Schmiede und Schlosser, war mit dem Zunftstatut von 1799 eingeführt worden<sup>195</sup>. Hier kam der Wille der Regierung zum Ausdruck, die Zahl der Zünfte zu verringern, um die Kontrolle zu vereinfachen, aber auch den finanziellen Aufwand, den die Zunftverwaltung verursachte, zu reduzieren. Das zeigt uns das neue Verzeichnis der Zünfte, das 1850 im Innenministerium für die „Städte und Orte der Westlichen, Kleinerussischen und Neurussischen Gouvernements“ zusammengestellt wurde. Unterschieden werden insgesamt zwölf übergeordnete Zunftgruppen, denen die einzelnen Handwerke zugeteilt wurden. Die Wagenbauerzunft versammelte z. B. die Wagenbauer, Karrenbauer, Radmacher, Schmiede, Tapezierer und Sattler, die Werkzeugherstellerezunft die Schlosser, Mechaniker, Optiker, Uhrmacher und überhaupt alle Werkzeugmeister<sup>196</sup>. Ihnen folgten noch sieben Handwerke, die einzeln aufgeführt wurden. Aber auch in dieser Unterteilung unterlief dem Gesetzgeber ein Widerspruch: die Schmiede und Schlosser, die in eine Zunft gehören sollten, wurden von neuem getrennt. Des weiteren gab es homogene Zünfte einer einzigen Berufsgruppe wie die der Waffenschmiede, der Buchbinder, der Tabakmacher, der Töpfer, der Maler und der Fensterscheibenmeister, der Glaszunft und der Meister für das gläserne Geschirr.

Außerdem waren auch nichthandwerkliche Zünfte wie die der Kutscher und der Gärtner vorgesehen. Die Bauhandwerke wie die der Zimmerleute, Maurer, Steinmetze, Dachdecker, Steinsetzer und der Stuckarbeiter gelangten paradoxerweise in diese nichthandwerklichen Zünfte<sup>197</sup>, was dadurch zu erklären

---

<sup>195</sup> PSZ RI 1, Nr. 19187, S. 685, § 6, 7.

<sup>196</sup> Weitere Zünfte: 1. Kupfer- und Bronzeschmiedezunft: Kupferschmiede, Bronzegegesser, Galvanoplastik, Lampenmacher, Laternenmacher, Gießer, Knopfmacher und Stecknadelmacher, 2. Tischlerzunft: Tischler, Holzschnitzer, Bürstenmacher, Schirmmacher, Korbflechter, Korkmacher, 3. Schneiderzunft: Schneider, Mützenmacher, Hutmacher, Weißgerber, 4. Weberzunft: Weber, Spinner, Färber, Posamentierer, Goldsticker, Kattundrucker, Meister für Haarerzeugnisse, 5. Schöne Künste: Kunstmaler, Ikonenmaler, Graveure, Lithographen, Buchdrucker, Bildhauer, Musiker, Graveure und Steinschnitzer, 6. Ledererzeugnissezunft: Schuhmacher, eine Art der Schuhmacher - Bašmačniki, Handschuhmacher und allgemein die Meister der Leder-, Wildleder- und Gummierzeugnisse, 7. Bäckerzunft: Kochmeister, Köche, Konditoren, Weißbrotbäcker, Lebkuchenmeister, Wurstmacher, Kvasbrauer, 8. Juwelierzunft: Brillantenmeister, Gold- und Silberschmiede, 9. Arzthelferzunft: Friseure, Barbieri, die Meister für Pomade, Seife und Parfümerie, 10. Ofensetzer: Ofensetzer und Kaminfeger.

<sup>197</sup> Trudy komissii, čast' 2: Obzor pravitel'stvennych mer, S. 58ff.

ist, daß sich diese Handwerke fast ausschließlich in den Händen von bäuerlichen Handwerkern befanden, die in den Artelen vereinigt wurden<sup>198</sup>.

Der Leiter der Zweiten Abteilung der kaiserlichen Kanzlei, Graf D. N. Bludov, kritisierte diese Klassifizierung und die rasante Verminderung der Anzahl der Zünfte durch die Vereinigung verschiedener Handwerksbereiche in einer Zunft. Er betonte, daß eine bessere Kontrolle über die Qualität der Ware nur im engen Zunftkreis durchgeführt werden könne, denn nur hier war die entsprechende Fachkompetenz vertreten<sup>199</sup>. Er befürwortete die Erhaltung getrennter Zünfte, deren es insgesamt 60 gab. Die Beibehaltung der Zunftverwaltungen hielt er zur Verbesserung der Handwerkskunst für richtig. Bludov bemängelte die unbefriedigende Zusammenstellung des Verzeichnisses. Zur Schneiderzunft gehörten z. B. auch die Mützenmacher, die Hutmacher und die Kürschner; zur Bäckerzunft gehörten die Weißbrotbäcker, Lebkuchenmeister, die Wurstmacher und die Kvasbrauer<sup>200</sup>. Er unterstrich die Bedeutung der Zunftverwaltungen bei der schnellen und nachhaltigen Lösung von Streitfragen zwischen den Handwerkern<sup>201</sup>. Bludov betonte als Ziel der Reform die Beseitigung aller Hemmnisse der Gewerbearbeit und wies auf die ungleichen Rechte für die Fabrikanten einerseits und für die Handwerker andererseits hin<sup>202</sup>. Nachdem diese Tatsachen festgestellt worden waren, gab es Versuche, eine deutlichere Grenze zwischen den Fabriken und den Werkstätten zu ziehen, was beinahe unmöglich war, weil hier eine „Grauzone“ existierte, „in der ein Betrieb sich zwar noch als handwerklich bezeichnete, in der Wirklichkeit aber bereits eine kleine Fabrik war“<sup>203</sup>.

Als Ergebnis dieser Arbeit wurde 1852 eine vereinfachte Handwerksordnung veröffentlicht, die allerdings für St. Petersburg, Moskau und andere größere Städte keine Gültigkeit hatte. An der genaueren Bestimmung der Art der Betriebe wurde weiter in einem Sonderkomitee des Manufakturrats gearbeitet. Das Komitee faßte drei Verzeichnisse zusammen, in denen die Betriebsarten in drei große Gruppen je nach der Branche aufgeteilt wurden:

---

<sup>198</sup> Die Tendenz in den Bauhandwerken, größere Arbeitsgemeinschaften aus technisch-wirtschaftlichen Gründen zu bilden, war nicht nur für St. Petersburg typisch, sondern machte sich auch in Berlin bemerkbar: hier kamen z. B. 1861 auf einen Zimmerer 14,4 Gesellen und auf einen Maurer 17,3 Gesellen, aus: Bergmann, Berliner, S. 160.

<sup>199</sup> Trudy komissii, čast' 1: Obzor pravitel'stvennych mer, S. 34.

<sup>200</sup> Ebd., S. 35.

<sup>201</sup> Ebd., S. 36.

<sup>202</sup> Ebd., S. 134.

<sup>203</sup> Kaufhold, Handwerk, S. 141.

1. Fabrikbetriebe (55),
2. handwerkliche Betriebe, die potentielle oder wirkliche Fabrikbetriebe waren (65) und
3. handwerkliche Betriebe (58).

Diese Aufgabe mußte 1855 die Moskauer Abteilung des Manufakturrates lösen, die daraufhin ein Verzeichnis verfaßte, in dem alle ihrer Meinung nach zunftpflichtigen Handwerke (insgesamt 103) aufgelistet wurden.

Bei genauer Betrachtung der Verzeichnisse stellte sich heraus, daß drei verschiedene Staatsressorts zu einer unterschiedlichen Zahl von Handwerken kamen. Beim Innenministerium waren es 60, beim Manufakturkollegium 120 und bei der Moskauer Abteilung 103. Den Mitarbeitern der Regierung schien es beinahe so, als läge die Lösung nicht in einer formalen Teilung, sei es in qualitativer oder quantitativer Hinsicht, sondern in einer grundsätzlich anderen Vorgehensweise. Diese Schwierigkeiten des Gesetzgebers, das Handwerk von der Industrie rechtlich abzugrenzen, wurden nicht nur in Rußland, sondern auch in Deutschland thematisiert, was erklärt, warum sich der russische Gesetzgeber für die deutschen Erfahrungen interessierte<sup>204</sup>.

1857 erschien mit wenigen Änderungen Gewerbestatut, das für die Entwicklung der Industrie von ausschlaggebender Bedeutung war. Laut Statut teilte sich die Bevölkerung in vier große Gruppen: Adel, Klerus, städtische Kleinbürger und Bauern. Laut Gesetz hatten alle, die in die Gilde eingeschrieben waren und die entsprechende Handelslizenz besaßen, Adelige, die in eine kaufmännische Gilde eingeschrieben waren, Bauern mit einer Handelslizenz, zu denen noch Kolonisten und Juden in ihren Wohnorten hinzugezählt wurden, das Recht, eine Fabrik zu gründen<sup>205</sup>.

Hier sind eigentlich alle potentiellen Konkurrenten des Zunfthandwerks aufgezählt, die ohne Zunftlerlaubnis auch Handwerksbetriebe gründen konnten. Das Statut trug zur Schwächung des Zunftsystems der Hauptstadt bei, da es die Meister in den Fabriken vom Eintritt in die Zunft befreite<sup>206</sup>.

Die 1843 von N. Smirnov vorgeschlagenen neuen Zunftordnungen (*obrjady*) wurden dann in den 50er Jahren weiterentwickelt, um den Einflußbereich verschiedener Zünfte abzugrenzen<sup>207</sup>. Dafür sollte vor allem eine genauere

---

<sup>204</sup> Ebd.

<sup>205</sup> Trudy komissii, čast' 1, S. 174f.

<sup>206</sup> ŽMVD, čast' 36 (Mai 1859), S. 81.

<sup>207</sup> Obrjady dlja S.-Peterburgskogo russkogo buločnogo cecha, St. Petersburg 1850; "- brillianto-zolotogo i serebrjanogo cecha, St. Petersburg 1856; "-, - cirkul'nogo i parikmacherskogo cecha, St. Petersburg 1854; "- gončarno-pečnogo i trubočistnogo cecha, St. Petersburg 1856; "- konditerskogo cecha, St. Petersburg 1850; "- prjaničnogo cecha, St. Petersburg 1850; "- sapožnogo cecha, St. Petersburg 1852; "- stoljarnogo cecha, St.

Beschreibung der verwendeten Rohstoffe und ihrer Zusammensetzung sowie die Beschreibung der hergestellten Waren dienen.

Die Tatsache, daß seit den 30er Jahren große Streitigkeiten zwischen den Zünften in St. Petersburg ausgetragen wurden und schließlich die neuen Zunftordnungen in den 50er Jahren zusammengestellt wurden, spricht dafür, daß in St. Petersburg um diese Zeit ein harter Kampf um Marktanteile stattfand. Jede Zunft wollte sich ein bestimmtes Marktsegment sichern. Dies waren äußere Zeichen einer Neuordnung des Zunfthandwerks in der Hauptstadt. Es gab zwar eine klare Spezialisierung der Handwerke, diese Abgrenzung war aber insofern hinfällig, als daß jeder Handwerker einem anderen Handwerk nachgehen konnte, wenn er sich davon höhere Einnahmen versprach. So konnte z. B. der Schuster dem Gerberhandwerk nachgehen und umgekehrt, was in Westeuropa undenkbar gewesen wäre. Das schadete im Endeffekt der allgemeinen Lage des Handwerks und verschlechterte das qualitative Niveau, was seinen Niederschlag besonders im 18. und 19. Jahrhundert fand, als Waren ausländischer Handwerker in qualitativer Hinsicht absolute Priorität auf dem russischen Markt hatten.

Dieses Phänomen läßt sich dadurch erklären, daß die Verselbständigung der Gewerbegruppen teilweise per Erlaß schon im 18. Jahrhundert verordnet wurde, ihre Spezialisierung sich aber erst nachträglich um die Mitte des 19. Jahrhunderts vollzog. Was in Westeuropa Ursache und Wirkung war, d. h. die Verselbständigung verschiedener Gewerbegruppen erfolgte infolge ihrer Spezialisierung, erfuhr in Rußland eine umgekehrte Reihenfolge. Hier erfolgte zuerst die Verselbständigung der Gewerbegruppen in den Zünften, in denen die Handwerker weiterhin, ihrer alten Tradition folgend, auch anderen Handwerken nachgingen, und dann ihre Spezialisierung.

## 2.11 Die Regierungskommissionen 1859-1865

Vor und nach dem Beginn der „großen Reformen“ wandte der Gesetzgeber seine Aufmerksamkeit wiederholt der Situation des Handwerks zu. Die Aktivitäten der Regierung in dieser Richtung fielen mit der Abschaffung der Zünfte bzw.

---

Petersburg 1856; -" tokarnogo cech, St. Petersburg 1851; sowie in PGIA, f. 223, op. 1, d. 2328, l. 2-5: Obrjady russkogo i inostrannogo slesarnogo cech; Obrjady russkogo i inostrannogo pozumentnogo cech. Ebd., op. 1, d. 2334, l. 2-11; Obrjady russkogo i inostrannogo kuznečnogo cech. Ebd., op. 1, d. 2332, l. 8-15; Obrjady russkogo i inostrannogo pereplětnogo cech. Ebd., op. 1, d. 2333, l. 8-14; Obrjady russkogo i inostrannogo časovogo cech. Ebd., op. 1, d. 2340, l. 2-15.



Einführung der Gewerbefreiheit in Westeuropa zusammen. Die Ironie der Geschichte war auch Zelnik aufgefallen:

„Ironically, the guild system had barely taken root in Russia when its Western counterpart began to be uprooted by the foras of economic and industrial freedom“<sup>208</sup>.

Die Gewerbefreiheit im deutschsprachigen Raum vollzog sich wie folgt: 1859 wurde sie in Österreich, 1860 in Nassau, 1861 in Sachsen, 1862 in Württemberg und Baden eingeführt. Außerdem erschien 1858 in Bremen das Buch von Victor Böhmert über die Gewerbefreiheit, das einen bedeutenden Einfluß auf die Ansichten eines Teils der russischen Regierung ausübte<sup>209</sup>.

1857 wurde die Moskauer Abteilung des Manufakturrates unter Vorsitz des Grafen Ignat'ev beauftragt, eine Gliederung der Industriebetriebe zu erarbeiten. Man wollte aus fiskalischen Gründen Handwerks- und Großindustriebetriebe voneinander trennen. 1859 wurde eine Regierungskommission zusammengerufen, die eine Bestandsaufnahme sowohl des Handwerks als auch der Auswirkungen der russischen Gewerbegesetzgebung durchführen sollte<sup>210</sup>. Die Kommission stand unter dem Vorsitz des Ratsmitgliedes beim Innenminister Adolf Baron von Stackelberg. Unter den Mitgliedern war auch der Sekretär der St. Petersburger Handwerksverwaltung S. I. Gracinskij. 1860 sammelte Stackelberg die notwendigen Materialien über die Gewerbegesetzgebung in Rußland und im Ausland. Die Kommission stellte fest, daß sowohl die Moskauer Abteilung des Manufakturrates als auch das Innenministerium in St. Petersburg zu dem Schluß gekommen waren, daß die Zünfte völlig abgeschafft werden sollten. Die Argumente dafür waren:

1. Die Zunftordnung setzt der Entfaltung der Industrie und des Handwerks Grenzen,
2. sie mindert den Wohlstand des größten Teils der kleineren Produzenten,
3. sie läßt die Moral im Stand der Handwerker sinken und
4. sie entspricht nicht dem Entwicklungsgrad der Wirtschaft und der Natur des russischen Volkes.

Charakteristisch für die Arbeit der Stackelbergschen Kommission war, daß sie im Geiste der russischen Gewerbegesetzgebung handelte, indem sie, wie schon vor ihr Peter I. und Katharina II., ihre Aufmerksamkeit zuerst auf Westeuropa richtete und dort Erfahrungen sammelte, wozu Stackelberg Deutschland bereist hatte. Ohne

---

<sup>208</sup> Zelnik, Labor, S. 122.

<sup>209</sup> Ebd. S. 119-159 und besonders S. 120-125.

<sup>210</sup> Zur Bewertung der Arbeit der Kommission von Stackelberg s. auch: Puttkamer, Fabrikgesetzgebung, S. 113-118.

Zweifel hatte das Gesetz über die Gewerbefreiheit vom 15. Oktober 1861 im Deutschen Reich und die Abschaffung der Zunftverfassung mit Innungszwang, Lehrzwang etc. zum 1. Januar 1862 im Königreich Sachsen eine enorme Auswirkung auf die strikt negative Stellungnahme von Stackelberg zur Zunftordnung in Rußland und sein Verlangen nach ihrer sofortigen Abschaffung sowie seiner Forderung nach einer Neuorganisation des Handwerks durch die Innungen, wie es in Deutschland der Fall war<sup>211</sup>.

Die Kommission von Stackelberg unterstrich, daß selbst die Zunftobrigkeit bzw. die Zunftverwaltung in den Zünften lediglich ein fiskalisches Instrument sah. Die Kommission sah die einzig mögliche Lösung des Problems in der Beseitigung des Monopols und des Zwangscharakters der Zünfte, die ihren Ausdruck in der Abschaffung des Zunftsystems finden sollte<sup>212</sup>. Nach der Auflösung des Zunftsystems sollte die Gründung von Berufsverbänden oder Gesellschaften der Arbeiter initiiert werden. Als Argument dafür wurde auf die Artels hingewiesen, die in Rußland seit Alters her bestünden<sup>213</sup>. Die Kommissionsmitglieder wollten einen gesonderten „Stand“ der Industriellen schaffen, da bisher nur die oben aufgezählten Standesmitglieder dem Handwerk nachgehen konnten, wodurch die industrielle Entwicklung gebremst wurde.

1862 veröffentlichte die Kommission einen Entwurf des Industriestatutes, das für alle Gewerbetreibenden, seien es Handwerker oder Großindustrielle, gelten sollte. Betrachten wir einige wesentliche Vorschläge der Kommission, die den Standpunkt ihrer Mitglieder am deutlichsten charakterisieren: Statt der Zünfte sollten allmählich die Artels an ihre Stelle treten, die nach dem einstimmigen Beschluß der Meister einer Zunft gegründet werden sollten. Nach der Bestätigung des Beschlusses durch die Zunftältesten und das Handwerksoberehaupt wäre das Artel zustandegekommen. Das Artel sollte aus den wirklichen Artelmitgliedern und den Neulingen (*novik*) bestehen und der Stadtduma unterstehen<sup>214</sup>.

Für die Förderung des Gewerbes sollte ein Wirtschaftsrat (*promyšlennyj sovet*) zuständig sein, der Beratungsfunktionen in Fragen der Verbesserung der Industrie haben sollte<sup>215</sup>. Außerdem sollte ein Komitee beim Departement für Manufakturen und Binnenhandel gegründet werden, das aus Gewerbetreibenden, zwei Professoren für Chemie und Mechanik und einem Mechaniker bzw. Ingenieur

---

<sup>211</sup> Vgl. Kiesewetter, *Industrialisierung*, S. 362; K.H. Kaufhold, *Das Handwerk zwischen Anpassung und Verdrängung*, in: H. Pohl (Hrsg.), *Sozialgeschichtliche Probleme der Hochindustrialisierung (1879-1914)*. Paderborn 1979, S. 103-141.

<sup>212</sup> *Trudy komissii, čast' 1*, S. 137ff., 149.

<sup>213</sup> *Ebd.*, S. 148.

<sup>214</sup> *Novik* ist derjenige, der sich aus der Leibeigenschaft noch nicht losgekauft hat, in: *Trudy komissii, čast' 1*, S. 20, 179, 186.

<sup>215</sup> *Trudy komissii, čast' 1*, S. 490.

bestehen und das Handwerk und Gewerbe allgemein erforschen und die Kenntnisse über sie auf den neuesten Stand bringen sollte<sup>216</sup>.

Im § 1 des Projektes wurde die selbständige gewerbliche Tätigkeit aller russischen Untertanen und von Ausländern jeden Standes und beiderlei Geschlechts in allen Orten des Reiches erlaubt. Des weiteren wurde für die Gründung eines Gewerbebetriebes eine Bescheinigung über die Entrichtung aller Steuern von der jeweiligen Stadtverwaltung benötigt<sup>217</sup>. Das exekutive Organ für die Gewerbebetriebe war die Stadtduma, das Finanz- und Innenministerium galten als höchste Instanzen<sup>218</sup>. Laut § 31 sollten in Zukunft die Bezeichnungen „Meister“, „Geselle“ und „Lehrling“ durch „Inhaber“, „Angestellte“ und „Arbeiter“ ersetzt werden<sup>219</sup>. Diese Unterteilung ist später in allen Statistiken über die gewerbetreibende Bevölkerung der Stadt zu finden.

Die liberale Presse und die technische Intelligenz begrüßten den Entwurf, der allerdings in der Regierung keinen Widerhall fand. Die Vorschläge der Kommission waren ihrer Zeit weit voraus und sollten durch die Neuorganisation der Industrie und der Arbeiterschaft eine gewisse Abschwächung der Spannungen in den sozialen Konfliktzonen und eine Schlichtung besonders scharfer Gegensätze zustande bringen.

Genau in diesem Sinne verstanden die Zünfte St. Petersburgs ihre Rolle als vermittelndes Glied zwischen den zwei „antagonistischen“ Klassen der damaligen Industrie: Fabrikarbeitern und Kapitalisten<sup>220</sup>. Das ist unter anderem darin zu ersehen, daß die Zünfte eine abweisende Haltung gegenüber der organisatorischen Vermischung von Großindustrie und kleinerem Gewerbe bzw. gegen die Kontrolle des Handwerks durch die Fabrikinspektion einnahmen<sup>221</sup>. Mit anderen Worten, sie betonten die Andersartigkeit des Handwerks und die daraus folgende Notwendigkeit einer eigenen unabhängigen Organisation.

Im Gegensatz zu den Vorschlägen der Kommission von Stackelberg, das Handwerk zu reorganisieren, bestätigte das Gesetz vom 20. März 1862 den ständischen Charakter der Handwerksverwaltung und ließ die Teilung des Handwerksstandes in ständige und zeitweilige Handwerker weiter bestehen, ohne

---

<sup>216</sup> Ebd., S. 181, 183.

<sup>217</sup> Ebd., S. 487.

<sup>218</sup> Ebd., S. 489.

<sup>219</sup> Ebd., S. 495.

<sup>220</sup> Vgl. Kaufhold, Handwerk, S. 132f.

<sup>221</sup> Die Fabrikinspektion wurde 1882 eingeführt, um die Befolgung der Gewerbegesetzgebung seitens der Fabrikbesitzern zu kontrollieren.

letzteren das Wahlrecht zu erteilen<sup>222</sup>. Die Regierung beschränkte sich auf die Herausgabe einer Zeitschrift, die wenig Resonanz in der Handwerkerschaft fand. In der Zeitschrift, die „Der russische Handwerker“ hieß und von der Regierung zwischen 1862-1864 herausgegebenen und finanziert wurde, sollten die Probleme der Neuorganisation des Handwerks diskutiert werden.

Ein spezifisches Merkmal dieser Zeit, zu dessen Herausbildung auch die Stackelbergsche Kommission beitrug, war, daß die Einstellung zu den Zünften in Regierungskreisen mehr und mehr negative Züge einnahm. Eine Folge war die Abschaffung des obligatorischen Eintritts in die Zünfte mit dem Gesetz vom 4. Juli 1866 in den Städten des St. Petersburger Gouvernements und in den Ostseeprovinzen<sup>223</sup>.

## 2.12 Die Regierungspolitik von 1870 bis 1914

Die nachhaltige Wirkung der Arbeitsergebnisse der Stackelbergschen Kommission ist im Beschluß des Reichsrates bezüglich des neuen Stadtstatutes von 1870 zu sehen, in dem dieser seine Meinung über die Reorganisation des Zunftwesens mit den Ergebnissen der Stackelbergschen Kommission begründete und dem Innenministerium vorschlug, den Stand der Zunfthandwerker aufzulösen<sup>224</sup>. Die Ausführung dieses Vorschlages zog sich hin, denn im Innenministerium wurde sehr wohl verstanden, daß das Problem zu komplex war, um es mit einem Schlag bzw. mit der Auflösung der Zünfte zu lösen. Die Überlegungen waren nicht nur fiskalischer Natur, sondern betrafen auch Fragen über die Ausbildung im Handwerk und über die elementare Kontrolle, die die Handwerksverwaltungen gut oder schlecht ausführten. Außerdem müssen immer die Entwicklungen in Deutschland im Auge behalten werden, weil sie eine erhebliche Rolle in der Orientierung der russischen Regierung in Fragen der Gewerbepolitik spielen. Es ist bemerkenswert, daß gerade zu dieser Zeit, als die russische Regierung versuchte, die liberalen Gesetze der 60er Jahre in Einklang mit der Realität zu bringen, was allzuoft als „restriktiv“ interpretiert wurde, in Deutschland eine innenpolitische Wende stattfand. Ab 1881 wurde in der Gewerbepolitik des

---

<sup>222</sup> G. S. Vol'tke, O proekte remeslennogo ustava, in: Trudy vtorogo vsrossijskogo s-ezda po remeslennoj promyšlennosti v S. Peterburge. St. Petersburg 1911, S. 6.

<sup>223</sup> Vol'tke, O proekte, S. 6; Die Zünfte wurden nicht generell abgeschafft (uničtozenie cechovogo remesla, proizvedénnoe po rekomendacii komissii Stackelberga zakonom 4 ijulja 1866 goda), wie Pažitnov meinte, in: Pažitnov, Problema, S. 189.

<sup>224</sup> Vol'tke, O proekte, S. 7.

Reiches begonnen, „die ‚hyperliberalen Gesetze‘ zugunsten des Handwerks“ umzuformen<sup>225</sup>.

Wenigstens sollte eine Fabrikinspektion geschaffen werden, was auch 1882 der Fall war, die schon mit der Überprüfung der ihr unterstehenden größeren Industriebetriebe völlig überfordert war. Langfristig gesehen konnte die Unterstellung der Werkstätten unter die Fabrikinspektion positive Wirkungen haben, in Anbetracht der großen Masse von Handwerksbetrieben aber war sie in der näheren Zukunft nicht realisierbar. Außerdem benötigten die Handwerker eigene Organisationsformen, die von der Großindustrie getrennt existieren sollten. Eine Kompromißlösung wurde teilweise damit erreicht, daß die Fabrikinspektion die „größeren Werkstätten“ (*značitel'nye remeslennye zavedenija*) ihrer Aufsicht unterstellen durfte. Diese Methode der lokalen gesetzlichen Eingriffe im Bereich der kleinindustriellen Betriebe wendete die Regierung auch in der Zukunft an. So schlug der Reichsrat dem Finanzministerium vor, das Gesetz vom 3. Juni 1886 über die Kinderarbeit auf Druckereien und andere polygraphische Betriebe wie auch auf Werkstätten mit mehr als 16 Arbeitnehmern auszudehnen<sup>226</sup>.

Die Ol'chin-Kommission schlug 1894 Pläne vor, die dem Projekt von 1862 ähnlich waren und die Abschaffung der Teilung von Industrie- und Handwerksbetrieben vorsah. In diesem Zusammenhang sollten auch die Zünfte abgeschafft werden. Dieses Projekt wurde allerdings wie auch das vorherige nicht realisiert<sup>227</sup>.

Es sind zwei Interessengruppen zu nennen, die für die Verzögerung der Reform des Handwerks verantwortlich waren. So verteidigten die ständigen Zunfthandwerker in ihren Vertretungsorganen vehement ihre Interessen. Sie wollten keine Reformen und versuchten, ihre Privilegien zu behalten, obwohl an dieser Stelle gesagt werden muß, daß mit Beginn der Industrialisierung die Handwerkerschaft tief gespalten wurde und ein größerer Teil für die Reform der Zünfte nach dem deutschen Muster in Richtung der Innungsform eintrat, worauf unten noch eingegangen wird. Aber auch der konservative Flügel der Regierung und die Vertreter des Hofes standen einer Reform des Handwerks ablehnend gegenüber. Das waren der Leiter der dritten Abteilung des Innenministeriums, Fürst V. A. Dolgorukov, und seit 1866 sein Amtsnachfolger, Graf I. A. Šuvalov, der Justizminister Graf V. N. Panin, der Hofminister Graf V. F. Adlerberg und der Cousin des Zaren, der Großfürst P. G. Oldenburg<sup>228</sup>.

In Anbetracht der entstehenden Schwierigkeiten bei der Lösung dieser Frage im Rahmen der Gesetzgebung schlug die Regierung einen anderen Weg ein: Nach und nach schaffte das Innenministerium auf dem Verwaltungsweg die

---

<sup>225</sup> Kaufhold, Handwerk, S. 133.

<sup>226</sup> Vol'tke, O proekte, S. 8.

<sup>227</sup> Ebd.; Pažitnov, Problema, S. 170f.

<sup>228</sup> Eroškin, Istorija, S. 183.

Zunftverwaltungen ab, indem das Finanzministerium die Handwerksbetriebe der Fabrikinspektion zu unterstellen versuchte. 1886 wurden die Zunftverwaltungen in der Region Süd-West-Rußland mit Ausnahme von vier Städten, in denen eine vereinfachte Handwerksverwaltung eingeführt worden war, abgeschafft. 1891 wurde die gleiche Maßnahme in den Vilensker, Kovensker und Grodnensker Gouvernements durchgeführt, wobei eine vereinfachte Handwerksverwaltung in den drei Gouvernementshauptstädten beibehalten wurde. In den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts erfolgte die Abschaffung der Zunftverwaltungen in verschiedenen Städten und Ortschaften Rußlands, so daß zu Anfang des 20. Jahrhunderts schließlich nur noch 136 Zunftverwaltungen existierten. Die letzte große Aktion zur Abschaffung der Zunftverwaltungen erfolgte 1902/1903, nach der sie nur noch in 28 Städten erhalten blieben, wobei die Zunftverwaltungen (*polnoe remeslennoe upravlenie*) in 22 Städten, die vereinfachten Handwerksverwaltungen in vier Städten sowie in Odessa und Tiflis gesonderte Handwerksverwaltungen erhalten blieben<sup>229</sup>.

Als Gegenreaktion auf die Maßnahmen der Regierung reichten Handwerker aus Nikolaev, Tambov, Jaroslavl, Rybinsk, Kiev, Sevastopol und anderen Städten Rußlands Petitionen ein, mit der Bitte, die Zunftverwaltungen wieder zu errichten. Das neu geschaffene Ministerium für Wirtschaft und Handel stellte sie nach der Revolution 1905/06 teilweise wieder her<sup>230</sup>. So blieb der Stand der ständigen Zunfthandwerker und ihre Zunftverwaltung eingeschränkt bis 1917 bestehen<sup>231</sup>.

### 2.13 Zusammenfassung

Im Kapitel über die Gewerbegesetzgebung vom 18. bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts war zu klären, was das Handwerk in Rußland vor und nach der Einführung der Zünfte und daran anschließend, was das Wesen der russischen Zünfte selbst im Sonderfall St. Petersburgs im Unterschied zu den Zünften in Westeuropa war.

Es wurde festgestellt, daß sich die Gewerbepolitik Peters I. zwei zeitlichen Perioden zuordnen läßt. Die erste Periode dauerte von 1699 bis zum Ende der 1710er Jahren, als noch in alter Tradition und im herkömmlichen Gesetzesrahmen gehandelt wurde, indem ad hoc verschiedene Gesetze zur Regelung des städtischen Handwerks herausgebracht wurden. Nach der zweiten Auslandsreise Peters I.

---

<sup>229</sup> S. V. Borodajevskij, *Remeslennaja promyšlennost' na Zapade i v Rossii*, in: *Trudy vtorogo vserossijskogo s-ezda po remeslennoj promyšlennosti v S. Peterburge*. St. Petersburg 1911.

<sup>230</sup> Pažitnov, *Problema*, S. 170f.

<sup>231</sup> Über die Selbstverwaltung zur späteren Zeit s.: H. Gross, *Selbstverwaltung und Staatskrise in Rußland 1914-1917. Macht und Ohnmacht von Adel und Bourgeoisie am Vorabend der Februarrevolution*. Wiesbaden 1981.

1716-1717 und besonders im Anschluß an den Großen Nordischen Krieg 1721 wurde das Zunftwesen in St. Petersburg auf einer prinzipiell neuen Kodifikationsbasis in Anlehnung an bzw. Entlehnung der westeuropäischen Zunftverfassung aufgebaut. Die weiteren petrinischen Erlasse modifizierten den Erlaß über die Zünfte von 27. April 1722 und paßten ihn den russischen Verhältnissen an.

Die Zeitperiode zwischen den petrinischen Reformen und 1785 zeichnete sich durch eine Passivität des Gesetzgebers in der Einrichtung von regelmäßigen Zünften in St. Petersburg aus, die an den augenblicklichen Bedürfnissen der Regierung, z. B. im Siebenjährigen Krieg oder beim Bau des Winterpalastes, ausgerichtet worden war. Mit der Regierungszeit Katharinas II. fing eine neue Periode in der Geschichte des Handwerks an, als seine Lage in der Arbeit der Gesetzgeberischen Kommission erörtert und 1785 das neue Handwerksstatut eingeführt wurde, das die Institute des Handwerksobershauptes und des Handwerkerstandes als solche schuf.

Peter I. führte im Unterschied zu Westeuropa ein stark modifiziertes Zunftsystem ein, in dem von Anfang an kein universelles Zunftmonopol im westeuropäischen Sinne bestand. Erstens galt für die Adels-, Staats-, Kloster- bzw. Metropolitbauern, daß sie dem Handwerk nachgehen durften, wenn sie für ihren eigenen Bedarf produzierten oder Staatsaufträge ausführten. Zweitens kann der Zunftzwang durch die Einführung des Instituts der zeitweiligen Handwerker nur als bedingt verstanden werden. Es ist so, daß die petrinischen Erlasse einen Mittelweg gehen wollten, indem sie einerseits das freie Handwerk in der Hauptstadt verboten, andererseits aber auch kein generelles, sondern ein beschränktes Zunftmonopol einführen.

Die Beweggründe zur Einführung der Zünfte waren die Hebung des technischen, quantitativen und qualitativen Niveaus des Handwerks in Rußland und gerade in St. Petersburg, wo ein militärisch-industrieller Komplex entstand, der nach fachgemäß ausgebildeten Arbeitskräften verlangte. Wie aus dem ersten Erlaß über die Einführung der Zünfte zu ersehen ist, beabsichtigte Peter I. nicht, die westeuropäischen Zünfte bedenkenlos nachzuahmen, sondern überließ ihnen zunächst die Möglichkeit, sich zu entwickeln, indem sie mit den zeitweiligen Handwerkern den ständigen Nachschub für ihre mögliche Vergrößerung bekamen. Peter I. schuf den gesetzlichen Rahmen für die Entwicklung des Zunfthandwerks. Es lag jedoch nicht in seinem Vermögen, den Wachstumsmechanismus bzw. die benötigte Wachstumszeit beliebig zu beeinflussen bzw. zu beschleunigen. Schon deswegen nicht, weil St. Petersburg selbst eine junge Stadt mit einem noch nicht entwickelten Markt war, abgesehen davon, daß St. Petersburg bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts den größten Teil des Jahres vom inneren Rußland abgeschnitten war und erst mit dem Eisenbahnbau seit Mitte des 19. Jahrhunderts einen effektiven Anschluß an den inneren Markt bekam. Die Hauptstadt war sehr rohstoffabhängig, weil fast alles von außen, sei es hochwertiges Metall aus England oder halbverarbeitete Produkte vom Inland, hergebracht werden mußte.

Wie zu ersehen ist, mangelte es auch den Deputierten der Katharinäischen Gesetzeskommission in den 60er Jahren des 18. Jahrhunderts nicht am Willen, in den Hauptstädten ein wohleingerichtetes Zunft Handwerk zu schaffen. Die Mitglieder der Kommission sowie die Regierung stellten aber eine falsche Diagnose über die Ursachen der Unterentwicklung der Zunft Handwerke, wenn sie meinten, daß es allein an der konsequenten Durchsetzung der Gewerbegesetzgebung und nicht an den wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen läge<sup>232</sup>. Sie standen aber wie Peter I. zu seiner Zeit vor dem gleichen Problem: Die Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur der Hauptstadt ließ zu wünschen übrig. Was aber dieses Problem unlösbar machte, waren vor allem die Privilegien anderer Bevölkerungsschichten gegenüber dem Handwerk und die Vormachtstellung des Staates und des Adels, der nicht beabsichtigte, seine Sonderrechte zu opfern. Die russische Wirtschaft war zu sehr mit der Leibeigenschaft gekoppelt, wodurch die Freisetzung des Humankapitals, welches das Stadthandwerk so dringend benötigte, verhindert wurde.

Dagegen änderte sich die Lage des St. Petersburger Zunft Handwerks in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts, als nicht nur die Gesetzgebung, sondern auch die stark angewachsenen Zünfte vorhanden waren, die ihre Monopolansprüche in die Wirklichkeit umzusetzen versuchten und sie auch manchmal mit Erfolg durchsetzten, wie es mit der Bäckerzunft in den 30er Jahren der Fall war<sup>233</sup>. Die relativ stabile Lage des Zunft Handwerks konnte dann bis zum Anfang der 1860er Jahre aufrechterhalten werden, als die großen Reformen mit der Industrialisierung zusammenfielen. Ihre Folge war eine zunehmende Destabilisierung des Handwerks. Außerdem schlug der Wille des russischen Gesetzgebers, wiederum in starkem Maße durch die Entwicklungen in Westeuropa beeinflusst, in eine völlig andere Richtung um, da sich in der russischen Regierung seit den Kommissionen am Ende der 50er Jahre und der Stackelbergischen Kommission eine negative Einstellung zum Zunft Handwerk behauptete<sup>234</sup>. Dieser Meinungsumschwung brachte die Regierung zwar nicht dazu, die Zünfte in den Hauptstädten abzuschaffen. Sie schmälerte aber zumindest deren Rechte, z. B. was die Gerichtsbarkeit betraf. Die Regierung war unfähig, das gesetzgeberische Instrumentarium einzusetzen, um die Zünfte zu reformieren, sondern fing seit den 1880er Jahren an, die Zunftverwaltungen zuerst in den westlichen Gouvernements und dann in den zentralrussischen Kleinstädten abzuschaffen. Allerdings blieb die Zunftverfassung als Institution bis 1917 bestehen.

Nach der Revolution von 1905 und mit der Gründung des Ministeriums für Wirtschaft und Handel wurde dann die Abschaffung der Zunftverwaltungen

---

<sup>232</sup> Vgl. N. D. Ryčkov, O cechach v Rossii i Zapadnoj Evrope, in: Russkij vestnik, t. 47, nomer 11 (oktjabr') 1863, S. 789-822, hier S. 812.

<sup>233</sup> S. unten Kapitel 9.1.

<sup>234</sup> Vgl. Trudy komissii, č. 1, S. 74.



verlangsamt oder sie wurden gar in manchen Städten wiederhergestellt. Jetzt konnte aber auch keine Rede mehr vom Zunft Handwerk sein, wie es im 18. Jahrhundert oder in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts existiert hatte. Nach der vollzogenen Industrialisierung von St. Petersburg und nach dem gewaltigen sozialen Wandel in der gesamten Arbeiterschaft während der Revolution befanden sich das Zunftwesen und das Handwerk selbst in einem strukturellen Wandel, der sie zu anderen Organisationsprinzipien, sei es im Arbeitsablauf, der Herstellungsweise des Produkts oder des Handwerks insgesamt hinführte.



### 3. Die Entwicklung des hauptstädtischen Handwerks im 18. Jahrhundert

#### 3.1 Das Zunft Handwerk

Die Handwerkerschaft von St. Petersburg entstand, genauso wie die Hauptstadt selbst, nach dem Willen Peters I. Die Handwerker sollten schnellstens der Regierung zur Verfügung stehen, um sowohl städtebauliche Aufgaben zu lösen als auch am Aufbau der Armee und der Marine mitzuwirken. Es gab zwei Wege, die Anzahl der fachmännischen Kräfte in St. Petersburg zu steigern. Erstens wurden mittels russischer Botschafter und Gesandter im Ausland die verschiedensten Handwerker durch Erlasse angeworben. Der erste offizielle Erlass, der auch den Aufruf an ausländische Handwerker beinhaltete, nach Rußland zu kommen, erschien am 16. April 1702<sup>241</sup>. Hauptsächlich kamen deutsche und holländische Handwerker nach St. Petersburg, die besonders im Schiffsbau benötigt wurden. Sie blieben meist in der neuen Hauptstadt oder gingen nach Moskau als zweitstärkster Anziehungspunkt für die Ankömmlinge.

Interessant ist, daß es in St. Petersburg schon vor 1722 einige „deutsche“ bzw. ausländische Zünfte gab, die für die westeuropäischen Handwerker eine vertraute Organisationsform darstellten und für ihre berufliche Integration Sorge trugen. So bestanden in St. Petersburg z. B. schon 1712 die Schneider- und Friseurzünfte, denen die Moskauer ausländischen Meister beitraten<sup>242</sup>. Als die Zünfte 1722 gegründet wurden, traten ihnen bis zum Jahre 1726 365 ausländische Handwerker bei. Im Laufe des 18. Jahrhunderts sorgten weitere Erlasse für einen ständigen Zulauf von ausländischen Handwerkern und „Manufakturisten“ nach St. Petersburg<sup>243</sup>. In diesem Zusammenhang entstanden hier ganz neue Handwerksarten, die es vorher in Rußland nicht gegeben hatte. In den 1720er Jahren schrieben sich Schiffs-, Galeeren-, Lastkahn-, Ruder- und Kompaßbauer sowie andere Handwerker in die Zünfte ein<sup>244</sup>. Die Zünfte, in denen nur ausländische Handwerker vertreten waren, waren im Jahre 1724 die

---

<sup>241</sup> PSZ RI 1, Bd. IV, Nr. 1910 (16.04.1702): O vyzove inostrancev v Rossiju, s obeščaniem im svobody veroispovedanija, S. 192-195.

<sup>242</sup> RGADA, f. 158, 1707 g., d. 211, aus: V. A. Kovrigina, Die Deutschen im Moskauer Handwerk in der zweiten Hälfte des 17. und im ersten Viertel des 18. Jahrhunderts (Hamburger Beiträge zur Geschichte der Deutschen im europäischen Osten, 4 hrsg. v. Norbert Angermann). Lüneburg 1997, S. 39f.

<sup>243</sup> PSZ RI 1, Bd. 5, Nr. 3017; 4378 (3.12.1723): Reglament Manufakturkollegii, S. 169; Bd. 13, Nr. 10129; Bd. 16, Nr. 12290; Bd. 21, Nr. 15331.

<sup>244</sup> Zaozerskaja, K voprosu, S. 72, 75.

Goldschmiedezunft mit 17, die Zunft der Friseure mit 15 und die der Posamentierer mit sechs Mitgliedern<sup>245</sup>.

Die ausländischen Handwerksmeister waren seit der Gründung der neuen Hauptstadt im Jahre 1703 ein integraler und untrennbarer Bestandteil der St. Petersburger Handwerkerschaft<sup>246</sup>. Ein Teil von ihnen arbeitete in staatlichen Betrieben; der Staat war anfangs der größte Arbeitgeber für die Ausländer, bot ihnen rechtlichen Schutz und stellte ihnen, wenn nötig, auch Arbeitskräfte zur Verfügung. Ein anderer, größerer Teil der Meister trat in die russischen oder in die deutschen Zünfte ein.

Um die Geschichte der russischen Zünfte zu erläutern, müssen wir wieder zum Jahre 1722 zurückkehren. Nach der Gründung der Zünfte wurden in St. Petersburg 19 russische Zünfte registriert, in denen es anfänglich 535 Handwerker gab (439 Meister, 18 Gesellen und 78 Lehrlinge)<sup>247</sup>. In nur zwei Jahren verdreifachte sich die Anzahl der Handwerker in den russischen Zünften und stieg im Jahre 1724 auf 1.566 an. In den 1720er Jahren waren es ihrem Stand nach zumeist Bauern<sup>248</sup>. Die größte Anzahl der russischen Zunfthandwerker stammte aus dem Jaroslavl'sker Gouvernement. Es folgten in absteigender Reihenfolge die Handwerker aus Moskau und dem Moskauer Bezirk, Galič, Kostroma, Romanov, Pošečon'e, Kašin, Rostov, Novgorod, Ostaškov, Vologda und anderen Städten und Bezirken. Die Handwerker aus den verschiedenen geographischen Regionen spezialisierten sich in der Regel in bestimmten Handwerksbereichen. So waren die Ankömmlinge aus Ostaškov Mitglieder der Fischerzunft. Die Schuhmacher stammten aus Kimry und Kašin. In den nahrungsmittelherstellenden Handwerken waren die Handwerker aus Galič, Kostroma, Romanov und dem Pošečon'e-Gebiet in der Nähe von Moskau vertreten. Die meisten Pirogenbäcker stammten aus Jaroslavl<sup>249</sup>. In Moskau, das für die damalige Zeit das größte Gewerbezentrum Rußlands war, waren die Zünfte infolge schon vorhandener Handwerker noch zahlreicher. Hier wurden im Jahre 1726 in 150 Zünften 6.885 Handwerker registriert<sup>250</sup>.

Die Zusammenstellung allgemeiner Statistiken über die Handwerker wird durch ihre uneinheitliche Erfassungsmethode im 18. Jahrhundert wesentlich erschwert. Trotzdem lassen sich mit Hilfe der nachfolgenden Tabelle Aussagen zu diversen Handwerksbranchen machen (siehe Tab. 3).

---

<sup>245</sup> Očerki istorii Leningrada, Bd. 1, S. 101.

<sup>246</sup> Vgl. Kovrigina, Deutschen, S. 42.

<sup>247</sup> Pažitnov, Problema, S. 48.

<sup>248</sup> Zaozerskaja, K voprosu, S. 72, 75.

<sup>249</sup> Očerki istorii Leningrada, Bd. 1, S. 100f.

<sup>250</sup> Kovrigina, Deutschen, S. 40ff.

Die wichtigsten Branchen waren die Nahrungsmittel- und Bekleidungsherstellung sowie die Metallverarbeitung. Dort wurden im Jahre 1724 jeweils 616, 398 und 283 Beschäftigte registriert. Dementsprechend waren in den beiden ersten Branchen auch die meisten Zünfte anzutreffen. Den ersten Platz nahm unter ihnen die Piroggenbäckerzunft mit 339 Mitgliedern ein. Den Piroggenbäckern folgten in der gleichen Branche die Kalačbäcker<sup>251</sup> (160), Bäcker (68) und Kvasbrauer (49).

Tabelle 3: Ausgewählte Handwerksbranchen unter den deutschen und russischen Zunft Handwerkern in den Jahren 1724, 1766 und 1790

Branche/Jahr – ↓	1724	1766	1790	
	Gesamt	Meister	Meister	Gesamt
Lebensmittelherstellung	616	82	180	328
Bekleidungsherstellung	404	388	1104	2805
Metallverarbeitung	283	250	523	870
Holzverarbeitung	58	90	239	739
Bauhandwerke	23	2	681	877
Transportmittel	-	46	129	378
Gerätschaftenherstellung	-	2	34	34

Quelle: Pažitnov, Problema, S. 48; PGIA, f. 221, op. 1, d. 80; I. G. Georgi, Opisanie stoličnogo Sankt-Peterburga, Teil 1. St. Petersburg 1794, S. 236-253.

Den zweiten Platz nach den Piroggenbäckern nahm die Zunft der Schneider mit 245 Mitgliedern ein, ihr folgte die Schuhmacherzunft mit 153 Mitgliedern. Den dritten Platz nahm die Zunft der Kupferschmiede mit 161 Beschäftigten ein. In ihr wurden meist Kupfergeschirr und Haushaltserzeugnisse ebenfalls aus Kupfer produziert. Es gab auch eine Zunft der Fischer, die wenig mit Handwerk im engeren Sinne zu tun hatte. Wenn wir die 127 Fischer abziehen, bleiben im Jahre 1724 1.439 Zunft Handwerker übrig.

Infolge der Auflösung der russischen Bäckerzünfte verminderte sich die Gesamtzahl der Beschäftigten in den nahrungsmittelherstellenden Zünften beträchtlich. Wenn im Jahre 1724 die Gesamtzahl der Handwerker in der Nahrungsmittelherstellung 616 betrug, so verminderte sie sich bis 1790 um fast die Hälfte auf 328 Handwerker. In Anbetracht der besonderen Abhängigkeit der

<sup>251</sup> Russische Weißbrotbäcker.

unteren Bevölkerungsschichten von billigen Lebensmitteln achtete die Gouvernementsverwaltung wenig darauf, daß es in der Stadt eine Vielzahl nichtzünftiger Handwerker gab, und zwang sie nicht unbedingt, den Zünften beizutreten, um ihr bescheidenes Handwerk nicht noch mehr zu gefährden. Dafür vergrößerte sich die Gesamtanzahl der Handwerker in der Bekleidungsherstellung von 404 auf 2.805 um das siebenfache. Die Anzahl der Meister stieg ebenfalls von 388 im Jahre 1766 auf 1.104 im Jahre 1790 oder um 285% an. In der Metallverarbeitung verdoppelte sich die Meisteranzahl zwischen 1766 und 1790 von 250 auf 523 Meister. Durch die rasche Verzüftigung der Bauhandwerke, hauptsächlich waren es Zimmerleute<sup>252</sup>, konnte sich die Anzahl der ihr angehörenden Meister faktisch von Null (zwei Meister) im Jahr 1766 auf 681 im Jahr 1790 vergrößern. Die Handwerke der Holzverarbeitenden Branche profitierten ebenfalls von der beträchtlichen Bauaktivität in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, als sich St. Petersburg rasch aus einer Garnison- und Beamtenstadt zu einer zivilen Stadt entwickelte. In der transportmittelherstellenden Branche sind nur die Wagenbauer aufgeführt. Hier stieg die Meisteranzahl von 46 im Jahr 1766 auf 129 im Jahr 1790.

Es sind zwei Tendenzen festzustellen: einerseits verminderte sich der Gesamtumfang des Zunfthandwerks im zweiten Viertel des 18. Jahrhunderts, da die Zünfte wenig Zulauf hatten, wesentlich, andererseits vergrößerte sich die Anzahl der Zünfte erheblich, was eine wichtige organisatorische Basis für die spätere Entfaltung des Zunfthandwerks in der Hauptstadt darstellte.

Wie sich die einzelnen Handwerke entwickelt haben, ist aus den Statistiken für die Jahre 1724, 1766 und 1790 zu ersehen<sup>253</sup>. Im Jahre 1724 gab es russische Brot- (68), Pirogen- (339) und Kalačbäckerzünfte (160) mit insgesamt 567 Handwerkern, die auf Russisch „chlebnyj, pirožnyj“ und „kalačnyj cechi“ hießen. Die deutschen Meister hatten später ebenfalls eine Bäckerzunft, die allerdings den Namen „buločnyj cech“ trug. Trotzdem werden die Meister beider Zünfte, der „chlebnyj“ und „buločnyj“, auf Deutsch als Bäckermeister und ihre Zünfte dementsprechend als Bäckerzünfte bezeichnet, obwohl in ihrem Sortiment wesentliche Unterschiede vorhanden waren. Die beiden Bezeichnungen sind Synonyme und dienen nur als Hinweis auf die Spezifik beider Zünfte. Die drei russischen Zünfte sind im Jahre 1766 nicht mehr zu finden. Es sind in den Statistiken an ihrer Stelle die deutschen Weiß- und Roggenbrotbäcker- (30 Meister) und Lebkuchenbäckerzünfte (ein Meister) aufgeführt. In der nächsten Zeit vollzogen sich wieder einige Umschichtungen, in deren Folge im Jahre 1790 jeweils zwei deutsche und zwei russische Zünfte angezeigt wurden. In den deutschen und russischen Bäckerzünften gab es jeweils 77 und neun Meister. In

---

<sup>252</sup> Vgl. Georgi, Opisanie, S. 236-253.

<sup>253</sup> S. 2, 3 und 4 im Tabellenanhang.

der deutschen Konditorenzunft waren elf Meister und in der russischen Konfektmacher- und Lebkuchenbäckerzunft 13 Meister aufgeführt.

Die Verteilung der Meister in den oben aufgeführten Handwerken fiel in den deutschen und russischen Zünften unterschiedlich aus. So behielten die ausländischen Meister weiterhin ihre Priorität in den Schneider-, Bäcker-, Gold- und Silberschmiedezünften. Dagegen verloren sie ihre Vormachtstellung in den Schmiede- und Schreinerzünften. Solche speziellen Handwerke, die ausschließlich in den deutschen Zünften vertreten waren, waren im Jahre 1766 die der Degenschmiede (sieben Meister), Kupfervergoldner (21 Meister), Wand- und Taschenuhrmacher (fünf Meister), Instrumentenbauer (drei Meister), Stuckarbeiter und Formmeister (zwei Meister), Goldsticker (neun Meister), Buchbinder (17 Meister), Schlosser (26 Meister), Kaminfeger (sechs Meister), Stuhlmacher (acht Meister) und andere<sup>254</sup>. Im Jahre 1799 kamen Konditoren (elf Meister), Knopfmacher (15 Meister), Sattler (59 Meister), Schlüsselschmiede (sieben Meister) und Nadler (vier Meister) hinzu<sup>255</sup>.

Tabelle 4: Anzahl der Meister in den russischen und deutschen Zünften in ausgewählten Handwerken von St. Petersburg 1766 und 1790

Jahr	1766				1790			
	Gewerbeart	ausländische Meister	russische Meister	%	gesamt	ausländische Meister	russische Meister	%
Schneider	145	32	82:18	176	210	178	54:46	388
Bäcker	31	-	100:0	31	88	22	80:20	110
Schuhmacher	65	128	34:66	194	54	255	24:76	309
Schmiede	40	23	63:37	63	60	88	41:59	148
Gold- u. Silber- schmiede	76	18	81:19	94	110	44	71:29	154
Schreiner	71	4	95:5	75	90	124	42:58	214

Quelle: PGIA, f. 221, op. 1, d. 80; Georgi, Opisanie, S. 236-253.

<sup>254</sup> Vgl. PGIA, f. 221, op. 1, d. 80.

<sup>255</sup> Vgl. Georgi, Opisanie, S. 236-253.

Ausschließlich russische Zünfte, die keine entsprechenden deutschen Zünfte hatten, gab es im Jahre 1766 nicht. 1790 gab es bereits eine Vielzahl rein russischer Zünfte wie Konfektmacher- und Lebkuchenbäcker (13 Meister), Damenschuhmacher (139 Meister), Pelzmantelschneider (24 Meister), Matratzenmacher (drei Meister), Färber (sechs Meister)<sup>256</sup>. Des weiteren waren die Maurer (fünf Meister), Zimmerleute (577 Meister), Seilmacher (32 Meister), Blechner (22 Meister), Töpfer (56 Meister) und andere Handwerker ausschließlich in den russischen Zünften Mitglieder.

Die parallelen Zünfte waren im Jahre 1790 solche wie z. B. die der Schneider (178 Meister in den russischen und 210 in deutschen Zünften), Schuhmacher (jeweils 255 und 54 Meister), Mützenmacher (je 39 und 21 Meister), Posamentierer (je 75 und neun Meister), Glaser (je 85 und 14 Meister), Schreiner (je 124 und 90 Meister), Wagenbauer (je 86 und 43 Meister), Schmiede (je 88 und 60 Meister), Kupferschmiede (je 38 und zehn Meister), Gold- und Silberschmiede (je 44 und 100 Meister) und andere.

Um die Dynamik des Entwicklungsprozesses zu klären, werden wir die russischen und die deutschen Zünfte vergleichen müssen. Die deutschen Zünfte entfalteten sich anfangs dank ihrer Privilegien und Steuerbegünstigungen und hatten mit 770 Meistern in 53 Zünften gegenüber 388 russischen Meistern in 36 Zünften oder im prozentualen Verhältnis 66,5% zu 33,5% im Jahre 1766 das Übergewicht. Die Anzahl der russischen Zünfte blieb in 44 Jahren mit 19 gleich. Im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts schafften dann die russischen Zunfthandwerker den Durchbruch und überholten zahlenmäßig die ausländischen Meister um ein Vielfaches. Ungeachtet der deutlich angestiegenen Anzahl ausländischer Zunfthandwerker bis zum Jahre 1789/90 mit 1.104 Meistern sowie 373 Gesellen und Lehrlingen oder insgesamt 1.477 Handwerkern, die in 55 Handwerksarten tätig waren<sup>257</sup>, konnten sie den Abstand zu den rund 6.000 russischen Handwerkern nicht ausgleichen<sup>258</sup>. So bestand 1790 ein Zahlenverhältnis von etwa 80% russischen Handwerkern zu 20% ausländischen. Wie sich dieses Verhältnis zwischen ausländischen und russischen Meistern in den einzelnen Zünften änderte, ist in der oben aufgeführten Tabelle vier zu ersehen.

---

<sup>256</sup> Im Gegensatz zu 1766, als nur zwei Färber in den deutschen Zünften tätig waren; eventuell bekamen sie die russische Staatsangehörigkeit und traten in die russischen Zünfte über.

<sup>257</sup> Johann Gottfried Georgi, *Opisanie rossijsko-imperatorskogo stoličnogo goroda Sankt-Peterburga i dostopamjatnostej v okrestnostjach onogo 1794-1796*, Teil 1., St. Petersburg 1794, S. 236-253; s. auch deutsche Ausgabe: Johann Gottlieb Georgi, „Beschreibung der Rußisch Kayserlichen Residenzstadt St. Petersburgs und der Merkwürdigkeiten der Gegend, ... gedruckt bey Kayserlichen Akademie der Wissenschaften. St. Petersburg 1790; J. G. Georgi stammte aus Pommern und hatte bei Linné in Uppsala studiert. Er stand seit 1770 in Diensten der Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg.

<sup>258</sup> Vgl. Tabelle 1 im Tabellenanhang.



Allgemein ist eine steigende Tendenz bei der Anzahl der russischen und der deutschen Zünfte zu beobachten, so daß im Jahre 1825 den 67 russischen Zünften 35 deutsche „eröffnete“ und 31 „uneröffnete“ Zünfte<sup>259</sup> gegenüberstanden. Es gab in der Entwicklung der Zünfte gleich nach ihrer Gründung eine kurze Aufschwungzeit, die drei bis vier Jahre lang andauerte und kurz nach dem Tode von Peter I. ihr vorläufiges Ende erreichte. Dann vollzog sich ein starker Rückgang der Zunfthandwerkerzahlen, wobei einige Zünfte, wie z. B. die der russischen Bäcker, wieder aufgelöst wurden. Der nächste Aufschwung ereignete sich mit der Regierungszeit Katharinas II. in den 1770er Jahren und dauerte ungefähr bis zum Anfang der 1790er Jahre, als die St. Petersburger Handwerksverwaltung die Anzahl der zeitweiligen Handwerker von 3.058 im Jahre 1786 auf 317 im Jahre 1793 reduzierte und in der Hauptstadt ein Zunftmonopol einzuführen versuchte, um die Nachfrage bei den ständigen Meistern zu sichern. Die restriktive Politik der Zünfte wurde von einem starken Wachstum an ständigen Meistern begleitet: in vier Jahren wuchsen die Meisterzahlen von 811 (1786) auf 2.434 (1790) um 300% an. Nach dem Senatserslaß von 1796, der die Monopolbestrebungen des Zunfthandwerkerstandes unterband, verdoppelte sich dann die Gesamtzahl der Handwerker in fünf Jahren auf 10.738 Zunfthandwerker im Jahre 1801. Mit den deutschen Zünften gab es insgesamt rund 12.200 Zunfthandwerker in der Hauptstadt.

### 3.2 Das nichtzünftige Handwerk

In den ersten Jahren nach der Gründung St. Petersburgs war die Hauptquelle des Handwerkerzuwachses die Zwangsumsiedlung der Handwerker aus zentral- und nordrussischen Städten. So wurden z. B. im Jahre 1711 aus den Städten des Moskauer Gebiets 1417 Handwerker mit ihren Familien in die neue Hauptstadt übersiedelt. Außerdem wurden Tausende qualifizierter und unqualifizierter Arbeiter nach St. Petersburg - überwiegend als Bauarbeiter - verpflichtet. Besonders zahlreich waren Zimmerleute und Schreiner aus den nordrussischen Gouvernements Vologoda, Oloneck und Archangel'sk; Schmiede und andere Metallhandwerker kamen aus Zentralrußland, unter anderem aus Tula. So waren z. B. im Jahre 1718 246 Waffenschmiede aus Tula bei der Artilleriehauptkanzlei beschäftigt<sup>260</sup>.

Nach dem Erlaß vom 21. Februar 1720 wurden an der Mündung des Flußes Ohta am rechten Ufer der Neva 500 Häuser für die übersiedelten Zimmerleute errichtet,

---

<sup>259</sup> Die nicht „eröffneten“ Zünfte hatten weniger als fünf Meister und hatten keine Zunftverwaltung. Solche Meister wurden formell als Zunfthandwerker aufgezählt, ihre Zunft galt aber als nicht „eröffnet“.

<sup>260</sup> *Istorija rabočich Leningrada*, Bd. 1. Leningrad 1972, S. 21.

wo anfangs 824 Familien aus Vologda, Beloozero, Kargopol' und Ustjug wohnten<sup>261</sup>. Sie unterstanden der Admiralität<sup>262</sup>. Hier siedelten sich auch freie Handwerker an<sup>263</sup>, die sich auf holzverarbeitende Handwerke spezialisierten. Die Ochtensker Zimmerleute und Schreiner wurden nach Bedarf beim staatlichen Schiffsbau beschäftigt. In den übrigen Zeiten gingen sie selbständig ihrem Erwerb nach, wobei die Befreiung von allen Steuern ihr Handwerk begünstigte. Zeitgenossen bemerkten 1779 und 1794, daß sich die Handwerker von Ochta durch ihre Kunstfertigkeit auszeichneten und den hauptstädtischen Kunsttischlern in nichts nachstanden. Dafür waren ihre Waren aber viel günstiger zu haben. Außerdem waren 20 Ochtensker Schreiner von der kaiserlichen Theaterdirektion verpflichtet worden, was für ihre hohe fachmännische Qualifikation sprach<sup>264</sup>. Mitte der 1720er Jahre beschäftigte die Regierung ausschließlich Lohnarbeiter, die zu dieser Zeit in reichlicher Zahl auf der Suche nach Arbeit nach St. Petersburg kamen<sup>265</sup>. Die Zwangsumsiedlungen und saisonalen Rekrutierungen<sup>266</sup> der Handwerker und Arbeiter auf dem Land und in den Städten erwies sich als zu umständlich und ineffektiv. Mit der Zeit bildeten sich regionale Unterschiede der beruflichen Gliederung der Bauern heraus: die Maurer und Steinmetze kamen aus dem Gouvernement Oloneck, Maurer aus Jaroslavl' und Kostroma, andere Bauhandwerker aus dem Moskauer Gouvernement<sup>267</sup>.

Der größte Arbeitgeber in der Stadt war die Admiralität. Im Jahre 1709 wurden dort bis zu 30 und in den Jahren 1715-1721 etwa 70 Handwerksarten ausgeübt. Hier waren auch etwa spezielle Handwerksberufe wie Mastbauer, Seiler, Segeltuchweber und Kessler vertreten. Unter anderem beschäftigte die Admiralität folgende Handwerker (siehe Tab. 5).

In sechs Jahren wurde der Bestand an Handwerkern von 2743 im Jahre 1715 auf 5320 im Jahre 1721 mehr als verdoppelt. Am zahlreichsten waren die holzverarbeitenden Handwerke vertreten: Im Jahre 1721 gab es hier 3.609 Zimmer-

---

<sup>261</sup> V. N. Tarnovskij, *Melkaja promyšlennost' Rossii v konce 19 - načale 20 v.* Moskau 1995, S. 38.

<sup>262</sup> Admiraltejstvo - die Werft in St. Petersburg im engeren Sinne. Admiraltejstv-kollegija war für den Schiffsbau in Rußland zuständig.

<sup>263</sup> S. P. Luppov, *Istorija stroitel'stva Peterburga pervoj četverti XVIII v.* Moskau 1957, S. 87f.; PSZ RI 1, Bd. 4, Nr. 2449 (9. November 1711), S. 755-758; B. Mansurov, *Ochtenskie Admiraltejskie poselenija. Istoričeskoe opisanie*, č. 1-3, St. Petersburg 1856, hier č. 1, S. 9f.

<sup>264</sup> Die Beschreibungen von Bogdanov und Georgi, aus: Mansurov, *Ochtenskie*, č. 1, S. 55, 92.

<sup>265</sup> Ebd., S. 90.

<sup>266</sup> Vgl. Luppov, *Istorija*, S. 85-88.

<sup>267</sup> *Očerki istorii Leningrada*, Bd. 1, S. 100.

Tabelle 5: Handwerker in der Admiralität in den Jahren 1715-1721

<b>Jahr Gewerbeart</b>	<b>1715</b>	<b>1717</b>	<b>1720</b>	<b>1721</b>
Zimmerer	1867	1483	3677	3609
Schmiede	251	308	351	500
Spinner	275	381	592	448
Segeltuchweber	135	185	100	246
Kalfaterer	-	242	111	228
Sägeführer	93	124	138	165
Schreiner	122	-	126	124
<i>gesamt</i>	<b>2743</b>	<b>2723</b>	<b>5095</b>	<b>5320</b>

Quelle: Materialy dlja istorii russkogo flota, č. 3. St. Petersburg 1866, S. 153ff., 264f., 277, 280f.

leute, 165 Sägearbeiter und 124 Schreiner. Ihnen folgten die faserstoffverarbeitenden Handwerker wie die Spinner und Segeltuchweber mit jeweils 448 und 246 Handwerkern. Die Anzahl der Schmiede war mit 500 ebenfalls sehr groß. Außerdem waren bei der Admiralität einige Tausend unqualifizierter Arbeiter beschäftigt. Nach dem Tod von Peter I. wurden dann die Kapazitäten im Schiffbau drastisch gekürzt, so daß im Jahre 1727 in der Admiralität nur noch 51 Meister, 48 Gesellen und 99 Lehrlinge beschäftigt waren<sup>268</sup>.

Es ist verständlich, daß nicht alle Handwerker in St. Petersburg in die Zünfte eingeschrieben waren. Es fehlte als Voraussetzung dazu der allgemeine Zunftzwang. Nach Poljanskij war in den 1770er Jahren etwa nur ein Drittel aller städtischer Handwerker Mitglied in den Zünften<sup>269</sup>.

Wenn wir dieses Verhältnis auf St. Petersburg anwenden, kamen hier auf rund 4.000 Zunfthandwerker im Jahre 1783 rund 8.000 nichtzünftige Handwerker und im Jahre 1790 jeweils 7.000 und 14.000 Handwerker. Dies ist natürlich nur eine annähernde Zahl, die eine Vorstellung über die Größenordnung bzw. Proportionen des zünftigen und nichtzünftigen Handwerks gegeben soll. Dieses Verhältnis ist durchaus wahrscheinlich und indirekt durch zeitgenössische Aussagen belegt. So

<sup>268</sup> I. K. Kirilov, Cvetuščee sostojanie Vserossijskogo gosudarstva, 2-e Ausgabe. Moskau 1977, S. 48f.

<sup>269</sup> F. J. Poljanskij, Gorodskoe remeslo i manufaktura v Rossii XVIII veka. Moskau 1960, S. 92.

wurde vom Hauptmagistrat an die Gesetzgebende Kommission im Jahre 1767 berichtet, daß

„Insbesondere die herrschaftlichen Dienstleute, die nicht in den Zünften eingeschrieben sind, [...] Verschiedene Gegenstände für den Verkauf in den Handelsreihen und auf Bestellung von Drittpersonen [fertigten] und dadurch den wirklichen und eingeschriebenen Zunftmeistern [...] nicht geringen Schaden“

zufügten<sup>270</sup>.

Der deutsche Universalgelehrte J. G. Georgi stellte ebenfalls im Jahre 1789 fest, daß es in der Hauptstadt eine große Anzahl ausländischer und russischer Meister gab, die keiner Zunft angehörten<sup>271</sup>.

Dafür, daß es in St. Petersburg im 18. Jahrhundert viele nichtzünftige Handwerker gab, war die Auswanderung der kleinstädtischen Handwerker hauptsächlich nach St. Petersburg und Moskau sowie in die Gouvernementsstädte verantwortlich, die dort nach Arbeit suchten<sup>272</sup>. Außerdem hatte die Umwandlung des Naturalzinses in einen monetären bewirkt, daß immer mehr Bauern saisonal in den Städten tätig waren, um Geld zu verdienen: zwischen 1760 und 1780 zahlten 65,7% der Bauern in den großrussischen Gouvernements überwiegend Geld- statt Naturalzins<sup>273</sup>, auch in St. Petersburg arbeiteten saisonal viele Bauern, wie die Gesetzgebende Kommission 1767 feststellte.

Eine wichtige Frage zur Lage der St. Petersburger Handwerker, deren jeweilige Beantwortungsweise zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen führen kann, ist, welche Auswirkungen bäuerliches Hausgewerbe und Handel auf das städtische Zunft Handwerk hatten.

Mit dem Erlaß vom 19. August 1745 wurde der früher genannte Erlaß vom 14. November 1708 bestätigt. Er erklärte, daß die Bauern ihre Waren in der Nähe von Städten nicht verkaufen durften<sup>274</sup>. Wenn sie aber in die Stadt kamen, durften sie auf den städtischen Märkten nur ein bestimmtes Warensortiment verkaufen, das dem der Zunft Handwerker nicht entsprach. Konkret waren das laut Zollstatut von 1755 z. B. verschiedene Brotsorten, Fisch, Kohl und andere Lebensmittel, Vieh,

---

<sup>270</sup> SIRIO Bd. 43, S. 251, zitiert nach Hildemeier, Bürgertum, S. 45.

<sup>271</sup> Georgi, *Opisanie*, neue Ausgabe, St. Petersburg 1996, S. 195-207.

<sup>272</sup> Archiv Akademii nauk, f. 3, op. 10, Nr. 47, l. 2f., aus: Očerki russkoj kul'tury 18 veka, č. 4. Moskau 1990, S. 260.

<sup>273</sup> Očerki istorii Leningrada, Bd. 1, S. 252.

<sup>274</sup> PSZ RI 1, Bd. 12, Nr. 9201 (19.08.1745): Ob označenii tovarov, kakimi mogut krest'jane trgovat' v bol'sich sëlach i derevnjach, S. 442.

Holz und Waldprodukte<sup>275</sup>. Wie aus dem Warensortiment zu ersehen ist, konnte das bäuerliche Handwerk keine ernsthafte Konkurrenz für die Zunfthandwerker sein, da die Warensortimente gesetzlich reglementiert waren.

Die Handwerker aus dem Umland waren für das städtische Handwerk keine ernstzunehmenden Konkurrenten und konnten in der Stadt meistens Lebensmittel und Rohstoffe verkaufen. Das bäuerliche Hausgewerbe im St. Petersburger und den anliegenden Gouvernements war fast ausschließlich dazu bestimmt, eigene Bedürfnisse der Landbevölkerung zu befriedigen. Die Konkurrenz war nur dann spürbar, wenn die dörflichen Handwerker nach St. Petersburg nicht als Händler, sondern als Handwerker kamen und auch dort blieben. Die überwiegende Mehrheit der Bauern war im Bauhandwerk tätig und stellte zu dieser Zeit keine existentielle Bedrohung für die meisten Zunfthandwerke dar. Seit Katharina II. den Bauern mit den Gesetzen von 1775 und 1785 erlaubte, in den Städten Handel zu betreiben<sup>276</sup>, war die Position der Zunftmeister etwas geschwächt. Diese Abgrenzung sicherte aber den Warenabsatz der Zunftmeister relativ gut ab. Daß es den Zunfthandwerkern gerade in den 1770er und 1780er Jahren verhältnismäßig gut ging, zeigt ihre schnell anwachsende Anzahl. Dieses Wachstum fand parallel zu einem starken Bevölkerungszuwachs statt.

Dem Zunfthandwerk bereitete nicht der bäuerliche Handel Sorgen, sondern vielmehr die Heimindustrie. Die Gewerbegesetzgebung des 18. Jahrhunderts verbot den Bauern, in der Hauptstadt Werkstätten zunftfrei zu unterhalten. Wenn sie aber keine Werkstatt hatten und als Heimarbeiter tätig waren, konnte ihnen keine Zunft ihre Arbeit verbieten. Hier lag die eigentliche Gefahr für das Zunfthandwerk. Sie kann aber wegen fehlender Unterlagen nur vage eingeschätzt werden. Daß es aber in der Hauptstadt einige Tausend solcher Handwerker gab, steht außer Zweifel.

### 3.3 Zusammenfassung

Um die Frage zu beantworten, warum sich die Zünfte bis zu den 1770er Jahren nicht entfalten konnten und die Meisterzahlen sich um diese Zeit auf dem Niveau der 1720er Jahren bewegten bzw. seit der Regierungszeit Petes I. stark herabgesunken waren, müssen zwei Aspekte herangezogen werden:

Erstens war es die erdrückende Last des Staates, der die Meister mit schlecht bezahlten Staatsaufträgen ausnutzte und sie so ihrer Entwicklungschancen beraubte. Zweitens gewährte die Regierung den Meistern nur schwachen

---

<sup>275</sup> PSZ RI 1, Bd. 14, Nr. 10486 (1.12.1755): Tamožennyj ustav, S. 462-484, hier S. 467, 474f.

<sup>276</sup> Zur Legalisierung der handeltreibenden Bauern und der Entwicklung ihrer Hausindustrie: Hildermeier, Bürgertum, S. 89, 137ff.

rechtlichen Schutz und mißachtete ihre wirtschaftlichen Interessen. Nur in den 1770er und 1780er Jahren konnten die Handwerker aufatmen, als Katharina II. das detaillierte Handwerksstatut von 1785 verabschiedete und den Handwerkern eine Selbstverwaltung verlieh, die die Interessen aller Zünfte in Person des Handwerksobershauptes vertrat, was nicht nur ihre rechtliche, sondern auch ihre wirtschaftliche Lage verbesserte. Jetzt stieg die Anzahl der ständigen und zeitweiligen Zunftmeister rasch an, und die Anzahl der Zünfte vermehrte sich ebenfalls.

Diese Antwort kann uns aber nicht völlig zufrieden stellen und läßt weitere Fragen offen, z. B. warum die Handwerksverwaltung und das Handwerksobershaupt das materielle Niveau der Zunfthandwerker anheben konnten und warum die Staatsaufträge in den 1770er bis 1780er Jahren auf einmal nicht mehr so „erdrückend“ waren? Nachdem der Winterpalast in den 1760er Jahren fertiggestellt worden war, gab es immer wieder große Bauvorhaben in der Hauptstadt wie z. B. den Katharinen-Palast in Carskoe Selo und eine Vielzahl von Kirchen und öffentlichen Gebäuden, wie überhaupt die größte Bauaktivität in St. Petersburg mit der Regierungszeit Katharinas II. zusammenfiel.

Georgi faßt die Verhältnisse in der Hauptstadt wie folgt zusammen:

„Wie überall so auch hier [in St. Petersburg, A.K.] sind einige Handwerke gewinnträchtiger als andere und manche bieten gar ein karges Auskommen. Im allgemeinen läßt sich aber sagen, daß die Handwerker in St. Petersburg wegen der Größe der Hauptstadt, der Pracht des Zarenhofes, des blühenden Handels, des Reichtums, des herrschenden Luxus und darüber hinaus durch den Absatz nicht nur in St. Petersburg, sondern auch in anderen Gouvernements und ihres besseren Geschmacks wohlhabender als in vielen anderen Hauptstädten sind“<sup>277</sup>.

Die Ausführungen Georgis haben eine große Aussagekraft, weil sie keine groben Verallgemeinerungen enthalten, wie sie z. B. immer wieder in westeuropäischen Reiseberichten zu sehen sind. Wenn sich also die Wirtschaft und das uns interessierende Handwerk spürbar entwickeln konnten, so ist nach den Ursachen zu suchen.

Es waren die innenpolitischen Reformen, die den entscheidenden Strukturwandel der Stadtbevölkerung und der Handwerkerschaft bewirkten. Die Geldwirtschaft wurde besser organisiert. Die Gnadenurkunde für den Adel, die ihn vom obligatorischen Staatsdienst befreite, der durch Peter I. eingeführt worden war, lockte diesen mehr und mehr von Moskau und von den Landgütern nach St. Petersburg, wodurch die Nachfrage nach handwerklichen Produkten stark anstieg.

---

<sup>277</sup> Georgi, *Opisanie*, S. 239.

Was war St. Petersburg vor und was nach der Regierungszeit Katharinas II.? Sehr verallgemeinernd gesagt, handelte es sich um zwei verschiedene Hauptstädte. Das eine St. Petersburg war jenes mit seinen Staatsämtern, Armeekasernen, Arbeiter- und Ausländersloboden, einigen wenigen Palästen der höfischen Würdenträger, wie z. B. der Menšikov- und Kikinpalast, den Hafenanlagen, mit wenigen und schwachen Spuren von gesellschaftlichem und kulturellem Leben.

Während und nach Katharinas II. Zeit hatte sich vieles geändert. Zwar blieb St. Petersburg weiterhin ein stark bürokratischer und militärischer Charakter erhalten, aber langsam entwickelten sich neue Züge der Stadt: das „gesellschaftliche“ bzw. „öffentliche“ Leben selbst, der Lebensstil der oberen und mittleren Schichten wandelte sich: die Muße des Adels verhalf zur Entwicklung des Theaterlebens, des Verlagswesens und des Buchhandels. Kulturelles und gesellschaftliches Leben bekamen starke Impulse: es entstanden ständische Organisationen wie die Adelsversammlung und die kaufmännische Versammlung, der deutsche Bürger- bzw. Schusterklub, das Deutsche Theater, das auf Kosten von deutschen Kaufleuten und Handwerkern finanziert wurde und solche Erfolge verzeichnete, daß die deutsche Truppe von der kaiserlichen Theaterdirektion in den 1780er Jahren und dann endgültig 1806 aufgenommen wurde. Wobei hier angemerkt werden muß, daß die Ansätze zur Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens, das zur Zeit Katharinas II. seine vollständige Entfaltung als „Goldenes Zeitalter des Adels“ fand, schon während der Regierungszeit Elisabeths I. (1741-1761/62) ihren Anfang nahmen.

Gewiß kann der Verbrauch von immensen Summen für Luxusgüter seitens des Zarenhofes und des Adels als Verschwendung von volkswirtschaftlichen Ressourcen (Boden, Arbeit und Kapital) gewertet werden, was auch negative Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Lage Rußlands hatte. Für die Handwerker in St. Petersburg aber war es eine Zeit der hohen Konjunktur und stetig steigender Nachfrage, was sich positiv auf ihre wirtschaftliche Lage auswirkte.

Für das wirtschaftliche Wachstum der Zunfthandwerker und der ganzen Handwerkerschaft von St. Petersburg sorgte unter anderem ein kontinuierliches und mit wenigen Ausnahmen für die ganze Geschichte von St. Petersburg typisches hohes Bevölkerungswachstum, das während der Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts besonders stark war (siehe Tab. 6). Die Nachfrage nach Konsum- und Luxusgütern war deshalb groß und überstieg im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts manchmal das Angebot. Die Bevölkerung nahm in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zwischen 1765-1775 und 1785-1795 besonders stark zu, als Katharina II. die ökonomischen und innenpolitischen Reformen - unter anderem die Einführung der städtischen Selbstverwaltung - durchführte.

Anfangs waren die Zunfthandwerker in der hauptstädtischen Gesellschaft eine nicht unbedeutende Größe und konnten nach der Einführung der hauptstädtischen Selbstverwaltung und der Stadtduma im Jahre 1785 unter 92 Beisitzern (*glasnye*)

Tabelle 6: Bevölkerung von St. Petersburg von 1725 bis 1805

<b>Jahr</b>	<b>Bevölkerung</b>	<b>v. H. zum Vorjahrzehnt</b>
1725	ca. 40000	100
1735	ca. 58000	145
1745	ca. 76000	131
1755	ca. 95000	125
1765	ca. 113445	119
1775	150335	133
1785	166100	110
1795	219100	132
1805	252800	115

Quelle: 'Enciklopedičeskij slovar', hrsg. v. Brokgauz, Ėfron, Bd. 28 (Halbband 56), St. Petersburg 1900, S. 312, 314.

der St. Petersburger Duma 61 Plätze innehaben<sup>278</sup>. Sie bildeten am Ende des 18. Jahrhundert einen beträchtlichen Teil der hauptstädtischen Gesellschaft. Es läßt sich vermuten, daß sich im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts ein Wandel vollzog, der sich nicht nur auf quantitative Relationen und Veränderungen im Laufe des Wachstums bezog, sondern auch komplexe Veränderungen in den Institutionen und in der Mentalität beinhaltete. Mit der Einführung der Selbstverwaltung der Handwerker ereignete sich keine „Organisationsrevolution“ (Marktentfaltung, Integration, rationale Standortwahl und anderes), es entstand aber eine günstige Voraussetzung für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum, das die Organisation der Handwerker begünstigte<sup>279</sup>.

Bei den deutschen und russischen Zünften wurde die steigende Tendenz in der Zünfteanzahl im Laufe des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts deutlich: Im Jahre 1766 existierten 53 deutsche Zünfte, im Jahre 1825 schon 66. Die russischen Zünfte wuchsen ebenfalls von 56 im Jahre 1789 auf 67 im Jahre 1825 an, was sich auf Katharinas Reformen und wirtschaftliche Liberalisierung zurückführen läßt.

---

<sup>278</sup> Kizevetter, Posadskaja obščina, S. 88, 158.

<sup>279</sup> Reinhard Spree, Das Wachstum von Volkswirtschaften. Theorie und historische Erfahrung, in: JWG 1994/1, S. 109-130, hier S. 109.



Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das St. Petersburger Handwerk mit dem Zunft Handwerk an der Spitze um die Jahrhundertwende 1800 seine Priorität in der gewerblichen Entwicklung behielt. Das Manufakturwesen stagnierte bzw. war ab dem ersten Drittel des 19. Jahrhunderts sogar rückläufig, und konnte mit einer sich allmählich entwickelnden industriellen Produktion nicht konkurrieren<sup>280</sup>. So wurde die gewerbliche Produktion in St. Petersburg zwischen 1800 und 1875 durch das Handwerk übernommen. Erst mit dem Beginn der Industrialisierung wurde es von der Großindustrie auf den zweiten Platz in der Wirtschaftshierarchie verdrängt. Im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts ereignete sich ein Durchbruch in der Einstellung der russischen Handwerker zum Zunftsystem, da die russischen Zünfte viel schneller anwuchsen und viele neue Zünfte entstanden.

---

<sup>280</sup> Vgl. Herzig, Kontinuität, S. 294.



#### 4. Die Handwerker und ihr Gewerbe im Stadtbild St. Petersburgs des 19. Jahrhunderts

Die Paläste und die großen Kasernen, die prächtigen Kathedralen, Peter I., Katharina II., die Dekabristen und Puškin - das sind Begriffe, die gewöhnlich mit der Innenstadt von St. Petersburg, die im 19. Jahrhundert aus drei Admiralitätsvierteln und dem östlichen Teil der Vasilij-Insel bestand, assoziiert werden. Das ist aber nur ein Teil des Bildes vom Zentrum der Stadt.

Der andere Teil zeichnete sich durch die gewerbliche Struktur aus, da die Handwerker von St. Petersburg sowohl quantitativ als auch im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Bedeutung schon immer ein wichtiger stadtbildender Faktor waren, insbesondere im Innenstadtbereich. Ein St. Petersburger Autor beschrieb den Wandel des Stadtbildes mit folgenden Worten:

„... Neben alten Häusern, hübschen eingeschossigen Villen, erheben sich die Riesenkästen der Mietshäuser. Alte Gebäude werden in dieser Umgebung von ihren früheren Besitzern aufgegeben und durch Kneipen, Werkstätten und Handwerksbetriebe zu Orten, an denen sich Armut und Schmutz sammeln“<sup>281</sup>.

Das Erscheinungsbild des Handwerks manifestierte sich im Stadtbild wie folgt: Die Häuser wurden mit Werbeschildern bestückt, auf denen die Symbole des jeweiligen Handwerks meist mit auffälligen Farben gemalt wurden. Schaufenster kamen erst in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts auf, als in den Städten erste große Warenhäuser entstanden<sup>282</sup>. Im Kellergeschoß und in den oberen Stockwerken waren die weniger wohlhabenden Handwerker angesiedelt: Schuhmacher und Schneider sowie hunderte kleiner Handelsstuben (*torgovye lavki*), in denen sich meist Bäckereien befanden. Diese Handwerker durften - sofern sie zur Zunft gehörten - ebenfalls den mittleren und den oberen Bereich der Häuser mit Werbeschildern bestücken, so daß sich den Passanten oft ein ganzes Haus als riesiges farbiges, mit entsprechenden Figuren und Blumen geschmücktes Werbeschild darstellte. Eine Vielzahl derartiger Häuser befand sich an der

---

<sup>281</sup> G. Lukomskij, *Sovremennij Petrograd, očerk istorii voznikovenija i razvitija klassičeskogo stroitel'stva, 1900-1915 gg.*, Petrograd 1916, zitiert nach Schlögel, *Jenseits*, S. 29.

<sup>282</sup> Vgl. P. N. Stolpanskij, *Peterburg. Kak voznik, osnovalsja i ros Sankt-Piterburch*, St. Petersburg 1995, S. 238ff.; D. A. Zasosov, V. I. Pyzin, *Iz žizni Peterburga 1890-1910-ch godov. Zapiski očevidecv*, Leningrad 1991, S. 96-100; Erhard Mielenhausen, *Einzelhandel und Stadtentwicklung: Wechselseitige Beziehungen innerhalb städtischer Verdichtungsräume*. In: *Perspektiven der Stadtentwicklung: Ökonomie-Ökologie*. Osnabrück 1988, S. 51-70, hier S. 52f.

zentralen Einkaufsmeile der Hauptstadt dem Nevskij Prospekt<sup>283</sup>. Es gab allerdings Zeiten (von 1752 bis 1770), in denen es den Handwerkern und Künstlern verboten war, in der Nähe des Palastplatzes und des Gebäudekomplexes des Kaiserlichen Palastes auf den Straßen Millionnaja und Bol'saja Lugovaja Aushängeschilder an den Häusern aufzuhängen oder Wohnungen auf der Straßenseite zu mieten<sup>284</sup>.

Weniger auffallend, jedoch in jeder Hinsicht interessanter war der innere Bereich der Häuser, in denen sich die Werkstätten befanden. Eine Werkstatt bestand in der Regel aus drei Teilen: die Werkstatt selbst, unter anderem mit Maschinen, Werkzeugen und Schmiedeherden ausgestattet; das Geschäft, in dem die Waren angeboten und verkauft wurden, sowie der Wohnbereich, in dem die Familie des Handwerkers und die Gesellen nebeneinander wohnten, meist nur durch einen Vorhang voneinander getrennt.

Da sich in der Innenstadt Tausende von Handwerksbetrieben überwiegend in Mietshäusern befanden, wo der Platz knapp war, wurde jeder Quadratmeter in den Treppenhäusern und in den Innenhöfen ausgenutzt. Gewöhnlich standen im Innenhof zwei- bis dreistöckige Gebäude aus Holz oder Backstein, in denen kleine metallverarbeitende Betriebe, Gießereien, Hutfabriken und anderes untergebracht waren. Aus den Fenstern des Mietshauses ragten die Ofenrohre der Betriebe heraus, die alle zusammen so viel Rauch ausstießen, daß Mitbewohner nicht selten bei der Polizei Beschwerde einlegten. Ein derartiges Bild bot sich in jedem Stadtteil: Ein Paradebeispiel dafür ist die Kunstbronzegießerei des ausländischen Meisters Pëtr Gede in der Malaja Sadovaja Straße, die nicht weniger als sieben Schmelzöfen in den zehn Zimmern eines Hauses im Innenhof hatte. Dieser Innenhof befand sich in unmittelbarer Nähe des Michaelispalastes<sup>285</sup>.

Auch die Bäcker, von denen es in der Innenstadt einige hundert gab, machten sich die Treppenhäuser und Innenhöfe zunutze, in denen sie Bretter mit Teig zum Abkühlen aufstellten, weswegen sich die Stadtärzte mehrmals beschwerten. In den Treppenhäusern wurden von den Bäckern entlang der Wände bis zur Decke reichende Stände aufgestellt, die ebenfalls der Ablage von Teig dienten. Häuser von Handwerkern waren besonders in den Stadtvierteln Karetnaer, Litejner, Petersburger, Vasil'evsker und Moskauer zahlreich<sup>286</sup>, wodurch diese Viertel spezifisch kleinindustrielle Züge erhielten.

---

<sup>283</sup> Vgl. Margarete Busch, *Deutsche in St. Petersburg 1865-1914: Identität und Integration* (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa; Bd. 6). Essen 1995, S. 49f.

<sup>284</sup> PSZ RI 1, Bd. 19, Nr. 13421 (7. März 1770): O dozvolenii masterovym ljudjam i chudožnikam pribivat' vyveski na domach i imet' kvartiry v domach po glavnyim ulicam, S. 18f.; s. dazu: Stolpanskij, Peterburg, S. 238ff.

<sup>285</sup> RGIA, f. 18, op. 2, d. 655: Po prošëniu bronzovyh del mastera Gede o vključenii ego zavedenija v čislo fabrik (1830-1834), l. 3.

<sup>286</sup> K. S. Veselovskij, *Statističeskie issledovanija o nedvižimych imuščestvach v Peterburge, in: Otečestvennye zapiski*, tom 57, Nr. 3-4, čast' 2 (1848), S. 6.

## 5. Die Selbstverwaltung der Zunfthandwerker

Um die Entstehung einer Selbstverwaltung der Zunfthandwerker erläutern zu können, muß zunächst der Frage nachgegangen werden, inwieweit die Masse der gewerbetreibenden Bevölkerung ein Bedürfnis an der Vertretung ihrer Interessen hatte bzw. ob sie dazu überhaupt in der Lage war<sup>287</sup>. Hildermeier beschreibt die Situation wie folgt:

„Die überaus verschiedenartigen sozialen Gruppen [...] kleine Dorfkrämer, Kustarnik, Fabrikant und adliger Unternehmer, die man unter diesem Begriff zusammenfaßte, verbanden sich nicht zu einer einheitlichen Klasse. Sie bewahrten den Charakter ihrer jeweiligen ständischen Herkunft und artikulierten ihre je besonderen Interessen. Sie blieben ökonomisch wie sozial ein Konglomerat, dem deshalb auch jegliche Voraussetzungen fehlten, ‚bürgerliche‘ politisch-soziale Forderungen nach westeuropäischen Muster vorzubringen oder gar gegen die Autokratie durchzusetzen“<sup>288</sup>.

---

<sup>287</sup> Allgemein zur Selbstverwaltung s.: Helmut Gross, Selbstverwaltung und Staatskrise in Rußland 1914-1917. Macht und Ohnmacht von Adel und Bourgeoisie am Vorabend der Februarrevolution. Wiesbaden 1981; Guido Hausmann, Universität und städtische Gesellschaft in Odessa, 1865-1917. Soziale und nationale Selbstorganisation an der Peripherie, Stuttgart 1998, S. 462-466; Lutz Häfner, Stadtdumawahlen und soziale Eliten in Kazan' 1870 bis 1913: zur rechtlichen Lage und politischen Praxis der lokalen Selbstverwaltung, in: JGO NF Bd. 44/1996, S. 217-252; Hildermeier, Bürgertum, insbesondere S. 246-307; Peter Liessem, Verwaltungsgerichtsbarkeit im späten Zarenreich. Der Dirigierende Senat und seine Entscheidungen zur russischen Selbstverwaltung (1864-1917) (Studien zur Europäischen Rechtsgeschichte 79), Frankfurt/Main 1996, hier insbesondere S. 175-326; I.I. Ditjatin, Gorodskoe samoupravljenie v Rossii. Bd. 1: Ustrojstvo i upravljenie gorodov Rossii v XVIII stoletii. SPb. 1875. Bd. 2: Gorodskoe samoupravljenie do 1870 goda. Jaroslavl' 1877; A. A. Kizeveter, Gorodovoe položenie Ekateriny II 1785 g. Opyt istoričeskogo kommentarija. M. 1909; Ders., Posadskaja obščina v Rossii XVIII st. M. 1903; A. Michajlovskij, Reforma gorodskogo samoupravljenija v Rossii. M. 1908; Valerija A. Nardova, Gorodskoe samoupravljenie v Rossii v 60-ch - nač. 90-ch godov XIX v. L. 1984; Dies., Samoderžavie i gorodskie dumy v Rossii v konce XIX - načale XX veka. SPb. 1994; Ljubov' F. Pisar'kova, Moskovskoe gorodskoe obščestvennoe upravlenie s serediny 1880-ch gg. do pervoj russkoj revoljucii. M. 1982; Dies., Nizšie gorodskie soslovia v samoupravlenii Moskvy. XVIII-XX vv., Autorinmanuskript; Dies., Social'nyj sostav gorodskich glasnych nakanune kontreformy 1892 goda, in: ISSSR 1989 Nr. 6, S. 152-160.

<sup>288</sup> Hildermeier, Bürgertum, S. 16.

Die Masse der gewerbetreibenden Bevölkerung hatte anfangs kein Interesse<sup>289</sup>, eine eigene Selbstverwaltung aufzubauen, da diese Bevölkerungsgruppe im 18. Jahrhundert keinen Stand bildete, sondern sich aus den verschiedensten gesellschaftlichen Schichten zusammensetzte und von daher kein Bedürfnis nach der Vertretung eigener ständespezifischer Interessen hatte. Außerdem hatten die Handwerker und kleinen Kaufleute ein so geringes Einkommen, daß sie kaum imstande waren, auch finanziell etwas zu der Entwicklung einer eigenen Selbstverwaltung beizutragen. Die materielle Unabhängigkeit war wiederum eine der Grundvoraussetzungen für die Entstehung der ständischen repräsentativen Selbstverwaltungsorgane. Als die Handwerksverwaltung 1785 per Dekret zu einer Zeit geschaffen wurde, in der die Auswüchse der feudalen Gesellschaft für die Leibeigenen einen Höhepunkt erreichten, erschien den ehemaligen Bauern und jetzigen Handwerkern, die überwiegend Leibeigene gewesen waren, jede Reglementierung als Verletzung ihrer „Selbständigkeit“ bzw. ihrer relativen städtischen Freiheit und ihrer Rechte als „Stadtbürger“. Von daher ist die entschiedene Ablehnung der unteren und mittleren Schichten der Bevölkerung gegen Reglementierung und Kontrolle zu erklären<sup>290</sup>.

Die Gründung der Zünfte war eine Initiative der Regierung, die später auch von reichen Handwerkern begrüßt und unterstützt wurde. Allerdings ist ihre Billigung der Regierungspolitik nicht als Wunsch nach Autonomie sondern als wirtschaftsspezifisches Interesse zu interpretieren, die Konkurrenz durch das bäuerliche und zunftfreie Handwerk zu binden und einen günstigeren Handlungsrahmen für sich zu schaffen. Von den Zünften gingen ohnedies keine Initiativen zu Neuerungen aus. Sie paßten sich dem festgesetzten Rahmen an, bewahrten ihre Privilegien und ließen unwillig die in die Stadt strömenden Bauern in ihren Stand einschreiben, bis der Senaterlaß von 1796 strengstens untersagte, den bäuerlichen Handwerkern Hindernisse in den Weg zu legen. Im übrigen gab es für Neuerungen in der Zunftstruktur keine zwingenden Gründe, denn die bäuerlichen Handwerker traten zeitweilig in die Zünfte ein, wodurch sie dem Zunft Handwerk die benötigten Arbeitskräfte sicherten, sonst aber in ihrem Stand verblieben<sup>291</sup>. Es war für einen Bauer, selbst wenn er das wollte, sehr schwierig, sich von der Dorfgemeinde zu lösen.

---

<sup>289</sup> Vgl. den Begriff „Interesse“ in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 3 hrsg. v. Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Kosseleck, Stuttgart 1982, S. 305-365; Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*. Grundriß der verstehenden Soziologie, hrsg. v. Johannes Winckelmann, 1. Halbband. Tübingen 1956/Neuausgabe, Köln, Berlin 1964.

<sup>290</sup> Vgl. Mieck, *Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Bd. 4, S. 773; Weber, *Wirtschaft*, Halbband 1, S. 214-227.

<sup>291</sup> Ebd.

Mit der Stadtreform Katharinas II. im Jahre 1785 wurde die Zunftverwaltung auf einem qualitativ anderen Niveau weiterentwickelt:

„Es war ein Wesensmerkmal der großen Reformen Katharinas II., daß sie den Versuch unternahmen, Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung dem gleichen Ordnungsprinzip zu unterwerfen. Sie suchten eine Hierarchie von den Ständen und Korporationen, die jede Gliederung bestimmte [...]“<sup>292</sup>,

aufzubauen. Mit Recht haben die späteren Generationen der St. Petersburger Zunfthandwerker 1785 als das Gründungsjahr der Selbstverwaltung der Handwerker in St. Petersburg angesehen. Die Reform des Handwerkerstandes trug ihre Früchte viele Jahrzehnte später, als die selbstbewußte Haltung der Selbstverwaltung bzw. das Standesbewußtsein der Zunfthandwerker so gestärkt worden war, daß sie zu einem wichtigen innenpolitischen Faktor wurden. Es ist ihrem starken Widerstand zuzuschreiben, daß die Zünfte in Rußland nicht gänzlich abgeschafft wurden, wobei das Bollwerk des Zunfthandwerks in diesem Kampf ums Dasein die zahlreichen Zünfte in den beiden russischen Hauptstädten, St. Petersburg und Moskau, bildeten.

Alle Zünfte, die vorher getrennt existierten, wurden als ein Stand unter der Leitung einer allgemeinen Handwerksverwaltung (*obščaja remeslennaja uprava*) und einem Handwerksoberrhaupt (*remeslennyj golova*) zusammengefaßt. Dieser vertrat in seiner Person alle Zunfthandwerker der Stadt und nahm an den Sitzungen der St. Petersburger Sechsstimmigen Duma teil. Außerdem hatten die Posad- und die kleinbürgerlichen Handwerker dort ihre Vertreter. Es gab in der Allgemeinen Duma insgesamt 121 Deputierte, deren Anzahl 1797 auf 70 reduziert wurde<sup>293</sup>. Unter den Deputierten waren um diese Zeit zumeist Zunftmeister, Posadleute und Kleinbürger vertreten. Über ihre Aktivität ist wenig bekannt. Zu dieser Zeit war die Duma eine Institution, die nur die Verordnungen der Gouvernementsverwaltung ausführte und keine Eigenständigkeit in finanziellen Fragen hatte. Am 12. September 1798 wurde sie abgeschafft, jedoch mit dem Manifest vom 2. April 1801 zusammen mit dem Stadtstatut von 1785 wiederhergestellt<sup>294</sup>.

Weil im weiteren wiederholt von der hauptstädtischen Duma die Rede sein wird, soll hier kurz ihre Geschichte seit der Einführung 1785 bis zu ihrer letzten Reform im Jahre 1892 erwähnt werden. Von 1785 bis 1846 existierten in der Hauptstadt die Allgemeine Stadtduma (*Obščaja Gorodskaja дума*) und die Sechsstimmige

---

<sup>292</sup> Hildermeier, Bürgertum, S. 307; s. auch S. 57-91: das Kapitel über die Stadtreform Katharinas II.

<sup>293</sup> PSZ RI 1, Nr. 17841, in: Ditjatin, Gorodskoe, S. 117.

<sup>294</sup> PSZ RI 1, Nr. 18662 (12.09.1798), Nr. 19811 (2.4.1801), in: Ditjatin, Gorodskoe, S. 132.

Duma (*Šestiglasnaja duma*), wobei die erste nur zusammentrat, um die Mitglieder der Sechsmigen Duma zu wählen. Die zweite unterstand formal der ersten. In die Sechsmige Duma wurden sechs Mitglieder aus den sechs Ständen der städtischen Bevölkerung gewählt: 1. Immobilienbesitzer, 2. Kaufleute aller drei Gilden, 3. Zunftmeister, 4. Außerstädtische und ausländische Großkaufleute, 5. Ehrenbürger und 6. Posadleute. Ihre Tätigkeit unterlag der Aufsicht des Gouverneurs.

Mit dem Stadtstatut von 1846 wurde in St. Petersburg eine neue Selbstverwaltung eingeführt, die auf andere Städte z. B. Moskau (1862), Odessa (1863) und reichsweit in leicht abgeänderter Form erst 1870 übertragen wurde<sup>295</sup>. Die Sechsmige Duma wurde durch die Allgemeine Duma (*Obščaja duma*) ersetzt, in die jetzt Vertreter aus fünf Ständen der hauptstädtischen Gesellschaft gewählt wurden: 1. Erblicher Adel, 2. Dienstadel, Ehrenbürger und Raznočincy, 3. Kaufleute, 4. Kleinbürger und 5. Zunftmeister<sup>296</sup>.

So fanden im Wählerkorpus einige Umschichtungen statt. Die hauptstädtischen Kaufleute aller drei Gilden, die zugereisten und ausländischen Großkaufleute wurden in einem Stand der Kaufleute vereinigt. Dafür gab es Vertreter aus zwei Adelsgruppen, die vorher zum Teil in der Wählergruppe „Immobilienbesitzer“ vertreten gewesen waren. Im allgemeinen war der Adel wenig an einer Vertretung in der Sechsmigen Duma interessiert, da er ebenfalls 1785 mit dem Gnadenmanifest das Recht erhielt, die Gouvernementsadelsversammlungen (*gubernskoe dvorjanskoe sobranie*) zu wählen<sup>297</sup>. Die Exekutive lag in der Kompetenz der Verwaltenden Duma (*Rasporjaditel'naja duma*), die aus dem Stadtoberhaupt, den zwölf Mitgliedern und Amtsangestellten bestand. Dabei wurde während der Wahl der Dumamitglieder streng nach dem Standesprinzip verfahren. Das heißt, daß die Zunftmeister ihre Kandidaten getrennt von den Kaufleuten, Kleinbürgern und dem Adel in einer gesonderten Versammlung wählten.

Mit der Stadtreform von 1870 wurde das ständische Organisationsprinzip der Selbstverwaltung von St. Petersburg durch das gesamtständische (*vsesoslovnyj*) ersetzt und das Kurienwahlrecht eingeführt, wodurch sich die Rolle der Zunftmeister in der hauptstädtischen Selbstverwaltung auf ein Minimum

---

<sup>295</sup> Hausmann, Universität, S. 462.

<sup>296</sup> Otečestvennaja istorija. Istoriija Rossii s drevnejšich vreměn do 1917 goda, tom 1. Moskau 1994, S. 597ff.; t. 2. Moskau 1996, S. 165.

<sup>297</sup> Otečestvennaja istorija, tom 2, S. 165f. S. dazu: f. Diestelmeier, Der russische Adel im 19. Jahrhundert, in: JGO 26 (1978), S. 376-400; P. Dukes, Catherine the Great and the russian nobility, Cambridge 1967; Peter Hoffmann, Dvorjanstvo i krepostnoj stroj Rossii XVI-XVIII vv., in: sbornik statej posvjaščennyj pamjati Alekseja Andreeviča Novosel'skogo. Moskau 1975; R. E. Jones, The Emancipation of the russian nobility. 1762-1785, Princeton 1973; S. A. Korf, Dvorjanstvo i ego soslovnnoe upravlenie za stoletie 1762-1855 godov, St. Petersburg 1906; Ju. B. Solov'ëv, Samoderžavie i dvorjanstvo, Leningrad 1973; S. M. Troickij, Russkij absoljutzizm i dvorjanstvo v 18 veke. Formirovanie bürokrazii, Moskau 1974.



verringerte. Desto mehr konnten sie sich auf eigene Aufgaben in der ständischen Handwerksverwaltung konzentrieren. Die Reformen der städtischen Selbstverwaltung betrafen also die Selbstverwaltung der Handwerker nur bedingt, da sie immer eine Möglichkeit hatten, ihre Aktivitäten in die ständische Verwaltung zu verlagern, was sie auch nach der Einführung des neuen Stadtstatutes 1870 taten.

Ab diesem Zeitpunkt spaltete sich die Selbstverwaltung der Handwerker von der städtischen Selbstverwaltung ab und existierte unabhängig davon. Diese Absonderung der Handwerksverwaltung von der Stadtduma bzw. das Ausscheiden der Zunftmeister aus der städtischen Selbstverwaltung vollzog sich mit der Einführung des allständischen Prinzips und der Abschaffung der Handwerksabteilung bei der Stadtduma. Als Folge dieser Entwicklung wurden die Handwerksverwaltungen in den Städten in den letzten zwei Dekaden des 19. Jahrhunderts nach und nach aufgelöst. Dieser Absonderungs- bzw. Auflösungsprozeß der Handwerksverwaltungen wurde durch zwei Prozesse herbeigeführt: einerseits wie gesagt durch die Aufhebung des Standesprinzips in der Organisation der städtischen Selbstverwaltungsstrukturen, wodurch sie liberalisiert wurden, andererseits durch die allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklung unter der städtischen Bevölkerung, die besonders in St. Petersburg durch die Industrialisierung geprägt und beschleunigt wurde. Durch die Aushöhlung des ständischen Grundsatzes im Handwerk, nach dem mit Ausnahme der Kaufleute nur Zunfthandwerker das Handwerk in vollem Umfang ausüben durften, und nach der zum Teil nichtkodifizierten allmählichen Einführung der Gewerbefreiheit, verlor nach Meinung der meisten Regierungsmitglieder die Handwerksverwaltung ihre Existenzberechtigung. In dieser Hinsicht war das neue Stadtstatut von 1892 für die Handwerker St. Petersburgs eine logische Folge der früheren Regierungspolitik.

Es soll im Zusammenhang mit der Diskussion über die Folgen der Reformen der städtischen Selbstverwaltung in den Jahren 1870 und 1892 eine Ambivalenz erwähnt werden, die mehrere Forscher dazu verleitete, die letzte Reform als eindeutig „reaktionär“ zu werten<sup>298</sup>. Folgende Argumente wurden vertreten. Nachdem die Wählerschaft in den Städten mit der Reform von 1870 wesentlich vergrößert worden war, fiel ihre Verringerung nach der Reform von 1892 ins Auge: die Basis der Stadtdumen in der Bevölkerung reduzierte sich auf Kosten der

---

<sup>298</sup> Boris Borisovič Veselovskij, *Istorija Zemstva za sorok let*, tom 1, 2. St. Petersburg 1909, tom 3, 4. St. Petersburg 1911; L. G. Zacharova, *Zemskaja kontreforma 1890 g.*, Moskau 1968; N. M. Pirumova, *Zemskoe liberal'noe dviženie: Social'nye korni i evoljucija do načala XX veka*, Moskau 1977; dies, *Zemskaja intelligencija i ee rol' v obščestvennoj bor'be do načala XX veka*, Moskau 1986; G. A. Gerasimenko, *Zemskoe samoupravlenie v Rossii*, Moskau 1990, S. 25f.

Zunftmeister, der meščane und Bauern beträchtlich<sup>299</sup>. Außerdem wurde die Tatsache angeprangert, daß die Selbstverwaltung in ihren Rechten durch die Einführung der Gouverneursvollmacht wesentlich beschränkt worden sei<sup>300</sup>. Peter Liessem zeigt allerdings, daß die Folgen der Reform von 1892 nicht einseitig negativ beurteilt werden sollten, weil sie in Bezug auf die Funktionalität der Selbstverwaltung „mehr Aktionsfreiheit, enormen Fortschritt für die Systematisierung und Stabilisierung der gesamten zarischen Lokalverwaltung“<sup>301</sup> bedeutete. Die doppelte Zuständigkeit der städtischen Selbstverwaltung und der Gouvernementsverwaltung löste viele Konflikte zwischen beiden aus. Die zunehmende Intensität aber, mit der die Konflikte verliefen, läßt die gestiegene Selbständigkeit oder wenigstens Neigung der Selbstverwaltung zu dieser erkennen. Ungeachtet der Tatsache, daß die Gouverneure, auch in St. Petersburg, die städtischen Selbst- und Zemstvoverwaltungen ihrer Kontrolle unterwerfen wollten<sup>302</sup>, was ihnen auch besonders in der Personalpolitik dank ihrer Vollmacht gelang, wurde das Prinzip der Doppelzuständigkeit von der städtischen Selbstverwaltung immer mehr revidiert, wodurch sie immer selbständiger in „ihrem“ Handlungsraum agierte. Welche Auswirkungen die verstärkte Präsenz des Gouverneurs für St. Petersburg hatte, läßt sich am Beispiel der St. Petersburger Handwerksverwaltung überprüfen. Deren Widerstandsgrad den Verordnungen des Staates gegenüber zeigt wiederum ihr gewachsenes Selbstbewußtsein in ihrer Tätigkeit.

---

<sup>299</sup> L. F. Pisar'kova, Social'nyj sostav gorodskich glasnych nakanune kontreformy 1892 goda, in: ISSSR 1989 Nr. 6, S. 152-160; dies., Nizšie, S. 9; dies., Moskovskoe obščestvennoe upravlenie s serediny 1880-ch gg. do pervoj russkoj revoljucii, Moskau 1982.

<sup>300</sup> Vgl. Häfner, Stadtdumawahlen, S. 226.

<sup>301</sup> Liessem, Verwaltungsgerichtsbarkeit, besonders die Unterkapitel über die „Bewertung der sogenannten Reform von 1890“, S. 179-182, und über „Das Grundprinzip der beschränkten Gouverneursvollmacht“, S. 183-188, hier S. 181f.

<sup>302</sup> Ebd., S. 184ff.

## 5.1 Die Selbstverwaltung der russischen Zünfte bis 1846

Die Handwerksverwaltung bestand von 1785 bis 1846 ohne große Änderungen. Da die Fragen der Selbstverwaltung immer eine zweitrangige Bedeutung in der russischen Innenpolitik hatten, wurde die Handwerksverwaltung als ein Organ der städtischen Selbstverwaltung in St. Petersburg sich selbst überlassen. Erst ab 1820 schenkte ihr die Regierung aufgrund fiskalischer Interessen eine größere Aufmerksamkeit. In den 1830er und 1840er Jahren wurden dann mehrere Regierungskommissionen zusammengerufen, die die Handwerksverwaltung auch in Hinsicht ihrer allgemeinen Effizienz prüften.

Mit der weiteren Entwicklung des Handwerks und der Wirtschaft insgesamt kam es immer häufiger zu Widersprüchen und Unstimmigkeiten sowohl zwischen Regierung und Selbstverwaltung der Handwerker als auch zwischen dieser und den Handwerkern in der Stadt. In diesem Zusammenhang bewilligte die Zunftverwaltung einige Regelungen, die vom Stadtmagistrat nicht in Frage gestellt wurden, jedoch dem Sinn des Handwerksstatutes widersprachen. Dies veranlaßte die Regierung im Oktober 1835, einen Erlaß über die Wiederherstellung „der Ordnung“ in der Handwerksverwaltung herauszugeben<sup>303</sup>. Es war nötig, die Regelungen für die Handwerksverwaltung, die seitens des Stadtmagistrates zusammengefaßt wurden, in Einklang mit der Gesetzgebung zu bringen. Da aber das Innenministerium schon seit den 1820er Jahren mit dem Projekt über die hauptstädtischen Stadtdumen beschäftigt war, in dem auch die Frage der Handwerksverwaltung entschieden werden sollte, mied die Regierung eine Änderung des Status quo und verbot lediglich alle unerlaubten Geldsammlungen unter den Handwerkern. Diesbezüglich führte der Stadtmagistrat eine Überprüfung der Buchhaltung und der Zahl der Handwerker in den Zünften durch.

Von 1835 bis zur Einführung der neuen öffentlichen Ordnung in den Hauptstädten 1846 ging die Regierung der Analyse des Handwerksstatutes und der Erforschung der wirklichen Lage des Handwerks nach. Sie erarbeitete einige Grundprinzipien, nach denen sie sich bei der Einführung der neuen öffentlichen Ordnung in St. Petersburg 1846 richtete. Zu dieser Zeit erfreute sich die Handwerksverwaltung einer großen Autonomie in inneren Angelegenheiten. Bei einer näheren Betrachtung der Lage in der Verwaltung stellten die Inspektoren der Regierung fest, daß die Beschlüsse der Handwerksversammlung weder der Stadtduma noch dem Stadtmagistrat zur Bestätigung vorgelegt wurden. Sie legte z. B. laut den Worten der Staatskontrolleure die Höhe des Gehaltes der Verwaltungsmitglieder „völlig eigenständig“ fest. Das Handwerksoberhaupt bekam demzufolge einen

---

<sup>303</sup> Ukaz e.i.v. ot 12.10.1835, in: RGIA, f. 1286, op. 5, d. 200: Po ukazu pravitel'stvennogo Senata o ustrojstve zdešnich remeslennych uprav, hier l. 26.

Lohn von bis zu 400 Rubeln, die Ältesten zwischen 100 und 450 Rubel, acht Verordnete je 500 Rubel. Einer von ihnen erhielt sogar 1.500 Rubel<sup>304</sup>.

Die kritische Analyse des Handwerksstatutes durch Staatsrat N. Smirnov im Jahre 1843 stellt eine Bestandsaufnahme des Zunfthandwerks im Zusammenhang mit der Aktualität des Handwerksstatutes dar. Seine Bemerkungen erlauben es, einige Schlüsse zu ziehen, warum in der Verwaltung Amtsmißbrauch und unregelmäßige Beitragssammlungen überhaupt möglich waren. Als erstes bemerkte er in seinem Bericht, daß die „Satzung seit Katharina II. nicht geändert worden war, während die Entwicklung des Handwerksstandes und der Techniken bei der Herstellung der Produkte weit fortgeschritten war“<sup>305</sup>. Er empfahl, dem Stadtmagistrat das Recht einzuräumen, bestimmte Zunftstatuten (*obrjady*) zuzulassen, diese sollten jedoch nicht dem Handwerksstatut und der allgemeinen Gesetzgebung widersprechen, was ab 1850 sukzessive in die Tat umgesetzt wurde<sup>306</sup>.

Smirnov unterstrich, daß das Handwerksoberhaupt eine passive Rolle spielte<sup>307</sup>. Es diene nur als Mittler zwischen der Deputiertenversammlung und der Stadtverwaltung. Seiner Meinung nach war er nicht an Standesangelegenheiten interessiert, die ihm fremd waren. Um die Arbeit des Handwerksoberhauptes umfassender zu gestalten, sollten nach Smirnovs Vorschlag erstens die Kompetenzen des Handwerksoberhauptes und damit der Verwaltung erweitert werden. Zweitens sollte eine *kollegiale* Verwaltung eingeführt werden. Um das kollegiale Prinzip einzuführen, schlug Smirnov vor, einen Beirat aus vier Mitgliedern unter dem Vorsitz des Handwerksoberhauptes in der Handwerksverwaltung zu bilden. Außerdem sollten statt einem drei Kandidaten auf den Posten des Handwerksoberhauptes gewählt werden, wodurch Willkür bei der Wahl verhindert werden sollte. Statt der alljährlichen Wiederwahl des Handwerksoberhauptes und der Zunftältesten, die Smirnov für zu umständlich hielt, schlug er eine dreijährige Legislaturperiode vor<sup>308</sup>.

Teilweise hatte Smirnov mit seinen Bemerkungen über die Lage der Handwerksverwaltung recht. Jedoch war die Rolle des Handwerksoberhauptes nicht so unbedeutend, wie es bei Smirnov klingt. Dieser Zeitabschnitt in der Geschichte der Handwerksselbstverwaltung stellt eine Monopolisierung der Macht in der Kanzlei der Handwerksverwaltung sowie eine verminderte Einflußnahme der Zunfthandwerker in der Zunft- und allgemeinen Handwerksverwaltung auf

---

<sup>304</sup> Raport ministra vnutrennich del Bludova, in: Ebd., I. 7f.

<sup>305</sup> O predostavlenii zamečanj na svod remeslennych postanovlenij ot 12 dekabnja 1843 g., in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 172: Po zapiske statskogo sovetnika N. Smirnova, hier I. 1.

<sup>306</sup> Ebd., I. 9f.

<sup>307</sup> Ebd., I. 11f.

<sup>308</sup> Ebd., I. 12, Paragraph 347, 349.

ständische Angelegenheiten dar. Die Zunftältesten und das Handwerksoberrhaupt fühlten sich einem „demokratischen Organ“ wie der Meisterversammlung zu wenig verpflichtet, obwohl sie durch diese Versammlung gewählt wurden. Zwar waren sie von ihren Standesgenossen angesehen und akzeptiert, verhielten sich ihrem Status gemäß aber oft wie Staatsangestellte und distanzten sich so von den Handwerkern. In dieser Hinsicht achteten sie mehr auf die Verfügungen, die von Stadtmagistrat und Stadtduma ergingen, als auf die Handwerksversammlung, die keine Kontrollfunktion ausüben konnte. Die Kontrolle über das Handwerksoberrhaupt fehlte jedoch nicht nur seitens der Handwerker, sondern auch seitens der Stadtverwaltung bzw. des Stadtmagistrats, die wenig auf die Mißstände in der Handwerksverwaltung achteten und es lieber vorzogen, mit dem Handwerksoberrhaupt ein ungestörtes Arbeitsverhältnis zu pflegen. Dies sollte sich aber ab 1846 ändern.

Bis dahin spielte die legislative Macht in Gestalt der allgemeinen Handwerksversammlung und der Zunftversammlung eine eher zweitrangige Rolle: Erstere versammelte sich einmal pro Jahr, um das Handwerksoberrhaupt zu wählen und den jährlich von ihm vorgelegten Finanzbericht zu verabschieden. Die Meister einer Zunft versammelten sich alle vier Monate im Zunftthaus (*gerberg*), gingen internen Fragen wie der Aufnahme von Meistern, Gesellen und Lehrlingen in die Zunft, der Lösung von Streitfragen zwischen den Handwerkern einer Zunft nach und legten die Beitragssätze der Zunftkasse fest. Da aber nur sieben Zünfte, derer es in der Stadt zu diesem Zeitpunkt 65 gab, ein Zunftthaus hatten, sollten die Meister anderer Zünfte eine Möglichkeit haben, sich außerhalb des Zunfthauses und des Hauses der Handwerksverwaltung zu versammeln<sup>309</sup>.

Die Recherchen Smirnovs finden ihre Bestätigung durch den deutschen Kürschner Michail Petrovskij, der drei Jahre später, am 29. April 1843, dem Innenminister ein Schreiben über die Mißstände in den russischen Zünften zukommen ließ. Er äußerte seine Besorgnis über die unvollständige Überprüfung der Verwaltung durch Smirnov, der als Außenstehender nicht imstande sei, alle Fakten zu durchschauen. Petrovskij sah seine Aufgabe in der Aufklärung der Mißstände. Als erstes nannte er eine völlige Unkontrollierbarkeit des Handwerksoberrhaupts, wodurch spürbare Lücken in den Finanzen entstanden: 1843 fehlten 20.000 Silberrubel, die als Steuer an die Stadtduma zu zahlen waren<sup>310</sup>. Das Handwerksoberrhaupt führte die Buchhaltung nur gelegentlich und trug die ein- und ausgegangenen Summen willkürlich ein. Die Situation wurde durch die

---

<sup>309</sup> Po zapiske Smirnova, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 172, Par. 401.

<sup>310</sup> Predloženie мастера skornjažnogo nemeckogo cecha Michaila Petrovskogo ministru vnutrennich del, vom 29. April 1843, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 100: Ob obrevizovanii S. Peterburgskoj rossijskoj remeslennoj upravly i podvedomstvennyh ej cechov (13.11.1842-19.1.1945), hier l. 16ff.

doppelte Buchführung der Zunftältesten während der Zählung und der Verteilung der Steuerbeiträge unter den Handwerkern noch undurchsichtiger. Der Teil der Handwerker, der meistens vom Land kam und nicht in eine Zunft eintreten konnte oder wollte, wurde trotzdem von den Zunftältesten inoffiziell mit zehn bis zwanzig Papierrubel im Jahr besteuert. Dies geschah unter dem Vorbehalt einer „freiwilligen“ Abgabe für die Zunftkasse oder einer Steuersammlung für den Staat. Der Eingang dieser Beiträge wurde extra in den dafür vorgesehenen Büchern protokolliert. Das Geld selbst wurde angeblich unter den Ältesten, ihren Vertretern und den Zunftmeistern während der Zunftversammlungen verteilt. Die vollständigen Handwerkerverzeichnisse erhielt weder das Handwerksoberhaupt noch die Stadtduma.

Um seine Beschuldigungen zu belegen, fügte Petrovskij die Quittungen der Kürschner russischer Zünfte für die Jahre 1837 bis 1842 hinzu. Laut den Quittungen waren von den Meistern dieser Zunft 1842 1.000 Papierrubel eingesammelt worden, von denen die Hälfte als Steuer an die Duma gegangen sein sollten. Am 3. September befanden sich aber statt 500 nur noch 27,5 Papierrubel in der Kasse<sup>311</sup>. Fast alle Einnahmen, die in die Zunftkassen und in die Handwerkskasse eingingen, wurden als Lohn an die Verwaltungsmitglieder ausgegeben, so daß für wohltätige Zwecke kaum etwas übrig blieb. Hingegen unterhielt die Zunftverwaltung in Moskau ein Pflegeheim, in dem 200 alte Handwerker und 40 Kinder versorgt wurden.

Am 6. September 1843 berichtete Smirnov über neue Untersuchungsergebnisse der russischen Verwaltung. Die Zünfte der Bäcker, Böttcher, Kattundrucker, Gürtler, Lederer, der deutschen Bäcker, Mützenmacher, Kunstmaler, Töpfer und Karrenbauer wiesen folgende Mängel auf:

1. Es gab keine Verzeichnisse über die in den Zünften vorhandenen Meister, Gesellen und Lehrlinge.
2. Die gesammelten 2.000 Silberrubel der Kopfsteuer wurden nicht in die Bücher eingetragen. Es blieb offen, mit welchem Geld das Handwerksoberhaupt die Dumabeiträge für die erste Jahreshälfte bezahlt hatte.
3. Bei einer Revision stellte sich heraus, daß die eingegangenen Summen nicht in die Bücher eingetragen worden waren und keine Gelder in der Kasse waren.
4. Der Zunftälteste der Böttcher konnte keinen Bericht über die 1842 gesammelten Summen erstatten. Das Handwerksoberhaupt schenkte den Beschwerden der Zunftmeister angesichts der Reputation des Zunftältesten

---

<sup>311</sup> Predloženie, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 100: Ob obrevizovanii, hier l. 22f.

keine Beachtung. Wahrscheinlich war er auf seine Stimme bei der nächsten Wahl angewiesen<sup>312</sup>.

Die Handwerksverwaltung hatte zu diesem Zeitpunkt eine informelle Ordnung, auf die die Regierung nur von Zeit zu Zeit mittels einer Kommission einen Blick warf. Diese Nachsicht seitens der Regierung und der Stadtverwaltung nutzte die Verwaltung aus und nahm indirekt Einfluß auf den Stadtmagistrat.

Der Stadtmagistrat brachte nämlich am 31.8.1843 eine Verordnung heraus, die verbot, die leibeigenen bäuerlichen Handwerker ohne schriftliche Erlaubnis ihrer Gutsherren in die Zünfte einzuschreiben. Die neue Verordnung schränkte die Aufnahme bäuerlicher Handwerker in die Zünfte beträchtlich ein. Die Erlaubnis war nicht so leicht zu bekommen, da die meisten Gutsherren abwesend waren und ihre Verwalter die benötigten Formulare nicht bei der Hand hatten. Außerdem mußten die Erlaubnisscheine durch den Adelsmarschall von St. Petersburg bestätigt werden, was bei einer Anzahl von mehreren Zehntausend pro Jahr aus praktischen Gründen nicht möglich war. Der Stadtmagistrat überschritt seine Befugnisse als gerichtliche Institution und übernahm legislative Aufgaben, was der Gesetzgebung widersprach<sup>313</sup>. Es ist ungewiß, ob die oben erwähnte Beschränkung des bäuerlichen Handwerks seitens des Magistrats nach Absprache mit der Handwerksverwaltung öffentlich bekannt wurde oder nicht. Auf jeden Fall geschah es im Interesse der Handwerksverwaltung, da sie mit einer Begrenzung der Zahl von neuen Zunftmeistern die Existenz der vorhandenen Zunftmeister gesichert sah.

In der Fachliteratur wurde immer wieder die Frage zur Diskussion gestellt, ob die Zünfte rein pragmatisch aus Gründen der verbesserten Steuersammlung oder als Katalysator für die Entwicklung der Wirtschaft ins Leben gerufen worden waren<sup>314</sup>. Beides scheint richtig zu sein. Es hängt von Zeitpunkt und Situation ab, was konkret von der Regierung oder den Stadtbürgern selbst bezweckt wurde. Von Zeit zu Zeit änderten sich die Akzente in der Politik der Regierung: Für Peter I. waren sowohl wirtschaftliche als auch steuerliche Aspekte bei der Gründung der

---

<sup>312</sup> Doklad ministru vnutrennich del o besporjadkach v rossijskoj remeslennoj uprave, vom 6. September 1843, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 100: Ob obrevizovanii, hier l. 43f.

<sup>313</sup> Zapiska Smirnova ot 23.06.1844, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 100: Ob obrevizovanii, hier l. 46f.

<sup>314</sup> Ditjatin, Gorodskoe samoupravlenie; ders., Ustrojstvo; Kizeveter, Posadskaja obščina; Leškov, Očerki; ders., Russkij narod; Pažitnov, Problema, S. 52; Stepanov, Sravnitel'no-istoričeskij opyt.

Zünfte von Gewicht. Dagegen bezweckte die Kankrinsche Gildenreform vom 14. November 1824 lediglich eine verbessertes Steueraufkommen.<sup>315</sup>

## 5.2 Die Verwaltung der deutschen Zünfte

Noch vor der offiziellen Gründung der Zünfte 1722 gab es in St. Petersburg deutsche Zünfte. Der Zuzug der ausländischen Handwerker nach Rußland, hauptsächlich nach St. Petersburg oder Moskau, stieg durch den Erlaß vom 16. April 1702 beträchtlich an<sup>316</sup>. Die meisten von ihnen ließen sich in St. Petersburg nieder. Die weiteren Erlasse vom 4. Dezember 1762 und vom 22. Juli 1763 sicherten einen stetigen Zuwachs an ausländischen Handwerkern in der Hauptstadt<sup>317</sup>. Diejenigen Handwerker, die im Kontor für Ausländer (*Kontora opekunstva inostrannyh*)<sup>318</sup> den Wunsch äußerten, in die Zünfte einzutreten, sollten auch ohne Schwierigkeiten in diese aufgenommen werden:

„Die Ausländer sollen in die St. Petersburger Zünfte ihrem Wunsch nach ohne Hindernisse aufgenommen werden“<sup>319</sup>.

Angesichts der vielen Kommissionen, die von der Regierung zur Überprüfung der russischen und der deutschen Handwerksverwaltungen zusammengerufen wurden, gibt es eine beträchtliche Anzahl von Akten, die aufschlußreiche Informationen über die deutschen Zünfte liefern. Eine Überprüfung der deutschen Zunftverwaltung fand im Jahre 1842 statt. Die Kommission, die auf Verfügung des Innenministers zusammengerufen worden war, stand unter der Leitung des

---

<sup>315</sup> Vgl. Otnošenje ministra finansov Kankrina k s. peterburgskomu voennomu general-gubernatoru ot 30 júlja 1825, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 471, l. 18.

<sup>316</sup> PSZ RI 1, Bd. 4, Nr. 1910 (16. April 1702): O vyzove inostrancev v Rossiju, s obeščaniem im svobody veroispovedanija, S. 192.

<sup>317</sup> PSZ RI 1, Bd. 16, Nr. 11880 (22.07.1763): O dozvolonii vsem inostrancam, v Rossiju vezžajuščim, poseljatsja v kotorych gubernijach oni poželajut i o darovannyh im pravach, S. 313f. Diesem Erlaß ging der weniger ausführliche Erlaß vom 4. Dezember 1762 unter der Nummer 11720: Manifest „O pozvolonii inostrancam, krome židov, vychodit' i selit'sja v Rossii i o svobodnom vozvraščenii v svoe otečestvo russkich ljudej, bežavšich za granicu“ voraus, S. 126f.

<sup>318</sup> PSZ RI 1, Bd. 16, Nr. 11879: Ob učreždenii Kanceljarii Opekunstva inostrannyh kolonistov, S. 312f.

<sup>319</sup> PSZ RI 1, Bd. 15, Nr. 12290 (9. Dezember 1764): O zapiske vychodjaščich v Rossiju na poselenie inostrannyh remeslennikov v magistratskoj kontore i o vydače im deneg na obzavedenie, S. 999: „Inostrancev dlja zapiski po ich želanijam v S. Peterburgskie cechi prinimat' bez vsjakogo otricanija“.



Staatsrats Baron Julij Fëdorovič Korf. Als Anstoß für die Einberufung der Kommission diente die Klage des deutschen Meisters der Kürschnerzunft, Joseph Grünberg, der die deutsche Verwaltung und vor allem das Handwerksoberrhaupt August Dittmar der fehlerhaften Buchführung beschuldigte. Er verlangte von Dittmar einen Rechenschaftsbericht über die Finanzen der Handwerksverwaltung, den dieser niemals vorlegte.

Die Meister betrachteten Grünberg als einen Störenfried, der die traditionelle Ordnung in den Zünften, zu verändern suchte. Ihre Mißstimmung drückten sie nachhaltig in der Wiederwahl Dittmars 1840 aus. In der Versammlung erhob Grünberg als Stellvertreter des Zunftältesten der Kürschner seine Stimme für eine Überprüfung der Buchführung und verlangte einen Bericht von Dittmar. Die Zunftältesten, ihre Stellvertreter und die Mitglieder des Stadtmagistrats waren über den Vorschlag Grünbergs empört. Die Ältesten verlangten „schimpfend und schreiend“ von ihm, zu schweigen und die Versammlung sofort zu verlassen<sup>320</sup>.

Dittmar genoß unter den Meistern großes Vertrauen. Seit 24 Jahren war er Oberältester der evangelisch-lutherischen St. Peter-Kirche, einer zentralen Kirche für die evangelisch-lutherische Glaubensgemeinschaft in Rußland. Auf die Fürsprache des General-Ingenieurs Graf Oppermann hin bekam er die silberne Medaille am Annenband und die goldene Medaille als 14jähriges Ratsmitglied der Augenheilanstalt St. Petersburgs<sup>321</sup>. Dies bestätigt sein großes öffentliches Engagement und seine Autorität als angesehener Bürger der Stadt. Deswegen war die im Grunde genommen richtige Forderung Grünbergs für die Zunftältesten und die Öffentlichkeit fast schon Ketzerei, zumal die Zunftkasse voll war: 1840 enthielt sie rund 100.000 Papierrubel<sup>322</sup>.

Im Jahre 1820 beschlossen die Zunftmeister, daß jeder Zunfthandwerker jährlich 10 Rubel an das Handwerksoberrhaupt als eine Art Aufwandsentschädigung entrichten sollte. Diese Steuer wurde außerdem für den Unterhalt des Verwaltungsgebäudes und für die Kanzlei bestimmt<sup>323</sup>. Das war aber nur ein Teil der Beiträge, die Dittmar verwaltete. Korf konnte aus den lückenhaften Unterlagen der Verwaltungskanzlei, die vom Handwerksoberrhaupt geführt wurden, keinen Schluß über die wirkliche Lage der Finanzen der deutschen Zünfte ziehen. Dies rührte daher, daß das Handwerksstatut keine Anweisungen zur Kanzleiordnung in der Handwerksverwaltung und zu den konkreten Aufgaben des

---

<sup>320</sup> Pojasnitel'naja zapiska na žalobu ot skornjažnogo mastera I. Grjunberga ministru vnutrennich del ot 23 ijunja 1842 goda, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 92: O revizii Korfom inostrannoj remeslennoj upravu v Peterburge, hier l. 46f.

<sup>321</sup> Ebd., l. 22.

<sup>322</sup> Ebd., l. 24.

<sup>323</sup> Raport barona Korfa ministru vnutrennich del, vom 10. Oktober 1842, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 92: O revizii, hier l. 17.

Handwerksobershaupt gab. Der Alltag diktierte ihm seine Aufgaben: Er war für die Zünfte Kurator, Fürsprecher und Ordnungshüter in einer Person. Seine Macht war autoritär und hatte einen großen Wirkungskreis. Mit der Zeit wurde der Rahmen seiner Kompetenz immer größer, sie umfaßte das Eintreiben und die Verwaltung der Steuern und öffentlichen Gelder, die Registrierung der Meister, Gesellen und Lehrlinge, die Diplomvergabe, die Erlaubnis zur Gründung einer neuen Werkstatt, die er mit Verwaltungsmitteln fördern konnte. Das Handwerksobershaupt führte zudem die Korrespondenz mit höheren Ämtern<sup>324</sup>. Korf schlug vor, die Zahl der Meister in den Zünften genau zu überprüfen, um zu wissen, welche Summe überhaupt gesammelt werden sollte. Die Verzeichnisse sollten aktualisiert werden, um sie in Übereinstimmung mit dem tatsächlichen Bestand der Meister zu bringen. Hier sind als Beispiel nur einige Meisterzahlen für das Jahr 1840 angeführt (siehe Tab. 7). Nur für diese ausgewählten Zünfte betrug die Differenz 176 Meister, von denen formell 1.760 Silberrubel Steuergelder eingehen sollten.

Es ist unwahrscheinlich, daß die beiden Handwerksobershäupter zu ungeschickt oder unfähig waren, die vollständigen Verzeichnisse der Zunfthandwerker zusammenzustellen und alle Beiträge korrekt in der Buchführung zu registrieren. Wahrscheinlich taten sie dies bewußt, um einen Teil der Einnahmen für den Eigenbedarf und Kanzleiausgaben verwenden zu können. Die Versäumnisse in der Aktualisierung der Verzeichnisse könnten auch auf die Zunftältesten zurückgeführt werden. Das Fehlen eines Gremiums aus Meistern in der Verwaltung und innerhalb der Zünfte, das eine unabhängige Kontrolle der Buchführung und eine Überprüfung der Handlungen der Ältesten und des Handwerksobershaupt hätte ausüben können, ermöglichte den Amtsmißbrauch in noch höherem Maße.

Korf entdeckte, daß Dittmar gleich seinem russischen Kollegen eine doppelte Buchführung hatte. In St. Petersburg gab es eine ziemlich große Zahl ausländischer Meister, die von keiner Zunft aufgenommen wurden. Die Gründe dafür waren unterschiedlich: Die einen hatten kein Diplom, die anderen arbeiteten allein. Solche Handwerker, die in einem Sonderbuch aufgezählt wurden, besteuerte das Handwerksobershaupt persönlich. Die Besteuerung der zunftfreien Handwerker stellte eine beträchtliche Einnahmequelle dar. Als Gegenleistung für die bezahlten Beiträge erhielten die Meister von Dittmar die Erlaubnis, in der Stadt eine Werkstatt zu führen. Um sicher zu gehen, traf Dittmar eine Absprache mit dem Adresskontor, daß die ausländischen Meister ihre Pässe nur dann verlängert bekamen, wenn sie im Adresskontor eine vom Handwerksobershaupt ausgestellte

---

<sup>324</sup> Pojasnitel'naja zapiska, in: RGLA, f. 1287, op. 37, d. 92: O revizii, l. 17.

Tabelle 7: Anzahl der Meister in ausgewählten Zünften nach den Angaben von Dittmar und Korf 1840

Meister	Im Verzeichnis	Tatsächlich
Schmiede	17	26
Schneider	161	190
Posamentierer	6	15
Schreiner	35	66
Dreher	14	22
Gold- und Silberschmiede	28	118
<b>Gesamt</b>	<b>261</b>	<b>437</b>

Quelle: Pojasnitel'naj zapiska na žalobu ot skornjažnogo mastera I. Grjunberga ministru vnutrennich del ot 23 ijunja 1842 goda, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 92: O revizii Korform inostrannojo remeslennoj upravu v Peterburge, hier l. 50.

Quittung über die bei ihm entrichtete Steuer vorwiesen<sup>325</sup>. Als bedenklich bezeichnete Korf die Tatsache, daß das Handwerksoberrhaupt die Lage der Gesellen und Lehrlinge in den Werkstätten nicht überprüfte<sup>326</sup>.

Die Ergebnisse von Korfs Untersuchung brachten ans Tageslicht, wie die Zünfte die Entwicklung des Handwerks behinderten. Die Zünfte bestritten die Zugehörigkeit des einen oder anderen Meisters zu ihrem Handwerk und verwiesen ihn an andere Zünfte, weswegen viele Meister eine Werkstatt gar nicht in vollen Umfang eröffnen konnten. Zum einen strebten die Zunftmeister nach dem alleinigen Monopol in der Stadt. Das beweisen die schikanöse Meisterprüfung, die Schwierigkeiten bei der Aufnahme eines Meisters in die Zunft und die Vielzahl der Meister, die trotz ihrer Fähigkeiten nicht in die Zunft eingeschrieben wurden. Es wurde vollkommen außer acht gelassen, daß einige von ihnen über Zeugnisse verfügten, die sie als Lieferanten berühmter westeuropäischer Königs- und Fürstenhöfe auswiesen. Zum anderen gab es zwischen einzelnen Zünften ständige Fehden. Die Meister beschuldigten sich gegenseitig, fremde Techniken anzuwenden. Manchmal waren die Kosten der Gerichtsverfahren sehr hoch. So

<sup>325</sup> Ebd., l. 18f.; Vgl. Ditjatin, Gorockoe, S. 250f.

<sup>326</sup> Pojasnitel'naja zapiska, l. 17.

sollte beispielsweise die Zunft der Musikinstrumentenbauer für einen Prozeß gegen einen Meister 3.442 Rubel bezahlen. In einigen ausländischen Zünften kostete bereits das Einreichen einer Bittschrift bis zu 100 Rubel<sup>327</sup>.

In einer Verfügung des Innenministers an den St. Petersburger Generalgouverneur vom 5. November 1842 wurden weitere Mängel aufgedeckt. Beim Eintritt in die Zunft zahlten die Meister statt 10 zwischen 100 und 400 Papierrubel. Die 164 Meister der Bäckerzunft, die nicht gerade die ärmsten waren, wurden von der Besteuerung gänzlich befreit. 1841 wurden vom Handwerksoberrhaupt 2.700 Silberrubel für die Unterstützung armer Meister bewilligt, wobei die Hälfte davon für das 25jährige Jubiläum des Handwerksoberrhaupts ausgegeben wurden. Bei jeder Meisterversammlung gab es bis zu 75 Rubel Sonderausgaben, die für die Bewirtung der Meister ausgegeben wurden<sup>328</sup>.

Ein Ergebnis der Revision war die drastische Kürzung der Einnahmen der Verwaltung, wodurch einige Engpässe entstanden, die aber mit der Zeit ausgeglichen wurden. Die Ausgaben im Jahre 1849 überstiegen die Einnahmen von 5.500 Silberrubel um 1.000 Silberrubel (siehe Tab. 8).

1850 waren die Ausgaben von 6.619 Silberrubeln dagegen durch die Einnahmen gedeckt (siehe Tab. 9). Im darauffolgenden Jahr waren die Ausgaben in Höhe von 6.660 mit Einnahmen in Höhe von 6.850 Silberrubeln gedeckt. Es bleibt hier zu bemerken, daß die Kosten kontinuierlich anwuchsen, da der Verwaltungsapparat vergrößert wurde. Um die Kosten für den Unterhalt der Handwerksverwaltung zu mindern, erbaten die ausländischen Meister vom Generalgouverneur St. Petersburgs am 31. Mai 1862, künftig statt drei nur noch zwei Verwaltungsmitglieder wählen zu dürfen<sup>329</sup>.

Die Bemühungen der ausländischen Handwerker, die Verwaltungskosten in Grenzen zu halten, hatten Erfolg, im Jahre 1868 blieb die Bilanz positiv. In diesem Jahr betrugen die Ausgaben der Verwaltung 6.710 Rubel und die Einnahmen 6.760 Rubel.

---

<sup>327</sup> Raport barona Korfa, vom 10. Oktober 1842, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 92: O revizii, hier l. 24.

<sup>328</sup> Predpisanie ministra vnutrennich del Perovskogo S. Peterburgskomu general-gubernatoru, vom 5.11.1842, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 92: O revizii, hier l. 61ff.

<sup>329</sup> Doklad S. Peterburgskogo general-gubernatora ministru vnutrennich del, vom 11. Oktober 1862, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 215: Ob ograničenii sostava členov S. Peterburgskoj remeslennoj upravy v vidach sokraščeniya raschodov na soderžanie sего učreždenija (Oktober 1862 - Dezember 1867), hier l. 1.

Tabelle 8: Ausgaben der Handwerksverwaltung im Jahre 1849

<b>Ausgabeposten</b>	<b>in Silberrubel</b>
Handwerksoberrhaupt	1200
drei Stellvertreter	1050
Sekretär	800
Buchhalter	600
drei Schreiber je 180 Silberrubel	540
zwei Wächter	192
Kurier	120
Kanzleiausgaben	600
Miete	1000
Heizung und Beleuchtung	200
Möbelbeschaffung	200
<b>Gesamt</b>	<b>6502</b>

Quelle: Otnošenie voennogo general-gubernatora k ministru vnutrennich del, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 667: Ob ustrojstve Remeslennoj upravy (...), hier l. 64f., 72f.

Es wurden auch Einnahmen aus festverzinstem Kapital in Höhe von 975 Rubeln aufgeführt, was auf eine Kapitalisierung des Verwaltungsvermögens hinweist. Mehr als die Hälfte wurde für die Instandhaltung des Verwaltungsgebäudes und Verwaltungskosten (jeweils 1.693 und 3.580 Rubel) ausgegeben. Weitere 655 Rubel wurden für Kanzleiausgaben, Wächter, Boten, Abonnements von Zeitungen, Inserate und anderes verwendet. Den Rest von 781 Rubeln bekamen finanziell schwache Handwerker in Form von Unterstützungsgeldern<sup>330</sup>. Analog zur russischen Handwerksverwaltung legte die Verwaltung der deutschen Zünfte den Jahreskostenvoranschlag bei der Stadtduma vor.

Es gab aber einen wesentlichen Unterschied zwischen den beiden Handwerksgesellschaften. Während die russische Handwerksgesellschaft eine

---

<sup>330</sup> Doklad S. Peterburgskogo gubernatora ministru vnutrennich del, vom 28. Februar 1868, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 887: Po povodu utverždenija smety dochodov i raschodov S. Peterburgskoj inostrannoju remeslennoj upravy na 1868 god (vom 4. März bis zum 25. April 1868), hier l. 1f.

**Tabelle 9: Einnahmen und Ausgaben der ausländischen Handwerksverwaltung 1850**

<b>Einnahmeposten</b>		<b>Ausgabeposten</b>	
fünf Rubel pro Meister	5000	Handwerksoberrhaupt	1200
ein Rubel pro Gesellen	1200	drei Stellvertreter	1050
30 Kopeken pro Lehrling	450	Sekretär	800
-		Buchhalter	600
-		Registrator	300
-		zwei Schreiber	360
-		ein Wächter und zwei Kuriere	360
-		Miete	1080
-		Kanzleiausgaben	600
-		Heizung und Beleuchtung	200
-		Möbelreparatur und anderes	50
-		andere Ausgaben	19
<b>6650</b>		<b>6619</b>	

Quelle: Otnošenje voennogo general-gubernatora k ministru vnutrennich del, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 667: Ob ustrojstve Remeslennoj upravly (...), hier l. 64f., 72f.

legislative Macht in Form der Deputiertenversammlung hatte, die die Kostenvoranschläge der Verwaltung bestätigte, wonach sie bei der Stadtduma zur Bestätigung vorgelegt wurden, tat dies die Verwaltung der deutschen Zünfte nur über die Bestätigung der Zunftältesten, die genau wie die Verwaltung selbst eine exekutive Macht vertraten<sup>331</sup>.

Die Revision der deutschen Zünfte brachte wesentliche Erfolge mit sich: Die Buchführung wurde in Ordnung gebracht; ein Teil der Einnahmen der Verwaltung wurde legalisiert, ein anderer Teil als überflüssige Geldsammlungen abgeschafft. Daraufhin erhielt der Generalgouverneur vom Innenminister eine Anordnung, Dittmar von seinem Posten abzusetzen, der Stadtduma einen Verweis zu erteilen, alle gesetzwidrigen Geldsammlungen zu verbieten, einen Bericht über die Steuersammlung aufzustellen und das gesetzwidrige Monopol der Bäckerzunft aufzuheben.

<sup>331</sup> Otnošenje S. Peterburgskogo gubernatora ministru vnutrennich del, vom 15. April 1868, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 887: Po povodu utverždenija smety, hier l. 5.

Seit Anfang der 1850er Jahre gab es keine großen Schwierigkeiten mit den deutschen Zünften mehr, die viele Produktionsnischen für sich nutzen konnten. Die ausländischen Handwerker waren gut in die Infrastruktur der Hauptstadt integriert. Der gute Ruf, den sie hatten, sicherte eine stetige Nachfrage ihrer Waren durch die St. Petersburger Kundschaft: Sie überstanden die Zeit bis 1914 ohne große Turbulenzen. Ungeachtet dessen bedeutete der Erste Weltkrieg ihr Ende. Die deutschen Zünfte wurden 1915 abgeschafft<sup>332</sup>. Die verbliebenen Meister konnten zeitweilig in die russischen Zünfte eintreten oder aus dem Land ausreisen, was viele von ihnen auch taten<sup>333</sup>.

### **5.3 Die Zeit von der Reform der öffentlichen Selbstverwaltung St. Petersburgs im Jahre 1846 bis zum Ende der 1850er Jahre**

Die Abneigung der Bevölkerung gegen jede staatliche Verordnung und Beteiligung an den öffentlichen Körperschaften der Stadt war eine Tatsache, gegen die die Regierung machtlos war, gleichgültig, ob es sich um die Wahl in die „Burmisterskie palaty“ Ende des 17. Jahrhunderts oder um die Tätigkeit in den Stadtdumen Ende des 18. Jahrhunderts bis Ende des 19. Jahrhunderts oder um die Wahlbeteiligung bis Ende des 19. Jahrhunderts handelte. Die Regierung erkannte dies schon früh und brachte einige Erlasse heraus, die „würdige Bürger der Stadt“ vom Dienst befreiten. Der Erlaß vom 28. Juni 1731 befreite die Bürger von der Wahl in verschiedene staatliche und öffentliche Dienste. Dieses Privileg galt nur für „Fabrikanten“, die vom Manufakturkollegium als würdig erachtet wurden. Die anderen, die diese Wahl als eine schwere Verpflichtung empfanden, mußten sich fügen<sup>334</sup>.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts änderte sich die Einstellung der Stadtbürger zur Teilnahme an der öffentlichen Verwaltung wenig, sie blieb negativ. Es fehlte das gesellschaftliche Interesse, da eine Stadtgesellschaft kaum existierte und erst in der Entstehung begriffen war. Die Standesversammlungen wurden nur unregelmäßig von den Standesmitgliedern besucht<sup>335</sup>. Deswegen

---

<sup>332</sup> Ob uprazdnenii Petrogradskoj upravy inostrannykh remeslennyykh cechov (1915), in: RGIA, f. 1288, op. 11, d. 25, hier l. 3f.

<sup>333</sup> Predstavlenie iz kazënnoj palaty v departament okladnykh sborov, vom 14.10.1915, in: RGIA, f. 1288, op. 11, d. 60: Po otnošeniju departamenta obščich del ot 13. Mai 1916 po voprosu o prave inostrannykh poddannyykh vstupat' vremenno v čislo Petrogradskikh cechovykh remeslennikov (23. Mai 1916 - 13. September 1917), hier l. 2f.

<sup>334</sup> L. O. Plošinskij, Gorodskoe ili srednee sostojanie russkogo naroda v ego istoričeskom razvītii ot načala Rusi do novejšich vremen. St. Petersburg 1852, S. 202. Vgl. Ditjatin, Gorodskoe samoupravlenie, Bd. 2, S. 246.

<sup>335</sup> Ditjatin, Gorodskoe Bd. 2, S. 245.

befreite die Regierung 1824 die Kaufleute der ersten und der zweiten Gilde von der Pflicht, in öffentlichen Ämtern zu dienen, da sie einsah, daß die wohlhabenden und angesehenen Bürger diesen Dienst als Verletzung ihrer Ehre ansahen. Sie konnten ohne jeden Grund, falls sie gewählt wurden, den Dienst in einem öffentlichen Amt abschlagen. Aus diesem Grund waren in der Sechsstimmigen Duma fast ausschließlich Kaufleute der dritten Gilde, Kleinbürger und Zunfthandwerker, die kein Risiko eingingen, ihre Würde zu verlieren. Das Amt befreite den Amtsträger bzw. Deputierten nicht einmal von der körperlichen Züchtigung, die erst 1857 abgeschafft wurde<sup>336</sup>.

Die Zunfthandwerker bildeten gegenüber den Kaufleuten und den Kleinbürgern eher eine Ausnahme. Ihre Selbst- bzw. Handwerksverwaltung - die Zunftverwaltungen eingeschlossen - war ein gut entwickelter Verwaltungsapparat, der nicht nur den fiskalischen Zwecken des Staates diente, sondern seine Aktivitäten mehr und mehr auch in Richtung sozialer Sicherheit und Bildung ausbreitete.

Ungeachtet aller bescheidenen Errungenschaften in der Handwerksorganisation der Hauptstadt läßt sich trotzdem sagen, daß die Zunfthandwerker eine Selbstverwaltung, wie sie im heutigen Sinne verstanden wird, nicht hatten. Erst seit der Reform der öffentlichen Verwaltung von St. Petersburg im Jahre 1846 gewann die Selbstverwaltung der Handwerker an Gestalt und Bedeutung<sup>337</sup>. Die Aktivität der Zunfthandwerker in Wahlfragen stieg an, es entstanden verschiedene Institutionen wie die Sonntagsschule, die Malschule, die Unterstützungskasse und das Altersheim. Das Ansehen der Amtsinhaber der Verwaltung war ebenfalls größer. Die Amtsstelle in der Handwerksverwaltung, die ein Teil der städtischen Selbstverwaltung war, entwickelte sich zu einem Prestigeposten, der von einer immer größeren Zahl wohlhabender Meister angestrebt wurde. Dieses Streben ist durch das Verlangen der Meister nach sozialem Ansehen bzw. nach der Erhöhung ihres sozialen Status zu erklären. Nicht unbedeutend war auch die materielle Kompensation für die öffentliche Tätigkeit. Im Unterschied zu Moskau, wo die Zunftältesten nicht mehr als 250 Papierrubel bekamen, erwies sich der Dienst in der Handwerksverwaltung von St. Petersburg nicht nur aus sozialer, sondern auch aus materieller Sicht als durchaus lohnend. Hier erhielten die Verwaltungsmitglieder viel höhere Entgelte als in Moskau: Der Handwerksälteste bekam 6.000 Papier- bzw. 1.714 Silberrubel, die Zunftältesten bis zu 1.500 Papier-

---

<sup>336</sup> Ebd., S. 158f.; PSZ RI 2, 1857, Nr. 15206: Über die Abschaffung der Züchtigung der Dumadeputierten.

<sup>337</sup> Über die Einführung der neuen Stadtordnung im Jahre 1846 s. Hildermeier, Bürgertum, S. 272-278.



bzw. 428,6 Silberrubel und ihre Stellvertreter bis zu 1.000 Papier- bzw. 285,7 Silberrubel im Jahr<sup>338</sup>.

Überhaupt trat an die Stelle des Handwerksoberrubel die Handwerksverwaltung, die aus dem Standesältesten, seinen Stellvertretern und den Vertretern der zeitweiligen Handwerker bestand. Der Handwerkerstand unterstand nicht dem Magistrat, sondern der Verwaltenden Stadtduma. In der Allgemeinen Stadtduma wurde eine Handwerksabteilung eingerichtet, die die Gesamtversammlung aller Zunftmeister ersetzte und unter dem Vorsitz des Handwerksältesten ihre Versammlungen abhielt<sup>339</sup>.

Für die ordnungsgemäße Durchführung der Reform wurde eine Kommission für die Einführung der neuen öffentlichen Verwaltung (KENÖV) (*kommissija po vvedeniju novogo obščestvennogo upravljenija*) einberufen. Das Kommissionsmitglied, Kollegienassessor Graf Sievers, sollte auf die korrekte Durchführung der Wahl bei den zünftigen Handwerkern achten. Gleichzeitig überprüfte ein anderes Mitglied der Kommission, Grot, die Buchführung der Handwerksverwaltung der deutschen Zünfte. Er fand etwa die gleiche Lage vor wie sein Vorgänger Baron Korf: „Es sind keine Bücher, keine Rechnungen und keine Verzeichnisse zu finden“, lautete sein Urteil. Für die Aufbewahrung der Dokumente gab es kein Archiv. Die Ältesten kamen selten in die Verwaltung, sondern verrichteten ihre dienstlichen Aufgaben zu Hause. Die Meister deutscher Zünfte beklagten des öfteren eine ungerechte Steuerverteilung. Deswegen schlug Grot vor, das Amt des Kassiers und des Buchhalters einzuführen<sup>340</sup>.

Die neue öffentliche Ordnung vergrößerte vor allem den Verwaltungsapparat für die daraus erwachsenen Aufgaben und führte eine Deputiertenversammlung von 100 Deputierten ein, wodurch die schwierige Prozedur entfiel, die Meister eines ganzen Standes, um jene Zeit etwa 1.000 an der Zahl, zu versammeln. Außerdem bekamen die Handwerkerinnen das Recht, ihre Stimme mittels einer Vertrauensperson bei der Wahl abzugeben. Für die Deputierten wurde in der Allgemeinen Stadtduma (*Obščaja gorodskaja Duma*) eine besondere Handwerksabteilung eingerichtet, wo sie sich unter dem Vorsitz des Standesältesten trafen. Die Handwerksverwaltung unterstand in Gerichtsfragen dem Stadtmagistrat und in administrativen Fragen der verwaltenden Stadtduma (*Rasporjaditel'naja Duma*), in die drei Vertreter der Handwerker gewählt wurden. Das Handwerksoberrubel, das von nun an den Namen des Handwerks- bzw.

---

<sup>338</sup> Predloženie mastera skornjažnogo nemeckogo cecha M. Petrovskogo ministru vnutrennich del ot 29 aprlja 1843 goda, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 100: Ob obrevizovanii (...), hier l. 16ff.

<sup>339</sup> Ryčkov, O cechach, S. 819.

<sup>340</sup> Kopija s žurnala komissii, vom 21. Februar 1849, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 667: Ob ustrojstve remeslennoj upravly inostrannyh cechov v S. Peterburge (12. April 1849 - 11. Dezember 1851), hier l. 17f.

Standesältesten trug, wurde von zwei Stellvertretern und zwei Stellvertreterkandidaten kontrolliert und hielt mit ihnen in der Handwerksverwaltung Rat. Die zwei Beisitzer der Handwerksverwaltung der zeitweiligen Handwerker bildeten eine Art Aufsichtsrat, der allerdings keinen Einfluß auf den Handwerksältesten nehmen konnte. Die Beisitzer konnten in Ausnahmefällen als einfache Beobachter mit Erlaubnis der Deputiertenversammlung in die Versammlung geladen werden. Der Handwerksverwaltung bzw. dem Standesältesten unterstanden alle Zunftverwaltungen, von denen es um diese Zeit rund 30 gab. Die jeweilige Zunftverwaltung (*Cechovaja uprava*) wurde von einem Zunftältesten und den Sondermitgliedern (*osobyje členy*) geführt. Die Buchhaltung und Beglaubigung der Verträge wurde einem Makler aufgelegt. Hinzu kamen die Einsammler von Steuergeldern und ihre Gehilfen. Die Versammlung der vereidigten Meister führte die Meisterprüfungen durch. Die letzteren untersuchten außerdem die Streitigkeiten unter den Meistern, überprüften die Handwerksbetriebe und die Warenqualität.

Die Handwerksverwaltung der deutschen Zünfte bestand aus dem Vorsitzenden und den Vertretern der Zünfte. Zu den Aufgaben der Standesverwaltungen gehörten die inneren Angelegenheiten des Standes, die ordnungsgemäße Sammlung der Jahressteuern für den Staat und für die Stadt sowie für die Standesgesellschaft selbst. Die Verwaltung führte mündliche Untersuchungen in Streitfragen und bei Beschwerden der Zunftmitglieder durch, die zu ihrer Gerichtsbarkeit gehörten. Die Handwerksverwaltung unterstand der verwaltenden Duma und dem Kassenamt, das die Steuersammlungen kontrollierte<sup>341</sup>.

Trotz aller Reformen blieb die städtische Selbstverwaltung in einem hohen Grad an die Staatsverwaltung gebunden. So stand in der Instruktion über die Einführung einer neuen Stadtordnung für St. Petersburg 1846 unter § 11, daß die Standesverwaltungen, die Handwerksverwaltung eingeschlossen, einen bestimmten Platz im Staatsapparat innehatten: Die Angestellten der Verwaltung wurden denen im Staatsdienst gleichgestellt. Auch später, im Jahre 1858 bestätigte die Regierung in einer Sondererklärung, daß die städtische Selbstverwaltung vor allem dem St. Petersburger Generalgouverneur unterstand<sup>342</sup>.

Der Anteil der Handwerker, die ein passives und aktives Wahlrecht erhielten, war nicht groß: Von 8.227 Wahlberechtigten in der Stadt waren nur 644 oder 7,8% ständige Zunfthandwerker. Das aktive Wahlrecht erhielten Meister, die mindestens 25 Jahre alt waren und über ein Kapital von mindestens 300 Silberrubel verfügten. Das passive Wahlrecht erhielten Meister, die ebenfalls mindestens 25 Jahre alt waren und ein Kapital von mindestens 600 Silberrubel besaßen. Um das Amt des

---

<sup>341</sup> Russkij Vestnik“, 1863, Bd. 47, Nr. 11 (Oktober), S. 789-822, N.D. Ryčkov, O cechach v Rossii i Zapadnoj Evrope, S. 819.

<sup>342</sup> Ditjatin, Gorodskoe, S. 482.

Handwerksältesten innehaben zu können, sollte ein Meister ein Kapital von mindestens 6.000 Silberrubel besitzen. In den Standesversammlungen wurden die Abgeordneten der Duma und die Mitglieder der Handwerksverwaltung gewählt. Die Wahl fand erstmals vom 21. bis zum 23. Oktober 1846 im Glazunov-Haus<sup>343</sup> statt. An der Wahl nahmen 387 ständige Meister teil. Insgesamt sollten, wie gesagt, 100 Standesvertreter gewählt werden, was 17,1% der Gesamtzahl der Dumamitglieder entsprach, die 586 betrug. Die Zünfte der Schreiner und der Schneider zählten je 14 Mitglieder, ihnen folgten Juweliere und Silberschmiede (je 8), dann die Malerzunft (5), die der Bronzegießer und Tapezierer (je 4), die der Schmiede, Dreher, Wagenbauer, Friseur und Arzthelfer (je 3), die der Hutmacher, Schuhmacher, Damenhalbstiefelmacher, Schlosser, Uhrmacher, Speisewirtschaftler, Fensterrahmenmacher, Metallstecher (je 2) und die der Kunstmaler, Ofensetzer, Damenschuhmacher, Buchbinder, Bäcker, Kürschner, Posamentierer, Kupferkessler, Böttcher, Klavierbauer und Handschuhmacher (je ein Mitglied). Ihre Vertreter in der Standesversammlung und in der Duma repräsentierten insgesamt 30 Zünfte<sup>344</sup>. Zum Zunftältesten wurde P. M. Matveev, zu Stellvertretern F. M. Liman und I. V. Baulin gewählt<sup>345</sup>.

Bei der Neuwahl im Jahre 1850 standen 61 neue Deputierte zur Wahl. Ungewöhnlich an dieser Wahl war, daß die Stelle des Standesältesten, die früher jahrelang ein und dieselbe Person innehatte, neu besetzt wurde. Zum neuen Standesältesten wurde der Meister der Tapeziererzunft D. I. Rosenberg, zu Stellvertretern der Schreinermeister S. I. Malkov und der Schneidermeister S. F. Šiškin, als Kandidaten für die Stellvertreter der Schuhmacher G. V. Vasil'ev und der Schneider K. I. Orlov gewählt<sup>346</sup>.

Ungeachtet dieser Neuerungen waren die zeitweiligen Zunfthandwerker nicht vollständig in die Gesellschaft der Zunfthandwerker integriert. Zwar durften sie in den Zunftversammlungen anwesend sein, aber an den Versammlungen der Deputierten nahmen sie nicht teil. Sie hatten weder passives noch aktives Recht, wenn es um die Wahl des Handwerksältesten oder der 100 Deputierten der Handwerksversammlung ging, die in der Handwerksabteilung der Stadtduma ihre Versammlungen hielten. Dementsprechend konnten die zeitweiligen Meister, die den größten Teil der Steuern und Beiträge zur Zunftkasse beitrugen, nicht über die Mittel verfügen, die z. B. zur sozialen Vorsorge verwendet wurden. In der ersten

---

<sup>343</sup> Es handelt sich wahrscheinlich um das Haus des erblichen Ehrenbürgers der Hauptstadt K. I. Glazunov, das sich auf der Kazaner Straße 8-10 befand.

<sup>344</sup> Obščie gorodskie vybory v S. Peterburge po novomu ustroystvu, in: ŽMVD, čast' 16 (Oktober-November 1846), S. 311-354.

<sup>345</sup> Izvlečenie iz otčeta po S. Peterburgskoj gorodskoj obščej dume za pervoe trečletie (1847-1849), in: ŽMVD, Nr. 4-6 (April-Juni 1852), S. 162.

<sup>346</sup> Gorodskie vybory v Peterburge, in: ŽMVD, Nr. 4-6 (April-Juni 1850), S. 267f.

Zeit nach Einführung der neuen Handwerksverwaltung waren die zeitweiligen Zunftmeister wenig daran interessiert, sich in die Standesangelegenheiten der ständigen Zunftmeister einzumischen oder an irgendwelchen Versammlungen teilzunehmen. Als sie im Winter 1846 in die KENÖV zur Verkündigung ihrer Rechte eingeladen wurden, erschien kein einziger zeitweiliger Meister. Deswegen wurde dem Standesältesten noch einmal angetragen, sie zu versammeln, um die Beisitzer in die Handwerksverwaltung und die Mitglieder der Zunftverwaltungen zusammen mit den ständigen Meistern wählen zu können<sup>347</sup>.

Diese passive Einstellung der zeitweiligen Handwerker zu den öffentlichen Angelegenheiten dauerte aber nicht lange an. Während ihre Zahl in der Stadt ständig wuchs, stieg seit Beginn der „großen Reformen“ in den 1860er Jahren auch ihr Anspruch auf Einflußnahme in Fragen der Verteilung von Mitteln für den Aufbau eines Systems sozialer Einrichtungen, wie z. B. Sonntagsschule und Altersheim, stetig an.

Trotz aller Anstrengungen der Regierung blieben immer noch ungelöste Probleme bei der Steuersammlung bestehen. Im August 1848 zeigte ein zeitweiliger Handwerker die Handwerksverwaltung an. Er beschuldigte sie, im Laufe von Jahrzehnten die Sonderabgaben seitens der zeitweiligen Zunfthandwerker eingetrieben zu haben. Dabei wurden die nichtnumerierten Quittungen für die eingezahlten Beiträge fehlerhaft ausgestellt. Der Zunftälteste trug in die Bücher statt der vollen Summe nur die Hälfte ein. Die Zunftältesten sammelten darüber hinaus jährlich zwischen 10 und 15 Rubel ein, die angeblich für die Stadt und die Handwerksverwaltung bestimmt waren. In diesem Fall wurden nur 5.71 Rubel quittiert. Für die Beiträge, die die Meister für Lehrlinge und Gesellen einzahlten, wurden ihnen überhaupt keine Quittungen ausgestellt. Zu den Sonderposten gehörten sogenannte 'freiwilligen Abgaben' der zeitweiligen Handwerker. Als die Kommission von Grot allerdings eine Überprüfung der Handwerks- und Zunftkassen vornahm, fand sie keine Unstimmigkeiten. In der Handwerkskasse gab es Kreditscheine für 18.498,7 Rubel und 544 Rubel in bar, so daß 9,98 Rubel mehr als die in der Buchführung verzeichnete Summe vorhanden waren. Die Kassen der Schlosserzunft (585,32 Rubel), der Schuhmacher (2.856,91), der Schneider (1983,26), der Schornsteinfeger (573,45) und der Kleinhändler in den Handelsstuben (1441,99 Rubel) wiesen keinen Fehlbetrag auf<sup>348</sup>.

Doch nicht immer endeten die Revisionen so erfolgreich. Im Mai 1849 berichtete Grot, daß der Älteste der Schornsteinfegerzunft die Zunftkasse zu Hause aufbewahrte. Nach Überprüfung der Kasse stellte sich heraus, daß 6.000 Rubel

---

<sup>347</sup> Delo Gosudarstvennogo soveta i Departamenta ékonomii po voprosu o porjadke vybora cechovykh maklerov v S. Peterburge (...) (1856), in: RGIA, f. 1152, op. 4, d. 65, l. 5.

<sup>348</sup> Donos na imja ministra vnutrennich del Perovskogo ot 8 nojabrja 1848, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 610: O besporjadkach v Peterburgskoj rossijskoj remeslennoj uprave i o rassledovanii ich kolležskim sovetnikom Grotom, l. 14, 17.

fehlten<sup>349</sup>. In nur zweieinhalb Jahren war die Kommission mit den Musterbüchern fertig und am 24. Februar 1849 erstattete Grot, der Leiter der KENÖV, Bericht und schlug zehn Musterbücher für die korrekte Buchführung in den russischen Zünften vor. Die Buchhaltung der Handwerksverwaltung der deutschen Zünfte wurde zu dieser Zeit in Ordnung gebracht und in vorgeschriebener Form weitergeführt<sup>350</sup>. Die finanziellen Angelegenheiten der Handwerksverwaltung waren nicht ihre einzige Aufgabe. Die Handwerksverwaltung war die erste Gerichtsinstanz für die Handwerker, an die sie sich in Streitfragen wenden konnten. Doch die Verwaltung kam anscheinend mit der Vielzahl der Klagen nicht zurecht: Mitte der 50er Jahre stauten sich hier bis zu 15.000 ungelöste Fälle an<sup>351</sup>. Diesbezüglich wurden in St. Petersburg (1858) und Moskau (1860) versuchsweise die provisorischen Sonderkommissionen zur *mündlichen* Untersuchung dieser Streitfälle zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammengerufen, die das Problem jedoch nur teilweise lösen konnten<sup>352</sup>.

Die Einführung der neuen öffentlichen Ordnung im Jahre 1846 war das Ergebnis früherer Entwicklungen<sup>353</sup>, die ihren Anfang in den 1820er Jahren hatten, als sich die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Selbstverwaltungsorgane der Hauptstädte zuerst aus fiskalischen Gründen richtete. Allerdings stellte sich während der Untersuchungen heraus, daß die Aufgabe einer ordentlichen Steuereintreibung mit der komplexen Aufgabe der Effizienzerhöhung der Selbstverwaltung der Stadt im allgemeinen und der Handwerksverwaltung im besonderen zusammenhing. Wie Hildermeier zu Recht bemerkt, bedeutete die neue Stadtordnung von 1846 und die Einführung der Gehälter für die Selbstverwaltungsangestellten „die Abschaffung der Zwangsverpflichtung, des Dienstes in seiner alten Form“<sup>354</sup>. Allerdings ist bezüglich der Handwerker von St. Petersburg zu bemerken, daß es, wenn von den Zünften gesprochen wird, nicht nur um die Zwangsverpflichtung zum öffentlichen Dienst gehen kann, sondern auch um eine interessierte Teilnahme an den ständischen Angelegenheiten. Beleg dafür ist die Tatsache, daß die Mehrheit in der St. Petersburger Stadtduma am Ende des 18. Jahrhunderts von den Zunfthandwerkern gestellt wurde.

---

<sup>349</sup> Журнал комиссии от 4 мая 1849, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 667: Ob ustrojstve remeslennoj upravly inostrannyh cehov v S. Peterburge (12.4.1849-11.12.1851), hier l. 46.

<sup>350</sup> Журнал комиссии от 20 августа 1849, in: ebd., l. 55.

<sup>351</sup> Trudy komisii, učreždënoj dlja peresmotra ustavov fabričnogo i remeslennogo, Teil 1. St. Petersburg 1863, S. 374.

<sup>352</sup> Ebd., S. 382f.

<sup>353</sup> Vgl. Hildermeier, Bürgertum, S. 278f.

<sup>354</sup> Ebd.

## **5.4 Die Selbstverwaltung der russischen Zünfte während der „großen Reformen“ 1860er Jahre bis 1914**

Die Liberalisierung der Stadtverwaltung, die seit 1846 in St. Petersburg ihren Gang nahm, setzte sich besonders intensiv in der Zeit während und nach den „großen Reformen“ fort. Die Aktivität der Zunfthandwerker in Standesangelegenheiten stieg rasch an.

Nach Ansicht des russischen Historikers I. Ditjatin wurde noch in den 1820er Jahren der Dienst in den öffentlichen Anstalten, wie der Duma oder den Standesverwaltungen, von den Bürgern der Stadt als ein schwerer Frondienst angesehen. Demnach leisteten sie den öffentlichen Dienst nicht für die Gesellschaft, sondern für den Staat. Die wohlhabenden Kaufleute der 1. und 2. Gilde verweigerten den Dienst in der Stadtduma oft ohne Grund, weil der Gewählte in völlige Abhängigkeit von Sekretären und Maklern, also den Fachbeamten der Handwerksverwaltung, geriet. Wenn aber irgendwelche Versäumnisse von den oberen Instanzen festgestellt wurden, z. B. in der Buchhaltung, wurde zuerst der Handwerksälteste danach gefragt. Der zweite Faktor, der sich negativ auf den Arbeitsablauf in der Verwaltung auswirkte, war die beinahe völlige Unkontrollierbarkeit des Handwerksältesten durch die Deputiertenversammlung<sup>355</sup>. Doch dies sollte sich allmählich ändern.

In den 1860er Jahren agierten die Deputierten der Handwerksabteilung der Stadtduma selbstbewußt in ihrem Rechtsterrain und wenn es nötig war, setzten sie den Standesältesten bzw. den Vorsitzenden der Verwaltung ab, falls letzterer seinen Pflichten nicht nachkam. Es zeichnete sich ein klarer Trend zur „Verselbständigung“ der Handwerkerverwaltung und besonders der Deputiertenversammlung ab. Die Initiative ging nach und nach vom Staat in die Hände der Selbstverwaltung über, z. B. was eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Handwerk oder die Überprüfung der Buchführung betraf. Was früher die Regierungskommissionen bezweckten, erfüllten jetzt die Standeskommissionen, die von der Deputiertenversammlung oder von der Handwerksverwaltung einberufen wurden. Die Selbstverwaltung übernahm Kontrollfunktionen in einem immer größeren Umfang.

### **5.4.1 Die Handwerksverwaltung und die ständigen Zunfthandwerker**

Wie in diesem Kapitel noch zu sehen sein wird, benutzten die ständigen Handwerker die Selbstverwaltung für ihre Zwecke, um dem Druck seitens der zeitweiligen Handwerker widerstehen zu können. Die ständigen Handwerker mißbrauchten ihre Macht, indem die Mehrheit der Deputierten auch den Zunftältesten, falls er Bereitschaft zeigte, mit den zeitweiligen Handwerkern zu

---

<sup>355</sup> Ditjatin, Gorodskoe, S. 245.

kooperieren, absetzte. So wurde 1864 der Standesälteste S. I. Malkov nach einer Verordnung des Innenministers Pëtr Aleksandrovič Valuev seines Amtes vorübergehend enthoben, weil er sich weigerte, einem Beschluß der Mehrheit der Verordneten, zu gehorchen. Gegen den Standesältesten wurde ein Strafprozeß angeordnet, der nach dem Senaterlaß vom 19. Dezember 1866 eingestellt und mit einer Ordnungsstrafe beendet wurde<sup>356</sup>. Malkov hatte darauf bestanden, auf einer Gedenktafel, die an einem Gebäude angebracht war und an dem Hausbau erinnern sollte, unter anderem auch die zeitweiligen Handwerker zu vermerken, womit die Mehrheit der Deputierten nicht einverstanden war. Allem Anschein nach befand es der Innenminister für wenig sinnvoll, dem Grund des Zwistes zwischen einem Teil der Deputierten und dem Ältesten nachzugehen, und verfügte kurzerhand, Malkov von seinem Amt abzusetzen, bis das Gerichtsverfahren gegen ihn abgeschlossen wäre. Aus diesem formalen Vorfall ergaben sich schwerwiegende Konsequenzen für Malkov. Seine Sympathien, die den zeitweiligen Handwerkern galten, kosteten ihn sein Amt.

Die Persönlichkeit des Standesältesten Grigorij Grigor'evič Petrovskij, der während der Legislaturperiode von 1868 bis 1871 tätig war, prägte diese Zeit nachdrücklich. Seit Jahren als Deputierter tätig, wies er ständig auf die Probleme der zeitweiligen Handwerker und auf die mangelhafte allgemeine Entwicklung des Handwerks hin. Seine Offenheit gegenüber den Problemen im Handwerk und seine Bereitschaft sie zu lösen, bereiteten ihm als dem Handwerksältesten große Schwierigkeiten: Die ständigen Handwerker ließen ihn seine Projekte nicht durchführen und blockierten mit ihren Protesten die Standesversammlungen über Jahre hinweg. Ihre Reaktion war auch nicht unerwartet, weil Petrovskij durch die Gleichberechtigung der zeitweiligen Handwerker den ständischen Rahmen sprengen wollte. Die Handlungen des Handwerksältesten standen im Einklang mit den Ergebnissen der Arbeit der Stackelbergschen Kommission, da Petrovskij den Handwerkerstand zu reformieren versuchte, was ihm nicht gelang. Der Widerstand der konservativen bzw. konformistischen Seite der ständigen Handwerker einerseits und der russischen Regierung andererseits verhinderte die Organisationsreform der St. Petersburger Handwerkerschaft nach dem Prinzip der Gleichheit aller Handwerker der Hauptstadt oder wenigstens der ständigen und zeitweiligen Mitglieder der Zünfte.

Schon am Anfang seiner Tätigkeit gab es einige Komplikationen mit den ständigen Meistern. Im März 1868 wurden wie gewöhnlich zwei Kandidaten ins Amt des Handwerksältesten gewählt. Petrovskij bekam zwei Stimmen weniger als sein Mitbewerber, wurde aber vom Leiter des St. Petersburger Gouvernements,

---

<sup>356</sup> Prošenje ot 1 dekabrja 1864 goda ot glasnych remeslennogo otdelenija Obščej Dumy ministru vnutrennich del P. A. Valuevu, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 413: Delo po donosu glasnych Remeslennogo otdelenija S. Petersburgskoj gorodskoj obščej dumy o rastrate summ zdešnego Remeslennogo upravljenija i o raznogo roda nepravil'nych dejstvijach remeslennogo staršiny Malkova (April 1864 - Sept. 1867), hier: l. 10, 61.

dem Generaladjutant Graf Levašëv, in seinem Amt bestätigt. Der Grund dafür war, daß gegen den zweiten Bewerber Fëdor Semënov ein Gerichtsverfahren lief. Petrovskij war seit 1848 öffentlich tätig. Neun Jahre zuvor war er zum ständigen Mitglied der Verwaltung und 1864 zum Schatzmeister gewählt worden. Der Vorgänger von Petrovskij im Amt, Bljum, protestierte zusammen mit einigen anderen ständigen Meistern gegen die Bestätigung des Gouverneurs und rief die Versammlung auf, sie nicht anzuerkennen. Die Deputierten wollten sich denn auch mit der Bestätigung Petrovskijs im Amt nicht abfinden. Zunächst drückte sich dies nur in Form von Ungehorsam einzelner Zunfältester aus, die jedoch nach und nach eine Front gegen den Ständesältesten bildeten.

Die Rädelsführer der Opposition waren der frühere Ständesälteste Bljum und die Verwaltungsangestellten, die aufgrund ihrer Kompetenz in der Buchhaltung und ihrer in der Regel höheren Ausbildung in der Verwaltung die Oberhand beßasen<sup>357</sup>. In diesem Falle waren es die Gebrüder Pavel und Fëdor Aleksandrov. Der erste war Schriftführer der Deputiertenversammlung und Kunstmaler von Beruf, der zweite als Makler in der Verwaltung tätig. Gegen die Gebrüder lief ein Gerichtsverfahren wegen Aufhetzung der Deputierten und des ganzen Standes. Des weiteren waren die gewählten Mitglieder der Handwerksverwaltung Pompej Moskvín, Karp Makarov, der Bäcker Daniil Polozov, der frühere Beisitzer und Kaufmann Nikolaj Gibner, der Schreiber der Rekrutenabteilung Gavriil Brjunin und selbst der frühere Anwärter auf das Amt des Ständesältesten und das Verwaltungsmitglied Fëdor Semënov in der Opposition aktiv<sup>358</sup>.

Die Eskalation des Konfliktes zwischen dem Ständesältesten und der Deputiertenversammlung führte dazu, daß die Deputierten die Anweisungen von Petrovskij ignorierten. Ständesammlungen unter seinem Vorsitz konnten nicht stattfinden. Deswegen war Levašëv gezwungen, das Stadtoberhaupt (*Gorodskoj golova*) zu bitten, die Versammlungen unter seinem Vorsitz zu führen. Im Herbst 1869 lehnte er es aus Zeitmangel allerdings ab, den Vorsitz zu übernehmen.

Während der Versammlungen ergriff der Makler Aleksandrov ständig das Wort und widersprach dem Ständesältesten „frech und unanständig“<sup>359</sup>. Am 12. März wies ihn der Vorsitzende darauf hin, seinen unmittelbaren Pflichten als Protokollführer nachzugehen und sich nicht in die Debatten einzumischen. Die Versammlung wurde in einer Weise aufgeheizt, daß der Vorsitzende sich gezwungen sah, sie zu schließen. Als Anfang April 1869 Pavel Aleksandrov nach der Verfügung des Leiters des St. Petersburger Gouvernements, Generaladjutant Levašëv, seines Amtes enthoben wurde, konnte fast keine Deputiertenversammlung bis zu Ende geführt werden. Die Deputierten versuchten zu beweisen, daß die Bestätigung Petrovskijs seitens des Generalgouverneurs im

---

<sup>357</sup> Vgl., Ditjatin, *Gorodskoe*, S. 245ff., 363.

<sup>358</sup> Doklad ot 13.09.1869, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1058: O vozbuždenii, hier l. 1.

<sup>359</sup> Ebd. l. 1f.



Amt des Standesältesten nicht richtig gewesen war und deswegen, ihren Worten nach, keine Rechtskraft hatte.

Der suspendierte Pavel Aleksandrov und sein Bruder, der Makler der Handwerksverwaltung Fëdor, gaben sich hiermit nicht zufrieden. Sie unterminierten die Arbeit der Handwerksverwaltung, indem sie in verschiedenen Gaststätten Versammlungen der Handwerker organisierten, um unter den Mitgliedern der Handwerksverwaltung und unter den Handwerksmeistern Mißtrauen gegenüber dem Standesältesten zu schüren. Die Wirkung der Gebrüder auf die Teilnehmer der Deputiertenversammlung war so groß, daß sich von den 145 Deputierten nur 17 ihrem Einfluß entziehen konnten. Die übrigen hatten sich in einer Korporation unter der Führung der Gebrüder Aleksandrov zusammengeschlossen, die weiterhin an den Deputiertenversammlungen aktiv teilnahm<sup>360</sup>.

Die nächsten Deputiertenversammlungen vom 12. August und vom 15. September 1869 scheiterten. Das letzte Mal, als Petrovskij von der Gegenpartei gezwungen wurde, die Versammlung zu schließen, bat man ihn, den Raum zu verlassen, wonach die Deputierten die Sitzung fortsetzten und ein Schreiben an den Stadthauptmann (*gradonačal'nik*) verfaßten<sup>361</sup>. Das neue Jahr brachte keine Änderungen in der Lage. Als Petrovskij die Versammlung am 12. März 1870 eröffnen wollte, traten die Deputierten Bljum, der frühere Standesälteste, Polozov, der Nachfolger von Petrovskij, Moskvín und Pavel Aleksandrov vor und verkündeten in ultimativer Form, daß sie unter keinen Umständen unter seinem Vorsitz tagen würden<sup>362</sup>. Diese Protestaktionen trugen dazu bei, daß Petrovskij früher oder später abgesetzt werden könnte.

Alle Versuche der Obrigkeit, diesen Streit zu schlichten, brachten keinen Erfolg. Dem Wunsch des Innenministers gemäß wurden vor der Versammlung vom 16. Juli von jeder Zunft die Ältesten und Deputierten zur Besprechung eingeladen. Der wirkliche Staatsrat Lutkovskij versuchte sie zu überreden, dem Standesältesten zu gehorchen. Trotzdem faßten die Deputierten während der nächsten Versammlung den Beschluß, sich in Zukunft nur unter dem Vorsitz des Stadtoberhaupts oder der Zunftältesten zu versammeln. Das anwesende stellvertretende Stadtoberhaupt, Staatsrat Preis, der diesmal den Vorsitz hielt, argumentierte, daß dieser Beschluß keine Rechtskraft haben könne, was die

---

<sup>360</sup> Ebd.

<sup>361</sup> Doklad S. Peterburgskogo gubernatora ministru vnutrennich del ot 28.09.1869, in: RGLA, f. 1287, op. 38, d. 1058: O vozbuždenii, hier l. 15f.

<sup>362</sup> Doklad S. Peterburgskogo gubernatora upravljajuščemu ministerstvom vnutrennich del ot 06.05.1870, in: RGLA, f. 1287, op. 38, d. 1072: O naznačenii dlja prisutstvovanija v sobranii vybornych meščanskogo i remeslennogo soslovij S. Peterburga za uprazdneniem dolžnosti uezdno go strjapčego osobogo lica (Oktober 1869-Juli 1870), hier l. 9.

Deputierten aber nicht zurückhielt, weiter gegen den Vorsitz des Handwerksältesten zu protestieren.

Zur Aufklärung der Ursachen des Ungehorsams der Deputierten wurde im September 1869 der Prokuror des Kreisgerichtes eingeschaltet, der eine Untersuchung anordnete. Der stellvertretende Innenminister Fürst Lobanov-Rostovskij machte einige Zugeständnisse an die Deputierten und ließ Versammlungen unter dem Vorsitz des Stadtoberhaupts zu, bis die Ermittlungen gegen die Schuldigen Bljum, Aleksandrov und andere abgeschlossen wurden. Allerdings stellte das Kreisgericht das Gerichtsverfahren mit dem Beschluß vom 21. Juli 1870 ein, so daß die administrative Macht in Person des Gouverneurs kein Mittel fand, den Streit zu schlichten<sup>363</sup>. Das führte zu einem vollständigen Stillstand der ständischen Angelegenheiten<sup>364</sup>. Die Anführer der Opposition fühlten sich jetzt noch sicherer. Eine weitere Anfrage des Innenministeriums an die gesetzgebende Abteilung (*zakonodatel'noj otdelenie*) des Justizministeriums brachte keinen Erfolg. In der Antwort an den geschäftsführenden Stellvertreter des Innenministers hieß es: „Das Justizministerium hat keine Mittel, die Unruhen zu beseitigen“<sup>365</sup>. Doch das Schreiben des Justizministeriums war nicht das letzte Wort. Im Januar 1871 baten 21 ständige Zunftmeister, die Petrovskij Beistand leisten wollten, den Innenminister, Maßnahmen zu ergreifen:

„Die Unruhen in unserem Stand lassen nicht nach. Im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Stadtordnung und sich nähernden Wahlen in unserem Handwerkerstand werden sie immer größer. Dies geschieht wegen der unangemessenen Ansprüche einiger Deputierter auf den ehrenvollen Platz des Standesältesten. [...] Die Beschuldigungen gegen den ehrlichen und fähigen Standesältesten Petrovskij haben keine Grundlage. Durch seine vernünftige und ehrliche Arbeit wurden einige nützliche Wohltaten vollbracht. Unter anderem initiierte und verfaßte er das Projekt der ‚Neuen St. Petersburger Gesellschaft der Handwerksindustrie‘. Wenn Petrovskij wegen der Unruhestifter seines Amtes enthoben wird, wird die Handwerksgesellschaft einen großen Verlust erleiden“<sup>366</sup>.

---

<sup>363</sup> Dokladnaja zapiska, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1058: O vozbuždenii, hier l. 60f.

<sup>364</sup> Doklad S. Peterburgskogo gubernatora ot 6 maja 1870, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1072: O naznačenii, hier l. 8.

<sup>365</sup> Otnošenje ministra justicii k upravljajuščemu ministerstvu vnutrennich del ot 9 ijulja 1870, in: Ebd., l. 21f.

<sup>366</sup> Prošenie večno-cechovykh masterov ministru vnutrennich del v janvare 1871, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1058: O vozbuždenii, hier l. 78.

Anscheinend wurde Petrovskij für die nächste Legislaturperiode nicht mehr vom Innenminister im Amt bestätigt oder, was in Anbetracht der feindlich gesinnten Mehrheit in der Deputiertenversammlung am wahrscheinlichsten ist, nicht wiedergewählt. Mit ihrer Verweigerungshaltung hatten die Deputierten ihr Ziel erreicht: Petrovskij war der letzte Handwerksälteste, der versuchte, die Interessen der zeitweiligen Handwerker zu vertreten.

Nach der neuen Stadtordnung von 1870 wurden alle ständischen Verwaltungen, unter ihnen auch die der Handwerker, unmittelbar der Gouvernementsverwaltung unterstellt. Von nun an gingen alle Klagen gegen die Angestellten der Handwerksverwaltung nicht an die Allgemeine Duma, sondern unmittelbar an die Gouvernementsverwaltung.<sup>367</sup> Dies verursachte einige Mißverständnisse bezüglich der Zuständigkeit beider Institutionen. Zur Verwirrung trug das Handwerksstatut von 1876 bei, das die Wahlordnung von 1846 als abgeschafft bestätigte. Das bedeutete z. B., daß an der Wahl der Beisitzer neben ihren Stellvertretern auch die zeitweiligen Handwerker selbst, rund 6.000 an der Zahl, teilnehmen durften. Das führte zu verschiedenen Deutungen des Gesetzes seitens der Deputierten, des Standesältesten und der Gouvernementskammer für Stadtangelegenheiten (*prisutstvie po gorodskim delam*), die sich an der neuen Stadtordnung von 1870 orientierte. Aus diesem Grund erkannte die Gouvernementskammer für Stadtangelegenheiten die Wahl des Standesältesten vom 21. Dezember 1878 nicht an, die nach der alten Stadtordnung von 1846 durchgeführt wurde. Dies führte zu ständigen Nachwahlen, so daß ab 1878 die Mitglieder der Selbstverwaltung, die Deputierten und der Standesälteste mehrere Jahre nicht gewählt wurden.

Die Amtszeit des Standesältesten Daniil I. Polozov (1874-1877) zeichnete sich durch eine weitere Verschuldung der Selbstverwaltung aus, die am Ende seiner Amtszeit die riesige Summe von 288.156 Rubeln betrug. Teilweise wurde die hohe Verschuldung durch die Kreditaufnahme für den Bau neuer Schulen und eines Armenhauses, noch mehr aber durch die unordentliche Buchführung verursacht. Als die Deputiertenversammlung den Finanzbericht für 1877 nicht entlastete, geriet die Buchführung ins Stocken<sup>368</sup>.

Inzwischen verordnete der Stadthauptmann dem Standesältesten, die Ältestenwahl nach der neuen Wahlordnung durchzuführen, d.h., alle Standesmitglieder sollten zur Wahl eingeladen werden. Da aber die Wahl nach der alten Ordnung in der

---

<sup>367</sup> Cirkuljar ministerstva vnutrennich del vsem gubernatoram ot 14.12.1877, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1402: Po voprosu c tom kakie učreždenija dolžny rassmatrivat' žaloby na dolžnostnyh lic remeslennogo upravlenija i podvergat' ich predaniju sudu v gorodach, v koich vvedeno v dejstvie Gorodskoje položenie 16 ijunja 1870 goda (1872-1881), hier l. 32.

<sup>368</sup> Novoe vremja, Nr. 1233 (1879) und Peterburgskij listok Nr. 132 (1879), in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1954: Po dokladnoj zapiske vremenno-cechovyh masterov S. Peterburgskogo remeslennogo obščestva Šubbe, Michel'sona, Svensona i drugih ob učreždenii, v vidach prizrenija v stolice neimuščich členov iz vremenno-cechovyh remeslennikov, osobyh dlja označennyh cechovyh kass (7.3.1879-21.9.1887), hier l. 12.

Deputiertenversammlung durchgeführt worden war, ordnete der Stadthauptmann Nachwahlen an. Interessant ist, daß die Deputiertenversammlung sich weigerte, die Verordnung der Obrigkeit auszuführen. Der Konflikt zwischen der Deputiertenversammlung und dem Standesältesten bzw. dem Stadthauptmann weitete sich aus und griff auf die Stadtverwaltung über, in der ebenfalls keine Einigkeit bezüglich der Neuwahl bestand: die Minderheit der Kammer mit dem Stadthauptmann Trepov an der Spitze war für die Neuwahl, die Mehrheit dagegen erkannte die Wahl an. Ungeachtet dessen befahl Trepov mehrmals, die Wahl zu wiederholen. Die Spaltung in der Gouvernementskammer für Stadtangelegenheiten zeugt einerseits von relativer Unabhängigkeit der Kammermitglieder, andererseits von möglicher Willkür seitens des Stadthauptmanns, der seine Macht manchmal mißbrauchte und durch Umgehung der Kammerbeschlüsse auf administrativem Wege die Neuwahlen anordnete. Die Mehrheit der Kammermitglieder leisteten der Aufforderung Trepovs keine Folge, wodurch ein langwieriger Streit zwischen dem Stadthauptmann und der Mehrheit der Kammermitglieder entstand. Demzufolge sind die Aussagen der Zemstvoverwaltungen über die völlige Abhängigkeit der gemischten Kammern vom Stadthauptmann zu relativieren. Die Lage war von Fall zu Fall unterschiedlich<sup>369</sup>.

Der Einfluß des Stadthauptmanns wurde nicht nur durch den Senat<sup>370</sup>, sondern auch durch die legislative Macht der Deputiertenversammlung der Zunfthandwerker begrenzt, die die Handwerksverwaltung daran hinderte, die Verfügungen des Stadthauptmanns auszuführen. Polozov konnte also die Anweisungen über die Nachwahlen von Trepov nicht ausführen, weil die Deputiertenversammlung darauf beharrte, die 14 neu gewählten Deputierten im Amt zu belassen. Mit anderen Worten nahm die legislative Macht - die Deputiertenversammlung - ihre Rechte wahr und weigerte sich, die Verordnungen des Stadthauptmanns - der exekutiven Macht - auszuführen, obwohl letzterer per Dekret die Entscheidungen dieser Versammlung, wenigstens für einige Zeit, außer Kraft setzen konnte. Es bestand für die Deputiertenversammlung eine weitere Möglichkeit, Einspruch gegen die Verordnungen von Trepov beim Senat zu erheben, was sie auch tat. Es dauerte aber manchmal Jahre, bis die Fälle endlich gelöst waren, wodurch der Stadthauptmann seine Ziele doch erreichen konnte. Dieser Zeitfaktor trat in diesem konkreten Fall der Selbstverwaltung der Zunfthandwerker besonders deutlich zu Tage.

Wie schon erwähnt, kam die Verwirrung durch die veränderte Wahlordnung für die städtische Selbstverwaltung zustande, die in der Gesetzesammlung von 1876 im Artikel 586 des elften Bandes beschrieben wird. Nach diesem Artikel sollte an der Wahl die ganze städtische Gesellschaft bzw. der ganze Stand teilnehmen.

---

<sup>369</sup> Liessem, Verwaltungsgerichtsbarkeit, S. 216ff.

<sup>370</sup> Ebd., S. 219.

Deswegen erkannte das Amt für die städtischen Angelegenheiten die Wahl, die nach den alten Regeln durchgeführt wurde, nicht an, was Polozov während der Versammlung bekanntgab. Die Deputierten Lebedev, Čistjakov, Filipov, Gorodskoj und Vorožbickij schlugen vor, eine Anfrage an den Stadthauptmann zu richten, ob die 14 neu gewählten Deputierten im Amt bleiben durften oder nicht. Nach einer negativen Antwort des Standesältesten und seinem Hinweis auf die Verordnung der Obrigkeit bezüglich der Neuwahl brach unter den Deputierten ein Tumult aus. Die Unstimmigkeiten, die über die Verordnungen des Amtes für die städtischen Angelegenheiten herrschten, führten dazu, daß die Versammlung eine Kommission zusammenstellte, welche die Verzeichnisse der Deputiertenkandidaten zusammenfassen und überprüfen sollte, wobei diese Entscheidung vom Stadthauptmann als gesetzwidrig eingestuft wurde.

Die Vermischung der Kompetenzen von Stadtverwaltung und von Regierung einerseits und der Selbstverwaltung der Handwerker andererseits, sorgten für einen langen Rechtsstreit. Polozov ließ für die nächste Legislaturperiode von 1877 bis 1880 aus oben angeführten Gründen keinen neuen Standesältesten und keine Deputierten wählen. Der Nachfolger von Trepov, der Stadthauptmann General-Major Aleksandr Ėlpidiforovič Zurov, ließ mehrere an ihn gerichtete Bittschriften der Deputierten, die sich zwischen Herbst 1878 und Winter 1879 sechsmal bei ihm beschwerten, unbeantwortet. Er leitete sie an die Leitung der städtischen Angelegenheiten weiter, und hier verschwanden sie im Rächewerk des Verwaltungsapparates.

Der nächste Schritt der Deputierten war eine Bittschrift vom 28. Februar an den geschäftsführenden Innenminister (*upravljajuščij ministerstvom vnutrennich del*), Lev Savič Makov, der weitere Gesuche am 7. März, 14. Mai und 22. September folgten<sup>371</sup>. In den Gesuchen wurden die üblichen Versäumnisse der Verwaltung und des Standesältesten aufgezählt, die auch seine Nachfolger, wie z. B. Nikanor Afanas'evič Lebedev, betrafen. Da Polozov schon anderthalb Jahre nicht wiedergewählt worden war, kam es immer öfter zu Konflikten zwischen dem Standesältesten und den Deputierten. Am 5. Juli 1878 erschien Lebedev „in angetrunkenem Zustand“ in der Versammlung, wandte sich mit „unflätigen

---

<sup>371</sup> „Prošenie masterov S. Peterburgskich cechov“, ot 28 fevralja, und „Dokladnye zapiski masterov S. Peterburgskich cechov“ ot 7 i 14 maja i 22 sentjabrja 1879 upravljajuščemu ministerstvom vnutrennich del L. S. Makovu, in: Delo po prošeniju S. Peterburgskich masterov raznych remeslennych cechov Čistjakova, Polikarpova i drugih ob ustranении ot dolžnosti staršiny remeslennoj upravly Polozova i o naznačenii na etu dolžnost' novych vyborov. Tut že o besporjadkach po remeslennomu upravleniju i o revizii onogo, RGLA, f. 1287, op. 38, d. 1952, l. 1-25.

Schimpfreden“ an die Deputierten und behauptete, einer der Deputierten sei ein Dieb<sup>372</sup>.

Kaum eine einzige Versammlung verging ohne Ausschreitungen, die durchaus mit denen in den Jahren 1869/70 vergleichbar waren. Was z. B. während der Deputiertenversammlung am 29. September 1879 in der Stadtduma am Nevskij Prospekt geschah, schilderte die Zeitung „Novoe Vremja“ folgendermaßen:

„Die Versammlung stellte einen chaotischen, lärmenden Auflauf dar, in dem Lärm und Geschrei von Zeit zu Zeit in einen heftigen Wortwechsel übergingen, der wiederum jede Minute drohte, in eine Schlägerei auszuarten. Im Gegensatz zu den früheren Versammlungen erschienen 186 Deputierte, die hauptsächlich die Rechtmäßigkeit der Wahl in die Handwerksverwaltung vom 21. Dezember 1878 interessierte“<sup>373</sup>.

Auffällig an diesem Textabschnitt ist, daß fast alle Deputierten in der Versammlung erschienen, weil sie „die Rechtmäßigkeit der Wahl“ interessierte. Es muß daran erinnert werden, daß die Handwerker die Vertreter „der unteren Schicht“ des Wirtschaftsbürgertums waren, die noch im 18. und im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts kein besonderes Interesse an der Selbstverwaltung hatten. Jetzt konnte der Standesälteste nicht, wie es noch in den 1840er Jahren der Fall war, seinen Amtsgeschäften fast unkontrolliert nachgehen.

Es gab seitens der Handwerksverwaltung keine Berichterstattungen an die Deputiertenversammlung und es fand keine Überprüfung der Buchführung seitens der Deputiertenversammlung mehr statt. Für das Jahr 1879 wurde kein Kostenvoranschlag aufgestellt. Dank der Nachsicht des Standesältesten konnte der korrupte stellvertretende Buchhalter Chaneckij weiter im Amt bleiben. Die drei Deputiertenversammlungen, die Polozov bis zum Februar 1879 einberufen ließ, brachten kein Ergebnis, so daß insgesamt etwa 1.000 Rubel oder rund 300 Rubel pro Versammlung ohne jeden Erfolg ausgegeben wurden<sup>374</sup>.

Erst am 23. Oktober 1879 erfolgte ein Bericht des Stadthauptmanns an das Wirtschaftsdepartement des Innenministeriums, in dem die eigentlichen Gründe für die Verzögerung der Amtsgeschäfte festgestellt wurden. Im September und Oktober 1879 wurde Polozov mehrmals angewiesen, die Versammlung der Deputierten zusammenzurufen, was er auch einmal tat. Die oben erwähnte

---

<sup>372</sup> Prošenje masterov S. Peterburgskich cechov k upravljajuščemu ministerstvu vnutrennich del L. S. Makovu ot 28 fevralja 1879, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1952: Po prošennju Čistjakova, Polikarpova, hier l. 1.

<sup>373</sup> Der Zeitungsausschnitt aus „Novoe Vremja“ Nr. 1291 (1879), in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1952, l. 34.

<sup>374</sup> Prošenje masterov (...) ot 28 fevralja 1879, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1952: Po prošennju Čistjakova, Polikarpova, hier l. 1.

Versammlung am 29. September war seine letzte. Polozov gestand schließlich selbst ein, daß die letzten anderthalb Jahre seiner Amtszeit der Gesellschaft wenig Nutzen gebracht hatten<sup>375</sup>.

Symptomatisch ist, daß sowohl Polozov als auch alle nachfolgenden Standesältesten seit den 1870er Jahren, als die Handwerksselbstverwaltung unmittelbar der Gouvernementsverwaltung unterstellt wurde, sich über die Deputiertenversammlung erhoben und die Beschlüsse der Deputierten mißachteten, von der sie gewählt wurden. Sie folgten den Befehlen des Gouverneurs, der sie im Amt bestätigte.

Noch größeres Ausmaß erreichte die Willkür der Handwerksverwaltung gegenüber der Deputiertenversammlung während der Amtszeit des Nachfolgers von Polozov. Der Schneider Nikanor Afanas'evič Lebedev übernahm nach der Bestimmung der Deputiertenversammlung am 20. Oktober 1879 zeitweilig den Vorsitz in der Handwerksverwaltung noch vor der Veröffentlichung des Senatserlasses. Allerdings durfte er als stellvertretender Vorsitzender der Verwaltung nicht den Vorsitz während der Deputiertenversammlung übernehmen. Lebedev, der sich schon früher in der Opposition gegen Petrovskij äußerst aggressiv verhalten hatte, handelte so eigenmächtig und eigensinnig, daß diese wahre „Plage“ mit den Ältesten in der Handwerksverwaltung kein Ende zu nehmen schien.

Der Stadthauptmann A. Ė. Zurov charakterisierte die Handlungen von Lebedev folgendermaßen:

„Während der Versammlung am 1. Dezember 1879 ließ Lebedev aus eigennützigen Gründen nicht zu, die Verfügung der Leitung der städtischen Angelegenheiten in der Deputiertenversammlung vorzulesen, wofür er entlassen werden muß. Er ließ grobe Störungen der Wahlordnung während der Wahl des Handwerksältesten am 11. Dezember zu, indem er beide Kästen mit den Stimmbällen herausnahm und sie vermischte. Als die Stimmen gezählt wurden, vermißte man einen Ball, wonach Lebedev die fehlende Stimme eigenmächtig für sich zählte. Die Forderung der Deputierten, die Wahl für nichtig zu erklären, wurde von Lebedev nicht beachtet“<sup>376</sup>.

Ungeachtet dieses Plädoyers des Stadthauptmanns für eine Entlassung Lebedevs, blieb er dank seiner Wiederwahl am 9. Januar 1880 weiter im Amt und kündigte zwölf der ihm nicht genehmen Verwaltungsmitglieder, von denen einige seit mehr als zwölf, ja sogar bis zu zwanzig Jahren im Dienst gewesen waren. Aus unerklärlichen Gründen änderte der Stadthauptmann später seine negative

---

<sup>375</sup> Ebd.

<sup>376</sup> Журнал С. Петербургского по городским делам присутствия от 8 января 1880, in: РГИА, ф. 1287, оп. 38, д. 1952: По прошению Чистякова, Поликарпова, hier l. 58.

Meinung über Lebedev und befürwortete beim Innenminister im September dieses Jahres seine Unterstützung<sup>377</sup>.

Im Sommer 1880 geriet die Verwaltung in eine noch tiefere Krise. Die Unordnung in der Handwerksverwaltung vergrößerte sich ständig. Einige Handwerker äußerten ihre Meinung gegenüber dem Innenminister, daß die Selbstverwaltung nicht imstande sei, über alle Angelegenheiten der Handwerksgesellschaft weiterhin kollegial zu entscheiden. N. Lebedev, der von den Meistern nicht als Handwerksältester, sondern als ein Meister der Schneiderzunft genannt und anerkannt wurde, behielt illegal den Vorsitz in der Handwerksverwaltung. Infolge seiner willkürlichen Handlungen wurde die Standeskasse im Laufe der vorangegangenen Monate nicht überprüft. Lebedev trug in die Akten der Buchhaltung unzulässige Änderungen und Bemerkungen ein, was eine Überprüfung der ein- und ausgegangenen Summen nicht mehr möglich machte. Sitzungen in der Handwerksverwaltung fanden nicht statt, und Kollegialität geriet in Vergessenheit, weil die Entscheidungen allein von Lebedev getroffen wurden. Er wies die Angestellten der Verwaltung an, alle eingehenden Papiere den beiden Stellvertretern der ständigen sowie den beiden Beisitzern der zeitweiligen Handwerker vern zuhalten. Infolgedessen ignorierten die niederen Verwaltungsmitglieder vollkommen die Anordnungen ihrer Vorgesetzten, der Stellvertreter des Handwerksältesten und der Beisitzer. Es schien, daß die Streitereien kein Ende nehmen sollten. Der Konflikt zwischen der Legislative, also der Deputiertenversammlung, und der Exekutive, dem Handwerksältesten, gewann immer mehr an Schärfe.

Infolge dieser Ereignisse verlor Lebedev in den Augen der Deputierten jede Legitimation und durfte den Vorsitz in der Deputiertenversammlung nicht mehr behalten, sondern mußte ihn widerwillig seinen Stellvertretern überlassen. Dies war jedoch nicht der Fall in der Verwaltung, wo er sich behaupten konnte. Die eingereichten Einsprüche seitens der Deputierten wurden von ihr nicht angenommen und wenn sie dagegen protestierten, ignorierte die Verwaltung sie. Der Verwaltungsbetrieb kam zum Stehen. Die Anmaßung Lebedevs war so grenzenlos, daß er während der Versammlung am 22. Mai die Deputierten selbst des Amtsmißbrauchs beschuldigte<sup>378</sup>.

Der Senatserslaß vom 6. April 1881 klärte die Streitigkeiten zwischen legislativer und exekutiver Macht in der Handwerkerselbstverwaltung endgültig und setzte die Verordnung von Trepov bzw. den Beschluß der Minderheit von Amtsmitgliedern der Gouvernementskammer für Stadtangelegenheiten mit Trepov an der Spitze von 1878 außer Kraft. Das hieß, daß die Deputiertenversammlung der

---

<sup>377</sup> Doklad S. Peterburgskogo gradonačal'nika ministru vnutrennich del ot 15 sentjabrja 1880, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1952: Po prošeniju Čistjakova, Polikarpova, hier l. 101.

<sup>378</sup> Dokladnaja zapiska cechovyh masterov ministru vnutrennich del ot 8 ijulja 1880, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1952: Po prošeniju Čistjakova, Polikarpova, l. 74f.



Zunfthandwerker Recht behielt und die gesonderte Wahlordnung von 1846 für St. Petersburg und Moskau nicht abgeschafft wurde, sondern in Kraft blieb, was auch im Handwerksstatut von 1879 bestätigt worden war. Dementsprechend sollte die Wahl in die Verwaltung genauso wie früher, d. h. nicht bei einer Vollversammlung der wahlberechtigten Handwerker, sondern während einer Deputiertenversammlung durchgeführt werden<sup>379</sup>. Der Standesälteste sollte in einer geschlossenen Versammlung gewählt werden, an der die Zunftältesten und je zwei ständige Meister von jeder Zunft teilnehmen durften<sup>380</sup>.

Im Hinblick auf die in diesem Unterkapitel angesprochene Problematik des Handlungsraumes zwischen der Regierung und Handwerksselbstverwaltung sowie der aktiven Beteiligung der Zunfthandwerker in den Standesangelegenheiten ist es nötig, etwas ausführlicher über den allgemeinen Hintergrund zu sprechen.

Auch in westeuropäischen Städten erreichten die Zünfte nicht immer eine unabhängige Stellung gegenüber der Obrigkeit. Die Zünfte verfaßten zwar ihre Ordnungen und Statuten selbst, der Rat mußte sie aber bestätigen. Ähnlich wie in St. Petersburg konnten die Behördenvertreter in Lübeck in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Einflußnahme in den Zunftversammlungen vornehmen. Die Zunftvorsteher wurden ebenfalls von der Obrigkeit im Amt bestätigt<sup>381</sup>. Die St. Petersburger Zünfte verfaßten einige Regelungen und bestätigten sie beim Stadtmagistrat. Die Statuten und die Zunftbräuche wurden im Innenministerium verfaßt und den Zünften gegeben. Die Zünfte durften zwar auf den Zunftversammlungen die Paragraphen des Handwerksstatutes ändern, ihre rechtliche Bestätigung aber blieb den oberen städtischen bzw. staatlichen Behörden, dem Stadtmagistrat oder der Stadtduma bzw. dem Innenministerium, vorbehalten.

Weitere Einschränkungen brachte die Stadtordnung von 1892 mit sich. Artikel 89 des neuen Stadtstatutes erlaubte der Handwerksverwaltung, die legislative Macht zu umgehen und ein Aktenstück an die Gouvernementsverwaltung weiterzuleiten, wenn die Deputiertenversammlung wegen mangelnder Besetzung zweimal nacheinander die Entscheidung über eine Frage nicht treffen konnte<sup>382</sup>. Infolge der

---

<sup>379</sup> Ukaz Senata ot 6 aprlja 1881 o porjadke proizvodstva vyborov v soslovných učreždenijach, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1952: Po prošennju Čistjakova, Polikarpova, l. 185f.

<sup>380</sup> Po raportu S. Peterburgskogo gradonačal'nika o nesoglasii ego s postanovleniem gubernskogo po gorodskim delam prisutstvija i otnositel'no porjadka proizvodstva vyborov v S. Peterburgskoe remeslennoe obščestvo ot 16 ijulja 1880, in: RGIA, f. 1341, op. 145, d. 480, l. 3, 8.

<sup>381</sup> Reinald Ennen, Zünfte und Wettbewerb. Möglichkeiten und Grenzen zünftlicher Wettbewerbsbeschränkungen im städtischen Handel und Gewerbe des Spätmittelalters (Neue Wirtschaftsgeschichte, Bd. 3). Köln-Wien 1971, S. 9.

<sup>382</sup> Nardova, Samoderžavie, S. 14.

Reformen wurde die Verordnenenzahl in der Stadtduma ständig gekürzt: im Jahre 1873 betrug ihre Anzahl statt wie früher 750 (Stadtordnung von 1870) nur noch 250 Verordnete und 1893 blieben laut Stadtordnung von 1892 nur noch 160 Verordnete übrig. Dies hatte für die Deputiertenversammlung der Zunftmeister erkennbar wenig Bedeutung<sup>383</sup>. Auch wenn die Zahl der Verordneten der Stadtduma im Jahre 1894 weiter auf 88 absank, blieb die Zahl der Deputierten in der Selbstverwaltung der Handwerker unverändert bei etwa 160. Das heißt, daß mit der Verringerung der Teilnahme der Zunfthandwerker an der Stadtduma von 66% am Ende des 18. Jahrhunderts auf weniger als 1% am Ende des 19. Jahrhunderts ihre Aktivitäten fast ausschließlich auf Standesangelegenheiten begrenzt wurden.

Die unterschiedliche Einstellung zur Wahl unter den drei Gruppen der Wahlberechtigten - Kaufleute, Kleinbürger und Zunfthandwerker - läßt sich an einem Vergleich verdeutlichen: Die Wahlbeteiligung bei der Stadtdumawahl wies im Laufe der 1890er Jahren eine steigende Tendenz auf, war aber geringer als bei den Zunfthandwerkern; 1893 nahmen an der Wahl 28% der Wahlberechtigten, 1897 34,6% und 1898 46,4% teil. Aber auch 1898 waren die Handwerker mit nur zwei Dumamitgliedern<sup>384</sup> oder mit weniger als 1% deutlich unterrepräsentiert. Dies hing mit zwei Faktoren zusammen: Erstens verhinderte der hohe Wahlzensus von 3.000 Rubeln an Immobilienwert, der im Jahre 1870 noch 300 Rubel betrug<sup>385</sup>, die

---

<sup>383</sup> Semënov, Gorodskoe samoupravlenie, S. 246; Al'bom glasnych S. Peterburgskoj gorodskoj dumy. St. Petersburg 1903, S. 5.

<sup>384</sup> Die Namen der beiden Meister, die in die Stadtduma gewählt wurden, sind bekannt. Es waren Emil Vasil'evič Vasil'ev und Vasilij Anisimovič Rachmanov. E. V. Vasil'ev war Meister der Wagenbauer- und Tapeziererzunft. Seine öffentliche Tätigkeit außerhalb der Betätigung als Abgeordneter fand ihren Ausdruck in der Beteiligung an verschiedenen städtischen Kommissionen wie der für die Überprüfung der Handels- und Industriebetriebe (*komissija po kontrolju za promyšlennymi i torgovymi predprijatijami*) sowie der Kommission für die Zusammenstellung der Verzeichnisse der Geschworenen Beisitzer in das Kreisgericht (*komissija po sostavleniju spiskov prisjažnych zasedatelej okružnogo suda*). Er war auch Kandidat der Revisions- und Sanitätskommissionen (*revizionnaja i sanitarnaja komissii*), sowie Handelsdeputierter (*torgovyy deputat*). Seine Beteiligung an den wohltätigen Anstalten St. Petersburgs wie an „der Gesellschaft für die Unterstützung der Armen“ (*Obščestvo vspomoščestvovanija bednym*) bei der „Christus-Auferstehungs-Kirche“ (*cerkov' Voskresenija Christova*) und als Ratsmitglied in der Gesellschaft für Wohltätigkeit (*blagotvoritel'noe bščestvo*) in der „Kleine Kolonna“ (*Malaja Kolonna*) verlieh seinem Engagement in der städtischen Gesellschaft Ausdruck. Der zweite Abgeordnete der Stadtduma, V. A. Rachmanov, beteiligte sich an der städtischen Kommission bei der Anlagestelle für die Getreide (*gorodskaja komissija pri chleboj pristani*) am Nevakai. Er nahm an der Kommission für die Zusammenstellung von Verzeichnissen der verdingigten Beisitzer für das Kreisgericht teil. Soziales Engagement fand Ausdruck in seiner Beteiligung an den wohltätigen Anstalten des heiligen Fürsten Vladimir, in: Al'bom glasnych, S. 37, 53.

<sup>385</sup> Nardova, Samoderžavie, S. 15 und 24.

Teilnahme von mehreren Kandidaten der Handwerker an der Dumawahl, zweitens war die Aufmerksamkeit der Handwerker mehr auf ihre eigene Selbstverwaltung gerichtet, die ihren Interessen näher stand.

Allgemein betrachtet war die schon erwähnte geringe Wahlbeteiligung bei der Wahl in die Selbstverwaltungsorgane für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts typisch. Wenn aber die drei Gruppen der Wähler verglichen werden, stellen sich bedeutende Unterschiede heraus. Während die Wahlbeteiligung bei den Kleinbürgern und Kaufleuten gering war<sup>386</sup>, nahmen die Handwerker aktiv an der Wahl in ihre Selbstverwaltung teil. Es wurden z. B. mehrere Nachwahlen in Moskau wegen ungenügender Anzahl von Wählern in den Standversammlungen der Kleinbürger und Kaufleute angeordnet. Die Handwerker wiesen dagegen in den beiden Hauptstädten eine höhere Wahlbeteiligung auf. Es sollte mindestens ein Drittel der Wahlberechtigten bei der Wahl erscheinen<sup>387</sup>. Beispielsweise waren in St. Petersburg in den Jahren 1888 bis 1890 von 930, 979 und 1205 stimmberechtigten Handwerkern je 339, 476 und 709 oder im prozentualen Verhältnis 36%, 48% und 58% an der Deputiertenwahl beteiligt. Die Zahl der Beteiligten stieg also stetig an und erreichte 1890 einen beachtlichen Prozentsatz von 58%<sup>388</sup>. Dieser Prozentsatz spiegelt sich auch in den Wahlen für die Zunftämter wider. So fand am 24. Oktober 1889 unter Vorsitz des Zunftältesten der Schneiderzunft, I.D. Chrystalëv, die Wahl von vier Stellvertretern des Zunftältesten, vier Steuereinnehmern und zehn vereidigten Meistern, entsprechend den zehn Schneiderkunstartern, statt. Von den 785 stimmberechtigten ständigen und zeitweiligen Meistern erschienen am Stichtag 341 bzw. 43,4%<sup>389</sup>.

In diesem prozentualen Unterschied der Wahlbeteiligung zwischen den Handwerkern einerseits und den übrigen Bürgern der Stadt andererseits spiegelt sich die 100jährige Entwicklungsgeschichte der Handwerksverwaltung in St. Petersburg wider, die mit der Reform der Stadtverwaltung 1846 neue Impulse bekam. Die unteren Schichten der Bevölkerung der beiden russischen Hauptstädte wiesen im Vergleich zu den Kaufleuten, dem Beamtentum und dem Adel eine höhere Wahlaktivität und einen stärkeren Organisationsgrad auf. So bezeugt Pissar'kova, daß die Moskauer Kleinbürger bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts eine seriöse Konkurrenz für die führende Macht der Kaufleute in der Moskauer

---

<sup>386</sup> Vgl., Nardova, Samoderžavie, S. 92.

<sup>387</sup> Raport S. Peterburgskogo gradonačal'nika ministru vnutrennich del vom 12. März 1891, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 2375: Ob ustranении zatrudnenij, vznikajuščich pri izbranii vybornych po soslovijam kupečeskomu, meščanskomu i remeslennomu v gorodach Moskve i S. Peterburge, hier l. 18.

<sup>388</sup> Raport S. Peterburgskogo gradonačal'nika, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 2375: Ob ustranении, hier l. 26.

<sup>389</sup> Protokol cechovogo schoda masterov portnogo cecha vom 24. Oktober 1889, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1952: Po prošeniiju (...) Čistjakova, hier l. 179.

Stadtduma darstellten<sup>390</sup>. Die Frage, ob „die neue Munizipalverfassung der Hauptstadt die Erwartungen rechtfertigte, die man in sie setzte“<sup>391</sup>, läßt sich nicht eindeutig negativ beantworten, wie es Ditjatin und Weiß tun<sup>392</sup>. Hildermeier schließt sich ihrer Meinung über die fehlgeschlagene Reform an: „So mißlang der Versuch, die Allgemeine Duma zu beleben“<sup>393</sup>. Dieser Schluß kann für die Allgemeine Stadtduma durchaus gelten, nicht aber für die Handwerksverwaltung, die sich unmittelbar um die Standesangelegenheiten der Meister kümmerte. Diese Unterschiede in der Entwicklung der städtischen Selbstverwaltung führt zu der Notwendigkeit, ihre Entwicklung differenziert zu betrachten. Die Vielfalt der ständischen Angelegenheiten wurde nicht in der Allgemeinen Stadtduma, sondern während der Zunft- und Deputiertenversammlungen deutlich, die im Vergleich zu den Dumasitzungen auch wesentlich öfter stattfanden. In Anbetracht des starken Interesses der Meister an den Standesfragen läßt sich sagen, daß die Bemühungen des Gesetzgebers in der Herausbildung des Handwerkerstandes nicht ohne Folgen blieben. Die Beteiligung an den Deputiertenversammlungen war für die Meister keine Zwangsverpflichtung mehr, sondern eine Ehrenaufgabe, die ihnen eine soziale Artikulation ermöglichte. Doch sollte die Regierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts weitere Reformen durchführen, um mit der gesellschaftlichen Entwicklung Schritt halten zu können. Mit der Bauernbefreiung 1861, den folgenden großen Reformen und mit der Einführung der Stadtordnungen von 1870 und 1892 änderte sich die Gestalt der städtischen Gesellschaft wesentlich. Die ständische Institution der Zunfthandwerker blieb aber ungeachtet dessen bestehen und bewies ihre Fähigkeit, sich zu entwickeln, indem sie versuchte, sich sogar als eine politische Vertreterin aller Handwerker der Hauptstadt zu etablieren und bis 1917 bestand.

Es läßt sich aber auch nicht bestreiten, daß die Handwerksverwaltung wesentliche Züge einer Auftragsverwaltung trug, da sie die Eintreibung der staatlichen Steuern durchführte. Allerdings verliert die These über die starke Abhängigkeit der Verwaltung vom Staat wesentlich, wenn wir berücksichtigen, daß diese Steuereintreibung parallel mit der Sammlung der Abgaben für die Unterhaltung der Selbstverwaltung durchgeführt wurde, was für jede Selbstverwaltung eine unter anderen Primäraufgaben war.

Die Tätigkeit der Verwaltung zwischen 1890 und 1905 ist eng mit dem Namen von Timofej Afanas'evič Zagrebin verbunden, der 1893 als Mitglied der

---

<sup>390</sup> Pissar'kova, Nizšie, S. 6f.

<sup>391</sup> Hildermeier, Bürgertum, S. 278.

<sup>392</sup> Ditjatin, Ustrojstvo, čast' 2, S. 492; G. Weiß, Die russische Stadt zwischen Auftragsverwaltung und Selbstverwaltung. Zur Geschichte der russischen Stadtreform von 1870. Phil. Diss. Bonn 1977, S. 104.

<sup>393</sup> Hildermeier, Bürgertum, S. 279.

Revisionskommission, 1897 als ihr Vorsitzender und Stellvertreter des Standesältesten und von August 1897 bis 1905 als Standesältester tätig war. In seine Amtszeit fielen die Handwerksausstellung von 1899 und der allrussische Handwerkerkongreß von 1900, die in ganz Rußland auf eine breite Zustimmung der Handwerker stießen. Die Handwerker aus den verschiedensten russischen Städten, nutzten diese Großereignisse zu einem regen Informationsaustausch. Es war eine Zeit des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunges, der nicht nur die Groß-, sondern in einem noch höheren Ausmaß die klein- und mittelständische Industrie, das Handwerk eingeschlossen, erfaßte.

Dies alles entlastete das St. Petersburger Zunft Handwerk nicht von den inneren Problemen in der Selbstverwaltung, eher verstärkte es die Intensität und die Dauer der Konflikte. Die Vielzahl der Gerichtsverfahren, gegenseitigen Beschuldigungen und Zusammenstöße kann aber auch positiv als Entstehung einer Streitkultur gewertet werden, die für eine „demokratische“ Fortentwicklung des Handwerkerstandes und seiner Institutionen unabdingbar war. In diese Richtung weist eine Bemerkung des Stadthauptmannes im Jahre 1880:

„Es mag sein, daß die Erfahrungen, die in den letzten Jahren gemacht wurden, nicht folgenlos für die Vertreter des Standes bleiben werden, die gewählt werden und denen die Gesellschaft ihr Vertrauen schenken wird“<sup>394</sup>.

Auch in späteren Zeiten fanden Zusammenstöße zwischen der Verwaltungskanzlei und der Deputiertenversammlung statt, was ein Ausdruck der Verselbständigung beider Gremien war. Das neue Stadtstatut vom 11. Juni 1892, das alle Angestellten der Verwaltung zu Staatsbeamten erhob und dem Gouverneur das Recht gab, unter bestimmten Umständen die Ämter in der Standesverwaltung mit seinen Kandidaten zu besetzen, sorgte für Aufruhr im Stand der Handwerker.

Als von der Deputiertenversammlung Mitte der 90er Jahre gravierende Versäumnisse in der Buchführung festgestellt wurden, ordnete sie eine Revisionskommission an, die aus einigen Mitgliedern des Standes bestand und unter dem Vorsitz von T. A. Zagrebin arbeitete. 1897 schlug er konkrete Maßnahmen für die ordentliche Zusammenstellung der Buchhaltung vor und wurde zum Vorsitzenden der Revisionskommission gewählt. Ihre Mitglieder waren unter anderem der Oberbuchhalter der Bauernbank (*Krest'janskij pozemel'nyj bank*) Piskunov, der Dozent für das Buchhaltungswesen Epifanov und der Angestellte der Gerichtsabteilung in der Direktion der Kazaner Eisenbahnlinie Afanas'ev.

Die Aktivität Zagrebins schien nur ein taktischer Schritt vor und während der Wahlkampagne des Vorsitzenden der Verwaltung und des Standesältesten

---

<sup>394</sup> Doklad S. Peterburgskogo gradonačal'nika ministru vnutrennich del ot 15 sentjabrja 1880, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1952: Po prošeniju (...) Čistjakova, hier l. 103.

gewesen zu sein. Als er im August 1897 gewählt wurde und sein Amt antrat, beendete er prompt das Überprüfungsverfahren. Er ließ den Buchhalter I. Tatarinov trotz mehrerer Beschlüsse der Deputiertenversammlung über seine Absetzung einen Finanzbericht für das Jahr 1895 mit dem Zweck anfertigen, die widerrechtlichen Handlungen der Verwaltungsmitglieder zu vertuschen. Ungeachtet dessen setzte die Revisionskommission ihre Tätigkeit fort. In den 36 Sitzungen, von denen zwölf mit auswärtigen Experten stattfanden, wurde die ganze Buchhaltung der Verwaltung nochmals geprüft. Die Kommission stellte die Mustervorlagen zusammen, die die korrekte Erfassung aller Steuerschulden seitens der Zunftältesten und ein ordentliches Rechnungswesen in den wohltätigen Anstalten des Standes ermöglichen sollten. Die Zunftmakler sollten zu ihren Jahresberichten Belege einführen, die eine Kontrolle des Eingangs der Schuldsummen gewährleisten sollten. Alle neuen Regeln der Kommission bestätigte die Deputiertenversammlung im November 1897, wodurch der Standesälteste die Möglichkeit bekam, die neue von ihm selbst vorgeschlagene Buchführung ab dem 1. Januar 1898 einzuführen und sie in Ordnung zu bringen, was er aber nicht tat. Außerdem mußten die Beschlüsse der Versammlung von der administrativen Macht, also dem Stadthauptmann, bestätigt werden, was ein zusätzliches Hindernis für eine effiziente Politik der Deputiertenversammlung war. Zagrebin bezog sich darauf, daß der Stadthauptmann die Beschlüsse der Deputiertenversammlung nicht bestätigte, wodurch sie für ihn keine obligatorische Macht hatten. Der Standesälteste benutzte diesen rechtlichen Umstand, um sich der legislativen Macht der Deputiertenversammlung, deren Beschlüsse für ihn als obligatorisch galten, zu entziehen<sup>395</sup>.

Der Vorsitzende der Revisionskommission, P. A. Alekseev, und ihre Mitglieder N. A. Andrijanov, A. Ja. Ioganson, A. M. Komarov und S. V. Nazarov entlasteten Tatarinovs Finanzbericht für 1895 nicht. Es wurden unabhängige Sachverständige eingeladen, die den Bericht noch einmal unter die Lupe nahmen. Dazu gehörten der Oberinspekteur der wohltätigen Anstalten der Kaiserin Maria, der Staatsrat A. Ja. Romanovskij und der Inspekteur der Russischen Handels- und Industriebank (*Russkij torgovo-promyšlennyj bank*) I. P. Djukov. Sie stuften Tatarinovs Finanzbericht für das Jahr 1896 als nicht korrekt ein<sup>396</sup>.

Dieser Streit konnte bis 1903 nicht beigelegt werden. Die Revisionskommission, die jetzt unter der Leitung eines Silberschmiedes namens A.F. Makarov-Junëv stand, der von 1909 bis 1912 der Standesälteste war, legte am 7. Juli 1903 dem Beratungsausschuß (*soveščatel'noe prisutstvie*) beim Stadthauptmann einen Bericht vor, in dem allen Verwaltungsmitgliedern die Verantwortung an den

---

<sup>395</sup> Doklad komissii dlja predvaritel'nogo rassmotrenija ob'jasnitel'noj zapiski, in: RGIA, f. 23, op. 7, d. 470: Po raznym voprosam, kasajuščimsja S. Peterburgskoj remeslennoj upravly (8. September 1906 - 3. September 1913), hier S. 46, 49.

<sup>396</sup> Ebd.

Mißständen in der Buchführung zugesprochen wurde. Der Beratungsausschuß kam zu dem Schluß, daß nur die Kassierer die vorgeschriebenen Formen mißachteten und schlug vor, der Verwaltung gegenüber eine Erklärung bezüglich des Berichtes abzugeben. Daraufhin sollte die Deputiertenversammlung bestimmen, in welchem Grad sich jedes einzelne Mitglied der Verwaltung strafbar gemacht hatte. Die Verwaltung legte eine Erklärung vor, in der sie alle Beschuldigungen mit dem Hinweis zurückwies, daß auch das frühere Personal der Verwaltung die Geschäfte auf diese Weise geführt habe. Der Kommissionsvorsitzende Makarov-Junëv erkannte eine Erklärung solcher Art nicht an und beschuldigte die Verwaltung, den Sachverständigen des Beratenden Ausschusses bestochen zu haben. Die Verwaltung hatte nämlich dem Sachverständigen einen Scheinauftrag für 1000 Rubel angeboten, der schon früher von den oben erwähnten Sachverständigen für 300 Rubel ausgeführt worden war. Trotz aller Bemühungen der Verwaltung bewertete der Sachverständige den Sachbericht der Verwaltung vom 10. September 1903 für die Jahre von 1893 bis 1900 als nicht korrekt<sup>397</sup>.

Um Zeit zu gewinnen, bat die Verwaltung die Deputiertenversammlung, eine andere Kommission aus den Deputierten zusammenzusetzen, die die Erklärungen der Verwaltung noch einmal auswerten sollte. Am 31. Oktober 1903 wurde diese Kommission gegründet, bestehend aus folgenden Mitgliedern: A. A. Aleksandrov, P. A. Andreev, O. V. Bogdanov, I. T. Bojcov, V. I. Dyško, K. A. Zil'berg, F. I. Kozakevič, A. M. Komarov, M. A. Leonov, K. I. Prostakov, A. F. Rumjancev, F. V. Semënov, F. I. Timofeev, M. V. Tru und A. K. Jur'ev. Am 20. November wurden die Mitglieder dieser Kommission vom Standesältesten für die Wahl des Vorsitzenden der Kommission eingeladen und wählten einstimmig V. I. Dyško und sein Stellvertreter M. V. Tru.

Die Hoffnung der Verwaltung, den Streit zu schlichten, ging nicht in Erfüllung. Im Gegenteil, die neue Kommission bestätigte die Beschuldigungen von Makarov-Junëv an den neuen Standesältesten und die Verwaltungsmitglieder. Während des Verfahrens weigerte sich die Verwaltung, den Kommissionsmitgliedern die angeordneten Dokumente zur Einsicht vorzulegen oder schob Formalitäten vor, die einer Absage gleichkamen. Es gab keine Möglichkeit, um an die benötigten Unterlagen heranzukommen. Ungeachtet dieser Schwierigkeiten stellte die Kommission fest, daß die Verwaltung bis zum 31. Mai 1901 nichts unternommen hatte, um die Buchhaltung in Ordnung zu bringen. Von 1893 bis 1899 wurden der Handwerkskasse Verluste von mehr als 5.000 Rubel zugefügt. Dieses Geld sollten nun die Schuldigen doppelt zurückzahlen, also 10.000 Rubel aufbringen<sup>398</sup>.

---

<sup>397</sup> Doklad komissii dlja predvaritel'nogo rassmotrenija ob'jasnitel'noj zapiski, in: RGIA, f. 23, op. 7, d. 470: Po raznym voprosam, kasajuščimsja S. Peterburgskoj remeslennoj upravj (8. September 1906 - 3. September 1913), hier S. 46.

<sup>398</sup> Ebd.

Die Frage war nun, wer dieses Geld bezahlen sollte. Anscheinend wurde dieser Konflikt mit der letzten Erklärung der Handwerksverwaltung vom 3. März 1904 beigelegt. Der Standesälteste Timofej Zagrebin blieb bis 1906 im Amt. Und obwohl das Ende der Amtszeit Zagrebins nicht allein mit dem Ausbruch der Revolution von 1905 zu erklären ist, ist es doch berechtigt, sie als wichtige Ursache zu nennen, die für die rasante Änderung der Einstellungen und Werte unter den Handwerkern und den Deputierten verantwortlich war und für einen frischen Wind in den Standesangelegenheiten sorgte. Dadurch wurde mehr Bewegung in den Stand der Handwerker gebracht, die dann letztlich ihren Ausdruck in der Gründung einer Reihe von Berufsgenossenschaften und einer Handwerkerpartei fand<sup>399</sup>.

#### 5.4.2 Die Handwerksverwaltung und die zeitweiligen Zunfthandwerker

Um die angespannte Situation der zeitweiligen Zunfthandwerker anzusprechen, erinnerte der Verordnete der Handwerksabteilung der Stadtduma und zukünftige Standesälteste, G.G. Petrovskij, die Anwesenden in der Versammlung vom 6. November 1864 daran, daß es 6.000 zeitweilige Zunftmeister bzw. etwa fünfmal so viel wie ständige Meister gebe. Seiner Meinung nach wäre es verfehlt, sie und ihre Bedürfnisse zu ignorieren. Sie brachten den größten Teil des Geldes in die gesellschaftliche Kasse ein und zahlten demzufolge für das 200.000 Rubel teure Mietshaus, das Mitte 1861 fertiggestellt worden sei, am meisten<sup>400</sup>. Petrovskij betonte, daß es nicht im Interesse des Standes sei, wenn die Mehrheit der zeitweiligen Zunfthandwerker wegen der Verachtung, die sie von den ständigen Meistern erführen, abwanderten:

---

<sup>399</sup> S. Peterburgskaja remeslennaja uprava. Vozzvanie, [SPb. 1906]; Remeslennaja partija, [SPb. 1906]; Max Weber zur Russischen Revolution von 1905. Schriften und Reden 1905-1912, hrsg. v. Wolfgang Mommsen in Zusammenarbeit mit Dittmar Dahlmann, MWG I/Bd. 10, Tübingen 1989, S. 65, 556f.

<sup>400</sup> Entsprechend dem Vorschlag des ehemaligen Standesältesten N. M. Komarov im Jahre 1858 wurde von der Deputiertenversammlung beschlossen, ein steinernes vierstöckiges Haus zu bauen. Für den Bau des Hauses und des Flügels, die 1861 fertiggestellt worden waren, wurden rund 200.000 Rubel verbraucht. Im Haus gab es 25 Wohnungen und 6 Ladenräume, aus: Prigovor S. Peterburgskoj gorodskoj obščej dumy ot 23 marta 1862, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 413: Po donosu glasnych remeslennogo otdelenija S. Peterburgskoj gorodskoj obščej dumy o rastrate summ v zdešnej remeslennoj uprave i o raznogo roda nepravil'nych dejstvijach remeslennogo staršiny Malkova (April 1864-September 1867), hier l. 23. S. über die Rolle der zeitweiligen Handwerker in: Dokladnaja zapiska kolležskogo sovetnika M. Machova, RGIA, f. 1287, op. 8, d. 1554: O vspomogatel'noj kasse peterburgskich remeslennikov, l. 2.



„Wie werden wir dann unsere Handwerksverwaltung erhalten können und was werden unsere Nachkommen über uns sagen, wenn wir zulassen, daß unsere Gesellschaft gespalten wird?“,

war seine pathetische, aber berechtigte Frage am Ende seines Plädoyers<sup>401</sup>.

Symptomatisch war, daß er sich später, als er Vorsitzender der Verwaltung war, für die Abschaffung der Zünfte aussprach. Er initiierte ein Projekt über die Gründung einer neuen „Gesellschaft der Handwerksindustrie“, in der alle Handwerker der Stadt den richtigen Ansprechpartner finden sollten. In seiner Person fanden die zeitweiligen Handwerker ihren Fürsprecher. Doch für Petrovskij entstanden daraus verhängnisvolle Folgen. Nach der Erläuterung der Rechte und der Lage der zeitweiligen Handwerker soll über die Tätigkeit Petrovskijs ausführlicher berichtet werden.

Seit der Einführung der Stadtordnung von 1846 in St. Petersburg durften auch zeitweilige Handwerker Ämter in der Zunftverwaltung innehaben. Sie konnten ihre Kandidaten für die folgenden Ämter in der Zunftverwaltung vorschlagen: Zwei Beisitzer in der Handwerksverwaltung, die Zunftältesten und ihre Stellvertreter, Steuereinehmer und vereidigte Meister (*prisjažnye мастера*). Sowohl ständige als auch zeitweilige Zunftmeister konnten in die Handels- und Wirtschaftspolizei (*torgovaja i chozjajstvennaja policija*), in die Auktionskammer und andere Stadtämter (*gorodskie prisjažnye služby*) gewählt werden. In der Tat monopolisierten die ständigen Handwerker diese Ämter.

Im Jahre 1870 gab es in der Zunftverwaltung 302 zeitweilige und 57 ständige Handwerker. Die wichtigsten Ämter hatten allerdings immer die ständigen Handwerker inne. So blieben die zeitweiligen Handwerker von den beiden wichtigsten Institutionen des Handwerkerstandes, der Verwaltung und der Deputiertenversammlung, ausgeschlossen. In der Handwerksverwaltung gab es nur zwei Vertreter der zeitweiligen Handwerker ohne Stimmrecht, die zwei Beisitzer. Die Forderungen der zeitweiligen Handwerker nach Zulassung in die Standesversammlungen fanden Zustimmung beim Stadtoberhaupt, das dem Innenminister im Jahre 1870 schrieb, es sei sinnvoll und berechtigt, den Forderungen der zeitweiligen Handwerker entgegenzukommen, d. h. ihnen das aktive und passive Wahlrecht zu gewähren. Das Innenministerium lehnte diese Gesuche regelmäßig mit der Begründung ab, daß die Gesetzgebung es nicht zulasse. Laut Gesetz gehörten die zeitweiligen Handwerker nicht zur städtischen Gesellschaft und zum Stand der städtischen bzw. ständigen Handwerker.

---

<sup>401</sup> Mnenie glasnogo Petrovskogo, čitannoe 6 nojabrja 1864 goda v sobranii remeslennogo otdelenija obščej dумы, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 413: Po donosu, hier l. 16.

Deswegen wurden sie nicht in das städtische Bürgerbuch (*Gorodskaja obyvatel'skaja kniga*) eingetragen<sup>402</sup>.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts wuchsen in St. Petersburg sowohl die Konflikte innerhalb der Handwerkerschaft, zwischen den ständigen und den zeitweiligen Handwerkern, als auch zwischen der staatlichen Bürokratie und den Handwerkern und ihrer Selbstverwaltung. Einige der Konfliktpunkte sollen nun genannt werden. Unter den ständigen Handwerkern der Stadt gab es nur wenige, die wirklich als Handwerker tätig waren, 1870 waren es von 17.528 nur 2.727. Die Mehrheit, in diesem Fall also 84,4%, gehörte dem Stand nur formal an. Dafür gab es mehrere Gründe. Der soziale Aufstieg oder der Wechsel in einen anderen nicht handwerklichen Beruf ermöglichte es den Kindern der ständigen Handwerker, ihren Lebensunterhalt aus anderen Quellen zu beziehen. Da aber die Standeszugehörigkeit vererbt wurde, blieben sie weiter im Stand aufgelistet<sup>403</sup>. Eine weitere Ursache für die große Zahl der eingetragenen, aber nicht tätigen Handwerker war ein massiver Zustrom an nichthandwerklichen Zuwanderern, die durch den Erwerb der Standeszugehörigkeit ein dauerndes Wohnrecht in der Stadt erhielten. Obwohl diese Standesangehörigen keine Handwerker waren, nahmen sie im Unterschied zu den zeitweiligen Zunftmeistern soziale Leistungen in Anspruch, was zu Unstimmigkeiten in den Zünften führte: Im Gesamtverhältnis von Meistern, Gesellen und Lehrlingen gab es 1870 2.727 ständige und 25.092 zeitweilige Handwerker, wobei letztere zusammen bis zu 60.000 Rubel Steuer jährlich zahlten<sup>404</sup>.

Deswegen konnten die ständigen Meister mit Hilfe der zeitweiligen Meister zwar ein Armenhaus, eine Schule und ein Asyl für arme Kinder unterhalten, die zeitweiligen Meister konnten diese Leistungen aber nicht in Anspruch nehmen. Sie bekamen keinerlei Unterstützung, obgleich sie zwischen 1854 und 1870 1.068.125 Rubel (83,4% der Gesamtbeiträge, der Rest fiel auf die ständigen Meister) in die Handwerkskasse einzahlten. Zum 1. Januar 1871 wurden von 1.002 ständigen Zunfthandwerkern, davon 845 Meister und 157 Meisterinnen, 4.008 Rubel und von den 5.525 zeitweiligen Zunfthandwerkern, davon 4.864 Meister und 661 Meisterinnen, 21.568 Rubel in die Handwerkskasse eingezahlt<sup>405</sup>.

---

<sup>402</sup> Po chodatajstvu vremenno-cechovyh masterov S. Peterburgskogo remeslennogo soslovija o predostavlenii im prava učastija v delach sobranija vybornyh remeslennogo soslovija naravne s večno-cechovymi masterami; Po žalobe S. Peterburgskich masterov-kupcov Bogdanova, Osokina i drugich na nedopuščenie zdešnej remeslennoj upravoj proizvodstva vyborov v zasedateli étoj upravly inogorodnyh kupcov, meščan i remeslennikov naravne s večno-cechovymi, in: RGI, f. 1287, op. 38, d. 1281, l. 9, 50.

<sup>403</sup> Ebd., l. 1-3.

<sup>404</sup> Ebd.

<sup>405</sup> Ebd., l. 3, 9.

Nach der Stadtreform von 1870 entwickelte sich eine neue Art der allständischen Selbstverwaltung in den Städten. Die Befehlsfunktionen und die Exekutive wurden geteilt<sup>406</sup>. Das Wahlrecht bekamen alle Bürger, die die russische Staatsangehörigkeit sowie Immobilien in der Stadt besaßen. Auch solche Personen, die Handels- oder Industriebetriebe besaßen, und in der Stadt mindestens seit zwei Jahren wohnten und an die Stadt bestimmte Beiträge entrichteten, genossen das Wahlrecht. In der St. Petersburger Duma gab es von nun an 250 gewählte Mitglieder, die besonders aktiv im Bereich der Stadtwirtschaft tätig waren. Die Dumamitglieder wählten ihrerseits die Exekutive bzw. die Stadtverwaltung und das Stadtoberhaupt<sup>407</sup>. Allerdings führte die Regierung Ende der 1880er bis zum Anfang der 1890er Jahre einige Gegenreformen in den Stadt- und Landesverwaltungen durch, um diese Organe enger an die Regierungsämter zu binden<sup>408</sup>.

Als 1873 die neue Stadtordnung in St. Petersburg eingeführt wurde, wurden die Deputierten in die städtische Selbstverwaltung nach Vermögen und nicht nach Standesprinzip gewählt. Die zeitweiligen Zunfthandwerker wollten dieses Recht in Anspruch nehmen, da sie auch zahlenmäßig im Übergewicht waren: Zu jener Zeit gab es in der Standesversammlung 145 Deputierte der 994 ständigen Zunftmeister, die über die Schicksale der rund 26.000 zeitweiligen Zunfthandwerker entschieden<sup>409</sup>.

Die zeitweiligen Handwerker erhoben sich gegen die Standesordnung, um die Gleichberechtigung aller Mitglieder der Handwerkerschaft anzustreben und verlangten eine Zulassung zu den Versammlungen der Deputierten und zur Teilnahme an den Wahlen in die Handwerksverwaltung und Deputiertenversammlung. Sie argumentierten damit, daß es in ganz Rußland keine anerkannte Gesellschaftsgruppen gäbe, die nicht das Recht hätten, ihre eigenen Angelegenheiten zu besprechen und zu bestimmen:

„Die zeitweiligen Zunfthandwerker jedoch haben kein Recht auf eine eigene Versammlung, was dem Stadtstatut (*gorodskoe položenie*) eigentlich nicht entspricht. Die Versammlung der Deputierten ist eine rein ständische Institution, die nur ihre Standesinteressen und nicht die Interessen aller städtischen Handwerker vertritt“<sup>410</sup>.

---

<sup>406</sup> Nardova, Samoderžavie, S. 8.

<sup>407</sup> Ebd., S. 9.

<sup>408</sup> Ebd.

<sup>409</sup> Prošenje vremenno-cechovykh masterov S. Peterburgskogo remeslennogo soslovija, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1281: Po chodatajstvu, l. 4; Dmitrij Dmitrievič Seměnov, Gorodskoe samoupravlenie: očerki i opyty. St. Petersburg 1901, S. 2.

<sup>410</sup> Ebd., l. 3.

Der Widerspruch bestand darin, daß auf einer niederen Ebene in den Zunftverwaltungen die Zunftältesten meist aus den zeitweiligen Zunft Handwerkern gewählt wurden, weil in den Zünften alle Handwerker an der Wahl für die Zunftämter einschließlich des Zunftältesten teilnehmen durften. Auf einer oberen Ebene in der allgemeinen Handwerksverwaltung, der die gesamte Leitung der Zünfte oblag, konnten die zeitweiligen Handwerker dagegen nur zwei Stellen besetzen, der Amtsinhaber keine Stimme in der Deputiertenversammlung hatten. In der Versammlung durften sie nicht als gleichberechtigte Mitglieder, schon gar nicht als Deputierte teilnehmen:

„Mehrals erschienen die Deputierten in der Versammlung nicht und sabotierten die Erörterung der Vorschläge der zeitweiligen Zunft Handwerker wegen ihrer persönlichen, egoistischen Interessen“<sup>411</sup>.

Die ständigen Meister versuchten, den damaligen Handwerksältesten und den Vorsitzenden der Versammlung der Deputierten, G. G. Petrovskij, der sich schon seit Jahren für die Gleichberechtigung der zeitweiligen Handwerker einsetzte, abzusetzen und eine andere Person zu wählen, die ihren Wünschen besser entsprach. Sie schürten so den Streit unter den Handwerkern.

Die oben aufgeführten Zitate wurden einer Bittschrift entnommen, die 53 Zunft Handwerker unterschrieben, unter ihnen prominente ständige Handwerker und Kaufleute zweiter Gilde. Es unterzeichneten unter anderem neun Wagenbauer, 18 Meister, die überwiegend in die zweite kaufmännische Gilde eingeschrieben waren und sechs ständige Zunft Handwerker, unter denen es ein Mitglied der Deputiertenversammlung und zwei Ehrenbürger der Hauptstadt gab<sup>412</sup>. Die Zusammensetzung der Bittsteller zeugt von einer breiten Unterstützung der zeitweiligen Handwerker, deren schlechte Position innerhalb der Zünfte mittlerweile zu einem allgemein beachteten Problem der Stadtpolitik geworden war.

Die Unruhe, aber auch die Aktivität der zeitweiligen Zunft Handwerker wurde noch stärker, als am 28. Juni 1870 ein Beschluß des Reichsrates durch den Zaren bestätigt wurde, der besagte, daß die Zünfte in näherer Zukunft abgeschafft würden. Innen- und Finanzminister würden eine Absprache treffen, wie sich dies optimal durchführen ließe. Charakteristisch ist, daß dieser Beschluß des Reichsrates im Rahmen der neuen Stadtordnung getroffen und noch am gleichen Tag bestätigt wurde. Dies entsprach den allgemeinen Optionen der Regierung in den Fragen der Reorganisation des Städtewesens. Daß dieser Beschluß für die zeitweiligen Handwerker von ausschlaggebender Bedeutung war und noch Jahre danach zu ihren zentralen Anliegen gehörte, bestätigt ein Schreiben des Leiters des

---

<sup>411</sup> Ebd., I. 4.

<sup>412</sup> Ebd., I. 4f.

Innenministeriums (*Upravljajuščij Ministerstva vnutrennich del*) Fürst Lobanov-Rostovskij an den Oberverwalter (*Glavnoupravljajuščij*) der 2. Abteilung der Kaiserlichen Kanzlei im August 1874:

„Die ständigen Zunfthandwerker beziehen sich darauf, daß die zeitweiligen Handwerker an den Versammlungen teilnehmen können. Ihrer Meinung nach wurden die gesellschaftlichen Turbulenzen durch den Beschluß des Reichsrates vom 16. Juni 1870 verursacht, in dem über die Abschaffung der Zünfte gesprochen wurde“<sup>413</sup>.

Aus dem Schreiben geht auch hervor, dass die Aussage der ständigen Handwerker rein taktischen Charakter trug, weil sie schon bereits vor drei Jahren, am 27. April 1871, alle Forderungen der zeitweiligen Handwerker strikt abgelehnt hatten. Der Beschluß des Reichsrates von 1870 wurde zu einem hemmenden Faktor bei der Lösung des Problems der Gleichberechtigung der zeitweiligen Handwerker. Alle darauf folgenden Versuche der zeitweiligen Handwerker, das Zunftsystem in St. Petersburg zu reformieren, wurden von den höheren Instanzen mit der Begründung abgelehnt, daß die Regierung Bescheid wisse und daran arbeite. Die beteiligten Seiten, ein Teil der Regierung, die Kanzlei des Militär-Generalgouverneurs, der Stadthauptmann und der Vorsitzende der Stadtduma, waren sich darin einig, daß es sinnvoll und berechtigt sei, den Forderungen der zeitweiligen Handwerker entgegenzukommen und ihnen das passive und aktive Wahlrecht zu erteilen, wodurch die ständigen Streitigkeiten zwischen beiden Gruppen und der umfangreiche Briefwechsel aufhören müßten. Der Beschluß des Reichsrates blockierte eine Reform des Standes. In Anbetracht der „baldigen“ Abschaffung der Zünfte war es nach Ansicht der Regierung nicht sinnvoll, das Handwerksstatut, das die Rahmenbedingungen des Handwerks und die Zunftordnung bestimmte, zu ändern<sup>414</sup>.

Es wäre aber falsch, die Unzufriedenheit der zeitweiligen Handwerker nur auf die Erlasse und Intentionen der Regierung zurückzuführen. Noch vor dem Beschluß des Reichsrates im Jahre 1870 unternahmen die zeitweiligen Handwerker mit dem Standesältesten Petrovskij an der Spitze mehrere Versuche, ihre Lage zu verbessern. Dank ihrer Initiative erlaubte ihnen der Stadthauptmann, im Dezember 1869 eine Kommission zusammenzurufen, die über die Möglichkeiten der Bekämpfung der Armut unter den zeitweiligen Handwerkern beraten sollte. Am 12. Januar 1870 nahm die Kommission aus zwölf zeitweiligen Meistern ihre Arbeit auf und kam nach Analyse der tatsächlichen Lage und der Gesetzgebung

---

<sup>413</sup> Ob-jasnitel'naja zapiska upravljajuščego ministerstvom vnutrennich del stats-sekretarja knjazja Lobanova-Rostovskogo glavnoupravljajuščemu 2-m otdeleniem e.i.v. kanceljarii ot 28 avgusta 1874, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1281: Po chodatajstvu, hier l. 72.

<sup>414</sup> Ebd., l. 76.

zu dem Ergebnis, daß es unter den vorhandenen Rahmenbedingungen unmöglich sei, etwas für die Verbesserung der Lage der zeitweiligen Handwerker zu tun. Die Kommission sah keinen anderen Ausweg, als allein diese Rahmenbedingungen zu ändern und arbeitete ein Projekt über die „St. Petersburger Gesellschaft der Handwerksindustrie“ (*St. Peterburgskoe obščestvo remeslennoj promyšlennosti*) aus, das den Ersatz der Zünfte durch eine genossenschaftsartige Vereinigung der Handwerker, die auf dem Berufsprinzip beruhen sollte, vorsah. Die anscheinend wenig zueinander passenden Worte wie „Handwerk“ und „Industrie“ wurden bewußt zusammengesetzt und sollten den Wandel im Handwerk zum Ausdruck bringen<sup>415</sup>.

Es sind hier einige wichtige Punkte des Projektes zu nennen. Es sah vor, aus allen vorhandenen Handwerkern der Stadt eine Korporation zu bilden. Zu jener Zeit gab es in der Stadt die nicht zünftig organisierten Einzelhandwerker und Gesellen, deren Anzahl die der zünftig organisierten Handwerker weit übertraf. Nach Paragraph vier des Projektes wurden während der ersten zehn Jahre des Bestehens dieser Gesellschaft alle Handwerker der Stadt verpflichtet, in sie einzutreten. Nach Ablauf dieser Zeit stand es jedem frei, in der Gesellschaft zu bleiben oder nicht. Nach Meinung der Verfasser des Projektes konnte die Gesellschaft ohne die Festsetzung dieser Frist nicht zustande kommen, weil

„allgemein bekannt ist, daß das russische Volk eine solche Verfassung hat, daß ihm jede Vergesellschaftung fremd ist. Es empfindet Mißtrauen gegenüber allen genossenschaftlichen Bildungen und ist es gewöhnt, in einer patriarchalischen Form zu leben“<sup>416</sup>.

Bezogen auf die damaligen Verhältnisse in der Stadt scheint diese Behauptung richtig zu sein. Sie stammt von einem Meister bzw. einem Verfasser des Statutes, dem die Sitten des „russischen Volkes“ wohlbekannt waren. Diese Aussage steht aber in krassem Widerspruch zu den Einsichten der liberal-demokratischen Schichten der russischen Gesellschaft, die den Gemeinschaftsgeist des Volkes idealisierten. So schrieb der Autor eines Artikels im „Golos“, daß „dem russischen Volk die Wörter ‚tovarišč‘ oder ‚artel’noe načalo‘ nicht fremd und unter ihm sehr verbreitet“<sup>417</sup> seien, was an die Leitsätze der Volkstümler (*narodniki*) erinnert.

---

<sup>415</sup> Prošenje vremenno-cechovyh remeslennikov ot 22.12.1870, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1301 (28. Dezember 1870 - 17. April 1871): Po proektu ustava „Obščestva remeslennoj promyšlennosti v S. Peterburge“, sostavlennoho nekotorymi vremenno-cechovymi remeslennikami, hier l. 4.

<sup>416</sup> Golos, gazeta političeskaja i literaturnaja, Nr. 223 vom 14. (26.) August 1871, S. 1, aus: Ob-jasnitel’naja zapiska ot 13 fevralja 1871, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1301: Po proektu ustava, hier l. 7.

<sup>417</sup> Ebd.

Zwar wird hier nicht die beträchtliche Verbreitung der Begriffe ‚tovarišč‘ und ‚artel’noe načalo‘ verneint. Sie galten aber vielmehr für die Kaufleute und die bäuerliche Schicht. Was die gewerbliche Bevölkerung von St. Petersburg, in diesem Fall die Handwerker bzw. die kleinen Produzenten betrifft, so gilt es, eher den Autoren des Projektes Recht zu geben.

Die Mitglieder der Handwerksgesellschaft wurden von den Autoren des Projektes in die drei Kategorien Meister, Gesellen und Lehrlinge eingeteilt, womit die ständigen Meister überhaupt nicht einverstanden waren. Damit wäre die aktuelle Einteilung der Gesellen in zwei Gruppen aufgehoben worden. Zu jener Zeit gab es unter den Gesellen diejenigen, die einen Lehrgang bei einem Meister abgeschlossen hatten und von der Handwerksverwaltung ein Diplom erhalten hatten und die eigentlichen Arbeiter, die weniger qualifizierte Arbeit verrichteten. Bei einer Änderung dieser Einteilung hätte die Handwerksindustrie der Stadt erhebliche Einschränkungen erlitten. Außerdem sollte die Handwerksverwaltung nicht dem Finanzministerium unterstellt werden, da dadurch die fiskalischen Aufgaben der Handwerksverwaltung in den Vordergrund gerückt wurden. Das wichtigste Anliegen der neuen Gesellschaft war also, das städtische Handwerk unter neuen Prinzipien zu reorganisieren und die freie handwerkliche Arbeit einzuführen, die von dieser Gesellschaft unterstützt werden sollte. Um diesen Zweck zu erreichen, wollte sie sich eine breite und stabile Basis unter den Handwerkern verschaffen. Die Handwerker sollten eine Unterstützung bekommen, um mit den größeren Industriebetrieben konkurrieren zu können.

Dieses Projekt einer „St. Petersburger Gesellschaft der Handwerksindustrie“ wurde nun während der allgemeinen Versammlung der zeitweiligen Zunfthandwerker am 15. Dezember 1870 bewilligt und an das Innenministerium weitergeleitet<sup>418</sup>. Das Vorhaben der zeitweiligen Handwerker blieb vom Stand der ständigen Zunfthandwerker nicht unbemerkt. Sie leisteten heftigen Widerstand und versuchten auf verschiedenen Wegen, das Projekt zu verhindern. Um ihr Ziel zu erreichen, baten sie den Innenminister, das Projekt aus dem Innenministerium an die Deputiertenversammlung weiterzuleiten, die es prüfen sollte. Sie brachten dabei ein schwerwiegendes Argument vor, gegen welches die Regierung kaum etwas einwenden konnte. Es ging um das Eigentum, sprich die Immobilien und das Kapital des Standes der ständigen Handwerker der Hauptstadt, die auf keinen Fall ihr Eigentum mit den übrigen Handwerkern der Stadt teilen wollten<sup>419</sup>. Die Handwerker-gesellschaft wurde gespalten und die Auseinandersetzung artete in offene Feindschaft aus. Die Situation verschärfte sich durch die Parteinahme der Verwaltung und eines Teiles der Deputiertenversammlung zugunsten der zeitweiligen Handwerker. Der Handwerksälteste und Vorsitzende der Kommission G. G. Petrovskij, sein Stellvertreter A. Osokin, fünf Deputierte und ein ständiger

---

<sup>418</sup> Prošenje ot 22.12.1870, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1301: Po proektu ustava, hier l. 4f.

<sup>419</sup> Ob-jasnitel’naja zapiska ot 12 fevralja 1871, in: Ebd., l. 7.

Meister (I. Sobolev) reichten zusammen mit elf Mitgliedern der Kommission ein Gesuch an den Innenminister ein, mit der Bitte, das Projekt zu unterstützen, das allerdings in Anbetracht der oben ausgeführten Gründe nicht vorwärtskommen wollte<sup>420</sup>.

Als Petrovskij nicht wiedergewählt wurde und sein Amt niederlegen mußte, verloren die zeitweiligen Handwerker ihren Fürsprecher. Die Situation wurde dadurch kompliziert, daß sowohl der Stand der ständigen Handwerker gespalten wurde, als auch außerhalb des Standes die übrigen zeitweiligen Handwerker nach gleichen Rechten verlangten, wobei Petrovskij ihnen Beistand leistete. Ein Schreiben der zeitweiligen Handwerker an den Innenminister vom 29. November 1870 bestätigte, daß es ihr Hauptanliegen war, Einlaß in die Versammlung der Deputierten sowie Teilnahme an den Wahlen zu erlangen. Das Innenministerium war nicht daran interessiert, das Statut zu ändern oder gar den Stand der ständigen Handwerker aufzulösen. Deswegen wurden alle Gesuche der zeitweiligen Handwerker an die Handwerksverwaltung zurückgeschickt, die sie der Deputiertenversammlung zur Debatte vorlegte. Die Deputiertenversammlung lehnte ihrerseits am 27. April 1871 alle Forderungen der zeitweiligen Handwerker ab<sup>421</sup>.

Der Stadthauptmann (*gradonačal'nik*) Trepov und der stellvertretende St. Petersburger Gouverneur, Geheimrat Lužkovskij 1874, sowie sein Vorgänger, Graf Levašëv 1871, hielten den Beschluß der Deputiertenversammlung über die Nichtzulassung der zeitweiligen Handwerker in die Standesversammlungen mit dem Zustimmungsrecht in den Standesangelegenheiten für nicht korrekt, doch änderte dies die Einstellung der Deputierten nicht<sup>422</sup>.

Symptomatisch ist, daß das Problem der Gleichberechtigung der zeitweiligen Handwerker mit den ständigen nicht nur in St. Petersburg, sondern auch im südlichen Zentralrußland in Voronež auf der Tagesordnung stand. Der dortige Standesälteste Morozov lud am 12.10.1873 alle Handwerker der Stadt ohne Ausnahme zur Wahl ein. Allerdings ließen die ständigen Meister die Wahl nicht zu und verlangten eine Verschiebung derselben. Beim nächsten Versammlungstermin, am 23. November, waren nur die ständigen Meister versammelt. Morozov appellierte erneut an sie, die zeitweiligen Meister zur Wahl zuzulassen. Seine Argumente fanden im Unterschied zu St. Petersburg eine positive Resonanz. Die letzte Wahl wurde von der Versammlung für nichtig erklärt, weil die zeitweiligen Handwerker an der Wahl vom 9. Dezember jenes

---

<sup>420</sup> Прошение от 22.12.1870, in: Ebd., I. 5.

<sup>421</sup> Доклад постојанној ревизионој о пол'зач и нуџдах ремесленного обшчествa комисиі, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1281: По ходатајству временно-цеховых мастеров [...] о представлении им права участія в делах собранија выборных ремесленного сословія наравне с веčno-цеховыми мастерами, hier I. 49-52.

<sup>422</sup> RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1281: По ходатајству, hier I. 8f.



Jahres nicht teilgenommen hatten. Eine Anfrage an den Innenminister blieb jedoch unbeantwortet<sup>423</sup>. Alle Bittschriften dieser Art wurden von der Kaiserlichen Kanzlei und vom Innenministerium mit dem Hinweis auf den Beschluß des Reichsrates vom 16. Juni 1870 über die Abschaffung des Zunftsystems abgelehnt<sup>424</sup>.

So wurden 1879 in St. Petersburg zur Wahl der zwei Beisitzer von den zeitweiligen Handwerkern in die Handwerksverwaltung nur 50 finnische und aus den Ostseeprovinzen stammende Meister eingeladen, die vorher in ihren Städten als ständige Meister in die Zünfte eingeschrieben waren. Die russischen zeitweiligen Meister waren darüber empört, nicht an der Wahl teilnehmen zu können. Sie waren nicht damit einverstanden, daß ihnen die letzte Möglichkeit, in der Verwaltung vertreten zu sein, genommen wurde<sup>425</sup>. Zudem manipulierte die Handwerksverwaltung die Wahl, indem sie Handwerker zur Wahl stellte, die, bevor sie nach St. Petersburg gekommen waren, in ihren Städten ständige Meister gewesen waren und dadurch potentielle Verbündete für die ständigen Handwerker in der Deputiertenversammlung darstellten.

Trotz aller Versuche, die zeitweiligen Handwerker von Verwaltungsämtern fernzuhalten, gelang ihnen zumindest ansatzweise eine Teilnahme an den Privilegien der ständigen Handwerker. So erhielten sie 1879 einige Plätze in der Handwerksschule (32 von insgesamt 263), und im Armenhaus (12 von 170), eingeräumt. Im Vergleich mit der Anzahl der zeitweiligen Handwerker in der Stadt war die ihnen eingeräumte Anzahl an Plätzen in diesen gemeinnützigen Anstalten verschwindend gering<sup>426</sup>.

Mit der Wahl der beiden Beisitzer in die Verwaltung am 24. Juli 1880 wiederholten sich die Aktionen Lebedevs gegen die zeitweiligen Handwerker. Er ließ folgende Mißstände zu:

1. Statt 6000 Einladungen wurden nur 2000 gedruckt, von denen nur 500 verschickt wurden.

---

<sup>423</sup> Журнал Воронежского губернского по городским делам присутствия от 4 марта 1874, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1281: Po chodatajstvu, hier l. 55f.

<sup>424</sup> Закljučenie chozjajstvennogo departamenta ministerstva vnutrennich del v sentjabre 1881, in: Ebd., l. 96ff.

<sup>425</sup> Dokladnaja zapiska masterov S. Peterburgskich cechov ministru vnutrennich del L. S. Makovu ot 7 marta 1879, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1952: Po prošeniju Čistjakova, Polikarpova, hier l. 5.

<sup>426</sup> Doklad S. Peterburgskogo gradonačal'nika ministru vnutrennich del ot 17.8.1879, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1954 (7. März 1879-21. September 1887): Po dokladnoj zapiske vremenno-cechovyh masterov S. Peterburgskogo remeslennogo obščestva Šubbe, Michel'sona, Svensona i drugih ob učreždenii, v vidach prizrenija v stolice neimuščich členov iz vremenno-cechovyh remeslennikov, osobyh dlja označennyh cechovyh kass, hier l. 9.

2. Lebedev versäumte es, die Handwerkerinnen einzuladen.
3. Die Wahlzettel wurden nicht direkt, sondern in einem anderen Raum gezählt.
4. Es wurden keine Verzeichnisse der Wahlberechtigten und derjenigen, die kandidieren wollten, zusammengestellt. Infolgedessen war es für die 300 anwesenden Wähler unmöglich, die Namen der Kandidaten zu erfahren. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß Lebedev während der Zusammenstellung der Verzeichnisse sogar fremde Personen eintrug, die überhaupt kein Recht hatten, an der Wahl teilzunehmen bzw. nur in seinem Interesse handelten.

Die Vermutungen der zeitweiligen Handwerker bestätigten sich. Unter den Kandidaten befand sich der Kaufmann Trifachin, der 1880 aus dem Stand der ständigen Zunfthandwerker ausgeschieden war. Jetzt kandidierte er als zeitweiliger Zunfthandwerker. Trifachin war von Lebedev unmittelbar abhängig, weil er einen zweijährigen Vertrag mit der Verwaltung abgeschlossen hatte, nach dem er seit Mai jenes Jahres das Armenhaus der Handwerker mit Schuhen belieferte. Es hieß, daß er in einer Person Lieferant und gleichzeitig Empfänger der Schuhe sein sollte. Dementsprechend konnte keiner die Qualität der von ihm gelieferten Schuhe nachprüfen<sup>427</sup>. Ein Beisitzer solcher Art war eine willkommene Kandidatur für den Standesältesten, der nach den Worten der Korrespondenten der St. Petersburger Zeitungen den zeitweiligen Handwerkern „die Stiefel mit dem Bastschuh“ (*pereobuvat 'remeslennoe obščestvo iz sapog v lapti*) - eine Anspielung auf ihre bäuerliche Herkunft - tauschen wollte<sup>428</sup>. Dies war ein besonders klarer Ausdruck der Teilung der Petersburger Handwerker in die beiden großen Gruppen der „Städter“ einerseits und der „Landbevölkerung“ andererseits.

Während der Versammlung ließ es Lebedev nicht zu, daß die Verordnung des Stadthauptmanns vom 16. August 1879 über die Einberufung einer Kommission, die aus den jeweils ständigen und aus den zeitweiligen Zunfthandwerker bestehen sollte, verlesen wurde. Der Stadthauptmann war der Meinung, daß die armen zeitweiligen Handwerker genauso wie die ständigen berechtigt seien, die sozialen Einrichtungen des Standes in Anspruch zu nehmen. Lebedev erklärte allgemein, worum es sich im Dokument handelte. Er interpretierte die Worte des Stadthauptmanns in dem Sinn, daß eine Kommission aus ständigen und zeitweiligen Meistern zusammengerufen werden sollte, um über die Mittel für die Versorgung der armen zeitweiligen Handwerker zu beraten. Lebedev meinte, daß die soziale Versorgung einzig durch die Erhöhung der Steuern möglich sei<sup>429</sup>. Von einer berechtigten Verteilung der schon vorhandenen öffentlichen Mittel, die

---

<sup>427</sup> Prošenje upravljajuščemu ministerstvu vnutrennich del ot vremenno-čehovykh masterov v S. Peterburge ot 27 avgusta 1880, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1952: Po prošeniju Čistjakova, Polikarpova, l. 87f.

<sup>428</sup> Ebd., l. 88.

<sup>429</sup> Ebd., l. 87f.

größtenteils von den zeitweiligen Handwerkern stammten, konnte hier keine Rede sein. Die Wahl wurde abgebrochen und bis zum nächsten Termin verschoben.

Während der nächsten Versammlung, am 21. August 1880, auf der die zwei Beisitzer in die Verwaltung gewählt werden sollten, wurden wieder einige Versäumnisse konstatiert. Die zeitweiligen Handwerker beschwerten sich, daß „nur“ 1.500 von 6.000 zeitweiligen Handwerkern eingeladen worden waren, wobei die Hälfte der Wahlberechtigten, die an der Versammlung am 24. Juli teilgenommen hatten, nicht hineingelassen wurde. Lebedev stellte am Eingang zur Duma Wächter auf, die dafür sorgen mußten, daß kein ungeladener Handwerker in die Versammlung gelangte, so daß, wenn es nötig war, auch mit Gewalt der Eingang versperrt wurde. Hier ereigneten sich empörende Szenen: Die Wächter faßten die Wähler am Kragen und versperrten ihnen den Weg. In der Versammlung warnte der Schreiber Čerepovič die Anwesenden: „Meine Herren, falls sich irgend jemand erkühnt, den Vorsitzenden hinauszujagen, wird derjenige gleich zur Polizei geschickt. Die Polizeibeamten sind auf ihren Plätzen“<sup>430</sup>.

Um seine Zwecke zu erreichen, lud Lebedev alle 1500 Wähler zur gleichen Zeit ein: das Gedränge sollte es ihm erleichtern, eigene Kandidaten ins Amt der Beisitzer wählen zu lassen. Dem Gesetz nach sollten so viele Versammlungen mit je 600 Wählern stattfinden, bis alle Stimmberechtigten teilgenommen hatten. Die Versammlung ließ sich jedoch nicht einschüchtern und verlangte von Lebedev einstimmig, von seinem Amt abzutreten. Die Meister beschuldigten ihn, daß er im Jahre 1876 als Stiefellieferant für die armen und hochbetagten Handwerker im Altersheim bei einer Betrugerei erappt worden sei. Den Worten der zeitweiligen Handwerker nach waren die ständigen Meister schuld daran, daß sie nicht zur Wahl der Kandidaten in die Verwaltung zugelassen wurden. Sie bezogen sich dabei auf die Stadtordnung von 1870, die bestimmte, daß alle Einwohner der Stadt, die in das Bürgerbuch eingetragen waren, an der Wahl der Standesverwaltung teilnehmen durften. Diese Bestimmung galt nicht für die zeitweiligen Handwerker, mit denen gemäß den Regelungen des Handwerksstatutes verfahren wurde. In diesem Fall handelte Lebedev im Interesse der ständigen Handwerker, die die zeitweiligen Handwerker auf keinen Fall in die ständischen Gremien hineinlassen wollten. Die zeitweiligen Handwerker interpretierten die Gründe für die Handlungsweise Lebedevs richtig. Formell hatten sie aber keine Handhabe, denn für sie galt die Wahlordnung von 1846, die ihnen die Teilnahme an der Wahl untersagte<sup>431</sup>. Im März 1875 und am 25. August 1881 gab es ähnliche Bittschriften der zeitweiligen Handwerker, mit erneuten

---

<sup>430</sup> Ebd.

<sup>431</sup> Ebd.

Vorschlägen das Zunftsystem zu reformieren, denen wiederum keine Beachtung geschenkt wurde<sup>432</sup>.

Es ist unbekannt, mit welchen Ergebnissen diese Wahl endete. Eines steht fest: Die restriktive Politik der Handwerksverwaltung gegen die zeitweiligen Handwerker in den 70er und 80er Jahren des 19. Jahrhunderts hatte zur Folge, daß sie mitsamt ihren Forderungen völlig zurückgedrängt wurden. Der Handwerksälteste Polozov versuchte, die Ämter in den Zunftverwaltungen völlig in den Händen der ständigen Meister zu usurpieren. Er ordnete an, die Zunftämter nur an ständige Meister zu vergeben, wodurch er die Gesellschaft noch mehr spaltete. Sein Nachfolger Lebedev änderte seine Vorgehensweise in Fragen der Verwaltungspolitik nur unerheblich<sup>433</sup>.

Die Taktik, die schon 1879 angewandt worden war, bewährte sich während der Wahl 1884 noch einmal. Die Handwerksverwaltung setzte die Wahl von zwei Beisitzern auf den 15. und 22. Juni 1884 an. Es wurden wiederum nicht alle, sondern 518 zeitweilige Handwerker von insgesamt 7.070 eingeladen. Diese 518 Handwerker waren schon früher als Zunfthandwerker in anderen Städten, in Finnland und in den Ostseeprovinzen, eingeschrieben worden. Unter ihnen gab es nur vier Meister und drei Meisterinnen russischer Nationalität. Alle neun Kandidaten waren Kaufleute der dritten Gilde, unterhielten Werkstätten und waren im Grunde genommen ihrer Ausbildung nach keine Handwerker. Sie stellten Meister ein, die den Betrieb leiteten. Von diesen Kandidaten wurden zwei Kaufleute der dritten Gilde, nämlich Daniil Andreev und Fëdor Verchovcev gewählt und vom Generalgouverneur im Amt bestätigt. Eine Vielzahl von Beschwerden der zeitweiligen Handwerker an die Leitung der städtischen Angelegenheiten über die inkorrekt durchgeführte Wahl bewirkte das Gegenteil, so daß die Leitung mit Beschluß vom 3. September 1884 die Rechtskraft der Wahl bestätigte. Daraufhin legte der Silberschmied und zeitweilige Meister Vasilij Ivanov Protest beim Senat ein. Bemerkenswert ist, daß im Unterschied zu früheren Bittschriften, die juristisch beurteilt unbeholfene Gesuche waren, das Schreiben von Ivanov ein Dokument war, in dem alle wichtige Gesetze sachlich aufgezählt wurden. Er *argumentierte* und *bewies* sein Recht, was eine beträchtliche Wandlung des Rechtsbewußtseins unter den Handwerkern widerspiegelt. Ivanov zog das Stadtstatut von 1785, den Senatserlaß von 1796, die Vorschrift der KENÖV vom 21. Juni 1847 und das Handwerksstatut von 1879 als Beweismaterial heran. Er stellte fest, daß 1847 zur Wahl der zwei Beisitzer nur die zeitweiligen Meister zugelassen worden waren, die in St. Petersburg wohnhaft waren. Dagegen erweiterte das Handwerksstatut von 1879 den Kreis der

---

<sup>432</sup> RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1281: Po chodatajstvu, hier l. 72f., 88ff., 96f.

<sup>433</sup> Prošenje masterov S. Peterburgskich cechov k upravljajuščemu ministerstvu vnutrennich del L. S. Makovu ot 28 fevralja 1879, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1952: Po prošenuju [...]. Čistjakova, Polikarpova, hier l. 1.

Wahlberechtigten, da es besagte, daß alle Meister, die eine Werkstatt in der Stadt hatten, an der Wahl teilnehmen durften, ohne Rücksicht darauf, ob ein Meister in der Hauptstadt wohnhaft war oder nicht<sup>434</sup>.

Während der Zusammenstellung des Wählerverzeichnisses wurden die Worte des Gesetzes über die ständische Selbstverwaltung von 1879: „die Beisitzer der Handwerksverwaltung werden von den zugewanderten zeitweiligen Handwerkern gewählt“ (*zasedateli remeslennoj upravy opredeljajutsja po vyboru ot vremennopríčislennych inogorodnich remeslennikov*), so interpretiert, daß unter einem „inogorodnij“ ein Handwerker aus einer anderen Stadt und nicht generell ein auswärtiger Handwerker zu verstehen war. Der Gesetzgeber meinte dagegen, daß in diese Kategorie alle Handwerker ohne Unterschied - ob aus einer anderen Stadt oder aus dem Inneren des Landes - gehörten. Der Innenminister hielt die Klage von Ivanov für berechtigt und leitete sie weiter, worauf der Senat mit Erlaß vom 8. Mai 1886 die Bestätigung der Wahl durch die Leitung der städtischen Angelegenheiten vom 3. September 1884 annullierte<sup>435</sup>.

Diese Vorfälle belegen einerseits den starken Wunsch der zeitweiligen Handwerker, in der Handwerksverwaltung repräsentiert zu sein, um ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen, auch mit Hilfe ihrer Beisitzer, durchsetzen zu können. Andererseits war die Perspektivlosigkeit des Kampfes für die Gleichberechtigung mit den ständigen Handwerkern offenkundig. Diese hatten alle Mittel in der Hand, um die leitende Rolle in der Handwerksverwaltung und in den Standesangelegenheiten zu behalten. Die Deputierten und die Handwerksverwaltung wußten sehr gut, wie sie die Beisitzer der zeitweiligen Handwerker beeinflussen und sie für eigene Zwecke benutzen konnten.

In den 1890er Jahren wurden die Beisitzer völlig in die Interessensphäre der Verwaltung einbezogen. Den Grad der Verwicklung der Beisitzer in die Angelegenheiten der Handwerksverwaltung zeigt die Laufbahn von A.V. Novikov und K.G. Skvorcov, die 1893-1899 bei den Zunftverwaltungen angestellt waren und seit 1900 als Beisitzer in der Handwerksverwaltung tätig waren. Am 12. März 1904 faßte die Deputiertenversammlung einen Beschluß, nach dem Novikov und Skvorcov beschuldigt wurden, in den Jahresberichten von 1893 bis 1899 Fälschungen vorgenommen zu haben, wofür sie vor Gericht gebracht werden sollten. Der Stadthauptmann setzte diesen Beschluß der Deputierten außer Kraft. Der Verwaltung war es gelungen, diese Beisitzer über fünf Jahre ohne Wiederwahl im Amt zu lassen. Als im Juli und August 1906 die Wiederwahl stattfand und andere Beisitzer gewählt wurden, ließ die Verwaltung die Namen der neu

---

<sup>434</sup> Delo po ukazu Senata po žalobe S. Peteburgskogo vremennocechovogo remeslennika Ivanova na ostavlenie S. Peterburgskim gorodskim prisutstviem v sile nepravil'nych vyborov zasedatelej v mestnoe remeslennoe upravlenie ot pričislennych k vremennym cecham remeslennikov (1885-1886), in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 2254, l. 10.

<sup>435</sup> Ebd., l. 15, 17-24.

gewählten Beisitzer nicht veröffentlichen<sup>436</sup>. Schließlich wurden Novikov und Skvorcov aus ihrem Amt entlassen.

Allerdings wäre es verfehlt, mit dieser Entlassung von Novikov und Skvorcov alle Mißstände in der allgemeinen Handwerksverwaltung erklären zu wollen. Gewiß trug die Handwerksverwaltung als eine obere Instanz einen Teil der Verantwortung. Sie wies aber daraufhin, daß die Zunftverwaltungen den größeren Anteil an der Verbreitung des Amtsmißbrauchs hätten. Tatsächlich verfügte die Handwerksverwaltung an die Zunftverwaltungen mehrmals, nämlich am 14. März, 31. Mai, 15. Juni, 26. Oktober und 26. November, am 20. und 28. Dezember 1901, am 16. und 23. Januar, 5. Februar und 7. Juni 1902 und am 2. und 16. Januar 1903, die Verzeichnisse der Lehrlinge und Gesellen korrekt zusammenzustellen. Diese Verzeichnisse wurden schließlich von den Zunftversammlungen genehmigt, so daß nach der Vorstellung der Handwerksverwaltung keiner daran schuld war, daß die Steuern nicht vollständig eingetrieben worden waren. Das klingt wenig überzeugend, da die Handwerksverwaltung selbst die obere Kontroll- und Verwaltungsstelle und somit mitverantwortlich war<sup>437</sup>.

Die Frage, wie es den Beisitzern gelungen war, fünf Jahre lang ohne Bestätigung im Amt zu bleiben, kann nur dadurch erklärt werden, daß sie starke Rückendeckung durch Handwerksverwaltung und Stadthauptmann hatten. Deren Beistand garantierte den Beisitzern Strafflosigkeit: Von 1901 bis 1906 fand überhaupt keine Wahl der Beisitzer statt. An dieser Stelle wäre es im Zusammenhang mit der Problematik der zwei Beisitzer von seiten der zeitweiligen Handwerker angebracht zu bemerken, daß die zustandgekommene Gleichberechtigung der zeitweiligen Handwerker in den Standesangelegenheiten nicht dazu führte, die Amtsmißbräuche in der Handwerksverwaltung zu beseitigen. Dies war ein gesamt soziales Problem, das sich nur im Zuge der Reform des Standes der Zunfthandwerker bzw. seiner Beseitigung teilweise lösen ließ und wofür viel Zeit gebraucht wurde. Überhaupt war es ein Bündel von Problemen, das durch patriarchale Mentalität, vetternwirtschaftliche Gewohnheiten und nationale Zu- bzw. Abneigungen spezifiziert und kompliziert wurde.

Am 25. Januar und am 15. Mai 1901 ging der Handwerksälteste Timofej A. Zagrebin mit dem Vorschlag zum Stadthauptmann, alle Handwerker mosaischen Glaubensbekenntnisses nicht mehr zur Wahl in die Handwerks- und

---

<sup>436</sup> Žaloba S. Peterburgskogo vremenno-cechovogo mastera pereplětnogo remesla Aleksandra Aleksandroviča Villeval'da k ministru torgovli i promyšlennosti ot 20 avgusta 1906, in: RGIA, f. 23, op. 7, d. 470: Po raznym voprosam, kasajuščimsja S. Peterburgskoj remeslennoj upravy (8. September 1906-3. September 1913), hier I. 2f.

<sup>437</sup> Ob'jasnenie v sobranie vybornych S. Peterburgskogo remeslennogo obščestva ot predsedatelja, členov i zasedatelej S. Peterburgskoj remeslennoj upravy ot 3 marta 1904, in: Ebd., I. 60.

Zunftverwaltungen zuzulassen<sup>438</sup>. Als die Genehmigung vom Stadthauptmann gegeben wurde, nahm die Verwaltung sie zum Anlaß, allen zeitweiligen Handwerkern dieses Wahlrecht zu entziehen. Erst am 7. Dezember 1904 fiel die Entscheidung des Senats über die Zulassung der zeitweiligen Handwerker zur Wahl in die Ämter der Zunftverwaltungen. Dagegen wurde ihnen das Teilnahmerecht an der Wahl in die Ämter der Handwerksverwaltung und der Deputierten - wie auch früher - verwehrt<sup>439</sup>. Das heißt, daß die zeitweiligen Handwerker, nachdem sie ihre Rechte zurückerhalten hatten, wieder zum Stand des Jahres 1846 zurückgekehrt waren, als sie das Recht bekommen hatten, die zwei Stellen der Beisitzer in der allgemeinen Handwerksverwaltung zu besetzen.

## 5.5 Die Gerichtsbarkeit der Handwerksverwaltung

Seit Einführung der Zünfte 1722 oblag die Bestrafung der Handwerker allein dem Stadtmagistrat, wobei die Zunftältesten, wenn sie zum dritten Mal die Zunftregelungen verletzten, zur Galeerenstrafe verurteilt wurden<sup>440</sup>. Nach dem Handwerksstatut von 1785 konnte die Meisterversammlung neben dem Verhängen von Geldstrafen bei Verstößen gegen den Qualitätsstandard und gegen die Verwaltung Gesellen und Lehrlinge für ein halbes Jahr in eine Verwahranstalt schicken. Diese Strafe sollte die Meisterfrauen und Töchter vor dem „verbotenen Umgang“ (*zapreščennoe obchoždenie*) mit Gesellen und Lehrlingen schützen<sup>441</sup>. Die Befugnisse der Meisterversammlung lagen also sowohl im Straf- als auch im Zivilrecht. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die Befugnisse des Standesgerichtes im Strafrecht erweitert. Leider läßt sich das nicht mit einem entsprechenden Gesetz belegen, ist aber aus den Beschlüssen des Standesgerichtes zu ersehen, das Meister oder Gesellen zu Gefängnisstrafen und auch zur Verbannung verurteilen konnte.

Die hohen Befugnisse des Standesgerichtes der Zunfthandwerker trugen dazu bei, daß die Handwerksverwaltung unter den Handwerkern der Stadt hoch angesehen war, wodurch auch die Wirksamkeit der Verwaltungsentscheidungen höher war.

---

<sup>438</sup> Raport ministra vnutrennich del v pravitel'stvennyj Senat ot 6 ijunja 1902, in: RGIA, f. 1287, op. 44, d. 860: Po žalobe vremenno-cechovyh masterov Andreja Karpenko, Konstantina Burkevica, Nikolaja Basova, Alekseja Ivanova, Georgija Kruglova i drugich na nedopuščenie učastija v vyborach na dolžnosti po S. Peterburgskomu remeslennomu upravleniju (15. März 1902 - 15. Juni 1905), hier l. 2.

<sup>439</sup> Vypiska iz proekta pravitel'stvennogo Senata ot 7 dekabnja 1904, in: RGIA, f. 1287, op. 44, d. 860: Po žalobe Andreja Karpenko, hier l. 7.

<sup>440</sup> PSZ RI 1, Bd. 6, Nr. 3980, S. 664f.

<sup>441</sup> PSZ RI 1, Bd. 22, Nr. 16187, paragraf 123, punkt 99, 107, 111, S. 378f.

Bis 1850 konnte das Schwurgericht (*sud prisjažnych*) mit den von der Handwerksversammlung gewählten 24 Geschworenen (*dobrosovestnyj prisjažnyj*) aus dem Handwerkerstand den schuldigen Handwerker zur Bestrafung in die Armee schicken, nach Sibirien verbannen, zu einer dreimonatigen Gefängnishaft verurteilen oder eine administrative Strafe verfügen. Damit die Entscheidung des Standesgerichtes Gültigkeit bekam, sollte eine absolute Mehrheit bzw. 2/3 der Geschworenen der Strafe zustimmen. Im Jahre 1850 begrenzte das neue Handwerksstatut ihre Gerichtsbarkeit und ließ nur administrative Verfahren zu, die als äußerste Bestrafung den Ausschluß des Schuldigen aus der Zunft vorsahen<sup>442</sup>. Der Trend in der Standespolitik seit der Einführung der neuen städtischen Selbstverwaltung 1785 war es, die staatliche Verwaltung mit der Verlagerung eines Teils ihrer Kompetenzen auf die Standesverwaltungen zu entlasten, wodurch sie Teil des Staatsapparates wurden<sup>443</sup>. Mit den Selbstverwaltungsreformen vollzog sich aber seit 1785 nicht nur ihre Verstaatlichung, sondern auch ein Reformationsprozeß des Verwaltungssystems bzw. die Verbesserung des Verwaltungsmanagements. Das Prinzip des „Für-alles-zuständig-sein“ der zarischen Autokratie führte sich selbst ad absurdum: so sollten z. B. in den 1820er Jahren Beurlaubungsgenehmigungen für die Schauspieler der kaiserlichen Truppen per Zarenresolution ratifiziert werden, was den Zaren von ungleich wichtigeren Staatsgeschäften abhielt. Ähnliches trifft auch für die Minister zu, von den niederen Organen gar nicht zu sprechen. Es begann eine Zeit, in der das rechtliche System und die Staats- und Selbstverwaltungsämter aus innerer Notwendigkeit heraus umstrukturiert wurden. Mit der Gerichtsreform, der Einführung des Zivilgerichtes im Jahre 1861 und der Abschaffung des Stadtmagistrates im Jahre 1866 wurden endgültig die Befugnisse des Standes- und Zivilgerichtes deutlich abgegrenzt. Es wurden klare Grenzen zwischen Zivil-, Straf- und Administrativrecht gezogen, Handwerksverwaltung und Rechtsprechung laut dem Prinzip der funktionalen Gewaltenteilung auseinander dividiert, das Standesgericht verlor seine Bedeutung und wurde in seinen Kompetenzen deutlich beschnitten.

Das Bestreben der Regierung, die Staatsverwaltung größtmöglich zu entlasten, läßt sich mit einer Antwort des Justizministers belegen, als er bezüglich der Frage, ob die Meister der Malerzunft den Beschluß der Handwerksverwaltung bei der Stadtduma revidieren dürften, erklärte, daß es sinnvoll wäre, den Streit ohne großen Zeitverlust bei der Handwerksverwaltung direkt zu lösen. Der Beschluß

---

<sup>442</sup> ŽMVD, čast' 2, 1853, S. 105.

<sup>443</sup> Vgl. Hildermeier, Bürgertum, S. 606f.



der Handwerksverwaltung galt also für die Handwerker der Malerzunft als bindend<sup>444</sup>.

Seit dem Anfang der bürgerlichen Reformen in den 60er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts verloren etliche Paragraphen der Handwerkssatzung an Aktualität. Unter anderem wurde, wie gesagt, die Gerichtsbarkeit der Handwerksverwaltung begrenzt, wodurch das Standesgericht der Handwerker zunehmend an Bedeutung verlor. Als der Stadtmagistrat mit der Reorganisation der Stadtduma 1866 abgeschafft wurde, übernahmen zivile Institutionen wie das Kreisgericht seine Gerichtsfunktionen, wo der Gerichtsprozeß im Beisein von Staatsanwalt, Richter und Beisitzer stattfand<sup>445</sup>. Die Handwerksverwaltung durfte z. B. nicht mehr über die Fragen der Verbannung und der Gefängnisstrafe für Handwerker entscheiden. Die höchste Priorität der Handwerksverwaltung blieb es, die Meister in den Stand der Zunfthandwerker aufzunehmen, bzw. sie wegen „standeswidrigen Benehmens“ aus dem Stand auszuschließen.

Als die Kompetenz der städtischen Selbstverwaltung mit der neuen Stadtordnung von 1870 begrenzt und unter stärkere Kontrolle des Staates gestellt wurde, wurde die ständische Selbstverwaltung der Handwerker aus der Kompetenz der Stadtduma herausgenommen und unmittelbar der Gouvernementsverwaltung unterstellt<sup>446</sup>. Letztere entschied darüber, ob ein Mitglied der Handwerksverwaltung sich strafbar gemacht hatte und vor Gericht gestellt werden mußte.

Als diese Reformen durchgeführt wurden, reagierte der Handwerkerstand empfindlich auf die Kompetenzbegrenzung des Standesgerichtes, was seinen Niederschlag im Beschluß der Deputiertenversammlung im Frühling 1871 über die Wiederaufnahme der annullierten Artikel 235 bis 247 ins Handwerksstatut fand<sup>447</sup>. Auch diesmal antwortete der Justizminister, daß es

„der allgemeinen Richtung der Rechtsreform entspreche, die Gerichtskompetenz der Handwerksverwaltung nach Möglichkeit zu

---

<sup>444</sup> Peterburgskij generalgubernator ministru vnutrennich del ot 30.9.1862, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 208: O porjadke obžalovanija postanovlenij obščich remeslennych uprav po sporam remeslennikov odnogo cecha, l. 1-4, hier l. 2.

<sup>445</sup> PSZ RI-2, Nr. 16282, aus: I. Ditjatin, Gorodskoe samoupravlenie, Bd. 2, S. 172.

<sup>446</sup> Cirkuljar ministra vnutrennich del Timaševa vsem gubernatoram ot 14.12.1877, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1402: Po voprosu o tom, kakie učreždenija dolžny rassmatrivat' žaloby, hier l. 1, 32.

<sup>447</sup> Eine ähnliche, höchst negative Einstellung zu den neu eingeführten Zivilgerichten hatten die Moskauer Zunftmeister, die ihre kategorisch abweisende Haltung während des Kongresses der Funktionäre der technischen Ausbildung in St. Petersburg im Jahre 1889 äußerten, in: Jordan, Učeniiki, S. 14.

begrenzen, im weiteren die Standesgerichte überhaupt abzuschaffen und ihr die Lösung aller wichtigen Fragen wie z. B. gegenseitige Anklagen der Meister, der Gesellen und der Lehrlinge zu entziehen“<sup>448</sup>.

Symptomatisch ist, daß in dieser Frage die zeitweiligen Handwerker die gleiche Einstellung wie die ständigen hatten und ebenfalls vorschlugen, ein Handwerks- bzw. Standesgericht bei der projektierten „St. Petersburger Gesellschaft der Handwerksindustrie“ einzuführen<sup>449</sup>.

Dem Standesgericht blieb nur die Kontrolle über die korrekte Ausführung des Handwerks und das Recht, die Handwerker im Fall von Gesetzeswidrigkeiten gegen die Handwerksverwaltung zum Wohl der Handwerkskasse zu bestrafen. Die Untersuchung aller anderen Angelegenheiten unterlag der Kompetenz allgemeiner Gerichte.

Als Folge dieser Reformen wurden die Beziehungen zwischen dem Meister einerseits und den Gesellen und Lehrlingen andererseits wesentlich gelockert. Die frühere Benachteiligung der Gesellen und Lehrlinge zugunsten der Meister schlug in eine andere Richtung aus. Die Zivilgerichte stellten sich jetzt fast immer auf die Seite der „unterdrückten“ Lehrlinge und Gesellen<sup>450</sup>. Die Beschneidung der Gerichtskompetenzen der Handwerksverwaltung und die Übergabe der wichtigsten Entscheidungen in Streitfragen des Handwerks an die Kreisgerichte, die zudem wenig Kompetenz in dessen spezifischen Fragen besaßen, führte zu einer Verschlechterung der Betriebsdisziplin. Nach den Worten eines Zeitgenossen im Jahre 1900 waren die Meister den Launen der Gesellen und Lehrlinge schutzlos ausgeliefert. Die letzteren gehorchten den Anweisungen der Meister nicht und hielten sich kaum noch an die Vertragsbedingungen. Die fehlende klare Abgrenzung der Rechte der Meister einerseits und der Lehrlinge und Gesellen andererseits schuf den Nährboden für ständige Mißverständnisse zwischen ihnen. Die Meister bemängelten eine angebliche Einseitigkeit, da ihren Angestellten „viel zu viel Freiheit und Rechte“ gegeben wurden. Allerdings hatten sie zumindest teilweise Recht, da der eigenwillige und plötzliche Abbruch des Vertrages und ein

---

<sup>448</sup> Po chodatajstvu sobranija vybornych remeslennogo soslovija o razrešenii remeslennomu upravleniju prinimat' k svoemu razbiratel'stvu dela po prostupkam, označennym v stat'jach 235-247 remeslennogo ustava, in PSZ RI-2, Bd. 11, in:f. 1287, op. 38, d. 1283 (1870-1871), l. 2.

<sup>449</sup> Golos 13.8.1871, S. 1.

<sup>450</sup> Vgl. A. I. Jadrov, Golos remeslennika. Ob upadke remeslennoj promyšlennosti. St. Petersburg 1900.

vorzeitiger Abgang der Lehrlinge und Gesellen zu anderen Meistern an der Tagesordnung war.

### 5.5.1 Das Rechtsbewußtsein der Handwerker

Ein Indikator dafür, inwieweit sich die Lage des Handwerks in bezug auf die Verrechtlichung der Verhältnisse zwischen Meister und Gesellen bzw. Lehrlingen änderte, ist die Arbeit der provisorischen Kommission in St. Petersburg in den Jahren 1858/1859 zur Untersuchung der Streitfälle zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Es ist unbestritten, daß die Handwerker eine bestimmte Form von Rechtsbewußtsein hatten. Hier geht es darum, welcher Art dieses Bewußtsein war. Im Allgemeinen läßt sich sagen, daß ihr Rechtsbewußtsein noch stark an patriarchalischen Werten orientiert war und sie schriftliche Verpflichtungen bzw. schriftliche Formen von rechtlichen Verpflichtungen gegenüber Gesellen und Lehrlingen vermieden.

Die Einberufung von Sonderkommissionen war eine übliche Form, die staatlichen Gerichtsinstitutionen, die mit ihrer Aufgabe völlig überfordert waren, zu entlasten. Deswegen war die oben genannte nicht die einzige Kommission, sondern eine von vielen, die sich in mündlichen Schlichtungsverfahren (*slovesnyj sud*) der Streitfälle annahm<sup>451</sup>.

In unserem Fall wurden 936 Klagen mit einem Streitwert von 497.362 Rubeln untersucht. 460 Verfahren führten zu einer gültigen Einigung, der Streitwert dieser Fälle lag bei 399.362 Rubel. Insgesamt wurden rund 4.000 Kläger und 1.000 Beklagte gezählt. Unter den Klägern waren meistens die Artelmitglieder, die saisonal im Baugewerbe tätig waren, aber auch die Handwerker bzw. Handwerksgesellen aus den Werkstätten der Zunftmeister, weil das Standesgericht es vermied, sich in die „inneren Betriebsangelegenheiten“ der Zunftmeister einzumischen<sup>452</sup>. Interessant ist, wie sich die Kläger und Beklagten verhielten, welche Mentalität sie hatten und welche Faktoren das Schlichtungsverfahren erschwerten bzw. erleichterten. Generell bleibt festzustellen, daß der Mangel „an

---

<sup>451</sup> Eine ähnliche Kommission untersuchte 1881 nur in St. Petersburg über 3000 Klagen der Fabrikarbeiter und Handwerksgesellen gegen ihre Arbeitgeber: RGIA, f. 1405, op. 70 (1872 g.), d. 7290, l. 184; f. 20, op. 2, d. 1802, l. 41, in: Puttkamer, Fabrikgesetzgebung, S. 192.

<sup>452</sup> Vgl. Iordan, Učeniki, S. 11.

jeder elementaren rechtlichen Kenntnis“<sup>453</sup> die Arbeit der Kommission enorm erschwerte.

Die Kläger fügten in der Regel selbstgefertigte fehlerhafte Berechnungen als unwiderlegbaren Beweis bei, die nicht vom Arbeitgeber bestätigt wurden, und „bekräftigten“ sie mit eigenen Aussagen. Manchmal kannten sie nicht einmal den Namen oder die Adresse des Beklagten. Während des Schlichtungsverfahrens sahen die Kläger nicht ein, daß zwischen der gerichtlichen und polizeilichen Obrigkeit ein prinzipieller Unterschied bestand, so daß der Kläger nach dem Schlichtungsverfahren völlig verstört und sehr unzufrieden war, wenn er keine Rückerstattung seitens des Beklagten erhielt. Es war unmöglich, ihm zu erklären, daß die anderen Kläger ihr Geld sofort erhielten, weil ihre Fälle gütlich geschlichtet wurden. Dagegen sollte in ihrem Fall entweder die Polizei eingreifen oder das Gericht das Geld eintreiben.

Mit den Beklagten war es nicht viel besser bestellt. Bevor sie ihre Erklärungen zum Streitfall äußerten, schalten und beschimpften sie den Kläger leidenschaftlich. Der Kommission gegenüber äußerten sie ihre Mißstimmung und das Unverständnis dafür, daß sie als allseits geachtete und solide Menschen gestört und unnötig vor die Kommission geladen wurden, wobei ihre Erwidernungen manchmal über die zulässigen Grenzen hinausgingen und sie sich unanständig benahmen<sup>454</sup>. Überhaupt war unter den mittleren und niederen Schichten der Bevölkerung eine negative Einstellung zu den Gerichten üblich. Im Jahre 1894 schrieb V. Iordan:

„Im allgemeinen verabscheut das einfache Volk die Gerichte und alles, was mit ihnen zu tun hat. [...] Der gerichtliche Bürokratismus schreckt es ab. Außerdem ist zu bemerken, daß ein einfacher Mensch, der kein Geld hat, den Gerichtsprozeß vermeidet, weil er mit Geldausgaben verbunden ist“<sup>455</sup>.

Infolge des oben Genannten wird verständlich, mit welchen Schwierigkeiten die Handwerksverwaltung es zu tun bekommen hätte, wenn sie allen Streitfällen unter den Zunft Handwerkern nachgegangen wäre, deren es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts um die 50.000 gab. Außerdem wurde die Ausführung der Bestimmungen des Standesgerichtes durch die patriarchale Denkweise der Handwerker erheblich erschwert. Diese fand ihren Ausdruck z. B. in der mündlichen Form des Vertragsabschlusses zwischen Gesellen, Lehrlingen und

---

<sup>453</sup> O dejstvijach vremennoj komissii [...] dlja razbora del meždu nanimateljami i rabočimi, so vremeni ež otkrytija do 1 maja 1859 goda, in: ŽMVD, 1859, č. 38, otd. 2, S. 1-12, hier S. 11.

<sup>454</sup> Ebd.

<sup>455</sup> Iordan, Učeniki-remeslenniki, S. 10.

Meistern, die bis ins späte 19. Jahrhundert weit verbreitet war. Die traditionelle Regelung von rechtlichen Angelegenheiten in mündlicher Form führte dazu, daß den schriftlichen Vertragsregelungen bzw. den Vorschriften der Handwerksverwaltung wenig Beachtung geschenkt wurde. Deswegen ist es kein Zufall, wenn der Leiter der Sonderkommission, Stackelberg, betonte, daß die neuen Regeln für den Handwerksbetrieb genug Freiraum geben sollten, um das Volksleben nicht zu beengen, dem der Formalismus in den rechtlichen Fragen fremd sei<sup>456</sup>.

Daß eine Abneigung gegen schriftliche Regelungen und Verträge nicht nur für den Handwerkerstand typisch war, erläutert an dieser Stelle ein Beispiel aus den Geschäftspraktiken der St. Petersburger Kaufleute. Im Jahre 1843 gingen an den Innenminister gleichzeitig zwei Vorschläge über die Einrichtung eines Maklerkontors für den Abschluß schriftlicher Verträge am Viehmarkt auf der Petersburger Seite, da durch die überwiegend mündliche Absprachen zwischen Händlern und Kunden Betrügereien Tür und Tor geöffnet waren. Der Verkäufer ließ sich nach der Ablieferung der Ware im besten Fall eine Quittung bzw. einen Wechsel vom Käufer geben oder gab sich mit einer mündlichen Absprache zufrieden. Nach dem Ablauf der Zahlungsfrist zögerte der Käufer die Zahlung so weit wie möglich hinaus und zahlte letztlich nur 1/3 des abgesprochenen Preises, womit sich der Verkäufer abfinden sollte, weil er keine schriftlichen Beweise in der Hand hatte. Diese Geschäftspraktiken riefen Verunsicherung auf dem Markt hervor und trieben manche Kaufleute in den Ruin, was der Fall der Kaufmannsfamilie Panov verdeutlicht<sup>457</sup>.

In der sozialen und wirtschaftlichen Schicht der Handwerker, ja selbst in der Selbstverwaltung der Handwerker, wurden rechtliche Regelungen der oberen Regierungsstellen oft durch „Nichtstun“ blockiert. Die patriarchalen Denkmuster der Meister führte zu einer Stagnation des Handwerksbetriebes, die von der Öffentlichkeit nicht mehr geduldet wurde. Die unzureichende rechtliche Lage begünstigte das Handwerksstatut selbst, in dem einige Artikel veraltet waren. So bemerkte Staatsrat Smirnov 1843, daß es eine Zumutung sei, den Paragraphen 619 im Handwerksstatut weiter bestehen zu lassen. Er gestattete dem Handwerksoberrhaupt, Meister, die gegen das Handwerksstatut verstoßen hatten, auf besonders perfide Weise zu bestrafen. So konnten sie mit einem an ihrem

---

<sup>456</sup> Trudy komissii, Teil 1. St. Petersburg 1863, S. 317.

<sup>457</sup> Vgl. die Vorschläge des Kollegienregistrators Michajlov und des Börsenmaklers und Kaufmanns Ivan Samojlov über die Einrichtung des Maklerkontors auf dem Mytnyj dvor (Vieh- und Lebensmittelmarkt auf Petersburger Seite) in 1840er Jahren, aus: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 122: Po predloženuju koležskogo registratora Michajlova, ob ustrojstve na Mytnom dvore v S. Peterburge maklerskoj kontory dlja zjavlenija sdelok meždju pokupščikami i prodavcami raznyh tovarov optom (1843-1850), l. 6; Ebd., d. 128: Ob opredelenii na skotoprignonnyj dvor v S. Peterburge osobogo maklera dlja zjavlenija sdelok meždju pokupateljami i prodavcami prigonjaemogo v stolicu skota (1843), l. 5.

Körper angebrachten Schild, auf dem ihr Vergehen angegeben war, vor dem Verwaltungshaus öffentlich zur Schau gestellt werden<sup>458</sup>.

## **5.6 Die finanzielle Lage der Handwerksverwaltung und die Entwicklung des Verwaltungsapparates**

Die Vergrößerung der Anzahl der Zünfte vollzog sich von 1722 bis zu den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts kontinuierlich. 1722 gab es 19 Zünfte mit 1566 Handwerkern, 1766 - 53 Zünfte mit 1159 Handwerkern, 1789 - 57 Zünfte mit 7102 Handwerkern, 1815 55 Zünfte mit 10168 Handwerkern und 1825 67 Zünfte mit 12126 Handwerkern. In der Zeit danach vollzog sich dann eine Verringerung der Anzahl der Zünfte, obwohl in der Stadt mehr als 100 Gewerbearten vorhanden waren. 1840 gab es 65 Zünfte, 1850 - 35, 1861 - 34, 1866 - 23 (117 Gewerbearten), 1880 - acht (112 Gewerbearten) und 1916 neun Zünfte<sup>459</sup>. In einer Zunft wurden mehrere Handwerke vereinigt. Mit dieser Maßnahme beabsichtigte die Regierung, den nach ihrer Vorstellung zu großen Verwaltungsapparat der Handwerker zu verkleinern, um die Kosten für dessen Unterhalt zu senken.

Etwa 350 Angestellten waren in der Handwerks- und Zunftverwaltung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts beschäftigt. 1870 waren in der Verwaltung 302 durch die zeitweiligen Meister und 57 durch die ständigen Meister oder insgesamt 359 Amtsstellen besetzt. 1877 gab es 350 Angestellte, unter ihnen acht Älteste (fünf ständige und drei zeitweilige), acht Steuereinehmer (5:3), acht Stellvertreter der Zunftältesten (4:4), 242 vereidigte Meister (27:215), 81 Zehnerführer (*desjatskij*) (7:74) und drei Makler (2:1) oder im Gesamtverhältnis 50 ständige Meister zu den 300 zeitweiligen Meistern.

Ein Verwaltungsapparat mit 359 Angestellten für rund 30.000 Zunfthandwerker im Jahre 1870 und mit 350 Angestellten für etwa 45.000 Zunfthandwerker im Jahre 1877 scheint nicht so groß zu sein, wie es seitens der Regierung immer betont wurde. Auf einen Angestellten gab es 1870 dementsprechend 84 Handwerker und 1877 sogar 129 Handwerker. Es wurden trotzdem drastische Kürzungen im Verwaltungsapparat vorgenommen. Im Jahre 1880 bestand das Amt der Handwerksverwaltung aus einem Vorsitzenden bzw. einem Standesältesten, zwei Mitgliedern der ständigen Handwerker und zwei Beisitzern der zeitweiligen Handwerker. Die Kanzlei der Verwaltung wurde mit den zwei Abteilungsleitern und ihren beiden Stellvertretern, einem Buchhalter und seinem Stellvertreter, einem Zehnerführer des öffentlichen Hauses, einem Archivar und Journalisten in einer Person, einem Registrator, acht Schreibern, einem Pförtner und fünf

---

<sup>458</sup> Po zapiske (...), Smirnova, I. 91.

<sup>459</sup> RGIA, f. 1286, op. 5, d. 200;

Wächtern besetzt. Die Zunftverwaltungen bestanden aus acht Zunftältesten, acht Steuereintreibern, acht Stellvertretern des Zunftältesten, acht Zehnerführern und drei Maklern. Insgesamt gab es 53 Ämter, die von 50 ständigen und von nur drei zeitweiligen Handwerkern (zwei Beisitzer und ein Makler) besetzt wurden. Die zeitweiligen Handwerker wurden aus der Verwaltungssphäre, die sich jetzt gänzlich in den Händen der ständigen Handwerker befand, fast völlig verdrängt. Bei einer Gesamtzahl der Zunfthandwerker von rund 47.000 kamen jetzt auf einen Angestellten 887 Handwerker.

Die Zahl der Zunfthandwerker stieg kontinuierlich an, womit die Einnahmen der Verwaltung wesentlich anwuchsen, wobei die Angaben von Jahr zu Jahr erhebliche Unterschiede aufweisen, was auf eine uneinheitliche Buchführung der Verwaltung zurückzuführen ist. In den Jahren 1874 und 1886 betrugen z. B. die Gesamteinnahmen 761.787 bzw. 364.134 Rubel. Mit großer Wahrscheinlichkeit wurden in diesen Jahren die Immobilienwerte und die Einnahmen addiert. Wenn die Immobilienwerte 1874 und 1886 abgezogen werden, ist es möglich, die Einnahmen der Handwerksverwaltung zu ermitteln. Sie betrugen für das Jahr 1874 164.134 Rubel und für das Jahr 1886 142.056 Rubel<sup>460</sup>.

Seit 1880 vermehrte sich das Vermögen der Verwaltung rasant. Dies geschah vor allem deswegen, weil die Finanzen der Handwerksverwaltung verstärkt kapitalisiert waren, was einer allgemeinen Entwicklung des Geldmarktes und des privaten Bankwesens entsprach. Die Verwaltung fing an, Wertpapiere zu erstehen und das Geld in der Bank zu verzinsen. In der Tabelle im Tabellenanhang wird diese Entwicklung für die Jahre 1886 bis 1890 veranschaulicht<sup>461</sup>.

Folglich wuchs das Kapital der Handwerksverwaltung in Wertpapieren in nur sechs Jahren von 7.797 auf beträchtliche 85.056 Rubel an und sank dann in den folgenden zwei Jahren auf 74.561 Rubel. Das heißt, daß die Handwerksverwaltung die Vorteile und die daraus resultierenden Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Bank wahrnahm. Es ermöglichte ihr z. B., Kredite für den Bau von Häusern aufzunehmen, wodurch die Handwerksverwaltung in den Besitz einiger Immobilien gelangte.

Für die Jahre 1886 bis 1891 gibt es dann eine detaillierte Darstellung des Verwaltungsvermögens<sup>462</sup>. In nur fünf Jahren stieg das Vermögen der Verwaltung um 179,5% von 104.171 auf 186.976 Rubel im Jahre 1886 an. Dieses Wachstumstempo kann jedoch nicht auf die ganze Zeitperiode von der Mitte des

---

<sup>460</sup> Vgl. Tabelle 50 im Tabellenanhang.

<sup>461</sup> Siehe Tabelle 51 im Tabellenanhang.

<sup>462</sup> Siehe Tabelle 52 im Tabellenanhang.

19. Jahrhunderts bis 1914 bezogen werden, weil es je nach Jahr wesentliche Unterschiede gab. Eine Ausnahme stellt z. B. das Jahr 1890 dar, da die Vorjahressumme nach einem kontinuierlichen Anwachsen bis auf 167.062 Rubel plötzlich auf 115.712 zurückfiel.

In der Darstellung der finanziellen Lage der Handwerksverwaltung lassen sich in der Entwicklung ihrer Finanzen drei Perioden erkennen. Während der ersten Periode zwischen 1785 und 1846 waren die Finanzen der Handwerksverwaltung völlig in den Händen der Handwerksoberhäupter, die unkontrolliert über die Mittel verfügten und halbwegs für eine ordentliche Buchführung sorgten. Mit der Einführung der neuen öffentlichen Verwaltung nach 1846 bekam die Handwerksverwaltung eine ordentliche Buchführung oder sie konnte sich wenigstens nach den Musterbüchern richten. Der Handwerksälteste wurde dabei der Kontrolle der Deputiertenversammlung unterworfen. Seit den 1860/70er Jahren bzw. während der dritten Periode erfuhren die Finanzen der Handwerksverwaltung, wie gesagt, eine erhöhte Kapitalisierung, da sich der prozentuale Bargeldanteil in der Handwerkskasse generell verminderte und der Anteil an festverzinslichen Wertpapieren und flüssigen Geldmitteln in der Bank vergrößerte<sup>463</sup>.

In den 1860er Jahren fing die Verwaltung an, einige Häuser zu bauen, wodurch sie in den Besitz einiger wertvoller Immobilien im Zentrum der Stadt kam. In den 80er Jahren war die Verwaltung ein großer Immobilienbesitzer. Der Wert zweier Häuser am Vladimirplatz, in denen das Armenhaus und die Alexandrinische Schule untergebracht waren, betrug im Jahre 1881 365.552 Rubel, im Jahre 1886 498.360 Rubel und 1888 499.310 Rubel. Insgesamt betrug 1886 das Vermögen der Verwaltung mit Immobilien, beweglichem Eigentum und Bargeld 761.787 Rubel. Der Wert von vier Häusern betrug 1888 619.731 Rubel und fünf Jahre später schon 664.371 Rubel<sup>464</sup>. Insgesamt belief sich das Vermögen der Handwerksverwaltung im Jahre 1893 auf 858.435 Rubel. Von 1905 bis 1908 vollzog sich eine deutliche Verbesserung der finanziellen Lage der russischen Handwerksverwaltung, die dem neuen Standesältesten A.A. Ivanov, der 1905 Zagrebin in seinem Amt ablöste, zu verdanken war. In drei Jahren wurde das Kapital der Handwerkskasse auf 113.781 Rubel vergrößert. Dank eines geordneten Wirtschaftens und einer strengen Kontrolle wurden rund 50.000 Rubel eingespart<sup>465</sup>.

In den darauffolgenden Jahren, als die Buchhaltung in Ordnung gebracht wurde, wiesen die Einnahme- und Ausgabebücher der St. Petersburger

---

<sup>463</sup> Siehe Tabelle 53 im Tabellenanhang.

<sup>464</sup> Doklad Konstantina Dmitrieviča Kudrjavceva, in: Trudy vserossijskogo s-ezda po remeslennoj promyšlennosti 1900 goda, tom 2, St. Petersburg 1900, S. 225.

<sup>465</sup> Otčet remeslennoj upravly za 1907 god. St. Petersburg 1908, S. VI-VIII.



Handwerksverwaltung eine durchaus positive Bilanz auf. Das Guthaben der Verwaltung bewegte sich in einem Rahmen zwischen 64.577 Rubel im Jahre 1908 und 78.555 Rubel im Jahre 1911<sup>466</sup>.

Eine Vorstellung davon, wie bedeutend die Einnahmen der St. Petersburger Verwaltung waren, kann durch deren Vergleich mit den Einnahmen der Handwerksverwaltung in Moskau vermittelt werden. Im Jahre 1910 betrug das Vermögen der St. Petersburger Handwerksverwaltung bereits 2.158.600 Rubel und im Jahre 1886 761.787 Rubel, was 283,6% Zuwachs bedeutete. Diese Summe setzte sich im Jahre 1910 aus folgenden Anteilen zusammen: 1. Immobilien - 2.000.000 Rubel, 2. Kapital - 109.600 Rubel, 3. anderes Vermögen - 50.000 Rubel. Zum Vergleich betrug das Vermögen der Moskauer Handwerksverwaltung im Jahre 1910 487.550 Rubel und bestand aus folgenden Teilen: Immobilien - 399.464 Rubel und Kapital - 88.086 Rubel. Die Einnahmen betrugen 1908 80.047 Rubel, 1909 - 79.783 Rubel, 1910 - 90.497 Rubel, 1911 - 94.266 Rubel und 1912 - 113.565 Rubel<sup>467</sup>, wobei die St. Petersburger Handwerksverwaltung im Jahre 1910 250.166 Rubel Einnahmen hatte, was im Vergleich mit Moskau weitaus mehr war.

Seit 1910 wurden die Jahresberichte der St. Petersburger Handwerksverwaltung nicht regelmäßig verlegt. So erschien der Jahresbericht für dieses Jahr erst 1913. Seit dem Anfang des Ersten Weltkrieges und in den Jahren der darauffolgenden Revolution sind fast keine Materialien über die Handwerksverwaltungen zu finden. Es fehlen vor allem die Jahresberichte der Handwerksverwaltung, die reiches statistisches Material bieten. Dies ist damit zu erklären, daß es zu jener Zeit wichtigere Probleme für das Zunft Handwerk gab, wie z. B. die Ausführung der Staatsaufträge zur Herstellung von Munition, Kleidung und sonstiger Armeeausrüstung. Die Regierung selbst richtete ihre Aufmerksamkeit fast gänzlich auf die Kriegsaufgaben. Es ist zu vermuten, daß sich die Anzahl der Handwerker, besonders der zünftigen, mit der Mobilmachung von 1914 stark reduzierte, hatten eine bessere Ausbildung im Vergleich zur ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, wodurch ihre Kompetenz weit höher war.

## 5.7 Zusammenfassung

Die geschilderte Entwicklung der Selbstverwaltung der Zunft Handwerker zeigt, daß der Regierung nicht vollkommen gelungen war, die öffentlichen Anstalten ihrer umfassenden Kontrolle zu unterwerfen, indem sie die Selbständigkeit der

---

<sup>466</sup> Siehe Tabelle 54 im Tabellenanhang.

<sup>467</sup> Remeslenniki i remeslennoe upravlenie v Rossii. Pg. 1916, S. 38ff.

städtischen Selbstverwaltung beständig verringerte<sup>468</sup>. Die starke Bürokratisierung der öffentlichen Anstalten läßt sich jedoch nicht bestreiten: die verbeamteten Verwaltungsmitglieder und der Standesälteste selbst, der einen Grad der zivilen Rangtabelle innehatte, verselbständigten sich dermaßen, daß sie die Beschlüsse der Deputiertenversammlung mehrmals ignorierten. Diesen Prozeß der Verselbständigung der Verwaltung begünstigte die neue Stadtordnung von 1870, da sie festlegte, daß die Handwerksverwaltung aus der administrativen Kontrolle der Stadtduma herausgenommen und unmittelbar der Gouvernementsverwaltung mit dem Stadthauptmann an der Spitze unterstellt werden sollte<sup>469</sup>. Eine starke Abhängigkeit der Deputiertenversammlung von den oberen Regierungsstellen selbst läßt sich aber bezweifeln. Die Deputierten bewiesen mehrmals, wie z. B. zwischen 1869 und 1871, daß sie äußerst entschlossen ihre Privilegien und Rechte verteidigen konnten, so daß sogar die Regierung manchmal machtlos war, etwas gegen sie zu unternehmen.

Was das Problem der Gleichberechtigung der zeitweiligen Handwerker anbetrifft, so gelang es diesen nicht, den Widerstand der ständigen Handwerker zu brechen und den Unwillen der Regierung bei der Lösung dieser Frage zu überwinden. Die Erfolge der zeitweiligen Handwerker, so hatten z. B. zwischen 1846 und 1876 mehrere von ihnen das Amt des Zunftältesten inne<sup>470</sup>, konnten die allgemeine Situation der sozialen Benachteiligung nicht verändern. Mehr noch, die zeitweiligen Handwerker wurden aus der Selbstverwaltung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts fast völlig verdrängt. Dieser Verdrängungsprozeß vollzog sich bei gleichzeitiger Kürzung des Verwaltungsapparates. Wenn die Jahre 1859<sup>471</sup> und 1880 miteinander verglichen werden, ist festzustellen, daß in der Handwerksverwaltung einige Umschichtungen bzw. Kürzungen vorgenommen wurden. Statt der 37 Ältesten und ihren Stellvertretern blieben 16, die acht Ältesten und ihre Stellvertreter, übrig. Von 36 Steuereinnehmern und ihren Stellvertretern verblieben noch acht; von 61 Zehnerführern ebenfalls nur noch acht. Die Kürzung des Verwaltungsapparates wurde wahrscheinlich aufgrund von Sparmaßnahmen durchgeführt, die die ständigen Handwerker zur Minderung der Einflußnahme der zeitweiligen Handwerker in den Zünften nutzen. Die Kompromißlosigkeit der ständigen Meister spaltete den „handwerklichen

---

<sup>468</sup> Vgl. Nardova, Samoderžavie, S. 6.

<sup>469</sup> Cirkuljar ministra vnutrennich del vsem gubernatoram ot 14 dekabnja 1877 g., in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1402: Po voprosu o tom, kakie učreždenija dolžny rassmatrivat' žaloby na dolžnostnyh lic remeslennogo upravljenija i podvergat' ich predanju sudu v gorodach, v koich vvedeno v dejstvie Gorodovoe položenie ot 16 ijunja 1870, hier l. 32.

<sup>470</sup> Jadrov, V zaščitu, S. VI.

<sup>471</sup> Trudy komissii, čast' 1, S. 73.

Trägerkreis in zwei feindliche Lager<sup>472</sup>, was auch in Deutschland nach der Einführung der neuen Gewerbeordnung von 1849 der Fall war. Dieser sozialer Konflikt, der sich im Kampf zwischen den ständigen und zeitweiligen Handwerkern äußerte, war ähnlicher Natur.

Die angespannte innenpolitische Situation Rußlands seit den 1870er Jahren und die sehr vorsichtige und zurückhaltende Position der Regierung, in der konservative Kräfte die Oberhand behielten, schafften äußerst ungünstige Rahmenbedingungen für eine soziale Reform des Handwerkerstandes von St. Petersburg. Die Zunfthandwerker hatten seit 1846 demokratische Erfahrungen gesammelt, von denen auch die Regierung hätte profitieren können, wenn sie daran interessiert gewesen wäre. Diese demokratischen bzw. liberalen Erfahrungen hätten nämlich in das Organisationsprinzip der gewerbetreibenden Bevölkerung umgemünzt werden können, wodurch die Abschaffung des Handwerkerstandes zumindest in den großen Städten nicht unbedingt nötig gewesen wäre. Eine Bedingung für einen Neuaufbau der Handwerks selbstverwaltung wäre die Gleichstellung von zeitweiligen und ständigen Meistern gewesen. Dazu war die Regierung aber nicht bereit. 1901 kommentierte der russische Historiker D.D. Semënov die Haltung der Regierung wie folgt:

„Die städtische Gesellschaft verlor den Glauben an bessere Zeiten. Schon seit vier Jahrzehnten [seit 1861, A.K.] wartet die Gesellschaft auf eine Wahlordnung in die Duma und andere öffentliche Anstalten, die nach dem Prinzip des allgemeinen Wahlrechtes begründet wird“<sup>473</sup>.

Dieses von der liberalen Intelligenz lang ersehnte Prinzip der Allgemeinheit, das der Ständegesellschaft widersprach, wurde nicht verwirklicht.

Warum die Regierung die Zünfte ungeachtet heftiger Kritik an ihren „Mißbräuchen“, besonders seit der Stackelbergischen Kommission, nicht abschaffte, mag daran liegen, daß die Zünfte als ein Pfeiler der St. Petersburger Sozialordnung angesehen wurden, die auch als ein Mittel zur Bekämpfung der Pauperisierung der Bevölkerung St. Petersburgs betrachtet wurde. Die Zünfte stellten einen wichtigen Teil der Ständeordnung dar und wurden in konservativen

---

<sup>472</sup> Vgl. Bergmann, Berliner, S. 130: „Ihr [die meisten Formen der zünftigen Lebensgestaltung] Absterben verstärkte für viele Bereiche des Handwerks zwar zunächst die allgemeine Verzweigung und Verwirrung sowie die durch Egoismus und Unverständnis verschärfte Spaltung des handwerklichen Trägerkreises in zwei feindliche Lager, machte jedoch auch den Weg frei für die Neuorientierung des Handwerks unter den veränderten Bedingungen des modernen Wirtschaftslebens und für die Errichtung einer neuen berufsständischen Ordnung“.

<sup>473</sup> Semënov, Gorodskoe samoupravlenie, S. 34.

Regierungskreisen als ein systemstabilisierendes Element wahrgenommen.<sup>474</sup> Es ist nicht zu vergessen, daß die russischen Regierungskreise sehr aufmerksam die Entwicklungen in Westeuropa verfolgten und letzten Endes doch selbst über die Zukunft der Zünfte in Rußland entscheiden wollten.

Die Entwicklung des Zunftwesens in Westeuropa verlief z. B. im deutschsprachigen Raum sehr unterschiedlich. Nach der Abschaffung der Zünfte 1810/1811 wurden sie zum Teil wiedererrichtet, um 1859 endgültig abgeschafft zu werden. Nicht von ungefähr wurde in diesem Jahr in St. Petersburg die Kommission von Stackelberg einberufen, die ihre Meinung über die Zukunft des Zunfthandwerks ausarbeiten sollte. Wobei nicht zu vergessen ist, daß z. B. in Hamburg die Zünfte mit einiger Verzögerung erst im Jahre 1865 aufgehoben wurden. Die Abschaffung der Zünfte in Deutschland wurde von der russischen Regierung aufmerksam verfolgt und mit den russischen Verhältnissen verglichen. Die russische Regierung befand sich in einer gespaltenen Situation. Sie sah durchaus ein, daß die Gewerbefreiheit nicht nur eindeutige Vorteile, sondern auch Nachteile, wie z. B. eine zunehmende Proletarisierung und Polarisierung unter den Handwerksmeistern im deutschsprachigen Raum, mit sich brachte. So kamen z. B. im Jahre 1846 auf 100 Meister in der preußischen Provinz Sachsen 95 Hilfskräfte, im Königreich Sachsen entsprechend 141, in Preußen 83, in Bayern 105 und in Nassau gar 35. Im Jahre 1839 kamen in Württemberg auf 115.000 zünftige und nichtzünftige Handwerker nur noch 33.000 Gesellen oder ein Geselle auf 3,5 Meister<sup>475</sup>. In Anbetracht dieser Entwicklungstendenzen in Westeuropa und der Tatsache, daß das Handwerk in Rußland weiterer Unterstützung des Staates bedurfte, zögerte die Regierung, das Handwerk durch eine allumfassende Gewerbefreiheit dem freien Spiel des Marktes zu überlassen, auf dem es in der Konkurrenz mit der Großindustrie nicht bestehen konnte.

Die neue Stadtordnung von 1870 gestand zwar allen Stadtbürgern, die in das Bürgerbuch eingetragen worden waren, eine Immobilie besaßen oder eine Handwerksstätte unterhielten, formell das Wahlrecht zu. In der Praxis aber war dieses Recht mit den vier Ständen des Adels, der Kaufleute, der Kleinbürger und der Zunfthandwerker eng verbunden. Die zeitweiligen Handwerker konnten nicht in die Stadtduma gewählt werden, bevor sie an einer Ständewahl teilgenommen hatten. Der hohe Wahlzensus von 3.000 Rubel schaffte eine zusätzliche unüberwindliche Barriere.

Dies führte dazu, daß die gewerbetreibende Bevölkerung die ständische Geschlossenheit der ständigen Handwerker nicht akzeptierte. Dies fand ihren Ausdruck unter anderem in dem Wunsch der zeitweiligen Handwerker, eine eigene Organisation der Handwerker zu gründen. Angesichts des Mißerfolges waren die zeitweiligen Zunfthandwerker in ihrem Kampf um Gleichberechtigung mißtrauisch

---

<sup>474</sup> Vgl. Herzig, Kontinuität, S. 298f.

<sup>475</sup> Remeslennik, izdannij drugom remeslennika, St. Petersburg 1863, S. 12, 21.

geworden und betrachteten ihre mögliche Standeszugehörigkeit mit Skepsis. Dies manifestierte sich Anfang des 20. Jahrhunderts in mehreren Gesuchen der Handwerker, in denen sie den Wunsch äußerten, vom Eintritt in die Zünfte befreit zu werden. Im September 1908 reichten die Bauern des Novgoroder und Tver'er Gouvernements beim Handels- und Wirtschaftsminister ebenfalls eine Anfrage ein, ob sie vom Zunfteintritt befreit werden könnten. Das Ministerium erkundigte sich zuerst bei der Handwerksverwaltung, und nach abschlägiger Antwort, benachrichtigte es auch die Bauern, daß dies unmöglich sei<sup>476</sup>.

Im Unterschied zum 19. Jahrhundert änderte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Einstellung der Handwerker zur Zunftmitgliedschaft. Während sich die Handwerker früher darüber beschwert hatten, daß ihnen der Zunfteintritt von der Handwerksverwaltung verboten wurde, bat nun der Zunfthandwerker Novikov im November 1908 den Handels- und Wirtschaftsminister um die Erlaubnis, aus der Zunft austreten zu dürfen. Auch diesmal schickte das Ministerium zuerst eine Anfrage an die Handwerksverwaltung, ob die Handwerker berechtigt seien, über einen Zunftaustritt frei zu entscheiden. Die Handwerksverwaltung teilte mit, daß Novikov mehrere Gesellen beschäftigte und deswegen nicht von der Einschreibung in eine Zunft befreit werden könne. Dabei bezog sie sich auf das Industriestatut von 1893<sup>477</sup>. Die russische Handwerksverwaltung hielt an der Regel fest, nach der alle, die ein Handwerk betreiben wollten, in die Zunft eingeschrieben sein mußten und entsprechende Gebühren entrichten sollten<sup>478</sup>. Damit bezog sie sich immer noch auf Richtlinien, die im Handwerksstatut von 1785 festgelegt worden waren.

Die industriellen und gesellschaftlichen Entwicklungen in St. Petersburg zu Beginn des 20. Jahrhunderts beeinflussten die Handwerksverwaltung in ihrer Selbstakzeptanz in beträchtlichem Maße. Dies führte dazu, daß die Handwerksverwaltung der russischen Zünfte die Eigeninitiative ergriff und im Februar 1906 die Gründung einer Handwerkerpartei anregte<sup>479</sup>. Sie war wegen des fehlenden Interesses unter den zünftigen Meistern, Gesellen und den außerhalb der Zünfte stehenden Handwerkern nur kurzlebig. Dennoch war es gänzlich ungewöhnlich, daß die Standesorganisation der ständigen Zunftmeister, die

---

<sup>476</sup> Zapros ministerstva trgovli i promyšlennosti v S. Peterburgskuju remeslennuju upravu vom 29. September 1908, in: RGIA, f. 23, op. 7, d. 470: Po raznym voprosam, hier l. 80.

<sup>477</sup> Otvet ministerstva trgovli i promyšlennosti masteru V. A. Novikovu v nojabre 1908, in: Ebd., l. 79.

<sup>478</sup> Mnenie S.-Peterburgskoj remeslennoj upravy po proektu položenija ob ustrojstve i soderžanii promyšlennyh zavedenij i o nadzore za proizvodstvom v nich rabot, St. Petersburg 1897, S. 2.

<sup>479</sup> S. Peterburgskaja remeslennaja uprava. Vozzvanie organizacionnogo komiteta „Remeslennoj partii“, [SPb. 1906]; Remeslennaja partija, [SPb. 1906]; Max Weber, Zur Russischen Revolution, S. 65, 556f.

jahrzehntelang ihre Privilegien zu verteidigen suchte, ohne jeglichen ständischen Rahmen alle Handwerker ohne Ausnahme zu politischer Aktivität bzw. zu politischer Arbeit aufrief. Nicht neu waren die Programmpunkte der Handwerkerpartei, die schon während des ersten Handwerkerkongresses im Jahre 1900 diskutiert worden waren. Ihre politische Forderungen waren mit denen der Partei der Oktobristen identisch. Es sollte eine „politische Mitte“ gebildet werden, die alle „Feinde der Reaktion und der Revolution“ vereinigen sollte. Nur konnte sich diese „politische Mitte“ nicht organisieren, weil keine sozialen Schichten vorhanden waren, aus denen die neue Partei ihre Anhänger bzw. Mitglieder rekrutieren konnte. Außerdem erschienen am politischen Horizont die einflußreichen sozialen Gruppen der Kaufleute, Großindustriellen, Großgrundbesitzer, Bankiers und der Intelligenz. Sie waren in den Konstitutionell-Demokratischen und Oktobristen-Parteien organisiert. Außerdem existierte zu diesem Zeitpunkt schon die Sozialrevolutionäre Partei, die unter dem Bauerntum große Sympathien genoß<sup>480</sup>.

Der Versuch der St. Petersburger Handwerksverwaltung, die Handwerker auf einer neuen Basis zu vereinigen, schlug fehl. Die meisten Handwerker sahen keinen Sinn in einer politischen Betätigung. Viel mehr waren die Handwerker an den Berufsgenossenschaften oder Gewerkschaften interessiert, die vor allem ökonomische Ziele verfolgten. Nach der ersten russischen Revolution 1905/06 wurden in Rußland zum ersten Mal professionelle Verbände gegründet, die einige wichtige soziale Funktionen der Handwerksverwaltung übernahmen. Unter ihnen gab es die Berufsverbände der Gold- und Silberschmiede, der Schreiner, der Wagenbauer, der Textilarbeiter, der Bäcker, der Schuster, der Konfektmacher, der Pharmazeuten und andere. Später wurden weitere Berufsgenossenschaften wie die „Berufsgenossenschaft der Arbeiter für die Lederverarbeitung“ im Jahre 1909, die „Berufsgenossenschaft der Arbeiter für die Metallverarbeitung“ im Jahre 1908 und die „Berufsgenossenschaft der Arbeiter der Schmiedewerkstätten“ gegründet. 1910 gab es in St. Petersburg 16 Berufsgenossenschaften, die zur Hälfte aus Handwerkern bestanden und ein gemeinsames Organ - die Zeitung „Rabočee echo“ - hatten.

---

<sup>480</sup> S. dazu: Dittmar Dahlmann, Die Provinz wählt: Rußlands Konstitutionell-Demokratische Partei und die Dumawahlen 1906-1912 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas 19), Köln/Weimar/Wien 1996; Lutz Häfner, Die Partei der Linken Sozial-Revolutionäre in der Russischen Revolution von 1917/18 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas 18), Köln/Weimar/Wien 1994.

## 6. Der Fiskus und das Handwerk

Die Besteuerung der Handwerker, die Höhe der Steuern, die Regelmäßigkeit ihrer Entrichtung, ihre Erhöhung oder Senkung können zur Aufklärung verschiedener Aspekte des Lebens der Handwerker, vor allem ihres Lebensstandards, beitragen. Es gilt hier vor allem, mit Hilfe des Steuersatzes über die Jahre die Entwicklungsdynamik und -tendenzen in der wirtschaftlichen Lage der Handwerker zu klären.

### 6.1 Die Besteuerung der ausländischen Handwerker

Wie aus dem Kapitel über die Selbstverwaltung der Zunfthandwerker hervorgeht, existierten die deutschen Zünfte getrennt von der russischen Handwerksverwaltung und waren kraft der Petrinischen Gesetzgebung von der Besteuerung befreit. Ungeachtet dessen versuchten die russische Handwerks- und die St. Petersburger Stadtverwaltung die deutschen Zünfte ihrem Hoheitsgebiet zuzurechnen und die ausländischen Meister zur Steuerzahlung zu verpflichten. Die deutschen Zünfte widersetzten sich mit Erfolg den Bestrebungen der russischen Handwerksverwaltung.

Mit Beginn des 19. Jahrhunderts richtete die Regierung ihre Aufmerksamkeit mehr und mehr auf mögliche Quellen zur Auffüllung der Staatskasse, wodurch die ausländischen Handwerker wiederholt ins Blickfeld der Regierung gerieten. Die erhöhten Kriegsausgaben verursachten eine immer höhere Staatsverschuldung. 1810 betrug das Haushaltsdefizit bereits 65 Millionen Rubel, die Folge war eine steigende Emission des Papiergeldes (*assignacii*), wodurch seine Kaufkraft nur 70% des nominellen Wertes betrug. Nach dem Krieg mit Napoleon schnellten die Staatsschulden und mit ihnen die Inflation hoch. 1815 betrug die Schuld Rußlands gegenüber den Niederlanden bereits 836 Mill. Rubel in Assignaten<sup>481</sup>. Als

---

<sup>481</sup> Klaus Heller, Die Geld- und Kreditpolitik des Russischen Reiches in der Zeit der Assignaten (1768-1839/43), Wiesbaden 1983, S. 110; s. Literatur zur Finanzpolitik russischer Regierungen: S. Ja. Borovoj, Kredit i banki Rossii (seredina XII v.-1861), Moskau 1958; J. N. Božerjanov, Graf Egor Francevič Kankrin, ego žizn', literaturnye trudy i dvadcatiletnaja dejatel'nost' upravljenija Ministerstvom finansov, St. Petersburg 1897; N.D. Čečulin, Očerki po istorii russkich finansov v carstvovanie Ekateriny II., St. Petersburg 1906; I. F. Gindin, Gosudarstvennyj bank i ékonomičeskaja politika carskogo pravitel'stva (1861-1892 gody), Moskau 1960; W. M. Pintner, Russian Economic Policy unter Nicolas I., Ithaca/USA 1967; A. P. Pogrebenskij, Očerki istorii finansov dorevoljucionnoj Rossii (XIX-XX vv.), Moskau 1954; S. M. Troickij, Finansovaja politika russkogo absoljutizma vo vtoroj polovine XVII i XVIII v., in: Absoljutizm v Rossii (XVII-XVIII vv.), Moskau 1964, S. 281-319.

Warenproduzenten litten die Handwerker unter der erhöhten Inflation, die sie ihres Wohlstandes beraubte<sup>482</sup>.

Einsicht in die Besteuerungsmechanismen der ausländischen Handwerker gewähren einige Archivdokumente, aus denen hervorgeht, daß die ökonomische Abteilung (*ekonomičeskaja ekspedicija*) des Senats 1808 nach einer fast hundertjährigen Existenz der deutschen Zünfte in St. Petersburg mit Erstaunen bemerkte,

„daß es in der Hauptstadt abgesonderte deutsche Zünfte gibt, [...] die ohne jede Erlaubnis der russischen Handwerksverwaltung gegründet worden sind. [...] Es ist unbekannt, welche Statuten, Versammlungen und rechtlichen Grundlagen sie haben, die ihre Existenz in der Stadt zulassen“<sup>483</sup>.

Warum die ausländischen Handwerker rund hundert Jahre lang steuerfrei arbeiten konnten, muß hier erläutert werden.

Die ausländischen Handwerker, die ihre Rechte und Privilegien mit Gesetzen zu begründen wußten, verwiesen die Obrigkeit auf zwei Erlasse, die sie von der Besteuerung befreiten. Der Erlaß vom 3. Dezember 1723 führte ein neues Reglement für das Manufakturkollegium ein und bekräftigte das Recht von Ausländern, frei nach Rußland einzureisen und ihrem Handwerk ohne Steuerabgaben nachzugehen. Es waren allerdings nur die nichtzünftigen ausländischen Handwerker, die dem Manufakturkollegium unterstanden<sup>484</sup>. Der zweite Erlaß vom 16. Dezember 1743 über die Volkszählung befahl freilich, die Handwerker in den deutschen Zünften zu zählen, untersagte aber der städtischen Verwaltung, sie zu besteuern und mit den russischen Zünften zu vereinigen<sup>485</sup>. Im Erlaß wurde das Verbot damit begründet, daß die ausländischen Handwerker es als eine Beleidigung empfinden würden, mit leibeigenen Bauern in einer Zunft organisiert zu sein. Ferner wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Ausländer eine andere Sprache, Religion, andere Sitten und vor allem eine freie Natur hätten, was

---

<sup>482</sup> Manifest o merach k umen'seniju gosudarstvennyh dolgov; o prekraščenii vypuska v oborot novych summ assignacijami i o vozvyšenii nekotorych podatej i pošlin, in: PSZ RI 1, Bd. 31, Nr. 24116 (2. Februar 1810), I. 53-60.

<sup>483</sup> Doklad kažennoj palaty senatoru i gosudarstvennomu kaznačeju Fědoru Aleksandroviču Golubcovu ot 30.11.1808, in: RGIA, f. 571, op. 3, d. 337: O podati s inostrannyh remeslennikov v Peterburge i Moskve (1808-1827), hier I. 1.

<sup>484</sup> PSZ RI 1, Bd. 7, Nr. 4378 (3. Dezember 1723), S. 173.

<sup>485</sup> PSZ RI 1, Bd. 11, Nr. 8835 (16. Dezember 1743): O general'noj revizii i Instrukcija poslannym dlja učineniija vnov' revizii; punkt 18 - v podušnyj oklad veleno ne pisat' inozemcev, prinjavšich pravoslavie, punkt 19 - nepravoslavnyh inozemcev perepisat' osobo, S. 962-977.



die Vereinigung in einer Zunft mit russischen Handwerkern unmöglich mache. Damit wurde indirekt darauf hingewiesen, daß die ausländischen Handwerker weiterhin steuerfrei bleiben sollten<sup>486</sup>.

Die späteren Erlasse vom 22. Februar 1784 und 26. Oktober 1797 können zwar als Versuch gewertet werden, die Besteuerung der ausländischen Handwerker einzuführen, erfaßten sie aber nicht in ihrer Gesamtheit<sup>487</sup>. Im Erlaß vom 22. Februar 1784 wurden nur die Ausländer erwähnt, die die russische Staatsangehörigkeit erworben hatten und entweder in die handwerkliche Zunft oder kaufmännische Gilde eingetreten waren. Sie sollten entsprechend ihrem Stand Steuern entrichten. Diejenigen, die ihre frühere Staatsangehörigkeit behielten und ihrem Stande nach Ausländer blieben, waren weiterhin befreit. Der Erlaß vom 26. Oktober 1797 war regional begrenzt. Er bezog sich nur auf die Bevölkerung in den zum Russischen Reich neu- oder zurückgewonnenen Gebieten in Südrußland und Polen.

Das Kameraldepartement (*Kameral'nyj departament*) versuchte seit Ende 1798 entschieden, den Status quo, nach dem die ausländischen Handwerker steuerbefreit waren, zu ändern und hielt dies im Beschluß vom 10. Januar 1799 fest. Das Kameraldepartement ging in seinem Vorhaben so weit, daß es die Legitimität einer getrennten Existenz der deutschen Zünfte von den russischen verneinte. Unter anderem bekräftigte das Kameraldepartement seine Meinung über die Unzulässigkeit der getrennten Existenz der deutschen Zünfte damit, daß es pro Handwerksart eine statt zwei Zünfte geben sollte. Des weiteren wurde argumentiert, daß die ausländischen Meister mit russischen Fachkräften in ihren Werkstätten zusammenarbeiteten und daraus auch Vorteile ziehen würden. So spräche auch nichts dagegen, sie mit den Russen in einer Zunft zu organisieren. Wenn die Vereinigung der russischen und deutschen Zünften gelingen würde, wären die ausländischen Meister dem Vorhaben des Kameraldepartements nach automatisch mit der gleichen Steuer belegt worden.

Die ausländischen Meister konnten diesmal der Besteuerung noch entgehen, obwohl sie gezwungenermaßen dem St. Petersburger Militärgeneralgouverneur von der Pahlen im Jahre 1800 vorschlugen, künftig eine ihren finanziellen Möglichkeiten angemessene Steuer zugunsten der Stadt zu entrichten. Aus unbekannten Gründen blieb ihr Vorschlag unbeantwortet. Die weiteren Versuche von verschiedenen Seiten, der Lösung dieses Problems näher zu kommen, blieben ohne Erfolg. Die ausländischen Meister hatten einige mächtige Fürsprecher in den

---

<sup>486</sup> Журнал С. Петербургской городской думы от 9 января 1803, in: РГИА, ф. 571, оп. 3, д. 337: о подати, л. 7.

<sup>487</sup> PSZ RI 1, Bd. 22, Nr. 15935 (22. Februar 1784): О свободной торговле в городах Чersonе, Севастополі і Феодосіі, С. 50ф.; Bd. 24, Nr. 18223 (26. Oktober 1797): О распространении на все возвращенные и приобретенные вновь области узаконения, чтобы всякий пребывающий в России избрал непременно род жизни и дабы совокупно с тем каждый неимлемо по званию своему нес повинности, законом определенные, С. 779ff.

höheren Regierungskreisen und entkamen dadurch der Besteuerung. So blieb auch eine weitere Anfrage der ausländischen Handwerker an den Generalgouverneur von St. Petersburg unbeantwortet, so weit dies aus dem vorliegenden Material ersichtlich ist<sup>488</sup>.

Das Kameraldepartement versuchte die Behauptung der ausländischen Meister in ihrem Antrag an Graf von der Pahlen von 1800, daß es für ihre von den russischen Zünften getrennte Existenz eine gesetzliche Grundlage gäbe, zu widerlegen, was ihm nicht gelang. Es erklärte nämlich, daß diese getrennte Existenz beider Zunftverwaltungen nicht qua Gesetz, sondern aufgrund „einer Untätigkeit“ der Regierung zustande gekommen sei<sup>489</sup>. Diese „Untätigkeit“ der Regierung sei wiederum dem Widerstand der ausländischen Handwerker zuzuschreiben, der sich stets als bewährte Methode erwiesen hätte, Steuerabgaben zu vermeiden. Er äußerte sich z. B. in der Form der Verweigerung der Zahlenangaben über die ausländischen Zunfthandwerker in der Hauptstadt und in der strikt abweisenden Einstellung zu den Versuchen, sie zu besteuern. Diese Taktik habe bewirkt, daß bis in die jüngste Zeit die Steuerabgaben hätten vermieden werden können. Nach den Berechnungen des Kassenamtes gingen der Staatskasse jährlich 7.650 Rubel (3.000 Zunfthandwerker multipliziert mit 2,55 Rubel jährlich hätten 7.650 Rubel pro Jahr ergeben) oder 38.050 Rubel in fünf Jahren verloren. Im Gegensatz zu den ausländischen Meistern in den deutschen Zünften zahlten diejenigen, die die russische Staatsangehörigkeit erworben hatten, laut Erlaß vom 14. Januar 1798 2,50 Rubel Steuer jährlich.

Im Jahre 1803 kam die Initiative für die Besteuerung der ausländischen Meister von anderer Seite. Am 9. Januar 1803 schlug das Stadtoberhaupt (*gorodskoj golova*) Nikolaj Dmitrievič Men‘šikov in der Deputiertenversammlung der städtischen Duma erneut vor, die ausländischen Meister in den deutschen Zünften zu besteuern. Infolge dieses Vorschlages verfügte die Duma, die ausländischen Handwerker zu zählen, um ihre Besteuerung durchführen zu können. Die Stadtduma wies in ihrem Sitzungsprotokoll von 1803 darauf hin, daß

„die ausländischen Meister zwar einige Ausgaben zugunsten der Stadt unregelmäßig entrichtet hatten, dies jedoch mit großer Mühe von der Stadtverwaltung erreicht wurde, die die deutschen Meister dazu zwingen mußte. Bis heute bestehen [die ausländischen Meister] auf dem Recht, keine Steuern zahlen zu müssen. Darüber hinaus weigerten sie sich, sich während der vierten und fünften Volkszählung in die Listen einzutragen“<sup>490</sup>.

---

<sup>488</sup> Doklad Kazénnoj palaty ot 30 nojabrja 1808, l. 2.

<sup>489</sup> Žurnal, in: RGIA, f. 571, op. 3, d. 337: O podati, l. 5ff.; s. dazu Fußnote 1.

<sup>490</sup> Žurnal S. Peterburgskoj gorodskoj dumy ot 9 janvarja 1803 g., in: RGIA, f. 571, op. 3, d. 337: O podati, hier l. 5.

Die Berichte der Stadtduma kamen zu dem Schluß, daß die Nichtbesteuerung ausländischer Handwerker ein Mißverständnis und keine vom Gesetz geregelte Sache war: Sie wurde als eine Selbstverständlichkeit aufgefaßt<sup>491</sup>.

Einige Jahre später stand die Besteuerung der ausländischen Meister aufgrund der schwierigen finanziellen Lage der russischen Regierung wieder zur Disposition. Das St. Petersburger Kassenamt (*kazěnnaja palata*) überprüfte 1808 die rechtlichen Grundlagen einer möglichen Besteuerung ausländischer Handwerker bzw. ging der Frage der rechtlichen Daseinsberechtigung der deutschen Zünfte nach und legte dem Schatzkammerleiter (*gosudarstvennyj kaznačej*) Fëdor Aleksandrovič Golubcov einen Bericht vor, demzufolge die Verpflichtung der ausländischen Handwerker zur Steuerzahlung auf den Erlaß vom 26. Oktober 1797 zurückzuführen sei. Genau betrachtet, bezog sich der genannte Erlaß nur auf die Bevölkerung in den neu gewonnenen Gebieten, die zum Russischen Reich nach den Kriegen mit der Türkei hinzukamen. Die Bevölkerung dieser Gebiete sollte die gleichen Steuerverpflichtungen wie die Bevölkerung in den übrigen Teilen des Reiches haben<sup>492</sup>. Über die Besteuerung der ausländischen Handwerker in den beiden Hauptstädten, die von der russischen Regierung immer gesondert behandelt worden waren, fand sich im Erlaß nichts.

Es bedurfte des Zarenmanifestes vom 2. Februar 1810, das die Besteuerung der ausländischen Meister endlich klärte, wobei sich dies automatisch mit anderen Fragen wie z. B. der einer getrennten Existenz der deutschen und russischen Zünfte überlappte<sup>493</sup>. Dieses Manifest legte in den beiden Hauptstädten für einen ausländischen Meister 100, für die Gesellen 40 und für die Lehrlinge 20 Rubel fest, also hohe Steuern, wobei der kaiserliche Erlaß vom 23. Februar 1810 erlaubte, daß die Handwerksverwaltung die Steuer entsprechend der Einkommenslage des jeweiligen Handwerkers modifizieren konnte<sup>494</sup>. Die Eintreibung der Steuer sollten vom Generalgouverneur St. Petersburgs und der Stadtduma kontrolliert werden.

Es fällt auf, daß der Steuersatz der ausländischen Handwerker denjenigen ihrer Kollegen, die die russische Staatsangehörigkeit angenommen hatten, jeweils ums 40fache, 16fache und achtfache übertraf. Die Stadtduma, die schon seit Jahren

---

<sup>491</sup> Ebd., I. 4f.

<sup>492</sup> O rasprostranienii na vse vozvraščennye i priobretennye vnov' oblasti uzakonenija, čtoby vsjakij prebyvajuščij v Rossii izbral nepremenno rod žizni, daby sovokupno s tem každyj neiz- emlemo po zvaniju svoemu nės povinnosti, zakonom opredelěnnye, in: PSZ RI I, Bd. 24, Nr. 18223, S. 779-781.

<sup>493</sup> Raport general-gubernatora S. Peterburga Komitetu ministrov, vom 2. August 1816, in: RGIA.f. 571, op. 3, d. 337: O podati, hier I. 137.

<sup>494</sup> Predstavlenie S. Peterburgskoj remeslennoj upravly nemeckich cechov v departament podatej i sborov i ministru finansov D. A. Gur'evu, vom 20.11.1814, in: RGIA.f. 571, op. 3, d. 337: O podati, hier I. 16.

vorgeschlagen hatte, die Ausländer zu besteuern, setzte den Erlaß unverzüglich in die Praxis um und verlangte anfangs von 3.234 später von 2.753 Handwerkern oder 1.527 Meistern, 727 Gesellen und 469 Lehrlingen, die Steuer zu entrichten, obwohl auch diese Zahl nicht mit dem wirklichen Bestand der Handwerker übereinstimmte, da die Stadtduma sich für ihre Berechnungen veralteter Vorlagen bediente, weshalb die Zahl der Meister deutlich überhöht war.

Nach den Berechnungen des Handwerksobershauptes der deutschen Zünfte, Gottfried Simon Günter<sup>495</sup>, waren für das Jahr 1810 480 Meister, 236 Gesellen und 239 Lehrlinge - also insgesamt 955 - von der Gesamtzahl der 2.753 zu besteuern den Handwerker abzuziehen. Das waren diejenigen Handwerker, die die russische Staatsangehörigkeit erworben hatten und deswegen zu den russischen Zünften gewechselt oder in den Staatsdienst aufgenommen worden waren. Des weiteren waren diejenigen, die kein Handwerk mehr ausübten oder keine Auskunft über sich gaben und deswegen unbekannt blieben, von der Besteuerung auszuschließen.

Dementsprechend sollten nach dem Vorschlag Günters 1810 von 1047 Meistern, 521 Gesellen und 230 Lehrlinge oder 1.798 insgesamt je 104.700, 20.840 und 4.600 Rubel oder 130.140 Rubel Steuer entrichtet werden. Die Stadtduma bewilligte diese Aufzählung nicht und ließ 46 Meister, die russische Untertanen waren und dementsprechend eine Kopfsteuer zahlten, abziehen. Somit verlangte sie die Einzahlung von 187.760 Rubeln.

Die Handwerksverwaltung war mit den Berechnungen der Stadtduma nicht einverstanden und schlug ihr vor, die Handwerker, die nicht mehr der Verwaltung unterstanden und deswegen nicht in die Berechnungen einbezogen werden sollten, in acht Kategorien aufzuteilen:

1. Handwerker, die Kopfsteuer entrichteten,
2. Handwerker, die die russische Staatsangehörigkeit bekommen hatten und die in die Kaufmannschaft, den Kleinbürgerstand oder in die russischen Zünfte aufgenommen worden waren,
3. Handwerker, die sich im Staatsdienst befanden,
4. Handwerker, die sich nicht mehr bei der Zunft oder bei der Verwaltung meldeten oder unbekannt verzogen waren,
5. Freiwillige der Bürgerwehr oder in anderen Diensten der Armee,
6. Handwerker, die keinem Handwerk mehr nachgingen,
7. Handwerker, die im Laufe der letzten drei Jahre verstorben waren und
8. Verarmte und alte Handwerker.

Bezüglich unbekannt verzogener Meister beteuerte die Handwerksverwaltung, daß sie kein Recht hätte und auch nicht im Stande war, solche Meister als unabhängige und freie Ausländer gegen ihren Willen in die Zunft zu zwingen. Auch die Meister, die nicht mehr ihrem Handwerk nachgingen, unterstanden nicht mehr der Verwaltung. Viele von ihnen waren als Küster, Lehrer oder Beamte der

---

<sup>495</sup> Günter hatte eine Lederfabrik in Karetnaja-Viertel.

Zollbehörde beschäftigt gewesen. Außerdem traten die ausgeschiedenen Handwerker oft in den Staatsdienst ein. Unter anderem waren sie in der St. Petersburger Erziehungsanstalt (*S. Peterburgskij vospitatel'nyj dom*), die von Ivan Ivanovič Beckoj gegründet worden war, im deutschen Theater, in verschiedenen Instituten, in der Lehranstalt für Handel (*Kommerčeskoe učilišče*), in der Armee und in Staatsämtern angestellt<sup>496</sup>. Es gibt auch genauere Zahlen über die in der Periode von 1811 bis 1817 aus den Zünften Ausgeschiedenen: 574 Handwerker waren verstorben, 28 wechselten in den Militärdienst, 192 waren im staatlichen Zivildienst tätig, über 176 Handwerker konnten die Zünfte keine Auskunft geben. Es war unbekannt, ob die letzteren noch in der Hauptstadt anwesend oder schon längst des Landes verwiesen worden waren, und 1470 gingen nicht mehr ihrem Handwerk nach. Insgesamt waren 2440 Handwerker in diesen Jahren aus den deutschen Zünften ausgeschieden und 1817 belief sich der Gesamtbestand auf 810 Handwerker oder 399 Meister, 279 Gesellen und 132 Lehrlinge<sup>497</sup>.

Trotzdem beschloß die Stadtduma, die Steuer in voller Höhe zu verlangen, woraufhin sich der St. Petersburger Generalgouverneur Aleksandr Dmitrievič Balašëv einschaltete und dem St. Petersburger Oberpolizeimeister Goleniščev-Kutuzov befahl, die Ältesten der deutschen Zünfte so lange unter Bewachung zu halten, bis sie mit der Steuerverteilung fertig seien. Dies war ein nie da gewesener Umgang mit den Ausländern in St. Petersburg, der wahrscheinlich mit dem aufflammenden Patriotismus und der allgemeinen Feindseligkeit gegenüber allen Ausländern während der Kriegszeit zu erklären ist. Während die Steuern verteilt wurden, war von den durchführenden Beamten die Meinung zu hören, daß die Steuern für die ausländischen Meister auf 200 bis 2.000 Rubel zu erhöhen sei<sup>498</sup>. Es wurden 172.665 Rubel vom verlangten Gesamtbetrag in Höhe von 187.760 Rubeln bezahlt, wobei Günter unterstrich, daß die Mehrheit der ausländischen Handwerker der deutschen Zünfte verarmt und nicht begütert sei oder überhaupt kein Handwerk ausübte. Insgesamt wurden für das Jahr 1810 227.280 Rubel Steuer bezahlt, die von den hypothetischen 3.234 ausländischen Handwerkern in den deutschen und russischen Zünften zu entrichten waren<sup>499</sup>.

Die Vorgehensweise der Stadtduma wiederholte sich jedes Jahr und vom Handwerksoberrhaupt als zu streng kritisiert. 1811 hatte die Duma die Verzeichnisse der zu besteuernenden Meister mit dem Verweis auf ihre Unvollständigkeit der Handwerksverwaltung mehrmals zurückgegeben. Es steht zu vermuten, daß die Handwerksverwaltung der deutschen Zünfte immer

---

<sup>496</sup> Predstavlenie ot 20.11.1814, in: RGIA, f. 571, op. 3, d. 337: O podati, hier l. 23ff.

<sup>497</sup> Balans gorodskoj dumy o podatjach po manifestu s inostrannyh remeslennikov s 1811 po 1817 god, in: RGIA.f. 571, op. 3, d. 337: O podati, l. 58f.

<sup>498</sup> Predstavlenie ot 20.11.1814, in: RGIA.f. 571, op. 3, d. 337: O podati, hier l. 18f.

<sup>499</sup> Ebd.

niedrigere Meisterzahlen vorgab, um weniger Steuern entrichten zu müssen.

Die Gouvernementsverwaltung (*Gubernskoe pravlenie*), die als exekutives Organ dem Militär-Generalgouverneur von St. Petersburg unterstand, legte dem Departement für verschiedene Steuern und Abgaben (*departament raznych podatej i sborov*) am 13. März 1812 einen Beschluß vor, in dem sie endgültig verfügte, alle ausländischen Handwerker, seien sie nun in russischen oder deutschen Zünften, zu besteuern. Auch verarmte Meister, die zu dieser Zeit als Gesellen bei anderen beschäftigt waren, wurden von den Steuern nicht befreit. Das Departement machte eine Ausnahme für die Handwerker, die vor 1811 eingereist waren, die russische Staatsangehörigkeit erworben und sich als Kaufleute, Kleinbürger oder ständige Zunftmeister eingeschrieben hatten<sup>500</sup>. Die Gouvernementsverwaltung bemängelte ihrerseits eine fehlerhafte Registrierung der Handwerker, die unter anderem dadurch zustande kam, daß die ausländischen Handwerker in die russischen und wiederum die russischen in die deutschen Zünfte eintraten, wodurch oftmals einzeln darüber entschieden werden mußte, ob der Handwerker steuerpflichtig war oder nicht.

Die Stadtduma ging unermüdlich der Eintreibung der Steuern nach und verfügte im Jahre 1813, solange eine Wache in der Handwerksverwaltung aufzustellen, bis die Verzeichnisse der Handwerker fertig waren. Außerdem kommandierte die Gouvernementsverwaltung im Jahre 1814 den Fiskal Korneev ab, der im Laufe von vier Monaten die Verzeichnisse überprüfte. Er verlangte von den Kaufmannsgilden und der russischen Handwerksverwaltung Auskünfte darüber, wie viele Ausländer sie von 1811 bis 1813 aufgenommen hatten. Als Ergebnis dieser Arbeit wurden die Verzeichnisse für drei Jahre aufgestellt<sup>501</sup>.

Im November 1814 beschwerte sich Günter beim Finanzminister Dmitrij Aleksandrovič Gur'ev, daß die Duma bei einer überhöhten Zahl von Meistern, nämlich 1811 bei 1.311 Meistern, 1812 bei 1.174, 1813 bei 1.124 und 1814 bei 1.086 Meistern Steuern eingetrieben hatte. Die Duma verlangte nach ihren Berechnungen 570.585 Rubel Steuer einschließlich 101.085 Rubel für die Stundung. Tatsächlich gab es 1814 aber nur 822 Meister. Die Handwerksverwaltung der deutschen Zünfte warf der Duma daraufhin Willkür in den Besteuerungsfragen vor. Günter wies darauf hin, daß die ausländischen Handwerker der Regierung auch einige Dienste während der Kriegszeit geleistet hatten. Sie hatten die Regierung während des Krieges mit Napoleon finanziell unterstützt. 1807 hatten sie 40.000 Rubel für die „Miliz“ gespendet. 1812 hatten die Meister der Zünfte der Sattler, Wagenbauer, Schmiede, Tischler, Schlosser und Schneider einige Regierungsaufträge für die Armee ausgeführt. Die ausländischen Handwerker waren auch in die Bürgerwehr eingetreten. Außerdem hatte die

---

<sup>500</sup> Raport S. Peterburgskogo gubernskogo pravlenija v departament ministra finansov ot 13.03.1812, in: RGIA, f. 571, op. 3, d. 337: O podati, l. 11f.

<sup>501</sup> Ebd., l. 20f.

Handwerksverwaltung beschlossen, 70 Rekruten zur Verfügung zu stellen, die auf ihre Kosten (etwa 35.000 Rubel) eingekleidet und munitioniert worden waren<sup>502</sup>. Das Kassenamt nahm keine Rücksicht auf diese Argumente und errechnete für die Jahre von 1811 bis 1817 die gewaltige Summe von 772.440 Rubel, hinzu kamen noch die Zinsen für die Stundung der ausstehenden Steuerbeiträge in Höhe von 279.824 Rubel, die die Handwerker der deutschen Zünfte zu entrichten hatten. Insgesamt ergab sich also die stolze Summe von 1.052.264 Rubel. Dieser Betrag war so verteilt, daß auf die Meister 689.900 Rubel, auf die Gesellen 64.040 und auf die Lehrlinge 18.500 Rubel entfielen. Der mittlere Wert pro Jahr betrug je 98.557, 9.148 und 2.643 Rubel. Entsprechend diesem Steuersatz sollten im Durchschnitt 985 Meister, 2287 Gesellen und 925 Lehrlinge die Steuer entrichten<sup>503</sup>.

Die Steuerbeiträge von den ausländischen Meistern, die zeitweilig in die russischen Zünfte eintraten, waren entsprechend ihrer niedrigen Anzahl viel geringer, obwohl es auch hier um diejenigen Meister ging, die nicht die russische Staatsangehörigkeit besaßen. Sie sollten ebenfalls 100 Rubel im Jahr pro Meister entrichten<sup>504</sup>. In der ersten Spalte der Tabelle 32 im Tabellenanhang sind die von der Stadtduma errechneten Steuerbeiträge für die ausländischen Meister in den russischen Zünften aufgeführt. In der dritten Spalte sind eingegangene Beiträge verzeichnet. Zur Veranschaulichung ist dann aus diesen Steuerbeiträgen die Anzahl der Meister errechnet, die in der zweiten und in der vierten Spalte aufgeführt ist. Dadurch ist zu ersehen, wie sich die Zahl der steuerpflichtigen Meister sowohl in der Soll- als auch in der Ist-Spalte ständig verringerte.

Weshalb so große Differenzen zwischen dem Soll- und dem Ist-Wert vorhanden waren, ist dadurch zu erklären, daß die Stadtduma die aus den Zünften ausgeschiedenen Meister in ihren Berechnungen außer Acht ließ bzw. die Meisterverzeichnisse nicht mehr aktualisierte. In der achten Spalte ist schließlich die an die Stadtduma zu zahlende restliche Summe aufgeführt, wobei hier die Beiträge von den verstorbenen Meistern, die von der Stadtduma gestrichen wurden, bereits abgezogen sind. Die fehlenden Steuerbeiträge in der siebten Spalte beziehen sich auf Meister, die inzwischen aus den Zünften ausgeschieden waren. Nichtsdestotrotz forderte die Stadtduma diese Beiträge von der Handwerksverwaltung ein.

Aus den Berechnungen der Stadtduma ist zu ersehen, daß die Anzahl der ausländischen Handwerker in den russischen Zünften drastisch absank und von 220 Meistern im Jahre 1811 im Jahre 1816 nur noch 116, also etwa die Hälfte, übriggeblieben waren. Ihre Anzahl war mit großer Wahrscheinlichkeit noch

---

<sup>502</sup> Predstavlenie ot 20.11.1814, in: RGIA, f. 571, op. 3, d. 337: O podati, hier l. 32.

<sup>503</sup> Rospis' nalogam i nedoimkam, ohne Datum, in: RGIA.f. 571, op. 3, d. 337: O podati, hier l. 125.

<sup>504</sup> S. Tabelle 32 im Tabellenanhang.

geringer, weil die Berechnungen der Stadtduma in der Regel über der Zahl der tatsächlich vorhandenen Handwerker lag. Meister, die die Steuern entrichteten, gab es noch weniger. Waren es im Jahre 1811 noch 134 Meister, blieben im Jahre 1816 nur noch elf Meister übrig.

Ebenso verhielt es sich mit den Gesellen; von 153 im Jahre 1811 blieben nur noch 29 im Jahre 1816 übrig. Die Anzahl der Gesellen, die die Steuer von 40 Rubel entrichteten, verringerte sich von 34 im Jahre 1811 auf zwei im Jahre 1816<sup>505</sup>. Von 28 Lehrlingen im Jahre 1811 blieben nach den Berechnungen der Stadtduma im Jahre 1816 nur sechs übrig. Die Steuern wurden jeweils von fünf Lehrlingen im Jahre 1811 und von keinem im Jahre 1816 bezahlt<sup>506</sup>.

Die starke Verringerung der Anzahl der ausländischen Handwerker - sowohl in den russischen als auch in den deutschen Zünften - ist unter anderem auf den Erlaß vom 22. Mai 1807 zurückzuführen, der ihnen den Eintritt in die Zünfte verwehrte. 1816 waren nach den Berechnungen des Kassenamtes von den ausländischen Handwerkern in den russischen Zünften insgesamt 116.160 Rubel zu zahlen, hingegen gingen nur 46.520 Rubel ein. Nach dem Abzug der Zahl der verstorbenen Meister und Gesellen, von denen 4.495 Rubel einzuzahlen waren, blieben noch 65.145 Rubel im Soll. Das Departement für verschiedene Steuern und Abgaben des Finanzministeriums<sup>507</sup> beschloß am 26. August 1816, den geforderten Beitrag auf 60.124 Rubel zu kürzen, wobei der Rest bis zum Jahr 1820 eingetrieben war.

Um neuen Meistern den Zugang zu den deutschen Zünften zu ermöglichen, wurde der Erlaß von 1807 im Jahre 1818 wieder aufgehoben, brachte aber nicht sofort das erhoffte Anwachsen der deutschen Zünfte mit sich. Bis zum Jahre 1821 verringerte sich die Anzahl der Meister in den deutschen Zünften sogar auf 589, von denen jetzt 454 oder 77% zahlungsfähig waren. Später stieg die Anzahl der Handwerker in den deutschen Zünften leicht an, blieb aber das ganze 19. Jahrhundert bei 1300 Handwerkern oder weniger stehen: 1840 gab es in den 30 deutschen Zünften 1250 Handwerker und im Jahre 1893 751 Meister und 552 Gesellen oder 1303 Handwerker insgesamt<sup>508</sup>. Weshalb die deutschen Zünfte nicht

---

<sup>505</sup> S. Tabelle 33 im Tabellenanhang.

<sup>506</sup> S. Tabelle 34 im Tabellenanhang.

<sup>507</sup> Das Finanzministerium wurde im Zuge der Reform des Staatsapparates von Michail Michajlovič Speranskij am 8. September 1802 gegründet. 1817 übernahm es vom Innenministerium das Manufaktur- und Innenhandelsdepartement, das am 29. Oktober 1864 in Handels- und Manufakturdepartement umbenannt wurde. Seit 1828 unterstand dem Finanzministerium der neu gegründete Manufakturrat. Vgl. *Ėnciklopedičeskij slovar'*, Brokgauz und Ėfron, Bd. 35, Halbband 69, St. Petersburg 1902, S. 365ff. S. dazu: Čibirjaev, Velikij russkij reformator; Eroškin, Istorija; Raëff, Michael Speransky.

<sup>508</sup> Raport barona Korfa ministru vnutrennich del, vom 10. Oktober 1842, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 92: O revizii inostrannoj remeslennoj upravj Korfom v Peterburge, hier l. 23;



von einem großen Zulauf neuer Mitglieder profitierten, lag indirekt daran, daß der Erlaß vom 30. September 1825 den ausländischen Handwerkern erlaubte, sich in allen Städten des Kaiserreiches anzusiedeln<sup>509</sup>. Außerdem traten viele von ihnen zu den russischen Zünften über, was dazu beitrug, daß manche dieser Zünfte in der Mehrzahl aus ausländischen Meistern bestanden.

Zur Veranschaulichung dieses Phänomens kann das Adreßbuch von Samuel Aller für das Jahr 1822 hinzugezogen werden. Bei ihm sind 2.230 Meister in den russischen und 701 in den deutschen Zünften aufgeführt. Dabei wiesen einige russische Zünfte, besonders die mit speziellen Handwerken, auffällig viele ausländische Meister auf. Es soll angemerkt werden, daß diese Angaben nicht ganz exakt sein können, weil die Zugehörigkeit zu den russischen bzw. ausländischen Handwerkern nach den Namen ermittelt wurde, die in zwei Gruppen geteilt waren: Während der Recherchen wurden alle russischen von anderen Namen meist westeuropäischer Herkunft getrennt und jeweils in einer Gruppe aufgelistet. Außerdem sind bei Aller nicht alle Handwerker aufgeführt, sondern nur ausgewählte. So gab es in der russischen Musikinstrumentenbaurzunft 14 Meister, von denen aber nur zwei russische Meister waren. In der Uhrmacherzunft gab es 26 Meister im Verhältnis 23 zu drei. Die weiteren ausgewählten Zünfte zeigten folgende Verhältnisse zwischen ausländischen und russischen Meistern: Gold- und Silberschmiede 76:53, Bäckerzunft 33:9, Schneiderzunft 61:230, Schuhmacherzunft 66:182, Tapetenmacherzunft 15:76, Schmiedezunft 9:3, Konditorenzunft 10:1, Buchbinder- und Etuimacherzunft 32:5, Kupfer-, Bronze- und Zinngießerzunft 32:61, Schlosserzunft 11:1<sup>510</sup>.

Die zu hohe Steuer veranlaßte das Handwerksoberhaupt der deutschen Zünfte und 32 Zunftälteste, am 25. Juli 1816 eine Bittschrift an den Finanzminister D.A. Gur'ev zu verfassen. Laut der Bittschrift sollten 800 vorhandene Meister für die 1.457 im Verzeichnis angeführten aufkommen und eine Steuer in Höhe von 300.000 Rubeln zahlen. Günter berechnete, daß, wenn diese Summe bezahlt würde, ein Drittel der Meister 300 Rubel und die anderen von 600 bis 8.000 Rubeln zahlen müßten, was unter den herrschenden Umständen unmöglich wäre und für sie den finanziellen Ruin bedeuten würde<sup>511</sup>. Die weiteren Gesuche an die Obrigkeit bewirkten die Ausarbeitung eines Erlasses, der am 12. August 1818 bekannt gegeben wurde. Der Erlaß befreite die ausländischen Gesellen und

---

Pažitnov, Problema, S. 188.

<sup>509</sup> PSZ RI 2, Nr. 30513 (30. September 1825): O dozvolenii inostrancam zanimat'sja remëslami vo vseh gorodach Rossijskoj imperii, S. 501.

<sup>510</sup> Samuel Aller, Ukazatel' žilišč i zdanij S.-Peterburga ili adresnaja kniga. St. Petersburg 1822.

<sup>511</sup> Prošenje remeslennogo glavy inostrannyh cechov i staršin ministru finansov D.A. Gur'evu, vom 25. Juli 1816, in: RGIA, f. 571, op. 3, d. 337: O podati, l. 83f.

Lehrlinge von der Steuer, die ihnen laut Manifest von 1810 auferlegt worden war. In Zukunft sollten nur vorhandene Meister besteuert werden, wobei diese auf drei Klassen verteilt wurden. Die Handwerker erster Klasse sollten 150, die zweite Klasse 100 und die dritte Klasse 50 Rubel im Jahr zahlen<sup>512</sup>. Dementsprechend blieb der mittlere Steuersatz von 100 Rubeln immer noch sehr hoch. Die Höhe der zu entrichtenden Steuer hing auch vom Vermögen eines Meisters ab und wurde durch die Zunftältesten und das Handwerksoberhaupt festgelegt. Wie aus der nächsten Tabelle zu ersehen ist, waren 1818 und 1819 67,3%, 1820 92,6% und 1821 77,1% der Meister in den deutschen Zünften fähig, die Steuer zu entrichten<sup>513</sup>.

Folglich schuldeten die ausländischen Meister der Duma und dem Staat laut Berechnung des Kassenamtes insgesamt 74.850 Rubel. Ein Teil davon wurde vom Kassenamt aufgehoben. So wurden im Jahre 1820 4.200 Rubel Steuerschulden gestrichen. Eine differenzierte Verteilung der Steuer, je nach Wohlstand des Handwerkers, erlaubte es, die Steuerpolitik besser zu gestalten. Trotzdem waren von den 590 Meistern nur 436 imstande, eine Steuer zu entrichten. Folglich wurden 154 Meister oder 26% der Gesamtzahl von der Besteuerung befreit. Der ersten Klasse gehörten 145, der zweiten 146 und der dritten 145 Meister an. Sie zahlten insgesamt 43.600 Rubel. Außerdem gaben die 36 Meister der ersten Klasse insgesamt 1.800 Rubel oder 50 Rubel pro Meister für die verarmten Handwerker aus. Letztlich wurden alle Steuerschulden in Höhe von 74.850 Rubeln gestrichen, da sich herausstellte, daß die Duma, wie so oft, einen überhöhten Steuerbeitrag errechnet hatte<sup>514</sup>.

Um die Steuerschulden besser eintreiben zu können, wurden 1820 in den Hauptstädten besondere Komitees eingeführt, die dafür effizientere Methoden ausarbeiten sollten<sup>515</sup>. Doch wurde mit dem Erlaß vom 14. November 1824 ein Teil der Steuerschulden der Kleinbürger und Handwerker erlassen, um diese Gruppen der städtischen Bevölkerung finanziell zu entlasten<sup>516</sup>.

Nach der Kankrinschen Gildenreform von 1824 gab es Versuche, die Besteuerung von einer Vielzahl ausländischer Meister, die in keiner Zunft standen und keine Steuern entrichteten, effizienter zu gestalten. Zu diesem Zweck erarbeitete Finanzminister Egor Francevič Kankrin (Georg Ludwig Cancrin) Pläne, mit dem

---

<sup>512</sup> PSZ RI 1, Bd. 35, Nr. 27467 (12.08.1818): O podati s inostrannyh remeslennikov v stolicach, S. 432f.; Raport barona Korfa, in: RGLA, f. 1287, op. 37, d. 92: O revizii, hier l. 18.

<sup>513</sup> S. Tabelle 35 im Tabellenanhang.

<sup>514</sup> S. Peterburgskaja Kazënnaja palata v Ėkspediciju o gosudarstvennyh dochodach, vom 28. Februar und 21. März 1821, in: RGLA, f. 571, op. 3, d. 337: O podati, hier l. 114, 116.

<sup>515</sup> Ditjatin, Gorodskoe samoupravlenie Bd. 2, S. 140.

<sup>516</sup> PSZ RI-1, Bd. 39, Nr. 30114: Ob oblegčëanii meščan i remeslennikov v plateže nedoimok, S. 587f.

Ziel, eine Weberzunft zu gründen. Diese Vorgehensweise des Finanzministeriums ist verständlich, da es nicht an der Entwicklung des Handwerks, sondern an der Steigerung der Steuereinnahmen interessiert war. Kankrin bestätigte sein Vorhaben in einem Schreiben an den St. Petersburger Generalgouverneur:

„1825 und 1826 habe ich mich an Sie in Bezug auf die Ausländer gewendet, die in ihren Wohnungen kleine Werkstätte haben, und bat Sie, die Stadtduma damit zu beauftragen, die Gründung einer Weberzunft zu veranlassen. Als Anlaß dazu diente die Tatsache, daß die Weber zu keiner gewerbetätigen Bevölkerungsgruppe hinzugezählt wurden und dementsprechend keine Steuer entrichteten“<sup>517</sup>.

In diesem Fall war es für die wenigen Weber nicht sinnvoll, eine Zunft zu gründen, da die Kosten für ihre Unterhaltung den erhofften Nutzen zunichte gemacht hätten. Außerdem waren die Weber in den meisten Fällen nicht wohlhabend. Ihre Argumente gegen die Gründung der Weberzunft überzeugten den Finanzminister davon, daß die Vereinigung der Weber der Stadt in einer Zunft noch verfrüht wäre<sup>518</sup>. Und tatsächlich ließ sich die Regierung Zeit. Zehn Jahre später, 1837, wurde diese Frage erneut behandelt. Es wurden Verzeichnisse sowohl zünftiger als auch nichtzünftiger Weber erstellt und 1840 die Weberzunft gebildet. Auch jetzt waren die Weber der Stadt nicht besonders daran interessiert, eine eigene Zunft zu gründen. Als sie vom Handwerksobershaupt der deutschen Zünfte über die Meisterversammlung benachrichtigt wurden, folgten dieser Aufforderung nur 19 Weber. Auf die Frage des Handwerksobersaupts: „Wo sind denn die anderen Fabrikanten?“, antwortete Friedrich Rudert, der schon früher zum Zunftältesten gewählt worden war, daß die übrigen Weber ihre Werkstätten außerhalb der Stadt hätten und nicht in die Zunft gehörten. Dies waren meist größere Betriebe, die Manufakturen ähnelten. Aber auch in der Stadt gab es viel mehr Weber, als gekommen waren. Sie waren nicht besonders an der Gründung einer eigenen Zunft interessiert, da auch unter den 19 Anwesenden nur drei imstande waren, die Steuer zu entrichten. Rudert betonte, daß in der Versammlung „sogar die Strumpfwirker anwesend waren: Alle ärmsten Standes“<sup>519</sup>. Der Nachfolger von Simon Günter als Standesältester war der Meister August

---

<sup>517</sup> Otnošenje ministra finansov Kankrina k voennomu general-gubernatoru ob osvoboždenii inostrannykh tkackich masterov, ot sostavlenija meždú soboju ceha ot 15 marta 1827, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 471: Po prošenniju zdešnich tkackich masterov i vydače im vidov na polučenie svidetel'stv dlja svobodnogo proizvodstva rabot na ich nebol'sich zavedenijach i ob učreždenii inostrannogo ceha (1825-1841), hier l. 42.

<sup>518</sup> Prošenija tkackich masterov ot 3 ijunja 1825 i 22 ijunja 1826; otnošenje Kankrina (...) ot 15 marta 1827, Ebd., ll. 4, 19, 42.

<sup>519</sup> Zapiska tkackogo mastera Ruderta, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 471: Po prošenniju, l. 106.

Dittmar. Er wies die Stadtduma und die Staatskasse ständig auf die Zahlungsunfähigkeit der ausländischen Handwerker hin und bat das Finanzministerium, die Steuerschulden zu streichen oder zu senken. Das führte dazu, daß der Steuersatz in den 1820er Jahren tatsächlich gesenkt wurde, weil auch das Finanzministerium die schlechte wirtschaftliche Situation der ausländischen Handwerker erkannt hatte. Die erste Steuerklasse wurde mit 43 Rubel, die zweite mit 29 und die dritte mit 14,50 Rubel veranschlagt, denen die Meister je nach ihrem Vermögensverhältnissen zugeordnet waren. Jeder vierte der gut begüterten Meister leistete eine Abgabe zugunsten der armen Handwerker. Außerdem zahlten sie eine Gildenabgabe, eine zehnprozentige Akzisesteuer, die Abgaben für die Unterhaltung der Handwerksverwaltung und der Zunftverwaltungen, 1,5 bis 10 Rubel in die Sterbekasse, die Abgaben für die Eintragung in das Adreßbuch und in die russische Handwerksverwaltung für die russischen Gesellen und Lehrlinge. Außerdem zahlten die Meister beim Eintritt in die Zunft statt 10 Rubel zwischen 100 und 400 Rubel ein, was enorm hoch war. Mit diesem Besteuerungssatz arrangierten sich die ausländischen Handwerker nicht.

Eine Bittschrift der Zunftältesten der deutschen Zünfte bewirkte, daß mit dem Erlaß vom 15. März 1843 für die ausländischen Meister eine Progressivsteuer eingeführt wurde<sup>520</sup>. Von nun an wurde für sie das Dreiklassenbesteuerungssystem abgeschafft. Die Höhe des Steuerbeitrages konnte sich in den Grenzen des festgesetzten Steuersatzes zwischen 14,5 und 43 Silberrubel bewegen. Der mittlere Steuersatz sollte demnach 29 Silberrubel betragen.

Die oben genannten Steuerbeiträge waren für den Staat bestimmt. Insgesamt zahlte jeder ausländische Handwerker viel höhere Summen, die in sich verschiedene Beiträge einschlossen, so daß im Jahre 1843 die Höhe der Gesamtabgaben 256,48 Rubel betrug. Einen so hohen Steuersatz konnte 1/8 der Handwerker nicht zahlen<sup>521</sup>. In Anbetracht der Unfähigkeit eines Teils der Meister, die Steuer zu zahlen, versuchte die Handwerksverwaltung die fehlenden Beiträge mit anderen Mitteln aufzutreiben. Sie legte z. B. dem kursächsischen Schneidermeister Ranft 32 Silberrubel auf, der seinem Handwerk wegen seines schlechten Gesundheitszustandes nicht mehr nachging und von den Einkünften lebte, die er durch die Vermietung seines Hauses erwirtschaftete. Die Mieteinnahmen betrugen jährlich 350,14 Silberrubel. Nach Meinung des Generalgouverneurs von St. Petersburg, der sich in einem Bericht an den Innenminister bezüglich der Vorgehensweise der Handwerksverwaltung äußerte, war die Ranft auferlegte Steuer unberechtigt, worauf hin er von der Besteuerung überhaupt befreit

---

<sup>520</sup> PSZ RI 2, Bd. 18, Nr. 16624 (15. März 1843): O izmenenii porjadka vnutrennej raskladki podatej s inostrannyh masterov, S. 137f.

<sup>521</sup> Očerki istorii Leningrada, Bd. 1, S. 39.

wurde<sup>522</sup>. Durch diesen ständigen Klärungsprozeß wurde ein realer Steuersatz herausgearbeitet, der den jeweiligen finanziellen Möglichkeiten der Meister entsprach<sup>523</sup>.

In Zukunft aber sollte die Kooperation zwischen der Duma und der Handwerksverwaltung verbessert und die Differenzen in den Verzeichnissen der zu steuernden Meister beseitigt werden, die zu den überhöhten Steuersätzen geführt hatten. Dies löste einen ständigen Konflikt zwischen der Stadt- und Handwerksverwaltung besonders in den 1810er Jahren aus. Die Verteilung der Steuer seit dem Erlaß vom 12. August 1818 auf drei Klassen von jeweils 50, 100 und 150 Rubeln half wenig, die Zahlungsunfähigkeit der Meister zu überwinden<sup>524</sup>.

Die Kommission zur Überprüfung der Buchführung der deutschen Zünfte fing im Jahre 1842 unter der Leitung des schon erwähnten Staatsrats Baron J.F. Korf mit ihrer Arbeit an.

Der Kommissionsbericht stellte im Oktober 1843 fest, daß „infolge unregelmäßiger und unordentlicher Geldsammlung der Staatskasse in den letzten 24 Jahren 60.000 Rubel Steuergelder“<sup>525</sup> verloren gegangen waren, was im Jahr durchschnittlich 2.400 Papierrubel ausmachte. Korf gab zu, daß er aus den Büchern, die vom Handwerksoberrhaupt geführt wurden, zu keinem endgültigen Schluß über die wirkliche Lage der Finanzen der deutschen Zünfte kommen konnte, insofern mußte er den Fehlbetrag schätzen. Er stellte aber fest, daß Dittmar die Steuer und die öffentlichen Gelder selbst sammelte und sie auch verwaltete. Da im Zunftstatut von 1785 nichts bestimmtes über die Höhe der von den Handwerkern zu sammelnden Gelder für die Unterhaltung der Verwaltung und für wohltätige Zwecke gesagt wurde, bestimmten die Zunftmeister 1820, von jedem Zunfthandwerker jährlich zehn Rubel zugunsten des Handwerksoberrhauptes zu sammeln<sup>526</sup>. Dieses Geld verwendete Dittmar für die Unterhaltung des

---

<sup>522</sup> Otnošenje St. Peterburgskogo general-gubernatora ministru vnutrennich del, vom 30. November 1843, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 171: Po otnošeniju S. Peterburgskogo voennogo general-gubernatora ob osvoboždenii saksonskogo poddannogo mastera portnogo cecha Ranfta ot plateža podatej, hier l. 1.

<sup>523</sup> Raport barona Korfa ministru vnutrennich del, vom 10. Oktober 1842, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 92: O revizii inostrannoj remeslennoj upravy Korfom v Peterburge, hier l. 24.

<sup>524</sup> Mnenie Gosudarstvennogo soveta ot 12.8.1818, in: O podati, hier l. 102f.

<sup>525</sup> Raport barona Korfa, hier l. 18.

<sup>526</sup> PSZ RI 1, Nr. 16187, Bd. 22, S. 78ff., Artikel 123, Punkt 407, 408. Unter diesen Punkten sind nur die Eintrittsgelder von den Meistern und Lehrlingen erwähnt. Außerdem wurden unter Punkt 43 fünf Rubel für die Stadtkasse für die Kirche bestimmt. Nur mit dem Erlaß vom 16. April 1852 (PSZ RI 2, Nr. 26171) wurde der allgemeinen Handwerksversammlung erlaubt, zum Beginn jedes Jahres die Höhe der Beiträge in die allgemeine Handwerkskasse zu bestimmen, die zusätzlich zu den Eintrittsgeldern bezahlt werden sollten.

Verwaltungsgebäudes, für die Kanzleikosten und einen Teil davon für sich selbst. Das letzte war als Aufwandsentschädigung für seine Bemühungen gedacht. Aber über die Höhe der jeweiligen Ausgaben entschied das Handwerksoberrhaupt alleine. Es fehlte jede Kontrolle, was später Vermutungen über mögliche Veruntreuungen bei Korf aufkeimen ließ<sup>527</sup>.

Sie sahen sich in ihrem Verdacht bestätigt, als sie im von Dittmar zusammengestellten Verzeichnis für 1840 eine Differenz in der Höhe von 2.291,5 Rubeln zwischen dem von den Zunftältesten berechneten und dem eingegangenen Geld entdeckten. Nach den Berechnungen von Korf sollten 92.200 Rubel Steuer von den ausländischen Handwerkern eingetrieben werden. Von den Zunftältesten wurden dann 35.537 Rubel zur Sammlung vorgeschlagen und von Dittmar letztlich 32.916 Rubel vorgewiesen<sup>528</sup>.

Um zu erklären, warum so viele Verzeichnisse aufgestellt wurden, ist es nötig zu erwähnen, daß sie zuerst von den Zunftältesten zusammengestellt und dann an das Handwerksoberrhaupt weitergegeben wurden. Dieser korrigierte sie und legte sie zur Bestätigung der Stadtduma vor. Die Steuerbeträge, die Dittmar einerseits selbst berechnete und andererseits als eingegangen verzeichnete, stimmen nahezu überein: Die Differenz betrug nur 142 Rubel<sup>529</sup>. Sie ist aber deutlich größer, wenn die von den Zunftältesten zusammengerechnete Summe mit der Summe verglichen wird, die das Handwerksoberrhaupt als eingegangen verzeichnete<sup>530</sup>. Bei der verzeichneten Summe fehlte ein Betrag von 2291,5 Rubeln. Die große Differenz von 66.244 Rubel zwischen den von Korf errechneten 99.300 Rubel der Gesamtsumme und der vom Handwerksoberrhaupt aufgewiesenen Summe von in die Kasse eingegangenen 33.056 Rubeln läßt sich teilweise dadurch erklären, daß Dittmar etwa 2/3 der Meister als „arm“ einstufte und sie von der Besteuerung befreite. Korf hingegen ging davon aus, daß alle Handwerker in den deutschen Zünften auch zahlen konnten.

Die Differenz könnte auch von einer unregelmäßigen Buchführung herrühren, da einige Ausgaben vermutlich nicht eingetragen wurden. Allerdings ist die fehlende Summe zu groß, um sie nur mit Unregelmäßigkeiten zu erklären. Eine unordentliche Buchführung konnte man nicht nur dem Handwerksoberrhaupt, sondern auch den Zunftältesten vorwerfen. Letztere machten nur gelegentlich Einträge in die zünftigen Einnahme- und Ausgabebücher<sup>531</sup>. Außerdem können die

---

<sup>527</sup> Raport barona Korfa, vom 10. Oktober 1842, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 92: O revizii, hier I. 17.

<sup>528</sup> Vgl. Tabelle 31 im Tabellenanhang.

<sup>529</sup> Ebd., Spalten 4, 5 und 6.

<sup>530</sup> Ebd., Spalten 3 und 6.

<sup>531</sup> Raport barona Korfa, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 92: O revizii, hier I. 19

fehlenden Steuerbeiträge dadurch erklärt werden, daß die Zunftältesten die Meister ihrem Vermögen entsprechend mit 10 bis 250 Rubel besteuerten, statt sie in drei proportionale Gruppen aufzuteilen, die laut dem Gesetz von 1818 je 50, 100 und 150 Rubel zu entrichten hatten. Dadurch wurde der mittlere Steuerbetrag stark herabgesetzt, so daß im Endeffekt viel niedrigere Summen, als von Korf und von der Duma berechnet, zusammenkamen<sup>532</sup>. Letztlich haben die deutschen Zünfte diese Steuerpolitik durchgesetzt, so daß 1842 die dem Wohlstand der ausländischen Handwerkern entsprechende Besteuerungsweise bei allgemeiner Senkung des Steuersatzes auf zwölf Rubel eingeführt wurde. Trotz der Beschwerden des Handwerksobershauptes über die schwierige finanzielle Lage der Zünfte waren 1842 bei einer Revision der Zunftkassen insgesamt 100.000 Papierrubel in bar vorhanden<sup>533</sup>.

Bei dem geringen Zustrom der ausländischen Meister in die Stadt und einem dementsprechend kleinen Zuwachs der deutschen Zünften war es problematisch, die Verwaltung der deutschen Zünfte aufrecht zu erhalten. Nach den Berechnungen des Handwerksobershauptes waren 1849 von 1300 Meistern 1100 in der Lage, Steuer zu zahlen. Jeder Meister sollte in die Handwerkskasse fünf Silberrubel einzahlen. Auf diese Weise wurden 5500 Silberrubel eingetrieben. Die Ausgaben für 1849 betrugen aber 6500 Silberrubel, so daß noch 1000 Silberrubel fehlten. Die Handwerksverwaltung richtete ihre Aufmerksamkeit auf die Gesellen und Lehrlinge, die keine Abgaben zahlten und legte ihnen eine Steuer auf, wodurch die Einnahmen gesteigert werden konnten<sup>534</sup>.

Nach der Verordnung des Vorsitzenden der KENÖV, Kollegienrat Grot, erfolgte 1850 eine erneute Überprüfung der Handwerksverwaltung der deutschen Zünfte. Diesmal zog die Bilanz Kollegienassessor Okel'. Er stellte fest:

1. Die Ältesten sammelten die Beiträge für die Zunftkasse nicht von allen Meistern in gleicher Höhe von 2,40 Silberrubeln. Die Schneidermeister zahlten 1850 z. B. 5,20 Silberrubel, die Blechner und Uhrmacher dagegen nur 1,50 Silberrubel.
2. Ob ein Meister so arm war, daß er von der Steuer befreit werden konnte, entschied nicht die Meistersammlung, sondern allein der Zunftälteste.
3. Nicht von allen Lehrlingen und Gesellen wurden Aufnahmegebühren bezahlt.

---

<sup>532</sup> Ebd., I. 18.

<sup>533</sup> Raport barona Korfa, vom 10. Oktober 1842, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 92: O revizii, hier I. 24.

<sup>534</sup> Ob ustrojstve remeslennoj upravj inostrannyh cechov v S. Peterburge (12.04.1849-11.12.1851), in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 667, I. 64ff. S. Tabelle 36 im Tabellenanhang.

4. Die Ausgaben, die die Zunftältesten machten, wurden von den Zunftversammlungen nicht schriftlich bestätigt.
5. Für die Meisterdiplome wurden von den Gesellen der Bäckerzunft statt eines Rubels 74 Silberrubel gefordert<sup>535</sup>.

Nach offiziellen Angaben wurde der Steuerbeitrag eines ausländischen Meisters etwas reduziert<sup>536</sup>. Ohne Berücksichtigung der einmaligen Abgaben für das Meisterdiplom und für den Zunft Eintritt betrug die Steuer im Jahre 1849 7,1, im Jahre 1850 8,7 und im Jahre 1851 3,5 Rubel. Auffallend ist, daß die Steuer für die allgemeine Handwerksverwaltung von 0,6 auf 5 Rubel erhöht und für die Zunftkasse von 5 auf 2,4 Rubel reduziert wurde. Die Verminderung der Einnahmen in den Zunftkassen und die Erhöhung derselben in der Handwerksverwaltung können möglicherweise auf die Zentralisierungstendenzen bzw. Bündelung der Macht in der Handwerksverwaltung zurückgeführt werden.

## 6.2 Die Besteuerung russischer Handwerker

Die Steuerbeiträge der russischen Handwerker waren anderer Natur als die der ausländischen und beinhalteten andere Posten bzw. wurden stärker differenziert. So bestand die Summe der bezahlten Steuerbeiträge eines russischen Handwerkers aus einer Kopfsteuer, einer Post- und Landabgabe, einer Abgabe an die Handwerkskasse und einer Steuer für die Gesellen und Lehrlinge.

Betrug die Kopfsteuer im Jahre 1798 noch 2,50 Papierrubel und 1818 2,55 Papierrubel, wurde sie 1825/26 für die ständigen Meister auf acht und für die zeitweiligen Meister gar auf 20 Papierrubel erhöht<sup>537</sup>. Die zeitweiligen Handwerker ausgenommen, wuchs die Höhe der Kopfsteuer der ständigen Handwerker nicht besonders von derjenigen der übrigen Städter ab<sup>538</sup>.

Seit 1824 wurden die russischen Handwerker zusätzlich mit einer Akzisesteuer (*akciznyj nalog*) belastet. Am 7. Januar 1826 schickten die zeitweiligen Meister der Zünfte der Wagenbauer, Schmiede und Karrenbauer eine Bittschrift an das Departement des Finanzministeriums für Steuern und Abgaben (*Departement*

---

<sup>535</sup> Журнал КЕНОВ о.д., in: РГИА, ф. 1287, оп. 37, д. 667: Об устройстве ремесленной управы иностранных цехов в С. Петербурге (12. April 1849 - 11. Dezember 1851), hier l. 87.

<sup>536</sup> S. Tabelle 37 im Tabellenanhang.

<sup>537</sup> Доклад казенной палаты, in: РГИА, ф. 571, оп. 3, д. 337: О подати, l. 3. S. Tabelle 38 im Tabellenanhang.

<sup>538</sup> S. Tabelle 39 im Tabellenanhang.



*raznych podatej i sborov*), in der sie baten, sie von der Akzise zu befreien<sup>539</sup>. Doch ihr Gesuch wurde zurückgewiesen. Die Stadtduma kontrollierte durch die Kaufmannsdeputation, daß die zeitweiligen Handwerker entsprechend dem Gesetz über die Gilden von 1824 je nach Zahl der Beschäftigten besondere Handelslizenzen in der Kaufmannsverwaltung abholten und dementsprechend Steuer zahlten. Die nichtzünftigen Handwerker sollten laut Gesetz vom 30. Juni 1826 im Adreßkontor eine zusätzliche Bescheinigung für zehn Papierrubel für sich und für drei Papierrubel für Lehrlinge kaufen<sup>540</sup>, was für sie eine unerwünschte zusätzliche Belastung bedeutete.

Die Besitzer der Kaffeehäuser fühlten sich durch eine erhöhte Steuer ebenfalls benachteiligt. Die Handelsstuben für Konditorwaren hatten nämlich den Vorteil, daß sie mit einer niedrigeren Akzisesteuer zwischen 20 und 100 Papierrubeln im Gegensatz zu den Kaffeehäusern mit 450 bis 900 Papierrubel belegt wurden. Außerdem beklagten die Kaffeehausinhaber die starke Erhöhung dieser Besteuerungsart. Sie war zwischen den Jahren 1835 und 1838 um 150% erhöht worden<sup>541</sup>.

Die Meister, besonders unter den zeitweiligen Handwerkern, wurden durch die sich von Jahr zu Jahr ändernden „Freibeiträge“ für die Handwerksverwaltung verunsichert, obwohl es laut Handwerksstatut in den Händen der Handelsversammlung lag, über die Höhe dieser Beiträge nach Bedarf zu entscheiden. Diesbezüglich beklagten sich die zeitweiligen Handwerker beim Finanzministerium, weshalb im Jahre 1827 das Mitglied der Gouvernementsverwaltung Tichij in die russische Handwerksverwaltung zur Überprüfung geschickt wurde. Er sollte untersuchen, ob der Standesälteste, die Zunftältesten und ihre Stellvertreter in den Jahren 1814 bis 1827 gesetzwidrige Geldsammlungen und Geldausgaben durchgeführt hatten<sup>542</sup>. In seiner Untersuchung stellte er eine freizügige und willkürliche Steuerpolitik des Handwerksobershauptes Trubicyn fest, die er als „Amtsmißbrauch“ bezeichnete. Dies rührte daher, daß in der Gesetzgebung weder die Höhe der Beiträge für die Zunftkassen, die Handwerkskasse und die freiwilligen Beiträge für die soziale Unterstützung der „Schwächeren“ des Standes noch die Gehälter der Verwaltungsmitglieder und Angestellten festgelegt waren. Da das

---

<sup>539</sup> Po pros'be masterovych v S. Peterburge o predpolagaemoj s nich podati pod nazvaniem akciza, in: RGIA, f. 560, op. 6, d. 441 O prošennii nachodjaščichsja v Peterburge masterovych o predpolagaemoj, jakoby, s nich podati pod naimenovaniem akciza v 1826 g., hier l. 1f.

<sup>540</sup> Postanovlenie Departamenta raznych podatej i sborov ministerstva finansov ot 7 janvarja 1826g., in: Ebd., l. 2f.

<sup>541</sup> S. Tabelle 40 im Tabellenanhang.

<sup>542</sup> Doklad ministra inostrannyh del senatu, vom 28. Februar 1835, in: RGIA, f. 1286, op. 5, d. 200: Po ukazy pravitel'stvujuščego Senata o ustrojstve zdešnich remeslennach uprav (1834-1835), hier l. 5.

Handwerksoberrhaupt zu dem nur mangelhaft von der Obrigkeit kontrolliert wurde, kam es immer wieder zu „Ungenauigkeiten“ in der Kasse der Handwerksverwaltung<sup>543</sup>.

Am 16. August 1829 berichteten die mit der Inspektion der Zunftverwaltungen beauftragten Magistratsmitglieder Zajcev und Sobolev dem Magistrat, daß sie nicht im Stande wären, die Bestandsaufnahme rechtzeitig durchzuführen, da es zur Zeit in St. Petersburg 46 offene russische Zünfte und dementsprechend genauso viele Zunftverwaltungen gäbe. Die Zunftältesten und ihre Stellvertreter waren nur zweimal pro Woche in den Zunftverwaltungen anwesend, wodurch die Überprüfung nur langsam voranging. Die Ergebnisse der Untersuchung waren folgende:

1. Das Handwerksoberrhaupt tätigte Zahlungen nur auf Weisung der Meisterversammlung.
2. Die Steuern wurden nur von den tatsächlich vorhandenen Handwerkern entrichtet. Die alte Praxis, nach der die Kopfsteuer ausgehend von der letzten Volkszählung bestimmt worden war und bis zur nächsten Zählung nicht aktualisiert wurde, war für die Zünfte nicht mehr akzeptabel. Die durch einen Betriebsunfall Verunglückten, Verarmte, hochbetagte und minderjährige Handwerker wurden durch die Verwaltung von der Steuer befreit.
3. In manchen Zünften wurden bei Eintritt „freiwillige“ Beiträge in Höhe von 23 bis 50 Rubel von den Meistern bezahlt. Dieses Geld wurde für wohltätige Zwecke verwendet. Verarmte Handwerker, die Witwen der Meister und die Waisen konnten dadurch eine finanzielle Unterstützung in Anspruch nehmen. Allerdings wurden für die meisten der eingezahlten Beiträge keine Belege ausgestellt, was Hinterziehungen ermöglichte.
4. Aus der Handwerkskasse wurde nach Bewilligung der Meisterversammlung folgende jährliche Gehälter bezahlt: dem Handwerksoberrhaupt 400, seinen beiden Stellvertretern 100 bzw. 450, sieben verordneten jeweils 500 und einem Verordneten 1.500 Silberrubel. Außerdem erhielten die Witwen der Meister jährlich eine Unterstützung in Gesamthöhe von 964,6 Silberrubeln.

Die Tatsache, daß die Beschlüsse der Versammlung nicht dem Stadtmagistrat und der Stadtduma zur Bestätigung vorgelegt wurden, bezeugt den hohen Grad der Unabhängigkeit der legislativen Macht in Gestalt der Meisterversammlung<sup>544</sup>. Die Handwerksverwaltung nutzte den Umstand, daß die niederen Ebenen der städtischen Verwaltung wie der Stadtmagistrat und die Gouvernementsverwaltung nicht gut genug miteinander kooperierten. Im Dezember 1833 erstattete der Generalgouverneur von St. Petersburg, Graf Essen, Bericht an den Senat über die

---

<sup>543</sup> Raport ministra vnutrennich del Senatu ot 28 fevralja 1835g., in: Ebd., hier l. 11.

<sup>544</sup> Ebd., l. 7f.

durchgeführte Überprüfung der Handwerksverwaltung, in dem er unter anderem erklärte, daß die Gouvernementsverwaltung schon am 29. November 1829 dem 1. Departement des Stadtmagistrats die Aufgabe auferlegt hatte, die Handwerksverwaltung zu überprüfen. Diese Aufgabe der Prüfung der Handwerkskasse und der Zahl der Handwerker sei nicht ausgeführt worden. Der Stadtmagistrat fing erst nach der zweiten Weisung durch die Gouvernementsverwaltung vom 18. August 1830 mit der Überprüfung an<sup>545</sup>.

Die Einführung der neuen öffentlichen Ordnung in St. Petersburg im Jahre 1846 bedeutete einen großen Schritt in der Entwicklung der öffentlichen Verwaltung der Hauptstadt, sie führte auch zu Verbesserungen in der Buchführung und zur Errichtung einer Kanzlei der Handwerksverwaltung. Die Steuerrückstände, die in den 20er bis 40er Jahren auf der Tagesordnung standen und sich z. B. bei der Schneiderzunft auf 22.000 Rubel angehäuften, konnten durch eine geregelte Buchführung reduziert werden<sup>546</sup>.

Seit 1846 galt für die russischen Zunfthandwerker folgende Besteuerung: Neben der Kopfsteuer entrichteten die zeitweiligen Zunfthandwerker Abgaben an die Zunft- und Handwerksverwaltung. Seit 1846 zahlten sie zusätzlich eine Steuer an die Stadtduma. Im Jahre 1846 wurden von einem zeitweiligen Meister 5,72 Silber- oder 17,16 Papierrubel, einem Gesellen 58 Kopeken oder 2,03 Papierrubel und von einem Lehrling 29 Kopeken oder 1,01 Papierrubel bezahlt. Von den 5,72 Silberrubeln gingen 1,43 an die Stadtduma, 1,43 an die Handwerkskasse und 2,86 Silberrubel an die Zunftkasse. Außerdem sollten die zeitweiligen Handwerker als Leibeigene einen Grundzins an ihren Grundherren zahlen.

Für die ständigen Handwerker, die zu den Stadtbürgern gehörten, galt wiederum ein anderer Steuersatz. Jeder ständige Meister zahlte eine Kopfsteuer bis zum Jahre 1827 in Höhe von 15,3 Papierrubeln, ab 1828 10,3 Papierrubel, seit 1834 12,7 Papierrubel, in den 40er Jahren 4,32 Silberrubel oder 15,2 Papierrubel und im Jahre 1850 2,38 Silberrubel oder 8,26 Papierrubel<sup>547</sup>. Der Steuerbetrag blieb folglich von 1827 bis 1850 mit etwa 15 Papierrubel nahezu konstant. Außer der Kopfsteuer zahlten die ständigen Meister eine Poststeuer von 6,25 Rubeln, eine Straßensteuer von 25 Kopeken und eine Wassersteuer von 5 Kopeken. Seit dem Jahre 1828 entrichteten sie noch eine Zemstvosteuer (*zemskij sbor*) von 2 Rubeln<sup>548</sup>. Der in St. Petersburg bekannte Schneidermeister Rezanov berichtete, daß er als Schneidergeselle 1834 24,3 Papierrubel Steuer gezahlt hätte. Dagegen zahlte

---

<sup>545</sup> Raport S. Peterburgskogo General-Gubernatora grafa Essena v Senat ot 30 dekabnja 1833g.; Raport ministra vnutrennich del Senatu ot 28 fevralja 1835 g., in: Ebd., I. 19.

<sup>546</sup> Očerki istorii Leningrada, Bd. 1. S. 40.

<sup>547</sup> Ebd.

<sup>548</sup> Ebd., S. 39.

er 1842 als Schneidermeister insgesamt für drei Gesellen und drei Lehrlinge 31,56 Papierrubel Steuer, was viel weniger als früher war<sup>549</sup>. Ungeachtet der allgemeinen Senkung der Steuern bedienten sich trotzdem manche ständigen Meister bei der Zunftkasse und ließen ihre Steuern teilweise mit dem Geld der zeitweiligen Handwerker zahlen, obwohl sie im Durchschnitt ein höheres Einkommen hatten. Daß dies die übliche Praxis war, läßt sich aus mehreren zeitgenössischen Berichten zwischen 1840 und 1850 ersehen<sup>550</sup>. Dieser Mißbrauch ist durch die Vormachtstellung der ständigen Meister in den Zünften zu erklären, die bei jeder Gelegenheit versuchten, die zeitweiligen Handwerker auszunutzen.

Die Besteuerung der zeitweiligen Handwerker führte die Handwerksverwaltung dagegen rigoros durch. Am 29. Dezember 1847 und am 12. Januar 1848 machten die Handwerksverwaltung und die kaufmännische Deputation der Stadtduma bekannt, daß die zeitweiligen Meister die Gewerbe- und Handelslizenzen bis zum 1. Februar einholen sollten. Dabei bezogen sich beide Institutionen auf ihr Recht, gegen diejenigen Meister Sanktionen anzuwenden, die keine Erlaubnisse für 1848 vorweisen konnten, was bedeutete, daß alle gefundenen Waren und Instrumente bei der generellen Inspektion der kaufmännischen Deputation am 1. Februar 1848 konfisziert werden konnten. Darüber hinaus wurden die Meister mit einer Gebühr von 65,72 Silberrubeln bestraft<sup>551</sup>.

Am 22. Januar 1848 überreichte der Älteste der Kleinhändler- bzw. Bäckerzunft, Gavril Demidov, dem Innenminister L. A. Perovskij bei einer Audienz eine Bittschrift, in der er bat, den zeitweiligen Handwerkern den Termin für die Steuerabgabe bis zum 15. März aufzuschieben. Diese Verzögerung war durch die Stadtduma provoziert. Im November und Dezember 1847 gaben die zeitweiligen Meister ihre Pässe und die nötigen Steuern für den Staat ab und erhielten so die Handelslizenz. Danach legten sie ihre Pässe der verwaltenden Stadtduma vor und zahlten die Steuer zugunsten der Stadt. Da aber die Meister bis Ende Januar ihre Pässe immer noch nicht von der Duma zurückbekommen hatten, weigerte sich die Handwerksverwaltung, die Steuer von den Meistern ohne die Pässe in Empfang

---

<sup>549</sup> Proekt večno-cechovogo mastera portnogo ceha Rezanova ot 15.10.1842, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 93: Po proektam masterov portnogo ceha Rezanova i Kessnera ob obučenii mal'čikov portnomu masterstvu (Oktober 1842-Januar 1842), hier l. 11.

<sup>550</sup> Predloženie Michaila Petrovskogo, in: Ob obrevizovanii (...), RGIA, f. 1287, op. 37, d. 100, l. 22f.

<sup>551</sup> Vedomosti S. Peterburgskoj gradskoj policii, Nr. 283 (Dezember 1847) und Nr. 8 (Januar 1848), aus: Dokladnaja zapiska staršiny buločnogo meločnych lavočnikov ceha G. Demidova s tovariščami Perovskomu ot 22.01.1848, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 567: Po zapiske staršiny meločnych lavočnikov po buločnomu cehu Demidova ob otloženii sroka peremeny svidetel'stv do 15 marta 1848 g. (21. Januar - 5. April 1848), hier l. 1f.

zu nehmen und Gewerbescheine an sie zu vergeben. Ungeachtet der Unschuld der Meister, erreichten sie keine offizielle Verlängerung mit allen daraus resultierenden Folgen. Ohne Gewerbeschein war ihnen fortan untersagt, ihr Handwerk auszuüben<sup>552</sup>.

Im Unterscheid zu dem ständigen Schneidermeister Rezanov meinte der Gutsherr Nikolaj Evreinov, daß seine Bauern, die in St. Petersburg als Handwerker tätig waren, zu hohe Steuern entrichteten. Seinem Gesuch entsprechend, das er am 12. Februar 1848 während einer Audienz beim Innenminister L. A. Perovskij abgab, wurden viele seiner Bauern in St. Petersburg als zeitweilige Handwerker in verschiedene Zünfte eingeschrieben, wie z. B. die Pelzmantelschneider in die Kürschnerzunft, die Bronze gießer in die Bronzезunft und die Korbflechter in die Tischlerzunft. Als N. Evreinov die Steuerunterlagen seiner Leibeigenen überprüfte, stellte er fest, daß sie neben 5,72 Silberrubeln noch 2,68 Silberrubel als „freiwilligen“ Beitrag in die Zunftkasse zahlten. Natürlich durfte die Handwerksverwaltung die zeitweiligen Handwerker nicht dazu zwingen, diesen Beitrag von 2,68 Silberrubeln zu zahlen. Evreinov meinte aber, daß grundsätzlich alle Abgaben an die Verwaltung gesetzeswidrig seien. Er schrieb:

„Die zeitweiligen Handwerker sind verpflichtet, zugunsten der Stadt 5,72 Rubel zu zahlen. Darüber hinaus fordert die Handwerksverwaltung *willkürlich* unter dem Vorwand eines freiwilligen Beitrags in die Zunftkasse 2,68 Rubel. Außerdem werden in einigen Zünften noch die Beiträge für den Schreiber bezahlt“<sup>553</sup>.

Die Beiträge, die zusätzlich für die Handwerkskasse und für Verwaltungskosten von der Handwerksversammlung festgesetzt wurden, sah er als unrechtmäßig an. Evreinov ging es insbesondere um die „freiwilligen Beiträge“ von 2,68 Silberrubeln, die eine beträchtliche Belastung für seine Bauern bedeuteten. Diesbezüglich wandte sich Evreinov am 1. Februar 1848 an die Handwerksverwaltung, um das „unterdrückte Arbeitervolk zu schützen“<sup>554</sup>. Er führte einige Artelsleiter der Korbflechter mit sich, die bestätigten, einen

---

<sup>552</sup> Dokladnaja zapiska, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 567: Po zapiske Demidova, hier l. 2f.

<sup>553</sup> Povinnosti, „kotorye oni objazany každyj po svoemu cechuvnositi v pol'zu goroda po rasporjaženiju Gradschoj dumy. Okazalos', što uzakonennaja povinnost' est' 5,72 rublja serebrom, no takovoju povinnost'ju Remeslennaja uprava ne dovol'stvovalas', a sverch togo položila samoproizvol'no pod vidom dobrovol'noj skladki 2,68 rublja serebrom, krome togo berut eščë na pisarja po nekotorym cecham“, aus: Zapiska Nikolaja Evreinova ministru vnutrennich del ot 12.02.1848, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 574: O sborach s remeslennikov v S. Peterburge po žalobe otstavnogo rotmistra Evreinova (14. Februar 1848 - 23. März 1849), hier l. 1.

<sup>554</sup> „V zaščitu ugnjetënnogo rabočego naroda“, in: Ebd., l. 1f.

„freiwilligen“ Beitrag entrichtet zu haben<sup>555</sup>. Das anwesende Verwaltungsmitglied Komarov befürwortete die Ansprüche von Evreinov. Das andere Verwaltungsmitglied Kuz'min entgegnete darauf, daß die Geldsammlungen legitim seien. Er suchte aber vergeblich nach Gesetzen, die seine Behauptung hätten stützen können. Das Handwerksoberrhaupt Komarov lud die Zunftältesten der Tischler- und Kürschnerzünfte ein und verbot ihnen von nun an, die umstrittenen Beiträge zu sammeln. Er verfügte, in diesen Zünften Sonderbücher einzuführen, in die alle freiwilligen Geldgeber die Summen eintragen sollten, die sie gegeben hatten.

Die oben genannten Zunftältesten wollten jedoch dieser Verfügung der Handwerksverwaltung nicht Folge leisten. Nach kurzer Zeit beschwerten sich die Handwerker wieder. Die Zunftältesten hätten sie gezwungen, 2,68 Silberrubel als „freiwillige“ Abgabe zu zahlen. Der Zunftälteste der Schreiner stellte für den Betrag Quittungen aus, während der Zunftälteste der Kürschner zusätzlich (*lišnee*) etwas Geld für den Schreiber und das Papier forderte. Dieser Amtsmissbrauch ereignete sich nach den Worten von Evreinov noch in 50 anderen Zünften. Außerdem zahlten die zeitweiligen Handwerker z. B. im Jahre 1848 bei Zunfteintritt bis zu 20 Silber- bzw. 70 Papierrubel Eintrittsgelder in die Zunftkassen<sup>556</sup>.

Die Beschwerde von Evreinov löste im Jahre 1848 eine Untersuchung der russischen Zünfte aus. Der Innenminister befahl dem Generalgouverneur von St. Petersburg, eine Überprüfung der Verwaltung zu veranlassen. Das Mitglied der KENÖV, Kollegienrat Grot, wurde mit der Kontrolle beauftragt. Er stellte fest, daß die Zünfte neben den 5,72 Silberrubel, wie Evreinov berichtet hatte, noch 2,86 Silberrubel freiwillige Gelder von den zeitweiligen Handwerkern gesammelt hatten. Darüber hinaus führten die zeitweiligen Handwerker die Beiträge für die Gesellen und Lehrlinge von je 0,59 und 0,29 Silberrubeln an die Zunftkasse ab. Ein Jahr zuvor, 1847, war noch eine zusätzliche Abgabe für das neu errichtete Armenhaus für die Handwerker erfolgt. Die Zunftältesten verlangten von den Handwerkern Geld für Kanzleiausgaben, wie Lämpchenöl etc., so daß ein zeitweiliger Meister mit seinen Gesellen und Lehrlingen manchmal bis zu 15 Silber- bzw. ca. 52 Papierrubel zahlen mußte<sup>557</sup>. In den meisten Fällen konnten sich aber die Zünfte auf die Handwerks- und Zunftstatuten von 1785 und 1799 berufen, in denen stand, daß die Meistersammlungen der Zünfte die Höhe der Abgaben jährlich bestimmten, die für die Gehälter der Zunftältesten und ihre

---

<sup>555</sup> Die Tatsache, daß die Handwerksverwaltung auch einige bäuerlichen Handwerker, die in den Arteln organisiert wurden, mit den Steuerbeiträgen verpflichtete, legt Zeugnis darüber, inwieweit die Zünfte ihre Ansprüche geltend machen konnten bzw. daß ihre Macht sehr weit reichte.

<sup>556</sup> Zapiska Evreinova, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 574: O sborach, hier l. 2f.

<sup>557</sup> Ebd., l. 11.

Stellvertreter sowie für die Kanzleiabgaben und die sozialen Zwecke verwendet wurden<sup>558</sup>. Diese Abgaben können als zusätzliche Steuer für den Unterhalt der Handwerksverwaltung eingestuft werden.

Der Einspruch von Evreinov war nicht rechtmäßig, weil er grundsätzlich keine Geldsammlungen seitens der Handwerksverwaltung anerkannte. Die Handwerksverwaltung durfte jedoch bestimmte Geldsammlungen anordnen, darüber sollte sie aber korrekt Buch führen und Bescheinigungen an die Geldgeber ausstellen. Da die Meister für ihre Zahlungen keine oder falsche Belege ausgestellt bekamen und auch keinen Einblick in die Bücher hatten, keimte bei ihnen die Vermutung auf, daß die Zunftältesten diese Gelder für sich behielten:

„Seit Jahren werden durch die Zunftältesten Steuern für die Stadt und für die Zunftkasse in Höhe von 10 bis 15 Silberrubeln von den zeitweiligen Handwerkern eingetrieben. Quittungen werden aber nur für 5,72 Silberrubel ausgestellt“<sup>559</sup>.

Von 5,72 Silberrubeln gingen 2,86 in die Zunftkasse. Die verbleibende Summe wurde noch einmal geteilt: 1,43 Silberrubel bekam die Duma und 1,43 die Handwerksverwaltung. Quittungen wurden den Gesellen und Lehrlingen entweder nicht ausgestellt oder sie wurden nicht ordentlich numeriert. Die zeitweiligen Handwerker behaupteten, daß die Ältesten, das Handwerksobhaupt und der Sekretär, sich an den „freiwilligen“ Beiträgen bereicherten und ihre Häuser damit bauten. Die Ältesten hielten es für nicht nötig, für die Summen, die für die Zunft- und Handwerksverwaltung bestimmt waren und als Kanzleiausgaben galten, Quittungen auszustellen<sup>560</sup>.

Die finanziellen Versäumnisse waren aber nicht für alle russische Zünfte typisch. Als Grot die Zunftkassen der russischen Schlosser-, Schuhmacher-, Schneider-, Schornsteinfeger- und Kleinhändlerzünfte überprüfte, wiesen sie keinen Rückstand auf<sup>561</sup>.

Um künftig Undurchsichtigkeiten in der Buchhaltung zu vermeiden, schlug Grot vor:

1. grundsätzlich für alle Geldabgaben Quittungen auszustellen,

---

<sup>558</sup> Svod zakonov Rossijskoj imperii, čast' 2, SPb. 1913, hier Ustav o promyšlennosti fabrično-zavodskoj i remeslennoj, tom 11, čast' 2, S. 56-92, stat'i 315, 407-409.

<sup>559</sup> Donos na imja Perovskogo ot 8. 11.1848, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 610: O besporjadkach, hier l. 17.

<sup>560</sup> Kopija s žurnala komissii ot janvarja 1849 g., in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 574: O sborach, hier l. 11f.

<sup>561</sup> Donos na imja Perovskogo ot 8.11.1848, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 610: O besporjadkach, hier l. 17. Die Zunftkassen wiesen jeweils 585, 2.857, 1.983, 573 und 1.442 Silberrubel auf.

2. für eine leichtere Erledigung der Formalitäten Sondervordrucke zur Verfügung zu stellen,
3. um jeden Handwerker vollständig zu informieren, was und wofür er zahlen sollte, Verzeichnisse in der Verwaltung auszuhängen, in denen alle Abgaben, die von der Gesamtversammlung der Handwerker bestimmt worden waren, festgehalten wurden,
4. für die Zunftmakler Gehälter in Höhe von 500 Silberrubeln pro Jahr zu bestimmen,
5. für jeden ausgestellten Vertrag dem Makler 50 Silberkopeken Provision zukommen zu lassen<sup>562</sup>.

Für eine Entspannung der Situation sorgte die Entscheidung der Handwerksverwaltung, anlässlich der 25-jährigen Regierungszeit von Nikolaus I. die Steuerschulden der armen und älteren Handwerker für 1850 in Höhe von 52.367 Silberrubeln aus der Handwerkskasse zu bezahlen<sup>563</sup>. Dies wurde auch weiterhin praktiziert, da 1855 - jetzt anlässlich der 30-jährigen Regierungszeit des Zaren - 5.837 Silberrubel zum Ausgleich der Steuerrückstände derselben Gruppe bezahlt wurden<sup>564</sup>. Auffällig ist, daß die Schulden merklich gesunken waren, was dafür spricht, daß in der Verwaltung eine wohlgeordnete Buchführung zustande gekommen war. Dies konnte wiederum durch die Professionalisierung der Verwaltung erreicht werden, denn hier waren endlich erfahrene, in Buchhaltung versierte Verwaltungsmitglieder tätig geworden.

Die Erfahrungen der letzten Jahre schlugen sich in einer differenzierteren Besteuerung nieder. Um die Steuerpolitik flexibler gestalten zu können, wurde der Handwerksverwaltung erlaubt, eine Progressivsteuer einzuführen. Was bei den ausländischen Handwerkern seit 1818 praktiziert wurde, führte die KENÖV erst 1852 für die russische Handwerksverwaltung - zunächst probeweise - ein. Für jede Zunft wurde eine Kommission aus den Ältesten und ihren Stellvertretern zusammengestellt. Nachdem alle Verzeichnisse bei der Handwerksverwaltung eingegangen waren, wurde ein allgemeines Verzeichnis erstellt, das dann an die verwaltende Duma weitergeleitet wurde. Die Steuern wurden jedoch ungeachtet des Einkommens der Handwerker festgesetzt, was nicht den Anweisungen der KENÖV entsprach. Die russische Handwerksverwaltung verfiel in die alte Gewohnheit, die durchschnittliche Steuer aus der Gesamtzahl der zu besteuernenden Meister zu errechnen. Dabei wurden einige Meister ganz von der Steuer befreit, da ihre Steuerbeiträge, wie gesagt, durch die Zunftkassen beglichen wurden.

---

<sup>562</sup> Kopija s žurnala, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 574: O sborach, hier l. 11f.

<sup>563</sup> Razrešenje ministra vnutrennich del Perovskogo k voennomu general-gubernatoru ot 9.12.1850, in: RGIA, f. 1238, op. 37, d. 932: Po otnošeniju S. Peterburgskogo general-gubernatora o složenii nedoimki s bednych remeslennikov v S. Peterburge (4. - 9. Dezember 1850), hier l. 3.

<sup>564</sup> ŽMVD, t. 13 (1855) Juli-August, S. 158.



Die Zunftverwaltungen hatten keine leichte Aufgabe. Die russischen Meister mußten sich erst daran gewöhnen, einige Aufgaben selbständig - ohne Anweisung von oben - auszuführen. „Robko i neochotno“ (schüchtern und unwillig) traten sie an die neue Aufgabe heran<sup>565</sup>. Die Kommissionsmitglieder fürchteten, jemanden mit zu niedriger oder zu hoher Steuer zu belegen. Außerdem mußten sie sich an den Gedanken gewöhnen, Steuerrückstände nicht mit Geldern aus der Zunftkasse, d.h. auf Kosten anderer Meister, zu begleichen, sondern mit Hilfe einer ordentlichen Steuereintreibung. Die Meister mußten lernen, daß die Zunftkasse „nicht dafür da ist, Steuern zu entrichten, sondern für andere Bedürfnisse der Zünfte“ bestimmt war. Der Innenminister unterstrich im Schreiben an den Finanzminister vom 8. Januar 1855, daß dieser Versuch im großen und ganzen von Nutzen für die Entwicklung einer korrekten und gerechten Besteuerung sei. Er betonte, daß die diesmal aus der Zunftkasse entnommene Summe für die Begleichung der Steuerrückstände in Höhe von 1.634 Rubeln viel niedriger als die in früheren Jahren gewesen sei, als sie noch eine Höhe von bis zu 7.000 Rubel erreichte<sup>566</sup>.

1853 und 1854 wurde die Arbeit der Steuerkommissionen in der Verwaltung weiter optimiert; es wurden noch bessere Ergebnisse erzielt. 1853 entnahm die Kommission der Zunftkasse für verstorbene und erwerbsunfähige Handwerker 143,4 Rubel. 1854 wurden für die Steuer in Höhe von 26.661,7 Rubeln nur noch 9,1 Rubel aus der Zunftkasse genommen<sup>567</sup>. Im Jahre 1853 zahlten die zeitweiligen Handwerker schließlich die Steuern in voller Höhe von 21.272 Rubeln ein, wodurch kein Rückstand blieb<sup>568</sup>.

In Anbetracht der durchaus gelungenen Maßnahmen beschloß die Regierung, die Verteilung der Steuer in Zukunft speziellen Steuerkommissionen in den Zünften zu überlassen. Die Kommissionen sollten aus den Zunftältesten, ihren Stellvertretern, den Steuereinnehmern und drei erfahrenen ständigen Meistern bestehen.

Mit den Reformen der 1860er Jahre änderte sich die Besteuerungsweise der Handwerker. 1863 und 1865 wurden neue Bestimmungen für die Handelssteuer eingeführt: Die Gewerbetreibenden sollten erst die Handelslizenz kaufen, um ihr Handwerk ausüben zu können. In diesem Zusammenhang wurde 1863 verfügt, daß alle Handwerksbetriebe, die nicht mehr als 16 Arbeitnehmer beschäftigten, eine

---

<sup>565</sup> Otnošenje ministra vnutrennich del ministru finasov, in: RGIA, f. 571, op. 3, d. 28 (21.01-30.04.1855): Po otnošeniju ministra vnutrennich del, kasatel'no raskladki i vzmanija podatej i povinnostej s S. Peterburgskich večno-cechovyh remeslennikov, hier l. 1f.

<sup>566</sup> Ebd., l. 1f.

<sup>567</sup> Ebd., l. 2.

<sup>568</sup> Obščestvennoe chozjajstvo Peterburga, in: ŽMVD, č. 1, Nr. 7-8 (Juli-August 1853), S. 121.

Handelslizenz für den Kleinhandel in Höhe von 20 Silberrubeln im jeden Jahr kaufen sollten. Mit dem Erlaß vom 9. Februar 1865 wurden die Handwerksbetriebe auf drei Gruppen verteilt. Zur ersten Gruppe gehörten die Betriebe mit zehn bis 16 Hilfskräften und einem Ladenraum. Sie zahlten 20 Silberrubel für die Handelslizenz und zehn Silberrubel für den Handelsschein. Die Betriebe mit fünf bis neun Angestellten sollten 20 Silberrubel für die Handelslizenz zahlen. Die Betriebe mit einem bis vier Angestellten zahlten zehn Silberrubel<sup>569</sup>. Außerdem zahlten die Inhaber der Handwerksbetriebe mit mehr als 16 Beschäftigten 30 Kopeken für jeden weiteren Beschäftigten im Jahr<sup>570</sup>. Ob alle Handwerker Handelslizenz und Handelsschein jährlich gekauft hatten, sollte die Handelsdeputation überprüfen. Bei einer Überprüfung im Jahre 1870 stellte sich beispielsweise heraus, daß die Witwe eines Meisters der Wagenbauerzunft nur eine Handelslizenz für 20 Rubel vorweisen konnte, obwohl sie noch einen Handelsschein für zehn Rubel hätte kaufen müssen. Die Strafe betrug in diesem Fall nach der Bestimmung von 1865 zehn Rubel<sup>571</sup>.

Manchmal hatten auch Initiativen der Handwerker für eine Steuerreduzierung Erfolg. Die Deputiertenversammlung der Handwerker beschloß am 23. Juli 1871, daß die Steuer in Höhe von jährlich 60 Silberkopeken, die zur Unterstützung eines Krankenhauses für Arbeiter erhoben worden war, nicht entrichtet werden mußte. Zwei frühere Gesuche vom 1. September 1869 und vom 12. Februar 1870 waren noch abgelehnt worden. 1871 wurde zur Lösung dieser Frage von der Deputiertenversammlung der Handwerker eine Kommission eingesetzt, die aus vier Mitgliedern, A.I. Bljum, M.P. Polikarpov, F.K. Rešetnikov und P.E. Knjazev bestand. Die Kommission legte ein Verzeichnis der gezahlten Steuern vor, wonach der Rat der wohltätigen Anstalten (*Popečitel'nyj sovet zavedenij obščestvennogo prizrenija*) der Kommission Recht gab, eine Befreiung zu bewilligen. Für die Lehrlinge und Gesellen sollten die Meister allerdings weiterhin 60 Silberkopeken pro Person einzahlen<sup>572</sup>.

Neben dem Erwerb von Gewerbescheinen und Handelslizenzen entrichteten die ständigen Meister 1864 insgesamt vier Rubel, ihre Gesellen 60 Kopeken und die

---

<sup>569</sup> Donesenie S. Peterburgskoj rasporjaditel'noj dumy S. Peterburgskomu gubernatoru ot 12.04.1867, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 783: Po chodatajstvu vybornych remeslennogo soslovija v S. Peterburge ob umen'shenii plateža ustanovlennych pošlin za soderžanie remeslennych zavedenij (Mai 1867-November 1868), hier l. 3f.

<sup>570</sup> Istoričeskij očerk obloženia torgovli i promyslov v Rossii. St. Petersburg 1893, S. 161.

<sup>571</sup> Raport St. Peterburgskogo gubernatora ministru vnutrennich del, vom 17. November 1870, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1185: Po žalobe vdovy mastera teležnogo cecha Kudrjavcevoj na stesnenie ež torgovym nadzorom (7. Juli - 12. November 1870), hier l. 3.

<sup>572</sup> Doklad komissii, naznačennoj sobranie deputatov, vom 6. November 1870, in: RGIA, f. 1287, op. 14, d. 1321: Ob osvoboždenii cechovyh masterov i ich semejstv ot 60-kopečnogo sbora na soderžanie bol'nic dlja černorabočich v Peterburge (1871-1872), hier l. 3ff.

Lehrlinge 30 Kopeken Steuer. Die Beiträge der letzteren übernahm der Meister. Die zeitweiligen Handwerker zahlten sieben Rubel für sich, 60 Kopeken pro Gesellen und 30 Kopeken pro Lehrling<sup>573</sup>.

Folglich führten die zeitweiligen Handwerker an die Zunft- und Handwerkskasse fast soviel ab wie die ständigen Meister. In Anbetracht ihrer absoluten Überzahl war die Differenz zwischen dem Gesamtbetrag beider Gruppen der Zunfthandwerker beträchtlich. Außerdem zahlten die Meister beim Eintritt in die Zunft drei Silberrubel, die Gesellen 1,5 Silberrubel und die Lehrlinge einen Silberrubel, wobei von diesen jeweils 50 Kopeken für die Zunftmakler und 50 in die Zunftkasse entrichtet wurden. Falls die Meister nicht alle Steuern entrichteten, bekamen sie von den Zunftältesten keine schriftliche Handwerkserlaubnis (*remeslennoe svidetel'stvo*), die jährlich zusätzlich zu der Gewerbe- bzw. Handelslizenz neu ausgegeben wurde. Diese Erlaubnis gab dem Meister das Recht, in der Stadt eine Werkstatt zu führen<sup>574</sup>.

Für das Jahr 1870 betrug das Verhältnis zwischen ständigen und zeitweiligen Handwerkern 2.727 zu 25.092<sup>575</sup>. Die zeitweiligen Handwerker zahlten zusammen mit den Gesellen und Lehrlingen jährlich rund 60.000 Rubel Steuern. Am 1. Januar 1871 gab es 845 ständige Zunftmeister und 157 ständige Zunftmeisterinnen, die 4.008 Rubel in die Handwerkskasse zahlten, sowie 4.864 zeitweilige Zunftmeister und 661 Zunftmeisterinnen, die insgesamt 21.568 Rubel in die Handwerkskasse einzahlten. Die Frauen wurden im Handwerk vermutlich seit 1847 aufgelistet, als sie das aktive Wahlrecht in der Selbstverwaltung der Handwerker erhielten<sup>576</sup>. Sie konnten folglich an der Wahl des Handwerksältesten, der Zunftältesten, der Verwaltungsmitglieder und der Deputierten in die Deputiertenversammlung der Handwerker teilnehmen. Allerdings gaben sie ihre Wahlstimme nicht persönlich ab, sondern übertrugen dieses Recht auf einen Meister. Die Meisterfrauen oder die Ehefrauen eines verstorbenen Meisters, die seinen Handwerksbetrieb geerbt hatten, durften die Wahlversammlungen nicht besuchen.

1870 galt für einen ständigen Meister folgende Steuer:

1. Drei Silberrubel zugunsten der Stadt,

---

<sup>573</sup> Vgl. Tabelle 41 im Tabellenanhang.

<sup>574</sup> Doklad komissii, naznačennoj sobraniiem deputatov ot 6.11.1870, in: RGIA, f. 1287, op. 14, d. 1321: Ob osvoboždenii cechovyh masterov i ich semejstv ot 60-kopečnogo sbora na soderžanie bol'nic dlja černorabočich v Peterburge (1871-1872), hier l. 3ff.

<sup>575</sup> Prošenje, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1281: Po chodatajstvu, hier l. 1-3.

<sup>576</sup> Ebd., l. 9.

2. vier Rubel für die Handwerks- und Zunftkasse,
3. Heizungssteuer zugunsten der Stadt in Höhe von 5 bis 10% der Miete,
4. Gebühren für die Gewerbe- und Handelserlaubnis von 10,60 bis 31,80 Silberrubel,
5. für die Lehrlinge 30 Silberkopeken und
6. für die Adreßscheine der Lehrlinge je 30 Silberkopeken.

Im Durchschnitt sollte es eine Steuer von 35 Silberrubeln sein. Den Quellen ist zu entnehmen, daß es noch andere Steuern gab, die hier nicht aufgeführt sind, so daß ein ständiger Handwerker insgesamt bis zu 75 Silberrubeln Steuer im Jahr zahlen mußte<sup>577</sup>. Ein so hoher Steuersatz überstieg deutlich die Grenzwerte der durchschnittlichen Steuerlast pro Kopf der Bevölkerung, der in dieser Periode zwischen 3,1 und 4,69 Rubel lag<sup>578</sup>.

Mit der neuen Bestimmung vom 5. Juni 1884 wurden die Handelslizenzen durch die Gewerbescheine (*promyslovyje svidetel'stva*) ersetzt. Die Höhe des Beitrages für die Gewerbescheine hing von der Anzahl der Beschäftigten in einer Handwerksstätte ab. Betriebe mit zehn bis 16 Beschäftigten zahlten 30 Silberrubel. Betriebe mit einem Meister bzw. Gesellen, der allein oder nur mit Familienmitgliedern arbeitete, wurden vom Kauf des Gewerbescheins befreit. Die Handwerker, die bei der Handwerksstätte eine Handelsstube (*torgovaja lavka*) eingerichtet hatten, mußten allerdings eine Handelserlaubnis kaufen<sup>579</sup>.

### 6.3 Die Besteuerung nicht zünftig organisierter Handwerker

Es ist durchaus verständlich, daß die Handwerker, die neu in die Hauptstadt kamen, wegen der hohen Besteuerung nicht in eine Zunft eintreten wollten. 1826 zahlten die nichtzünftigen Handwerksmeister nur zehn Papierrubel und ihre Lehrlinge drei Papierrubel an das Adreßkontor<sup>580</sup>, wodurch sie eine Aufenthaltserlaubnis erhielten. In der Tatsache, daß ein nichtzünftiger Handwerker einen oder mehrere Lehrlinge beschäftigen konnte und dafür nur bestimmte Beiträge an das Adreßkontor entrichten sollte, liegt ein Widerspruch, weil das

---

<sup>577</sup> Ebd., I. 6.

<sup>578</sup> Vgl. Tabelle 42 im Tabellenanhang.

<sup>579</sup> *Istoričeskij očerk obloženia torgovli i promyslov v Rossii*. St. Petersburg 1893, S. 256f.

<sup>580</sup> Adreßkontor - Adresnaja kontora. Die eingereisten Handwerker bäuerlichen Standes mußten ihre Pässe beim Adreßkontor abgeben, wofür sie gegen Gebühr eine Wohnlerlaubnis in der Hauptstadt bekamen.

Handwerksstatut besagte, daß nur der Handwerker mit einem Meisterdiplom, das von der Handwerksverwaltung ausgestellt worden war, Lehrlinge ausbilden durfte<sup>581</sup>.

Dies ermöglichte vielen bäuerlichen Handwerkern eine zunftfreie Arbeit in der Stadt. Außer Bauern gab es in der Stadt Armeehandwerker, Hofhandwerker und die Handwerker von verschiedenen staatlichen Ressorts. Ein Beispiel für diese Vielfalt liefert eine Gegend in der Nähe von St. Petersburg, die Ochta, die fast ausschließlich von Handwerkern bewohnt war. Hier arbeiteten überwiegend Zimmerleute, Schreiner, Holzvergolder und Möbelmeister, die das Privileg hatten, ihr Handwerk frei ausüben zu dürfen. Sie waren dem Marineministerium und der Direktion der kaiserlichen Theater unterstellt. Diese Handwerker zahlten keine Steuern an die Handwerksverwaltung, sondern Kopf- und andere Steuern. Mit dem Erlaß vom 31. Mai 1860 wurden diejenigen, die ihr 60. Lebensjahr erreicht hatten und noch im Dienst waren, von der Besteuerung vollständig befreit und bekamen eine Rente. Der Ochtersker Zimmerer Aleksej Rogov, der seit 30 Jahren bei der Theaterdirektion arbeitete, beschwerte sich beim Militär-Generalgouverneur von St. Petersburg, daß die Verwaltung der Ochtersker Vorstadt ihn mit Steuern belegte, obwohl er im Dienst war und zur Zeit nur 85,71 Silberrubel Rente im Jahr bekam. Es bedurfte des Senatserlasses vom 1. Dezember 1861, um Rogov von den Steuern zu befreien<sup>582</sup>.

Eine andere Gruppe der gewerbetreibenden Bevölkerung, die Kaufleute, Kleinbürger und Bauern, bildete seit Mitte des 19. Jahrhunderts einen wichtigen Wirtschaftsfaktor, der für das Zunft Handwerk eine ernstzunehmende Konkurrenz bildete. Da die Kaufleute eine oder mehrere Handwerksstätten errichten konnten, werden hier die Besteuerungssätze der Kaufleute für drei Gilden aufgeführt<sup>583</sup>.

Von 1807 bis 1863, als die Gilden im Zuge der „Großen Reformen“ abgeschafft wurden, blieb die Höhe des Kapitals unverändert. Entsprechend ihrem Steuerbetrag durften die Kaufleute der 1. und 2. Gilde unbegrenzt Fabriken und Meister unterhalten. Die Kaufleute der 3. Gilde durften Werkbänke (*stany*) haben und verschiedenen Handwerken nachgehen. Die Kleinbürger zahlten die Kopfsteuer und durften ebenfalls Werkbänke besitzen.

Am 14. November 1824 wurde mit der Gildenreform des Finanzministers Kankrin ein anderes Besteuerungssystem eingeführt, das bis 1863 bestehen blieb. Die

---

<sup>581</sup> Raz-jasnenie departamenta raznych podatej i sborov ministerstva finansov vom 8. November 1826, in: RGIA, f. 560, op. 6, d. 441: Po pros'be masterov v S. Peterburge o predpolozhennoj jakoby s nich podati pod nazvaniem akciza, hier l. 2f.

<sup>582</sup> Otnošenje S. Peterburgskogo voennogo general-gubernatora k upravljajuščemu ministerstvom vnutrennih del vom 28. Juni 1861, in: Ob osvoboždenii ot plateža podatej ostavnogo plotnika imperatorskich S. Peterburgskich teatrov Rogova (3. Juli - 12. Dezember 1861), hier l. 1f., 15.

<sup>583</sup> S. Tabelle 43 im Tabellenanhang.

Kaufleute sollten, statt 1% von ihrem Kapital zu zahlen, Handelslizenzen kaufen, die an das Patentsystem in Frankreich erinnern, auf deren Grundlage sie ihre Handelstätigkeit ausüben durften. Zusätzlich bekamen sie kostenlos besondere Gewerbescheine, mit denen sie Fabriken bzw. Werkstätten unterhalten durften. Kleinbürger sollten ebenfalls besondere Handelslizenzen erwerben, wenn sie dem Kleinhandel nachgingen. Sie zahlten 120 Silberrubel für eine Handelserlaubnis im Jahr und durften in ihren Handwerksstätten bis zu acht Handwerker beschäftigen. Die Kleinbürger, die keine Handelserlaubnis kauften und nur die Kopfsteuer zahlten, durften eine Handwerksstube mit bis zu drei Beschäftigten führen<sup>584</sup>. Für Bauern wurden Handelslizenzen in sechs Klassen eingeteilt, die je 2.600, 1.100, 400, 150, 40 und 25 Papierrubel kosteten. Die Bauern mit Handelslizenzen erster bis fünfter Klasse durften in der Stadt alle Handwerksarten betreiben und Werkstätten haben, wobei die Bauern der ersten drei Klassen sowie die Kaufleute der ersten drei Gilden je drei Gewerbekarten für die Handelsstuben bekamen. Für jeden zusätzlichen Gewerbeschein zahlten sie je 100 Papierrubel<sup>585</sup>. Die Kleinbürger und die Bauern mit einer Handelslizenz der vierten Klasse bekamen je einen Gewerbeschein für eine „lavka“. Der Begriff „lavka“ beinhaltete in der Gesetzgebung ein sehr breites Bedeutungsspektrum. In der Umgangssprache bedeutete „lavka“ ein „Bänkchen“ oder eine „Handelsstube“. Im Gesetzeskontext hatte „lavka“ jedoch auch folgende Bedeutungen: Weinkeller, Hotel, Restaurant, Café, Gasthaus, Speisewirtschaft, Herberge, Fabrik, Badehaus und eigentlich jede kleine Betriebsstätte<sup>586</sup>.

Mit dem Gesetz vom 31. August 1825 wurde der Beitrag für eine Handelserlaubnis für die Kleinbürger von 120 auf 60 Papierrubel halbiert. Die Bauern zahlten für die vierte Klasse nicht mehr 150, sondern 100 Papierrubel und für die Gewerbekarten 40 Papierrubel. Mit den Erlassen vom 11. Juli 1826 (PSZ RI 2, Nr. 458) und vom 21. Dezember 1827 (PSZ RI 2, Nr. 1631) wurden weitere Erleichterungen für diese zwei Gruppen der gewerbetreibenden Bevölkerung geschaffen. Die Begrenzung der Betriebsgröße für die Kaufleute dritter Gilde und die Handelslizenzen für die Bauern fünfter und sechster Klasse wurden abgeschafft. Die Kleinbürger waren von nun an nicht mehr verpflichtet, Handelslizenzen zu kaufen<sup>587</sup>.

Ungeachtet einer ständigen Senkung des Steuersatzes gab es immer noch eine Vielzahl von Beschwerden seitens der Kleinbürger und Bauern wegen einer zu hohen Besteuerung und der Hindernisse, die mit dem Standessystem verbunden

---

<sup>584</sup> *Istoričeskij očerk obloženia torgovli i promyslov v Rossii*. St. Petersburg 1893, S. 126f.; s. dazu: PSZ RI 2, Nr. 30115.

<sup>585</sup> Ebd., S. 128f.

<sup>586</sup> Ebd., S. 129.

<sup>587</sup> Ebd., S. 132ff.

waren. Nach dem Gesetz vom 13. Oktober 1855 sollten die kaufmännischen Gilden abgeschafft und die gewerbetreibende Bevölkerung in fünf Gruppen eingeteilt werden, um die Wirtschaft zu liberalisieren. Je nach Art der Gruppe wurde die Anzahl der Beschäftigten in den Betrieben festgelegt. Von besonderem Interesse sind hier die letzten zwei Gruppen: die Betriebe mit einer Beschäftigtenzahl von bis zu 16 und die mit einer bis zu 50 Hilfskräften. Diese Betriebe gehörten jeweils zu der vierten und zu der fünften Gruppe und waren, mit wenigen Ausnahmen, nichts anderes als Handwerksstätten. In St. Petersburg lag der Steuersatz für diese Betriebe mit je 30 und 75 Rubeln etwas höher als im übrigen Rußland.

Das Gesetz vom 1. Juni 1863 führte folgende Beiträge für die Handelslizenzen ein: Für die erste Gruppe 30 Rubel, für die zweite 20 Rubel und für die dritte Gruppe zehn Rubel. Mit dem Gesetz vom 4. Juni 1884 wurde ein noch differenzierterer Steuersatz eingeführt: Die Betriebe mit zehn bis 16 Beschäftigten zahlten 30 Rubel, mit fünf bis neun Beschäftigten 20 Rubel und die Betriebe mit zwei bis vier Beschäftigten 10 Rubel<sup>588</sup>. Die bäuerlichen Handwerker, die außer Zunft standen, nutzten das Recht, ihr Handwerk in einem geringen Umfang zu betreiben und zahlten dabei niedrigere Steuern als ihre Kollegen in den Zünften.

#### **6.4 Die Aufgaben der russischen Handwerksverwaltung bei der Besteuerung der Handwerker**

Eine wichtige Aufgabe, die der Handwerksverwaltung seit 1824 auferlegt wurde, bestand im Verkauf der Handelslizenzen, welche die Meister jedes Jahr neu erwerben mußten. Die Erlössummen waren bedeutend. 1873 wurden 5.559 Erlaubnisse für 67.723 Rubel und 1891 7.348 Erlaubnisse für 102.030 Rubel verkauft. Daß diese Summen sich nicht in den Einkommen der Verwaltung nachweisen lassen, läßt vermuten, daß diese Einnahmen an die Stadtduma weitergegeben und für die Bedürfnisse der städtischen Wirtschaft verwendet wurden<sup>589</sup>.

In den Jahren von 1873 bis 1884 blieb der Durchschnittswert einer Handelslizenz mit Ausnahme der Jahre 1878 und 1884, als der Wert auf 96,4% und 97,8% v. H. zurückfiel, etwa auf dem gleichen Niveau. Dies bezeugt indirekt ein stagnierendes Wachstum der mittelgroßen Handwerksbetriebe, da der Wert der Handelslizenzen durch die Anzahl der Beschäftigten im Betrieb bedingt war. Außerdem war für die Stagnation ein verminderter Warenabsatz verantwortlich, weil jene Betriebe, die bei der Werkstatt einen Laden hatten, Handelslizenzen von erhöhtem Wert kaufen mußten. In den darauffolgenden Jahren, während der zweiten

---

<sup>588</sup> Ebd., S. 182, 256.

<sup>589</sup> S. Tabelle 44 im Tabellenanhang.

Industrialisierungsphase in der zweiten Hälfte der 80er und in den 90er Jahren, gab es eine erhöhte Wachstumsrate des Lizenzwertes mit 110,6% im Jahre 1885 und 114% im Jahre 1891<sup>590</sup>.

Detaillierte Angaben über die verschiedenen Klassen der Lizenzen, die von der Verwaltung verkauft wurden, sind nur für die Jahre 1873 und 1909 vorhanden<sup>591</sup>, wobei für 1873 noch die Gewerbeurlaubnisse für die Kleinbürger registriert wurden. Die Klassen wurden 1873 wie folgt eingeteilt:

- |  |              |
|--|--------------|
| 1. Handelszeugnis erster Klasse für ein Jahr zu 20 Rubeln      | - 1479 Stück |
| „-“ für ein halbes Jahr zu 10 Rubeln                           | - 13 Stück   |
| Handelszeugnis zweiter Klasse für ein Jahr zu 10 Rubeln        | - 3066 Stück |
| „-“ für ein halbes Jahr zu 5 Rubeln                            | - 60 Stück   |
| 2. Handelszeugnis für ein Jahr zu 10 Rubeln                    | - 697 Stück  |
| „-“ für ein halbes Jahr zu 5 Rubeln                            | - 10 Stück   |
| 3. Gewerbebescheine für Kleinbürger für ein Jahr zu 2,5 Rubeln | - 231 Stück  |
| „-“ für ein halbes Jahr zu 1,25 Rubeln                         | - 3 Stück    |

Aus der Statistik ist zu ersehen, daß es im Jahre 1873 3.126 Betriebe mit einer Beschäftigtenzahl von fünf bis neun, 1.492 Betriebe mit einer Beschäftigtenzahl von zehn bis 16 Personen oder 4.618 Werkstätten und 941 kleinere Betriebe, bzw. 5.559 insgesamt gab, deren Inhaber die Handelslizenzen bzw. Gewerbebescheine für insgesamt 68.271,25 Rubel bei der Handwerksverwaltung erwarben. Dementsprechend betrug die Zahl aller Beschäftigten in allen Betrieben mit einer Handelserlaubnis erster Klasse 19.396, zweiter Klasse 21.882 und in den übrigen Betrieben rund 1.900 oder insgesamt 43.178 Handwerker.

Mit der Zeit stiegen diese Abgaben etwas an, so daß im Jahre 1909 5.766 Zeugnisse für 73.585,5 Rubel von der Handwerksverwaltung verkauft wurden<sup>592</sup>. Zwischen 1873 und 1909 läßt sich ein beinahe konstanter Durchschnittswert der Gewerbezeugnisse bzw. -scheine feststellen. Der Durchschnittswert eines Gewerbezeugnisses blieb mit einem leichten Anstieg fast konstant und betrug in den Jahren 1873 und 1909 12,18 bis 12,76 Rubel. Dies war der ausgeglichenen Steuerpolitik der russischen Regierung zu verdanken, die seit 1852 in den russischen Zünften eine Progressivsteuer eingeführt hatte, wonach die Steuerlast immer proportional zur Größe des Betriebes festgesetzt wurde. Das galt auch für die Gewerbezeugnisse bzw. -scheine, die in verschiedene Klassen, je nach Größe

<sup>590</sup> Otčety S. Peterburgskoj remeslennoj upravly za 1873-1882, 1884 und 1886-1891 gody.

<sup>591</sup> Otčety S. Peterburgskoj remeslennoj upravly za 1873 god. St. Petersburg 1874, S. 6. Natürlich läßt sich diese Zeitlücke schließen, wenn die Archivbestände der Handwerksverwaltung im Stadtarchiv von St. Petersburg an der Pskovskaja Straße erschlossen werden. Der Autor konnte leider aus technischen Gründen dieses Material nicht einsehen, weil das Stadtarchiv wegen Renovierung für längere Zeit geschlossen blieb.

<sup>592</sup> S. Tabelle 45 im Tabellenanhang.



des Betriebes, eingeteilt wurden, so daß immer ein etwa gleicher Mittelwert zustande kam. Die Steuerklassen VII und VIII im Jahre 1909 sind durchaus mit den Steuerklassen I und II vom Jahr 1873 vergleichbar. 1873 wurden 1.479 Gewerbezeugnisse für 20 Rubel und 3.066 Gewerbeerlaubnisse für 10 Rubel und 1909 1.363 Gewerbeerlaubnisse für 15 Rubel und 3.170 für sechs Rubel verkauft. Zu diesen Gruppen kam noch die dritte Gruppe der großen Handwerksbetriebe hinzu, die eine Übergangsform zur Fabrik darstellten. Es gab 277 solcher Betriebe, die 30 Rubel pro Gewerbeerlaubnis zahlten.

Um die Dynamik des Wachstums zu verdeutlichen, kann zum Vergleich ein Zwischenwert vom Jahr 1891 herangezogen werden. In der Zeit von 1873 bis 1891 wuchs die Gesamtzahl der verkauften Zeugnisse von 5.559 auf 7.348 oder um 32,2%<sup>593</sup>. Die Größe des Gesamtbetrages wuchs zwischen 1873 und 1891 von 67.723 auf 102.030 Rubel oder um 50,7%. Dies besagt, daß die mittlere Betriebsgröße wesentlich schneller wuchs als die Anzahl der Betriebe selbst, so daß deutlich zu sehen ist, daß das kleine und mittlere Gewerbe ebenfalls während des ersten industriellen Aufschwungs expandierte. Diese allgemeine Aussage läßt sich jedoch nicht für alle Branchen treffen; einige Betriebe profitierten von der Industrialisierung, andere aber gingen unter. Mit dem zweiten Industrialisierungsschub gab es dann zwischen 1891 und 1909 einen starken Rückgang der Gesamtzahl der verkauften Zeugnisse von 7.348 auf 5.766 oder auf 78,5% v. H.. Folglich fiel im Jahre 1909 die Anzahl der verkauften Zeugnisse auf das Niveau des Aufschwungjahres 1874 zurück. Zwischen den Jahren 1891 und 1909 ging die Summe der Beiträge von 102.030 Rubeln auf 73.585 oder auf 72,1% zurück. Dies spricht dafür, daß sich mit dem allgemeinen Rückgang der kleinindustriellen Betriebe während des zweiten Industrialisierungsschubes ihre mittlere Größe reduzierte. Diesem Sachverhalt wird im weiteren Verlauf der Arbeit und besonders im Unterkapitel über die allgemeine wirtschaftliche Lage der Handwerker ausführlicher nachgegangen<sup>594</sup>.

Die oben ausgeführten Angaben helfen, einen allgemeinen Eindruck über die Entwicklung der Klein- und Mittelgewerbe zu gewinnen, sie sollten allerdings mit Vorsicht gehandhabt werden, weil seit den 1890er Jahren, als sich die St. Petersburger Gesellschaft und die wirtschaftlichen Verhältnisse liberalisierten, eine immer größer werdende Zahl der Gewerbetreibenden den Abgaben an die Handwerksverwaltung entkam. 1906 wurde dieser Sachverhalt, der anscheinend schon seit mehreren Jahren praktiziert wurde, in der Handwerksverwaltung und im Handels- und Industrieministerium diskutiert. Die Standesältesten gaben fast keine Handwerkserlaubnisse (*remeslennye svidetel'stva*) mehr aus, die zusammen

---

<sup>593</sup> S. Tabelle 44 im Tabellenanhang.

<sup>594</sup> Vgl. die Ausführungen im Unterkapitel 10.1.

mit den Gewerbescheinen bzw. -zeugnissen<sup>595</sup> vergeben wurden. Die Handwerker, die einmal ihre Handwerkserlaubnis bekommen hatten, beantragten sie nicht mehr, wie es früher jedes Jahr der Fall war, und arbeiteten dennoch in der Stadt weiter. Der Deputierte Makarov-Junév richtete diesbezüglich Anfang 1906 eine Anfrage an die Handwerksverwaltung, die sich ihrerseits an das Kassenamt wandte. Das Kassenamt benachrichtigte die Handwerksverwaltung am 27. Februar und bestätigte, daß der Nichterwerb der Handwerkserlaubnisse kein Gesetzesverstoß sei<sup>596</sup>, so daß dieses Verfahren seine Legitimation erhielt. Der Standesälteste stellte von nun an unbefristete Handwerkserlaubnisse aus. Diesen „Gesetzesverstoß“ nahm ein ehemaliger Schreiber der Handwerksverwaltung in seiner Bittschrift vom 9. November 1906 an den Finanzminister zum Anlaß für die Beschwerde, daß der Standesälteste keine Handwerkserlaubnisse der alten Art mehr ausbebe, sondern nur noch unbefristete Handwerkserlaubnisse. Dadurch entstünden große Verluste für die Staatskasse. Früher hätte die Verwaltung viele Handwerkserlaubnisse herausgegeben z. B. im Dezember und Januar 1906 zwischen 200 und 300 Stück am Tag, so daß in zwei Monaten 13.500 Handwerkserlaubnisse verkauft worden wären. Die Bittschrift hatte aber keinerlei Einfluß, da nach Anweisung des Kassenamtes diese Angelegenheit als abgeschlossen galt<sup>597</sup>.

Die Masse der gekauften Gewerbeerlaubnisse zeigt, daß eine übereilte Schlußfolgerung über den Untergang des Handwerks während der Industrialisierung fehl am Platz wäre. Die Komplexität des wirtschaftlichen und sozialen Gefüges der Hauptstadt änderte die gesamtwirtschaftlichen Strukturen und die Beziehungen zwischen den gewerbetreibenden Gruppen, schuf neue Ordnungshierarchien, in die die Handwerksverwaltung nicht mehr hineinpaßte. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Hauptstadt ging an der Handwerksverwaltung vorbei; sie war so intensiv und breit gefächert, daß sich die Handwerksverwaltung ihr nicht anpassen und ihren Wirkungskreis anscheinend auch nicht mehr vergrößern wollte und konnte. Die Verwaltung war nicht fähig, über ihren ständischen Rahmen hinauszuwachsen. Sie konnte wegen ihrer engen ständischen Interessen kein vereinigendes Organisationsprinzip für Klein- und Mittelgewerbe ausarbeiten bzw. bilden und begnügte sich mit ihren ständischen Angelegenheiten. Die Gesamtangaben über die St. Petersburgs Industrie belegen,

---

<sup>595</sup> Die Vielzahl der Begriffe wie Handwerkserlaubnis, Gewerbeschein und Handelslizenz kann den Leser verwirren, dem Autor blieb aber nichts anderes übrig, als sie zu vergleichen. Es soll angemerkt werden, daß es sich hier um zwei Besteuerungsarten der Handwerker handelte. Die Handwerkserlaubnisse und Gewerbescheine waren eine Art „Gewerbe-“ und die Handelslizenzen eine Art „Umsatzsteuer“.

<sup>596</sup> Otčët S. Peterburgskoj remeslennoj upravj za 1907 god. St. Petersburg 1908, S. 207.

<sup>597</sup> Prošenje byvsého pisca remeslennoj upravj k ministru finansov vom 19. November 1906, in: RGIA, f. 23, op. 7, d. 470: Po raznym voprosam, hier l. 6f.

daß nicht nur die Anzahl der größeren, sondern auch der mittleren und kleineren Betriebe sowie die Gesamtzahl der Handwerker schnell anwuchs. So verdoppelte sich z. B. die Anzahl dieser Art von Betrieben von 6.882 im Jahre 1869 auf 13.728 im Jahre 1900. Die Anzahl der Handwerker wuchs ebenfalls stark von 85.000 auf 126.757 im gleichen Zeitraum an<sup>598</sup>.

Um den Anteil des Handwerks am Gewerbe der Hauptstadt zu verdeutlichen, werden hier die Gesamtangaben über die verkauften Gewerbe- und Handelslizenzen in der Hauptstadt angeführt. Der Anteil des Zunfthandwerks an den Gesamtangaben für die Gewerbe- und Handelslizenzen lag von 1873 bis 1891 zwischen 5,3% und 4,04%, was auch ungefähr dem prozentualen Anteil der Zunfthandwerker an der Gesamtbevölkerung St. Petersburgs entsprach<sup>599</sup>.

In den Jahren des industriellen Aufschwunges zwischen 1873 und 1875 konnten Klein- und Mittelgewerbe noch ein absolutes Wachstum erzielen: Ihr Anteil an der Gesamtzahl der erworbenen Gewerbe- und Handelslizenzen stieg von 5,3% auf 5,5%. Seit 1875 zeichnete sich dann allerdings ein stetiger Rückgang des prozentualen Anteils des Kleingewerbes an den Gesamtangaben ab (mit Ausnahme des Jahres 1880 mit 6%), so daß der Anteil bis 1881 auf 2,6% sank, was auf die Jahre der Rezession zurückzuführen ist. Später konnte sich das Kleingewerbe etwas erholen und erreichte 1889 4% und 1890 4,04% Gesamtanteil. Die Beiträge der Handwerker wuchsen von 67.723 auf 95.525 Rubel an. Im prozentualen Verhältnis betrug die Zuwachsrate von 1873 bis 1890 41% oder 2,41% pro Jahr. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die zeitweiligen Handwerker wegen ihrer Überzahl wesentlich mehr als die ständigen Handwerker in die Handwerkskasse einzahlten<sup>600</sup>.

Es ist auffällig, daß die Eintrittsgelder und freiwilligen Beiträge mehr als die Hälfte der Einkünfte ausmachten, was darauf hinweist, daß jedes Jahr eine große Anzahl von Handwerkern in die Zünfte eintrat. Im Unterschied zur allgemeinen Handwerkskasse hatten die Zunftkassen keine regelmäßigen Einkünfte. Die Höhe ihrer Einnahmen konnte von Jahr zu Jahr sehr unterschiedlich sein<sup>601</sup>. Die Anzahl der Beiträge der zeitweiligen Handwerker in die Handwerkskasse konnte ebenfalls sehr unterschiedlich sein. In den Jahren 1881 bis 1886 zahlten sie nahezu nichts ein<sup>602</sup>.

Die wirtschaftliche Rezession in den 80er Jahren fand ihren Niederschlag in den fehlenden Beiträgen für die Zunftkassen. Die Zunftverwaltungen mußten einsehen,

---

<sup>598</sup> Vgl. Tabelle 1, 21 und 24 im Tabellenanhang.

<sup>599</sup> Vgl. Tabelle 46 im Tabellenanhang.

<sup>600</sup> Vgl. Tabelle 47 im Tabellenanhang.

<sup>601</sup> Vgl. Tabelle 48 im Tabellenanhang.

<sup>602</sup> Vgl. Tabelle 49 im Tabellenanhang.

daß sie angesichts der Vielzahl von Pleiten und dem Kampf um das bloße Überleben der Handwerksbetriebe auf das Einsammeln von fehlenden Beiträgen für die Zunftkassen weitgehend verzichten mußten. Nur 1887 wurden noch fast alle offenstehenden Beiträge eingetrieben. Die finanzielle Kraft der zeitweiligen Handwerker war damit beinahe erschöpft, so daß sie im nächsten Jahr nur einen Bruchteil einzahlen konnten: 1887 waren es 32.154 zeitweilige Handwerker und 1888 nur noch 5.530 oder 17,2% der Vorjahreszahl. Außerdem wurden sie im Vergleich mit den ständigen Handwerkern benachteiligt, indem sie häufiger zur Kasse gebeten wurden.

Bis zum Jahre 1916 erhöhte sich die Höhe des Beitrages in die Zunft- und Handwerkskasse etwas, was teilweise durch die Inflationsrate verursacht wurde. In diesem Jahr zahlte der Meister in die oben genannten Kassen folgende Beiträge ein: 1. Einmalig beim Eintritt in die Zunft 3 Rubel, 2. alljährlich: in die Zunftkasse 2 Rubel, in die Allgemeine Handwerkskasse 2 Rubel und für die Unterhaltung der wohltätigen Anstalten 3,75 Rubel. Insgesamt zahlte ein Meister im Durchschnitt 7,75 Rubel im Jahr. Dies galt als eine Mindestsumme; beim Eintritt wurden oft bis zu 25 Rubel verlangt. Die Gesellen zahlten beim Eintritt 1,5 Rubel und alljährlich 1,40 Rubel<sup>603</sup>.

## 6.5 Zusammenfassung

Zusammenfassend läßt sich über die Besteuerung der ausländischen Handwerker im 19. Jahrhundert folgendes sagen: Peter I. beabsichtigte mit der Befreiung der ausländischen Handwerker von der Besteuerung, diese in Rußland anzusiedeln und das Handwerk voranzubringen. Bis 1810 blieb dieses Privileg erhalten. Der 1810 eingeführte Steuersatz von 100 Rubel für ausländische Meister, 40 Rubel für einen Gesellen und 20 Rubel für einen Lehrling war im Vergleich mit dem Steuersatz der russischen Handwerker etwa dreimal so hoch. Dies bezeugt einen in der Regel höheren Lebensstandard und bessere Geschäftsergebnisse der ausländischen Handwerker im Vergleich mit den russischen. Allerdings verschlechterte sich 1812, als die Napoleonische Grande Armée ins Russische Kaiserreich einfiel, rasant die gesamtwirtschaftliche Lage. Die ausländischen Meister akzeptierten in der Regel die geforderten Summen und wiesen lediglich darauf hin, daß es ihnen unmöglich sei, die ausstehenden Beiträge für mehrere Jahre auf einmal zu zahlen. Im Laufe der Zeit wurde allerdings eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der ausländischen Handwerker immer deutlicher. Die ständige Verteuerung der Rohstoffe und der Industriegüter Anfang des 19. Jahrhunderts verbunden mit der kontinentalen Blockade und den Kriegen mit Frankreich und dem Osmanischen Reich, die steigende Inflation und schließlich die niedrigen Zölle für eingeführte Waren trugen zwischen 1817 und

---

<sup>603</sup> Remeslenniki i remeslennoe upravlenie, S. 37.

1822 dazu bei, daß der Wohlstand der ausländischen Handwerker abnahm und sich langsam dem Niveau ihrer russischen Kollegen annäherte. Infolgedessen verminderte sich die Anzahl der Handwerker in den deutschen Zünften von rund 3.000 um 2.200 auf rund 800 im Jahre 1817. Die gleiche Entwicklung war infolge der Kontinentalblockade bei den Kaufleuten zwischen 1801 und 1811 zu beobachten, deren Zahl von 14.310 auf 7.190 sank. Unter den Folgen der niedrigen Zölle und der allgemeinen wirtschaftlichen Krise in den 1810er Jahren, litten auch die Handwerker in den russischen Zünften, deren Anzahl sich zwischen 1811 und 1821 von 15.631 auf 7.187 halbierte<sup>604</sup>.

Als erstes wurde die Besteuerung der Gesellen und Lehrlinge bei den ausländischen Handwerkern mit jeweils 40 und 20 Rubel an die Staatskasse im Jahre 1818 abgeschafft und eine differenzierte Besteuerung eingeführt, nach der die ausländischen Meister entsprechend ihrem Wohlstand mit einer Steuer von 50, 100 und 150 Rubeln belegt werden konnten, was jeweils die Handwerksverwaltung entscheiden konnte. Allerdings sollte sich der mittlere Steuersatz immer auf 100 Rubel belaufen. Diese Besteuerungsweise wurde im Jahre 1842 abgeschafft, wonach ein allgemeiner Steuersatz von zwölf Rubel eingeführt wurde. Diese Tatsache spricht dafür, daß die ausländischen Handwerker ihre Vormachtstellung langsam verloren, was sich in ihrer wirtschaftlichen Lage niederschlug. Die Steuerlast der ausländischen Handwerker wurde der der russischen Handwerker etwa angeglichen. In den Jahren 1849 bis 1851 betrugen die Steuerabgaben der ausländischen Meister pro Jahr und pro Kopf jeweils 17,6, 19,4 und 15,5 Silberrubel. Die Meister in den russischen Zünften zahlten im Jahre 1825 zwischen neun und zehn Silberrubel, wobei die zeitweiligen Meister noch drei bis fünf Silberrubel an das Adreßkontor zahlten. Im Jahre 1864 lag der Steuersatz inklusive der Gewerbeerlaubnis bei den letzteren zwischen acht und 14 Silberrubeln, was etwas unter den Werten der ausländischen Handwerker lag, weil diese mehr Kosten an den sozialen Einrichtungen trugen.

Im allgemeinen ist es aber nur möglich, annähernde Angaben über die Besteuerung der Zunfthandwerker russischer Zünfte machen, weil es viele zusätzliche Steuern gab.

Den von den Regierungsbeamten festgestellten „Mißbräuchen“ in den russischen und deutschen Zünften lagen zwar Vermutungen über Geldunterschlagungen der Zunftältesten zugrunde, direkte Belege dafür gab es aber nicht. Zum Teil wurden diese Vermutungen durch die unsachgemäße Buchführung hervorgerufen. Außerdem machte die Handwerksverwaltung von ihrem Recht Gebrauch, die Höhe der Beiträge für die Unterhaltskosten der Handwerksverwaltung selbst zu bestimmen. Seit 1848 wurden diese Sondergeldsammlungen zum Teil legalisiert, indem z. B. die bei der Verwaltung angestellten Makler Gehälter bekamen. Unabhängig davon, ob die Handwerksverwaltungsmitglieder das Geld unterschlagen hatten oder nicht, steht fest, daß die Handwerksverwaltung oft von

---

<sup>604</sup> Vgl. Očerki istorii Leningrada, tom 2, S. 25.

ihrem Recht Gebrauch machte und die Handwerker zu unangemessenen Abgaben zwang. So durfte z. B. jeder Handwerker aus den Zünften austreten, wenn er in einen anderen Stand wechselte bzw. aus dem Handwerkerstand ausschied. Er sollte dabei keine zusätzlichen Abgaben an die Handwerksverwaltung entrichten. Trotzdem verlangte die Handwerksverwaltung z. B. von Ignatij Karlov, der sich im Jahre 1850 der geistlichen Laufbahn im Čeremeneckij-Kloster widmen wollte, eine unangemessene Summe von 100 Silberrubel als Abtrittsgeld, wozu sie kein Recht hatte<sup>605</sup>.

Was die nichtzünftigen Handwerker anbetrifft, so waren sie steuerrechtlich gesehen in einer besseren Lage als die Zünftigen, weil bei ihnen eine Menge Zunftabgaben wegfielen. Sie entrichteten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Kopfsteuer in Höhe von 0,83 bzw. 0,95 Silberrubel sowie eine Abgabe von drei bis fünf Silberrubel an das Adreßkontor, um in der Hauptstadt ihr Gewerbe betreiben zu können.

---

<sup>605</sup> Po prošeniju Ignatija Karlova ob uvol'nenii ego iz obščestva dlja postuplenija v Bogoslovskij Čeremeneckij monastyr' (30.09.1850-26.10.1851), in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 911.

## 7. Die soziale Lage der Handwerker

Die Erforschung der sozialen Lage der Handwerker in St. Petersburg kann viel dazu beitragen, die Ursachen für das soziale Elend der „Unterschichten“ der russischen Gesellschaft zu verstehen. Die Rede von V. O. Iordan während der zweiten Tagung über die technische Berufsausbildung war eine Warnung, ein Appell an die Öffentlichkeit, nicht die Interessen der „Unterschichten“ zu mißachten:

„... Wir dürfen nicht darauf warten, bis die gegenseitigen Mißverständnisse und die Unzufriedenheit der Handwerker dazu führen, daß sie mit der Grausamkeit einer wütenden Menschenmenge auf die Straße gehen. [...] Die materielle Lage vieler Handwerker unterscheidet sich kaum von der Lage der Häftlinge im Gefängnis, so daß solche Handwerker nichts zu verlieren haben und bei solchen Lebensumständen keinen Wert mehr auf Ehre und guten Ruf legen. Mit welchen Maßnahmen wird dann die Gesellschaft eingreifen, um sich von den verbrecherischen Handlungen der verdorbenen handwerklichen Umgebung zu schützen?“<sup>606</sup>.

Es ist zu klären, inwieweit die Worte von Iordan der wirklichen Lage der Handwerker entsprachen, ob sie, bedingt durch eine Übertreibung, eher eine „Schwarzmalerei“ der Lebensumstände der niederen Bevölkerungsschichten waren und wenig mit der Realität zu tun hatten, oder ob sie vielmehr Ausdruck der Hilflosigkeit und Empörung über das soziale Elend der Handwerker waren?

### 7.1 **Die soziale Herkunft der Handwerker und ihre demographische Verteilung**

Nicht nur die Kaufmannschaft und der Adel waren von der Herkunft her heterogen, so daß sie ihre Mitglieder aus unterschiedlichsten sozialen Schichten rekrutierten, sondern auch die Handwerkerschaft, was mit einem Beispiel zu belegen ist: Mitte der 70er Jahre des 18. Jahrhunderts gab es in St. Petersburg 18 Hutwerkstätten mit einem bis sechs Beschäftigten. Acht Werkstätten gehörten

---

<sup>606</sup> Jadrov, Golos, S. 16.

Ausländern, fünf russischen Kaufleuten, drei Soldaten und Matrosen und je eine einem Bauern und einem Zunftmeister<sup>607</sup>.

Im Zusammenhang mit der Herkunftsbasis bzw. der sozialen Zusammensetzung der Handwerkerschaft St. Petersburgs ist es nötig, auf den Arbeiterbegriff im 19. Jahrhundert einzugehen. Puttkamer machte auf die wichtige Tatsache aufmerksam, daß es für die Reformprojekte und Arbeiterschutzgesetze in der Zeit zwischen den sechziger und achtziger Jahren charakteristisch war, die Arbeiterschaft nicht als eine soziale Gruppe, sondern rein funktional als die Beschäftigten in den jeweiligen Fabriken zu bezeichnen. Erst 1893 wurden in einem Gesetzesentwurf „Arbeiter“ (*rabočie*) und „Arbeitgeber“ (*rabotodateli*) als zwei komplementäre soziale Gruppen mit entgegengesetzten Interessen“ genannt, „während bislang die Unternehmer den Arbeitern als Partner eines Rechtsverhältnisses (*nanimateli*, wörtlich: Beschäftiger) oder als Herren (*chozjaeva, vladel'cy*) gegenübergestellt worden waren“<sup>608</sup>.

Die Ursache, warum die „Arbeiter“ nicht als eine soziale Gruppe wahrgenommen werden konnten bzw. warum es unmöglich war, unter diesem Begriff nur die Fabrik- und Werksarbeiter zu verstehen, lag in der Multifunktionalität dieses Wortes. Unter „Arbeiter“ wurden ganz verschiedene professionelle und soziale Gruppen zusammengefaßt. Meistens waren es Saisonarbeiter überwiegend bäuerlicher, aber auch kleinbürgerlicher Herkunft. So stellt Hildermeier fest: „Innerhalb des meščanstvo bildete sich - mit dem unscharfen zeitgenössischen Begriff zu reden - eine untere, noch geringer geachtete ‚Klasse‘, die man als ‚Arbeitsleute‘ (*rabočie ljudi*) bezeichnete“<sup>609</sup>. Der Staatsrat Oznobišin formulierte 1841 z. B. den Begriff des „Schwarzarbeiters“ (*černorabočij*), der mit dem Begriff „Arbeiter“ häufig verwechselt und gleichgesetzt wurde, auf folgende Weise:

„Unter einem Schwarzarbeiter wird eine Person verstanden, die im Adreßkontor in der vierten oder fünften Klasse registriert ist. Das sind nämlich Lakaien, Kutscher, Straßenfeger, Ammen, Köchinnen, Wäscherinnen, Küchenjungen, Gespannreiter, sowie diejenigen, die bei Privatpersonen beschäftigt werden; die sich in den Arbeitshäusern und in der Lehre bei den *masterovye* und *remeslenniki* befinden, sowie Pflasterer, Erdarbeiter, Maurer, Steinschleifer, Ofensetzer, Zimmerer,

<sup>607</sup> RGIA, f. 1, op. 2, d. 1879, l. 4f.; d. 1882, l. 38-42; f. 2, d. 629, l. 623f., in: Očerki istorii Leningrada, Bd. 1, S. 281.

<sup>608</sup> Puttkamer, Fabrikgesetzgebung, S. 32f.

<sup>609</sup> Hildermeier, Bürgertum, S. 239.



Stuckarbeiter, Lohnarbeiter (*poděš čiki*), Matrosen, Lotsen und andere mit schwerer körperlicher Arbeit Beschäftigte<sup>610</sup>.

Bezeichnend ist, daß Oznobišin auch solche Gruppen erwähnt, die mit Arbeitern nach dem heutigen Verständnis überhaupt nichts zu tun hatten. Dies sind Lakaien, Kutscher, Straßenfeger, Ammen, Köchinnen, Wäscherinnen, Küchenjungen, Vorreiter, Lehrlinge, Matrosen und Lotsen. Sehr bedingt können unter diesem Begriff auch Pflasterer, Erdarbeiter, Maurer, Steinschleifer, Ofensetzer, Zimmerer und Stuckarbeiter zusammengefaßt werden, die fast alle in Artels organisiert wurden, die mit einer Begriffskette wie: Arbeiter-Arbeiterklasse-Industrieproletariat wenig gemeinsam haben. Die einzige Gruppe, die zum Begriff der Arbeiter passen könnte, sind die Lohnarbeiter. Daß unter ihnen nicht die Arbeiter in den Großindustriebetrieben verstanden wurden, belegt allerdings die Tatsache, daß Oznobišin zu dieser Gruppe der „Schwarzarbeiter“ von ca. 130.000 noch weitere 50.000 bis 60.000 Arbeiter, die ständig in der Stadt beschäftigt wurden, dazuzählte. Zu diesen letzteren sollten auch die Arbeiter in der Großindustrie gehören. Trotzdem war die Anzahl der großindustriellen Betriebe zu dieser Zeit im Vergleich zu den Werkstätten bzw. den Betrieben des kleineren und mittleren Gewerbes gering. Das Petersburger Gewerbe trug in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch überwiegend kleinindustriellen, handwerklichen Charakter.

Oznobišin beziffert die Gesamtzahl der „Schwarzarbeiter“, die saisonal in die Hauptstadt kamen, in den Jahren 1839, 1840 und 1841 mit jeweils 127.831, 132.920 und 125.293, wobei davon 1840 und 1841 jeweils 98.621 bzw. 91.877 männlichen und 34.299 bzw. 33.416 weiblichen Geschlechts waren. Das waren fast ausschließlich bäuerliche Saisonarbeiter, die in St. Petersburg bei ihren Arbeitgebern in unterschiedlichen Rechtsverhältnissen standen. Diejenigen, die weniger als ein Jahr in der Stadt arbeiteten, wurden meistens als Stückarbeiter eingesetzt. Diejenigen Arbeiter, die länger als ein Jahr beschäftigt wurden oder diejenigen, die in die Lehre geschickt wurden, schlossen meistens einen schriftlichen Vertrag ab, ansonsten waren mündliche Absprachen üblich. Die

---

<sup>610</sup> „Pod černorabočimi polagajutsja ljudi, zapisannye v Adresnoj ékspedicii po 4 i 5 razrjadam, kak to: lakei, kučera, dvorniki, kormilicy, kucharki, prački, povarenki, forrejtory, nanimajuščiesja u častnyh ljudej i u izvozčikov, i nachodjaščiesja v obučenii, v naëmnyh domach, obučajuščiesja po kakomu-libo usloviju u masterovych i remeslennikov, kak mužskogo tak i ženskogo pola, a takže ne zapisavščiesja v Adresnoj ékspedicii: mostovščiki, zemlekopy, kamenščiki, kamenotěsy, pečniki, plotniki, štukatury, poděščiki, motrosy i locmany i pročej tjaželoju rabotoj zanimajuščiesja“, aus: Mnenie statskogo sovetnika Oznobišina, in: RGLA, f. 560, op. 8, d. 577: O merach ulučšenija položenija rabočich i remeslennikov v Peterburge, l. 42.

Arbeitgeber übernahmen Kost und Logis, was für den handwerklichen Charakter der meisten Betriebe spricht<sup>611</sup>.

Die ständigen Arbeiter bzw. die ständig Beschäftigten im städtischen Handwerk wurden allerdings nicht in der oben genannten Gesamtzahl der „Schwarzarbeiter“ erwähnt, weil Oznobišin die Gesamtzahl aller „Arbeiter“ mit ca. 188.000-198.000 bezifferte. Mit den Apanagebauern waren es 1840 205.000 „Arbeiter“. In diese Statistik wurden die selbständigen Meister bzw. Zunftmeister nicht aufgenommen, da diese zu den Arbeitgebern (*nanimateli, chozjaeva*) gezählt wurden.

In der Statistik von Veselovskij aus dem Jahre 1843 sind etwas andere Zahlen angeführt. In diesem Jahr kamen laut den offiziellen Angaben 90.000 unqualifizierte Arbeiter jährlich nach St. Petersburg (*černorabočij*). Rund 60.000 dieser Arbeiter kamen nur in der Sommerzeit und wurden meistens in der Bauindustrie beschäftigt. Die übrigen etwa 30.000 blieben ganzjährig in St. Petersburg. Aus ihren Reihen wurden die Arbeitskräfte für die Handwerks- und Industriebetriebe rekrutiert. Hier ist es schwer zu schätzen, welchen Anteil die Handwerksbetriebe daran hatten. Auf jeden Fall war die Mehrheit im Handwerk tätig. Die verallgemeinernde Bezeichnung der in die Stadt Zugewanderten als unqualifizierte Arbeiter seitens offizieller Statistiker scheint hier unangebracht zu sein, weil unter diesen „Arbeitern“ auch ausgebildete Handwerker waren. Es kann als sicher gelten, daß diese Zahl nur die Handwerker und Fabrikarbeiter beinhaltete, weil die wirklich unqualifizierten Arbeiter, unter ihnen Müllversorger, Trinkwasserfuhrleute u. a., extra aufgeführt wurden. Ihre Zahl erreichte 20.000. Dazu kamen noch 6.000 Straßenverkäufer<sup>612</sup>.

Dem Kontext der Formulierung von Oznobišin gemäß gehörten die *masterovye* und *remeslenniki* nicht zu den „Arbeitnehmern“, sondern zu den „Arbeitgebern“, weil sie Lehrlinge aufnehmen konnten und von daher eigene Werkstätten führten. Allerdings konnten mit diesen Begriffen auch andere Gewerbegruppen bezeichnet werden. *Masterovoj* konnte damals *remeslennik* (Handwerker), *remeslennyj rabočij* (Handwerksarbeiter), *podmaster'e* (Geselle) oder einfach *rabočij* (Arbeiter) im Handwerk oder in der Fabrik bzw. *zavodskoj masterovoj* (Fabrikarbeiter) heißen. Unter den *remeslenniki* wurden dagegen fast ausschließlich Handwerker bzw. Meister verstanden<sup>613</sup>.

Die Hauptquelle der Arbeitskräfte für das expandierende Handwerk St. Petersburgs waren also für die hier untersuchte Periode überwiegend Bauern und

---

<sup>611</sup> Ebd., I. 42f.

<sup>612</sup> Veselovskij, *Statističeskie issledovanija*, S. 26f.

<sup>613</sup> Vladimir Dal', *Tolkovjy slovar' živogo velikoruskogo jazyka*, Bd. 2, Moskau 1989, S. 303f.: „Master, Mesterovoj“; Bd. 3, Moskau 1990, S. 185: „Podmaster'e“; Bd. 4, Moskau 1991, S. 6: „Rabočij“, S. 91f.: „Remeslo, remeslenyj, remeslenik“.

Kleinbürger anderer russischer Städte sowie Handwerker aus dem Ausland<sup>614</sup>. Dafür legen einige statistische Angaben Zeugnis ab. Nach einem Verzeichnis aus den 20er Jahren des 18. Jahrhunderts wurden in den russischen Zünften 1.455 Handwerker gezählt, von denen 838 oder 57,6% leibeigene Bauern waren. 269 Beisassen machten 18,5% der Gesamtzahl aus und kamen aus verschiedenen Städten. Die Mitglieder anderer sozialer Schichten waren wie folgt vertreten: 14 niedere Kirchendiener, neun Soldatenkinder und Kutsche, fünf Personen unbestimmter sozialer Herkunft, 96 Auswanderer aus den Ostseeprovinzen und 188 ausländische Handwerker. Die letzteren traten fast ohne Ausnahme den deutschen und russischen Zünften bei.<sup>615</sup>

Im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts blieb das prozentuale Verhältnis der sozialen Herkunftsgruppen unter den Zunft Handwerkern im Vergleich zu den 1720er Jahren ungefähr gleich. Die Materialien der drei städtischen Volkszählungen von 1811, 1815/16 und 1834/35 geben eine Vorstellung über die soziale Herkunft der ständigen Zunftmeister, die einen festen Stamm der Handwerkerschaft St. Petersburgs bildeten<sup>616</sup> (siehe Tab. 10).

Die statistischen Erhebungen der Jahre 1811, 1815/1816 und 1834/1835 erfaßten insgesamt 1.465 Personen. Von diesen neuen Zunftmitgliedern waren 762 freigelassene und staatliche Bauern, was mehr als 50% ausmachte. Es waren keine leibeigenen Personen mehr, wie es 1724 noch der Fall war, sondern ehemalige leibeigene Bauern. In dieser Gruppe wiederum waren am zahlreichsten die freigelassenen Hausknechte vertreten, was kaum ein Zufall war, weil z. B. im Jahre 1836 in St. Petersburg mehr als 50.000 Hausknechte wohnten, von denen viele unter anderem dem Schneider- oder Schuhmacherhandwerk nachgingen, ohne dabei in die Zunft der Hausdiener (*cech slug*) oder in die Zunft des entsprechenden Handwerks einzutreten<sup>617</sup>.

Die Anzahl der in die Zünfte eingetretenen Beisassengemeindemitglieder stieg im Vergleich zu den 1720er Jahren wesentlich an. Dieser Bevölkerungsgruppe gehörten Kleinbürger, Kaufleute, Handwerkerkinder und Zöglinge des Erziehungshauses an. Es entstand ein fester Kern von Stadtbürgern, was dazu beitrug, daß sich der Handwerkerstand immer deutlicher profilierte. In den ersten Jahren nach der Hauptstadtgründung war es nicht möglich, weil die ganze Handwerkerschaft wie auch die ganze gewerbetreibende Bevölkerung auf einmal

---

<sup>614</sup> Očerki istorii Leningrada, Bd. 1, S. 8; Heiko Haumann, Unternehmer in der Industrialisierung Rußlands und Deutschlands. Zum Problem des Zusammenhanges von Herkunft und politischer Orientierung, in: Scripta Mercaturae, Heft 1/2, 1986, S. 143-161.

<sup>615</sup> Očerki istorii Leningrada, Bd. 1, S. 102.

<sup>616</sup> Ebd., Bd. 2, S. 32.

<sup>617</sup> Zabolockij-Desjatovskij, Statističeskie svedenija o St. Peterburge, Bd. 1-2. SPb. 1836, S. 124.

künstlich auf den Boden der neuerstandenen Stadt verpflanzt wurde. Die Beitritte zum Handwerkerstand aus dieser sozialen Gruppe lagen in den Jahren 1811 bei 26% und zwischen 1834 und 1835 bei 27,3% der Gesamtzahl der Eintritte in die Zünfte. Die Nachkriegsjahre 1815/1816 können hier als eine Ausnahme betrachtet werden, weil die städtische Gesellschaft in ihren finanziellen und menschlichen Ressourcen völlig erschöpft war. Das beweist auch der starke Rückgang der Handwerkerzahlen in diesen Jahren<sup>618</sup>:

**Tabelle 10: Die soziale Herkunft der Zunftmeister 1811, 1815-1816 und 1834-1835**

<b>Jahr</b>	<b>1811</b>	<b>1815-1816</b>	<b>1834-1835</b>
Freigelassene Hausknechte (dvorovye)	155 (30,2%)	80 (40%)	296 (39,5%)
Freigelassene Bauern	53 (10,3%)	16 (8%)	61 (8,1%)
Staatsbauern	45 (8,7%)	8 (4%)	48 (6,4%)
Kleinbürger von St. Petersburg unter anderem Städten	48 (9,3%)	-	87 (11,6%)
Kaufleute von St. Petersburg unter anderem Städten	20 (3,8%)	3 (1,5%)	17 (2,2%)
Ausländer	106 (18,8%)	73 (36,5%)	108 (14,5%)
Kinder der Handwerker von St. Petersburg	35 (6,8%)	3 (1,5%)	9 (1,2%)
Uneheliche Kinder u. aus dem Erziehungshaus	6 (1,1%)	1 (0,5%)	92 (12,3%)
Soldaten im Ruhestand und ihre Kinder	8 (1,5%)	-	-
Übrigen	37 (9,5%)	15 (8%)	25 (4,2%)
<b>Gesamt</b>	<b>523 (100%)</b>	<b>199 (100%)</b>	<b>743 (100%)</b>

Quelle: Očerki istorii Leningrada, Bd. 2, S. 32.

<sup>618</sup> s. Tabelle 1 im Tabellenanhang.

Die ausländischen Handwerker spielten bei der Bildung der handwerklichen Körperschaft der Hauptstadt eine genauso wichtige Rolle wie 100 Jahre zuvor. In den Jahren 1811 und 1834/1835 wiesen sie mit jeweils 18,8% und 14,5% einen hohen Prozentsatz an der Gesamtzahl der Beitritte auf. In den 1810er Jahren nach dem Ende des Krieges mit Napoleon traten sehr viele ausländische Handwerker in die russischen Zünfte über, was eine Halbierung der Handwerkerzahlen in den deutschen Zünften verursachte. So machten sie unter den neu Beigetretenen in den russischen Zünften in den Jahren 1815-1816 mit 73 Meistern 36,5% aus. Dies läßt sich dadurch erklären, daß die Handwerker in den deutschen Zünften seit 1810 mit 100 Rubel besteuert wurden, was weit über dem Steuersatz der Handwerker in den russischen Zünften lag. Durch den Übertritt wollten sie offenbar dieser hohen Besteuerung entkommen. Die relativ hohe Beitrittszahl der Kleinbürger ließ später deutlich nach, so daß in den Jahren 1855 bis 1856 nur 447 männliche und 290 weibliche Personen, insgesamt also 737 Kleinbürger, als Handwerker tätig waren. Das machte 1,1% der Gesamtzahl der meščane aus<sup>619</sup>.

Die soziale Herkunft aus dem Bauernstand schlug sich bei den Zunftmitgliedern folgendermaßen nieder. Im Jahre 1844 gab es unter den zeitweiligen Handwerkern der russischen Zünfte und in den deutschen Zünften 13.274 Gesellen und 12.836 Lehrlinge, von denen jeweils 61,5% bzw. 65,9% ihrem Stand nach Leibeigene waren<sup>620</sup>. Einer anderen Quelle ist zu entnehmen, daß im gleichen Jahr von den 24.703 zeitweiligen Zunftmeistern, Gesellen und Lehrlingen 15.043 oder 61% dem bäuerlichen Stand angehörten<sup>621</sup>.

Der immer stärkere Zuwachs an bäuerlichen Handwerkern wurde hauptsächlich dadurch verursacht, daß die leibeigenen Bauern immer weniger dem Frondienst (*barščina*) nachgingen, da sie von den Grundherren in die Stadt zum Geldverdienen geschickt wurden und auch die Bauernkinder wurden zu den städtischen Handwerkern in die Lehre gegeben, um später von ihnen als selbständige Handwerker oder Gesellen bei einem Meister Geldzins (*obrok*) bekommen zu können<sup>622</sup>. So nahm zwischen den Jahren 1765 und 1858 der Prozentsatz der Barščina-Bauern von 40,8 auf 32,5% an der Gesamtzahl der

---

<sup>619</sup> Otčet po upravljeniju S. Peterburgskogo meščanskogo soslovija S. 23-35, aus: Hildermeier, Bürgertum, S. 443.

<sup>620</sup> Očerki istorii Leningrada, Bd. 2, S. 33; Vgl. ebd., Bd. 1, S. 36 f., aus: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 180 (1844): O čisle nachodjaščichsja v S. Peterburge rabotnikov i učениkov každygo cecha porozn', kak krepostnogo, tak i svobodnogo sostojanija, l. 6-11; ebd., S. 37, aus: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 180 (1844): O čisle, l. 13 ff.

<sup>621</sup> Zapiska statskogo sovetnika Smirnova vom 23.06.1844, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 100: Ob obrevizovanii, hier l. 48.

<sup>622</sup> Zum bäuerlichen Standeswechsel s.: Heller, Rechtliche, S. 99-107; Hildermeier, Bürgertum, S. 234-246.

Bauern ab<sup>623</sup>. Auch die Staatsbauern wurden durch die Erhöhung des Geldzinses, der zwischen 1725 und 1839 von 0,4 auf 2,86 Rubel angestiegen war, dazu gezwungen, als Saisonarbeiter in die Stadt zu gehen<sup>624</sup>. Um zu verdeutlichen, welche Auswirkungen das für St. Petersburg in der Zeit vor der großen Reform von 1861 hatte, soll hier in Erinnerung gerufen werden, daß im Jahre 1801 50.454 oder 25%, 1821 107.983 bzw. 27,5% und 1857 202.847 bzw. 41,3% der städtischen Bevölkerung Bauern waren<sup>625</sup>. Um die Jahrhundertwende machten die Bauern schließlich gut die Hälfte der hauptstädtischen Bevölkerung aus.

Es ist fast selbstverständlich, daß St. Petersburg mit seinem großen wirtschaftlichen Potential für die naheliegenden Regionen ein starker Magnet war, so kann es nicht verwundern, daß auch die finnischen Handwerker zahlreich in der Hauptstadt vertreten waren.

Wurden im 18. Jahrhundert z. B. 98 finnische Juweliere in St. Petersburg gezählt so wuchs deren Anzahl zwischen 1800 und 1870 auf 508 an. Es waren nicht nur erwachsene Handwerker, die in die Hauptstadt kamen, sondern auch finnische Kinder, von denen viele in die Lehre zu den St. Petersburger Meistern gegeben wurden. Seit dem Jahre 1851, als alle finnischen Lehrlinge dazu verpflichtet wurden, ihre Verträge mit den Meistern in der Finnischen Abteilung für das Paß- und Meldewesen (*Finskij pasportnyj otdel*) zu registrieren, wurden hier bis 1900 2081 solcher Verträge registriert<sup>626</sup>. Es gab mehrere Gründe, warum die Handwerker aus Finnland nach St. Petersburg kamen. Für die Gesellen aus Finnland, die zu Hause nur schwerlich den Meistertitel erlangen konnten, weil es dort weniger Arbeit gab und die Zünfte rigoros die Anzahl der Handwerker begrenzten, bot St. Petersburg viel größere Chancen zum beruflichen Aufstieg und bessere Verdienstmöglichkeiten<sup>627</sup>. Sie konnten hier außerdem eine höhere Fachqualifikation erwerben. Auch die Wettbewerbsfreiheit, die in Finnland durch die Zünfte stark eingeschränkt war, spielte eine wichtige Rolle für den Entschluß, nach St. Petersburg zu gehen, die für die finnischen Handwerker im 18. und 19. Jahrhundert die bedeutendste Stadt der nordeuropäischen Region und sowohl ein Fenster nach Europa als auch nach Rußland war<sup>628</sup>.

Für die Schweden übte St. Petersburg ebenfalls eine starke Anziehungskraft aus. Von 1830 bis 1890 kamen aus Stockholm 1.800 Handwerker nach St. Petersburg.

---

<sup>623</sup> Mieck, Europäische, S. 763.

<sup>624</sup> Ebd., S. 766.

<sup>625</sup> Očerki istorii Leningrada, Bd. 2, S. 25.

<sup>626</sup> Sune Jungar, Finljandskie remeslenniki v S. Peterburge, in: Remeslo i manufaktura v Rossii, Finljandii i Pribaltike. Leningrad 1975, S. 96.

<sup>627</sup> Ebd., S. 97.

<sup>628</sup> Ebd., S. 96, 99.

Insgesamt bekamen in Abo, einer finnischen Stadt, die als Zwischenstation für nordeuropäische Auswanderer galt, in den Jahren zwischen 1828 und 1852 2.356 ausländische Handwerker Pässe ausgehändigt, um nach St. Petersburg gehen zu können<sup>629</sup>.

Die vielschichtige soziale Zusammensetzung der Handwerkskörperschaft der Zünfte wurde durch die Gesetzgebung begünstigt, die fließende Standesgrenzen zuließ, was schon im Unterkapitel über die Gesetzgebung im 18. Jahrhundert erläutert wurde. Prinzipiell wurde eine gewerbliche Tätigkeit bzw. die Unterhaltung eines Gewerbebetriebes allen ohne Standesunterschied erlaubt. Dort, wo Zünfte bestanden, trat ihnen jeder bei, der die dafür benötigten Voraussetzungen erfüllte und die dazu benötigten Gilden- oder Handelsbescheinigungen erwarb. Als ständiger Meister konnte der Zunft jeder beitreten, der zum Kleinbürgertum gehörte; als zeitweilige Zunfthandwerker konnten sich ohne Wechsel des Standes Kleinbürger, Raznočincy, Bauern, Adelige und Ausländer einschreiben<sup>630</sup>.

Die Reform von 1861 hatte keine grundsätzlichen Veränderungen im Zuwachsprinzip bzw. in der sozialen Zusammensetzung der Handwerker in St. Petersburg herbeigeführt und verstärkte nur die früheren Tendenzen, da sie eine weitere Freisetzung der Arbeitskräfte auf dem Land für die städtische Industrie bewirkte. St. Petersburg blieb eine Einwanderungsstadt, die den enormen Bedarf an Arbeitskräften nur durch den Nachschub vom Land decken konnte. Diese Tatsache könnte zu dem Schluß verleiten, daß die meisten bäuerlichen Handwerker bzw. Lohnarbeiter nur saisonal oder kurzfristig in der Stadt beschäftigt wurden, was auch für die Jahre von der Gründung der Stadt bis zum letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zutraf. Es ist aber festzustellen, daß gerade in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Entwicklung in entgegengesetzter Richtung eintrat. Es gab nun eine immer größere Anzahl bäuerlicher Handwerker, die in der Hauptstadt sesshaft wurde. Ungeachtet der starken saisonalen Fluktuation der Arbeitskräfte verfestigte sich anscheinend die Arbeiterschaftsstruktur beträchtlich, so daß A. V. Pogožev für die Jahre 1886-1893 feststellte, daß St. Petersburg den höchsten Prozentanteil derjenigen Arbeiter in Rußland aufwies, die rund ums Jahr in den Fabriken arbeiteten und folglich nur schwache Bindungen zum Dorf hatten<sup>631</sup>. Genau genommen waren in den 288 Großbetrieben 81.573 Arbeiter beschäftigt, von denen 72.783 oder 89% rund ums

---

<sup>629</sup> Ebd., S. 95.

<sup>630</sup> Trudy komissii, čast' 1, S. 176f.

<sup>631</sup> A. V. Pogožev, Učėt čislennosti i sostav rabočich v Rossii, St. Petersburg 1906, S. 101; Pažitnov, Položenie rabočego klassa v Rossii, tom 2: Period svobodnogo dogovora v uslovijach samoderžavnogo režima (s 1861 po 1905 g.), izd. 3, Leningrad 1924, S. 22f.

Jahr in St. Petersburg blieben<sup>632</sup>. Deswegen mag die Behauptung von P. N. Stolpjanskij, der sich seinerseits auf die Meinung des Fabrikinspektors Ja. T. Michajlovskij bezog, daß

„der Fabrikarbeiter [...] in Rußland in überwiegender Mehrzahl gleichzeitig ein Landeigentümer [ist]. Für ihn ist die Arbeit in der Fabrik nicht die einzige Einnahmequelle, sondern nur ein Nebenverdienst zu dem erwirtschafteten Produkt bei der Landbestellung. [Der Fabrikarbeiter] bleibt ein Landarbeiter [*ein Bauer*] und zieht die Arbeit auf dem Land der Fabrikarbeit vor“<sup>633</sup>,

für die allgemeinrussischen Verhältnisse richtig sein, für St. Petersburg ist es aber kaum zutreffend. Hier war eine deutliche Tendenz der Handwerker zu erkennen, nicht nur saisonal sondern ganzjährig in der Stadt zu bleiben. Ein Regierungsbeamter bestätigte diese Tendenz, indem er schon 1866 feststellte, daß die zeitweiligen Handwerker in St. Petersburg meistens seßhaft waren. Er konstatierte aber auch eine beträchtliche Spaltung in den Betrieben der ständigen Zunfthandwerker und sagte, daß in dieser Gewerbeschicht

„zwei große Massen vorhanden sind: einerseits die selbständigen Meister, andererseits die Arbeiter [*rabotniki*], die zum größten Teil zeitweilig im Handwerk und in der Hauptstadt ihre Beschäftigung fanden“<sup>634</sup>.

Diese Tatsache spricht dafür, daß die ständigen Handwerker, die zu den Stadtbürgern gehörten und in der Stadt ihre Werkstatt lebenslang oder den größten Teil ihres Lebens betrieben, in beträchtlichem Maß zu Kleinunternehmern wurden, die kein Interesse an der Ausbildung von Lehrlingen hatten, da sie - von wenigen Ausnahmen abgesehen - keine Lehrlinge mehr beschäftigten, sondern nur noch erwachsene Arbeitnehmer. Ihnen wurde beständig das Beispiel der Kaufleute vor Augen geführt, die in der Regel auch kein Handwerk beherrschten und trotzdem oft eine Werkstatt betrieben. Sie stellten einen Meister bzw. Fachmann ein und kümmerten sich nur noch um den Warenabsatz.

Dies war nicht der Fall bei den zeitweiligen Handwerkern, die vom Land kamen und deren soziale Orientierungswerte noch patriarchalisch blieben, was heißt, daß sie sich an traditionellen Werten orientierten, unter denen sie ein „richtiges“ arbeits- und hausgemeinschaftliches Leben verstanden, in dem die Gesellen und

---

<sup>632</sup> Pažitnov, Položenie, t. 2, S. 23.

<sup>633</sup> P. N. Stolpjanskij, Žizn' i byt' peterburgskoj fabriki za 210 let eë suščestvovanija 1704-1914, Leningrad 1925, S. 118f.

<sup>634</sup> Dokladnaja zapiska M. Machova, in: RGIA, 1287, op. 8, d. 1554, l. 2.



Lehrlinge ihren Platz als „Familienmitglieder“ hatten. Dies hinderte jedoch die zeitweiligen Handwerker nicht daran, ihre Betriebe, die in der Regel vom Umfang her doppelt so groß wie die der ständigen Handwerker waren, im breiten Maßstab zu betreiben. Dies barg oft Risiken, sie gingen oft bankrott, worauf indirekt ihre hohe Fluktuation hinweist. Infolge der großen sozialen und räumlichen Mobilität der zeitweiligen Handwerker traten im Laufe von 15 Jahren, zwischen 1855 und 1870, rund 37.000 Handwerker zeitweilig in die Zünfte ein und in etwa auch die gleiche Anzahl aus<sup>635</sup>.

Die regionalen Besonderheiten der Körperschaft, die im Gewerbe St. Petersburgs tätig war, lassen sich der Volkszählung in Stadt und Gouvernement im Jahre 1897 entnehmen. Insgesamt gab es in diesem Jahr 2.112.033 Einwohner, von denen 1.007.567 zur ortsansässigen Bevölkerung gehörten: sie machten 47,7% der Gesamtzahl aus. Die andere Hälfte bildeten die Ankömmlinge aus dem St. Petersburger Gouvernement mit 155.893 oder 7,4% und aus anderen Gouvernements und Staaten mit 948.573 oder 44,9%<sup>636</sup>. Die meisten Einwanderer kamen aus dem Tver'er (149.560), Jaroslavl'er (104.283), Novgoroder (81.720) und Vitebsker (44.766) Gouvernement, aus Livland (37.709), dem Rjazansker (34.510), Smolensker (33.412), Kostromaer (31.413) und Moskauer (29.729) Gouvernement, aus Estland (27.729) sowie dem Kalužsker (20.082), Vologoder (17.736) und anderen Gouvernements. Dabei lassen sich drei Regionen, Zentralrußland, die Ostseeprovinzen und der russische Norden ausgliedern, die die größte Zahl der Einwanderer stellten<sup>637</sup>. Das besondere daran war, daß der St. Petersburger Arbeitsmarkt die größte Zahl von Zuwanderern nicht aus den naheliegenden Gouvernements wie Vologoda, Oloneck und Pskov, mit Ausnahme Novgorods, hatte, sondern von weit entfernten Gouvernements wie Tver', Jaroslavl', Vitebsk und anderen<sup>638</sup>. Das Kontingent der Einwanderer blieb dabei jahrzehntelang konstant. Die Volkszählung von 1910 ergab ähnliche Ergebnisse wie die von 1869. Auch 1910 kamen die Bauern aus denselben Gouvernements nach St. Petersburg und in ungefähr dem gleichen proportionalen Zahlenverhältnis

---

<sup>635</sup> Proekt obrazovanija novogo „S. Peterburgskogo obščestva remeslnnoj promyšlennosti, St. Petersburg 1871, S. 23.

<sup>636</sup> B. V. Tichonov, Osnovnye napravlenija vnutrennej migracii naselenija Rossii (po dannym perepisi 1897 g. o nemestnyh uročencach), in: IZ 88, Moskau 1971, S. 210-256, hier S. 229.

<sup>637</sup> Ebd., S. 243ff.

<sup>638</sup> Vgl. Ė. A. Korol'čuk, Ob osobennostjach ékspluatacii i stačejnoj bor'by peterburgskogo proletariata (70-90-e gg. 19 veka). In: IZ 89 (1972), S. 134-186, hier S. 153f.

wie 1869<sup>639</sup>. Eine ausgesprochen wichtige Rolle spielte St. Petersburg für die Bevölkerung des St. Petersburger Gouvernements, aus dem z. B. im Jahre 1912 44.057 Heimarbeiter in St. Petersburg beschäftigt wurden<sup>640</sup>.

Hinsichtlich der beruflichen Zusammensetzung der bäuerlichen Handwerker ist die Untersuchung über die Jaroslavl'r bäuerlichen Handwerker von L. Lur'e und A. Chitrov von besonderem Interesse <sup>641</sup>. Ihren Angaben nach wurden diese Ankömmlinge wie auch die Mehrheit aller gewerbetreibenden Bauern, die nach St. Petersburg kamen, in der Bauindustrie, aber auch als Schneider beschäftigt. Überhaupt gingen 61,7% aller Saisonarbeiter im Jaroslavl'er Gouvernement nach St. Petersburg. Darunter waren solche Berufe wie die der Maurer, Ofensetzer, Dachdecker, Maler, Stuckarbeiter, Tapezierer, Schneider und Korbflechter vertreten. Der Anteil der Jaroslavl'er an der Bevölkerung der Hauptstadt wuchs von 6,8% oder 45.200 Personen im Jahre 1869 auf 8,2% oder 154.400 Personen im Jahre 1910<sup>642</sup>.

Über die Stellung der Frauen im Handwerk ist nicht besonders viel bekannt. Deren Anteil im Handwerk war traditionell gering. Die Frauen wurden meistens in der Tabak-, Textil- und Bekleidungsindustrie beschäftigt. Aus den wenigen Angaben über ihre Lage ist es möglich, eine allgemein unbefriedigende berufliche und soziale Situation sowohl im Handwerk als auch in der Großindustrie festzustellen. Um die Jahrhundertwende waren die Hauptmerkmale der Frauenarbeit ein niedriger Arbeitslohn, ein langer Arbeitstag (bis zu 14 Stunden), fehlende korporative bzw. professionelle Bindungen unter den Frauen und ihre unzureichende professionelle Ausbildung aufgrund der ungenügenden Zahl von Lehrstellen und des mangelhaften Ausbildungsprozesses, was sich in häufigen Klagen, die seitens der Arbeitgeber zu hören waren, niederschlug<sup>643</sup>.

---

<sup>639</sup> Vgl. A. G. Rašin, *Formirovanie promyšlennogo proletariata v Rossii*, Moskau 1940; Korol'čuk, *Ob osobennostjach*, S. 155.

<sup>640</sup> *Promysly krest'janskogo naselenija S. Peterburgskoj gubernii*. S. Peterburgskij uezd, SPb, 1912; *Promysly (...), Carskosel'skij uezd*, St. Petersburg 1910; *Promysly (...), Petergofskij uezd*, St. Petersburg 1911; *Promysly (...), Šlissel'burgskij uezd*, St. Petersburg 1909; *Promysly (...), Gdovskij uezd*, St. Petersburg 1914; *Promysly (...), Lužskij uezd*, St. Petersburg 1913; *Promysly (...), Novoladožskij uezd*, St. Petersburg 1908.

<sup>641</sup> L. Lur'e, A. Chitrov, *Krest'janskije zemljačestva v rossijskoj stolice: jaroslavskie „piterščiki“*, in: *Nevskij Archiv. Istoriko-kraevedčeskij sbornik II*, Moskau-St. Petersburg 1995, S. 307-354.

<sup>642</sup> Ebd., S. 309.

<sup>643</sup> V. N. Chanykov, *K voprosu o ženskom trude v Rossii*, Moskau 1899, S. 10ff.; Karnovič, *O razvitii ženskogo truda v Peterburge*, St. Petersburg 1863.

Es ist im Zusammenhang mit Frauen bzw. Meisterinnen im Handwerk ein Vorfall zu erwähnen, der einem archivalischen Aktenstück zu entnehmen ist, das einen kurzen Einblick in ihre Lage um die Mitte des 19. Jahrhunderts erlaubt<sup>644</sup>. Es ging um die Meisterinnen der Nudelmacherzunft Elena Michajlovna Petrova und Evdokija Kubova, die am 28. April 1850 an den Innenminister einen Bittschrift einreichten, in der sie sich über die angeblichen Monopolbestrebungen der Bäckerzunft beschwerten. In der Beschwerdeschrift wurde angemahnt, daß laut dem neuen Statut die Bäckerzunft angeblich auch Nudelwaren herstellen dürfe und dadurch die Existenz der Nudelmeister bedroht sei. Drahtzieher dieser Intrige waren, wie sich später herausstellte, der frühere Konditorenzunftälteste Tobias Branger, der Älteste der Nudelmacherzunft Greppi sowie der Kaufmann Aleksej Lapin, die die Meisterinnen Kubova und Petrova zur Unterschrift der Beschwerdeschrift gezwungen hatten. Sie galten damit als Klägerinnen und zogen somit den Unmut des Innenministers auf sich. Dieser Vorfall zeigt, daß die Frauen zu dieser Zeit immer noch eine untergeordnete und passive Stellung in der „Männerwelt“ hatten und sich den Anweisungen von Handwerkskollegen fügen mußten, wodurch sie manchmal in eine prekäre Lage gerieten<sup>645</sup>.

Über den Anteil der Frauen im St. Petersburger Handwerk in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gibt es wenig Zahlenmaterial. Im März 1841 waren z. B. unter 3.776 Beschäftigten in den untersuchten Handwerksstätten nur 36 Meisterinnen bzw. Facharbeiterinnen, 39 Lehnmädchen, 2.872 erwachsene Arbeitskräfte männlichen Geschlechts und 839 Jugendliche beschäftigt, was einen Frauenanteil von nur 2% ausmachte<sup>646</sup>.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verstärkte sich die allgemeine Tendenz, den ansteigenden Bedarf an Arbeitskräften durch die billigere Arbeitskraft des weiblichen Geschlechts zu decken. So waren in der St. Petersburger verarbeitenden Industrie im Jahre 1869 25,2% aller Arbeitnehmer Frauen und im Jahre 1885 machten sie schon 31,4% aus<sup>647</sup>. Den Angaben von N. Žennin nach gab

---

<sup>644</sup> Es war darüber hinaus unter der Vielzahl, der für diese Arbeit untersuchten Aktenstücke, das einzige Aktenstück, in dem über die Meisterinnen im Handwerk berichtet wurde.

<sup>645</sup> Po prošennju masteric (...) Petrovoj i Kubovoj (...), in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 846, l. 1, 4f.

<sup>646</sup> Raport Oznobišina (mart 1841 g.), in: RGIA, f. 560, op. 8. d. 577: O merach ulučšenija, hier l. 12; Ein wesentliches Merkmal der St. Petersburger Zünfte war, daß in ihnen auch Frauen Mitglieder waren, die manchmal sehr erfolgreich ihr Handwerk betrieben. So fand sich beispielsweise 1861 unter den Teilnehmern der Manufakturausstellung die Zunftmeisterin und Korsettmacherin Gjusson, die eine Auszeichnung für ihre Exponate erhielt, aus: Statističeskie svedenija o fabrikax i zavodax eksponentov, polučivšich nagrody na manufakturnoj vystavke 1861 g., St. Petersburg 1862, S. 76.

<sup>647</sup> Pažitnov, Položenie, t. 2, S. 26.

es 1858 im Gesamthandwerk der Hauptstadt 22% Handwerkerinnen und 78% Handwerker<sup>648</sup>.

Die Werte bei den Zunft Handwerkern und -handwerkerinnen waren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts viel niedriger im Vergleich mit dem Gesamthandwerk bzw. -industrie. Dennoch lassen sie die demographischen Tendenzen im Handwerk deutlich werden. Im Jahre 1866 gab es 1.959 Meisterinnen und Lehrmädchen oder 6,7% der Gesamtzahl der Handwerker in den russischen Zünften. Es ist dabei zu bemerken, daß auch die Töchter und Frauen der ständigen Meister als Standesangehörige mitgezählt wurden. Deswegen liefern diese Angaben nur annähernde Werte. In den Jahren 1867, 1868 und 1873 stiegen die Proportionen mit 2.076 oder 6,7%, 1.789 oder 6% und 2.741 oder 7,6% Frauen leicht an. In den nächsten Jahren trat diese steigende Tendenz immer deutlicher zutage<sup>649</sup>.

Folglich konnte sich der prozentuale Anteil an Arbeitskräften weiblichen Geschlechts von 6,7% im Jahre 1866 auf 15,7% im Jahre 1891 mehr als verdoppeln<sup>650</sup>. In den nächsten zehn Jahren stiegen die Werte mindestens noch um ein Drittel und betrugen im Jahre 1900 20,8%<sup>651</sup>. In der Tabelle 24 im Tabellenanhang sind alle Branchen für 1900 aufgeführt, in denen Handwerksbetriebe mehrheitlich vertreten waren. Der Prozentsatz der Arbeiterinnen zur Gesamtzahl der Beschäftigten betrug hier 16,7%. Zieht man, um einen noch genaueren Koeffizient erreichen zu können, alle Betriebe, die mehr als 20 Beschäftigte hatten und ihren handwerklichen Charakter möglicherweise verloren, ab, so ergibt sich ein prozentuales Verhältnis von 20,8%.

Es ist festzustellen, daß sich mit Beginn der Industrialisierung der Anteil weiblicher Arbeitskräfte nicht nur in der Großindustrie, sondern auch im Handwerk wesentlich vergrößerte. Außerdem wurde St. Petersburg in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer Modemetropole in Rußland - die Damenschneidereien und überhaupt alle Handwerke, die mit Damenbekleidung zu tun hatten, expandierten kraftvoll und stellten Waren nicht nur für St. Petersburg, sondern für ganz Rußland her, was zum absoluten Zuwachs an weiblichen Fachkräften im Handwerk beitrug.

---

<sup>648</sup> N. Žennin, Eščë neskol'ko slov, S. 526.

<sup>649</sup> Vgl. Tabelle 5, 6, 7 und 8 im Tabellenanhang.

<sup>650</sup> Vgl. Tabelle 19, 55 im Tabellenanhang.

<sup>651</sup> Vgl. Tabelle 24 im Tabellenanhang.

## 7.2 Die Lebens- und Arbeitsverhältnisse im Handwerk

Am 6. Dezember 1840 schickte der Leiter der dritten Abteilung der Kaiserlichen Kanzlei, Graf Aleksandr Christoforovič Benkendorf, dem Finanzminister, Graf Egor Francevič Kankrin, ein Geheimschreiben mit der Verfügung des Zaren, die Lage der Arbeiter und Handwerker zu erforschen. Die Regierung war nicht bereit, diesem Problem offen nachzugehen, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit nicht zu wecken bzw. die Gemüter nicht zu reizen. Es sollten vor allem die Ursachen für schwere Erkrankungen in dieser Bevölkerungsgruppe festgestellt und die Mittel zu ihrer Vorbeugung herausgefunden werden. Die Kommission wurde mit dem Generalmajor Graf Fëdor Fëdorovič Buksgevdn (Friedrich-Wilhelm), dem Adjutanten Oberst Fürst Illarion Vasil'evič Vasil'čikov, dem Adelsmarschall von St. Petersburg, dem Stadtoberhaupt und einem Beamten vom Finanzministerium besetzt<sup>652</sup>. Die Durchführung des Vorhabens leitete der Staatsrat Oznobišin. Er legte am 18. Februar 1841 Buksgevdn einen ausführlichen Bericht vor, der sich auf die Informationen, welche die Reviervorsteher des Ochtensker, des Vasil'evsker und des zweiten Admiralitätsviertels gesammelt hatte, stützte.

In diesen Stadtteilen besichtigten die Beamten 85 Wohnungen, von denen 25 als gut, 30 als befriedigend und 30 als sehr schlecht bewertet wurden. Sie wurden meistens von Atelsarbeitern bewohnt, die in den Bauhandwerken als Zimmerleute, Steinschleifer, Maurer, Stuckarbeiter und Ofensetzer beschäftigt wurden. Darüber hinaus waren in den untersuchten Gewerben traditionelle Handwerke wie Tischler, Bäcker, Böttcher und Reifenmacher vertreten.

Außer der Überprüfung des sanitären Zustandes der Räumlichkeiten, in denen die Handwerker arbeiteten und wohnten, stellte die Kommission Statistiken mit den Krankenzahlen und der Lohnhöhe zusammen (siehe Tab. 11). Der Tabelle ist zu entnehmen, daß der Arbeitstag je nach Handwerk unterschiedlich lange war. Seine Länge lag zwischen 10 und 13 Stunden. Sie reduzierte sich wesentlich im Winter, weil der Sonnenstand zu kurz war und nur bei Tageslicht gearbeitet werden konnte.

---

<sup>652</sup> Rasporjaženie o komandirovanii činovnika načal'nika III otdelenija Kanceljarii e.i.v. grafa Aleksandra Christoforoviča Benkendorfa k ministru finansov grafu Egoru Franceviču Kankrinu ot 6 dekabrja 1840 g., in: RGIA, f. 560, op. 8, d. 577: O merach ulučenija položenija rabočich i remeslennikov v Peterburge (1840-1842), hier l. 1; Zur Arbeit der Kommission s. auch: Zelnik, Labor, S. 52.

Im allgemeinen war der Arbeitstag in den Werkstätten und in den Fabriken etwas länger und dauerte oft bis zu 14 Stunden<sup>653</sup>.

Den gesundheitlichen Zustand der Handwerker in den Artels bezeichnete Oznobišin als gut:

„Die Arbeiter sahen gesund und heiter aus, was die Schlußfolgerung ziehen läßt, daß die schlechten Wohnungen wenig Auswirkung auf ihre Gesundheit ausüben, da sie die meiste Zeit frische Luft einatmen“<sup>654</sup>.

In der Statistik sind erstaunlich wenig Kranke, nämlich vier auf 456 Beschäftigte

Tabelle 11: Anzahl der Beschäftigten und der Arbeitsstunden in den kontrollierten Betrieben 1841

Handwerker	Auftrag- nehmer	Artel- arbeiter	Kranke	Arbeitsstunden pro Tag	
				Sommer- zeit	Winter- zeit
Steinmetze	6	84	2	36475	36443
Steinschleifer	2	54	-	36475	36412
Böttcher und Reifenmacher	1	5	-	36444	36317
Semmelbäcker	1	8	-	36475	36381
Tischler	6	115	1	36506	36444
Maurer, Stuckarbeiter und Ofensetzer	6	62	-	36506	36348
Zimmerleute	6	128	1	36506	36349

Quelle: O merach ulučšenija položenija rabočich i remeslennikov v Peterburge (1840-1842), in: RGIA, f. 560, op. 8. d. 577, l. 6f.

<sup>653</sup> S. O merach ulučšenija položenija rabočich i remeslennikov v Peterburge (1840-1842), in: RGIA, f. 560, op. 8. d. 577, l. 6f.

<sup>654</sup> Raport statskogo sovetnika Oznobišina general-majoru grafu Buksgevdenu vom 18. Februar 1841, in: RGIA, f. 560, op. 8. d. 577: O merach ulučšenija, hier l. 7.

(1:114) oder 0,87% von 100%, registriert. Dies kann darauf zurückgeführt werden, daß die meisten Artelarbeiter nur für kurze Zeit in der Stadt arbeiteten: Die Handwerker dieser Artels stammten meistens aus dem Vologodsker und dem Smolensker Gouvernement, wobei die Landbewohner in der Regel einen besseren gesundheitlichen Zustand als die Städter aufwiesen, und für damalige Verhältnisse gut ernährt waren:

„Die Ernährung unterscheidet sich in einem Artel von der in einem anderen wenig. In der Fastenzeit bekommen die Arbeiter Kohlsuppe mit Fisch, Linsen, Kartoffeln und verschiedene Breiarten mit Butter. Während der übrigen Zeit sind Kohlsuppe mit einem halben bis zu einem Pfund Fleisch pro Person und Brei im Kostplan, an Feiertagen kochen sie Nudeln mit Fleisch und backen Piroggen. Eine Ausnahme bilden die Steinschleifer und die Steinmetze, die auf eigene Kosten leben und gerne statt Brei Fisch wie Dorsch, Strömling und Steinbutt essen“<sup>655</sup>.

Es war dies eine nahrhafte Volksküche, die die Handwerker hatten, wodurch die geringe Erkrankungsrate teilweise zu erklären ist. Eine einleuchtende Erklärung für die niedrigen Krankenzahlen scheint wohl auch zu sein, daß den kranken Arbeitnehmern in der Regel sofort gekündigt wurde. Meistens lagen die Erkrankten zwei bis drei Tage, die vom Lohn abgezogen wurden, im Bett. Wenn die Lage sich nicht verbesserte, der Erkrankte sich aber weigerte, ins Krankenhaus zu gehen, kündigte ihm der Auftraggeber unverzüglich<sup>656</sup>.

Die Handwerker begaben sich nur unwillig und in Ausnahmefällen ins Krankenhaus. Dafür waren die langen Wartezeiten in den Krankenhäusern und die Kosten für den Aufenthalt verantwortlich. Nur im Fall einer schweren Erkrankung wurden Arbeiter dorthin gebracht, was den Ärzten zusätzliche Probleme bereitete, da dies häufig zu spät geschah.

Außer der Hausmedizin und dem Aufenthalt im Krankenhaus gab es noch eine dritte Möglichkeit, die Erkrankten zu behandeln, die unter den Handwerksmeistern praktiziert wurde: Falls die Erkrankten nicht im Krankenhaus aufgenommen wurden, behandelte sie ein Arzt zu Hause, wobei die Tage, an denen der Handwerker arbeitsunfähig war, wiederum vom Lohn abgezogen wurden. In seltenen Fällen verlangten die Auftraggeber von den Handwerkern noch zusätzlich für eine ärztliche Verpflegung in Höhe von 40 bis 70 Kopeken pro Tag<sup>657</sup>.

---

<sup>655</sup> Raport Oznobišina, in: RGIA, f. 560, op. 8. d. 577: O merach ulučšenija, hier l. 7f.

<sup>656</sup> Ebd.

<sup>657</sup> Ebd., l. 13f.

Oznobišin wies seinerseits auf die folgenden fünf Ursachen für den ersten Zustand der Arbeiter, die ins Krankenhaus gebracht wurden, hin:

1. Sie ließen sich nicht von einem Arzt behandeln und blieben zu Hause.
2. Um Kosten zu sparen, wurden sie mit Haus- bzw. Volksmedizin behandelt.
3. Die Erkrankten wurden nur bei erheblicher Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes um Arzt gebracht.
4. Die Arbeiter und Handwerker schreckten vor einem monatlichen Krankenhausbeitrag in Höhe von 18 Papierrubel zurück und zahlten den Beitrag nicht im Voraus, was eine Aufnahme ins Krankenhaus unmöglich machte. Das war eine Art der „Krankenversicherung“, die die Arbeitnehmer im Ernstfall absichern sollte. Die Zurückhaltung in Fragen der gesundheitlichen Absicherung ist dadurch zu erklären, daß der Beitrag für die meisten Handwerker zu hoch war.
5. Wegen Platzmangel in den Krankenhäusern konnten die Arbeiter nicht behandelt werden<sup>658</sup>.

Ein zweiter Bericht erfolgte im März 1841, wobei diesmal 199 Wohnungen in denselben Stadtbezirken untersucht wurden. Von diesen Wohnräumen galten 23 als gut, 65 als befriedigend, 58 als schlecht und 53 als sehr schlecht. Die schlechtesten Wohnungen bewohnten Tagelöhner, Trinkwasserfuhrleute, Kutscher und Steinschleifer, die in der Regel keine Handwerker waren. Die besten Wohnungen bewohnten die Beschäftigten in den Textil-, Möbel-, Zucker- und Lederfabriken sowie der Bronzegießerei und des Sägewerkes. Die besten Wohnverhältnisse hatten unter den Zunft Handwerkern die Schreiner, Zimmerer, Schneider und die Beschäftigten bei den Steinmetzen<sup>659</sup>.

Es ist festzustellen, daß, je wohlhabender ein Handwerker war, desto schlechter verpflegte er in der Regel die Beschäftigten in seiner Werkstatt. Als Beispiel dafür kann die Werkstatt des Wagenbauers Frebelius dienen, die in seinem großen Haus eingerichtet war, in dem auch die Gesellen und Lehrlinge wohnten. Für Lebensmittel bekamen sie 12 bis 13 Papierrubel im Monat, obwohl bei anderen Meistern dafür 14 bis 17 Papierrubel pro Person ausgegeben wurden. Ein anderer Meister, der Hutmacher Simis, beschäftigte sieben Lehrlinge auf Vollkost. Zum Essen hatten sie selten Kohlsuppe, Kascha fast nie. Gewöhnlich verköstigte sie der Meister nur mit irgendeiner dünnen Suppe. Drei der Lehrlinge, die schon länger in der Lehre waren und dem Meister einigen Nutzen brachten, erhielten manchmal Rindfleisch. Darüber hinaus wurden die ausländischen Meister getadelt, daß die Russen bei ihnen die Fastenzeit nicht einhielten.

Die 199 Wohnungen wurden von 3.776 Personen, die Familienangehörigen der Arbeitgeber nicht mitgerechnet, bewohnt. Es gab also im Durchschnitt mehr als 20 Bewohner pro Wohnraum. Die 30 Erkrankten machten ein Verhältnis von 1 zu

---

<sup>658</sup> Raport Oznobišina, in: RGIA, f. 560, op. 8. d. 577: O merach ulučšenija, hier l. 8f.

<sup>659</sup> Ebd., l. 11.



126 oder 0,79% von 100% aus. Elf Erkrankte, also ein Drittel der Gesamtzahl, wurden in der Mobelfabrik des Kaufmanns Betcher gezählt. Das ist umso erstaunlicher, da seine Fabrik in Hinsicht auf die Wohnverhältnisse als vorbildlich galt<sup>660</sup>.

Bei den folgenden sieben Arbeitgebern auf der Vasilij-Insel und im zweiten Admiralitätsviertel wurden die besten Wohnverhältnisse festgestellt:

1. Die Parkett- und Möbelfabrik des Taganroger Kaufmanns Vasilij Betcher auf der Vasilij-Insel. Die 34 Arbeiter, 50 Zöglinge des Erziehungshauses, drei Frauen und drei leibeigene Jungen arbeiteten in drei hölzernen Häusern im Innenhof. Die Beschäftigten wohnten in großen, warmen und hellen Räumlichkeiten, die sauber gehalten wurden. Die hohe Erkrankungsrate der Handwerker war wahrscheinlich durch die schlechten Arbeitsverhältnisse bedingt.
2. Die Lederfabrik des Kaufmanns der zweiten Gilde, Ivan Sokov, im eigenen Haus. Die 28 Arbeitnehmer bewohnten den hölzernen Flügel, der trocken, warm und hell war und in sauberem Zustand gehalten wurde.
3. Der ständige Meister der Steinmetzunft<sup>661</sup> Stepan Anisimov bewohnte ein eigenes Haus in der 17. Linie der Vasilij-Insel. Die zwölf Arbeitnehmer wohnten bei ihm in einem hölzernen Haus auf dem Hof.
4. Der St. Petersburger Kleinbürger und zeitweilige Meister der Steinmetzunft, Ivan Aleksandrovič Aleškov, hatte seine Werkstatt auf der Vasilij-Insel. Bei ihm waren 17 Arbeitnehmer beschäftigt. Sie wohnten in einem hölzernen Haus auf dem Hof.
5. Der Schneider Jauchc im Haus der deutschen evangelisch-lutherischen St. Peter-Kirche am Nevskij Prospekt. Die sieben Gesellen und 18 Lehrlinge arbeiteten in einem Zimmer und wohnten in zwei Nebenzimmern.
6. Der Bronzegießer und Zunftmeister Domian Knusman bewohnte mit 16 Beschäftigten, von denen zehn Lehrlinge waren, eine Wohnung im dritten Stockwerk des Sondermannschen Hauses, wobei die Lehrlinge auf dem Boden auf Matratzen schliefen.
7. Die Werkstatt des Schreiners Karl Nibel, die sich ebenfalls im Haus von Sondermann befand. Seine zwölf erwachsenen Arbeitnehmer und 16 Lehrlinge schliefen im Arbeitsraum auf den Werkbänken<sup>662</sup>.

Diese sieben „besten“ Wohnungen waren als trocken, warm, hell und sauber bewertet worden. Es war typisch für die Zeit, daß es als normal empfunden wurde, daß die Beschäftigten im Arbeitsraum auf den Werkbänken schliefen oder auf Matratzen auf dem Fußboden übernachteten, wo sich viel Staub, z. B. bei den

---

<sup>660</sup> Raport Oznobišina, in: RGIA, f. 560, op. 8. d. 577: O merach ulučšenija, hier l. 12.

<sup>661</sup> Steinmetzunft - cech monumental'nych masterov.

<sup>662</sup> Raport Oznobišina, in: RGIA, f. 560, op. 8. d. 577: O merach ulučšenija, hier l. 17f.

Schreiner- und metallverarbeitenden Betrieben, angesammelt hatte. Es war für St. Petersburger Verhältnisse üblich, daß die Arbeitsräume auch als Wohnräume benutzt wurden.

Die schlechtesten Wohnungen waren bei folgenden Handwerkern vorgefunden worden:

1. Der Wagenbauer Ivan Forbelius hatte ein eigenes steinernes Haus. Die sieben Gesellen, drei Arbeiter und acht Lehrlinge wohnten im ersten Stockwerk in einem feuchten kleinen Zimmer gegenüber der Toilette, wodurch die Luft verpestet wurde.
2. Das Artel der Steinschleifer bei der Isaaks-Kathedrale mit 45 Arbeitnehmern bewohnte einen halbdunklen, äußerst feuchten und engen Keller in einem steinernen Haus, in dem die Schlafplätze auf Bänken untergebracht waren.
3. Beim Steinschleifer Ivan Vyračev, ein Staatsbauer aus dem Vologodsker Gouvernement, wohnten 23 Arbeitnehmer in zwei hellen, aber sehr kalten und nassen Zimmern im zweiten Stock eines steinernen Hauses und schliefen auf engen Schlafbänken.
4. Die vier Arbeitnehmer beim leibeigenen Stuckarbeiter Jakov Solov'ëv aus dem Jaroslavl'er Gouvernement wohnten in einem steinernen Haus im dritten Stock in einem großen, aber kalten und nassen Zimmer.<sup>663</sup>

Es wurde von der Kommission festgestellt, daß die Arbeiter in den Fabriken im allgemeinen besser gepflegt wurden als in den Handwerksbetrieben. Als besonders gut wurden in dieser Beziehung die Zuckerraffinerien von Stieglitz, Ponomarëv und Alferovskij bezeichnet. Die Handwerksmeister und Auftraggeber bei den Artels kümmerten sich in der Regel wenig um die Beschäftigten in ihren Betrieben, um ihre Ernährung und Verpflegung. Die Meister, besonders in den Webereien, zogen vom Lohn der Beschäftigten mehr ab, als beispielsweise für die Kost verbraucht wurde. Die Arbeitsbedingungen bei den Schmieden, Schlossern, Kupfergießern und allen nichtqualifizierten Arbeitern waren in der Regel unbefriedigend. In manchen Betrieben hatten die Beschäftigten in der Winterzeit weder warme Kleidung noch Schuhwerk.<sup>664</sup>

Überhaupt hatten alle nichtqualifizierten Arbeiter und in vielen Betrieben auch die Gesellen und Arbeiter (*masterovye*) schlechte Wohnverhältnisse<sup>665</sup>. Sie wohnten

---

<sup>663</sup> Ebd., I. 19ff.

<sup>664</sup> Osobyj žurnal komiteta ministrov ot 23 dekabnja 1841 goda o merach k otvraščeniju besporjadkov v soderžanii rabočich i remeslennikov v S. Peterburge, in: RGIA, f. 1263, op. 1, d. 1429, l. 556f.

<sup>665</sup> Vgl. O byte rabočich ljudej, S. 57f.; Die Wohnverhältnisse sahen in Westeuropa um diese Zeit ähnlich aus: „Ein großer Teil der städtischen Bevölkerung [lebte] in unzumutbaren Wohnungen. vielerorts entstanden Mietskasernen, die ebenso wie Kellerwohnungen viele Menschen auf engem Raum unter schlechten Licht- und Luftverhältnissen beherbergten.

unter großem Platzmangel, in schlecht durchlüfteten Kellern oder kalten und nassen Wohnungen. Die Weber schliefen auf den Webstühlen, die Bäcker auf den Arbeitstischen, die Tischler auf den Werkbänken. Die Wohnverhältnisse bei den reichen Zunftmeistern waren besonders schlecht. Die meisten der steinernen Häuser im dritten Admiralitätsviertel, in denen eine Vielzahl von Handwerkern wohnte, entsprachen nicht den elementaren Feuerschutzregeln. Sie hatten häufig hölzerne Treppen, und es bestand die Gefahr, daß im Fall eines Brandes und im Gedränge eine Vielzahl von Menschen umkommen konnte. In manchen Schreinereien wurden kleine eiserne Öfen installiert, die bei der großen Menge von Spänen eine Brandgefahr darstellten. Die meisten Schlosser- und Schmiedebetriebe der Stadt waren baufällig und stellten ebenfalls eine Brandgefahr dar<sup>666</sup>.

Die Arbeitsbedingungen waren in den Tabakfabriken, Weberwerkstätten und in den Handwerksbetrieben der Schneider, Schuhmacher und Frauenschuhmacher, in denen die meisten Lehrjungen beschäftigt waren, besonders schwierig. Die Beschäftigten in diesen Werkstätten hatten wegen einer ununterbrochen sitzenden Arbeitsweise in engen Räumen mit schlechter Luft und eines langen, 12-14stündigen Arbeitstages meistens ein ungesundes und bleiches Gesicht. Außerdem arbeiteten die Schneider, Schuhmacher und andere Handwerker oft nachts. Die Arbeit für die Steinschleifer am Bau der Isaaks-Kathedrale beim Auftragnehmer (*podrjadčik*) Jakovlev erwies sich als besonders schwer. Der Arbeitstag betrug hier im Winter bis zu 17 Stunden<sup>667</sup>. Der Ministerialrat verwies diesbezüglich auf die Vorschläge von Oznobišin, die unten aufgeführt werden<sup>668</sup>. Nach dieser Untersuchung kam Oznobišin zu der Überzeugung, daß die Wohn- und Arbeitsverhältnisse der Handwerker sich verbessern ließen, wenn eine Institution sich darum kümmern würde. Deshalb initiierte er das Projekt des „Fürsorgekomitees für die Arbeiter und Handwerker in St. Petersburg“ (*Popečitel'nyj komitet o rabočich i remeslennikach v S. Peterburge*). Der Präsident des Komitees sollte der St. Petersburger Militär-Generalgouverneur sein. Des weiteren sollte es aus je einem Mitglied des Finanzministeriums, des Ministeriums für die Staatsgüter (*ministerstvo gosudarstvennych imuščestv*), des

---

Wegen steigender Mieten waren viele Familien gezwungen, ihrerseits an sogenannte ‚Schlafgänger‘ unterzuvermieten [...]. Die Wohnverhältnisse waren dadurch häufig, vor allem in hygienischer Hinsicht, katastrophal, so daß Krankheits- und Sterblichkeitsraten in städtischen Elendsvierteln weit über dem Durchschnitt lagen“, in: Hans Pohl, Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Grundzüge der Epoche 1870-1914: Einführung in die Problematik, in: Ders. (Hrsg.), Sozialgeschichtliche Probleme in der Zeit der Hochindustrialisierung (1870 - 1914), hier S. 14 - 55, hier S. 37f.

<sup>666</sup> Osobyj zurnal komiteta, in: RGIA, f. 1263, op. 1, d. 1429, l. 556f.

<sup>667</sup> Ebd., l. 560f.

<sup>668</sup> Ebd., l. 563.

Gendarmeriekorps, des Adels, der Kaufmannschaft sowie einem Doktor der Medizin, einem Architekt, zwei Beamten für Sonderaufträge (*činovnik po osobym poručenijam*) und 13 Mitgliedern der Schlichtungsgerichte (*slovesnye sudy*) als Deputierte des Komitees bestehen<sup>669</sup>. Das Komitee sollte dem Innenministerium unterstellt sein und weitreichende Befugnisse haben; die Schlichtungsgerichte und die Handwerksverwaltung sollten dem Komitee monatliche Berichte über die Verhältnisse in den Handwerksbetrieben bezüglich der Arbeits- und Wohnverhältnisse der Beschäftigten erstatten.

Nachdem die Kommission ihre Arbeit beendet hatte, bestimmte der Ministerrat am 7. Januar 1842, daß sie weiter bestehen sollte, wodurch sich die Frage der Existenz des von Oznobišin vorgeschlagenen Komitees von selbst löste. Von nun an war es die Aufgabe der Kommission, die Arbeits- und Wohnverhältnisse in den Werkstätten zu kontrollieren. Sie sollte besonders darauf achten, daß:

1. die Arbeitgeber unverzüglich die festgestellten Mängel in den Arbeits- und Schlafräumen beseitigten,
2. in den Werkstätten der Weber, Konditoren, Kalatsch- und Lebkuchenbäcker entsprechende Schlafräume eingerichtet wurden und
3. die Vermieter Wohnungen, die sie an Arbeiter vermieteten, sauber und ordentlich hielten<sup>670</sup>.

Die Ergebnisse der Tätigkeit der Kommission hatten in Anbetracht der Komplexität des Problems eine sekundäre Rolle für die realen Arbeitsverhältnisse. Wesentliche Verbesserungen der Arbeits- und Wohnverhältnisse im Handwerk ließen sich nicht durch reine Kontroll- bzw. Zwangsmaßnahmen seitens der Regierung erzielen. Das war eher ein vielschichtiges wirtschaftliches und soziales Problem, dessen Lösung allmählich durch eine allgemeine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen und der Erhöhung des allgemeinen Ausbildungsgrades der Handwerker erreicht werden konnte. Eine Kommission, die sich mit den gleichen Aufgaben auseinandersetzte, wurde nochmals 1847 eiberufen und untersuchte im Laufe ihrer Tätigkeit 500 Betriebe<sup>671</sup>. Mit der Tätigkeit der Regierungskommissionen von 1840 und 1847 nahm eine ganze Reihe von Untersuchungen über die Lage der unteren Schichten der Stadtbevölkerung ihren Lauf. Die Untersuchungen des Statistikers K. S. Veselovskij, die er 1843-1844 in St. Petersburg durchführte, ergänzen die Berichte von Oznobišin und schildern unter anderem die Wohnverhältnisse der unteren Schichten der Bevölkerung:

---

<sup>669</sup> Proekt učreždenija Popečitel'nogo komiteta o rabočich i remeslennikach v S. Peterburge ot 28.04.1842, in: RGIA, f. 560, op. 8. d. 577: O merach ulučšenija, l. 58-107, hier l. 60f.

<sup>670</sup> O byte rabočich ljudej v S. Peterburge i o sredstvach k ulučšeniju ich položenija, Berlin 1863, S. VI.

<sup>671</sup> Ebd., S. VIII.

„Es ist bemerkt worden, daß die Enge des Wohnraums und seine Überfüllung durch die Bewohner sowohl für die Gesundheit als auch für die Moral schädlich ist. Stellen wir uns einen Raum von einigen Quadratmetern vor, der Werkstatt, Küche, Schlafraum und Wäscherei in einem ist. Wie viele Miasmen schweben hier in der Luft. Noch schlimmer ist es, wenn jemand stirbt. In diesem Fall bleibt die Leiche drei Tage im Zimmer liegen, in dem die Arbeiter essen und schlafen“<sup>672</sup>.

Besonders hoch war die Sterberate unter der zugewanderten Bevölkerung, die meistens in großer Enge in feuchten Kellerräumen wohnte, in denen stickige Luft und gesundheitsschädliche Verhältnisse die Verbreitung von Krankheiten förderten<sup>673</sup>.

1843 gab es in St. Petersburg auf 320.000 Einwohner 46.215 Wohnungen, oder sieben Untermieter pro Wohnung, von denen jeder im Durchschnitt 31 Rubel jährlich zahlte. Folglich kostete eine Wohnung im Durchschnitt 217 Rubel im Jahr<sup>674</sup>. Diese Wohnungen kann man je nach der Miethöhe in vier große Gruppen unterteilen:

Tabelle 12: Anzahl der Wohnungen und Höhe der Miete

Miete in Rubel	Wohnungsanzahl	in Prozent
unter 30 Rubel im Jahr	1979	4,28
zwischen 30 und 150	25294	54,73
zwischen 150 und 1000	17654	38,11
zwischen 1000 und 30000	1288	2,79
<b>Summe</b>	<b>46215</b>	<b>100</b>

Quelle: K. S. Veselovskij, Statističeskie issledovanija o nedvižimych imuščestvach v Peterburge, in: Otečestvennye zapiski, tom 57, Nr. 3-4, čast' 2 (1848), S. 15.

<sup>672</sup> Opisanie issledovanija K. S. Veselovskogo „Statističeskie issledovanija o nedvižimych imuščestvach v S. Peterburge v 1843-1844 godach, in: Otečestvennye zapiski, t. 56 (1848), S. 72-85, hier S. 84. Nach dem russisch-orthodoxen Glauben sollte die Leiche drei Tage nicht bestattet werden.

<sup>673</sup> G. I. Archangel'skij, Žizn' v Peterburge po statističeskim dannym, in: Archiv sudebnoj mediciny i obščestvennoj gigieny, kn. 2 (Juni), č. 3 (1869), S. 42.

<sup>674</sup> Veselovskij, Statističeskie, S. 72.

Nicht weniger als zehn Silberrubel kostete ein Winkel in einer Wohnung. In den Wohnungen der zweiten Kategorie, die nicht besonders komfortabel waren, lag die Miete zwischen 30 und 150 Rubel. Dort wohnten überwiegend arme Handwerker, Kleinbürger und niedrigbezahlte Angestellte. Die wohlhabenden Handwerker mieteten die Wohnungen der dritten Gruppe für 150 bis 1.000 Rubel pro Jahr<sup>675</sup>. Eine Vielzahl der Wohnungen der beiden niederen Preisklassen lag in den billigen Mietshäusern um den Heumarktplatz (*Sennaja ploščad'*) und wurde von Bauern und Handwerkern bewohnt. Dieses Stadtviertel wurde oft in den Werken von F. M. Dostoevskij als ein Beispiel des sozialen Elends angeführt. Ein typisches Haus dieser Art, das in der Bevölkerung die „Republik“ (*respublika*) genannt wurde, befand sich in der Nähe des Heumarktplatzes. Es war ein dreistöckiges Haus mit 46 Fenstern auf jedem Stockwerk und 60 Wohnungen. Wenn eine durchschnittliche Bewohnerzahl von sieben Personen pro Wohnung angenommen wird, so betrüge die Anzahl aller Bewohner des Hauses 420 Personen. Tatsächlich wohnten hier zwischen 800 und 1.000, im Sommer bis zu 1.700 Personen oder etwa 28 in einer Wohnung<sup>676</sup>.

Eine untersuchte Wohnung dieses Hauses bestand aus einem Flur und einem geräumigen Zimmer mit einem großen russischen Ofen in der Ecke, der etwa ein Viertel des Raumes einnahm. In der Mitte des Zimmers stand eine aus Holzbrettern zusammengefügte Schlafstätte. Unter der Decke trocknete die Wäsche. Im Zimmer wohnten die Wirtin, die diese Wohnung für 45,5 Papierrubel im Monat mietete, und ihre Untermieter. Unter ihnen waren zwölf Sägearbeiter, vier Maurer, fünf Zimmerleute mit ihren Frauen und Kindern oder 40 Personen insgesamt. Sie alle schliefen ohne Bettwäsche in einer Reihe nebeneinander. Die Miete betrug im Durchschnitt 50 Silberkopeken oder rund 1,75 Papierrubel pro Person im Monat. Die Untermieter teilten sich in verschiedene Gruppen, so daß eine Wohnung in der Regel nur von den Mauren, die andere nur von den Zimmerleuten bewohnt wurde<sup>677</sup>.

In diesem Haus befand sich im Keller eine Bäckerei, die „*kuren*“ genannt wurde. Diese Art von Bäckereien produzierte verschiedene Brotsorten und Gebäck, z. B. Weißbrot, Roggenbrot, Piroggen und anderes für den Verkauf auf den Marktplätzen der Stadt. Es war ein großes verräuchertes Zimmer, das zum größten Teil von einem massiven Ofen besetzt wurde. Ringsherum standen Arbeitstische, an den Wänden die Regale mit der fertigen Ware und in den dunklen Ecken die Bretter, auf denen die Arbeiter schliefen. Der Zustand des Bodens und der Wände zeigte, daß der Boden niemals gewaschen und die Wände niemals gestrichen wurden. Es war kein Handwerksbetrieb im strengen Sinne des Wortes. Der

---

<sup>675</sup> Ebd., S. 15f.

<sup>676</sup> Ebd.

<sup>677</sup> Ebd., S. 18ff.

Betriebsinhaber war eine Art Unternehmer, der den Raum mietete und die Arbeiter einstellte. Er selbst nahm an der Arbeit der Bäckerei nicht teil und wohnte anderswo. Hier wohnten und arbeiteten 26 Handwerksarbeiter, wobei sechs von ihnen im Flur übernachteten, in dem in einer Nische eine Art Schrank eingebaut war, der durch Bretter in sechs Abteilungen geteilt wurde. Er war so eng gebaut, daß man nur einzeln hinein- und hinaus kriechen konnte. Außer den Arbeitern wohnten hier die Austräger, die die Ware auf den Marktplätzen verkauften<sup>678</sup>.

In den Berichten der Regierungskommission von 1847 wurden ähnliche Verhältnisse festgestellt. Nach Meinung der Kommissionsmitglieder sollten die Bäckereien ohne Rauchfang (*pekarnye kureni*), in denen die „schlimmste Unsauberkeit“ (*gospodstvuet veličajšaja nečistota*) herrschte, besonders auf die Arbeitshygiene achten. Die Arbeitgeber sollten in den Arbeitsräumen nach Bedarf wenigstens die Wände weißen, den Fußboden öfter waschen und den Arbeitern nicht erlauben, auf den Arbeitstischen zu schlafen, sondern dafür vorgesehene Schlafräume einrichten. Laut Empfehlung der Kommission sollten die Lehrlinge wenigstens zweimal im Monat ein Dampfbad nehmen und täglich Gesicht und Hände waschen. Die ärztliche Versorgung ließ zu übrig wünschen. Es gab Fälle, in denen Arbeiter tot auf der Straße aufgefunden wurden, wobei in ihren Taschen die Verweiszettel von drei oder mehr Heilanstalten entdeckt wurden<sup>679</sup>.

Über die Übernachtungshäuser wurde im Kommissionsbericht von 1847 immer noch in Form einer Möglichkeit gesprochen. Diesbezüglich wurde im Kommissionsbericht ein Asyl für Dienstmägde (*prijut dlja služanok*) in der Bol'shaja Meščanskaja Strasse als ein Beispiel zur Nachahmung empfohlen, das schon 1839 von Privatpersonen gegründet worden war<sup>680</sup>. Es war für diese aber zumeist unmöglich, den finanziellen Aufwand, der für die Einrichtung eines Übernachtungshauses nötig war, ohne Unterstützung der Regierung zu leisten, wodurch die Projekte meistens nur auf dem Papier existierten. Für die Regierung galt es, wenigstens die gravierendsten Mängel der Arbeits- und Wohnverhältnisse zu beseitigen. In Paragraph fünf z. B. empfahl diese Kommission, zu verbieten, die Arbeiter auf den Fußböden schlafen zu lassen<sup>681</sup>.

Ungeachtet vieler Regierungskommissionen fand keine wesentliche Veränderung in den Arbeits- und Wohnverhältnissen statt. Mehr noch, die privaten Projekte zu deren Verbesserung fanden von Regierungsseite wenig Unterstützung. Schon im Juli 1843 reichte eine unbekannte Person ein Projekt über die Einrichtung spezieller Häuser für die überwiegend saisonale Bevölkerung in den verschiedenen

---

<sup>678</sup> Ebd., S. 21.

<sup>679</sup> Ebd., S. 28, 30f.

<sup>680</sup> Ebd., S. 25.

<sup>681</sup> Ebd., S. 27.

Stadtteilen an das Innenministerium ein. 1847 schlugen der Staatsrat Arngold und sein Geschäftspartner Bulyčev dem Innenministerium ein ähnliches Projekt vor. Im gleichen Jahr bekam dasselbe Ministerium ein Projekt von einem Ausländer namens Klement Rej vorgelegt, der die Einrichtung von Häusern für die Bevölkerung der unteren sozialen Schichten vorschlug, in denen die Arbeiter und Handwerker kostenlos oder für eine minimale Zahlung eine oder mehrere kostenlose bzw. billige Übernachtungen in Anspruch nehmen konnten. Das Innenministerium gab sein Einverständnis diesen Projekten, leistete jedoch keinen finanziellen Beistand, was in Anbetracht der vielen Kommissionen und Vorschläge nicht schlüssig erscheint und auf die stark ausgeprägte formale Handlungsweise der Vertreter des Innenministeriums hinweist<sup>682</sup>.

Ähnliche Zustände deckten Publizisten und Fachleute auf. Seit dem Ende der 50er Jahre läßt sich ein immer größeres Interesse der Presse und der Öffentlichkeit an der sozialen Lage der unteren Schichten der Bevölkerung, Handwerker inbegriffen, feststellen. Die Aufsätze von N. Žennin im „Atenej“, V. Piskunov im „Sovremennik“ und von A. Zabelin im „Žurnal zemlevladel'cev“ von 1858 und 1859 wurden von den Berichten in der Presse über die Arbeit der Regierungskommission, die unter dem Vorsitz des Barons Stackelberg von 1859 bis 1863 bestand, ergänzt<sup>683</sup>. Ungeachtet der unterschiedlichen Betrachtungsweise, mit der die Autoren die Lösung des Problems angingen, ist ihren Darstellungen eines gemeinsam: Das Verständnis für die Unmöglichkeit des Weiterbestehens der vorhandenen Rahmenbedingungen, unter anderem im Bereich der Arbeitsbedingungen, des Arbeitsschutzes und der elementaren Forderungen der Hygiene im Handwerk.

Žennin wie auch sein Opponent Piskunov erkannten bedingungslos die schädliche Wirkung der Leibeigenschaft sowohl im wirtschaftlichen als auch im geistigen Sinne an. Allerdings wies Žennin darauf hin, daß die russische Gesellschaft trotzdem verpflichtet sei - solange die Leibeigenschaft nicht abgeschafft sei - zu handeln und zu versuchen, die Situation, wenn auch anfangs nur lokal, mit konkreten Maßnahmen zu verbessern. Er schlug schon jetzt vor, noch vor der Abschaffung der Leibeigenschaft, moderne und große Werkstätten einzurichten, in denen bis zu 200 Handwerker beschäftigt werden könnten. Sie sollten

---

<sup>682</sup> O byte rabočich ljudej, S. IX.

<sup>683</sup> A. Zabelin, Byt remeslennikov i masterovych s medikopolicejskoj točki zrenija, in: Žurnal zemlevladel'cev, Bd. 4, Nr. 16, S. 80-85 (1859); N. Žennin, Eščë neskol'ko slov o našich remeslennikach, in: Atenej, čast' 6 (November-Dezember 1858), S. 519-526; V. Piskunov, O nekotorych neblagoprijatnych obščestvennykh voprosach byta našego remeslennogo soslovija, in: Sovremennik, Bd. 72, Nr. 11 (November 1858), S. 120-127; derselbe, Eščë neskol'ko slov o našich remeslennikach, in: Sovremennik, Bd. 74, Nr. 3 (März 1859), S. 345-350.



entsprechend ihrer Leistung entlohnt und gepflegt werden. Bei den Werkstätten sollte sich eine Schule für die Lehrlinge befinden, in der sie eine Allgemeinbildung erhalten sollten. Diese Werkstätten sollten in einer „Aktiengesellschaft der Handwerksstätten“ (*Akcionernoe obščestvo remeslennych masterskich*) zusammengefaßt werden. Der Vorschlag, die Handwerksstätte unter dem Dach einer Aktiengesellschaft zu vereinigen, war nicht zufällig.

In dieser Zeit wurde eine Vielzahl von Aktiengesellschaften in Rußland gegründet, von denen viele bald wieder in Konkurs gingen. Zwischen 1856 und 1860 wurden in Rußland 101 neue Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 286,7 Mill. Silberrubel gegründet<sup>684</sup>. Allein im Jahre 1858 wurden 34 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 56 Mill. Silberrubel registriert<sup>685</sup>. Man sollte, so Žennin, nicht nur dem Bauern, sondern auch dem Handwerker seine menschliche Würde wiedergewinnen helfen. Er kritisierte die Meister, die dafür keinerlei Anstrengungen unternahmen. Die Lehrlinge und die Gesellen sollten vor der Willkür letzterer geschützt werden<sup>686</sup>.

Es bleibt unbekannt, ob dieses Projekt zustande kam. Auf jeden Fall war die von Žennin gewählte Richtung vielversprechend. Der Versuch von Piskunov, alle Schuld dem herrschenden System bzw. der Leibeigenschaft zu geben, in dem der Bauer faktisch und formal persönlich abhängig war, kann einer kritischen Betrachtung nicht standhalten: „Der Schaden ist allein der heutigen Sachlage zuzuschreiben“, schrieb er, „wenn dies (*die Abschaffung der Leibeigenschaft, A.K.*) geschieht, wenn unser Handwerker frei wird, dann wird sich nicht nur in unserem Handwerkerstand, sondern in den Handwerken selbst eine blitzartige Verbesserung vollziehen“<sup>687</sup>. Diese von Piskunov erhoffte „blitzartige Verbesserung“ ließ - wie bekannt - noch einige Jahrzehnte nach dem Befreiungsmanifest vom 19. Februar 1861 auf sich warten. Er unterschätzte die wichtige Rolle der *alltäglichen Arbeit* auf dem Weg der Verbesserung. Žennin behauptete dagegen, daß sich die Situation nicht schlagartig mit einem Befreiungsmanifest ändern würde:

„Nicht nur die Leibeigenschaft [*des Handwerkers, A.K.*] ist daran schuld, sondern auch das, was er während seiner Lehrlingszeit sah und erlebte: Die schlechte Behandlung, das schlechte Beispiel der Gesellen,

---

<sup>684</sup> L. E. Šepelev, *Akcionernye kompanii v Rossii*, Leningrad 1973, S. 65f.

<sup>685</sup> N. Babst, *Mysli o sovremennych nuždach našego narodnogo chozjajstva*, Moskau 1860, S. 14.

<sup>686</sup> Žennin, *Eščë neskol'ko slov*, S. 521.

<sup>687</sup> Piskunov, *Eščë neskol'ko slov*, S. 126f.

die alltäglichen Beleidigungen und eine unendliche Reihe von Mißhandlungen und Prügel<sup>688</sup>.

Ungeachtet der unterschiedlichen Meinungen der Autoren zur Frage der Abschaffung der Leibeigenschaft, schilderten sie in ihrer Polemik das Leben der Handwerker der Stadt. Piskunov stimmte Žennin zu, daß die Lebens- und Arbeitsumstände, besonders der Lehrlinge<sup>689</sup>, schrecklich seien und zitierte ihn selbst:

„Der Junge - etwa zehn Jahre alt - kommt aus dem Dorf, wo das Leben nicht gerade schöner ist, aber wo er wenigstens frische Luft einatmen kann, in eine schmutzige Werkstatt mit stickiger Luft und feuchten Wänden. Dort schläft er, wie es kommt, auf einem verschmutzten Boden, unter der Bank, und wird miserabel ernährt. Nach draußen wird er halbnackt in einem dünnen Arbeitskittel geschickt. Neben dem Prügeln vom Meister wird er von dessen Frau, von der Köchin, von den anderen Hausbewohnern und schließlich von den Gesellen mißhandelt und schikaniert. Im anderen Fall, wenn die Gesellen den Lehrling gut behandeln, werden sie vom Meister aufgefordert, den Lehrling zu schlagen, weil der ,seine Lehre bekommen muß“<sup>690</sup>.

Noch schlimmer zeichnete Piskunov die Lage der jungen Mädchen, die in die Lehre geschickt wurden: „Die Meisterinnen und die Inhaberinnen der Weißnähwerkstätten und Modegeschäfte gehen noch schlechter, noch brutaler mit den jungen Mädchen um“<sup>691</sup>. Die Tatsache, daß die meisten Prostituierten in St. Petersburg aus der Berufsschicht der Näherinnen und Schneiderinnen kamen, war nur allzu gut bekannt<sup>692</sup>.

---

<sup>688</sup> Žennin, Eščë neskol'ko slov, S. 524.

<sup>689</sup> Über die Kinderarbeit in Westeuropa s.: Lotte Adolfs, Erziehung und Bildung im 19. Jahrhundert. Duisburg 1979; Nils Hansen, Fabrikinder: zur Kinderarbeit in schleswig-holsteinischen Fabriken im 19. Jahrhundert. Neumünster 1987 (Studien zur Volkskunde und Kulturgeschichte Schleswig-Holsteins, hrsg. v. Seminar für Volkskunde d. Christian-Albrechts-Universität Kiel; 19); Siegfried Quandt, Kinderarbeit und Kinderschutz in Deutschland 1783-1976: Quellen und Anmerkungen. Paderborn 1978; Clark Nardinelli, Child labor and the industrial revolution, Bloomington 1990; Lees Weissbach, Child labor reform in nineteenth-century France: assuring the future harvest, Baton Rouge: Louisiana State University 1989.

<sup>690</sup> Piskunov, O nekotorych neblagoprijatnych, S. 121.

<sup>691</sup> Ebd., S. 124.

<sup>692</sup> Vgl. V. O. Iordan, Učeniki-remeslenniki, in: Russkaja mysl', kniga 4 (1894), S. 1-23, hier S. 7f.

Die Leibeigenschaft als Hauptursache der Mißstände in der Handwerkerschaft stufte Piskunov wie auch die meisten seiner Zeitgenossen richtig ein<sup>693</sup>. Es war klar, daß die persönliche Unabhängigkeit eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung war. Es gab leibeigene Handwerker, die einen hohen Wohlstand erreichten und eine völlig bürgerliche Lebensweise in St. Petersburg führten, aber weiterhin leibeigen blieben. In vielen Fällen erlaubten die Gutsherren ihren ehemaligen Bauern nicht, sich freizukaufen. Piskunov erwähnte einen berühmten Schneider in St. Petersburg, der seine Lehre bei einem Franzosen gemacht hatte, dann nach Paris gegangen war, um dort seine berufliche Qualifikation zu erhöhen, nach St. Petersburg zurückgekehrt war und dort ein Atelier eröffnet hatte. Er war erfolgreich und wollte sich freikaufen. Sein Herr aber schlug sein Angebot von zunächst 5.000, später 10.000 Papierrubel ab und verlangte von ihm 100.000 Papierrubel. Wenn diesem Schneidermeister nicht mächtige Freunde zu Hilfe geeilt wären, hätte er in diesem Streitfall keine Chance gehabt. Sie vermittelten zwischen ihm und seinem Herrn, wodurch der Meister „nur“ rund 45.000 Papierrubel für seine Freiheit zahlen mußte<sup>694</sup>.

Die Mißstände, die im Handwerk zu beseitigen waren, sind auch im Aufsatz von A. Zabelin zu finden. Der Tenor, in dem er und frühere Autoren dieses Thema im Jahre 1858 bzw. 1859 behandelten, wich wesentlich von der Berichterstattung des Regierungsangestellten Oznobišin im Jahre 1841 ab. Zabelin wies ohne jede Zurückhaltung auf die negativen Tatbestände im Handwerk hin:

„Leider sind die Folgen der Leibeigenschaft überall zu spüren. Sie ist ein Teil unserer Sitten geworden. Der Steuerpächter, der einfache Industrielle, der Handwerksmeister und des weiteren - sie nutzen, gleich einem Grundherrn, einen anderen Menschen, wenn nicht nach dem Recht, dann doch nach der Gewohnheit völlig aus. [...] Mehrmals habe ich beobachtet, daß die Meister ihre Arbeiter nicht als ihresgleichen, sondern nur als eine Arbeitskraft betrachten. Diese Verhaltensweise

---

<sup>693</sup> Zur Leibeigenschaft s.: Johannes Engelmann, Die Leibeigenschaft in Rußland: eine rechtshistorische Studie. Aalen 1965; Andreas Grenzer, Adel und Landesbesitz im ausgehenden Zarenreich: der russische Landadel zwischen Selbstbehauptung und Anpassung nach Aufhebung der Leibeigenschaft. Stuttgart 1995; P.G. Ryndzjanskij, Krest'jane i gorod doreformennoj Rossii. In: VI 1955 Nr. 9, S. 26-40; Christoph Schmidt, Leibeigenschaft im Ostseeraum: Versuch einer Typologie. Köln, Weimar, Wien 1997, S. 63-71; ders., Sozialkontrolle in Moskau: Justiz, Kriminalität und Leibeigenschaft; 1649-1785. Stuttgart 1996; V. I. Semevskij, Krest'jane v carstvovanie imperatricy Ekateriny II. 2. verb. u. erg. Aufl., Bd. 1-2, St. Petersburg 1901-1903; ders., Krest'janskij vopros v Rossii v XVIII i pervoj polovine XIX veka. Bd. 1-2. St. Petersburg 1888; Gabriele Witter, Patriarchale Herrschaftsmuster von der Leibeigenschaft bis zur Demokratie. Frankfurt/Main 1990 (Europäische Hochschulschriften: Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften; Bd. 439).

<sup>694</sup> Piskunov, Eščë neskol'ko slov, S. 347.

rührt von der Ignoranz und Grobheit der Meister her. Sie orientieren sich an Werten, die sie sich noch als Lehrlinge angeeignet haben und erinnern sich sehr gut daran, daß sie auf die gleiche Weise behandelt wurden“<sup>695</sup>.

Einen Hauptunterschied zwischen reich und arm bestand in den unteren Schichten der Bevölkerung in der Ernährung. Ein wohlhabender Meister konnte sich in der Regel gut und ausreichend ernähren. Die Beschäftigten, besonders Minderjährige, wurden dagegen in der Regel schlecht und dürrig verköstigt. In manchen Werkstätten wurde die Mahlzeit stehend eingenommen, um Zeit zu sparen. Die Unterwäsche wechselte ein Meister im Durchschnitt wöchentlich und ein Arbeiter hingegen alle zwei Wochen. Das war bei der körperlichen Arbeit völlig unzureichend, da die Unterwäsche während des Arbeitsprozesses stark verunreinigt wurde. Die Oberbekleidung eines Arbeiters bestand in der Regel nur aus einem Arbeitskittel. Neues Schuhwerk gab es kaum. Der Meister arbeitete vielfach in einem separaten Zimmer, dessen Fenster zur Straßenseite lagen, wodurch er mehr Licht hatte. Die Arbeiter befanden sich dagegen meistens in einem Zimmer auf der Innenhofseite, wo die Latrine die Luft verpestete. „Die Toiletten werden für sie (die Arbeiter, A. K.) schlechter als ein Viehstall eingerichtet“<sup>696</sup>.

Die Vielzahl der Kommissionen für Arbeiterschutzfragen bewirkte, daß auch in den hauptstädtischen Periodika und in der Öffentlichkeit die Diskussion über das Leben der mittleren und unteren Schichten der hauptstädtischen Bevölkerung entfachte<sup>697</sup>. Es war an der Zeit, Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und

---

<sup>695</sup> Zabelin, Byt, S. 81.

<sup>696</sup> „Otchožie mesta dlja nich (*rabočich*, A.K.) deržatsja chuže stojl dlja skota“, Zabelin, Byt, S. 83.

<sup>697</sup> Die öffentliche Diskussion führte zur Gründung am 3. Oktober 1858 der „Aktiengesellschaft für die Zurverfügungstellung der wohleingerichteten Wohnungen für die Arbeiterklasse“ (*Obščestvo na akcijach dlja ustrojstva v S. Peterburge uluščennyh pomeščenij dlja rabočego klassa i voobščee ljudej nedostatočnogo sostojanija*), wobei die Initiatoren der Gesellschaft auf die Ergebnisse der Regierungskommissionen von 1840/41 und 1847 Bezug nahmen. Die Mitglieder der Gesellschaft waren hoch angesehene Vertreter der Adels-, Regierungs-, Industriellen- und Finanzkreise Rußlands. Zu ihnen zählte die Witwe des Obersten A. K. Karamzin, Hofmeister Senator Chruščëv, der St. Petersburger Adelsmarschall Graf Šuvalov, das Ratsmitglied der Eisenbahngesellschaft Rußlands, Abaza, Flügeladjutant Graf Bobrinskij, Hofbankier Baron Stieglitz und Ingenieur Palibin. Es gibt keine ausführlichen Informationen über die Tätigkeit der Gesellschaft. Angesichts der prominenten Mitglieder könnte der Eindruck entstehen, daß die Erfolgsaussichten dieser Gesellschaft groß gewesen wären, was nicht der Fall war, im Gegenteil: das fürsorgliche Leitmotiv, das im Namen der Gesellschaft abzulesen ist, hatte wenig mit der Wirtschaftlichkeit zu tun. Das baldige Ende dieser Gesellschaft wurde schon im Namen einprogrammiert.

Arbeitsverhältnisse von Handwerkern und Arbeitern zu ergreifen. In welcher Form dies geschehen sollte, wußte keiner<sup>698</sup>.

Besonders intensiv wurde die Lage der Kinder im Handwerk und in der Industrie diskutiert, was zum Teil aus den früheren Erörterungen zu ersehen ist. Ein aktiver Verfechter des Gesetzes, das die Kinderarbeit regeln sollte, war der Ingenieur, Fabrikinspektor und ein aktives Mitglied der Kaiserlichen russischen technischen Gesellschaft Evgenij Nikolaevič Andreev<sup>699</sup>. Dank der Initiative Andreevs wurde unter seiner Leitung eine Kommission beim Volksbildungsministerium gebildet, die unter der Beteiligung von Professor Janson sowie Ärzten und Industriellen 1874 einen Gesetzesentwurf über die Kinderarbeit ausarbeitete, dessen zwei Varianten an Innenminister Valuev weitergeleitet wurden. Die Kommission richtete ihre Aufmerksamkeit ausschließlich auf Fabriken oder größere Betriebe, da Andreev und die Mitglieder der Kommission der Meinung waren, daß das Problem der Ausbildung im Handwerk nicht so aktuell wie in den Fabriken war. Nach den Berechnungen der Kommission war die Kinderarbeit in St. Petersburg besonders in der Textilindustrie verbreitet, deren Betriebe zur manufakturrellen Herstellungsweise neigten und sich monotoner und einfacher Operationen bedienten. 1883 waren in der Flachsverarbeitung 28,5% und in der Baumwollherstellung 22,5% Kinder beschäftigt. Der Anteil der Kinder in den Hutfabriken erreichte 40%, in den Glasereien 34%, bei den Waffenschmieden 33%, bei den Wagenbauern 22%, in den Töpferbetrieben 16%, in der Streichhölzerherstellung 15% und in der Wollverarbeitung 14%<sup>700</sup>. Das Gesetz vom 1. Juni 1882 über die Beschränkung der Kinderarbeit genügte offenbar nicht, um sie in den Handwerks- und Industriebetrieben sichtbar einzuschränken<sup>701</sup>.

1891 schilderte der Jurist Dmitrij Dril' in einem Aufsatz etwa die gleichen Wohnverhältnisse unter den Handwerkern wie vor vierzig Jahren. Die Hausvermieter, die den größtmöglichen Gewinn aus ihren Immobilien ziehen wollten, vermieteten ihre Häuser größtenteils an kleine Handwerker. So zahlte ein

---

<sup>698</sup> O byte rabočič ljudej, S. 53; Im Verhältnis zu Westeuropa war Rußland im Rückstand. In England war besonders viel für die Arbeiter getan worden. Dort belief sich die Anzahl solcher Gesellschaften um die Zeit auf rund 12.000, aus: ŽMVD, čast' 24 (Mai-Juni 1857), hier otdel V, S. 19-28.

<sup>699</sup> E. N. Andreev (1829-1889) war ein aktiver Verfechter der Entwicklung der technischen und Berufsausbildung.

<sup>700</sup> E. N. Andreev, O rabote i obučenii maloletnich rabočič, in: Trudy obščestva dlja sodejstvija russkoj promyšlennosti i torgovle, čast' 13. St. Petersburg 1883, S. 47-68, hier S. 50f.; ders., Rabota maloletnich v Rossii i v Zapadnoj Evrope, St. Petersburg 1884. Zur Kinderarbeit in Deutschland siehe Hansen, N., Zur Kinderarbeit in schleswig-holsteinischen Fabriken im 19. Jahrhundert, Neumünster 1987; K. Ludwig, Die Fabrikarbeit von Kindern im 19. Jahrhundert, ein Problem der Technikgeschichte, in: VSWG 52 (1965), S. 63-85.

<sup>701</sup> Vgl. v. Puttkamer, Anfänge, S. 88, 90.

Schneider für eine 25 Quadratmeter große Wohnung 10 Rubel im Monat oder 120 Rubel im Jahr. Ein Schuhmacher mietete für 18 Rubel im Monat oder 216 Rubel im Jahr zwei kleine und unsaubere Zimmer, was sehr teuer war. Um Kosten zu sparen, mieteten die Handwerker kleine Wohnungen, in denen sie mit ihren Familien, Gesellen und Lehrlingen arbeiteten und wohnten, wodurch sich die sanitären Bedingungen wesentlich verschlechterten<sup>702</sup>.

Die schweren Lebens- und Arbeitsverhältnisse im Handwerk schlugen sich negativ auf die Lebenserwartungen der Handwerker nieder. Die Statistiken, die 1911 von dem St. Petersburger Arzt M. M. Magulo erstellt wurden, können als Beleg dafür gelten. Sie zeigten, daß die durchschnittliche Lebenserwartung eines Kirchendieners 60 Jahre, eines Angestellten 53, eines Schneiders 38 und eines Schuhmachers 37 Jahre betrug. Die Schwindsucht war die Berufskrankheit der Schneider und Schuhmacher, unter denen auf 1000 Verstorbene jeweils 560 bzw. 490 von dieser Krankheit Betroffene entfielen<sup>703</sup>.

Mit der kurzen Lebenserwartung der Handwerker hing auch der starke Alkoholkonsum zusammen, der unter den Handwerkern das Ausmaß einer Seuche annahm<sup>704</sup>. Dies bestätigt die Untersuchung des St. Petersburger Arztes N. I. Grigor'ev, die er zwischen 1886 und 1897 durchführte. Die Ergebnisse waren niederschmetternd. Drei Fünftel aller Alkoholkranken, die in den sechs St. Petersburger Heilanstalten eine Kur erhielten, waren Handwerker. Es gab Handwerker, die im Jahr 23-24 und gar 42 mal polizeilich in diese Anstalten eingeliefert wurden. Nach Umfragen unter 470 Handwerkern konsumierten 130 von ihnen tagsüber Alkohol. Unter ihnen gab es fast nur Gesellen, kaum Meister. Ihnen folgten 120 Handwerker, die obligatorisch an den Feiertagen betrunken waren. 104 Handwerker nahmen regelmäßig Alkohol über längere Wochen zu sich, ein Verhalten, das im Russischen „zapoj“ genannt wird und der periodischen Trunksucht entspricht, und mindestens einmal im Jahr wurden sie davon „krank“. 116 Handwerker konsumierten „nur“ gelegentlich Alkohol<sup>705</sup>.

Aus dieser Zeit stammt auch eine umfangreiche Untersuchung der sanitären Zustände, unter denen die Handwerker in St. Petersburg leben mußten, die unter der Leitung des Hauptarztes der hauptstädtischen Medizinpolizei, I. Eremeev,

---

<sup>702</sup> Dril', Položenie, S. 43.

<sup>703</sup> Protokoly zasedanij sekcii po remeslennomu učeničestvu, in: Trudy vtorogo Vserossijskogo s-ezda, S. 152f.

<sup>704</sup> Vgl. Zelnik, Labor, S. 247-251.

<sup>705</sup> G. I. Dembo, P'janstvo sredi maloletnich remeslennikov, in: Trudy Vserossijskogo s-ezda po remeslennoj promyšlennosti v S. Peterburge 1900 g., tom 3, St. Petersburg 1901, S. 260-276; Vgl. Po predloženiju juvelira Gronmejera, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 135, l. 4; Jadrov, Golos, S. 6; Dril', Položenie, S. 45.

durchgeführt wurde<sup>706</sup>. Die Ergebnisse der Untersuchung waren wenig tröstlich und erinnerten sehr an die Zustände, die in den 40er Jahren festgehalten worden waren.

### 7.3 Die soziale Versorgung der Handwerker

Die Reorganisation der Handwerksverwaltung im Rahmen der neuen Stadtordnung von St. Petersburg im Jahre 1846 fand ihren Niederschlag in der Aktivität der Handwerker in Fragen des Aufbaus einer sozialen Infrastruktur: Altersvorsorge, Unterstützungs- und Sterbekassen. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte die russische Handwerksverwaltung immer mehr Engagement in der sozialen Unterstützung der Armen und der Altersversorgung der alten Zunfthandwerker. Allerdings hatten diese Maßnahmen rein ständischen Charakter und betrafen nur die ständigen Zunfthandwerker.

Schon 1846 schlug die aus einigen Deputierten der Handwerksabteilung der Allgemeinen Stadtduma bestehende Kommission zur Ermittlung der Bedürfnisse der Handwerker vor, ein Altersheim für Handwerker zu eröffnen und am 16. Dezember 1847 beschloß die Duma, in St. Petersburg ein „Altersheim für die armen, hochbetagten und durch einen Arbeitsunfall behinderten Handwerker des Standes der ständigen Zunfthandwerker beiderlei Geschlechts“ (*Prijut dlja bednych, prestarelych i uvečnych remeslennikov*) zu gründen. Um dieses Unternehmen zu finanzieren, initiierte die Handwerksverwaltung eine Sammlung unter den Handwerkern und auch Mieteinnahmen in Höhe von rund 1.076 Silberrubel, die durch die Mietshäuser der Handwerksverwaltung erwirtschaftet wurden, flossen in das Projekt. Aus Schenkungen und mit einem Zuschuß der Handwerkskasse konnte schon 1848 ein steinernes Haus für 21.000 Silberrubel gekauft werden<sup>707</sup>.

Am 9. Mai 1850 erfolgte die Eröffnung des Altersheimes, das sich im Moskauer Stadtviertel auf der Černigovskaja 1/188, später Nr. 158, befand. Für den Anfang sollte die Anzahl der Pflegebedürftigen auf 25 begrenzt werden. Kurz darauf wurde ihre Zahl auf 35 erhöht. 1854 waren es schon 41 Personen männlichen und 42 weiblichen Geschlechts im Alter zwischen 35 und 75 Jahren. Der Tagesbedarf

---

<sup>706</sup> I. Eremeev, Gorod S.-Peterburg s točki zrenija medicinskoj policii, red. v. Hauptarzt I. Eremeev. St. Petersburg 1897.

<sup>707</sup> Otčet S. Peterburgskoj remeslennoj upravy za 1854 god, sostavlennyj stolonačal'nikom 2. gorodskogo otdelenija chozjajstvennogo departamenta tituljarnym sovetnikom Mann, in: ŽMVD, čast' 14 (Oktober 1855), S. 7.

pro Person betrug neun Kopeken oder 2,7 Silberrubel monatlich. Die Räumlichkeiten des Altersheims sollten zuerst aus einer Fünfstückwohnung bestehen, in der die Pensionäre untergebracht wurden, wobei die Zimmeranzahl in der nächsten Zeit je nach Bedarf erweitert wurde.

Ungeachtet einer Steigerung der obengenannten Mieteinnahmen, die für die Verpflegung der Pensionierten verwendet wurden, von 140 auf etwa 1.076 Silberrubeln, reichte das Geld nicht aus<sup>708</sup>. Eine andere Einnahmequelle waren Schenkungen, die sich allerdings von 1860 bis 1869 um etwa zwei Drittel verringerten. Wenn es 1860 noch 1.886 Silberrubel gewesen waren, so blieben davon 1869 nur noch 688 Silberrubel. Dies führte die Handwerksverwaltung auf eine sich ständig verschlechternde wirtschaftliche Lage der Handwerker in den letzten Jahren zurück. Um die Existenz des Armenhauses zu sichern und Vermögen zu bilden, legte die Handwerksverwaltung Kapital bei der Bank an, das 1855 8.945 Silberrubel betrug<sup>709</sup>.

Die Handwerkskasse kam auf, wenn die Einnahmen für das Armenhaus nicht ausreichten. Die Ausgaben der Verwaltung für das Armenhaus stiegen in den zehn Jahren von 1860 bis 1869 von 1.290 Rubel auf 6.500 Rubel stetig an. Ungeachtet dessen hielt die Verwaltung daran fest, auf keinen Fall die Anzahl der Verpflegten zu vermindern:

„Bei einer ständig anwachsenden Verteuerung und einem Anstieg der Lebenskosten wird die Zahl der Pflegebedürftigen immer größer“<sup>710</sup>.

Um die Einnahmen der Verwaltung für das Armenhaus zu steigern, bestimmte die Deputiertenversammlung der Handwerksabteilung der Stadtduma am 7. Oktober 1871, eine zusätzliche Gebühr von 60 Kopeken einzuführen, die grundsätzlich alle Handwerker im Adresskontor entrichten sollten. Die Handwerker erhielten dort eine Aufenthaltsgenehmigung in der Hauptstadt (*bilety na žitel'stvo*). Ob diese Bestimmung der Stadtduma auch realisiert wurde, ist unbekannt<sup>711</sup>.

Die Absicht der Verwaltung, das Altersheim zu vergrößern, blieb nicht nur eine Option. In den sechs Jahrzehnten von 1850 bis 1910 gab es einen kontinuierlichen

---

<sup>708</sup> Proekt položenija o Dome prizrenija ubogich i prestarelych S. Peterburgskich remeslennikov, in: RGIA, f. 1287, op. 13, d. 594: Po otnošeniju S. Peterburgskogo voennogo general-gubernatora ob učreždenii v zdešnej stolice Doma prizrenija remeslennikov (29. Juni 1848-21. September 1850), hier l. 7f.

<sup>709</sup> Otčet S. Peterburgskoj remeslennoj upravy za 1854 god, in: ŽMVD, čast' 14 (Oktober 1855), S. 8.

<sup>710</sup> Prigovor sobranija vybornych S. Peterburgskogo remeslennogo soslovija ot 7.10.1871, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1425, l. 4.

<sup>711</sup> Ebd.



Zuwachs der pflegebedürftigen Personen sowohl männlichen als auch weiblichen Geschlechts von 25 auf 432<sup>712</sup>.

Für die Jahre 1880, 1881, 1887 und 1890 gibt es Angaben für die zeitweiligen Handwerker, die spärlich vertreten waren. In diesen Jahren waren es je 16, 12, 10 und 17 männlichen und je 22, 19, 25 und 16 weiblichen Geschlechts. In Anbetracht der Anzahl der zeitweiligen Handwerker, die die der ständigen weit übertraf, ist der Unmut der zeitweiligen Handwerker durchaus verständlich<sup>713</sup>. Die Zahlenangaben der verpflegten Personen männlichen Geschlechts für das Jahr 1884 entsprechen annähernd der Anzahl der Handwerker je nach den Handwerksarten in der Stadt. Es gab demzufolge unter den 137 männlichen Personen 32 Schneider, 21 Schuhmacher, 13 Schreiner, neun Bäcker und acht Schlosser und Schmiede<sup>714</sup>. Die medizinische Versorgung der Pflegebedürftigen übernahm für die erste Zeit unentgeltlich ein Vollassistent des St. Petersburger Armeespitals (*S. Peterburgskij voenno-suchoputnyj gospiťal'*) und des Krankenhauses für „Hochwohlgeborene“ (*Lečebnoe zavedenie dlja blagorodnyh lic*) der Arzt und Titularrat Gausman (*Hausmann*). Dafür bekam er seinen Dienst im Armenhaus als Staatsdienst anerkannt<sup>715</sup>.

#### 7.4 Die Unterstützungs- und andere Kassen der Handwerker

Auch in den deutschen Zünften hatte sich innerhalb der gemeinnützigen Gesellschaften einiges getan. Am 20. Oktober 1862 wurde das Statut des Armenhauses „Palme“, das für Gesellen offenstand, bestätigt. Die „Palme“ wuchs später, unter dem beachtlichen Einfluß der evangelisch-lutherischen St. Peterkirche, als wohltätige Gesellschaft weit über die Grenzen eines Armenhauses hinaus<sup>716</sup>. Dies schlug sich 1867 in den geänderten Paragraphen 4 und 6 des Statutes nieder, in denen die Anzahl der Pastoren im Vorstand der Gesellschaft von drei auf einen beschränkt wurde, wobei der Änderungsvorschlag dieser Paragraphen von den Pastoren Laaland, Hermann Dalton und Marius

---

<sup>712</sup> Oččety S. Peterburgskoj remeslennoj upravly za 1866 i 1910 gody. S. Tabelle 56 im Tabellenanhang.

<sup>713</sup> Vgl. Unterkapitel 5.4.2.

<sup>714</sup> Oččët S. Peterburgskoj remeslennoj upravly za 1884 god. St. Petersburg 1885, S. 81ff.

<sup>715</sup> Otnošenje Grota direktoru chozjajstvennogo departamenta ot 19.07.1850, in: RGI, f. 1287, op. 13, d. 594: Ob učreždenii, hier l. 41f.

<sup>716</sup> Po otnošeniju chozjajstvennogo departamenta s proektom izmenennogo ustava Doma prizrenija podmaster'ev v S. Peterburge pod nazvaniiem „Pal'ma“, in: RGI, f. 821, op. 5, d. 1081 (11.-22. September 1867); Busch, Deutsche, S. 101-105.

unterschrieben worden war<sup>717</sup>. Neben dem Pastor sollte der Vorstand aus zwei Handwerksmeistern und drei Vertretern anderer Berufe bestehen. Die Bedeutung der „Palme“ als einer Gesellschaft sittlich-religiösen Charakters änderte sich in Richtung eines universellen Vereins, in dem es sowohl gesellig-unterhaltende Sektionen wie auch fachspezifische, wirtschaftliche und sozialfürsorgende Abteilungen gab. Im Rahmen des Vereins existierten unter anderem eine Kranken- und eine Sparkasse sowie eine Lebensversicherungs- und eine Vorschußkasse. Für die Lehrlinge gab es eine Sonntagsschule<sup>718</sup>.

Ein aktives Mitglied der deutschen Handwerksverwaltung war der Schneidermeister Eduard Dietrich, der 1862 das Statut der Gesellschaft zur Unterstützung von Witwen und Waisen ausländischer Handwerker beim Innenminister Pëtr Aleksandrovič Valuev registrieren ließ. 1867 legte Dietrich ein neues Projekt über eine Sterbekasse bei der Gesellschaft vor, das am 22. November dieses Jahres ebenfalls von Valuev bestätigt wurde<sup>719</sup>.

Mitglieder der Sterbekasse konnten nur die Angehörigen der Gesellschaft zur Unterstützung von Witwen und Waisen ausländischer Handwerker sein. Das Kassenmitglied zahlte im ersten Jahr seiner Mitgliedschaft fünf Rubel, im nächsten Jahr 10 Rubel, in jedem weiteren Jahr fünf Rubel mehr als im Vorjahr. Im Sterbefall bekam eine Witwe 100 Silberrubel. Falls die Ehefrau eines Meisters starb, bekam letzterer 75 Silberrubel<sup>720</sup>.

In Fragen der sozialen Sicherheit waren die Druckhandwerker St. Petersburgs für andere Handwerker der Hauptstadt beispielhaft<sup>721</sup>. Schon Anfang der 60er Jahre verfügten sie über zwei Unterstützungskassen. Die eine Kasse bestand bei der Druckerei der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften, die andere war privat und vereinigte 70 Drucker der Stadt<sup>722</sup>.

An diesen Gesellschaften der Drucker orientierten sich 25 Handwerker der Stadt, als sie 1872 eine eigene Darlehens-, Spar- und Unterstützungskasse der St. Petersburger Gesellen und alleinstehenden Meister (*Ssudo-sberegatel'naja i*

<sup>717</sup> Po otnošeniju chozjajstvennogo departamenta, in: Ebd., I. 2.

<sup>718</sup> Busch, Deutsche, S. 104.

<sup>719</sup> Prošenje prusskogo poddannogo, člana S. Peterburgskoj inostrannoju remeslennoj upravu Eduarda Didericha ministru vnutrennich del P. A. Valuevu ot 13.05.1867, in: RGIA, f. 1287, op. 8, d. 1560: Ob ustave Pochoronnoj kassy Obščestva dlja vspomoščestvovanija vdovam i sirotam inostrannyh remeslennikov proživajuščich v Peterburge (18. Mai - 22. November 1867), hier I. 1f.

<sup>720</sup> Ustav Pochoronnoj kassy, in: Ob ustave Pochoronnoj kassy, I. 11ff.

<sup>721</sup> Über die Druckindustrie in St. Petersburg s.: Mark D. Steinberg, *Moral Communitie: The Culture of Class Relations in the Russian Printing Industry, 1867-1907*, Berkeley 1992.

<sup>722</sup> Trudy komissii, čast' 1, S. 224f.

*vspomogatel' naja kassa S. Peterburgskich podmaster' ev i masterov-odinoček*) ins Leben riefen. Diese Initiative der Handwerker war eine Antwort auf die restriktive soziale Politik der Handwerksverwaltung, die es den Gesellen und zeitweiligen Meistern nicht erlaubte, an den sozialen Einrichtungen des Standes teilzunehmen. Unter den 25 Bittstellern gab es dem Stande nach 16 kleinbürgerliche Handwerker, vier St. Petersburger Handwerker, von denen einer ein ständiger Meister war, zwei Mecklenburger Staatsangehörige, zwei bäuerliche und ein finnischer Handwerker. Der Herkunft nach waren es nur drei Handwerker aus dem Inneren Rußland, 14 weitere kamen aus St. Petersburg und aus dem Gouvernement, vier aus den Ostseeprovinzen, zwei waren ausländische und einer finnischer Handwerker. Ein Handwerker galt als ein bodenloser Bauer unbekannter Herkunft. Es war eine sehr heterogene Zusammensetzung der Handwerker, die gut zur Hälfte aus der Hauptstadt und ihrer Umgebung stammten, deren Interessen aber übereinstimmten<sup>723</sup>.

Die Handwerksverwaltung eiferte diesen gemeinnützigen Einrichtungen nach und gründete 1867 eine Unterstützungskasse der St. Petersburger Handwerker (*Kassa vzaimopomošč i S. Peterburgskich remeslennikov*), die versuchte, eine allumfassende Bedeutung für die Handwerker der Stadt zu erlangen. Ob die Kasse imstande war, diesen Anspruch durchzusetzen, bleibt in Anbetracht der oben erwähnten Unterstützungskasse der Gesellen fraglich. Im ersten Paragraph ihrer Satzung stand, daß Mitglieder der Kasse sowohl Meisterinnen und Meister, Gesellinnen und Gesellen, als auch überhaupt alle Arbeiter sein konnten<sup>724</sup>. In der Satzung von 1900 wurde der Paragraph etwas modifiziert. Statt „Arbeiter“ wurde eine konkretere Bezeichnung weiterer Personen, die außerhalb der Zunft standen, gewählt: Mitglieder der Kasse konnten Meisterinnen und Meister, Gesellinnen und Gesellen und überhaupt alle Personen, die ihren Lebensunterhalt mit einer handwerklichen Arbeit verdienten, werden. Bemerkenswert ist, daß im Komitee der Kasse, das aus 30 Mitgliedern bestand, jetzt 15 zeitweilige Meister präsent waren.

Gegenüber der Satzung der Unterstützungskasse von 1895 weist die Version von 1900 eine Erhöhung der Beiträge auf. Die Handwerker, die einmalig 25 Rubel im Jahre 1895 bzw. 30 Rubel im Jahre 1900 in die Kasse zahlten, wurden als lebenslängliche Mitglieder der Kasse anerkannt. Seit 1900 bekamen die Handwerker, die mehr als 100 Rubel an die Kasse in Form einer Schenkung gaben,

---

<sup>723</sup> Prošenje S. Peterburgskich podmaster' ev i masterov odinoček ministru vnutrennich del v ijune 1872 g., in: RGIA, f. 1287, op. 9, d. 475: Po ustavu ssudo-sberegatel'noj i vspomogatel'noj kassy S. Peterburgskich podmaster' ev i masterov-odinoček (13. Juli-12. September 1872), hier l. 1f.

<sup>724</sup> Siehe hierzu: Ob izmenenii ustava Vspomogatel'noj kassy S. Peterburgskich remeslennikov, in: RGIA, f. 1287, op. 9, d. 3547 (15. Mai - 8. September 1895), l. 4f. und Ob izmenenii i dopolnenii dejstvitel'nogo ustava Vspomogatel'noj kassy S. Peterburgskich remeslennikov, in: RGIA, f. 1287, op. 36, d. 151, l. 4f.

eine Goldmünze zum Andenken mit der Aufschrift: „Ordentliches Mitglied“ (*počëtnyj člen*), die an der Uhrkette getragen werden konnte. Neben den Mitgliedsbeiträgen konnten die Mittel der Kasse mit den Einnahmen aus Theateraufführungen (*dramatičeskie predstavlenija*), Literaturlesungen, öffentlichen Vorlesungen und Konzerten, die viermal im Jahr stattfinden durften, aufgebessert werden<sup>725</sup>.

1900 folgten weitere Schritte zum Ausbau des sozialen Systems - die russische Handwerksverwaltung gründete eine Sterbekasse für die Zunfthandwerker. Sinn und Zweck der Kasse war es, die einmaligen Ausgaben für das Begräbnis der verstorbenen Zunfthandwerker zu tragen. Die Mitgliedschaft in der Sterbekasse wurde in zwei Gruppen von jeweils 400 Mitgliedern entsprechend der Höhe ihrer Beiträge geteilt. In der ersten Gruppe waren jene Handwerker, die beim Eintritt drei Rubel und jährlich 1,65 Rubel zahlten. Die Handwerker der zweiten Gruppe zahlten 1,5 Rubel beim Eintritt und 1,1 Rubel jährlich<sup>726</sup>.

Der Sterbekasse folgte 1902 eine kostenlose Heilanstalt für Handwerker (*Besplatnaja lečebnica s postojannymi krovatjami dlja S. Peterburgskich remeslennikov*). Die Heilanstalt war mehr als bescheiden: Es gab zuerst nur sechs Betten, von denen vier für männliche und zwei für weibliche Personen reserviert waren<sup>727</sup>.

Die steigenden Einnahmen der russischen Handwerksverwaltung erlaubten es ihr mit der Zeit, immer größere Summen für wohltätige Zwecke auszugeben. In den Jahren 1888 bis 1890 wurden für die Unterstützung der armen Handwerker je 17.257, 18.732 und 18.840 Rubel ausgegeben. Dafür kamen 1890 sieben Zünfte mit den folgenden Summen auf: von der Schneiderzunft 5.400 Rubel, von der Silberschmiede- und Posamentierzunft 2.700, von der Schlosser- und Schmiedezunft sowie der Tapezierer- und Pferdehaarmacherzunft je 2.400, von der Lederer- und Schuhmacherzunft 1.880, von der Schreiner- und Drechslerzunft 1.300 und von der Malerzunft 1.100 Rubel<sup>728</sup>. Die sozialen Einrichtungen der Verwaltung blieben erhalten und wurden weiter vergrößert. Im Jahre 1916 wurden beträchtliche Summen für wohltätige Zwecke ausgegeben, nämlich für das Altersheim mit mehr als 400 Versorgten 40.000 Rubel, für die Alexandrinische Schule für Waisenkinder und Kinder der ärmeren Handwerker, in der mehr als 200 Kinder unterrichtet wurden, 30.000 Rubel und 1.500 Rubel für die Malschule, die

---

<sup>725</sup> Ob izmeneii ustava, I. 5.

<sup>726</sup> Po proektu ustava Pochoronnoj kassy S. Peterburgskich remeslennikov (1901), in: RGIA, f. 1287, op. 36, d. 340, l. 3f.

<sup>727</sup> Proekt-Instrukcija zavedujuščemu besplatnoj lečebnice s postojannymi krovatjami dlja S. Peterburgskich remeslennikov. [St. Petersburg 1902], S. 2f.

<sup>728</sup> Rospis' o dochodach po S. Peterburgskoj remeslennoj uprave na 1890 god, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 2530, l. 35f.

die Kinder der Handwerker zweimal in der Woche besuchten. Außerdem wurden bestimmte Beiträge an die Unterstützungskasse der Petrograder Handwerker und an die Sterbekasse entrichtet<sup>729</sup>.

Neben der Handwerksverwaltung spielte die Stadtduma eine beträchtliche Rolle beim Aufbau des sozialen Systems in der Hauptstadt. So wurden z. B. von der Stadtduma im Jahre 1907 144 Personen von der Sonderanstalt für die Bettlerfürsorge (*Osoboe prisutstvie po razboru i prizreniju niščich*) in den drei Bildungs- und Arbeitsanstalten, 58 Personen in der Handwerkerschule (*Remeslennoe učiliščje*), 51 Personen in der Handarbeitsschule (*Rukodel'noe učiliščje*) und 35 Personen im Herrenasyl für Arbeit (*Ubežišče dlja mužčin*) untergebracht<sup>730</sup>. Des weiteren wurde die Handwerksarbeit in den Armenhäusern der Stadt praktiziert, in denen im Jahre 1909 unter anderem 14193 Frauen beschäftigt wurden. Die Stadt vergab Stipendien für eine handwerkliche Ausbildung, so daß 1909 339 Stipendiaten in den Handwerksbetrieben untergebracht werden konnten<sup>731</sup>.

Mit Beginn des Ersten Weltkrieges bediente sich das Handels- und Wirtschaftsministerium des Handwerks als eines sozialen und wirtschaftlichen Instruments, um im Krieg verwundete Soldaten mit Arbeit zu versorgen und dadurch ihre Reintegration in die bürgerliche Gesellschaft zu erleichtern. Zu diesem Zweck wurden für sie Handwerkskurse gegründet, in denen sie in den unterschiedlichsten Handwerken eine Ausbildung erhielten<sup>732</sup>.

Das Handwerk konnte sich auf diese Weise als ein effektives Mittel im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen behaupten und sicherte Tausenden von Menschen den notwendigen Lebensunterhalt.

## 7.5 Zusammenfassung

Die Entstehung der beiden Regierungskommissionen von 1840/1841 und 1847 war Ausdruck einer allgemeineuropäischen Entwicklung, die auch in Rußland spürbar wurde. Das war der Pauperismus bzw. die Massenarmut, deren Ursache primär im rasanten Wachstum der Bevölkerung in Europa (erste Welle 1770-1830) lag. Diese beunruhigenden Erscheinungen, die seit der Mitte der 1820er Jahren die öffentlichen Gemüter bewegten und Stoff für Salongespräche gaben, wurden von den oberen Schichten um den Zaren mit Aufmerksamkeit beobachtet. Selbst der

---

<sup>729</sup> Remeslenniki i remeslennoe upravlenie, S. 40.

<sup>730</sup> Statističeskij ežegodnik S. Peterburga za 1907 god. St. Petersburg 1913, S. 63.

<sup>731</sup> Statističeskij ežegodnik S. Peterburga za 1909 god. Pg. 1917, S. 72.

<sup>732</sup> Vgl. Remeslennye kursy dlja uvečnych voinov. Pg. 1916.

Wortgebrauch der Regierungsbeamten in ihren Berichten verriet die Verwandtschaft dieser Regierungsinitiativen mit der öffentlichen Diskussion über die wirtschaftliche und soziale Lage der „handarbeitenden Klassen“ bis 1848 in Westeuropa, als die gewerblich beschäftigte Bevölkerung nur bei intensiver Arbeit höchstens das notdürftige Auskommen verdienen konnte<sup>733</sup>.

Die völlige Unterentwicklung der karitativen Organisationen und das Fehlen der öffentlichen Initiative trugen mit dazu bei, daß die Regierung „wie gewöhnlich“ selbst zur Klärung der Ursachen für die Verbreitung schwerer Krankheiten unter den Fabrik- und Artelsarbeitern und den Handwerkern tätig werden mußte. Die Regierungskommissionen konnten die Lage der unteren Schichten der hauptstädtischen Bevölkerung nicht spürbar verbessern, sollten sie doch nur die Sachlage klären.

Die unsichere soziale und wirtschaftliche Lage der Handwerker und selbst der Schicht der ständigen Meister trug dazu bei, daß die Austritte aus dem Handwerkerstand oder der Wechsel in den kaufmännischen Stand auf der Tagesordnung stand. Zwar gab es im Handwerkerstand von St. Petersburg im Laufe des 19. Jahrhunderts immer noch mehr Zuwachs als Rückgang der Standesmitglieder. Dies war allerdings nur durch eine starke Immigration der ländlichen Bevölkerung in die Hauptstadt möglich. Die wohlhabenderen Meister versuchten so schnell wie möglich, in den kaufmännischen Stand überzutreten, um ihre Kinder von der Wehrpflicht zu befreien<sup>734</sup>. Aus dem gleichen Grund versuchten die Handwerksmeister ihre Kinder in Berufen, die nichts mit dem Handwerk zu tun hatten, (Apotheker, Ärzte, Architekten) ausbilden zu lassen, was über eine verbreitete vertikale Mobilität unter den wohlhabenden Meistern spricht. Dies war eine der Ursachen des Standeswechsels und der fehlenden handwerklichen Tradition eines Familienbetriebes<sup>735</sup>.

Auch für das westeuropäische Handwerk war diese Entwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine typische Erscheinung, als das Handwerk durch die fortschreitende Industrialisierung einen sozialen Wandel erlebte. So berichtete G. B. Iollos im Jahre 1895, daß sich die Handwerksgenossenschaften aus Offenburg, Schönauf, Emmendingen und anderen südwestdeutschen Städten

---

<sup>733</sup> Vgl. Wolfgang Hardtwig, *Der Vormärz. Der monarchische Staat und das Bürgertum*, in: *Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, hrsg. v. Martin Broszat, Wolfgang Benz und Hermann Graml, München 1985, S. 70.

<sup>734</sup> Vgl. *Očerki istorii Leningrada*, tom 1, S. 519.

<sup>735</sup> *Po predloženuju juvelira Gronmejera* (Mai 1843), in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 135, l. 3.

darüber beklagten, daß wohlhabende Meister ihre Kinder immer öfter in nichthandwerklichen bzw. gehobenen Berufen ausbilden ließen.<sup>736</sup>

Die soziale Polarisierung erreichte unter den Handwerkern besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein großes Ausmaß<sup>737</sup>. Sie wurde zum Teil durch die hohe Fluktuation der Arbeitskräfte ausgelöst, was den ohnedies schwachen oder überhaupt fehlenden sozialen Zusammenhalt unter den Handwerkern vernichtete. Dieses Gefühl gemeinsamer sozialer Zugehörigkeit, das sich nun in den Zünften langsam entwickelte, konnte sich nie vollkommen entfalten. Es bildeten sich in der Stadt zwei große Handwerkergruppen heraus: eine kleinere Gruppe bildeten die wohlhabenden Meister, eine größere die Gesellen, Lehrlinge und angelernten Arbeiter, zu denen immer mehr die verarmten Meister hinzukamen. Der Herkunft nach waren sie zum großen Teil aus dem Land zugereist. Von daher hatten viele Werkstätten keine feste Betriebshierarchie, und die Arbeitnehmer wurden besonders in der Industrialisierung zu einfachen Lohn- bzw. Facharbeitern.

Mit der Industrialisierung zeichneten sich aber auch einige positive Erscheinungen ab. So bekamen viele Meister die Möglichkeit, in den Fabriken und Werken die Meisterstellen oder den Platz eines qualifizierten Arbeiters zu besetzen, wodurch sich die horizontale Mobilität unter den Handwerkern erhöhte und sie dem sozialen Abstieg und der Verelendung entgehen konnten. Die *masterovye*<sup>738</sup> bzw. die Facharbeiter, die oft frühere Handwerksmeister waren, machten unter den Fabrikarbeitern wegen „ihrer geringeren Zahl, der Höhe des Arbeitslohns und des

---

<sup>736</sup> G. B. Iollos, Nemeckie remeslenniki. K charakteristike truda v germanskoj promyšlennosti, in: RB ijun' 1895 Nr. 6, S. 86f.

<sup>737</sup> Vgl. Lenger, Polarisierung, s. u.a. S. 143f.

<sup>738</sup> In der 23. Ausgabe des Slovar' russkogo jazyka S. I. Ožegovs im Jahre 1991 bezieht sich das Wort „masterovoj“ sowohl auf die Fabrikarbeiter als auch auf die Handwerker bzw. Meister. Hier vollzog sich der Bedeutungswandel des Wortes, das zuerst nur Handwerker bezeichnete. Mit der Entwicklung der Großindustrie wurde das Wort „masterovoj“ auf die Fabrikarbeiter wie auch der Begriff der „Zunft“ auf die Fabrikhallen übertragen. Ju. Ė. Janson zählte im Jahre 1869 die „masterovye“ zu den Einzelhandwerkern, die entweder für einen Arbeitgeber oder für einen Konsumenten die Waren herstellten. Sie waren weder Fabrikarbeiter noch selbständige Handwerksmeister, in: ders., Naselenie Peterburga i ego ėkonomičeskij i social'nyj sostav po perepisi 10.12.1869 goda, St. Petersburg 1869, S. 629. Das Wort „masterovoj“ wurde von „master“ d. h. Handwerker abgeleitet. „Master“ und „cechovoj master“ bezogen sich anfänglich wie „masterovoj“ ebenfalls auf die Handwerker. Nur waren sie in dem Falle die Inhaber einer Werkstatt. Später leiteten die „mastera“ (die Meister) die „fabričnye cechi“ (Werks- bzw. Fabrikhallen in den großen Industriebetrieben) und waren über die Gesellen (podmaster'ja) und Arbeiter gestellt, Vgl. V. I. Dal', Tolkovyy slovar' živogo velikorusskogo jazyka, tom 2, Moskau 1989, S. 303 „Master“.

Lebensstils eine schmale Schicht aus. Sie [waren] so etwa wie die Arbeiteraristokratie<sup>739</sup>.

Die Handwerksverwaltung konnte die soziale Verelendung in Anbetracht ihrer engen Befugnisse und ihrer geringen finanziellen Möglichkeiten nicht wirkungsvoll bekämpfen. Außerdem hinderte der ständische Rahmen die überwiegende Mehrheit der Handwerker, soziale Leistungen in Anspruch zu nehmen. Auch den zeitweiligen Zunft Handwerkern war eine soziale Unterstützung verwehrt, was sie dazu veranlaßte, ein Projekt über die „St. Petersburger Gesellschaft der Handwerksindustrie“ auszuarbeiten, das aufgrund der konservativen Haltung der Regierung und des heftigen Widerstandes der ständigen Handwerker nicht realisiert werden konnte.

---

<sup>739</sup> Отчёт земской управы Петербургской губернии за 1879 г., zitiert nach Balabanov, Очерки, č. 2, S. 130.



## **8. Die Fach- und Allgemeinbildung im Handwerk**

Die in der Regel bessere wirtschaftliche Lage der ausländischen Handwerker war - im Gegensatz zu den russischen Handwerkern - nicht zuletzt ein Ausdruck ihrer höheren Allgemeinbildung<sup>740</sup>. Sie konnten sensibler auf die Modeänderungen vor allem in der Bekleidungsbranche reagieren und deswegen dem Geschmack des Publikums eher entgegenkommen.

Immer noch blieb das Handwerk die Hauptschmiede der Berufsausbildung und deswegen sollte sie besser organisiert werden, um das allgemeine Bildungsniveau der Gesellen bzw. Facharbeiter zu heben. Ob Bildungsinitiativen seitens der technischen Intelligenz und der Handwerksverwaltung Früchte trugen oder eher ergebnislos blieben, soll in diesem Kapitel untersucht werden.

### **8.1 Die Allgemeinausbildung im Handwerk**

Die unbefriedigende Lage in der Allgemeinausbildung der Handwerker schlug sich in der Warenqualität nieder und fand ihren Ausdruck letztlich in ihrer wirtschaftlichen Lage. Der gute Geschmack und das Modeverständnis, die wiederum vom jeweiligen Bildungsniveau der Handwerker abhingen, bestimmten nicht zuletzt die Qualität ihrer Produkte. Diesen Zusammenhang zwischen Ausbildung und Qualität der Ware hatten die Zeitgenossen begriffen<sup>741</sup>. Die dringende Notwendigkeit der Bildungsmaßnahmen unter den Handwerkern wurde vom Handwerksältesten der russischen Zünfte, Nikita Maksimovič Komarov, in der Stadtduma zur Diskussion gestellt. Er setzte sich in seinem Bericht an die Duma vom 5. Juni 1858 mit diesem Thema auseinander und fragte die Deputierten, wie es möglich sei, daß die russischen Handwerker meistens solche Handwerke ausübten, die mit schwerer körperlicher Arbeit zu tun hätten, wenig kompliziert und schlecht bezahlt wären. Die ausländischen Meister dagegen hätten in ihren Händen eine breite Palette von Handwerken vereinigt, die weniger körperlicher Anstrengung bedurften, dafür aber gut bezahlt würden. Komarov gab gleichzeitig zu, daß, um solch komplizierte Handwerksarten ausüben zu können, der Handwerker einer höheren Qualifikation und einer höheren Ausbildung bedürfe. Es gereiche den ausländischen Handwerkern darüber hinaus zum Vorteil,

---

<sup>740</sup> Прошение ювелирного мастера и старшины Гронмейера к министру внутренних дел Перовскому в мае 1843 г., in: РГИА, ф. 1287, оп. 37, д. 135: По предположению ювелира Гронмейера об освобождении ремесленников от рекрутской повинности в nature (1843), hier l. 3.

<sup>741</sup> Vgl. Kornilij Tromonin, O chudožestve v remeslakh. Moskau 1846, S. 10; G.F. Rakeev, Ob učeničestve u masterov, S. 20ff.

daß in der russischen Gesellschaft - nicht zu Unrecht - generell Vorbehalte gegen russische Waren herrschten. Dies wurde immer wieder von Pfuschern ausgenutzt und half ihnen, Waren schlechter Qualität mit verfälschten ausländischen Warenzeichen zu verkaufen. Weil die Kundschaft diese Betrügereien als eine Ausnahme ansah, revidierte sie ihre Vorurteile jedoch nicht zugunsten der russischen Handwerker. So meinte Komarov:

„Die Bezeichnungen ‚eine russische‘ und ‚eine ausländische Ware‘ werden mit einer ‚schlechten‘ bzw. einer ‚guten‘ Arbeit gleichgesetzt. Oft ist diese Meinung auf Vorurteile zurückzuführen. Es muß aber zugegeben werden, daß sie in vielen Fällen gerechtfertigt ist“<sup>742</sup>.

Der Handwerksälteste wies darauf hin, daß die Handwerker im Ausland viel mehr Möglichkeiten zur Ausbildung hätten: Schulen für die Handwerker, öffentliche Vorlesungen, Ausstellungen und die fast für jede Handwerksart periodisch erscheinenden Zeitschriften, die immer auf Neuigkeiten achteten und sie den Handwerkern bekannt gaben, trugen dazu bei<sup>743</sup>.

Die ausländischen Meister, die hauptsächlich in St. Petersburg und Moskau wohnten, hoben sich vom durchschnittlichen Niveau schon durch ihre Allgemeinbildung ab. Außerdem unterschieden sie sich von den meisten ihrer russischen Kollegen durch ihre Anstrengung, technisch auf dem neuesten Stand in ihrem Handwerk zu bleiben, abonnierten Fachzeitschriften und standen in ständigem Kontakt zu ihren Kollegen im Ausland. Die russischen Handwerker hatten nichts derartiges. Ihre Ausbildung war ungenügend und sehr viele von ihnen waren Analphabeten. Als Folge davon konnten die Meister ihre Neuerungen der breiten Masse der Kollegen nicht vermitteln, wodurch ein Austausch von Fachkenntnissen unmöglich war:

„Unsere Produkte stehen den ausländischen in einiger Hinsicht nach, wodurch der russische Handwerker gezwungen ist, den Preis zu senken und Verluste in Kauf zu nehmen. Von daher verwendet er billigere und deswegen schlechtere Werkstoffe in der Herstellung der Ware und stellt für niedrigen Lohn wenig qualifizierte Arbeitnehmer ein. Als Folge

---

<sup>742</sup> Prigovor S. Peterburgskoj gorodskoj obščej dumy po remeslennomu otdeleniju ot 5 ijunja 1858 g., in: RGLA, f. 1287, op. 37, d. 1931: Ob otkrytii v S. Peterburge voskresnych klassov dlja remeslennikov (1858-1859), hier I. 3f.; Vgl. V. A. Rezanov, Vzgljad na chod portnogo masterstva v Rossii. St. Petersburg 1847, S. 1.

<sup>743</sup> Ebd.

davon haben die russischen Waren einen schlechten Ruf. Das sind die Ursachen, warum wir bei ausländischen Meistern nur als Arbeiter angestellt sind. Auch als selbständige Meister ahmen wir sie nur nach<sup>744</sup>.

Als erstes sollten nach dem Vorschlag von Komarov Handwerksschulen in Rußland, in St. Petersburg, gegebenenfalls eine Sonntagsschule für die Zunfthandwerker eröffnet und eine Fachzeitschrift herausgegeben werden. In den ersten Klassen der Schule sollten im Rahmen des Grundschulprogramms Lesen und Schreiben, Religionsunterricht, Arithmetik und Malen unterrichtet sowie Grundkenntnisse im gewählten Handwerk vermittelt werden. Nach einer gewissen Anlaufzeit sollten weitere Unterrichtsfächer hinzukommen, und die Erfahrungen in einer gewählten Handwerksart vertieft werden.

Die Zunftverwaltung war bereit, die Kosten für die Sonntagsschule und für die Fachzeitschrift zu übernehmen. Der Handwerksälteste meinte, daß die Zeitschrift nicht nur für St. Petersburg, sondern für ganz Rußland von großer Bedeutung sein würde, da zur Zeit noch nichts derartiges verlegt würde. Die Einnahmen aus dem Vertrieb der Zeitschrift sollten der Sonntagsschule zugute kommen. Falls sie nicht ausreichen sollten, wäre die Handwerksverwaltung ebenfalls bereit, diese Projekte zu finanzieren.

Der Generalgouverneur von St. Petersburg, Innenminister Lanskoj und Volksbildungsminister Kovalevskij hießen das Projekt willkommen und sagten von ihrer Seite volle Unterstützung zu. Die unterentwickelte Ausbildung der Handwerker, die von Komarov angesprochen wurde, betraf eigentlich die gesamte russische Bevölkerung, unter der es im Jahre 1859 nur 6 % Schreib- und Lesekundige gab<sup>745</sup>. In St. Petersburg waren die Durchschnittswerte wesentlich höher. 1869 gab es z. B. unter 100 St. Petersburger Frauen 47 Lese- und Schreibkundige. Bei einer näheren Betrachtung erreichten Frauen aus der sozialen Schicht der Handwerker den noch höheren Prozentsatz von 54%, bei den Raznočincen gab es 46%, bei den Kleinbürgern 38%, bei den Bauern und Armeearbeitern je 26% lese- und schreibkundige Frauen<sup>746</sup>. Wenn also die obere Schicht des Beamtenstands und des Adels außer Acht gelassen wird, stellt sich heraus, daß die Handwerker ungeachtet aller Mängel in Sachen Ausbildung am weitesten fortgeschritten waren.

Die Fachzeitschrift sollte gegen die Abgrenzung der Handwerker angehen und für ihre fachliche Weiterbildung sorgen. Es war vorgesehen, die Zeitschrift mehrmals

---

<sup>744</sup> Prigovor, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 1931: Ob otkrytii, hier I. 5.

<sup>745</sup> A. G. Rašin, *Naselelnie Rossii za 100 let*. Moskau 1956, S. 289.

<sup>746</sup> G. I. Archangel'skij, *Žizn' v Peterburge po statističeskim dannym*, in: *Archiv sudebnoj mediciny i obščestvennoj gigieny*, kn. 2 (Juni), č. 3 (1869), S. 60.

pro Monat zu verlegen. Die Meister bekämen in diesem Fall eine erste Möglichkeit, Informationen über alle wichtigen Handwerksarten, über die Entwicklung und den aktuellen Zustand des Handwerks, über den Geschmack der Kundschaft, über die Verbesserungen und Erfindungen sowohl in Rußland als auch im Ausland, über berühmte Meister und ihre Werkstätten, über Ausstellungen und über alles, was zum Handwerk in irgendeinem Verhältnis stand, zu erhalten. Die Darstellungen sollten mit Zeichnungen und Abbildungen illustriert werden. Es gelang leider nur zwei Jahre lang - von 1862 bis 1864 - die Handwerkszeitschrift „Russkij remeslennik“ (*Der russische Handwerker*) herauszubringen. Anfangs wurden alle notwendige Vorbereitungen getroffen. Die Handwerksverwaltung bestand als Initiatorin dieser Zeitschrift darauf, sie selbst herauszugeben. Der Militär-Generalgouverneur St. Petersburgs meinte dagegen, daß dies nicht optimal sei. Seiner Meinung nach sollte sie am besten unter der Leitung einer Privatperson stehen. Dadurch könne sie besser den Problemen des Handwerks nachgehen und die Verfügungen der Handwerksverwaltung unabhängig von ihr erläutern<sup>747</sup>.

Im November 1861 wurden Gliederung und Inhalt der Zeitschrift festgelegt, so daß im Januar 1862 die erste Nummer verlegt werden konnte. Der Redakteur T. S. Frolov wies im ersten Heft der Zeitschrift unverzüglich darauf hin, mit welchen Problemen er aufgrund des fehlenden öffentlichen Interesses und der mangelnden Erfahrungen auf dem Gebiet der Wirtschaft kämpfen mußte: „Die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse bleiben bei uns beinahe unerforscht, ihre Bedürfnisse und Interessen unbekannt“<sup>748</sup>.

Die Hefte sollten monatlich in einem Umfang zwischen 80 und 250 Seiten herauskommen. Ein Heft bestand aus drei Teilen. Im ersten Teil sollten sowohl die wichtigsten als auch die aktuellen Gesetze veröffentlicht werden. Der zweite Teil wurde den Neuerungen und technischen Errungenschaften im Handwerk gewidmet. Die Schneider z. B. bekamen die Möglichkeit, den jeweils neuesten Pariser Stil kennenzulernen. Die Schreiner erfuhren etwas über die Neuentwicklungen in der Möbelkunst. Die Tapezierer, Friseure und andere Handwerker konnten sich über neue Muster und Haarschnitte informieren. Der dritte Teil berichtete über die Lebensumstände der russischen und ausländischen Handwerker. Die Handwerker erhielten Informationen über die verschiedenen, speziell für sie eingerichteten Institutionen, wie z. B. über die Gesellschaften für gegenseitige Hilfe, Handwerksbanken und Handwerksvereinigungen. Das Jahresabonnement konnten die Interessenten für vier Rubel bekommen. Außerdem

---

<sup>747</sup> Zapiska voennogo general-gubernatora S. Peterburga ministru vnutrennich del o remeslennom žurnale ot 28 maja 1859 g., in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 1931: Ob otkrytii v S. Peterburge voskresnykh klassov dlja remeslennikov, hier l. 16.

<sup>748</sup> Trudy komissii, Teil 1. St. Petersburg 1863, S. 222.

kosteten die zwei bebilderten Anlagen, die Damen- und Herrenmode vorführten, zusammen elf Rubel<sup>749</sup>.

Als die erste Ausgabe der Zeitschrift fertig war, traf das Wirtschaftsdepartement des Innenministeriums die notwendigen Vorkehrungen und befahl, am 31. Dezember 1861 an alle 54 Gouverneure je 30 Exemplare der ersten Ausgabe zu verschicken. Außerdem erhielten die Kriegsgouverneure (*voennye gubernatory*) von Odessa, Nikolaevo und Kronstadt je sechs Exemplare<sup>750</sup>. Über das Schicksal der Zeitschrift ist nichts weiteres bekannt. Höchstwahrscheinlich blieben diese Exemplare ungelesen in den Gouvernementsverwaltungen liegen. Man kann fast sicher davon auszugehen, daß die Meister an der Zeitschrift kein Interesse hatten und schon gar nicht bereit waren, dafür Geld auszugeben. Es blieb bei der Initiative des Handwerksältesten von St. Petersburg und der Regierung, von oben eine Fachzeitschrift für die Handwerker in Rußland einzuführen, von der die Handwerker aber nicht wußten, was sie damit anfangen sollten. Das Mißlingen dieses Vorhabens läßt sich aus mehreren Gründen erklären: Erstens gab es in Rußland nur wenige Handwerker, die des Lesens kundig waren. Zweitens hatte die Mehrheit der Handwerker nicht genug Geld, um es für die Zeitschrift auszugeben. Drittens war es für einen russischen Meister noch allzu ungewöhnlich, aus einer zusätzlichen Quelle und nicht nur aus seiner Berufserfahrung zu schöpfen.

Außer der Zeitschrift „Der russische Handwerker“ gab es noch den Versuch der Gesellschaft der ausländischen Handwerker, „Palme“, eine Fachzeitschrift unter dem Namen „Palmblatt“ herauszugeben, die innerhalb der Handwerkerschaft den fachlichen Informationsaustausch ermöglichen sollte und ebenfalls wegen fehlender Nachfrage seitens der ausländischen Handwerker unterging. Nach zwei Jahren, von 1866 bis 1868 war die Zeitschrift erschienen, wurde ihre Herausgabe eingestellt<sup>751</sup>.

Die Anfänge allgemeiner Handwerksausbildung in St. Petersburg gehen auf die Alexandrinische Schule zurück, als der damalige Handwerksälteste N. M. Komarov in der Handwerksabteilung der Allgemeinen Stadtduma am 26. Juli 1856 vorschlug, ein Asyl für die Waisen und Kinder der armen Handwerker (*Prijut dlja sirot i detej bednych remeslennikov*) zu eröffnen, in dem anfangs 30 Kinder beherbergt werden sollten. Dieser Vorschlag wurde sofort in die Praxis umgesetzt. Einige Jahre später, am 23. November 1862, während der Amtszeit des Handwerksältesten Egor Efimovič Malkov, erfolgte die Eröffnung der Alexandrinischen Internatsschule beim Asyl. In der 50jährigen Geschichte der Schule fanden zwei Umzüge in die von der Handwerksverwaltung speziell für sie gebauten Gebäude statt. Zwischen 1862 und 1868 befand sie sich in einem

<sup>749</sup> Otnošenje S. Peterburgskogo gorodskogo golovy Aleksandru Daniloviču Šumacheru ot 24 nojabrja 1861 g., in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 1931: Ob otkrytii, hier l. 30f.

<sup>750</sup> Ebd., l. 39f.

<sup>751</sup> Vgl.: Busch, Deutsche, S. 103.

zweistöckigen hölzernen Haus auf der Großen Moskauer Straße, wo jeweils 20 Mädchen und 20 Jungen versorgt wurden. 1868 zog die Schule in ein steinernes Haus beim Armenhaus der Handwerksverwaltung auf der Černigovskaja-Straße um, womit sie den Schüler- und Schülerinnenanteil bis zum Jahre 1873 auf 106 vergrößern konnte. Und schließlich, am 17. Mai 1874, wurde die Schule im neuen steinernen dreistöckigen Gebäude am Ligovskij-Kanal untergebracht, wodurch das Schülerkontingent auf bis zu 200 erhöht werden konnte. Dieses Gebäude wurde zwischen 1887 und 1892 durch einen Umbau vergrößert, so daß die Gesamtkosten der Verwaltung für die Bauten und das Umbauen in den Jahren des Bestehens der Schule rund 116.033 Rubel betrugen<sup>752</sup>.

Der Ehrenkurator Grigorij Grigorievič Petrovskij, der später zwischen 1868 und 1871 den Posten des Handwerksältesten innehatte, sorgte für einen geregelten und ordentlichen Unterrichtsablauf und widmete seine besondere Aufmerksamkeit dem Unterricht der Schreiner-, Dreher-, Schmiede- und Gießerhandwerke. Die Initiative Petrovskijs im Handwerksunterricht wurde von den meisten Handwerkern begrüßt und möglichst unterstützt, so daß die Schulwerkstatt verschiedene Arbeitsgeräte und sogar eine Maschine mit Riemenantrieb von den Meistern geschenkt bekam. Für die Bemühungen in der handwerklichen Ausbildung und für ihr gutes Niveau wurde die Schule 1899 belohnt, als sie für ihre Exponate während der Handwerksausstellung in St. Petersburg die große silberne Medaille erhielt.

Zuerst bekamen die Kinder der Alexandrinischen Schule Schulunterricht im Rahmen der Elementarschule. Hier wurden Grundschulfächer unterrichtet wie Religionsunterricht, Russische Sprache, Arithmetik, Malen, Geographie, Schreiben und Musik<sup>753</sup>.

Insgesamt wurden im Schuljahr 1887/88 1809 Unterrichtsstunden für 242 Heimschüler und -schülerinnen gegeben. Die laufenden Kosten der Schule beliefen sich jährlich auf 5.000 bis 6.000 Rubel. 1890 z. B. bekam die Schulaufseherin 420 Rubel, vier ihrer Stellvertreterinnen 1.236 Rubel insgesamt, der Lehrer für Russisch und Kirchenslavisch 360 Rubel, der Zeichenlehrer 276 und der Musiklehrer 400 Rubel im Jahr. Insgesamt wurden in diesem Jahr 4.606 Rubel für das Schulpersonal und den Unterhalt der Kinder ausgegeben<sup>754</sup>.

Die Versorgung der Internatsschule wie auch des Altersheimes lief nicht immer reibungslos. Der schon erwähnte stellvertretende Standesälteste Lebedev vernachlässigte während seiner Amtszeit die Arbeit in den wohltätigen Anstalten

---

<sup>752</sup> Pjatidesjatiletnij otčët Aleksandrovskej školy dlja detej bednych remeslennikov S. Peterburgskogo remeslennogo obščestva . St. Petersburg 1912, S. 3-7, 9ff., 26ff.

<sup>753</sup> S. Tabelle 57 im Tabellenanhang.

<sup>754</sup> Rospis' o dochodach po S. Peterburgskoj remeslennoj uprave na 1890 god, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 2530, l. 59.

der Verwaltung. Noch vor dem 1. Juli 1876 wurde er laut Beschluß der Gesamtversammlung wegen seiner Versäumnisse als Hausverwalter an der Internatsschule und des Altersheimes seines Postens enthoben. Am 16. Juni 1880 berichtete der Ehrenkurator der Schule, Kolosov, dem Minister für Volksaufklärung über die unbefriedigende Lage der Schule und zählte die Versäumnisse auf:

„Der Kostenplan ist von der Verwaltung nicht vorgelegt worden, wodurch die Materialbeschaffung und andere Ausgaben nicht gemacht werden konnten. Die Gehälter der Schulangestellten sind gekürzt worden. Die Schulumädchen haben nur ein Kleid. Es werden alte Hemden für die Schuljungen gebraucht. Unterwäsche ist nicht ausreichend vorhanden und meistens abgenutzt. Früher führten die Schulumädchen in der Ferienzeit Näharbeiten aus. Da aber im Moment kein Arbeitsmaterial vorhanden ist, vergeht die Ferienzeit nutzlos. Das Schulhaus ist nicht renoviert“<sup>755</sup>.

Für diese Umstände machte Kolosov den stellvertretenden Ständesältesten verantwortlich, der die Gelder aus dem Etat der Internatsschule sowie des Altersheimes dazu verwendete, Rechnungen der Handwerksverwaltung zu begleichen.

Diese vorübergehenden Schwierigkeiten konnten den guten Willen der Handwerksgesellschaft, diese Anstalten weiterzuführen, nicht brechen. Die Schule blieb dank öffentlicher Kontrolle seitens des Kurators und der Deputiertenversammlung weiter erhalten und wurde sogar etwas vergrößert<sup>756</sup>. In absoluten Zahlen verdoppelte sich die Anzahl der Schüler und Schülerinnen von 97 im Jahre 1866 auf 226 im Jahre 1910. Ungeachtet des starken Zuwachses war dies in Anbetracht von tausenden Kindern der ständigen Zunfthandwerker nur eine kleine Zahl. Die Kinder der zeitweiligen Zunfthandwerker besuchten diese Schule nur ausnahmsweise. 1903 waren von insgesamt 254 Schülern und Schülerinnen nur 43 von den zeitweiligen Zunfthandwerkern<sup>757</sup>.

Die Gesamtausgaben der Handwerksverwaltung für die Alexandrinische Internatsschule von 1862 bis 1912 betrugen insgesamt die beträchtliche Summe

---

<sup>755</sup> Donesenie počëtnogo popečitelja doma prizrenija prestarelych i uvečnych i sostojaščej pri onom Aleksandrovskej škole Kolosova, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1952: Po prošëniu masterov (...) Čistjakova, Polikarpova, hier l. 78.

<sup>756</sup> S. Tabelle 58 im Tabellenanhang.

<sup>757</sup> Otčët S. Peterburgskoj remeslennoj upravy za 1903 god. St. Petersburg 1906, S. 166.

von 933.960 Rubeln. Die Schule besuchten in diesem Zeitraum 1281 Jungen und 1063 Mädchen oder 2344 Schüler insgesamt.

Außer der Alexandrinischen Schule organisierte die russische Handwerksverwaltung eine unentgeltliche Sonntags-Malschule (*Besplatnaja Voskresno-risoval'naja škola*) für die Kinder der Zunfthandwerker. Die statistischen Angaben für die Jahre 1887-1991 erlauben es, sich über die Größe der Schule eine Vorstellung zu verschaffen<sup>758</sup>.

Es ist unbekannt, wie lange diese Sonntagsmalschule bei der Handwerksverwaltung existierte. Vielleicht wurde sie zu Klassen für Zeichnen und Malen (*klassy risovanija i čerčenija*) zusammengeführt, die 1903 im Jahrsbericht der russischen Handwerksverwaltung erwähnt sind. Für diese Klassen zahlte jede Zunft bestimmte Beiträge ein, die insgesamt 6.367 Rubel betrugen. Es waren die Zünfte der Schneider (1297,5 Rubel), Bäcker (1020,25 Rubel), Silberschmiede und Posamentierer (969 Rubel), Maler (653,75 Rubel), Gerber und Schuhmacher (627 Rubel), Schreiner und Dreher (608,75 Rubel), Schlosser und Schmiede (604 Rubel) sowie Tapezierer und Pferdehaarmacher (587 Rubel)<sup>759</sup>. 1911 hatten diese Klassen 200 Schüler und 60.000 Rubel Kapital<sup>760</sup>.

Die Anstrengungen der Handwerksverwaltung bei der Gründung verschiedener Lehranstalten in der zweiten Hälfte des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts zeigen, daß sie sich über die Bedeutung der Bildung durchaus im klaren war. Vom Umfang her aber bewirkten diese Anstrengungen keine spürbaren Veränderungen im Bildungssektor. Auf privatem Weg oder im Rahmen des Standes war dieses Ziel ohne staatliche Unterstützung kaum erreichbar. Die beiden Malschulen, die 1836 und 1841 in St. Petersburg von der Regierung eingerichtet wurden und deren Zielgruppen in der Bevölkerung überwiegend die Handwerker und „Fabrikanten“ waren, konnten ebenfalls wegen ihrer geringen Größe keinen wesentlichen Bildungseffekt bewirken. Deswegen mußte der Staat effektivere Maßnahmen ergreifen, um die Situation in der Bildung zu verbessern<sup>761</sup>.

## 8.2 Die Fachausbildung im Handwerksbetrieb bei den zünftigen und nichtzünftigen Handwerkern

Die handwerkliche Fachausbildung war nicht allein dem Zunft Handwerk vorbehalten. Schon mit dem Erlaß vom 7. Januar 1736 wurde Fabrikanten erlaubt,

<sup>758</sup> S. Tabelle 59 im Tabellenanhang.

<sup>759</sup> Otčet S. Peterburgskoj remeslennoj upravly za 1903 god. St. Petersburg 1906, S. 167.

<sup>760</sup> Protokoly zasedanij sekcii po remeslennomu učeničestvu, in: Trudy vtorogo Vserossijskogo s-ezda, S. 127.

<sup>761</sup> Aleksandr Michajlovič Tjufilin, Zapiska o sostojanii remeslennosti. Kazan' 1906, S. 13ff.



ihren Beschäftigten Gesellen- und Meisterdiplome auszustellen<sup>762</sup>. Daher entstand hier ein großer Konfliktpotential, da die Handwerker mit solchen Diplomen nach St. Petersburg kamen, um dort zu arbeiten. Die Handwerksverwaltung hatte jedoch diesen Handwerksmeistern die Arbeit untersagt, wozu sie kein Recht hatte. Handwerker mit derartigen Diplomen waren aber in der Hauptstadt eher eine Ausnahme. Die überwiegende Mehrheit der Lehrlinge wurde in den Werkstätten ausgebildet, wobei die meisten von ihnen leibeigenen waren, also aus dem Dorf kamen, wie im Bericht von Staatsrat Oznobišin von 1841 nachzulesen ist<sup>763</sup>.

Die Gutsbesitzer gaben die Kinder ihrer Leibeigenen in die Lehre, um später von ihnen den Grundzins zu bekommen, den sie als Handwerker in der Stadt verdienen konnten. Das Schicksal dieser Lehrlinge war in der Regel sehr schwer. Die Kinder wurden für mehrere Jahre zu einer kostenlosen Arbeitskraft, die der Meister sattsam ausnutzte. Dabei spielte es keine Rolle, ob der Lehrling im Betrieb arbeitete oder die Aufgaben im Haushalt des Meisters erledigte<sup>764</sup>.

Die Handwerksausbildung ließ zu jener Zeit noch viel zu wünschen übrig. Die Lehrlinge wurden mit schwerer körperlicher Arbeit belastet, und die meisten von ihnen bekamen auch keine Grundschulausbildung. 1842 schrieb der ständige Meister der Schneiderzunft V. A. Rezanov: „Man darf den Franzosen und den Deutschen Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß ihre Ausbildungsmethode viel vorteilhafter als die unserer Meister ist“<sup>765</sup>. Die Ursachen der unzureichenden Ausbildung der russischen Handwerker z. B. im Schneiderhandwerk lagen darin, daß sie fast alle Analphabeten blieben. Die Kinder wurden mit sieben oder acht Jahren in die Lehre geschickt, wo sie in der Werkstatt bei einem ausländischen Meister sechs bis sieben Jahren lang blieben und keine Schule besuchten. Auch lernten sie nur Zusammennähen und Formgeben. Die Zuschneidekunst selbst lernten sie nicht. Das war allein dem Meister überlassen. Die Kinder der Meister wurden dagegen zuerst auf die Schule geschickt und begannen ihre Lehre mit zwölf Jahren. Nachdem sie in vollem Umfang das Handwerk erlernt hatten, arbeiteten sie noch zwei bis drei Jahren als Gesellen und begaben sich mit dem verdienten Geld in Westeuropa auf Wanderschaft, um sich in ihrem Handwerk zu vervollkommen<sup>766</sup>.

---

<sup>762</sup> RGIA, f. 18, op. 2, d. 296: Po prošnju karetnogo mastera Johanna Jochima, o dozvolonii emu ustroit' v obširnejšem vide fabriku, dlja delanija raznogo roda ekipažej, l. 17: Ukaz Senata ot 5 ijunja 1820.

<sup>763</sup> Vgl. Raport Oznobišina, in: RGIA, f. 560, op. 8. d. 577: O merach ulučšenija.

<sup>764</sup> Vgl. zu der Handwerksausbildung: Kitanina, Rabočie, S. 179f.

<sup>765</sup> Proekt večnocechovogo mastera portnogo ceha Rezanova ot 15 oktjabrja 1842 g., in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 93: Po proektam masterov portnogo ceha Rezanova i Kessnera ob obučenii mal'čikov portnomu masterstvu i pročee (oktjabr' 1842-janvar' 1843), l. 1-6, hier l. 1; V. A. Rezanov, Vzgljad na chod portnogo masterstva v Rossii, St. Petersburg 1847.

<sup>766</sup> Ebd., l. 3.

Rezanov schlug vor, die Gutsbesitzer mit der Ausbildung der Kinder zu verpflichten. Sie sollten zuerst das Programm der Grundschule absolvieren und nur dann mit zwölf bis 14 Jahren in die Stadt in die Lehre geschickt werden. Nach dem Abschluß sollten die Gesellen auf Wanderschaft ins Ausland gehen, wofür sie vom Staat ein Stipendium erhalten sollten. Dies sollte zur wesentlichen Verbesserung im russischen Schneiderhandwerk beitragen<sup>767</sup>. Fehlende Systembedingungen, wie z. B. die Abschaffung der Leibeigenschaft und damit die persönliche Freiheit der Bauern, ließen dieses Vorhaben jedoch scheitern.

In den 40er Jahren nahm die Abgabe finnischer Kinder in die Lehre zu St. Petersburger Handwerkern die Züge eines gewinnträchtigen Handels an, wie sowohl der Staatssekretär von Finnland, als auch der Zuständige für die Handwerksverwaltung, der Vorsitzende der KENÖV, Kollegienrat Grot konstatierten<sup>768</sup>. Die Einheimischen aus Finnland brachten alljährlich hunderte von Kindern nach St. Petersburg und gaben sie für ein bestimmtes Entgelt den St. Petersburger Meistern ohne jegliche Bedingungen und für unbestimmte Zeit in die Lehre ab. Die Händler kümmerten sich nicht um das weitere Schicksal der Kinder. Der Meister bekam gegebenenfalls eine Bescheinigung aus Finnland, die er jedes Jahr im finnischen Adresskontor in St. Petersburg verlängerte, wodurch der Lehrling mehrere Jahre völlig in seiner Gewalt blieb.

Für Streitfälle zwischen Lehrlingen und Meistern waren die Handwerksverwaltung und die Polizei zuständig, die ausnahmslos die Partei des Meisters ergriffen und den Lehrling zurück in die Arbeit zwangen. Grot schlug vor, daß in Zukunft nur noch schriftliche Verträge zwischen Meister und Lehrling abzuschließen seien. So sollten die Meister besser vor der Flucht ihrer Lehrlinge geschützt werden. Doch die Frage der Einschränkung oder gar des Verbotes der Kinderarbeit unter bestimmten Bedingungen war damals noch kein Thema. Die Regierung ging zwar diesem Problem formell nach, interessierte sich jedoch ausschließlich für den rechtlichen Schutz des Meisters<sup>769</sup>.

Erst Ende der 1850er und in den 1860er Jahren geriet die Lage der Lehrlinge im Handwerk mehr und mehr in das Blickfeld der Öffentlichkeit, was in einigen konkreten Maßnahmen seinen Ausdruck fand. 1861 erfolgte der Zarenerlaß über

---

<sup>767</sup> Ebd., I. 5f.

<sup>768</sup> Otnošenje stats-sekretarja velikogo knjažestva Finljandskogo k ministru vnutrennich del ot 16.03.1846, und dokladnaja zapiska Grot ot 5.12.1850, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 409: O neprinjatiji v učenie finljandcev k S. Peterburgskim remeslennikam bez zaključenija o tom kontraktov, hier I. 1f., 18ff.

<sup>769</sup> Dokladnaja zapiska Grot, in: Ebd., I. 18f.; Vgl. über die Lage der Kinderarbeit und -bildung in Deutschland: S. Quandt (Hrsg.), *Kinderarbeit und Kinderschutz in Deutschland 1783-1976. Quellen und Anmerkungen*, Paderborn 1978 (Geschichte, Politik, Materialien und Forschung, Bd. 1, hrsg. v. G. C. Behrmann, K.-E. Jeismann, E. Kosthorst u.a.); Lange, S., *Zur Bildungssituation der Proletariatskinder im 19. Jahrhundert: Kinderarbeit und Armenschulwesen in der sächsischen Elbstadt Pirna*, Berlin 1978 (Monumenta Paedagogica, Bd. 13).

die Aufsicht der Lehrlinge in den Handwerksbetrieben von den Kuratoren der kaiserlichen Gesellschaft der Menschenliebe (*Imperatorskoe čelovekoljubivoe obščestvo*).<sup>770</sup>

Die Kontrolle seitens dieser Gesellschaft war ineffektiv und konnte wenig bewirken, da Mißhandlungen der Lehrlinge eine alltägliche Erscheinung in den Werkstätten waren<sup>771</sup>. Ein Beispiel dazu liefert der Gerichtsprozeß gegen den Schuhmacher Krylov, der 1876 seinen neunjährigen Lehrling für 15 Rubel bei einem Händler kaufte und für vier Jahre in die Lehre nahm. Der Lehrling wurde regelrecht gefoltert: Der Meister verprügelte ihn so stark, daß sein ganzer Körper mit Schrammen und Wunden versehen war. Der Meister gab ihm nur ein Hemd zum Kleiden, fesselte seine Füße und hängte ihn mit dem Kopf nach unten an einer Kette auf. Dafür wurde er am 4. September 1879 zu 15 Monaten in einer Strafkompagnie bei Entzug seiner Standesrechte verurteilt. Das war die erste schwere Strafe gegen einen Meister, der seinen Lehrling mißhandelte<sup>772</sup>.

Die Mißhandlungen wurden durch viele Faktoren ermöglicht. Dem Gesetz nach hatte der Meister das Recht eines Hausherrn über die Lehrlinge und Gesellen<sup>773</sup>. Erstere wurden ihm völlig ausgeliefert. Dabei spielte es keine Rolle, ob die Mutter oder der „Händler“ sie in die Stadt brachte. Der Unterschied lag nur darin, daß die Mutter dem Meister für die Lehre noch zahlte und der „Händler“ wie im Fall mit Krylov vom Meister das Geld erhielt. Die patriarchalische Lebensweise und die Mentalität der niederen und mittleren Schichten, zu denen die Meister gehörten, ermöglichten solche Behandlungsweisen. Oft konnten die Kinder die Mißhandlungen nicht mehr ertragen und versuchten durch Flucht, ihrem schweren Los zu entkommen, sie wurden jedoch meistens zum Meister mit Hilfe der Polizei oder der Eltern selbst zurückgeführt. Die Polizei nahm nur die Eigentumsrechte des Meisters wahr und schenkte den Mißhandlungen der Lehrlinge keine Beachtung, weil solche Vorgehensweise rechtlich legal war. Der Meister, so die

---

<sup>770</sup> Raport voennogo gubernatora v pravitel'stvujuščij Senat ot 8.12.1861, in: RGLA, f. 1341, op. 107, d. 1389: Po vysočajšemu povoleniju, o vozložennii na popečitelej o bednych, nadzora za položeniem učениkov v remeslennych zavedenijach S. Peterburga (1861), hier I. 1; siehe auch: O vozložennii na popečitel'stvo o bednych nadzora za položeniem učениkov v remeslennych zavedenijach S. Peterburga, in: RGLA, f. 1287, op. 38, d. 78 (August-November 1861).

<sup>771</sup> V. O. Iordan, Učениki-remeslenniki, in: Russkaja mysl', kniga 4 (1894), S. 1-24, hier S. 3ff.

<sup>772</sup> Bezzaščitnost' remeslennych učениkov, o. A., in: Vestnik Evropy, tom 5, kniga 9-10, hier kniga 10 (Oktober 1879), S. 793

<sup>773</sup> Ob ustrojstve remeslennogo soslovija, in: ŽMVD, otd. 2, č. 3, kn. 5. 1853, S. 1-40, hier S. 4.

Kollegen, sollte doch dem Lehrling „eine Lehre“ erteilen. Die Art des Betriebes spielte dabei keine Rolle.

Ein Beispiel dafür liefert das Gerichtsverfahren gegen das Ehepaar Fel'dman in Moskau, die eine Wäscherei und eine Werkstatt mit Weißnäherinnen betrieben. Der Ehemann Fel'dman ging besonders drastisch vor: Er prügelte ein junges Mädchen in der Werkstatt zu Tode. Zudem gab es mehrere Selbstvergiftungsversuche unter den jungen Näherinnen. Flüchtige Mädchen wurden mit Hilfe des Polizeirevieraufsehers Korovin zurückgebracht und in seinem Beisein noch heftiger verprügelt<sup>774</sup>. Selbst wenn es dem Lehrlingen glückte, nach Hause zurückzukommen, blieb der Mutter nichts anderes übrig, als den Sohn in die Werkstatt zurückzubringen, da fast alle Lehrlinge aus armen Familien stammten und nicht ernährt werden konnten<sup>775</sup>.

Nach der Untersuchung von 1841 waren es insbesondere Schneider- und Schuhmacherbetriebe, Zigaretten- und Möbelfabriken, Fabriken für die Herstellung von Seiden- und Wollwaren sowie Bronzegießereien, die überwiegend Lehrlinge statt erwachsener Arbeitnehmer beschäftigten.

In den Werkstätten der Tapezierer, der Gold- und Silberschmiede, der Kürschner, der Schlosser und Schneider lag das Verhältnis der Jugendlichen zu den Volljährigen bei 9:5. Unter den untersuchten Betrieben, die insgesamt 3776 Beschäftigte hatten, machten die Minderjährigen einen Anteil von 829 oder 22 % der Gesamtzahl aus<sup>776</sup>. Die Tendenz, erwachsene Arbeitnehmer durch Lehrlinge zu ersetzen, war nach der Reform vom 19. Februar 1861 noch stärker. Das hing damit zusammen, daß der Meister seine Handwerksarbeiter nicht so leicht wie früher beschwichtigen konnte. Die Arbeiter fühlten sich unabhängiger und drückten ihr Unverständnis über die Behandlungsweise des Meisters durch Ungehorsam aus. Erst die Gesetze zum Schutz der Kinderarbeit, die in den 1880er und 1890er Jahren erlassen wurden, veränderten die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zugunsten der Lehrlinge<sup>777</sup>. Die Handwerker wollten nichts mit Zivilgerichten und Fürsorgegesellschaften zu tun haben, die in aller Regel die Interessen der Lehrlinge wahrnahmen. Gleichzeitig war ohne die billige Arbeitskraft der Lehrlinge die Rentabilität der Betriebe in Gefahr.

Infolge der Vielzahl von Mißbrauchsfällen an Lehrlingen durch ihre Meister in St. Petersburg wurde 1857 eine Kommission „Für die Überprüfung der

---

<sup>774</sup> Iordan, Učeniki-remeslenniki, S. 3f.

<sup>775</sup> Ebd.

<sup>776</sup> Raport Oznobišina, in: O merach ulučšenija, I. 13.

<sup>777</sup> Iordan, Učeniki-remeslenniki, S. 3, 15.

Handwerksbetriebe“ (*Komissija dlja osmotra remeslennyx zavedenij*) einberufen. Die Kommission überprüfte 1525 Handwerksbetriebe und legte Anfang 1860 einen Rechenschaftsbericht vor, in dem ein verbreiteter roher Umgang der Meister mit den Lehrlingen konstatiert wurde:

„Der Kommissionsbericht bezeugt eine erbärmliche Lage der Lehrlinge und ihre völlige Schutzlosigkeit der Willkür des Meisters gegenüber. [...] Viele Meister halten ihre Lehrlinge unter schlechten Bedingungen, gehen mit ihnen herzlos um. Die Schrankenlosigkeit und Brutalität der Meister erreichen manchmal äußerste Grenzen“<sup>778</sup>.

Die Meister verprügelten die Lehrlinge mit den Fäusten und schlugen ihnen mit verschiedenen Gegenständen ins Gesicht, zogen sie an den Haaren auf dem Boden und traten sie mit Füßen nieder, was nach dem Kommissionsbericht eine gewöhnliche Erscheinung im Handwerk war.

Als die Arbeit der Kommission beendet war, wurden Strafen gegen 44 Meister verhängt, 14 Meistern wurden die Lehrlinge weggenommen und in andere Handwerksstätten vermittelt und gegen vier Meister wurden Untersuchungsverfahren eingeleitet. Die Meister fühlten sich während des Verfahrens im Recht. Sie wußten, wann die Kommission zu ihnen kommen sollte und versuchten es meistens erst gar nicht, ihren brutalen Umgang mit den Lehrlingen zu vertuschen.<sup>779</sup>

Für die Beseitigung der Mißhandlungen in den Handwerksbetrieben hielt die Kommission für nötig:

1. Die Handwerksoberrhäupter und die Ältesten zu verpflichten, die Lehrlinge dauernd unter ihrer Aufsicht zu halten.
2. Die Handwerksverwaltung zu verpflichten, alle Handwerksbetriebe im Beisein der Medizininspektion zu überprüfen.
3. Die Handwerksverwaltung der Gesellen „wiederherzustellen“, die niemals existierte.
4. Den Meistern vorzuschlagen, ob sie damit einverstanden seien, Lehrlinge ohne Verträge aufzunehmen, und
5. Die Länge des Arbeitstages für die Lehrlinge sollte maximal zwölf Stunden betragen, wobei zwei Stunden für die Erholung gewährleistet werden sollten<sup>780</sup>.

---

<sup>778</sup> Trudy komissii, učreždénnoj dlja peresmotra ustavov fabričnogo i remeslennogo, Teil 1. St. Petersburg 1863, S. 79f., 304.

<sup>779</sup> Trudy komissii, Teil 1. St. Petersburg 1863, S. 305; Vgl. Iordan, Učeniki-remeslenniki, S. 9f.

<sup>780</sup> Trudy komissii, Teil 1. St. Petersburg 1863, S. 305.

Der Generalgouverneur von St. Petersburg, Graf Pavel Nikolaevič Ignat'ev (1854-1861), bezweifelte den Erfolg der Maßnahmen: „Diese Vorschriften werden genauso wenig befolgt, wie es bis heute der Fall war“<sup>781</sup>. Die Beauftragung der Ältesten mit der Überprüfung aller Betriebe war wegen des Zeitfaktors kaum realisierbar, weil selbst die Kommission für die Überprüfung ihrer *nur* 1.525 Betriebe ganze drei Jahre brauchte. Zu jener Zeit gab es in St. Petersburg aber rund 12.000 Handwerksbetriebe, die unter der Leitung der Handwerksverwaltung standen und etwa 3.000 weitere Betriebe, deren Meister nicht in die Zünfte eingetreten waren. Die Handwerksverwaltung hätte sehr viel mehr Zeit benötigt, um alle Betriebe zu überprüfen<sup>782</sup>.

Ignat'ev war der Meinung, daß alle Mißstände mit der Zunftordnung zusammenhingen. Er kam zu dem Schluß, daß das Handwerk wegen fehlender Freiheit und Beugung durch die Zunftorganisation konkurrenzunfähig sei. Er schlug vor, das Handwerk von jeglichen „Beschränkungen“ zu befreien, um es zur Entfaltung kommen zu lassen. Es ist aber zu bezweifeln, daß das Handwerk ohne jede Organisation in Konkurrenz zur Großindustrie bestehen konnte. Er betonte, daß nur die Wiederherstellung der Gewerbefreiheit eine deutliche Verbesserung der Lage des Handwerkerstandes mit sich bringe<sup>783</sup>. Dies war fraglich, weil Ignat'ev unter der Gewerbefreiheit eine Bewahrung „patriarchaler Lebensweise“ verstand, die im Alltag erfolgreich die Form der schriftlichen Verträge ersetzt[e]<sup>784</sup>. Die Praxis bewies das Gegenteil. Eben diese „patriarchale Lebensweise“ war für die Mißhandlung der Lehrlinge verantwortlich.

Ignat'ev machte die Regierung darauf aufmerksam, daß bisher nur die Arbeit der Kinder in den Fabriken diskutiert würde, die Lage der Lehrlinge im Handwerk dagegen nicht, obwohl sie die gleichen Merkmale aufwies. Auch im Handwerk war Kinderarbeit fast kostenlos. Auch hier erwarben die Kinder bis zum einen bestimmten Alter fast keine technischen Kenntnisse und ruinierten ihre Gesundheit. Deswegen sollten die Bestimmungen, die für die in der Fabrik arbeitenden Kinder galten, auch für die Handwerksbetriebe gesetzlich gültig sein. Dies bedeutete, daß:

1. Die Kinder nicht jünger als 12 Jahre alt sein sollten;
2. Die Lehrlinge im Alter von 12 bis 18 Jahre nicht länger als 12 Stunden pro Tag arbeiten durften;

---

<sup>781</sup> Ebd.

<sup>782</sup> Ebd., S. 306.

<sup>783</sup> Ebd., S. 307, 60, 139.

<sup>784</sup> Ebd., S. 317.

3. Die Nachtarbeit von 20 Uhr bis 5 Uhr für die Arbeitnehmer, die nicht älter als 18 Jahre alt waren, verboten sein sollte<sup>785</sup>.

Diese Vorschläge blieben lange Zeit nicht realisiert. Die Aufsicht der Zunftältesten ging nie über die Steuereinsammlung hinaus. Sie vermieden jede Einmischung in die „inneren Angelegenheiten“ des Meisters, um nicht die Mißgunst ihrer Kollegen zu wecken<sup>786</sup>. Die Kommissionsmitglieder befürchteten auch, daß falls die Ältesten die Meister auffordern würden, alle Regelungen des Handwerksstatutes streng zu beachten, die Streitigkeiten nie ein Ende haben würden. Der Status quo wurde folglich von beiden Seiten gewahrt. In dieser rechtlichen Situation konnte eine Verbesserung der Lage der Lehrlinge, deren Aufsicht auf die Polizei übertragen worden war, nicht eintreten<sup>787</sup>.

Die Arbeitsschutzgesetze für die Fabriken galten nicht für Handwerksbetriebe mit weniger als 16 Beschäftigten<sup>788</sup>. Deswegen hatten die Gesetze über die Beschränkung der Kinderarbeit vom 1. Juni 1882 und über das Nachtarbeitsverbot für Frauen und Jugendliche in der Textilindustrie von 1885 keinen *obligatorischen* Charakter für die kleineren Handwerksbetriebe<sup>789</sup>. Infolge der Nachsicht der Handwerksverwaltung blieb die Lage der Lehrlinge im Handwerk unverändert schwer. Laut den Statistiken des Moskauer städtischen Rukavišnikov-Asyls bestand z. B. zwischen 1880 und 1888 die Hälfte der minderjährigen Straftäter aus Handwerkslehrlingen, überwiegend aus Schuhmacherbetrieben. Vom gesundheitlichen Zustand her waren sie fast alle angeschlagen: Den höchsten Prozentsatz der aus gesundheitlichen Gründen untauglichen Rekruten für das Heer stellten ebenfalls die Handwerker<sup>790</sup>.

Die schädliche moralische und gesundheitliche Wirkung auf die Lehrlinge in den Handwerksbetrieben wurde während des ersten Handwerkskongresses 1900 von der technischen Intelligenz und der Ärzteschaft mehrmals angeprangert, doch die Meister reagierten auf alle Kritikversuche äußerst empfindlich und abweisend. Für die Arbeitsschutzgesetze zeigten sie keine Sympathien und setzten Resolutionen durch, die den Arbeitstag von 10 auf 11,5 Stunden verlängerten und die Wiedereinführung der Nachtarbeit forderten. Als die Frage über die Begrenzung des Arbeitstages auf acht Stunden wenigstens für die Minderjährigen zur Diskussion gestellt wurde, ließen die Handwerker den Vorschlag einstimmig

---

<sup>785</sup> Ebd., S. 358f.

<sup>786</sup> Iordan, Učeniki-remeslenniki, S. 11.

<sup>787</sup> Trudy komissii, Teil 1. St. Petersburg 1863, S. 60.

<sup>788</sup> V. Alymov, K voprosu o položenii truda v remeslennom proizvodstve, in: Narodnoe chozjajstvo, kniga 6 (November-Dezember 1904), S. 3ff.

<sup>789</sup> Puttkamer, Anfänge, S. 85-108.

<sup>790</sup> Iordan, Učeniki-remeslenniki, S. 5.

scheitern. Ebenfalls einen heftigen Wortwechsel rief der Vorschlag hervor, den Lehrlingen die Möglichkeit zu geben, sechs Stunden in der Woche die Schule zu besuchen, wobei der Delegierte Korotovič die allgemeine Meinung zum Ausdruck brachte, daß die Meister überhaupt kein Interesse daran hätten, sich zukünftige Konkurrenten großzuziehen. Der Smolensker Zunftälteste Stepanov war der einzige, der die Meister zu dem Kompromiß aufforderte, den Schulbesuch doch zuzulassen und wurde dafür von der Versammlung ausgepiffen<sup>791</sup>.

Während des Kongresses fielen praktisch alle Vorschläge der Intelligenz zum Arbeitsschutz und zur Schulbildung der Lehrlinge durch. Nur einen Artikel über die Abschaffung der Züchtigung ließen die Handwerker mit der Vorbedingung zu, daß ihnen „die Maßnahmen der Hauserziehung“ (*mery domašnego ispravlenija*), zugestanden bleiben sollten, wobei die wohlwollenden Worte des St. Petersburger Handwerkers Volkov über die Rute als eine der besten Erziehungsmethoden einen allgemeinen Enthusiasmus und laute Ovationen hervorriefen<sup>792</sup>.

Die so genannten „mery domašnego ispravlenija“ wurden vom Gesetz seit dem Anfang der Zünfte erlaubt und wurden im Artikel 1377 des neuen Strafgesetzbuches beschrieben, dem der Erlaß vom 15. August 1845 als Vorlage diente. Unter anderen Erziehungsmaßnahmen hielt es der Gesetzgeber für möglich, den Lehrling „nicht genügend ausruhen zu lassen und ihn unzureichend zu ernähren“ (*daëtsja nedovol'no uspokoenija i pišč*). Es galt als legitimes Erziehungsmittel, daß der Meister dem Lehrling „Wunden und Körperverletzungen“ (*pričinjajutsja rany i uveč'ja*) zutreiben durfte<sup>793</sup>.

Die Reformfeindlichkeit der Meister fand ihren Ausdruck in ihrer äußerst zurückhaltenden Stellung zu allen Reformvorstellungen der Intelligenz. Ihre Vorschläge, die Lehrlinge außerhalb des Meisterhauses zu verpflegen und sie parallel zu ihrer Lehre in der Werksatt einzuschulen, setzten das Handwerksbüro (*Remeslennoe bjuro*) und die Fürsorgegesellschaft für die Lehrlinge bei den zünftigen Meistern (*Popečitel'stvo o suščestvujuščich ličnym trudom detjach i podrostkach, obučajuščichsja različnogo roda remëslam u cechovyh masterov goroda S. Peterburga*) in die Realität um.

Das Handwerksbüro wurde in den 80er Jahren gegründet und hatte zum Ziel, Kinder aus ärmeren Familien im Handwerk auszubilden. Es suchte für sie den geeigneten Ausbildungsplatz bei den Handwerksmeistern, betreute sie während der Ausbildung und bot ihnen eine Wohnung zur Übernachtung. Zum 1. Januar 1886 gab es im Asyl 71 Kinder, davon 46 Mädchen und 25 Jungen. Außerdem gab es

<sup>791</sup> A. P., Naši remeslenniki, in: Russkoe bogatstvo, Nr. 4 (1900), S. 160-172, hier S. 162; Vgl. Remeslennoe učeničestvo, Bd. 3, in: Trudy Vserossijskogo s-ezda po remeslennoj promyšlennosti v S. Peterburg 1900 goda. St. Petersburg 1901.

<sup>792</sup> A. P., Naši remeslenniki, S. 163.

<sup>793</sup> A. N. Kremlëv, Ob otmene telesnogo nakazanija dlja remeslennych učениkov, in: Trudy Vserossijskogo s-ezda, Bd. 3, S. 297ff.



in diesem Jahr 96 neue Anträge über die Aufnahme der Kinder. Für die immer größer werdende Zahl von Lehrlingen plante das Handwerksbüro, ein Heim zu eröffnen, dafür fehlte es aber an Geld. Der Appell des Handwerksbüros an die „Kaufleute, Fabrikanten und Handwerker“ der Hauptstadt, das Büro zu unterstützen, verhallte ohne eine einzige Spende ungehört<sup>794</sup>.

Ungeachtet dessen hatte das Handwerksbüro Erfolg, was sich in der hohen Bewerber- und Bewerberinnenzahl ausdrückte. Die stetige Nachfrage nach den Arbeitsstellen wurde dadurch gesichert, daß viele Werkstätten Lehrlinge suchten und auch viele Eltern ihre Kinder in die Lehre geben wollten. Trotzdem gab es längere Wartezeiten bei den meisten Bewerbern und Bewerberinnen aufgrund spezieller Wünsche ihrer Eltern. Letztere wollten unbedingt, daß ihre Kinder in den Schneider- bzw. Schlosser- oder Mechanikerhandwerken, den Handwerken, die am wirtschaftlichen Aufschwung am meisten beteiligt waren, ihre Ausbildung bekämen<sup>795</sup>.

Die Fürsorgegesellschaft für die Lehrlinge hatte ähnliche Aufgaben. Sie bezweckte, die Lehrlinge nur während des Arbeitstages in die Werkstatt zu schicken. Hier zahlten dagegen die Meister für ihre Lehrlinge fünf bis dreizehn Rubel im Monat, die allerdings nicht ausreichten, um den finanziellen Aufwand der Gesellschaft decken zu können. Im Jahr lagen die Kosten pro Lehrling zwischen 149 und 197 Rubel<sup>796</sup>.

Die Gesellschaft war ständig auf fremde finanzielle Hilfe angewiesen. Es gab vor allem drei Institutionen, die ihr einige Geldmitteln zusicherten: das Innenministerium kam jährlich für fünf- bis sechstausend Rubel auf, von denen allerdings 1906 nur 1.500 Rubel ankamen, das Finanzministerium, das 1904, 1906 und 1908 jeweils 5.000 Rubel zahlte, und die Handwerksverwaltung der Hauptstadt. Am 10. Juni 1909 wurden vom Kaiser ebenfalls 5.000 Rubel bewilligt<sup>797</sup>.

Diese Initiativen waren lobenswert. In Anbetracht der großen Anzahl der Lehrlinge in der Stadt hatten sie aber einen geringen Effekt. Die überwiegende Mehrheit der Lehrlinge konnte die Vorteile, die die Gesellschaft anbot, nicht nutzen. Laut der Studie eines Mitglieds der fünften Abteilung der Gesellschaft für die Förderung

---

<sup>794</sup> Отчёт Ремесленного бжуо за 1886 год. St. Petersburg 1887, S. 1f., 4.

<sup>795</sup> Ebd., S. 7f.

<sup>796</sup> Изложение дела отделом торговли министерства торговли и промышленности от 29.09.1908, in: RGIA, f. 1278, op. 2, d. 664: Об отпуске в 1909 году из средств государственного казначейства пособия попечител'ству [...] (30. September 1908 - 17. Juni 1909), hier l. 8. Vgl. Tabelle 60 im Tabellenanhang.

<sup>797</sup> Изложение дела отделом торговли министерства торговли и промышленности от 29.09.1908, in: RGIA, f. 1278, op. 2, d. 664: Об отпуске в 1909 году из средств государственного казначейства пособия попечител'ству [...] (30. September 1908 - 17. Juni 1909), hier l. 8f., 49.

der russischen Industrie und des Handels für Haus- und Handwerksgerate waren in den St. Petersburg Handwerksbetrieben 9.400 Lehrlinge im Verhältnis 73% Lehrlinge zu 27% Lehrlinge beschäftigt<sup>798</sup>.

Die Handwerksbetriebe können, was die Bildungsqualität der Lehrlinge angeht, in drei Gruppen eingeteilt werden. Zur ersten Gruppe gehörten die Betriebe, die traditionelle Handwerksbetriebe waren und in denen die Lehrlinge verhältnismäßig gute Ausbildungschancen hatten. Das waren z. B. die Gold- und Silberschmiedhandwerke bzw. die Handwerke mit besonders teuren Produktionsgegenständen. In diesen Handwerken war die Gefahr groß, daß die Lehrlinge infolge ihrer Ungeschicklichkeit großen Schaden anrichten konnten, wodurch es zu empfindlichen Verlusten gekommen wäre. Deswegen wurden in solchen Betrieben den Lehrlingen zunächst nur einfachere Arbeiten anvertraut. Weniger günstig für Lehrlinge waren die Handwerksbetriebe, die sich zu Manufakturen (*masterskie-fabriki*) entwickelt hatten, in denen eine große Zahl gleichartiger und ziemlich einfacher Gegenstände hergestellt wurde. Dies waren Übergangsbetriebe, die sich allmählich zu Fabriken entwickelten. Hier führten die Lehrlinge mit Hilfe einer Maschine oder eines Handwerkszeuges eine einfache und monotone Tätigkeit aus, was verhinderte, daß sie den gesamten Arbeitsprozeß überblicken konnten. Überhaupt nicht geeignet für die Ausbildung der Lehrlinge waren Werkstätten, in denen sich lediglich der Zusammenbau von vorgefertigten Teilen vollzog, die von Fabriken geliefert wurden. Das waren in der Regel die auswärtigen Betriebseinheiten der Fabriken. Hier wurde der Lehrling zu einem minderjährigen Arbeiter, der keine Aussichten hatte, in Zukunft als Geselle eingestellt zu werden, sondern für immer ein Arbeiter blieb<sup>799</sup>.

Zweifelloso waren die Meister nicht allein daran schuld, daß die Handwerksausbildung zuweilen mangelhaft verlief. Der Unwille vieler Meister, Lehrlinge aufzunehmen, wurde auch durch die Lehrlinge bzw. ihre Eltern mit verursacht, die sich nicht an die Vertragsbedingungen hielten. Überhaupt hatte die schriftliche Vereinbarung in den niederen und mittleren sozialen Schichten keine verbindliche Gültigkeit, und wenn eine der beteiligten Seiten für sich keinen Nutzen mehr sah, löste sie den Vertrag willkürlich auf. Es kam nicht selten vor, daß ein Lehrling nach einer gewissen Zeit, in der er das Handwerk erlernt hatte, der Vertrag aber noch ein oder zwei Jahre weiter laufen sollte, zu einem anderen Meister wechselte, wo er für Lohn weiter arbeitete. Dies wurde vor allem von den

---

<sup>798</sup> G. F. Rakeev, Ob učeničestve u masterov, in: Trudy obščestva dlja sodejstvija russkoj promyšlennosti i torgovle. Zapiski V otdelenija po kustarnoj i remeslennoj promyšlennosti 1889-1891. St. Petersburg 1892, S. 1.

<sup>799</sup> Rakeev, Ob učeničestve, S. 5.

Eltern der Kinder erstrebt, die dadurch das Einkommen im Haushalt erhöhen konnten<sup>800</sup>.

Die Handwerks- bzw. Berufsschulen stellten ihrer hohen Beiträge wegen (bis zu 200 Silberrubel im Jahr) keine Alternative zu der Ausbildung im Handwerksbetrieb dar. Hätte man 1892 in St. Petersburg für die 9.000 Lehrlinge Handwerksschulen gebaut, so hätte dies 2.000.000 Silberrubel im Jahr verschlungen; aber weder die Regierung, noch die Stadt und schon gar nicht die Handwerksverwaltung waren imstande, solche Summen aufzutreiben.<sup>801</sup> Der Ernteausfall 1890 und 1891 und die Hungersnot unter der breiten Masse der Bevölkerung bereiteten der Regierung größte Probleme, an anderweitige Investitionen war nicht zu denken.

Im Unterschied zum ersten Handwerkskongreß 1900 wurde während des zweiten Kongresses im Januar 1911 ein Durchbruch in den Fragen der Lehrlingsausbildung im Handwerk erreicht. Jetzt wurde deutlich, welche Entwicklung die Handwerker in diesen elf Jahren genommen hatten. Ohne jede Debatte verurteilte der Kongreß einstimmig die körperliche Züchtigung der Lehrlinge und bestimmte, daß möglichst schnell die allgemeine Schulpflicht und kostenlose Schulbildung eingeführt werden sollten<sup>802</sup>. Allerdings gab es Unstimmigkeiten bei der Festlegung der Anzahl der Schulstunden. Hier unterschritten die Meister sogar das Minimum von 18 Schulstunden pro Woche, das das Gesetz vom 15. November 1906 bestimmte, und verlangten nach zwölf Schulstunden pro Woche. Im Grunde genommen hatten die Meister recht, da es mit einem zehnstündigen Arbeitstag höchst unwahrscheinlich war, daß Lehrlinge bzw. jugendliche Arbeiter imstande waren, effektiv zu lernen. Vorher sollte erst die Länge des Arbeitstages gekürzt werden müssen, da die Schüler in den Abendklassen nicht lernten, sondern schliefen<sup>803</sup>.

Der Beschluß der St. Petersburger Stadtduma in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts, bestimmte Summen für die Entwicklung der Handwerksausbildung in der Hauptstadt auszugeben, verhalf einigen privaten Institutionen - wie z. B. der Handwerksschule namens Thronfolger Nikolaj - zur Existenz, bewirkte aber für die Entstehung des Gesamtsystems der Berufsausbildung wenig. Mit dem zweiten Aufschwung der Industrialisierung vor dem Ersten Weltkrieg war wieder die mangelnde Handwerksausbildung sowie der Mangel an gut ausgebildeten Fachleuten deutlich zu spüren. Deswegen plante die Stadtduma 1911, ein Gesamtsystem der Handwerksausbildung entsprechend den Bedürfnissen der

---

<sup>800</sup> Ebd., S. 15f.

<sup>801</sup> Ebd., S. 24.

<sup>802</sup> A. Malin, Vtoroj vsereossijskij remeslennyj s-ezd, in: Vestnik Evropy, kniga 3 (März 1911), S. 287-292, hier S. 287, 289.

<sup>803</sup> Andreev, O rabote, S. 50.

Hauptstadt zu entwickeln. Die Kommission für die Volksbildung bei der Stadtduma rechnete aus, daß für das vorgesehene Projekt 1.500.000 Rubel und für die laufenden Kosten jährlich 130.000 Rubel nötig seien. Die Finanzkommission der Duma veranlaßte diesbezüglich eine Beratungsrunde mit führenden Fachleuten auf diesem Gebiet. Es wurden der Vorsitzende der Kommission für die Volksbildung, A. V. Belgardt, ihre Mitglieder S. V. Ždanov und N. N. Medvedev, der Direktor der Ochtersker Mechanisch-technischen Berufsschule, I. F. Bunin, der Bezirksinspektor der Industrieschulen des Volksbildungsministeriums, N. G. Gruzov, der Leiter der Werkstatt der Handwerksschule namens Thronfolger Nikolaj, N. B. Zavadskij, und das Mitglied der Gesellschaft für die Förderung der russischen Industrie und des Handels, G. F. Rakeev, eingeladen. Die Ergebnisse der Zusammenkunft waren dürftig. Die Kommission kam lediglich zu dem Schluß, daß die Handwerksausbildung in der Stadt ungenügend entwickelt sei, was eigentlich schon vor der Zusammenkunft von der Duma festgehalten worden war. Das Projekt kam nicht zum Abschluß, weil nicht entschieden werden konnte, was genau die Handwerksschulen bezwecken mußten, in welchen Berufen überhaupt Bedarf bestand und ob leitende Meister (*mastera-rukovoditeli*) oder Gesellen-Arbeiter (*podmaster'ja-rabočie*) ausgebildet werden sollten<sup>804</sup>.

Die Forderungen des Handwerkskongresses von 1911 waren richtungsweisend, von der Realität aber weit entfernt. Während des Kongresses bezeichnete der Delegierte D. P. Nikol'skij, wie schon V. O. Jordan 1894, die Lehre im Handwerk als eine Quälerei (*učeničestvo-mučeničestvo*). Er bemerkte, daß die Lehrlinge zur Zeit nur als eine kostenlose bzw. billige Arbeitskräfte ausgenutzt wurden und sich die Lehre im Handwerk in reine Ausbeutung der Kinder verwandelt hätte<sup>805</sup>.

### 8.3 Die Rolle der Handwerksverwaltung in der Berufsausbildung

Eine der Aufgaben der Handwerksverwaltung war es, darauf zu achten, daß die Meisterkinder rechtzeitig in die Lehre gingen und eine fachgemäße Ausbildung bekamen. Sobald die letzteren das Alter von dreizehn Jahren erreicht hatten und noch nicht von den Eltern in die Lehre geschickt worden waren, war die Handwerksverwaltung dazu berechtigt, die Kinder an einen Betrieb zu vermitteln. Des weiteren sollte die Handwerksverwaltung kontrollieren, daß Lehrlinge in den Werkstätten nicht mißhandelt wurden und eine regelmäßige Ausbildung erhielten. Dadurch sollte der Zustrom der ausgebildeten Kräfte in das Handwerk gesichert und die Tradition eines handwerklichen Familienbetriebes bewahrt werden. Die

---

<sup>804</sup> Trudy Vserossijskogo (...) 1911 goda, S. 107ff.

<sup>805</sup> Malin, Vtoroj, S. 288.

Praxis zeigte aber, daß eine Kontrolle der Betriebe nicht möglich war<sup>806</sup>. Allerdings ist zu bemerken, daß eine andere Art der Handwerksausbildung zu jener Zeit auch nicht existierte. Der Lehrling hatte keine andere Wahl und mußte diese Tortur der Lehrzeit überstehen, wenn er den Wunsch hatte, sich selbständig zu machen und die Laufbahn eines Meisters in der Hauptstadt einzuschlagen.

Zuerst sollten die Kinder mindestens fünf Jahre in der Lehre bei einem zünftigen Meister bleiben, wonach sie das Gesellendiplom erhielten und danach weitere drei Jahre als Geselle arbeiten konnten. Nach dem Abschluß der Ausbildung durfte der Geselle bei der Zunftverwaltung des jeweiligen Handwerks die Meisterprüfung ablegen und danach als Zunftmeister weiterarbeiten und, wenn möglich, eine eigene Werkstatt eröffnen. Seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts änderte sich die Situation der Ausbildung im Handwerk wesentlich. Mit der Entwicklung des freien Arbeitsmarktes und der immer größer werdenden Anzahl der nichtzünftigen Werkstätten entfiel für viele Lehrlinge bzw. Gesellen die Notwendigkeit, die Handwerkslehre im vollen Umfang zu absolvieren und mit dem Gesellendiplom abzuschließen. Immer mehr Handwerksbetriebe verloren allmählich ihren handwerklichen Charakter und entgingen mit ihrer Kapitalisierung und Vergrößerung einerseits und der Proletarisierung der Handwerker andererseits den Vorschriften der Handwerksverwaltung. Viele der Gesellen wollten sich um jeden Preis selbständig machen, wodurch eine Vielzahl alleinstehender Meister vorhanden war, die ihre Meisterdiplome leicht bekommen konnten und inoffiziell Arbeitskräfte ohne Gesellendiplom einstellten, die als einfache Handwerksarbeiter bezeichnet wurden.

Tabelle 13: Ausgabe der Meister- und Gesellendiplome 1866, 1867 und 1910

<b>Jahr</b>	<b>Meisterdiplome</b>	<b>Gesellendiplome</b>	<b>Gesamt</b>
1866	560	727	1287
1867	631	784	1415
1910	932	109	1041

Quelle: Otčety S. Peterburgskoj remeslennoj upravy za 1866, 1867 i 1910 gg.

Wie aus der Tabelle zu ersehen ist, verminderte sich die Anzahl der ausgegebenen Gesellendiplome für die Lehrlinge von 784 im Jahre 1867 auf 109 im Jahre 1910

---

<sup>806</sup> Abhandlung „Remeslennaja uprava“ in: Ėnciklopedičeskij slovar', tom 26, polutom 52. St. Petersburg 1899, S. 556f.

drastisch. Dagegen stieg die Anzahl der ausgegebenen Meisterdiplome von 631 im Jahre 1867 auf 932 im Jahre 1910 an.

Die Anzahl der Lehrlinge in St. Petersburg blieb dank der größeren Handwerksbetriebe in den ersten zehn Jahren des 20. Jahrhunderts konstant, wobei ihre Anzahl in kleineren Betrieben absank.

**Tabelle 14: Anzahl der Lehrlinge in den Handwerksbetrieben der zünftigen Meister und mittlere Zahl der Gewerbebetriebe in Moskau und St. Petersburg 1900 und 1910**

Jahr	Beschäftigte in der Werkstatt				
	von 2 bis 4	von 5 bis 15	von 16 bis 25	mehr als 25	Gesamt
	Zahl der Lehrlinge				
St. Petersburg 1900	10902	3717	594	206	<b>15419</b>
1910	10806	3705	656	283	<b>15450</b>
Moskau: 1900	-	-	-	-	<b>3110</b>
1910	-	-	-	-	<b>1635</b>

Quelle: Remeslenniki i remeslennoe upravljenie, S. 47.

Im Unterschied zu St. Petersburg verringerte sich die Anzahl der Lehrlinge in Moskau laut den offiziellen Statistiken mit 47,4 % fast um die Hälfte. In der Tat aber waren in Moskau rund 14.000 Lehrlinge beschäftigt, was deutlich macht, daß die Handwerksbetriebe immer mehr der Kontrolle der Handwerksverwaltung ausweichen konnten und sich nicht registrieren ließen.

Auch die Arbeit der Zunftverwaltungen wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts kritischer bewertet. So berichtete V. O. Iordan 1894, daß die Meister in Moskau viele Handwerker ohne Gesellendiplome einstellten. Dies passierte aus folgenden Gründen. Einmal im Jahr meldeten sich die Meister bei der Zunftverwaltung und entrichteten unter anderem die Beiträge für die erwachsenen Handwerker, die in ihren Werkstätten beschäftigt wurden. Dabei wurde in der Zunftverwaltung nicht danach gefragt, ob die letzteren ausgebildete Gesellen mit Diplomen seien. Nach dem Bedarf bzw. entsprechend der wirtschaftlichen Situation des jeweiligen Handwerkers konnte die Anzahl der Beschäftigten von Jahr zu Jahr unterschiedlich sein. Florierte die Werkstatt eines Meisters, verdoppelte er die Anzahl der Gesellen. Errichtete er im nächsten Jahr bei der Zunftverwaltung für die doppelte

Anzahl der Gesellen die Steuer, wurde er nicht danach gefragt, warum er denn plötzlich mehr Gesellen als im letzten Jahr hatte, obwohl keiner von ihnen ein Gesellendiplom von der Zunftverwaltung erhalten hatte<sup>807</sup>.

Darüber hinaus begünstigte diese Sachlage die neue administrativ-polizeiliche Ordnung, welche die Ausgabe von Pässen an Lehrlinge erlaubte, was früher unmöglich war, weil die Meister die Pässe solange bei sich behielten, bis sie der Meinung waren, daß die Lehrlinge ihre Ausbildung beenden konnten bzw. sie ihre Hilfe nicht mehr gebrauchen konnten. Jetzt trug der städtische Steuereinnahmer automatisch in den Paß unter der Rubrik „Beschäftigung“ die Bezeichnung „Geselle“ ein, falls der Lehrling 17 Jahre alt war. Der Meister mußte pro Geselle drei Rubel Abgaben bezahlen. Das gab dem Lehrling die Möglichkeit, ohne eine Gesellenprüfung bei einem anderen Meister als Geselle angestellt zu werden und damit eine bezahlte Gesellenstelle zu besetzen<sup>808</sup>.

Diesen Sachverhalt bestätigte die Handwerksverwaltung selbst, indem sie die Beschuldigungen der zeitgenössischen Kritiker über die Bedrängung der Handwerker durch den obligatorischen Eintritt in die Zünfte mit den Worten zurückwies, daß sie grundlos sei:

„Es gibt keine Hindernisse beim Erwerb des Gesellen- bzw. Meistertitel, da die Bewerber keiner Prüfung von den Zunftältesten unterzogen werden“<sup>809</sup>.

Gleichzeitig verneinte die Handwerksverwaltung eine mögliche Handwerksausbildung außerhalb des Handwerksbetriebes. Ihrer Meinung nach war die Handwerksausbildung an den Berufsschulen nicht ausreichend, da die Lehrlinge auf jeden Fall den Lehrgang in einer Werkstatt absolvieren sollten, um praktische Erfahrungen sammeln zu können. Es ist nötig, noch einen wesentlichen Zug der Handwerksausbildung bei den zünftigen Meistern zu erwähnen. Am Ende des 19. Jahrhunderts wurde von den Zeitgenossen und von der Handwerksverwaltung selbst auf eine informelle Qualifikationsweise der Lehrlinge und Gesellen in den Zünften hingewiesen<sup>810</sup>. Die Gesellen bekamen ihre Diplome

---

<sup>807</sup> Iordan, Učeniki-remeslenniki, S. 21.

<sup>808</sup> V. P. Aleksandrov, K voprosu ob učeničeskich kontraktach i knižkach, in: Trudy Vserossijskogo s-ezda po remeslennoj promyšlennosti v S. Peterburge 1900 goda. St. Petersburg 1901, S. 371f.

<sup>809</sup> Mnenie S. Peterburgskoj remeslennoj upravy (1897), S. 4.

<sup>810</sup> A. Jadrov, V zaščitu russkich cechov, hrsg. v. St. Peterburger Handwerksverwaltung, St. Petersburg 1897, S. 3f.; Dokladnaja zapiska komissii, učreždënoj s celiju izyskanija mer k ulučeniju remeslennoj promyšlennosti v S. Peterburge ot 8 janvarja 1888, S. 5f.

ohne große Formalitäten. Dies bezeugt, daß die Zunftregelungen in ihrer Strenge sichtlich aufgelockert wurden.

Die Lehrlinge bekamen in den meisten Fällen die Gesellendiplome nicht mehr, obwohl sie weiterhin als Gesellen beschäftigt wurden. 1888 gab es 12.000 Lehrlinge in den Zünften, von denen nur 1.200 Gesellendiplome erhielten. Die Handwerksverwaltung hatte keinerlei Kontrolle über die Fluktuation der Lehrlinge, da die Meister keine Berichterstattung über die Anzahl der Lehrlinge vorlegten. Das Gesellendiplom wurde dem Lehrling ohne nötige Prüfung von der Handwerksverwaltung ausgehändigt. Dasselbe galt für die Gesellen, die kein Meisterstück anfertigen mußten, um das Meisterdiplom zu erhalten. In beiden Fällen legten sie bei der Verwaltung ein billigendes Zeugnis (*svidetel'stvo-attestat*) von ihren Meistern vor, was völlig ausreichte. Falls der Lehrling kein Zeugnis von seinem Meister bei der Verwaltung vorlegte, mußte er eine Prüfung beim Zunftmakler ablegen, was „äußerst selten“ geschah<sup>811</sup>.

#### 8.4 Die nichtzünftige Handwerksausbildung und die Rolle des Staates

Mit der Ausbildung der Fachkräfte im Handwerk bemühte sich der Staat, die Armee mit Fachleuten zu versorgen. Darauf zielte der Senatserslaß von 1731, der unter anderem dem in diesem Jahr gegründeten Kadettenkorps in St. Petersburg auferlegte, Handwerker für die Armee auszubilden, die aus den Rekruten im Alter von 20 bis 35 Jahren ausgewählt werden sollten<sup>812</sup>. Ein späterer Erlass von 1761 sah vor, Schüler der Garnisonsschule im Alter von 13 bis 15 Jahren wie auch Kinder der gemeinen Angestellten des Kadettenkorps sowie aus dem freien Stand des Kadettenkorps zum gleichen Zweck aufzunehmen. Die Lehrlinge sollten Schreiben und Lesen, Mathematik, Geometrie, Malen und die deutsche Sprache lernen. Die Auswahl dieser Fächer wurde dadurch bestimmt, daß „der Handwerker die Geometrie beherrschen soll, um die geometrische Proportion der Dinge zu bewahren und um die Ware vergrößern oder verkleinern zu können. Das Malen lernen, um einen Gegenstand malen zu können und ihn dann maßstabgetreu herzustellen. Die deutsche Sprache soll er lernen, weil alle guten Handwerker Deutsche sind und weil die Veterinärbücher ebenfalls auf Deutsch geschrieben sind“<sup>813</sup>.

Die ganze Schulzeit bei gleichzeitigem Erlernen des Handwerks sollte sechs Jahre lang dauern. Nach dem Abschluß wurden alljährlich etwa 30 junge Handwerker in die Armee geschickt. Unter den Absolventen waren u. a. Schmiede, Sattler,

---

<sup>811</sup> Dokladnaja zapiska, S. 4, 6.

<sup>812</sup> Očerki ruskoj kul'tury 18 veka, Bd. 1. Moskau 1985, S. 167.

<sup>813</sup> PSZ RI 1, Bd. 15, Nr. 11224.



Pferdegesschirmmeister, Waffenschmiede, Schuhmacher und Schneider. Nach zwölf Jahren Dienst konnten sie entlassen werden. Sie wurden aber verpflichtet, in die Zünfte St. Petersburgs, Moskaus oder anderer großer Städte einzutreten.

Die Ausbildung in einem Handwerk (*obučenie „chudožestvam i masterstvam“*) wurde auch in der Kommerzschule eingeführt, die 1772 gegründet wurde. Am Ende des 18. Jahrhunderts wurde das Handwerk als eine sichere Einkommensquelle angesehen. So wurden die Zöglinge des Erziehungshauses (*Vospitatel'nyj dom*) in St. Petersburg im Handwerk ausgebildet, um „dem Absolventen nach dem Abschluß zu ermöglichen, selbst ein Meister zu werden, um seine Familie verpflegen zu können und um ihm ein sicheres Einkommen zu gewähren“<sup>814</sup>. Das Handwerk hatte damals mit einigen Ausnahmen, z. B. das Berd-Werk, eine Monopolstellung in der Herstellung von Konsumgütern inne und daher von großer Bedeutung in der Hauptstadt. Der starke Zustrom von Landbewohnern sicherte eine zusätzliche Nachfrage nach handwerklichen Erzeugnissen.

Es soll nicht die Einstellung zur Kinderarbeit im 18. Jahrhundert vergessen werden, die in Rußland nachhaltig bis zum letzten Drittel des 19. Jahrhunderts fort dauerte. Wie es W. Fischer trefflich charakterisierte:

„Kinderarbeit gilt im 18. Jahrhundert als ein Segen, weil sie die Kinder zu nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft macht. Arbeit ist das erste Mittel, das die Obrigkeiten einsetzten, um die Weisen- und Armenkinder von der Straße des Bettels abzubringen. Verwaltungsbeamte, Pfarrherren und Pädagogen sind sich darin einig, daß, je früher der Mensch zum Arbeiten angehalten wird, er desto weniger in die Gefahr gerät, sich dem Müßiggang hinzugeben und seinen Mitmenschen zur Last zu fallen. Jeder, der Gelegenheit zu nützlichen Arbeit für Kinder schafft, wird als Menschenfreund gepriesen“<sup>815</sup>.

Viele Meister und Fabrikanten wandten sich daher mit der Bitte an die Regierung, in ihren Werkstätten Kinder ausbilden zu dürfen, was wiederum für die Gründung eines Gewerbebetriebes von Nutzen war. Die Unternehmer betonten den

---

<sup>814</sup> PSZ RI 1, Bd. 25, Nr. 18804.

<sup>815</sup> W. Fischer, *Der Staat und die Anfänge der Industrialisierung in Baden 1800-1850*. Bd. 1, Berlin 1962, S. 343f., zitiert nach: Quandt, *Kinderarbeit*, S. 19. Vgl. über die Kinderarbeit in Deutschland: Ursula Aumüller, *Industrieschule und Ursprüngliche Akkumulation in Deutschland. Die Qualifizierung der Arbeitskraft im Übergang von der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise*, in: Hartmann/Nyssen/Waldeyer (Hrsg.), *Schule und Staat im 18. und 19. Jahrhundert*, Frankfurt/Main 1974, S. 9-145; Helmut Christmann, *Bemerkungen zur Kinderarbeit in der württembergischen Gewerbeindustrie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, in: *Zur Geschichte der Industrialisierung in den südwestdeutschen Städten*, hrsg. v. E. Maschke und J. Sydow, Sigmaringen 1977, S. 40-56; F. J. Gemmert, *Die Entwicklung der ältesten kontinentalen Spinnerei*, Leipzig 1927, S. 141f.

erzieherischen Effekt des Unternehmens, wobei hier auch die Risikominimierung durch Kostenreduzierung dank billigerer Kinderarbeit nicht zu übersehen ist. Streben des Unternehmers, das Risiko zu minimieren und sich für die erste Periode durch billigere Kinderarbeit zu versichern, nicht zu übersehen ist. So schlug 1817 der Eigentümer zwei Fabriken für Lampen und Silberbeschläge vor, in seine Betriebe 30 Zöglinge des Erziehungshauses als Lehrlinge aufzunehmen<sup>816</sup>. Mit dem gleichen Wunsch wurde 1824 August Jeanneret, der die Gründung einer Uhrenfabrik in Rußland plante, beim Finanzminister vorstellig<sup>817</sup>.

Die Handwerksausbildung, die die Zöglinge im Erziehungshaus bekamen, war nicht breit gefächert. Den Zöglingen fehlte es an praktischer Erfahrung und konnten sich daher selten zum Meister hocharbeiten. Bestenfalls konnten sie als Gesellen in einer Werkstatt beschäftigt werden und nach einiger Zeit versuchen, eine Meisterprüfung in der Handwerksverwaltung abzulegen. Es gab allerdings noch einen anderen Weg, sich selbständig zu machen, nämlich als freier Meister zu arbeiten. In diesem Fall mußten die Zöglinge keine Prüfung ablegen. Dafür durften sie keine Gesellen und Lehrlinge beschäftigen, sondern mußten als alleinstehende Handwerker ihre Arbeit verrichten.

Um den ständigen Zufluß an qualifizierten Arbeitern in den staatlichen Betrieben St. Petersburgs zu sichern, bemühte sich die Regierung den Ausbildungsweg, der für das traditionelle Handwerk typisch war, durch Vorschriften festzulegen. Das System der individuellen Ausbildung eines Lehrlings im staatlichen Großbetrieb existierte bis zu den Reformen in den 60er Jahren. 1799 wurde die Ausbildung der Lehrlinge bei einem Meister im Arsenal gesetzlich verankert. Dasselbe galt seit 1806 für die Admiralitätswerke in Ižora, wo ein Meister vier, ein Geselle drei, ein qualifizierte Arbeiter (*podmaster'e*) erster Klasse zwei und der der zweiten Klasse einen Lehrling ausbilden sollte. Hier wurden ständig 120, später 180 Lehrlinge ausgebildet. Nach dem drei- bis fünfjährigen Lehrgang legten sie eine Prüfung ab und bekamen den Grad eines qualifizierten Arbeiters<sup>818</sup>.

Eine Kaderschmiede stellte Arsenal vor, wo seit 1803 die Artillerieschule und seit 1821 die Technische Artillerieschule existierten. Letztere war im Grunde genommen eine Musterhandwerksschule, in der die traditionellen Handwerksberufe wie Gießer, Kanonenmeister, Schmied, Schlosser, Dreher, Tischler, Radmacher, Maler, Lötmeister, Ziseleur, Radierer und Schnitzer unterrichtet wurden. Außerdem bekamen die Lehrlinge Unterricht in Arithmetik,

---

<sup>816</sup> Ob opredelenii na fabriku Bannistrema pitomcev Vospitatel'nogo doma (1817), in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 260, l. 13ff.

<sup>817</sup> Po pros'be inostranca Žannereta ob okazanii posobija dlja učreždenija v Rossii fabriki časov, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 788, l. 4.

<sup>818</sup> T. M. Kitanina, *Rabočie Peterburga v 1800-1861 gg.: promyšlennost', formirovanie, sostav, položenie rabočich, rabočee dviženie*, Leningrad 1991, S. 180f.

Geometrie mit dem Bezug auf Praxis, Metallurgie, Mechanik, Metallverarbeitung, Algebra, Trigonometrie, technisches Zeichnen und ein Praktikum in den physischen und chemischen Labors, so daß ihre Ausbildung in qualitativer Hinsicht die in den Handwerksbetrieben um ein Vielfaches übertraf<sup>819</sup>.

Seit 1826 existierte im St. Petersburger Eisengußwerk die „Schule der Gußeisenkunst“, deren Unterrichtsprogramm so komplexe Handwerke wie z. B. Maschinenbau beinhaltete, den ein Handwerksmeister in dem Umfang nicht unterrichten konnte. Die Konstruktion und der Bau der Dampf- bzw. Arbeitsmaschinen und die Modellherstellung von Dreh- und Drechslerwerkbänken bedurfte eines sehr hohen Qualifikationsgrades der Meister bzw. der Gesellen, die oft während eines Praktikums im Ausland ihre Fachkenntnisse vertiefen konnten. Zu den weiteren Staatsbetrieben, die hochqualifizierte Arbeiter und Meister ausbildeten, gehörten die Alexandrinische Manufaktur und die Petergofer Schleiffabrik<sup>820</sup>.

Im 19. Jahrhundert blieben der Bildungssektor und die Initiative der Organisation der Schulen fast ausschließlich in den Händen des Staates, wobei St. Petersburg eine Stadt war, in der verschiedene Schulprojekte zuerst erprobt wurden, um dann in anderen Regionen Rußlands eingesetzt zu werden. Die berufliche Überlegenheit der meisten St. Petersburger Handwerker gegenüber Handwerkern aus den inneren Regionen Rußlands resultiert aus diesen städtischen Ausbildungsangeboten.

Neben den Versuchen des Staates, die Ausbildung der Handwerker zu verbessern, fehlte es nicht an privaten Projekten. So plante 1815 der Hamburger Oberkaufmann (*staršij Gamburgskij kupec*) Christoph Meyer, eine Manufakturschule (*manufakturnoe učilišče*) zu eröffnen, in der verschiedene Handwerke sowie eine kaufmännische Lehre unterrichtet werden sollten. Seinen Worten nach hätte die Industrie dadurch hochqualifizierte Fachkräfte bekommen können, was indirekt zur Vermehrung der Fabrikenzahl hätte führen sollen. Er versuchte die Notwendigkeit dieser Schule mit dem Argument zu begründen, daß Rußland, statt Rohstoffe auszuführen, diese selbst verarbeiten sollte. Als Beispiel führte er die schlesischen Weber an, die in großen Mengen in Rußland Baumwolle einkauften, sie verarbeiteten und dann mit beträchtlichen Gewinn als Tücher

---

<sup>819</sup> Ebd., S. 185.

<sup>820</sup> Ebd., S. 185f. Die von Kitanina bezogenen Quellen waren: *Materialy po istorii Arsenala: Istoričeskaja spravka*, 1914 RGIA, f. 1296, op. 18, d. 1, l. 5; d. 3, l. 166; G. Gorodkov, *Admiraltejskie Ižorskije zavody: kratkij istoričeskij opyt*, St. Petersburg 1903; V. Rodzevič, *Istoričeskoe opisanie S. Peterburgskogo Arsenala za 200 let ego suščestvovanija 1712-1912*, St. Petersburg; RGIA, f. 1365, op. 1, d. 21, l. 25.

wieder nach Rußland einführen. Allerdings hielt der Innenminister das Projekt aus unersichtlichen Gründen für ungeeignet<sup>821</sup>.

Zehn Jahre später, am 10. Februar 1825, reichten die Ausländer Delarosier, Labussier, Ferri und Fuchs dem Finanzminister das Projekt über die Eröffnung einer Handwerks- und Kunstschule (*Škola remēsel i iskusstv*) in St. Petersburg ein<sup>822</sup>. Interessant ist zu verfolgen, worin eine vorbildliche Handwerksausbildung nach den Vorstellungen jener Zeit bestehen sollte. Das Eintrittsalter der Schüler sollte zwischen elf und 14 Jahren liegen. Der Größe nach wäre es eine einmalige Schule für Rußland gewesen zu sein: Die Gesamtzahl der Schüler sollte 732 betragen, die in mehreren Handwerken, angefangen vom Schuhmacher, Koch und Friseur und bis hin zum Bildhauer und Kunstmaler ausgebildet werden sollten. Der Lehrgang sollte sich über sechs Jahre erstrecken. Im ersten Jahr sollten Grundschulfächer unterrichtet werden. Zwei weitere Jahre hätten die Schüler Unterricht in den Handwerken und Künsten bekommen. Die nächsten eineinhalb Jahre sollten der Vervollkommnung im Handwerk dienen und die letzten eineinhalb Jahre dem Unterricht von Mathematik, Physik, Chemie und allgemeiner Kunsttheorie gewidmet werden. Nach dem Abschluß der Schule sollten die Schüler Kleidung sowie zwischen 1.200 und 3.600 Rubel erhalten, um eine eigene Werkstatt gründen zu können<sup>823</sup>.

Das Projekt sollte privat finanziert werden, was die Regierung wohlwollend zur Kenntnis nahm. Dafür waren 100.000 Aktienscheine im Wert von 240 Rubel pro Aktie oder 24.000.000 Rubel insgesamt vorgesehen. Auch dieses Projekt wurde nicht realisiert.

Die Einwände der Regierung wurden auf folgende Weise formuliert. Es gab insgesamt vier Fragen, die zu lösen waren, jedoch zum Teil nicht gelöst werden konnten:

1. Wo findet man so viele gute Meister, die bereit wären, ihr Handwerk zu verlassen und in der Schule zu unterrichten?
2. Wo findet man Räumlichkeiten, die ausreichend Platz bieten?
3. Wie kontrolliert man so große Bildungsanstalt?
4. Konnte man den Ausländern erlauben, so viel Kapital in Rußland in Form von Aktien zu binden<sup>824</sup>?

---

<sup>821</sup> O predloženíi gamburskogo kupca Mejera Christofa ičredit' v Rossii manufakturnoe učilišče, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 135, l. 4, 8.

<sup>822</sup> Po proektu inostrancev Delarosiera, Labjussera, Ferri i Fuchsa ob učreždenii v S. Peterburge školy remēsel i iskusstv, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 461, l. 1.

<sup>823</sup> Ministr finansov v komitet ministrov o predpolagaemom učreždenii v S. Peterburge školy remēsel i iskusstv, vom Februar 1825, in: Ebd., l. 12.

<sup>824</sup> Ebd., l. 14, 17f.

Es ist ein Widerspruch nicht zu übersehen. Einerseits hieß die Regierung, die Bereitschaft der ausländischen Unternehmer in die russische Industrie zu investieren, willkommen, andererseits unterband sie jegliche Versuche, diesen Kapital für entsprechende Zwecke auf privater Ebene flüssig zu machen.

Seit 1836/40 hatten die Lehrlinge, Gesellen und Meister in der Hauptstadt die Möglichkeit, ihre Fachkenntnisse in den Malschulen zu verbessern. Die erste offene Sonntagsschule für Kunst (*Risoval 'naja voskresnaja škola*) wurde 1836 bei der technischen Hochschule (*Technologičeskij institut*) eröffnet. 1839 wurden in der Schule 53 Unterrichtsveranstaltungen mit 159 Unterrichtsstunden gegeben. Die Handwerker bildeten unter den Besuchern die größte soziale Gruppe. Die Meister und Gesellen waren Gold- und Silberschmiede, Holzschnitzer, Dreher, Schreiner, Ikonenmaler, Porzellan- und Hausmaler. Insgesamt gab es 68 Handwerker unter den 170 Besuchern. Von den anderen Schülern gehörten den Kleinbürgern und Angestellten je 25, Gesinde und Bauern 20, Kaufleuten und übrigen zwölf an<sup>825</sup>.

Die meisten von ihnen waren im Grunde genommen Handwerker, da das Gesetz allen sozialen Schichten auf verschiedene Weise erlaubte, einem Handwerk nachzugehen. Das entsprach auch den Absichten der Regierung, welche die Schulen für „die Fabrikanten und Handwerker“ eingerichtet hatte<sup>826</sup>.

Wegen des großen Andranges von Schülern sah die Regierung sich gezwungen, weitere Schulen einzurichten. 1840 folgte der oben genannten Einrichtung eine zweite offene Schule für Kunst (*Risoval 'naja škola dlja vol 'noprichodjaščich*). Sie wurde nach dem Projekt über die Sonntagsmalschulen in St. Petersburg und anderen Städten, das Staatsrat Kornilij Christianovič Reissig vom Departement für die Manufakturen und den Binnenhandel beim Finanzministerium entworfen hatte, eingerichtet und am 26. Mai des obengenannten Jahres eröffnet. Die Schule wurde in demselben stadtbekannten Gebäude auf der Vasilij-Insel untergebracht, wo die Börse war und seit 1829 regelmäßige Manufakturausstellungen stattfanden. Der Umfang der Unterrichtsstunden wurde fast verdreifacht und die Anzahl der Schüler war wesentlich höher als die der technischen Hochschule. 1841 wurden in dieser Malschule für Tagesshüler 143 Unterrichtsveranstaltungen mit 483 Unterrichtsstunden und für Sonntagsschüler 54 Unterrichtsveranstaltungen mit 216 Unterrichtsstunden veranstaltet. Der Unterricht fand adrei Tagen der Woche, am Sonntag und Mittwoch von 13 bis 15 Uhr und am Freitag im Winter von 18 bis 20 und im Sommer von 20 bis 22 Uhr abends statt<sup>827</sup>. Der Lehrstoff wurde schrittweise

---

<sup>825</sup> O predostavlenom otčete ministru finansov o Risoval'noj voskresnoj škole pri Technologičeskom institute, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 1882, 5. Januar 1840, l. 1.

<sup>826</sup> O S. Peterburgskoj risoval'noj škole dlja vol'noprichodjaščich (1839-1840), in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 1900, l. 21.

<sup>827</sup> Ebd., l. 23.

vertieft und den verschiedenen Handwerksarten angepaßt. Die Schüler bekamen Unterricht im Malen, Zeichnen und Formen mit Ton und Wachs. Die Handwerker waren auch in dieser Schule zahlreich vertreten. Unter 253 Schülern, von denen 213 die ganze Woche und 40 nur sonntags die Schule besuchten, gab es 89 Handwerker. Unter ihnen waren Fabrikgesellen, Lehrlinge, verschiedene Handwerker und Gesellen vertreten. Des weiteren besuchten die Bewohner der landwirtschaftlichen Militärsiedlungen, Schreiber und Graveure (51), Adlige und Beamte (30), Kleinbürger (26), Gesinde und Bauern (22), Kaufleute (18), Maler (12) sowie Kinder der Kirchendiener und Maler (5) die Schule<sup>828</sup>.

Für die hohe Ausbildungsqualität dieser Kunstschule spricht die Tatsache, daß hier die Lehrer für Schulen in anderen russischen Städten vorbereitet wurden. Besonders begabte Schüler bekamen einen zusätzlichen Sonderunterricht und wohnten beim Lehrer. Dafür zahlte der Staat dem Lehrer 1000 Rubel pro Jahr. Sie assistierten dem Lehrer während des Unterrichts und wurden besonders gründlich in Kunst der Lithographie und Gravur eingeführt. Die besten Schüler bekamen Gold- und Silbermedaillen und wurden mit Diplomen ausgezeichnet<sup>829</sup>.

Welche Bedeutung die Regierung diesen Schulen zumaß, läßt sich aus der Tatsache ersehen, daß hier solch bedeutende Professoren wie der Bildhauer Pëtr Karlovič Klodt von Jürgensburg, Wilhelm Haasenberger von der Kunstakademie sowie der Physiker Boris Semënoviĉ Jakobi (Moritz Hermann von Jacobi) unterrichteten. Durch die Mitwirkung von Jakobi konnte die Malschule an der Vasilij-Insel um eine galvanoplastische Abteilung erweitert werden<sup>830</sup>.

Der Andrang der Schüler war fast doppelt so hoch wie die Aufnahmekapazität der beiden Malschulen. 1846 wurden insgesamt 491 Anmeldeformulare vergeben, wobei nur 225 Schüler einen Platz erhielten. Außerdem konnten die Handwerker aus dem Litejnaja-Viertel und von der Ohta beide Schulen wegen der Entfernung nicht besuchen. Der Platzmangel veranlaßte 1846 K. Ch. Reissig, das Projekt einer dritten Malschule im Litejnaja-Viertel vorzuschlagen. Trotzdem sprach sich der

---

<sup>828</sup> Отчёт по Рисовал'ной школе для vol'noprichodjaščich za 1841 god, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 1883, l. 6f.

<sup>829</sup> O S. Peterburgskoj risoval'noj škole dla vol'noprichodjaščich (1839-1840), in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 1900, l. 8f.

<sup>830</sup> M. H. von Jacobi (21.9.1801-10.3.1874) war ein bedeutender Physiker, der 1837-39 die Galvanoplastik entwickelte und weiter erforschte und einen größeren elektromagnetischen Motor baute. Er setzte sich für die Einführung des metrischen Maßsystems ein.

Finanzminister gegen dieses Projekt aus und verlangte eine umgehende Erweiterung der vorhandenen Schulen<sup>831</sup>.

Ungeachtet des Erfolges verringerte sich die Anzahl der Schüler um 1850 drastisch, so daß von 253 Schülern im Jahre 1841 nur noch 80 im Jahre 1850 übrigblieben. Die Handwerker blieben auch ab 1850 die am stärksten vertretene soziale Gruppe und machten unter den Schülern die Hälfte aus. Die 42 Schüler waren Handwerker, unter ihnen acht Gold- und Silberschmiede und Bronzegießer, sieben Graveure und Holzschnitzer, sieben Ikonenmaler, sieben Maler, drei Bildhauer, drei Schreiner, drei Stuckarbeiter, zwei Dreher und zwei Schlosser. Ihnen folgten Bauern und Gesinde mit zehn Schülern, die Kleinbürger und Raznočincy mit neun Schülern, die Kaufleute mit sieben Schülern, fünf Beamtenkinder, zwei von der Armee und drei vom Adel<sup>832</sup>.

Das Sinken der Schülerzahl in den Malschulen ist wahrscheinlich auf die Eröffnung der Handwerkslehranstalt in der Hauptstadt (*Remeslennoe učebnoe zavedenie*) im Jahre 1844 zurückzuführen. Die Vorteile der Ausbildung in dieser Lehranstalt bestanden darin, daß diejenigen Absolventen, die sowohl den praktischen als auch den theoretischen Kurs erfolgreich beendet hatten, wichtige Privilegien wie die Befreiung vom Militärdienst und der Körperstrafe bekamen. Sie konnten nicht nur als Meister arbeiten, sondern auch als Angestellte größeren Handwerksstätten leiten oder als Lehrer in den Volksschulen unterrichten. Die übrigen konnten als Meister oder Gesellen, je nachdem, wie erfolgreich sie den Kurs absolviert hatten, im Handwerk arbeiten. Diese Gruppe der Absolventen bekam die oben genannten Privilegien nachträglich im Jahre 1859. Die zweite Lehranstalt in der Hauptstadt, die sich ebenfalls mit der Ausbildung von Fachleuten für das Handwerk befaßte, war die technische Hochschule (*Technologičeskij institut*). Die Absolventen der Hochschule bekamen nach der Prüfung den Gesellen- bzw. Meistergrad und wurden vom Militärdienst befreit, falls sie 150 Rubel dafür aufbrachten<sup>833</sup>.

Die Zeitschrift „Otečestvennye zapiski“ hieß 1848 die Neugründung einer Abteilung für die Ausbildung junger Mädchen in der Damenschneiderkunst (*Otdelenie dlja obučenija devic portnomu ženskemu iskusstvu*) sowie einer zweiten Admiralitätsschule (*Otdelenie vtoroj Admiraltejskjoj školy*) bei der patriotischen Frauengesellschaft (*Ženskoe patriotičeskoe obščestvo*) auf dem Theaterplatz in St.

---

<sup>831</sup> Delo ob učreždenii Voskresnoj risoval'noj školy v Litejnoj časti, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 1911, l. 3. S. Tabelle 61 im Tabellenanhang.

<sup>832</sup> Otčet po Risoval'noj škole za 1850 god, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 1892, l. 3.

<sup>833</sup> Postanovlenie IV otdelenija e.i.v. kanceljarii k ministru vnutrennich del ot 10.12.1859, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 1731: Po otnošeniju stats-sekretarja Gofmana o predostavlenii nekotorych l'got masteram i podmaster'am vypuskaemym iz Remeslennogo učebnogo zavedenija i o rasprostranении nekotorych prav (1859), hier l. 1.

Petersburg im Jahre 1847 willkommen und rief die Damen der Stadt auf, die neuen Anstalten mit Aufträgen zu unterstützen. Die Zeitschrift konstatierte, daß sich die Anzahl wohltätiger Institutionen mit jedem Tag vermehrte. In der zweiten Admiralitätsschule wurden die verwaisten Mädchen aus anderen Schulen dieser Gesellschaft gesammelt, wo sie unter der Leitung einer Aufseherin lebten<sup>834</sup>. 1873 wurde diese Bildungsanstalt in eine Handwerksschule umgewidmet und trug seit 1880 den Namen Alexanders II. Gleich im Gründungsjahr bekamen hier 285 auswärtige und 157 Schülerinnen in Vollpension Unterricht in verschiedenen Handwerken. Außerdem unterhielt die Gesellschaft weitere zwölf private Schulen in der Hauptstadt, die früher gegründet worden waren. 1836 versuchte die Gesellschaft überwiegend den Absatz von Konfektionswaren zu organisieren, wozu sie einen Laden pachtete. Der Umsatz des „Lagerplatzes für die eigene Produktion“ (*Skladnoe mesto dlja prodaži sobstvennyh izdelij*) erreichte 1844 bedeutende Größe und betrug 7.592 Rubel aus eigener Produktion und 18.713 Rubel aus Waren anderer Hersteller. Allerdings wurde der Lagerplatz später wegen der Vielzahl an neu gegründeten Läden mit ähnlichem Warenbestand geschlossen<sup>835</sup>. Daraus ist zu ersehen, daß das Bekleidungshandwerk früh die industrielle und großkaufmännische Konkurrenz spürten, nachdem in St. Petersburg die Fertigteile in großen Mengen aus Polen eingeführt worden war<sup>836</sup>. Wenn Institutionen wie die Admiralitätsschulen Konkurs gingen, mußte das auch für die Handwerker Folgen haben. Die Ergebnisse dieser strukturellen Veränderungen war der Übergang vieler Einzelhandwerker unter den Schuhmachern und Schneidern zum Verlag. Allerdings hatte diese Entwicklung nicht nur negative Seiten. Wie später noch gezeigt werden wird, nahm das Schuhmacher- und Schneiderhandwerk gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine rasante Entwicklung, unter anderem durch die Verwendung halbmaschinell produzierter Halbwaren wie z. B. Sohlenleder. Die Produktionszeit wurde verkürzt, die Herstellungskosten gesenkt. Die hergestellten Gegenstände blieben in der Anfangszeit der Industrialisierung aufgrund ihrer handwerklichen Qualität gegenüber Artikeln aus Massenproduktion konkurrenzfähig.

Die Gründung der Admiralitätshandwerksschule war den Damen aus dem Hochadel zuzuschreiben, die vor allem der Adelsippe der Golicyns entstammten. 1847 hatte die Gräfin K. P. Kleinmichel den Vorsitz inne. Ihr folgten Fürstin A. O. Golicyn (geb. Fürstin Ščerbatov), Fürstin M. S. Golicyn, seit 1856 Fürstin N. S. Golicyn (geb. Gräfin Apraksin), dann Gräfin E. I. Kušelew-Bezborodko und seit 1865 Gräfin S. N. Borch. Um mit anderen Produzenten konkurrieren zu können, schlug 1847 Gräfin Kleinmichel vor, die jungen Mädchen in der Schneiderkunst

<sup>834</sup> Smes', in: Otečestvennye zapiski, t. 59, Nr. 7-8 (1848), S. 51.

<sup>835</sup> K. Beljavskij, 50-letie Remeslennoj školy imperatora Aleksandra II imperatorskogo ženskogo patriotičeskogo obščestva. St. Petersburg 1899, S. 4f.

<sup>836</sup> Trudy komissii, čast' 2, S. 125f.



zu spezialisieren und die Aufmerksamkeit in der handwerklichen Ausbildung auf das Zuschneiden von Damenkleidern zu konzentrieren, wozu die neue zweite Admiralitätsschule dienen sollte<sup>837</sup>.

Während der Reformen der 1860er Jahre änderten sich wesentlich die Verhaltensweisen und Orientierungsmuster in der russischen Gesellschaft in Richtung einer Liberalisierung. Das blieb nicht ohne Einfluß auf das Leben der Schule in den Jahren 1860 und 1867. Als 1860 der Leiter der vierten Abteilung der Kaiserlichen Kanzlei, Prinz P. G. Oldenburg, die Schule besuchte, machte er die Schulleitung darauf aufmerksam, daß es sinnvoll wäre, den Schülerinnen außer praktischen Kenntnissen in der Schneiderkunst auch eine bessere Allgemeinbildung zu vermitteln. Darüber hinaus erinnerte ihn die unentgeltliche Sechstageswoche der Schülerinnen an den Frondienst, weshalb er vorschlug, den Schülerinnen einen bestimmten Prozentsatz vom verdienten Geld zukommen zu lassen.

Um mit der Zeit Schritt halten zu können und dem Geschmack des Publikums Rechnung zu tragen, wurden 1867 nach dem Vorschlag von Gräfin S. N. Borch die Kenntnisse der Schülerinnen in der Schnittekunst gezielt verbessert. Außerdem sollten sie lernen, Korsetts, Damenhüte und andere Kopfbedeckungen herzustellen, wobei die Schülerinnen zwischen 15 und 25% des erwirtschafteten Geldes behalten durften<sup>838</sup>. Die Einführung eines Lehrganges in der Schnittekunst - bisher wurden die Kleider nach einer Vorlage gefertigt - sollte die Kreativität der Schülerinnen fördern. Der Schneidermeister Rezanov machte noch 1842 den Innenminister und 1847 die Öffentlichkeit mit einer Broschüre darauf aufmerksam, daß die russischen Schneidermeister von den ausländischen abhängig waren, weil sie der Schnittekunst nicht kundig waren und ihre Produkte nach Pariser Schablonen verfertigten<sup>839</sup>.

Entsprechend dem Zeitgeist wurde die zweite Admiralitätsschule 1873 in eine Handwerksschule mit einem dreijährigen Ausbildungsgang reorganisiert, während bis 1898 die Anzahl der sieben im Lehrplan stehenden Handwerksarten allmählich auf zwölf erweitert wurde. Das waren Weißnäherei und Schnittekunst, die Schnittekunst für die Unterwäsche, Stickerei, unter anderem Seidenstickerei, die Schneiderkunst, die Schnittekunst für die Damenkleider, die Schnittekunst für die Weißnäherinnen, das Stopfen, die Papierblumenherstellung, die Stickereien- und Hutherstellung. In 50 Jahren entwickelte sich die wohltätige Anstalt für die jungen Mädchen in St. Petersburg, die anfangs hauptsächlich die Merkmale einer großen

---

<sup>837</sup> Beljavskij, 50-letie Remeslennoj školy, S. 13.

<sup>838</sup> Ebd., S. 16, 20.

<sup>839</sup> RGIA, f. 1287, op. 37, d. 93: Po proektam masterov; Vzgljad na chod portnogo masterstva v Rossii. St. Petersburg 1847.

Handwerksstätte trug, zu einer Handwerksschule mit einem ausgearbeiteten Lehrplan und geregelter Ablauf der Schulstunden<sup>840</sup>.

Eine große Bedeutung in der Handwerksausbildung St. Petersburgs hatte auch die 1865 beim privaten Fürsorge- und Handwerksausbildungshaus für die ärmeren Kinder (*Dom prizrenija i remeslennogo obrazovanija bednych detej*) gegründete Handwerksberufsschule, die den Namen des Tronfolgers Nikolaj (*Remeslennoe učilišče cesareviča Nikolaja*) trug<sup>841</sup>. Die Grundschulbildung besonders unter den Handwerkern der Stadt mußte verbessert werden, das war den Verantwortlichen klar, so beschloß die Stadtduma jährlich 25.000 Rubel aus dem Stadthaushalt für die Handwerksausbildung auszugeben. Um Kosten beim Bau neuer Handwerksschulen in der Stadt zu sparen, entschied die Stadtduma, diese Summe in die bereits bestehenden Schulen zu investieren. Nach Vorschlägen des Rates des Handwerksausbildungshauses stellte die Stadtduma nach dem Beschluß vom 21. September 1871 dieses Geld zur Verfügung, so daß 1872 neben dem bestehenden Handwerksausbildungshaus ein neues Haus für die Handwerksberufsschule gebaut wurde, wofür von den Mitgliedern des Rates 194.000 Rubel gespendet wurden<sup>842</sup>. Insgesamt wurden für den Bau des Hauses, das für etwa 300 Schüler geplant war, 450.000 Rubel verbraucht. Davon wurden 50% vom Fürsorge- und Handwerksausbildungshaus für die ärmeren Kinder sowie privaten Personen gespendet, je 25% und 17% entfielen auf die Regierung und die Stadtduma<sup>843</sup>. Aber auch die Frauenausbildung war nicht in Vergessenheit geraten: 1875 wurde beim Fürsorgehaus zusätzlich eine Handwerksschule für Frauen eingerichtet.

Die Schulgebühr in Höhe von 250 Rubel pro Jahr war im Vergleich zu den Volksgrundschulen mit 60 bis 100 Rubel recht hoch. Dafür bekamen die Schüler eine volle Ausbildung sowohl im theoretischen als auch im praktischen Bereich eines Handwerks<sup>844</sup>. In den zwei jeweils für die Schreiner und Schlosser vorgesehenen Abteilungen erhielten die Schüler während des sechsjährigen Lehrganges die nötigen Kenntnisse in Theorie und Praxis. Anfänglich wurde die Anzahl der Schüler auf 300 festgesetzt. Es waren in der Schule z. B. am 1. Januar 1887 320 Schüler, von denen 242 das Schlosserhandwerk und 78 das Schreiner- und Holzschnitzerhandwerk erlernten. Von 1878 bis 1886 absolvierten 220

---

<sup>840</sup> Beljavskij, 50-letie, S. 24f., 40, 46.

<sup>841</sup> Die Anzahl der Schüler in den Jahren von 1875 bis 1895 ist in der Tabelle 62 im Tabellenanhang zu finden.

<sup>842</sup> Dom prizrenija i remeslennogo obrazovanija bednych detej v S. Peterburge. Otčet po soderžaniju remeslennogo učilišča cesareviča Nikolaja za 1886 god. St. Petersburg 1887, S. 12f., 16, 21.

<sup>843</sup> Dom prizrenija i remeslennogo obrazovanija bednych detej v S. Peterburge. Remeslennoe učilišče cesareviča Nikolaja. St. Petersburg 1896, S. 4.

<sup>844</sup> Ebd., S. 3.

Schüler, von denen 55 das Meisterdiplom erhielten, die Schule<sup>845</sup>. Unter den Schülern gab es erstaunlich wenig Handwerkerkinder, deren Eltern diese Schule offenbar nicht akzeptierten. Sie zogen es vor, ihre Kinder im eigenen Haushalt auszubilden, um mehr Einfluß auf die Lehre des Kindes ausüben zu können, da sie fast ausnahmslos eine traditionelle patriarchalische Lehrweise in der Werkstatt für unersetzbar hielten. Die wohlhabenden Meister bevorzugten in der Regel eine nichthandwerkliche Ausbildung ihrer Kinder, um ihnen einen sozialen Aufstieg außerhalb des Handwerks zu ermöglichen: so stammten 1887 nur 4,4 % der Schüler aus Handwerkerfamilien<sup>846</sup>.

Das metallverarbeitende Handwerk war quantitativ am stärksten vertreten. St. Petersburg war das größte metallverarbeitende Zentrum Rußlands. Allerdings absolvierten die Handwerkschule nicht alle, sondern nur ein Zehntel der Schüler. Die überwiegende Mehrheit der Schüler brach die Lehre frühzeitig ab und ging in die Betriebe. In den Jahren 1875-1895 gab es in der Schlosserabteilung 4083 und in der Schreinerabteilung 983 Schüler, von denen nur je 476 und 102 Schüler den Lehrgang in vollem Umfang absolviert hatten<sup>847</sup>. Von 609 Absolventen bekamen 136 den Meister- und 473 den Gesellentitel.

Ende des 19. Jahrhunderts wurde immer deutlicher, daß viele von Handwerksarten langsam in der Großindustrie aufgingen. Schon das Konzept der handwerklichen Ausbildung legte das nahe: Den Meistertitel erhielten die Schüler, die zwei Jahre lang in einer Werkstatt *oder* einer Fabrik gearbeitet hatten<sup>848</sup>. Zu der Zeit, als eine Vielzahl von Fabriken noch eher vergrößerten Werkstätten glichen, war es zulässig, dort den Lehrgang zu absolvieren, um das Diplom des Handwerksmeisters zu erhalten. Der betriebstechnische Unterschied zwischen Fabriken einerseits und größeren Werkstätten andererseits war gering: Selbst die Bezeichnung der Betriebseinheiten in den Fabriken und Werken als „Zünfte“ (*cechi*) verriet die Herkunft aus dem Handwerk. Der Schwerpunkt verlagerte sich mit der Zeit immer weiter in Richtung der Großindustrie. Das Handwerk verlor in den 80er und 90er Jahren zunehmend an Attraktivität. Das verriet eine sich verringemde Anzahl der erteilten Meistertitel: Zwischen 1878 und 1880 waren es nur elf Schüler. Dann gab es zwischen 1881 und 1884 mit 71 ausgegebenen Meisterdiplomen einen Sprung nach oben. Mit dem Anfang der Rezession in der

---

<sup>845</sup> Ebd., S. 4f.; siehe dazu: Svedenija dlja postupajuščich v Remeslennoe učilišče cesareviča Nikolaja. St. Petersburg 1874; Kratkie svedenija o Remeslennom učilišče cesareviča Nikolaja. St. Petersburg 1874.

<sup>846</sup> Ebd., S. 6.

<sup>847</sup> S. Tabelle 63 im Tabellenanhang.

<sup>848</sup> Dom prizrenija i remeslennogo obrazovanija bednych detej v S. Peterburge. Remeslennoe učilišče cesareviča Nikolaja. St. Petersburg 1896, S. 13.

Mitte der 80er Jahre fiel ihre Anzahl immer weiter, so daß im Zeitraum 1885-1892 nur 54 und zwischen 1893 und 1895 kein einziges Meisterdiplom erteilt wurde<sup>849</sup>. Da die Unterrichtsfächer in dieser Handwerksschule breit angelegt waren, konnten die Absolventen in verschiedensten Gebieten der Industrie tätig sein. 300 der Absolventen, etwa die Hälfte, waren in Handwerk oder Industrie tätig und zwar 92 in den Fabriken, 88 als Zeichner oder technische Zeichner, 24 als Betriebsleiter oder Lehrer, 19 in den Werkstätten, 17 als Elektriker, zehn in den Telegraf- und Telefongesellschaften. Nur sieben hatten eigene Handwerksbetriebe, jeweils sechs waren mit Dampfmaschinen beschäftigt und in den Eisenbahnwerkstätten tätig. Die weiteren Absolventen waren nicht auf technischem Gebiet beschäftigt. So wurden 68, das waren 11% der Absolventen, im Schreib- und Rechnungswesen, 64 oder 10% im Militär tätig<sup>850</sup>.

Die Absolventen der Handwerksschule des Thronfolgers Nikolaj hatten gute Chancen, eine gutbezahlte Arbeit zu finden. Die Absolventen, die in den 80er und 90er Jahren den Schulabschluß machten, fanden Stellen, die mit 1.200 bis 1.800 Rubel Jahresgehalt dotiert waren. Ein Vergleich sei hier genannt: Arbeiter in metallverarbeitenden Betrieben erhielten den höchsten Lohn unter den Arbeitern St. Petersburgs; er betrug 250 bis 350 Rubel im Jahr<sup>851</sup>.

Das hohe Ausbildungsniveau der Schule verschaffte ihr in der St. Petersburger Gesellschaft ein hohes Ansehen. Selbst das Volksbildungsministerium bildete hier seit 1894 Handwerkslehrer für die niederen Handwerksschulen Rußlands aus<sup>852</sup>.

### **8.5 Die Kaiserliche Russische Technische Gesellschaft und die technische Ausbildung**

Die Fachausbildung in der Industrie und im Handwerk war eines der zentralen Problemfelder der 1866 gegründeten Kaiserlichen Russischen Technischen Gesellschaft (*IRTO*). In der Gesellschaft bestand eine Kommission, die sich mit den Fragen technischer Ausbildung befaßte<sup>853</sup>.

Bisher bekamen die Manufakturen und Fabriken ihre qualifizierten Arbeiter aus den Reihen der Handwerker<sup>854</sup>. Da aber das Handwerk sich selbst mit vielen

---

<sup>849</sup> Ebd., S. 13.

<sup>850</sup> Ebd., S. 13f.

<sup>851</sup> Dom prizrenija i remeslennogo obrazovanija, S. 28f.

<sup>852</sup> Ebd., S. 15.

<sup>853</sup> V. A. Karelin, Russkoe techničeskoe obščestvo i problema podgotovki kvalificirovannyh fabrično-zavodskich rabočich v Rossii (1866-1890), avtoreferat dissertacii, Leningrad 1985.

<sup>854</sup> Pažitnov, Problema, S. 172.

Problemen in der Lehrlingsausbildung konfrontiert sah und die Zünfte ihrer Aufgabe, eine Vielzahl von Arbeitern auf dem neuesten technischen Stand in dem Umfang qualifiziert auszubilden, der von der Großindustrie gefordert wurde, nicht nachkommen konnten, wurde die Initiative der Kommission in Form von Gründung der Abend- und Sonntagsschulen für Arbeiter von den Industriellen begrüßt und unterstützt.

In den Diskussion über die technische Ausbildung in Rußland rezipierte die Kommission die Entwicklung in West- und Nordeuropa<sup>855</sup>. So fand am 4. Januar 1880 in der Kommission eine Besprechung über die Handwerksausbildung in den Grundschulen der skandinavischen Staaten statt. Ein angesehenes Mitglied der Gesellschaft, Ingenieur Evgenij Nikolaevič Andreev<sup>856</sup>, wies darauf hin, daß, „wenn die Zünfte nicht da sind, man gezwungen wird, die Handwerksausbildung zu organisieren“<sup>857</sup>. Nach Ansicht der Kommissionsmitglieder sollte der Handwerksunterricht in den Grundschulen Rußlands verstärkt gefördert werden. Dieser konnte aber ohne dafür speziell ausgebildete Fachkräfte nicht verbessert werden. Die unvorbereiteten Volksschullehrer konnten nichts für die Handwerksausbildung tun. Deswegen organisierte die IRTO am 28. Dezember 1880 einen Handwerkswochenkurs für Lehrer von Volksgrundschulen (*načal'nye narodnye učilišča*), der bis zum 3. Januar des nächsten Jahres dauerte. Während seiner Begrüßungsrede betonte E. N. Andreev die Bedeutung der Handwerksausbildung außerhalb der Betriebe:

„Es gibt Handwerker, die gute Meister sind, und doch selten haben sie genügend Fachkenntnisse und -fertigkeiten, um ihren Schülern alle Details ihrer Kunst erklären zu können. Sie besitzen fast nie den pädagogischen Takt, sind im Umgang mit den Lehrlingen übermäßig streng und grob oder inkonsequent in der Vermittlung der Fachkenntnisse“<sup>858</sup>.

Die 27 Zuhörer wurden in folgende zehn Gruppen aufgeteilt: holzverarbeitende Handwerke (Schreiner, Holzschnitzer, Korbflechter, Fassbinder), metallverarbeitende Handwerke (Dreher, Schlosser, Schmiede, Blechner), lederverarbeitendes Handwerk der Pferdegeschirrmacher und Buchbinder<sup>859</sup>.

---

<sup>855</sup> Siehe dazu: Puttkamer, Anfänge, S. 85-108.

<sup>856</sup> E. N. Andreev, *Rabota malolnich v Rossii i v Zapadnoj Evrope*. St. Petersburg 1884.

<sup>857</sup> *Remeslennye kursy dlja narodnych učitelej pri imperatorskom russkom tehničeskom obščestve 1880-1881*. St. Petersburg 1881, S. 1.

<sup>858</sup> Ebd., S. 6.

<sup>859</sup> Ebd., S. 9.

Die IRTO organisierte zwei Tagungen über die Berufsausbildung im Handwerk. G. F. Rakeev<sup>860</sup> und I. M. Radeckij hielten die ausführlichen Vorträge über die Lage der Lehrlinge im Handwerk. Das Bild, das sie malten, war erschreckend. So berichtete Radeckij während der zweiten Tagung:

„Das aus der Familie gerissene [...] und in der Werkstatt eines Handwerkers geknechtete Kind tritt in ‚die Lehre‘ ein, indem seine ‚Erziehung‘ in vollem Umfang den Gesellen, der Frau des Meisters, der Köchin und allen Hausbewohnern überlassen wird, die mit ihm nach ‚eigener Art‘ (*po-svoemu*) umgehen. [...] Die ersten zwei, drei oder sogar bis zu vier Jahre führt der ‚Lehrling‘ verschiedene Aufgaben der letzteren aus, die nichts mit der Lehre zu tun haben: trägt den Hausmüll hinaus, macht in den Wohnräumen sauber, versorgt die kleinen Kinder, holt Vodka und macht andere Einkäufe für den Meister und die Gesellen, macht die Kleidung und das Schuhwerk sauber und versucht allen zu gefallen. [...] Wenn ihm das nicht gelingt, wird er verprügelt: Der Meister versetzt ihm die Genickstöße, reißt an den Ohren, zieht an seinem Haarschopf, versetzt ihm Fußstöße [...]. Des weiteren wird er systematisch mit Gürtel, Seil, Stock u. a. Gegenständen verprügelt. [...] Die Gesellen sind für die Lehrlinge unmittelbare Vorgesetzte und dienen ihnen in allem als Vorbild. Ungeachtet der häufig unerträglichen Mißhandlungen, ahmen die Lehrlinge die Verhaltensweise der Gesellen gänzlich nach und werden am Ende ihrer Lehre genauso grausam“<sup>861</sup>.

In den elf Jahren ihrer Tätigkeit von 1868 bis 1879 erzielte die Kommission für die technische Ausbildung bei der IRTO einige positive Ergebnisse. In der Hauptstadt wurden eine Reihe von Sonntags- und Abendschulen für Arbeiter eröffnet, wobei anzumerken ist, daß die Kommissionsmitglieder unter Arbeitern sowohl Fabrikarbeiter als auch Beschäftigte aus Handwerksbetrieben verstanden. Die Aufgabe dieser Schulen war es, Arbeitern und ihren Kindern eine elementare Schulbildung zu erteilen. Die Schulen der Gesellschaft wurden von den Arbeitern im Laufe der Jahre erstaunlich regelmäßig besucht, obwohl sie durch die Ganztagsarbeit sehr ermüdet waren. Der Wunsch der Arbeiter nach beruflichem Aufstieg brachte den Bildungseinrichtungen lebhaften Zulauf: Die neun Schulen

---

<sup>860</sup> Rakeev war unter anderem der stellvertretende Vorsitzender der Fürsorgegesellschaft der kaiserlichen Gesellschaft der Menschenliebe (imp. Čelovekoljubivoe občestvo).

<sup>861</sup> Jadrov, Golos, S. 10f.

und fünf Klassen wurden im Durchschnitt von 520 Arbeiterkindern und 340 Arbeitern oder 860 Personen insgesamt besucht<sup>862</sup>.

Fußend auf diesem Erfolg öffnete die IRTO 1879 eine Handwerksschule für Mechaniker (*Remeslennoe učilišče po mehaničeskomu delu*) und eine weitere Handwerksschule für die Metall- und Holzverarbeitung (*Remeslennoe učilišče po obrabotke metalla i dereva*). Das Schulprogramm war so konzipiert, daß es sowohl theoretischen als auch praktischen Unterricht beinhaltete, so daß die Schüler den gesamten Produktionsprozess, also alle Herstellungsphasen eines Produktes, nachvollziehen konnten. Sie sollten im Stande sein, *selbständig* ein Produkt nach Entwurf anfertigen zu können. Dies entsprach den Forderungen der Industrie nach effizienter Arbeit: Der Arbeiter sollte ohne ständige Aufsicht des Meisters produktiv, rational und präzise am Produktionsprozeß teilnehmen können<sup>863</sup>.

Auch später widmete die IRTO ihre Aufmerksamkeit der Handwerksausbildung. Sie stand im Zentrum auf dem von ihr organisierten ersten Kongreß der Teilnehmer der technischen Berufsausbildung 1889/90. Die Vorträge von bekannten Persönlichkeiten auf diesem Gebiet wie M. M. Rejnke, G. F. Rakeev und V. G. Jarockij dienten als Grundlage für die Arbeit der neu besetzten ständigen Kommission für die Ausbildung im Handwerk, die 1892 von Ja. T. Michajlovskij und 1893-96 von P. N. Isakov geführt wurde, wobei in der Kommission auch die Ältesten der St. Petersburger Zünfte vertreten waren. Die Kommission stellte fest, daß die Klassen und verschiedene Kurse im Rahmen der Grundschulprogramme für die Handwerkslehrlinge eine sinnvolle Ergänzung für die praktische Lehre in der Werkstatt sein können, diese aber nicht völlig ersetzen können. Deswegen sollte man mit aller Anstrengung in den Werkstätten selbst die Arbeitsbedingungen der Lehrlinge verbessern, um eine weitere Ausbildung der Fachkräfte zu gewährleisten<sup>864</sup>.

## 8.6 Die privaten Ausbildungsanstalten im Handwerk

Auch im privaten Bereich wurden eine Vielzahl von Einzelschritten im Rahmen des Aufbaus der Berufsausbildung im Handwerk unternommen. So bestätigte das Innenministerium am 5. Mai 1897 das Statut vom „Handwerklichen Kinderheim in St. Petersburg“ (*Remeslennyj detskij prijut v S. Peterburge*). In das Kinderheim

---

<sup>862</sup> Ob-jasnitel'naja zapiska k proektu položenija o remeslennom učilišče po mehaničeskomu delu, učreždenmu IRTO. [St. Petersburg 1879], S. I.

<sup>863</sup> Ebd., S. III.

<sup>864</sup> Vol'tke, O proekte, S. 12.

wurden verwaiste Mädchen zwischen sechs und zehn Jahren aufgenommen, die sowohl eine allgemeine Bildung als auch eine Ausbildung in den Berufen der Zuschneiderin, Schneiderin, Modistin, Weißnäherin und Korsettmacherin bekamen. Spezielle Fächer wie Rechnungswesen und Warenkunde sollten für die betriebswirtschaftliche Ausbildung sorgen. Unter den Fremdsprachen war - in Anbetracht ihrer Dominanz in der Schneiderkunst - Französisch obligatorisch, damit die Modezeitschriften aus Paris gelesen werden konnten. Nach Schulabschluß im Waisenheim erhielten die Absolventinnen ein Zertifikat mit dem Gesellinnentitel<sup>865</sup>. Eine vergleichbare Bildungsanstalt wurde 1907 von Sof'ja Michajlovna Timofeeva unter dem Namen „Werkstatt und Asyl für minderjährige Kinder“ (*Remeslennaja masterskaja i Očag dlja maloletnich detej*) gegründet, wobei nur Meister mit Diplom von der Handwerksverwaltung berechtigt waren, dort zu unterrichten<sup>866</sup>.

1905 gründeten A. I. Brjukker und S. K. Archangel'skij die Gesellschaft „St. Petersburger handwerkliches Ausbildungs- und Erziehungshaus“ (*Obščestvo S. Peterburgskogo remeslennogo učebno-vospitatel'nogo doma - PRUVD*), die große Erfolge in der Handwerksausbildung erzielte. Das Programm der Gesellschaft war für die damalige Zeit sehr breit angelegt:

1. Ausbildung der Zöglinge im Rahmen einer allgemeinbildenden Schule.
2. Erlernen eines Handwerksberufes im Rahmen einer Berufsschule.
3. Betriebswirtschaftslehre.
4. Musische Bildung im Volkshaus.
5. Vervollständigung der theoretischen Berufskenntnisse in der Werkstatt der Gesellschaft.

Das komplexe Programm des PRUVD sollte alle Lebensbedürfnisse eines Handwerkers umfassen und dem Zögling eine allgemeine und professionelle Ausbildung ermöglichen. Im Alter von sechs bis zwölf Jahren erhielten die Zöglinge ihre Allgemeinbildung; im Alter von zwölf bis 18 Jahren folgte dann die berufliche Ausbildung. Für Schüler, die ihre Fachkenntnisse vertiefen wollten, gab es einen Kurs, der zwei bis drei Jahre dauerte. Der Absolvent bekam entsprechend seiner Leistung ein Gesellen- oder Meisterdiplom. In das PRUVD konnten Kinder aller sozialen Schichten aufgenommen werden, allerdings sorgte der Jahresbetrag in Höhe von 150 Rubel dafür, daß nur wohlhabende Eltern die Möglichkeit hatten, ihre Kinder in die Schule zu geben<sup>867</sup>.

---

<sup>865</sup> Ustav remeslennogo detskogo prijuta v S. Peterburge. [St. Petersburg 1897], S. 3ff.

<sup>866</sup> Ustav Remeslennoj masterskoj i Očaga dlja maloletnich detej v S. Peterburge. St. Petersburg 1907. S. 3.

<sup>867</sup> Obščestvo S. Peterburgskogo učebno-vospitatel'nogo doma, nachodjaščegosja v vedenii popečitel'stva o domach trudoljubija i rabotnych domach, sostojaščich pod pokrovitel'stvom e.i.v. gosudaryni imperatricy Aleksandry Fëdorovny. St. Petersburg 1905, S.



Das Schulprogramm für die allgemeine Ausbildung für die sechs- bis zwölfjährigen Schüler beinhaltete folgende Fächer: Religionsunterricht, Russisch, Arithmetik, Geometrie, Geschichte, allgemeine und russische Geographie, Zoologie, Botanik, Mineralogie, Physik, Schönschreiben, Malen, Zeichnen, Handarbeit, Musik, gemeinschaftliche Spiele, Deutsch und Französisch. Das Ausbildungsprogramm für die zwölf- bis 18-jährigen Schüler beinhaltete sowohl allgemeine als auch berufsbezogene Fächer: Religionsunterricht, Russisch, Arithmetik und Rechnungswesen, Geometrie, Physik, Holztechnologie in der Schreinerabteilung, Metalltechnologie in der Schlosserabteilung, Schönschreiben, Malen, geometrisches Zeichnen, technisches Zeichnen, Gymnastik, Gesang- und Musikunterricht, Deutsch und Französisch.

Das Schulprogramm beinhaltete die meisten Handwerksarten im metall- und holzverarbeitenden Bereich und einige spezielle Handwerksbereiche. In die erste Gruppe gehörten z. B. die der Schlosser und Dreher, in die zweite die Blechner, Drahtzieher und Metallpräger. Die dritte Gruppe umfaßte die Handwerke der Schreiner, Möbelmeister, Modellschreiner, Drechsler und der Holzschnitzer. In die vierte und fünfte Gruppen gehörten spezielle elektrotechnische und galvanoplastische Handwerke, sowie auch Lackieren, Malen auf Eisen, Glas und Holz, die Photographie auf Porzellan, Glas und Papier. Insgesamt gab es im Schulprogramm 16 Handwerksarten. Jede Handwerksart wurde nach einem Sonderprogramm unterrichtet. Die Werkstatt des PRUVD war überdurchschnittlich ausgestattet. Hier wurden optische, physische, chemische, mechanische und technische Vorrichtungen und Apparate, Gleichstromgeneratoren und das Zubehör für Beleuchtungsvorrichtungen, isolierter Draht, verschiedene Leiter, elektrische Klingeln und Telefonapparate hergestellt. In der Schreinerwerkstatt fertigten die Schüler alle Arten von Möbel, Musikinstrumente wie Balalaikas und Domren, Holzschnitzereien und Drechsler-Modellarbeiten an. In der Kunstwerkstatt wurden Bilder für die Projektionslampen gefertigt, Vergrößerungen von Fotos, Fotos auf Porzellan, Holzmalereien, Malereien auf Metall und Glas hergestellt und Vergoldungen, Beschichtungen mit Silber und Nickel sowie Lackierarbeiten durchgeführt. Das PRUVD nahm Aufträge für die Herstellung kompletter Werkstätten für verschiedenste Handwerksbranchen an. Die oben aufgezählte Produktpalette zeugt von einem hohen Ausbildungsniveau der Schüler. Es war ein Beispiel einer modernen und zukunftsorientierten Berufsschule, die ihre Zöglinge durchaus gut auf die Anforderungen des Berufsalltags vorbereitete. Hier fehlte es den Schülern neben den praktischen Fertigkeiten nicht an theoretischen

Kenntnissen: Warenkunde, Buchhaltung und bürgerliches Recht gehörten genauso in den Unterricht wie Materiallehre und Technologie<sup>868</sup>.

### **8.7 Staatliche Maßnahmen zum Aufbau der Berufsschulen in Rußland und St. Petersburg**

Mit der beginnenden Industrialisierung in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts rückte das Problem der technischen Ausbildung mit besonderer Schärfe in den Vordergrund. Zu der Zeit gehörten zu den Gewerbeausbildungsstätten in Rußland nur das St. Petersburger Technologische Institut, die Moskauer Stroganovsche technische Malschule und die Handwerksschule auf der Halbinsel Kamčatka<sup>869</sup>. Auf die mangelhafte und ungenügende Berufsausbildung in Rußland wurde unter anderem 1863 von der Stackelbergschen Kommission und mehreren Angestellten des Staatsapparates hingewiesen, die vorschlugen, Industrieschulen zu eröffnen<sup>870</sup>. Die Probleme in der Handwerks- bzw. Gewerbeausbildung bedrohten die Existenz des Handwerks. Die Meister konnten die Ausbildung der Lehrlinge nicht mehr gewährleisten und verzichteten auf sie. Die Regierung versuchte dieser Tendenz entgegenzuwirken, indem sie einen gesetzlichen Rahmen für die Gründung des Berufsschulwesens in Rußland schuf. Der erste Schritt in dieser Richtung war der Erlaß vom 27. August 1869, der es erlaubte, Klassen zum Erlernen „nützlicher Handwerke“ in den Schulen des Volksbildungsministeriums zu organisieren. In den zehn Jahren bis 1878 gab es in ganz Rußland 1068 Schüler in 51 Volksgrundschulen, die ein Handwerk erlernten. Die Schüler wurden überwiegend im Schreiner- 40% und Schuhmacherhandwerk 30% ausgebildet. Zusätzlich wurden die Ausbildungen im Näh- und Strickhandwerk sowie im Buchbinden angeboten<sup>871</sup>.

In den 1880er und 1890er Jahren folgten weitere Schritte im Aufbau der Handwerksausbildung in Rußland. Die Verordnung über die Handwerksberufsschulen (*promyšlennye bzw. remeslennye učilišča*) vom 7. März 1888 schuf die Grundlage für konkretere Gesetze in dieser Richtung. Laut der Verordnung bezweckten die Handwerksberufsschulen die Ausbildung des männlichen Teils der Bevölkerung in technischen und handwerklichen Berufen. Ein Jahr später, am 26. Juni 1889, wurden dann die Lehrpläne und am 27. September das Statut der Handwerksberufsschulen herausgegeben, in denen die

---

<sup>868</sup> Obščestvo S. Peterburgskogo učebno-vospitatel'nogo doma, S. 20f.

<sup>869</sup> Trudy komissii, učreždënnnoj dlja peresmotra ustavov fabričnogo i remeslennogo, Teil 1. St. Petersburg 1863, S. 218.

<sup>870</sup> Remeslennik izdannij drugom Remeslennika. St. Petersburg 1863, S. 41f.

<sup>871</sup> Remeslennye kursy, S. 12f.

Fächer Religionslehre, Russisch, Arithmetik und Rechnungswesen, Geometrie, allgemeine Physik, Holz- und Metalltechnologie, Schönschreiben, Malen, geometrisches und technisches Zeichnen, Gesangsunterricht und praktische Übungen in den Werkstätten vorgesehen waren. Die Verordnung von 1888 betonte, daß die Ausbildung die Kreativität und die Fähigkeiten bei den Schülern fördern sollte. Die Handwerksberufsschulen sollten die Schüler zur *vernünftigen* Arbeit erziehen, wozu die entsprechenden Schulfächer am besten geeignet seien<sup>872</sup>. Aufgrund dieser Gesetzgebung wurden in Rußland im Schuljahr 1889/1890 eine Reihe von Berufsschulen eröffnet, in denen die am häufigsten gefragten Handwerksarten in der Metall- und Bauindustrie (45% der Schüler) sowie im Schlosser- und Schreinerhandwerk (28% der Schüler) unterrichtet wurden. Dagegen Schuhmacher und Schneider waren im Hausgewerbe weit verbreitet, so daß kein großer Bedarf an der schlichten Ausbildung dieser Berufsgruppen bestand. Ihr Anteil betrug daher nur 4% bzw. 0,15%<sup>873</sup>. Die hohe Fluktuation der Lehrlinge war in den Berufsschulen für die erste Zeit typisch. Bis zu 70% der Schüler schieden im ersten Schuljahr aus. Der Grund dafür war die schlechte materielle Situation der Familien, welche die Schulgebühr nicht bezahlen konnten. Die übrigen Familien, die bereit waren, zwei oder drei Jahre lang in die Berufsausbildung ihrer Kinder zu investieren, gaben ebenfalls häufig auf, weil die Kinder möglichst früh Geld verdienen sollten. Es war die traditionelle Ansicht, daß mit 14 bis 15 Jahren ein Junge bereits alt genug sei, um erwerbstätig zu werden. Deswegen schickten die Eltern die Schulabbrecher bzw. Kinder ohne Schulbesuch in die Werkstatt, wobei die Meister solche Lehrlinge, die im Handwerk bereits Wissen und Fähigkeiten erworben hatten, gerne aufnahmen<sup>874</sup>. Eine weitere Stufe im System der Handwerksausbildung bildeten die Schulen der Handwerkslehrlinge (*školy remeslennyh učeníkov*), die keinen großen Unterschied im Lehrplan zu den oben erwähnten Schulen aufwiesen und deren Schüler mit dem Gesellendiplom abgingen. Am 20. Dezember 1893 folgte eine weitere Verordnung, die diesen Schulen erlaubte, den Gesellen ab ihrem 21. Lebensjahr Meisterdiplome auszuhändigen. Das waren die Absolventen der Schulen der Handwerkslehrlinge, die nach einem dreijährigen Lehrgang in einer Fabrik oder Werkstatt und einer Prüfung das Meisterdiplom erhielten, was das Monopol der Handwerksverwaltung weiter beschnitt<sup>875</sup>. Mit Blick auf England empfahl das Volksbildungsministerium 1895 den Inspektoren der Schulbezirke

---

<sup>872</sup> Remeslennye učilišča. Školy remeslennyh učeníkov. St. Petersburg 1909, S. 5, 21, 43-67.

<sup>873</sup> I. A. Antonov, Opyt sistematičeskogo obozrenija materialov k izučeniju sovremennogo sostojanija srednego i nižšego tehničeskogo i remeslennogo obrazovanija. St. Petersburg 1889, S. 480.

<sup>874</sup> Ebd., S. 489f.

<sup>875</sup> Remeslennye učilišča, S. 247f.

(*popečitel' učebnogo okruga*), die Sonntags- und Abendkurse für Handwerkstechnologie, Malen, Zeichnen sowie andere spezielle Fächer zu öffnen<sup>876</sup>.

Die Fortschritte in der Ausbildungssituation konnten in der zweiten Handwerksausstellung in St. Petersburg 1899 besichtigt werden. Außer den Exponaten aus den Werkstätten der Handwerker konnte man hier auch Werkstücke begutachten, die von Lehrlingen verschiedenster Handwerksausbildungsanstalten angefertigt worden waren<sup>877</sup>.

Die Berufsschulpolitik der Regierung trug Früchte. 1904 unterstanden dem Volksbildungsministerium 249 Berufsbildungseinrichtungen, die in vier Kategorien eingeteilt waren:

1. Berufsschulen nach dem Statut von 1889.
2. Allgemeinbildende Schulen für die Lehrlinge im Handwerk.
3. Elementarberufsschulen.
4. Berufsschulen mit Sonderstatuten<sup>878</sup>.

Von 249 Berufsbildungseinrichtungen erstatteten 1904 nur 96 Bericht an den dritten Kongress russischer Funktionäre für technische Berufsbildung in Rußland (*tretij s-ezd russkich dejatelej po techničeskomu i remeslennomu obrazovaniju*). Diese Berufsbildungsanstalten waren meistens nicht groß: 27% bildeten in nur einem Handwerk aus, 47% hatten zwei, 19% drei und 7% mehrere Handwerksarten auf dem Lehrplan, 82% der Anstalten boten die Ausbildung zum Schlosser, 62% eine Lehre zum Schreiner an. Die Ausbildungszeit in den Berufsbildungsanstalten

---

<sup>876</sup> I. Kel'berin, O merach k razvitiju remeslennoj promyšlennosti. Kiev 1902, S. 38.

<sup>877</sup> Remeslennoe učilišče cesareviča Nikolaja und Remeslennye klassy imperatora Aleksandra III beim Dom prizrenija i remeslennogo obrazovanija, Praktičeskaja škola ženskich rukodelij M. P. Argamakovoja, Remeslennoe učilišče und Putilovskaja učebnaja masterskaja beim IRTO, Aleksandrovskaja škola und Voskresnye risoval'nye klassy der Handwerksverwaltung, Techničeskaja artillerijskaja škola, Masterskie S. Peterburgskogo učilišča gluchonemych, Škola ekonomičeskogo obščestva oficerov gvardejskogo korpusa, Škola pri kartografičeskom zavedenii Il'ina, Pervaja professional'naja škola A.I. Korobovoj, Professional'naja škola M. A. Korobovoj, Chudožestvenno-remeslennye kursy L. A. Štram, sowie die in der Kompetenz der Fürsorgegesellschaft verschiedene Arbeitsgemeinschaften (*Rabotnye doma* und *Doma trudoljubija*) stehenden: Dom trudoljubija dlja mužčin, Dom trudoljubija dlja obrazovannych mužčin, Dom trudoljubija dlja obrazovannych ženščin; Peterburgskoe stoličnoe popečitel'stvo o domach trudoljubija, Dom trudoljubija dlja mal'čikov-podrostkov iz Galernoj gavanj, Prijut Vjazemskogo doma trudoljubija, S. Peterburgskij Ol'ginskij detskij prijut trudoljubija, S. Peterburgskoe obščestvo pooščrenija ženskogo chudožestvenno-remeslennogo truda, zehn Bildungsanstalten für die Behinderten sowie S. Peterburgskoe ispravitel'noe arestantskoe otdelenie und S. Peterburgskaja tjur'ma, in: Ukazatel' S. Peterburgskoj remeslennoj vystavki 1899 goda. St. Petersburg 1899, S. 55-71.

<sup>878</sup> Sovremennoe sostojanie remeslennych učebnych zavedenij po dannym 3-go s'ezda russkich dejatelej po techničeskomu i professional'nomu obrazovaniju v Rossii (Dezember 1903-Januar 1904), hrsg. v. IRTO. St. Petersburg 1904, S. 1.

betrug zwischen drei und fünf Jahren<sup>879</sup>. In den genannten Anstalten stand eine Kapazität von 8.154 Schulplätzen zur Verfügung, die jedoch nur zu 85,1% (6.942 Schüler) ausgelastet war. Die meisten Schüler in den Städten kamen aus der Schicht der Kleinbürger während die ländlichen Schulen hauptsächlich von Bauernkindern besucht wurden<sup>880</sup>.

St. Petersburg als größtes industrielles Zentrum Rußlands stand auf dem ersten Platz der Anzahl der Berufsbildungseinrichtungen im technischen und handwerklichen Bereich. Um ein Beispiel zu nennen: Zu den Ausbildungsanstalten der vierten Kategorie gehörte in St. Petersburg die 1903 gegründete Gesellschaft zur Förderung der Handwerksausbildung der ärmeren Bevölkerung (*Obščestvo rasprostraneniija remeslennogo obrazovanija sredi bednogo naselenija*). In die Ausbildungsanstalten der Gesellschaft konnten die Kinder aufgenommen werden, die auch keine Grundschulbildung hatten<sup>881</sup>. Die neu gegründete Gesellschaft wuchs stetig: Im ersten Jahr nach der Gründung der Gesellschaft hatte sie 311 Mitglieder, am 26. Februar 1906 wurden 426 und am 11. Februar 1907 492 Mitglieder registriert, wobei fast alle soziale Schichten vertreten waren: Ingenieure, Handwerker, Kaufleute, Kleinbürger, Ehrenbürger, Ausländer, Priestergattinnen und höhere Staatsbeamten wie der Generaladjutant Ivan Aleksandrovič Fullon oder der Staatsrat Jakov Vasil'evič Krivcov<sup>882</sup>.

In den Gründungstagen dieser Gesellschaft wurde ihr zunächst eine bescheidene Hilfe vom Antonievsker bzw. Sampsonievsker Volkschor (*Antonievskij ili Sampsonievskij narodnyj chor*) zuteil, der ein Konzert zugunsten der Gesellschaft gab. Die nächste spürbare Hilfe kam von Innenminister V. K. Pleve, der veranlaßt hatte, daß der Kaiser 3.000 Rubel für die Gesellschaft bewilligte, und auch eine Spende der Familie des Industriellen Ė. L. Nobel konnte verzeichnet werden. Außerdem gelang es dem Gesellschaftsrat, eine Spendensammlung in Höhe von 13.000 Rubel zu organisieren. Anton Putvinskij, der Vorsitzende der Gesellschaft, widmete seine Aufmerksamkeit zunächst der mangelhaften Frauenbildung, was die Gründung der Ersten Handwerksschule für Frauen (*Pervaja Remeslennaja škola dlja ženščin*) in St. Petersburg zur Folge hatte. Der Vorsitzende hatte noch mit Vorurteilen unter der Bevölkerung zu kämpfen, aber er bestand auf der Notwendigkeit einer nicht nur praktischen, sondern auch umfassenden Ausbildung in natur- und geisteswissenschaftlichen Fächern gerade für Frauen. Die Anzahl der

---

<sup>879</sup> Ebd., S. 5.

<sup>880</sup> Ebd., S. 6, 31.

<sup>881</sup> Ustav Obščestva rasprostraneniija remeslennogo obrazovanija sredi bednogo naselenija. V pamjat' 200-letija Peterburga. St. Petersburg 1906, S. 3f.

<sup>882</sup> Otčet Obščestva rasprostraneniija remeslennogo obrazovanija sredi bednogo naselenija za 1905 god. St. Petersburg 1906, S. 5ff.

Schülerinnen wuchs von 80 im Jahre 1906 auf 136 im Jahre 1908. Daher war die Kapazität der Schule schnell erschöpft<sup>883</sup>.

Im Jahre 1914 unterstanden dem Handels- und Wirtschaftsministerium (*ministerstvo trgovli i promyšlennosti*) allein in St. Petersburg neun Berufsbildungsanstalten<sup>884</sup>. 1912 gründete der Verbund der Juweliere, Händler, Gold- und Silberschmiede (*Obščestvo juvelirov, zolotych i serebrjanych del masterov i trgovcev*) die Gesellschaft zur Förderung der Ausbildung im Kunsthandwerk (*Obščestvo rasprostraneniya chudožestvenno-remeslennogo obrazovanija*). Eine Vielzahl von Ausbildungswerkstätten und -kursen im Bereich des Schmiedehandwerks folgten<sup>885</sup>.

Die handwerklichen Berufsschulen und die Schulen für Handwerkslehrlinge erteilten ihren Schülern im Unterschied zu den Handwerksbetrieben eine umfassende theoretische und praktische Berufsausbildung, die die Handwerksmeister sich nicht leisten konnten. Die Schüler erhielten das Gesellen- bzw. Meisterdiplom und dadurch die Möglichkeit, ihr Handwerk im vollen Umfang ausüben zu können, ohne dabei die möglichen Behinderungen durch die Handwerksverwaltung erdulden zu müssen.

---

<sup>883</sup> Doklad inspektora učilišča Avdija Ivanoviča Skovorodova. [St. Petersburg 1908], S. 1 ff.; III-j otičet o dejatel'nosti Obščestva rasprostraneniya remeslennogo obrazovanija sredi bednogo naselenija za 1906 god. St. Petersburg 1907, S. Vff.

<sup>884</sup> Spisok remeslennyh i tehničeskich učebnyh zavedenij vedomstva ministerstva trgovli i promyšlennosti. Pg. 1914, S. 26, 30, 32, 36, 38. Unter ihnen: Der Handwerkskurs der Spaso-Preobraženskij-Fürsorgegesellschaft (*Remeslennye učebnye kursy Spaso-Preobraženskogo blagotvoritel'nogo obščestva*), die Petrograder Zeichnerschule von P. I. Mežerič (*Petrogradskaja škola čertěžnikov P. I. Mežeriča*), der Petrograder technische Kurs von V. P. Panov (*Petrogradskie tehničeskije kursy V. P. Panova*), der Petrograder Handwerks-technische Kurs vom Technologie-Ingenieur I. A. Gavrilo (Petrogradskie remeslennotechničeskije kursy inžener-technologa I. A. Gavrilo), die Lehrwerkstatt von N. P. L'vov (*Remeslennaja učebnaja masterskaja N. P. L'vov*), die städtische Handwerksschule für Frauen namens V. A. Krylov (*Ženskaja gorodskaja remeslennaja škola imeni V. A. Krylova*), der Erste Petrograder polytechnische Kurs von M. A. Šummer (*Pervye Petrogradskie Politehničeskije kursy M. A. Šumera*). Die Petrograder Professoren- und Dozentengenossenschaft (*Tovariščestvo professorov i prepodavatelej*) zeichnete sich durch die Organisation mehrerer Handwerkslehranstalten aus. Sie organisierte den Polytechnischen Zeichnerkurs (*Petrogradskie politehničeskije kursy tovariščestva professorov i prepodavatelej*), den Kurs für die Webergesellen und den Kurs für die Elektrotechniker und Elektromonteurs.

<sup>885</sup> Ustav Obščestva rasprostraneniya chudožestvenno-remeslennogo obrazovanija. [St. Petersburg 1912], S. 3f.

## 9. Monopol und Konkurrenz im Handwerk

Während des ersten Drittels des 19. Jahrhunderts, als mit der breiten Angebotspalette im Konsumgütersektor der hauptstädtische Markt gesättigt wurde, nahm die Konkurrenz sowohl zwischen den zünftigen als auch zwischen den zünftigen und zunftfreien Handwerkern immer schärfere Formen an, weshalb die Zünfte immer öfter von ihren Monopolrechten Gebrauch machten. Dies erwies sich in der Regel als eine belastende Beschränkung für viele Handwerker. Es ist zu fragen, inwieweit die Zünfte ihr Monopolrecht durchsetzen konnten, ob ihnen z. B. die Beschränkung der Meisterzahl oder das Verbot der Ausübung des Handwerks gelang. Des weiteren stellt sich die Frage, wie sich die Konkurrenz der zunftfreien Handwerker auf die Lage des Zunfthandwerks auswirkte und welche Mittel zur Steigerung seiner Wettbewerbsfähigkeit zur Verfügung standen.

### 9.1 Monopol

#### 9.1.1 Die Zünfte und die zunftfreien Handwerker

Ein Handwerksmonopol bestand in Rußland vor der Einführung der Zünfte nicht. Aber auch nach ihrer Einführung war es relativ begrenzt. Warum konnte in Rußland kein Zunftmonopol durchgesetzt werden? Dafür war vor allem das bäuerliche bzw. ländliche Handwerk verantwortlich, das keinerlei Beschränkungen auf dem Land hatte und der größte Konsumgüterhersteller bis zur Jahrhundertwende 1900 blieb. Eine Vielzahl von bäuerlichen Kleinhändlern drängten in die großen Städte, um dort ihre Waren zu verkaufen. Das waren z. B. Haushaltsprodukte wie Töpfe, Bratpfannen, Gläser, Becher, Kellen, Löffel, Messer, Leuchten, Ketten, Schlösser, Schlüssel, Kleider und Schuhwerk sowie Halbwaren und Rohmaterialien wie Wachs, Felle, Leder, Borsten, Hörner, Pferdehaar und Eisen. Es fehlte auch nicht an Arbeitswerkzeugen wie Netzen, Ambossen, Äxten, Schabmessern, Spaten oder auch Waffen wie Pistolen und Gewehre<sup>886</sup>.

Im 18. Jahrhundert erfuhr der bäuerliche Handel in den beiden Hauptstädten wesentliche Beschränkungen, nach denen praktisch nur Lebensmittel, Rohstoffe und halbfertige Produkte zum Verkauf auf dem hauptstädtischen Markt angeboten werden durften. Außer den bäuerlichen Händlern gab es noch andere Bevölkerungsgruppen, die das Monopol der Zünfte beschränkten. Das waren die Kleinbürger, Kaufleute und Posadleute. Von den letzteren gab es in St. Petersburg

---

<sup>886</sup> S. I. Sakovič, *Torgovlja meločnymi tovarami v Moskve v konce XVII veka*, in: *Istoričeskie zapiski*, Bd. 20 (1946), S. 131; E. I. Zaozerskaja, *K voprosu o zoroždenii kapitalističeskich otnošenij v melkoj promyšlennosti Rossii XVIII veka*, in: *Voprosy istorii*, Nr. 6 (1949), S. 80.

im Jahre 1786 3.934. Sie standen 2.539 Zunft Handwerkern gegenüber. Bei genauer Betrachtung waren es meistens die Kleinhändler und Heimarbeiter, die nicht in den Zünften organisiert waren. Sie waren in der Regel im Textilgewerbe tätig, das früh aus dem Handwerk ausschied und auch in kleinen Formen ihrem Produktionsprozeß und der Arbeitsteilung nach eher den Fabriken als den Werkstätten ähnelte. Die größte gewerbliche Gruppe unter den nichtzünftigen Handwerkern machten aber die bäuerlichen Handwerker aus. Allerdings konnten diese Handwerker nicht immer ungestraft die Monopolrechte der Zünfte verletzen.

Die Monopolisierung bestimmter Zunfthandwerke verlief unterschiedlich. Spezielle Handwerksarten wie Uhrenmacher, Mechaniker, Maschinenbauer, Klavierbauer, Optiker, Konditoren und andere, die vom Ausland importiert wurden, befanden sich mit Ausnahme von Hofhandwerkern fast ausschließlich in den Händen der Zunfthandwerker. Anders war es beim traditionellen Handwerk bestellt, das seit altersher in Rußland etabliert war. Die Lebensmittelindustrie war hauptsächlich in den Händen der Bauern. Berufliche Tätigkeiten wie Weißbrotbäcker, Pirogenbäcker, Lebkuchenbäcker, Müller, Köche, Speisewirtschaftler, Fischer, Buttermacher, Metzger und andere wurden ausschließlich von Handwerkern bäuerlicher Herkunft ausgeübt<sup>887</sup>. Die Ausnahme machten die deutschen Bäcker, die eine Monopolstellung besonders in den 1830er Jahren erreichen konnten. Auf dem zweiten Platz nach dem nahrungsherstellenden Gewerbe stand das Bauhandwerk (Zimmermann, Schreiner, Steinmetz, Steinschleifer, Maurer, Stuckarbeiter und andere), das meistens von den bäuerlichen Artelsarbeitern erledigt wurde. In diesen Bereichen konnten also die Zunfthandwerker wegen historischer Gegebenheiten bzw. wegen schon früher ausgearbeiteter Formen von Arbeitsgemeinschaften kein vollständiges Monopol einführen.

Intention des Gesetzgebers war es, das Kleinhandwerkstum zu schützen. Die Zünfte kamen so mit gültigen GewerbeGesetzen in Konflikt. Außer den Zunftstatuten bzw. dem Handwerksstatut gab es noch ungeschriebenen Regeln, die dem Ethos des Zunftwesens und damit dem Monopolprinzip, entsprachen. Diesem Monopolstreben der Zünfte wird im folgenden nachgegangen.

Eine Fülle von archivarischen Aktenstücken können als Belege für die Monopolbestrebungen der St. Petersburger Zünfte herangezogen werden. Aus der Vielzahl einzelner Konflikte zwischen den Meistern und Zünften kristallisiert sich eine allgemeine Situation heraus, die von den komplizierten Verflechtungen zwischen den ständischen und privaten Interessen zeugt. Im folgenden werden diese Interessensphären sowie der staatliche Einfluß aus verschiedenen Blickwinkeln heraus betrachtet, was zu einem differenzierteren Bild der Situation des Handwerks beitragen soll.

Die Handwerksverwaltung beobachtete argwöhnisch die Aktivitäten der

---

<sup>887</sup> Očerki ruskoj kul'tury XVIII veka, Tl. 1. Moskau 1985, S. 158.



zunftfreien Handwerker und versuchte bei jeder Gelegenheit, Druck auf sie auszuüben. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts unterstützte z. B. der Stadtmagistrat die russische Zunftverwaltung in ihren Bestrebungen und zwang die ausländischen Handwerker in die Zünfte als ständige Meister einzutreten. Der Erlaß vom 22. Januar 1782 untersagte schließlich dem Magistrat diese Praktiken<sup>888</sup>. Einen anderen Beleg für den Versuch, den Zunftzwang einzuführen, stellt der Vorfall von 1786 dar: Das Handwerksoberrhaupt der deutschen Zünfte forderte den Magistrat auf, nicht zuzulassen, daß die ausländischen Handwerker in die russischen Zünfte eintraten. Sie sollten seinem Wunsch nach ausschließlich in den deutschen Zünften Mitglieder sein. Diesmal kam der Stadtmagistrat der Forderung nicht entgegen. Er bezog sich auf das Handwerksstatut von 1785, das den ausländischen Handwerkern das Recht einräumte, auch in die russischen Zünfte eintreten zu dürfen<sup>889</sup>.

Die Handwerker konnten in ihrem Gewerbe auf unterschiedliche Weise behindert werden, wobei die deutschen Zünfte hier besonders eifrig waren, weil die meisten ausländischen Meister mit der Zunfttradition vertraut waren. Dabei schloß sich die russische Handwerksverwaltung ihren Monopolbestrebungen ausnahmslos an. So suchte 1816 der Bürstenhersteller Karl Förster aus Zittau bei Innenminister Osip Petrovič Kozodavlev Schutz vor der deutschen Zunftverwaltung, die ihn zwar in die Zunft aufnahm, ihn aber danach in der Ausübung seines Handwerks behinderte, wobei die russische Handwerksverwaltung der deutschen Beistand leistete: Sie drohte Förster ebenfalls seine Waren zu konfiszieren und seine Werkstatt durch die Polizei schließen zu lassen. Das Handwerksoberrhaupt der deutschen Zünfte, Günter, erteilte ihm eine einjährige Erlaubnis, die aber nicht verlängert wurde<sup>890</sup>. Die Vergabe des Erlaubnis des Handwerksoberrhaupts war widerrechtlich, weil allein durch die Zunftaufnahme eines Meisters die Ausübung seines Handwerks garantiert wurde. Günter mißbrauchte dies als ein Instrument, um das Monopol zu stärken. Zumal der Staat nicht immer die Seite der Zünfte einnahm, um durch die Begrenzung der Meisterzahl, den Absatz des Zunfthandwerks zu sichern. Die Zünfte selbst sollten versuchen, mit ihrer wirtschaftlichen Situation fertig zu werden und aus ihren Zunftrechten für sich das Beste zu machen.

So hatte der Fall in der Stecherzunft im Jahre 1828 mit der Beschränkung der

---

<sup>888</sup> PSZ RI 1, Bd. 21, Nr. 15331 (22. Januar 1782): O neprinuždenii inostrannykh masterov, v S. Peterburge poselivšichsja, zapisivav'sja v cechi večno, S. 387.

<sup>889</sup> Žurnal Komiteta ministrov po zapiske glavnomandujuščego v Peterburge o podatjach s inostrannykh remeslennikov, nachodjaščichsja v vedenii Remeslennoj upravly rossijskich cechov ot 4.08.1816, in: RGIA, f. 1263, op. 1, d. 98, l. 1f.

<sup>890</sup> Otnošenje m.v.d. O. P. Kozodavleva k glavnomandujuščemu S. Peterburga Sergeju Kuzmiču Vjazmitinovu ot 18 aprlja 1816; prošenie k m.v.d. Kozodavlevu ot ščetočnogo mastera Ferstera ot 16 ijunja 1816, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 166, l. 9, 11f.

Tätigkeit der Apotheker zu tun. Sie druckten Etiketten für die Arzneimittel mit der Erlaubnis des Generalgouverneurs auf einer gemeinnützigen Druckmaschine selbst, wodurch sie den Meistern der Stecherzunft Schaden zufügten. Der St. Petersburger Generalgouverneur schrieb diesbezüglich dem Finanzminister:

„Die pharmazeutische Gesellschaft hat keine Stecherwerkstatt. Die Aufstellung der Druckmaschinen von dieser Gesellschaft widerspricht nicht der Ordnung, weil das Druckhandwerk den Stechern nicht angehört“<sup>891</sup>.

Doch diese Stellungnahme widersprach der Realität. Die Druckbretter für die Apotheker wurden letztendlich doch von den Stechern angefertigt, und das Druckhandwerk gehörte tatsächlich zu ihrem Arbeitsbereich. Der Meister der deutschen Zunft Avgust Ferdinandovič Šmit berichtete dem Finanzminister, daß die Stecher beträchtliche Verluste durch das selbständige Drucken der Apotheker hinnehmen mußten und bat diese Praktiken zu verbieten. Ungeachtet der schlechten wirtschaftlichen Situation der Stecher, wurde die Nebenbeschäftigung der Apotheker nicht unterbunden.

Im Fall von Joseph Bozetti, seit 1845 kaiserlicher Hoflieferant für Schokolade, nahm die deutsche Konditorenzunft im gleichen Jahr in der Frage seiner Zunftaufnahme eine strikt abweisende Stellung ein. Er beabsichtigte nicht seine Werkstatt zu vergrößern, trotzdem wurde ihm die Konditorenzunftmitgliedschaft verwehrt. An seiner Kunstfertigkeit zweifelte niemand, im Gegenteil - die Zurükhaltung der Zunfthandwerker läßt sich damit erklären, daß sie wahrscheinlich einen zusätzlichen Konkurrenten fürchteten. Die Nichtaufnahme Bozettis ließ ihnen immer eine Möglichkeit offen, ihm sein Handwerk zu verbieten. Die Zunftverwaltung rechtfertigte ihre Absage an Bozetti damit, daß sie keine gesonderte Schokolademeisterzunft habe. Daran wollte aber Bozetti nicht glauben, da er von vier Schokolademeistern (Osip Cikorij, Osip Rinal'delli, Gidelli und Markvarti) im Gebäude der deutschen evangelisch-lutherischen St. Peter-Kirche am Nevskij Prospekt, wo er seine Wohnung und Werkstatt hatte, wußte, die im Gegensatz zu ihm die Zunftzeugnisse von der Konditorenzunft bekommen hatten. Auch sein kurz zuvor verstorbener Onkel Grigorij Bozetti, bei dem sein Neffe Joseph Bozetti seit fünf Jahren gearbeitet und schließlich seine Werkstatt geerbt hatte, war Meister der Konditorenzunft und hatte seine Werkstatt in St. Petersburg seit ca. 1815. Trotz alledem und trotz der Befürwortung seiner Aufnahme durch den Innenminister wurde er nicht in die Zunft aufgenommen. Die Absichten der Zunft wurden in der Antwort des

---

<sup>891</sup> Otnošenje S. Peterburgskogo general-gubernatora ministru finansov ot 23 janvarja 1829, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 579: Po pros'be gravěrnogo obščestva sostojaščego v nemeckom remeslennom ceche, o zapreščennii farmacevtičeskomu obščestvu zanimat'sja prigotovleniem gravěrych i pečatnych rabot (1828), hier l. 3, 5.

Zunftältesten an den Generalgouverneur von St. Petersburg im Juni 1847 deutlich. Er bezog sich rein formell auf den Paragraph 416 des Handwerksstatutes und bekräftigte, daß Bozetti auch „ohne Meisterzeugnis sein Handwerk ohne Hilfe von Gesellen und Lehrlingen ausüben könne“<sup>892</sup>. Diese Ausführung des Zunftältesten wäre verständlich, wenn Bozetti sich vom Zunfteintritt befreien wollte, da aber hier das Gegenteil der Fall war, scheint diese Antwort ein zynisches „Unverständnis“ zu sein, das sich auf eine formelle Interpretation des Gesetzes stützen wollte.

Während die deutsche Konditorenzunft mit allen Mitteln versuchte, die Anzahl der Zunftmeister zu begrenzen, zwang die russische Handwerksverwaltung rücksichtslos die Handwerker in die Zunft. Das Gegenteil zu Bozetti stellte der Fall des St. Petersburger Kleinbürgers Jakov Ivanovič Sokolovskij dar, den die russische Handwerksverwaltung am 19. Mai 1833 zum Zunfteintritt zwang. Seit 1800 stellte Sokolovskij alleine in seinem Haus im Karetnaja-Viertel Schokolade her. Das durfte er auch, da nach dem Gesetz die Posadleute bzw. die meščane, denen er angehörte, nur die Steuer für die Kleinbürger zahlten und dadurch alle Rechte in der Handwerksausübung kleineren Umfanges hatten. Die Stadtduma, die die Forderung der Konditorenzunft unterstützte, sollte sich in ihrer Forderung einschränken und den Direktiven des Geschäftsführers des Manufaktur- und Innenhandelsdepartements (DMVT) (*Departament manufaktur i vnutrennej trgovli*) Družinin gehorchen<sup>893</sup>.

Die Bildung der Zünfte als Mittel der Monopolbestrebung der zünftigen Handwerker konnte auf verschiedene Weise erfolgen. Einerseits gliederte die russische bzw. die ausländische Handwerksverwaltung weitere verwandte Handwerksformen in ihren Bereich ein. Andererseits beauftragte das Finanzministerium bzw. das DMVT aus fiskalischen Gründen die Stadtduma damit, bestimmte Zünfte zu bilden. Ein geeignetes Beispiel dafür liefert die Entstehungsgeschichte der Weberzunft, die später paradoxerweise in die Silberschmiede- und Posamentierierzunft eingegliedert wurde. Die Gründung der Weberzunft vollzog sich zwischen 1825 und 1841. Der indirekte Auslöser der Entstehung dieser Zunft war die Gildenreform vom 14.11.1824, nach der alle

---

<sup>892</sup> Prošenje Bozetti m.v.d. Perovskomu ot 8.02.1846 und ot 3.05.1848; Dokladnaja zapiska voennogo general-gubernatora ministru vnutrennich del o dozvolennii Bozetti proizvodit' šokolad ot 30.06.1847, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 400 (Februar 1846-Juli 1847): Po prošennju avstrijskogo poddannogo, vladel'ca šokoladnoj fabriki I. Bozetti o prinjatii ego v Peterburgskij šokoladnyj cech, hier II. 1, 4f., 11.

<sup>893</sup> Po pros'be S. Peterburgskogo meščanina Sokolovskogo ob osvoboždenii gil'dejskich povinnostej po proizvodstvu na domašnem zavedenii šokolada, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 849, l. 1f.

Gewerbetreibenden die Handelsbescheinigungen im Kassenamt kaufen sollten, wobei die Bescheinigungsklasse und dementsprechend die Beitragshöhe vom Umfang des Betriebes und seiner Produktion abhing.

Für die ausländischen Weber Cristian Riecke, Wilhelm Kress und Nieburg wurde die Zunftbildung zum Verhängnis. Als sie zum Kassenamt (*kazënnaja palata*) gingen, um die Handelsbescheinigungen zu bekommen, wurde von ihnen die Erlaubnis für ihre Betriebe vom DMVT verlangt, die sie nicht hatten, weil sie, manche von ihnen jahrzehntelang, als freie Handwerker arbeiteten. Als im Kassenamt diese Sachlage geprüft wurde, kamen die Beamten zu dem Schluß, daß wenn die hauptstädtischen Weber keine Zunft bildeten, sie kein Weberhandwerk betreiben durften. Dem Gesetz nach durften die ausländischen Kaufleute keine Fabriken und Werkstätten unterhalten und die ausländischen Handwerker sollten in die deutschen als ständige bzw. in die russischen Zünfte als zeitweilige oder als ständige Meister, falls sie die russische Staatsangehörigkeit erworben hatten, eintreten. Sie konnten vom Zunfteintritt nur befreit werden, wenn ihre Werkstatt als Fabrik vom DMVT anerkannt wurde. Andernfalls wurde ihnen die gewerbliche Tätigkeit untersagt<sup>894</sup>. Über diese Frage hat letztendlich Finanzminister E. F. Kankrin selbst entschieden und verfügte, die Weberzunft zu gründen.

Bisher wohnten die ausländischen Weber in der Hauptstadt aufgrund der Bescheinigungen der Auslandsabteilung des Adreßkontor (*adresnaja kontora*)<sup>895</sup>. Das Weberhandwerk benötigte Platz und die Meister richteten ihre Werkstätten in den angemieteten Wohnungen oft im Admiralitätsviertel ein, wo die überwiegende Mehrheit ausländischer Meister wohnte. So hatte z. B. der Litzenhersteller Karl Zinserling sein Handwerk in der Hauptstadt seit 32 Jahren betrieben und insgesamt rund 200 Lehrlinge ausgebildet, die zuweilen selbst als Meister oder Gesellen in anderen Werkstätten gearbeitet hatten<sup>896</sup>. Bisher hatte es niemand gekümmert, ob sie überhaupt Steuern gezahlt hatten. Auf diese Weise konnten die Weber jahrzehntelang steuerfrei arbeiten, was im Ausland bekannt wurde und viele ausländische Meister dazu veranlaßte, in der Hauptstadt ansässig

---

<sup>894</sup> По проšenju zdešnich tkackich masterov i vydače im vidov na polučenie svidetel'stv dlja svobodnogo proizvodstva rabot na ich nebol'sich zavedenijach i ob učeždenii inostrannogo cecha, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 471, l. 4, 6, 12, 18.

<sup>895</sup> Im Adreßkontor bekamen die zugereisten bauerlichen und ausländischen Handwerker ihre Wohnerlaubnisse.

<sup>896</sup> Ebd., l. 19: Prošenie ot soderžatelja tesëmočnogo zavedenija Karla Cinzerlinga ministru finansov E. F. Kankrinu ot 22.06.1826; Vgl. bei Ivanova, Deutsche Handwerker, S. 281f.

zu werden. Dabei spielte die Werbetätigkeit der russischen Regierung im Ausland, unter anderem in Sachsen und Bayern, eine große Rolle<sup>897</sup>.

Vorübergehend wurden die ausländischen Weber in Anbetracht ihrer geringen Anzahl und des kleinen Umfanges ihrer Betriebe von der Zunftbildung befreit. Viele von ihnen erhielten Bescheinigungen vom Wirtschaftsdepartement, die dahingehend interpretiert werden konnten, daß es sich bei ihren Werkstätten um Fabriken handelte. Das DMVT akzeptierte, daß viele von ihnen keine Fabriken, sondern „Heimgewerbe“ (*domašnie rukodelija*) betrieben<sup>898</sup>.

Der Grund dafür, weshalb das DMVT dies zuließ, war die Aussicht, daß der Meister seine Werkstatt in der näheren Zukunft zu einer Fabrik ausbauen würde. Der Meister hingegen nutzte diesen Umstand, um Steuern zu sparen, die er andernfalls in der Zunft hätte entrichten müssen.

Von 1827 bis 1837 wurden vom DMVT insgesamt 22 Bescheinigungen ausgegeben. Am 12. Januar 1837 wies der Finanzminister erneut den St. Petersburger Generalgouverneur an, die Bildung der Weberzunft voranzutreiben. Es dauerte dann noch drei Jahre, bis die Zunft endlich gegründet wurde. 1840 gab es in St. Petersburg 68 russische und ausländische Meister bzw. Fabrikanten, die Weberbetriebe von unterschiedlicher Größe hatten. Die Meister selbst gehörten verschiedenen sozialen Schichten an. Es gab unter ihnen 17 Zunftmeister, die in verschiedenen Zünften bereits Mitglieder waren und von nun an in die Weberzunft übertreten sollten, sowie 27 Ausländer, acht Kaufleute, sieben Kleinbürger, 16 Bauern und Dienstleute. Dabei lassen sich einige Vergleiche bezüglich der Entwicklung des Weberhandwerks ziehen. So konnten die ausländischen Meister Traugott Wilhelm Böhme und Wilhelm Kress, beide aus Sachsen, und Michael Limbrunner aus Bayern zwischen 1827 und 1840 ihre Betriebe wesentlich vergrößern<sup>899</sup>.

Im Verzeichnis der Weberzunft gab es auch solche Betriebe, die mit einer Werkstatt wenig gemeinsam hatten, d.h. eigentlich Fabriken waren. Dazu gehörten z. B. die Gesellschaft der Tüllfabrik (*Obščestvo tjulevoj fabriki*), deren Gesellschafter Ivan Bonenblust, Ehrenbürger und Kaufmann der ersten Gilde, Ivan Segen, ausländischer Kaufmann und der Schweizer Adolf Ganzenbach waren. Diese Tüllfabrik war mit 22 metallenen Webmaschinen und 26 Webstühlen ausgestattet und beschäftigte 48 Arbeiter. Eine andere Fabrik gehörte dem Kaufmann der zweiten Gilde Ferdinand Zimmermann. Sie war mit 58

---

<sup>897</sup> Vgl. O predloženíi rossijskogo vice-konsula v Ljubeke Šletcera snabžat' rossijskie fabriki vsjakogo zvanija masterami, in: RGI, f. 18, op. 2, d. 244; Erik Amburger, Die Anwerbung ausländischer Fachkräfte für die Wirtschaft Russlands vom 15. bis ins 19. Jahrhundert. Wiesbaden 1968.

<sup>898</sup> Otnošenje ministra finansov Kankrina k voennomu general-gubernatoru ot 15.3.1827, in: Ebd., I. 42.

<sup>899</sup> S. Tabelle 64 im Tabellenanhang.

Webstühlen und zwei Maschinen bestückt und bot drei Meistern, 40 Arbeitern und 20 Lehrlingen Arbeit. Auch die Kattunfabrik des Manufakturrats Fëdor Bitepaž mit 39 Webstühlen und zwei Schleifmaschinen sowie einer Dampfmaschine soll hier erwähnt werden. In seiner Fabrik wurden zwölf Arbeiter und 20 Lehrlinge beschäftigt. Der gewählte Zunftälteste der Weberzunft Friedrich Rudert selbst hatte eher eine kleine Fabrik, die mit 27 Webstühlen ausgestattet war und in der 14 Arbeiter und 27 Lehrlinge beschäftigt wurden. Im allgemeinen wurden aber Weberwerkstätten mit fünf bis zehn Beschäftigten in kleinen Wohnungen eingerichtet<sup>900</sup>.

Wie ersichtlich ist, ging die Initiative für die Gründung dieser Zunft vom Finanzminister Kankrin aus, der daran Anstoß nahm, daß die meisten Weber der Stadt, mit Ausnahme der Kaufleute, keine Steuern zahlten. Es standen also eindeutig fiskalische Motive im Vordergrund. Die Gründung vollzog sich auf folgende Weise. Der Generalgouverneur von St. Petersburg wandte sich an das Handwerksoberrhaupt der deutschen Zünfte und verfügte über die Gründung der Weberzunft. Die Umsetzung des Befehls durch das Handwerksoberrhaupt erwies sich als problematisch. Die Handwerksverwaltung der deutschen Zünfte sollte zuerst das organisatorische Problem überwinden, alle Meister in der allgemeinen Zunftversammlung zusammenzubringen. Die Mehrzahl der Weber folgte dieser Einberufung nicht. Es erschienen nur 19 Weber. Außerdem beklagte sich der Zunftälteste Rudert, daß die meisten Weber mit größeren Werkstätten bzw. Fabriken außerhalb der Stadtgrenze wohnten, wodurch sie von der Zunftmitgliedschaft befreit wurden, ihre Waren aber ebenfalls in der Stadt absetzten. Deswegen befanden sie sich im Vergleich mit den städtischen Webern in einer vorteilhaften Stellung. Von einem Zunftmonopol konnte hier überhaupt keine Rede sein, weil, wie oben erwähnt, das Weberhandwerk in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch starke Umstrukturierungen und durch Umwandlung eines Teils der Betriebe in Fabriken geprägt war. Die Weber, die ihr Handwerk in kleinerem Umfang betrieben, lösten ihre Werkstätten auf und gingen anderen Beschäftigungen nach. So wurden die ärmeren Stadtweber, die der Konkurrenz ausgesetzt waren und durch zusätzliche Zunftabgaben noch mehr belastet wurden, in noch größere Armut gestürzt<sup>901</sup>.

Die Bestrebung nach einer Abgrenzung von den anderen Handwerksarten und die Maßnahmen zur Begrenzung der nichtzünftigen Handwerker zeichneten sich nicht nur in den oben erwähnten Zünften ab, sondern auch in der Speiseherstellierzunft. 1831 beklagte sie sich beim Handwerksoberrhaupt, daß „die

---

<sup>900</sup> Vedomost' tkackim zavedenijam, suščestvujuščim v S. Peterburge. Podana ot voennogo general-gubernatora k ministru finansov (1840), in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 471, l. 103.

<sup>901</sup> Zapiska tkackogo mastera Ruderta, in: Ebd., l. 106.

Kellner, Köche und Köchinnen in der Stadt ihrem Handwerk nachgingen, ohne sich in die entsprechende Zunft einzuschreiben“<sup>902</sup>. Sie baten das Handwerksobershaupt, den Mißbrauch zu beseitigen. Der berühmte St. Petersburger Dachdecker Pëtr Teluškin wurde ebenfalls 1831 von einer anderen Zunft bezichtigt, in seiner Werkstatt Arbeiter zu beschäftigen, ohne der Zunft anzugehören<sup>903</sup>.

Wie die verschiedenen, vorwiegend deutschen Zünfte versuchten, das Monopol auf das Zunfthandwerk durchzusetzen, soll an einigen Beispielen erläutert werden. Insgesamt ereigneten sich die meisten Streitfälle zwischen den Zünften und verschiedenen Handwerkern um die alleinige Ausübung des jeweiligen Handwerks in der zweiten Hälfte der 20er bis Ende der 50er Jahre des 19. Jahrhunderts.

So baten im Frühjahr 1826 die Stecher der deutschen Zunft und im Frühjahr 1828 die Klavierbaumeister der russisch-deutschen Zunft den Finanzminister um die Beschränkung der Apotheker und der nicht einer Zunft angehörenden Klaviermeister und -stimmer in ihrer Tätigkeit. Die Klavierbauer baten, die Anzahl der Meister in der Hauptstadt auf 45 zu verringern und den nichtzünftigen Meistern das Handwerk zu verbieten. Sie wiesen auf drei Ursachen ihrer schweren Lage hin. Erstens gab es in der Hauptstadt eine Überzahl an zünftigen Klavierbauern, die den anderen zünftigen Meistern die Arbeit wegnahmen. Zweitens gab es nichtzünftige Klavierbauer, die verbotenerweise Gesellen und Lehrlinge beschäftigten. Drittens störten die Klavierstimmer das Handwerk der Klavierbauer, die Musikinstrumente nicht nur stimmten, sondern auch reparierten, was nur dem zünftigen Meister vorbehalten war. Kankrin war dagegen, die Meisteranzahl zu verringern. Zwar unterstützte er die Forderung der Zünfte, das Zunfthandwerk den nichtzünftigen Handwerkern zu verbieten, befürwortete aber die Aufnahme aller Meister in die Zünfte, was die interne Konkurrenz noch mehr verschärfen sollte. Dadurch verschwammen die Grenzen des Zunftmonopols bis zur Unkenntlichkeit<sup>904</sup>.

Im September 1843 erteilte der Innenminister dem Zunftältesten der deutschen Musikinstrumentenbauerzunft Schröder und seinem Stellvertreter Schaf einen

---

<sup>902</sup> Očerki istorii Leningrada, S. 33f.

<sup>903</sup> Im Herbst 1831 wurde er dadurch berühmt, daß er Reparaturarbeiten an der Domspitze der Peter- und Paulus Kirche durchführte, ohne dabei ein Baugerüst zu benutzen.

<sup>904</sup> Ot ministra finansov Kankrina k S. Peterburgskomu general-gubernatoru ot 1 aprelja 1826 goda, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 489: Po prošenuju staršin russkogo i nemeckogo instrumental'nogo cecha o zapreščennii licam ne prinadležaščim k cechu zanimat'sja ich remeslom (1826), hier l. 2.

strengen Verweis, nachdem sie sich seit 1840 weigerten, „den besten Klavierbauer der Hauptstadt“<sup>905</sup>, den Engländer Lichtental, ungeachtet seiner wiederholten Beitrittsanträge, in die Zunft aufzunehmen. Der Grund dafür war, daß Lichtental kein Zunftzeugnis besaß, da zu dieser Zeit in England schon Gewerbefreiheit herrschte, Zünfte also gar nicht mehr existierten. Die Meisterpatente, die Lichtental vom englischen Prinz Albert bzw. vom belgischen König als Hoflieferant des englischen und belgischen Hofes ausgestellt bekommen hatte, halfen ihm nicht weiter. Einige Meister der Zunft verweigerten die Aufnahme. Die Anweisung des Staatsrates und des Leiters der Kommission für die Verbesserung der Steuereinnahmen der Hauptstadt, Smirnov, Lichtental innerhalb zweier Monate aufzunehmen, wurde vom Zunftältesten ignoriert. Nach dem Verlauf von zwei Monaten wand sich Smirnov an das Handwerksoberhaupt der deutschen Zünfte mit dem Vorschlag, dem Zunftältesten der genannten Zunft die zweiwöchige Frist zu gewähren, nachdem er der Kommission über die erfolgte Aufnahme Bericht erstatten sollte. Auch das Handwerksoberhaupt ließ den Vorschlag Smirnovs unbeantwortet.

Solch eine beispiellose Eigenwilligkeit wäre z. B. im damaligen Preußen nicht denkbar gewesen<sup>906</sup>. Das heißt, daß während sich von einer Seite die erdrückende vor allem steuerliche Last des russischen Staates und seine feindliche Gegenüberstellung jeder Äußerung der freien unternehmerischen Initiative dauern spüren ließ, von anderer Seite wenn nicht die rechtlichen dann doch bestimmte „Freiräume“ bestehen sollten, die die Entfaltung des Unternehmertums begünstigten. Diese Sichtweise kann einige sich widersprechenden Gegebenheiten der russischen Geschichte zusammenzubringen helfen. Einerseits sollen diese Freiräume aufgespürt werden, wodurch es möglich wird, die konstatierten Gegebenheiten in der russischen Geschichte, die bei ihrer Berührung unvermeidlich in einen Widerspruch geraten, besser zu erklären. Andererseits sollen wir im Auge behalten, daß es „nur tendenziell der Fall war“, daß sich in Rußland „des 19. Jahrhunderts tatsächlich politische und soziale Rahmenbedingungen entwickelt [hätten], die dem dortigen Unternehmertum nicht nur die Chance zu sozialer Emanzipation und politischer Mitbestimmung

---

<sup>905</sup> Ministr vnutrennich del Perovskij S. Peterburgskomu voennomu general-gubernatoru ot 30 sentjabrja 1843 g., in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 137: Po prošennju staršin nemecko-muzykal'no-instrumental'nogo cecha o nepravil'nom domogatel'stve anglijskogo poddannogo Lichtentalja v prinjatii ego v skazannyj cech, hier l. 8ff.

<sup>906</sup> Vgl. Kocka, Stand, S. 26; Bergmann, Handwerk, S. 46ff.



geboten, sondern vor allem auch den benötigten ökonomischen Freiraum geschaffen hätten“<sup>907</sup>.

Smirnov wies richtig darauf hin, daß die deutsche Musikinstrumentenbaurzunft ein Monopol in der Stadt einrichtete, die Aufnahme neuer Meister verweigerte und durch die Unterdrückung der zunftfreien Meister bekannt war. Es gab Fälle, in denen die Musikinstrumentenbaumeister während der Prüfung falsche Baupläne von der zünftigen Prüfungskommission erhielten, nach denen sie nur untaugliche Instrumente bauen konnten und dadurch die Prüfung nicht bestanden. Die Folge für sie war das Verbot der Ausübung des Handwerks, da, wie Smirnov ebenfalls bemerkte, kein Meister in der Stadt mit Ausnahme der Meister, die keine Gesellen und Lehrlinge beschäftigten, zunftfrei arbeiten durfte. Lichtental wurde schließlich nach einem strengen Verweis seitens des Innenministers in die Zunft aufgenommen<sup>908</sup>. Er war so erfolgreich, daß seine Werkstatt 1862 30 „Arbeiter“ hatte und im Jahr 110 Klaviere für 54.560 Rubel oder umgerechnet 496 Rubel je Instrument baute<sup>909</sup>.

Auch in der deutschen Schneiderzunft läßt sich ein Beispiel finden. Dem Pariser Schneidermeister Serv'e wurde die Anerkennung verweigert, ungeachtet dessen, daß die Pariser Mode für die St. Petersburger Schneider stilistisch richtungsweisend war. Sein Problem war derselben Natur wie das der Meister aus England: Es gab dort keine Zünfte, die entsprechende Meisterdiplome erteilten<sup>910</sup>. Das Verhältnis zwischen der Kommission unter der Leitung Smirnovs und den Zünften war ambivalent. Es gab Fälle der scharfen Konfrontation mit den Zünften aber auch enge Zusammenarbeit, je nachdem, was die Zünfte gerade bezweckten.

---

<sup>907</sup> Klaus Heller, Industrielles Unternehmertum in Rußland vor 1917: Politische, ökonomische und soziale Rahmenbedingungen, in: Bernd Heidenreich, Klaus Heller, Martin Hoffmann (Hrsg.), Rußlands unternehmerische Vergangenheit: Ein Wegweiser in die Zukunft? (Giessener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des europäischen Ostens Bd. 219), Berlin 1996, S. 9-29, hier S. 15f.; Ruckman, The Moscow Business Elite; J. Rieber, Merchants and Entrepreneurs in Imperial Russia. Chapel Hill 1982.

<sup>908</sup> Ministr vnutrennich del Perovskij S. Peterburgskomu voennomu general-gubernatoru ot 30 sentjabrja 1843 g., in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 137, l. 12f.

<sup>909</sup> Statističeskie svedenija o fabrikach i zavodach v S. Peterburge za 1862g., SPb. 1863, S. 3.

<sup>910</sup> Ob-jasnitel' naja zapiska i otnošenje voennogo general-gubernatora k m.v.d ot 18.11.1846, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 451: Po otnošeniju francuzskogo poverennogo v delach grafa Renvalja o zatrudnenijach, pričinjaemych francuzskomu poddannomu Serv'e peterburgskoj remeslennoj upravoj v priznanii ego masterom portnogo remesla (17. November 1846-5. Februar 1847), hier l. 4, 6.

So lud 1843 das Handwerksoberrhaupt der deutschen Zünfte den Inhaber einer Schreinerwerkstatt, von der Beck, und den Inhaber einer Werkstatt zur Herstellung von Streichhölzern, Lejce, mehrere Male ein, in die deutsche Schreinerzunft einzutreten, obwohl sie es offensichtlich vermeiden wollten. Sowohl das Handwerksoberrhaupt als auch Staatsrat Smirnov bestanden diesmal darauf<sup>911</sup>. Überhaupt bemerkte Baron Julij Fëdorovič Korf noch 1840, daß es in St. Petersburg eine ziemlich große Zahl ausländischer Meister gab, die keiner Zunft angehörten. Ungeachtet dessen betrieben sie ihre Werkstätten in der Hauptstadt auf Grund einer schriftlichen Erlaubnis des Handwerksoberrhauptes Dietmar, so konnte er sie völlig willkürlich besteuern.

Die Zünfte in St. Petersburg erlebten zwischen den 30er und den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts eine Aufschwungphase, in der sie ihre Monopolrechte besonders konsequent durchsetzten. Wie sie ihre Ansprüche geltend machten, ist aus mehreren Dokumenten ersichtlich, wobei auch für die bekannten Meister keine Ausnahmen gemacht wurden. Der ausländische Uhrenmacher Bernhard Florian konnte bei der Handwerksverwaltung hohe Auszeichnungen von der Allrussischen Ökonomischen Gesellschaft vorweisen und erhielt für seine Uhren während der Manufakturausstellung vom Finanzminister eine Prämie, mit der er 1850 eine Werkstatt gründen konnte. Das half ihm jedoch wenig, als er seinen Eintritt in die Uhrenbauerzunft beantragte. Er beschwerte sich am 25. Februar 1850 beim DMVT, daß die Handwerksverwaltung von ihm ein Meisterstück vorzuweisen verlangte, dessen Kosten so hoch für ihn waren, daß es seinen Konkurs bedeutet hätte. Er sollte für die Herstellung des Meisterstücks drei Monate verwenden, alle Aufträge liegen lassen und damit seine Einkünfte streichen. Außerdem sollte er sich in die dritte Kaufmannsgilde einschreiben, weil er einen kapitalintensiven Betrieb hatte, in dem mit Gerätschaften für 10.000 Silberrubeln gearbeitet wurde und in dem er mit sechs Facharbeitern innerhalb und vier außerhalb der Werkstatt in einem Jahr für 4.000 Silberrubel Uhren herstellte<sup>912</sup>. Florian sollte durch die aufwendige Prüfung zu Grunde gerichtet werden, um seine Gewerbetätigkeit zu verhindern.

Erwähnenswert ist auch der Fall des Kaufmanns der zweiten Gilde Ščankin, den

---

<sup>911</sup> Po zapiske statskogo sovetnika N. Smirnova o nejavke inostrannyh masterov, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 141, l. 1.

<sup>912</sup> Po pros'be inostranca Floriana o predostavlenii emu l'got ot plateža gil'dejskich povinnostej po ustrojstvu časovogo zavedenija (1850), in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 1424, l. 6, 8, 13, 19.

der Älteste der Gürtlerzunft, Stepan Praslov, regelrecht verfolgte, wofür dieser vom Generalgouverneur von St. Petersburg für eine kurze Zeit sogar verhaftet wurde. Im Januar 1850 beantragte Ščankin bei der Handwerksverwaltung seine Aufnahme als zeitweiliger Meister in die russische Sattlerzunft. Praslov schickte zunächst zwei Zunftmeister zur Überprüfung seiner Werkstatt, wobei der eine ihm berichtete, daß Ščankin sein Handwerk verstehe, der andere aber, daß er kein Meisterstück vorweisen könne. Das zweite Mal ging Praslov persönlich mit einem vereidigten Meister zu Ščankin, traf ihn aber nicht zu Hause an. Wie es aus den Archivdokumenten hervorgeht, bestand zwischen Praslov und Ščankin eine Feindschaft, wobei ersterer alle Mittel darauf verwendete, die Werkstatt von Ščankin zu schließen und ihm seine Gewerbetätigkeit zu verbieten. Praslov argumentierte damit, daß die Belegschaft in Werkstatt nicht der Betriebshierarchie einer Werkstatt entsprach. Einer der Beschäftigten, die alle bäuerlichen Standes waren, wurde nämlich in seiner Adressenbescheinigung (*adresnyj bilet*) als einfacher Arbeiter (*černorabočij*) bezeichnet. Einfache Arbeiter durften offiziell nicht im Handwerk beschäftigt werden, in der Praxis jedoch war dies gang und gäbe<sup>913</sup>.

Die Politik der Regierung bezweckte einerseits die Organisation der Wirtschaft, andererseits die Unterbindung der unangemessenen Monopolansprüche der Zünfte, die auf dem ersten und zweiten Handwerkerkongreß ihre Interessen deutlich machten. Auf dem ersten Handwerkerkongreß in St. Petersburg im Jahre 1900 schlugen die St. Petersburger Zunfthandwerker genau wie 1859 vor, die Einfuhr fertiger Kleidung in die Hauptstadt zu verbieten, weil „die Schneider in der Provinz wegen niedriger Herstellungskosten gefährliche Konkurrenten“ für die städtischen seien. Des weiteren wollten die Handwerksverwaltungen einiger Provinzstädte die Besteuerung der Landhandwerker einführen, was sie ebenfalls nicht durchsetzen konnten<sup>914</sup>. So versuchten z. B. die Zunftverwaltungen und die Stadtdumy der Städte Bolchov und Serpejsk des Orlovsker und Kalužsker Gouvernements in den Jahren zwischen 1885 und 1892 die Pflasterer, Erdarbeiter, Zimmerer, Maurer, Steinschleifer und Stuckarbeiter zu besteuern, wogegen sich die Leiter des Finanz- und Innenministeriums aussprachen<sup>915</sup>.

---

<sup>913</sup> Po ukazu pravitel'stvujiščego Senata o prekraščeenii dela po žalobe staršiny šornogo ceha Praslova ob arestovanii ego pri remeslennoj uprave (1852-1854), in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 1449, l. 1, 23f., 26f.

<sup>914</sup> A.P., Naši remeslenniki, in: RB 1900, Nr. 4, S. 160-172, hier S. 165.

<sup>915</sup> Po voprosu v prave li gorodskaja дума i remeslennye obščestva vzimat' s mostovščikov, zemlekopov, plotnikov, kamenščikov, kamenotěsov i štukaturov [...] ot zapiski v ceh, osobyj sbor v dochod gorodskoj i remeslennoj kazny, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 2265, l. 1f.

Auf dem zweiten Handwerkerkongreß in St. Petersburg im Jahre 1911 gingen die Zunfthandwerker in ihren Forderungen noch weiter und verlangten, den Zugang in das Handwerksgewerbe all denjenigen zu verbieten, die nicht dem Stand der Zunfthandwerker angehörten, und diese Regelung für ganz Rußland ohne Ausnahme für gültig zu erklären<sup>916</sup>. Die Einführung des Zunftmonopols in Rußland sollte zur Existenzsicherung des Zunfthandwerks beitragen.

In St. Petersburg wurden infolge der Anspruchserhebung der Handwerksverwaltung die Händler, die fertige Kleidung verkauften und sogenannte Stückwarenverkäufer (*štučniki*) den Zunftregelungen unterworfen und mit einer Sondersteuer belegt. Mehreren Konditorenmeistern, welchen nicht genügend Kapital zur Verfügung stand, wurde es so unmöglich gemacht, ihre eigenen Konditoreien zu gründen. Sie sollten statt dessen als Konditoren bei Bäckereien arbeiten. Diese Konditoren konnten dort alle nötigen Werkzeuge benutzen, waren nicht dazu gezwungen, die Gesellen und Lehrlinge zu unterhalten und konnten in den Krämerhandelsstuben alle benötigten Rohstoffe einkaufen. Die Handwerksverwaltung half solchen Meistern nicht, sondern verfolgte sie und stürzte sie durch das Verbot ihrer Tätigkeit in die Armut<sup>917</sup>.

In diesem Zusammenhang sei an die Worte von Enne zu erinnern, der das Problem der Existenz vieler nichtzünftigen Handwerkern mit den Monopolbestrebungen der Zünfte verband:

„Man wird jedoch kaum fehlgehen, wenn man das Problem des ‚Amtsstörers‘ als Parallelerscheinung zur Erschwerung des Zunftetrtritts und des Meisterwerdens ansieht“<sup>918</sup>.

### 9.1.2 Die Monopolkämpfe zwischen den Zünften

Damit sei das von den Zünften angestrebte Monopolrecht auf die Ausübung des Zunfthandwerks in der russischen Hauptstadt geklärt. Die Monopolbestrebungen der Zünfte wurden nicht nur in der Begrenzung des nichtzünftigen Handwerks sondern auch in den Auseinandersetzungen der Zünfte untereinander deutlich.

Ende der 1820er Jahre führten z. B. die Streitigkeiten zwischen der Bäckerzunft, der Wyborger Weißbrotbäckerzunft, der Pralinen- und Lebkuchenzunft und der Konditorenzunft dazu, dass 1830 der St. Petersburger Generalgouverneur Graf Essen ein Untersuchungsverfahren einleitete, indem die Stadtduma klären sollte,

---

<sup>916</sup> B. Bogdanov, Itogi remeslennogo s-ezda. In: Naša zarja (1911), Nr. 2 (Februar), S 62-75, hier S. 71.

<sup>917</sup> Trudy komissii, č. 1, S. 79.

<sup>918</sup> Ennen, Zünfte, S. 90.

welche Waren die Meister der Lebkuchen- und Pralinenmacherzunft und welche nur die Konditorenzunft herstellen durfte<sup>919</sup>.

Die Konditoren beschwerten sich nämlich, daß die ersteren Pralinen herstellten, was angeblich nur den Konditoren zustand. Zuerst verbot die Stadtduma den Meistern der Lebkuchen- und Pralinenmacherzunft die Herstellung der Pralinen, nachdem die Polizei bei fünf Meistern Pralinen konfisziert hatte und nach einer Prüfung gesundheitsschädigende Zutaten festgestellt worden waren. Die Meister der oben genannten Zunft fanden sich mit diesem Verbot nicht ab und beschwerten sich beim Senat, der wiederum verfügte, diese Angelegenheit noch einmal durch das erste Departement des Stadtmagistrats überprüfen zu lassen. Das erste Departement stellte fest, dass die Lebkuchen- und Pralinenmacherzunft schon vor 1785 gegründet wurde, wobei es 1789 in dieser Zunft dreizehn Meister, 57 Gesellen und 61 Lehrlinge gab. Die Konditorenzunft hatte sich 1804 von der ersten abgetrennt und existierte seitdem selbständig, wobei sie hauptsächlich deutsche und andere westeuropäische Konditoren versammelte, die früher Mitglieder der russischen Zunft waren.. Als die deutsche Konditorenzunft schon einige Zeit bestand, fing sie an, ihre Ansprüche geltend zu machen.

Somit wurde zuerst der Ursprung der Konditorenzunft geklärt. Im weiteren Verlauf der Untersuchung stellte sich heraus, dass die Ansprüche der Konditorenzunft unbegründet waren, da in der Stadt durch die Preispolitik und territoriale Verteilung der Betriebe beider Zünfte sowie durch die Absatzstrategie und verschiedene soziale Kundengruppen seit altersher eine natürliche Vermeidung einer möglichen Konkurrenz zustande gekommen war bzw. die Monopolrechte auf natürliche Weise geschützt waren. Die Konditoren hatten ihre Geschäfte bzw. Kaffeehäuser in der Stadtmitte und verkauften die Pralinen oder Törtchen für zweieinhalb bis sechs Papierrubel je Pfund an die wohlhabende Kundschaft. Die Meister der Lebkuchen- und Pralinenmacherzunft boten dagegen ihre Pralinen für nicht mehr als 1,2 Papierrubel je Pfund in den abgelegenen Stadtbezirken oder dort an, wo überwiegend die bäuerliche und werktätige Bevölkerung wohnte z. B. in den dritten Admiralitäts-, Litejner-, Kazaner-, Moskauer- oder Spassker-Stadtvierteln. Diese Artikel waren traditionelle Süßigkeiten der Volksküche, einfache Pralinen aus Zucker und Honig ohne Füllung, Leb- und Pfefferkuchen mit Honig oder Mohn und ähnliches<sup>920</sup>.

Um einen Kompromiß zwischen den beiden Zünften zu erreichen, schlug die Regierung vor, den Namen der Lebkuchen- und Pralinenmacherzunft zu ändern und sie von nun an nur noch „Lebkuchenzunft“ zu nennen. Der Versuch der

---

<sup>919</sup> Raport koležskogo sovetnika Starikova ministru vnutrennich del ot 15.03.1844, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 95: Po zapiske o vospreščennii buločnikam i pekarjam belogo chleba v S. Peterburge proizvodit' trgovlju konditerskimi izdelijami (31.10.1842-16.2.1846), hier I. 53-56.

<sup>920</sup> Prošenie konfektnych masterov Akakija Stachieva, Micheja Jakovleva, Egora Moiseeva i Petra Michajlova ministru vnutrennich del Perovskomu ot 18.12.1844, in: Ebd., I. 73.

russischen Meister, eine eigene Konditorenzunft zu gründen, in der nur die Meister russisch-orthodoxen Glaubens sein sollten, scheiterte an der Unwilligkeit der deutschen Konditorenzunft und wurde mit dem Senatserslaß 1839 beendet. Die Meister dieser Zunft sollten laut dem Senatserslaß ohne Prüfung in die deutsche Konditorenzunft aufgenommen werden, doch die Aufnahme verlief nicht reibungslos und erfolgte erst nach einem langjährigen Rechtsstreit. Es bedurfte zweier Senatserslasse, den vom 28. November 1841 und den vom 23. August 1844, die ausdrücklich die Aufnahme der russischen Meister forderten. Doch der Zunftälteste und seine Stellvertreter fanden sich damit nicht ab und reichten 1845 zum dritten Mal bei der Gouvernementsverwaltung ein Gesuch über die angeblich nicht korrekt durchgeführte Prüfung der russischen Meister ein<sup>921</sup>. Die Gouvernementsverwaltung stellte sich auf die Seite des Zunftältesten und erst der dritte Senatserslaß vom 25. Juli 1846 löste diese Frage endgültig. Die russischen Pralinenmeister sollten gegebenenfalls der russisch-deutschen Konditorenzunft beitreten<sup>922</sup>.

Der Senat erklärte die Vorgehensweise der Konditorenzunft, die die Anzahl der Meister begrenzen sollte und dadurch das Monopol auf das Konditorenhandwerk informell einzuführen versuchte, als unzulässig und verwies wiederholt darauf, daß die Konditorenzunft den Meistern der geschlossenen russischen Konditorenzunft keine Hindernisse in den Weg legen durfte. Die bestehende Konditorenzunft, in der die ausländischen Meister die Oberhand behielten und wo augenscheinlich eine klare nationale Trennlinie mit einer starken Färbung durch das andere Glaubensbekenntnis verlief, folgte den Senatserslassen nicht 1839: im Gegenteil erreichte sie die Schließung der russischen Konditorenzunft<sup>923</sup>.

Auch ihr geringes handwerkliches Können machte es den russischen Konditormeistern unmöglich in eine der Bäcker oder Konditorenzünfte zu gelangen. Sie stellten einfachere Waren der „zweiten Sorte“ für die niederen Schichten der Bevölkerung her, was sie auch selbst betonten: Kenntnisse in der Destillation aller benötigten Öle und Essenzen, im Malen, in der Mythologie, Allegorie, Geschichte, Bildhauerei, Modellschnitzkunst der Figuren und des Hoch- und Flachreliefs und in der Chemie hatten sie sich aufgrund der Ausbildungssituation nicht angeeignet.

Wem gegenüber die Konditorenzunft die Monopolansprüche eigentlich hätte

---

<sup>921</sup> Прошение российских кондитерского цеха мастеров Александра Иванова, Ивана Никитина, Алексея Abramova, Прокофья Афанас'ева, Коз'мы Иванова и Тараса Вороб'ева м.в.д. Перовскому от 4.10.1845, in: РГИА, ф. 1287, оп. 37, д. 369: По указам Сената о доставлении заключенія, следует ли прислать к Петербургскому кондитерскому цеху тех мастеров, которые состояли в уничтоженном русско-кондитерском цеху (Oktober 1845 - Juli 1846), hier l. 3.

<sup>922</sup> Прошение мастеров русского и немецкого кондитерского цеха министру внутренних дел Перовскому от 13.07.1844, und Kopija ukaza Senata от 23.08.1844, in: Ebd., ll. 61, 70f.

<sup>923</sup> Ukaz Senata от 25.07.1846, in: РГИА, ф. 1287, оп. 37, д. 369: По указам, hier l. 11ff.

geltend machen müssen, waren die Kaufleute, die ein unbegrenztes Recht hatten, Kaffeehäuser zu unterhalten und Konditorenmeister und -gesellen zu beschäftigen. Die Bäcker stellten ebenfalls Konditorengelesen ein, mit deren Hilfe sie verschiedene Konditoreiwaren wie Schokolade, Torten und anderes herstellten. Gegen Monopolverstöße wurde auch mit Razzien vorgegangen. So wurde die Polizei am 19. Dezember 1844 in den zentralen dritten und vierten Admiralitätsvierteln sowie am 30. Januar 1845 im Litejner- und wieder im dritten Admiralitätsviertel insgesamt sieben Bäckern fündig, die mit Hilfe der Konditorengelesen Konditorenwaren herstellten und das, nachdem vorher alle der Zunft zugehörigen Bäcker eine verbindliche Verzichtserklärung auf die Herstellung des Konditorensortiments unterschrieben hatten. In diesen Bäckereien wurden von der Polizei alle Konditorenwaren beschlagnahmt<sup>924</sup>. Bis zum Frühling des nächsten Jahres 1845 erreichte die Verfolgung der Bäcker der Stadt seitens der Konditorenzunft ein solches Ausmaß, daß zum 8. März dieses Jahres 27 Bäckermeister mit Strafen belegt und ihre Namen in Zeitungen veröffentlicht wurden. Es ging hier eigentlich um das Warensortiment, das die hauptstädtischen Bäcker seit 50 Jahren ungestört parallel zu der Lebkuchenzunft herstellten<sup>925</sup>.

Der langwierige Streit zwischen den beiden Zünften läßt sich teilweise durch die Stellung der Zunftobrigkeit erklären, in der persönliche Abneigungen und Mißstimmungen eine große Rolle spielten. Welche unkonventionelle Formen die Streitigkeiten zwischen den Zünften einnehmen konnten, zeigt das Beispiel des ehemaligen Konditorenzunftältesten Tobias Branger, der in den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts an den Streitfragen zwischen seiner Zunft und den Bäckern aktiv teilnahm. 1850 hatte er seinen Betrieb aufgegeben und eine Ökonomstelle im St. Petersburger Bürger-Klub inne, mischte sich aber kräftig in die Angelegenheiten der Zünfte ein: „Sein Haß auf die Bäcker“ veranlaßte ihn dazu, Unruhe in der Nudelherstellerzunft gegen die Bäckerzunft zu stiften<sup>926</sup>.

Baron Korf charakterisierte 1842 das Verhalten der hauptstädtischen deutschen Zünfte als eindeutig monopolistisch. Das sollten folgende Indizien belegen:

---

<sup>924</sup> Spravka ot janvarja 1845 g., in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 95: Po zapiske, hier l. 84.

<sup>925</sup> Prošenje Ioganna Nikolaeviča Šmidta ministru vnutrennich del Perovskomu ot 8.03.1845, in: Ebd., l. 95.

<sup>926</sup> Prošenje masteric makaronnogo ceha k m.v.d. ot 28.04.1850; Donesenie ot činovnika osobych poručenij koležskogo sovetnika Grota k m.v.d. ot 16.05.1850; Prošenje T. Branžera k upravljajušemu m.v.d. Sergeju Stepanoviču Lanskomu ot 24.07.1851, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 846: Po prošeniju masteric makaronnogo peterburgskogo makaronnogo ceha Eleny Michajlovny Petrovoj i Evdokii Kubovoj o zapreščeniei buločnikam prigotovljat' makarony (1. Mai 1850 - 7. September 1851), hier ll. 1f., 4ff., 10f.

1. Die Zünfte verlangten von den neuen Meistern Eintrittsgelder in Höhe von 100 bis 400 Rubel, obwohl sie höchstens 10 Rubel verlangen durften.
2. In den Zünften wurde kompromißlos geprüft, ob die Fähigkeiten und Produktionsmöglichkeiten des Bewerbers allen russischen Gesetzen und darüber hinaus denen eines Meisters in Westeuropa entsprachen.
3. Durch die Forderung eines nur mit höchster Aufwand herzustellenden Meisterstücks, wurden die Meister in den finanziellen Ruin getrieben.
4. Die Überprüfung des Meisterstücks wurde rigorosen Bestimmungen unterworfen.
5. Die Vielzahl von langwierigen Prozessen zwischen einzelnen Zünften und Meistern stellte ein Hindernis in der Entwicklung des Handwerks dar<sup>927</sup>.

Dem Bericht Korfs zufolge gab es in St. Petersburg eine Vielzahl von Meistern, die nie eine Chance hatten, in die Zunft eintreten zu können.

Die rigorose Vorgehensweise der Konditorenzunft führte dazu, daß sie anfangs eine genaue Sachbeschreibung der zur Herstellung erlaubten Waren und der dazu benötigten Ingredienzien seitens des ersten Departements des Stadtmagistrats noch am 24. Januar 1838 aufgestellt bekamen, um „zwischen der Bäcker- und Konditorenzunft die Einigkeit und das Einvernehmen zu bewahren“<sup>928</sup>.

Außer der strengen Abgrenzung des Produktsortiments der Konditorenzunft von den anderen Zünften erreichte diese Zunft, daß die Anzahl der Kaffeehäuser in St. Petersburg vom Innenminister festgelegt wurde. So kam es, daß in nur zwei Jahren zu den im März 1844 vorhandenen 20 Kaffeehäusern, die den Zunft Handwerkern angehörten, nun weitere 26 hinzukamen. Nachdem die Besitzer der 20 Kaffeehäuser, unter denen es fünf Kaffee-Restaurants gegeben hatte, sich beschwert und darauf bestanden hatten, daß die übrigen 36 Konditoren der Hauptstadt ebenfalls Gewerbescheine für die Kaffeehäuser aufnehmen sollten, begrenzte die Regierung die zulässige Zahl der Kaffeehäuser entsprechend der Gesamtzahl der Konditoren auf 56<sup>929</sup>.

Die korporative Verhaltensweise, die für St. Petersburger Zünfte so typisch war, drückte sich in einem Präzedenzfall aus, in dem die von der Konditorenzunft geplagte Bäckerzunft in den 1830er und 1840er Jahren ein generelles Verbot für die Eröffnung neuer Bäckereien in der Stadt mit dem Einverständnis des Stadtmagistrats verhängte. Es wurden nur die Meister in die Zunft aufgenommen, die eine schon bestehende alte Bäckerei aufkauften. Sie bekamen dafür von der Handwerksverwaltung die Anmeldezeugnisse, eine Art der Gewerbeerlaubnis, die

---

<sup>927</sup> Raport barona Korfa ministru vnutrennich del ot 10.10.1842, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 92, l. 17-27, hier l. 24f.

<sup>928</sup> Po ukazu lgo departamenta magistrata ot 24.01.1838, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 95: Po zapiske, hier l. 30f.

<sup>929</sup> Raport koležskogo sovetnika Starikova, l. 58 und Prošenje soderžatelej kofejnyh domov Perovskomu ot fevralja 1846 g., l. 102, in: Ebd.



so hohen Wert hatte, daß sie für 12.000 Papierrubel verkauft wurde. Sie galten in der Hauptstadt als feste Wertpapiere und wurden sogar verpfändet. Ungeachtet des Verbotes dieser Zeugnisse vom Innenministerium wurde deren Verkauf weiter praktiziert. Z. B. wurde am 25. November 1844 in „S. Peterburgskie vedomosti“ ein Inserat von der Auktionskammer veröffentlicht, laut der das erste Departement der gemischten Kammer für die öffentliche Ordnung (*uprava blagočinija*) zum 1. Dezember d. J. über eine Auktion zweier „Gewerbescheine“ verfügte. Die Gewerbescheine gehörten diesmal den deutschen Bäckern Gletscher und Große, die mit dem Verkauf ihre Schulden begleichen wollten. Der Staatsrat N. Smirnov bemerkte diesbezüglich in seinem Bericht an den Generalgouverneur, daß auf der Auktion Gewerbescheine dargeboten wurden, die dem Gesetz nach keine Gültigkeit hatten und für den Käufer unbrauchbar seien. Smirnov schlug vor, diese Gewerbescheine abzuschaffen, um das Monopol der Bäckerzunft endlich zu beseitigen, und so wurden sie dann am 3. November 1845 mit einem Senaterlaß für nichtig erklärt, blieben aber doch noch einige Zeit im Verkehr, wodurch die Bäckerzunft für diese Zeitperiode als geschlossene Zunft charakterisiert werden kann<sup>930</sup>.

Die Zünfte versuchten sich auch in die Preispolitik der Regierung im Lebensmittelbereich einzumischen. So beschloß die russisch-deutsche Bäckerzunft 1839 den fixierten Preis für Zwieback von einer auf zwei Kopeken zu erhöhen, wobei der Stadtmagistrat diesen Beschluß auch genehmigt hatte. Die Meister versuchten, ihren Beschluß damit zu begründen, daß die Brotpreise in St. Petersburg zu der Zeit im Vergleich mit denen für Zwieback viel höher waren. Die Bäckerzünfte verstießen auf zweierlei Weise gegen das Gesetz: einerseits durften die Zunftversammlungen ohne die Erlaubnis des Standesoberhauptes nicht durchgeführt werden und andererseits hatten nicht die Zünfte und der Stadtmagistrat über die Preiserhöhung von Lebensmitteln zu entscheiden, sondern die Stadtduma. Der Beschluß der Bäckerzünfte wurde sofort seitens der Gouvernementsverwaltung und des Generalgouverneurs Graf Essen außer Kraft gesetzt und der Zwieback in Anbetracht seiner Wichtigkeit für die Ernährung der unteren Schichten der Bevölkerung wieder für den alten Preis von einer Kopeke für das Stück angeboten<sup>931</sup>. Das Wirtschaftsdepartement des Finanzministeriums kommentierte das Geschehen wie folgt:

„Die vorgeschlagene Preiserhöhung für den Zwieback hätte sich auf die

---

<sup>930</sup> Donesenie S. Peterburgskomu general-gubernatoru o prodaže s publičnogo torga svidetel'stv na buločnye ot 27.11.1844, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 231: Po doneseniju statskogo sovetnika Smirnova, o sdellanom 1-m departamentom upravy blagočinija rasporyženii k prodaže s publičnogo torga svidetel'stv na buločnye v Peterburge, l. 1-16; Raport barona Korfa ministru vnutrennich del ot 10.10.1842, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 92, l. 25.

<sup>931</sup> Dieser Vorfall wurde im Theaterstück „Die Bäckerei oder St. Petersburger Deutsche“ von P. A. Karatygin (1805-1879) wiedergegeben, s. hinzu: Karatygin, Vodevili, Moskau 1937, S. 93.

wenig wohlhabenden Schichten der Bevölkerung, in denen der Zwieback gleichermaßen wie das Weizenbrot als ein wichtiges Element auf dem Speiseplan steht, besonders einschränkend ausgewirkt“<sup>932</sup>.

Resümierend läßt sich sagen, daß die Entfaltung der Machtkämpfe zwischen den Zünften auf die Zeit vor den „Großen Reformen“ der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts fiel, als das Handwerk sich besonders entfalten konnte. Das war eine Zeitperiode, in der die Großindustrie noch keine große Konkurrenz für das traditionelle Handwerk darstellte und die Zünfte eine vorübergehende Blütezeit erfuhren.

### **9.1.3 Zur Definition des Monopolrechts in der russischen Gesetzgebung**

Es mag paradox erscheinen, daß die Zünfte höchst unterschiedlich auf die zunftfreien Handwerker reagierten und ihnen entweder erlaubten, ihr Handwerk auszuüben oder auch nicht. Der Grund dafür liegt in der Spezifik des Monopolrechtes der Zünfte in Rußland bzw. in der Rezeption des Monopolrechts durch die Zünfte. Sie verstanden nämlich ihr Monopolrecht der Betreibung bestimmter Handwerksarten in der Stadt nicht im Sinne eines generellen Verbotes des zunftfreien Handwerks, sondern in dem Sinne, daß nur ausgewählte Meister den Anspruch auf die Zunftzugehörigkeit erheben konnten, die übrigen Handwerker aber zunftfrei arbeiten konnten. Die Zünfte ließen die Masse der zunftfreien Handwerker in Ruhe, solange diese nicht die Absatznischen des Zunfthandwerks besetzten.

Außerdem ließ der Gesetzgeber 1785 mit dem Paragraph 416 des Handwerksstatutes, der am meisten für Verwirrung und Fehlinterpretationen sorgte, ein begrenztes Monopolrecht zu, indem die Erdarbeiter, Pflasterer, Maurer, Steinmetze, Zimmerer, Stuckarbeiter und alle, die ihr Handwerk zur Erfüllung ihrer alltäglichen Lebensbedürfnisse alleine betrieben, vom Zunfteintritt befreit wurden. Die Zunftverwaltung hatte diesen Paragraphen so interpretiert, daß auch die armen Meister, die Werkstätten ohne Lehrlinge und Gesellen unterhielten und nicht imstande waren, die Zunftabgaben zu zahlen, vom Zunftbeitritt befreit waren. Das führte dazu, daß viele Handwerker nicht in den Zünften eingeschrieben waren, die eigentlich in die Zunft gehörten. Darüber hinaus richteten viele von ihnen in ihren Werkstätten Läden ein und warben mit Aushängeschildern in der Stadt die Kundschaft um, was nur den zünftigen Meistern vorbehalten war. Sie zahlten keine Staats- und Standesabgaben und wurden dadurch im Vergleich mit den Zunft Handwerkern begünstigt. Das galt allerdings nur für arme Meister. Wenn sie das Handwerk in einem größerem

---

<sup>932</sup> О подчинении cechov i remeslennykh uprav S. Peterburgskoj gorodskoj dume (ijul' 1842), in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 79, l. 1ff.

Umfang mit Hilfe von Gesellen und Lehrlingen betreiben wollten, durften sie es nicht zunftfrei tun.

Dagegen betonte Smirnov 1843, daß eine solche Interpretation des Paragraphen 416 durch die Zunftverwaltung verfehlt wäre. Das Gesetz von 1785 meine nämlich, so Smirnov, daß nur den „Tagelöhnern“ und „Arbeitern“ die Ausübung der zünftigen Handwerksarten erlaubt wäre. Der Gesetzgeber hob tatsächlich *nur* auf die Arbeiter und Tagelöhner und nicht die Handwerksmeister selbst ab. Sonst hätte die Mehrheit der Ehrenmeister, Graveure, Dreher, Gold- und Silberschmiede wie auch andere Meister, die meistens allein, also ohne Beschäftigte, arbeiteten, das Recht, aus der Zunft auszutreten. Außerdem nutzten weniger wohlhabende Schuhmacher und Schneider diese Gesetzesinterpretation aus, indem sie zum Verlagshandwerk übergingen, das in St. Petersburg in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts sehr verbreitet war: Sie verrichteten die Arbeit nicht selbst, sondern verteilten die Aufträge unter den allein arbeitenden, auch nicht der Zunft angehörenden, Meistern und Gesellen der Stadt<sup>933</sup>.

Der Paragraph 416 befreite auch die Fabrikanten und Kaufleute vom Zunftbeitritt befreite. Sie durften eine unbegrenzte Zahl von Fabriken bzw. Werkstätten betreiben und verschiedenen Formen des Zunfthandwerks nachgehen<sup>934</sup>. Es wäre nicht so verhängnisvoll für die Zünfte gewesen, wenn auch die Zunftmeister nicht davon Gebrauch gemacht hätten. Außerdem zahlte mancher Kaufmann bzw. Fabrikant weniger Abgaben als ein Zunftmeister. Jeder Fabrikant sollte sich nämlich in eine kaufmännische Gilde einschreiben und dementsprechend Gildeabgaben zahlen. Ein Fabrikant der dritten Gilde z. B. zahlte 97 Rubel im Jahr. Derjenige Zunftmeister, der mehr als 16 Arbeitnehmer hatte, sollte sich ebenfalls in die dritte Gilde einschreiben und das doppelte an die Zünfte und Gilden zahlen. Zu solchen Meistern gehörten auch diejenigen, die ein komplexes Handwerk betrieben, wie z. B. die Wagenbauer, die Gesellen aus mehreren Handwerksarten (Schmiede, Karosseriebauer, Wagentapezierer, Wagenmaler, Rädermacher und Schreiner) beschäftigten. In die kaufmännische Gilde sollten auch Juweliere, Galanteriemeister, Gold- und Silberschmiede, Modistinnen, Damenkopfbedeckungs- und Damenkleiderherstellerinnen, die Möbelmeister und Kürschner eintreten, die teure Werkstoffe verwendeten. Sie mußten dadurch eine doppelte Steuerbelastung ertragen.

Eine fehlende Abgrenzung zwischen verschiedenen Ständen und Gewerbegruppen verhinderte, daß das Monopolrecht der Zunfthandwerker zur Geltung kam: Kleinbürger und Kaufleute konnten gleichzeitig Handwerk und Handel betreiben. Seit der Gildenreform 1824 konnten auch die Bauern mit den Gewerbescheinen des fünften Grades für 40 Rubel zunftfrei eine ständige

---

<sup>933</sup> По записке статского советника Н. Smirnova, s predstavleniem zamečanj na svod remeslennych postanovlenij ot 17.12.1843, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 172, hier l. 2, 44 - 49.

<sup>934</sup> PSZ RI 1, Bd. 39, Nr. 30115 (14.11.1824), S. 589f.

Werkstatt unterhalten dürfen. Die zugereisten Handwerker aus anderen Städten durften, falls sie in die jeweiligen Stände übertraten, ebenfalls ihr Handwerk zunftfrei betreiben<sup>935</sup>.

Außerdem sorgte der Erlaß vom 5. Februar 1830 für eine weitere Verbreitung des nichtzünftigen Handwerks, da er die obligatorische Kennzeichnung der Handwerkswaren bzw. der Waren der Zunftmeister abschaffte, wodurch der Handwerksverwaltung ein wichtiges Kontrollmittel genommen wurde<sup>936</sup>.

Ungeachtet dieser Einschränkungen des Zunftmonopols, hatten die Zünfte einige wirkungsvolle Mechanismen, mit deren Hilfe sie die bedingte Gewerbefreiheit einschränken konnten. Der Gesetzgeber ging einen Kompromiß mit dem Zunfthandwerk ein, indem er das Institut der zeitweiligen Handwerker einführte, wovon die Zünfte oft Gebrauch machten. Diese zusätzliche Regelung, die mit dem Senatserlaß vom 6. Februar 1796<sup>937</sup> bestätigt wurde, erlaubte den ständigen Handwerkern, die bäuerlichen Handwerker in die Zünfte zeitweilig einzuschreiben und bei ihnen zusätzliche Steuern für die Zunft- und Handwerkskasse einzutreiben, wodurch sie ihre sozialen Institutionen mitfinanzieren konnten. Anfang des zweiten Drittels des 19. Jahrhunderts übertraf die Anzahl der zeitweiligen Handwerker sogar die der ständigen. Dadurch konnten die Zünfte oft ihr Monopolrecht auf die Ausübung des Handwerks geltend machen. Darüber hinaus wurden seit 1827 auch die persönlich geadelten Stadtbürger verpflichtet, in die Zunft einzutreten, falls sie in ihren Handwerksstätten Zunfthandwerk ausübten.

Durch die Verpflichtung der Handwerker in die Zünfte einzutreten einerseits und durch die erheblichen Schwierigkeiten beim Zunfteintritt andererseits konnten die Zünfte indirekt die Zahl der Zunftmeister begrenzen. Der Paragraph 502 des Handwerksstatutes legte beispielweise den Eintrittsbeitrag auf drei Silberrubel fest. Die Wirklichkeit sah anders aus. 1843 wurden je nach der Zunft 30 bis 170 Silberrubel als Eintrittsgeld verlangt, was viele Meister daran hinderte, ihre eigene Werkstatt zu gründen, weil sie nicht imstande waren, einen so hohen Beitrag aufzubringen. Nach Ansicht der meisten Meister wäre ein Beitrag von 50 Silberrubeln angemessen gewesen<sup>938</sup>, was trotzdem für die meisten außer Zunft stehenden Meister zuviel war.

Neben den Zünften gab es noch andere „Monopolisten“ - die Kaufleute, die in drei Gilden organisiert waren und ihr exekutives Organ in der Handelsdeputation (*torgovaja deputacija*) der Stadtduma hatten. Seit der Gildenreform vom 14. November 1824 konnten sie die Handwerker dazu zwingen, in die Gilde

---

<sup>935</sup> Vgl. Hildermeier, Bürgertum, S. 234-246.

<sup>936</sup> Pažitnov, Problema, S. 103.

<sup>937</sup> PSZ RI 1, Nr. 17438, Bd. 23, S. 865ff.

<sup>938</sup> Po zapiske [...] Smirnova (wie Fußnote 902), I. 77f.

einzutreten, wenn die Werkstatt mehr als 16 Arbeitnehmer hatte, oder der Verkauf der hergestellten Waren in einem größerem Umfang stattfand. Handwerkern blieb nicht anders übrig, wollten sie sich den Beschränkungen der Zünfte nicht unterwerfen, als Gildenabgaben zu zahlen, was ihre wirtschaftliche Lage schwächte.

Laut dem Senaterlaß vom 3. November 1832 (PSZ RI 2, Nr. 61478) sollte z. B. die Kaufmannsdeputation in der Stadt alle Handels- und Industriebetriebe aufzählen, um der Staatskasse genauere Steuerkalkulationen zu ermöglichen<sup>939</sup>. Dies führte aber gleichzeitig zur Unterdrückung vieler sowohl zünftiger als auch zunftfreier Handwerker, die von der Deputation aufgefordert wurden, Gildenabgaben zu zahlen, die oft willkürlich festgesetzt wurden. Als Beispiele seien hier Samuel Brunst, der Meister der deutschen Schneiderzunft, und der Klavierbauer Heinrich Bricks genannt<sup>940</sup>. Brunst sollte nach der Meinung der Handelsdeputation in die kaufmännische Gilde eintreten, weil er Stoffe verarbeitete, die ihrer Ansicht nach viel wert waren. Bricks betrieb seine Werkstatt schon seit 28 Jahren und zahlte die Zunftabgaben ordnungsgemäß. Er schrieb in seiner Bittschrift, daß er nur dreizehn Beschäftigte gehabt und über kein Kapital verfügt hätte. Die beiden Handwerker wurden vom Gildeneintritt befreit.

Am 27. März 1833 beschwerte sich der Kleinbürger Grigorij Petrov beim Manufaktur- und Innenhandelsdepartement (DMVT), daß die Stadtduma ihn dazu zwang, Gildenabgaben zu zahlen, obwohl er schon Doppelabgaben als Kleinbürger und als Zunftmeister entrichtete. Petrov hatte seine Werkstatt in einer Dreizimmerwohnung eingerichtet, in der auch der Meister mit seiner Familie wohnte. Der wahrscheinlichste Grund, warum Petrov Schwierigkeiten mit der Handelsdeputation hatte, war, daß er seine Werkstatt als eine „Knopffabrik“ bei dem Departement angemeldet hatte<sup>941</sup>.

Die restriktive Haltung der Zünfte sowohl gegenüber der zünftigen als auch der zunftfreien Handwerker hatte negative Auswirkungen für die Meister, die sich mit dem Rahmen, der von den Zünften vorgegeben war, nicht begnügen wollten und ihre Werkstätten und wirtschaftliche Aktivitäten nicht nur im St. Petersburger Wirtschaftsraum, sondern auch in Moskau ausweiten wollten. Das war der Fall bei einigen ausländischen Bäckermeistern in St. Petersburg, die zeitweilig in die Zünfte in Moskau eintraten und dort ebenfalls Niederlassungen eröffneten. Eine gewisse Zeit konnten sie auf solche Weise in beiden Hauptstädten ihre

---

<sup>939</sup> Po pros'be portnogo mastera Brunsta ob okazanii zaščity ot pritesnenij torgovoj deputacii (1833), in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 850, l. 3.

<sup>940</sup> Ebd., l. 1f., sowie d. 846: Po pros'be klavikordnogo mastera Genricha Briksa ob osvoboždenii ot gil'dejskich povinnostej (1833-1836).

<sup>941</sup> Po pros'be S. Peterburgskogo meščanina Grigorija Petrova o l'gote v plateže gil'dejskich povinnostej po soderžaniju pugovičnogo zavedenija, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 835.

Bäckereien führen. Dies blieb aber nur solange unbemerkt, bis diese Bäcker bei der St. Petersburger Bäckerzunft ihre Mitgliedschaft beantragten. Es war fast selbstverständlich, daß die Zunft die Tätigkeit der Meister „unter die Lupe“ nahm und herausfand, daß sie auch in der alten Hauptstadt tätig waren, wozu sie kein Recht hatten. Die ausländischen Meister, die dem Kleinbürgerstand zugezählt wurden, durften ihre Werkstatt nur in einer Stadt haben<sup>942</sup>.

Über die monopolistischen Bestrebungen der Handwerksverwaltungen in den beiden russischen Hauptstädten berichtete 1859 die Moskauer Abteilung des Manufakturrats:

„Die Handwerksverwaltungen versuchten, alle kleinindustriellen Fabriken und Werke, die genau wie die großen Industriebetriebe unter dem Begriff einer handwerklichen Werkstatt unmöglich zusammenzufassen waren, unter ihre Gewalt zu bringen (...) Es ist auch nötig, eine äußerst klar ausgeprägte Abneigung von Kleinindustriellen gegen die Zünfte zur Kenntnis zu nehmen. Keiner von ihnen zählt sich zu den Handwerkern. Sie alle bezwecken eine allmähliche Vergrößerung ihrer Betriebe in Fabriken. Deswegen befürchtet jeder von ihnen, daß wenn er einmal der Zunft beitreten wird, er unüberwindliche Schwierigkeiten beim Austritt aus der Zunft erleiden wird. Die Zunftverwaltungen haben darin nach Artikel 107, 109 und 123 auch Recht und setzen es mit Erfolg durch. Unter diesen Bedingungen kann den Gewerbetreibenden nur eine Bescheinigung vom DMVT über seine Fabrikrechte Schutz gegen die Ansprüche der Zünfte gewähren“<sup>943</sup>.

Wie der Fall von Ignatij Karlov bezeugt, waren die Befürchtungen der Handwerker nicht unbegründet. Als Karlov aus der Zunft austreten wollte, verlangte die Handwerksverwaltung von ihm 100 Silberrubel, was im Jahre 1850 rund 350 Papierrubel ausmachte<sup>944</sup>. Für diese Summe konnte man eine Dreizimmerwohnung in St. Petersburg für ein Jahr anmieten.

Die Zünfte verwandelten sich mit der Zeit in Verbände mit einer heterogenen Zusammensetzung, denen auch Personen angehörten, die in keinem Verhältnis zum Handwerk standen, ihre Standesprivilegien und Rechte aber eifrig verteidigten. 1860 gehörten laut dem Bericht der St. Petersburger Handwerksverwaltung 12.653 Personen beiderlei Geschlechts dem Stand der

---

<sup>942</sup> Po otnošeniju ministra vnutrennich del o sobljudenii ustanovlennogo porjadka predstavlenija remeslennikam zvanija masterov (1859), in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 1724.

<sup>943</sup> Trudy komissii, čast' 1, S. 57.

<sup>944</sup> Po prošennju Ignatija Karlova ob uvol'nenii ego iz obščestva dlja postuplenija v Bogoslovskij Čeremeneckij monastyr' (30.09.1850-26.10.1851), in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 911.

ständigen Handwerker an, von denen nur 2.800 Personen tatsächlich einem Handwerk nachgingen. Die übrigen 10.000 kamen aus allen Bevölkerungsschichten. Das waren freigelassene Bauern, Zöglinge des Erziehungshauses, ehemalige Geistliche, aus dem Handel ausgestiegene Kaufleute, außerstädtische Kleinbürger und andere. Es war möglich, in der Schneiderzunft einen Juwelier und in der Feldärztezunft einen Schmied zu finden, da Zunftsmitgliedschaften auch von Vätern und Großvätern übertragen werden konnten<sup>945</sup>. In der Stadt bildete sich auf der Basis einer Zunftorganisation eine hauptstädtisch-ständische Gemeinschaft, die mittels gewisser Monopolrechte ihren Wohlstand und ihre gesellschaftliche Stellung zu verbessern suchte.

Dazu sollte auch die Erweiterung der Monopolrechte dienen. Beispielsweise versuchte die St. Petersburger Handwerksverwaltung im Jahre 1853 eine Zunft der Drucker und Lithographen zu gründen, was ihr auch gelang. 1858 mißglückte aber ihr Versuch, auch die Photographen in die Zunft zu zwingen. 1859 versuchte die Handwerksverwaltung vergeblich sowohl die Gemüsegärtner, von denen es in St. Petersburg etliche Hunderte gab, als auch die Sack-, Bastmatten- und Bastsäcke Händler in den Zünften zu organisieren. Eine Zeitlang gab es in St. Petersburg sogar die Idee, eine Musikmacherzunft zu organisieren, die jedoch nicht verwirklicht wurde. Anders war es in Cherson, wo tatsächlich eine Musikmacherzunft gegründet wurde, welche 15 Meister und zwölf Gesellen zählte<sup>946</sup>.

Im Laufe der 1850er Jahre erhöhten die Zünfte ihre Anstrengungen, das zunftfreie Handwerk sowie Landhandwerk zu beeinflussen bzw. es zu kontrollieren. Die Zunfthandwerker einer Stadt, ihr Name wurde leider in der Quelle nicht erwähnt, stellten 1859 beim Innenministerium den Antrag auf Besteuerung der Landhandwerker in den umliegenden Dörfern sowie der Arbeiter in den Fabriken und Werken, nachdem beide vom Zunfteintritt 1857 befreit wurden. Der Antrag wurde abgelehnt, obwohl die Zunfthandwerker ihre Gründe dafür hatten. Ihren Worten nach konnten die Landhandwerker kostengünstiger produzieren und ihre Waren in der Stadt verkaufen, sie zahlten jedoch keine Abgaben an die Zunftverwaltung und schädigten durch ihre gewerbliche Tätigkeit die Zunfthandwerker<sup>947</sup>.

Das Selbstbewußtsein der Zünfte in St. Petersburg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis in die 60er Jahre ist dadurch zu erklären, daß sie Unterstützung von der Regierung bekamen, was letztere nicht daran hinderte, die Handwerksverwaltung in besonders spektakulären Fällen in ihre Grenzen zu verweisen. So stellte der Präsident der Akademie der Wissenschaften Dmitrij

---

<sup>945</sup> Ebd., S. 76.

<sup>946</sup> Trudy komissii, č. 1, S. 77.

<sup>947</sup> Po delam soslovij, in: ŽMVD (Ma: 1859), č. 36, S. 80f.

Nikolaevič Bludov fest, daß sich die Handwerkskunst in den Kreisstädten auf sehr niedrigem Niveau befand, was der strikten Verhaltensweise der hauptstädtischen Verwaltung eine Erklärung gab. Wenn der Gesetzgeber nun den Meistern, die ihren Titel in der Provinz erworben hatten, erlauben würde, sich überall niederzulassen, könnte das der Qualität der Handwerkskunst in allgemeinen schaden. Das Gleiche galt natürlich auch, wenn man die „guten“ Meister in ihrer Niederlassungsfreiheit einschränkte<sup>948</sup>. Da aber der Unterschied zwischen dem Handwerk in den Hauptstädten und dem in der Provinz tatsächlich sehr groß war, war die Einführung der vereinfachten Handwerksverwaltung in den kleineren Städten berechtigt<sup>949</sup>. Die Bewertung Bludovs, daß sich das Handwerk „in Rußland in einer solchen schwierigen Lage befindet, daß das nicht nur nach einer partiellen Erleichterung, sondern nach einer Unterstützung mit allen Mitteln verlangt“<sup>950</sup>, spiegelt sich in der konsequenten Einschränkung des zunftfreien Zunfthandwerks durch die Verwaltung wider.

In den 1860er und 1870er Jahren erfolgte eine wesentliche Beschränkung der Zünfte in ihren Monopolbestrebungen. Die Liberalisierung der Wirtschaft trug dazu bei, daß sich auch innerhalb der St. Petersburger Zünfte die Einstellung der Mitglieder zu bestimmten Restriktionen veränderte. So sprach sich im Jahre 1871 sowohl die Handwerksverwaltung als auch die Stadtduma für die Abschaffung einer Regel aus, daß ein Meister nur eine Werkstatt unterhalten durfte, die vom Handwerksstatut in die Instruktion über die neue Selbstverwaltung in St. Petersburg im Jahre 1846 übernommen wurde. Sie glaubten, damit „die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Handwerks zu verbessern“<sup>951</sup>. Wenn es einem Handwerksmeister erlaubt wäre, mehrere Werkstätten zu unterhalten. Die Handwerksverwaltung betonte, daß die Beschränkung Werkstättenzahl die Entwicklung des Handwerks störe und der neuen Ordnung über die Besteuerung des Kleinhandels nicht entspreche. Diese besagte nämlich, daß die Meister der zweiten und dritten Gilde jeweils maximal zehn bzw. vier Werkstätten besitzen durften. Diese Verordnung bekam mit der Vorschrift des St. Petersburger Gouverneurs vom 15. Dezember 1871 ihre Rechtskraft, nach der auch ein Meister, der einen Handelsschein bei der Handwerksverwaltung erhielt, bis zu vier Werkstätten unterhalten durfte.

Im Zusammenhang mit dem Monopolrecht der Zünfte in St. Petersburg stellt sich nun die Frage, ob dieses Monopolrecht, mit dem in Westeuropa oder allgemeiner,

---

<sup>948</sup> Trudy komissii, č. 1, S. 36.

<sup>949</sup> Ebd., S. 38, 41f.

<sup>950</sup> Ebd., S. 41.

<sup>951</sup> RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1393: Po vozbuždennomu načal'nikom S. Peterburgskoj gubernii voprosu o tom, kakoe čislo masterskich možet byt' otkryvaemo remeslennym masterom v zdešnej stolice (1871-1872), hier l. 4f.



ob die Zünfte in Rußland mit denen in Westeuropa zu verglichen werden können. Des weiteren ist zu untersuchen, wie die Zünfte in Rußland von den Zeitgenossen rezipiert wurden. Am Ende des 19. Jahrhunderts erhoben sich nur wenige Stimmen, die auch die positiven organisatorischen Seiten der Zünfte betonten. Mit wenigen Ausnahmen stimmten die Gelehrten- und Regierungskreise sowie die Öffentlichkeit für die Abschaffung der Zünfte, wobei insbesondere ihre restriktive Haltung kritisiert wurde<sup>952</sup>. 1897 beschrieb A. Jadrov die Stimmung gegenüber den Zünften:

„Die Befürwortung der russischen Zünfte ist zur Zeit eine äußerst undankbare Aufgabe. [...] Es ist gegen die Vorurteile der meisten Gelehrten und der Öffentlichkeit zu kämpfen, die sagen, daß unsere Zunftordnung ‚eine Kopie des Zunftstatutes mittelalterlicher deutscher Städte‘ sei. [...] Ihrer Meinung nach sei eine weitere Existenz der Zünfte, theoretisch gesehen, nicht nur sinnlos, sondern sogar schädlich“<sup>953</sup>.

Es ist berechtigt, die Besonderheiten der russischen Zunftordnung hervorzuheben, um zu zeigen, daß es unmöglich ist, die Entwicklungen in Westeuropa auf die russischen Verhältnisse zu übertragen, wie es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Rußland der Fall war. Besonders deutlich kam die negative Einstellung zu den Zünften in dem Bericht von Stackelberg (1859) zum Ausdruck, der sich ausnahmslos an den westeuropäischen Mustern orientierte, was er in seinem Hauptwerk über die „Zünfte und Gewerbefreiheit in Europa“ zu begründen suchte.<sup>954</sup>

Wie Jadrov zurecht unterstrich, sei das Monopolrecht der Zünfte in Rußland nicht mit dem in Westeuropa zu vergleichen. Seit dem 18. Jahrhundert gab es das exklusive Monopolrecht in Westeuropa nicht mehr. In Rußland war das fehlende exklusive Monopolrecht besonders deutlich. Nach der Einführung der Zünfte in der Zeit Peters I. und besonders Katharinas II. wurden die Monopolrechte *immer* relativiert. So wiederholte z. B. das neue Handwerksstatut von 1850, daß niemand

---

<sup>952</sup> Vgl.: M. Kittary, Neskol'ko slov o moskovskich cechach, in: Babst, Mysli, hier S. 31-52, besonders 47f.; V. O. Iordan, O neobchodimosti reformy soslovno-remeslennogo samoupravlenija, in: Russkaja mysl' (ijun' 1887), kn. 6, S. 79-91; Dokladnaja zapiska komissii, uhreždennoj s celiju izyskanija mer k ulučeniju remeslennoj promyšlennosti v S. Peterburge ot 8 janvarja 1888; A.P., Naši remeslenniki, in: RB (1900) Nr. 4, S. 160-172; Bogdanov, Itogi, S. 62-75.

<sup>953</sup> Jadrov, V zaščitu, S. III f.

<sup>954</sup> A. F. Stackelberg, Cechovoe ustrojstvo i svoboda promyšlennosti v Evrope, in: Trudy komissii.

seine Produkte verkaufen durfte, wenn er kein Zunftmitglied war<sup>955</sup>. In Wirklichkeit verkauften auch die Kleinbürger ihre Waren, und die Kaufleute organisierten in St. Petersburg den Vertrieb der bäuerlichen, zu Hause hergestellten Produkte. Letztere durften ebenfalls ohne Begrenzungen Werkstätten unterhalten. Die Lehrlinge konnten nicht nur in den Werkstätten ihre Handwerksdiplome erhalten, sondern seit 1844 auch in den technischen Fachschulen. Die Regel, nach der jeder, der ein Handwerk betreiben wollte, sich in die Zunft einschreiben mußte, interpretierte der regierende Senat nicht als Monopol auf das Handwerk sondern als formelle Regelung, um allen Handwerkern den Zunftseintritt zu ermöglichen, falls die Zünfte sie aus Furcht vor Konkurrenz nicht eintreten ließen<sup>956</sup>.

Was die russischen Zünfte für die russischen Handwerker sein konnten und teilweise auch waren, ist im ersten Satz von Stackelberg zu lesen, den er in Bezug auf westeuropäische Zünfte im frühen Mittelalter schrieb. Die Zünfte, so Stackelberg, waren im Mittelalter eine

„Schule der bürgerlichen Demokratie, Selbstverwaltung und politischer Bildung. [...] Als sie aber die Marktbannrechte bzw. den Marktzwang, Ehezwang und die Meisterstücke einführten und die zunftfreien Handwerker anfangen zu verfolgen, verloren sie nach und nach ihre positiven Inhalte“<sup>957</sup>.

Gerade im 19. Jahrhundert lernten die russischen Zunfthandwerker, in öffentlichen Institutionen zu verkehren. Die Selbstverwaltung ermöglichte ihre soziale Artikulation. Die Zünfte in Rußland hatten nie die Macht, um ein Zunftmonopol etablieren zu können, obwohl sie immer danach gestrebt haben. Außerdem sorgte die russische Gesetzgebung und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für ein begrenztes Zunftmonopol in den russischen Städten. Dies blieb der Regierung nicht verborgen. Im Februar 1850 berichtete der Minister des Inneren dem Finanzminister, daß die Kontrolle der Zunftregelungen seitens der Zunftältesten durch die „hießige Obrigkeit“ der Hauptstadt behindert werde. Es kann daher nicht verwundern, wenn selbst das DMVT des Innenministeriums in St. Petersburg einer Vielzahl der Kleinbürger, die Werkstätten hatten, die Erlaubnis für den Betrieb der Fabriken erteilte<sup>958</sup>. Selbst die St. Petersburger Handwerksverwaltung unterstrich in ihrem Bericht

---

<sup>955</sup> Ob ustrojstve remeslennogo soslovija, in: ŽMVD, 1853, otdelenie 2, č. 3, kn. 5, S. 1-40, hier S. 1f.

<sup>956</sup> Jadrov, V zaščitu, S. XIIIf.

<sup>957</sup> Ebd., S. IXff.

<sup>958</sup> Trudy komissii, č. 1, S. 43.

von 1897, daß von einem Zunftmonopol keine Rede mehr sein kann:

„Es gibt keine Abgeschlossenheit der Zünfte [...] Jährlich werden Hunderte aus verschiedenen sozialen Schichten als ständige Meister aufgenommen. [...] Für die Aufnahme als zeitweilige Zunfthandwerker bestehen keine Beschränkungen: Die Kandidaten brauchen dafür keine Bescheinigungen und nicht die Zustimmung der Deputiertenversammlung. Obwohl natürlich die neu aufgenommenen Handwerker eine Konkurrenz für die Zunftmitglieder darstellen, versuchten die Zünfte nie diese Konkurrenz abzuschaffen. Das beweist die Tatsache, daß jährlich bis zu einem Tausend zeitweilige Handwerker und Handwerkerinnen aufgenommen werden und daß im Laufe der letzten Jahrzehnte keine einzige Absage in der Eröffnung einer Werkstatt zustande gekommen war“<sup>959</sup>.

Es ist zu berücksichtigen, daß der oben angeführte Ausschnitt aus der Meinung der Handwerksverwaltung eine Antwort auf das Projekt der nächstfolgenden Regierungskommission über die Reform der Gewerbegesetzgebung darstellt, die unter anderem beabsichtigte, den obligatorischen Eintritt in die Zünfte abzuschaffen. Es kann angenommen werden, daß die Handwerksverwaltung aus Selbstrechtfertigungsgründen behauptete, daß sie keine Hindernisse beim Zunftentritt in den Weg stellte. Wenn die Behauptung der Handwerksverwaltung auch nur ein Teil der Wahrheit ist, wie die Statistiken in ihren Jahresberichten über die Anzahl der Zunftentritte belegen, so ist ein wesentlicher Wandel in der Verhaltensweise der Verwaltung festzustellen.

1883 lehnte die Handwerksverwaltung den Vorschlag der Deputiertenversammlung ab, die zeitweiligen und ständigen Zunfthandwerker rechtlich gleichzustellen, wobei alle Deputierten, die diesen Antrag stellten, ständige Meister waren. Die augenscheinliche Widersprüchlichkeit, einerseits der Antrag der Deputierten und die massenhafte Aufnahme der zeitweiligen Handwerker in die Zünfte, andererseits die ablehnende Stellung der Verwaltung und die Vorschläge der Zunfthandwerker auf den beiden Handwerkerkongressen in St. Petersburg in den Jahren 1900 und 1911, in Rußland ein vollständiges Zunftmonopol einzuführen, läßt sich durch die Entwicklungsdynamik der Ereignisse erklären, die im Kapitel über die Selbstverwaltung der Handwerker deutlich gemacht wurde. Die Situation hatte sich Ende des 19. Jahrhunderts wesentlich verändert und war mit der Sachlage in den 1830-50er Jahren, als die Zünfte in St. Petersburg ihre Monopolrechte aktiv verteidigten, nicht vergleichbar. Es war ein schwieriger Prozeß der Herausbildung einer neuen

---

<sup>959</sup> Mnenie St. Peterburgskoj remeslennoj upravly (1897), S. 5.

Mentalität, eines neuen Organisationsprinzips des Gewerbes und der Anpassung an die neuen sozioökonomischen Verhältnisse, die sich in Rußland mit der Abschaffung der Leibeigenschaft, den bürgerlichen Reformen der 1860er Jahre und dem Beginn der Industrialisierung besonders intensiv vollzog.

## 9.2 Konkurrenz

### 9.2.1 Zünftige Handwerker

Bevor die Konkurrenz zwischen dem Handwerk und der Großindustrie thematisiert wird, ist zu klären, wann und wie intensiv die Industrialisierung in Rußland verlief. Auch interessiert die Frage, welche Handwerksarten besonders der Konkurrenz der Großindustrie ausgesetzt waren. Die Analyse fordert eine branchenbezogene Betrachtungsweise, da die Intensität der Konkurrenz zum Teil dadurch bedingt war, daß die Großindustrie nicht gleichermaßen in allen Gewerbebranchen expandierte. Die konsumorientierten Handwerksformen konnten z. B. bis zur Jahrhundertwende ihre dominierende Position behalten. Der Konkurrenz waren vor allem das textil- und metallverarbeitende Handwerk und das Maschinen- und Transportmittelbau-Handwerk ausgesetzt.

Seit der Einführung der Gewerbefreiheit in Preußen und Sachsen am 15. Oktober 1861, die zeitlich mit der Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland zusammenfiel, waren sowohl in Deutschland als auch in Rußland immer mehr Stimmen zu hören, die den Untergang des Handwerks prophezeiten. Diese Stimmung verstärkte sich nochmals, als am 21. Juli 1869 in den Staaten des Norddeutschen Bundes die Gewerbefreiheit rechtskräftig und zwei Jahre später (1871) reichsweit übernommen wurde<sup>960</sup>. Anfang des 20. Jahrhunderts prognostizierte W. Sombart, daß der Kapitalismus an die Stelle des Handwerks treten würde<sup>961</sup>.

---

<sup>960</sup> Georges, Handwerk, S. 91f.

<sup>961</sup> Vgl. Hubert Kiesewetter, Industrialisierung und Landwirtschaft. Sachsens Stellung im regionalen Industrialisierungsprozeß Deutschlands im 19. Jahrhundert. Köln, Wien 1988 (Mitteldeutsche Forschungen, hrsg. v. Reinhold Olesch, Roderich Schmid, Ludwig Erich Schmitt, Bd. 94), S. 361; W. Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert und am Anfang des 20. Jahrhunderts, Berlin 1923, S. 280; s. auch: Heinrich Kaufhold, Das Handwerk zwischen Anpassung und Verdrängung. In: H. Pohl (Hrsg.), Sozialgeschichtliche Probleme der Hochindustrialisierung (1879-1914), Paderborn 1979, S. 103-141, hier S. 104ff.; Karl Bücher, Der Niedergang des Handwerks. In: ders., Die Entstehung der Volkswirtschaft. 1. Sammlung. 12. und 13. Aufl. Tübingen 1919, S. 199-228.

Die Stimmen gegen die pauschale negative Bewertung der Perspektiven im Handwerk waren zuerst unter den Handwerkern zu hören. So widmete Grigorij Aleksandrovič Belkovskij seinen Vortrag auf dem ersten Handwerkerkongreß 1900 der Lage des Handwerks. Er war der Meinung, daß das Handwerk nur tiefe Umstrukturierungen und Anpassungsprozesse durchlief und keinesfalls auf dem Rückzug vor der Großindustrie war.<sup>962</sup>

In den 1930er und vor allem in den 1950er Jahren, als sich in Deutschland die neue historische Hilfsdisziplin „Handwerksgeschichte“ etablierte, entwickelte sich eine neue Sicht auf das Handwerk, seine Geschichte und Zukunft. Hatten sich zuvor für das Handwerk Synonyme wie „Rückständigkeit“ etabliert oder wurden ihm Adjektive wie „vergangenheitsgewandt“ zugefügt, so erfuhr es durch die Geschichtswissenschaft wieder eine Aufwertung<sup>963</sup>, denn „alle Länder [sind] zur einen oder anderen Zeit zumindest wirtschaftlich ‚rückständig‘ im Vergleich zu anderen gewesen“<sup>964</sup>. Es handelt sich um Phasenverschiebungen, während derer die industrielle „Rückständigkeit [...] zu späterer Überlegenheit führen“ kann. Zu dieser Aufwertung trug die Tatsache bei, daß auch die Definition von „Fortschritt“ an Eindeutigkeit verloren hatte<sup>965</sup>.

Mit der Zeit bewies das Handwerk eine unerwartete Anpassungsfähigkeit an die durch die industrielle Revolution rasant veränderte Arbeitswelt. Für die Geschichtswissenschaft galt es nun, die Mechanismen zu erforschen, die das Handwerk entwickelte, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Daß der Prozeß der Verdrängung bzw. des verstärkten Wettbewerbs zwischen der Großindustrie und dem Handwerk besonders intensiv in St. Petersburg verlief, ist durch die sehr hohe Produktivität der St. Petersburger Industrie zu erklären, die im Vergleich zum Moskauer Industriegebiet 151,6%, zu Vladimir 175,3% und den übrigen 34 Industriebranchen Gesamttrußlands 185,4% betrug. 1877 produzierte ein Arbeiter in St. Petersburg durchschnittlich Waren für 1.499

---

<sup>962</sup> G.A. Belkovskij, *Sovremennij charakter remeslennoj promyšlennosti i posredničeskoe priiskanie raboty, kak odna iz mer vosposoblenija*, in: *Trudy vsersijskogo s-ezda po remeslennoj promyšlennosti v S. Petersburg 1900*, Bd. 2, SpB. 1900, S. 250-255.

<sup>963</sup> Manfred Hildermeier, *Zwischen Bürgertum und Adel: Unternehmer im Zarenreich*, in: „... das einzige Land in Europa, das eine große Zukunft vor sich hat.“ *Deutsche Unternehmen und Unternehmer im Russischen Reich im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, hrsg. v. Dittmar Dahmann und Carmen Scheide, Essen 1998, S. 89; Walther Kirchner, *Über das deutsche Unternehmertum und die ökonomische Europäisierung Rußlands*, S. 49-64, hier S. 50. S. zum Begriff der Rückständigkeit: Kirchner, *Deutsche Industrie*, S. 3-5; Alexander Gerschenkron, *Economic Backwardness in Historical Perspective*, Cambridge 1862; Olga Crisp, *Studies in the Russian Economy before 1914*, London 1976.

<sup>964</sup> Kirchner, *Deutsche Industrie*, S. 5.

<sup>965</sup> Vgl. Kocka, *Stand*, S. 29.

Rubel, in Moskau für 1.056 Rubel und in Vladimir für 650 Rubel. Allerdings lagen die Werte in Estland mit 2.118 Rubeln noch höher<sup>966</sup>.

Zwischen der Großindustrie und dem Handwerk können im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung des St. Petersburger Wirtschaftsraumes keine klaren Grenzen gezogen werden. Das Handwerk hatte aber am wirtschaftlichen Wachstum einen beträchtlichen Anteil. Die Expansion der Großindustriebetriebe in St. Petersburg seit den 1870er Jahren wurde gerade durch die hoch entwickelten und spezialisierten Handwerksbetriebe möglich.

Neben der Großindustrie traten die Groß- und Kleinhändler, die durch regen Handel mit dem Ausland billigere Produkte aus Westeuropa importierten, mit dem Handwerk verstärkt in Konkurrenz. Auch aus dem Inneren Rußlands drang durch die vermehrte Zufuhr von Waren der Heimwerkerindustrie ein neuer Handelsstrom in den St. Petersburger Wirtschaftsraum. St. Petersburg war der größte Handelsumschlagplatz Rußlands. Die Nähe zum Ausland und die gute Meeresverbindung zu den großen Hafenstädten Europas an Ost- und Nordsee verhalfen dazu. Die Händler hatten in St. Petersburg einen großen Absatzmarkt, die Einwohnerzahl betrug 1869 667.207. Im Verhältnis Händler zu den Produzenten stand St. Petersburg nach London und Berlin an dritter Stelle: es kamen in den oben genannten Städten jeweils vier bzw. sieben Händler, in St. Petersburg drei Händler auf einen Produzenten. Trotzdem machten sie dem Handwerk starke Konkurrenz. 1867 gab es in St. Petersburg 6.488 Händler mit 21.617 Beschäftigten. Außer dieser Händler gab es 482 weitere, die ihre Waren in den Handelsstuben und 6.178 von den übertragbaren Brettern verkauften. Insgesamt gab es also 34.765 Händler und Beschäftigten bei ihnen<sup>967</sup>.

Die Angebote des Groß- und Kleinhandels, die meistens aus bäuerlichem Handwerk stammten, unterschieden sich qualitativ von den Produkten der Handwerksmeister, die durch ihren hohen Qualifikationsgrad der starken Konkurrenz standhalten konnten.

In dieser Hinsicht spielte die Handelspolitik des Staates gerade für das St. Petersburger Handwerk eine wichtige Rolle: die Hauptstadt galt als wichtiger Handelsumschlagplatz für Rußland. Hier war der Handwerker der unmittelbaren Konkurrenz der mittel- und westeuropäischen Länder ausgesetzt. Als Beispiel sollen hier die Schwierigkeiten der Drechslerzunft im Jahre 1835 erwähnt werden. Die St. Petersburger Drechsler beschwerten sich beim Außenhandelsdepartement über die massenhafte Einfuhr von Rohrstöcken und forderten, daß der Einfuhrzoll von eineinhalb auf sechs Silberrubel pro Pfund zu erhöhen. Die starke Konkurrenz wird im Vergleich der Importzahlen von St. Petersburg sowie der restlichen Gebiete Rußlands deutlich:

---

<sup>966</sup> Korol'čuk, Ob osobennostjach, S. 144.

<sup>967</sup> Ju. Ė. Janson, Naselenie Peterburga i ego ékonomičeskij i social'nyj sostav, in: Vestnik Evropy, tom 5, kniga 9-10, 1875, S. 637.

Tabelle 15: Einfuhr von Rohrstöcken, 1832 bis 1834, in Papierrubel

<b>Jahr</b>	<b>St. Petersburg</b>	<b>restliche Gebiete</b>
1832	6750	298
1833	8470	1562
1834	12060	1428
<b>Summe</b>	<b>27280</b>	<b>3288</b>

Quelle: Po otnošeniju departamenta vnešnej trgovli s preprovoždeniem pros'by tokarej ob izmenenii tarifnoj stat'i o trostjach, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 889, l. 1.

Aufgrund der massenhaften Einfuhr von Rohrstöcken aus dem Ausland sank die Nachfrage bei den St. Petersburger Drechslern drastisch. Das Außenhandelsdepartement wies die Beschwerde der Drechsler zurück, die Einfuhr von Rohrstöcken sei nicht erheblich und beeinträchtigte nicht die wirtschaftliche Lage der Meister. Dennoch, die Beschwerde der Drechsler gibt einen Hinweis auf ihre instabile Lage. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich 1845 im Zusammenhang mit der Manufakturausstellung in St. Petersburg. Jetzt ersuchten die zünftigen Waffenschmiede den Finanzminister Fëdor Pavlovič Vrončenko, die Einfuhr von Waffen aus Kongreßpolen als Ausstellungsstücke für die Manufakturausstellungen zu unterbinden. Schon für die vorherige Ausstellung in Moskau waren etwa 100 Exemplare für ein Waffenmodell eingeführt und nach der Ausstellung durch Kommissionäre weiter verkauft worden. Die polnischen Waffenschmiede profitierten besonders von ihrer geographischen Lage und bauten die Waffen aus Mittel- und Westeuropa importierten Teilen zusammen, die sie dann nach Rußland zu niedrigen Preisen, als Ausstellungsstücke deklariert, einfuhrten. Sie waren auch dadurch begünstigt, daß ihre Waren nach dem Zolltarif von 1838 mit 12 Kopeken statt üblichen 5,8 Silberrubeln pro Pfund belegt wurden. Darunter litten nicht nur russische Waffenschmiede, sondern auch der Warschauer Waffenschmied Kollet, einziger Produzent in Kongreßpolen, in dessen Werkstatt keine ausländischen Teile verwendet wurden. Vergleich bemühte er sich im Juli 1844 durch den ministerialen Staatssekretär von Polen beim Finanzminister eine zollfreie und von den Manufakturausstellungen unabhängige Einfuhr für seine Waffenprodukte nach Rußland zu erreichen. Seine Bitte blieb ihm verwehrt, was beweist, daß die russischen Waffenschmiede gut von der ausländischen Konkurrenz geschützt wurden<sup>968</sup>.

<sup>968</sup> Prošenje ot staršin i tovariščej S. Peterburgskich remeslennych rossijskogo i nemeckogo cechov i masterov k tomu i drugomu prinadležaščich, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 1220: Po pros'be staršin i masterov S. Peterburgskogo oružejnogo ceha o vospreščenii značitel'nogo privoza iz Carstva Pol'skogo ognestrel'nogo oružija dlja predstavljenija na vystavki (1845-1846), l. 4.

Die St. Petersburger Waffenschmiede forderten Schutzvorkehrungen, die erlaubten, auch die Anzahl der Waffen, die als Ausstellungsstücke eingeführt wurden, zu reduzieren:

1. Es sollte nur ein Ausstellungsstück pro Waffenmodell eingeführt werden.
2. Es sollte den Waffenschmiedezunftexperten erlaubt werden, zu überprüfen, ob die ausländischen Waffen in den Läden vom russischen Zoll versiegelt waren oder nicht<sup>969</sup>.

Als Mechanismus, den Markt zumindest teilweise regulieren zu können, diente die Reduktion der Einfuhr bestimmter Waren oder die Erhöhung der Zölle. Die Zünfte ersuchten die zuständigen Behörden immer wieder, von diesen Maßnahmen Gebrauch zu machen, um so die Konkurrenz zu schwächen.

Hier kommt die marktkontrollierende Funktion der Zünfte zum Ausdruck, die ihre Existenzgrundlage sichern wollten. Obwohl es nur um die Waffen ging, die zur Ausstellung gebracht wurden, alarmierte die Zunft unverzüglich das Außenhandelsdepartement, da sie negative Auswirkungen durch den stärkeren Verkauf der Ausstellungsstücke auf ihr Handwerk befürchtete. Die übrige Waffeneinfuhr aus Polen wurde ganz verboten, ein Hinweis dafür, daß die russischen Waffenschmiede zu dieser Zeit gut genug durch Einfuhrverbote und Zölle geschützt wurden.

Konkurrenz fand aber auch auf anderer Ebene statt. Einerseits gab es eine Konkurrenz innerhalb der Zunft, andererseits auch zwischen den Meistern verschiedener Zünfte. Ein Beispiel für die Konkurrenz zwischen den Meistern verschiedener Zünfte ist der Fall des Meisters der Schuhmacherzunft Heinrich Emmermann. Um seine Kenntnisse über die Lackierung von Leder zu verbessern, ging er 1836 für einige Zeit nach Altona. Dort fand er einen gewissen Meister Koch, der mit ihm nach St. Petersburg ging. Am 1. Oktober 1836 schlossen beide in Anwesenheit eines Zunftmaklers einen Zusammenarbeitsvertrag, der drei Jahre gelten sollte. Der Vertrag verpflichtete Koch, sein Wissen um die Lackbehandlung nicht weiterzugeben. Doch es dauerte nicht lange, bis Koch nach nur einem Monat Emmermann wieder verließ. Ein gewisser Schuhmacher Bütz (er nannte sich auch Arens) überredete Koch, in seiner Werkstatt zu arbeiten. Am Lackgeheimnis waren die Meister sehr interessiert, so umwarben sie Koch ständig. Im März 1838 war Koch bei einem anderen Lederer, Christian Göbel beschäftigt, der seit 20 Jahren in St. Petersburg tätig war. Zu jener Zeit gab es nur die Saffian- und Wildlederzunft, in der Göbel jedoch nicht Mitglied war. Göbel hatte bessere Chancen in der Konkurrenz mit Emmermann, weil er keine Zunftabgaben zahlte und sich mit einem anderen ebenfalls zunftfreien Meister,

---

<sup>969</sup> Ebd., 1ff.



Friedrich Baltrusch zusammengetan hatte, um die Lederstücke günstiger herstellen zu können<sup>970</sup>.

Um das Geheimnis des Lederlacks zu wahren und sich vor der Konkurrenz besser zu schützen, erwarb Emmermann beim DMVT ein fünfjähriges Patent bzw. das Privileg für 1000 Assignatenrubel, fünf Jahre lang exklusiv Lederstücke mit jenem Lackverfahren bearbeiten und verkaufen zu dürfen. 1838 beschwerte er sich dann beim DMVT über die Verletzung seiner Patentrechte durch die Lederer Göbel und Baltrusch. Zu der Zeit hatte Emmermann etwa 2.000 lackierte Lederstücke, die er kaum verkaufen konnte. Emmermann verarbeitete die Lederstücke nur weiter, die er für teures Geld in der Fabrik kaufen mußte. Im Unterschied zu ihm gerbten Göbel und Baltrusch die Leder selbst, was ihre Produkte billiger machte. Nach einer Untersuchung verbot Finanzminister Kankrin den nichtzünftigen Meistern Göbel und Baltrusch die lackierten Lederstücke herzustellen, da sie nicht Mitglied in der Lackiererzunft waren<sup>971</sup>. Erst 1842 konnte Emmermann seine Privilegien auch rechtlich durchsetzen, ein Jahr vor Ablauf seines Patentrechtes<sup>972</sup>.

Auf besonders starke Schwierigkeiten stießen die hauptstädtischen Uhrmacher, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts fast vollständig von ausländischen Lieferanten abhingen. Taschenuhren wurden z. B. ausschließlich aus dem Ausland eingeführt, Wanduhren hingegen als Einzelteile, die von den Uhrmachern zusammengebaut werden mußten. Dies lag an der unterschiedlichen Verzollung von fertigen Uhren und Uhrwerken bzw. Einzelteilen für die Uhren: für fertige Uhren wurden 2,6 Silberrubel pro Pfund und für Einzelteile bzw. Uhrwerke nur acht Silberkopeken pro Pfund berechnet. Das ergab für komplette Wanduhren, die zwischen drei und fünf Pfund wogen, einen Zoll zwischen acht und 13 Silberrubel, eine vergleichbare Uhr in Einzelteilen wurde mit etwa 30 bis 40 Silberkopeken verzollt<sup>973</sup>.

Die hauptstädtischen Uhrmacher waren nicht imstande, komplette Uhren so billig herzustellen und so beschränkten sie ihre Tätigkeit auf die Reparatur von alten Uhren oder bauten sie aus fertigen Teilen zusammen. Dadurch konnten die

---

<sup>970</sup> Prošenje v DMVT ot sapožnogo mastera Gejnricha Ėmmermana ot 1 maja 1837, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 939: Po pros'be sapožnogo ceha mastera Ėmmermana o vydače privilegii na sposob prigotovlenija lakirovannyh kož (1837-1842), hier l. 1.

<sup>971</sup> Predpisanie s. peterburgskomu oberpolicejsteru ot direktora DMVT Jakova Aleksandroviča Družinina ot 30.1.1838; Dokladnaja zapiska ot 24.3.1838; Otnošenje k Ja. A. Družininu (o.A.) ot 29.6.1838, in: Ebd., ll. 30, 53 und 55.

<sup>972</sup> Ebd., l. 134, 136.

<sup>973</sup> Dokladnaja zapiska ot starost russkogo i inostrannogo časovyh cechov K. Siracha i J. Winterhaltera (sentjabr' 1850), in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 1438: Po otnošeniju departamenta vnešnej trgovli ob opredelenii pošliny na vnutrennie pribory časov (1850), hier l. 5f.

Uhrmacherlehrlinge und -gesellen nicht in vollem Umfang das Uhrenhandwerk erlernen. Eine ähnliche Entwicklung war auch in Westeuropa festzustellen. Mit Ausnahme einiger Städte in der Schweiz, Frankreich und im Schwarzwald wurden auch dort die Uhren in Fabriken hergestellt. Nur bei wenigen Uhrmachern in St. Petersburg wie z. B. bei Tolstoj und Nosov wurden noch teure goldene Taschenuhren für 200 bis 1.000 Silberrubel pro Stück komplett hergestellt<sup>974</sup>.

Allerdings gingen die Meinungen der Uhrmacher bei einer Befragung zur Höhe der Verzollung von eingeführten Uhrwerken weit auseinander. Sieben Uhrmacher, darunter sechs russische und ein ausländischer, sprachen sich für eine Erhöhung der Zollgebühren aus, um das eigene Handwerk zu schützen. Zifferblätter, Uhrzeiger und insbesondere Springfedern sollten aber ausgenommen werden, da sie zu jener Zeit in Rußland noch nicht hergestellt wurden. Zehn Uhrmacher, darunter sechs ausländische und vier russische, plädierten für eine niedrige Verzollung, da sie der Meinung waren, daß die Kapazität des Uhrenhandwerks in Rußland nicht ausreichte, um die Nachfrage zu stillen. Sie konnten sich mit Hilfe des Außenhandelsdepartements auch durchsetzen, so daß die niedrige Zollgebühr beibehalten wurde<sup>975</sup>.

An diesen oben aufgeführten Beispielen wird deutlich, in welchem hohem Maße das St. Petersburger Handwerk vom westeuropäischen Markt abhing. Aber auch zwischen den Zunft Handwerkern gab es manchmal einen unerbittlichen Wettbewerb. So schrieben die Teigwarenmacher dem Innenminister 1850:

„Wenn die Bäcker, die auch ohnehin zu den Wohlhabendsten gehören, das Recht bekommen, Teigwaren (*makarony*) herzustellen, werden wir nicht mehr fähig sein, mit ihnen konkurrieren zu können und gehen infolge dieses Wettbewerbs zugrunde“<sup>976</sup>.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war der St. Petersburger Markt bereits so gesättigt, daß es kaum noch Freiraum für sich neu niederlassende Meister gab. Die in Zusammenhang mit dem verstärkten Wettbewerb schwierige wirtschaftliche Lage veranlaßte viele Handwerker aus St. Petersburg ins Innere Rußlands umzusiedeln. Am 20. Juli 1844 baten 50 deutsche Meister der russischen Zünfte bei Innenminister L.A. Perovskij um Erlaubnis, aus St. Petersburg nach Kazan oder in andere russische Städte ins Innere Rußlands auswandern zu dürfen. Der Grund für diese Fluktuation war die Vermehrung der Handwerkeranzahl in der Hauptstadt. Dadurch sanken die Warenpreise und es

---

<sup>974</sup> Otnošenje ministerstva finansov k moskovskomu otdeleniju manufakturnogo soveta ot 27 fevralja 1851 g., in: Ebd., I. 16ff.

<sup>975</sup> Ebd., I. 18f.

<sup>976</sup> Prošenie k ministru vnutrennich del Perovskomu ot masterov makaronnogo cecha ot 28 apreļa 1850, I. 1f.

gab nicht genug Arbeit. Den Kindern der Handwerker fehlte die Perspektive, eine Lehrstelle bei einem Meister zu finden, da Gesellen um diese Zeit im Überfluß vorhanden waren. Kazan war als größte Stadt unter den übrigen Gouvernementsstädten, mit seiner evangelisch-lutherischen Kirche, der Universität und einer Vielzahl von Lehranstalten ein attraktives Ziel für die Umsiedler. In Kazan mangelte es zudem an qualifizierten Handwerkern und die Lebenshaltungskosten waren geringer als in St. Petersburg. Als größtes Handelszentrum am großen Wolgaer Handelsweg zwischen Sibirien und dem Europäischen Rußland gelegen, war die Stadt mit dem groß mit dem Orenburger Gebiet, Astrachan, Saratov, Simbirsk sowie mit den nordrussischen Städten wie Perm und Vjatka verbunden. Durch die Umsiedlung dieser Handwerker nach Kazan ergaben sich Vorteile für die St. Petersburger Handwerker, denn die Nachfrage wurde dadurch größer. Außerdem stellte dies eine Erleichterung für die Handwerker-Gesellschaft dar, von der „lästigen“ Aufgabe befreit zu sein, die Steuern von den ärmeren Meistern einzutreiben<sup>977</sup>.

Einerseits spiegelt das Gesuch der deutschen Meister die verschlechterte Lage des Handwerks um die Mitte des 19. Jahrhunderts wider. Probleme verursachte die erhöhte Konkurrenz durch die zunftfreien Meister und vor allem durch die immer größere Anzahl der Staatsbetriebe, die ihre Waren zu niedrigeren Preisen verkaufen konnten, weil sie nicht gezwungen waren, in den Verkaufspreis Mietskosten, Materialkosten und Steuerabgaben in den Endpreis einzukalkulieren und billigere Arbeitskräfte hatten. So beschwerten sich die Schneider, Dreher, Wurstmacher und andere Handwerker wegen einer neu eingeführten Steuer, die in Form eines bestimmten Prozentsatzes von der Miete abgezogen wurde.

Andererseits beweisen die stark anwachsenden Handwerkerzahlen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Zünfte, daß das Handwerk sich auch weiterhin behaupten konnte. Gerade wegen seines hohen Niveaus konnte es den Kundenstamm für sich gewinnen bzw. seinen Absatzmarkt sichern. Dennoch vollzog sich infolge der wirtschaftlichen Umstrukturierungen auch im Handwerk ein Wandel. Nach dem Gesetz vom 14. November 1824 (*Gildenreform*) wurde den Kaufleuten aller drei Gilden erlaubt, die Zunfthandwerke ohne eine Begrenzung der Arbeitnehmerzahl zu betreiben. Seit dieser Zeit verbreitete sich in der Hauptstadt das Verlagshandwerk in besonders hohem Maße. Kaufleute richteten neben ihren Läden große Werkstätten ein und erhielten Aufträge, wodurch sie den Zunftmeistern die Arbeit wegnahmen. Die Kaufleute vergaben die Aufträge anderen Handwerkern und Zunftmeistern außerhalb ihrer Werkstatt.

---

<sup>977</sup> Прошение мастерov из немцев С. Петербургского русскаго чеха к министру внутренних дел Л. А. Перовскому от 20.07.1844, in: РГИА, ф. 1287, оп. 37, д. 903: По прошенію мастерov из немцев С. Петербургскаго ремесленнаго чеха о дозволении им переселит'ся в Казан' и другіе города (20.07.1844 - 20.09.1850), hier l. 3ff.

Sie bedeuteten für die Handwerker eine „vernichtende Konkurrenz“<sup>978</sup> und beraubten sie ihrer Existenzgrundlage. Diese Konkurrenz zwang auch die Zunftmeister, fremde Waren zu verkaufen und zum Verlagshandwerk überzugehen, um im Wettbewerb überleben zu können. Dabei fiel bei den Meistern der Anteil von Eigenherstellung und Kommissionswaren entsprechend ihrer wirtschaftlichen Lage und der Größe ihrer Werkstätte unterschiedlich aus.

Zur Beschränkung des Wettbewerbs zwischen den Zunft Handwerkern wurden in den 1850er Jahren für die wichtigsten Zünfte Sonderstatuten beim Wirtschaftsdepartement des Innenministeriums ausgearbeitet, in denen die Handwerksarten genauestens abgegrenzt wurden, „um jeder Gewerbegruppe die alleinige Ausübung ihres Spezialgewerbes garantieren zu können“<sup>979</sup>. Ein anderes Mittel, die Konkurrenz zu dämpfen, war der Versuch der Handwerksverwaltung, die Einführung von technischen Neuerungen zu unterbinden. Der St. Petersburger Kaufmann Ivan Pallizen und sein Partner der Bäckermeister Eduard Donnerberg versuchten z. B. 1850, eine zweite Bäckerei in St. Petersburg mit einem neuen modernisierten Ofen zu eröffnen. Pallizen ließ zu diesem Zweck seine Erfindung beim Wirtschaftsdepartement patentieren und erhielt ein Monopol für fünf Jahre. Die Handwerksverwaltung verbot Donnerberg aufgrund neuer Vorschriften der deutschen und russischen Bäckerzunft (*obrjad*), die 1850 verabschiedet wurden, eine zweite Bäckerei aufzumachen, um das Gleichgewicht im Bäckergewerbe nicht noch mehr zu gefährden<sup>980</sup>.

Auch außerhalb der Zunft gab es für die Zunftmeister viele Konkurrenten so z. B. im Färberhandwerk. 1873 baten die Meister der Färberzunft Gesselgrop, Remizov und andere, den zunftfreien Handwerkern und Kleinbürgern die Einrichtung von den Auftragsannahmestellen in der Innenstadt zu verbieten. Zu dieser Zeit wurden noch alle Färbereien, laut Gesetz über die zugelassenen Standorte für Industriebetriebe der Hauptstadt vom 22. September 1833 und den Verordnungen des Generalgouverneurs, vom Stadtzentrum in die Bezirke am Stadtrand verlagert<sup>981</sup>. Um den Kundenstamm nicht zu verlieren, waren die Meister dazu gezwungen, in der Innenstadt Annahmestellen einzurichten, um die Aufträge der Kunden entgegennehmen zu können. Dadurch verlor der Meister zunehmend

---

<sup>978</sup> Fesenko, Naši remeslenniki, S. 20.

<sup>979</sup> Ennen, Zünfte, S. 31.

<sup>980</sup> Prošenie Pallizena m.v.d. Perovskomu ot 14 ijulja 1850 g.; Prošenie Eduarda Donnerberga ot 19 maja 1850 g., in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 892: O razrešenii peterburgskomu 3 gil'dii kupcu Ivanu Pallizenu ustraivat' v gorodach Rossii pekarni dlja pečenija chlebov v osobo ustroennyh privilegirovannyh pečach, hier l. 3f., 5.

<sup>981</sup> Donesenie voennogo general-gubernatora ministru vnutrennich del ot 29 oktjabrja 1843 g, in: f. 1287, op. 37, d. 43 (6.10.41-3.6.45), hier l. 27f.

seine Stellung als leitender Fachmann bzw. mitwirkender Produktionsteilnehmer im Herstellungsprozeß und war überwiegend im Vertrieb tätig bzw. mit Büroarbeit beschäftigt<sup>982</sup>.

Betroffen waren hauptsächlich Kleinbürger, die das Gewerbe in kleinerem Umfang betreiben durften und dafür Gewerbescheine von der Stadtduma bekamen. Sie eröffneten Annahmestellen, in die nur Aufträge für die Färbung eingingen und vermittelten sie an die Handwerksstätten weiter. Die Auswirkungen wären weniger negativ gewesen, wenn diese Kleinunternehmer sich an die Zunftmeister gewandt hätten. In den meisten Fällen wurden die Aufträge direkt an die Gesellen - vorbei am Zunftmeister - weitergegeben. Wenn überhaupt, erfuhr der Meister nur zufällig von den Bestellungen. Diese Art der Auftragsverteilung war für die Meister ausgesprochen schädlich, weil sie durch Schwarzarbeit ihrer Gesellen bzw. ihrer Lohnarbeiter erhebliche Materialverluste erlitten. In Anbetracht dessen, daß die Annahmestellen meistens von ärmeren Stadtbewohnern geführt wurden, die keine Mittel hatten, eigene Werkstätten zu gründen, ließ das Innenministerium sie gewähren, um sie nicht in völlige Armut zu stürzen und um das Monopol einiger reicher Handwerker zu unterbinden.

Die zünftigen und außerhalb der Zunft stehenden Handwerker konkurrierten miteinander, ergänzten sich aber auch gegenseitig. Die Zunfthandwerker in St. Petersburg hatten einen wesentlich höheren Qualifikationsgrad, so daß es zu einer Arbeitsteilung kam, die sich auch in einer Aufteilung nach Handwerkszweigen bemerkbar machte. Das Bauhandwerk wurde fast nur von bäuerlichen Handwerkern ausgeübt, das mechanische Handwerk dagegen fast ausschließlich von städtischen Handwerkern.

## 9.2.2 Nichtzünftige Handwerker

Es gab in der Hauptstadt eine Mehrzahl von Handwerkern, die ihr Gewerbe außerhalb der Zünfte betrieben. Vor allem bäuerliche Handwerker, aber auch die eigentlichen Stadtbürger, die Kleinbürger und Kaufleute wurden zu Konkurrenten, aber auch um Reservoir an Arbeitskräften für das Zunfthandwerk. Der Erlaß vom 8. August 1762, nach dem die Bauern einjährige Pässe erhielten, die ihnen erlaubten, in den Städten zu arbeiten, scheint nicht der erste Versuch der Arbeitgeber zu sein, bäuerliche Saisonarbeit zu regeln. Schon nach dem Erlaß von 1704 erhielten die in Moskau arbeitenden bäuerlichen Saisonarbeiter bzw.

---

<sup>982</sup> Ot upravljajuščego ministerstva vnutrennich del stats-sekretarja knjazja Lobanova k upravljajuščemu ministerstvu finansov ot 11 ijulja 1873 goda, in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1527: Po chodatajstvu S. Peterburgskich masterov krasil'nogo ceha Gesselrepa, Remizova i drugich o nedozvolenii licam, neimejuščim sobstvennyh krasil'nyh zavedenij, soderžat' priëmnye dlja okraski materij, bez vzjatija kupečeskich dokumentov i bez zapiski, po vyderžanii nadležaščego ékzamina, v krasil'nyj cech v zdešnej stolice, l. 6f.

Handwerker Bescheinigungen, die ihnen einen einjährigen Aufenthalt in der Stadt ermöglichten<sup>983</sup>. Im 19. Jahrhundert wurden die Erwerbsmöglichkeiten für die Bauern in den Städten weiter verbessert. Mit dem Gesetz vom 22. August 1826 wurden neben den einjährigen auch halbjährige Pässe sowie dreimonatige Bescheinigungen eingeführt, die den Bauern erlaubten, für kurze Zeiten nach St. Petersburg zu kommen. Im Juli 1831 gab es dann eine zusätzliche Regelung über eine Verlängerung der Pässe, wodurch für die Bauern eine Möglichkeit gegeben war, in St. Petersburg auch ohne saisonale Unterbrechungen arbeiten zu können<sup>984</sup>.

In welchen Grenzen betrieb der bäuerliche Handwerker sein Gewerbe in der Stadt? Die Antwort auf diese Frage gibt der Kommissionsvorsitzende Stackelberg am Vorabend der Bauernbefreiung 1861. Seinen Worten nach durfte man in der Stadt solange zunftfrei arbeiten, bis das Gewerbe eine beträchtliche Größe erreicht hatte. Über die genaue Größe der Werkstatt wurde allerdings nichts gesagt. Das sogenannte Heimgewerbe (*domašnee zavedenie*) war für die Kleinbürger und Adligen ohne einen Zunftetrtritt erlaubt. Das außerhalb der Stadt liegende Handwerk hatte überhaupt keine Begrenzungen und war frei. In der Stadt selbst war der Einfluß der Zünfte begrenzt, weshalb jeder ohne Gesellen und Lehrlinge für sein „täglich Brot“ ein Gewerbe betreiben durfte. In kleinerem Umfang durften also alle das Handwerk betreiben<sup>985</sup>.

Die Zünfte sahen dieses Problem anders: mit dem Erlaß des ersten Departements des Stadtmagistrats vom 31.08.1843 erreichte die Handwerksverwaltung der russischen Zünfte, daß die leibeigenen Bauern ohne schriftliche Erlaubnis des Gutsherren zur Gründung eines Betriebes nicht in die Zünfte aufgenommen werden durften, was im Grunde genommen eine bloße Formalität war, die Bauern aber in ihrer Gewerbetätigkeit erheblich beschränkte<sup>986</sup>. Dieser Fall läßt sich eindeutig als ein Versuch erklären, die bäuerliche Konkurrenz einzuschränken. Die Zünfte versuchten immer wieder Druck auf den hauptstädtischen Arbeitsmarkt auszuüben, um ihre wirtschaftliche Lage zu sichern und erhöhte Konkurrenz durch zunftfreie Meister und vor allem durch eine immer größere Anzahl von Staatsbetrieben einzudämmen.

Die Großindustrie in St. Petersburg warb Arbeitskräfte nicht nur beim Handwerk sondern auch in der Landwirtschaft. Im 19. Jahrhundert machten die Bauern 90%

---

<sup>983</sup> Vgl. Unterkapitel 2.1 und Kitanina, Raboćie, S. 16.

<sup>984</sup> Ebd., S. 116.

<sup>985</sup> Trudy komissii, čast' 1, S. 177.

<sup>986</sup> Zapiska statskogo sovetnika Smirnova ot 23 ijunja 1844 g., in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 100, l. 46.

der Belegschaft in der St. Petersburger Industrie aus<sup>987</sup>. Eine schwach entwickelte Landwirtschaft im St. Petersburger Gouvernement förderte die auswärtige Saisonarbeit der Landbevölkerung in einem besonderen Maße. Nach den Berechnungen von L. V. Vyskočkov war 1/6 der Gesamtbevölkerung des Gouvernements saisonal in St. Petersburg beschäftigt, ein Prozentsatz, der in anderen Bezirken bei etwa 10% lag<sup>988</sup>. Charakteristisch war aber auch, daß die Saisonarbeiter des Gouvernements nicht im Gewerbe, wie es in den zentralen Regionen Rußlands der Fall war, sondern überwiegend im Handels-, Transport- und Dienstleistungsbereich tätig waren. Die hochentwickelte hauptstädtische Industrie und das Handwerk hatten einen hemmenden Einfluß auf die Entfaltung der gewerblichen Tätigkeit der Landbevölkerung in den naheliegenden Regionen von St. Petersburg: Das textil- und metallverarbeitende Gewerbe blieb meistens in seinem „Urzustand“ konserviert, d.h. unterentwickelt und bedeutete so für das St. Petersburger Handwerk keine ernsthafte Konkurrenz. Das Landhandwerk erfüllte seine Rolle als Rohstofflieferant bzw. Zulieferer von halbfertigen Waren besonders für die Schuhmacher-, Schneider- und Schreiner- und metallverarbeitende Betriebe<sup>989</sup>.

Mit dem Eisenbahnanschluß von St. Petersburg seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wuchs für Arbeiter und Handwerker die Attraktivität der Stadt noch in größerem Maße und schloß die umliegenden Archangelsker, Olonecker, Vologoder, Novgoroder, Jaroslavler und Kostromaer Gouvernements im Radius von rund 1000 km ein. Dabei belief sich der Anteil der bäuerlichen Saisonarbeiter aus dem russischen Norden auf 46%. Im Sommer waren im Straßenbau und in der Bauindustrie unter anderem als Maurer, Ofensetzer, Maler und Zimmerer beschäftigt, die in den Artels organisiert wurden. Im Winter waren es überwiegend die Handwerker, die als ungelernete Arbeiter bzw. Gesellen in den Werkstätten Arbeit fanden<sup>990</sup>. In St. Petersburg waren 1881 39.620 Saisonarbeiter aus den umliegenden Gouvernements beschäftigt<sup>991</sup>. Es sei angemerkt, daß wegen der Spezifik der bäuerlichen Arbeiter oder Handwerker die

---

<sup>987</sup> Kitanina, Rabočie, S. 13.

<sup>988</sup> L.V. Vyskočkov, Vlijanie Peterburga na chozjajstvo i byt gosudarstvennyh krest'jan Peterburgskoj gubernii v pervoj polovine 19 veka, in: N.V. Juchněva (Hrsg.), Staryj Peterburg: istoriko-ětnoGRAfičeskie issledovanija. Leningrad 1982, S. 135.

<sup>989</sup> Vgl. K. N. Serbina, Krest'janskaja železodelatel'naja promyšlennost' Severo-Zapada Rossii XVI-pervoj poloviny XIX v, Leningrad 1971, S. 63, 87, 94, 100f.; Kitanina, Rabočie, S. 86f.

<sup>990</sup> Vgl. Kitanina, Rabočie, S. 80ff.; L. V. Vyskočkov, Ob etničeskom sostave sel'skogo naselenija Severo-Zapada Rossii (vtoraja polovina XVIII-XIX v.). In: N. V. Juchněva (Hrsg.), Peterburg i gubernija. Istoriko-ětnoGRAfičeskie issledovanija. Leningrad 1989, S. 113-131.

<sup>991</sup> Bachtijarov, Očerki, S. 220.

Arbeitskräftefluktuation sehr hoch war, was die wirtschaftliche Lage der Meister in manchen Perioden beträchtlich destabilisierte<sup>992</sup>.

Die Ursachen für den Fortgang der Bauern waren unter anderem der Mangel an Boden, diverse Mißernten und das Fehlen von Zugvieh. Die Arbeit in der Stadt bot also vor allem materielle Vorteile. Besonders hoch wurde die Saisonarbeit in St. Petersburg bezahlt, was sich in den höheren Geldzinsabgaben an den Grundherren der bäuerlichen Handwerker niederschlug. Das trug dazu bei, daß z. B. im Jahre 1861 der Geldzins der Bauern an den Grundherren die Steuerabgaben an den Staat in St. Petersburg um das drei- bis vierfache und im St. Petersburger Gouvernement mit 11,31 gegen 1,87 Rubel um das sechsfache überstieg<sup>993</sup>. Zur Erhöhung der Mobilität der Bauern, die die kurzfristigen Stadtaufenthalte erst ermöglichte, trug die Bauernbefreiung 1861 bei. Schon am Ende der 1850er Jahre gab es in St. Petersburg rund 250.000 Beschäftigte im Gewerbe und im Dienstleistungsbereich, von denen rund 150.000 das ganze Jahr und etwa 100.000 saisonal tätig waren. Davon waren rund 150.000 im Gewerbe, in Fabriken, Werken und Werkstätten beschäftigt<sup>994</sup>.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts diente der Mariinskaja-Platz an der Blauen Brücke am Mojka-Fluß als Sammelplatz für die bäuerlichen Handwerker. Hier wurden die Artels der Maurer, Stuckarbeiter und Ofensetzer aus Jaroslavl, Sägearbeiter aus Vologda, Kupferschmiede und Messingarbeiter aus Olonec, Schreiner, Zimmerleute und Maler aus Galič, Lederer aus Čuchloma und andere Handwerker von Auftragnehmern (*podrjadčik*) vor allem aus der Baubranche unter Vertrag genommen<sup>995</sup>. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts befand sich der Sammelplatz am Obžornyj rjad<sup>996</sup> auf dem Nikol'skij-Markt:

„Der Handel wird hier überwiegend im Sommer getrieben, wenn aus dem Inneren Rußlands hier das Arbeitsvolk zu Zehntausenden

---

<sup>992</sup> Vgl. T. M. Kitanina, Rol' krest'janstva v formirovanii promyšlennych rabočich Sankt-Peterburga v period genezisa kapitalizma, in: Severo-Zapad v agrarnoj istorii Rossii. Kaliningrad 1994, S. 58; dies., Rabočee soslovie i pravitel'stvennaja politika v pervoj polovine XIX v., in: Mavrodinskije čtenija. St. Petersburg 1994, S. 161.

<sup>993</sup> N. M. Družinin, Konflikt meždu proizvoditel'nymi silami i feodal'nymi otnošenijami nakanune reformy 1861 g., in: VI (1954) 7, S. 71, aus: Kitanina, Rabočie, S. 121.

<sup>994</sup> I. D. Koval'čenko, Ob osobennostjach raboty po najmu pomeščič'ich krest'jan Rossii v pervoj polovine XIX veka, in: Genezis kapitalizma v promyšlennosti i sel'skom chozjajstve. Moskau 1965, S. 396f., in: Kitanina, Rabočie, S. 120.

<sup>995</sup> A. P. Bašuckij, Panorama Sankt Peterburga, č. 2. St. Petersburg 1834, S. 72.

<sup>996</sup> Wörtlich übersetzt „gefäßige Reihe“. Der Platz, wo man billig essen konnte. Das Essen wurde in den großen Kesseln zubereitet. Als Zutaten wurden Eingeweide und Reste aus Fleischern verwandt.



hinströmt: Maurer, Stuckarbeiter, Zimmerleute, Maler, Dachdecker und andere. Schon am Anfang des Frühlings sind die Züge der Nikolaevsker-Eisenbahnlinie mit Saisonarbeitern voll besetzt. Im Herbst bringen die Züge dann die Saisonarbeiter zum halben Preis wieder aufs Land zurück<sup>997</sup>.

Es ist zu bemerken, daß das gesetzlich zugelassene zunftfreie Handwerk, das parallel zu den Zünften bestand, am meisten für „die Unterentwicklung des Zunftwesens“, besonders in den kleineren Städten, verantwortlich war. Deswegen versuchten die Zünfte der bäuerlichen Konkurrenz entgegenzutreten, indem sie ab den 1820er Jahren immer neue Gewerbearten in die Zünfte integrierten. 1874 waren in den acht Zünften der Hauptstadt 119 Gewerbearten vereinigt. Die Betriebsamkeit der Petersburger Zünfte trug dazu bei, daß sie viele Gewerbetreibende wie z. B. Gärtner oder Kellner unter sich vereinten, die mit dem Handwerk bzw. typischen Stadthandwerk wenig oder überhaupt nichts zu tun hatten.

Als einschlägiges Beispiel dafür kann das Korbflechterhandwerk dienen, das rein ländlicher Herkunft war und mit der Zeit „verstädtert“ wurde. Die Korbflechtereie erreichte in der Hauptstadt eine beträchtliche Größe, war in einer Zunft vertreten und fand große Verbreitung als Heimgewerbe in der Umgebung von St. Petersburg. Der zentrale Ort für den Korbhandel war der Heumarkt am Sennaja-Platz, wo sich die großen Korbflechtwerkstätten befanden, die vermutlich von den Zunftmeistern betrieben wurden. Eine solche Werkstatt stellte jährlich bis zu 500.000 Körbe her, nach denen große Nachfrage bestand und mit denen im Jahr bis zu 100.000 Rubel des gesamtstädtischen Umsatzes erzielt wurde. Für den Großhändler kosteten z. B. 100 Gemüsekörbchen nur 0,8 Rubel<sup>998</sup>. Des weiteren vereinigten die Zünfte Gewerbearten aus dem Dienstleistungsbereich und der Kunst wie z. B. die Kunstmaler, Wäscher und Wäscherinnen, Bodenbohrer, Kellner und Gärtner.

Trotzdem blieb eine beträchtliche Zahl der Handwerker außerhalb der Zünfte. Es ist z. B. das Tischler-Artel zu erwähnen, das in den 1850er Jahren von Mel'nikov gegründet wurde. Mel'nikov stiftete der Artelskasse 1000 Silberrubel ein und die anderen Meister verschiedene Wertgegenstände. Die Anzahl der Artelsmitglieder, die von den drei Ältesten geleitet wurden, war nicht begrenzt. Ihre Waren wurden im „Laden der russischen Erzeugnisse“ zum Verkauf angeboten<sup>999</sup>. Der schon

---

<sup>997</sup> A. Bachtijarov, *Obščestvenno-fiziologičeskie očerki*. St. Petersburg 1888, S. 205f.

<sup>998</sup> Ebd., S. 201.

<sup>999</sup> *Trudy komissii*, S. 223.

erwähnte Ochta-Bezirk<sup>1000</sup> stellte z. B. ein Gewerbegebiet der Stadt dar, in dem fast ausschließlich holzverarbeitende Werkstätten angesiedelt waren: „Ochta ist eine große Werkstatt. Sie ist hauptstädtische Schreinerei, Drechslerei und Holzschnitzerei“<sup>1001</sup>. In Ochta wurden unter anderem teure Möbel, Spielzeuge, bemalte Ostereier und Holzschnitzereien hergestellt. 1820 gab es dort 742 Handwerker, die auf den staatlichen Werften im Schiffsbau von Zeit zu Zeit beschäftigt wurden und in den Jahren 1811 bis 1825 74 Schiffe bauten. Zum Vergleich waren allein in Ochta 1820 391 Schreiner und in der russischen Zunft der Hauptstadt 1825 352 Schreiner vorhanden<sup>1002</sup>. Des weiteren gab es in Ochta 207 Zimmerleute, 77 Holzvergolder, 29 Schiffsbaumeister für die Schärenkreuzer, sieben Holzschnitzer, vier Schmiede, zwei Drechsler und je einen Versilberer und Schuhmacher<sup>1003</sup>. Im Laufe der Zeit bauten viele der ansässigen Handwerker Werkstätten auf, die, wie aus einer Berichterstattung der Polizei von 1845 hervorgeht, zwei Arten von Beschäftigten hatten: die einen stammten nicht aus Ochta und wurden kurzzeitig bzw. saisonal beschäftigt, die anderen waren aus Ochta selbst. Es handelte sich dabei meistens um kleinere Werkstätten, in denen ein bis zwei Facharbeiter beschäftigt wurden. Es gab etwa zehn Werkstätten größeren Umfangs, die im Polizeibericht mit denen der freien Zunftmeister verglichen wurden. Insgesamt wurden um die Mitte des 19. Jahrhunderts in den Ochtersker Werkstätten 180 Handwerker und rund 100 Lehrlinge beschäftigt<sup>1004</sup>. Dabei stieg die Gesamtzahl der Ochtersker Meister von 742 im Jahre 1820 auf 945 im Jahre 1846, wobei das Wachstum ausschließlich bei den spezialisierten Handwerken zu konstatieren ist. So wurden jetzt 522 statt 391 Schreiner, 267 statt 77 Holzvergolder und 149 statt sieben Holzschnitzer gezählt, ein Hinweis auf die Expansion des Kunstmöbelmarktes in der Hauptstadt. Die Anzahl der Zimmerleute dagegen reduzierte sich auf null<sup>1005</sup>. Manche Familien bauten im Laufe der Generationen Unternehmen auf, um deren Erfolg sie ein Meister der Schreinerzunft beneiden konnte. Ein solches Unternehmen erschuf die Handwerkerdynastie Tarasov im Laufe von zwei Jahrhunderten. Tarasov arbeitete sich bis zum Hoflieferanten hoch. Besonders

---

<sup>1000</sup> Zur Geschichte von Ochta s.: B. Mansurov, Ochterskie Admiraltejskie poselenija. Istoričeskoe opisanie, č. 1-3, St. Petersburg 1856.

<sup>1001</sup> Kustarnye promysly v Ozernej oblasti (Kustarnyj trud. 1912, Nr. 18, S. 2, 15-30. September), aus: V. N. Tarnovskij, Melkaja promyšlennost' Rossii v konce 19 - načale 20 v. Moskau 1995, S. 39; Mansurov, Ochterskie, č. 1, S. 96, 153f.

<sup>1002</sup> S. RGIA, f. 18, op. 2, d. 435, l. 1 ff.: Das Verzeichnis der Moskauer Handwerksverwaltung.

<sup>1003</sup> Mansurov, Ochterskie, č. 1, S. 154, 167, 170.

<sup>1004</sup> Ebd., č. 2, S. 185ff.

<sup>1005</sup> Ebd., č. 3, S. 89.

einträglich waren die Aufträge nach dem Brand des Winterpalastes im Jahre 1837, als Semën Tarasov mit der Wiederherstellung des durch das Feuer vernichteten kostbaren Parketts des Palastes beauftragt wurde. Für die Kunstfertigkeit von Tarasov, der später zum Hofparkettmeister ernannt wurde, spricht die Tatsache, daß er das Parkett analog zu verbliebenen Fragmenten restaurierte. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stiegen die Tarasovs zu den größten Immobilieninhabern der Hauptstadt auf und genossen größtes öffentliches Ansehen. Die späteren Generationen wendeten sich vom Handwerk ab. Sie wurden geadelt und erhielten eine Hochschulausbildung an der St. Petersburger Universität oder an den technischen Hochschulen und sollten später zu den reichsten Unternehmern Petersburgs gehören. Das war ein typischer Weg einer erfolgreichen Familie, seien es Kaufleute oder Handwerker gewesen. Eine besonders glanzvolle Karriere machten die Gebrüder Nikolaj und Sergej Alekseevič Tarasov. Nikolaj, ausgebildeter Bauingenieur, wurde in den 90er Jahren zum Vorsitzenden der St. Petersburger Kreditgesellschaft mit einem Jahresgehalt von 60.000 Rubeln gewählt. Sein Bruder wurde mehrere Male zum Stellvertreter des Hauptstadtoberhaupts gewählt und war Vorstandsmitglied einer Bank<sup>1006</sup>.

Neben Semën Tarasov waren in Ohta weitere Unternehmer wie Ivan Baev und Fëdor Alekseev besonders erfolgreich. Sie führten große Auftragsarbeiten im Schreinerhandwerk durch. Es gab eine klare Differenzierung nach sozialen und beruflichen Gesichtspunkten: die Ochtensker Gewerbetreibenden bildeten vier verschiedene Gruppen. Eine erste kleine Gruppe bildeten die oben erwähnten Meister, die große Auftragsarbeiten vom Staat, dem Hof oder von Privatkunden erhielten und diese mit Hilfe der anderen Ochtensker Schreiner durchführten. Es ist anzunehmen, daß sie in Form einer Artel organisiert waren und daß die Meister anfangs im Arbeitsprozeß mitwirkten, sich mit der Zeit aber mehr und mehr organisatorischen Fragen widmeten und so allmählich Aufgaben eines modernen Unternehmers übernahmen. Zur zweiten Gruppe, die von einer Mittelschicht gebildet wurde, zählten die Meister, die Werkstätten besaßen. Von 965 Handwerkern betrieben in Ohta um die Mitte des 19. Jahrhunderts 177 eine Werkstatt: es gab 102 Schreinereien, 29 Holzschnitzereien, drei Drechslereien, 27 Holzvergolderwerkstätten, sieben Bootsbauer und je eine Schmiede, Malerwerkstätte und ein Versilbereratelier. Die übrigen 788 Handwerker bildeten die dritte Gruppe und verdingten sich in den oben erwähnten Werkstätten. Diese Handwerker können als Lohnarbeiter bezeichnet werden, da sie keine eigene Werkstatt gründeten, sondern sich mit einem gelegentlichen Verdienst abfinden mußten. Zuletzt gab es noch eine vierte Gruppe, die sich von der dritten fast nur durch die Herkunft unterschied: die Handwerker bzw. Lohnarbeiter und Lehrlinge aus der Hauptstadt oder dem St. Petersburger Gouvernement, die vertraglich gebunden arbeiteten. Selbst die Ochtensker Meister bezeichneten die

---

<sup>1006</sup> Vgl. Zasosov, *Iz žizni*, S. 46-62.

Arbeitnehmer, die in ihren Werkstätten bzw. Heimwerken beschäftigt waren, als Lohnarbeiter (*poděš čiki*) und nicht mehr als Gesellen, ein erster Hinweis darauf, daß sich Handwerksbetriebe immer mehr zu Unternehmen entwickelten<sup>1007</sup>.

Von den 177 Handwerkern mit eigenen Werkstätten arbeiteten 77 alleine oder mit Hilfe der Familienangehörigen. Die übrigen 100 Meister stellten 494 Handwerker ein, die im Grunde genommen Lohnarbeiter waren, davon 150 zugewanderte und 344 aus Ochta. 94 Meister stellten einen bis acht, die übrigen sechs 10 bis 50 Arbeitnehmer ein<sup>1008</sup>. Interessant ist, daß in Ochta auch 17 Zunftmeister ansässig waren. Unter ihnen waren Vertreter verschiedener Stände, z. B. Evsej Nagibin, Kaufmann dritter Gilde und Meister im Goldschläger-, Schreiner- und Holzschnitzerhandwerk, drei ausländische Bäcker, zwei Kleinbürger, die als Schreiner und Haarverarbeiter tätig waren, neun Staatsbauern, zwei ökonomische und zwei leibeigene Bauern<sup>1009</sup>. Ochta hatte also, eine recht heterogene Gewerbestruktur, da es hier sowohl die Werkstätten der zünftigen und zunftfreien Meister, als auch die der Heimwerker und die der Artels gab.

Am Anfang des 20. Jahrhunderts war die Differenzierung innerhalb des Arbeits- und Produktionsprozesses in Ochta weit vorangeschritten. Dem Vertrieb nach kann man von einem Verlagshandwerk sprechen, da die Mehrheit der Meister die Aufträge von den städtischen Meistern erhielt und für sie Produkte anfertigte. Die Qualität etwa der Schreinerarbeiten genügte höchsten Ansprüchen. Es war jedem St. Petersburger bekannt, daß die berühmtesten deutschen Möbelmeister der Stadt Tur und Gambs<sup>1010</sup> in ihren Läden auch die Möbel aus Ochta verkauften. Das war ein gewinnträchtiges Geschäft, denn die für fünf bis sechs Rubel eingekauften Möbel wurden für 25 Rubel weiterverkauft<sup>1011</sup>.

Am Anfang des 20. Jahrhunderts war es nicht nur für St. Petersburg, sondern auch für andere Städte wie Novgorod, Pleskau, Rybinsk, Rjazan' und andere typisch, daß außerhalb der Stadtgrenzen eine Vielzahl von Handwerker ansässig waren, die als Landhandwerker die Zunftabgaben nicht zu zahlen brauchten, ihre Waren aber ausschließlich in der Stadt verkauften. Dies erinnert sehr an die Handwerkersloboden um die großen russischen Städte im 15. bis 17. Jahrhundert. Das Gesetz zielte genau auf diese Handwerkergruppe ab, als im Artikel 493 des

---

<sup>1007</sup> Vgl., Otnošenija ot petersburgskogo voennogo general-gubernatora i ot upravljajuščego morskim ministerstvom ot 31 oktjabrja 1845 i ot 22 ijunja 1847, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 381: Mogut li Ochterskie poseljane (...).

<sup>1008</sup> Mansurov, Ochterskie, č. 3, S. 90f.

<sup>1009</sup> Ebd., S. 106ff.

<sup>1010</sup> T. E. Veretenko, K voprosu o dejatel'nosti masterskoj Genricha Gambsa (po dokumentam CGIA). In: Problemy razvitija russkogo iskusstva. Vyp. XVII, tematičeskij sbornik naučnych trudov, hrsg. v. I. A. Bartenëv. L. 1984, S. 68-75.

<sup>1011</sup> Mansurov, Ochterskie, č. 3, S. 91f.

Handwerksstatutes von 1842 erneut wiederholt wurde, daß die Handwerker nicht außerhalb der Stadtgrenzen arbeiten durften, „damit sie nicht aus der Stadt in die Vororte ausweichen und sich dadurch dem Einfluß bzw. der Kontrolle der Handwerkszünfte entziehen und keine Zunft- bzw. Staatsabgaben zahlen“<sup>1012</sup>. Die zunftfreien Handwerker waren besonders im Hausbau zahlreich vertreten: die Zimmerleute, Schreiner und Maurer bildeten Artels und erhielten große Aufträge. Letztere übernahmen auch die Malerarbeiten und renovierten die Hausfassaden<sup>1013</sup>.

Ein Beispiel für diese Entwicklung geben die Bauhandwerker aus Galič und dem Galičsker Bezirk, das im Kostromsker Gouvernement etwa 700 km von St. Petersburg entfernt lag. Fast die ganze männliche Bevölkerung dieser Gegend ging im Frühling nach St. Petersburg und kam im Spätherbst zurück, wobei sie nicht mehr der heimischen Landwirtschaft nachgingen, sondern ihren Boden von anderen Bauern, den „domolegi“ (*Zuhause-liegen-gebliebene*), gegen Entlohnung bestellen ließen. Die Bauern, die zuhause blieben, nannten die Handwerker, die nach St. Petersburg gingen, „beskobyl'niki“ (*die Pferdlosen*), „farsovye“<sup>1014</sup> oder „fortuny“<sup>1015</sup>.

Wie gesagt, gingen die Saisonarbeiter aus Galič überwiegend dem Bauhandwerk als Maler und Zimmerleute aber auch als Schreiner, Ofensetzer, Dachdecker nach. Die Landflucht wurde durch den Bodenmangel und das unterentwickelte Gewerbe bedingt. Die Leibeigenen bzw. Staatsbauern leisteten keinen Frondienst, sondern gaben den größten Teil ihres Einkommens den Geldzins bei den Grundherren bzw. beim Staat ab. Dadurch waren sie gezwungen, zum Geldverdienen in die Städte zu gehen. Solov'ëv vermutet zurecht, daß die historischen Wurzeln dieser Tradition bis zur Zeit Peters I. reichen, als vom russischen Norden massenhaft Rekrutierungen von Handwerkern und einfachen Arbeitern für den Bau von St. Petersburg stattfanden. Die Berufe wurden von Generation zu Generation weitergegeben, so daß sich bei diesen Handwerkern eine besondere Mentalität ausprägte. Sie verabscheuten die landwirtschaftliche

---

<sup>1012</sup> Otnošenje upravljajuščego Morskim ministerstvom k ministru vnutrennich del ot 22 ijunja 1847 g., in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 381: Mogut li Ochtenskie poseljane (...), l. 11.

<sup>1013</sup> Fesenko, Naši remeslenniki, S. 3.

<sup>1014</sup> Das Adjektiv „farsovye“ wird von Farce abgeleitet und ist von der Bedeutung her dem Verb „farsit“ ähnlich. Das bedeutet etwa: sich auffällig gut kleiden bzw. wie die Städter gekleidet zu sein.

<sup>1015</sup> Das Adjektiv „fartovy“ wird von Fortuna abgeleitet. In der römischen Mythologie gilt Fortuna als die Schicksals- bzw. Glücksgöttin. „Fartovy“ also bedeutete etwa: das eigene Schicksal bzw. Glück erproben. Es war eine eigentümliche Erscheinung sowohl in St. Petersburg als auch in Galič, was A.N. Solov'ëv veranlaßte, eine Studie über diese Saisonarbeiter von St. Petersburg anzufertigen: A.N. Solov'ëv, Piterščiki-galičane, étnografičeskij očerk, Galič 1923.

Arbeit und grenzten sich klar von den Bauern, die ihre Felder bestellten, ab<sup>1016</sup>. Die Beschreibung der Saisonarbeiter aus Galič ist insofern wichtig, weil sie ein typisches Bild von den Bauern in der Hauptstadt liefert. Die bäuerlichen Handwerker bildeten eine heterogene Gruppe, die eine klare Gliederungsstruktur erkennen läßt. An der Spitze dieser Pyramide standen die Auftragnehmer, die die Artels leiteten. Jedes Artel wurde in kleinere Einheiten aufgeteilt, die von den Poliers geführt wurden. Ihnen folgten die „guten“ oder „nichttrinkenden“ (*nep 'juščie*) Meister, die übrigen Meister, die Gesellen und die Lehrlinge. Sie alle wurden vom Auftragnehmer streng gehalten, da er das Ziel verfolgte, die Arbeiter abhängig, d.h. zu Schuldnern zu machen<sup>1017</sup>.

Das schwerste Los trugen die Lehrlinge. Ein Lehrlingsjunge wurde von den Eltern für dreieinhalb Jahre, meist vier Sommer und drei Winterlang, beim Auftragnehmer in die Lehre gegeben. Während des Winters, wenn die Bauarbeiten stilllagen, gab dann der Auftragnehmer den Lehrling an einen anderen Handwerker bzw. Zunftmeister in die Lehre ab, um ihn nicht verköstigen zu müssen. Im ersten Sommer arbeiteten sie als Gehilfen, im zweiten bekamen sie einfache Aufgaben und mußten besonders „dreckige“ Arbeit erledigen und im dritten Sommer wurden sie als Gesellen bzw. Vorarbeiter mit einfacheren Aufgaben beschäftigt, wodurch der Auftragnehmer sparen konnte, weil ein Geselle nur etwa 300 Rubel pro Saison kostete. Der Geselle verdiente eineinhalb bis zwei Rubel, der Meister hingegen bis zu drei Rubel am Tag<sup>1018</sup>. Auftragnehmer konnten bis zu mehrere tausend Arbeiter beschäftigen und entwickelten sich so zu Bauunternehmen, die alle Bauhandwerke im Artel vereinigten. Die erfolgreichsten unter ihnen wohnten in der Hauptstadt, hatten eigene Häuser, nahmen an wohltätigen Gesellschaften teil und wurden z. B. durch die Ehrenbürgerschaft zu Stadtbürgern gemacht. Typisch für ihr Verhalten war, daß sie ihre Kinder nicht in ihrem Handwerk ausbilden ließen, sondern versuchten, ihnen eine Hochschulbildung zu ermöglichen, um ihnen dadurch Aufstiegschancen im Zivil- und Militärdienst oder als Ingenieure und Rechtsanwälte zu verschaffen<sup>1019</sup>.

Zum Schluß dieses Kapitels soll noch eine Frage erörtert werden: Wie läßt sich die auf den ersten Blick widersprüchliche Tatsache erklären, daß einerseits die Zünfte so erfolgreich tätig waren, die „Verzünftung“ der Gewerbe rasch fortschritt und andererseits so viele Handwerker zunftfrei arbeiten konnten. Z. B. gab es am Nikol'skij-Markt eine große Anzahl von Straßenschuhmachern.

---

<sup>1016</sup> Ebd., S. 1f.

<sup>1017</sup> Im weiteren werden sie der Einfachheit halber als „Arbeiter“ genannt, weil ihrer Lage nach waren sie auch Arbeiter und wurden rein formell nach der Handwerksordnung aufgeteilt.

<sup>1018</sup> Solov'čev, Piterščiki-galičane, S. 4ff.

<sup>1019</sup> Ebd., S. 12, 15.

Betrachtet man ihre Tätigkeit genauer, stellt man fest, daß es sich hier im Grunde genommen nicht um „Zunft Handwerk“ handelt, sondern um eine Tätigkeit, die sich vom traditionellen Handwerk zur Dienstleistung hin entwickelt hat. Die Straßenschuhmacher reparierten alten Schuhe, die sie direkt von Kunden auf der Straße bekamen oder sie erwarben sie bei Krämern, um sie zu reparieren und weiterzuverkaufen<sup>1020</sup>. Sie waren keine ernstzunehmende Konkurrenz für die Zunftschuhmacher, sie gingen von den Schuhfabriken aus.

Das Nebeneinander verschiedener Gewerbeformen konnte nicht vollständig abgeschafft werden, weil der St. Petersburger Markt sehr schnell wuchs, wodurch ständige Umstrukturierungen und Umschichtungen stattfanden. So verdoppelte sich die Bevölkerung der Hauptstadt in der Zeit zwischen 1800 und 1834 von 220.000 auf rund 440.000 und zwischen 1834 und 1881 von 440.000 auf etwa 880.000. Dieser Trend ging weiter, so daß 1910 in der Stadt rund 2 Mill. Menschen lebten. Diese Entwicklungsdynamik der Stadtbevölkerung war nicht nur für St. Petersburg, sondern auch für Städte wie Berlin, Paris und Wien typisch<sup>1021</sup>.

### **9.2.3 Bäuerliches Heimgewerbe im St. Petersburger und seinen benachbarten Gouvernements: Gewerbe im Spannungsfeld von Stadt und Land**

Bis zu den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts bedeutete das ländliche Handwerk in Anbetracht der entfernten Lage Zentralrusslands von St. Petersburg keine Konkurrenz zum städtischen Handwerk. Die Lage änderte sich sprunghaft in den 60er Jahren, als St. Petersburg durch den Bau der Eisenbahnlinien mit dem Zentralrussischen Markt verbunden wurde. Die viel betonte Bedeutung des bäuerlichen Gewerbes für die Entwicklung der russischen Wirtschaft ist kaum zu überschätzen. Dennoch ist die Vernachlässigung der Geschichte des städtischen Handwerks im 19. Jahrhundert nicht berechtigt. Die Tatsache, daß das Gewerbe auf dem Land vom Volumen her viel größer als in der Stadt war, läßt noch nicht den Schluß zu, daß die Rolle des städtischen Handwerks unbedeutend war. Im Gegenteil. Auch in Westeuropa bestand dieses Spannungsfeld zwischen dem ländlichen und städtischen Handwerk, dessen Intensität von Zeit zu Zeit unterschiedlich war. So plädierten die Häfner um 1590 in Ostschwaben dafür, „die fremden Hersteller, die haufenweise aus Bayern strömten, besser abzuschirmen“<sup>1022</sup>.

---

<sup>1020</sup> Bachtiarov, *Obščestvenno-fiziologičeskie očerki*, S. 207f.

<sup>1021</sup> B. R., Mitchell, *European Historical Statistics 1750-1975*, Alphen aan den Rijn 1980, S. 71.

<sup>1022</sup> Kießling, *Stadt*, S. 685, 688.

Im Unterschied zu Berlin, wo die Handwerker Konsumgüter nicht nur für den städtischen Markt, sondern auch für die Ausfuhr herstellten, produzierten die St. Petersburger Handwerker ihre Waren fast ausschließlich für die eigene Stadtbevölkerung, wobei der Mehrbedarf zum größten Teil durch Einfuhren aus Zentralrußland gedeckt wurde<sup>1023</sup>.

„Ein bedeutender Teil der Bevölkerung wurde mit Kleidung und Schuhwerk versorgt, die im industriellen Gürtel Zentralrußlands von den Landhandwerkern hergestellt worden waren und in den Schuhwerkhandelsstuben, in den Läden mit der fertigen Kleidung oder von Straßenhändlern verkauft wurden“<sup>1024</sup>.

Nur wenige Produkte wie z. B. Handschuhe, Hüte oder auch Handarbeiten für Damenbekleidung wurden aus St. Petersburg ausgeführt, wobei diese Artikel auch vom Ausland nach St. Petersburg importiert wurden.

1912 waren Büros und Läden für Heimgewerbeprodukte in St. Petersburg sehr zahlreich vertreten. Unter 1140 solcher Verkaufsstellen waren 407 auf Holzzeugnisse, 29 auf Erzeugnisse aus Bast und Flechtgerte, 142 auf Produkte aus Faser, 370 aus Leder, 34 aus Wolle und Borste, 122 aus Metall und 36 waren auf andere Erzeugnisse des bäuerlichen Gewerbes spezialisiert<sup>1025</sup>. Überhaupt war St. Petersburg eines der größten Handelszentren Rußlands. Hier gab es 1856 zwölf Märkte und 5818 ständige Handelsbetriebe von Krämerstuben bis hin zu den Modengeschäften am Nevskij Prospekt<sup>1026</sup>. Wie aus dem Verzeichnis deutlich wird, wurden in diesen Verkaufsstellen der Heimgewerbe überwiegend Rohstoffe oder halbfertige Produkte verkauft, die vom St. Petersburger Gewerbe bzw.

---

<sup>1023</sup> Vgl. I. A. Gan, O nastojaščem byte meščan Saratovskoj gubernii. St. Petersburg 1860, S. 29f., aus: Ryndzjanskij, Gorodskoe graždanstvo, S. 7; Janson, Naselenie Peterburga (...) 1869, S. 630.

<sup>1024</sup> Janson, Naselenie, S. 630.

<sup>1025</sup> Die Läden des Handelshauses „Gusev i Panov“, der Gesellschaft für die Verbesserung der Volksarbeit „Kustarnyj trud“ (Obwestvo uluh+eniä narodnogo truda „Kustarnyj trud“, der Gesellschaft für die Hilfe der Heimarbeit in St. Petersburg (Obwestvo pomowi ruhomu trudu v Sankt-Peterburge), Der Pavlover Heimgewerbeartel (Pavlovskaa kustarnaä artel/), Chr. Rosmeša (Xr. Rosme+), Russischer Importgenossenschaft (Russkoe importnoe tovariwestvo), von I. S. Ryženkov, St. Petersburger Heimarbeitswarenlager (S.-Peterburgskij kustarnyj sklad), St. Petersburger Gesellschaft der Stummen und Tauben (S.-Peterburgskoe obwestvo gluxonemyx), von I. N. Sirotkin, von I. F. Sysoev, des Asyls von Blinden zur Erinnerung an Doktor Blessig (Ube<iwe slepyx v pamät/ doktora Blessiga) und von Graf Šuvalov, aus: Ves' Peterburg 1912, in: Tarnovskij, Melkaja, S.31.

<sup>1026</sup> B. N. Mironov, Vnutrennij rynok Rossii vo vtoroj polovine XVIII- pervoj polovine XIX veka. Leningrad 1981, S. 58, 188, aus: Kitanina, Raboćie, S. 87.



Handwerk weiterverarbeitet wurden. Dagegen galt Moskau als größter Markt für die Fertigprodukte der Heimgewerbe in Rußland<sup>1027</sup>.

Im St. Petersburger Gouvernement lebten zwischen 1897-1903 779.000, in St. Petersburg hingegen rund 1,25 Mill. Menschen. Die Zahl der Beschäftigten betrug im St. Petersburger Gouvernement in verarbeitenden Branchen für Holz 19.414, Faser 3.341, Leder 3.860, Mineralien 772, Metall 2.927 und verschiedenes 5.779. Insgesamt waren es 36.093 Heimarbeiter<sup>1028</sup>. Eine andere Quelle gibt an, daß im St. Petersburger Gouvernement zwischen 1899 und 1901 21.855 Heim- und Handwerker in den sieben obengenannten Bereichen beschäftigt oder der 28% der männlichen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter beschäftigt waren. Weiteren 39,1% gingen nur teilweise der Arbeit in der Landwirtschaft nach und verdienten die andere Hälfte ihres Einkommens ebenfalls mit Heimarbeit. Die restlichen 32,9% wurden ausschließlich in der Landwirtschaft beschäftigt<sup>1029</sup>. So schrieb der Kenner der St. Petersburger Verhältnisse A. Bachtijarov im Jahre 1888, daß das

„ganze St. Petersburger Gouvernement von St. Petersburg abhängig ist und von seinen rund 500.000<sup>1030</sup> Einwohnern ‚ernährt‘ wird. Im St. Petersburger Bezirk sind viele Fabriken vorhanden. In den Bezirken Novoladožsker, Šlisselburger und Carskosel'sker sind sowohl Schiffahrt, Steinbruch, Kalksteinförderung als auch Stroh-, Brennholz- und Baumaterialbeschaffung angesiedelt. Der Gemüse- und Obstanbau ist in den Bezirken Carskosel'sker, St. Petersburger und Petershofer verbreitet. Die Bevölkerung in den Bezirken Šlissel'burg und Petershof ist im Fuhrmannsgewerbe, Schiffbau, in der Müll- und Exkrementenabfuhr beschäftigt, oder geht der Milchwirtschaft, dem Pilz- und Beerensammeln nach“<sup>1031</sup>.

Im Petersburger Gouvernement waren folgende Gewerbearten vertreten. Am zahlreichsten war das Holzverarbeitende Gewerbe mit 6914 Beschäftigten. Ihm folgten die Gewerbe für Faserverarbeitung (5871), Lederverarbeitung (3271), Mineralienförderung (2282), Metallverarbeitung (1782). Auf die anderen Gewerbe kamen insgesamt nur 1626 Beschäftigte<sup>1032</sup>. Diese Heim- und

---

<sup>1027</sup> Tarnovskij, Melkaja, S. 32

<sup>1028</sup> Ebd., S. 26f.

<sup>1029</sup> Kustarnye promysly S. Peterburgskoj gubernii, St. Petersburg 1902, S. 2ff.

<sup>1030</sup> In diesem Jahr gab es in St. Petersburg etwa 900.000 Bevölkerung.

<sup>1031</sup> A. Bachtijarov, Obščestvenno-fiziologičeskie očerki, St. Petersburg 1888, S. 214ff.

<sup>1032</sup> Kustarnye promysly, S. 6.

Handwerker verkauften ihre Produkte meistens in der näheren Umgebung und hatten auf dem St. Petersburger Markt eine nur mäßige Bedeutung. Den wichtigsten Platz unter den Gewerbetreibenden nahm die Korbflechtereier mit 1350 Beschäftigten ein. Dieses Handwerk war besonders in den Gdovsker und Petershofer Bezirken verbreitet. Ein Teil ihrer Produktion wurde vor Ort von den Sommergästen gekauft, der andere Teil in großen Mengen von den Kaufleuten vom hauptstädtischen Markt am Sennaja-Platz<sup>1033</sup>.

Auch Näherinnen, Schmiede und Töpfer fertigten einen Teil ihrer Produkte für den St. Petersburger Markt an. Die 121 Weißnäherinnen des Carskosel'sker Bezirks beherrschten ihr Handwerk so gut, daß ihre Waren von den großen Läden in St. Petersburg aufgekauft wurden. Die 105 Schmiede der Roždestvensker und İzorsker Kreise des Carskosel'sker Bezirks fertigten Hufeisen für den Verkauf in St. Petersburg. Das Schuhmacher-, Schlosser- und Karrenbauhandwerk, die Lederverarbeitung und andere Gewerbearten hatten begrenzte regionale Bedeutung und waren in erster Linie für die Befriedigung des Eigenbedarfes der Landbevölkerung bestimmt<sup>1034</sup>.

Das Heimgewerbe des St. Petersburger Gouvernements, das sich am städtischen Markt orientierte, befand sich in völliger Abhängigkeit von den Großhändlern und Fabriken. Die Korbmacherinnen, Weberinnen und Hülsenherstellerinnen verloren ihre Selbständigkeit. Sie bekamen das Arbeitsmaterial von den Großherstellern und wurden zu Lohnarbeiterinnen im Verlagshandwerk. Im allgemeinen stellte das Gewerbe des St. Petersburger Gouvernements keine Gefahr für das St. Petersburger Handwerk dar, das auf viel höherem Niveau stand.

In anderen Gouvernements um St. Petersburg stellte sich das Gewerbe ebenfalls auf die Bedürfnisse der Hauptstadt ein. Im Olonecker Gouvernement war die Stroh Hüteherstellung am St. Petersburger Markt orientiert<sup>1035</sup>. Die Holzverarbeitenden Handwerker und Töpfer waren sowohl im Olonecker als auch in den Novgoroder und Pleskauer Gouvernements zahlreich vertreten. Ihr technisches und qualitatives Niveau war aber so niedrig, daß sie sich mit ihren Produkten auf dem St. Petersburger Markt nicht behaupten konnten, da auch die Einkäufer der Hauptstadt anspruchsvoll waren<sup>1036</sup>. Das Holzverarbeitende Gewerbe hatte sich auf Holzschnitzereien und Dreharbeiten spezialisiert, Techniken, die Geschick und Geschmack verlangten. In den oben erwähnten Gouvernements beschäftigten sich die Handwerker dagegen überwiegend im Zimmerer- und Böttcherhandwerk, stellten Holzgeschirr, Holzschaufeln, Karren und primitive Flußbarken her, wobei diese Waren meistens für Eigenbedarf und

---

<sup>1033</sup> Ebd.

<sup>1034</sup> Ebd., S. 9ff.

<sup>1035</sup> Tarnovskij, Melkaja, S. 40.

<sup>1036</sup> Ebd., S. 41.

für den lokalen Markt gefertigt wurden<sup>1037</sup>. Deswegen konnten die bäuerlichen Handwerker aus den benachbarten Gouvernements mit ihren Produkten am Apraksin-Markt, wo hauptsächlich gut verarbeitete und anspruchsvolle Holzzeugnisse der Handwerker aus Ochtsa verkauft wurden, dem Stadthandwerk keine Konkurrenz bieten. In Anbetracht der Absatzschwierigkeiten in St. Petersburg entwickelte sich allmählich ein zahlreiches Holzverarbeitendes Heimgewerbe am Rande der nord-westlichen Region, wobei die Händler sich an anderen Märkten in entgegengesetzter Richtung von St. Petersburg orientieren mußten<sup>1038</sup>.

Auch die Heimwerker aus dem Tverskaer Gouvernement orientierten sich am St. Petersburger Markt. Die Nagler waren Abnehmer von Metallresten aus den großen St. Petersburger Putilov- und Alexandrinischen Metallwerken. Hier entwickelte sich das Massenhandwerk der Schuhmacher mit Zentrum in Kimry. Die Juweliere in den Dörfern Krasnoe und Sidorovskoe im Kostromsker Gouvernement wurden mit Gold und Silber aus St. Petersburg und Moskau beliefert<sup>1039</sup>. Die Hornwaren- und Schatullenerstellung entwickelte sich im Nord-Osten von St. Petersburg im Vologoder Gouvernement, von wo Hornkämme und Apothekenzubehör auch nach St. Petersburg verkauft wurden<sup>1040</sup>. Das Pavlover Artel der Messerschmiede, das 1890 gegründet wurde, stellte jährlich Waren für 50.000 Rubel her und hatte sein zentrales Lager in St. Petersburg<sup>1041</sup>. Die wirtschaftlichen Bindungen zwischen St. Petersburg und den umliegenden Regionen bestanden also in beiden Richtungen.

In allen oben genannten Handwerksbereichen war die Abhängigkeit der Heimarbeiter von den Großhändlern, die sie mit den Werkstoffen belieferten, sehr groß. Die Großhändler bzw. Auftragnehmer hielten ganze Heimgewerbe unter ihrer Kontrolle und hielten die Heimarbeiter als Schuldner in Abhängigkeit<sup>1042</sup>. Ende des 19. Jahrhunderts konnten sich die Heimwerker allmählich der Kontrolle der Großhändler entziehen, da sie zunehmend Regierungsaufträge erhielten.

Die traditionelle weit verbreitete Heimarbeit entwickelte sich auf dem Land mit der Entstehung eines gesamtrossischen Binnenmarktes, die mit dem intensiven Eisenbahnbau in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wesentlich beschleunigt wurde, zu einem wichtigen Lieferanten sowohl von Rohstoffen und halbfertigen Waren als auch von fertigen Waren, die besonders in St. Petersburg durch die

---

<sup>1037</sup> Ebd., S. 40, 42f.

<sup>1038</sup> Ebd., S. 46.

<sup>1039</sup> Ebd., S. 74f.

<sup>1040</sup> Ebd., S. 61.

<sup>1041</sup> Ebd., S. 82f.

<sup>1042</sup> Ebd., S. 48, 50, 61, 70, 74f.

Vermittlungskontoren weiterverkauft wurden. Für die Wichtigkeit dieses Gewerbes spricht auch die Tatsache, daß seit 1892 in St. Petersburg ein „Heimarbeitsmuseum“ auf Initiative des Landwirtschafts- und Staatsgüterministeriums hin errichtet wurde<sup>1043</sup>.

St. Petersburger Markt war so groß, daß hier nicht nur die Produkte des Heimgewerbes des St. Petersburger Gouvernements, sondern auch die Produkte aus benachbarten Gebieten umgesetzt werden konnten. Um St. Petersburg hatte sich kein großer Gewerbebezirk entwickelt, dafür war die Produktpalette des Heimgewerbes im St. Petersburger Gouvernement verglichen mit den anderen vielfältiger<sup>1044</sup>.

### 9.3 Zusammenfassung

Die Zünfte von St. Petersburg konnten wegen der Spezifik der russischen Gewerbegesetzgebung kein uneingeschränktes Zunftmonopol einführen bzw. durchsetzen, obwohl es viele Versuche gab, Einfluß auf den Arbeitsmarkt zu nehmen, z. B. in der Begrenzung von Produktionssegmenten und Werkstätten. Derartige Eingriffe der Zünfte in die Stadtwirtschaft wurden seitens der Stadtduma oder des Generalgouverneurs von St. Petersburg unterbunden.

Die augenscheinliche Widersprüchlichkeit der Zunftpolitik wird z. B. dann offenbar, wenn von Fall zu Fall unterschiedlich über die Zulassung der Bewerber in die Zünfte entschieden wurde. Die Selbstverwaltung entschied nach eigener Maßgabe und beeinflusste auf diese Weise die Wettbewerbssituation. Diese Praktiken der Handwerksverwaltung wurden von den Angestellten des Finanz- und Innenministeriums scharf kritisiert:

„Es ist dem Bericht zu entnehmen, daß die Aufnahme der Meister in die Zünfte völlig willkürlich stattfand. Manchmal wurden die Kaufleute wie alle anderen Meister geprüft, ein andermal wurden sie ohne Prüfung nur mit der Vorbedingung, die Zunftabgaben zu zahlen, aufgenommen oder sie wurden dazu gezwungen, einen Zunftmeister für die fachgemäße Lehre des Nachwuchses einzustellen“<sup>1045</sup>.

Immer wieder gerieten Handwerksverwaltung und Obrigkeit miteinander in Konflikt. Z. B. erlaubte die Gildenreform von 1824 allen Kaufleuten, dem Zunft Handwerk nachzugehen und sich dafür in die Zünfte einzuschreiben.

---

<sup>1043</sup> I. Kel'berin, O merach k razvitiju remeslennoj promyšlennosti, Kiev 1902, S. 38.

<sup>1044</sup> Ebd., S. 38f.

<sup>1045</sup> Zitiert nach Pažitnov, Problema, S. 107f.

Ungeachtet dessen bedurfte es 1848 des Beschlusses der Handwerksverwaltung, der den Kaufleuten aller drei Gilden erlaubte, in die Zünfte einzutreten.

Die Konflikte zwischen der Handwerksverwaltung und den zunftlosen Handwerkern gab es solange, wie die Zünfte existierten und die industrielle Produktion auf die Fabriken und Werke einerseits, sowie auf die Werkstätten andererseits verteilt war. Es war unmöglich, eine klare Grenze zwischen diesen beiden Formen von Industriebetrieben zu ziehen, weshalb in der Handwerksverwaltung und in DMVT immer einzeln über die Zugehörigkeit des Betriebes zum jeweiligen Teil der Industrie entschieden wurde.

In der Regel aber waren die meisten Betriebe, die vom Manufakturdepartement Privilegien erhielten, nichts anderes als Werkstätten. Das lag daran, daß sich die Mehrheit der Großindustriebetriebe aus den früheren Werkstätten der Handwerksmeister entwickelt hatten. Deswegen ist in den Genehmigungspraktiken von DMVT kein Widerspruch festzustellen, wenn es die Werkstätten als Fabriken anerkannte. DMVT versuchte vorauszusehen, ob der Betrieb genügend Entwicklungspotential hatte, um sich später zu einer Fabrik bzw. einem größeren Werk zu entwickeln. Deswegen wurde mit den Genehmigungsverfahren oft Mißbrauch betrieben, weil es für einen Meister bzw. Unternehmer vorteilhaft war, seine Werkstatt bei DMVT anzumelden, da er dann drei Jahre oder länger keine Steuer-, Zunft- und Gildenabgaben bezahlen mußte<sup>1046</sup>.

Es wird verständlich, warum DMVT die Eröffnung der Werkstatt mit dem Status einer Fabrik erlaubte und umgekehrt, warum die Handwerksverwaltung die eigentlichen Fabriken weiterhin in den Zünften führte. Das Zusammenspiel verschiedener wirtschaftlicher Faktoren, das der Handwerksverwaltung immer mehr Spielraum raubte, führte dazu, daß sie ihre Monopolrechte nur begrenzt geltend machen bzw. durchsetzen konnte.

Am Ende des ersten Drittels des 19. Jahrhunderts läßt sich eine stark korporative Verhaltensweise der Zunftmeister gegenüber den zunftfreien Handwerkern feststellen. Die Zunftmeister betrachteten ihre Zunftzugehörigkeit als ein Privileg, das sie vor der Konkurrenz schützen sollte, und beobachteten aufmerksam nicht nur die zunftfreien, sondern auch diejenigen Handwerker, die in die Zunft aufgenommen werden sollten, wie z. B. die bekannten Kuckucksuhrenbauer aus dem Schwarzwald, die seit etwa 1828 in St. Petersburg tätig waren. Sie hatten schon mehrmals ihre Aufnahme in die deutsche Zunft der Uhrenmeister beantragt. Ihre Aufnahmeanträge waren aber immer wieder mit dem Grund abgelehnt worden, daß sie ihre Uhren in hölzernen Gehäusen und nicht in Uhrgehäusen aus

---

<sup>1046</sup> Vgl. Trudy komissii, č. 1, S. 43f.

Metall anfertigten und demzufolge ihr Handwerk im strengen Sinne des Wortes nicht dem Uhrnhandwerk angehöre, was 1843 als eine Begründung für ihre Nichtaufnahme in die Uhrmacherzunft aufgeführt wurde<sup>1047</sup>.

Es lassen sich Parallelen zum deutschen Handwerk ziehen. Fast alle grundsätzlichen Zunftregelungen der deutschen Zünfte wurden mit dem Zunftstatut Katarinas II. übernommen. Auch die Verhaltensmuster und die Stellung des Zunftsystems im staatlichen und gesellschaftlichen System waren den deutschen angeglichen. So gab es auch die Unterscheidung nach homogenen bzw. reinen und heterogenen bzw. gemischten Zünften in beiden Ländern. Falls es in einer Stadt unterbesetzte Zünfte oder Zünfte mit ähnlichen Gewerbearten gab, wurden sie oft in einer Zunft vereinigt, um die Verwaltungskosten zu senken und eine bessere Gewerbekontrolle zu ermöglichen<sup>1048</sup>. Des weiteren war auch im Westen das Zunftmonopol auf das Handwerk nicht allumfassend. Der berühmte Paragraph im Handwerksstatut, der in den russischen Städten die freie Handwerksarbeit außerhalb der Zünfte im kleineren Umfang erlaubte, wurde, wie es der Ähnlichkeit wegen zu vermuten ist, sicher den westeuropäischen Stadtrechten entnommen:

„Eine andere Art der Konkurrenz durch Außenstehende erwächst vielen Zünften aus dem im Mittelalter weit verbreiteten ‚Recht auf freie Hausarbeiten‘. Danach bleibt es grundsätzlich den städtischen Bürgern überlassen, selbst oder mit Hilfe ihrer Familienangehörigen alles anzufertigen, wozu ihre Geschicklichkeit ausreicht. Erhöhte Bedeutung kommt dem Recht der Eigenproduktion natürlich dann zu, wenn eine Arbeit von größeren Bevölkerungskreisen beherrscht und ausgeführt werden kann. So verstehen sich in den Städten beispielsweise relativ viele Bürger auf die Kunst des Webens und Spinnens“<sup>1049</sup>.

Das Recht auf freie Hausarbeit galt also nicht nur für die Kleinbürger und Posadbewohner in St. Petersburg, sondern auch in westeuropäischen Städten,

---

<sup>1047</sup> Raport komisii, naznačenoj dlja izyskanij po sboru kazěnyh podatej s inostrannyh remeslennikov v S. Peterburge ministru vnutrennich del, vom 5. Juli 1843, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 144: Po doneseniju komisii (...) o pripiske švarzval'dskich masterov derevjannyh časov k suščestvujuščemu v Peterburge časovomu cechu i o razrešenii im remontirovat' stennye časyy, hier l. 1ff.

<sup>1048</sup> Ebd., S. 29f.; Vgl. Josef Ruch, Die alten Zünfte der Stadt Waldshut. Radolfzell 1954, S. 24f.; Andreas von Moos, Zünfte und Regiment. Zur Zunftverfassung Zürichs im ausgehenden 18. Jahrhundert. Zürich 1995. S. 8f.

<sup>1049</sup> Ennen, Zünfte, S. 95f.

indem dem Bürger die Hausarbeit für den eigenen Bedarf gestattet wurde. Jedoch durften die Produkte nicht zum Verkauf hergestellt werden, damit den Zunftmeistern kein Schaden entstand.

Die Vergleiche zwischen dem deutschen und St. Petersburger Handwerk zeigen, daß Phänomene wie Wettbewerb und Zunftmonopol, die in den deutschen Städten das Leben des Handwerks bestimmten, auch in St. Petersburg vorhanden waren und daß die Zünfte in den beiden Ländern mit ähnlichen Problemen konfrontiert waren. Hier soll durch das Aufsteigen von Parallelen zum deutschen Handwerk versucht werden, das Geschehen in St. Petersburg etwas besser zu verstehen bzw. schärfere Konturen im Gesamtbild des russischen Handwerks zu gewinnen.

Im Gegenteil zu den Versuchen, die russische Geschichte aus dem gesamteuropäischen Kontext auszusondern, können einige Vergleiche helfen, die russische Geschichte in die gesamteuropäische Geschichte zu integrieren. Dies heißt nicht, daß die russische bzw. osteuropäische Geschichte als Teildisziplin der gesamteuropäischen Geschichte keine Existenzberechtigung als Sonderdisziplin besitzt, nur wurde in den letzten Jahrzehnten zu oft versucht, diese strikt abzusondern. Dadurch wurde manchmal die historische Perspektive getrübt und gesamteuropäische Zusammenhänge verwischt. Es darf also nicht darum gehen, die russische Geschichte um jeden Preis abzusondern, sondern viel mehr darum, ihre Identität im gesamteuropäischen Kontext zu reproduzieren<sup>1050</sup>. Es sei beispielweise im Zusammenhang mit den Akten des zivilen Ungehorsams, die oben beschrieben wurden, daran erinnert, daß im Umgang mit bestimmten traditionellen Formeln des historisch-wissenschaftlichen Instrumentariums wie z. B. der Tatsache der erdrückenden Rolle des russischen Staates in der Entwicklung des Unternehmertums, Vorsicht geboten ist. Die Versuche, durch diese Rolle des russischen Staates mehrere Phänomene in der russischen Geschichte erklären zu wollen, besitzen keine universelle Erklärungskraft und können zu stereotypischen Urteilen verführen.

Der Wettbewerb verlief in verschiedenen wirtschaftlichen Branchen unterschiedlich. In Bezug auf das St. Petersburger Handwerk läßt sich die Unterteilung der beiden Wettbewerbsphasen von Ennen übernehmen:

„Eine Vorstoßphase, in der ein Wettbewerber zur Gewinnung eines Vorteils gegenüber seinen Konkurrenten vorstößt, und eine nachfolgende Verfolgungsphase zur Verringerung des Vorsprungs“<sup>1051</sup>.

Da in St. Petersburg deutsche und russische Zünfte vorhanden waren, verlief der Wettbewerb zwischen den beiden Institutionen bis zum späten 19. Jahrhundert nach gleichem Muster: In der Vorstoßphase befanden sich fast ohne Ausnahmen

---

<sup>1050</sup> Vgl. Hildermeier, Osteuropäische Geschichte, S. 254ff.

<sup>1051</sup> Ebd., S. 27.

die ausländischen Handwerker, in der Verfolgungsphase die russischen Handwerker. Von daher war innovativer Wettbewerb mit einigen Ausnahmen Hoheitsgebiet der Ausländer und imitatorischer Wettbewerb das Los der russischen Handwerker.

Unter den negativen Nebeneffekten der Konkurrenz war die langsame Verbreitung der Innovationen im Handwerk. Die Meister versuchten die „Geheimnisse“ ihrer Handwerkskunst für sich zu behalten<sup>1052</sup>.

---

<sup>1052</sup> O predprinimaemom koležskim sovetnikom Rejnbotom sostavlenii tehničeskogo slovarja (1842), in: RGIĀ, f. 18, op. 2, d. 1097, l. 1.



## 10. Die wirtschaftliche Lage des Handwerks

Bei der Untersuchung der wirtschaftlichen Lage des St. Petersburger Handwerks im 19. Jahrhundert ist das Thema der Industrialisierung nicht wegzudenken, weil sie am stärksten den Wandel im Handwerk mitgeprägt hatte. Der in der deutschen Historiographie allgemein gebräuchliche Begriff des „alten Handwerks“ wird hier nur begrenzt verwendet, weil ihm im Zusammenhang mit dem Handwerk in Rußland eine etwas andere Bedeutung zukommt. Auch der Begriff des „traditionellen russischen Handwerks“ kann in Bezug auf St. Petersburg nur mit Vorsicht behandelt werden, weil dank der Spezifik der Hauptstadt, seiner Entstehungsgeschichte, seiner sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur und seiner geographischen Lage, sich das Handwerk hier in einer besonderen Lage befand.

Trotz der Unterschiede zwischen dem Handwerk im Westen, dem Landhandwerk in Rußland und dem Stadthandwerk in St. Petersburg ist festzuhalten, daß für alle Handwerksarten die Industrialisierung der Prozeß war, der am stärksten und nachhaltigsten auf das Handwerk und alle andere Bereiche der Gesellschaft einwirkte.

Besonders seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde das St. Petersburger Handwerk durch die Industrialisierung zunehmend aufgespalten: die Struktur des Handwerksbetriebes, die Betriebshierarchie und der Produktionsprozeß wurden nach und nach verändert; die Gruppe der Meister wurde in zwei ungleiche Gruppen geteilt, in erfolgreiche Handwerker, die ihren Betrieb modernisierten und vergrößerten, und in Handwerker, die zu allein produzierenden Handwerkern oder beschäftigten Lohnarbeitern wurden. Für die letzteren bestand allerdings die Möglichkeit, in der Fabrik eine Meisterstelle zu bekommen, die in der Regel hoch bezahlt wurde. In diesem Fall bedeutete es für einen Handwerker keinen Statusverlust, da diese Art von Mobilität horizontal ausgerichtet war. Der Vertrieb, das Verhältnis zum Kunden änderte sich ebenfalls, durch Großabnehmer und die Vermittlung der Zwischenhändler wurde diese Beziehung anonymisiert. Überhaupt änderte sich die Stellung des Meisters und des Handwerksbetriebes im gesamtwirtschaftlichen System der Hauptstadt<sup>1053</sup>.

Hier muß geklärt werden, wie sich der Lebensstandard, die Preis- und Lohnverhältnisse der Handwerker veränderten und wie sich wirtschaftliche Lage des Handwerks verändert hat. Nach K.H. Kaufhold lassen sich vier Schwerpunkte

---

<sup>1053</sup> Vgl. Engelhardt (Hrsg.), *Handwerker in der Industrialisierung*, s. unter anderem S. 18, 29, 37-208; H.-J. Gerhard, *Quantitative und Qualitative Aspekte von Handwerkereinkommen in nordwestdeutschen Städten von der Mitte des 18. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts*, in: ebd., S. 51-77; Joseph Ehmer, *Ökonomischer und sozialer Strukturwandel im Wiener Handwerk - von der industriellen Revolution zur Hochindustrialisierung*, ebd., S. 78-104; *Polarisierung und Verlag; Schuhmacher, Schneider und Schreiner in Düsseldorf 1816-1861*, ebd. S. 127-145.

der Veränderung hervorheben: Das Einkommen, die Handwerkerzahlen, Wandlungen der Betriebsweise und Einflüsse der Wirtschafts- und vor allem Gewerbepolitik<sup>1054</sup>.

### 10.1 Die allgemeine wirtschaftliche Lage der Handwerker

Die Gewerbereformen des Gesetzgebers, die Wirtschaftspolitik der Regierung und die günstige geographische Lage St. Petersburgs - die relative Nähe zu den westeuropäischen Märkten - spielten für das St. Petersburger Handwerk eine wichtige Rolle. Alle Veränderungen in den obengenannten Bereichen bekam es als erstes zu spüren.

Die wirtschaftliche Lage der Handwerker in St. Petersburg begann sich seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts wegen der zunehmenden Geldentwertung immer mehr zu destabilisieren. Als Katharina II. in Anbetracht hoher Verschuldung des Staates anfang, das Papiergeld zu emittieren (in der Zeit von 1768 bis 1799 wurden 21 Mill. Papierrubel gedruckt), beschleunigte sich der Geldwertverlust wesentlich und das Verhältnis des Papiergeldes zur Edelmetallwährung sank auf 65,5%<sup>1055</sup>. Die Napoleonischen Kriege und die damit verbundenen enormen Kriegsausgaben ließen den russischen Staat noch mehr verschulden. Nach dem Krieg entwertete sich Papiergeld durch weitere Emissionen, so daß sein Wert weiter auf 20% sank. Eine so hohe Inflation veranlaßte den Staat zu Gegenmaßnahmen, so daß von 1817 - 1822 mit Hilfe von Anleihen 230 Mill. Rubel Papiergeld eingezogen wurden<sup>1056</sup>. Nicht von ungefähr fällt die hohe Steuerverschuldung der Zunfthandwerker in diese Zeit.

Durch die allgemeine Verteuerung der Rohstoffe, der benötigten Arbeitsmaterialien, der Lebensmittel und einer Erhöhung der Löhne des Arbeitspersonals wurde die Handwerkswirtschaft dermaßen geschwächt, daß viele Handwerker am Existenzminimum lebten. Eine Zahl aus dem Jahr 1814 sei genannt: Nur jeder Hundertste Handwerker der deutschen Zünfte konnte als wohlhabend gelten. Im Einzelnen verteilten sich die ausländischen Meister im Jahre 1816 auf folgende Gruppen. Von den 800 ausländischen Meistern hatten etwa drei Viertel ein Vermögen zwischen 800 und 1000 Rubel. Die Pauschalsteuer lag bei 600 Rubel. Für die meisten Handwerker war dieser Beitrag

---

<sup>1054</sup> Kaufhold, Einführung, in: Engelhardt (Hrsg.), Handwerker, hier S. 37f.

<sup>1055</sup> Vgl. J. de Bloch, *Les Finances de la Russie au XIX siècle. Historique et statistique*, Bd. 1, Paris 1899, S. 110ff.; Hildermeier, *Bürgertum*, S. 183f.; Kaškarov, *Deneznoe obraščenie v Rossii. Istoriko-statističeskoe issledovanie*, Bd. 1. St. Petersburg 1898, S. 24ff.; Mieck, *Europäische*, S. 759f.; A. P. Pogrebenskij, *Očerki istorii finansov dorevoljucionnoj Rossii (XIX-XX vv.)*, Moskau 1954, S. 21f.

<sup>1056</sup> Mieck, *Europäische*, S. 760.

zu hoch, sie wurden in den Ruin getrieben. Nur 200 Meister waren in der Lage, diesen Steuerbeitrag ohne Beeinträchtigung ihrer Existenz zu zahlen<sup>1057</sup>. Außerdem war für die verschlechterte wirtschaftliche Lage der Handwerker eine immer größer werdende Anzahl von zunftfreien Handwerkern verantwortlich, die ihre Dienste günstiger anbieten konnten<sup>1058</sup>.

Die Staatsaufträge erschwerten beträchtlich das Leben der Zunfthandwerker, da sie regelmäßig dazu verpflichtet wurden, die Armee mit verschiedenen Waren zu beliefern. Sie erhielten z. B. im Jahre 1816 den Staatsauftrag, Armeeuniformen zu nähen. Es sollten 320 Uniformen für die Jäger (2,80 Rubel je Uniform), 600 für die Musketiere (2,40 Rubel je Stück) und 900 Paar Stiefel für 1 Rubel pro Paar hergestellt werden, zu einem Preis, der kaum die Unkosten deckte. Deswegen bekamen die Meister einen Zuschuß aus der Kasse der Handwerksverwaltung, eine Kasse, die von den deutschen Handwerkern durch ihre Beiträge gefüllt worden war. Die Jägeruniform wurde mit 2,95, die Musketiereuniform mit 2,85 und die Stiefel mit 1.50 Rubel bezuschußt. Die Staatsaufträge für die Belieferung der Armee mit Kleidung wiederholten sich regelmäßig, worauf sich die Handwerker der Schneider- und Schuhmacherzünfte im Jahre 1830 beim Handwerksoberrhaupt beschwerten, da mit diesen Aufträgen nichts zu verdienen war. Sie machten zudem den Vorschlag, den Auftrag den ausländischen Handwerkern zu erteilen<sup>1059</sup>.

Zwischen 1823 und 1843 verzeichnete das St. Petersburger Handwerk infolge der stabilen Finanzpolitik der Regierung ein hohes Wachstum. Die Einführung des Silberrubels 1839 wirkte sich ebenfalls günstig auf die Entwicklung des Geldmarktes aus.

Der Wohlstand der Handwerker läßt sich mittels ihrer Anteils unter den Hauseigentümern nicht definitiv zu ermitteln, weil die Handwerker zu allen möglichen sozialen Schichten (Kleinbürger, Bauer, Kaufleute und Adeligen) gehören konnten.

Die ersten zwei Quellen, die zur Untersuchung dieser Frage herangezogen werden, stammen aus den Jahren 1804 und 1809<sup>1060</sup>. Die erste Quelle ist eine offizielle Erhebung über die Hauseigentümer der Hauptstadt und die zweite das erste St. Petersburger Adreßbuch. Allerdings sind die unten vorgeführten Zahlen

---

<sup>1057</sup> Prošenie remeslennogo golovy ministru finansov ot 25 ijulja 1816 g., in: RGIA.f. 571, op. 3, d. 337, l. 83.

<sup>1058</sup> Predstavlenie departamentu raznych podatej i sborov ot S. Peterburgskoj remeslennoj upravy, in: RGIA, f. 571, op. 3, d. 337: O podati s inostrannyh remeslennikov v stolicach, l. 29f.

<sup>1059</sup> Očerki istorii Leningrada, Bd. 1, S. 41.

<sup>1060</sup> Tabel' o ocenke domov, St. Petersburg 1804, aus: Ivanova, Deutsche Handwerker, S. 295ff.; Sanktpeterburgskaja adresnaja kniga na 1809 god, St. Petersburg [1809].

ein Auszug aus diesen Erhebungen, der nur die deutschen Eigentümer von Immobilien bzw. Handwerkern betrifft, was wiederum nur einen Bruchteil der Gesamtzahl der deutschen Handwerker ausmacht. Die Zugehörigkeit zur deutschen Nationalität kann nur durch den Familiennamen bestimmt werden, es tauchen dabei aber immer wieder Zweifelsfälle auf.

Zwischen 1804 und 1809 blieb die Anzahl der Hauseigentümer unter den deutschen Handwerkern mit 169 bzw. 161 etwa konstant. Den größten Anteil im Jahre 1804 hatten die Bäcker und Schneider mit jeweils 19 Eigentümern. Ihnen folgten die Sattler (16), Tischler (15), Schmiede (14), Wagenbauer (9) und andere. Die Verteilung im Jahre 1809 sah wie folgt aus: 15 Bäcker, 19 Schneider, 15 Sattler, 17 Tischler, 18 Schmiede, 12 Wagenbauer, 15 Schlosser und andere. Es ist selbstverständlich, daß hier nur ein Bruchteil und nicht alle deutschen Handwerker, wie N.I. Ivanova fälschlicherweise meint, aufgezählt worden waren, weil nicht alle von ihnen Hauseigentümer waren<sup>1061</sup>. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Handwerker wohnte und arbeitete in angemieteten Wohnungen. Wenn wir annehmen, daß die deutschen Handwerker unter den ausländischen Zunftmeistern mehr als die Hälfte ausmachten, so sollten in der Hauptstadt zu jener Zeit etwa 500 deutsche Meister gelebt haben. Ihre Anzahl muß aber noch höher gewesen sein, wenn wir in Betracht ziehen, daß in der Hauptstadt rund 20.000 Deutschen lebten, die meistens Handwerker und Kaufleute waren<sup>1062</sup>. Es war auch nicht selbstverständlich, daß alle deutschen Handwerker Zunfthandwerker waren<sup>1063</sup>. Im Gegenteil die Mehrheit der deutschen Handwerker stand außerhalb der Zunft. Insgesamt gab es 1809 rund 600 deutschstämmige Hauseigentümer, das waren 8,3% aller Hausbesitzer der Hauptstadt. Die größten Gruppen unter den deutschen Eigentümern stellten Handwerker (161), Beamten (146), Kaufleute (121), Militärs (75) und Hofangestellte (20). Auch für die späteren Zeitabschnitte macht Ivanova inkorrekte Vergleiche bezüglich der Anzahl der deutschen Handwerker, z. B. für das Jahr 1849, da sich ihre Berechnungen nur auf die Adreßbücher von St. Petersburg beziehen<sup>1064</sup>. Die letzteren führten die Handwerker nur unvollständig auf und können nur bedingt als Quelle zur Analyse der Gesamtzahl der deutschen Handwerker dienen. Höchstwahrscheinlich werden hier nur Hauseigentümer genannt, die die Spitze des deutschen Bevölkerungsanteils in Bezug auf die Handwerker repräsentierten. Von 443.360 Einwohnern St. Petersburgs im Jahre 1845 gehörten 192.675 Personen zur städtischen Gesellschaft, und nur sie besaßen

---

<sup>1061</sup> Ivanova, Deutsche Handwerker, S. 275f.

<sup>1062</sup> Busch, Deutsche, S. 21.

<sup>1063</sup> Ivanova, Deutsche Handwerker, S. 275f.

<sup>1064</sup> Atlas i ukazatel' S.-Peterburga, St. Petersburg 1849, aus: Ivanova, Deutsche Handwerker, S. 285.

Immobilieigentumsrechte in der Stadt. Die übrigen 250.685 Einwohner waren Bauern, Soldaten und Gesinde. Insgesamt gab es 1845 in der Stadt 6.951 im Privatbesitz befindliche Immobilien im Wert von 79 Mill. Silberrubel. Davon gehörte fast die Hälfte der Immobilien der Anzahl (3.295) und dem Wert (39,8 Mill. Silberrubel) nach dem Adel und dem Beamtentum. An zweiter Stelle standen die Kaufleute und die Ehrenbürger. Die ersteren besaßen 1.642 Immobilien im Wert von 26,5 Mill. Silberrubel, zweitens 169 Häuser im Wert von 4,5 Millionen Silberrubel, wobei die Ehrenbürger fast ausschließlich Kaufleute erster Gilde waren. Ihnen folgten die Kleinbürger mit 623 Immobilien im Wert von 1,58 Millionen Silberrubel, sowie Handwerker mit 355 Immobilien im Wert von 2 Mill. Silberrubel<sup>1065</sup>.

Ein Blick auf das prozentuale Verhältnis der Immobilien der Handwerker zur Gesamtzahl (5,1%) bzw. ihrem Gesamtwert (2,53%) zeigt ihren geringen Anteil am Privateigentum der Hauptstadt, was den realen Verhältnissen deutlich widersprach<sup>1066</sup>. Die Diskrepanz zwischen obengenannten prozentualen Verhältnis und dem wirklichen Anteil der Handwerker an den städtischen Immobilien war auch Statistiker K. S. Veselovskij aufgefallen:

„Dies muß jedem St. Petersburger Bewohner widersprüchlich erscheinen, da jeder weiß, daß einige Handwerker, wie z. B. die Schneider und Schuhmacher, große Häuser bauen“<sup>1067</sup>.

Alle Handwerker, die ihr Gewerbe im größeren Umfang betrieben, sollten sich in die kaufmännische Gilde einschreiben und wurden von daher in den Statistiken unter den Kaufleuten aufgeführt. Insofern spiegeln die Zahlen die tatsächlichen Verhältnisse nur bedingt wider.

Aus dem Vergleich mit den Immobilienwerten der Jahre 1822 und 1833 ergibt sich, daß es 1822 463, 1833 431, darunter 352 männliche und 79 weibliche und im Jahr 1845 358, darunter 271 Personen männliche und 87 weibliche Hauseigentümer unter den Meistern gab<sup>1068</sup>. Die Anzahl der Hauseigentümer unter den Handwerkern nahm drastisch ab, zwischen 1822 und 1845 um 24%. Dieser Rückgang beschleunigte sich in der zweiten Hälfte dieser Periode drastisch: Von 1822 bis 1833 waren es noch sieben Prozent und von 1833 bis 1845 ganze 17% der Gesamtzahl der Hauseigentümer unter den Handwerkern.

---

<sup>1065</sup> K. S. Veselovskij, *Statističeskije issledovanija o nedvižimych imuščestvach v S. Peterburge*, in: *Otečestvennye zapiski* tom 57, Nr. 3-4, čast' 2: *Nauki i chudožestva*, S. 1-27, hier S. 5ff.

<sup>1066</sup> S. Tabelle 65 im Tabellenanhang.

<sup>1067</sup> Veselovskij, *Statističeskije*, S. 6.

<sup>1068</sup> S.: Zabolotskij-Desjatovskij, *Statističeskije svedenija o S. Peterburge*, Bd. 1-2. SPb. 1836, hier: Bd. 2, Tabelle Nr. 16.

Auch die mittleren Immobilienwerte sanken ab. Der mittlere Hauspreis betrug jeweils 16.243, 14.562 sowie 5.587 Rubel, so daß 1845 der Durchschnittspreis je Haus nur noch 34,4% vom Wert des Jahres 1822 betrug. Der Gesamtwert der Immobilien sank dementsprechend von rund 7,5 Mill. auf rund 5,5 Mill. und letztendlich auf 2 Mill. Rubel ab. Parallel zu dem allgemeinen Rückgang der Immobilienzahlen zeichnete sich eine Verlagerung der Immobilien, von der Stadtmitte, den Admiralitätsvierteln<sup>1069</sup>, stadtauswärts in die St. Petersburger-, Vyborger- und Vasilijinsel-Viertel ab. Eine Ausnahme wegen seiner besonderen Lage an der Nevadelta und an der Küste des Finnischen Meerbusens bildete unter ihnen das Vasilijinsel-Viertel, das zu der Stadtmitte angehörte, aber ein Industriegebiet im Osten und Norden besaß, das seinem Typus nach eher einem Stadtrandviertel zugeordnet war. In den Roždestvensker- und Litejner-Vierteln stiegen die Immobilienwerte leicht an<sup>1070</sup>.

Die Ursache für die abnehmende Anzahl der Immobilieninhaber unter den Meistern kann teilweise in der Polarisierung des Handwerks liegen. Die teuren Immobilien gehörten wohlhabenden und erfolgreichen Handwerkern, die mit der Zeit aus dem Handwerkerstand ausschieden und unter einer anderen Gruppe (Kaufleute) der städtischen Bevölkerung aufgeführt wurden.

In Berlin fand eine vergleichbare Entwicklung statt. Das Verhältnis Hauseigentümer unter den Meistern zu deren Gesamtzahl betrug 1799 etwa 1:5, in St. Petersburg im Jahr 1822 1:6,8. Der Anstieg von Meistern ohne Immobilienbesitz stieg in Berlin wie in St. Petersburg an<sup>1071</sup>. Infolge dieser Entwicklung wohnten immer mehr Meister zur Miete.

Die Absatzschwierigkeiten in den Jahren 1846/47 lassen sich an der Reduzierung der Ein- bzw. Ausfuhr der Industrie- und Landwirtschaftsgüter aufzeigen. Durch die fehlende Nachfrage wurden besonders die tuch- und metallverarbeitenden sowie die lederverarbeitenden Betriebe getroffen, wobei sich der Produktionsrückgang in einigen Branchen schon 1846 spürbar machte. Den größten Kapazitätsabbau verzeichnete die Textilindustrie: Die Baumwollherstellung sank auf 6,8%, die Tuchherstellung auf 16,3%, der Kattundruck auf 22,6%, die Seideherstellung auf 38,4% und die

---

<sup>1069</sup> Die 1.-4. Admiralitätsviertel wurden später umbenannt. Das 1. Admiralitätsviertel zwischen Neva- und Mojka-Fluß behielt seinen alten Namen. Das 2. Admiralitätsviertel zwischen Mojka und Katharinenkanal (auch Griboedovkanal genannt) hieß später nach der gleichnamigen Kazanerkathedrale Kazaner-Viertel. Das 3. Admiralitätsviertel zwischen Katharinenkanal und Fontanka-Fluß hieß später Spassker-Viertel und das 4. Admiralitätsviertel später Kolomner-Viertel.

<sup>1070</sup> S.: Zabolotskij-Desjatovskij, Statističeskie svedenija o S. Peterburge, Bd. 1-2. SPb. 1836, hier: Bd. 2, Tabelle Nr. 16.

<sup>1071</sup> Helga Schultz, Das ehrbare Handwerk: Zunftleben im alten Berlin zur Zeit des Absolutismus. Weimar 1993, S. 29.

Leinenherstellung auf 54,5%. Die Produktion der chemischen Industrie reduzierte sich auf 27,3%. Da aber die anderen Bereiche der Wirtschaft, insbesondere konsumorientierte nahrungsmittel- und bekleidungsherstellende Handwerksbereiche, nicht so stark von der Rezession betroffen waren, glich sich die wirtschaftliche Situation aus, so daß sich der gesamtwirtschaftliche Rückgang nur auf 3% belief. Die sinkende Nachfrage von 1846/47 zog einen Preisverfall nach sich<sup>1072</sup>. Im Handwerk führte die kurze Rezession zu einer sinkenden Zahl der zeitweiligen Zunftthandwerker. Die Zahl sank zwischen 1846 und 1847 von 29.606 auf 22.799, also um 23%, um 1848 wieder auf 30.297 zu steigen. Das Zunftthandwerk konnte sich also schnell erholen, sein numerischer Zuwachs blieb allerdings in den 1850er und 1860er Jahren im Vergleich mit den 1830/40er Jahren etwa auf gleichem Niveau.

Die nächste wirtschaftliche Aufschwungsphase erfolgte in den Jahren 1854-1857, die besonders intensiv in der nördlichen Wirtschaftsregion Rußlands verlief, dessen Zentrum St. Petersburg war. Der schnelle Warenabsatz und die wachsende Nachfrage förderten alle Wirtschaftszweige. Die regionalen und überregionalen Jahrmärkte verzeichneten höchste Handelsumsätze, so daß die Zeitgenossen diese Jahre als eine „goldene Zeit“ bezeichneten<sup>1073</sup>. Es war aber ein trügerischer Erfolg. Das starke Emittieren des Papiergeldes seit den 40er Jahren und besonders während des Krimkrieges hemmte die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung erst unmerklich, dann aber mit dem Einbruch einer allgemeinen schnellen Verteuerung aller Güter im Jahre 1856 deutlich, die sich schnell von St. Petersburg aus auf ganz Rußland ausstreckte. Die Regierung zog 60 Mill. Papierrubel aus dem Verkehr, was die Entwertung des Geldes nur langsam stoppen konnte. Ein Zeitgenosse bemerkte 1860, daß es der Mehrheit der gewerbetreibenden Bevölkerung an flüssigen Geldmitteln fehlte und die Waren nur schlechten Absatz fanden<sup>1074</sup>.

Bevor zur Lage des Zunftthandwerks während der Reformzeit und im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts übergegangen wird, sollen zwei Vergleichsjahre, 1848 und 1866, herangezogen werden, um die Entwicklungstendenzen besser zu verstehen. Beide Jahre sind durch Stagnation und Absatzschwierigkeiten gekennzeichnet. Es gibt keine große Schwankungen in der Entwicklungsdynamik, wie es z. B. im Vergleich mit dem Aufschwungsjahr 1874 der Fall ist. Die Handwerker deutscher Zünfte und die ständigen Zunftthandwerker sind hier nicht in Betracht gezogen, weil für das Jahr 1848 nur Daten über die zeitweiligen

---

<sup>1072</sup> Strumilin, Očerki, S. 472, 474.

<sup>1073</sup> V. Bezobrazov, O nekotorych javlenijach deneznogo obraščenia v Rossii v svjazi s promyšlennost'ju, torgovlej i kreditom, in: Russkij vestnik, tom 45, Nr. 5 1863, S. 377f., aus: Strumilin, Očerki, S. 479.

<sup>1074</sup> Babst, Mysli, S. 10f., 18f.

Handwerker bekannt sind. Es werden die wichtigsten bzw. mitgliederzahlreichsten Zünfte wie die der Schneider, Schuhmacher, Bäcker, Gold- und Silberschmiede und Schmiede und Schlosser verglichen.

Die Zunft der Bäcker wuchs am stärksten in absoluten und relativen Zahlen von 893 auf 1875 zeitweilige Handwerker oder um 210% an. Diese Wachstumsrate übertraf bei weitem die der Bevölkerung. Letztere betrug zwischen 1848 und 1866 mit 484.300 bzw. 567.900<sup>1075</sup> der Bevölkerung rund 118%. Mit dem Wachstum der Bäckereizahlen ging eine Reduzierung der Betriebsgrößen einher. Auf einen Meister kamen statt 4,5 Arbeitnehmer im Jahre 1848 nur noch zwei im Jahre 1866. Die Bäckereien verloren zunehmend die Merkmale eines Handwerksbetriebes, da sie fast keine Lehrlinge mehr hatten: ihre Anzahl verminderte sich von 244 auf 30. Die Zahl der Meister hingegen wuchs von 162 auf 617, die der Gesellen von 487 auf 1.228<sup>1076</sup>. Für die rasche Progression der Meisterzahl seien zwei Gründe genannt. Erstens wurde das inoffizielle Monopol der Bäckerzunft in den 1840er Jahren aufgehoben, zweitens gab es in diesem Zusammenhang viele Gesellen, die eigene Bäckereien aufmachten. Es ist zu vermuten, daß dies keine traditionellen Bäckereien waren. Sie wurden in kleinen Stuben oder angemieteten Wohnungen eingerichtet. Der Lebensstandard zwischen Gesellen und Meistern unterschied sich hier kaum noch.

Eine Zunft, die ebenfalls eine hohe Zuwachsrate von 205,3% aufwies, war die Schuhmacherzunft, in der die mittlere Betriebsgröße von 4,4 auf 5 Beschäftigte pro zeitweiligem Meister anstieg<sup>1077</sup>. Bezeichnend ist, daß sich diese Zunft im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts infolge der industriellen Entwicklung und der Entfaltung des zunftfreien Handwerks beinahe auflöste und die Schneiderzunft, die mit den gleichen Problemen zu kämpfen hatte, sich in der gleichen Periode

---

<sup>1075</sup> Hier werden die Bevölkerungszahlen vom 'Ėnciklopedičeskij slovar' (tom 28, St. Petersburg 1900, S. 312f.) entnommen, weil sie nicht in den moderneren Statistiken zu finden sind. Die eventuelle Diskrepanz, die zwischen den Daten beider Quellen festzustellen ist, ist für die Gesamtergebnisse dieser Vergleiche unerheblich.

<sup>1076</sup> Vgl. GIALO, f. 223, sv. 42, Nr. 778, l. 356 f, 12 f., 22 f., in: Očerki istorii Leningrada, tom 2, l. 147-149; Otčet S.-Peterburgskoj remeslennoj upravly za 1866 god. SPb. 1867, S. 10 f.

<sup>1077</sup> Die Schuhmacherzunft hatte im Jahre 1848 411 Meister, 718 Gesellen und 934 Lehrlinge oder 2063 Handwerker insgesamt. Die mittlere Betriebsgröße betrug 1:4; Die Damenschuhmacherzunft hatte im gleichen Jahr 106 Meister, 375 Gesellen und 266 Lehrlinge oder 747 Handwerker insgesamt. Die mittlere Betriebsgröße betrug 1:6. Insgesamt machte es 517 Meister, 1093 Gesellen und 1200 Lehrlinge oder 2810 Handwerker aus. Die mittlere Betriebsgröße für beide Zünfte betrug 1:4,4. Im Jahre 1866 lag das Verhältnis mit 703 Meistern, 2016 Gesellen und 1517 Lehrlingen oder 4236 Handwerkern insgesamt viel höher. Die mittlere Betriebsgröße betrug 1:5.



sprunghaft vergrößerte. Die Schneiderzunft war, wie gesagt, im Unterschied zu den zeitweiligen Schuhmachern im Minus. Ihre Zahl verringerte sich zwischen 1848 und 1866 um 25,3%<sup>1078</sup>.

Die Luxusgüterproduzierende Zunft der Gold- und Silberschmiede wuchs mit 151% ebenfalls schneller als die Bevölkerung an. Dieser Wachstumsprozeß wurde ebenfalls von einer Verminderung der Betriebsgröße begleitet. Es kamen in dieser Zunft auf einen zeitweiligen Meister im Jahre 1848 9,6 und im Jahre 1866 3,7 Arbeitnehmer<sup>1079</sup>. Wie später gezeigt werden wird, stieg die Betriebsgröße in dieser Zunft im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts wieder auf durchschnittlich 6,1 Arbeitnehmer pro Betrieb.

Die Schreinerzunft verlor beinahe 20% der zeitweiligen Handwerker, wobei die mittlere Betriebsgröße konstant bei 7,7 Arbeitnehmern blieb<sup>1080</sup>. Die Schlosser- und Schmiedezunft verlor ebenfalls etwa 18%, wobei die mittlere Betriebsgröße mit einem leichten Rückgang bei 6 bzw. 5,6 etwa konstant blieb<sup>1081</sup>.

Die Gesamtzahl der zeitweiligen Handwerker ging also in den Jahren 1848 und 1866 von 30.297 auf 25.556 oder auf 84,4% zurück, wobei die Verminderung der Gesamtzahl hauptsächlich auf Kosten der Lehrlinge ging. Die mittlere Betriebsgröße reduzierte sich leicht von 4,2 auf 3,8 Arbeitnehmer pro einen zeitweiligen Meister<sup>1082</sup>.

Das Ergebnis dieser Entwicklung war, daß die Betriebsgröße mit einigen Ausnahmen wie etwa der Silber- und Goldschmiedezunft, wo sie sich beinahe ums dreifache verringerte, gleich blieb. Aufgrund der starken Verringerung der mittleren Betriebsgröße bei den zeitweiligen Handwerkern in einigen Zünften blieb das Gesamtergebnis im Jahre 1866 etwas zurück. Das besagt, daß

<sup>1078</sup> Die Schneiderzunft hatte im Jahre 1848 624 Meister, 1292 Gesellen und 2142 Lehrlinge oder 4058 Handwerker insgesamt. Im Jahre 1866 waren es jeweils 572, 1112 und 1348 oder 3032 Handwerker insgesamt.

<sup>1079</sup> Die Gold- und Silberschmiedezunft hatte im Jahre 1848 jeweils 75, 352 und 368 oder 795 Handwerker insgesamt. Im Jahre 1866 waren es jeweils 254, 630 und 317 oder 1201 Handwerker insgesamt.

<sup>1080</sup> Im Jahre 1848 waren in der Schreinerzunft 530 Meister, 2303 Gesellen und 1779 Lehrlinge oder 4612 Handwerker insgesamt. 1866 blieben davon jeweils 430, 2128 und 1175 oder 3733 Handwerker insgesamt.

<sup>1081</sup> Die Schlosserzunft hatte im Jahre 1848 61 Meister, 108 Gesellen und 259 Lehrlinge oder 428 Handwerker insgesamt. Die Schmiedezunft hatte im gleichen Jahr jeweils 191, 719 und 439 oder 1349 Handwerker insgesamt. Die beiden Zünfte hatten jeweils 252, 827 und 698 oder 1777 Handwerker insgesamt. 1866 waren es in vereinigter Schlosser- und Schmiedezunft jeweils 223, 848 und 391 oder 1462 Handwerker insgesamt.

<sup>1082</sup> Die Anzahl der zeitweiligen Handwerker betrug 1848 jeweils 5818, 13713 und 10766 oder 30297 zeitweiligen Handwerker insgesamt. 1866 lag das Verhältnis jeweils bei 5297, 12639 und 7630 oder 25566 zeitweiligen Handwerker insgesamt.

Zeitperioden mäßiger Konjunktur, wie es die 1850er und 1860er Jahren mit Ausnahme der Zeit um das Jahr 1856 waren, noch nicht die Gesamtstruktur bzw. Betriebsstruktur des Handwerksbetriebes zu verändern vermochten, obwohl einige Erscheinungen wie die allgemeine Verringerung der Lehrlingsanzahl ein Zeichen dafür waren.

Im Allgemeinen lassen sich bedeutende Verschiebungen in den textil- und metallverarbeitenden Branchen feststellen. Während in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Textilindustrie St. Petersburgs dominierte, änderte sich dieses Verhältnis in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts zugunsten der metallverarbeitenden Industrie. Wie haben sich diese Gewichtsverschiebungen in der Großindustrie auf das Handwerk ausgewirkt? Die textilverarbeitenden Werkstätten lösten sich durch die großindustrielle Herstellungsweise in der ersten Hälfte des Jahrhunderts beinahe sämtlich auf oder stießen an ihre Existenzgrenzen. Die wenigen verbliebenen Textilwerkstätten entwickelten sich zu Fabriken. Für die metallverarbeitenden Handwerke dagegen waren die Folgen der Expansion der großen Metallwerke in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht so verheerend, wobei ihre Entwicklung zwei Hauptmerkmale hatte. Erstens fanden einige metallverarbeitende Handwerke eigene Produktionsnischen, indem sie sich weiter auf ein Produkt spezialisierten und zweitens wurden sie in zunehmendem Maße zu Lieferanten der Großbetriebe.

Die nächsten zwei konjunkturellen Aufschwünge vor der großen Rezession in den ersten Hälfte der 80er Jahre fanden zwischen 1873-1875 und 1877-1879 statt, die von einer relativen Rezession mit Preisverfall unterbrochen wurden. Das minimale Produktionsniveau fiel auf die Jahre 1873 und 1876<sup>1083</sup>. Ein Zeitgenosse berichtete über einen rasanten wirtschaftlichen Aufschwung:

„Es entwickelten sich fieberhaft nicht nur die Fabriken und Werke sondern auch das kleine und mittlere Gewerbe und das Landhandwerk. Die Nachfrage nach allen Waren überstieg das Angebot. Es herrschte Mangel an Arbeitskräften“<sup>1084</sup>.

Eine schwere und andauernde Wirtschaftskrise ereignete sich parallel zur Wirtschaftskrise in Gesamteuropa in der ersten Hälfte der 1880er Jahre. Die großen metallverarbeitenden und die Betriebe in der Maschinenbauindustrie entließen 1881 massenhaft Arbeiter. Im Berd-Werk verblieben im Jahre 1882 von 3.000-4.000 Beschäftigten nur noch 1.000 Arbeiter; im Alexandrinischen

---

<sup>1083</sup> Strumilin, Očerki, S. 491, 493.

<sup>1084</sup> Kipeli ne tol'ko bol'sie fabričnye i zavodskie zavedenija, no i vsë melkoe i kustarnoe proizvodstvo, ne uspevaja rabotat' sorazmerno s podnjavšimsja sprosom na vse tovary. Ne dostavalo rabočich ruk na vsjakie dela, in: M. Balabanov, M., Očerki istorii rabočego klassa v Rossii, č. 2: kapitalističeskaja Rossija, Moskau 1925, S. 13.

Gießwerk blieben von 800 Arbeitern 350 übrig; das Sampsonievsker Werk verminderte die Beschäftigtenanzahl von 1200-1500 auf 450; das Nobel-Werk reduzierte die Belegschaft auf die Hälfte von 900-1200 auf 600 Arbeiter<sup>1085</sup>. Während der Rezession verminderte sich die Gesamtzahl der Arbeiter in den St. Petersburger Fabriken zwischen 1880 und 1882 von 78.194 auf 72.754 Arbeiter<sup>1086</sup>.

Im Handwerk fand der Konjunktureinbruch mit spürbarer Verspätung in den Jahren 1886-1888 statt, als die Großindustrie gerade wieder in Schwung kam: zwischen 1885 und 1890 wuchs die Industrieproduktion in Rußland jährlich um 5,8%, zwischen 1890 und 1895 um 7,6% und bis 1900 um ganze 9,2%<sup>1087</sup>. Es läßt sich ein Zusammenhang zwischen der Entwicklungsdynamik in der Großindustrie und im Handwerk feststellen: während des Aufschwunges 1873-1874 expandierten beide Industriesektoren in gleichem Maße, zwischen 1880 und 1890 änderte sich das Verhältnis zugunsten der Großindustrie. Während die Großbetriebe in der metallverarbeitenden und Textilindustrie in St. Petersburg in der ersten Hälfte der 80er Jahre massenhafte Entlassungen vornahmen bzw. ihre Betriebskapazitäten rasch abbauten, verkraftete das Handwerk diese Zeitperiode ohne große Einbrüche. Die Anzahl der Zunfthandwerker nahm nur leicht von 48.167 im Jahre 1881 auf 46.936 im Jahre 1884 ab und konnte dann bis 1886 noch auf 50.015 steigen. Als die Großindustrie sich erholte und wieder expandierte, 1887 fand eine starke Verminderung der Anzahl von Zunfthandwerkern in St. Petersburg auf Kosten von Gesellen und Lehrlingen auf 40.591 statt, die Anzahl der Zunftmeister und -meisterinnen stieg jedoch zwischen 1886 und 1887 von 9.020 auf 9.187. Offensichtlich versuchten viele entlassene Gesellen sich selbständig zu machen, wodurch sich die Konkurrenz nochmals verstärkte und gleichzeitig die mittlere Betriebsgröße bei den zünftigen Handwerkern sank<sup>1088</sup>.

In den darauffolgenden Jahren während des ersten großen industriellen Aufschwungs zwischen 1880 und 1890 erhöhte sich die Wachstumsrate des Gewerbezeugniswertes für die Handwerksbetriebe von 110,6% im Jahre 1885 auf 114% im Jahre 1891, ein Hinweis darauf, daß die mittlere Betriebsgröße leicht anstieg.

Die Auswirkungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung fielen in verschiedenen Handwerksbranchen unterschiedlich aus. Bevor zur Analyse der Statistiken der Zunfthandwerker übergegangen wird, ist es nötig, einige methodologische Bemerkungen zu machen. Anhand der Durchschnittszahlen läßt

---

<sup>1085</sup> Strumilin, Očerki, S. 498.

<sup>1086</sup> Balabanov, Očerki, S. 262.

<sup>1087</sup> Haumann, Kapitalismus, S. 23.

<sup>1088</sup> Vgl. Tabelle 19 im Tabellenanhang.

sich nur annähernd die Lage des St. Petersburger Zunfthandwerks von 1866 bis 1891 bewerten, da zwei gleichen Zahlen in einer Statistik unterschiedliche Werte aufweisen können. Einerseits kann eine Zahl Ausdruck eines Gleichgewichts sein, andererseits kann sie auf eine starke Differenzierung im Handwerk hinweisen, so z. B. im Fall der Anzahl von Lehrlingen und Gesellen bzw. von Lehmädchen und Facharbeiterinnen pro Meister. Deswegen sind die Statistiken mit den durchschnittlichen Zahlen bezüglich der Zunfthandwerker mit großer Vorsicht zu behandeln.

Im Allgemeinen nahm die Anzahl der Gesellen und Lehrlinge im Verhältnis zu einem zeitweiligen Meister von 1866 bis 1881 von 2,39 auf 3,42 bzw. von 1,44 auf 2,05 kontinuierlich zu. Mit dem Beginn der Rezession von 1881 bis 1887 sanken die Zahlen bei den Gesellen von 3,42 auf 2,42 und bei den Lehrlingen von 2,05 auf 1,25. Zwischen 1887 und 1891 stieg die Anzahl der Gesellen von 2,42 auf 2,72 und die der Lehrlinge von 1,25 auf 1,48. 1887 kamen auf einen zeitweiligen Meister 3,67 und 1891 4,2 Arbeitnehmer. Trotzdem konnten die höchsten Werte von 1881 mit 5,47 Arbeitnehmern nicht erreicht werden und bewegten sich auf dem Niveau von 1846, als die Anzahl der Gesellen und Lehrlinge in einer Werkstatt eines zeitweiligen Meisters 2,41 bzw. 1,85 oder insgesamt 4,26 Arbeitnehmer betrug<sup>1089</sup>. In absoluten Zahlen nahmen die zeitweiligen Handwerker beträchtlich zu, so daß die Anzahl zeitweiliger Meister und Gesellen von 5.620 und 13.576 im Jahre 1846 bis 8.005 und 21.758 im Jahre 1891 anstieg. Die Anzahl der Lehrlinge wuchs zwar bis 1881 auf 15.308 an, sank dann aber auf 11.804 im Jahre 1891, so daß beinahe das Niveau von 1846 mit 10.413 Lehrlingen erreicht wurde. In den 1890er Jahren stagnierten die Zahlen und gingen in der zweiten Hälfte der 1890er Jahre langsam nach oben. Im Zusammenhang mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung in den Jahren 1900 bis 1910 konnte die absolute Anzahl der Lehrlinge auf 13.655 im Jahre 1900 erhöht werden, was auf ein allgemeines Wachstum der Werkstätteanzahl in St. Petersburg zurückgeführt werden kann. Die Anzahl der Lehrlinge stagnierte dann über einige Jahre. Sie betrug im Jahre 1910 13.523<sup>1090</sup>.

Angesichts weniger Entlassungen bei den ständigen Zunfthandwerkern läßt sich vermuten, daß sie die Zeit der wirtschaftlichen Turbulenzen besser überstehen konnten. Als erstes läßt sich anmerken, daß sie mit wenigen Ausnahmen keine Lehrlinge hatten, wodurch sich ein tiefer Wandel im Handwerk bemerkbar machte, da sie der im Handwerksstatut festgeschriebenen Aufgabe der

---

<sup>1089</sup> S. Tabelle 19 im Tabellenanhang und vgl. Očerki istorii Leningrada, tom 2, l. 147-149, aus: GIALO, f. 223, sv. 42, Nr. 778, l. 356 f, 12 f., 22 f.

<sup>1090</sup> Vgl. Tabelle 28.

Ausbildung des Nachwuchses nicht mehr nachkamen. Die Werkstätten ständiger Meister waren im Durchschnitt kleiner als die der zeitweiligen und überstanden daher Konjunktureinbrüche besser als die zeitweiligen Zunftmeister.

Die Durchschnittszahl der Gesellen stieg pro ständigem Meister von 2,3 im Jahre 1866 auf 3,58 im Jahre 1884 an, dann aber ging sie 1891 auf 3,21 zurück. In absoluten Zahlen nahmen die ständigen Meister von 1.084 im Jahre 1866 auf 1.665 im Jahre 1891 um 58% zu.

Im Einzelnen hatte die Expansion der Großindustrie in St. Petersburg auf das Handwerk folgende Auswirkungen. Am stärksten wurden die Handwerksarten beeinträchtigt, deren Produkte in den Fabriken teilweise oder komplett maschinell hergestellt wurden. Zu den Verlierern gehörten die Zünfte der Schuhmacher, Schreiner, Zimmerer und Maler<sup>1091</sup>.

Die Schuhmacherzunft, die drei Handwerksarten vereinigte, war am stärksten davon betroffen<sup>1092</sup>. Sie konnte sich in der zweiten Hälfte der 1860er und in den 1870er Jahren mit etwa 4.500 Handwerkern noch gut behaupten und vergrößerte sich in den Jahren zwischen 1874 und 1880 von 4.674 auf 5.415 Zunftmitglieder. Seit dem Anfang der 1880er Jahre zeichnete sich dann ein allgemeiner Rückgang der Beschäftigtenzahl in dieser Zunft ab. Zwischen 1880 und 1886 nahm die Anzahl der Handwerker mit insgesamt 17% kontinuierlich ab, so daß von 5.415 Handwerkern noch 4.501 vorhanden waren. Ein Jahr darauf, 1887, waren nur noch 1.685 Mitglieder, also 37% des Vorjahresstandes in der Zunft. In der Folge gab es einen unbedeutenden Zuwachs auf 2.114 Handwerker, die 45,2% vom Bestand des Jahres 1874 ausmachten. Das war weniger als in den 1840er Jahren, als die Schuh- und Damenschuhmacherzünfte 2.598 Handwerker insgesamt hatten<sup>1093</sup>. Der starke Rückgang der Handwerker in der Schuhmacherzunft deutet daraufhin, daß sie sich in einer tiefen Krise befand: die mittlere Betriebsgröße sank bei den Schuhmachern kontinuierlich<sup>1094</sup>. Viele Handwerker versuchten sich um jeden Preis selbständig zu machen und wurden von den großen Läden oder anderen Meistern mit Arbeit versorgt. Im Schuhmacherhandwerk schritt der Verlag d.h. Zwischenhandel im Handwerk besonders schnell voran. Die

---

<sup>1091</sup> Vgl. Tabellen 13-15 im Tabellenanhang.

<sup>1092</sup> Vgl. Tabellen 9 und 13 im Tabellenanhang. Die Schuhmacherzunft vereinigte drei Handwerke wie Schuhmacher, Damenschuhmacher und Lederer.

<sup>1093</sup> Vgl. Očerki istorii Leningrada, Bd. 1, S. 36 f., aus: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 180 (1844): O čisle nachodjaščichsja v S. Peterburge rabotnikov i učeníkov každygo ceha porozn', kak krepostnogo, tak i svobodnogo sostojanija, l. 6-11.

<sup>1094</sup> S. Tabelle 66 im Tabellenanhang.

maschinelle Herstellung der Schuhe entließ viele Schuhmacher in die Arbeitslosigkeit. So gründete z. B. der Unternehmer Eugen von Heiler in den 70er Jahren im Kreis Krasnoe Selo eine mechanische Schuhfabrik. Mit Hilfe von Harald Thornton organisierte er die „Russisch-Amerikanische Gesellschaft“ für die mechanische Herstellung von Schuhwerk<sup>1095</sup>.

In Anbetracht dieser Turbulenzen vollzog sich innerhalb des Schuhmacherhandwerks ein struktureller Wandel, wobei hier zwei entgegengesetzte Entwicklungstendenzen festzuhalten sind. Die eine Tendenz äußerte sich im Wachstum mittlerer Betriebsgröße bei den ständigen Meistern, indem sich ihre Anzahl verringerte und die der Gesellen anstieg. Demzufolge verminderte sich die Anzahl der ständigen Meister von 170 im Jahre 1866 auf 114 im Jahre 1868, kletterte dann auf 135 im Jahre 1876, sank 1880 wieder kräftig auf 73 ab, stieg danach etwas an und konnte sich 1891 mit 108 Meistern stabilisieren<sup>1096</sup>. Die Anzahl der Gesellen stieg dagegen von 255 im Jahre 1866 auf 351 im Jahre 1891 an. Dementsprechend verdreifachte sich die mittlere Betriebsgröße von 1,10 Gesellen im Jahre 1866 auf 3,13 Gesellen im Jahre 1891. Allerdings blieb diese Tendenz in Anbetracht der geringen Anzahl der ständigen Meister nicht von ausschlaggebender Bedeutung.

Bei den zeitweiligen Meistern der Schuhmacherzunft wie auch bei der Mehrheit der nichtzünftigen Schuhmacher ging die Entwicklung in eine andere Richtung. Ihre Anzahl nahm zwar nicht so stark ab und blieb eher konstant, die Betriebsgröße verringerte sich aber auf dramatische Weise. Die Anzahl der zeitweiligen Meister war in den Jahren 1866 und 1891 mit 703 bzw. 716 fast gleich, wobei sie sich in den schlechten Konjunkturjahren 1867/68 auf 684 bzw. 623 reduzierte und während der Jahre 1874 und 1879 aufgrund hoher Konjunktur auf 845 bzw. 847 anstieg.

In Anbetracht des starken Bevölkerungswachstums von St. Petersburg in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und der stagnierenden Anzahl der Meister, die gerade für die wachsende Bevölkerung Konsumgüter herstellen sollten, ist festzustellen, daß gerade die Schuhmacher um ihre Existenz kämpfen mußten. Nach der ersten Krise in den Jahren 1880/81, als sich der Bestand der Gesellen und Lehrlinge von 2.339 auf 1.871 bzw. von 1.935 auf 1.363 im Jahre 1882 verminderte, folgte eine zweite Krise im Jahre 1886/87 als ihre Anzahl nochmals von 1.924 auf 306 bzw. von 1.373 auf 156 zurückging. Entsprechend diesem starken Rückgang der Arbeitnehmerzahl verminderte sich die Betriebsgröße von

---

<sup>1095</sup> Erik Amburger, Ingermanland: Eine junge Provinz Rußlands im Wirkungsbereich der Residenz und Weltstadt St. Petersburg-Leningrad. 1 Tl. Köln/Wien 1980, S. 396.

<sup>1096</sup> In den detaillierten Aufzählungen über die ständigen und zeitweiligen Handwerker werden die Angaben über die weiblichen Personen ausgelassen, weil in diesem Handwerk die Frauen nicht beschäftigt wurden. In den Spalten unter den Personen weiblichen Geschlechts sind die Familienmitglieder aufgeführt, die nicht in Betracht gezogen werden.

5,92 Arbeitnehmer im Jahre 1868 auf 0,58 Arbeitnehmer im Jahre 1887. In den folgend zeigte sich, daß das Schuhmacherhandwerk der Konkurrenz der Großindustrie sowie des Hausgewerbes der bauerlichen Handwerker nicht mehr gewachsen war. In den Jahren von 1887 bis 1891 wies das Schuhmacherhandwerk mit 0,67 bzw. 1,18 Arbeitnehmern pro eine Werkstatt die tiefsten durchschnittlichen Werte in seiner Geschichte überhaupt auf. In den Jahren 1790, 1825 und 1844 waren es noch 2,2, 3,15 und 2,41 Arbeitnehmer pro Werkstatt<sup>1097</sup>.

Ein ähnliches Schicksal erlitt die Schreinerzunft, die ebenfalls von der industriellen Expansion betroffen bzw. durch die Konkurrenz des bauerlichen Hausgewerbe und der Ochtersker Handwerker bedroht war. Der Gesamtbestand der Schreinerzunft schrumpfte von 4155 Handwerker im Jahre 1866 auf 1655 oder auf 39,8% im Jahre 1891 zusammen<sup>1098</sup>, wobei diese Zunft 1848 noch ganze 4.612 zeitweilige Handwerker und durchschnittlich 7,7 Arbeitnehmer pro Werkstatt eines zeitweiligen Handwerkers aufweisen konnte<sup>1099</sup>. Die stärksten Einbrüche erfolgten in den Jahren 1866 bis 1873 und 1886 bis 1891. Auch hier ist es sinnvoll die Entwicklungstendenzen der Werkstätten der ständigen bzw. zeitweiligen Meistern getrennt aufzuzeigen. Die Werkstätten der ersteren ihrer Größe nach blieben mit 4,03, 4,27 und 4,23 in den Jahren 1866, 1884 und 1891 etwa gleich groß, die Werkstätten der zeitweiligen Handwerker beschäftigten hingegen immer weniger Arbeitnehmer. 1866 waren in den letztgenannten Betriebsdurchschnittlich 7,51 Arbeitnehmer beschäftigt und 1891 blieben davon nur noch 1,18. Es lassen sich ebenfalls zwei Einbruchsphasen in der Konjunktur feststellen. Während der ersten Phase seit dem Ende der 60er Jahre bis 1873 halbierte sich die Betriebsgröße auf 3,42 Arbeitnehmer. Zwischen 1874 und 1886, als in St. Petersburg sehr viel gebaut wurde, konnten sich die Handwerker ungeachtet zeitweise auftretender allgemeiner Krisenerscheinungen noch behaupten. Von 1886 bis 1887 erfolgten dann massenhafte Entlassungen, um Pleiten zu vermeiden, obwohl die Anzahl zeitweiliger Meister weiter von 770 auf 784 anwuchs. Von 3.235 Gesellen und 1.436 Lehrlingen blieben nur noch 443 bzw. 75 übrig. Von 6.027 Handwerkern im Jahre 1886 blieben nur noch 1883

---

<sup>1097</sup> Vgl. Georgi, Opisanie, T. 1, S. 236-253; RGIA, f. 18, op. 2, d. 435, l. 1 ff.: Das Verzeichnis der Moskauer Handwerksverwaltung; Očerki istorii Leningrada, Bd. 1, S. 36 f., aus: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 180 (1844): O čisle nachodjaščichsja v S. Peterburge rabotnikov i učenikov každygo cecha porozn', kak krepostnogo, tak i svobodnogo sostojanija, l. 6-11.

<sup>1098</sup> Vgl. Tabelle 9 und 14. Die Schreinerzunft vereinigte Möbelmeister, Schreiner, Holzschnitzer, Holzvergolder, Sargmacher, Korbflechter, Böttcher, Reifenmacher, Korkmacher, Drechsler (*tokarno-derevjannoe remeslo*), Dreher (*tokarno-metalličeskoe*), Dreher (*tokarnoe remeslo*), Schleifer (*točil'sčik*), Bürstenbinder, Pinselmacher, Spielzeugmacher, Schirmmacher, Kammacher, Wasserrohrbohrer und Blasinstrumentenbauer.

<sup>1099</sup> S. GIALO, f. 223, sv. 42, Nr. 778, l. 356 f, 12 f., 22 f., in: Očerki istorii Leningrada, tom 2, l. 147-149.

übrig, 1891 sank die Anzahl noch einmal auf 1.655. Während des wirtschaftlichen Aufschwunges Anfang 70er Jahre konnte die Schreinerzunft in nur einem Jahr (1873-1874) die Handwerkeranzahl von 3.022 auf 6.397 mehr als verdoppeln, zwölf Jahre lang sie etwa aufrechterhalten bis obengenannte Entwicklung eintrat.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß sich ein Teil der Gesellen selbständig machte, was aber eher einen verzweifelten Versuch in einer festgefahrenen Situation darstellte. Diese Strategie, von der die zeitweiligen Meister gezwungenermaßen Gebrauch machten, konnte nicht auf Dauer „erfolgreich“ bleiben, so daß die Anzahl der Meister von 784 im Jahre 1887 auf 491 im Jahre 1891 zurückging, indem die Anzahl der Arbeitnehmer fast gleich blieb, wodurch die mittlere Betriebsgröße um 1,18 etwas zunahm.

Die Malerzunft konnte sich zwischen 1874 und 1887 mit 4.077 bzw. 4.172 Handwerkern gut behaupten. Der Konjunktureinbruch traf sie ein Jahr später als die Schreinerzunft. Von 1887 bis 1888 verminderte sich die Anzahl der Zunftmitglieder auf ein Drittel des Vorjahresbestandes, das heißt von 4.172 auf 1.388 Handwerker, wobei auch hier massenhaft Entlassungen von Gesellen und Lehrlingen stattfanden<sup>1100</sup>. Der Niedergang der Malerzunft vollzog sich ununterbrochen, so daß sie 1891 1.162 Mitglieder zählte, was zum Stand von 1887 nur noch 28% ausmachte.

Von 1887 bis 1888 reduzierte sich die Anzahl der Beschäftigten von 2.138 auf 311 Gesellen und von 977 auf 73 Lehrlinge. Die Anzahl der Gesellen sank bis zum Jahr 1891 auf 210 und das Institut der Lehrlinge löste sich mit gerade zehn Zöglingen beinahe auf. Mit 1.162 Handwerkern und Handwerkerinnen hatte die Zunft 1891 nur noch 28,5% des Standes von 1874. Die mittlere Betriebsgröße betrug bei den ständigen Meistern 1874 und 1891 jeweils 2,3 bzw. 2,51 mit dem höchsten Wert von 4,35 Arbeitnehmern im Jahre 1875 und bei den zeitweiligen Meistern 4,21 bzw. 0,41 mit dem höchsten Wert von 5,02 Arbeitnehmern ebenfalls im Jahre 1875.

Resümierend läßt sich sagen, daß die schwersten Jahre für die Schuhmacher-, Schreiner- und Malerzünfte die Jahre 1886/88 waren, als jeweils 14%, 11,1% und 12,3% vom Vorjahresbestand an Gesellen und Lehrlingen übrig blieben. Dies betraf mit wenigen Ausnahmen die zeitweiligen Meister. Es läßt sich feststellen, daß die Betriebsgröße bei den ständigen Meistern, die sich aus dem Verhältnis der Gesellen und Lehrlinge zu einem Meister errechnen läßt, kräftig wie bei den Schuhmachern oder gering wie bei den Schreibern und Malern anstieg und bei

---

<sup>1100</sup> Vgl. Tabelle 9 und 15. Malerzunft vereinigte Ikonenmaler, Maler, Färber, Blumenmacherinnen, Baumwolldrucker, Fleckenreiniger (*pjatno-vyvodnoe remeslo*), Spalierweber, Wachstuchmacher, Wagenmaler, Glaser, Siegellackmacher, Lackierer und oder 16 Gewerbearten, von denen vier wie Kunstmaler, Wäscher und Wäscherinnen, Bodenbohrer und Gärtner nichthandwerklicher Natur waren.



den zeitweiligen Meistern sich generell verringerte. Dagegen entwickelten sich die Meisterzahlen recht unterschiedlich. Die Anzahl der ständigen Meister bei den Schuhmachern verringerte sich von 136 auf 112 oder 82% beträchtlich, die der Schreiner dagegen wuchs um 70% von 82 auf 139 und die der Maler unwesentlich um 15% von 99 auf 114 an. Die Anzahl der zeitweiligen Meister verringerte sich bei den Schuhmachern von 845 auf 716, bei den Malern von 720 auf 542. Die Schreiner konnten einen Zuwachs von 440 auf 491 verzeichnen. Der Stand von 1866 wurde aber nicht erreicht. Trotzdem läßt sich in Bezug auf die Rekordzahl von 833 im Jahre 1874 sagen, daß die Schreinerzunft eine große Zahl von Mitgliedern verloren hatte.

Die Schuhmacher- und Schreiner/Zimmererzünfte hatten insbesondere mit der starken Zunahme der industriellen Produktion im Holz- und Lederverarbeitenden Gewerbe Schwierigkeiten, die den Absatz der eigenen Produkte erschwerte.

Die überwiegende Mehrheit der Zunfthandwerker konnte aber von den aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen der St. Petersburger Industrie profitieren und zog in der Industrialisierung kräftig mit. Zu den großen Gewinnern der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts können sowohl metallverarbeitende als auch kleidungs- und nahrungsmittelherstellende Handwerksarten gezählt werden. Es waren die Zünfte der Silberschmiede/Posamentierer, Schlosser/Schmiede, Tapezierer/Haarverarbeiter, Schneider und Konditoren/Bäcker. Das Wachstum der ersten drei Zünfte war dem allgemeinen Aufschwung in der metallverarbeitenden Industrie und im Transportwesen zu verdanken. Davon konnte auch das Handwerk dank steigender Nachfrage profitieren, wobei sie im Unterschied zu den obengenannten großen Metallwerken, die Krise in den 80er Jahren erstaunlicherweise gut verkrafteten. Den beiden letztgenannten Zünften wiederum kam das Bevölkerungswachstum zu gute. Das waren vor allem die metallverarbeitenden Zunfthandwerke, die in den Silberschmiede/Posamentierer- und Schlosser/Schmiedezünften vereinigt waren<sup>1101</sup>.

Die Silberschmiedezunft<sup>1102</sup> wies die höchsten Wachstumsraten überhaupt auf. Sie vereinigte 26 Handwerksarten und vergrößerte sich von 1.337 im Jahre 1866 auf 9.208 Handwerker im Jahre 1891 oder um 688,7%. Besonders groß war der Zuwachs in den Jahren von 1874 bis 1881, als die Anzahl der Zunftmitglieder jeweils von 1.720 auf 8.021 oder von 100% auf 466% anstieg, wobei das entscheidende Jahr für die Zunft 1874/75 war, als sich die Handwerkeranzahl von

---

<sup>1101</sup> Vgl. Tabellen 11 und 16.

<sup>1102</sup> Vgl. Tabelle 11. In der Zunft waren Handwerker wie Silberschmiede, Goldschmiede und Juweliere, Goldschläger, Posamentierer, Tressenwirker, Weber, Epaulettmacher, Goldbortenmacher, Klavierbauer, Kupferröhre- und Orgelbauer, Optiker, Mechaniker, Uhrmacher, Stecher, Bildhauer, Stuckarbeiter, Wasserreinigungsmaschinenbauer, Schleifer (*šlifovščik*), Bronzegießer, Stecknadler, Drahtzieher, Zinngießer, Silberverzierungsherstellung für Ikonen, Kupferkessler, Dachdecker und Wasserklosettmeister, also 26 Handwerksarten insgesamt vertreten.

1.720 auf 4.841 vermehrte. Das rasche Wachstum zwischen 1874 und 1875 könnte teilweise auf die Reorganisation der Zunft im Jahre 1874 zurückgeführt werden, als mit der Silberschmiedezunft sowohl die Diamantenschleifer- und Posamentiererzünfte als auch andere Handwerksarten vereinigt wurden. Wenn aber die Meisterwachstumsraten verglichen werden, so ist festzustellen, daß ihre Anzahl kaum außergewöhnlich angestiegen war und der früheren mittleren Wachstumsdynamik der Silberschmiedezunft entsprach. Ungeachtet der verhältnismäßig guten Konjunktur wurde der Zunfthälteste der Silberschmiede- und Posamentiererzunft Sokolov 1877 von seinem Amt seitens der Handwerksverwaltung enthoben, weil er Konkurs angemeldet hatte. Er konnte nämlich die Rechnungen seiner Kreditgeber nicht begleichen<sup>1103</sup>. Diese Tatsache weist darauf hin, daß in einigen Handwerksarten wenigstens unter den wohlhabenden Meistern das Kreditwesen schon weit verbreitet war. Die 1880er Krisenjahre bewirkten in dieser Zunft nur einen unbedeutenden Rückgang der Handwerkeranzahl von 8.021 (1881) auf 7.722 (1884), danach stieg die Zahl wieder auf 9.208 Handwerker im Jahre 1891.

Das starke Wachstum war der positiven Entwicklung der Metallindustrie und gestiegenem Wohlstand der Bevölkerung zu verdanken. Der Gesellen- und Lehrlingebestand der Silberschmiedezunft stieg 1874/75 von 714 bzw. 321 auf 2.495 bzw. 1.361 an, wodurch die mittlere Betriebsgröße von 2,5 auf 7,6 und 1880 auf 15,9 Arbeitnehmer bei den zeitweiligen Meistern gesteigert werden konnte, zum Jahr 1891 jedoch auf 6,1 sank. Bei den ständigen Meistern stieg sie zwischen 1866 und 1875 von 1,3 auf 4 und stagnierte dann 1888 - 1891 zwischen 3 und 3,3 Arbeitnehmern pro Meisterbetrieb. Ungeachtet der konjunkturellen Schwankungen vergrößerten sich die Werkstätten bei den ständigen und zeitweiligen Meistern zwischen 1866 und 1891 im Durchschnitt von 1,3 auf 3,03 bzw. von 3,5 auf 6,1 Arbeitnehmer beträchtlich, obwohl von 1880/81 bis 1891 die Betriebsgröße etwa konstant blieb. Sie bewegte sich in dieser Zeit bei den ständigen Meistern zwischen 3 und 3,3 und bei den zeitweiligen Meistern zwischen 5,6 und 6,5 Arbeitnehmern pro Werkstatt. Dabei stieg die Zahl der ständigen und zeitweiligen Meister in den Jahren 1866 - 1891 von 51 auf 215 bzw. von 271 auf 1.174 an, was einen prozentualen Zuwachs von 421,6% bzw. 333,2% ausmachte<sup>1104</sup>.

Die Schlosser-Schmiedezunft erfuhr im Unterschied zur Silberschmiede-Posamentiererzunft einen etwas geringeren Zuwachs der Handwerkeranzahl bei etwa gleichen Kapazitäten. Wenn sie im Jahre 1866 1.763 Zunfthandwerker aufwies, so waren es 1891 5.278 Personen, was einen Zuwachs von 199,4%

---

<sup>1103</sup> Po projektu senatskogo opredelenija po žalobe mastera serebrjano-pozumentnogo cecha Sokolova na uvol'nienie ego s. peterburgskoju upravuju ot dolžnosti starosty skazannogo cecha, kak lica, podvergšegosja nesostojatel'nosti (1885), in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 2247.

<sup>1104</sup> Vgl. Tabelle 11 im Tabellenanhang.

ausmachte. Während der relativ mäßigen Wachstumsjahre zwischen 1866 und 1873, als sich die Gesamtzahl der Handwerker dieser Zunft von 1.763 im Jahre 1866 auf 2.852 im Jahre 1873 steigerte, wuchs die Zunft in einem konjunkturell sehr guten Jahr um 102% und hatte 1874 5.762 Mitglieder. Bis 1877 konnte sich die Schlosser/Schmiedezunft gut behaupten und steigerte bis zum Jahre 1877 die Anzahl ihrer Mitglieder auf 6.016. Die Rezessionsjahre hatten eine Reduktion der Anzahl von Handwerkern bis 1884 auf einen Stand von 4.859 zur Folge. Danach entspannte sich die Lage etwas, 1890 hatte die Zunft wieder 5.463 Mitglieder. Den vorübergehenden Erfolg der Meister der Schlosser/Schmiedezunft schmälerten die Rezessionsjahre 1890-92; verbundenen damit waren Absatzschwierigkeiten, die die Handwerkeranzahl 1891 auf 5.278 leicht zurückgehen ließen. Dies war aber eine kurzfristige Periode vor dem großen wirtschaftlichen Aufschwung der 1890er Jahre<sup>1105</sup>.

Auch die Zünfte der Tapezierer/Haarverarbeiter und Schneider profitierten vom wirtschaftlichen Aufschwung. Sie legten zwischen 1866 und 1891 von 100 % auf jeweils 342% bzw. 326% zu<sup>1106</sup>.

Die Tapezierer/Haarverarbeiterzunft konnte sich dank einem rasanten Tempo in der Entwicklung der Transportmittel der Hauptstadt gut durchsetzen<sup>1107</sup>. Die Erfolgjahre waren für sie ebenfalls 1873-74. Nachdem sich die Anzahl der Handwerker dieser Zunft zwischen 1866 und 1873 von 1.494 auf 2.643 mäßig steigerte, wuchs sie im Jahre 1874 auf 4.449 Handwerker an. Von einem kurzen Rückschlag im Jahre 1877 auf 4.100 Handwerker abgesehen, wuchs die Zunft bis zum Jahre 1891 kontinuierlich an und verzeichnete zuletzt 5.105 Zunftmitglieder. Die Schneiderzunft konnte dagegen nicht nur ihre früheren Kapazitäten erhalten, die hauptsächlich in den Jahren 1873-1874 zugewonnen worden waren, sondern ein starkes und kontinuierliches Wachstum erzielen. Da die Schneiderzunft in der zweiten Hälfte der 1860er Jahre aufgrund massenhafter Einwanderung von Landhandwerkern in die Hauptstadt an Kapazitäten verlor, standen im Jahre 1868 3.054 Zunfthandwerkern 3.660 im Jahre 1866 gegenüber. Sie verdoppelte die

---

<sup>1105</sup> Vgl. Tabelle 16 im Tabellenanhang. Die Schlosser- und Schmiedezunft vereinigte Blechner und Laternenmacher, Schmiede, Schlosser, Werkzeugschlosser, Eisenstangenschmiede, Ofensetzer, Schornsteinfeger und Töpfer, insgesamt also acht Handwerksarten.

<sup>1106</sup> Vgl. Tabellen 17 und 18 im Tabellenanhang. Die Tapezierer- und Haarverarbeiterzunft vereinigte Möbel- und Wagenpolsterer, Tapezierer, Haarverarbeiter, Sattler, Spinner, Filzmacher, Wattenmacher, Koffermacher, Sattler, Pferdegeschirmmacher, Mützenschirmmacher (*kozyřčniki*), Schulter- und Degengehängemacher, Wagenkarosseriebauer, Radmacher, Matratzenmacher, Friseure, Barbieri, Parfümeure, Buchbinder, Korbmacher, Etuimacher und Rastrierer insgesamt also 20 Handwerke. Die Schneiderzunft vereinigte Herren- und Damenschneider, Weißnäherinnen, Korsettmacherinnen, Kürschner, Pelzfärber, Handschuhmacher, Bandagisten und Bandagistinnen, Hutmacher, Schirmmützenmacher (*furařčniki*), Damenfeder- und Federbuschmacherinnen, insgesamt also zwölf Handwerksarten.

<sup>1107</sup> Vgl. Tabelle 18 im Tabellenanhang.

Anzahl der Handwerker bis zum Jahre 1873 mit insgesamt 6.136 Schneidern. In Anbetracht der schwierigen 1880er Jahre ist die Entwicklung der Schneiderzunft als positiv zu deuten. Mit Einbeziehen der 1870er Jahre vermehrte sich diese Zunft zwischen 1873 und 1891 von 6.136 auf 11.923 Mitglieder.

Die letzte Zunft, die hier genannt werden soll, die Bäckerzunft, wuchs im Zeitraum zwischen 1874 und 1891 in absoluten Zahlen von 5.135 auf 6.853 oder um 33,5%. Die Betriebsgröße der ständigen Meister ging von 3,91 auf 2,81 zurück, bei den zeitweiligen Meistern ist ein mäßiger Zuwachs von 1,87 auf 2,58 feststellbar. Das ungeachtet des großen Bevölkerungszuwachses verhältnismäßig niedrige Wachstum ist dem Prozeß der Entstehung großer Bäckereien seit den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts zuzuschreiben, die eine Expansion der Bäckerzunft verhinderte<sup>1108</sup>.

Die Konsumgüterherstellende Schneider- und Konditoren/Bäckerzünfte konnten ungeachtet starker Konkurrenz seitens der Großbetriebe und des Innenhandels ihre Kapazitäten (Schneiderzunft) in absoluten und relativen Zahlen vergrößern oder wenigstens in absoluten Zahlen (Konditoren/Bäckerzunft) zunehmen, was allerdings im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum einen Rückgang bedeutete<sup>1109</sup>.

Ungeachtet einiger Unterschiede in der Entwicklung einzelner Zünfte lassen sich einige Gemeinsamkeiten feststellen. Die ständigen Meister erwiesen sich mit ihren Produktions- und Vertriebsstrategien im Vergleich zu den zeitweiligen Meistern als überlegen. In den Schlosser-Schmiede-, Schneider-, Schuhmacher- und Malerzünften konnte die Betriebsgröße gesteigert werden. Zwar verminderte sich die Betriebsgröße in der Schreinerzunft sowohl bei den ständigen als auch bei den zeitweiligen Handwerkern. Bei den ständigen Meistern war es aber in einem viel geringeren Maße der Fall, da bei diesen im Jahre 1891 79% und bei den zeitweiligen nur noch 16% der Betriebsgröße des Jahres 1866 übriggeblieben waren. Außerdem konnten die ständigen Meister dieser Zunft ihre Anzahl beinahe verdoppeln, wohingegen sich die Zahl der zeitweiligen Meister dem Stand des Jahres 1866 annäherte. In der Bäckerzunft verlief die Entwicklung nach dem gleichen Muster, da die ständigen Meister ihre Anzahl mehr als verdoppeln konnten und auch höhere Betriebsgrößen als die zeitweiligen Meister vorweisen konnten. Eine Ausnahme bildete die Tapezierer- und Haarverarbeiterzunft, wo die zeitweiligen Meister anscheinend gut Fuß fassen konnten. Prozentual gesehen stieg die Betriebsgröße bei den zeitweiligen Meistern um 83% und fiel bei den ständigen auf 83%, den Stand des Jahres 1866 zurück. Dafür stieg die Anzahl der

---

<sup>1108</sup> Vgl. Tabelle 12 im Tabellenanhang.

<sup>1109</sup> Vgl. Tabellen 12 und 17 im Tabellenanhang.

ständigen Meister mit 357% viel schneller als die der zeitweiligen Meister mit 222%<sup>1110</sup>.

Diese Tatsache läßt sich durch die bessere Integration ständiger Meister in die städtische Gesellschaft und einer größeren fachmännischen Erfahrung mit einer gewissen Zurückhaltung bei Innovationen erklären. Die zeitweiligen Handwerker erwiesen sich mit einer klar ausgeprägten Neigung, die Betriebskapazitäten in Zeiten guter Konjunktur stark zu vergrößern, als risikofreundlich, was sie in kritischen Perioden oft in den Konkurs stürzte. Zwar liefert die Schuhmacherzunft ein Gegenbeispiel, wo sich im prozentualen Verhältnis die Zahl ständiger Meister noch mehr reduzierte als die der zeitweiligen, dafür konnten sie aber 1891 im Vergleich zu 1874 die Betriebsgröße von 1,89 auf 3,13 Arbeitnehmer steigern, während sie sich bei einem zeitweiligen Meister auf 1,3 Arbeitnehmer belief<sup>1111</sup>. Die Tabelle 66 im Tabellenanhang veranschaulicht die Auswirkungen der Industrialisierung von St. Petersburg auf das Handwerk und verdeutlicht die Entwicklungstendenzen unter den Zunft Handwerkern.

Das wichtige Ergebnis dieses Vergleichs ist, daß Entwicklungen in verschiedenen Handwerksbranchen parallel verlaufen. Ein in Expansion befindliches Handwerk wie in konjunkturellen Krisenzeiten stagnierende Betriebsgröße auf, um dann weiter zu wachsen. Ein Handwerk, das seinen Niedergang erlebte, profitierte von allgemeinen Aufschwungsphasen, um dann jedoch weiter an Kapazität zu verlieren. Es zeigte sich, daß der konjunkturelle Aufschwung die Entwicklung der expandierenden Handwerke enorm beschleunigte bzw. den Abbau der sich im Niedergang befindenden Handwerke verlangsamte oder, daß eine Rezessionsperiode das sich gut entwickelnde Handwerk in seinem Wachstum etwas bremste, während die durch die Entwicklung der maschinellen Herstellungsweise beeinträchtigten Handwerksarten weiter untergingen.

Die relativ ungleichmäßige Entwicklung des St. Petersburger Handwerks kann durch einige Vergleiche besser verständlich werden. So wies z. B. das Wiener Handwerk in der gleichen Zeitperiode der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ähnliche Entwicklungstendenzen auf:

„Im Vormärz zeigt sich ein schwankender Verlauf, in den 40er und 50er Jahren deutet sich jedoch eine über dem Bevölkerungswachstum liegende Zunahme der Gewerbe an. Ein relativer Rückgang erfolgte in der Gründerzeit und „Großen Depression“, also während der eigentlichen Durchbruchphase des industriellen Kapitalismus in

---

<sup>1110</sup> Vgl. Tabelle 19 im Tabellenanhang.

<sup>1111</sup> Vgl. Tabelle 66 im Tabellenanhang.

Österreich. Gegen Ende des Jahrhunderts zeichnet sich wiederum eine relative Zunahme der Kleingewerbetreibenden ab. Die Werte erreichen zwar nicht mehr das Niveau der 40er und 50er Jahre, sie liegen aber auch nicht dramatisch darunter“<sup>1112</sup>.

Diese Aussage läßt sich auf das St. Petersburger Handwerk in der Hinsicht anwenden, daß mit dem Anfang der „großen Depression“ in Rußland 1881-1883, als in St. Petersburg Tausenden von Arbeitern gekündigt wurde, das Handwerk diese Jahre ohne große Verluste mit einem leichten Rückgang der Gesamtzahl Handwerkern überstand. Der eigentliche Rezessionseinbruch im Handwerk ereignete sich in den Jahren 1886/87, als die Großindustrie wieder auflebte. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Entwicklungen in der Großindustrie und im kleinen und mittleren Gewerbe in der zweiten Hälfte der 80er Jahre unterschiedlich verliefen und eine verkehrte Entwicklungsparallele analog dem Wiener Handwerk aufwiesen.

Die obengenannten Entwicklungen gelten aber nicht mehr für den Anfang der 90er Jahre. Sowohl das Zunft Handwerk als auch die Anzahl der nichtzünftigen Handwerker legte seit dieser Zeit kontinuierlich zu, wobei sich das Wachstum des Gesamthandwerks sogar beschleunigen konnte: zwischen 1890 und 1910 konnte es das Wachstum von 4,1% auf 18,3% vervielfachen<sup>1113</sup>. Es zeigt sich, daß das Handwerk vom industriellen Aufschwung profitierte, ja sich an der Industrialisierung intensiv beteiligte. Daß das Handwerk einen relativen Rückgang im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum erlebte, lag daran, daß es in einem starken Umstrukturierungsprozeß lag, den die Großindustrie in der ersten Hälfte der 80er Krisenjahre durchmachte. Die zurückbleibende relative Zunahme der Handwerkerzahlen im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung kann aber auch positiv als qualitatives Wachstum gedeutet werden. Das heißt, das durch die zunehmende Mechanisierung des Handwerks bei weniger Handwerker ein höherer Warenausstoß erreicht wurde. Die In- und Outputprozesse zusehends optimiert.

Im Rahmen des gesamteuropäischen Hintergrundes muß der scheinbare wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland in den Gründerjahren (1871/73)

---

<sup>1112</sup> Josef Ehmer, Ökonomischer und sozialer Strukturwandel im Wiener Handwerk - von der industriellen Revolution bis zur Hochindustrialisierung. In: U. Engelhardt (Hrsg.), Handwerker in der Industrialisierung, S. 78-104, hier S. 81.

<sup>1113</sup> Vgl. Tabelle 67 im Tabellenanhang.

erwähnt werden, der auch an St. Petersburg nicht spurlos vorbeiging. Die Belebung der Handelsbeziehungen mit Rußland und das „Flüssigmachen“ von großen Geldmengen nach der Beendigung des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 hat anscheinend auch für die St. Petersburger Industrie und das Handwerk eine positive Rolle gespielt. Nach dem relativen Rückgang der Betriebskapazitäten des St. Petersburger Handwerks bzw. Kleingewerbe in den 1860er Jahren, setzte im Handwerk gerade seit 1872 ein ständiges reales Wachstum ein, das mit der großen Depression in der Großindustrie 1881-1883 sein Ende nahm<sup>1114</sup>. Trotzdem konnte das Handwerk bis zum Jahre 1886 noch kräftig anwachsen<sup>1115</sup>.

Das starke Wachstum sowohl des Zunfthandwerks als auch des nichtzünftigen Handwerks wurde von einem starken Anwachsen der Bevölkerung begleitet. Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts wuchs das Handwerk etwa gleich der Gesamtbevölkerung an. In der Blütezeit, in den 70er und bis zur Mitte der 80er Jahre, konnte das Handwerk die Wachstumsraten der Gesamtbevölkerung überholen, bis es mit dem eigentlichen Beginn der Industrialisierung in den 90er Jahren an Wachstumstempo beträchtlich verlor. Das Zunfthandwerk erfuhr die höchsten Wachstumsraten besonders bis zur Mitte der 1870er Jahre, als die Industrialisierung von St. Petersburg noch in ihren Anfängen lag. Zu dieser Zeit trug die St. Petersburger Industrie noch starke Züge der Handwerks- und Heimindustrie<sup>1116</sup>.

In nur 35 Jahren, zwischen 1840 und 1875, verdoppelte sich die Anzahl der Zunfthandwerker von etwa 24.000 auf rund 48.000. In weiteren 35 Jahren kamen dann noch 11.000 Zunfthandwerker hinzu. Der proportionale Wert des Zunfthandwerks im Verhältnis zu den Handwerkern außerhalb der Zünfte lag recht hoch und betrug zwischen 50% im Jahre 1840 und 40% im Jahre 1910. Zwischen den Jahren 1840 und 1880 blieb die Anzahl der Zunfthandwerker im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung mit 5 bzw. 6% beinahe konstant. Die Gesamtzahl der Handwerker in Proportion zur Bevölkerungsanzahl mit jeweils 10 und 11% ähnelte der Situation in Berlin, wo dieser Faktor zwischen 11 und 12% lag<sup>1117</sup>. Das gleichbleibende Zahlenverhältnis Handwerker-/Bevölkerungsanzahl spricht dafür, daß sich das Handwerk gut entwickeln konnte und daß von seinem Niedergang keine Rede sein kann. Mit Beginn der Industrialisierung machte sich

---

<sup>1114</sup> Vgl. Tabelle 19 im Tabellenanhang.

<sup>1115</sup> S. Tabelle 67 und 69 im Tabellenanhang.

<sup>1116</sup> Janson, Naselenie (...) 1869 goda, S. 636.

<sup>1117</sup> Bergmann, Berliner Handwerk, S. 134.

seit der Mitte der 80er Jahre ein verlangsamtes Wachstum der Zunfthandwerkerzahlen bemerkbar, der Faktor Handwerker-/Bevölkerungszahl ging 1886 auf 6,4%, 1910 auf 3% zurück. Der Anteil aller Handwerker im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ging in diesem Zeitraum ebenfalls von 11,9 auf 7,6 zurück.

Zur Zeit der Wirtschaftskrise in den 1880er Jahren verschlechterte sich die Lage der Handwerker dermaßen, daß im Jahre 1885 ein Zunftmeister an die Deputiertenversammlung der Zunfthandwerker einen Bericht über den Niedergang des Handwerks einreichte, wo über die Maßnahmen, die diesen Niedergang vermeiden helfen sollten, gesprochen wurde. Es wurde eine Reihe von Beratungen in den Zünften unter den erfahrenen Meistern abgehalten, die 1888 zu einer gemeinsamen Position kamen, die sich wie folgt zusammenfassen läßt, wobei hier der Punkt über die Gerichtskompetenzen der Handwerksverwaltung außer Acht gelassen wird, weil er im Kapitel über die Gerichtsbarkeit der Handwerksverwaltung erörtert wird<sup>1118</sup>:

1. Die fehlende Präsenz des Handwerks in der Hauptstadt trug zu der mangelhaften Kommunikation zwischen den Meistern und den Konsumenten bei: Die Handwerker hatten keine ständige Ausstellung bzw. keinen Gemeinschaftsladen, wo sie ihre besten Waren zeigen konnten und wo ein Umtausch an Berufserfahrungen und ein besserer Warenabsatz möglich gewesen wäre. Dadurch hätte die völlige Abhängigkeit der Handwerker von Händlern und großen Läden gemildert werden können.
2. Darüber hinaus sollten die Handwerker eine Möglichkeit bekommen, Überbrückungskredite für Zeiten fehlender Nachfrage zu erhalten. Die Händler nutzten die saisonalen Schwankungen in der Nachfrage aus und nahmen den Handwerkern ihre Waren unter dem Selbstkostenpreis ab, wodurch die Handwerker beträchtliche Verluste erlitten und an die Grenze des Existenzminimums getrieben wurden. Den Handwerkern sollte eine Möglichkeit gegeben werden, den Käufern selbst ihre Ware anzubieten, um die Zwischenhändler, die die Gewinnspanne der Handwerker auf Null reduzierten, umgehen zu können.
3. Der nächste Faktor war eher psychologischer Natur. Die schwierige wirtschaftliche Lage und die verschärfte Konkurrenz führten dazu, daß die Handwerker geneigt waren, ihre Schwierigkeiten in den Zusammenhang mit den Aktivitäten bzw. der Existenz einer anderen nationalen Gruppe zu betrachten und ihr alle Schuld zu geben. In unserem Fall waren es die Juden und die ausländischen Handwerker der Hauptstadt. Die jüdischen Handwerker wären nach den Aussagen der St. Petersburger Handwerker

---

<sup>1118</sup> Vgl. A. I. Jadrov, Golos remeslennika. Ob upadke remeslennoj promyšlennosti. St. Petersburg 1900.



nicht qualifiziert genug und erhielten ihr Meister- bzw. Gesellendiplom formell, um in die Hauptstadt ausreisen zu können. Außerdem wurden sie Zinswucherer genannt, was teilweise der Wahrheit entsprach. Es ist aber auch Tatsache, daß auch die russischen Meister aus dieser Einnahmequelle schöpften. Ein klassisches Beispiel dafür ist das eines russischen Meister der Schuhmacherzunft in St. Petersburg um 1900, der seinen und fremden Gesellen kurzfristige Anleihen zur Verfügung stellte, um ihnen zu helfen, den Alkoholrausch zu vertreiben, aber auch um sie finanziell abhängig zu machen. Diese Anleihen tätigte er aber vorsichtig, damit er juristisch nicht belangt werden konnte. Er verlieh nämlich kein Geld, sondern Stiefel, die er herstellte. Der bedürftige Geselle wurde verpflichtet, ihm später einen bestimmten Betrag für diese Stiefel zu geben. Der Geselle verkaufte aber diese Stiefel unter dem festgesetzten vom Meister überhöhten Preis, also unter Wert, um kurzfristig Geld in der Tasche haben, und blieb folglich dem Meister einen höheren Betrag schuldig. Da aber der Geselle in der Regel kein Geld hatte, verklagte der Wucherer denjenigen Meister, bei dem der Geselle angestellt war und trieb auf solche Weise viel mehr Geld ein, als die Stiefel wert waren. Dabei hatte er zweierlei Nutzen: Einerseits konnte er dank solcher „Absatzstrategie“ seine Ware immer absetzen, andererseits einen höheren Mehrwert herausholen, als es normalerweise möglich war. Die Meister verklagten ihren Kollegen wegen solcher Praktiken beim Zunftältesten Ivan Astaf'ev und beim Handwerksältesten Timofej Zagrebin:

„Wieso verfolgen sie die Juden, falls sie kein Handwerk betreiben, dem russischen Wucherer aber, der die Gesellen durch sein Kredit verdirbt, seine kriminelle Tätigkeit weiter treiben lassen?“<sup>1119</sup>.

Die Beschuldigungen an die Adresse der jüdischen Handwerker ließen sich nur zum Teil bestätigen. Sie können durch die Gegenbeispiele widerlegt werden. So zeigt der Fall des jüdischen Schneiders für die Militäruniformen Abram Genochovič Kaplun, der seine Tätigkeit in St. Petersburg 1853 anfang, daß die jüdischen Handwerker durch ihre Handwerkskunst ebenfalls zum Ansehen gelangen konnten. 1902 setzte seine Firma 200.000 Rubel jährlich um<sup>1120</sup>.

Hier ist ein deutlicher Fall von korporativem bzw. ständischem Zusammenhalten der Zunfthandwerker festzustellen, das durch

---

<sup>1119</sup> Jadrov, Golos, S. 5ff.

<sup>1120</sup> S. Peterburgskoe kupečestvo, S. 1, čast' 2: Torgovo-promyšlennye predprijatija S. Peterburga i ego okrestnostej, S. 1.

Nationalismus stark gefärbt war. Die Nationalitätenkonflikte überlagerten gemeinsame geschäftliche Interessen, verhinderten eine einheitliche Interessenvertretung und führten zur Bildung von Standesorganisationen entlang der Nationalitätenlinien<sup>1121</sup>. Die Existenz einer abgesonderten Handwerksverwaltung der deutschen Zünfte wurde von den russischen Meistern sehr negativ angesehen, wobei diese Tatsache eher eine psychologische Bedeutung hatte, da sie angeblich „eine Zwietracht unter den Handwerkern hervorbringe“<sup>1122</sup>. Der positive Aspekt in der möglichen Vereinigung der deutschen und russischen Zünfte war, daß in dem Fall die St. Petersburger Zunfthandwerker der ernsten Konkurrenz seitens nichtzünftiger Handwerker, der Großindustrie und der Handwerker in westlichen Ländern, deren Waren hauptsächlich durch den St. Petersburger Hafen nach Rußland importiert wurden, besser entgegentreten konnten.

4. Dem zünftigen Bauhandwerk schadete die Konkurrenz seitens nichtzünftiger Handwerker und Artels. Die Auftragnehmer stellten gerne die Lehrlinge und Gesellen als Tagelöhner ein, die die Zunftmeister vorzeitig verlassen hatten.
5. Die nichtzünftigen Handwerker, die Akkord arbeiteten und dafür Stücklohn erhielten, stellten ebenfalls eine Konkurrenz für die zünftigen Handwerker dar. Sie durften zwar nur Ein-Mann-Betriebe unterhalten, kümmerten sich aber nicht um diese Vorschrift: Sie mieteten große Wohnungen an, nahmen die Aufträge der großen Läden für fertige Kleidung ab und stellten bis zu zehn Gesellen und Lehrlinge ein. Für letztere war diese Arbeit attraktiver als eine Tätigkeit in der Werkstatt, da sie sich der rigorosen Aufsicht des Meisters entziehen konnten und in einer Gemeinschaft gleichberechtigter Handwerker arbeiteten. Der Arbeitstag war kürzer und an Feiertagen arbeiteten sie nur bis Mittag. Normalerweise bestand die Arbeitswoche in solchen Arbeitsgemeinschaften aus drei bis vier Arbeitstagen. Um solche

---

<sup>1121</sup> Vgl. Christoph Mick, Rezension über: Charles McClelland, Stephan Merl, Hannest Siegrist (Hrsg.), *Professionen im modernen Osteuropa. Professions in Modern Eastern Europe* (Osteuropastudien der Hochschulen des Landes Hessen, Reihe 1: Giessener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des europäischen Ostens Band 207), Berlin 1995, in: JGO, NF Bd. 46, 1998 Heft 2, S. 277; S. dazu Artikel „Antisemitismus“ bei Torke, Lexikon, S. 36ff.; St.D. Corrsin, *Warsaw before the First World War: Poles and Jews in the Third City of the Russian Empire 1880-1914*, New York 1989, S. 109; Benjamin Nathans, *Conflict, Community, and the Jews of Late Nineteenth-Century St. Petersburg*, in: JGO NF Bd. 44/1996, S. 178-216; Dril', *Položenie*, S. 166ff.; Bogdanov, *Itogi*, S. 68.

<sup>1122</sup> *Dokladnaja zapiska komissii, učreždennoj s celiju izyskanija mer k ulučeniju remeslennoj promyšlennosti v S. Peterburg*. St. Petersburg 1888, S. 1ff.

„Betriebe“ kontrollieren und alle in St. Petersburg vorhandenen Handwerksbetriebe registrieren zu können, wurde vorgeschlagen, eine spezielle Aufsichtskommission zusammenzustellen. Aber in Anbetracht der Vielzahl von Regierungskommissionen war es höchst fragwürdig, ob diese neue Kommission je einen Erfolg haben konnte.

6. Der Wandel zeichnete sich auch im Verhältnis zwischen Meister und Lehrling ab, die Position des Lehrlings wurde im Laufe der Zeit gestärkt. Das Interesse, eine Lehre zu absolvieren, war gering. Die Lehrlinge verließen den Meister frühzeitig, ein Vorgang der Jahre vorher kaum denkbar gewesen wäre, da sie ohne Diplom kaum eine Stelle finden konnten. Jetzt, mit der Vergrößerung des Arbeitsmarktes durch das wirtschaftliche Wachstum, gab es eine große Nachfrage nach Arbeitskräften, wodurch für Gesellen und besonders für Lehrlinge, die bei einem Meister kostenlos arbeiteten, eine Vielzahl von Möglichkeiten bestand, sich einen besseren Lebensunterhalt zu verdienen.

In einem Abschlußbericht der russischen Handwerksverwaltung wurde eine beträchtliche Verminderung des Umfangs der Handwerksproduktion in der Hauptstadt im Vergleich mit der zweiten Hälfte der 1860er und mit den 1870er Jahren bemängelt, als die Wirtschaftskapazitäten der Stadt in einem fieberhaften Tempo anwuchsen, was zum großen Teil dem „Baufieber“ in diesen Jahren zuzuschreiben war. Als die Zeiten der expandierenden Wirtschaft in den 1880er Jahren vorübergehend vorbei waren, machte sich auch die wirtschaftliche Krise im Handwerk bemerkbar.

Dies soll aber nicht als Untergangsmerkmal des Handwerks interpretiert werden. Gerade in dieser Periode vollzog sich besonders schnell ein Wandel im Handwerk. Außerdem erwiesen sich die Betriebe im Kleingewerbe, zu dem auch die Werkstatt gehörten, durchaus als konkurrenzfähig. Die kleineren Fabriken mit einer Beschäftigtenzahl von bis zu 16 Personen wiesen im Vergleich zu größeren Betrieben, die zwischen 16 und 99 Beschäftigte hatten, eine höhere Rentabilität zwischen 1867 und 1895 auf<sup>123</sup>. Mit Ausnahme des Jahres 1879 war Produktivität eines Arbeiters bzw. der von ihm geschaffene Warenwert in den kleineren Fabriken höher als in den größeren.

Zu den wichtigsten Gewerbebranchen St. Petersburgs in den 1860er Jahren gehörte außer der Metallverarbeitung und Textilindustrie das Nahrungsmittel- und Bekleidungsherstellende Gewerbe, das sich hauptsächlich in den Händen der Handwerker befand, was besonders für die vorindustrielle Wirtschaft

---

<sup>123</sup> S. Očerki istorii Leningrada, Bd. 2, S. 96.

charakteristisch ist<sup>1124</sup>. Wenn hier von den Daten für 1867 ausgegangen wird, so stellt sich heraus, daß in diesen Kleinbetrieben im Durchschnitt pro Arbeiter mehr als in den Großbetrieben produziert wurde. So wurde in diesem Jahr in den kleineren Fabriken für 1.267 Rubel, in den größeren Fabriken für 987 und in den Handwerksbetrieben für 3.100 Rubel Waren pro Beschäftigtem hergestellt. In den Handwerksbetrieben gab es im Jahre 1867 rund 5.000 Beschäftigte, die insgesamt für 15 bis 16 Mill. Rubel Waren herstellten. In der Holzverarbeitung dagegen erwirtschafteten rund 300 Beschäftigte nur 200.000 Rubel oder 666 Rubel pro Beschäftigtem<sup>1125</sup>. Der höhere Produktwert bei den Handwerkern kann darauf hindeuten, daß ihre Waren viel teurer waren als die, die in den Fabriken hergestellt wurden, ein Grund dafür, warum sie mit den schlechteren dafür aber billigeren Fabrikwaren nicht konkurrieren konnten.

Bevor die Frage nach den Auswirkungen der Industrialisierung zur Sprache kommt, ist zu fragen, zum welchen Zeitpunkt sie in Rußland ihren Anfang nahm. Ein Aspekt ist der zunehmende Import von Maschinen nach Rußland, es wäre aber zu verallgemeinern nur an diesem Teilaspekt die Industrialisierung und desto mehr ihre Auswirkung auf die Produktionsweise im Handwerk zu messen, wenn die Maschineneinfuhr auch stark zunahm: 1841 wurden Dampfmaschinen für 668.000 Rubel, von 1846 bis 1850 für 1,7 Mill. Rubel und zwischen 1851 und 1855 für 2,1 Mill. Rubel eingeführt<sup>1126</sup>. Diese Maschinen wurden nur punktuell, z. B. in Textilindustrie eingesetzt, was auf die Produktionsweise in den meisten Handwerksarten keinerlei Wirkung hatte. Es läßt sich aber vermuten, daß gerade in St. Petersburg Maschinen im Handwerk früher eingesetzt wurden als im inneren Rußland. Das war gerade für Werkstätten der Hut- und Textilherstellung sowie in metallverarbeitenden Betrieben typisch, die sich schnell zu Fabriken entwickelten. Der breite Einsatz von kleineren Maschinen im Handwerk wurde erst am Ende des 19. Jahrhundert durch den Dieselmotor, der 1897 von Rudolf Diesel erfunden wurde, und durch den etwas späteren Einsatz von Elektromotoren als einer kompakteren Antriebskraft, ermöglicht, was die Produktivität und dadurch auch die Konkurrenzfähigkeit kleinerer und mittlerer Werkstätten erhöhte. Deswegen ereignete sich der Wandel im Handwerk erst, als sich die Betriebsstruktur bzw. Betriebsordnung änderte.

In der Struktur und Organisation der Industrie vollzog sich ein bedeutender

---

<sup>1124</sup> Bergmann, Berliner Handwerk, S. 167f.; K. H. Kaufhold, Umfang und Gliederung des deutschen Handwerks um 1800. In: W. Abel (Hrsg.), Handwerksgeschichte in neuer Sicht, 2. Aufl. Göttingen 1978, S. 28-63, hier S. 43.

<sup>1125</sup> Očerki istorii Leningrada, Bd. 1. Moskau-Leningrad 1955, S. 85f.

<sup>1126</sup> Mieck, Europäische, S. 788.

Wandel, der die weitere wirtschaftliche Entwicklung und die Beziehungen zwischen den einzelnen gewerbetreibenden Gruppen der Bevölkerung entscheidend beeinflusste. Das zeigt sich bereits in den Verschiebungen des Verhältnisses zwischen der Produktionsmittel- und Konsumgüterindustrie. Für die gesamtrossischen Verhältnisse betrug dieses Verhältnis 1890, berechnet auf den Produktionswert, ungefähr 30:70, im Jahre 1900 jedoch schon 40:60<sup>1127</sup>. Es ist zu vermuten, daß für St. Petersburg als größtes Industriezentrum Rußlands dieses Verhältnis eher zugunsten der Großindustrie ausfiel. Zwar sind der Produktionswert und das Zahlenverhältnis von Handwerk und Industrie in St. Petersburg sehr unterschiedliche Meßwerte, die kaum vergleichbar sind. Trotzdem ist es bemerkenswert, daß das Handwerk bis zur Jahrhundertwende mehr Arbeitnehmer beschäftigte als die Großindustrie. 1869 lag das Verhältnis zwischen den Fabrikarbeitern und Handwerkern bei 32:68, 1890 bei 45:55 und 1900 bei 51:49<sup>1128</sup>. Erst während der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts, hier durch die Depression zwischen 1901-1908 gebremst, und besonders während der zweiten wirtschaftlichen Wachstumsperiode zwischen 1909-1913 übertraf die Anzahl der Industriearbeiter die der Handwerker und Beschäftigten im Kleingewerbe deutlich. Es soll auch erwähnt werden, daß die Betriebe im Kleingewerbe in Hinsicht auf Produktionsprozeß und Betriebsstruktur nicht immer mit den Handwerksstätten vergleichbar waren. In den meisten Fällen aber waren beide identisch.

Die Tendenz zur Vergrößerung der Beschäftigtenanzahl wurde besonders im Kleingewerbe deutlich.<sup>1129</sup> So betrug die mittlere Betriebsgröße in den Jahren 1890 und 1900 7,11 bzw. 10,23 Beschäftigte auf einen Arbeitgeber. Dagegen war im Handwerk und besonders bei den Zunftmeistern eine klare Tendenz zur stagnierenden oder sinkenden Betriebsgröße erkennbar.

Anhand der Statistiken läßt sich die für das deutsche Handwerk geltende Aussage, daß sich die Anzahl von Gesellen und Lehrlingen mit dem Fortschreiten der Entwicklung von der Großindustrie unproportional zu der von den Meistern vergrößert, auch für die russischen Verhältnisse bestätigen. Die Grundlagen für das Selbständigwerden der meisten Gesellen wurden vernichtet<sup>1130</sup>.

---

<sup>1127</sup> Haumann, Kapitalismus, S. 24.

<sup>1128</sup> Vgl. Tabelle 1 im Text.

<sup>1129</sup> Vgl. Tabellen 22, 23 und 24 im Tabellenanhang.

<sup>1130</sup> Vgl. Wilhelm Wernet, Handwerks- und Industriegeschichte. Stuttgart 1963, S. 383f.

### 10.1.1 Die Kreditbildung im Handwerk und die Genossenschaften

Dem chronischen Kapitalmangel der Industrie versuchte die Regierung durch die Bildung eines Fonds entgegenzuwirken. Nach der Zarenbestätigung des Antrages von Innenminister vom 29. Dezember 1803 wurde Kapital zur Förderung der Manufakturen in Höhe von einer Million Rubel gebildet. Jedes Jahr sollten aus diesem Fond 100.000 Rubel an die Manufakturisten in Form eines Darlehens ausgegeben werden. 1812 bestand dieses Kapital aus 564.000 Rubel und 1830 aus 708.088 Rubel, wobei 1830 48.579 Rubel von den Schuldnern zurückzuzahlen waren<sup>1131</sup>.

Das Kapital gehörte dem Manufaktur- und Innenhandelsdepartement des Finanzministeriums und war für die Gründung bzw. Erweiterung von Betrieben meist in der Textil- oder metallverarbeitenden Industrie bestimmt. So bekam z. B. John Bannister aus Kopenhagen, der mehrere Jahre in staatlichen Betrieben tätig war, 1818 ein zinsloses Darlehen von 50.000 Rubeln mit einer Laufzeit über 15 Jahre zum Bau einer Fabrik für die Silberverarbeitung<sup>1132</sup>. Noch höhere Darlehen bekam der Kattunfabrikant Bitepaž (300.000 Rubel) im Jahre 1821<sup>1133</sup>.

Als das Darlehenskapital 1830 abgeschafft wurde, begründete dies der Finanzminister mit den Worten: „Die Erfahrung zeigt, daß das Darlehenssystem für die Fabrikanten bei uns nicht mehr nötig ist“<sup>1134</sup>. Daß dieser Beschluß zumindest für die Kleinindustrie, zu der das Handwerk gehörte, weit verfrüht war, liegt auf der Hand. Die russische Wirtschaft litt unter einem chronischen Kapitalmangel. Das fehlende Kapital wurde meist durch ausländische Anleihen aufgestockt. Außerdem wurden alle staatlichen Betriebe, die in der Regel Rüstungsgüter herstellten, subventioniert, ihre Unrentabilität wurde dadurch überdeckt. Der Kapitalmangel der St. Petersburger Handwerker war eine ständige Erscheinung. Um dies zu beheben, wurden in den 1860er Jahren zwei Spar- und Darlehensgesellschaften (*Ssudno-sberegatel'nye obščestva*) gegründet (siehe Tab. 16).

Es bleibt hier anzumerken, daß es schon vor den Unterstützungskassen der Handwerker, die in den 60er Jahren entstanden, in St. Petersburg seit 1847 eine

---

<sup>1131</sup> S. zur Kreditpolitik des Staates: Heller, Geld- und Kreditpolitik, S. 60-68, 152-157 und 183-205.

<sup>1132</sup> O vydače deneznoj ssudy fabrikantu Bannisteru (1818), in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 278, l. 11.

<sup>1133</sup> O vydače v ssudu s. petersburgskomu kupcu i sitcevomu fabrikantu Bitepažu 300.000 rublej (1821), in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 352.

<sup>1134</sup> Otnošenje Departamenta manufaktur i trgovli ministru vnutrennich del ot 1 sentjabrja 1817 g., in: RGIA, f. 18, d. 260: Ob opredelenii na fabriku Bannistera pitomcev Vospitatel'nogo doma, l. 7f.; O kapitale dlja pooščrenija manufakturnoj promyšlennosti (1830), in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 682 (1830), l. 2f.

allgemeine Sparkasse (*sberegatel'naja kassa*) gab, in der die Handwerker auf dem zweiten Platz der Gesamtsumme der Einzelbeträge und auf dem dritten nach der Höhe des Einzelbeitrages standen.

Tabelle 16: Die Betragsszahlen nach der sozialen Zugehörigkeit 1847

Soziale Schicht	Anzahl der Beträge	Rubel gesamt	Rubel im Durchschnitt je Betrag
Angestellte der Zivil- und Armeeresorts	7583	136654	18.02
<b>Handwerker</b>	<b>6599</b>	<b>102147</b>	<b>15.47</b>
Armeeangehörige niederen Ranges	7658	74971	9.78
Bauern	4679	63149	13.49
Kleinbürger	2781	41295	14.84
Ausländer	2108	28894	13.7
Raznočincy	1249	17816	14.26
Kaufleute	1030	16576	16.09
Zöglinge des Erziehungshauses	2298	5636	2.45
<b>Summe</b>	<b>35985</b>	<b>487138</b>	<b>13.53</b>

Quelle: Očët S. Peterburgskoj sberegatel'noj kassy za 1847 god, in: Otečestvennye zapiski, t. 59, Nr. 7-8 (1848), S. 51.

Die erste Gesellschaft, die den Namen „Vorschuss-Verein und Hilfskasse deutscher Zünfte“ (*S. Peterburgskoe remeslennoe kreditnoe obščestvo i Vspomogatel'naja kassa inostrannyh cechov*) trug, wurde vom preußischen Schneider Eduard Dietrich<sup>1135</sup> gegründet und am 26. Juli 1867 registriert. Dies war überhaupt die erste Gesellschaft dieser Art in Rußland<sup>1136</sup>. Dietrich bekräftigte seine Initiative mit den Worten:

<sup>1135</sup> s. über Dietrich auch im Kapitel 7.6: Die Unterstützungskassen und andere Versorgungsinstitutionen der Handwerker.

<sup>1136</sup> L. S. Zak, *Formy ékonomičeskoi samopomošči v oblasti remeslennogo truda*, St. Petersburg 1912, S. 28.

„Bei der gegenwärtigen schwierigen Lage der St. Petersburger Handwerker benötigten sie eine Finanzierung. Es soll ihnen ein Kapital zur Verfügung gestellt werden, das ihr Gewerbe unterstützt“<sup>1137</sup>.

Die privaten und kurzfristigen Kredite mit ihren üblichen 40 bis 50% Zinsen im Jahr ruinierten viele Handwerker. Das Statut der Gesellschaft besagte, daß die Mitgliedschaft in der Kasse nicht nur für ausländische sondern auch für russische Handwerker möglich war<sup>1138</sup>.

Die Gesellschaft wurde analog dem offiziellen Statut für Hilfsgesellschaften vom 12.01.1862 konstituiert, sie hatte ausschließlich wohlthätige und nicht ökonomischen Ziele und sollte sich aus ständigen Zunfthandwerker rekrutieren. Tatsächlich aber handelte es sich zunächst um eine Kreditgesellschaft. Die Mitglieder zahlten als Eintrittsgebühr zehn Rubel für die Bildung des Reservekapitals und mit den regelmäßigen Beiträgen sollte sich der Anteil jedes Mitgliedes auf mindestens 200 Rubel belaufen, die in der Summe das Grundkapital bildeten. Außerdem wurden von jedem Mitglied drei Rubel jährlich in die Hilfskasse gezahlt<sup>1139</sup>. Allerdings veränderte das Tätigkeitsfeld der Gesellschaft bis 1881 wesentlich, nachdem am 24.08.1871 sowie 16.02.1881 die Statuten verändert worden waren. Jetzt hieß sie nur noch „Hilfskasse St. Petersburger Handwerker“ (*Vspomogatel'naja kassa peterburgskich remeslennikov*). Sie beschränkte sich nun darauf, hilfsbedürftigen Handwerkern und Meisterwitwen sowie den älteren und berufsunfähigen Handwerkern Zuwendungen zukommen zu lassen. Der jährliche Mindestbeitrag betrug jetzt ein Rubel, was den Kreis der potenziellen Mitglieder vergrößerte. Regelmäßige Zuwendungen betrugen zwischen drei und 15 Rubel<sup>1140</sup>. Erst nach 40 Jahren, 1910/11, wurden die Aufnahmebedingungen in die Gesellschaft wesentlich gelockert: Außer den ständigen Meistern durften auch die zeitweiligen Zunfthandwerker ungeachtet ihres Glaubensbekenntnisses und ihrer Nationalität Mitglied werden. Der Eintrittsbeitrag betrug allerdings 30 Rubel<sup>1141</sup>.

Eine andere Kasse, die die St. Petersburger Handwerker ebenfalls mit kleinen

---

<sup>1137</sup> Prošenie Ėduarda Didericha ministru vnutrennich del tajnomu sovetniku P. A. Valuevu ot 7.2.1867, in: RGIA, f. 1287, op. 8, d. 1555: O ssudno-sberegatel'noj kasse S. Peterburgskich remeslennikov (6.5.1867-27.7.1868), hier l. 1ff.

<sup>1138</sup> Ebd., l. 5.

<sup>1139</sup> Ebd.

<sup>1140</sup> Ustav vspomogatel'noj kassy S. Peterburgskich remeslennikov, in: RGIA, f. 1287, op. 9, d. 1046: Ob izmenenii ustava Vspomogatel'noj kassy S. Peterburgskich remeslennikov, l. 1f.

<sup>1141</sup> Ob utverždenii ustava „Vspomogatel'noj kassy s. peterburgskich remeslennikov“ (16.10.1910-10.3.1911), in: RGIA, f. 1284, op. 188, d. 173, l. 2.



Krediten unterstützte, wurde am 24.08.1871 registriert. Diese Kasse hieß „Darlehens- und Sparkasse St. Petersburger Handwerker“ (*Ssudnosberegatel'naja kassa peterburgskich remeslennikov*) und wurde nach dem Vorbild analoger Kassen in St. Petersburg eingerichtet, die meist von Angestellten verschiedener Staatsämter gegründet worden waren. Sinn und Zweck der Kasse war der Kasse von Dietrich angeglichen, das heißt, das Sammeln von Einlagen der Handwerker sowie die Vergabe von Darlehen mit niedrigen Zinsen war ihr Anliegen. Dies wurde im ersten Paragraph der Statuten festgelegt, um die Kasse deutlich von den Wohltätigkeitsgesellschaften abzugrenzen<sup>1142</sup>.

Die „Hilfskasse St. Petersburger Handwerker“ (*Vspomogatel'naja kassa peterburgskich remeslennikov*) wurde von dem langjährigen Mitglied der Handwerksverwaltung (1868 bis 1880), Kollegiensekretär M. Machov, im August 1871 registriert, obwohl das Projekt schon im März 1866 von den Meisterversammlungen aller 23 Zünfte und schließlich von der Stadtduma bestätigt wurde. Sie bezweckte nur Zuwendungen für arme Handwerker<sup>1143</sup>.

Allerdings konnten diese Kassen bzw. Genossenschaften nur die St. Petersburger Zunfthandwerker betreuen, und dies auch nur in geringem Umfang. Die überwiegende Mehrheit der Handwerker konnte nirgendwo einen Kredit erhalten. Dies hatte negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage der Handwerker. In Perioden schlechten Absatzes, wenn die Meister gezwungen waren, ohne Aufträge Waren für die Direktvermarktung herzustellen, hatten sie keine Möglichkeit, ihre Produktion vorzufinanzieren. So taten sich z. B. einige Möbelmeister zusammen, um Waren auf eigenes Risiko herstellen zu können, was aber den Absatz auf dem Markt noch nicht garantierte<sup>1144</sup>.

1894 versuchte die Staatsbank die Handwerker mit Krediten zu unterstützen. Die direkte Finanzierung der Handwerker erwies sich aber als schwer realisierbar und zu umständlich. Die Staatsbankdirektion kam zu dem Schluß, daß die Kreditoperationen durch die Vermittlungsorganisationen der Handwerker durchgeführt werden könnten, denen die Kredite im größeren Umfang gewährt werden sollten. Sie sollten ihrerseits die Funktion eines Kollektors erfüllen und die weitere Verteilung kleinerer Kredite unter den Handwerkern organisieren.

---

<sup>1142</sup> Delo po voprosu ministra finansov v 1871 godu otnositel'no utverzdenija „Ustava ssudnosberegatel'noj kassy s. peterburgskich remeslennikov“ ne v ustanovlennom porjadke (7.3.1872-27.5.1873), in: RGIA, f. 1287, op. 9, d. 431, l. 4, 6.

<sup>1143</sup> Otnošenje voennogo general-gubernatora S. Peterburga k ministru vnutrennich del ot 25.3.1866, in: RGIA, f. 1287, op. 8, d. 1554: O „Vspomogatel'noj kasse peterburgskich remeslennikov“ (6.5.1867-24.8.1871), hier l. 1; s. dort auch den Bericht von M. Machov, l. 2.

<sup>1144</sup> Dril', Položenie, S. 41f.

Zudem sollten sie die Kontrollfunktion über die Bürgschaften und Kredite übernehmen. Um dafür eine rechtliche Basis zu schaffen, wurde am 1.6.1895 ein Gesetz über die Gesellschaften für den Kleinkredit erlassen<sup>1145</sup>.

Es ist zu vermuten, daß die Aktivitäten der Staatsbank zum Teil auf das Drängen der Handwerker initiiert wurden. Es dauerte aber noch weitere neun Jahre, bis 1904 die „Kreditgenossenschaft der Schreiner und der Möbelpolsterer“ (*Kreditnoe tovariščestvo stoljarov mebel'ščikov i obojščikov*) gegründet wurde<sup>1146</sup>. Die Gründung zweier weiterer Spargenossenschaften der Handwerker im Jahre 1910 stellte die Frage über die Gründung einer Handwerksbank im Jahre 1911 auf die Tagesordnung des Handwerkerkongresses<sup>1147</sup>.

In Anbetracht der erhöhten Aktivität der Handwerker in den letzten Jahren vor der Oktoberrevolution 1917 - das Abhalten zweier Handwerkerkongresse 1900 und 1911 und die Gründung einer Vielzahl gemeinnütziger Handwerksorganisationen innerhalb und außerhalb der Handwerksverwaltungen - läßt sich erkennen, daß sich das Kreditwesen der Handwerker in einer ersten Aufbauphase befand. Es ist wahrscheinlich, daß diese Handwerksbank in den darauffolgenden Jahren auch Realität geworden wäre, wenn es nicht zu einer sozialen Katastrophe gekommen wäre. Dies belegt die Tatsache, daß in den Jahren des Ersten Weltkrieges zwischen 1914 und 1916 unter den Handwerkern in St. Petersburg einige Genossenschaften des gegenseitigen Kredites (*Obščestva vzaimnogo kredita*) aktiv tätig waren, wobei ungeachtet zunehmender Schwierigkeiten während der Kriegszeit ihre Umsätze von 9.533.094 im Jahre 1915 auf 15.302.595 Rubel im Jahre 1916 kräftig angestiegen waren. Das waren die Handwerker-Kreditgenossenschaften der Stadtviertel Vasilijinsel, Ligoysker, Carskoselsker, Nevsker und Petrograder. Diese Kreditgenossenschaften entstanden unmittelbar vor dem Handwerkerkongreß 1911 im Jahre 1910 und zählten bereits 541 Mitglieder, deren Einlagen sich auf 149.307 Rubel beliefen. Die Größe des Kredits betrug 100 bis 25.000 Rubel. Und obwohl die Anzahl der Mitglieder im Zusammenhang mit dem Krieg im Vergleich zum Jahr 1915 von 586 auf 541 absank, stieg der Umsatz der Kreditgenossenschaften kräftig an. Der Umsatz erhöhte sich zwischen 1915 und 1916 von 1.292.349 auf 3.608.157 Rubel. Es wurden Wechsel für 1.068.215 bzw. 1.102.156 Rubel ausgestellt. Der Umfang der Darlehen „on call“ (*do vstrebovanija*) mit Wechseldeckung stieg

---

<sup>1145</sup> S. V. Borodaevskij, Gde dostat' remeslenniku deneg na chozjajstvennye raschody i kak ulučišit' uslovija priobretenija syr'ja i sbyta remeslennych izdelij, St. Petersburg 1900, S. 17.

<sup>1146</sup> Remeslenniki i remeslennoe upravljenie, S. 79.

<sup>1147</sup> Protokoly zasedanija sekcii po ékonomičeskim voprosam, in: Trudy vtorogo vsrossijskogo s-ezda po remeslennoj promyšlennosti, St. Petersburg 1911, S. 195f.

von 8.231 auf 227.683 Rubel und die mit Wertpapierdeckung von 302.837 auf 2.208.025 Rubel an<sup>1148</sup>. Außer diesen Kredit- und Spargenossenschaften war noch die ebenfalls 1910 gegründete „Petrograder Industrie- und Handwerksdarlehen- und Spargenossenschaft“ (*Petrogradskoe promyšlennoe i remeslennoe ssudno-sberegatel'noe tovariščestvo*) tätig.

In Moskau kam es erst später zur Gründung von Kreditanstalten, 1916 gab es in der Stadt ganze zwei. Die eine hieß „Moskauer Kredit- und Spargenossenschaft“ (*Moskovskoe ssudno-sberegatel'noe tovariščestvo*) mit 20 Mitgliedern und einem maximalen Kredit von 1000 Rubel und war 1912 gegründet worden, und die andere die 1904 gegründete „Moskauer Handwerks- und Industriekreditgenossenschaft“ (*Moskovskoe remeslenno-promyšlennoe kreditnoe tovariščestvo*) mit 260 Mitgliedern, die einen maximalen Kredit von 500 Rubel gewährte<sup>1149</sup>. Wie zu bemerken ist, lag die Spanne in der Höhe des Kredites der St. Petersburger Gesellschaften viel breiter. Wenn sie sich in St. Petersburg zwischen 100 und 25.000 Rubeln bewegte, lag sie in Moskau zwischen 500 und 1.000 Rubeln. Das heißt, daß sowohl die kleinen Moskauer Handwerker als auch diejenigen, die ihren Betrieb in großem Umfang zu einer Fabrik umbauten, keine Möglichkeit hatten, den Kredit zu erhalten.

1907/1908 stand Rußland im gesamteuropäischen Vergleich mit 5.000 Kreditgenossenschaften (3.400 auf dem Land und 1.600 in den Städten) hinter Deutschland (16.092) und Österreich-Ungarn (9.316) auf dem dritten Platz<sup>1150</sup>. Produktions- und Konsumgenossenschaften waren in Rußland weiter verbreitet, mit 3.510 Konsumgesellschaften stand das Land auf dem ersten Platz in Europa gefolgt von Deutschland mit 2.980 und Frankreich mit 2.301 Konsumgesellschaften. Die Produktionsgesellschaften waren in Rußland überwiegend auf dem Land (2.500) verbreitet, da das Landhandwerk dem Produktionsvolumen nach größeren Anteil an der russischen Gesamtwirtschaft als das Stadthandwerk (300) inne hatte. 1908 stand Rußland zu den anderen europäischen Ländern die Anzahl diverser Gesellschaften betreffend wie folgt da: Deutschland 26.852, Österreich-Ungarn 13.901, Rußland 11.315, Italien 6.538 und Frankreich 4.900 Kredit-, Konsum- und Produktionsgesellschaften. Demzufolge schnitt Rußland verhältnismäßig gut ab. Im Verhältnis zur

---

<sup>1148</sup> Otčet Obščestva vzaimnogo kredita petrogradskich remeslennikov za 1916 god, in: RGIA, f. 583, op. 16, d. 44: Otčety obščestv vzaimnogo kredita Vasileostrovskkogo, Ligoovskogo, Carskosel'skogo, Nevskogo i Petrogradskich remeslennikov (1914-1916), l. 62; Remeslenniki i remeslennoe upravlenie, S. 78.

<sup>1149</sup> Remeslenniki i remeslennoe upravlenie, S. 79.

<sup>1150</sup> Zak, Formy, S. 13.

Gesamtbevölkerung war diese Anzahl nicht groß genug, um den Bedarf nach genossenschaftlichen Organisationsformen vollständig zu decken<sup>1151</sup>.

Bezeichnend für die Entwicklung des russischen Kreditwesens und konkret desjenigen der St. Petersburger Handwerker in der Kriegszeit war, daß der Umsatz der Darlehen, die mit Wertpapieren statt mit Waren gedeckt waren, rasch anstieg. Bezeichnend ist aber auch, daß die Handwerker die Vorteile des eigenen Banksystems erkannten und keine Wucherzinsen an die Geldverleiher zahlten, wie es noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts üblich war.

### 10.1.2 Die Preis- und Lohnbildung

Als erstes läßt sich bemerken, daß eine uneinheitliche Bezeichnung der Lohnwerte in der sowjetischen und westeuropäischen Fachliteratur eine vereinheitlichte Betrachtung dieser Werte im Laufe des 19. Jahrhunderts und auf verschiedene Berufsgruppen bezogen beträchtlich erschwert. Je nachdem analysierten die Forscher die Dynamik der Löhne in Silber- oder Papierrubel, deren Verhältnis in den 1830er-1850er Jahren bei 1:3,5 lag, oder sie ließen nicht erkennen, um welche Art des Geldes es konkret ging. Hier werden alle Werte in den Tabellen wenigstens für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts in Silber- und Papierrubel wiedergegeben. Um das Verhältnis des Rubelkurses zu berechnen, ist im Anhang russischer Maße das Verhältnis eines Silberrubels zum Papierrubel in verschiedenen Jahren angeführt. Es werden nach Möglichkeit nur die Jahreslöhne verglichen, obwohl eine Ausnahme für die Tagelöhner gemacht werden muß, weil deren Verdienstmöglichkeiten oft ungleichmäßig durch das Jahr verteilt waren. Von vornherein ist zu bemerken, daß das Lohnniveau im Handwerk in der Regel höher als in den großindustriellen Betrieben war. 1807 bekam ein unqualifizierter Arbeiter im Durchschnitt 58 Kopeken, ein Zimmermann oder Maurer jedoch ein Rubel am Tag. Der Papierrubel kostete damals 67.5 Silberkopeken. Dementsprechend war der Lohn in Silberkopeken 39.1 bzw. 67.5 Kopeken. 1853 stieg der Tageslohn des unqualifizierten Arbeiters auf 50 Silberkopeken, des Zimmermanns auf 81 Silberkopeken und des Maurers auf 94 Kopeken am Tag<sup>1152</sup>. Es gibt eine Vielzahl verstreuter Angaben über den Verdienst im Handwerk. So bekam 1816 ein Schuhmacher für ein Paar Stiefel 2,5 Rubel, ein Schneider für

---

<sup>1151</sup> Ebd., S. 13.

<sup>1152</sup> Очерки истории Ленинграда, Bd. , S. 121.

eine Uniform etwa 6 Rubel<sup>1153</sup>. In der Regel verdienten die Handwerker in den privaten Betrieben wesentlich mehr. In den 29 Töpferwerken bekam ein Handwerker im Jahre 1828 im Durchschnitt 240 Rubel im Jahr. 1830-1831 verdiente ein Saffianlederer 187 Rubel, ein Färber und ein Bleicher etwa 240-250 Rubel im Jahr<sup>1154</sup>. 1831 bekam der Schneider Aleksej Beloborodov als „mladšij master“ 400 Rubel im Jahr oder 33,3 Rubel monatlich. 1842 betrug der Gesellenlohn in der Bronzegießerei Denker zwischen einem und 2,5 Rubel in Papierrubeln und für einen Meister drei Rubel pro Tag<sup>1155</sup>.

Im Zusammenhang mit der allgemeinen Verteuerung der Konsumgüter und der Miete in den 30er Jahren gab es auch eine allgemeine Lohnerhöhung. So bekamen im Jahre 1837 ein Spinner zwischen 480 und 540 Rubeln, ein Baumwoll- und Stoffdrucker zwischen 400 und 500 Rubel im Jahr<sup>1156</sup>. Relativ gute Verdienstmöglichkeiten bestanden in den metallverarbeitenden Betrieben. So bekam ein bäuerlicher Schlosser beim freigelassenen Bauer und Handwerker Varzin, der in St. Petersburg eine Schlosserwerkstatt unterhielt, 420 Papierrubel im Jahr, wovon er folgende Ausgaben tätigte: Mehr als die Hälfte (240 Rubel) wurden für den Geldzins an den Grundherren zurückgelegt, jeweils 15 Rubel waren für den Paß und den Adressenschein, 35 Rubel für die Kleidung, 40 Rubel für die Stiefel, 8,4 Rubel für Hygieneartikel, 70 Rubel für Tee, Wein und andere Genußmittel und schließlich wurden 10,5 Rubel für die Mutter im Dorf zurückgelegt<sup>1157</sup>.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es nur unbedeutende Lohnveränderungen in den staatlichen und privaten Betrieben. Nur am Anfang der 1830er Jahre gab es eine geringe Lohnerhöhung wegen der allgemeinen Teuerung. Der maximale und minimale Wert der Jahreslöhne im St. Petersburger Gewerbe betrug 1841 in Papier- und Silberrubeln 173,6 (49,6) bzw. 366,4 (104,7), was im Durchschnitt 270 (77) Rubel ausmachte<sup>1158</sup>.

Die höchsten Lohnwerte (in dieser Analyse sind die Jahresdurchschnittslöhne in

---

<sup>1153</sup> Kopanev, A.I., *Remeslenniki Peterburga pervoj poloviny 19 veka*, in: *Remeslo i manufaktura v Rossii, Finljandii i Pribaltikr. Leningrad 1975*, S. 88.

<sup>1154</sup> *Kratkoe obozrenie dejstvija gončarnych i saŭjannyh zavodov v S.-Peterburge*, in: *Žurnal manufakturi i trgovli* Nr. 1 (1831), S. 53-57.

<sup>1155</sup> *GIALO*, f. 223, sv. 12, Nr. 375, l. 73, aus: *Očerki istorii Leningrada*, Bd. 1, S. 487.

<sup>1156</sup> *O sostojanii rabočich v Rossii*, in: *ŽMT* Nr. 11-12 (1837), S. 15-22.

<sup>1157</sup> *O byte rabočich ljudej v S. Peterburge*, S. 21.

<sup>1158</sup> *O merach ulučšenija položenija rabočich i remeslennikov v Peterburge (1840-1842)*, in: *RGIA*, f. 560, op. 8. d. 577, l. 6f.; *Raport statskogo sovetnika Oznobišina general-majoru grafu Buksgevdenu* (März 1841), in: *RGIA*, f. 560, op. 8, d. 577, l. 22 f.

den Papierrubel ausgeführt) im Jahre 1841 hatten unter den Handwerkern die Diamantenschleifer (720), Steinmetze (450) und Vergolder (420). Im mittleren Lohnbereich bewegten sich die Löhne der Klavier- und Wagenbauer mit jeweils 360 und 330 Rubeln, Böttcher (275) und Bäcker (250). Jeweils 240 Rubel verdienten Tapezierer, Kürschner, Bürstenbinder und Maler. Im unteren Lohnbereich befanden sich schließlich Kupferer (200), sowie Mechaniker, Silberschmiede, Waffenschmiede, Drucker und Lithographen, Schlosser, Schmiede mit jeweils 180 Rubeln. Ihnen folgten Pferdehaarverarbeiter (150), Schneider (150), Damenschuhmacher (120) und Schuhmacher (100). Die Schneider und Schuhmacher, deren Handwerk traditionell überbesetzt war, litten am meisten an der bauerlichen Konkurrenz und hatten die niedrigsten Löhne.

Die Löhne im Bauhandwerk, das fast ausschließlich von den bauerlichen Artels ausgeübt wurde, bewegten sich im mittleren und niederen Preissegment. Am besten verdienten hier die Steinschleifer (290); ihnen folgten Tischler (225), Ofensetzer (210), Maurer, Stuckarbeiter (190) sowie Zimmerleute und Steinschleifer (155).

Die hohen Lohnschwankungen innerhalb des Bauhandwerks lassen sich auf saisonale Nachfrageschwankungen und auf die Länge des Arbeitstages zurückführen. Die Lohndifferenz betrug in Rubel jeweils 300 bei den Steinschleifern, 170 bei den Zimmerleuten, 150 bei den Maurern, Stuckarbeitern, Ofensetzern, Semmelbäcker und Steinmätzen und 100 bei den Tischlern. Die „stationären“ Handwerke wie die der Böttcher und Reifenmacher, der Semmelbäcker und Tischler, die weniger von den saisonalen Schwankungen abhängig waren, hatten eine kleinere Lohnspanne mit jeweils 300, 150 und 100 Rubeln. Gewinnbringendere Handwerke waren im Jahre 1841 die Silber- und Goldschmiede, Diamantenschleifer, Goldschläger, Monumentalmeister und Klavierbauer<sup>1159</sup>.

Die großen Staatsbetriebe unterschieden sich von den privaten durch ein niedriges Lohnniveau, waren aber als Arbeitgeber für die Handwerker insofern interessant, daß sie wirtschaftlich stabil waren. Dabei wurden die freien Meister besser entlohnt als die im staatlichen Dienst stehenden. Nach T. M. Kitanina bekamen vertragsmäßiggebundene (*po kontraktu*) Schmiede im Alexandrinischen Gießwerk (*Aleksandrovskij čugunolitejnyj zavod*) in den 1840er Jahren einen Lohn zwischen 204 und 360 Rubel, der den staatlichen Schmiede (65 bis 95 Rubel) bis zu 3,5 mal übertraf<sup>1160</sup>. Zu bemängeln in diesem Vergleich ist, daß

<sup>1159</sup> Doklad Oznobišina, in: O merach ulučenija, I. 14.

<sup>1160</sup> Istorija rabočich Leningrada, Bd. 1, S. 106. Nach Kitanina (Rabočie, S. 224) betrug der Lohn für diese Handwerkerkategorie im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts zwischen 67 und 127

erstens nicht gesagt wird, in welcher Rubelwährung der Lohn für beide Gruppen aufgeführt worden ist. Angenommen, die ersteren sind als Papierrubel und die zweiten als Silberrubel aufgeführt, dann werden umgerechnet aus 204 bzw. 360 Papierrubel 58,29 bzw. 102,86 Silberrubel im Jahr, was dem Lohnverhältnis für staatliche Schmiede durchaus gleicht. Zweitens, werden die obengenannten Schmiede nicht nach ihrer Qualifikation unterschieden, was nötig ist, weil es beispielsweise im Alexandrinischen Werk unter den Schmieden Meister, Gesellen und Arbeiter gab. Und tatsächlich, wenn die Löhne der Meister-Schmiede, die oft vertragsgebunden waren, und der Arbeiter-Schmiede in Papierrubeln verglichen werden, kommt die dreifache Differenz im Lohn heraus<sup>1161</sup>.

In der Admiralität, ebenfalls einer der größten staatlichen Arbeitgeber der Stadt, bekamen die Meister je nach Qualifikationsgrad und ausgeübtem Beruf zwischen 84 und 360 Rubel im Jahr, wobei die Meister in drei Gruppen eingeteilt wurden: Die Meister der dritten Gruppe bekamen monatlich zwölf, die der ersten 23,25 Rubel. Die Meister der dritten Klasse und die Lehrlinge, die 12 Rubel im Monat erhielten, machten die größte Gruppe aus<sup>1162</sup>. Ein freier Meister bekam auch hier wesentlich mehr als ein staatlicher. So verdiente z. B. 1834 ein Zimmerer in der Admiralität rund 430 Rubel im Jahr<sup>1163</sup>.

In den 1850er Jahren, besonders während des Krimkrieges, ereignete sich eine zunehmende Rubelabwertung. General E. V. Timašev berichtete am 20. April 1857 dem Zivilgouverneur St. Petersburgs über die allgemeine Unzufriedenheit aufgrund starker Preiserhöhung auf die Konsumgüter in der Hauptstadt. Im gleichen Jahr berichtete Smirnov dem Leiter der dritten Abteilung der kaiserlichen Kanzlei, daß die Miete in den letzten 20 Jahren um mindestens 50% angestiegen sei. Die Preise waren bei fast allen Produkten außer den Fabrikprodukten, deren Herstellungskosten dank neuer Verfahren verhältnismäßig niedrig war, erhöht worden<sup>1164</sup>. Mit der Einführung des

---

Rubel.

<sup>1161</sup> S. RGIA, f. 219, op. 1, d. 6518, l. 14, aus: T. M. Kitanina, *Rabočie Peterburga v 1800-61 gg.: promyšlennost', formirovanie, sostav, položenie rabočich, rabočee dviženie*. L. 1991, S. 212; vgl. *Istorija rabočich Leningrada*, Bd. 1, S. 106.

<sup>1162</sup> Seměnova, L. N., *Rabočie peterburgskich zavodov Artillerijskogo vedomstva v pervoj četverti XVIII veka*, S. 98-105, in: *Očerki russkoj kul'tury*, čast' 4, S. 36.

<sup>1163</sup> Kopanev, A. I., *Naselenie Peterburga v pervoj polovine 19 veka*. Moskau-Leningrad 1957, S. 64.

<sup>1164</sup> Kitanina, *Rabočie*, S. 225.

Silberrubel fiel der Monatslohn von 16 auf 13 Rubel in den staatlichen Betrieben, von 36 auf 21 bei den Zimmerleuten, von 38 auf 24 bei den Maurern usw.<sup>1165</sup>.

Die großen Papiergeldemissionen vor allem während des Krimkrieges 1854/55 bargen die Gefahr einer Inflation. Noch keiner erkannte die Gefahr - gerade 1855 und 1856 verzeichneten die größten Jahrmärkte Rußlands Rekordumsätze. Es bedurfte eines Anlasses, um die Preise stürzen zu lassen. Ein solcher Anlaß wurde 1856 in St. Petersburg mit den Feierlichkeiten bezüglich der Krönung Alexanders II. gegeben, als eine große Gästezahl aus ganz Rußland in die Stadt eingereist war<sup>1166</sup>. Seit diesem Jahr waren die Preise hoch und in der Hauptstadt herrschte dieses Preisniveau bis in die späten 60er Jahre.

Viele Arbeiter bzw. Gesellen, die bei den Meistern beschäftigt waren, machten sich selbständig und arbeiteten allein oder stellten weitere Handwerker nach Bedarf für kurze Zeit ein. Die Saisonarbeit wurde vor allem bei Gold- und Silberschmieden sowie Juwelieren praktiziert. Nach dem ausländischen Muster ersetzten sie den Monatslohn durch den Tageslohn. Die Tagelöhner bekamen vom Arbeitgeber keine Kost und Logis und wohnten getrennt. Der traditionelle Handwerksbetrieb verlor zu dieser Zeit seine wesentlichen Züge eines Familien- und Hausbetriebs. Die Arbeitnehmer bekamen zwischen 1 und 2,5 Rubel pro Tag. Der Monatslohn lag also zwischen 15 und 37 Rubel<sup>1167</sup>.

Die kleinen und alleinstehenden Handwerker versuchten die Kunden von den anderen Produzenten wegzulocken, indem sie die Preise nach unten trieben. Trotzdem konnten sie mit den Großhändlern nicht konkurrieren. Die Händler behielten auf dem Markt die Oberhand und nahmen fast die ganze handwerkliche Produktion ab. Die großen Läden, z. B. die Frauenschuhläden, verringerten die Einkaufspreise während der saisonalen Nachfrageschwankungen maximal. Sie nahmen ein Paar Frauenschuhe für 1,2 Rubel ab, obwohl dem Frauenschuhmacher allein das Material 0,9 Rubel kostete. Die Gewinnspanne für den Handwerksmeister war also minimal. Im Durchschnitt produzierte er acht Paar Schuhe in der Woche, wodurch er 2,40 bzw. 9,6 Rubel Bruttogewinn im Monat erwirtschaftete, was ihm nur für die Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnissen ausreichte. Den Herenschuhhandwerkern erging es nicht

---

<sup>1165</sup> Pažitnov, *Položenie rabočego klassa v Rossii*, Bd. 1, S. 153, aus: Kitanina, Rabočie, S. 226; A. M. Rykačëv, *Ceny na chleb*, S. 5.

<sup>1166</sup> N. Babst, *Mysli o sovremennych nuždach našego narodnogo chozjajstva*. Moskau 1860, S. 12f., 18f.

<sup>1167</sup> Dril', *Položenie*, S. 35f.



viel besser. Die wertvollen Herrenhalbstiefel mit doppelter Sohle, deren Einkaufspreis noch 1879 acht Rubel betrug, wurden von den Läden 1891 nur noch für sechs Rubel abgenommen. Zwar konnten 50 Kopeken durch die günstigere Materialbeschaffung gespart werden. Aber die restlichen eineinhalb Rubel zahlte der Handwerker aus eigener Tasche. Ab 1891 mußten die Schuhmacher den Läden die oben genannte Schuhmarke für fünf Rubel verkaufen. Von diesen fünf Rubeln entfielen 3,5 Rubel auf die Materialkosten, und zwischen 80 Kopeken und einem Rubel zahlte der Meister dem Handwerker für die Arbeit, so daß nur 50 Kopeken Reingewinn übrig blieben. Im Durchschnitt verfertigte der Handwerker in der Woche fünf Paar solcher Halbstiefel. In wirtschaftlich schlechten Phasen wurden auch diese Aufträge storniert und der Großteil der Handwerker reiste zurück aufs Land<sup>1168</sup>.

Schneider aller Art arbeiteten ebenfalls für die Läden, die oft von erfolgreichen Meistern unterhalten wurden, die kein Handwerk mehr betrieben und sich ausschließlich dem Warenvertrieb widmeten. Um ihrerseits der Konkurrenz anderer Händler standhalten zu können, trieben sie die Preise rücksichtslos nach unten, wodurch sich die Gewinnspanne der Handwerker fast auf Null reduzierte. Z. B. betrug der Einkaufspreis eines Jackettanzuges ungeachtet dessen, daß ein Schneider ihn in nur drei Tagen mit der Hilfe einer Nähmaschine nähen konnte, 2,25 Rubel. Diese Summe wurde halbiert, eine Hälfte ging an den Auftraggeber, der dem Gesellen oder dem Meister Material, Ausrüstung, Kost und eine Wohnung zur Verfügung stellte und die andere Hälfte bekam der Auftragnehmer. Folglich verdiente letzterer nur die Hälfte dessen, was sein selbständiger Kollege in der Damenschuhherstellung bekam<sup>1169</sup>.

Die Damenkleidungsbranche war in gleichem Maße von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung betroffen. Nach Aussagen der Damenschneider fielen die Preise für Oberkleidung um das dreifache. 1891 kostete der Überhang zwischen fünfeinhalb und sieben Rubel. Für die Herstellung eines mittelwertigen Überhanges brauchte ein Meister eineinhalb und für einen hochwertigen zwei Arbeitstage. Von diesen fünfeinhalb bzw. sieben Rubel des Einkaufspreises blieben dem Handwerker eineinhalb Rubel übrig. 1891 fiel der Preis dieser Art Oberkleidung bis dreieinhalb Rubel. Die Weißnäherinnen erhielten für das Dutzend Hemden eineinhalb Rubel.

Andere Handwerker, die unter der maschinellen Herstellung litten, waren die Möbelhandwerker bzw. Schreiner, Etuimacher und Kastenbauer. Die Möbelläden monopolisierten beinahe den St. Petersburger Markt und hatten den Worten der

---

<sup>1168</sup> Ebd., S. 37f.

<sup>1169</sup> Ebd., S. 37f.

Handwerker nach „alles vermässelt“: Z. B. nahmen sie die Sessel, die normalerweise zehn Rubel kosteten, für acht Rubel ab<sup>1170</sup>.

Die Großlädenbesitzer hatten verschiedene Methoden, die Handwerker auszunutzen. Bei der Erteilung eines Auftrages wurde der Handwerker gezwungen, die Arbeitsmaterialien mit einem Preisaufschlag von 25 bis 30% bei bestimmten Rohstofflagern zu beziehen. Z. B. kosteten ihm Eiche 30 Rubel, 16 kg Nußbaum 1,75 Rubel und das Pfund Kleber 0,22 Rubel, obwohl im Handel jeweils 23, 1,20 und 0,18 Rubeln berechnet wurden. Der Händler zog diesen Betrag bereits vom Einkaufspreis ab und der Handwerker erhielt nur 1/3 bis 2/3 des Gesamteinkaufspreises in bar, wobei das Bargeld in Raten bezahlt wurde. Oft konnten die Handwerker nur beschwerlich zu ihrem Geld kommen. Falls sie vom Händler einen Wechsel ausgestellt bekamen, konnten sie ihn nicht sofort einlösen und wenn sie ihn einlösten, bekamen sie zuweilen nur einen Teil des Warenpreises wieder zurück. Es gab auch Fälle, in denen Handwerker vom Händler statt Geld Waren als Entlohnung erhielt<sup>1171</sup>.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war der traditionelle Handwerker, der zugleich Produzent und Verkäufer war, immer seltener anzutreffen. Die Anzahl der großen Handwerksstätten, denen zugleich ein Ladengeschäft angegliedert war, verringerte sich kontinuierlich. Die reichen Meister praktizierten in einem immer größeren Umfang das Verlagshandwerk und vergaben die Aufträge an kleine Handwerksbetriebe oder Einzelhandwerker<sup>1172</sup>. Es gab eine Vielzahl von Läden, die von Handwerksmeistern betrieben wurden, die kein Handwerk mehr ausübten. Dies war besonders oft unter den Schuhmachern, Schneidern und Möbelschreibern anzutreffen. Die Handwerksmeister waren also aktiv an der intensiven Entwicklung neuer Formen des stationären Handels in der Hauptstadt beteiligt<sup>1173</sup>.

Unter dem Betriebskostendruck und aufgrund verfallender Preise wurden die Meister dazu gezwungen, Arbeitnehmer zu entlassen, um die Rentabilität des Betriebes zu gewährleisten. Kleinere und mittlere Handwerksbetriebe standen vor der Wahl, entweder Arbeitskräfte zu entlassen bzw. den Betriebsumfang zu vermindern und zum Verlag oder Kleinhandel überzugehen oder eine Modernisierung mittels neuer Maschinen und einer höheren Beschäftigtenzahl

---

<sup>1170</sup> Ebd., S. 38.

<sup>1171</sup> Ebd., S. 40ff.

<sup>1172</sup> I. Kel'berin, O merach k razvitiju remeslennoj promyšlennosti. Kiev 1902, S. 23; Vgl. Ehmer, Ökonomischer, S. 78-104; Lenger, Polarisierung, S. 127-145.

<sup>1173</sup> Mielenhausen, Einzelhandel, S. 53.

durchzuführen, um eine Massenproduktion zu ermöglichen. Die zunehmende Industrialisierung in St. Petersburg, die für russische Verhältnisse besonders schnell von statten ging hatte eine starke Polarisierung des Handwerks zur Folge<sup>1174</sup>.

## 10.2 Der Absatzmarkt und regionale Verteilung des Handwerks

Der Absatzmarkt in St. Petersburg war in Anbetracht der Bevölkerungsanzahl sehr groß. Die traditionellen Handwerker waren dort am häufigsten zu treffen, wo sich auch der Großteil der Bevölkerung der Stadt befand - in der Stadtmitte und in den ihr naheliegenden Stadtvierteln. Das war die sogenannte Halbstundenzone, die sich zunächst auf zwei bis drei Kilometer belief. Das war die Strecke, die ein potentieller Kunde zurücklegen mußte, um ein Geschäft zu Fuß zu erreichen<sup>1175</sup>. Die Konzentration der Handelsgeschäfte bzw. Werkstätten mit Läden war in der Stadtmitte auf dem Nevskij Prospekt, in der Goročovaja-Straße und auf dem Voznesenskij Prospekt besonders hoch<sup>1176</sup>. Mit dem Ausbau der Pferdebahn<sup>1177</sup> seit 1828 wurden die Bezirke um den Litejnij Prospekt und die Sadovaja-Straße, wo ebenfalls der Handel zahlreich vertreten war, stärker mit dem Stadtkern verbunden<sup>1178</sup>. Als in St. Petersburg in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die neuen Nahverkehrsmittel ausgebaut wurden, erweiterte sich die Halbstundenzone auf weitere fünf bis sechs Kilometer. So wurden mit der Pferdebahn 1912 21.600.000 Personen befördert. 1907 fuhr in der Stadt die erste Straßenbahn, deren Netz nach fünf Jahren etwa 120 km betrug. Jetzt konnte sich die Personenbeförderung mehr als verzehnfachen. 1913 wurden mit der Straßenbahn 252.000.000 Personen befördert<sup>1179</sup>. Insgesamt entwickelte sich in St. Petersburg ein gut ausgebautes Nahverkehrsmittelnetz, das mit der Einführung der Straßenbahn dazu führte, daß die Halbstundenzone auf weitere sieben bis neun Kilometer erweitert wurde. 1914 erstreckte sich St. Petersburg auf 11,5 mal

---

<sup>1174</sup> Vgl. Lenger, Sozialgeschichte, S. 54f.

<sup>1175</sup> Vgl. Mielenhausen, Einzelhandel, S. 54; Hans-Jürgen Rogge, Bestimmungsfaktoren des regionalen Konsumentenverhaltens, in: Ober-Stadtdirektor (Hrsg.), Perspektiven der Stadtentwicklung: Ökonomie-Ökologie. Osnabrück 1988, S. 71-104, hier S. 77.

<sup>1176</sup> Vgl. Bater, St. Petersburg, S. 120.

<sup>1177</sup> Gorodskoj transport, in: Otečestvennaja istorija, Bd. 1, Moskau 1994, S. 600-602.

<sup>1178</sup> Bater, St. Petersburg, S. 123-128.

<sup>1179</sup> Zasosov, Iz žizni, S. 226.

12,5 km, d. h., die Nahverkehrsmittel erreichten große Teile der Stadt<sup>1180</sup>.

Das rasante Wachstum von St. Petersburg, die Zunahme der Handwerks- und Industriekonsumgüter und die Entwicklung der Nahverkehrsmittel beeinflussten die Standortpolitik der Handwerker und Händler, die „neue Standorte in Streulagen und entlang der Ausfallstraßen“ gründeten<sup>1181</sup>. Die zentrale Lage der meisten Handwerker in der Hauptstadt war nicht nur kundenbezogen, sondern auch durch das Prinzip: Wohnen dort, wo gearbeitet wird, bedingt. Das betraf sowohl Handwerker als auch Arbeiter in den großen Industriebetrieben am Stadtrand<sup>1182</sup>. Die Bevölkerungsstruktur beeinflusste auch Warensortiment, so daß die Produkte besserer Qualität, die auch teurer waren, in der Stadtmitte und die Produkte niedrigerer Qualität in den Bezirken am Stadtrand, wo Industriearbeiter angesiedelt waren, verkauft wurden.

Der Absatz selbst wurde durch viele Faktoren bedingt. Einer davon war, daß die russischen Handwerker Jahrzehnte lang mit dem Vorurteil des russischen „Publikums“ zu kämpfen hatten, daß die russischen Waren schlechter seien als die ausländischen. In den angewandten Handwerken und im Modebereich war diese Meinung auch begründet. Erst am Ende des 19. Jahrhunderts konnte dieser Qualitätsunterschied einigermaßen ausgeglichen werden.

Ein Musterbeispiel liefert in dieser Hinsicht der Fall des Farbenfabrikanten Frese. Seine Farbenfabrik in St. Petersburg war in Rußland einmalig: Dort wurden besonders feine Farben für die Malerei hergestellt. Die Fabrik wurde 1813 gegründet und nahm eine rasante Entwicklung. In den ersten drei Jahren wurden je 7.000, 27.000 sowie 60.000 Farbpackungen verkauft, was Wachstum von 857% bedeutete. Frese belieferte mit seinen Farben sowohl private Stuben und größere Läden, als auch die privaten und staatlichen Lehranstalten. Außerdem schickte er große Warensendungen nach Moskau, Kazan<sup>4</sup>, in die Ostseeprovinzen und zum größten Handelsplatz Rußlands, dem Makar'evsker Markt in Nižnij Novgorod an der Wolga. Ungeachtet dessen, daß die Qualität der Farben, die in nichts vergleichbaren ausländischen Produkten nachstanden, noch weiter verbessert wurde, zeichneten sich seit dem Winter 1815/1816 erste Absatzschwierigkeiten ab. Dies hing damit zusammen, daß der Senat mittels eines Erlasses Frese verpflichtete, seine Farben anstatt mit einem englischen mit einem russischen Warenzeichen abzustempeln. Das hatte für Frese verheerende Folgen: er konnte seine Farben kaum noch verkaufen und rechnete mit der Schließung

---

<sup>1180</sup> Ebd.

<sup>1181</sup> Mielenhausen, Einzelhandel, S. 55; Bater, St. Petersburg, S. 268ff., hier Tabelle auf der Seite 269: Gold and jewellery, 1867-1912.

<sup>1182</sup> Bater, St. Petersburg, S. 128-139, 429f.; Rogge, Bestimmungsfaktoren, S. 77f.

seiner Fabrik. Das Innenministerium stimmte Frese in seiner Beschwerde zu, daß das Publikum gewöhnt sei, alles ausländische zu loben und die Produkte mit einem russischen Warenzeichen links liegen zu lassen. Frese bat das Ministerium, ihm den Titel eines Hoflieferanten zu verleihen, um damit den Kunden die Qualität seiner Produkte vor Augen zu führen, was ihm auch gewährt wurde<sup>1183</sup>. Als Tendenz für das ganze 19. Jahrhundert läßt sich feststellen, daß die Handwerksmeister immer stärker in Abhängigkeit von Kaufleuten gerieten, was auch die Entwicklung des Handwerks in großen Städten wie Wien, Berlin und Düsseldorf charakterisierte<sup>1184</sup>. Dies führte dazu, daß viele Meister zum Verlagshandwerk übergingen, was ihnen laut Zunftstatut von 1799 auch gestattet war. Dieser Prozeß war zu Anfang des 20. Jahrhunderts sehr weit vorangeschritten, wie in zeitgenössischen Berichten der handwerkskongresse, handwerksverwaltungen und Regierungskommissionen erkennbar wird.

1902 konstatierte I. Kel'berin, daß die Handwerker meistens nicht mehr auf Bestellung eines konkreten Konsumenten arbeiteten, sondern ihre Produkte für Groschen an die großen Läden billig verkauften, ein Vorgang, der den Preisverfall sowie den Übergang zum Verlagshandwerk unterstützte<sup>1185</sup>. Des weiteren stellte A.A. Beretti auf einer Sitzung der Sektion für ökonomische Fragen während des zweiten Handwerkerkongresses im Jahre 1911 fest, daß sich die Handwerker in Fragen des Absatzes in völliger Abhängigkeit von den Händlern bzw. großen Läden befänden<sup>1186</sup>.

Die Absatzprobleme im Handwerk, die durch die veränderte Struktur des Absatzmarktes und nicht zuletzt durch das Verhalten der Kunden, die das breite Angebot großer Läden zu schätzen wußten, ihren Anfang genommen hatten, wurden hauptsächlich durch die Konkurrenz des Großhandels bedingt, der die verbesserte Infrastruktur bzw. neue Kommunikationswege (z. B. Eisenbahnlinien) nutzte. Die Verhaltensänderung der hauptstädtischen Konsumenten führte dazu, daß die Handwerker nicht mehr sicher waren, ob die bestellte Ware auch abgeholt und bezahlt wird. Der Kunde verstand es gut, die Vorteile des neu strukturierten Handelsmarktes der Hauptstadt zu nutzen, der ihm eine Vielzahl konkurrierender

---

<sup>1183</sup> O dozvolennii krasočnomu fabrikantu Frese prava imenovat' sebja pridvornym fabrikantom živopisnych krasok (1816), in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 180, l. 14f.

<sup>1184</sup> Vgl. Friedrich Lenger, Polarisierung und Verlag: Schuhmacher, Schneider und Schreiner in Düsseldorf 1816-1861, in: Engelhardt (Hrsg.), Handwerker, S. 127-145.

<sup>1185</sup> Kel'berin, O merach, S. 23.

<sup>1186</sup> Protokoly zasedanij sekcii po ékonomičeskim voprosam, in: Trudy vtorogo vsrossijskogo s-ezda, S. 197.

Angebote offerierte. Die Handwerker versuchten diese Situation des unsicheren Absatzes aufzufangen, indem sie ihre Produkte an die Großläden bzw. Großhändler verkauften, wodurch sie den Kontakt zu den Kunden verloren. Die völlige Abhängigkeit des Handwerkers vom Händler, der ihm die Verkaufspreise diktierte, führte zur Verelendung der Handwerkerschicht, weil die Händler Druck ausübten und die Preise nach unten trieben, wodurch die Gewinnspanne minimiert wurde<sup>1187</sup>.

Die Handwerker versuchten darauf Konsum- und Produktionsgesellschaften zu organisieren, um die Rohstoffe günstiger einzukaufen und die Waren profitabel absetzen zu können. Die Mehrheit der Handwerker kaufte Rohstoffe und halbfertige Waren nicht beim Hersteller sondern aus zweiter und dritter Hand bei Zwischenhändlern an. Dadurch lag der Einkaufspreis der Rohstoffe zwischen 20% und 50% höher als bei den Groß- bzw. Fabrikherstellern, was sich wiederum auf den Verkaufspreis der Ware negativ auswirkte: er erhöhte sich, wodurch sich die Konkurrenzfähigkeit der Handwerker im Wettbewerb mit den Großherstellern und Händlern verringerte.

So zahlte dementsprechend ein Möbelmeister für einen Pud Meereskraut bei einem Zwischenhändler eineinhalb Rubel, den er bei einem Fabrikanten für 1,1 Rubel bekommen hätte. Die Schneider zahlten beim Stoffeinkauf bis zu 50% mehr. Die Schuhmacher zahlten für ein Pud Leder 5,5 statt 4,5 Rubel und die Möbelmeister bzw. Polsterer für ein Pud Pferdehaar 22,5 statt 16 Rubel<sup>1188</sup>. Pferdehaar war für die Möbelherstellung besser geeignet, dafür aber wesentlich teurer und Stroh nicht so weich und ebenfalls teurer als Meereskraut. Die obengenannten Handwerker waren auch die ersten, die Genossenschaften organisierten, weil sie am stärksten von der Industrialisierung und der mit ihr verbundenen Massenherstellung betroffen waren.

Die Ursache für die Lage der Handwerker lag an ihrer Unwissenheit und Passivität, die durch die Verbundenheit zur Tradition zu erklären ist. Außerdem konnten die einzelnen Handwerker keine großen Mengen an Rohstoffen beim Großhersteller abnehmen, da sie keine großen Betriebskapazitäten hatte oder ihnen zu wenig flüssige Geldmittel zur Verfügung standen. So hielten sich die Handwerker an Händler, die ihnen Rohstoffe auf Kredit vergaben<sup>1189</sup>.

Während des Handwerkerkongresses im Jahre 1900 wurde diese Frage diskutiert und trug dazu bei, daß in diesen Jahren die Konsum-, Produktions- und

---

<sup>1187</sup> Vgl. Zak, Formy, S. 3f.

<sup>1188</sup> Borodaevskij, Gde dostat' remeslenniku, S. 35.

<sup>1189</sup> Ebd., S. 36ff.

Kreditgenossenschaften der Handwerker in St. Petersburg und in ganz Rußland in einer viel größeren Anzahl als früher organisiert wurden.

Auch die St. Petersburger Handwerksverwaltung hätte an dieser organisatorischen Arbeit aktiv teilnehmen können, wenn dies auch in ihrer Interesse gewesen wäre. Ihre Zurückhaltung in den Fragen der Selbstorganisation der Handwerker spiegelt eine Reihe mißlungener Versuche wider, in der Hauptstadt die Vermittlungsbüros für die Handwerker zu organisieren. Die konservative Stellung der Handwerksverwaltung zu allen Formen der Selbstorganisation außerhalb ihres Rahmens fand z. B. ihren Niederschlag in der Organisation dringend benötigter Arbeitsvermittlungsstellen in St. Petersburg, wo jährlich 50.000 bis 100.000 Saisonarbeiter tätig waren und rund 50.000 Zunfthandwerker ebenfalls oft die Hilfe solcher Vermittlungsstellen gebrauchen konnten.

So hatte der Schneider Eduard Dietrich im Jahre 1849 vorgeschlagen, ein „Auskunftsbüro für Handwerker“ zu gründen. Diesem Vorschlag folgten analoge Projekte in den Jahren 1854 und 1861, die wiederum fehlschlügen. Die letzten zwei Projekte wurden von Karl Kessner, Schneider aus Mittau, und von Ottmar Paul, Buchbinder, vorgetragen. In den Jahren 1849 und 1854 wurden die Projekte vom Innenministerium wegen negativer Stellungnahme der Handwerkerverwaltung bezüglich der Auskunftsstellen in St. Petersburg abgelehnt. Im Jahre 1861 bezog dagegen auch die Handwerksverwaltung eine positive Stellungnahme und das Projekt wurde vom Innenminister genehmigt<sup>1190</sup>. Anscheinend kam das letzte Projekt wegen fehlender Unterstützung durch das Innenministerium nicht zustande. Vor allem aber war dieser „Mißerfolg“ der Meister, die in den Zünften Mitglieder waren, auf die konservative Einstellung der Handwerksverwaltung zurückzuführen, die sie daran hinderte, eine außer der Handwerksverwaltung arbeitsvermittelnde Institution wie das Auskunftsbüro. In den ersten zwei Fällen sprach sie sich entschieden gegen diese Initiativen aus, wobei 1854 auch die Verwaltung der deutschen Zünfte mit der der russischen Zünfte kooperierte. Im Jahre 1864 war die russische Handwerksverwaltung nicht

---

<sup>1190</sup> По проšeniju portnogo mastera Ėduarda Ditricha, s proektom ob otkrytii v S. Peterburge zavedenija: „Remeslennoe spravočnoe mesto“ dlja masterov, podmaster'ev, rabotnikov i mastic vsjakogo roda“ (28.09.-24.10.1849), in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 727; O dozvolenii žitel' stvujuščemu v S. Peterburge mitavskomu urožencu Karlu Kesner, otkryt' v zdešnej stolice spravočnuju kontoru dlja remeslennikov (13.09.1854-10.11.1855), in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 1508; Po zapiske Ottomara Paulja ob učreždenii vo vseh bol'sich gorodach imperii spravočnych mest dlja cechovyh masterov i podmaster'ev (nojabr' 1861-janvar' 1862), in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 108.

offen gegen das Auskunftsbüro, es ist aber höchstwahrscheinlich, daß sie auch in diesem Jahr das Projekt blockierte. In den nächsten 30 Jahren wurde ein solches Vermittlungsbüro immer noch nicht gegründet, obwohl es dringend gebraucht wurde. Im Jahre 1900 wurde auf dem Handwerkerkongreß der Vorschlag zur Gründung eines Auskunftsbüros diesmal vom Meister der Vergolderzunft, Fëdor Il'ič Kokuškin, erneut zur Diskussion gestellt. Erstaunlich ist in diesem Fall die enorme Schwerfälligkeit der Regierungs- und Handwerksverwaltungsstrukturen, die im Laufe mehrerer Jahrzehnte diese organisatorische Frage nicht lösen wollten. Es war auch kein Zufall, daß gerade die deutschen Meister die Gründung solcher Büros vorschlugen. So gab es allein in Berlin im Jahre 1894 380 solcher Vermittlungsbüros, von denen 32 von den Handwerkerinnungen organisiert wurden. Unter anderem gab es dort 35 Büros für Bäcker, 42 für Konditoren und 15 für Holzschnitzer<sup>1191</sup>.

Was die regionale Verteilung der Handwerker anbetrifft, so spezifizierte sie das Erscheinungsbild verschiedener Stadtteile, so daß z. B. das Karetnaja-Viertel mit den Wagen- und Karrenbauern und das Litejnaja-Viertel mit den metallverarbeitenden Handwerkern wie Schlossern, Schmieden und anderen in Verbindung gebracht wurde.

Es ist zu bemerken, daß die Erhebungen der Bevölkerungszahlen von St. Petersburg nicht genau die Werkstätten in St. Petersburg erfaßten. Selbst die Handwerksverwaltung konnte nicht genau sagen, wie viele Handwerker es in den Zünften selbst gab<sup>1192</sup>. Deshalb sind die unten aufgeführten Daten mit Vorsicht zu behandeln. So ist es z. B. höchst unwahrscheinlich, daß es im Jahre 1815 mehr Werkstätten in der Stadt gab als im Jahre 1889. Ungeachtet der großen Differenz, die zwischen diesen Jahren liegt, ist es möglich, 1815 mit anderen Jahren zu vergleichen, wenn nur die prozentualen Verhältnisse in Betracht gezogen werden. Diese Angaben erlauben also über die Entwicklungstendenzen bzw. Verlagerung von Betriebskapazitäten innerhalb der Hauptstadt Aussagen zu machen (siehe Tab. 17).

Um die Verteilung der Handwerksbetriebe in der Stadt besser vergleichen zu können, wurden die Stadtteile in drei große Arealeinheiten aufgegliedert. Die

---

<sup>1191</sup> Doklad Grigorija Aleksandroviča Belkovskogo „Sovremennyj charakter remeslennoj promyšlennosti i posredničeskoe priiskanie raboty, kak odna iz mer vosposoblenija“, in: Trudy vserossijskogo s-ezda po remeslennoj promyšlennosti 1900 goda, tom 2, St. Petersburg 1900, S. 258; Doklad F. I. Kokuškina „Ob učreždenii pri remeslennych upravach osobogo spravočnogo stola dlja masterov chozjaev i podmaster'ev“, in: ebd., S. 260.

<sup>1192</sup> Vgl. Georgi, Opisanie, S. 197; Proekt obrazovanija, 38f.



**Tabelle 17: Verteilung der Handwerksbetriebe nach Stadtvierteln 1815, 1869, 1881 und 1889**

Jahr - Viertel ↓	1815		1869		1881		1889	
	%	N	%	N	%	N	%	N
1. Admiralität	10,9	1106	5,2	357	3,8	300	4,6	292
2. Admiralität bzw. Kazaner	19,6	1998	13	895	9,1	720	11	688
3. Admiralität bzw. Spassker	20	2054	21,3	1466	21	1666	21	1297
4. Admiralität bzw. Kolomner	4,8	484	4,8	327	5,5	434	3,3	207
Narvsker	2	205	3,1	213	6,3	496	5	317
Litejner	14,3	1457	10,6	734	10,5	831	10	654
Moskauer	9,1	927	17,1	1179	16,4	1317	17	1083
Karetnaja bzw. Alexander-Nevskij	4,2	429	5,2	360	5,5	433	6,5	411
Roždestvensker	3,9	401	3,8	261	4,9	394	4,3	274
Vasilij-Insel	7,5	759	7,7	529	7,5	594	7,3	463
St. Petersburger	2,6	260	3,2	218	4,7	368	5,7	362
Vyborger	0,9	91	5	343	4,8	377	4	253
<b>Gesamt</b>	<b>100</b>	<b>10168</b>	<b>100</b>	<b>6882</b>	<b>100</b>	<b>7930</b>	<b>100</b>	<b>6301</b>

Quelle: RGIA, f. 994 (Mordvinovy), op. 2, d. 171; Sanktpeterburg po perepisi 10 dekabnja 1869 g., St. Petersburg 1872, S. 118-120; Statističeskij ežegodnik S.-Peterburga. Materialy po statistike S.-Peterburga za 1881 g., St. Petersburg 1882, S. 137; dasselbe na 1889 god, St. Petersburg 1890, S. 131. Vgl. RGIA, f. 994, Mordvinovy, op. 2, Nr. 171: Statističeskaja tabel' stoličnogo goroda Sankt-Peterburga za 1815 g., in: Očerki istorii Leningrada, t. 2, S. 138-146; Sankt Peterburg po perepisi 10 dekabnja 1869 goda: Doma i kvartiry i razmeščennye v nich žiteli. SPb. 1872, S. 118 ff.

Anmerkung: Die früheren und die späteren Viertelsbezeichnungen entsprechen ungefähr den Arealen, die sie benennen.

erste Arealeinheit bildete der Stadtkern, wo die höchste Konzentration an Handwerkern bestand. Das waren die vier Admiralitätsviertel bzw. Admiralitäts-, Kazaner-, Spassker- und Kolomner-Viertel sowie das Vasilij-Insel-Viertel. Einen

Gürtel um dieses Kernareal bildeten die Narvsker-, Moskauer- und Litejner-Viertel. Das dritte Areal bestand aus den Karetnaja bzw. Alexander-Newskij-, Roždestvensker-, Vyborger- und St. Petersburger-Viertel. Vorwegzunehmen ist, daß die Tendenz zur Ansiedlung in Randbezirken, die in heutigen Städten zu beobachten ist, auch schon hier anzutreffen ist.

Die Stadtmitte von St. Petersburg verlor mit der Zeit ihr halbindustrielles Gesicht. Zuerst zogen die Färbereien, Gerbereien, Wagenbauer sowie die metallverarbeitenden Werkstätten aus dem Stadtzentrum weg. Ihnen folgten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Klavierbauer, die großen Fabriken unter anderem im Vyborger-Viertel einrichteten, die Hutmacher sowie die tabak- und textilverarbeitenden Werkstätten. Zurück blieben überwiegend die bekleidungs-, nahrungsmittel- und luxusgüterherstellenden Handwerkbetriebe.

Die Stadtmitte bekam durch die neuen Modegeschäfte, Hotels, Konditoreien und Restaurants immer mehr Glanz, so daß am Ende des 19. Jahrhunderts der Nevskij Prospekt, der die drei Admiralitätsviertel durchlief, zu einer Flaniermeile geworden war. Hierher kamen die Stadteinwohner zum Promenieren oder Einkaufen. 1815 befand sich die Mehrheit aller Werkstätten (62,8%) im Stadtkern. Unter ihnen waren vor allem die Diamantenschleifer, Gold- und Silberschmiede, Uhrmacher, Buchbinder, Friseure, Handschuhmacher, Schneider, Schlosser, Schmiede, Möbelmeister, Bäcker und Sattler zahlreich vertreten. In diesem Areal waren auch fast alle Tabakverarbeiter und viele lederverarbeitenden Betriebe (im nördlichen und nordwestlichen Teil der Vasilij-Insel) ansässig. Im zweiten und dritten Admiralitätsviertel gab es viele Wagenbauer.

In den folgenden Jahren 1869 und 1881 nahm der Handwerkeranteil dieses Stadtteils von 52% auf 46,9% ab und blieb bei diesem Niveau bis 1889 (46,7%) stehen, trotzdem beherbergte er immer noch fast die Hälfte aller Handwerker in der Stadt.

Sowohl der Statistiker Veselovskij 1848 als auch der Mediziner Eremeev 1897 hoben unter anderem den handwerklichen Charakter der Admiralitätsviertel hervor<sup>1193</sup>. Das war ein idealer Standort für jeden Handwerker, da die Mehrheit der potentiellen wohlhabenden Kunden im ersten und zweiten Admiralitätsviertel ihren Wohnsitz hatte. In diesen Stadtvierteln waren die Mietpreise besonders hoch. Der unbefriedigende sanitäre Zustand der meisten Arbeitsräume sowohl 1848 als auch 1897 entsprach jedoch kaum dem hohen Preis. So betrug 1897 die jährliche Miete einer kleinen Handelsstube mit Lagerraum und Bäckerei in der Bol'sšaja Morskaja, eine der reichsten Straßen St. Petersburgs, im ersten Admiralitätsviertel 900 Rubel. Dies entsprach etwa vier durchschnittlichen Jahresgehältern eines Gesellen. Die speziellen Roggen- und Weißbrotbäckereien

---

<sup>1193</sup> Veselovskij, *Statističeskie issledovanija*, S. 16f.; Eremeev, *Gorod*, S. 7, 44-72.

fehlten im Viertel. Es wurde in den Bäckereien bei den Handelsstuben in großen Mengen gebacken<sup>1194</sup>. Insgesamt gab es im Viertel 43 solcher Handelsstuben. Bei zehn Handelsstuben wohnten die Arbeiter nicht mehr. Die anderen hatten Schlafräume<sup>1195</sup>, was die partielle Auflösung der traditionellen handwerklichen Hauswirtschaft belegt.

1897 gab es im ersten Admiralitätsviertel 24 Bäckereien und Konditoreien, die nach der Art des Betriebes recht unterschiedlich waren. Fünf unter ihnen waren eigentlich Läden, die keine Bäckerei hatten, und keine Konditorwaren verkauften; zwei Läden waren ebenfalls ohne Bäckereien, aber mit Verkauf der Konditorwaren, zwei Läden mit Bäckereien und ohne Verkauf der Konditorwaren, 14 Bäckereien mit Verkauf der Konditorwaren und eine Konditorei. In zwölf Bäckereien und Konditoreien wohnten die Gesellen und Arbeiter bei den Werkstätten und in zehn Bäckereien wohnten die Arbeiter in den Wohnräumen im selben Haus. Es wurde bemerkt, daß in den deutschen Bäckereien bessere sanitäre Verhältnisse herrschten als in den übrigen. Sie befanden sich alle im Erdgeschoß oder im Untergeschoß. Von den drei russischen Bäckereien befanden sich zwei dagegen im Keller<sup>1196</sup>.

Von den acht Wurstereien (*kolbasnaja*) wurden 1897 im ersten Admiralitätsviertel sechs von den deutschen, eine von einem russischen und eine von einem polnischen Wurstmacher betrieben. Zwei von ihnen, Schermesser in der Malaja Morskaja-Straße 5 und Steiding in der Bol'shaja Morskaja 18, waren eigentlich Werkstätten. Die Gesellen wohnten nicht mehr beim Meister, sondern in den abgesonderten Schlafräumen im selben Haus. Auch in der Arbeitsteilung wurde der Wandel offenbar. Die Wursterei Steiding bekam die Wurstmasse teils von der Wursterei Kirchheim aus dem Vyborger-Viertel, wo die Wurstmasse auf mechanische Weise mit Hilfe eines Dieselmotors verarbeitet wurde, teils aus eigener Werkstatt auf Petrograder Seite geliefert<sup>1197</sup>. Neben neun Möbelpolsterungswerkstätten gab es noch acht Schreinereien, die nicht groß waren und zwischen zwei und sieben Handwerker beschäftigten. Nur in einer größeren Schreinerei waren 50 Arbeiter angestellt. Die meisten Metallwerkstätten sind zu dieser Zeit in die anderen Stadtviertel umgezogen. Zurück blieben nur spezielle Metallhandwerksbereiche wie Rohrherstellung, Blechnerei, Laternenmacherei. Hier gab es nur eine Schmiede. Die meisten Meister waren Deutschen oder Juden aus westlichen Teilen Rußlands, nur wenige Russen. Sie

---

<sup>1194</sup> Ereemeev, Gorod, S. 44f.

<sup>1195</sup> Ebd., S. 48.

<sup>1196</sup> Ebd., S. 45f.

<sup>1197</sup> Ebd. S. 53.

hatten kleine Werkstätten, in denen es bis zu zehn Beschäftigte gab<sup>1198</sup>. Die Mehrheit der Betriebe war im Bekleidungshandwerk tätig. Im Viertel gab es 37 Schuhmacherwerkstätten (russische, finnische und deutsche Meister), 39 Schneiderwerkstätten (deutsche, russische, jüdische und tschechische Meister) und 33 Damenschneiderwerkstätten<sup>1199</sup>. Die größten Schneiderwerkstätten waren die von Hermann, Korpus und Brunst. Die größten Damenschneidereien lagen am Nevskij Prospekt 10 und am Mojkakai 61. In solchen Werkstätten lebten die meisten Gesellen und Lehrlinge noch beim Meister. In den oben genannten Handwerksbereichen trat eine deutliche Auflösung der alten Handwerksordnung zutage. Der größte Teil der Gesellen und Arbeiter lebte außerhalb der Werkstatt<sup>1200</sup>.

Wie oben erwähnt, waren im Stadtzentrum bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts auch Färbereien, Gerbereien und andere Handwerksbetriebe vertreten, die die Luft und das Trinkwasser in hohem Maße verunreinigten. Die Verwaltung der Hauptstadt traf deshalb einige Vorkehrungen, um diese Betriebe an die Peripherie zu verlagern. Im Jahre 1833 sollten nach der Verordnung über „Die Niederlassung der Fabriken in St. Petersburg“ die Werkstätten, die den sanitären Anforderungen nicht entsprachen, aus der Innenstadt ausgesiedelt werden. Die Umsetzung dieser Verordnung dauerte jedoch Jahrzehnte, so daß erst am Ende des 19. Jahrhunderts die Schornsteine aus der Innenstadt verschwanden und das Stadtbild entstand, das wir im großen und ganzen heute noch vorfinden. Neben dieser Verordnung wurde im Jahre 1848 ein Komitee einberufen, das ein Gesetz „Über die Zulassung der Fabriken in der Stadt“ auf den Weg bringen sollte. Die Ausarbeitung des Gesetzes dauerte fünf Jahre. Die Betriebe wurden in drei Kategorien eingeteilt. Betriebe der dritten Kategorie, die Wasser und Luft stark verunreinigten, sollten aus dem Stadtzentrum entfernt werden. Seit den 40er Jahren wurden sie nach und nach in die Stadtrandgebiete verlagert und so wurde das Bild der Narvskaja, Moskovskaja und des nördlichen Teils der Vasilij-Insel sowie des Vyborgskaja Viertels wesentlich durch Werkstätten mitgeprägt. Die größeren Betriebe zogen aufgrund ihrer Expansion schon im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts aus dem Stadtzentrum weg.

Das Kazaner-Viertel hatte 1897 unter anderem 23 Möbelpolsterungswerkstätten, 58 kleine holzverarbeitende Betriebe unter anderem Schreiner-, Drechsler-, Schirmmacher-, Faßbinderwerkstätten, 34 metallverarbeitende Werkstätten (Schmiede, Schlosser, Wagenbauer), 46 Schuhmacher, 110 Schneider und Schneiderinnen und 81 Damenschneider. Hier gab es besonders unter den

---

<sup>1198</sup> Ebd. S. 67f.

<sup>1199</sup> Ebd., S. 69-72.

<sup>1200</sup> Ebd., S. 66, 68, 71f.

Schneidern eine Vielzahl von Einzelhandwerkern. So wohnten beispielsweise in einem Mietshaus in der Demidovgasse 5.164 Schneider<sup>1201</sup>. Die meisten Handwerker (20,6%) beherbergte 1889 das Spassker-Viertel (besonders der Bezirk um den Sennaja-Platz) im ersten Areal.

Im zweiten Areal um den Stadtkern waren die Werkstätten mit 25,4%, 30,8%, 33,2% und 32,6% ebenfalls zahlreich vertreten, wobei das Moskauer-Viertel mit 17,2% Handwerksbetrieben 1889 auf dem zweiten Platz nach dem Spassker-Viertel lag. Das Litejner-Viertel war traditionell mit Schmieden, Schlossern, Kesselschmieden und anderen metallverarbeitenden Handwerken vertreten. Weitere Werkstätten wurden von Schreibern, Tapetenmachern, Schneidern Schuhmachern, Damenschuhmachern, Glasern, Metzgern, Sattlern, Pferdegeschirrmachern, Reifenmachern, Wagen- und Karrenbauern geführt.

Im dritten Areal verdoppelte sich fast die Werkstätteanzahl von 11,6% auf jeweils 17,2%, 19,9% und 20,5%. Hier waren die Schmiede, Schuhmacher, Maler, Karrenbauer, Töpfer, Metzger und Gerber am zahlreichsten vertreten. Dieses letzte Stadtareal war ein Rückzugsgebiet für eine Vielzahl von großen Betrieben. Die Viertel mit stark ausgeprägten handwerklichen bzw. gewerblichen Charakter, wo sich die Handwerker traditionell ansiedelten, waren insbesondere das zweite und dritte Admiralitätsviertel.

Zwischen 1815 und 1869 änderte sich die Verteilung der Werkstätten nach den Gewerbebranchen wie folgt<sup>1202</sup>: 1815 hatte das erste Stadtareal absolute wirtschaftliche Priorität in allen ausgewählten Hauptgewerbebranchen. Die angewandten, bekleidungs- und nahrungsmittelherstellenden Handwerksbereiche siedelten überwiegend in diesem Stadtviertel. Bis 1869 war der Anteil des ersten Stadtareals in allen Branchen etwas zurückgegangen, was zum Teil auf das Bevölkerungswachstum in anderen Teilen der Hauptstadt zurückzuführen war. Dies betrifft auf jeden Fall die Nahrungsmittel- und Bekleidungsherstellung. Im allgemeinen blieb das erste Stadtareal in Hinsicht auf die Betriebsdichte der wichtigste Gewerbebezirk der Stadt. Im besonders dicht von Handwerkern besiedelten Spassker-Viertel lebten z. B. 1897 75.951 Einwohner beiden Geschlechts, die im Gewerbe tätig waren<sup>1203</sup>. Die starke Zunahme der Wohnausstatter im dritten Stadtareal ist auf den Anschluß der Ohta zur Hauptstadt zurückzuführen, wo es sehr viele Möbel- und Holzvergolderwerkstätten gab. In den angewandten Handwerksbetrieben verteilte sich das Übergewicht des ersten Stadtareals von 1815 bis 1869 gleichmäßiger in der Stadt, wobei das Wachstum dieser Branche dem zweiten Stadtareal zugute

---

<sup>1201</sup> Eremeev, Gorod, Kazanskaja čast', S. 136-234.

<sup>1202</sup> S. Tabelle 68 im Tabellenanhang.

<sup>1203</sup> Eremeev, Gorod, S. 271.

kam. Im Transportmittelbereich verringerte sich der Anteil des ersten Stadtareals ebenfalls, das dritte Stadtareal profitierte am meisten davon. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts setzte sich dieser Umstrukturierungsprozeß des kleineren und mittleren Gewerbes in der Hauptstadt fort<sup>1204</sup>.

Es machte sich eine zentrifugale Entwicklung der Standortplatzierungen von Werkstätten besonders seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bemerkbar, die sich in einer deutlichen Bewegung vom Zentrum zur Peripherie äußerte. Besonders metall-, rohstoffverarbeitende und transportmittelherstellende Werkstätten siedelten sich am Stadtrand an. Die nahrungsmittel-, bekleidungsherstellenden und andere konsumorientierten Handwerksbetriebe auf dem Sektorservice blieben jedoch überwiegend in den mittleren Stadtbezirken, um den Kundenkontakt nicht zu verlieren.

Zum Ende des 19. Jahrhunderts wuchs der Absatzmarkt der St. Petersburger Handwerker beträchtlich und schritt über die Grenzen der Hauptstadt hinaus. Ihre Erzeugnisse verdrängten die Konkurrenz aus anderen russischen Regionen auf dem St. Petersburger Markt fast vollständig. Zum ersten Mal wurden ausländische Produkte, die inzwischen auch qualitativ von heimischen Handwerkern ersetzt werden konnten, zurückgedrängt<sup>1205</sup>.

### **10.3 Die allgemeine Entwicklung der St. Petersburger Industrie und des Handwerks im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts: Wandel im Handwerk**

Im 19. Jahrhundert bildete sich in der Hauptstadt ein starker professioneller Kern der Zunfthandwerker bzw. des Handwerkerstandes heraus: 1800 gab es in St. Petersburg rund 12.000 Zunfthandwerker, 1811 - 16.679, 1833 - rund 29.000, 1873 - rund 40.000 und 1886 - 54.000. Zu Anfang des 20. Jahrhunderts setzte sich dieser Prozeß fort und im Jahre 1910 waren es bereits rund 60.000 Zunfthandwerker. Hinzu kamen die nichtzünftigen Handwerker, von denen es noch mehr als Zunfthandwerker gab<sup>1206</sup>.

Die Handwerker nahmen an der Entwicklung der Industrie in der vorindustriellen Zeit bzw. der Industrialisierung aktiv teil. Unter den in den Jahren 1850, 1852

---

<sup>1204</sup> Vgl. Eremeev, Gorod. Die ausführlichen Beschreibungen der Handwerksbetriebe in verschiedenen Stadtvierteln.

<sup>1205</sup> Opisanie S. Peterburgskoj remeslennoj vystavki, S. 44.

<sup>1206</sup> S. Tabelle 1 im Tabellenanhang.

und 1853 gegründeten 176, 131 und 82 Industriebetrieben von St. Petersburg gab es jeweils 69, 66 und 62 Zunftmeister oder nichtzünftige Handwerker, die eine Genehmigung des Finanzministeriums für die Gründung eines Betriebes erhielten<sup>1207</sup>. Im prozentualen Verhältnis war die Beteiligung der Handwerker an den Neugründungen mit jeweils 39,2%, 50,4% und 75,6% sehr hoch, wobei unter den Handwerkern die zünftigen in der Mehrheit waren. Zwischen 1881 und 1897 wurden die Industriebetriebe (Fabriken und Werke) bis zu einem Drittel von den Zunftmeistern und von den nichtzünftigen Handwerkern gegründet<sup>1208</sup>. Es ist zu vermuten, daß diese Betriebe in der Regel kleiner als die der Kaufleute waren. Allerdings stiegen nicht selten auch die Handwerksmeister zu Industriellen auf, wobei dies in Anbetracht des fehlenden Kapitals ein schwieriges Unterfangen war. Ein Beispiel, wie schnell sich ein mittlerer Handwerksbetrieb zu einem der größten Metallwerke St. Petersburgs entwickeln konnte, liefert der Fall von Franz K. San-Galli. Er war zwar kein Meister, sondern acht Jahre lang als Handelsangestellter im großen Metallwerk von Baird tätig. 1853 gründete eine Metallwerkstatt mit zwölf Arbeitern. Innerhalb von zwei Jahrzehnten wurde aus seiner Werkstatt ein großes Metallwerk mit Hunderten von Arbeitern<sup>1209</sup>. Diesen Weg machten viele Werkstätten durch, zumal es auch eine vertraute Betriebsform für die meisten Unternehmer war, die ihre unternehmerische Laufbahn mit einer kleinen Werkstatt begonnen hatten<sup>1210</sup>. Dies kann auch durch den chronischen Mangel an Kapital erklärt werden, die Unternehmer mußten mit wenigen Ausnahmen ohne Fremdfinanzierung im kleinen Maßstab anfangen und konnten nur durch ständige Neuinvestitionen ihre Betriebe nach und nach vergrößern. Das heißt, daß in der Anlaufzeit ihre Werkstätten so wie die der Zunftmeister organisiert wurden, besonders wenn das Gewerbe dem traditionellen Handwerk angehörte, wie beispielsweise unter den Schmieden, Wagen- oder Musikinstrumentenbauer, deren Gewerbearten allerdings schon im 19. Jahrhundert tiefe Umstrukturierungsprozesse durchliefen. Weil sich die Industrie von St. Petersburg intensiv entwickelte, fand dies seinen

---

<sup>1207</sup> O vnov' otkrytych fabrikach i zavodach, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 1382 (1850), 1453 (1853), 1468 (1854).

<sup>1208</sup> S. Tabelle 30 im Tabellenanhang

<sup>1209</sup> Natal'ja I. Ivanova, Deutsche Handwerker und Unternehmer in St. Petersburg, in: Dahlmann/Scheide, „... das einzige Land“, S. 275-312, hier S. 287; Joachim von Puttkamer, Vorbild Europa? Der Einfluß ausländischer Industrieller auf Entstehung und Politik russischer Unternehmerverbände, in: ebd. S. 101-124, hier S. 103f.

<sup>1210</sup> Vgl. Anne MacLachlan, Der Übergang vom Handwerker zum Unternehmer in Mainz 1830-1860. In: U. Engelhardt (Hrsg.), Handwerker in der Industrialisierung, hier S. 146-164.

Ausdruck in der durchschnittlichen Betriebsgröße im Handwerk. Die Werkstätten von St. Petersburg standen in dieser Hinsicht auf dem ersten Platz in Rußland.

**Tabelle 18: Handwerker im Petersburger, Moskauer und Taurischen Gouvernement und in Rußland 1858**

Gouvernement	Meister	Gesellen	Lehrlinge	<b>Gesamt</b>	Bevölkerung Gesamt
St. Petersburger	5656	21434	11418	<b>38508</b>	1083091
Moskauer	10321	21119	13058	<b>44498</b>	1599808
Taurischer	3065	3531	856	<b>7452</b>	687343
Rußland	116616	135402	79537	<b>331555</b>	59301246

Quelle: Trudy komissii, čast' 2, S. 327.

Die mittlere Betriebsgröße betrug im St. Petersburger Gouvernement 5,8 Hilfskräfte pro Meister. Die Werte in den anderen zwei Gouvernements und in Rußland lagen jeweils bei 3,31, 1,43 und 1,84. Auch im prozentualen Verhältnis zur Gesamtbevölkerung hatten die Handwerker im St. Petersburger Gouvernement mit 3,55% den höchsten Wert. In den übrigen Gouvernements waren es dagegen nur 2,78%, 1,08% und 0,56%.

Die Entwicklung des Handwerks verlief im gleichen Tempo wie die der Großindustrie. Um 1860 gab es in St. Petersburg 200 mittelgroße und große Fabriken sowie 3.258 Handwerksstätten, was einem Verhältnis von 1:16,3 entsprach. 1894 fiel dieses Verhältnis mit 1:17,6 (500:8583) noch deutlicher zugunsten der Werkstätten aus. Mit einem Umsatz von etwa 110-120 Mill. Rubel erreichten die Werkstätten in den 60er Jahren eine beträchtliche Größe, der Umsatz der Großbetriebe belief sich in dieser Zeit auf rund 200 Mill. Rubel<sup>1211</sup>. Außerdem fielen zu dieser Zeit die großindustriellen Betriebe St. Petersburgs der Arbeiterzahl nach noch nicht besonders ins Gewicht: 1846 beschäftigten sie 11.600 und 1862 19.300 Arbeiter, was 2,4% bzw. 3,7% Gesamtbevölkerung

---

<sup>1211</sup> Vidy vnutrennej torgovli i promyšlennosti v S.-Peterburge. St. Petersburg 1868, S. 1, in: Očerki istorii Leningrada, Bd. 2, S. 122; S. Peterburg. Putevoditel' po stolice s istoriko-statističeskim očerkom i opisaniem ego dostoprimečatel'nostej i učreždenij. St. Petersburg 1903, S. 75.



entsprach<sup>1212</sup>. Anderen Angaben zufolge standen 1864 13.455 Arbeitern rund 45.000 Handwerkern in den Werkstätten sowie rund 47.000 Einzelhandwerkern gegenüber<sup>1213</sup>.

Im weiteren Verlauf der Industrialisierung verminderte die Arbeiterschaft den Abstand zu den Handwerkern rasch, so daß 1890 in den St. Petersburger Fabriken schon 79.251 Arbeiter und Arbeiterinnen gezählt wurden. Das Handwerk wuchs in dieser Zeitperiode im Vergleich zu den Arbeiterzahlen viel langsamer an, blieb jedoch mit 106.398 Handwerkern noch dominierend. Daß das Handwerk noch anwachsen konnte, obgleich Rußland und im besonderen Maße St. Petersburg das höchste Industrialisierungstempo in Europa aufwiesen, spricht für die Handwerker, die der Industrialisierung standhielten. Die Industrieproduktion wuchs in den Jahren zwischen 1885 und 1890 jährlich um 5,8%, zwischen 1890 und 1895 um 7,6% und zwischen 1895 und 1900 um 9,2%<sup>1214</sup>.

Die Aufschwungjahre von 1893 bis 1900 verhalfen nicht nur großen Werken und Fabriken, sondern auch kleineren und mittleren Werkstätten zu starkem Wachstum. Zwischen 1895 und 1900 stieg die Produktion in der Großindustrie von 1.411 auf 2.253 Millionen Rubel oder um 60% an<sup>1215</sup>. In St. Petersburg wuchs die Anzahl der Fabriken, der Beschäftigten sowie des Umsatzes zwischen 1866 und 1893 wie folgt an. 1866 gab es 355 Fabriken, 26.131 Arbeiter und 53.757.290 Rubel Umsatz und 1893 jeweils 504 Fabriken, 66.287 Arbeiter und 142.252.500 Rubel Umsatz<sup>1216</sup>. Der Entwicklungsindex der Industrieproduktion in Rußland lag 1860 bei 8,8% (Stand von 1913=100%), zwischen 1860 und 1897 (37 Jahre) erreichte der Zuwachs der Industrieproduktion 50%, die restlichen 50% wurden schon nach 16 Jahren erzielt<sup>1217</sup>.

Das Handwerk entwickelte sich jedenfalls im rasanten Tempo, wobei hier die gleichen Erscheinungen der vorindustriellen Zeit als auch des Industriezeitalters, die z. B. für das Berliner Handwerk schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts typisch waren, auftraten. Erstens wuchs das Handwerk in den ersten zwei Dritteln des 19. Jahrhunderts etwa proportional der Stadtbevölkerung. Seit der Mitte der 80er Jahre verlor es dann im Verhältnis zur Bevölkerung. Zweitens,

---

<sup>1212</sup> Ryndzjanskij, Gorodskoe graždanstvo, S. 426.

<sup>1213</sup> Statističeskij ežegodnik (1892), S. 83.

<sup>1214</sup> Haumann, Kapitalismus, S. 23.

<sup>1215</sup> Strumilin, Očerki, S. 507, 592.

<sup>1216</sup> Statističeskij ežegodnik S. Peterburga na 1892 god, SPb. 1894, S. 299f.

<sup>1217</sup> Mitchell, European, S. 37f.

und das war eine Begleiterscheinung des Anpassungsprozesses des Handwerks, entwickelten sich die Meister-, Gesellen- und Lehrlingszahlen in gegensätzlicher Richtung, „in dem sich relativer Niedergang der Meisterzahl im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum und rascher Anstieg der Gesellenzahl gegenüberstand“<sup>1218</sup>. In St. Petersburg war dieser Prozeß noch schmerzhafter, weil zwischen 1864 und 1890 die Meisterzahlen in mehreren Handwerksbetrieben nicht nur relativ, sondern auch tatsächlich zurückgingen, was die mittlere Betriebsgröße weiter anwachsen ließ<sup>1219</sup>.

Daß das Handwerk noch ein großes Entwicklungspotential besaß, ist daran zu ersehen, daß gerade zur Höchstzeit der Industrialisierung zwischen 1890 und 1900, die Meisterzahlen in den meisten Handwerksbereichen wieder anwuchsen. Zu dieser Zeit entwickelte sich das Handwerk etwas gleichmäßiger, so wuchsen z. B. bei den Schneidern, Kürschnern und Lithographen die Beschäftigtenzahlen etwa gleich an. Dagegen ließen sich die größten Wachstumsraten in der St. Petersburger Metallindustrie bei den Metallhandwerkern deutlich spüren, indem die Meisterzahlen wie bei den Gold- und Silberschmieden (-16,3) und Schmieden (-12,9) weiter fielen und bei den Schlossern (+9,2) etwas anstiegen, wodurch die mittlere Betriebsgröße besonders stark zunahm. Die Gesellenzahl stieg bei ihnen um 214% an.

Die florierende Bauindustrie dagegen kam dem Bauhandwerk zugute, wodurch die Meister nicht Konkurs machten, da hier nur noch Handwerker tätig waren und noch keine großindustrielle Konkurrenz bestand. Das Bekleidungshandwerk litt besonders unter der industriellen Konkurrenz. Bis in die späten 80er Jahre wuchs die Betriebsgröße in diesem Bereich noch an oder blieb auf dem gleichen Niveau stehen.

Die Entwicklung des Handwerks in Relation zum Bevölkerungswachstum zeigt besonders deutlich die reale Lage des Handwerks<sup>1220</sup>. Der Anteil der Handwerksbereiche, die sich im Aufschwung befanden (Bau-/Metallhandwerk), wuchs stark an. Der steigende Anteil der Bäcker und Konditoren an der Bevölkerung (von 1864 bis 1900) spiegelt den wachsenden Wohlstand unter der Bevölkerung, also eine größere Nachfrage wider.

Im Metallhandwerk entwickelten sich innerhalb von zehn Jahren neue Bereiche. 1890 sind unter den metallverarbeitenden Werkstätten fünf und 1900 bereits zehn Gewerbeformen aufgeführt. 1890 sind außer Gold- und Silberschmieden,

---

<sup>1218</sup> Bergmann, Berliner, S. 169.

<sup>1219</sup> S. Tabelle 69 im Tabellenanhang.

<sup>1220</sup> S. Tabelle 70 im Tabellenanhang.

Schmieden und Schlossern noch die Bronze- und Kupferschmiede verzeichnet. Bis 1900 kamen Handwerksgruppen hinzu, die hoch spezialisiert waren. Sie stellten Produkte aus Blech, Blei und Zinn her oder verstanden sich auf die Kunst der Verkupferung oder Verzinnung. Aus den Schlossern bildete sich eine neue Gewerbegruppe von Gas- und Wasserleitungsinstallateuren heraus, die auch Wartungsarbeiten durchführten.

Die Entwicklung des Druckhandwerks zur Druckindustrie gilt als ein Musterbeispiel der Industrialisierung<sup>1221</sup>. Hier arbeiteten Druckereien und Druckbuchstabengießereien, die sich zu größeren Betrieben mit verstärkter Arbeitsteilung entwickelten, mit kleineren Werkstätten für Steindruck (102) oder Ksylo- und Metallographie (7) sowie Graveur- (74) und Steinmetzbetrieben (95), die ihren handwerklichen Charakter weiter behielten, zusammen. 1900 wurden in 126 Druckereien 10.566 Arbeiter also 83 je Betrieb durchschnittlich beschäftigt. Die zehn Buchstabengießereien beschäftigten 397 Arbeiter oder 38,7 je Betrieb, die Steindruckereien 1.391 (12,7), die Ksylo- und Metallographiewerkstätten 182 (9,7), Graveurbetriebe 738 (9) und die Steinmetzwerkstätten 602 (5,3).

Die St. Petersburger Druckindustrie war in Rußland dank dem großen Engagement der ausländischen Meister führend. Die beste Druckbuchstabengießerei im Land wurde 1854 von Osip Ivanovič Leman (Lehmann) gegründet. Sein beruflicher Werdegang ist typisch für einen St. Petersburger Handwerker. Er wurde am 3.5.1833 in St. Petersburg geboren und besuchte in seiner Jugend die deutsche St. Peter-Schule am Nevskij Prospekt. 1847 wurde er bei der Druckbuchstabengießerei, die sich bei der Typographie K. K. Kraj bestand, in die Lehre aufgenommen. Hier arbeitete er sieben Jahre als Lehrling und später als Geselle. 1854 machte er sich selbständig und richtete in seiner kleinen Wohnung im Haus von Graf Stenbok-Fermor auf dem Katharinen-Kanal 52 eine kleine Werkstatt ein, wo er bis zu 5.000 Buchstabentypen am Tag herstellte. In der ersten Zeit beschäftigte er nur einen Lehrling. 1859 konnte er bereits die erste Druckbuchstabengießmaschine im Ausland kaufen, was die Produktion enorm beschleunigte. Der Ankauf von weiteren Maschinen folgte. Bis 1880 hatte sich seine Werkstatt zur größten Rußlands entwickelt und war berühmt für ihre Qualitätsprodukte<sup>1222</sup>.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war die metallverarbeitende Industrie in St. Petersburg weit entwickelt, wobei die Ausländer hier eine wichtige Rolle spielten. Das Schlosserhandwerk z. B. stand in St. Petersburg hauptsächlich dank der

---

<sup>1221</sup> Steinberg, Moral, S. 1.

<sup>1222</sup> Slovolitni A. I. Leman v S. Peterburge, St. Petersburg 1896, S. 7f., 12f.

Kunst der deutschen Meister auf höherem Niveau als in den anderen russischen Städten. Es galt jedoch viele strukturellen Hindernisse zu beseitigen und möglichst verschiedene Metallhandwerksformen weiterzuentwickeln. Ungeachtet aller Fortschritte gab es in St. Petersburg z. B. noch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts kein qualitativ hochwertiges Blech, für anspruchsvollere Erzeugnisse. Es mußte im Ausland, hauptsächlich in England, bezogen werden. Den großen Bedarf an diesem Material läßt sich an der explosionsartigen Importerhöhung um 1850 ablesen, als der Einfuhrtarif von viereinhalb auf zwei Rubel reduziert wurde. Infolgedessen wuchs die Einfuhr des Blechs von 43.000 Rubeln im Jahre 1850 auf 162.000 Rubel im Jahre 1851<sup>1223</sup>.

Die russischen Bronzegießereien waren ebenfalls vom Ausland abhängig. Lange Zeit wurden ihre Erzeugnisse sowohl in Rußland als auch in Deutschland und anderen europäischen Staaten nach französischen Mustern gefertigt. Allmählich verselbständigte sich die Gießerkunst in St. Petersburg, so daß auf der Manufakturausstellung 1843 in St. Petersburg die ersten Plastiken vorgeführt wurden, die erstmals nach russischen Zeichnungen hergestellt werden konnten. Dieser Fortschritt kann zum Teil durch die Eröffnung von Malschulen in St. Petersburg und in Moskau erklärt werden, die zur bessern Qualifikation der Bronzemeister und Zeichner beitrugen. Trotzdem konnten die russischen mit den französischen Erzeugnissen aus Bronze nur bedingt konkurrieren, da dieser Industriezweig in beiden Ländern auf sehr unterschiedlichem Niveau stand. Dank des größeren Marktes konnten die Bronzegießereien in Frankreich ihre Erzeugnisse zu 100 und sogar zu 1000 Stück pro Muster verkaufen. In Rußland bewegten sich die Stückzahlen der Abgüsse zwischen 15 und 20 Exemplaren, weil der Binnenmarkt noch nicht genug entwickelt war. Außerdem gab es in der St. Petersburger Umgebung keinen geeigneten feinkörnigen Sand, der für die Bronzherstellung nötig gewesen wäre, so daß er aus Frankreich, das Faß für 17 Silberrubel, importiert werden mußte<sup>1224</sup>.

Ungeachtet dieser strukturellen Engpässe blühte die Bronzegießkunst in St. Petersburg auf. Ein Beispiel dafür gibt der Fall des Bronzegießers und Zunftmeisters Peter Gede. Schon 1830 erreichte seine Werkstatt mit etwa 30 fest angestellten Arbeitern eine beträchtliche Größe. Je nach Auftragslage konnte die Anzahl der Beschäftigten bis auf 80 steigen. Außerdem eröffnete er außerhalb seiner Werkstatt einen Ladengeschäft, dem ebenfalls eine Werkstatt mit zwei Gesellen, 13 Arbeitern und zehn Lehrlingen angegliedert war. Der Laden wurde

---

<sup>1223</sup> L. V. Tengoborskij, O manufakturnoj promyšlennosti, čast' 2, otdel 2. St. Petersburg 1858, S. 544, 547.

<sup>1224</sup> Ebd., S. 552, 554.

von einem Angestellten geleitet. Gede entwickelte sich schnell zu einem Unternehmer. Seine Mitgliedschaft in der Kaufmannschaft trug dazu bei. Seine Zunftmitgliedschaft schränkte ihn zu dieser Zeit eher ein, weil er auch in anderen Bereichen des Metallhandwerks tätig werden wollte. Er beabsichtigte in einem zusätzlichen Raum eine Werkstatt für die Silberprägung einzurichten, wozu er sich zusätzlich in die Silber- und Goldschmiedezunft einschreiben mußte. Er bat deswegen den Finanzminister, ihn von der Zunftmitgliedschaft zu befreien und seine Werkstatt den Fabriken zuzurechnen. Seine Bitte wurde ihm auch gewährt<sup>1225</sup>.

Die Herstellung von Metallknöpfen hatte zweitrangige Bedeutung in der russischen metallverarbeitenden Industrie. Für St. Petersburg war dieser Bereich jedoch von großer Bedeutung, weil er dort neben Moskau vertreten war und einige tausend Arbeitsplätze geschaffen hatte. Die bekanntesten Fabriken dieser Art in St. Petersburg waren die Volkovsche und die der Gebrüder Buch<sup>1226</sup>.

Als letzter Beispiel sollen die St. Petersburger Juweliere herangezogen werden. Qualitativ gesehen, konnten ihre Produkte mit den französischen Schmuckarbeiten aus Paris konkurrieren. Sie mußten jedoch zu höheren Schmuckpreisen angeboten werden, da die inländische Produktion wesentlich teurer war. 1851 wurden in St. Petersburg Juwelen im Wert von 7,5 Mill. (davon entfielen auf die Arbeitskosten 2,5 Mill.) Silberrubel hergestellt, ein Beleg für die Wirtschaftskraft dieses Handwerksbereiches<sup>1227</sup>.

Der Wandel im Handwerk läßt sich unter anderem im Ansteigen der mittleren Größe von Werkstätten der Zunfthandwerker beobachten. Den Angaben der Organisatoren der Handwerksausstellungen von 1885 und 1899 in St. Petersburg zufolge, verdoppelte sich die Betriebsgröße der Aussteller in nur 14 Jahren. 1885 stellten 275, 1899 234 Betriebe ihre Produkte zur Schau. Sie beschäftigten insgesamt 2.852 bzw. 4.579 Gesellen. Das heißt, daß sich die mittlere Betriebsgröße in 14 Jahren von durchschnittlich 10,4 auf 19,6 Gesellen beinahe verdoppelte. Der Umsatz stieg dementsprechend von 6.818.000 Rubel auf 7.472.200 Rubel oder um 12,6%. Der mittlere Umsatz einer Werkstatt betrug in diesen Jahren 24.793 bzw. 31.932 Rubel und stieg also um 7.139 Rubel an<sup>1228</sup>.

---

<sup>1225</sup> RGIA, f. 18, op. 2, d. 655: Po prošennju bronzovykh del мастера Gede o vključenii ego zavedenija v čislo fabrik (1830-1834), l. 3.

<sup>1226</sup> Tengoborskij, O manufakturnoj promyšlennosti, S. 555 f.

<sup>1227</sup> Ebd., S. 557 f.

<sup>1228</sup> M. M. Rejnke (Hrsg.), Opisanie S. Peterburgskoj remeslennoj vystavki 1899 goda, St. Petersburg 1900, S. 38f.

Ungeachtet der rasanten industriellen Entwicklung blieb der Kernbestand der Handwerksbetriebe erhalten. Insgesamt waren die Werkstätten in St. Petersburg nach ihrer Größe wie folgt verteilt:

Tabelle 19: Handwerksbetriebe in St. Petersburg und Moskau 1900 und 1910

<b>Jahr</b>	<b>von 2 bis 4</b>	<b>von 5 bis 15</b>	<b>von 16 bis 25</b>	<b>über 25</b>	<b>gesamt</b>
<b>St. Petersburg</b>					
1900	7335	2127	127	79	<b>9668</b>
1910	8199 (+ 11,2%)	2598 (+ 22,1%)	144 (+ 13,4%)	92 (+16,5%)	<b>11.033 (+14,1%)</b>
<b>Moskau</b>					
1900	-	-	-	-	<b>14535</b>
1910	13451	1277	246	-	<b>4974 (+3%)</b>

Quelle: Remeslenniki i remeslennoe upravljenie, S. 46f.

Die Handwerksstätten mit 2 bis 15 Beschäftigten hatten 1900 einen Anteil von 97,87%. Diese Zahl blieb 1910 mit 97,86% nahezu gleich. Das besagt, daß ungeachtet der großen industriellen Umstrukturierungen, die Werkstatt als Betriebsform für die Handwerker nichts von seiner Anziehungskraft verloren hatte und eine Alternative zu einer Beschäftigung in den Industriebetrieben darstellte. Die Werkstätten waren auch erste Anlaufstellen für zugewanderte Handwerker und Bauern, die auf ein berufliches Fortkommen in der Stadt hofften.

Die Entwicklung des Handwerks verlief auf dem Hintergrund einer prosperierenden Großindustrie in St. Petersburg. 1862 gab es in der Hauptstadt und seinen Vorstädten 79 große Betriebe mit 16.476 Arbeitern, 1913 450 (+469%) Betriebe mit 234.300 (+1322%) Arbeitern oder 208,6 bzw. 521 Arbeiter je Betrieb. In dieser Zeit hat sich die Betriebsgröße mehr als verdoppelt. Auch die Betriebsgröße der Werkstätten war, wie oben angedeutet, im Steigen begriffen. Ihre Anzahl stieg von 3.258 am Anfang der 60er Jahre auf 6.882 (+111%) im Jahre 1869. Dieses Wachstum setzte sich, mit einem kurzen Rückgang in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, fort. 1881 wurden 7.930 (+15%), 1889 - 6.301 (-20%), 1894 - 8.583 (+36,2), 1900 - 9.668 (+12,6%) und 1910 - 11.033 (+14,1%)

Werkstätten gezählt<sup>1229</sup>. Insgesamt wuchs ihre Anzahl von 1860 bis 1910 um 238% an.

Es ist manchmal sehr schwierig, unterschiedliche Statistiken richtig einzuschätzen, weil sie sich oft widersprechen. Das kommt daher, daß sie sich auf verschiedene Quellen beziehen. Von daher ist es unmöglich, definitive Aussagen über die qualitative Entwicklung des Handwerks zu machen. Sie erlauben jedoch, allgemeine Entwicklungstendenzen festzustellen. So war es z. B. zu der Zeit schwierig, die Art der Betriebe genau zu definieren, wodurch die Anzahl der Beschäftigten im „Handwerk“ viel höher ausfiel, als z. B. in der oberen Tabelle verzeichnet ist. So ist einer Statistik zu entnehmen, daß es 1900 in St. Petersburg 205.230<sup>1230</sup> Beschäftigte in den Werkstätten und anderen kleineren Betrieben gab, anderen Angaben zufolge sollen 126.757 Handwerker beschäftigt gewesen sein<sup>1231</sup>. Die Zahl von 205.230 Beschäftigten kann nach Branchen und prozentual zur Gesamtbevölkerung von 1.248.122 aufgeschlüsselt werden: Bekleidungs- und Schuhwerkherstellung 65.797 Beschäftigte (5,27%), Metallverarbeitung 38.704 (3,1%), Bauhandwerk 33.712 (2,7%), Nahrungsmittelherstellung 23.240 (1,86%), Faserstoffverarbeitung 21.971 (1,76%), Holzverarbeitung 21.806 (1,75%) oder insgesamt 205.230 (16,44%)<sup>1232</sup>. Die Differenz von etwa 79.000 Beschäftigten deutet an, daß in der St. Petersburger Industrie Grauzonen bestanden, in denen „Übergangsbetriebe“ auf der Schwelle zwischen Werkstatt und Fabrik oder auch Betriebe neuentstandener Branchen anzutreffen waren<sup>1233</sup>. Die Massenhandwerksbetriebe waren mit 30.555 Schneidern und Schneiderinnen, 15.080 Schuhmachern, 13.391 Schlossern, 13.165 Schreincrn sowie 9.113 Bäckern und Konditoren vertreten<sup>1234</sup>.

---

<sup>1229</sup> RGIA, f. 994, Mordvinovy, op. 2, Nr. 171: Statističeskaja tabel' stoličnogo goroda Sankt-Peterburga za 1815 g., in: Očerki istorii Leningrada, t. 2, S. 138-146; Sanktpeterburg po perepisi 10 dekabnja 1869 g., St. Petersburg 1872, S. 118-120; Statističeskij ežegodnik S.-Peterburga. Materialy po statistike S.-Peterburga za 1881 g., St. Petersburg 1882, S. 137; dasselbe na 1889 god, St. Petersburg 1890, S. 131.

<sup>1230</sup> Statističeskie svedenija o količestve žitelej, promyšlennych predpriatij i čisle rabočich v nich v Peterburgskoj gubernii za 1907-1909 gg., in: RGIA, f. 1290, op. 5, d. 237, l. 18.

<sup>1231</sup> Istorija goroda Peterburga za 200 let. SPb. 1905, S. 72. Laut der Statistik wurden in den St. Petersburger Gewerbebetrieben 260118 Beschäftigte tätig insgesamt oder 126757 Handwerker in Werkstätten und 133361 Arbeiter in den 631 Fabriken.

<sup>1232</sup> Statističeskie svedenija, l. 18.

<sup>1233</sup> Vgl. MacLachlan, Übergang; Kaufhold, Einführung, in: Engelhardt (Hrsg.), Handwerker, hier S. 48f.

<sup>1234</sup> S.-Peterburg po perepisi 15 dekabnja 1900 goda. Hrsg. N.A. Fedulov. SPb. 1903, S. 42-67. Vgl. Tabelle 24 im Anhang. Die Statistik von Fedulov wurde beiden anderen: Istorija goroda Peterburga... und Statističeskie svedenija..., vorgezogen, weil sie auf den Zahlen basiert, die die

Noch auf dem ersten Handwerkerkongreß von 1900 wurden Stimmen laut, daß es zu einseitig wäre, das Handwerk als konkurrenzunfähig und innovationsfeindlich abzutun. Die Realität führte konkrete Beispiele erfolgreicher Anpassung der Handwerksbetriebe an die neuen Verhältnisse vor Augen. Die Theoretiker des Kapitalismus behaupteten, daß die im Prozeß ihrer Konzentration befindliche großkapitalistische Wirtschaft dem Handwerk und anderen kleineren Industrieformen die Existenzgrundlagen entziehen würde, was aber zu diesem Zeitpunkt nicht der Fall war<sup>1235</sup>.

Die neuen Entwicklungen Anfang des 20. Jahrhunderts zeigten, daß die Großindustrie nicht nur negative Auswirkungen auf die Entwicklung des Handwerks hatte. So waren viele Handwerker als Zulieferer großer Werke tätig. Die Großindustrie nahm dem Handwerk einige schwere Arbeiten ab bzw. erledigte arbeitsintensive. Es vollzog sich zwischen der Großindustrie und dem Handwerk eine gewisse Arbeitsteilung, so konnte sich das Handwerk auf die Endstadien der Produktherstellung konzentrieren. Im Verlauf dieser Arbeitsteilung und Umstrukturierung wurde einerseits eine größere Spezialisierung der Handwerker sowie eine bessere Effizienz ihrer Arbeit erreicht, andererseits wurde das Warensortiment dadurch kleiner. Die hohe Spezialisierung konnte auch Nachteile haben, da im Laufe der Zeit immer mehr Produkte von der Großindustrie übernommen wurden, die Handwerker sich aber nicht mehr umstellen konnten. Zudem kamen in der Industrie neue Werkstoffe zum Einsatz. Produkte aus Kautschuk verdrängten die aus Leder, emailliertes Geschirr ersetzte Keramik, Geschirr aus Neusilber das aus Silber, Eisendraht die Seile aus Hanf usw. In mehreren Fällen wurden spezialisierte Werkstätten in den Fabriken gegründet und die Handwerksmeister angestellt. Es gab in Rußland fast keinen großen Industriebetrieb, in dem es keine eigene Schlosserwerkstatt gegeben hat. Der angestellte Handwerksmeister war mit den gleichen Rechten wie ein einfacher Arbeiter ausgestattet, wodurch das Ethos des „alten Handwerks“ bzw. eines selbständigen Meisters verletzt wurde<sup>1236</sup>.

1904 beschrieb V. Alymov diesen allmählichen Übergang der Werkstatt zur Fabrik anhand der Odessaer Werkstätten, die der Bekleidungsindustrie zugehörten. Diese Mischbetriebsform nannte er „Handwerksfabrik“. Er untersuchte insgesamt 28 Betriebe, unter denen acht für die Herstellung von Damenoberbekleidung, vier für Damenkleidung, zwei für Herrenkleidung, drei für Unterwäsche, zwei für künstliche Blumen, einer für Dienstmützen, zwei für die Schuhherstellung, drei für die Oberlederherstellung zuständig waren und jeweils ein Artel der Damen- und Herrenschneider. In diesen

---

Handwerke sehr detailliert darstellen. Im weiteren fußt die statistische Analyse auf den Zahlen von Fedulov.

<sup>1235</sup> Belkovskij, *Sovremennyj charakter*, S. 250f.

<sup>1236</sup> Ebd.



„Handwerksfabriken“ gab es im Durchschnitt 25 Beschäftigte. Ein Beschäftigter machte etwa 420 Rubel Jahresumsatz und der Jahreslohn betrug im Durchschnitt 195 Rubel. In den drei Betrieben für Damenkleidung hatten die Lehrmädchen die gleichen Arbeitsbedingungen wie in den Werkstätten: Sie bekamen keinen Lohn, dafür aber Kost und Logis von den Inhabern. Die meisten Betriebe behielten noch überwiegend handwerklichen Charakter: 21 von ihnen wurden von den Inhabern bzw. Meistern und Meisterinnen geleitet und vier von ihnen bekamen Geschäftsführer. Nach drei Jahren in der Lehre bekamen Lehrjungen und -mädchen ein Zeugnis, wie es im Zunft Handwerk üblich war. Die Saisonarbeiter wurden wie üblich im Handwerk für ein Jahr, eine Saison (besonders in den Betrieben für Damenbekleidung) und auf unbestimmte Zeit eingestellt<sup>1237</sup>.

Trotz der rasch fortschreitenden industriellen Entwicklung gab es etliche Sparten, in denen die Handwerker gut behaupten konnten. Das waren vor allem die Konsumgüter- und lebensmittelherstellenden Handwerksbereiche, die ein breites Sortiment in kleinen Mengen zur Verfügung halten mußten. Auch für die kleine Schicht von wohlhabenden Kunden, die sich bewußt an qualitativer Ware orientierte, gab es zum Handwerk noch keine Alternative<sup>1238</sup>.

Das heißt jedoch nicht, daß das traditionelle Handwerk unverändert blieb. Es erlebte einen tiefen Umwandlungsprozeß. Um konkurrenzfähig zu bleiben, sollten die meisten Werkstätten modernisiert bzw. mechanisiert werden. Die Arbeitsteilung schritt voran. Der Modernisierungsprozeß wurde in einigen Handwerksbereichen von einer Steigerung der Qualität begleitet. Das gilt z. B. für das Schuhmacher- und Schreinerhandwerk<sup>1239</sup>. Noch in der Mitte der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts wurde das größte Handelshaus von St. Petersburg „Gostinyj dvor“ mit ausländischen Schuhen hauptsächlich aus Paris und Wien beliefert. Einige Jahre später, 1899, stellte dann M. M. Rejnke fest, daß die Schuhproduktion der St. Petersburger Hersteller die ausländische vollständig verdrängt hatte. Er stellte zwar fest, daß dies zum Teil auf die Erhöhung der Einfuhrzölle zurückzuführen wäre. Die starke Veränderung des Marktes schrieb er allerdings der wesentlichen Qualitätserhöhung der St. Petersburger Schuhproduktion zu. Ungeachtet der bäuerlichen Konkurrenz, konnte die St. Petersburger Schuhproduktion auch den inneren russischen Markt besonders im Süden mit Erfolg erobern. Nach Odessa und Char'kov wurden jährlich für einige 100.000 Rubel Schuhen aus St. Petersburg geliefert. Die Schuhhandwerker vermochten die Vorteile der maschinellen Herstellungsweise von einfachen

---

<sup>1237</sup> Alymov, K voprosu, S. 7, 11f., 16, 21.

<sup>1238</sup> Belkovskij, Sovremennij charakter, S. 250f.

<sup>1239</sup> Opisanie S. Peterburgskoj remeslennoj vystavki, S. 39.

Teilen sowie der Arbeitsteilung mit der Spezifik des Handwerks, individuelle Kundenwünsche zu erfüllen, zu verbinden<sup>1240</sup>.

Das neue Berufsbild des Meister-Händler entstand. Er hatte zwei Tätigkeitsfelder, die vor allem mit organisatorischen Merkmalen umrissen werden kann. Einerseits führte er die Werkstatt, die immer wieder aufs neue organisiert werden mußte, um sie auf dem neuesten technischen Stand zu halten, andererseits beschäftigte er im Betriebsumfeld alleinstehende Handwerker, die er je nach Saison bzw. Nachfrage mit Arbeit beauftragte. Das war ein deutlicher Fall von Verlag im Handwerk, da der Meister die Funktionen eines Händlers erfüllte, d. h. die Einzelhandwerker mit den Rohstoffen belieferte, ihnen Fertigwaren abkaufte, um sie im eigenen Laden weiterzuveräußern<sup>1241</sup>. Die Analyse der Handwerksausstellung 1885, an der sich ausschließlich St. Petersburger Meister beteiligten, läßt einige Schlüsse über den Wandel im Handwerk zu. Auffällig sind vor allem die hohe maschinelle Ausrüstung, besonders in den metallverarbeitenden Branchen sowie Größe und die hohen Umsätze der Betriebe. Viele Werkstätten spezialisierten auf den Maschinenbau und die Werkbankherstellung. Die Werkstätten für die Herstellung der Lebensmittel wandelten sich in manchen Fällen in Fabriken um, wurden aber trotzdem noch auf der Handwerksausstellung präsentiert. So produzierte der Betrieb von I. G. Savinov, 1868 gegründet, mit 40 Gesellen und zehn Lehrlingen Backwaren für 140.000 Rubel im Jahr. Der analoge Betrieb von F. R. Leonov machte mit 26 Gesellen und 15 Lehrlingen einen Jahresumsatz von 150.000 Rubel. Einen besonders spektakulären Fall stellte die Schokoladenfabrik „Landrin“ von E. I. Maksimovič dar. In der Fabrik, 1848 gegründet, waren 100 Gesellen, 150 Arbeiter und 150 Arbeiterinnen und Lehrlinge beschäftigt. Es wurden hier jährlich 100.000 Pud Süßwaren für 1.200.000 Rubel hergestellt<sup>1242</sup>. Einige Lebensmittelhersteller hatten sich seit den 70er Jahren auf die Herstellung der konservierten Lebensmittel spezialisiert. J. L. L'vov führte die Aufträge der Regierung für die Versorgung der Armee mit Konserven aus. I. I. Roman produzierte 50.000 Fischkonserven für 30.000 Rubel im Jahr<sup>1243</sup>. Es ist zu bemerken, daß sich alle obengenannten Betriebe aus traditionellen Werkstätten entwickelt hatten.

Die Behauptung T. M. Kitaninas, daß sich die Tendenzen zum Niedergang des

---

<sup>1240</sup> Ebd., S. 23f.

<sup>1241</sup> Dril', Položenie, S. 36.

<sup>1242</sup> Otčet o vystavke (...) 1885 goda, S. 48f.

<sup>1243</sup> Ebd., S. 49.

Zunfthandwerks in St. Petersburg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verstärkten, kann in Anbetracht einer sicheren wirtschaftlichen Position der Zunfthandwerker und ihrer steigenden absoluten Anzahl nicht bestätigt werden. Gewiß trug die Entwicklung der Großindustrie zu einer verstärkten Konkurrenzsituation bei, es sollten aber noch mehrere Jahrzehnte vergehen, bis es möglich werden sollte, über den „Niedergang“ des Handwerks bzw. Zunfthandwerks sprechen zu können. In der Zeitspanne vor der Industrialisierung (1830er-1870er Jahre) wurden die Fachkräfte für die Großindustrie im Handwerk rekrutiert. Das spricht für seine wichtige Stellung im damaligen Wirtschaftssystem<sup>1244</sup>.

In manchen Branchen (Konsumgüterherstellung) behielt das Handwerk auch in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts die Überhand über die Großindustrie. In der Schuh- und Bekleidungsherstellung setzten 2.678 Meister 30 Mill. Rubel im Jahr um. In der Holzverarbeitung erwirtschafteten die Handwerker 8 Mill. Rubel, die Großbetriebe dagegen nur 4.373.000 Rubel. Dasselbe galt für die Nahrungsmittel- und metallverarbeitenden Handwerksbereiche, die 23 Mill. Rubel und 16-17 Mill. Rubel im Jahr umsetzten<sup>1245</sup>.

In Anbetracht der rasanten Entwicklung der Metallindustrie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wurde die bis dahin dominierende Textilindustrie überholt und auf den zweiten Platz zurückgedrängt. Die Metallindustrie bekam schnell Übergewicht und beschäftigte 1894/95 35% aller Arbeiter, die Textilindustrie dagegen 28%. 1902 waren es bereits 49,5% bzw. 22,2%<sup>1246</sup>. Das Gesamtbild der St. Petersburger Industrie wurde noch stark vom Handwerk und vom kleineren und mittleren Gewerbe geprägt, die um diese Zeit eine dominierende Stellung hatten. So lagen die Zahlenverhältnisse zwischen den größeren Betrieben, die unter der Aufsicht der Fabrikinspektion standen, und den mittleren und kleineren Betrieben wie folgt. 1902 waren 41% der Bevölkerung oder 520.597 Personen im Gewerbe tätig<sup>1247</sup>. Darunter wurden in der Bekleidungs- und Schuhproduktion 97.647 Personen, davon in den zwei Fabriken 1.430 (1,5%) Personen beschäftigt. In der Holzverarbeitung gab es 36.341, davon in den 22 größeren Betrieben 2.316 (6,4%) Beschäftigte. Viel stärker schritt der Umstrukturierungsprozeß bzw. die

---

<sup>1244</sup> Kitanina, Raboćie, S. 124.

<sup>1245</sup> Ebd., Bd. 2, S. 123.

<sup>1246</sup> Ebd., S. 162; M. S. Štiglic, *Promyšlennaja architektura Peterburga*. St. Petersburg 1996, S. 66.

<sup>1247</sup> St. Peterburgskoe kupečestvo, S. 1; Im Folgenden schließen die Zahlen auch die Familienangehörigen ein.

Vergrößerung der Betriebe in der Lebensmittelherstellung voran, wo unter 31.333 Personen 7.096 (22,6%) in den 61 größeren Betrieben beschäftigt wurden. Im metallverarbeitenden Gewerbe stellten 182 größere Betriebe mit 49.211 Beschäftigten (67%) den größten Anteil der insgesamt 73.354 angestellten Personen. In der Bauindustrie wurden ausschließlich Handwerker (53.726) beschäftigt. Besonders aufgeführt wurden 59.264 unqualifizierte Arbeiter, die sowohl in den Werken und Fabriken als auch im Handwerk beschäftigt wurden<sup>1248</sup>.

Der oben analysierte Strukturwandel im Handwerk trug dazu bei, neue Betriebsformen zu finden, die seine weitere Existenz sicherten.

### 10.3.1 Die Rolle der ausländischen Handwerker

Die Bedeutung der ausländischen Handwerker bzw. Unternehmer für St. Petersburg kann nicht oft genug betont werden. Nirgendwo in Rußland wie hier haben sie eine so große Rolle gespielt, was mehrere Untersuchungen überzeugend belegt haben<sup>1249</sup>.

In vielen Bereichen waren die Arbeitsverfahren der ausländischen Meister für die russischen Handwerker richtungsweisend. Sie hatten in der Regel höhere Bildung als ihre russischen Kollegen, da sie schon 1710 kurz nach der Gründung von St. Petersburg die Elementarschule bei der evangelisch-lutherischen St. Peter-Kirche besuchen konnten<sup>1250</sup>. Ihr folgten die Schulen der St. Anna- bzw. der St. Katharina-Kirche<sup>1251</sup>.

Auf die Rolle der ausländischen Handwerker, die für die Entwicklung der

---

<sup>1248</sup> Ebd.

<sup>1249</sup> Erik Amburger, Die Anwerbung ausländischer Fachkräfte für die Wirtschaft Russlands vom 15. bis ins 19. Jahrhundert, Wiesbaden 1968; Busch, Deutsche, S. 49-63; Dahlmann, Unternehmerschaft, in: D. Dahlmann, C. Scheide (Hrsg.), „... das einzige Land“, S. 13-23; Ivanova, Deutsche Handwerker, in: ebd., S. 275-312; Walther Kirchner, Deutsche Industrie; ders., Über das deutsche Unternehmertum, S. 49-64; John P. McKay, Ausländische Unternehmer im zarischen Rußland 1860-1914, in: ebd., S. 65-86; ders., Pioneers for profit. Foreign entrepreneurship and Russian industrialisation 1885 - 1913. Chicago, London 1970.

<sup>1250</sup> Häufig wird die evangelisch-lutherische St. Peter-Kirche als St. Peter- und Paul-Kirche genannt, was falsch ist.

<sup>1251</sup> Über die deutschen Schulen in St. Petersburg s.: Busch, Deutsche, S. 137-172; Ralph Tuchtenhagen, Bildung als Auftrag und Aufgabe. Deutsche Schulen in St. Petersburg 1704-1934, in: Deutsche in St. Petersburg und Moskau vom 18. Jahrhundert bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, NOA NF Bd. III/1994 Heft 1, S. 63-87.

russischen Zünfte viel beigetragen hatten, wurde schon im Unterkapitel 7.1 eingegangen. Die deutschen Zünfte boten ein einzigartiges Bild. Es war überhaupt die erste westeuropäische Organisationsform des Handwerks, die kurz nach der Gründung von St. Petersburg von den ausländischen Handwerkern ins Leben gerufen wurden. Als 1722 auch die russischen Zünfte organisiert wurden, wurden die deutschen Zünfte legitimiert und ihr Fortbestand war gesichert.

In den „deutschen“ Zünften gab es neben deutschen auch Handwerker aus allen möglichen meist jedoch westeuropäischen Ländern. Die Deutschen bildeten allerdings die größte nationale Gruppe in diesen Zünften. 1766 konnten die 53 deutschen Zünfte mit 770 Meistern noch ihre Mehrheit unter den Zunfthandwerkern behaupten. In den 19 russischen Zünften waren zu der Zeit 388 Meister eingeschrieben<sup>1252</sup>.

Nach 1770 änderte sich das Zahlenverhältnis zugunsten der russischen Meister, insgesamt standen 2.504 russische Meister 1.124 Meistern in den deutschen Zünften gegenüber<sup>1253</sup>. Sie hatten eine weit bessere Qualifikation als ihre russischen Kollegen. Die Stärke der letzteren lag jedoch nicht an ihrer Anzahl sondern an ihrer Qualifikation. Konditoren-, Knopfmacher-, Sattler-, Stuhlmacher-, Schlosser-, Degenschmiede-, Schlüsselschmiede-, Nadler- und Kaminfegerhandwerk war noch fest in ihrer Hand. Sie stellten auch die Mehrheit bei den Gold- und Silberschmieden, Bäckern, Schneidern, Handschuhmachern, Friseuren, Buchbindern und Uhrmachern. Außerdem bildeten die ausländischen Meister etwa seit 1810 einen starken Kern in vielen russischen Zünften heraus<sup>1254</sup>. Samuel Aller zählt 1822 in seinem Adreßbuch rund 3.000 Meister der deutschen und der russischen Zünfte auf<sup>1255</sup>. Es ist unbekannt, nach welchen Prinzipien Aller seine Auswahl getroffen hatte, da es in Stadt mehr als 5.500 Meister in den russischen und etwa 1.000 Meister in den deutschen Zünften gab<sup>1256</sup>. Sein Adreßbuch ist trotzdem vom großen Interesse, weil hier die Meister mit Namen und Adressen genannt sind. So erfahren wir z. B., daß es in der russischen Musikinstrumentenbaurzunft acht deutsche ständige und vier zeitweilige Meister gab. In der analogen deutschen Zunft waren 14 deutsche Meister

---

<sup>1252</sup> PGIA, f. 221, op. 1, d. 80. Vgl. Unterkapitel 3.1.

<sup>1253</sup> Georgi, Opisanie, Teil 1. SPb. 1794, S. 236-253.

<sup>1254</sup> Vgl. Unterkapitel 7.1.

<sup>1255</sup> Aller, Ukazatel'.

<sup>1256</sup> Schreder (Schröder), F., Novejšij putevoditel' po Sanktpeterburgu s istoričeskimi ukazanijami. SPb. 1820, S. 237; RGIA, f. 18, op. 2, d. 435, l. 5: "Verzeichnis der Moskauer Handwerksverwaltung."

Mitglieder.<sup>1257</sup> In der russischen Uhrmacherzunft sind neun deutsche, ein französischer und ein russischer ständiger Meister aufgeführt. Auch in vielen anderen Zünften wie die der Gold- und Silberschmiede, Bäcker, Kupferschmiede, Tapetenmacher und Wagenbauer, Sattler und Schlosser waren die Westeuropäer und vor allem deutsche Meister präsent. Unter den 3.000 Meistern der russischen und der deutschen Zünfte waren 2.300 russische und 700 westeuropäischer Herkunft.

Auch der Adreß-Kalender von Karl Niestrem von 1844 liefert viele Details über die ausländischen Meister. Unter anderen sind bei ihm rund 800 deutsche Meister genannt. Wie bei Aller fällt auch hier auf, daß die deutschen Meister unter den ausländischen in der Mehrheit waren<sup>1258</sup>. Und tatsächlich bildeten die deutschsprachigen Meister die Mehrheit unter den Mitgliedern in den deutschen Zünften. Den Statistiken von Zabolotskij-Desjatovskij ist die Anzahl der ausländischen Handwerker in St. Petersburg in den Jahren zwischen 1810 und 1832 zu entnehmen<sup>1259</sup>. Ihre Anzahl stieg von 2.099 im Jahre 1810 auf 3.605 im Jahre 1832. Darunter waren 1832 761 preußische, 1365 andere deutsche Staatsangehörige und 217 Österreicher oder 65% der deutschsprachigen Handwerker. Ihnen folgten 349 Schweden, 268 Dänen, 179 Schweizer, 172 Engländer, 143 Franzosen, 75 Polen, 39 Italiener, 34 Niederländer, vier Spanier und zwei Griechen<sup>1260</sup>.

In den ersten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ging die Anzahl der ausländischen Meister von 1124 im Jahr 1790 auf 939 im Jahr 1819 bzw. 965 im Jahr 1825 zurück<sup>1261</sup>, so daß in den deutschen Zünften nur etwa ein Drittel ausländischer Handwerker Mitglied waren. So blieben die zahlreichsten deutschen Zünfte solche wie die der Bäcker (112), Schneider (165), Goldschmiede (106), Schreiner (75), Sattler (65), Schmiede (48), Schuhmacher (45), Radmacher (36) und Uhrmacher (30).

In der darauffolgenden Zeit stieg die Anzahl der Meister in den deutschen Zünften auf etwa 1.200-1.300 und blieb bis zu Beginn der Industrialisierung in

---

<sup>1257</sup> Aller, Ukazatel', S. 516f.

<sup>1258</sup> Karl Nistrem, Adres-kalendar' Sanktpeterburgskich žitelej, t. 1-3, SPb. 1844, hier t. 3, S. 135-515.

<sup>1259</sup> Zabolotskij-Desjatovskij, Statističeskie svedenija, Bd.. 1-2. SPb. 1836, hier Bd. 2, Tabelle Nr. 25.

<sup>1260</sup> Ebd., Tabelle Nr. 26.

<sup>1261</sup> Schreder (Schröder), Novejšij, S. 237; RGIA, f. 18, op. 2, d. 435, l. 5: "Verzeichnis der Moskauer Handwerksverwaltung."

den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts konstant. Es ist zur Zeit nur ein einziges ausführliches Verzeichnis von 1844 bekannt, das sämtliche Mitglieder anführt<sup>1262</sup>. Es ist vor allem zu bemerken, daß sich die soziale Zusammensetzung der deutschen Zünfte seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts rasant geändert hat. Die Frage nach dem möglichen Zugang für leibeigene Gesellen und Lehrlinge in die deutschen Zünfte, die am Anfang dieses Jahrhunderts heftig diskutiert wurde, hatte an Aktualität verloren. Jetzt standen den 1.312 Meistern 2.259 Gesellen und 3.308 Lehrlinge gegenüber, unter denen 43,9% leibeigen und 37% frei waren. Die deutschen Zünfte erlebten hinsichtlich der Mitgliederzahl ihre Blütezeit. Die Betriebsgröße betrug 4,24 Gesellen und Lehrlinge je Meister. Auch im Verhältnis der Meister zu den Gesellen war der Stand höher als im Durchschnitt. Es kamen beispielsweise 1824 0,74 Gesellen auf einen Meister. 1844 waren es dementsprechend 1,72 und 1894 wieder nur noch 0,74 Gesellen je Meister<sup>1263</sup>. Auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bestanden die größten Zünfte weiter. Ihr Bestand wurde nur infolge der Industrialisierung wesentlich dezimiert. Verglichen mit dem Jahr 1844 verblieben 1894 unter den Meistern 150 (-30) Schneider, 145 (-13) Bäcker, 29 (-43) Schuhmacher, 28 (-35) Schreiner, 26 (-92) Gold- und Silberschmiede, 18 (-11) Buchbinder, 15 (-17) Gürtler, 15 (-7) Musikinstrumentenbauer, 6 (-36) Schmiede und andere. Unter den Zünften, die leicht anwuchsen, waren z. B. die der Uhrmacher mit 36 (+2) Meistern, Dreher mit 30 (+1) Meistern und Friseure mit 20 (+5) Meistern.

Im Kapitel 10.3 wurde die Entwicklung der Bronzegießereien in St. Petersburg bereits angesprochen. Ein Musterbeispiel der Verbreitung der Bronzegießkunst in St. Petersburg ist die Geschichte von Feliks Šopen, dessen Großvater mit seinem Partner Geren 1805 eine Werkstatt auf der Vasilij Insel gegründet hatte. Die von ihm mitgebrachten Meister aus Paris, machten sich später selbständig und gründeten eigene Werkstätten. Die Werkstatt produzierte anfangs Verzierungen aus Bronze, Zink und Silber, Denkmäler aus Bronze, Silberbesteck und Gegenstände für den Kirchendienst. 1847 erweiterte F. Šopen seinen Betrieb mit einem Gußeisenwerk und einer Schlosserwerkstatt für die Herstellung von Verzierungen aus Eisen und Gußeisen, wobei in der Bronzewerkstatt ausschließlich die Handarbeit den Arbeitsprozeß charakterisierte. Im Gußeisenwerk dagegen stellte Šopen eine Dampfmaschine mit 15 PS auf, die die Dreh-, Bohr- und Hobelwerkbänke antrieb. Die Bronzegießerei entwickelte sich

---

<sup>1262</sup> Očerki istorii Leningrada, Bd. 1, S. 37, aus: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 180 (1844): O čisle, l. 13 ff.

<sup>1263</sup> Pažitnov, Problema, S. 188.

zu einem großen Werk, das je nach Bedarf bis zu 500 Arbeiter beschäftigte<sup>1264</sup>. Die Manufakturausstellung von 1861 zeigte, daß das Handwerk ein wichtige Teil der St. Petersburger Industrie zu dieser Zeit war. Unter den Teilnehmern, die Auszeichnungen für ihre Produkte erhielten, war eine Vielzahl der St. Petersburger Zunftmeister überwiegend ausländischer Herkunft. Unter den Ausstellern waren z. B. der preußische Staatsangehörige und Meister der Schreinerzunft Avgust L'vovič Marnic, der eine der ersten Werkstätten in Rußland gründete, die Fotokameras anfertigte<sup>1265</sup>. Der Zunftmeister Édouard Fëdorovič Wilcke stellte in einem 1774 gegründeten Betrieb Zinngeschirr für Apotheken und Krankenhäuser her. 1861 hatte er 14 Beschäftigte und machte einen Umsatz von 30.000 Rubel<sup>1266</sup>. Die berühmte Möbelfabrik von A. Tur entwickelte sich aus einer klassischen Möbelwerkstatt, die 1811 gegründet wurde. 1861 wurde die Herstellung der Möbel bei Tur immer noch durch Handarbeit von rund 600 Arbeitern bewerkstelligt. 1861 verkaufte sein betrieb Möbel im Wert von 400.000 Rubel<sup>1267</sup>. Der Wagenbauer Karl Matveevič Nellis gründete seine Werkstatt 1827 im Litejner Viertel im eigenen Haus. Da alle Wagenbauer sich in die dritte kaufmännische Gilde einschreiben mußten, wurde er nicht als Zunftmeister sondern als Kaufmann geführt. Überhaupt hatten komplexe Werkstätten, die mehrere Handwerksbereiche in Herstellungsverfahren vereinten, die besten Voraussetzungen, sich zu richtigen Fabriken zu entwickeln. 1861 besaß Nellis Werkstatt sieben Schmiedeöfen, diverse Tapeten-, Maler-, Karosserie-, und Radmacherwerkstätten, in denen drei Meister und 86 Arbeiter beschäftigt waren. Außerdem arbeiteten außerhalb der Werkstatt 16 Meister und 54 Arbeiter, was erlaubte, flexibel auf Nachfrageschwankungen zu reagieren. Der Jahresumsatz stieg von 6.000 (1827) auf 60.000 Rubel im Jahre 1861<sup>1268</sup>. Unter den Ausstellern war auch der Möbelmeister Heinrich Schrader, dessen Nachkommen auch heute noch in St. Petersburg leben<sup>1269</sup>. Seine Werkstatt gründete er 1840 an der Kreuzung der Goročovaja und Sadovaja-Straße im Haus von Jakovlev. Er beschäftigte 1861 sechs Handwerker und machte einen Jahresumsatz von 1.800 Rubel. Das andere Beispiel liefert der Fall des Zunftmeisters und Optikers Ivan Jakovlevič Urlaub, der seine Werkstatt sowie

---

<sup>1264</sup> Statističeskie svedenija o fabrikach i zavodach ékspONENTOV, S. 139.

<sup>1265</sup> Ebd., S. 150.

<sup>1266</sup> Ebd., S. 79.

<sup>1267</sup> Ebd., S. 141.

<sup>1268</sup> Ebd., S. 142.

<sup>1269</sup> Ebd., S. 153.



das Lager und den Laden in der Bol'saja Morskaja-Straße 27 hatte<sup>1270</sup>. Er gewann eine Vielzahl von Titeln und Auszeichnungen. Während der Weltausstellungen 1892 und 1900 in London und Paris erhielt er für seine Erzeugnisse jeweils eine Ehren- und eine Silbermedaille. 1899 bekam seine Werkstatt für die Arbeiten seiner Lehrlinge auf der Handwerksausstellung in St. Petersburg eine Bronzemedaille vom Finanzminister und 1902 erhielt Urlaub von Nikolaus II. die goldene Medaille mit Stanislausband anlässlich des 25-jährigen Bestehens seiner Firma.

Überhaupt sind die Verzeichnisse der Manufakturausstellungen, die Informationen über die technische Ausstattung, die Zahl der Beschäftigten, den Umsatz, das Gründungsjahr und die Adressen der Betriebe beinhalten, für die Historiographie des St. Petersburger Handwerks ergiebige Quelle. Manufakturausstellungen fanden in St. Petersburg in den Jahren 1829, 1833, 1839, 1849 und 1861 statt, wobei etwa 1/4 aller Ausgezeichneten Handwerker waren<sup>1271</sup>. Schon die erste Manufakturausstellung in St. Petersburg auf der Vasilij-Insel im Gebäude der Börse rief das rege Interesse des Publikums hervor. Zwischen dem 15. Mai und dem 6. Juni 1829 besuchten 107.228 Gäste die Ausstellung<sup>1272</sup>.

Die Rolle der ausländischen Meister in der Entwicklung spezieller Handwerke, die in Rußland früher nicht existent waren, wird besonders im Fall der Klavierbauer deutlich. So existierten 1863 in St. Petersburg neben der „Klavierfabrik“ von Lichtental noch weitere Betriebe<sup>1273</sup>.

Die Produktivität der Betriebe war recht unterschiedlich. Die Werkstatt von Frey erreichte sogar den 0-Koeffizient. In der Regel waren die kleineren Werkstätten weniger rentabel. So hatten die Werkstätten von Adrian, Kammerat und Toresen eine niedrigere Produktivität als die größeren, obwohl es auch hier Ausnahmen gab. Die Werkstätten von Bekker und Schröder entwickelten sich zu richtigen Klavierfabriken und hatten, wie sich herausstellen sollte, noch eine glänzende Zukunft vor sich.

Im Verzeichnis für 1863 wurden allerdings nicht alle Klavierbauer erwähnt. Auf der Manufakturausstellung 1861 präsentierten weitere Klavierbauer wie der Kaufmann der dritten Gilde Christophor Hentsch (Gentč), der Zunftmeister Aleksandr Andreevič Rheinberg, der bayerische Staatsangehörige Friedrich

---

<sup>1270</sup> S. Peterburgskoe kupečestvo, S. 40.

<sup>1271</sup> RGIA, f. 18, op. 2, d. 625: Alfavitnyj spisok fabrikantam i zavodčikam, polučivšim nagrody po vystavkam Rossijskich manufakturnych izdelij.

<sup>1272</sup> Delo ob ustrojstve v 1829 g. pervo: vystavki russkich manufakturnych izdelij (1829-1830), in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 623, l. 65, 69f.

<sup>1273</sup> S. Tabelle 71 im Tabellenanhang.

Adamovič Eschenbach, der Kaufmann der dritten Gilde Anton Fridrichovič Emme (Ėme) und Klavierbaumeister Friedrich Ferdinand ihre Instrumente. Die zwei Klavierbauer, die auch im Verzeichnis von 1863 aufgezählt wurden, hießen F. Wurster und V. F. Schiller. Die Werkstatt von Wurster stellte Musikinstrumente seit 1849 her. Zwei Jahre zuvor beschäftigte er noch sieben statt fünf Handwerker, was mit Nachfrageschwankungen erklärt werden kann. 1861 produzierte seine Werkstatt 30 Klaviere. Der zweite Klavierbauer, Schiller, dessen Werkstatt sich seit 1848 in der Bol'shaja Morskaja-Straße 17 im ersten Admiralitätsviertel befand, beschäftigte 1861 54 und 1863 30 Handwerker. Die größte Klavierfabrik der Stadt überhaupt führte zu der Zeit Eschenbach, die sich in der Malaja Morskaja-Straße 21 im ersten Admiralitätsviertel befand. Sie wurde 1823 gegründet und produzierte 1861 Klaviere im Wert von 65.000 Rubel<sup>1274</sup>.

Die weiteren ausländischen Klavierbauer, die auf der Handwerksausstellung 1885 ihre Instrumente präsentierten, waren Karl Fëdorovič Bel'stejn (Bellstein, Beilstein?), Fëdor Mühlbach und die Gebrüder Robert und Andrej Diederichs. Bel'stejn führte seine Werkstatt seit 1848 und stellte mit 26 Gesellen 100 Klaviere und Flügel für 45.000 Rubel im Jahr her. Mühlbach (Mjul'bach rus.) hatte seine Werkstatt seit 1856 und baute sie zu einem großen Unternehmen aus. 1885 arbeiteten bei ihm 85 Handwerker, die im selben Jahr 250 Flügel für 100.000 Rubel produzierten. 1902 beschäftigte sein Betrieb schon 200 Arbeiter. Besondere Popularität hatten seine „mignon“ Instrumente.

Die Gebrüder Diederichs hatten einen der ältesten Betriebe dieser Art in der Stadt. Ihre Firma wurde 1810 gegründet und stellte 1885 mit 60 Gesellen Instrumente für rund 200.000 Rubel her<sup>1275</sup>.

Überhaupt stieg St. Petersburg dank der Vielzahl von Klavierbauern zu einem der größten Hersteller von Klavieren und Flügeln in Europa auf. Dieser Standort schien auch der Dresdner Firma Rönisch gut geeignet, als sie 1898 eine Filiale in der Stadt gründete. Sie konnte schnell ihre Kapazitäten aufbauen, so daß sie im Jahr darauf ihre Instrumente auf der Handwerksausstellung vorführte. Die schon erwähnte Musikinstrumentenfabrik der Gebrüder Diederichs beschäftigte nach 14 Jahren bereits 150 Gesellen und hatte 1899 einen Jahresumsatz von 250.000 Rubel<sup>1276</sup>. Zu diesen Klavierfabriken kamen die weiteren hinzu. 1902 waren in St. Petersburg die Klavierfabriken G. Leppenberg (gegründet 1888), Offenbacher

---

<sup>1274</sup> Statističeskie svedenija o fabrikach i zavodach eksponentov, S. 147, 154.

<sup>1275</sup> Otčet o S. Peterburgskoj remeslennoj vystavke 1885 goda, St. Petersburg 1885, S. 36f.; S. Peterburgskoe kupečestvo, čast' 1, S. 3.

<sup>1276</sup> Ukazatel' S. Peterburgskoj vystavki 1899 goda, St. Petersburg 1899, unter otdel 1 gruppa 2.

(1000 Klaviere jährlich), R. Ratke (die Klavierfabrik in Dorpat<sup>1277</sup> seit 1868, die Niederlassung in St. Petersburg seit 1896)<sup>1278</sup> und die Klavier- und Flügelfabrik von Hermann Mayr ansässig.

Der größte Erfolg wurde der Klavierbaurdynastie Schröder zuteil, der durch die alte handwerkliche Tradition verbunden mit klugen geschäftlichen Strategien gesichert wurde. Schon auf der ersten Manufakturausstellung 1829 wurde ein Flügel von Andrej Schröder (Johann Friedrich) ausgezeichnet<sup>1279</sup>. Die Klavierfabrik wurde 1818 von J. F. Schröder in einer kleinen Wohnung in der Kazaner-Straße gegründet. In wenigen Jahren wurden seine Instrumenten durch ihre Qualität bekannt und verkauften sich gut, was ihn in die Lage versetzte, eine neue Werkstatt an der Kreuzung Kazaner-Straße/Voznesenskij-Prospekt zu errichten. Unter dieser Adresse befand sich der Betrieb bis 1874. Schon 1852 übernahm der ältere Sohn Karl Ivanovič die Werkstatt, der 1874 auf der Petersburger Seite ein großes drei- und später fünfstöckiges Fabrikgebäude errichten ließ. Hier entstand die erste Klavierfabrik in Rußland, die mit Dampfmaschinen ausgerüstet wurde. Zu dieser Zeit galten die Instrumente von Schröder als „russischer Steinway“. 1876 öffnete Karl Schröder den größten Klavierladen in der Stadt, in dem rund 100 Instrumente im ständigen Angebot waren. Der Laden befand sich an einem exponierten Standort auf der bekanntesten Kreuzung der Hauptstadt (Sadovaja-Straße/Nevskij-Prospekt). Im derselben Gebäude gab es auch einen Konzertsaal mit 300 Plätzen. Die Söhne von K. I. Schröder, Karl Karlovič und Ivan Karlovič, führten den Betrieb mit Erfolg weiter und eröffneten die Niederlassungen in Warschau und Odessa. Im Laufe der Zeit produzierte ihre Fabrik insgesamt mehr als 25.000 Instrumente, für deren Qualität F. List und A. Rubinstein ein großes Lob aussprachen. Alle berühmten Pianisten, die in Rußland gastierten, spielten auf einem „Schröder“<sup>1280</sup>. Der Erfolg der Klavierfabrik „K. M. Schröder“, wo um die Jahrhundertwende 300 Arbeiter beschäftigt wurden, war so groß, daß der Import von ausländischen Instrumenten stark zurückging. Die Weltpremiere der Klavierfabrik fand 1870 in Kassel statt. Ihr folgten 1873 die Ausstellungen in Wien (Franz-Joseph-Orden), 1878 in Paris (die Goldmedaille und Orden der Legion), 1885 in London (Goldene Medaille), 1885 in Antwerpen (Ehrendiplom und Leopold-Orden),

---

<sup>1277</sup> Dorpat hieß vor 1917 Derpt bzw. Jur'ev und trägt jetzt den Namen Tartu.

<sup>1278</sup> S. Peterburgskoe kupečestvo, čast' 2, S. 1f.

<sup>1279</sup> O nagradach fabrikantam učastnikam 1-j vystavki 1829 goda, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 624 (1829-1832), l. 20.

<sup>1280</sup> S. Peterburgskoe kupečestvo, S. 43.

1888 in Kopenhagen, wo Instrumente Schröders außer Konkurrenz unter den besten ausgestellt wurden, 1893 in Chicago und 1894 wieder in Antwerpen (Grand Prix und vier Medaillen für die Mitarbeiter der Firma). Die Firma belieferte unter anderem die Höfe von Rußland, Preußen, Österreich-Ungarn, Dänemark und Bayern<sup>1281</sup>. Nach der russischen Revolution von 1917 wurde die Klavierfabrik Schröder verstaatlicht und völlig unter wirtschaftet. Sie bestand in den nächsten Jahrzehnten bis zum heutigen Tag unter dem Namen „Roter Oktober“, der jetzt für seine schlechte Qualität wieder berühmt ist. Das ist ein klassisches Beispiel dafür, wie ein unwirtschaftliches System eine weltberühmte Marke zu einem halbfertigen Produkt degradieren lassen kann.

Ein anderer Betrieb, der in St. Petersburg bis heute als Telephon- und Telegraphenapparatewerk namens Schreiner-Gesellen A. A. Kulakov besteht, wurde von N. K. Geißler (rus. Gejsler) gegründet. Geißler hatte eine Ausbildung als Mechaniker für Telegraphenapparate absolviert. In seiner eigenen Wohnung in der Počtamskaja-Straße 1 gründete er 1874 eine kleine Werkstatt mit zwei Arbeitern. Gearbeitet wurde auf zwei Werkbänken und drei Schraubstöcken. Hier wurden die Telephon- und Telegraphenapparate anfangs nur repariert. 1877 waren in der Werkstatt fünf und 1880 schon 15 Beschäftigte angestellt. Als der Betrieb erweitert wurde, stellte Geißler als ersten Meister L. Ch. Joseph ein, der 1884 den ersten Telephonklappenschränk (ermöglichte die Vermittlung verschiedener Gespräche) in Rußland baute.

1890 waren in der Werkstatt, die sich in drei benachbarten Wohnungen befand, bereits 20 Arbeiter beschäftigt. In der Nähe der Werkstatt wurde ein Kontor mit zwei Angestellten eingerichtet. Der Durchbruch erfolgte 1893, als Joseph das erste Entfernungsmeßgerät baute. Es folgten große Aufträge vom Marinedepartement, wodurch die Kapazitäten des Betriebes weiter ausgebaut werden konnten: Im Betrieb wurden jetzt 35 Arbeiter und drei Angestellten beschäftigt. 1896 erfolgte die Gründung einer Aktiengesellschaft mit der Western Electric Company. Der Grundkapital belief sich auf 500.000 Rubel, wobei die Fabrik von Geißler 2/3 des Kapitals hielt. In diesem Jahr zog die Firma aus der Počtamskaja-Straße in das neue vierstöckige Gebäude auf der Petrograder Seite, wo ihre Kapazitäten weiter ausgebaut wurden. 1916 wurden in der Fabrik 940 und 1917 724 Arbeiter beschäftigt. Die Firma baute insgesamt bis zum Oktober 1917 105.250 Telephon- und Telegraphenapparate<sup>1282</sup>. Der Betrieb von Geißler, der sich in kurzer Zeit zu einer der größten Telephon- und Telegraphfabriken

---

<sup>1281</sup> Ebd.

<sup>1282</sup> V. Karmašev, Očerk istorii Petrogradskogo telefonno-telegrafnogo zavoda imeni tovarišča bespartijnogo rabočeġo-stoljara A. A. Kulakova, Petrograd 1923, S. 9, 11ff., 17.

Rußlands entwickelt hatte, war zusammen mit Firmen wie Siemens-Galske und Ericsson maßgeblich am Aufbau der neuen Industrie in Rußland beteiligt. Seine Geschichte ist ein Beispiel dafür, wie ein Meister seinen Betrieb ohne Kapital aber mit gründlichem Fachwissen und Energie zu einem der erfolgreichsten Unternehmen während der Zeit der russischen Industrialisierung entwickeln konnte.

Die vielen ausländischen Meister zeichneten sich durch Innovationen in ihrem Handwerk aus. Meister Schäfer war z. B. der erste Bäcker in St. Petersburg und in Rußland, der spezielle Brotsorten nach selbsterfundenen Rezepten backte. Seine Produkte wurden nach ganz Rußland und ins Ausland ausgeliefert. A. Ja. Danilevskij und Dr. G. G. Westfalen, Mediziner der militärischen Akademie, betonten anlässlich der Handwerksausstellung 1899, daß Schäfers Brot als medizinisches Heilmittel z. B. für Diabetiker oder bei Magenverstimmungen und anderen Krankheiten verwendbar sei<sup>1283</sup>. In den westeuropäischen Ländern wurden solche Nahrungsmittel bereits seit den 80er Jahren hergestellt.

Überhaupt sind viele neue Industrien mit Hilfe ausländischer Meister auf russischem Boden entstanden. Mit dem Stoffdruck wurde zuerst in St. Petersburg angefangen<sup>1284</sup>. Das Uhrenhandwerk hat 1765 seinen Anfang in St. Petersburg genommen. Auf Katharinas II. Einladung gründeten Berliner Uhrenmeister auf der Vasilij-Insel eine Werkstatt. 1779 wurden in diesem Betrieb ein deutscher Meister, zwei deutsche und zehn russische Gesellen beschäftigt<sup>1285</sup>. Zu einer großen Verbreitung des Uhrenhandwerks konnte es aber erst mit der Aufhebung des Monopols dieser Werkstatt kommen. Der Name des Litzenmacher Karl Zinserling wurde schon im Unterkapitel 9.1.1 erwähnt. Er hatte seine Werkstatt 1794 gegründet und wurde durch die Erfindung der Litzenwebmaschine beim DMVT bekannt. Mit Hilfe dieser Maschine konnte ein Handwerker gleichzeitig 24 Litzen hoher Qualität weben<sup>1286</sup>.

Der englische Meister John Bannister hatte ein vielseitiges technisches Talent und trug viel zu der Entwicklung der Technik in Rußland zwischen 1800 und 1820 bei. Er führte im Auftrag der dänischen Regierung verschiedene technische Aufträge aus, bis er 1802 vom russischen Gesandten überredet wurde, nach St.

---

<sup>1283</sup> Opisanie S. Peterburgskoj remeselnnoj vystavki 1899 goda, hrsg. v. M. M. Rejnke, St. Petersburg 1900, S. 12ff., 212-215.

<sup>1284</sup> Ebd., S. 398.

<sup>1285</sup> RGIA, f. 2, op. 2, d. 59, l. 1, 5, 59; d. 65, l. 176, aus: Očerki istorii Leningrada, Bd. 1, S. 282.

<sup>1286</sup> Die Litzen sind dem Aktenstück beigelegt, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 471: Po prošeniju zdešnich tkackich masterov (...) 1824-1841, hier l. 19.

Petersburg zu kommen. So errichtete er eine Walzmaschine zur Herstellung von Kupferblech, das für die Verkleidung der Schiffswände verwendet wurde, sowie eine Maschine für die Bolzenherstellung. In der Alexandrinischen Baumwollfabrik erbaute er eine Mühle, die mit Pferdekraft angetrieben wurde. Sie sorgte für den Antrieb der Webstühle. Dort setzte er auch die Schneidemaschinen ein, die Stoffstücke nach einem vorgegebenen Maß zuschnitten. Der letzte Staatsauftrag war die Konstruktion eines Refraktors für den Leuchtturm im St. Petersburger Hafen, den er selbst im staatlichen Gießwerk anfertigte. Der Krieg mit Napoleon bereitete seiner Tätigkeit 1812 ein vorübergehendes Ende. 1817 richtete er eine private Fabrik in St. Petersburg ein und bekam von der Regierung einen Kredit von 50.000 Rubel. Seinen Worten nach, „leistete er der Regierung und der Hauptstadt einen guten Dienst, da er viele Handwerker ausgebildet hatte, die früher bei ihm als Gesellen angestellt waren und zur Zeit eigene Werkstätten betrieben“<sup>1287</sup>. Er vermittelte ein Handwerkswissen, daß es so in Rußland vorher nicht gegeben hatte.

Der ausländische „Fabrikant“ Ivan Baumann führte in Rußland 1801 die matte Vergoldung ein. 1803 erhielt er das Patent für die Herstellung des „Etrusker Leders“ und 1815 führte er die mechanische Säge ein, die erlaubte, statt 4-5 jetzt 10 bis 12 Bögen Furnierholz auf einmal zu sägen<sup>1288</sup>. Seine vielseitigen Erfindungen können dadurch erklärt werden, daß er über ein überdurchschnittliches Handwerkswissen mit einer technischen Neugierde gepaart verfügen mußte. Er war mit Lederverarbeitung, Polsterung, Furnierholzherstellung und Inkrustationen vertraut. Baumann hatte vermutlich eine kleinere Werkstatt und war wenig vermögend, obwohl er mit seinen Möbeln viele kaiserliche Schlösser bestückte. Außerdem belieferte er die Hofschneider mit dem bedruckten Leder, das für die Herstellung der Trachten der kaiserlichen Familie verwendet wurde. Aus unbekannten Gründen wurde er mittellos und bat 1830 um einen Kredit von 1000 Assignatenrubel, um die neue Werkstatt für die Kapselnherstellung in St. Petersburg in Gang zu bringen. Er richtete sie in der Litejnaja Straße im Haus von Vollbaum mit allen benötigten Maschinen und Instrumenten ein. Im fehlten aber die Mittel für eine erste Anlaufzeit, um die benötigten Arbeitsmaterialien zu erwerben oder um Arbeitskräfte einzustellen. In Moskau hatte er zusammen mit Ludwig Sichler bereits eine ähnliche Werkstatt

---

<sup>1287</sup> RGIA, f. 18, op. 2, d. 278: O vydače deneznoj ssudy fabrikantu Džonu Bannisteru (1818), l. 9ff.

<sup>1288</sup> Delo po pros'be inostranca Baumana, o ssude emu 20.000 Rublej i o vydače privilegii na delanie ružejnych zatravok. Tut že ob učreždenii fabriki dlja krašenija koži (1830-1833), l. 2, 15, 37.

errichtet, in der 15 Meister und vier Lehrlinge beschäftigt waren<sup>1289</sup>. Der Schornsteinfeger Karl Gepner, der seit 1831 in St. Petersburg tätig war, schlug in einem Gesuch an den Innenminister vor, in der Hauptstadt einen von ihm entwickelten Extrakt zur Beschichtung der inneren Schornsteinwände anzuwenden. Dieser Extrakt sollte die Brandgefahr von Schornsteinen minimieren<sup>1290</sup>. Der Metzger Ernst Martens bat den Innenminister in einem Gesuch vom 16. August 1845 um die Erlaubnis, eine „deutsche Metzgerei (...) mit der beispielhaften Akkuratess und Sauberkeit vollständig auf die westeuropäische Weise“ einzurichten. Diese Metzgerei sollte für viele Jahre eine „Modellwerkstatt“ für andere Metzger der Hauptstadt werden<sup>1291</sup>.

Das Bäckerhandwerk hatte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine rasante Entwicklung genommen, die unter anderem durch die Einführung neuer Technologien möglich geworden war. 1850 bekam z. B. der Kaufmann dritter Gilde Ivan Pallizen die sechsjährigen Patentrechte für einen von ihm erfundenen metallenen Dampfbackofen, der die Produktivität um ein vielfaches steigen ließ, wobei das Brot nicht an Qualität verlor. Mit dem Heizmaterial für zwei Silberrubel konnten zehn Bäcker in diesem Ofen das Brot für 2.500 Menschen pro Tag backen<sup>1292</sup>. Die astronomischen, geodäsischen und mathematischen Instrumente von W. Herbst (rus. Gerbst), der seine Werkstatt bei der Sternwarte Pulkovo in der Nähe von St. Petersburg eingerichtet hatte, waren in qualitativer Hinsicht konkurrenzlos. Im Jahr wurde dort in der Regel nur ein Instrument gebaut, das zwischen 800 und 1.200 Rubel kostete. Diese Reihe von Beispielen könnte noch weiter fortgesetzt werden. Sie spiegeln die Bedeutung wider, die die ausländischen Handwerker verschiedener Handwerksbereiche für die technische Entwicklung des Handwerks und der Gesamtindustrie hatten.

---

<sup>1289</sup> Ebd., I. 15, 37.

<sup>1290</sup> Prošenie Karla Gepnera k ministru vnutrennich del Perovskomu ot 1 aprilja 1843 g., in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 129: Po prošenu žitel'stvujuščego v S. Peterburge trubočistnogo mastera K. Gepnera, ob upotreblenii v S. Peterburge izobretennogo im sostava dlja smazki v domach vnutrennosti trub (aprel' 1843-Dezember 1844), I. 1.

<sup>1291</sup> Prošenie na imja Perovskogo (...) ot 16 avgusta 1845 g., in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 350: Po prošenu mjasničnogo mastera Ėrnsta Martensa, o dozvolennii emu otkryt' v S. Peterburge obrazcovuju mjasnuju lavku (avgust-nojabr' 1845), I. 1 ff.

<sup>1292</sup> RGIA, f. 1287, op. 37, d. 892: O dozvolennii S. Peterburgskomu tret'ej gildii kupcu Ivanu Pallizenu ustroit' v gorodach Rossijskoj imperii pekarni dlja pečenija chlebov v osobu ustroennyh privilegirovannyh pečach (1850), I. 1, 3, 5.

### 10.3.2 Die Entwicklung des Zunfthandwerks und die zeitgenössische Rezeption

„Ist es denn möglich, daß wir die Zünfte in Rußland solange bestehen lassen, solange die Zünfte in Deutschland bestanden?“ - rief der Professor der Moskauer Universität M. Kittary 1860 aus<sup>1293</sup>. Seine Bemerkung war Ausdruck der zeitgenössischen Diskussion über die Gewerbefreiheit und das Fortbestehen der Zünfte in Rußland, die im Anschluß an die Diskussion in Westeuropa stattgefunden hatten. Die Veröffentlichungen in Deutschland von Victor Böhmert, Hermann Renzsch, W. H. Riehl und Gustav Rasch fanden unter den russischen Ökonomen und in Regierungskreisen eine große Aufmerksamkeit<sup>1294</sup>. Auch die Debatten im preußischen Abgeordnetenhaus über das neue Gewerbestatut von 1860, wo sich die Deputierten für die Gewerbefreiheit aussprachen, blieben nicht unbemerkt. Die Veröffentlichungen von Tatarinov in ŽMVT und von A. Korsak standen im Einklang mit Kittary und mit den früheren Äußerungen der Regierungskommissionen von Ignat'ev und Stackelberg, die sich ebenfalls für die Abschaffung der Zünfte ausgesprochen hatten. Tatarinov unterstrich unter anderem, daß sich das „Zunftmonopol auf die Moral der Zunfthandwerker verberblich auswirke“, und daß sie deswegen „jede innovative Kraft verloren“ hätten<sup>1295</sup>.

M. Kulišer betonte 1877, daß von einer Zunftreform keine Rede sein konnte, weil das Zunftsystem unreformierbar wäre. Seiner Ansicht nach sollte der Staat soziale Funktionen und die Ausbildung im Handwerk übernehmen<sup>1296</sup>. 1894 bezeichnete der russische Publizist F. O. Iordan den Komplex nicht nur des zünftigen, sondern auch des gesamten russischen Handwerks als das „dunkle Reich“<sup>1297</sup>. Er schrieb schon 1887 über „die völlig anormale Erscheinung des in

---

<sup>1293</sup> Babst, Mysli, dort: M. Kittary, Neskol'ko slov o moskovskich cechach, S. 31-52, hier S. 48.

<sup>1294</sup> Victor Böhmert, Freiheit der Arbeit, Beiträge zur Reform der Gewerbebesetze, Bremen 1858; Gustav Rasch, Die Gewerbe-Gesetzgebung des Preussischen Staates, mit allen darauf bezüglichen bis heute ergangenen abändernden und ergänzenden Bestimmungen, Berlin 1857; Hermann Renzsch, Zünfte oder Gewerbefreiheit? Dresden 1862; W. H. Riehl, Die Deutsche Arbeit, Stuttgart 1861.

<sup>1295</sup> A. Korsak, O formach promyšlennosti voobščee i o značenii domašnego proizvodstva v Zapadnoj Evrope i Rossii. Moskau 1861; Vgl., Trudy komissii, č. 1, S. 111, 114.

<sup>1296</sup> Kulišer, Cechi, kn. 12, S. 74-88, hier S. 88; s. zur Diskussion allgemein in: Trudy komissii, č. 1, S. 86-149.

<sup>1297</sup> F. O. Iordan, Učeniki-remeslenniki, S. 1.



Vergessenheit geratenen Standes der Zunfthandwerker“, maß diesem Stand aber immer größer werdende Bedeutung aufgrund der großen Anzahl von Zunfthandwerkern im öffentlichen Leben zu<sup>1298</sup>. Jordan bemängelte die fehlende Transparenz in der handwerklichen Selbstverwaltung im allgemeinen und die große Zahl der kollegialen Instanzen und der Amtspersonen im einzelnen<sup>1299</sup>. Er bestätigte die Vermutungen, daß sich in den Regierungskreisen die Meinung über die völlige Untauglichkeit des Zunftsystems verbreitet hatte, das nach und nach abgeschafft werden sollte<sup>1300</sup>.

Trotz der partiellen Abschaffung der Zünfte in mehreren russischen Städten, wagte die Regierung nicht, das Standesprinzip als ein Staats- bzw. systemtragendes Prinzip anzutasten und die Zünfte in den Hauptstädten zu reformieren. Das Zunftsysteem konnte vor allem deswegen nicht reformiert werden, weil es an das Standesprinzip angekoppelt war. Die Zünfte wurden von Anfang an nicht nur als ein wirtschaftliches, sondern auch als ein ständisches Modell verstanden. Deshalb sollte die Gleichsetzung der Rechte der zeitweiligen Handwerker, die zu verschiedenen Ständen wie Adel, Kaufmann- und Bauernschaft und Kleinbürgertum gehörten, die Auflösung des Standes der ständigen Meister bedeuten.

Theoretisch gesehen, konnte die Regierung versuchen, die Zünfte aufs neue nur nach wirtschaftlichen bzw. Berufsprinzipien zu gestalten. In der Praxis faßte sie es aber nicht an, obwohl die Voraussetzungen für die Reform vorhanden waren. Mit der Abschaffung der Leibeigenschaft schritt der Prozeß der Aushöhlung des Zunftsystems schnell voran, insofern z. B. die Hausknechtschaft (*dvorovye*) in die Stadt strömte. Die Regierung verordnete den städtischen Selbstverwaltungen einen Teil der Knechtschaft, der dem Handwerk nachging, in die Zünfte einschreiben zu lassen, um sie besser integrieren zu können. Aber durch die Umgehung der Gesetze gelangten Tausende von Nichthandwerkern in die Zünfte. Es gab z. B. im Moskauer Handwerkerstand etwa 10.000 solcher Mitglieder<sup>1301</sup>. Des weiteren übten viele ständigen Zunfthandwerker nichthandwerkliche Berufe aus, behielten aber gleichzeitig alle ihre Rechte und nahmen soziale Leistungen der Zünfte weiter in Anspruch. 1886 hatten von 23.567 Meistern in den Moskauer Zünften nur 10.077 (9.168 zeitweilige und 909 ständige Meister)

---

<sup>1298</sup> Ders., O neobchodimosti reformy soslovno-remeslennogo upravlenija, in: Russkaja Mysl', 1887, Juni, kn. 6 (Juni), S. 79-91, hier S. 79.

<sup>1299</sup> Ebd., S. 81f.

<sup>1300</sup> Ebd., S. 83.

<sup>1301</sup> Ebd., S. 84.

Werkstätten. Die anderen 57,2% der Meister gingen anderen nichthandwerklichen Berufen nach<sup>1302</sup>.

Also wurde das Standesprinzip weiter ausgehöhlt, wodurch der Handwerkerstand seine angestrebte Homogenität zunehmend verlor. Der Handwerkerstand hätte also weitere Mitglieder aufnehmen können, wenn er, wie gesagt, auf einem wirtschaftlichen Prinzip aufgebaut gewesen wäre. Die Einnahmen der Handwerkskasse wurden zum größten Teil von den ständigen Zunft Handwerkern aufgebraucht, die in ihrer Mehrheit keine Handwerker waren und in die Handwerkskasse nichts einzahlten, was dem Sinn der Zunftorganisation, alle ihre Mitglieder zu unterstützen, widersprach<sup>1303</sup>. Jordan ging so weit, daß er auch die Ämter der Handwerks- und Zunftältesten als *pro forma* bestehend bezeichnete und die Einteilung in Meister, Gesellen und Lehrlinge in Frage stellte:

„Wenn schon diese Bezeichnungen noch heute bestehen, so haben sie einen anderen Sinn, als es in dem Gesetz gesagt und gemeint wird. Sie bezeichnen in der Wirklichkeit einen anderen Gegenstand. Ist es nicht besser, die Handwerker mit den anderen Schichten der Stadtbevölkerung zu vereinigen? Damit wird für sie auch die Steuerlast leichter“<sup>1304</sup>.

Die Mitglieder der Kommission für die Ausarbeitung des Projektes über die Organisation der Industriebetriebe in St. Petersburg empfahl 1897 ebenfalls die Abschaffung der obligatorischen Einschreibung in die Zünfte<sup>1305</sup>. Die Kommission bemängelte, daß die kleine privilegierte Gruppe der ständigen Zunft Handwerker ihre Macht mißbrauche. Die zeitweiligen Zunft Handwerker wählten aus ihrer Mitte nur zwei Beisitzer, die gegen die Übermacht der ständigen Handwerker machtlos waren. Aus den letzteren wurden 30 Amtspersonen und 150 Deputierte gewählt, in deren Versammlungen die zeitweiligen Handwerker nicht eingelassen wurden<sup>1306</sup>.

Auf die Untersuchungsergebnisse dieser Kommission stützte sich 1899 der Verfasser der Abhandlung über die Handwerksverwaltung in St. Petersburg, als er bemerkte:

„Die ,Kommission für die Einrichtung der Industriebetriebe und für die

---

<sup>1302</sup> Ebd., S. 85.

<sup>1303</sup> Ebd., S. 86.

<sup>1304</sup> Ebd., S. 82.

<sup>1305</sup> Mnenie S.-Peterburgskoj remeslennoj upravly, S. Petersburg 1897, S. 2.

<sup>1306</sup> Ebd., S. 6.

Überprüfung der Arbeitsbedingungen‘ hat festgestellt, daß die Handwerksverwaltung die ihr auferlegten Aufgaben nur mit seltenen Ausnahmen erfüllt und die Handwerksoberrhäupte und Zunftältesten ihren Dienstverpflichtungen äußerst gleichgültig gegenüberstehen. Es fehlt jede Kontrolle über die Arbeitsbedingungen der Gesellen und Lehrlinge in den Werkstätten. Die Lehrlinge arbeiten 12 bis 14 Stunden am Tag. Ihre physischen und moralischen Kräfte werden durch die unerträgliche Umgebung zugrunde gerichtet. Das St. Petersburger Handwerksoberrhaupt hat die fehlende Kontrolle seitens der Handwerksverwaltung und ihre ineffiziente Arbeit gleichermaßen bemängelt. Einerseits ist das durch die Unkenntnis der Gesetze und durch das niedrige Niveau der allgemeinen Ausbildung der Handwerker und der Amtsinhaber der Handwerksverwaltung erfolgt, andererseits dadurch, daß die Amtsinhaber auch weiterhin als Meister tätig sind und sich deswegen nicht auf ihre Amtsgeschäfte ohne Verluste in der Produktion konzentrieren können“<sup>1307</sup>.

Diese Charakteristika der Handwerksverwaltung wären im großen und ganzen korrekt, obgleich der Autor keineswegs objektiv verfährt. Die Anliegen von Kunden wurden durchaus ernst genommen; so untersuchte die Handwerksverwaltung 1896 allein 88 Kundenreklamationen<sup>1308</sup>.

Die Handwerksverwaltung war die einzige Organisation, in der sich die Handwerker artikulieren, in der sie über den „Niedergang“ des Handwerks oder über Maßnahmen gegen die Konkurrenz der Großindustrie debattieren konnten. Ende 1887, als die Anzahl der Zunfthandwerker auf rund 10.000 stark zurückging und die St. Petersburger Zünfte sich in einer tiefen Krise befanden, reichte ein Mitglied der Deputiertenversammlung einen schriftlichen Bericht über die Mittel zur Belebung der Handwerksindustrie ein. Bemerkenswert ist im Unterschied zu früheren Zeiten die demokratische Verfahrensweise der Selbstverwaltung. Die Deputiertenversammlung berief eine Kommission, die den Ursachen des Niederganges im Handwerk nachgehen sollte. Am 8. Januar 1888 erfolgte schließlich ein schriftlicher Bericht der „Kommission für die Ermittlung der Mittel für die Belebung der Handwerksindustrie in St. Petersburg“, der nach dem Beschluß der Handwerksverwaltung in die Zunftverwaltungen weitergeleitet wurde. Der Bericht sollte während der Zunftversammlungen weiter diskutiert

---

<sup>1307</sup> Abhandlung „Remeslennaja uprava“ in: Ėnciklopedičeskij slovar‘, hrsg. v. Brokgauz u. Ėfron, tom 26, polutom 52. St. Petersburg 1899, S. 557.

<sup>1308</sup> Mnenie S.-Peterburgskoj remeslennoj upravy (1897), S. 6f.

werden. Daraufhin wurden bei jeder Zunft ebenfalls die Kommissionen zusammengerufen, die über diese Frage beraten sollten. Als die Kommissionen ihre Beratungen abgeschlossen hatten, erfolgte wiederum ein schriftlicher Bericht an die Kanzlei des Stadtoberhauptes (*gorodskoe otdelenie kancelarii gradonačal'nika*), der zum Innenminister weitergeleitet wurde<sup>1309</sup>. Am 9. September 1889 berichtete das Stadtoberhaupt dem Innenminister:

„Die St. Petersburger Handwerker reichten ein Gesuch über die Wiederbelebung der Handwerksindustrie ein. Die Handwerksverwaltung berief angesichts der Komplexität des Problems die Kommission ein, die ihrerseits an die Deputiertenversammlung Bericht erstattete. Die Deputiertenversammlung beschloß unter anderem: 1. Die Gründung des Standesgerichts, das die Rechtsstreitigkeiten zwischen Meistern, Gesellen und Lehrlingen untersuchen und belegen soll, 2. Die Bestätigung des Statutes der ‚Gesellschaft für die Förderung der Handwerksindustrie und des Absatzes der Produkte durch das Handelshaus der Handwerker in St. Petersburg‘, 3. Die Abschaffung der Handwerksverwaltung der ausländischen Zünfte zu erreichen“<sup>1310</sup>.

Die Deputiertenversammlung bezweckte also die Erweiterung bzw. die Wiederherstellung der Rechtsprechung des Handwerkerstandes im alten Umfang, wodurch die Stärkung der ständischen Institution aber auch die bessere Regelung der Betriebsverhältnisse erreicht werden sollte. Besonders interessant ist der zweite Punkt, der besagt, daß eine nichtzünftige Institution geschaffen werden sollte, die das Handwerk fördern und den Absatz der Produkte erleichtern sollte. Es kann als ein Anzeichen für den inneren Wandel des Handwerkerstandes gedeutet werden, dessen Mitglieder allmählich begriffen, daß sich das Handwerk nur mit vereinten Kräften in Konkurrenz mit der Großindustrie behaupten konnte. Nach dem Befehl des Stadtoberhauptes wurde wiederum eine Kommission einberufen, die aus den beiden Standesältesten der russischen und der ausländischen Zünfte und zwei Meistern jeder Zunft bestand. Sie kam zu dem Schluß, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen das vorhandene Problem nicht

---

<sup>1309</sup> RGIA, f. 1287, op. 38, d. 2459: O prošennii deputatskogo sobranija o merach ulučšenija položenija remeslennoj industrii 1889/91, hier: l. 1.

<sup>1310</sup> Ebd., l. 2.

lösen konnten, weil die Rahmenbedingungen sich sehr verändert hatten<sup>1311</sup>. Also setzte die Kommission ihrer Handlungsfähigkeit ein Ende, indem sie in ihrem Beschluß verlautbarte, daß die Konkurrenz der Fabriken und des bäuerlichen Handwerks, die ständig anwuchs, durch die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht zu beseitigen war.

Deshalb ist es wichtig, die St. Petersburger Zünfte nicht nur von seiten der zahlreichen Kritiker zu betrachten, sondern auch die Argumentation der Handwerksverwaltung zu berücksichtigen, weil sie einige positive Anhaltspunkte liefert und ungeachtet einiger Verschönerungsversuche Impulse für die adäquate Interpretation des Zunfthandwerks gibt. Ungeachtet der ausgebliebenen Reform des Handwerkerstandes durchlief er einen tiefen Wandel. Viele Forderungen der Handwerksverwaltung, die sie aufgestellt hatte, verloren an Aktualität. Die Gewerbebescheinigungen wurden z. B. ohne große Behinderungen den Gewerbetreibenden erteilt. Am Ende des 19. Jahrhunderts betrug die Gebühr für die Haltung einer Werkstatt pro Handwerker 5,5 Rubel im Jahr. Die Handwerksgesellschaft trug alle Kosten für die Vollpension im Armenhaus und in der Schule, in denen je 300 Personen betreut wurden. Für die Unterhaltung dieser Anstalten wurden mehr als 50.000 Rubel im Jahr aufgewendet. Außerdem wurden Ausgaben für die Unterstützung sozial schwachen Handwerkern und ihrer Witwen, für die Behandlung der Handwerker in Krankenhäusern, für Stipendien von Kindern, die die Berufsschule des Thronfolgers Nikolaj und das Mädchengymnasium besuchten, in der Höhe von rund 30.000 Rubel getätigt<sup>1312</sup>. Die Handwerksverwaltung stellte, verglichen z. B. mit den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts, den zunftlosen Handwerkern keine Hindernisse mehr in den Weg. Sie mußten sich keiner Prüfung als Zunftmeister mehr unterziehen und unterlagen auch sonst keinen Beschränkungen seitens der Handwerksverwaltung mehr. Jährlich schrieben sich einige Hundert Handwerker aus verschiedenen Ständen in den Handwerkerstand ein. Zeitweilig nahmen die Zünfte bis zu 1.000 Personen im Jahr auf. In den letzten Jahrzehnten gab es, dem Bericht der Handwerksverwaltung zufolge, kein einziges Verbot hinsichtlich einer Werkstattgründung<sup>1313</sup>.

Die Begründung von Seiten der Handwerksverwaltung einer notwendigen Benachteiligung der zeitweiligen Handwerker, dessen zwei Vertreter der 180 ständigen Meistern gegenüberstanden, war ohne Zweifel unzeitgemäß. Die

---

<sup>1311</sup> Ebd.

<sup>1312</sup> Mnenie S.-Peterburgskoj remeslennoj upravly (1897), S. 2f.

<sup>1313</sup> Ebd., S. 4.

Handwerksverwaltung bezog sich in dem Fall auf das Gesetz, in dem die Deputiertenversammlung für die Regelung rein ständischer Angelegenheiten bestimmt war, was in Anbetracht der aktuellen Entwicklung nicht besonders überzeugend klang. Die Diskrepanz war auffallend, weil auf der unteren Ebene der Verwaltung, in den Zunftversammlungen, die zeitweiligen Handwerker auf gleicher Basis mit den ständigen Handwerkern aktiv teilnahmen. In den Zunftverwaltungen dominierten die zeitweiligen Handwerker eindeutig. Ungeachtet dessen wurden sie in die Deputiertenversammlungen der Handwerksverwaltung nicht zugelassen. Zur Rechtfertigung der Deputiertenversammlung sei hier jedoch erwähnt, daß sie 1883 einen Antrag - vermutlich beim Innenminister - über die rechtliche Gleichstellung der ständigen und zeitweiligen Handwerker stellte, der allerdings abgelehnt wurde<sup>1314</sup>. Die Spaltung im Handwerk verlief nicht nur zwischen den ständigen und zeitweiligen Handwerkern, sondern in den Werkstätten selbst. Während und nach der Revolution von 1905 traten die veränderten Verhältnisse zwischen den Meistern und Gesellen besonders deutlich zutage, indem ihr Verhältnis immer mehr dem in der Fabrik herrschenden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer glich. Besonders scharfe Kritik erfuhr das Zunft Handwerk aus den Reihen der Gesellen bzw. Handwerksarbeiter, die, wie auch die ganze russische Gesellschaft, von einem ideologischen marxistischen Denkmodell der feindlichen Gegenüberstellung der Klassen beeinflußt waren:

„Die Handwerker verneinen nicht den Untergang des ‚alten‘ Handwerks, die Verminderung seiner Bedeutung und die Entstehung einer neuen Gesellschaftsordnung (*novye obščestvennye otnošenija*)“. (...) Die strukturelle Veränderung des Handwerks bestimmt die inneren Verhältnisse bzw. die Verlagerung sozialer Polaritäten im Handwerk“<sup>1315</sup>,

schrieb 1911 B. Bogdanov bezüglich des zweiten Handwerkskongresses. Sein Artikel war mit charakteristischen Begriffen wie „Klassenkampf“, „Klasseninteressen“ und „Arbeiterklasse“ durchsetzt, als Ziel des Kampfes wurde „die bessere Zukunft bzw. die vollständige Befreiung der Arbeiterklasse vom System der Lohnarbeit“ formuliert<sup>1316</sup>. Die scharfen politischen Töne sind durch die weit fortgeschrittene Propaganda marxistischer bzw. sozial-demokratischer

---

<sup>1314</sup> Ebd., S. 6f.

<sup>1315</sup> Bogdanov, Itogi, in: Naša zarja (1911), Nr. 2 (Februar), S. 62-75, hier S. 63f.

<sup>1316</sup> Ebd., S. 65f.

Ideen unter den Arbeitern zu erklären. Der andere Autor, A. Malin, war mit Bogdanov in seiner negativen Bewertung der Ergebnisse des zweiten Handwerkskongresses einig. Er stellte fest, daß die allgemeine Industriegesetzgebung und die Fabrikinspektion von den Delegierten entschieden abgelehnt und die Einführung der Handwerksinspektion vorgeschlagen worden war. Der Kongreß hatte sich für die Beibehaltung aller archaischen Formen der Zunftorganisation ausgesprochen: Die Zünfte, Handwerks- und Zunftverwaltung, Standes- und Zunftältesten usw. sollten nach Meinung der Meister weiter bestehen. Das Arbeitsverhältnis zwischen Meister und Arbeiter blieb unverändert<sup>1317</sup>. Bezeichnend ist, daß Bogdanov in der Arbeiterzeitung „Naša Zarja“ und Malin im liberal-demokratischen Organ „Vestnik Evropy“ Aufsätze veröffentlichten, die unterschiedliche Standpunkte in der Arbeiterfrage vereidigten. In Bezug auf das Handwerk unterschieden sich jedoch ihre Meinungen dem Inhalt und der negativen Stimmung nach kaum. Bogdanov beschrieb die Hauptunterschiede in den Positionen von Meistern und Arbeitern wie folgt:

1. Die Arbeiter stimmten für das allgemeine Industriestatut und die Meister für das handwerkliche.
2. Die Arbeiter stimmten für die allgemeine Fabrikinspektion und die Meister für die handwerkliche.

Bogdanov, wie auch andere Arbeiterdelegierten, stimmte für die Abschaffung der Zünfte<sup>1318</sup>. Auch aufgrund der scharfen Kritik, die dem Zunft Handwerk von allen Seiten der russischen Gesellschaft entgegenschlug, verpflichteten sich die Zunft Handwerker auf den Handwerkskongressen von 1900 und 1911 zu mehr Eigeninitiative<sup>1319</sup>. Bei differenzierter Betrachtung des zweiten Handwerkskongresses fällt auf, daß die Zunftmeister selbst dem Zunftsystem skeptisch gegenüberstanden. Bezeichnend ist, daß sich sogar der Zunftälteste der Silberschmiede- und Posamentierzunft, der später (1914-1917) der letzte Standesälteste war, A. F. Ivanov, für die Abschaffung des Standesorganisationsprinzips der Zünfte aussprach. Er kritisierte die Verschlossenheit der Zünfte und die St. Petersburger Handwerksverwaltung, für die jährlich 40.000 Rubel ausgegeben worden waren. Die Zünfte sollten, seinen Worten nach, „freien Handwerkkerverbänden“ weichen<sup>1320</sup>.

Die Handwerksausstellungen 1885 und 1899 und die Handwerkkongresse 1900

---

<sup>1317</sup> Ebd., S. 290.

<sup>1318</sup> Bogdanov, S. 70f.

<sup>1319</sup> A. Malin, Vtoroj vsrossijskij remeslennyj s-ezd, in: Vestnik Evropy, 1911, kn. 3 (März), S. 287-292, hier S. 287.

<sup>1320</sup> Trudy vtorogo vsrossijskogo s-ezda po remeslennoj promyšlennosti, protokoly zasedanija ot 17 janvarja 1911 g., S. 1f.

und 1911 nehmen in der Geschichte des St. Petersburger Zunfthandwerks einen wichtigen Platz ein und zeigen, daß der Handwerkerstand bzw. das Zunfthandwerk einerseits seine Erfolge darzustellen versuchte, andererseits aber auch nach Lösungsmodelle, die Umstrukturierung im Zeichen der zunehmenden Industrialisierung erlaubten, entwickelte.

Die Rolle des Zunfthandwerks in St. Petersburg bzw. sein proportionaler Anteil am Gesamthandwerk der Hauptstadt war groß. Die Volkszählung von 1869 gab einen ersten umfassenden Einblick in die Gewerbestruktur des St. Petersburger Gewerbes<sup>1321</sup>. Sie erlaubt die Zahlenverhältnisse zwischen dem Zunfthandwerk und dem Handwerk bzw. Kleingewerbe außerhalb der Zünfte zu vergleichen. Das Bekleidungshandwerk war am zahlreichsten vertreten. Es gab rund 9.000 Näherinnen sowie 1.500 Unterwäschenäherinnen, Spitzenklöplerinnen und Modistinnen. Unter den rund 9.600 Schneidern (6.000) und Schneiderinnen (3.600) waren 1.835 Meister und 1.656 Meisterinnen, von denen 550 (15,8%) Mitglieder in der Schneiderzunft waren. Insgesamt waren in der Schneiderzunft 3.054 Handwerker vertreten, das waren 31,8% aller Schneider der Stadt. Der prozentuale Anteil der Zunfthandwerker unter den Schuhmachern war noch größer. Die 778 Meister in der Schuhmacherzunft stellten 31,1% von insgesamt 2.500 selbständigen Schuhmachern. Insgesamt gab es etwa 8.000 Schuhmacher, von denen mehr als die Hälfte (4.737) in der Schuhmacherzunft eingeschrieben waren. Von den rund 6.500 Schreibern waren 3.936 (60,6%) Schreinerzunftmitglieder. Die 4.000 Zimmerleute wurden nicht in den Zünften sondern in den Artels organisiert und kamen überwiegend aus dem Kostromaer- oder dem Tver'aer-Gouvernement. Unter den etwa 2.000 Schlossern und 1.700 Schmieden der Stadt waren 1.117 (30,2%) in den Zünften organisiert<sup>1322</sup>.

Diese Vergleiche zeigen, daß die Handwerker zu etwa einem Drittel in den Zünften organisiert waren, was für russische Verhältnisse sehr hoch war. Der Vergleich allgemeiner Zahlen spiegelt ein noch höheres Verhältnis zwischen dem zünftigen und nichtzünftigen Handwerk wieder. Insgesamt gab es 1869 in St. Petersburg rund 77.000<sup>1323</sup> Handwerker bzw. Beschäftigte im kleineren und mittleren Gewerbe, von denen 29.685 in den russischen und rund 3.000 in den deutschen Zünften Mitglieder waren, insgesamt ein Prozentsatz von 42,4%. Auch am Anfang des 20. Jahrhunderts verlor das Zunfthandwerk keineswegs an

---

<sup>1321</sup> S.-Peterburg po perepisi 15.12.1869, 1-e und 2-e Ausgabe. SPb. 1872. S. Tabelle 72 im Tabellenanhang.

<sup>1322</sup> Archangel'skij, Žizn', S. 81f.; Tabelle 72 im Tabellenanhang.

<sup>1323</sup> Ebd.; Von 93.000 Beschäftigten im Handwerk und Gewerbe wurden 16.000 Fuhrleute bzw. Droschkenfahrer abgezogen.



Bedeutung mit einem Anteil von 43,4% am Gesamthandwerk der Hauptstadt. Die Handwerker waren in St. Petersburg eine zahlenmäßig große Gruppe. Im 18. Jahrhundert stieg die Anzahl allein der Zunfthandwerker in St. Petersburg von 1.566 im Jahre 1724 auf rund 12.000 um 1800. Von 1801 bis 1848 verdreifachte sich ihre Anzahl mit rund 35.000 beinahe, blieb dann aber auf diesem Niveau bis Anfang der 70er Jahre stehen. Ende der 60er und in der ersten Hälfte der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts gab es ein zweites starkes Anwachsen von 30.000 im Jahre 1868 auf 51.000 Zunfthandwerker im Jahre 1886. 1887 gab es dann einen abrupten Rückgang auf 41.791, das Zunfthandwerk konnte sich aber wieder erholen und stieg mit 53.400 (1900) bzw. 57.500 Beschäftigten (1910) wieder kräftig an<sup>1324</sup>.

Daß die Zünfte sich nicht nur in St. Petersburg, sondern auch in ganz Rußland intensiv entwickelt haben, zeigen die Statistiken. Die Zahl der Zunfthandwerker wuchs in Rußland zwischen 1761 und 1858 von 13.000 auf 331.555 einschließlich der Gesellen und Lehrlinge<sup>1325</sup>.

Tabelle 20: Anzahl der Zunfthandwerker in St. Petersburg und Rußland 1900 und 1910<sup>1326</sup>

	Ständige Meister	Zeitweilige Meister	Gesamt	Gesellen	Lehrlinge	Summe	% von der Gesamtzahl
1900							
St. Petersburg	1613	8662	<b>10275</b>	27403	14397	<b>52075</b>	28,3%
Rußland	22582	52064	<b>74646</b>	74639	34853	<b>184138</b>	100%
1910							
St. Petersburg	1203	8587	<b>9790</b>	31038	15458	<b>56286</b>	30,3%
Rußland	19335	59035	<b>78370</b>	72624	34521	<b>185515</b>	100%

Quelle: Remeslenniki i remeslennoe upravlenie, S. 32.

<sup>1324</sup> S. Tabelle 1.

<sup>1325</sup> Mieck, Europäische, S. 775.

<sup>1326</sup> Ohne deutsche Zünfte.

Die viel niedrigeren Zahlen der Zunfthandwerker am Anfang des 20. Jahrhunderts sind dadurch zu erklären, daß die meisten Zunftverwaltungen zu dieser Zeit abgeschafft wurden.

Die allgemeinen Entwicklungstendenzen im Zunft Handwerk wiesen einige Ähnlichkeiten zu denen in der Großindustrie auf. So vergrößerten sich die Werkstätten wie folgt: 1900 kamen auf einen Meister in St. Petersburg 2,7 Gesellen und 1,4 Lehrlinge oder 4,1 insgesamt, 1910 3,2 Gesellen und 1,6 Lehrlinge oder 4,8 insgesamt. Dementsprechend stieg die mittlere Werkstattgröße mit 17%. In St. Petersburg hatte die mittlere Betriebsgröße mit 4,1 bzw. 4,8 Arbeitnehmern je Werkstatt im Vergleich zu den gesamtrussischen Verhältnissen mit 1,5 bzw. 1,4 Arbeitnehmern viel höhere Werte. Der Anteil der St. Petersburger Zunft Handwerker am gesamtrussischen Zunft Handwerk war mit 28,3% bzw. 30,3% sehr groß. Wenn hier noch die Moskauer Zunft Handwerker hinzugerechnet werden, so kommen auf beide Hauptstädte etwa 2/3 aller Zunft Handwerker in Rußland. Die höheren Werte in St. Petersburg sind auf ein hohes Industrialisierungstempo zurückzuführen, was die Werkstätten zwang, aus Rentabilitätsgründen die Werkstätten zu vergrößern, um mehr und vor allem billiger produzieren zu können.

#### **10.4 Zusammenfassung**

Die gut entwickelte Infrastruktur St. Petersburgs ermöglichte, daß das hauptstädtische Handwerk Fuß fassen konnte und ungeachtet der Auflösung einer ganzen Reihe von Handwerksbereichen in der Industrialisierung neue Produktionsnischen für sich erschließen konnte. Das rasche Bevölkerungswachstum der Hauptstadt trug zur Zunahme von Angebot und Nachfrage an Konsumgütern bei, da die Kunden nicht nur auf den Preis, sondern auch auf die Qualität der Produkte achtete. Das Handwerk konnte den Vorteil, besser auf die individuellen Wünsche der Kunden eingehen zu können, für sich nutzen. Die Großindustrie vermochte es dagegen noch nicht, eine breite Produktpalette anzubieten, die das Handwerk überflüssig gemacht hätte.

Mit der Anbindung St. Petersburgs an die mittleren und westlichen Regionen des Russischen Reiches durch den Bau der Eisenbahnlinien wurde die Stellung des hauptstädtischen Handwerks in der Wirtschaft Rußlands neu positioniert. 1851 waren die Eisenbahnlinien zwischen Moskau und St. Petersburg und 1852 zwischen Warschau und St. Petersburg fertiggestellt und Ende 60er Jahren bis ins

Baltikum ausgebaut worden<sup>1327</sup>. Einerseits bekam das hauptstädtische Handwerk dadurch die Konkurrenz des bäuerlichen Handwerks deutlich zu spüren, andererseits konnte es für sich daraus Vorteile ziehen, da die Rohstoffe durch die schnellere Beförderung in größeren Mengen günstiger zu haben waren. Die Absatzmöglichkeiten der Handwerksproduktion verbesserten sich besonders im Bereich der Bekleidungsherstellung, da die Waren nun bis ins Innere von Rußland vertrieben werden konnten.

Etliche Gewerbebezüge blieben dem Handwerk zugehörig. Die Nahrungsmittelherstellung und -verarbeitung sowie die Herstellung von Kleidung und Galanteriewaren verblieb in den Händen der Handwerker. Viele Betriebe, die nach der Gewerbestatistik zu den Werken und Fabriken gezählt wurden, waren nichts anderes als vergrößerte Handwerksbetriebe.

Da auch das Handwerk neben der Großindustrie relativ hohe Wachstumsraten aufwies, bewies es seine Konkurrenz- und Anpassungsfähigkeit.

---

<sup>1327</sup> V. V. Pokšiševskij, Territorial'noe formirovanie promyšlennogo kompleksa Peterburga v 18-19 vekach. Opyt istoričeskoj mikrogeografii promyšlennosti krupnogo goroda, in: Voprosy geografii, sbornik 20 1950, S. 122-162, hier S. 128.



## SCHLUSS

Die Gewerbepolitik Peters I. hatte zum Ziel, eine starke wirtschaftliche und soziale Schicht von Handwerkern in den russischen Städten herauszubilden. Diese Maßnahmen waren in den beiden Hauptstädten zum Teil erfolgreich. Die Reformen Peters I. betrafen nicht nur die Oberschichten der russischen Gesellschaft, sondern beteiligten auch die mittleren Bevölkerungsschichten, in unserem Fall die Handwerker, am Reformprozeß. Die Politik der russischen Regierung bezüglich der Handwerker wurde lange Zeit, von 1703 bis 1917, im Geiste Peters I. gestaltet. Das heißt, ein Teil der städtischen Handwerker wurde in Zünften organisiert, wobei gleichzeitig der Zunftzwang im westeuropäischen Sinne fehlte. Die Bedeutung der Petrinischen Gewerbereform lag in der partiellen Beseitigung der Hindernisse bei der Etablierung einer zünftigen Organisation in Rußland und besonders in St. Petersburg, wo sie sich am stärksten entwickelte. Katharina II. gestaltete ihre Politik bezüglich der Handwerker im Rahmen der Standesgesellschaft. An erster Stelle wurden Bemühungen um eine Herausbildung des Handwerksstandes unternommen, was dem allgemeinen Zeitgeist und der damaligen Staatstheorie über die Standesgesellschaft entsprach. Die allgemeine wirtschaftliche Liberalisierung trug zur verstärkten Entwicklung des Handwerkerstandes von St. Petersburg bei. Mit der zunehmenden Einwanderung von bäuerlichen Handwerkern nach St. Petersburg um 1860 und besonders mit dem Beginn der Industrialisierung kam es in Bezug auf die Standesrechte und die sozialen Leistungen zu beträchtlichen Auseinandersetzungen zwischen den ständigen und zeitweiligen Zunft Handwerkern.

Die Gewerbe- und Standespolitik der russischen Regierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts schlug sich in der Entwicklung des Handwerkerstandes St. Petersburgs nieder. Einerseits fand die eingeführte Gewerbefreiheit in Deutschland in den 60er Jahren eine positive Resonanz in der Regierung, wodurch die Handwerksverwaltungen in den kleineren Städten seit den 80er Jahren nach und nach abgeschafft wurden, andererseits blieben die Handwerks- bzw. Standesverwaltungen in den größeren Städten und in den beiden Hauptstädten unreformiert, was sich negativ auf die Gesamtentwicklung des Handwerks auswirkte. Das wirtschaftliche und soziale Potential der zeitweiligen Handwerker wurde durch die ständischen Beschränkungen nur zum Teil ausgeschöpft.

Die Handwerksverwaltung war in fast allen Fragen an die Staatsverwaltung gekoppelt. Die Probleme, die unten, auf der Ebene der Handwerksverwaltung, entstanden, blieben im Dickicht der staatlichen Bürokratie der obersten

Regierungsstellen hängen, was sehr viel Zeit in Anspruch nahm und manchmal Jahre dauerte. Davon zeugt umfangreicher ein Briefwechsel. Die Aktivitäten der Selbstverwaltung reichten über den Senat und den Reichsrat bis zum Kaiser selbst. Im Zusammenspiel der Machtverhältnisse zwischen der Staatsmacht, d. h. dem Ministerien, der Stadtverwaltung, in Form von Magistrat und Gouvernementsamt einerseits und der öffentlichen Macht, d. h. der städtischen Selbstverwaltung in der Gestalt der Stadtduma und letztlich der handwerklichen Zunftverwaltung, welche die allgemeine Handwerksverwaltung, die Zunftverwaltungen sowie die Deputiertenversammlung repräsentierten, andererseits, wurden die Erfahrungen im *öffentlichen* Dienst gesammelt, was die Entstehung eines freien Handlungsrahmens und die Herausbildung des bürgerlichen Bewußtseins förderte.

Des öfteren fehlte es in den Angelegenheiten der Handwerksverwaltung an Transparenz, was durch Handlungen inkompetenter Verwaltungsmitglieder bzw. des Handwerksobers sowie durch unordentliche Buchführung verursacht wurde. Nach außen hin erwies sich die Kompetenz dieser Verwaltung als eingeschränkt. Dabei muß aber der Kontext der russischen Gesetzgebung berücksichtigt werden, die diese Kompetenz gezielt begrenzte. Dieser Umstand verminderte jedoch nicht den weiten Wirkungskreis und die Einflußmöglichkeiten dieser Verwaltung auf das hauptstädtische Handwerk. Ungeachtet dessen, daß das ständerechtliche System in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach und nach abgebaut wurde, blieb der Stand der Zunfthandwerker bis zu seiner Abschaffung 1917 intakt und verteidigte entschieden seine Standesrechte.

Die entwickelte Zunftorganisation der Hauptstadt bot einige soziale Sicherheiten und Leistungen, die für damalige Verhältnisse noch eine Seltenheit waren. Die russische Regierung konnte die Entwicklung des Zunftsystems jedoch nicht in neue Entwicklungsformen kanalisieren, die den heutigen Berufsgenossenschaften ähnlich gewesen wären. Die St. Petersburger Handwerkerschaft war dazu wegen ihres hohen Entwicklungsgrades durchaus geeignet. Die St. Petersburger Handwerker hatten eine führende Rolle unter der russischen Handwerkerschaft sowohl wegen ihres hohen Qualifikationsgrades als auch wegen ihres nicht nur ständischen, sondern auch, in Ansätzen, entwickelten bürgerlichen Bewußtseins: Sie organisierten zwei allrussische Handwerkskongresse (1900 und 1911) und waren der landesweite Adressat für Reformvorschläge aus den Reihen der Handwerker. Dies erklärt, warum in St. Petersburg nach der Revolution von 1905 eine Vielzahl von Gewerkschaften durch Handwerker gegründet wurde, die eigene Unterstützungskassen und Bildungsvereinigungen organisierten, aber auch den Arbeitslosen Stellen vermittelten.

Die revolutionären Ereignisse von 1917 setzten der hochprofessionellen Handwerkerschaft St. Petersburgs ein Ende. In der sozialistischen Fabriklandschaft sollte es keinen Platz mehr für die Handwerker geben.

Abkürzungsverzeichnis

BILDLg	Blätter für deutsche Landesgeschichte
CASS	Canadian-American Slavic Studies
CMRS	Cahiers du Monde Russe et Soviétique
d.	delo (Dokument)
DMVT	departament manufaktur i vnutrennej trgovli (Manufaktur- und Innenhandelsdepartement) bzw. DTM - departament trgovli i manufaktur.
f.	fond (Fonds)
FOG	Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte
GBWSG	Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte
IRTO	Kaiserliche Russische Technische Gesellschaft
IZ	Istoričeskie zapiski
ISSSR	Istorija SSSR
JGO, N.F.	Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Neue Folge
JWG	Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
l.	list (Blatt)
L.	Leningrad
M.	Moskau
NIS	Novgorodskij istoričeskij sbornik
NOA	Nordost-Archiv, Zeitschrift für Regionalgeschichte
OE	Osteuropa
op.	opis' (Verzeichnis)
Pg.	Petrograd
PGIA	Peterburgskij gorodskoj istoričeskij archiv
PSZ-1	Polnoe sobranie zakonov Rossijskoj imperii, sobranie pervoe (PSZ-2 - sobranie vtoroe)
RB	Russkoe bogatstvo
RGADA	Rossijskij gosudarstvennyj archiv drevnich aktov (Moskau)
RGIA	Rossijskij gosudarstvennyj istoričeskij archiv (St. Petersburg)
RM	Russkaja mysl'
RR	Russian Review
RV	Russkij vestnik
SIĖ	Sovetskaja istoričeskaja ěnciklopedija
SIRIO	Sbornik Imperatorskogo russkogo istoričeskogo obščestva
SPb.	St. Petersburg
UZPGPI	Učēnye zapiski Pskovskogo gosudarstvennogo pedagogičeskogo instituta

VE	Vestnik Evropy
VFPT	Vestnik finansov, promyšlenosti i trgovli
VI	Voprosy istorii
ŽMNP	Žurnal Ministerstva narodnogo prosvěšćenija
ŽMT	Žurnal manufaktur i trgovli
ŽMVD	Žurnal Ministerstva vnutrennih del
ŽMVT	Žurnal manufaktur i vnutrennej trgovli

### **Russische Maße vor 1917**

Maße für Schüttgut:

četvert' = 8 četverik =  $8 \times 8$  garnc = 209,91 l

Maße für flüssige Stoffe:

bočka = 40 vëder =  $40 \times 10$  štof = 491,96 l

vedro = 12,3 l

Gewichtsmaße:

pud = 16,38 kg

funt = 0,409 kg

berkovec = 10 pud =  $10 \times 40$  funt = 163,8 kg

mešok = 5 pud = 81,9 kg

bol'shoj kul' = 9 pud = 147,42 kg

versta 1,0668 km

### **Verhältnis vom Silber- und Papierrubel im 19. Jahrhundert**

Jahr	Silberrubel	Papierrubel
1803	1	1,25
1807	1	1,48
1809	1	2,3
1840	1	3,5



## **Handwerksälteste russischer und deutscher Zünfte**

Legislaturperiode	Name des Handwerksältesten und seiner Stellvertreter
<b>Deutsche Zünfte</b>	
1810 - 1816	Lederer Gottfried Simon Günter
1816 - 1842	Uhrenmeister August Dittmar
<b>Russische Zünfte</b>	
1822 - 1823	Afanasij Vasil'evič Panov
1824 - 1825	Zibert (Siebert, Seifert)
1829 - 1835	Trubicyn
1836 - 1843	?
1844 - 1850	Pëtr M. Matveev, Stellvertreter: F. N. Liman und I. V. Baulin. N. M. Komarov in der Verwaltung tätig.
1850 - 1853	D. I. Rosenberg, Stellvertreter: S. I. Malkov und S. F. Šiškin
1853 - 1856	?
1856 - 1859	Nikita Maksimovič Komarov
1859 - 1862	A. T. Ustinov
1862 - 1864	Egor Efimovič Malkov
1864 - 1868	Aleksandr Ivanovič Blum
1868 - 1871	der Silberschmied Grigorij Grigorievič Petrovskij
1871 - Oktober 1879	der Bäcker Daniil Petrovič Polozov
1879 Oktober - 1882	Der Schneidermeister Nikanor Afanasievič Lebedev wurde von der Deputiertenversammlung provisorisch auf den Posten des Handwerksältesten gewählt. Unter den Zunftältesten nicht verzeichnet.
1882 - 1890	Efrem Ivanovič Ivanov
1890 - 1897	Vladimir Emel'janovič Vladimirov
1897 (August) - 1905	Timofej Afanasievič Zagrebin (1893, 1897 Mitglied der Revisionskommission)
1905 - 1909	Aleksandr Alekseevič Ivanov
7. April 1909 - 1912	Ferdinand Ferdinandovič Nikolai
1912 - 1914	?
1914 - 1917	A. F. Ivanov (1906 - der Älteste der Silberschmiede- und Posamentierzunft)



Tabelle 1: Petersburger Handwerker von 1722 bis 1914

Jahr	Russische Zünfte							Handwerker russischer Zünfte insgesamt	Meister deutscher Zünfte	Zunft- hand- werker Gesamt	Hand- werker Gesamt
	Ständige Meister				Zeitweilige Meister						
	Meister	Gesellen	Lehrlinge	Gesamt	Meister	Gesellen	Lehrlinge				
1722	439	18	78		-	-	-	-	535	-	-
1724	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1566	-
1743	-	-	-	-	-	-	-	-	-	709	-
1742	-	-	-	-	-	-	-	-	806	257	1063
1761	-	-	-	-	-	-	-	-	330	-	-
1766	269	-	-	-	119	-	-	-	388	770	1158
1783	678	-	-	-	1554	-	-	-	2232	ca. 1000	3232
1786 <sup>1</sup>	811	-	-	-	3058	-	-	-	3869	1208	5077
1789 <sup>2</sup>	2434	1813	1751	5998	-	-	-	-	5998	1477	-
1790	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1223	-
1793	-	-	-	-	-	-	-	-	ca. 5500	ca. 1200	ca. 6700

<sup>1</sup>

1786 - Nach Fjodor Tumanskij (Opýt povestvovanija o [...] St. Peterburgskoj gubernii [...]), SPb. 1789/90) gab es in Petersburg bis 1783 678 ständige Meister. Nach der Volkszählung von 1783 kamen 153 ständige Meister hinzu, was insgesamt 811 ständige Meister ausmachte. Die Anzahl der zeitweiligen Handwerker stieg noch kräftiger an, so daß sie sich nach der Volkszählung von 1783 nahezu verdoppelte und 3.058 Handwerker betrug. Insgesamt gab es also 3.869 ständige und zeitweilige Meister.

<sup>2</sup> 1789/90: Es sind sowohl ständige als auch zeitweilige Handwerker russischer Zünfte aufgeführt.

1796	-	-	-	-	-	-	-	-	-	ca. 5086	-	-	-
1801	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10738	ca. 1500	12238	-
1803	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2381	-	-
1808	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7823	ca. 3000 <sup>3</sup>	10823	-
1810	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1798 <sup>4</sup>	-	-
1811 <sup>5</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15631	1048	16679	-
1812	-	-	-	2013	-	-	-	-	-	-	910	-	-
1813	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	860	-	-
1814	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	822	11424	-
1815	-	-	-	6436	-	-	-	-	3732	10168	-	10168	-
1816	-	-	-	2827	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1817	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13043	810 <sup>6</sup>	13853	-
1819	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	939	-	-
1820	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	590	-	-
1821	-	-	-	4527	-	-	-	-	-	7187	721 <sup>7</sup>	7908	-

<sup>3</sup> In den deutschen Zünften sind die Meister mit Gesellen und Lehrlingen aufgezählt.

<sup>4</sup> Es waren 1.047 Meister, 521 Gesellen und 230 Lehrlinge.

<sup>5</sup> Zwischen 1811 und 1836 sind in den deutschen Zünften nur die Meister aufgezählt.

<sup>6</sup> Von insgesamt 810 Handwerkern in den deutschen Zünften gab es 399 Meister, 279 Gesellen und 132 Lehrlinge oder 1,03 Hilfskräfte zu einem Meister.

<sup>7</sup> Im Jahr 1822.

1825	3150	-	-	-	2536	6440	-	-	-	965 <sup>8</sup>	-	-
1830	-	-	-	3640	-	-	-	-	-	-	-	-
1831	-	-	-	-	-	-	-	-	11795	-	-	-
1832	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10121 <sup>9</sup>	-
1833	-	-	-	3954	-	-	-	22011	25965	-	-	-
1834	-	-	-	5054	-	-	-	22101	27155 <sup>10</sup>	353	27508	-
1835	-	-	-	4015	-	-	-	10 581	14 596	-	-	-
1836	-	-	-	-	-	-	-	-	-	371	23221	-
1840	-	-	-	3468	-	-	-	17584	21 052	-	-	-
1843	-	-	-	-	-	-	-	-	15277 <sup>11</sup>	1250	-	-
1844	-	-	-	4721	-	13249	12824	-	-	6879 <sup>12</sup>	-	-
1846	-	-	-	-	5620	13576	10413	29609	-	-	-	-
1847	-	-	-	5038	5362	13046	9753	22799	33 552	-	-	-
1848	-	-	-	5260	5818	13713	10766	30303	35 563	-	-	-
1849	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1300	-	-

<sup>8</sup> Außer 965 Meistern gab es noch 713 Gesellen oder 1.678 Handwerker insgesamt.

<sup>9</sup> Nur Zunftmeister.

<sup>10</sup> In der Zahl sind 1.186 zeitweilige ausländische Zunftmeister eingeschlossen. Für dieses Jahr wurden im Steuerverzeichnis 25.035 Kleinbürger und Zunfthandwerker verzeichnet.

<sup>11</sup> Nur Zunftmeister.

<sup>12</sup> Es waren 1.312 Meister, 2.259 Gesellen, 3308 Lehrlinge.



1878	-	-	-	20461	-	-	-	44247	64708 <sup>17</sup>	ca. 1200	-	-
1879	1176	3152	2	4330	7090	22833	13076	42999	47329	ca. 1200	48529	-
1880	1072	3167	-	4239	7195	22512	13376	43083	47322	ca. 1200	48522	-
1881	1157	3352	-	4509	7010	22889	13759	43658	48167	ca. 1200	49367	-
1882	1158	3374	-	4532	7070	22621	13171	42862	47394	ca. 1200	48594	-
1884	1172	4015	-	5187	7103	22075	12571	41749	46936	ca. 1200	48136	-
1886	1256	4199	-	5455	7764	24186	12610	44560	50015	ca. 1200	51200	-
1887	1331	4313	-	5644	7856	17807	9284	34947	40591	ca. 1200	41791	-
1888	1336	4466	-	5802	7733	18363	9375	35471	41273	ca. 1200	42473	-
1889	1418	4601	-	6019	7767	18509	9574	35850	41869	ca. 1200	43069	-
1890	1429	4582	-	6011	7756	18434	9695	35885	41896	ca. 1200	43096	99889
1891	1512	4550	-	6062	7449	19351	10436	37236	43298	ca. 1300	44598	-
1892	1346	4214	0	5560	6414	16005	ca. 12000	34419	39979	ca. 1300	41279	-
1894	1512	4550	0	6062	7221	22 160	ca. 12000	29381	47443 <sup>18</sup>	1303 <sup>19</sup>	48746 <sup>20</sup>	-
1895	-	-	-	-	-	-	-	-	53554 <sup>21</sup>	ca. 1300	54854	-

<sup>17</sup> Einschließlich Familienmitglieder.

<sup>18</sup> Doklad Konstantina Dmitrieviča Kudrjavceva, in: Trudy vsrossijskogo s-ezda po remeslennoj promyšlennosti 1900 goda, tom 2, St. Petersburg 1900, S. 225.

<sup>19</sup> In dieser Zahl sind 751 Meister und 552 Gesellen eingeschlossen.

<sup>20</sup> An der Ochia gab es 109 Meister und 485 Gesellen oder 594 insgesamt.

<sup>21</sup> Doklad Sergeja Vasil'eviča Borodaevskogo na Remeslennom s-ezde 1900 goda, in: Trudy vsrossijskogo s-ezda po remeslennoj promyšlennosti 1900 goda, tom 1 čast' 1, St. Petersburg 1900, S. 109. Darunter 9030 Meister, 30350 Gesellen und 14174 Lehrlinge.

1899	-	-	-	-	-	ca. 1300	65528	-
1900	1613	-	-	8662	-	ca. 1300	53375	126757 <sup>24</sup>
1910	1203	-	-	8587	-	ca. 1300	57586	150000

Quellen: Aller, Samuel, Ukazatel' žilišč i zdaniij S.-Peterburga ili adresnaja kniga. SPb. 1822; Fedulov, N. A., S.-Peterburg po perepisi 15 dekabrja 1900 g. Spb. 1903; Georgi, I. G., Opisanie S. Peterburga (...). SPb. 1794 (Reprintausgabe SPb. 1996, S. 195-207); Istorija rabočich Leningrada Bd. 1, S. 8 f.; Janson, Ju. E. (Hrsg.), Naselenie S.-Peterburga po isčislenijam 15 junija i 15 dekabrja 1888 g. SPb. 1889; Ders., S.-Peterburg po perepisi 15 dekabrja 1890 g. SPb. 1892; Jučnčeva, Sostav, S. 56; Kočin, G. E., Naselenie Peterburga do 60-ch godov 18. veka, in: Očerki, Bd. 1, S. 102, 487; Kopanev, A. I., Remeslenniki Peterburga pervoj poloviny 19 veka, in: Remeslo i manufaktura v Rossii, Finljandii i Pribaltike. L. 1975, S. 79; Kizevter, Posadskaja obščina, S. 162 ff.; Lipskij, A. A., Naselenie Peterburga po perepisi 15 dekabrja 1881 g. Spb.; Lupov, S. P., Istorija stroitel'stva Peterburga v pervoj četverti 18. veka. M. L. 1957, S. 166; Očerki istorii Leningrada, Bd. 1, S. 280; Otčët S.-Peterburgskoj remeslennoj upravly za 1866-68, 1873-82, 1884, 1886-1891, 1903, 1906-1910 god. SPb. 1867-1869, 1875-83, 1885, 1887-1894, 1906-1909, o. J., 1913; Pažinov, Problema, S. 48, 57, 173, 187 f.; Perepisi naselenija Rossii. Itogovye materialy podvornych perepisej i revizij naselenija Rossii (1646-1858), M. 1972, vypusk III, S. 339; ebd., vypusk IV, S. 6; ebd., vypusk V-VII, IX-XI; PGIA, f. 221, op. 1, d. 80; Remeslenniki i remeslennoe upravlenie v Rossii. Pg. 1916, S. 32; PGIA, f. 221, op. 1, d. 80; RGADA, f. 248, op. 58, d. 58/3629; "Po revizskoj ekspedicii 1764-1770". I. 62-72; RGIA, f. des Innenministeriums, das Wirtschaftsdepartement, d. 222 (1893); RGIA, f. 1287, op. 37, d. 667, l. 72; ebd., op. 38, d. 1954, l. 1, 8; ebd., d. 2530, l. 2 f.; ebd., d. 1281, l. 2 f.; ebd., f. 571, op. 9, d. 1860; ebd., f. 571, op. 9, d. 1-124; ebd., d. 1860, 14, 20, 32, 34, 49, 53; ebd., op. 3, d. 337, S. 1-5; ebd., f. 18, op. 2, d. 435; Sanktpeterburg po perepisi 10 dekabrja 1869 g., vyp. 1-2. SPb. 1872; Šreder, F., Novejšij putevoditel' po Sanktpeterburgu s istoričeskimi ukazanijami, SPb. 1820; Steffens, Arbeiter, S. 45; ŽMVD (1834), č. 11, Nr. 1, S. 23; Ukazatel' statističeskich tablic stoličnogo goroda S. Peterburga za 1821 god, in: RGIA, VUA, d. 19008; Sanktpeterburg po perepisi 10 dekabrja 1869 g., SPb. 1872, S. 110 f., 118 f.; Tumanskij, Fëdor, Opyt povestvovanija o (...) Peterburgskoj gubernii (...), SPb. 1789/90, in: RNB, OR, Ėrm. 558 (Ėrmitažnoe sobranie); Veselovskij, K. S., Statističeskije issledovanija o nedvizimych imuščestvach v SPb., in: Očečestvennye zapiski, Bd. 57 (1848), Nr. 3-4, č. 2, S. 1-27, hier S. 11; ŽMVD, čast' 6, Nr. 2 (1832), S. 44; Otčët S. Peterburgskoj remeslennoj upravly za 1854 god, in: ŽMVD, č. 14 (1854), S. 1-9; (...) za 1855, in: ŽMVD, č. 19, kniga 7 (Juli), otčelenie 2, S. 8 f.

<sup>22</sup> Ebd. Darunter 10371 Meister, 36075 Gesellen und 17782 Lehrlinge.

<sup>23</sup> Insgesamt gab es 27403 Gesellen und 14397 Lehrlinge.

<sup>24</sup> 260118 Beschäftigte in Gewerbe insgesamt oder 126757 Handwerker und 133361 Arbeiter in den 631 Fabriken, aus: Istorija goroda Peterburga za 200 let. SPb. 1905, S. 72.

<sup>25</sup> Insgesamt gab es 31038 Gesellen und 15458 Lehrlinge.



**Tabelle 2:    Zunfthandwerker: Meister, Gesellen und Lehrlinge im Jahr 1724**

<b>Nr.</b>	<b>Zunft</b>	<b>Handwerker</b>
<i>1</i>	Piroggenbäcker	339
<i>2</i>	Kalačbäcker	160
<i>3</i>	Bäcker	68
<i>4</i>	Kvasbrauer	49
<i>5</i>	Schuhmacher	153
<i>6</i>	Schneider	245
<i>7</i>	Posamentierer	6
<i>8</i>	Schaffellmeister	11
<i>9</i>	Schmiede	50
<i>10</i>	Kupferschmiede	161
<i>11</i>	Silberschmiede	37
<i>12</i>	Goldschmiede	17
<i>13</i>	Schlosser	18
<i>14</i>	Tischler	37
<i>15</i>	Fensterrahmenmeister	23
<i>16</i>	Fischer	127
<i>17</i>	Kerzenmacher	29
<i>18</i>	Töpfer	21
<i>19</i>	Friseure	15
<b>Summe</b>		<b>1566</b>

Quelle: K.A. Pažitnov, Problema remeslennych cechov v zakonodatel'stve russkogo absoljutizma, M. 1952, S. 48.

Anmerkung: Parallele deutsche Zünfte hatten Schmiede, Töpfer, Schneider, Schuhmacher und Silberschmiede.

**Tabelle 3: Zunfthandwerker im Jahr 1766**

Nr.	Zunft	Deutsche Zünfte	Russische Zünfte		Gesamt
			Ständige russische Meister	Zeitweilige russische Meister	
1	Gold- u. Silberschmiede	76	12	6	94
2	Degenschmiede	7	-	-	7
3	Kupfervergolder	21	-	-	21
4	Kupferkesselschmiede	8	3	12	23
5	Schmiede	40	17	6	63
6	Kupferschläger	2	-	-	2
7	Zinngießer	4	1	-	5
8	Schlosser	26	-	-	26
9	Messerschmiede	1	-	-	1
10	Nadler	1	-	-	1
11	Stecknadler	3	-	-	3
12	Dreher	4	-	-	4
13	Goldsticker	9	-	-	9
14	Posamentierer	5	19	-	24
15	Hutmacher	1	1	-	2
16	Schuhmacher	65	75	53	194
17	Kürschner	5	-	-	5
18	Schneider	145	28	4	176
19	Handschuhmacher	8	-	-	8
20	Stuhlmacher	11	-	-	11
21	Schreiner	71	4	-	75
22	Fensterrahmenmacher	12	9	3	24
23	Holzvergolder	1	-	-	1
24	Holzschnitzer u. Vergolder	1	-	-	1
25	Holzschnitzer	2	-	3	5
26	Metzger	18	29	-	47

27	Weiß- u. Roggenbrotbäcker	30	-	-	<b>30</b>
28	Pralinenmacher	3	-	-	<b>3</b>
29	Lebkuchenbäcker	1	-	-	<b>1</b>
30	Speisewirtschaftler	1	-	-	<b>1</b>
31	Knopfmacher und Seidenweber	11	1	-	<b>12</b>
32	Friseure	41	1	21	<b>63</b>
33	Gürtler	4	-	-	<b>4</b>
34	Sattler	38	-	-	<b>38</b>
35	Wagenbauer	34	3	9	<b>46</b>
36	Wand- u. Taschenuhrmacher	5	-	-	<b>5</b>
37	Instrumentenbauer	3	-	-	<b>3</b>
38	Kunstmaler	6	2	-	<b>8</b>
39	Maler und Vergolderer	6	-	2	<b>8</b>
40	Bildhauer	1	-	-	<b>1</b>
41	Schleifer	1	59	5	<b>65</b>
42	Stukkatoren und Formmeister	2	-	-	<b>2</b>
43	Färber	2	-	-	<b>2</b>
44	Gobelinweber und Tapetenmacher	1	-	-	<b>1</b>
45	Tapetenmacher	1	-	-	<b>1</b>
46	Buchbinder	17	-	-	<b>17</b>
47	Wildlederer	1	-	-	<b>1</b>
48	Pergamentierer	1	-	-	<b>1</b>
49	Laternenmacher	2	-	-	<b>2</b>
50	Spielkartenmacher	1	-	-	<b>1</b>
51	Kaminfeger	6	-	-	<b>6</b>
52	Pomademacher	1	2	-	<b>3</b>
53	Tabakdosenmacher	2	-	-	<b>2</b>
<b>Gesamt</b>		<b>769</b>	<b>266</b>	<b>124</b>	<b>1159</b>

Quelle: PGIA, f. 221, op. 1, d. 80.

**Tabelle 4: Zünftige und zunftfreie Handwerker im Jahr 1789/1790**

Nr.	Zunft	Russische Zünfte				Deutsche Zünfte	Gesamt
		Meister	Gesellen	Lehr- linge	mittlere Betriebsgröße		
1	Bäcker	9	-	-	-	77	<b>86</b>
2	Konditoren	-	-	-	-	11	<b>11</b>
3	Konfektmacher u. Lebkuchenbäcker	13	57	65	9,38	-	<b>135</b>
4	Metzger	90	50	50	1,11	20	<b>210</b>
5	Gastwirtschaftler	51	10	15	0,49	-	<b>76</b>
6	Schneider	178	295	365	3,71	210	<b>1048</b>
7	Schuhmacher	255	-	270	1,06	54	<b>579</b>
8	Damenschuhmacher*	77	155	116	3,52	-	<b>348</b>
9	Damenschuhmacher**	62	72	54	2,03	-	<b>188</b>
10	Pelzmantelschneider	24	40	60	4,17	-	<b>124</b>
11	Mützenmacher	39	50	-	1,28	21	<b>110</b>
12	Hutmacher	20	33	32	3,25	7	<b>92</b>
13	Handschuhmacher	11	-	-	-	14	<b>25</b>
14	Matratzenmacher	3	-	-	-	-	<b>3</b>
15	Posamentierer	75	59	34	1,24	9	<b>177</b>
16	Knopfmacher	-	-	-	-	15	<b>15</b>
17	Färber	6	2	4	1	-	<b>12</b>
18	Friseure	43	-	22	0,51	73	<b>138</b>
19	Stoffdrucker	9	-	-	-	-	<b>9</b>
20	Barbiere	82	22	33	0,67	12	<b>149</b>
21	Pomademaker	41	28	15	1,05	-	<b>84</b>
22	Maurer	5	-	-	-	-	<b>5</b>
23	Steinmetze	-	-	-	-	-	<b>0</b>
24	Glaser	85	86	70	1,84	14	<b>255</b>
25	Zimmerleute	577	-	-	-	-	<b>577</b>
26	Schreiner	124	285	175	3,71	90	<b>674</b>

Nr.	Zunft	Russische Zünfte				Deutsche Zünfte	Gesamt
		Meister	Gesellen	Lehr- linge	mittlere Betriebsgröße		
27	Gobelinweber	20	19	-	0,95	4	43
28	Kerzenmacher	28	14	20	1,21	-	62
29	Kämer	2	6	-	3	-	8
30	Gürtler	57	65	71	2,39	12	205
31	Sattler	-	-	-	-	59	59
32	Pergamentmacher	2	-	-	-	-	2
33	Seilmacher	32	59	10	2,16	-	101
34	Wagenbauer	86	126	123	2,9	43	378
35	Stuhlmacher	-	-	-	-	15	15
36	Böttcher	1	-	-	-	-	1
37	Korkmacher	9	10	30	4,44	-	49
38	Dreher	51	22	-	0,43	13	86
39	Pumpenbauer	1	-	-	-	-	1
40	Buchbinder	9	-	-	-	26	35
41	Schmiede	88	77	53	1,48	60	278
42	Schlosser	-	-	-	-	61	61
43	Messerschmiede	2	-	-	-	-	2
44	Degenschmiede	-	-	-	-	5	5
45	Schleifer	48	-	-	-	3	51
46	Uhrmacher	3	-	-	-	30	33
47	Zinngießer	3	-	-	-	6	9
48	Schüsselschmiede	-	-	-	-	7	7
49	Blechner	22	64	23	3,95	-	109
50	Schrotgießer	2	-	-	-	-	2
51	Kupferschmiede	38	45	30	1,97	10	123
52	Rockbunthersteller	17	30	30	3,53	10	87
53	Nadler	-	-	-	-	4	4
54	Gold- u. Silberschmiede	44	16	14	0,68	110	184

Nr.	Zunft	Russische Zünfte				Deutsche Zünfte	Gesamt
		Meister	Gesellen	Lehr- linge	mittlere Betriebsgröße		
55	Töpfer	56	66	17	1,48	-	<b>139</b>
56	Siegellackhersteller	4	-	-	-	-	<b>4</b>
57	Kaminfeger	-	-	-	-	19	<b>19</b>
Gesamt		<b>2504</b>	<b>1863</b>	<b>1801</b>	<b>1,46</b>	<b>1124</b>	<b>7292</b>

Quelle: Georgi, I.G., Opisanie stoličnogo Sankt-Peterburga, Teil 1. SPb. 1794, S. 236-253.

Anmerkungen:

\* Die damskie-bašmaki-Herstellung (Damenschuhwerk)

\*\* Die Koty-Herstellung: Die Damenschuhe mit dem niedrigen Absatz, roten Kant und dem Schuhband.

Tabelle 5: Russische Zünfte 1866

Nr.	Meister				Gesellen				Lehrlinge				Gesamt
	ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige		
	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	
1	18	1	86	5	27	-	125	-	-	-	100	-	362
2	14	1	86	5	27	-	125	-	-	-	121	-	379
3	1	10	64	54	36	15	41	29	-	-	15	25	290
4	11	3	76	6	12	-	222	-	-	-	147	-	477
5	5	2	86	5	15	-	288	-	-	-	33	-	434
6	78	12	77	6	73	-	48	-	-	-	53	-	347
7	26	2	44	15	51	1	52	15	-	-	90	22	318
8	25	5	44	18	129	-	120	13	-	-	69	15	438
9	17	-	77	4	41	-	93	-	-	-	89	-	321
10	48	3	254	17	68	-	630	-	-	-	317	-	1337
11	170	3	703	20	185	-	2016	119	-	-	1517	54	4787
12	32	2	383	12	64	-	717	-	-	-	453	-	1663
13	2	-	107	3	16	-	356	-	-	-	108	-	592
14	58	9	245	13	130	-	804	-	-	-	507	-	1766
15	76	6	430	10	323	-	2128	-	7	-	1175	-	4155
16	13	3	122	17	42	-	325	-	-	-	182	-	704
17	13	3	617	92	64	-	1228	-	-	-	30	-	2047
18	9	1	96	3	16	-	217	-	-	-	124	-	466
19	36	9	143	74	253	-	236	4	3	-	136	-	894

Nr.	Meister				Gesellen				Lehrlinge				Gesamt
	176	29	356	216	340	76	772	340	5	2	917	431	
20	176	29	356	216	340	76	772	340	5	2	917	431	3660
21	10	-	63	3	25	-	200	25	4	-	81	37	448
22	65	7	296	13	215	-	503	-	4	-	391	-	1494
23	64	6	223	8	219	-	848	-	4	-	391	-	1763
Summe	967	117	4678	619	2371	92	12094	545	27	2	7046	584	29142

Quelle: Отчёт С. Петербургской ремесленной управы за 1866 год. СПб. 1867, S. 10 f.

Reihen-Nummer:

1. Klavierbauer-Uhrmacherzunft: Klavierbauer, Uhrmacher, Posaunen- und Orgelröhrenbauer, Optiker und Mechaniker,
2. Buchbinderzunft: Buchbinder, Korbmacher und Rastrierer,
3. Kattunweber und -drucker und Färberzunft: Färber, Kattundrucker, Kleiderreinigung, Spalierweber, Wachstuchmacher und Wäscher u. Wäscherinnen,
4. Kürschnerzunft: Kürschner, Pelzfärber und Handschuhmacher,
5. Radiererzunft: Radierer, Bildhauer, Stuckarbeiter, Wasserreinigungsaggregaten und Glasschleifer,
6. Barbier- und Friseurzunft,
7. Kunstmalerzunft: Ikonenmaler, Kunstmaler, Gärtner und Blumenmacher,
8. Posamentierzunft: Posamentierer, Goldsticker, Weber, Epaulettenmacher und Tressenwirker,
9. Dreherzunft: Dreher, Drechsler, Pinsel- und Bürstenmacher, Spielzeugmacher, Schirmmacher, Kammacher, Wasserröhrebohrmeister und Blasmusikinstrumentenbauer,
10. Gold- und Silberschmiedezunft: Silberschmiede, Goldschmiede und Juweliers, Goldschläger,
11. Schuhmacher-Lederzunft: Schuhmacher, Lederer, Damenschuhmacher, Handschuhmacher und Korsettmacher,
12. Malerzunft: Hausmaler, Wagenmaler, Gläser, Tabakmacher, Siegellackmacher, Lackierer und Fußbodenbohrerarbeiter,
13. Böttcherzunft: Böttcher, Reifen- und Korkmacher,
14. Bronze-Kupferkesslerzunft: Bronzeegießer, Stecknadel, Knopfmacher, Zinnegießer, Silberbeschlägemacher, Kupferkessler, Eisenkessler, Installateure für sanitäre Anlagen, Wasserleitungsinstallateure, Blechlampenmacher, Dachdecker,
15. Schreinerzunft: Möbelmacher, Schreiner, Holzschnitzer, Vergolder, Sargmacher, Korbflechter,
16. Konditorenzunft: Konditoren, Kvasbrauer, Lebkuchenbäcker, Konfektmacher (*pasila* aus Fruchtsaft, Zucker und Eiweiß),



17. Bäckerzunft: Bäcker, Kalačbäcker, Semmelbäcker, Tortenmacher, Makaronenmacher, Roggenbrotbäcker und Vyborger-Bäcker,
18. Ofensetzerzunft: Ofensetzer, Schornsteinfeger und Töpfer,
19. Köche- und Wurstmacherzunft: Köche, Kellner, Wurstmacher und Senfmacher,
20. Schneiderzunft: Herrenschneider, Damenschneider,
21. Hutmacher: Hutmacher, Mützenmacher, Federbusch und Federmacher,
22. Tapezierer- und Wagenbauerzunft: Möbeltapezierer, Wagentapezierer, Wohnungstapezierer, Haarmacher, Karrenbauer, Gürtler, Flechter, Filzmacher, Wattenmacher, Koffermacher, Mützenschirmmacher, Schultergehängemacher, Sattler, Wagenkarosseriebauer und Radmacher,
23. Schmiede- und Schlosserzunft: Schmiede, Schlosser, Instrumentenmacher, Eisenstabschmiede (*šturovoe delo*).

Tabelle 6: Russische Zünfte 1867

Nr.	Meister				Gesellen				Lehrlinge				Gesamt	
	ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige			
	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.		
1	14	2	89	6	30	-	374	-	-	-	-	123	-	638
2	14	1	101	5	29	-	132	-	-	-	-	162	-	444
3	1	11	63	59	40	7	75	40	-	-	-	26	30	352
4	10	3	75	7	14	-	199	-	-	-	-	116	-	424
5	5	1	83	6	20	-	281	-	-	-	-	37	-	433
6	78	13	77	8	79	-	149	-	-	-	-	62	-	466
7	25	2	45	14	53	2	51	24	-	-	-	83	24	323
8	24	5	47	23	118	-	162	18	-	-	-	80	22	499
9	16	-	67	6	33	-	52	-	-	-	-	59	-	233
10	42	2	257	15	77	-	706	-	-	-	-	369	-	1468
11	150	3	684	20	127	-	1880	119	-	-	-	1629	51	4663
12	36	4	344	13	50	-	900	-	-	-	-	591	-	1938
13	2	-	103	3	13	-	296	-	-	-	-	67	-	484
14	58	9	254	14	109	-	970	-	-	-	-	555	-	1969
15	90	7	456	9	308	-	1786	-	1	-	-	986	-	3643
16	10	2	116	11	46	-	317	-	1	-	-	986	-	1489
17	17	3	695	119	53	-	1463	-	-	-	-	107	-	2457
18	9	1	144	2	13	-	345	-	-	-	-	178	-	692
19	37	10	105	67	256	-	206	3	1	-	-	108	-	793

Nr.	Meister				Gesellen				Lehrlinge				Gesamt
	194	31	443	218	447	82	960	406	5	-	898	421	
20	12	-	87	4	13	-	281	25	-	-	161	37	4105
21	64	3	248	11	126	-	549	-	3	-	441	-	620
22	62	4	231	8	221	-	706	-	5	-	391	-	1445
23	970	117	4814	648	2275	91	12840	635	16	0	8215	585	1628
Summe													31206

Quelle: Отчёт С. Петербургской ремесленной управы за 1867 год. СПб. 1868, S. 9.

Tabelle 7: Russische Zünfte 1868

Nr.	Meister				Gesellen				Lehrlinge				Gesamt
	ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige		
	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	
1	15	3	101	7	37	-	415	-	-	-	161	-	739
2	13	1	91	6	35	-	314	-	-	-	16	-	476
3	1	10	60	72	37	11	87	35	-	-	35	38	386
4	9	2	78	4	16	-	143	-	-	-	103	-	355
5	8	1	76	6	18	-	318	-	-	-	44	-	471
6	70	12	83	7	78	-	92	-	-	-	68	-	410
7	22	2	43	16	56	1	144	25	-	-	76	29	414
8	21	5	52	22	111	-	174	14	-	-	84	28	511
9	13	1	74	8	31	-	123	-	-	-	121	-	371
10	37	2	265	17	82	-	734	-	-	-	424	-	1561
11	114	10	623	31	97	-	2061	123	-	-	1626	52	4737

Nr.	Meister					Gesellen				Lehrlinge				Gesamt
	301	13	32	4	728	-	59	-	463	-	-	-	-	
12	2	-	101	3	9	-	242	-	-	-	100	-	-	1600
13	53	9	254	15	136	-	1022	-	1	-	642	-	-	457
14	84	6	488	11	326	-	1986	-	1	-	1034	-	-	2132
15	12	1	116	13	48	-	351	-	-	-	137	-	-	3936
16	18	4	724	129	49	-	1593	-	-	-	103	-	-	678
17	11	2	159	3	10	-	424	-	-	-	260	-	-	2620
18	38	7	110	50	251	-	209	2	-	-	106	-	-	869
19	125	24	284	142	380	79	740	290	1	-	639	350	-	773
20	4	1	41	1	6	-	203	-	-	-	97	-	-	3054
21	43	7	237	14	152	-	737	-	-	-	475	-	-	353
22	39	-	199	8	218	-	407	-	-	-	246	-	-	1665
23	1053	123	4291	589	2911	91	12578	489	466	0	6597	497	-	1117
Summe														29685

Quelle: Orčēt S. Peterburgskoj remeslennoj upravj za 1868 god. SPb. 1869, S. 4.

Tabelle 8: Russische Zünfte 1873

Nr.	Meister				Gesellen				Lehrlinge				Gesamt	
	ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige			
	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.		
	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.		
1	21	2	134	8	48	-	-	352	-	-	-	98	-	663
2	11	1	95	12	51	-	-	432	-	-	-	235	-	837
3	4	13	73	89	41	5	105	51	-	-	-	24	38	443
4	11	2	80	6	20	-	-	238	-	-	-	118	-	475
5	10	-	87	5	33	-	-	578	-	-	-	103	-	816
6	61	17	108	8	92	-	-	75	-	-	-	72	-	433
7	25	3	48	13	66	-	-	149	38	-	-	205	29	576
8	20	4	53	25	106	-	-	148	-	-	-	99	-	455
9	15	1	86	9	40	-	-	102	-	-	-	60	-	313
10	56	2	307	4	91	-	-	703	-	-	-	455	-	1618
11	131	8	758	56	209	-	-	1833	117	1	-	1444	30	4587
12	35	5	314	3	87	-	-	924	-	-	-	488	-	1856
13	1	-	68	2	12	-	-	81	-	-	-	37	-	201
14	56	10	325	16	232	-	-	186	-	-	-	158	-	983
15	102	3	575	10	331	-	-	1412	-	-	-	589	-	3022
16	13	3	102	11	51	-	-	429	-	-	-	204	-	813
17	26	7	1444	198	46	-	-	1751	-	-	-	109	-	3581
18	14	1	182	2	12	-	-	677	-	-	-	419	-	1307
19	30	7	106	58	260	-	-	249	4	-	-	114	-	828

Nr.	Meister				Gesellen				Lehrlinge				Gesamt
	154	48	441	306	401	103	1782	612	-	-	1608	681	
20	154	48	441	306	401	103	1782	612	-	-	1608	681	6136
21	9	1	105	8	15	-	363	-	-	-	202	-	703
22	76	5	324	21	174	-	1183	-	1	-	859	-	2643
23	67	6	247	14	375	-	1432	-	-	-	711	-	2852
Summe	714	104	4991	705	2205	103	12302	733	2	0	6942	711	29512

Quelle: Отдѣт S. Peterburgskoj remeslennoj upravvy za 1873 god. SPb. 1874, S. 18 ff.

**Tabelle 9: Zu- bzw. Abnahme der Handwerkerzahlen in den russischen Zünften 1866 – 1873**

Zunft	1866	1867	1868	1873	Zu- bzw. Abnahme in %
1 (13)	592	484	457	201	-66.05
2 (14)	1766	1969	2132	983	-44.34
3 (15)	4155	3643	3936	3022	-27.27
4 (19)	894	793	773	828	-7.39
5 (11)	4787	4663	4737	4587	-4.18
6 (9)	321	233	371	313	-2.49
7 (4)	477	424	355	475	-0.42
8 (8)	438	499	511	455	3.88
9 (12)	1663	1938	1600	1856	11.61
10 (16)	704	1489	678	813	15.48
11 (10)	1337	1468	1561	1618	21.02

<b>Zunft</b>	<b>1866</b>	<b>1867</b>	<b>1868</b>	<b>1873</b>	<b>Zu- bzw. Abnahme in %</b>
<b>12 (6)</b>	347	466	410	433	<b>24.78</b>
<b>13 (3)</b>	290	352	386	443	<b>52.76</b>
<b>14 (21)</b>	448	620	353	703	<b>56.92</b>
<b>15 (23)</b>	1763	1628	1117	2852	<b>61.77</b>
<b>16 (20)</b>	3660	4105	3054	6136	<b>67.65</b>
<b>17 (17)</b>	2047	2457	2620	3581	<b>74.94</b>
<b>18 (22)</b>	1494	1445	1665	2643	<b>76.91</b>
<b>19 (7)</b>	318	323	414	576	<b>81.13</b>
<b>20 (1)</b>	362	638	739	663	<b>83.15</b>
<b>21 (5)</b>	434	433	471	816	<b>88.02</b>
<b>22 (2)</b>	379	444	476	837	<b>120.84</b>
<b>23 (18)</b>	466	692	869	1307	<b>180.47</b>
<b>Summe</b>	<b>29142</b>	<b>31206</b>	<b>29685</b>	<b>36141</b>	<b>124.01</b>

Die Nummer der Zünfte in den Klammern entsprechen der Nummerierung in den Tabellen 14 und 19.

Tabelle 10: Mittlere Werkstattgröße 1866 – 1873

Jahr – Zunft	1866		1867		1868		1873	
	ständige Meister	zeitweilige Meister	ständige Meister	zeitweilige Meister	ständige Meister	zeitweilige Meister	ständige Meister	zeitweilige Meister
1	1.42	2.47	1.88	5.23	2.06	5.33	2.09	3.17
2	1.8	2.7	1.93	2.77	2.5	3.4	4.25	6.23
3	4.64	0.93	3.92	1.4	4.36	1.48	2.71	1.35
4	0.86	4.5	1.08	3.84	1.45	3	1.54	4.14
5	2.14	3.53	3.33	3.57	2	4.46	3.3	7.4
6	0.81	1.22	0.89	2.48	0.95	1.78	1.18	1.27
7	1.86	3.03	2.04	3.08	2.38	4.64	2.36	6.9
8	4.3	3.5	4.07	4.03	4.27	4.05	4.42	3.17
9	2.41	2.25	2.06	1.52	2.21	2.98	2.5	1.71
10	1.33	3.49	1.75	3.95	2.1	4.1	1.57	3.72
11	1.07	5.13	0.83	5.23	0.78	5.91	1.51	4.22
12	1.88	2.96	1.25	4.18	3.79	1.64	2.18	4.45
13	8	4.22	6.5	3.42	4.5	3.29	12	1.69
14	1.94	5.08	1.63	5.69	2.21	6.19	3.52	1
15	4.02	7.51	3.19	5.96	3.63	6.05	3.15	3.42
16	2.63	3.65	3.97	10.26	3.69	3.78	3.19	5.6
17	4	1.77	2.65	1.93	2.23	1.99	1.39	1.13
18	1.6	3.44	1.3	3.58	0.77	4.22	0.8	5.96
19	5.69	1.73	5.47	1.84	5.58	1.98	7.03	2.24



20	2.06	4.3	2.37	4.06	3.09	4.74	2.5	6.27
21	2.9	5.2	1.083	5.54	1.2	7.14	1.5	5
22	3.04	2.89	1.93	3.82	3.04	4.83	2.16	5.92
23	3.19	5.36	3.42	4.59	5.59	3.16	5.14	8.21
	<b>2.3</b>	<b>3.83</b>	<b>2.19</b>	<b>4.08</b>	<b>2.95</b>	<b>4.13</b>	<b>2.82</b>	<b>3.63</b>

## Reihen-Nummer:

1. Klavierbauer-Uhrmacherzunft: Klavierbauer, Uhrmacher, Posaunen- und Orgelröhrenbauer, Optiker und Mechaniker,
2. Buchbinderzunft: Buchbinder, Korbmacher und Rastrierer,
3. Kattunweber und -drucker und Färberzunft: Färber, Kattundrucker, Kleiderreinigung, Spalierweber, Wachstuchmacher und Wäscher u. Wäscherinnen,
4. Kürschnerzunft: Kürschner, Pelzfärber und Handschuhmacher,
5. Radiererzunft: Radierer, Bildhauer, Stuckarbeiter, Wasserreinigungsaggregaten und Glasschleifer,
6. Barbier- und Friseurzunft,
7. Kunstmalerzunft: Ikonenmaler, Kunstmaler, Gärtner und Blumenmacher,
8. Posamentierzunft: Posamentierer, Goldsticker, Weber, Epaulettenmacher und Tressenwirker,
9. Dreherzunft: Dreher, Drechsler, Pinsel- und Bürstenmacher, Spielzeugmacher, Schirmmacher, Kammacher, Wasserröhrebohrmeister und Blasmusikinstrumentenbauer,
10. Gold- und Silberschmiedezunft: Silberschmiede, Goldschmiede und Juweliere, Goldschläger,
11. Schuhmacher-Lederzunft: Schuhmacher, Lederer, Damenschuhmacher, Handschuhmacher und Korsettmacher,
12. Malerzunft: Hausmaler, Wagenmaler, Gläser, Tabakmacher, Siegellackmacher, Lackierer und Fußbodenbohrerarbeiter,
13. Böttcherzunft: Böttcher, Reifen- und Korkmacher,
14. Bronze-Kupferkesslerzunft: Bronzegießer, Stecknadel, Knopfmacher, Zinggießer, Silberbeschlägemacher, Kupferkessler, Eisenkessler, Installateure für sanitäre Anlagen, Wasserleitungsinstallateure, Blechlampenmacher, Dachdecker,
15. Schreinerzunft: Möbelmacher, Schreiner, Holzschneider, Vergolder, Sargmacher, Korbflechter,
16. Konditorenzunft: Konditoren, Kvasbrauer, Lebkuchenbäcker, Konfektmacher (*pastila* aus Fruchtsaft, Zucker und Eiweiß),
17. Bäckerzunft: Bäcker, Kalatbäcker, Semmelbäcker, Tortenmacher, Makaronenmacher, Roggenbrotbäcker und Vyborger-Bäcker,
18. Ofensetzerzunft: Ofensetzer, Schornsteinfeger und Töpfer,
19. Köche- und Wurstmacherzunft: Köche, Kellner, Wurstmacher und Senfmacher,
20. Schneiderzunft: Herrenschneider, Damenschneider,

21. Hutmacher: Hutmacher, Mützenmacher, Federbusch und Federmacher,  
 22. Tapezierer- und Wagenbauerzunft: Möbeltapezierer, Wagenteapezierer, Wohnungstapezierer, Haarmacher, Karrenbauer, Gürtler, Flechter, Filzmacher, Watemacher, Koffermacher, Mützenschirmmacher, Schulterhängemacher, Sattler, Wagenkarosseriebauer und Radmacher,  
 23. Schmiede- und Schlosserzunft: Schmiede, Schlosser, Instrumentenmacher, Eisenstabschmiede (*šturovo delo*).

Tabelle 11: Silberschmiede- und Posamentierierzunft 1866 - 1891

Jahr	Meister				Gesellen				Lehrlinge				Gesamt	Zuwachsraten in %*
	ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige			
m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.			
1866	48	3	254	17	68	-	630	-	-	317	-	1337	100	
1867	42	2	257	15	77	-	706	-	-	369	-	1468	110 % (+ 10)	
1868	37	2	265	17	82	-	734	-	-	424	-	1561	117 % (+ 7)	
1873	56	2	307	4	91	-	703	-	-	455	-	1618	121 % (+ 4)	
1874	70	5	387	25	197	-	714	-	1	321	-	1720	129 % (+ 8)	
1875	83	12	496	12	382	-	2494	1	-	1361	-	4841	362,1 % (+ 233,1)	
1876	98	16	520	19	429	-	2553	3	2	1511	-	5151	385,3 % (+ 23,2)	
1877	97	18	474	13	423	3	3352	-	-	1636	-	6016	450 % (+ 64,7)	
1878	134	12	871	59	389	-	3157	147	-	1986	135	6890	515,3 % (+ 65,3)	
1879	111	12	517	15	462	1	2932	-	-	1397	-	5447	407,4 % (- 107,9)	
1880	143	19	286	82	475	5	3465	203	-	2007	159	6844	511,9 % (+ 104,5)	
1881	146	21	886	81	505	5	3835	198	-	2206	138	8021	600 % (+ 88,1)	
1882	148	19	872	94	517	6	3820	209	-	2039	125	7849	587,1 % (- 12,9)	
1884	153	24	903	104	578	6	3608	205	-	1978	163	7722	577,6 % (- 9,5)	
1886	174	17	999	92	589	6	3777	239	-	1927	164	7984	597,2 % (+ 19,6)	

1887	172	22	1007	103	593	4	3882	245	-	-	2078	175	8281	619,4 % (+ 22,2)
1888	188	23	1035	86	630	3	3981	257	-	-	1864	154	8221	614,9 % (- 4,5)
1889	186	25	1048	108	636	4	4061	273	-	-	2031	163	8535	638,4 % (+ 23,5)
1890	183	26	1072	93	660	5	4081	320	-	-	2054	185	8679	649,1 % (+ 10,7)
1891	190	25	1055	119	645	7	4392	353	-	-	2328	94	9208	688,7 % (+ 39,6)

Quelle: Berechnet auf der Grundlage der statistischen Tabellen in Otčety remeslennoj upravny, für die Jahre 1866-1891.

\* In dieser Spalte stehen die Zuwachsraten im prozentualen Verhältnis zum Jahr 1866; in Klammern ist der Zuwachs bzw. Rückgang im Verhältnis zum Vorjahr aufgestellt.

In der Zunft waren die Handwerker wie Silberschmiede, Goldschmiede und Juweliere, Goldschläger, Posamentierer, Tressenwirker, Weber, Epaulettmacher, Goldbortenmacher, Klavierbauer, Kupferrohr- und Orgelbauer, Optiker, Mechaniker, Uhrmacher, Stecher, Bildhauer, Stuckarbeiter, Wasserreinigungsmaschinenbauer, Schleifer (šlifovačik), Bronzegießer, Stecknadel, Drahtzieher, Zinngießer, Silberverzierung für Ikonen, Kupferkessler, Dachdecker und Wasserklosettmeister, was insgesamt 26 Handwerksarten ausmacht.

Tabelle 12: Konditoren- und Bäckerzunft 1874 - 1891

Jahr	Meister				Gesellen				Lehrlinge				Gesamt	Zuwachsraten in %
	ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige			
	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.		
1874	76	21	1346	275	379	-	2547	3	-	-	488	-	5135	100 %
1875	69	20	1362	294	386	-	2699	5	-	-	507	-	5342	104 % (+ 4)
1876	79	18	1386	253	360	-	2669	4	-	-	551	-	5320	103,6 % (- 0,4)
1877	85	21	1438	245	381	-	2671	6	-	-	553	-	5400	105,2 % (+ 1,6)
1879	127	22	1459	280	380	-	2945	6	-	-	593	-	5812	113,2 % (+ 8)
1880	105	19	1420	272	420	-	2863	5	-	-	583	-	5687	110,7 % (- 2,5)
1881	113	21	1443	274	445	-	3062	7	-	-	627	-	5992	116,7 % (+ 6)
1882	109	23	1467	247	469	-	3142	9	-	-	601	-	6067	118,1 % (+ 1,4)
1884	119	25	1541	222	517	-	3205	26	-	-	614	-	6269	122,1 % (+ 4)
1886	122	29	1588	235	552	-	3437	19	-	-	604	-	6586	128,3 % (+ 6,2)
1887	142	33	1592	215	542	-	3345	23	-	-	595	-	6487	126,3 % (- 2)
1888	154	27	1570	184	571	4	3264	21	-	-	589	-	6384	124,3 % (- 2)
1889	170	27	1513	205	569	1	3208	19	-	-	642	-	6354	123,7 % (- 0,6)
1890	183	21	1536	209	583	1	3503	18	-	-	715	-	6769	131,8 % (+ 8,1)
1891	183	22	1497	199	576	-	3659	14	-	-	703	-	6853	133,5 % (+ 1,7)

In der Zunft waren Handwerker wie Weißbrotbäcker (buločniki, pekari sitnogo chleba i vyborgsko-buločnoe remeslo), Semmelbäcker, Kalachbäcker, Törtchenmacher, Makaronenmacher, Konditoren, Lebkuchenbäcker, Kvasbrauer, Konfektmacher, Kochmeister, Kellner, Wurst- und Senfmacher, was insgesamt 15 Handwerksarten ausmacht.

Tabelle 13: Schuhmacher- und Ledererzunft 1874 bis 1891

Jahr	Meister				Gesellen				Lehrlinge				Gesamt	Zuwachsraten in %
	ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige			
	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.		
1874	128	8	780	65	255	-	1861	135	1	-	1418	23	4674	100 %
1875	126	12	795	28	247	-	1897	338	-	-	1574	114	5131	109,8 % (+ 9,8)
1876	135	8	821	41	260	-	2093	272	-	-	1901	63	5594	119,7 % (+ 9,9)
1877	119	5	747	43	258	-	2176	167	-	-	1852	-	5367	114,8 % (- 4,9)
1879	89	8	776	71	238	-	2307	116	-	-	1904	56	5565	119,1 % (+ 4,3)
1880	73	5	773	59	231	-	2238	101	-	-	1885	50	5415	115,9 % (- 3,2)
1881	94	3	739	50	249	-	2022	66	-	-	1640	28	4891	104,6 % (- 11,3)
1882	92	4	711	54	208	-	1802	69	-	-	1346	17	4303	92,06 % (- 12,5)
1884	89	11	726	39	352	33	2049	43	-	-	1567	13	4922	105,3 % (+ 13,2)
1886	86	7	724	37	350	-	1914	10	-	-	1373	-	4501	96,3 % (- 9)
1887	98	4	771	26	324	-	306	-	-	-	156	-	1685	36,05 % (- 60,3)
1888	90	2	742	27	361	-	468	-	-	-	235	-	1925	41,2 % (+ 5,2)
1889	95	3	737	29	376	-	535	-	-	-	286	-	2061	44,1 % (+ 2,9)
1890	104	3	736	28	370	-	415	-	-	-	72	-	1728	37 % (- 7,1)
1891	108	4	691	25	351	-	574	-	-	-	361	-	2114	45,2 % (+ 8,2)

Die Schuhmacherzunft vereinigte drei Handwerke wie Schuhmacher, Damenschuhmacher und Lederer.

Tabelle 14: Schreiner- und Zimmererzunft 1866 - 1891

Jahr	Meister				Gesellen				Lehrlinge				Ge- samt	Zuwachsraten in %
	ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige			
	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.		
1866	76	6	430	10	323	-	2128	-	7	-	1175	-	4155	100 %
1867	90	7	456	9	308	-	1786	-	1	-	986	-	3643	87,7 % (- 12,3)
1868	84	6	488	11	326	-	1986	-	1	-	1034	-	3936	94,7 % (+ 7)
1873	102	3	575	10	331	-	1412	-	-	-	589	-	3022	72,7 % (- 22)
1874	109	4	795	28	421	-	3151	-	-	-	1889	-	6397	154 % (+ 81,3)
1875	117	5	763	21	407	-	3274	-	-	-	1948	-	6535	157,3 % (+ 3,3)
1876	107	9	790	43	407	-	3968	-	-	-	2204	-	7528	181,2 % (+ 23,9)
1877	115	4	697	49	380	-	3372	-	-	-	1949	-	6566	158 % (- 23,2)
1879	106	11	746	15	416	-	3292	18	-	-	1844	-	6448	155,2 % (- 2,8)
1880	90	10	775	38	367	-	3430	20	-	-	1987	-	6717	161,7 % (+ 6,5)
1881	109	14	733	37	368	-	3294	24	-	-	1951	-	6530	157,2 % (- 4,5)
1882	91	16	718	39	357	-	3050	24	-	-	1854	8	6157	148,2 % (- 9)
1884	92	13	702	33	448	-	3141	27	-	-	1616	5	6077	146,3 % (- 1,9)
1886	116	14	736	34	456	-	3205	30	-	-	1436	-	6027	145,1 % (- 1,2)
1887	113	11	766	18	457	-	443	-	-	-	75	-	1883	45,3 % (- 99,8)
1888	120	5	635	20	483	-	410	-	-	-	75	-	1748	42,1 % (- 3,2)
1889	127	5	645	23	513	-	502	-	-	-	56	-	1871	45 % (+ 2,9)
1890	108	5	629	23	478	-	499	-	-	-	47	-	1789	43 % (- 2)
1891	136	3	481	10	445	-	507	-	-	-	73	-	1655	39,8 % (- 3,2)

Die Schreinerzunft vereinigte Möbelmeister, Schreiner, Holzschnitzer, Holzvergolder, Sargmacher, Korbflechter, Böttcher, Reifenmacher, Korkmacher, Drechsler (*tokarno-derevjannoe remeslo*), Dreher (*tokarno-metallišeskoje*), Dreher (*tokarno remeslo*), Schleifer (*točil'sčik*), Bürstenbinder, Pinselmacher, Spielzeugmacher, Schirmmacher, Kammacher, Wasserrohrbohrer, Blasinstrumentenbauer, was insgesamt 19 Handwerksarten ausmacht.

**Tabelle 15: Malerzunft 1874 - 1891**

Jahr	Meister				Gesellen				Lehrlinge				Gesamt	Zuwachsraten in %
	ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige			
	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.		
	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.		
1874	81	18	619	101	223	6	1962	96	-	-	971	-	4077	100 %
1875	42	4	502	112	194	6	1787	259	-	-	881	154	3941	96,7 % (- 3,3)
1876	66	20	472	135	189	11	1606	273	-	-	845	104	3721	91,3 % (- 5,4)
1877	65	18	442	144	227	9	1508	261	-	-	842	-	3516	86,2 % (- 5,1)
1879	78	17	411	134	202	32	1508	276	-	-	773	126	3557	87,2 % (+ 1)
1880	58	19	415	139	194	32	1471	290	-	-	758	114	3490	85,6 % (- 1,6)
1881	79	13	393	138	201	17	1379	291	-	-	710	130	3351	82,2 % (- 3,4)
1882	90	22	450	146	197	21	1515	286	-	-	797	116	3640	89,3 % (+ 7,1)
1884	68	15	389	119	220	24	1291	208	-	-	711	86	3131	76,8 % (- 12,5)
1886	64	15	570	138	252	12	1857	281	-	-	870	107	4166	102,2 % (+ 25,4)
1887	80	16	522	151	288	-	1857	281	-	-	870	107	4172	102,3 % (+ 0,1)
1888	58	16	520	127	283	-	249	62	-	-	58	15	1388	34 % (- 68,3)
1889	76	23	541	137	324	-	354	7	-	-	43	3	1508	37 % (+ 3)
1890	76	26	546	114	285	-	252	26	-	-	15	7	1347	33 % (- 4)

1891	90	24	458	84	286	-	210	-	-	10	-	1162	28,5 % (- 4,5)
------	----	----	-----	----	-----	---	-----	---	---	----	---	------	----------------

Die Malerzunft vereinigte Ikonenmaler, Maler, Färber, Blumenmacherinnen, Baumwolldrucker, Fleckenreiner (*pjatno-vyvodhoe remes(o)*), Spalierer, Wachstuchmacher, Wagenmaler, Glaser, Siegelackmacher, Lackierer, was 16 Gewerbearten ausmachte, von denen vier wie Kunstmaler, Wäscher und Wäscherinnen, Bodenbohner und Gärtner nicht handwerklicher Natur waren.

**Tabelle 16: Schlosser- und Schmiedezunft 1866 - 1879**

Jahr	Meister				Gesellen				Lehrlinge				Gesamt	Zuwachsraten in %
	ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige			
	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.		
	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.		
1866	64	6	223	8	219	-	848	-	4	-	391	-	1763	100 %
1867	62	4	231	8	221	-	706	-	5	-	391	-	1628	92,3 % (- 7,7)
1868	39	-	199	8	218	-	407	-	-	-	246	-	1117	63,4 % (- 28,9)
1873	67	6	247	14	375	-	1432	-	-	-	711	-	2852	161,8 % (+ 98,4)
1874	157	16	802	47	618	-	2622	-	-	-	1500	-	5762	326,8 % (+ 165)
1875	83	12	496	12	382	-	2492	1	-	-	1361	-	4839	274,5 % (- 52,3)
1876	98	16	520	19	429	-	2553	3	2	-	1511	-	5151	292,2 % (+ 17,7)
1877	97	18	474	13	423	3	3352	-	-	-	1636	-	6016	341,2 % (+ 49)
1879	111	12	517	15	462	1	2932	-	-	-	1397	-	5447	309 % (- 32,2)
1880	97	17	525	23	419	-	2768	-	-	-	1359	-	5208	295,4 % (- 13,6)
1881	104	17	491	28	503	-	2671	-	-	-	1549	-	5363	304,2 % (+ 8,6)
1882	110	15	496	29	479	-	2617	-	-	-	1452	-	5198	294,8 % (- 9,4)
1884	103	14	505	31	598	-	2342	4	-	-	1262	-	4859	275,6 % (- 19,2)



1886	128	13	536	32	653	-	2581	-	-	-	1295	-	5238	297,1 % (+21,5)
1887	132	13	534	28	692	1	2556	-	-	-	1257	-	5213	295,7 % (-1,4)
1888	135	12	537	32	708	-	2602	-	-	-	1264	-	5290	300,1 % (+4,4)
1889	146	13	557	27	712	-	2654	1	-	-	1318	-	5428	307,9 % (+7,8)
1890	137	12	539	32	766	-	2614	1	-	-	1362	-	5463	309,9 % (+2)
1891	142	11	521	35	794	-	2407	-	-	-	1368	-	5278	299,4 % (-10,5)

Die Zunft vereinigte Blechner und Laternenmacher, Schmiede, Schlosser, Werkzeuggeschlosser, Eisenstangenschmiede, Ofensetzer, Schornsteinfeger und Töfer, was acht Handwerksarten ausmacht.

**Tabelle 17: Schneiderzunft 1866 - 1891**

Jahr	Meister				Gesellen				Lehrlinge				Gesamt	Zuwachsraten in %
	ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige			
	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.		
1866	176	29	356	216	340	76	772	340	5	2	917	431	3660	100 %
1867	194	31	443	218	447	82	960	406	5	-	898	421	4105	112,2 % (+ 12,2)
1868	125	24	284	142	380	79	740	290	1	-	639	350	3054	83,4 % (- 28,8)
1873	154	48	441	306	401	103	1782	612	-	-	1608	681	6136	167,7 % (+ 84,3)
1874	150	51	678	315	484	130	2473	639	-	-	2047	710	7677	209,8 % (+ 42,1)
1875	187	53	655	371	560	107	2136	941	-	-	1367	1301	7678	209,8 % ( 0 )
1876	188	61	694	420	561	105	2146	1010	-	-	1525	1415	8125	222 % (+ 12,2)
1877	161	66	615	381	567	106	1806	1108	-	-	1324	1398	7532	205,8 % (- 16,2)

1879	179	79	715	434	492	111	2237	1446	1	-	1240	1857	8791	240,2 % (+ 34,4)
1880	171	74	707	471	497	128	1994	1452	-	-	1484	1609	8587	234,6 % (- 5,6)
1881	172	72	664	494	531	137	2399	1484	-	-	1158	2206	9317	254,6 % (+ 20)
1882	165	83	659	508	562	152	2251	1657	-	-	1087	2260	9384	256,4 % (+ 1,8)
1884	176	87	695	522	591	189	2180	1739	-	-	1100	2137	9416	257,3 % (+ 0,9)
1886	187	84	849	573	614	244	2385	2016	-	-	1221	2132	10305	281,6 % (+ 24,3)
1887	183	91	864	633	663	266	2277	2162	-	-	1093	2338	10570	288,8 % (+ 7,2)
1888	186	93	925	655	638	288	2587	2120	-	-	1238	2392	11122	303,9 % (+ 15,1)
1889	190	101	905	679	645	310	2701	2105	-	-	1538	2113	11287	308,4 % (+ 4,5)
1890	191	100	882	657	650	296	2447	2124	-	-	1312	2508	11167	305,1 % (- 3,3)
1891	207	110	911	675	632	314	2448	2571	-	-	1292	2763	11923	325,8 % (+ 20,7)

Die Schneiderzunft vereinigte Herren- und Damenschneider, Weißnäherinnen, Korsettmacherinnen, Kürschner, Pelzfärber, Handschuhmacher, Bandagisten und Bandagistinnen, Hutmacher, Schirmmützenmacher, Damenfeder- und Federbuschmacherinnen, was zwölf Handwerksarten ausmacht.

Tabelle 18: Tapezierer- und Haarverarbeiterzunft 1866 - 1891

Jahr	Meister				Gesellen				Lehrlinge				Ge- samt	Zuwachsraten in %
	ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige			
	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.		
	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.		
1866	65	7	296	13	215	-	503	-	4	-	391	-	1494	100 %
1867	64	3	248	11	126	-	549	-	3	-	441	-	1445	96,7 % (- 3,3)
1868	43	7	237	14	152	-	737	-	-	-	475	-	1665	111,4 % (+ 14,7)
1873	76	5	324	21	174	-	1183	-	1	-	859	-	2643	176,9 % (+ 65,5)
1874	151	31	556	42	347	-	1947	-	1	-	1374	-	4449	297,8 % (+ 120,9)
1875	139	25	556	38	376	2	1983	-	-	-	1409	-	4528	303,1 % (+ 5,3)
1876	150	27	553	44	375	1	1999	1	-	-	1361	-	4511	301,9 % (- 1,2)
1877	152	31	484	42	390	2	1726	7	-	-	1261	5	4100	274,4 % (- 27,5)
1879	148	29	539	46	361	-	2030	24	-	-	1204	6	4387	293,6 % (+ 19,2)
1880	140	26	538	52	398	1	2195	17	-	-	1381	-	4748	317,8 % (+ 24,2)
1881	150	29	515	44	390	1	2142	15	-	-	1416	-	4702	314,7 % (- 3,1)
1882	141	30	538	42	404	2	2153	17	-	-	1469	-	4796	321 % (+ 6,3)
1884	154	29	527	45	463	2	1985	22	-	-	1319	-	4546	304,3 % (- 16,7)
1886	178	22	561	60	471	-	2420	15	-	-	1481	-	5208	348,6 % (+ 44,3)
1887	194	27	556	70	483	-	2223	21	-	-	1431	-	5005	335 % (- 13,6)
1888	204	23	572	66	496	1	2315	27	-	-	1491	-	5195	347,7 % (+ 12,7)
1889	208	23	549	64	508	3	2070	17	-	-	1381	-	4823	322,8 % (- 24,9)
1890	227	27	596	64	485	3	2119	15	-	-	1418	-	4954	331,6 % (+ 8,8)
1891	221	36	624	64	499	1	2210	6	-	-	1444	-	5105	341,7 % (+ 10,1)

Die Zunft vereinigte Möbel- und Wagenpolsterer, Tapezierer, Haarverarbeiter, Sattler, Spinner, Filzmacher, Wattenmacher, Koffermacher, Sattler, Pferdegeschirrmacher, Mützenschirmmacher, Schulter- und Degengehängemacher, Wagenkarosseriebauer, Radmacher, Matratzenmacher, Friseur, Barbier, Parfümeure, Buchbinder, Korbmacher, Etuimacher und Rastermacher, was 20 Handwerksarten ausmacht.

**Tabelle 19: Gesamtzahl der Handwerker russischer Zünfte in St. Petersburg 1866 - 1891**

Jahr	Meister				Gesellen				Lehrlinge				Gesamt	Zuwachsraten in %
	ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige		ständige		zeitweilige			
	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.	m. G.	w. G.		
1866	967	117	4678	619	2371	92	12094	545	27	2	7046	584	29142	100
1867	970	117	4814	648	2275	91	12840	635	16	0	8215	585	31206	107,1 (+7,1)
1868	1053	123	4291	589	2911	91	12578	489	466	0	6597	497	29685	101,8 (-5,3)
1873	948	149	6062	884	2793	108	15184	822	0	0	8411	778	36141	124 (+22,2)
1874	922	154	5963	898	2924	136	17277	873	3	0	10008	733	39891	136,9 (+12,9)
1875	902	140	6037	913	2774	115	19565	1696	-	-	11174	1695	45011	154,4 (+17,5)
1876	957	171	6107	1014	2970	117	20191	1710	2	-	11884	1717	46840	160,7 (+6,3)
1877	932	177	5686	974	3076	123	19854	1712	-	-	11419	1750	45703	156,8 (-3,9)
1879	982	194	6023	1067	3005	147	20749	2084	2	-	10883	2193	47329	162,4 (+5,6)
1880	883	189	6059	1136	3001	166	20424	2088	-	-	11444	1932	47322	162,4 (0)
1881	967	190	5864	1146	3192	160	20804	2085	-	-	11257	2502	48167	165,4 (+3)
1882	946	212	5911	1159	3193	181	20350	2271	-	-	10645	2526	47394	162,6 (-2,8)
1884	954	218	5988	1115	3761	254	19801	2274	-	-	10167	2404	46936	161 (-1,6)

1886	1055	201	6563	1201	3937	262	21576	2610	-	-	10207	2403	50015	171,6(+10,6)
1887	1114	217	6612	1244	4042	271	15356	2451	-	-	6771	2513	40591	139,3(-32,3)
1888	1135	201	6536	1197	4170	296	15876	2487	-	-	6814	2561	41273	141,6(+2,3)
1889	1198	220	6495	1272	4283	318	16087	2422	-	-	7295	2279	41869	143,7(+2,1)
1890	1209	220	6536	1220	4277	305	15930	2504	-	-	6995	2700	41896	143,7(0)
1891	1277	235	6238	1211	4228	322	16407	2944	-	-	7579	2857	43298	148,6(+4,9)

**Tabelle 20: Prozentualer Anteil von Meistern, Gesellen und Lehrlingen pro Betrieb in russischen Zünften von St. Petersburg 1866 - 1891**

Jahr	ständige		zeitweilige		
	Meister	Gesellen und Lehrlinge	Meister	Gesellen	Lehrlinge
1866	30.3	69.7	20.7	49.4	29.9
1867	31.3	68.7	20.1	50.3	29.7
1868	25.2	74.8	19.9	52.2	28.1
1873	27.4	72.6	21.6	49.8	28.6
1874	26	74	19.2	50.8	30
1875	26.5	73.5	16.9	51.8	31.3
1876	26.7	73.3	16.7	51.4	31.9
1877	25.7	74.3	16.1	52.1	31.8
1879	27.2	72.8	16.5	53.1	30.4
1880	27.2	72.8	16.7	54.4	28.9
1881	24.9	75.1	15.5	52.8	31.7
1882	25	75	16	53.2	30.8
1884	21.8	78.2	16.6	53.2	30.2
1886	22.4	77.6	15.3	55.7	29
1887	22.8	77.2	21.4	51.8	26.8
1888	22.3	77.7	20.6	52.7	26.7
1889	22.9	77.1	20.7	52.3	27
1890	22.8	77.2	20.6	52.1	27.3
1891	23.8	76.2	19.3	52.3	28.4

Tabelle 21: **Handwerksbetriebe 1869**

Nr.	Admiral.	Kazaner	Spas-sker	Kolom-ner	Naro-ver	Mos-kauer	Al.-Nev.	Rožd.	Litej-ner	Vasilij	Peters-burger	Vy-borger	Gesamt
1	29	59	135	56	34	105	29	36	87	63	31	23	687
2	148	305	678	124	56	510	81	81	259	193	83	43	2561
3	1	1	-	1	2	4	13	9	-	2	15	10	58
4	-	3	22	-	4	8	8	1	5	7	4	1	63
5	17	101	194	32	24	174	56	26	116	78	26	200	1044
6	5	34	63	12	13	38	11	9	16	21	5	33	260
7	2	12	16	1	6	7	12	4	3	13	4	2	82
8	55	181	144	52	22	173	47	30	90	60	22	11	887
9	2	11	11	2	1	9	3	2	6	5	1	-	53
10	7	6	11	6	9	10	2	9	11	5	4	6	86
11	56	97	126	17	4	45	2	5	40	31	8	4	435
12	13	40	22	19	36	67	95	48	83	37	13	10	483
13	22	45	44	5	2	29	1	1	18	14	2	-	183
Sum-me	357	895	1466	327	213	1179	360	261	734	529	218	343	6882
%	5.2	13	21.3	4.8	3.1	17.1	5.2	3.8	10.6	7.7	3.2	5	100

Quelle: Sankt Petersburg po perepisi 10 dekabnja 1869 goda: Doma i kvartiry i razmeščennye v nich žiteli. SPb. 1872, S. 118 ff.  
 Abkürzungen: Admiral. - Admiralitätsviertel, Al. - Nev. - Aleksander-Nevsckij, Rožd. - Roždestvensker.  
 Betriebe nach Branchen: 1. Nahrungsmittelherstellung, 2. Bekleidungsherstellung, 3. Textil- und Garnherstellung, 4. Leder- und Garnverarbeitung, 5. Wohnausstattung, 6. Holzzeugnisse, 7. Erzeugnisse aus dem Glas, dem Ton und dem Stein, 8.

Metallerzeugnisse, 9. Beleuchtung, 10. Arzneimittelherstellung und Kosmetik, 11. Erzeugnisse für Kunst und Wissenschaft, 12. Herstellung vom Transportmittel, 13. Gemischte Erzeugnisse.

**Tabelle 22: Handwerksbetriebe 1890**

Nr.	Arbeitgeber			Administration			Arbeitnehmer			Alleinstehende			Summe	
	m.	w.	gesamt	m.	w.	gesamt	m.	w.	gesamt	m.	w.	gesamt		
1	878	39	917	28	2	30	10223	16	10240	298	1	299	11486	
2	557	35	592	60	0	60	3385	0	3385	76	0	76	4113	
3	1399	44	1443	11	0	11	10906	168	11074	653	18	671	13199	
4	563	132	677	86	28	114	6346	509	6855	23	13	36	7682	
5	3947	1479	5426	47	22	69	17463	11320	28783	4171	7197	11368	45646	
6	1164	25	1189	12	1	13	11500	46	11546	1319	0	1319	14067	
7	285	50	335	32	9	41	3076	215	3291	122	8	130	3797	
<b>Summe</b>	<b>8793</b>	<b>1804</b>	<b>10597</b>	<b>276</b>	<b>62</b>	<b>338</b>	<b>62899</b>	<b>12274</b>	<b>75174</b>	<b>6662</b>	<b>7237</b>	<b>13899</b>	<b>99990</b>	

Gewerbeart: 1. Metallverarbeitung, 2. Herstellung der Maschinen und der Werkzeuge, 3. Holzverarbeitung, 4. Lebensmittelherstellung, 5. Bekleidungs- und Schuhwerkherstellung, 6. Hausbau und Ausstattung, 7. Polygraphie.



**Tabelle 23: Verhältnis der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberzahlen in allen Betrieben 1890**

<b>Nr.</b>	<b>Arbeitgeber</b>	<b>Arbeitnehmer</b>	<b>Arbeitnehmer je 1 Arbeitgeber</b>
<i>1</i>	1187	15256	12.85
<i>2</i>	664	11450	17.24
<i>3</i>	41	1189	29
<i>4</i>	43	647	15.04
<i>5</i>	449	7909	17.61
<i>6</i>	281	14768	52.55
<i>7</i>	1575	12423	7.88
<i>8</i>	878	18874	21.49
<i>9</i>	5426	28783	5.3
<i>10</i>	1799	15322	8.51
<i>11</i>	654	11450	17.51
<b>Summe</b>	<b>12997</b>	<b>138071</b>	<b>1062</b>

Gewerbeart: 1. Metallverarbeitung, 2. Herstellung von Maschinen und Werkzeugen, 3. Chemische Betriebe, 4. Schmalz-, Teer- und Wachsverarbeitung, 5. Lederverarbeitung, Papier- und Gummiherstellung, 6. Verarbeitung von Faserpflanzen, 7. Holzverarbeitung, 8. Lebensmittelherstellung, 9. Bekleidungs- und Schuhwerkherstellung, 10. Hausbau und Ausstattung, 11. Polygraphie.

Tabelle 24: Ausgewählte Gewerbebranchen in St. Petersburg 1900

Nr.	Arbeitgeber			Arbeitnehmer			Summe	Arbeitnehmer je einen Arbeitgeber	% der Bevölkerung
	m. G.	w. G.	gesamt	m. G.	w. G.	gesamt			
1	288	16	304	2613	87	2700	3004	8.88	0.24
2	34	5	39	1495	26	1521	1560	39	0.12
3	169	14	183	4442	4	4446	4629	24.3	0.37
4	216	9	225	13159	7	13166	13391	58.55	1.07
5	70	8	78	1329	132	1461	1539	18.73	0.12
6	78	10	88	2103	9	2112	2200	24	0.18
7	74	7	81	1061	15	1076	1157	13.28	0.09
8	12	-	12	396	21	417	429	34.75	0.03
9	50	4	54	2854	9	2863	2917	53.02	0.23
10	4	1	5	403	-	403	408	80.6	0.03
11	102	6	108	2195	39	2234	2342	20.69	0.19
12	182	6	188	1359	8	1367	1555	7.27	0.13
13	199	11	210	694	8	702	912	3.34	0.07
14	25	5	30	141	4	145	175	4.83	0.01
15	23	3	26	331	73	404	430	15.53	0.03
16	97	3	100	541	5	546	646	5.46	0.05
17	40	5	45	172	6	178	223	3.96	0.02
18	64	5	69	1160	69	1229	1298	17.81	0.1
19	315	33	348	6974	2394	9368	9716	26.92	0.78
20	254	45	299	3516	1185	4701	5000	15.72	0.4
21	9	1	10	268	17	285	295	28.5	0.02
22	86	36	122	656	518	1174	1296	9.62	0.1
23	10	3	13	291	16	307	320	23.62	0.03

24	896	32	928	12237	-	12237	13165	13.19	1.05
25	57	5	62	393	-	393	455	6.34	0.04
26	13	-	13	162	82	244	257	18.77	0.02
27	59	1	60	860	-	860	920	14.33	0.07
28	159	11	170	2050	57	2107	2277	12.39	0.18
29	67	5	72	670	18	688	760	9.55	0.06
30	57	8	65	446	11	457	522	7.03	0.04
31	250	39	289	5881	62	5943	6232	20.56	0.4
32	58	12	70	1989	822	2811	2881	40.16	0.23
33	83	10	93	1445	10	1455	1548	15.65	0.12
34	80	265	245	109	2456	2565	2910	7.43	0.23
35	2166	41	2207	10179	565	10744	12951	4.87	1.04
36	145	1615	1760	422	11795	12217	13977	6.94	1.12
37	7	93	100	5	612	617	717	6.17	0.06
38	2313	92	2405	10508	2167	12675	15080	5.27	1.21
39	291	48	339	1092	562	1654	1993	4.88	0.16
40	133	10	143	533	213	746	889	5.22	0.07
41	13	45	58	31	265	296	354	5.1	0.03
42	36	60	96	93	489	582	678	6.06	0.05
43	143	6	149	5984	-	5984	6133	40.16	0.49
44	186	4	190	2282	-	2282	2472	12.01	0.2
45	80	-	80	1926	-	1926	2006	24.08	0.16
46	159	5	164	1562	-	1562	1726	9.52	0.14
47	401	11	412	5651	-	5651	6063	13.71	0.49
48	147	5	152	1727	-	1727	1879	11.36	0.15
49	231	14	245	2673	38	2711	2956	11.07	0.24
50	102	24	126	9781	649	10430	10556	82.8	0.85

51	9	1	10	382	5	387	397	38.7	0.03
52	95	7	102	1245	44	1289	1391	12.68	0.11
53	15	2	17	161	4	165	182	9.71	0.014
54	69	5	74	662	2	664	738	8.97	0.06
55	34	61	95	300	207	507	602	5.34	0.05
<b>Summe</b>	<b>10955</b>	<b>2773</b>	<b>13728</b>	<b>131594</b>	<b>25787</b>	<b>157381</b>	<b>171109</b>	<b>11.46</b>	<b>13.71</b>

Quelle: S.-Peterburg po perepisi 15 dekabrja 1900 goda. Hrsg. N.A. Fedulov. SPb. 1903. S. 42-67.

Anmerkungen: Die unter Nummern aufgeführten Herstellungsarten nach Branchen beziehen sich sowohl auf Fabrikanten und große Unternehmen als auch auf die zünftigen wie nicht zünftigen Handwerksmeister.

#### **Metallverarbeitung:**

1. Gold- und Silbererzeugnisse, Schmuckwaren, 2. Kleinformatige Erzeugnisse aus Metall, hauptsächlich aus Eisen, 3. Schmiedeproduktion, 4. Schlosserproduktion, 5. Herstellung vom Blech und Produkten aus Blech, 6. Kupferkesselherstellung und Kupferguß, 7. Herstellung aus Bronze und Kupfer, 8. Blei- und Zinnerzeugnisse, 9. Herstellung aus anderen Metallen, 10. Verkupferung und Verzinnungsgesamt

#### **Maschinen- und die Geräteherstellung:**

11. Herstellung von verschiedenen Maschinen, 12. Wagen- und Fahrräderherstellung, 13. Uhrenherstellung, 14. Herstellung mathematischer, physischer und optischer Geräte, 15. Herstellung chirurgischer Instrumente und orthopädischer Teile, 16. Musikinstrumentenbau, 17. Lampenherstellungsgesamt

#### **Chemische Erzeugnisse:**

18. Herstellung und Verarbeitung von Fetten und Ölen, 19. Verarbeitung von Leder, Pferdehaar und anderen tierischen Produkten; Herstellung von Gummwaren u.a., 20. Papier- und Etuiherstellung; Buchbindung, 21. Tapetenherstellung

#### **Textilindustrie:**

22. Posament- und Stickereiprodukte, 23. Färbereien und Veredelung von Stoffen.

#### **Holzverarbeitung:**

24. Schreiner, 25. Möbelherstellung, 26. Korkverarbeitung, 27. Faßbinder und Reifenherstellung, 28. Dreharbeiten und Schirmeherstellung, 29. Rahmenherstellung und Holzvergoldung, 30. andere Erzeugnisse aus Holz,

#### **Lebensmittelherstellung:**

31. Broterzeugnisse und Backwaren, 32. Herstellung von Schokolade, Lebkuchen und Konditorwaren, 33. Herstellung von Wurst und geräucherten Waren,

#### **Bekleidungs- und Schuhwerkherstellung:**

34. Unterwäscheherstellung, 35. Herrenschneider, 36. Damenschneider, 37. Modeschneider, 38. Schuhproduktion, 39. Hut-

und Mützenherstellung, 40. Pelzwaren, 41. Kunstblumen- und Federherstellung, 42. Korsett-, Krawatten- und Handschuhherstellungsgesamt  
**Bauindustrie:**  
 43. Zimmerleute, 44. Ofensetzer, 45. Stuck- und Modellarbeiten, 46. Dachdeckarbeiten, 47. Maler, 48. Gas- und Wasserleitungeneinrichtung und -wartung, 49. Tapezierer.  
**Polygraphie:**  
 50. Druckereien, 51. Druckbuchstabengießereien, 52. Steindruck, 53. Ksyo- und Metallographie, 54. Graveure und Steinmetzen.  
**Andere:** 55. Reinigungen.

**Tabelle 25: Gesamte Gewerbebranchen in St. Petersburg 1900**

Nr.	Arbeitgeber			Arbeitnehmer			Summe	Arbeitnehmer je einen Arbeitgeber
	m. G.	w. G.	gesamt	m. G.	w. G.	gesamt		
1	995	74	1069	29855	310	30165	31234	28.2
2	668	39	707	5433	143	5576	6283	7.88
3	642	84	726	11918	3665	15583	16309	21.46
4	96	39	135	947	534	1481	1616	11
5	1308	62	1370	16818	168	16986	18356	12.4
6	391	61	452	9315	894	10209	10661	22.6
7	5184	2269	7453	22972	19124	42096	49549	5.64
8	1347	45	1392	21805	38	21843	23235	15.7
9	290	39	329	12231	704	12935	13264	39.3
10	34	61	95	300	207	507	602	5.33
<b>Gesamt</b>	<b>10955</b>	<b>2773</b>	<b>13728</b>	<b>131594</b>	<b>25787</b>	<b>157381</b>	<b>171109</b>	<b>11.46</b>

1. Metallverarbeitung, 2. Maschinen- und Gerätherstellung, 3. Chemische Erzeugnisse, 4. Textilindustrie, 5. Holzverarbeitung, 6. Lebensmittelherstellung, 7. Bekleidungs- und Schuhwerkherstellung, 8. Bauindustrie, 9. Polygraphie, 10. Färbereien und Reinigungen.

**Tabelle 26: Zahlenverhältnis der Arbeitnehmer zu einem Arbeitgeber 1890 und 1900**

Nr.	1890			1900		
	Arbeitgeber	Arbeitnehmer	pro 1 Arbeitgeber	Arbeitgeber	Arbeitnehmer	pro 1 Arbeitgeber
1	917	10240	11.2	1069	30165	28.2
2	592	3385	5.72	707	5576	7.88
3	1443	11074	7.67	1370	16986	12.4
4	677	6855	10.1	452	10209	22.6
5	5426	28783	5.3	7453	42096	5.64
6	1189	11546	9.71	1392	21843	15.7
7	335	3291	9.82	203	2505	12.3
<b>Summe</b>	<b>10579</b>	<b>75174</b>	<b>7.10596464694</b>	<b>12646</b>	<b>129380</b>	<b>10.23</b>

1. Metallverarbeitung, 2. Herstellung von Maschinen und Werkzeugen, 3. Holzverarbeitung, 4. Lebensmittelherstellung, 5. Bekleidungs- und Schuhwerkherstellung, 6. Hausbau und Ausstattung, 7. Polygraphie.

Tabelle 27: Anzahl der Werkstätte nach Größe 1900 und 1910

Anzahl Jahr	von 2 bis 4 Beschäftigte		von 5 bis 15		von 16 bis 25		über 25		Gesamt	
	1900	1910	1900	1910	1900	1910	1900	1910	1900	1910
1	337	346	202	147	7	6	4	1	550	500
2	539	477	239	209	16	9	8	8	802	703
3	610	571	278	260	10	10	-	-	898	841
4	1370	1678	424	698	26	42	38	46	1858	2464
5	1835	2114	24	30	20	26	4	2	1883	2172
6	1200	1500	300	560	23	30	25	35	1548	2125
7	734	649	333	296	9	10	-	-	1076	955
Summe	6625	7335	1800	2200	111	133	79	92	8615	9760

1. Schmiede und Schlosser, 2. Gold- und Silberschmiede, Juweliere, 3. Schreiner und Parkethersteller, 4. Bäcker und Konditoren, 5. Schneider, 6. Polsterer und Pferdehaarverarbeitung, 7. Lederverarbeitung.

**Tabelle 28: Anzahl der Lehrlinge entsprechend der Betriebsgröße 1900 und 1910**

Anzahl Jahr	von 2 bis 4		von 5 bis 15		von 16 bis 25		über 25		Gesamt	
	1900	1910	1900	1910	1900	1910	1900	1910	1900	1910
1	746	623	667	400	13	13	38	38	1464	1074
2	1257	883	804	562	89	25	14	121	2164	1591
3	1611	1311	358	291	20	17	-	-	1989	1619
4	946	986	470	540	48	52	52	54	1516	1632
5	2955	3692	345	410	340	435	12	5	3652	4542
6	800	750	360	600	35	60	60	55	1255	1465
7	1189	1216	390	346	36	38	-	-	1615	1600
Summe	9504	9461	3394	3149	581	640	176	273	13655	13523

1. Schmiede und Schlosser, 2. Gold- und Silberschmiede, Juweliere, 3. Schreiner und Parketthersteller, 4. Bäcker und Konditoren, 5. Schneider, 6. Polsterer und Pferdehaarverarbeitung, 7. Lederverarbeitung.



Tabelle 29: Mittlere Anzahl der Lehrlinge pro Betrieb 1900 und 1910

Anzahl Jahr	von 2 bis 4		von 5 bis 15		von 16 bis 25		über 25		Gesamt	
	1900	1910	1900	1910	1900	1910	1900	1910	1900	1910
1	2.21	1.8	3.3	2.72	1.85	2.16	9.5	38	4.21	11.17
2	2.33	1.85	3.36	2.68	5.56	2.77	1.75	15.12	3.25	5.6
3	2.64	2.29	1.28	1.1	2	1.7	-	-	1.97	1.69
4	0.69	0.58	1.1	0.77	1.84	1.23	1.36	1.39	1.24	0.99
5	1.61	1.74	14.37	13.66	17	16.73	3	2.5	8.99	8.65
6	0.66	0.5	1.2	1.1	1.52	2	2.4	1.57	1.44	1.29
7	1.61	1.87	1.17	1.16	4	3.8	-	-	2.26	2.27
Gesamt	1.67	1.51	3.68	3.31	4.82	4.34	2.57	8.36	3.33	452

1. Schmiede und Schlosser, 2. Gold- und Silberschmiede, Juweliere, 3. Schreiner und Parketthersteller, 4. Bäcker und Konditoren, 5. Schneider, 6. Polsterer und Pferdehaarverarbeitung, 7. Lederverarbeitung.

Tabelle 30: Neugegründete Industriebetriebe in St. Petersburg zwischen 1881 und 1897

Zeitperiode	2.12.1881- 4.11.1882		31.12.1883- 4.11.1884		27.6-9.9.1885		30.12.1887- 15.12.1888		14.10-23.12.1897	
	Anzahl	von 100 %	Anzahl	von 100 %	Anzahl	von 100 %	Anzahl	von 100 %	Anzahl	von 100 %
Soziale Schicht										
Zunftmeister und Handwerker	68	32.2	79	42.5	14	35.9	48	32.2	34	32.1
außerhalb der Zunft										
Andere*	36	17.1	31	16.7	4	10.3	26	17.5	28	26.4
Ausländer	31	14.7	25	13.4	3	7.7	19	12.8	11	10.4
Kleinbürger	30	14.2	14	7.5	9	23.1	24	16.1	13	12.3
Kaufleute	26	12.3	21	11.3	4	10.3	21	14.1	5	4.7
Bauer	20	9.5	16	8.6	5	12.8	11	7.4	15	14.2
Gesamt	211	100	186	100	39	100	149	100	106	100

Quelle: Po otnošeniju S. Peterburgskogo gradonačal'nika vydannych svidetel'stv na otkrytie fabrik, zavodov i drugih promyšlennych zavedenij (1881-1897), in: RGIA, f. 20, op. 3, dd. 1985, 2079, 2160, 2251, 2144 a, b.

\* Unter „Andere“ sind Adelige, Lehrer, Beamte, Ehrenbürger und Militär zu verstehen.

**Tabelle 31: Steuerberechnungen des Finanzministeriums, der Zunftältesten und des Handwerksoberhauptes deutscher Zünfte 1840**

Zunft	Finanzministerium		Zunftälteste	Handwerksoberhaupt		Beiträge eingegangen
	Staatsskasse	Zunftkasse		Staatsskasse	Zunftkasse	
	1	2		4	5	
Schneider	16200	1300	5580	4445	609	5280
Bäcker	12600	1000	4020	2681	-	3705
Juwelliere	6000	500	2925	3276	304.5	2775
Sattler	4200	300	2495	2619.75	248.5	2420
Schreiner	4500	400	2115	2016	203	2085
Schmiede	3000	250	1845	1617	203	1845
Konditoren	2100	200	1660	1512	101.5	1520
Schuhmacher	6900	500	1370	1109.5	203	1275
Uhrmacher	2800	250	1250	1158.5	101.5	1190
Schlosser	4100	300	1260	910	101.5	1134
Blechner	2000	150	990	910	101.5	957.5
Musikinstrumentenbauer	2000	150	920	1057	101.5	905
Buchbinder	3000	200	965	607.25	-	905
Schornsteinfeger	1600	100	670	654.5	-	670
Bronzegießer	2000	150	660	504	-	610

Kürschner	700	-	650	607.25	-	575
Gürtler	2800	300	570	353.5	-	550
Handschuhmacher	1800	150	552	553	101.5	532
Dreher	2300	200	545	304.5	101.5	510
Friseure	1000	100	725	605.5	-	495
Kupferer	900	100	550	455	-	435
Tabakmacher	600	-	350	406	-	400
Färber	1600	100	585	355.25	-	395
Wagenbauer	1000	100	445	404.25	-	380
Zinngießer	700	-	330	302.75	-	330
Knopfmacher	1200	100	325.5	302.75	-	325.5
Chirurgieinstrumentenbauer	1200	100	320	301	-	247
Kunstmaler	1500	-	230	201.25	-	190
Wurstmacher	500	-	200	101.5	-	175
Posamentierer	1000	100	145	50.75	-	130
Waffenschmiede	400	-	100	50.75	-	110
<b>Gesamt</b>	<b>92200</b>	<b>7100</b>	<b>35347.5</b>	<b>30432.5</b>	<b>2481.5</b>	<b>33056</b>

Quelle: Srvavnitel'naja vedomost' za 1840 god, in: RGIA. f. 1287, op. 37, d. 92: O revizii inostrannoj remeslennoj upravvy baronom Korfom v Peterburge (1842-1854), I. 26.

**Tabelle 32: Eingezahlte Steuerbeiträge der ausländischen Meister in den russischen Zünften, 1811-1816, in Rubel<sup>26</sup>**

Jahr	Rubel Soll	Meister	Rubel Ist	Meister	Verstorbene Meister	entfallender Beitrag	zu zahlender Beitrag
	1	2	3	5	6	7	8
1811	22000	220	13435	134	16	1630	6935
1812	18600	186	9310	93	13	1300	7990
1813	18400	184	8045	80	12	1245	9110
1814	14300	143	5100	51	2	200	9000
1815	12500	125	4730	47	-	-	7770
1816	11600	116	1160	11	-	-	10440
<b>Gesamt</b>	<b>97400</b>	<b>974</b>	<b>41780</b>	<b>416</b>	<b>43</b>	<b>4375</b>	<b>51245</b>

Quelle: Rospis' nalogam i nedoimkam, in: RGIA.f. 571, op. 3, d. 337: O podati, l. 125f.

---

<sup>26</sup> In der Spalte 7 sollten als Gesamtsumme 4.300 Rubel stehen, da aber in der Steuerliste der Betrag von 4.375 Rubel aufgeführt worden ist, wurde er unverändert in die Tabelle übernommen.

**Tabelle 33: Eingezahlte Steuerbeiträge der Gesellen bei den ausländischen Meistern in den russischen Zünften in den Jahren 1811-1816**

Jahr	Rubel Soll	Gesellen	Rubel Ist	Gesellen	verstorbene Gesellen	entfallender Beitrag	zu zahlender Beitrag in Rubel
	1	2	3	4	5	6	7
1811	6120	153	1380	34	1	40	4700
1812	2800	70	960	24	1	40	1800
1813	2800	70	920	23	1	40	1840
1814	1840	46	680	17	-	-	1160
1815	1720	43	360	9	-	-	1360
1816	1160	29	80	2	-	-	1080
<b>Gesamt</b>	<b>16440</b>	<b>411</b>	<b>4380</b>	<b>109</b>	<b>3</b>	<b>120</b>	<b>11940</b>

Quelle: Rospis' nalogam i nedoimkam, in: RGIA.f. 571, op. 3, d. 337: O podati, hierl. 125f.

**Tabelle 34: Eingezahlte Steuerbeiträge der Lehrlinge bei den ausländischen Meistern in den russischen Zünften in den Jahren 1811-1816**

Jahr	Rubel Soll	Lehrlinge	Rubel Ist	Lehrlinge	zu zahlender Beitrag in Rubel
1811	560	28	100	5	460
1812	540	27	80	4	460
1813	540	27	80	4	460
1814	280	14	60	3	220
1815	280	14	40	2	240
1816	120	6	-	-	120
<b>Gesamt</b>	<b>2320</b>	<b>116</b>	<b>360</b>	<b>18</b>	<b>1960</b>

Quelle: Rospis' nalogam i nedoimkam, in: RGIA.f. 571, op. 3, d. 337: O podati, hierl. 125f.

**Tabelle 35: Bezahlte und ausstehende Steuer der ausländischen Meister in den deutschen Zünften 1818-1821**

<b>Jahr</b>	<b>Rubel Soll</b>	<b>Meister</b>	<b>Rubel Ist</b>	<b>Meister</b>	<b>Steuerschulden</b>
1818	87500	875	58950	589	28550
1819	87500	875	58950	589	28550
1820	56700	567	52500	525	4200
1821	58950	590	45400	436	13550
<b>Gesamt</b>	<b>290650</b>	<b>2907</b>	<b>215800</b>	<b>2139</b>	<b>74850</b>

Quelle: RGIA, f. 571, op. 3, d. 337: Delo o podati s inostrannyh remeslennikov v Peterburge i Moskve, l. 118.

**Tabelle 36: Einnahmen der Handwerkskasse der deutschen Zünfte 1850 und 1851**

<b>Jahr</b>	<b>1850</b>	<b>1851</b>
Meister	5000	4550
Gesellen	1200	1500
Lehrlinge	450	450
Eintrittsgelder	-	350
<b>Summe</b>	<b>6650</b>	<b>6500</b>

Quelle: Ob ustrojstve remeslennoj upravly inostrannyh cechov v S. Peterburge (12.04.1849-11.12.1851), in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 667, l. 72, 83.

**Tabelle 37: Abgaben der ausländischen Zunftthandwerker in den Jahren 1849, 1850 und 1851 in Silberrubel**

<b>Jahr</b>	<b>1849</b>	<b>1850</b>	<b>1851</b>
<b>Meister</b>			
beim Eintritt in die Zunft	25	18	-
für das Meisterdiplom	5	3	-
für die Unterhaltung der Verwaltung	0.6	5	3.5
in die Zunftkasse	5	2.4	-
<b>Gesamt</b>	<b>35.6</b>	<b>28.4</b>	<b>-</b>
<b>Gesellen</b>			
beim Eintritt in die Zunft	4	1.5	-
für das Diplom	1	1	-
in die Zunftkasse	-	1	-
<b>Gesamt</b>	<b>5</b>	<b>3.5</b>	<b>-</b>
<b>Lehrlinge</b>			
beim Eintritt in die Zunft	1.5	1.5	-
in die Zunftkasse	-	0.3	-
<b>Gesamt</b>	<b>1.5</b>	<b>1.8</b>	<b>-</b>

Quelle: Ob ustrojstve remeslennoj upravj inostrannyh cechov v S. Peterburge (12.04.1849-11.12.1851), in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 667, l. 52, 74. Für die mit einem Strich versehenen Felder fehlten die Angaben.



**Tabelle 38: Kopfsteuer und andere Abgaben eines Meisters in Papierrubel im Jahr 1825/26**

Meister	Kopfsteuer	Post- u. Landabgabe	In die Handwerkskasse	Für die Hilfskräfte	Gesamt
Ständige Meister	8	7.38	9.7	4.7	29.78
Zeitweilige Meister	20	-	5	36193	27-28

Quelle: Vedomost' S. Peterburgskoj remeslennoj upravj, skol'ko večnych masterov s det'mi i vremennych masterov i podmaster'ev, skol'ko polagalos' podušnoj podatj i povinnostej 1824-1825, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 435: Vedomost' Moskovskoj remeslennoj upravj o suščestvujuščich remeslennikov i o čisle inostrannyh masterov i podmaster'ev, sostojaščich v upravje nemeckich cechov (1825), hier l. 4.

**Tabelle 39: Kopfsteuer in Kopeken in den Jahren 1724, 1794, 1810/18 und 1839/50**

Jahr		1724	1794	1810	1816/18	1839/50
Bauern	nominell	80	100	200	330	330
	Silberrubel	80	72.5	66	82.5	95
Städter	nominell	120	200	500	830	826
	Silberrubel	120	145	165	-	238

Quelle: Ilja Mieck (Hrsg.), Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte (Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hrsg. v. Wolfram Fischer, Jan A. van Houtte u.a.), Bd. 4. Stuttgart 1993, S. 759.

**Tabelle 40: Akzisesteuer zwischen 1835 und 1837 in Papierrubel**

<b>Stadtviertel</b>	<b>1835</b>	<b>1838</b>	<b>Erhöhung in %</b>
Erstes und Zweites Admiralitätsviertel	600	900	150
Drittes Admiralitätsviertel	600	900	150
Viertes Admiralitätsviertel	300	450	150
Narvskerviertel	300	450	150
Litejner-, Vasilij-Insel- und Moskauerviertel	450	675	150
Karetnyj- u. Roždestvenskerviertel	300	450	150
Petersburger- u. Vyborgerviertel	300	450	150
Gesamtdurchschnitt	407	611	150

Quelle: Raport koležskogo sovetnika Starikova ministru vnutrennich del, vom 15. März 1844, in: RGIA, f. 1287, op. 37, d. 95: Po zapiske o vospreščenii buločnikam i pekarjam belogo chleba v S. Peterburge proizvodit' torgovlju konditerskimi izdelijami (31. Oktober 1842 - 16. Februar 1846), l. 58.

**Tabelle 41: Die Besteuerung der Zunfthandwerker im Jahr 1864 in Silberubeln**

	Freiwillige Abgabe an die Handwerks- verwaltung	Abgabe an die Stadt	Abgabe an die Handwerkskasse	Abgabe an die Zunftkasse	Gesamt
<b>Ständige Handwerker</b>					
Meister	1	-	1.5	1.5	4
Geselle	-	-	0.3	0.3	0.6
Lehrling	-	-	0.15	0.15	0.3
<b>Zeitweilige Handwerker</b>					
Meister	1	3	1.5	1.5	7
Geselle	-	0.3	0.15	0.15	0.6
Lehrling	-	0.15	0.08	0.07	0.3

Quelle: Ob-javlenie S. Peterburgskoj remeslennoj upravy, ob opredeljaemych s S. Peterburgskich večno- i vremennno-cechovyh russkich cechov sborach v 1864 g., in: RGIA, f. 1287, op. 38, d. 1425: Po chodatajstvu sobranija vybornych S. Peterburgskogo remeslennogo soslovija ob ustanovlenii sbora s zdešnih remeslennikov pri vydače im biletov na žitel'stvo po 60 kopeek na sodержanie doma prizrenija prestarelyh i uvečnyh remeslennikov v Peterburge (1872), hier l. 7.

**Tabelle 42: Die Entwicklung der Steuerlast je Person der Bevölkerung in Rußland zwischen 1861-1913 in Silberrubel**

Jahr	je Person	
	in laufenden Preisen	in Preisen von 1913
1861	3.1	4.73
1890	4.69	6.74
1900	6.73	8.97
1910	8.96	9.96
1913	10.07	10.07

Quelle: Wolfram Fischer, Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bd. 5. Stuttgart 1985, S. 576.

**Tabelle 43: Steuersatz der Kaufleute von 1775 bis 1824 in Rubel**

<b>Jahr</b>	<b>1. Gilde</b>		<b>2. Gilde</b>		<b>3. Gilde</b>	
	<b>Kapital</b>	<b>1% Steuer</b>	<b>Kapital</b>	<b>1% Steuer</b>	<b>Kapital</b>	<b>1% Steuer</b>
1775	10.000 u. über	100-200	1.000- 10.000	10-100	500- 1.000	35924
1785	10.000- 50.000	100-500	5.000- 10.000	50-100	1.000- 5.000	10-50
1794	16.000- 50.000	160-500	8.000- 16.000	80-160	2.000- 8.000	20-80
1807/24	50.000 u. mehr	500 u. mehr	20.000 u. mehr	200 u. mehr	8.000 u. mehr	80 u. mehr

Quelle: Der Senatserlaß vom 25. Mai 1775, Stadtstatut von 1785, Erlaß vom 23. Juni 1794 (PSZ RI 1, Nr. 17224) und Erlaß vom 8. November 1807 (PSZ RI 1, Nr. 22678), aus: Istoričeskij očerk obloženija trgovli i promyslov v Rossii. St. Petersburg 1893, S. 93f., 95, 99, 106, 109.

**Tabelle 44: Die Anzahl verkaufter Handelslizenzen (*svidetel'stva na meločnyj torg und torgovye bilety*)**

Jahr	Anzahl	%	Gesamt Rubel	%	Rubel pro Stück	%
1873	5559	100	67723	100	12.18	100
1874	5765	103.7	71130	105	12.33	101.2
1875	5866	105.5	71605	105.7	12.2	100.2
1876	5924	106.6	72331	106.8	12.2	100.2
1877	5802	104.4	71022	104.9	12.24	100.5
1878	5831	104.9	68500	101.1	11.74	96.4
1879	6238	112.2	77220	114	12.37	101.6
1880	6404	115.2	79152	116.9	12.36	101.5
1881	6167	110.9	76155	112.5	12.34	101.3
1882	6051	108.9	74577	110.1	12.32	101.1
1884	6233	103	74265	110.1	11.91	97.8
1886	6610	118.9	89040	131.5	13.47	110.6
1887	6673	120	89960	132.8	13.48	110.7
1888	6491	116.8	88035	130	13.56	111.3
1889	6804	122.4	94575	139.6	13.9	114.1
1890	6992	125.8	95525	141	13.66	112.2
1891	7348	132.2	102030	150.7	13.88	114

Quelle: Otčëty S. Peterburgskoj remeslennoj upravj za 1873-1882, 1884 und 1886-1891 gody.

**Tabelle 45: Verkaufte Gewerbescheine (*promyslovye ili remeslennye svidetel'stva*) für Handwerksstätten und Handelsbetriebe im Jahr 1909**

<b>Handwerksstätten</b>			
<b>Klasse</b>	<b>Stück</b>	<b>Stückpreis in Rubel</b>	<b>Rubel gesamt</b>
Klasse VI für ein Jahr -„- für ein halbes Jahr	277	30	8310
	3	15	45
Klasse VII für ein Jahr -„- für ein halbes Jahr	1363	15	20445
	13	7.5	97.5
Klasse VIII für ein Jahr -„- für ein halbes Jahr	3170	6	19020
	81	3	243
<b>Handelsbetriebe</b>			
Klasse III für ein Jahr -„- für ein halbes Jahr	836	30	25080
	23	15	345
<b>Gesamt</b>	<b>5766</b>	<b>-</b>	<b>73585.5</b>

Quelle: Otdel S. Peterburgskoj remeslennoj upravy za 1909 god. St. Petersburg 1910, S. 206f.

**Tabelle 46: Die Abgaben der Zunfthandwerker und der Gewerbetreibenden im St. Petersburger Gouvernement für die Gewerbe- und Handelslizenzen 1873-1891 in Rubel**

<b>Jahr</b>	<b>Gesamt St. Petersburger Gouvernement</b>	<b>davon Zunfthandwerker und Gewerbetreibende</b>	<b>v. H.</b>
1873	1275169	67723	5.3
1874	1294094	71130	5.5
1875	1291045	71605	5.5
1876	1550551	72331	4.7
1877	1549043	71022	4.6
1878	1558480	68500	4.4
1879	1608110	77220	4.8
1880	1317256	79152	6
1881	2909639	76155	2.6
1882	2109011	74577	3.5
1884	2109594	74265	3.5
1886	2139619	89040	4.2
1887	2367539	89960	3.8
1888	2326230	88035	3.8
1889	2378418	94575	4
1890	2362175	95525	4.04
<b>Gesamt</b>	<b>30145973</b>	<b>1260815</b>	<b>42</b>

Quelle: Istoričeskij opyt obloženiija trgovli i promyslov v Rossii. St. Petersburg 1893, S. 2-21; Otčëty S. Peterburgskoj remeslennoj upravly za 1873-1882, 1884 i 1886-1891 gody.

**Tabelle 47: Beiträge in die Kasse der Handwerksverwaltung von den zeitweiligen und ständigen Handwerkern für 1876, 1880, 1884, 1885 und 1903**

Jahr	1	2	3	4	5	6
	Ständig	Zeitweilig	Zwischen- summe	Eintrittsgelder, freiwillige Beiträge	Zusätz- liche Abgabe	Gesamt
1876	2613	19371	<b>21984</b>	-	-	<b>43986</b>
1880	2628	20376	<b>23004</b>	35823	6855	<b>65682</b>
1884	2747	20124	<b>22871</b>	35663	5546	<b>64080</b>
1885	2904	19893	<b>22797</b>	35951	-	<b>58748</b>
1903	-	-	<b>36381</b>	-	-	<b>36381</b>
Gesamt	-	-	<b>127037</b>	-	-	<b>246875</b>

Quelle: Otčety S. Peterburgskoj remeslennoj upravy za 1876, 1880, 1884, 1885 und 1903 gody.

Anmerkung: In den Spalten 4 und 5 sind die Abgaben sowohl der ständigen als auch der zeitweiligen Handwerker aufgeführt.



**Tabelle 48: Beiträge in die Zunftkassen von den ständigen Handwerkern  
1886-1888**

Jahr und Höhe des Einzelbeitrags		Anzahl der Beiträge	v. H.	Rubel	v. H.
1886	je Meister 1,5 Rubel	11	2.3	16.5	1.1
	je Geselle 0,3 Rubel	120		36	
1887	je Meister 1,5 Rubel	1180	88.9	1770	89.3
	je Geselle 0,3 Rubel	85		25.5	
	je Geselle 0,6 Rubel	3873		2323.8	
1888	je Meister 1,5 Rubel	150	8.8	225	9.6
	je Geselle 0,6 Rubel	360		216	
<b>Gesamt</b>		<b>5779</b>	<b>100</b>	<b>4612.8</b>	<b>100</b>

Quelle: Otčet S. Peterburgskoj remeslennoj upravy za 1887 god. St. Petersburg 1888, S. 165.

**Tabelle 49: Beiträge in die Zunftkassen von den zeitweiligen Handwerkern 1881-1888**

Jahr und Höhe des Einzelbeitrags		Anzahl der Beiträge	v. H.	Rubel gesamt	v. H.
1881	je Geselle 0,3 Rubel	1	0	0.3	-
1882	je Geselle 0,3 Rubel	1	0	0.3	-
1883	je Meister 1,5 Rubel	2	0.02	3.3	-
	je Geselle 0,3 Rubel	3			
1884	je Meister 1,5 Rubel	5	0.03	7.5	-
	je Geselle 0,3 Rubel	7		2.1	
	je Lehrling 0,15 Rubel	2		0.3	
1885	je Meister 1,5 Rubel	14	0.07	21	-
	je Geselle 0,3 Rubel	13		3.9	
	je Lehrling 0,15 Rubel	8		1.2	
1886	je Meister 1,5 Rubel	184	24.6	276	14
	je Geselle 0,3 Rubel	7660		2298	
	je Lehrling 0,15 Rubel	4456		668.4	
1887	je Meister 1,5 Rubel	7350	64.3	11025	74.1
	je Geselle 0,3 Rubel	16286		4885.8	
	je Lehrling 0,15 Rubel	8518		1277.7	
1888	je Meister 1,5 Rubel	1236	11.1	1584	11.6
	je Geselle 0,3 Rubel	3078		923.4	
	je Lehrling 0,15 Rubel	1216		182.4	
<b>Gesamt</b>		<b>50040</b>	<b>100</b>	<b>23187.2</b>	<b>100</b>

Quelle: Otčët S. Peterburgskoj remeslennoj upravj za 1887 god. St. Petersburg 1888, S. 165.

**Tabelle 50: Einnahmen der Handwerksverwaltung 1866 - 1909**

<b>Jahr</b>	<b>Handwerks- -kasse</b>	<b>Armen- haus</b>	<b>Handwerks- -schule</b>	<b>Summe</b>	<b>Gesamt- einnahmen</b>
1866	12576	15019	4179	31774	144662
1867	59853	-	-	-	141526
1868	59656	-	-	-	-
1873	5156	-	-	100360	-
1874	-	-	-	-	364134
1876	2617	2327	2853	7797	-
1877	4505	2582	2902	9989	-
1878	-	-	-	114230	-
1879	12095	2272	2935	17302	-
1880	65683	8319	6626	80628	179150
1881	37528	28278	6729	72535	-
1882	64081	-	-	-	-
1883	43162	35364	6530	85056	-
1885	58748	-	-	-	-
1886	36037	59786	8348	104171	761787
1887	62429	59991	8006	132426	-
1888	75879	63729	10927	150535	-
1889	94130	62694	10237	167061	-
1890	102453	10818	-	113271	158829
1891	95204	81562	10204	-	-
1900	-	-	-	-	222222
1901	7390	-	-	-	
1903	36381	-	-	130020	-
1906	-	-	-	133847	-
1908	-	-	-	135822	-
1909	-	-	-	148798	-

Quelle: Otčety S. Peterburgskoj remeslennoj upravy za 1866-1868, 1873, 1874, 1876-1883, 1885-1891, 1900, 1901, 1903, 1906, 1908, 1909.

**Tabelle 51: Kapital der Handwerksverwaltung in der Bank 1876 - 1884**

<b>Jahr</b>	<b>In der Kasse</b>	<b>Im Armenhaus</b>	<b>In der Schule</b>	<b>Gesamt</b>
1876	2617	2327	2853	7797
1877	4505	2582	2902	9989
1879	12095	2272	2935	17302
1880	13863	19867	6342	40072
1881	37528	28278	6729	72535
1882	43162	35364	6530	85056
1884	12986	54275	7300	74561

Quelle: Otčëty S. Peterburgskoj remeslennoj upravy za 1876, 1877, 1879, 1882, 1883, 1885.

**Tabelle 52: Einnahmen der Handwerksverwaltung 1886-1891**

<b>Jahr</b>	<b>Verwaltung</b>			<b>Armenhaus</b>		<b>Schule</b>		<b>Gesamt</b>
	Kasse in bar	Bank	Wert-papiere	In bar	Wertpa-piere	In bar	Wertpa-piere	
1886	7094	8443	20500	2036	57750	548	7800	<b>104171</b>
1887	12224	29705	20500	641	59350	6.9	8000	<b>130427</b>
1888	9407	15972	50500	2779	60950	727	10200	<b>150535</b>
1889	4558	20972	68600	1195	61500	37.8	10200	<b>167063</b>
1890	12583	21270	68600	3059	10200	-	-	<b>115712</b>
1891	4634	22270	68300	462	81100	4.95	10205	<b>186976</b>

Quelle: Otčëty S. Peterburgskoj remeslennoj upravy za 1886-1891 gody.

**Tabelle 53: Prozentualer Anteil an verschiedenen Posten in den Finanzen der Handwerksverwaltung 1886 bis 1891**

Jahr	Bargeld in der Kasse	%	Bank			
			Wertpapiere	%	flüssige Geldmittel	%
1886	9678	9.3	86050	83	8443	8.1
1887	12871	9.9	87850	67	29705	22.7
1888	12913	8.6	121650	81	15972	12.6
1889	5791	3.5	140300	84	20972	12.5
1890	15642	14	78800	68	21270	18.5
1891	5096	2.7	159605	85	22270	119

Quelle: Otčěty S. Peterburgskoj remeslennoj upravyy za 1886-1891 gody.

**Tabelle 54: Einnahmen und Ausgaben der St. Petersburger Handwerksverwaltung in den Jahren 1908-1912**

<b>Jahr</b>	<b>1908</b>	<b>1909</b>	<b>1910</b>	<b>1911</b>	<b>1912</b>
<b>Einnahmen</b>					
Beiträge von Handwerkern	70923	63148	71027	75426	72244
Einnahmen von Immobilien	156284	170509	179139	194822	192973
<b>Gesamt</b>	<b>227207</b>	<b>233657</b>	<b>250166</b>	<b>270248</b>	<b>265217</b>
<b>Ausgaben</b>					
Unterhalt der Handwerksverwaltung: Gehälter, Papier, Heizung	33887	33697	34910	37233	36985
Ausgaben für wohltätige Zwecke; Bildungsanstalten, Stipendien, Unterstützung der Armen	88458	83460	93893	93213	93199
andere Zwecke, wie z. B. Renovierung und Unterhalt der Häuser	40285	42290	46681	61247	65434
<b>Gesamt</b>	<b>162630</b>	<b>159447</b>	<b>175484</b>	<b>191693</b>	<b>195618</b>
<b>Guthaben</b>	<b>64577</b>	<b>74210</b>	<b>74682</b>	<b>78555</b>	<b>69599</b>

Quelle: Remeslenniki i remeslennoe upravlenie v Rossii. Pg. 1916, S. 38, 41

**Tabelle 55: Verhältnis der Arbeitskräfte weiblichen Geschlechts zur Gesamthandwerkerzahl in den russischen Zünften St. Petersburgs 1874-1891**

<b>Jahr</b>	<b>Meister- innen</b>	<b>Gesel- innen</b>	<b>Lehr- mädchen</b>	<b>Gesamt</b>	<b>Gesamt- handwer- ker</b>	<b>weibliche Arbeitskräfte v. H.</b>
1874	1052	1009	733	<b>2794</b>	39891	7
1875	1053	1811	1695	<b>4559</b>	45011	10.1
1876	1185	1827	1717	<b>4729</b>	46840	10.1
1877	1151	1835	1750	<b>4736</b>	45703	10.4
1879	1261	2231	2193	<b>5685</b>	47329	12
1880	1365	2254	1932	<b>5551</b>	50752	10.9
1881	1381	2245	2502	<b>6128</b>	53480	11.5
1882	1415	2452	2526	<b>6393</b>	52592	12.2
1884	1378	2532	2404	<b>6314</b>	51795	12.2
1886	1447	2872	2403	<b>6722</b>	55253	12.2
1887	1502	2723	2513	<b>6738</b>	45804	14.7
1888	1342	2783	2561	<b>6686</b>	46563	14.4
1889	1532	2741	2279	<b>6552</b>	47297	13.9
1890	1484	2810	2700	<b>6994</b>	47359	14.8
1891	1492	3266	2857	<b>7615</b>	48576	15.7

Quelle: Tabellen 11-18.

**Tabelle 56: Verpflegte Personen im Altersheim für Handwerker 1850 - 1910**

<b>Jahr</b>	<b>Verpflegte Personen</b>		
	<b>männlichen Geschlechts</b>	<b>weiblichen Geschlechts</b>	<b>Gesamt</b>
1850	-	-	25
1853	-	-	50
1854	41	42	83
1866	49	59	108
1867	49	61	110
1876	-	-	226
1877	-	-	286
1878	-	-	294
1879	-	-	316
1880	-	-	326
1881	-	-	299
1884	137	138	275
1886	140	213	353
1887	-	-	365
1888	319	56	375
1890	-	-	367
1891	-	-	366
1907	147	298	445
1908	121	272	393
1910	135	297	432

Quelle: Otčety S. Peterburgskoj remeslennoj upravly za 1850 - 1910 gody.



**Tabelle 57: Unterrichtsfächer und -stunden in den drei Klassen der Alexandrinischen Schule 1887/88**

<b>Schulfach</b>	<b>1. Klasse</b>	<b>2. Klasse</b>	<b>3. Klasse</b>
Religionsunterricht	54	81	81
Russische Sprache	243	189	189
Arithmetik	162	162	135
Malen	54	54	54
Geographie	-	27	54
Schreiben	54	27	27
Musik	-	81	81
<b>Gesamt</b>	<b>567</b>	<b>621</b>	<b>621</b>

Quelle: Otčety S. Peterburgskoj remeslennoj upravly za 1887. St. Petersburg 1888, S. 125.

**Tabelle 58: Schüler und Schülerinnen in der Alexandrinischen Schule 1866 - 1910**

<b>Jahr</b>	<b>männlich</b>	<b>weiblich</b>	<b>Gesamt</b>
1866	61	36	97
1876	-	-	141
1877	-	-	164
1878	-	-	141
1879	-	-	188
1880	-	-	191
1884	-	-	237
1886	137	109	246
1887	-	-	242
1888	-	-	253
1889	-	-	229
1890	-	-	244
1903	134	120	254
1906	-	-	205
1907	-	-	185
1910	109	117	226

Quelle: Otčëty S. Peterburgskoj remeslennoj upravj za 1866-1910 gg.

**Tabelle 59: Malschule der russischen Handwerksverwaltung 1887-1891**

Jahr	Unter- richts- stunden	Schüler und Schülerinnen	Durchschnittszahl der Schüler und Schülerinnen pro Unterricht	Von der Handwerks- verwaltung zur Verfügung gestellte Mittel(in Rubel)
1886	38	1819	48	692
1887	39	1862	43	792
1888	26	1051	41	770
1889	31	1495	48	728
1890	31	1883	60	900
1891	32	1893	59	821

Quelle: Опись С. Петербургской ремесленной управы за 1887, 1888, 1889, 1890, 1891. St. Petersburg 1888, 1890, 1891, 1892.

**Tabelle 60 : Anzahl der Lehrlinge und Ausgaben in Rubel in der  
Fürsorgegesellschaft 1902 - 1906**

Jahr	Lehrlinge	Rubel gesamt	pro Lehrling
1902	41	7216	176
1903	92	18081	197
1904	113	17396	154
1905	116	17302	149
1906	112	18730	167
<b>Gesamt</b>	<b>474</b>	<b>78725</b>	<b>166</b>

Quelle: Izloženie dela, in: RGIA, f. 1278, op. 2, d. 664: Ob otpuske, hier l. 10.

**Tabelle 61: Anzahl der Lehrlinge in den Sonntagsklassen der Malschulen auf der Vasilij-Insel und bei der technischen Hochschule 1846**

Handwerk	Anzahl der Schüler		
	Schule auf der Vasilij-Insel	Technische Hochschule	Gesamt
Maler u. Ikonenmaler	38	7	45
Holzschnitzer und Graveure	24	9	33
Gold- u. Silberschmiede	21	5	26
Schreiner	11	7	18
Stuckarbeiter	4	4	8
Dreher	3	1	4
Wagenbauer	2	2	4
Weber	1	3	4
Bronze- und Zinngießer	3	-	3
Etuimacher	3	-	3
Lampenmacher	3	-	3
Mechaniker	2	1	3
Zimmerer	-	1	1
<b>Gesamt</b>	<b>115</b>	<b>40</b>	<b>155</b>

Quelle: Delo ob učreždenii Voskresnoj risoval'noj školy v Litejnoj časti, in: RGIA, f. 18, op. 2, d. 1911, l. 25.

**Tabelle 62: Anzahl der Schüler in der Handwerksberufsschule 1875 - 1895**

<b>Schul-jahr</b>	<b>Schloss-ser</b>	<b>Schreiner und Holzschnitzer</b>	<b>Gesamt Schlosser und Schreiner</b>	<b>% von Gesamtzahl</b>	<b>Schüler insgesamt</b>
1875/76	35	28	63	34	185
1876/77	35	28	63	29.4	214
1877/78	82	33	115	46.6	247
1878/79	122	36	158	60.3	262
1879/80	146	56	202	68	297
1880/81	165	47	212	65.8	322
1881/82	166	47	213	63.2	337
1882/83	147	31	178	55.1	323
1883/84	228	46	274	86.2	318
1884/85	243	75	318	100	318
1885/86	242	73	315	100	315
1886/87	253	75	328	100	328
1887/88	252	68	320	100	320
1888/89	269	66	335	100	335
1889/90	259	62	321	100	321
1890/91	270	53	323	100	323
1891/92	282	47	329	100	329
1892/93	288	42	330	100	330
1893/94	301	34	335	100	335
1894/95	298	36	334	100	334
<b>Gesamt</b>	<b>4083</b>	<b>983</b>	<b>5066</b>	<b>83.1</b>	<b>6093</b>

Quelle: Dom prizrenija i remeslennogo obrazovanija bednych detej v S. Peterburge. Remeslennoe učilišče cesareviča Nikolaja. St. Petersburg 1896, S. 11.

**Tabelle 63: Absolventen der Handwerksberufsschule 1877 - 1895**

<b>Schuljahr</b>	<b>Schlosser</b>	<b>Schreiner</b>	<b>Holzschnitzer</b>	<b>Insgesamt</b>
1877/78	-	4	1	5
1878/79	6	3	5	14
1879/80	1	2	-	3
1880/81	20	4	1	25
1881/82	47	9	6	62
1882/83	23	2	3	28
1883/84	28	2	3	33
1884/85	25	5	-	30
1885/86	25	3	1	29
1886/87	32	9	-	41
1887/88	26	6	2	34
1888/89	33	10	1	44
1889/90	30	8	3	41
1890/91	27	9	2	38
1891/92	36	6	-	42
1892/93	40	9	1	50
1893/94	33	4	-	37
1894/95	44	7	2	53
<b>Gesamt</b>	<b>476</b>	<b>102</b>	<b>31</b>	<b>609</b>

Quelle: Dom prizrenija i remeslennogo obrazovanija bednych detej v S. Peterburge. Remeslennoe učilišče cesareviča Nikolaja. St. Petersburg 1896, S. 12.

**Tabelle 64: Werkstätten ausländischer Meister 1827-1840**

Jahr	1827			1840		
	Fach- arbeiter	Lehr- linge	Webstühle	Fach- arbeiter	Lehr- linge	Webstühle
Limbrunner	7	3	6	18	-	18
Böhme	2	2	-	18	-	18
Kress	5	2	7	7	12	19

Quelle: RGIA, f. 18, op. 2, d. 471: Po prošeni ju zdešnich tkackich masterov i vydače im vidov na polučenie svidetel'stv dlja svobodnogo proizvodstva rabot na ich nebol'shich zavedenijach i ob učreždenii inostrannogo cecha, l. 6, 63, 68, 95, 100.

**Tabelle 65: Die Immobilienwerte von St. Petersburg 1845**

Bevölkerungsgruppen	Hauseigentümer	Zahl der Standesangehörigen		Gesamtwert von Immobilien in Rubel	Durchschnittlicher Immobilienwert in Rubel
		Gesamtzahl	je einen Hausbesitzer		
Ehrenbürger	169	691	4	4,5 Mill.	26741
Kaufleute	1642	11422	7	26,5 Mill.	16183
Adel und Beamtentum	3295	49373	15	39,8 Mill.	12085
Handwerker	358	15277	43	2 Mill.	5587
Kleinbürger	623	44958	72	1,58 Mill.	2538
Raznočincy <sup>2</sup>	411	19245	46	822000	2000
Kutscher	235	1345	5	289755	1233
Ausländer	65	14554	231	-	-
Klerus	35	2075	56	-	-
Gesamt	6833	158940	-	-	-

Quelle: Veselovskij, Statističeskie, S. 6ff.

---

<sup>27</sup> Raznočincy ist Sammelbegriff, dem alle Personen, die nicht zu den in der Tabelle aufgeführten Bevölkerungsgruppen zuzuordnen sind, z. B. die Zarenhofangestellten wie die Fußbodenbohner, Köche, Diener u.a. In den 60er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts und besonders in der sowjetischen Historiographie kam diesem Begriff eine andere Bedeutung hinzu. Unter Raznočincy verstand man die Vertreter der Intelligenz und des Beamtentums, die aus den niederen, unprivilegierten Bevölkerungsschichten stammten und meistens demokratisch gesinnt waren. Typische Vertreter der Raznočincy waren der Literaturkritiker V. G. Belinskij, die Schriftsteller N. G. Černyševskij und N. A. Dobroľjubov.



**Tabelle 66: Die Veränderung der mittleren Betriebsgröße bei den Zunfthandwerkern 1790 - 1891**

Jahr	Schuh- ma- cher	Bä- cker	Schnei- der	Schlos- ser/ Schmie- de	Gold- u. Silber- schmie- de	Schrei- ner/Zim- merer	Maler	Tapezie- rer/ Haar- verar- beiter
1790	2.2	1	3.7	1.5	0.7	3.7	-	-
1825	3.2	6	3.9	2,3/7,3	0.04	4.1	1.6	2.6
1844/48	4	4.5	5.5	1,6/6,1	9.6	7.7	3	2.3
1866	3.1	2.9	3.5	4.3	24	5.8	2.4	3
1874	3	2.9	4.5	4.2	2.6	4.9	3.3	3.7
1891	1.6	2.6	5.3	6 <sup>28</sup>	4.6	2.2	1.5	36

---

<sup>28</sup> 1891 erreichte die mittlere Betriebsgröße mit 6,7 Beschäftigten den Stand von 1873.

**Tabelle 67: Das Verhältnis der Handwerkeranzahl zu der Bevölkerung St. Petersburgs und Zuwachsraten 1840-1910**

Jahr	deutsche und russische Zünfte	% zur Gesamtbevölkerung	Zuwachs %	Handwerker gesamt	% zur Gesamtbevölkerung	Zuwachs %	Gesamtbevölkerung	Zuwachs %
1840	24052	5.1	100	48000	10.2	100	470202	100
1847	27052	5.6	12.5	54500	11.3	13.5	482900	2.7
1848	38563	8	42.6	65000	13.4	19.3	484300	0.3
1854	35811	6.8	-7.1	63000	12	-3.1	525000	8.4
1855	31118	6.1	-13	60000	11.7	-4.8	512964	-2.3
1866	32142	5.7	3.3	80000	14.1	33.3	567900	10.7
1867	34306	5.7	6.7	82500	13.7	3.1	600200	5.7
1868	32685	5.2	-4.7	85000	13.4	3	633100	5.5
1873	39141	5.4	19.8	87000	12	2.4	727000	14.8
1874	42891	5.8	9.6	90000	12.1	3.4	742560	2.1
1875	48011	6.3	11.9	96000	12.7	6.7	758438	2.1
1876	49840	6.4	3.8	97000	12.5	1	774659	2.1
1878	46000	5.7	-7.7	94000	11.6	-3.1	808171	4.3
1880	50322	5.74	9.4	102000	11.6	8.5	877000	8.5
1886	53015	5.96	5.4	105500	11.9	3.4	890196	1.5
1887	43591	4.86	-18	96000	10.7	-9	896088	0.7
1890	44896	4.7	3	99889	10.5	4.1	954400	6.5
1894	52752	4.9	4.8	110000	10.3	10.1	1067484	11.8
1900	55075	4.4	4.4	126757	10.2	15.2	1248122	16.9
1910	59286	3	7.6	150000	7.6	18.3	1962000	57.2
Gesamt	-	-	247	-	-	313	-	4173

Quelle: Vgl. Tabelle 1 im Tabellenanhang.

Anmerkung:

1. Es wurde eine mittlere Anzahl der Handwerker in den deutschen Zünften von rund 3000 mit der von den Handwerkern in den russischen Zünften addiert.
2. Die Gesamtanzahl der Handwerker für einzelne Jahre wurde extrapoliert, von daher ist davon abzuraten, diese Zahlenangaben einzeln zu verwenden. Sie sind nur im Gesamtkontext dieser Tabelle aussagekräftig. Die Gesamtzahl der Handwerker wurde extrapoliert, um die allgemeinen Entwicklungstendenzen des St. Petersburger Handwerks grob anvisieren zu können.

**Tabelle 68: Verteilung der Werkstätten nach ausgewählten Gewerbebranchen 1815 und 1869**

Stadtareal	1. Stadtareal				2. Stadtareal				3. Stadtareal			
Jahr	1815 <sup>29</sup>		1869		1815		1869		1815		1869	
Gewerbe- branche	N	%	N	%	N	%	N	%	N	%	N	%
Nahrungs- mittel <sup>30</sup>	275	61	342	50	113	25	226	33	62	14	119	17
Beklei- dung <sup>31</sup>	802	70	1448	57	245	21	825	32	96	8	288	11
Wohn- ausstattung <sup>32</sup>	153	53	422	40	108	38	314	30	27	9	308	30
Holz- produkte <sup>33</sup>	34	54	114	44	14	22	67	26	15	24	58	22
angewandte Handwerke <sup>34</sup>	105	88	327	75	14	12	89	21	1	1	19	4
Transport- mittel und Zubehör <sup>35</sup>	316	51	131	27	207	34	186	39	94	15	166	34
<b>Gesamt</b>	<b>1685</b>	<b>63</b>	<b>2784</b>	<b>51</b>	<b>701</b>	<b>26</b>	<b>1707</b>	<b>31</b>	<b>295</b>	<b>11</b>	<b>958</b>	<b>18</b>

Quelle: Sankt Peterburg po perepisi 10 dekabnja 1869 goda: Doma i kvartiry i razmeščennye v nich žiteli. SPb. 1872, S. 118 ff.; RGIA, f. 994, Mordvinovy, op. 2, Nr. 171: Statističeskaja tabel' stoličnogo goroda Sankt-Peterburga za 1815 g., in: Očerki istorii Leningrada, t. 2, S. 138-146.

<sup>29</sup> 1815 fehlen die Werkstätten der ständigen Zunftmeister, deswegen werden die Werte nur prozentual verglichen.

<sup>30</sup> Brot- und Weißbrotbäckereien, Konditoreien, Lebkuchenbäckereien und die Konfektherstellung, Teigwarenherstellung, Kwasbrauereien und Kohlsuppezubereitung, Wurstherstellung.

<sup>31</sup> Hut- und die Mützenherstellung, Schneidereien, Damenschneidereien, Weißnähhwerkstätte, Goldstickereien, Posament- und Knopferstellung, Pelzverarbeitung, Kürschnerbetriebe, Handschuh- und Korsettherstellung, Strumpfhosenherstellung, Schuhmacher, Färbereien, Friseursalons, Bürstenmacher- und Kämerbetriebe.

<sup>32</sup> Schreinereien, Möbel- und Parkettwerkstätten, Holzvergoldung und Tapetenherstellung.

<sup>33</sup> Drechslereien und Holzschnitzereien, Spielzeugherstellung, Korbflechteien, Fußbindereien und Reifenherstellung, Korkverarbeitung und Sargmacherwerkstätten.

<sup>34</sup> Druckereien, Steindruckereien und Druckbuchstabenherstellung, Fotoatelies, Herstellung von chirurgischen, physischen, mathematischen und optischen Instrumenten und Musikinstrumentenbau, Uhrmacher, Mechaniker und Waffenschmiede.

<sup>35</sup> Kutschen- und Karrenherstellung, Schmiedewerkstätte, Sattlerbetriebe, Koffer-, Reiseartikel- und Botticherstellung.

**Tabelle 69: Prozentuales Wachstum des Handwerks und mittlere Betriebsgröße zwischen 1864, 1890 und 1900**

Handwerk	prozentuales Wachstum des Handwerker zwischen 1864 und 1890 (von 100%)			prozentuales Wachstum des Handwerks zwischen 1890 und 1900 (von 100%)			Betriebsgröße im Jahr		
	Arbeitgeber	Arbeitnehmer	gesamt	Arbeitgeber	Arbeitnehmer	gesamt	1864	1890	1900
Gold- und Silberschmiede	-24	115,7	73,2	-16,3	13,2	8,9	2,3	6,5	8,9
Schmiede	-32,5	72,8	53,5	-12,9	82,9	75,3	4,5	11,4	24,3
Schlosser	-56,6	171,7	119	9,2	214	205	3,3	20,8	58,6
Kupferschmiede	-	-31,8	-23	-	-	-	-	8,1	24
Schreiner	-33,6	103,3	65,8	-11,8	-12,2	-12,6	2,7	8,1	10,1
Zimmerer und Sägeföhrer	-	-14,2	-10	-7	95,4	90,2	-	21,1	40,2
Bäcker und Konditoren	28,4	343	259	-32	47,8	41,3	2,7	9,4	30,4
Damenschneider	-	44,2	56,5	78,1	76,9	77	-	17	4,9
Herrenschneider	-58,5	49,7	10,3	54,4	52,1	52,5	1,8	6,3	6,9
Schuhmacher	-8,9	119,5	80,8	11,8	28,8	25,7	2,3	5,6	5,3
Hutmacher	-	103,4	135	51,3	31,1	35,8	-	6,4	4,9
Kürschner	-	2,2	20	60,7	62,9	62,5	-	5,7	5,2
Ofensetzer	-	-10,3	-0,4	139,2	216,4	207,1	-	9	12
Maler	-	204,8	237	8,4	68,6	62,5	-	9,5	13,7
Stuckarbeiter	-	63,5	75,2	11,1	122,1	113,6	-	14	24,1
Maurer	-	-11,3	-8,7	-	-	-	-	35,2	-
Tapezierer	-	81,2	106	-3,2	55,1	47,7	-	7,4	11,1
Lithographen	-	468,4	497	60,8	64,1	63,9	-	20	11,2
Buchbinder	-37,1	124,6	77,2	-	-	-	2,8	9,9	15,7

Quelle: Statističeskij ežegodnik S.-Peterburga na 1892, SPb. 1894, S. 87; S.-Peterburg po perepisi 15 dekabnja 1890 g. SPb. 1892, S. 26-42; S.-Peterburg po perepisi 15 dekabnja 1900 goda. Hrsg. N.A. Fedulov. SPb. 1903, S. 42-67.

**Tabelle 70: Zahl der Einwohner je Handwerker bzw. ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung 1864, 1890 und 1900**

Handwerk	Zahl der Einwohner pro Handwerker*			prozentualer Anteil der Handwerker an der Bevölkerung		
	1864	1890	1900	1864	1890	1900
Gold- und Silberschmiede	330	342	416	0,3	0,29	0,24
Schmiede	307	359	270	0,32	0,28	0,37
Schlosser	252	206	93	0,4	0,49	1,07
Kupferschmiede	784	1835	-	0,13	0,1	0,1
Schreiner und Möbelmeister	85,5	92	95	1,17	1,08	1,09
Zimmerer und Sägeführer	130	260	204	0,77	0,38	0,49
Bäcker und Konditoren	295	147	137	0,34	0,68	0,73
Herrenschneider	56	90	96	1,8	1,11	1,04
Damenschneider	52	60	89	1,9	1,68	1,35
Schuhmacher	67	67	83	1,5	1,5	1,21
Hutmacher	754	574	626	0,1	0,17	0,16
Kürschner	1067	1593	1404	0,1	0,1	0,1
Ofensetzer	327	589	505	0,31	0,17	0,2
Maler	448	238	206	0,22	0,42	0,49
Stuckarbeiter	852	872	476	0,12	0,12	0,16
Maurer	895	1758	-	0,11	0,1	-
Tapezierer	512	446	422	0,2	0,22	0,24
Lithographen	483	145	897	0,2	0,69	0,11
Buchbinder	495	488	249	0,2	0,2	0,4

Quelle: Statističeskij ežegodnik S. Peterburga na 1892, SPb. 1894, S. 87; S.-Peterburg po perepisi 15 dekabnja 1890 g. SPb. 1892, S. 26-42; S.-Peterburg po perepisi 15 dekabnja 1900 goda. Hrsg. N.A. Fedulov. SPb. 1903, S. 42-67.

\* Bei der Berechnung der Zahl der Einwohner pro Handwerker wurden die Einzelhandwerker mit einbezogen.

**Tabelle 71: Klavierbauer in St. Petersburg 1863**

Inhaber	Meister		Gesellen/ Arbeiter	Lehr- linge	Bau- material in Rubel	Klavie- re in Rubel	Betriebs- effi- zienz*
	rus- sische	aus- ländi- sche					
Bekker	26	2	2	2	2000	35000	17,5
Schröder	33	5	-	-	-	44240	-
Adrian	-	1	1	1	400	800	2
Beck	-	1	10	-	2000	6000	3
Wurster	-	1	5	1	500	2400	4,8
Gekkel	2	-	3	-	-	1425	-
Kammerat	-	-	3	-	1800	2800	1,56
Koch	2	-	5	1	2000	12000	6
Negri	-	-	25	-	7000	30000	4,29
Toresen	-	1	4	2	1300	1600	1,23
Frey	-	1	3	3	1500	1500	1
Schiller	-	-	30	-	8000	22000	2,75
Eberhardt	-	1	2	2	700	2000	2,86
<b>Gesamt</b>	<b>63</b>	<b>13</b>	<b>93</b>	<b>12</b>	<b>27200</b>	<b>161765</b>	<b>5,95</b>

Quelle: Fabriki i zavody v S. Peterburge v 1863g., vyp. 2, SPb. 1864, S. 27.

\* Die Betriebseffizienz bzw. die Produktivität des Betriebes wird hier durch das Verhältnis des Gewinns zu einem Rubel, das für das Baumaterial verwendet wurde, errechnet. Die Summe, die nach dem Verkauf der Musikinstrumente erwirtschaftet wurde, wird hier also durch die Baumaterialkosten dividiert.

**Tabelle 72: Aufstellung der Handwerksbetriebe nach den Branchen im Jahr 1869**

Nr.	Adm.	Kaz.	Spassker	Kolomn.	Narover	Mosk.	Al.-Nev.	Rožd.	Litejner	Vasilij	Petersb.	Wyborg.	Gesamt
1	29	59	135	56	34	105	29	36	87	63	31	23	687
2	148	305	678	124	56	510	81	81	259	193	83	43	2561
3	1	1	-	1	2	4	13	9	-	2	15	10	58
4	-	3	22	-	4	8	8	1	5	7	4	1	63
5	17	101	194	32	24	174	56	26	116	78	26	200	1044
6	5	34	63	12	13	38	11	9	16	21	5	33	260
7	2	12	16	1	6	7	12	4	3	13	4	2	82
8	55	181	144	52	22	173	47	30	90	60	22	11	887
9	2	11	11	2	1	9	3	2	6	5	1	-	53
10	7	6	11	6	9	10	2	9	11	5	4	6	86
11	56	97	126	17	4	45	2	5	40	31	8	4	435
12	13	40	22	19	36	67	95	48	83	37	13	10	483
13	22	45	44	5	2	29	1	1	18	14	2	-	183
<b>Summe</b>	<b>357</b>	<b>895</b>	<b>1466</b>	<b>327</b>	<b>213</b>	<b>1179</b>	<b>360</b>	<b>261</b>	<b>734</b>	<b>529</b>	<b>218</b>	<b>343</b>	<b>6882</b>

Quelle: Sankt Peterburg po perepisi 10 dekabnja 1869 goda: Doma i kvartiry i razmetščenne v nich žiteli. SPb. 1872, S. 118 ff.  
 Abkürzungen: Adm. - Admiralitätsviertel, Kolomn. - Kolomner, Mosk. - Moskau, Al. - Nev. - Aleksander-Neuskij, Rožd. - Roždestvensker, Petersb. - Petersburger, Wyborg. - Wyborger. Betriebe nach den Branchen: 1. Nahrungsmittelherstellung, 2. Bekleidungsherstellung, 3. Textil- und Garnherstellung, 4. Leder- und Garnverarbeitung, 5. Wohnausstattung, 6. Holzzerzeugnisse, 7. Erzeugnisse aus dem Glas, dem Ton und dem Stein, 8. Metallzerzeugnisse, 9. Beleuchtung, 10. Arzneimittelherstellung und Kosmetik, 11. Erzeugnisse für die Kunst und Wissenschaft, 12. Herstellung der Transportmittel, 13. Gemischte Erzeugnisse.





## Quellen und Literatur

### A. Ungedruckte Quellen

*Peterburgskij gorodskoj istoričeskij archiv (PGIA), St. Petersburg.*

1. f. 223, op. 1, d. 2328, l. 2-5: Obrjady russkogo i inostrannogo slesarnogo cecha; Obrjady russkogo i inostrannogo pozumentnogo cecha. Ebd., op. 1, d. 2334, l. 2-11; Obrjady russkogo i inostrannogo kuznečnogo cecha. Ebd., op. 1, d. 2332, l. 8-15; Obrjady russkogo i inostrannogo pereplětnogo cecha. Ebd., op. 1, d. 2333, l. 8-14; Obrjady russkogo i inostrannogo časovogo cecha. Ebd., op. 1, d. 2340, l. 2-15.

*Rossijskij Gosudarstvennyj Istoričeskij Archiv (früher: CGIA), St. Petersburg.*

1. fond 1287, op. 14, d. 1321: Ob osvoboždenii cechovyh masterov i ich semejstv ot 60-kopečnogo sbora na soderžanie bol'nicy dlja černorabočich.
2. fond 18 (Ministerstvo finansov/Departament manufaktur i vnutrennej trgovli), op. 2, d. 13, 26, 35, 59, 133, 147, 166, 180, 202, 244, 260, 278, 296, 308, 346, 352, 434, 435, 461, 471, 489, 494, 577, 579, 606, 623, 624, 625, 655, 669, 682, 728, 768, 788, 835, 846, 849, 850, 889, 914, 939, 969, 970, 1061, 1070, 1094, 1097, 1098, 1108, 1114, 1115, 1134, 1154, 1163, 1167, 1171, 1188, 1194, 1209, 1220, 1225, 1234, 1236, 1256, 1257, 1258, 1286, 1288, 1300, 1305, 1317, 1321, 1339, 1341, 1342, 1347, 1348, 1350, 1353, 1370, 1377, 1382, 1386, 1389, 1394, 1397, 1400, 1408, 1418, 1424, 1428, 1438, 1449, 1453, 1466, 1468, 1725, 1731, 1761, 1770, 1826, 1882, 1883, 1892, 1900, 1908, 1911; op. 5, d. 1627; op. 10, d. 8.
3. fond 20 (Ministerstvo finansov/Departament trgovli i manufaktur), op. 2, d. 81, 135; op. 3, d. 1985, 1993, 2061, 2079, 2092, 2144 a, 2144 b, 2160.
4. fond 23 (Ministerstvo trgovli i promyšlennosti), op. 7, d. 470.
5. fond 383 (1-j Departament ministerstva gosudarstvennyh imuščestv), op. 29, d. 789.
6. fond 468 (Kabinet ego imperatorskogo veličestva), op. 42, d. 2287.
7. fond 560 (Ministerstvo finansov/Obščaja kanceljarija ministra), op. 6, d. 441; op. 8, d. 577.
8. fond 571 (Ministerstvo finansov/Departament raznyh podatej i sborov), op. 3, d. 337, 28; op. 7, d. 572.
9. fond 583 (Osobaja kanceljarija po kreditnoj časti), op. 16, d. 44.
10. fond 821 (Ministerstvo vnutrennich del/Departament duchovnyh del), op. 5, d. 1081.
11. fond 1152 (Gosudarstvennyj sovet/Departament ékonomii), op. 4, d. 65.
12. fond 1238, op. 37, d. 932.
13. fond 1263 (Komitet ministrov), op. 1, d. 903, 932, 1429.
14. fond 1278 (Gosudarstvennaja duma), op. 2, d. 664.
15. fond 1284 (Ministerstvo vnutrennich del/Departament obščich del), op. 188, d. 173.
16. fond 1286 (Ministerstvo vnutrennich del/Departament policii ispolnitel'noj), op. 5, d. 200.
17. fond 1287 (Ministerstvo vnutrennich del/Chozjajstvennyj departament):

- op. 8, d. 1554, 1555, 1560; op. 9, d. 431, 475, 1046, 1379, 3547; op. 13, d. 954; op. 14, d. 1321; op. 36, d. 151, 340;
- op. 37, d. 43, 78, 79, 92, 93, 95, 100, 110, 122, 128, 129, 135, 137, 139, 141, 144, 171, 171, 180, 231, 312, 350, 369, 381, 399, 400, 407, 409, 451, 464, 567, 610, 667, 727, 846, 892, 911, 1508, 1931, 2384;
- op. 38, d. 33, 42, 61, 78, 108, 112, 208, 215, 281, 413, 598, 736, 783, 829, 887, 898, 931, 1058, 1072, 1185, 1281, 1283, 1301, 1393, 1402, 1425, 1527, 1550, 1952, 1954, 2212, 2247, 2254, 2265, 2375, 2459, 2530;
- op. 44, d. 860.
- 18. fond 1288 (Ministerstvo vnutrennich del/Glavnoe upravlenie po delam mestnogo chozjajstva), op. 11, d. 25, 60; op. 15, d. 167.
- 19. fond 1290 (Central'nyj statističeskij komitet), op. 5, 198, 237.
- 20. fond 1341, op. 107, d. 1389; op. 145, d. 480
- 21. fond 1405 (Ministerstvo justicii), op. 67, d. 3216.
- 22. Tumanskij, Fëdor, Opyt povestvovanija o [...] St. Peterburgskoj gubernii [...], Spb. 1789/90, in: GPB OR, Eremitage 558.

## **B. Gedruckte Quellen**

### **1. Dokumentensammlungen und Protokolle**

- Mnenie S.-Peterburgskoj remeslennoj upravy po proektu položenija ob ustrojstve i soderžanii promyšlennych zavedenij i o nadzore za proizvodstvom v nich rabot. Spb. 1897.
- Nakaz imperatricy Ekateriny II., dannyj komissii o sočinanii proekta novogo uloženija. Spb. 1907, S. 113, § 400, 401, 402.
- Obrazcovyj ustav ssudo-sberegatel'nych tovariščestv, sostavlennij S. Peterburgskim otdeleniem Komiteta o sel'skich, ssudo-sberegatel'nych i promyšlennych tovariščestvach. Spb. 1871.
- Obrjady dlja S.-Peterburgskogo russkogo buločnogo cecha. Spb. 1850.
- "- brillianto-zolotogo i serebrjanogo cecha. Spb. 1856.
  - "- cirkul'nogo i parikmacherskogo cecha. Spb. 1854.
  - "- gončarno-pečnogo i trubočištnogo cecha. Spb. 1856.
  - "- konditerskogo cecha. Spb. 1850.
  - "- prjaničnogo cecha. Spb. 1850.
  - "- sapožnogo cecha. Spb. 1852.
  - "- stoljarnogo cecha. Spb. 1856.
  - "- tokarnogo cecha. Spb. 1851.
- Otčet (3-j) o dejatel'nosti obščestva rasprostraneniya remeslennogo obrazovanija sredi bednogo naselenija za 1906 god. Spb. 1907.
- Otčet obščestva „Nastojščij remeslennik“ za 1911 - 1912 g. Spb. 1913.
- Otčet o S.-Peterburgskoj remeslennoj vystavke 1885 goda. Spb. 1885.
- Otčet Petrogradskogo obščestva portnyh chozjaev za 1915 god. Pg. 1916.
- Otčet po versossijskomu s-ezdu po remeslennoj promyšlennosti v S.-Peterburge s 14 po 20 marta 1900. Spb. 1900.
- Otčet Remeslennogo bjuro za 1886 god. Spb. 1887.
- Otčet S.-Peterburgskoj remeslennoj upravy za 1854 god. In: ŽMVD (1855), Tl. 14, S. 1-18.

Otčet o dejatel'nosti i sostojanii besplatnoj lečebnicy remeslennogo občestva za 1906 god. SPb. 1907.

Dass., für das Jahr 1907. SPb. 1908.

Dass., für das Jahr 1908. SPb. 1910.

Otčet sobraniya S. Peterburgskich cechovykh masterov. SPb. 1899.

Otčet S.-Peterburgskoj remeslennoj upravly za 1866 god. SPb. 1867.

Dass., für das Jahr 1867. SPb. 1868.

Dass., für das Jahr 1868. SPb. 1869.

Dass., für das Jahr 1873. SPb. 1874.

Dass., für das Jahr 1874. SPb. 1875.

Dass., für das Jahr 1875. SPb. 1876.

Dass., für das Jahr 1876. SPb. 1877.

Dass., für das Jahr 1877. SPb. 1878.

Dass., für das Jahr 1878. SPb. 1880.

Dass., für das Jahr 1879. SPb. 1881.

Dass., für das Jahr 1880. SPb. 1881.

Dass., für das Jahr 1881. SPb. 1882.

Dass., für das Jahr 1882. SPb. 1883.

Dass., für das Jahr 1884. SPb. 1885.

Dass., für das Jahr 1886. SPb. 1887.

Dass., für das Jahr 1887. SPb. 1888.

Dass., für das Jahr 1888. SPb. 1890.

Dass., für das Jahr 1889. SPb. 1891.

Dass., für das Jahr 1890. SPb. 1892.

Dass., für das Jahr 1891. SPb. 1894.

Dass., für das Jahr 1903. SPb. 1906.

Dass., für das Jahr 1906. SPb. 1907.

Dass., für das Jahr 1907. SPb. 1908.

Dass., für das Jahr 1908. SPb. 1909.

Dass., für das Jahr 1909. SPb, o.J.

Dass., für das Jahr 1910. SPb. 1913.

Otčet St. Peterburgskoj sberegatel'noj kassy. In: Otečestvennye zapiski, Bd. 59, Nr. 7-8, 1848, S.51, 157 f.

Otčet S.-Peterburgskogo občestva pooščreniya ženskogo chudožestvenno-remeslennogo truda 1893-94. Spb. 1894.

Polnoe Sobranie Zakonov Rossijskoj Imperii (PSZRI), 1-e sobranie. SPb. 1830, tom 3, 4, 5, 6, 7, 9, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 20, 21, 22, 23, 25, 27, 28, 29, 30, 31, 35, 36, 37, 38, 39, 40; 2-e sobranie, tom 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 10, 13, 14, 17, 18, 20, 21, 23, 24, 27, 30, 31, 36, 37, 39, 40, 41.

Položenie o vs Rossijskom s-ezde po remeslennoj promyšlennosti 1900 goda v S. Peterburge. SPb. [1899]

Proekt novogo uloženiya sostavlennyy zakonodatel'noj komissiej 1754-1766 gg. Tl. 3: O sostojanii poddannykh voobščee, Hrsg. V. N. Latkin. SPb. 1893.

Proekt obrazovaniya novogo „S.-Peterburgskogo občestva remeslennoj promyšlennosti“. SPb. 1871.

Proekt ustava občestva dlja vzaimnogo vspomoženiya pod nazvaniem „Russkaja artel“. SPb. 1865.

Quandt, Siegfried (Hrsg.), Kinderarbeit und Kinderschutz in Deutschland 1783-

- 1976: Quellen und Anmerkungen (Geschichte - Politik. Materialien und Forschung, hrsg. v. Günter C. Behrmann, Karl-Ernst Jeismann, Erich Kosthorst u.a.). Paderborn 1978.
- Sobranie postanovlenij remeslennych dlja rukovodstva masterov vseh cechov i služuščich u nich podmaster'ev i učenikov izvlečennoe iz svoda zakonov izdanija 1857 goda. SPb. 1860.
- Spisok lic v dolžnosti prisjažnyh masterov na 1888. SPb. 1888.
- Spisok remeslennych i tehničeskich učebnyh zavedenij vedomstva ministerstva trgovli i promyšlennosti, Pg. 1914.
- Stenografičeskij otčet soveščanija pri otdele promyšlennosti po voprosam remeslennoj promyšlennosti, Pg. 1917.
- Svedenija dlja postupajuščich v remeslennoe učilišče cesareviča Nikolaja. SPb. 1878.
- Svod zakonov rossijskoj imperii, Bd. 1-16. SPb. 1892-1899.
- Svod zakonov Rossijskoj imperii, čast' 2, SPb. 1913, hier: Ustav o promyšlennosti fabrično-zavodskoj i remeslennoj, tom 11, čast' 2, S. 56-92.
- Trudy komissii, učreždennoj dlja peresmotra ustavov fabričnogo i remeslennogo, Bd. 1-3. SPb. 1879, Teil 1: Proekt ustava o promyšlennosti s ob-jasnitelnoj zapiskoj; Teil 2: Obzor pravitel'stvennyh mer po časti manufakturnoj promyšlennosti v Rossii. SPb. 1863.
- Trudy 1-go vs Rossijskogo s-ezda dejatelej po srednej i melkoj promyšlennosti i trgovle v S.-Peterburge den 10.-15. April 1912. SPb. 1913.
- Trudy vs Rossijskogo s-ezda po remeslennoj promyšlennosti 1900 g. Bd. 1-3. SPb. 1900.
- Trudy vtorogo vs Rossijskogo s-ezda po remeslennoj promyšlennosti v S.-Peterburge 1911, SPb 1911.
- Ukazatel' S.-Peterburgskoj remeslennoj vystavki 1899 goda. SPb. 1899.
- Ustav arteli obojno-stoljarnych remeslennikov. SPb. 1896; 1901.
- Ustav obščestva masterov: buločnogo, konditerskogo, chlebnogo i baranočnogo cechov. SPb. 1907.
- Ustav obščestva rasprostranenija remeslennogo obrazovanija sredi bednogo naselenija. SPb. 1903; 1906.
- Ustav Obščestva rasprostranenija chudožestvenno-remeslennogo obrazovanija., [SPb. 1912]
- Ustav Obščestva sodejstvija trgovno-promyšlennomu obrazovaniju v S.-Peterburge, [SPb. 1912]
- Ustav Obščezhitija podmaster'ev buločnogo, konditerskogo, chlebnogo i baranočnogo ceha. SPb. 1907.
- Ustav Obščestva vzaimnogo vspomoženija S. Peterburgskich povarov i konditerov. SPb. 1891; 1899.
- Ustav professional'nogo obščestva rabočich po vydelke koži i proizvodstva kožanyh izdelij. SPb. 1909.
- Ustav remeslennogo detskogo prijuta v S.-Peterburge. SPb. 1897.
- Ustav remeslennoj masterskoj (...) S. M. Timofeevoj. SPb. 1907.
- Ustav sobranija S.-Peterburgskich cechov masterov. SPb. 1895.
- Ustav S.-Peterburgskogo obščestva portnyh chozjaev. SPb. 1907.
- Ustav ssudo-sberegatel'noj kassy pri remeslennom učilišče cesareviča Nikolaja v

S.-Peterburge. SPb. 1895.

Ustav vzaimno-vspomogatel'nogo obščestva remeslennikov v Moskve. M. o. J.

## 2. Statistiken

Fedulov, N. A., S.-Peterburg po perepisi 15 dekabrja 1900 g. SPb. 1903.

Janson, Ju. Ė. (Hrsg.), Naselenie S.-Peterburga po isčislenijam 15 ijunja i 15 dekabrja 1888 g. SPb. 1889.

Ders., S.-Peterburg po perepisi 15 dekabrja 1890 g. SPb. 1892.

Lipskij, A. A., Naselenie Peterburga po perepisi 15 dekabrja 1881 g. SPb.

Mitchell, Brian R., European Historical Statistics 1750-1975. Alphen aan den Rijn 1980.

Sanktpeterburg po perepisi 10 dekabrja 1869 g., vyp. 1-2. SPb. 1872.

Statističeskij ežegodnik St.-Peterburga na 1881 god. SPb. 1882.

Dass., für das Jahr 1882. SPb. 1884.

Dass., für das Jahr 1883. SPb. 1884.

Dass., für das Jahr 1884. SPb. 1885.

Dass., für das Jahr 1885. SPb. 1886.

Dass., für das Jahr 1886. SPb. 1887.

Dass., für das Jahr 1888. SPb. 1889.

Dass., für das Jahr 1889. SPb. 1890.

Dass., für das Jahr 1892. SPb. 1894.

Dass., für das Jahr 1894. SPb. 1897.

Dass., für das Jahr 1904. SPb. 1906.

Dass., für das Jahr 1905. SPb. 1906.

Dass., für das Jahr 1906. SPb. 1913.

Dass., für das Jahr 1907. SPb. 1913.

Dass., für das Jahr 1909. Pg. 1917.

Statističeskie svedenija o fabrikach i zavodach éksponentov, polučivšich nagrody na manufakturnoj vystavke 1861 g. SPb. 1862.

Statističeskie svedenija o fabrikach i zavodach v S.-Peterburge za 1862. SPb. 1863; (...) za 1863. SPb. 1864; (...) za 1864. SPb. 1865; (...) za 1865. SPb. 1866; (...) za 1866. SPb. 1867; (...) za 1867. SPb. 1868.

Statističeskie svedenija o S. Peterburge. SPb. 1836.

S.-Peterburg. Isseldovanija po istorii i statistike stolicy. Bd. 3. SPb. 1868.

S.-Peterburg po perepisi 15.12.1869, 1-e und 2-e Ausgabe. SPb. 1872.

S.-Peterburg po perepisi 15 dekabrja 1890 g. SPb. 1892.

S.-Peterburg po perepisi 15 dekabrja 1900 g. SPb. 1903.

S.-Peterburg po perepisi 15 dekabrja 1910 g. Pg., o.J.

Tablicy k statističeskim svedenijam o Sanktpeterburge. SPb. 1836.

Materialy po statistike Petrograda. Pg. 1920.

## 3. Nachschlagewerke, Bibliographien und Lexika

Al'bom glasnych S.-Peterburghskoj gorodskoj dумы. SPb. 1903.

Baškov, A. D., Ukazatel' adresov promyšlennych i torgovych predpriyatij S.-Peterburga. SPb. 1889.

Brokgauz-Efron, Enciklopedičeskij slovar'.

Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrsg. v. Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck.

Karataev, S., Bibliografija finansov, promyšlennosti i trgovli, so vremën Petra Velikogo po nastojašee vremja (s 1714 po 1879). SPb. 1880.

Koselleck, Reinhart (Hrsg. u.a.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 3. Stuttgart 1982.

Mežov, A. I., Bibliografičeskij ukazatel' knig i statej odnosjaščichsja do obščestv, osnovannyh na načalach vzaimnosti artelej, položenija rabočich i melkoj kustarnoj promyšlennosti v Rossii. SPb. 1872.

Otečestvennaja istorija. Istorija Rossii s drevnejšich vremën do 1917 goda, tom 1. M. 1994; t. 2. M. 1996.

Schmidt, Christoph, Ausgewählte Bibliographien und Bibliothekskataloge zur russischen Sozialgeschichte (1861-1917). Wiesbaden 1989.

#### 4. Sonstige

Aksakov, I. S., O lžnarodnosti v literature 60-x godov (1862). In: V poiskach svoego puti: Rossija meždu Evropoj i Aziej. Chrestomatija po istorii rossijskoj obščestvennoj mysli XIX i XX vekov. M. 1997.

Aller, Samuel, Ukazatel' žilišč i zdanij S.-Peterburga ili adresnaja kniga. SPb. 1822.

Alymov, V., K voprosu o položenii truda v remeslennom proizvodstve. In: Narodnoe chozjajstvo (1904), Buch Nr. 6 (November-Dezember), S. 1-27.

Andreev, Evgenij Nikolaevič., O rabote i ob obučenii maloletnich rabočich. In: Trudy obščestva dlja sodejstvija russkioj promyšlennosti i trgovle, Teil Nr. 13. SPb. 1883, S. 47-68.

Anopov, I. A., Opyt sistematičeskogo obozrenija materialov k izučeniju sovremennogo sostojanija srednego i nizšego tehničeskogo i remeslennogo obrazovanija v Rossii. SPb. 1889.

A. P., Naši remeslenniki. In: Russkoe bogatstvo (1900), Nr. 4, S. 160-172.

Archangel'skij, G. I., Žizn' v Peterburge po statističeskim dannym. In: Archiv sudebnoj mediciny (1869), Nr. 2 (Juni), Tl. 3, S. 33-85.

Arsen'ev, A. I., Statističeskije svedenija o Sanktpeterburge. SPb. 1836.

Attenhofer, Heinrich Ludwig v. (Attengofer, G.L.), Mediko-topografičeskoe opisanie S.-Peterburga, glavnogo stoličnogo goroda Rossijskoj imperii. SPb. 1820.

A. V., Remeslennye rabočie i dogovor najma. In: Rabočee écho (R.Ė), Nr. 6, 18.1.1911, S. 8 ff.

Babst, N., Mysli o sovremennych nuždach našego narodnogo chozjajstva. In: Reči i otčët, proiznesënnye v toržestvennom sobranii imp. Moskovskogo universiteta 12 janvarja 1860 g. M. 1860, S. 1-30.

Bachtjarov, A., Obščestvenno-fiziologičeskije očerki. SPb. 1888.

Bašuckij, A. P., Panorama Sankt-Peterburga. Bd. 1-2. SPb. 1834.

Beljavskij, K., 50-letie Remeslennoj školy imperatora Aleksandra II (...). SPb.

- 1899.
- Belkovskij, G., Remeslo. In: Brokgauz-Ėfron, t. 26, S. 557-564.
- Bernštejn-Kogan, S., Čislennost', sostav i položenie peterburgskich rabočich. Opyt statističeskogo issledovanija. SPb. 1910.
- Bezžaščitnost' remeslennych učeníkov. In: VE (1879), Bd. 5, Buch 10 (Oktober), S. 793-795.
- B. O., Čto takoe sovremennoe remeslennoe učeničestvo. In: RĖ, Nr. 6, 18.1.1911, S. 12 ff.
- Bogdanov, B., Itogi remeslennogo s-ezda. In: Naša zarja (1911), Nr. 2 (Februar), S. 62-75.
- Bogdanov, G., Istoričeskoe, geografičeskoe i topografičeskoe opisanie S.-Peterburga ot načala zavedenija ego, s 1703 po 1751 g. SPb. 1779.
- Böhmert, Victor, Freiheit der Arbeit, Beiträge zur Reform der Gewerbebesetze, Bremen 1858.
- Borodaevskij, S. V., Gde dostat' remeslenniku deneg na chozjajstvennyye raschody i kak ulučšit' uslovija priobretenija syr'ja i sbyta remeslennych izdelij. SPb. 1900.
- Božerjanov, Ivan, Nevskij prospekt: Kul'turno-istoričeskij očerk žizni S.-Peterburga za dva veka IVIII i XIX. SPb. 1903.
- Bücher, Karl, Der Niedergang des Handwerks. In: ders., Die Entstehung der Volkswirtschaft. 1. Sammlung. 12. und 13. Aufl. Tübingen 1919, S. 199-228.
- Čackij, Jurij, K remeslennomu s-ezdu. In: Naša zarja (1910), Nr. 89, S. 114-121.
- Chait, A.-L. S., Doklad o Vtorom vsrossijskom s-ezde po remeslennoj promyšlennosti v S.-Peterburge, Vinnica 1911.
- Chanykov, V. N., K voprosu o ženskom remeslennom trude v Rossii. M. 1899.
- Dembo, G. I., P'janstvo sredi maloletnich remeslennikov, in: Trudy Vserossijskogo s-ezda po remeslennoj promyšlennosti v S. Peterburge 1900 g., tom 3, St. Petersburg 1901, S. 260-276.
- Dement'ev, E. M., Fabrika, čto ona dať naseleniju i čto ona u nego berët. M. 1897.
- Ders, Cechi v Rossii. In: Brokgauz-Ėfron, 1903, t. 38, S. 131-134.
- Denežnyj otčët professional'nogo obščestva rabočich po obrabotke metallov. SPb. 1909.
- Die Malerzunft: Tradition und Fortschritt. In: Freiburger Stadtkurier, Nr. 30 (22.07.1998), S. 11.
- Doklad komissii po rassmotreniju voprosa o samovol'nom perechode podmaster'ev i učeníkov ot odnogo mastera k drugomu. SPb. 1901.
- Doklad S.-Peterburgskogo obščestva portnych chozjaev, [SPb. 1911].
- Dokladnaja zapiska komissii, učreždénnoj s cel'ju izyskanija mer k ulučšeniju remeslennoj promyšlennosti v S.-Peterburge ot 8 Javarja 1888 und Zaključenje remeslennoj upravy na doklad komissii ot 11 Janvarja 1888. SPb. 1888. (In der Nationalbibliothek von St. Petersburg unter der Nummer 34.85.2.136).
- Dom prizrenija i remeslennogo obrazovanija bednych detej v SPb. (...) za 1886 god. SPb. 1887.
- Dom prizrenija i remeslennogo obrazovanija bednych detej v S.-Peterburge. SPb. 1896.

- Dovnar-Zapol'skij, Organizacija moskovskih remeslennikov v XVII veke. In: ŽMNP (September 1910), S. 137 ff.
- Dril', Dmitrij, Položenie remeslennikov i remeslennoe zakonodatel'stvo. In: Juridičeskij vestnik (1891), Bd. 7, Nr. 1 (Januar), S. 29-59.
- D-v, K., Rabočij vopros na pervom remeslennom s-ezde (14-20 marta 1900). In: R.Ė., Nr. 4, 25.11.1910, S.6 ff.; Nr. 5, 3.12.1910, S. 2 ff.;
- Efimenko, T. P., Očerok organizacii gorodskich remeslennikov v Moskovskom gosudarstve XVI i XVII vekov. In: Žurnal ministerstva justicii (1914) Nr. 4, S. 114-162.
- Eremeev, I. (Hrsg.), Gorod S.-Peterburg s točki zrenija medicinskoj policii (verfaßt nach dem Befehl von Generalmajor N.V. Klejgel's von den Ärzten Sankt-Petersburger Polizei), red. v. Hauptarzt I. Eremeev. SPb. 1897.
- Fabriki i zavody v S.-Peterburge i S.-Peterburgskoj gubernii v 1863 g. SPb. 1864.
- Dass., -''- v 1864 g. SPb. 1865.
- Dass., -''- v 1867 g. SPb. 1868.
- Fedulov, N. A. (Red.), S.-Peterburg po perepisi 1900 goda, [SPb. 1901]
- Fel'kerzam, A. E., Alfavitnyj ukazatel' s.-peterburgskich zolotyč i serebrjanyč del masterov, juvelirov, gravërov i pročih. 1714-1814. SPb. 1907.
- Fesenko, I. O., Naši remeslenniki i ich nuždy: Po predloženijam byvsëgo vsërossijskogo s-ezda po remeslennoj promyšlennosti. SPb. 1901.
- Flerovskij, M. Položenie rabočëgo klassa v Rossii. Nabljudenija i issledovanija. SPb. 1869.
- Freiburger Stadtkurier, Nr. 30 (22.07.1998).
- Gan, I. A., O nastojaščem byte meščan Saratovskoj gubernii. SPb. 1860.
- Georgi, Johann Gottlieb, Beschreibung der Rußisch Kayserlichen Residenzstadt St. Petersburges und der Merkwürdigkeiten der Gegend, ... gedruckt bey Kayserlichen Akademie der Wissenschaften. St. Petersburg 1790; russische Ausgabe: Iogann Gottfried Georgi, Opisanie stoličnogo Sankt-Peterburga. T. 1. SPb. 1794.
- G. I. U., Remeslo i učeniki. SPb. [1914].
- Gorodskoj ukazatel' ili adresnaja kniga na 1850. SPb. 1849.
- Grigor'ev, V., Perepis' Peterburga 15 dekabnja 1890. In: Izvestija Moskovskoj dumy (1891), vyp. 2, S. 1-44.
- Grineveckij, V. I., Poslevoennye perspektivy russkoj promyšlennosti. M. 1919.
- Frjugauf, Ju., Russkie rabočie associacii (arteli). In: Trudy Vol'nogo ékonomičeskogo obščestva 1869, t. 2, vyp. 2, S. 97 - 117.
- Gr. B-skij, Remeslennaja uprava. In: Énciklopedičeskij slovar', hrsg. v. Brokgauz u. Ėfron, tom 26, polutom 52, S. 556 f.
- Gu-n. M., Zabastovki i organizacija kapitala. In: Narodno-socialističeskoe obozrenie (1906), S. 68 - 73.
- Iollos, G.B., Nemeckie remeslenniki. K charakteristike truda v germanskoj promyšlennosti. In: Russkoe bogatstvo (1895), Nr. 6 (Juni), S. 79-122.
- Imperatorskoe russkoe techničeskoe obščestvo, X sekcija. Kratkie svedenija o zanjatijach sekcii i obzor N.V. Kasatkina o prepodavanii ručnogo truda v gorodskich i načal'nyč školach. SPb. 1890.
- Imperatorskogo russkogo techničeskogo obščestva remeslennoe učiliščë po mehaničeskomu delu v S.-Peterburge. Otcët za 1894-95 gg., [SPb. 1895].
- Instrukcija organam upravlënija "Professional'nogo obščestva rabočih



- kuznečnych predpriyatij", [Spb. 1907].
- Instrukcija zavedyvujuščemu besplatnoj lečebnicej s postojannymi krovatjami dlja s. peterburgskich remeslennikov. SPb. 1902.
- Iordan, V. O., O neobchodimosti reformy soslovno-remeslennogo samoupravlenija. In: Russkaja mysl' 8 (1887), č. 6, S. 79-91.
- Ders., Učeniiki-remeslenniki. In: Russkaja mysl' (1894), Buch 4, S. 1-23.
- I. P., K voprosu o primenenii remeslennogo ustava. In: R.Ė., Nr. 6, 18.1.1911, S. 10 ff.
- Isaev, A. A., Promyšlennnye arteli v Rossii. In: Russkaja mysl' (1881), Buch Nr. 1, S. 253-277.
- Istoričeskij očerk obloženiija torgovli i promyslov v Rossii, s priloženiem materialov po torgovo-promyšlennoj statistike. SPb. 1893.
- Istorija goroda Peterburga za 200 let. SPb. 1905.
- Izvlečenie iz godovogo otčeta po gorodu S. Peterburgu. In: ŽMVD, Tl. 11, Nr. 1, S. 23-34.
- Jadrov, A. I., V zaščitu russkich cechov, vyp. 1. SPb. 1897.
- Ders., Golos remeslennika. Ob upadke remeslennoj promyšlennosti. SPb. 1900.
- Jahresbericht des Gesellenhauses zur Palme. SPb. 1880-1883.
- Janson, Ju. Ė., Naselenie Peterburga i ego ěkonomičeskij i social'nyj sostav po perepisi 1869 goda. In: Vestnik evropy (VE)(1875), Bd. 5, Buch 9-10, S. 606-640; Bd. 6, S. 55-95.
- Ders., Naselenie Peterburga po isčisleniju 1888 goda. SPb. 1889.
- Ders., S.-Peterburg po perepisi 1890 goda. SPb. 1892.
- Janžul, I. I., Iz vospominanij i perepiski fabričnogo inspektora pervogo prizyva. SPb. 1907.
- Karatygin, P. A., Buločnaja, ili peterburgskij nemec. In: Ders., Vodevili. M. 1937, S. 75-127.
- Karmašev, V., Očerk istorii petrogradskogo telefonno-telegrafnogo zavoda imeni tovarišča bespartijnogo rabočego-stoljara A.A. Kulakova. Pg. 1923.
- Karnovič, O razvitii ženskogo truda v Peterburge. SPb. 1863.
- Karnovič, E. P., S.-Peterburg v statističeskom obozrenii. SPb. 1860.
- Kartovič, I. F., Proekt ustava obščestva sodejstvija razvitiju remeslennoj promyšlennosti. SPb. 1883.
- Katalog diagramm i kartogramm ispolnennych i vystavlennych remeslennoj sekciej (Vserossijskaja vystavka v Kieve 1913 g.). Kiev 1913.
- Katalog-pamjatka chudožestvenno-remeslennoj vystavki v zalach Passaža. SPb. 1909.
- Kel'berin, I., O merach k razvitiju remeslennoj promyšlennosti. Kiev 1902.
- Keppen, P. I., Devjataja revizija. Issledovanie o čisle žitelej v Rossii v 1851 g. SPb. 1857.
- Ders., O narodnych perepisjach v Rossii. SPb. 1889.
- Kittary, M. A., Neskol'ko slov o moskovskich cechach. In: s. Babst, S. 31-52.
- Ders., Obozrenie S.-Peterburgskoj vystavki russkoj manufakturnoj promyšlennosti 1861 g. SPb. 1861.
- Klitin, A., Ob otnošenijach masterov k podmaster'jam. SPb. 1860, aus: Sankt-Peterburgskie vedomosti, Nr. 136.
- Koljupanov, N. P., Praktičeskoe rukovodstvo k učreždeniju sel'skich i

- remeslennych bankov po obrazcu nemeckich ssudnych tovariščestv. M. 1870.
- Korf, S. A., Dvorjanstvo i ego soslovnoe upravlenie za stoletie 1762-1855 godov. SPb. 1906.
- Korsak, A., O formach promyšlennosti voobščee i o značenii domašnego proizvodstva v Zapadnoj Evrope i Rossii. Moskau 1861.
- Kratkie svedenija o central'nom učilišče tehničeskogo risovanja barona Štiglica. SPb. 1881; 1897.
- Kratkie svedenija o zanjatijach sekcii i obzor N.V. Kasatkina o prepodavanii ručnogo truda v gornych i načal'nych školach, hrsg. v. Imperatorskoe russkoe tehničeskoe obščestvo, 10-e Abteilung. SPb. 1890.
- Križanič, Ju., Russkoe gosudarstvo v polovine XVII veka, o.O., 1859.
- Kulišer, A. I., Popytka reglamentirovat' trud v našej kustarnoj promyšlennosti. In: Archiv istorii truda v Rossii, Buch Nr. 4, Tl. 1. Pg. 1922, S. 3-13.
- Kulišer, M. I., Cechi u nas i v Evrope. In: Russkaja mysľ (1887), Buch 11, S. 32-72; Buch 12, S. 74-88.
- Ders., Iz istorii cechov u nas i v Evrope. In: VE (1888) Nr. 8, S. 554-602.
- Kul'turno-istoričeskij očerk žizni S. Peterburga za dva veka 18 i 19, 1703-1903. SPb. 1904.
- Kustarnye promysly S.-Peterburgskoj gubernii, hrsg. v. S.-Peterburgskoe gubernskoe vedomstvo. SPb. 1902.
- Lamprecht, G. F., Von der Kameralverfassung und Verwaltung der Handwerke, Fabriken und Manufakturen in den Preußischen Staaten und insbesondere in der Kurmark Branderburg. Berlin 1797.
- Leškov, V. N., Očerk drevnich russkich zakonov o remeslennoj i zavodskoj promyšlennosti. In: Moskvitianin 1852, Nr. 23.
- Ders., Russkij narod i gosudarstvo. Istorija russkogo obščestvennogo prava do XVIII veka. M. 1858.
- Lipskij, A. A., Kustarno-remeslennye promysly v S.-Peterburgskoj gubernii. In: S. Peterburgskij zemskij vestnik 1903, 1-2, S. 61-70.
- Ders., Naselenie Peterburga po perepisi 1881 goda. SPb, 1881.
- Listok dlja rabočich, portnyh i skornjakov. SPb. 1905-1907
- Listok dlja remeslennych rabočich. SPb. 1908
- Listok S.-Peterburgskoj remeslennoj vystavki 1899 goda, Nr. 1- 46 (vom 21. April bis zum 5. Juni 1899).
- Lukomskij, G., Sovremennij Petrograd, očerk istorii vozniknovenija i razvitiya klassičeskogo stroitel'stva, 1900-1915 gg. Petrograd 1916.
- Maksimovič, A., Obozrenie vystavki Rossijskich manufakturnych izdelij v 1849 g. SPb. 1850.
- Malin, A., Vtoroj vserossijskij remeslennij s-ezd. In: VE (1911), Buch Nr. 3 (März), S. 287-292.
- Mansurov, B., Očtenskie Admiraltejskie selenija: Istoričeskoe opisanie. Tl. 1-3. SPb. 1856.
- Mediko-topografičeskie svedenija o S. Peterburge. In: Žurnal ministerstva vnutrennih del, Nr. 2 (1834), S. 185.
- Michajlovskij, A., Reforma gorodskogo samoupravlenija v Rossii. M. 1908.
- Minclov, S. R., Peterburg v 1903-1910 gg. Riga 1931.
- Mjakotin, V., Popytka obščej istorii russkoj fabriki, s. auch im: Russkoe

- bogatstvo (1899), Nr. 2 (Februar), Tl. 2, S. 1-22.
- Myš'. M. I., O meščanskich i remeslennych upravlenijach, 2-e Ausgabe. SPb. 1896.
- Na remeslenom s-ezde. In: RĖ, Nr. 6, 18.1.1911, S. 9-15.
- Naselenie gorodov S. Peterburga, Moskvy, Varšavy i Odessy po perepisi 1897 g. Vyp. 3. SPb. 1898.
- Naselenie imperii po perepisi 28 janvarja 1897 po uezdnam. SPb. 1898.
- Naselenie S.-Peterburgskoj stolicy v 1843. In: ŽMVD (1844), Tl. 5 (Januar), S. 475-496.
- Nistrem, K., Adres-Kalendar' sanktpeterburgskich žitelej, Bd. 1-3. SPb. 1844.
- O byte rabočich ljudej v S.-Peterburge i o sredstvach k ulučšeniju ich položenija. Berlin 1863.
- Ob ustrojstve remeslennogo soslovija i remeslennoj promyšlennosti. In: ŽMVD, otd. 2, č. 2, kn. 4. SPb. 1853, S. 112; otd. 2, č. 3, kn. 5. SPb. 1853
- Očerok 25-letnej dejatel'nosti tabačnoj fabriki A.N. Šapošnikova v S.-Peterburge von 1873 bis zum 2. Januar 1898. SPb. 1898.
- Ob-jasnitel'naja zapiska k proektu položenija o remeslennom učilišče po mehaničeskomu delu, učreždennom IRTO. [SPb. 1879].
- Obščestvo dlja sodejstvija russkoj promyšlennosti i trgovle. SPb. 1870.
- Obščestvo S.-Peterburgskogo remeslennogo učebno-vospitatel'nogo doma. SPb. 1905.
- Ob ustrojstve remeslennogo soslovija i remeslennoj promyšlennosti, in: ŽMVD, otd. 2, č. 2, kn. 4, S. 63-108; otd. 2, č. 3, kn. 5. 1853, S. 1-40.
- Obzor dejatel'nosti SPb. obščestva vzaimnogo kredita za vremja s 1862 - 1870 g. In: Birževye vedomosti 1871, Nr. 74.
- Obzor dejatel'nosti zemstv po kustarnoj promyšlennosti, 2-e Ausgabe. SPb. 1914.
- O dejstvijach vremennoj komissii (...) dlja razbora del meždu nanimateljami i rabočimi, so vremeni ež otkrytija do 1 maja 1859 goda, in: ŽMVD, 1859, č. 38, otd. 2, S. 1-12.
- Olič, Kakaja inspekcija nam nužna. In: Nr. 6, 18.1.1911, S. 3 ff.
- Opisanie Peterburgskoj remeslennoj vystavki 1899 g. SPb. 1900.
- O položenii rabočich v Rossii. In: Archiv sudebnoj mediciny i obščestvennoj gigieny (1869), Nr. 1, Tl. 5, S. 49 f.
- O složenii s večno-cechovyh remeslennikov nedoimki. In: ŽMVD (1855), Bd. 13 (Juli), S. 158.
- O sostojanii 1-go ženskogo remeslennogo učilišča obščestva rasprostraneniya remeslennogo obrazovanija sredi bednogo naselenija. Doklad inspektora učilišča Avdija Ivanoviča Skovorodova. [SPb. 1908]
- Pamjatnaja knižka S. Peterburgskoj gubernii na 1882 ...1914 gg. SPb. 1875 ...1915.
- Pervaja vseobščaja perepis' naselenija Rossijskoj imperii 1897 goda, čast' 37: Gorod S.- Peterburg. SPb. 1903.
- Peterburgskaja artel' obojno-stoljarno-mebel'nych remeslennikov. SPb. 1896, 1898.
- Peterburgskaja komissija po voprosam o pričinach upadka remeslennogo promysla i izyskaniju mer k podnjatiju onogo. SPb. 1888.
- Peterburgskij koževník. SPb. 1908-1909
- Peterburgskij listok, Nr. 99 den 12.(25) April 1906, S. 2; Nr. 108, den 21.4

- (4. Mai) 1906: "Konflikt" v konditerskoj Andreeva, S. 3; Nr. 112, den 25.4  
(8. Mai) 1906: Sredi remeslennikov, S. 3.
- Petrov, Pëtr Nikolaevič, Istorija S.-Peterburga s osnovanija goroda do vvedenija v dejstvie vybornogo gorodskogo upravljenija po učreždeniju o gubernijach 1703-1782. SPb. 1885.
- Piskunov, V., O nekotorych neblagoprijatnyh obstojatel'stvach byta našego remeslennogo soslovija. In: Sovremennik, Bd. 72, Nr. 11 (November) 1858, S. 120-127.
- Ders., Eščë neskol'ko slov o našich remeslennikach. In: Sovremennik, Bd. 74, Nr. 3 (März) 1859, S. 342-351.
- Pjatidesjatiletie suščestvovanija Vspomogatel'noj kassy dlja tipografov, slovilitčikov, litografov, ksilografov i fotografov v S. Peterburge. SPb. 1890.
- Pjatidesjletnij otčet Aleksandrovskoj školy dlja detej bednyh remeslennikov S.-Peterburgskogo remeslennogo občestva. SPb. 1912.
- Plan kommerčeskogo vospitatel'nogo učilišča. SPb. 1772.
- Plošinskij, L. O., Gorodskoe ili srednee sostojanie russkogo naroda, v ego istoričeskom razvitii, ot načala Rusi do novejših vremën. SPb. 1852.
- Pokrovskij, V. I., Statističeskij očerk S.-Peterburga. SPb. 1895.
- Popov, R. S., Putevoditel' po Peterburgu. SPb. 1886.
- Posoškov, I., Kniga o skudosti i bogatstve. M. 1937.
- Promsly krest'janskogo naselenija S.-Peterburgskoj gubernii. S.-Peterburgskij uezd. SPb. 1912.
- Dass., Carskosel'kij uezd. SPb. 1910.
- Dass., Gdovskij uezd. SPb. 1914.
- Dass., Lužskij uezd. SPb. 1913.
- Dass., Novoladožskij uezd. SPb. 1908.
- Dass., Petergofskij uezd. SPb. 1911.
- Dass., Šlissel'burgskij uezd. SPb. 1909.
- Puškarëv, I. I., Opisanie Sanktpeterburga. SPb. 1839-1841.
- Rakeev, G. F., Ob učeničestve u masterov. In: Trudy občestva dlja sodejstvija russkoj promyšlennosti i trgovle. Zapiski V otdelenija po kustarnoj i remeslennoj promyšlennosti 1889-91. SPb. 1892.
- Ders., Ob ulučšenii položenija remeslennyh učениkov. SPb. 1890.
- Rasch, Gustav, Die Gewerbe-Gesetzgebung des Preussischen Staates, mit allen darauf bezüglichlichen bis heute ergangenen abändernden und ergänzenden Bestimmungen, Berlin 1857.
- Rasporjaženie revizionnoj komissii o dochodach i raschodach remeslennoj upravy na 1900 god. SPb. 1901.
- Reforma promyšlennogo zakonodatel'stva v Rossii, o.A.. In: Promyšlennaja gazeta, Nr. 11, den 27.7.1865, S. 81-87.
- [Rejnke. M. M.], Naša periodičeskaja pečat' o pervom vsrossijskom s-ezde i o kustarnoj vystavke, [Spb. 1903].
- Ders., Periodičeskaja pečat' o pervom vsrossijskom s-ezde po remeslennoj promyšlennosti. SPb. 1901.
- Ders., Opisanie S.-Peterburgskoj remeslennoj vystavki 1899 goda. SPb. 1900.
- Remeslennaja partija: Programma. SPb. 1906.
- Remeslennaja vystavka 1899 goda: Perenosnyj dezinfekcionnyj apparat-š Kaf.

- SPb. 1899.
- Remeslenniki i remeslennoe upravlenie v Rossii, Pg. 1916.
- Remeslennik ili znakomstvo s neobchodimymi prinadležnostjami i priěmami masterskich sapožnoj, portnjažnoj, stoljarno-plotničnoj, mehaničeskoj-slesarnoj, nabornoj i pereplětnoj. SPb. 1874.
- Remeslennik izdannij drugom remeslennika. SPb. 1863.
- Remeslennik ljubitel' (1904-1905).
- Remeslennoe delo v Moskve. M. 1903.
- Remeslennoe učilišče cesareviča Nikolaja. SPb. 1874.
- Remeslennye kursy dlja uvečnych voinov. Pg. 1916.
- Remeslennye kursy dlja narodnych učitelej pri imperatorskom russkom techničeskom obščestve 1880-81. SPb. 1881.
- Remeslo. SPb. 1881-1883.
- Renzsch, Hermann, Zünfte oder Gewerbefreiheit?, Dresden 1862.
- Rezanov, V. A., Vzgliad na chod portnogo masterstva v Rossii. SPb. 1847.
- Rezul'taty odnogo obsledovanija. In: Rabočee écho, Nr. 1. Pg. 12.3.1910, S. 9-12; Nr. 2, 28.7.1910, S. 1 ff., 9 f., 13 ff.; Nr. 3, 22.9.1910, S. 2, 8 ff., 14 f.; Nr. 4, 25.11.1910, S. 1 ff.
- Riehl, W. H., Die Deutsche Arbeit. Stuttgart 1861.
- Ryčkov, N. D., O cechach v Rossii i Zapadnoj Evrope. In: Russkij vestnik, Bd. 47 (1863) Nr. 11, S. 789-822.
- Rykačëv, A. M., Ceny na chleb i na trud v S. Peterburge za 58 let. In: Vestnik finansov, promyšlennosti i trgovli 1911, Nr. 31, S. 200-206.
- Rževskij, V. K., O merach sodejstvjuščich razvitiju proletariata. In: RV (1860), Bd. 25 (Januar), Buch Nr. 1-2, S. 213-278; Bd. 27 (Mai), Buch Nr. 1, S. 5-42.
- Sal'nikov, I., O podatnyh soslovijach i krugovoj poruke. In: RV (1860), Bd. 28, Buch Nr. 2 (August), S. 375 - 387.
- Sazonov, G., Programma dlja sobiraniya svedenij o russkoj narodnoj arteli, in: R.M., janvar' 1881, kn. 1, S. 278-300.
- Sinevič. M., Remeslennye rabočie i strachovanie. In: RĖ, Nr. 6, 18.1.1911, S. 6 ff.
- Sankt-Peterburgskaja remeslennaja uprava: vozzvanie. SPb. 1906.
- Savič, N. F. (Hrsg.), Mužskie remësla. M. 1881.
- Sel'dišëv, D. G., O položenii učenikov remeslennyh masterskich po dejstvjuščemu russkomu zakonodatel'stvu. In: Trudy pervogo s'ezda russkich dejatelej po obščestvennomu i častnomu prizreniju 8-13 marta 1910 g. Spb. 1910, S. 431-43.
- Slovolitni O. I. Leman v S.-Peterburge. SPb. 1896.
- Sobranie postanovlenij remeslennyh dlja rukovodstva masterov vseh cechov i služuščich u nich podmaster'ev i učenikov izvlečënnoe iz svoda zakonov izd. 1857 goda. SPb. 1860.
- Solomko, Valentin Stepanovič, Rol' Peterburga v social'no-ëkonomičeskoj žizni Rossii načala 20 veka (Autorreferat der Kandidat-Dissertation), Tbilisi 1985.
- Solov'ëv, A. N., Piterščiki-galičane (ëtnografičeskij očerk), Galič 1923.
- Sovremennoe sostojanie remeslennyh učebnyh zavedenij po dannym 3-go s-ezda russkich dejatelej po techničeskomu i professional'nomu obrazovaniju v Rossii. SPb. 1904.

- S.-Peterburgskoe kupečestvo i trgovno-promyšlennye predprijatija goroda k dvuchsoletnemu jubileju stolicy. SPb. 1903.
- Šreder, F., Novejšij putevoditel' po Sankt-Peterburgu s istoričeskimi ukazanijami. SPb. 1820.
- Štel'berg (Stackelberg), Adolf v., Cechovoe ustrojstvo i svoboda promyšlennosti v Evrope. In: Trudy komissii dlja peresmotra ustavov fabričnogo i remeslennogo. SPb. 1865.
- Stolpjanskij, P. N., Peterburg. Kak voznik, osnovalsja i ros Sankt-Piterburch, SPb. 1995.
- Ders., Žizn' i byt peterburgskoj fabriki za 210 let eë suščestvovanija 1704-1914. L. 1925.
- Šustov, A. S., Sankt-Peterburgskoe kupečestvo i trgovno-promyšlennye predprijatija goroda. K 200-letnemu jubileju stolicy. SPb 1903.
- Tengoborskij, L. V., O Manufakturnoj promyšlennosti. SPb. 1858.
- Tjufilin, Aleksandr Michajlovič, Zapiska o sostojanii remeslennosti. Kazan' 1906.
- Tromonin, Kornilij, O chudožestve v reměslach. M. 1846.
- Veselskij, K. S., Statističeskie issledovanija o nedvižimych imuščestvach v Sankt-Peterburge. In: Otečestvennye zapiski (1848), tom 57, č. 2, Nr. 3-4, S. 1-27.
- Virt, Fr., Narodnye banki v Germanii. In: Syn otečestva 1861, Nr. 36.
- Vol'tke, G. S., O proekte remeslennogo ustava, in: Trudy vtorogo vsrossijskogo s'ezda po remeslennoj promyšlennosti v St. Peterburge 1911 g. SPb. 1911.
- Vserossijskaja promyšlennaja vystavka. Peterburg 1829. Opisanie. SPb. 1829.
- Vserossijskaja promyšlennaja vystavka, 2-ja. SPb. 1833.
- Vserossijskaja promyšlennaja vystavka, 5-ja. Ukazatel'. SPb. 1861.
- [Wagner, Hermann], adoptiert von A. Razin, Remeslenniki i ich masterskie. SPb. 1873.
- Zabelin, A., Byt remeslennikov i masterovyh s mediko-policejskoj točki zrenija. In: Žurnal zemlevaladel'cev, Bd. 4, Nr. 16. SPb. 1859, S. 80-85.
- Zabolockij-Desjatovskij, Statističeskie svedenija o St. Peterburge, Bd.. 1-2. SPb. 1836.
- Zak, L. S., Formy ékonomičeskoj samopomošči v oblasti remeslennogo truda. SPb. 1912.
- Zasosov, D. A., Pyzin, V. I., Iz žizni Peterburga 1890-1910-ch godov. Zapiski očevidcev. L. 1991.
- Žennin, N., Eščë neskol'ko slov o naših remeslennikach. In: Atenej, žurnal kritiki, sovremennoj istorii i literatury, Teil 6 (November und Dezember) 1858. S. 519-526.

### C. Sekundärliteratur

- Abel, Wilhelm (Hrsg.), Handwerks-geschichte in neuer Sicht, 2. Aufl. Göttingen 1978, sein Aufsatz darin: Neue Wege der handwerklichen Forschung, S. 1-25.
- Abramov, Ja., Soslovnye nuždy, želanija i stremlenija v épochu Ekaterininskoj komissii, in: Severnyj Vestnik 1886 Nr. 4 S. 145-180, Nr. 6 S. 47-84, Nr. 7 S. 69-99, Nr. 8, S. 159-187.

- Adolfs, Lotte, Erziehung und Bildung im 19. Jahrhundert. Duisburg 1979.
- Ambrosius, Gerold; Petzina, Dietmar u. Plumpe, Werner (Hrsg.), Moderne Wirtschaftsgeschichte: eine Einführung für Historiker und Ökonomen. München 1996.
- Amburger, Erik, Die Anwerbung ausländischer Fachkräfte für die Wirtschaft Russlands vom 15. bis ins 19. Jahrhundert. Wiesbaden 1968.
- Anisimov, E. V., The reforms of Peter the Great: progress through coercion in Russia. Armonk 1993.
- Arcichovskij, A. V., Novgorodskie remesla v XVI veke. In: NIS 6, S. 3-15. Novgorod 1939.
- Aretin, K. O. Freiherr v., Der Aufgeklärte Absolutismus, Köln 1974.
- Armstrong, J. A., Mobilized and proletarian diaspora. In: American Political Science Review 70 (1976), S. 393-408.
- Aßmann, Klaus, Verlag-Manufaktur-Fabrik. Die Entwicklung großbetrieblicher Unternehmensformen im Göttinger Tuchmachergewerbe. In: Handwerksgeschichte in neuer Sicht, W. Abel (Hrsg.), S. 211-240.
- Ders., Zustand und Entwicklung des städtischen Handwerks in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts dargestellt am Beispiel der Städte Lüneburg, Celle, Göttingen und Duderstadt. Göttingen 1971.
- Ašurkov, V. N., Gorod masterov. Tula 1958.
- Aubin, Hermann; Zorn, Wolfgang (Hrsg.), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2. Stuttgart 1976.
- Aumüller, Ursula, Industrieschule und ursprüngliche Akkumulation in Deutschland. Die Qualifizierung der Arbeitskraft im Übergang von der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise. In: Hartmann/Nyssen/Waldeyer (Hrsg.), Schule und Staat im 18. und 19. Jahrhundert. Frankfurt/Main 1974, S. 9-145.
- Babudi, Fulvio, Bemerkungen über die Stadt Triest im 19. Jahrhundert. In: Die Städte Mitteleuropas, hrsg. v. V. W. Rausch, S. 79-81.
- Bachrušin, S. V., Moskva kak remeslennyj i torgovyj centr v XVI veke. In: Očerki po istorii remesla, torgovli i gorodov russkogo centralizovannogo gosudarstva XVI - načla XVII vekov, naučnye trudy Bd. 1. M. 1952, hier S. 107-142.
- Ders., Očerki po istorii remesla, torgovli i gorodov russkogo centralizovannogo gosudarstva XVI-načala XVII v. M. 1952.
- Ders., Remeslennye učeni v XVII veke. In: Naučnye trudy, Bd. 2, S. 101-118. M. 1954.
- Balabanov, M., Očerki istorii rabočego klassa v Rossii, č. 2: kapitalističeskaja Rossija. M. 1925.
- Babrowski, Jörg, Das Ende der Osteuropäischen Geschichte. Bemerkungen zur Lage einer geschichtswissenschaftlichen Disziplin, in: OE 8-9, 1998, S. 784-799.
- Banik-Schweitzer, Renate, Berlin-Wien-Budapest: Zur sozialräumlichen Entwicklung der drei Hauptstädte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Die Städte Mitteleuropas, hrsg. v. W. Rausch, S. 139-150.
- Barudio, Günter (Hrsg.), Das Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung 1648-1779. Augsburg 1998.
- Bater, James H., St. Petersburg. Industrialisation and Change, hrsg. v. H. J. Dyos.

- London 1976.
- Beer, Michael, Gesellen und Meister im Oettinger Land. Oettinger Stadt- und Landhandwerker im 18. Jahrhundert. Wemding 1988.
- Bergmann, Jürgen, Das Berliner Handwerk in den Frühphasen der Industrialisierung. Berlin 1973.
- Ders., Das Handwerk in der Revolution von 1848. Zum Zusammenhang von materieller Lage und Revolutionsverhalten der Handwerker 1848/49. In: U. Engelhardt (Hrsg.), Handwerker in der Industrialisierung, hier S. 320-346.
- Ders., Wirtschaftskrise und Revolution: Handwerker und Arbeiter 1848/49. Stuttgart 1986.
- Bervi-Flerovskij, V. V., Izbrannye ékonomičeskie proizvedenija v 2-ch tomach. Bd. 1. M. 1958.
- Beyme, Klaus von, Osteuropaforschung nach dem Systemwechsel. Der Paradigmenwandel der „Transitologie“, in: OE 3, 1999, S. 285-304.
- Beyrau, Dietrich, Totgesagte leben länger. Die Osteuropa-Disziplin im Dschungel der Wissenschaften, in: OE 10, 1998, S. 1041-1049.
- Bihrer, Rudolf, Zünfte und Pfarrherren am Vorabend der Revolution, in: Zürchs Zünfte eins und jetzt: zum Jubiläum ihres 10jährigen Bestehens, hrsg. v. der Zunft Witikon. Zürich 1990.
- Birnbaum, Michael, Das Münchener Handwerk im 19. Jahrhundert (1799-1868), Diss. München 1984.
- Blackbourn, D., Eley, G., Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848. Frankfurt/Main 1980.
- Blackwell, William L., The Beginnings of Russian Industrialisation, 1800-1860. Princeton 1968.
- Ders., The Industrialisation of Russia. An historical perspective. N.Y. 1970.
- Blaich, Fritz, Die Epoche des Merkantilismus. Wiesbaden 1973.
- Bloch, J. de, Les Finances de la Russie au XIX siècle. Historique et statistique, Bd. 1-2. Paris 1899.
- Böcksbacka, L., St. Petersburgs juvelerare, guld - och silversmeder 1714-1870. Helsingfors 1951.
- Bonwetsch, B., Die russische Revolution 1917. Eine Sozialgeschichte von der Bauernbefreiung bis zum Oktoberumsturz. Darmstadt 1991
- Bonell, Victoria E., Roots of rebellion: workers' politics and organizations in St. Petersburg and Moscow, 1900-1914. Berkeley, Californien 1983.
- Borchardt, Knut, Die Industrielle Revolution in Deutschland, 1750 - 1914, Stuttgart-New York 1977, S. 135 - 202.
- Borovoj, S. Ja., Kredit i banki Rossii (seredina XII v.-1861). M. 1958.
- Božerjanov, J. N., Graf Egor Francevič Kankrin, ego žizn', literaturnye trudy i dvadcatiletnjaja dejatel'nost' upravlenija Ministerstvom finansov, St. Petersburg 1897.
- Bremer, Thomas; Meurs, Wim van; Müller, Klaus, Vorwärts in die Vergangenheit? Zur Zukunft der Osteuropaforschung, in: OE 4, 1998, S. 408-416.
- Brenner, O., Europäisches und russisches Bürgertum. In: Ders., Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte. 3. unverändert. Aufl. Göttingen 1980.
- Brockstedt, Jürgen, Familiengröße und Wohnsituation von Handwerkern und Arbeitern in Kiel 1800-1867. In: W. Conze u. U. Engelhardt (Hrsg.),



- Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert, hier S. 138-162.
- Brower, D. R., *The Russian city between tradition and modernity, 1850-1900.* Berkeley, C. A., Oxford 1990.
- Ders., *Urban Russia on the eve of the World War One. A social profile.* In: *Journal of social history*, 1979, Nr. 13, S. 424-435.
- Brüggemeier, Franz-Josef, *Der deutsche Sonderweg*, in: Lutz Niethammer u.a., *Bürgerliche Gesellschaft in Deutschland.* Frankfurt/Main 1990, S. 244-249.
- Buchheim, Christoph, *Einführung in die Wirtschaftsgeschichte.* München 1997.
- Burg, Peter, *Der Wiener Kongreß. Der Deutsche Bund im europäischen Staatensystem.* München 1984.
- Busch, Margarete, *Deutsche in St. Petersburg 1865-1914: Identität und Intergration,* Essen 1995.
- Büsch, Otto, *Industrialisierung und Gewerbe im Raum Berlin/Brandenburg 1800/1850. Eine empirische Untersuchung zur gewerblichen Wirtschaft einer hauptstadtgebundener Wirtschaftsregion in frühindustrieller Zeit*, Bd. 1. Berlin 1971; Bd. 2. Berlin 1977.
- Čečulin, N.D., *Očerki po istorii russkich finansov v carstvovanie Ekateriny II.*, St. Petersburg 1906.
- Christmann, Helmut, *Bemerkungen zur Kinderarbeit in der württembergischen Gewerbeindustrie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.* In: *Zur Geschichte der Industrialisierung in den südwestdeutschen Städten*, hrsg. v. E. Maschke und J. Sydow. Sigmaringen 1977, S. 40-56.
- Čibirjaev, S. A., *Velikij russkij reformator. Žizn', dejatel'nost', političskie vzgljady* M. M. Speranskogo. M. 1989.
- Cohen, J. L., Arato, A., *Civil Society and Political Theory*, Cambridge, Mass.-London 1992; J. Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft.* Frankfurt/Main 1990.
- Conze, Werner; Engelhardt, Ulrich (Hrsg.), *Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert. Lebensstandard und Lebensgestaltung deutscher Arbeiter und Handwerker.* Stuttgart 1981.
- Cramer, Johannes, *Gerberhaus und Gerberviertel in der mittelalterlichen Stadt.* Bonn 1981.
- Crisp, Olga, *Labor and Industrialisation in Russia.* Cambridge 1978. In: *The Cambridge Economic History of Europe. Vol. VII, Part. 2*, S. 308-415.
- Dies., *Studies in the Russian Economy before 1914.* London 1976.
- Dahlmann, Dittmar, *Einleitung. Die Unternehmerschaft des Russischen Reiches vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges*, in: „... das einzige Land in Europa, das eine große Zukunft vor sich hat.“ *Deutsche Unternehmen und Unternehmer im Russischen Reich im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, hrsg. v. Dittmar Dahlmann; Carmen Scheide, Essen 1998, S. 13-23.
- Ders., *Die Provinz wählt: Rußlands Konstitutionell-Demokratische Partei und die Dumawahlen 1906-1912*, Köln/Weimar/Wien 1996.
- Ders., *Im Kampf um die Wählergunst. Die Konstitutionell-Demokratische Partei und die Dumawahlen in Kostroma 1906-1912*, in: *JGO NF Bd. 44/1996*, hier S. 253-276.
- Ders., *Zwischen Europa und Asien. Russischer Imperialismus im 19. Jahrhundert*,

- in: Wolfgang Reinhard (Hrsg.), *Imperialistische Kontinuität und nationale Ungeduld im 19. Jahrhundert*, hier S. 50-67.
- Danilova, L. V., *Melkaja promyšlennost' i promysel v russkom gorode vo vtoroj polovine XVII i načale XVIII vekov (po materialam goroda Jaroslavlja)*. In: *Istorija SSSR* 3, 1957, S. 87-111.
- Deter, Gerhard, *Die Handwerksforschung des Preußischen Staates in der Zeit der Frühindustrialisierung. Das Beispiel Westfalen*. In: *Westfalen Hefte f. Geschichte, Kunst und Volkskunde*. Münster 1990, Bd. 68, S. 101-126.
- Ders., *Handwerksgerichtsbarkeit zwischen Absolutismus und Liberalismus. Zur Geschichte der genossenschaftliche Jurisdiktion in Westfalen im 18. und 19. Jahrhundert*. Berlin 1987.
- Diestelmeier, F., *Der russische Adel im 19. Jahrhundert*, in: *JGO* 26 (1978), S. 376-400.
- Ditjatin, I. I., *Gorodskoe samoupravlenie v Rossii*. Bd. 1: *Ustrojstvo i upravlenie gorodov Rossii v XVIII stoletii*. SPb. 1875. Bd. 2: *Gorodskoe samoupravlenie do 1870 goda. Jaroslavl' 1877*.
- Ditt, Karl, *Fabrikarbeiter und Handwerker im 19. Jahrhundert in der neueren deutschen Geschichtsschreibung*. In: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft*. Göttingen 1994, Nr. 2, S. 289-320.
- Dodenhoeft, Bettina, *„Lasst mich nach Rußland heim“: russische Emigration in Deutschland von 1918 bis 1945*, Frankfurt/Main 1993;
- Doering-Manteuffel, Anselm, *Vom Wiener Kongress zur Pariser Konferenz: England, die deutsche Frage und das Mächtesystem 1815-1856*, Göttingen 1991.
- Donnert, Erich, Peter der Große. Wien, Köln, Graz 1988; Hoffmann, Peter, *Rußland im Zeitalter des Absolutismus*. Vaduz 1988.
- Ders., *Politische Ideologie der russischen Gesellschaft zu Beginn der Regierungszeit Katharina II. Gesellschaftstheorien und Staatslehren zu Beginn der Regierungszeit Katharina II. Ggesellschaftstheorien und Staatslehren in der Ära des aufgeklärten Absolutismus*. Berlin 1976.
- Družinin, N. M., *Konflikt meždu proizvoditel'nymi silami i feodal'nymi otnošenijami nakanune reformy 1861 g.*, in: *Voprosy istorii* (1954) 7.
- Dubler, Anne Marie, *Handwerk, Gewerbe und Zunft in Stadt und Landschaft Luzern*. Stuttgart 1982.
- Dukes, P., *Catherine the Great and the russian nobility*, Cambridge 1967;
- Dumsky, Walter, *Privilegienwirtschaft. Das Nürnberger Handwerk im Industrialisierungszeitalter*. In: *Leute vom Fach. Nürnberger Handwerk im Industriezeitalter*, hrsg. v. Centrum Industriekultur Nürnberg. Nürnberg 1988.
- Durchardt, Heinz, *Das Zeitalter des Absolutismus*. München 1998.
- Ebeling, D., *Bürgertum und Pöbel. Wirtschaft und Gesellschaft Kölns im 18. Jahrhundert*. Köln 1987.
- Ehmer, Josef, *Die Herkunft der Handwerker in überregionalen städtischen Zentren: Zürich, Wien, Zagreb zur Mitte des 19. Jahrhunderts*, S. 47 - 68. In: *Handwerk in Mittel- und Osteuropa: Mobilität, Vermittlung und Wandel im Handwerk des 18. und 20. Jahrhunderts*, München 1987.
- Ders., *Ökonomischer und sozialer Strukturwandel im Wiener Handwerk - von der*

- industriellen Revolution bis zur Hochindustrialisierung. In: U. Engelhardt (Hrsg.), *Handwerker in der Industrialisierung*, hier S. 78-104.
- Ders., *Schuster zwischen Handwerk und Fabrik. Zum Verhältnis von sozialem Profil und politisch-organisatorischem Verhalten einer Berufsgruppe*, Bd. 1, Wien 1984, S. 3-23.
- Ders., *Soziale Traditionen in Zeiten des Wandels: Arbeiter und Handwerker im 19. Jahrhundert*. Frankfurt/Main 1994.
- Eisenberg, Christian, *Handwerkstradition und Gewerkschaftsentwicklung im 18. und frühen 19. Jahrhundert: Deutschland und England im Vergleich*. In: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte*. Gerlingen, Bd. 16, 87, S. 177-199.
- Elkar, Rainer S. (Hrsg.), *Deutschlands Handwerk in Spätmittelalter und früher Neuzeit: Sozialgeschichte - Volkskunde - Literaturgeschichte*. In: GBWSG, hrsg. v. W. Abel, Bd. 9, Göttingen 1983, sein Beitrag darin: *Fragen und Probleme einer interdisziplinären Handwerksgeschichte*, S. 3-30.
- Ders., *Umriss einer Geschichte der Gesellenwanderungen im Übergang von der frühen Neuzeit zur Neuzeit. Problemskizze und Zwischenergebnisse*. In: R.S. Elkar (Hrsg.), *Deutsches Handwerk*.
- Engelhardt, Ulrich (Hrsg.), *Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert*. Stuttgart 1984.
- Engelmann, Johannes, *Die Leibeigenschaft in Rußland: eine rechtshistorische Studie*. Aalen 1965.
- Engelsing, Rolf, *Zur Sozialgeschichte deutscher Mittel- und Unterschichten*, 2. Aufl. Göttingen 1978.
- Ennen, Reinald, *Zünfte und Wettbewerb. Möglichkeiten und Grenzen zünftlicher Wettbewerbsbeschränkungen im städtischen Handel und Gewerbe des Spätmittelalters*. Köln-Wien 1971.
- Eroškin, N. P., *Istorija gosudarstvennych učreždenij dorevoljucionnoj Rossii*. M. 1997.
- Filippov, N. G., *Naučno-techničeskie obščestva Rossii (1866-1917)*. M. 1975.
- Firsov, N. N., *Pravitel'stvo i obščestvo v ich otnošenijach k vnešnej trgovle Rossii v carstvovanie Imperatricy Ekateriny II. Očerki iz istorii torgovoj politiki*. Kazan' 1902 (Neudruck: Cambridge 1972).
- Fischer, Wolfram, *Das deutsche Handwerk in den Frühphasen der Industrialisierung*. In: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 120 (1964), S. 687 - 712.
- Ders., *Der Staat und die Anfänge der Industrialisierung in Baden 1800-1850*. Bd. 1, Berlin 1962.
- Ders., *Die Rolle des Kleingewerbes im wirtschaftlichen Wachstumsprozeß in Deutschland 1850 - 1914*. In: Lütge, Friedrich (Hg.): *Wirtschaftliche und soziale Probleme der gewerblichen Entwicklung im 15./16. und 19. Jahrhundert*, Stuttgart 1968, S. 131-142.
- Ders., *Einführung und Auswertung*. In: U. Engelhardt (Hrsg.), *Handwerker in der Industrialisierung*, hier S. 211-218.
- Ders., Jan A. van Houtte, Hermann Kellenbenz u. a. (Hrsg.), *Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg* Bd. 5. Stuttgart 1985.

- Ders., Handwerksrecht und Handwerkswirtschaft um 1800. Studien zur Sozial- und Wirtschaftsverfassung vor der industriellen Revolution. Berlin 1955.
- Ders. (Hrsg.), Quellen zur Geschichte des deutschen Handwerks. Selbsterzeugnisse seit der Reformationszeit. Göttingen 1957.
- Ders., Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Aufsätze - Studien - Vorträge. Göttingen 1972.
- Florovskij, A. V., Sostav Zakonodatel'noj komissii 1767-1774 gg. Odessa 1915.
- Franke, B., Die Kleinbürger. Begriff, Ideologie, Politik. Frankfurt/Main 1988.
- Fritzsch, Bruno, Handwerkerhaushalte in Zürich 1865-1880. Eine Bestandsaufnahme. In: U. Engelhardt (Hrsg.), Handwerker in der Industrialisierung, hier S. 105-126.
- Fröhlich, S., Die soziale Sicherung bei den Zünften und Gesellenverbänden. Darstellung, Analyse, Vergleich. Berlin 1976.
- Gajsinovič, A. I., Čechi v Rossii v XVIII v.. In: Izvestija AN SSSR, 1931, Nr. 5.
- Gejman, V. G., Manufakturnaja promyšlennost' Peterburga petrovskogo vremeni. In: Pëtr Velikij, A. I. Andreev (Hrsg.). M.-L. 1947, S. 246-283.
- Gemmert, F. J., Die Entwicklung der ältesten kontinentalen Spinnerei. Leipzig 1927.
- Georges, Dirk, 1810/11 - 1993: Handwerk und Interessenpolitik: von der Zunft zur modernen Verbandsorganisation. Diss. Frankfurt/Main 1993.
- Gerasimenko, G. A., Zemskoe samoupravlenie v Rossii, Moskau 1990.
- Gerhard, Hans-Jürgen (Hrsg.), Löhne im vor- und frühindustriellen Deutschland. Materialien zur Entwicklung von Lohnsätzen von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Göttingen 1984.
- Ders., Quantitative und qualitative Aspekte von Handverkereinkommen in nordwestdeutschen Städten von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. In: Ulrich Engelhardt (Hrsg.), Handwerker in der Industrialisierung, S. 51-77.
- Gerschenkron, Alexander, Economic Backwardness in Historical Perspective. Cambridge 1962.
- Ders., Russia: Agrarian Policies and Industrialization 1861-1914. In: Ders. (Hrsg.), Continuity in History and other Essays. Cambridge 1968, S. 140-248.
- Geyer, Dietrich, Der russische Imperialismus: Studien über den Zusammenhang von innerer und auswärtiger Politik 1860-1914, Göttingen 1977.
- Ders., „Gesellschaft“ als staatliche Veranstaltung. Sozialgeschichtliche Aspekte des russischen Behördenstaates im 18. Jahrhundert, in: Ders. (Hrsg.), Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland. Köln 1975, S. 20-52.
- Ders., Staatsaufbau und Sozialverfassung. Probleme des russischen Absolutismus am Ende des 18. Jahrhunderts, in: CMRS 7 (1966), S. 366-377.
- Gindin, I.F., Gosudarstvennyj bank i ékonomičeskaja politika carskogo pravitel'stva (1861-1892 gody), Moskau 1960.
- Ders., Russkaja buržuazija v period kapitalizma, eë razvitie i osobennosti. In: ISSSR 1963 Nr. 2 S. 57-80.
- Gömmel, R., Die Entwicklung der Wirtschaft im Zeitalter des Kameralismus 1620-1800. München 1998.

- Ders., Wachstum und Konjunktur der Nürnberger Wirtschaft (1815 - 1914). Stuttgart 1978.
- Grenzer, Andreas, Adel und Landbesitz im ausgehenden Zarenreich: der russische Landadel zwischen Selbstbehauptung und Anpassung nach Aufhebung der Leibeigenschaft. Stuttgart 1995.
- Griffiths, D. M., Eighteenth-Century Perceptions of Backwardness: Projects for the Creation of a Third Estate in Catherinian Russia, in: CASS 13 (1969), S. 452-472.
- Gross, Helmut, Selbstverwaltung und Staatskrise in Rußland 1914-1917. Macht und Ohnmacht von Adel und Bourgeoisie am Vorabend der Februarrevolution. Wiesbaden 1981.
- Gutzwiller, Helmut, Die Zünfte in Freiburg i. Ue. 1460-1650. Freiburg in der Schweiz 1949.
- Häfner, Lutz, Die Partei der Linken Sozial-Revolutionäre in der Russischen Revolution von 1917/18. Köln/Weimar/Wien 1994.
- Ders., Stadtdumawahlen und soziale Eliten in Kazan' 1870 bis 1913: zur rechtlichen Lage und politischen Praxis der lokalen Selbstverwaltung, in: JGO NF Bd. 44/1996, S. 217-252.
- Haumann, Heiko (Hrsg.), Arbeiteralltag in Stadt und Land. Neue Wege der Geschichtsschreibung. Berlin 1982.
- Ders., Die russische Stadt in der Geschichte. In: JGO 27 (1979), S. 481-497.
- Ders., Kapitalismus im zaristischen Staat 1906 - 1917: Organisationsformen, Machtverhältnisse und Leistungsbilanz im Industrialisierungsprozeß. Hain 1980.
- Ders., Unternehmer in der Industrialisierung Rußlands und Deutschlands. Zum Problem des Zusammenhangs von Herkunft und politischer Orientierung, in: Scripta Mercaturae 20, 1986, S. 143-161.
- Haupt, Heinz-Gerhard (Hrsg.), Die radikale Mitte. Lebensweise und Politik von Handwerkern und Kleinhändlern in Deutschland seit 1848. München 1985.
- Hausherr, Hans, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit: vom Ende des 14. bis zur Höhe des 19. Jahrhunderts, 4. Aufl., Köln-Wien 1970.
- Hausmann, Guido, Universität und städtische Gesellschaft in Odessa, 1865-1917. Soziale und nationale Selbstorganisation an der Peripherie, Stuttgart 1998.
- Heather, Hogan, Forging revolution: (metallworkers, managers and the state in St. Petersburg), 1800-1914. Bloomington, Indiana 1993.
- Heidenreich, Bernd, Klaus Heller, Martin Hoffmann (Hrsg.), Rußlands unternehmerische Vergangenheit: Ein Wegweiser in die Zukunft?. Berlin 1996.
- Heller, Klaus, Die Geld- und Kreditpolitik des russischen Reiches in der Zeit der Assignaten (1768-1839/43), Wiesbaden 1983.
- Ders., Industrielles Unternehmertum in Rußland vor 1917: Politische, ökonomische und soziale Rahmenbedingungen, in: Bernd Heidenreich, Klaus Heller, Martin Hoffmann (Hrsg.), Rußlands unternehmerische Vergangenheit, hier S. 9-29.
- Ders., Rechtliche Rahmenbedingungen für gewerbliche Tätigkeit in Rußland von Peter dem Großen bis zu Paul I. (1869 - 1801). Berlin 1998.
- Ders., Typen und Rechtsformen großgewerblicher Unternehmer in Rußland im 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Berliner Jahrbuch für

- osteuropäische Geschichte 1997. Unternehmertum in Rußland, hrsg. v. Klaus Heller, hier S. 7-27.
- Henderson, W. O., *The Industrial Revolution in Europe 1815 - 1914*. Chicago 1961.
- Henning, Friedrich-Wilhelm, Die Einführung der Gewerbefreiheit und ihre Auswirkungen auf das Handwerk in Deutschland. In: *Handwerksgeschichte in neuer Sicht*, hrsg. v. W. Abel, S. 147-178.
- Henning, Hansjoachim, *Das deutsche Bürgertum in der Epoche der Hochindustrialisierung 1860-1914, Teil 1: Das Bildungsbürgertum in den preußischen Westprovinzen*, Wiesbaden 1972.
- Herzig, Arno, Kontinuität und Wandel der politischen und sozialen Vorstellungen Hamburger Handwerker 1790-1870. In: U. Engelhardt (Hrsg.), *Handwerker in der Industrialisierung*, hier S. 294-319.
- Hetzer, G. Sozialer Protest und neues ständisches Selbstbewußsein von Handwerkern in der Maschinenzeit - dargestellt an Beispielen aus Nordschwaben 1815-1850, in: *Wanderstab und Meisterbrief. Rieser Handwerk im Wandel der Zeit 1700-1850. Ausstellung des Staatsarchivs Neuburg a.d. Donau. Nördlingen 1986*, S. 134-185.
- Heumos, Peter, *Zur Sozialstruktur von Kleingewerbe und Handwerk in Prag 1890-1910*. In: U. Engelhardt (Hrsg.), *Handwerker in der Industrialisierung*, hier S. 165-183.
- Heyne, Moriz, *Das altdeutsche Handwerk*. Strassburg 1968.
- Heller, Klaus, *Die Geld- und Kreditpolitik der russischen Reiches in der Zeit der Assignaten (1768-1839/43)*, Wiesbaden 1983.
- Hildermeier, Manfred, *Bürgertum und Stadt in Rußland 1760-1870. Rechtliche Lage und soziale Struktur*. Köln, Wien 1986.
- Ders., *Osteuropäische Geschichte an der Wende. Anmerkungen aus wohlwollender Distanz*, in: JGO, 1998, S. 244-256.
- Ders., *Sozialer Wandel im städtischen Rußland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Anmerkungen zur neueren Literatur*. In: JGO 25, 1977, S. 525 - 566.
- Ders., *Ständeordnung und sozialer Wandel. Rußland in der Frühphase der Industrialisierung*. In: *Geschichte und Gesellschaft* 5, 1979, S. 313 - 335.
- Ders., *Was war das meßanstvo?* In: *Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte* 36, 1985, S. 15 - 53.
- Ders., *Zwischen Bürgertum und Adel: Unternehmer im Zarenreich*, in: Dahlmann und Scheide (Hrsg.), „... das einzige Land“, S. 87-99.
- Hinrichs, E. (Hrsg.), *Absolutismus*, Frankfurt/Main 1986.
- Hirschman, A. O., *Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung*. Stuttgart 1967.
- Hoffmann, Peter, *Dvorjanstvo i krepostnoj stroj Rossii XVI-XVIII vv.*, in: *sbornik statej posvjaščennyj pamjati Alekseja Andreeviča Novosel'skogo*. M. 1975.
- Hogan, Heather, *Forging revolution: metallworkers, managers, and the state in St. Petersburg, 1890-1914*, Bloomington. Indiana 1993.
- Holz, Harald, *Die goldene Regel der Kritik: Festschrift für Hans Radermacher zum 60. Geburtstag*. Bern 1990.
- Hundt, Michael, *Die minderächtigen deutschen Staaten auf dem Wiener Kongreß*, Mainz 1996.

- Ilseman, Alexandra v., Die Politik Frankreichs auf dem Wiener Kongress; Talleyrands außenpolitische Strategien zwischen erster und zweiter Restauration. Hamburg 1996.
- Istorija rabočich Leningrada, Hrsg. S. N. Valk, Bd. 1. (1703 - fevral' 1917). L. 1972.
- Ivanov, B., Professional'noe dviženie rabočich chlebo-pekarno-konditerskogo proizvodstva v Petrograde i gubernii (1903-1917 g.). M. 1920.
- Ivanova, N. A., Struktura rabočego klassa Rossii 1910 - 1914. M. 1987.
- Ivanova, N. I., Deutsche Handwerker und Unternehmer in St. Petersburg vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1913. In: Dittmar Dahlmann u. Carmen Scheide (Hrsg.), „... das einzige Land in Europa, das eine große Zukunft vor sich hat“. Deutsche Unternehmen und Unternehmer im Russischen Reich im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Essen 1998, hier S. 275-312.
- Ivanov-Razumnik, Istorija russkoj obščestvennoj mysli: individualizm i meščanstvo v russkoj literature i žizni XIX veka. SPb. 1911, Repr. 1969, Bd. 1,2.
- Jacevič, A., Krepostnoj Peterburg puškinskogo vremeni. L. 1931.
- Jacunskij, V. K., Rol' Peterburga v promyšlennom razvitii Rossii. In: Voprosy istorii 10 (1954), Nr. 9, S. 95-103.
- Jahn, Hubertus F., Der St. Petersburger Heumarkt im 19. Jahrhundert. Metamorphosen eines Stadtviertels, in: JGO NF Bd 44/1996, hier S. 162-177.
- Jahn, Joachim u. Hartung, Wolfgang (Hrsg.), Gewerbe und Handel vor der Industrialisierung. Regionale und überregionale Verflechtungen im 17. Und 18. Jahrhundert. Sigmaringendorf 1991.
- Jenny, Valentin, Handwerk und Industrie in Graubünden im 19. Jahrhundert: Bestrebungen zur Förderung von Handwerk und Einführung von Industrie als Maßnahme zur Hebung des Volkswohlstandes. Chur 1991.
- Jeschke, Jörg., Gewerberecht und Handwerkswirtschaft des Königreichs Hannover im Übergang 1815-1866. Eine Quellenstudie. Göttingen 1977.
- John, Peter, Handwerk im Spannungsfeld zwischen Zunftordnung und Gewerbefreiheit: Entwicklung und Politik der Selbstverwaltungsorganisationen des deutschen Handwerks bis 1933. Köln 1987.
- Jones, R. E., The Emancipation of the russian nobility. 1762-1785, Princeton 1973.
- Joy, E. T., English Furniture 1800-1851. London 1977.
- Juchnėva, N. V., Ėtničeskij sostav i ėtnosocial'naja struktura naselenija Peterburga. L. 1984.
- Dies (Hrsg.), Peterburg i gubernija. Istoriko-ėtnografičeskie issledovanija. L. 1989.
- Dies. (Hrsg.), Staryj Peterburg: istoriko-ėtnografičeskie issledovanija. L. 1982.
- Jungar, Sune, Finljandskie remeslenniki v S.-Peterburge. In: Remeslo i manufaktura v Rossii, Finljandii i Pribaltike. L. 1975, S. 90-99.
- Kappeler, Andreas, Bedenkenswerte Diagnose - problematisches Rezept. Zum Plädoyer Jörg Baberowskis „Das Ende der Osteuropäischen Geschichte“, in: OE 11/12, 1998, S. 1198ff.

- Karelin, V. A., Russkoe techničeskoe obščestvo i problema podgotovki kvalificirovannyh fabrično-zavodskich rabočich v Rossii (1866-1890 gg.), avtoreferat dis. k.i.n. L. 1985.
- Karpačev, Sergej Pavlovič, Sostav, položenie i revoljucionnaja bor'ba rabočich melkoj promyšlennosti Moskvy (Autorreferat der Kandidat-Dissertation). M. 1981.
- Kaščenko, S. G., Reforma 19 fevralja 1861 goda v Sankt-Peterburgskoj gubernii. L. 1990.
- Kaškarov, Deneznoe obraščenie v Rossii. Istoriko-statističeskoe issledovanie, Bd. 1-2. SPb. 1898.
- Katkov, G. (Hrsg.), Rußlands Aufbruch ins 20. Jahrhundert: Politik-Gesellschaft-Kultur 1894-1917. Olten 1970.
- Katzer, Nikolaus, Baustelle Osteuropa - bedarf die Osteuropäische Geschichte einer neuen Architektur?, in: OE 2, 1999, S. 187-194.
- Kaufhold, Karl Heinrich, Das Gewerbe in Preußen um 1800 (GBWSG, Bd. 2). Göttingen 1978.
- Ders., Das Handwerk der Stadt Hildesheim im 18. Jahrhundert. Eine wirtschaftsgeschichtliche Studie. Göttingen 1968.
- Ders., Gewerbefreiheit und gewerbliche Entwicklung in Deutschland im 19. Jahrhundert. In: BILDG 118, S. 73-114.
- Ders., Das Handwerk zwischen Anpassung und Verdrängung. In: H. Pohl (Hrsg.), Sozialgeschichtliche Probleme der Hochindustrialisierung (1879-1914). Paderborn 1979, S. 103-141.
- Ders., Handwerksgeschichtliche Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Überlegungen zur Entwicklung und zum Stande. In: Ulrich Engelhardt (Hrsg.), Handwerker in der Industrialisierung, S. 20-36.
- Ders., Umfang und Gliederung des deutschen Handwerks um 1800. In: W. Abel (Hrsg.), Handwerksgeschichte in neuer Sicht, 2. Aufl. Göttingen 1978, S. 28-63.
- Ders., Wandlungen in den Stadt-Land-Beziehungen des Handwerks und des Heimgewerbes in Deutschland 1750-1850. In: G. Kaufmann (Hrsg.), Stadt-Land-Beziehungen. Verhandlungen des 19. Deutschen Volkskundekongresses in Hamburg vom 1. bis 7. Oktober 1973. Göttingen 1975, S. 171-189.
- Kazancev, B. N., Rabočie Moskvy i Moskovskoj gubernii v seredine 19. veka. M. 1976.
- Kellenbenz, H., Der Merkantilismus in Europa und die soziale Mobilität. Wiesbaden 1965.
- Keller, Katrin, Gemeine Bürgerschaft und Obrigkeit. Zu Wirkungsmöglichkeiten von Handwerksmeistern innerhalb städtischer Selbstverwaltungsorgane Leipzig im 16. Jahrhundert. Köln, Weimar, Wien 1994, S. 183-190.
- Keller, Kurt, Das messer- und schwererherstellende Gewerbe in Nürnberg von den Anfängen bis zum Ende der reichsstädtischen Zeit. Nürnberg 1981.
- Kersten, K., Peter der Große. Vom Wesen und von den Ursachen historischer Größe. Amsterdam 1935.
- Kiesewetter, Hubert, Industrialisierung und Landwirtschaft. Sachsens Stellung im regionalen Industrialisierungsprozeß Deutschlands im 19. Jahrhundert. Köln, Wien 1988.



- Ders., Industrielle Revolution in Deutschland: 1815 - 1914. Frankfurt/Main 1989.
- Kießling, Rolf, Die Stadt und ihr Land: Umlandpolitik, Bürgerbesitz und Wirtschaftsgefüge in Ostschwaben vom 14. Bis ins 16. Jahrhundert. Köln/Wien 1989.
- Kinderarbeit und Armenschulwesen in der sächsischen Elbestadt Pima. Berlin 1978 (Munumenta Paedagogika 18: Reihe B, Bildungspolitische und pädagogische Bestrebungen der Arbeiterbewegung bis 1945).
- King, V. A. P., The Emergence of the St. Petersburg Industrialist Community 1870-1905, Phil. Diss. Berkeley 1982.
- Kinžapina, Nina Stepanovna, Politika ruskogo samodržavija v oblasti promyšlennosti (20-50-e gody 19 veka. M. 1968.
- Kirchner, Walther, Die deutsche Industrie und die Industrialisierung Rußlands 1815-1914, St. Katharinen 1986.
- Ders., Über das deutsche Unternehmertum und die ökonomische Europäisierung Rußlands, in: Dahlmann und Scheide (Hrsg.), „... das einzige Land“, S. 49 - 64.
- Kirilov, I. K., Cvetuščee sostojanie Vserossijskogo gosudarstva, 2-e Ausgabe. M. 1977.
- Kir'janov, Ju. I., Žiznennyj uroven' rabočich Rossii (konec 19 - načalo 20 vekov). M. 1979, S. 20 f.
- Kitanina, T. M., Rabočie Peterburga v 1800-61 gg.: promyšlennost', formirovanie, sostav, položenie rabočich, rabočee dviženie. L. 1991.
- Dies., Rol' krest'janstva v formirovanii promyšlennych rabočich Sankt-Peterburga v period genezisa kapitalizma. In: Severo-Zapad v agrarnoj istorii Rossii. Kaliningrad 1994, S. 52-59.
- Dies., Rabočee soslovie i pravitel'stvennaja politika v pervoj polovine XIX v., in: Mavrodinskije čtenija. SPb. 1994, S. 161.
- Kizevetter, A. A., Gorodovoe položenie Ekateriny II 1785 g. Opyt istoričeskogo kommentarija. M. 1909.
- Ders., Posadskaja obščina v Rossii XVIII st. M. 1903.
- Klimenko, F. B., Zapadno-russkie cechi 16-18 vv. Kiev 1914.
- Klokman, Ju. R., Social'no-ekonomičeskaja istorija ruskogo goroda. Vtoraja polovina 18-go veka. M. 1967.
- Ders., Očerki social'no-ekonomičeskoi istorii gorodov severo-zapada Rossii v seredine XVIII veka. M. 1960.
- Knjaz'kov, S., S.-Peterburg i S.-Peterburgskoe obščestvo pri Petre Velikom. SPb. 1914.
- Koch. M. P., Russkie indeksy cen. M. 1926.
- Kocka, Jürgen, Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert. Bonn 1990.
- Ders., Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987.
- Ders. (Hrsg.), Soziale Sicherung und Mobilität in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert (Geschichte u. Gesellschaft, Jg. 1,1). Göttingen 1975.
- Ders., Sozialgeschichte. Begriff, Entwicklung, Probleme, 2. Aufl. Göttingen 1986.
- Ders., Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800. Bonn 1990.
- Kolotilova, S. I., Rabočaja sila na častnovladel'českich predprijatijach Peterburga i Peterburgskoj gubernii v 1750 - 1770 godach. In: UZPGPI, vyp. 23 1964,

S. 44.

- Kopanev, A. I., Naselenie Peterburga v pervoj polovine 19 veka.. M., L. 1957.
- Ders., Remeslenniki Peterburga v pervoj polovine 19 veka. In: Remeslo i manufaktura v Rossii, Finljandii i Pribaltike, S. 78-89. L. 1975.
- Korol'čuk, Ė. A., Ob osobennostjach ékspluatácii i stačečnoj bor'by peterburgskogo proletariata (70-90-e gg. 19 veka). In: IZ 89 (1972), S. 134-186.
- Košny, W., Ein Deutscher Bäcker in Petersburg, oder: kann ein Vaudeville denn mehr als Kurzweil sein? In: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, 48 (1993), S. 93-104.
- Koval'čenko, I. D., Ob osobennostjach raboty po najmu pomeščič'ich krest'jan Rossii v pervoj polovine XIX veka, in: Genezis kapitalizma v promyšlennosti i sel'skom chozjajstve. M. 1965.
- Kovalevskij, P. E., Zarubežnaja Rossija. Kul'turno-prosvetitel'skaja rabota russkogo zarubež'ja za polveka (1920-1970). Paris 1971.
- Kovrigina, Vera Aleksandrovna, Die Deutschen im Moskauer Handwerk in der zweiten Hälfte des 17. und im ersten Viertel des 18. Jahrhunderts. Lüneburg 1997.
- Kraus, A., Die Unterschichten Hamburgs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhundert. Stuttgart 1965.
- Kunisch, J., Absolutismus. Europäische Geschichte vom Westfälischen Frieden bis zur Krise des Ancien Régime, Göttingen 1986.
- Kuprijanova, Ljubov' Vasil'evna, Tamoženno-promyšlennij protekcionizm i rossijskoe predprinimatel'stvo (40-80-e gg. 19 veka). M. 1994.
- Kutter, Markus, Der modernen Schweiz entgegen Bd. 3: Die Schweiz von vorgestern; vom Wiener Kongress bis zu den kantonalen Revolutionen (1814-1830), Basel 1997.
- Kyöstiö, O. K., Suomalaiset Pietarissa käsityötä oppimassa. In: Historiallinen Aikokauskirja 3 (1951).
- Lange, Siegfried, Zur Bildungssituation der Proletarierkinder im 19. Jahrhundert. Kinderarbeit und Armenschulwesen in der sächsischen Elbestadt Pirna. Berlin 1978.
- Latkin, V. N., Zakonodatel'nye komissii v Rossii v XVIII v., tom 1. SPb. 1887.
- Laveryčev, Vladimir Jakovlevič, Carizm i rabočij vopros v Rossii (1861-1917). M. 1972.
- Lenger, Friedrich, Zwischen Kleinbürgertum und Proletariat: Studien zur Sozialgeschichte der Düsseldorfer Handwerker 1816-1878, Diss. Göttingen 1986.
- Ders., Polarisierung und Verlag: Schuhmacher, Schneider und Schreiner in Düsseldorf 1816-1861. In: U. Engelhardt (Hrsg.), Handwerker in der Industrialisierung, hier S. 127-145.
- Ders., Sozialgeschichte der deutschen Handwerker seit 1800 (Neue historische Bibliothek, Hrsg. v. H.-U. Wehler, Edition Surkamp 1532). Frankfurt/Main 1988.
- Ders., Zur Sozialgeschichte des rheinischen Stadthandwerks im 19. Jahrhundert. In: Rheinische Vierteljahresblätter, Mitteilungen des Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn, j. 52, 88.

- Ders., Zwischen Kleinbürgertum und Proletariat: Studien zur Sozialgeschichte der Düsseldorfer Handwerker 1816-1878. Göttingen 1986.
- Leopold-Rieks, Monika, Entwicklung der Berufs- und Sozialstruktur in der südlichen Vorstadt Bremens 1875-1914. In: Städtische Bevölkerungsentwicklung, hrsg. v. H.-G. Haupt, S. 73-96.
- Leute vom Fach. Nürnberger Handwerk im Industriezeitalter. Nürnberg 1988.
- Liessem, Peter, Verwaltungsgerichtsbarkeit im späten Zarenreich. Der Dirigierende Senat und seine Entscheidungen zur russischen Selbstverwaltung (1864-1917) (Studien zur Europäischen Rechtsgeschichte 79), Frankfurt/Main 1996.
- Lipp, Carola, Württembergische Handwerker und Handwerkervereine im Vormärz und in der Revolution 1848/49. In: U. Engelhardt (Hrsg.), Handwerker in der Industrialisierung, hier S. 347-380.
- Livšic, R. S., Razmeščenie promyšlennosti v dorevoljucionnoj Rossii. M. 1955.
- Ljaščenko, P. I., Istorija narodnogo chozajstva SSSR, tom 1. M. 1947.
- Ljubomirov, P. G., Očerki po istorii russkoj promyšlennosti. M. 1947.
- Luppov, S. P., Istorija stroitel'stva Peterburga pervoj četverti XVIII veka. M. 1957.
- Lur'e, L., Chitrov, A., Krest'janskije zemljačestva v rossijskoj stolice: jaroslavskie „piterščiki“, in: Nevskij Archiv. Istoriko-kraevedčeskij sbornik II, M.-SPb. 1995, S. 307-354.
- Lütge, Friedrich, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Berlin, Heidelberg, New York 1966.
- Luther, Rudolf, Gab es eine Zunftdemokratie? Berlin 1968.
- Madariaga, Isabel de, Russia in the age of Catharine the Great. London 1981.
- Markov, Walter, Die Bauernbewegung des Jahres 1861 in Russland nach Aufhebung der Leibeigenschaft: Meldungen der Suiten-Generäle und Flügeladjutanten; Berichte der Gouvernementsanwälte und Kreisfiskale. Berlin 1958.
- Mauersberg, H., Wirtschafts- und Sozialgeschichte zentraleuropäischer Städte in neuerer Zeit. Dargestellt an den Beispielen von Basel, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover und München. Göttingen 1960.
- Mayer, Arno, Adelsmacht und Bürgertum. Die Krise der europäischen Gesellschaft 1848-1914. München 1988.
- MacLachlan, Anne, Der Übergang vom Handwerker zum Unternehmer in Mainz 1830-1860. In: U. Engelhardt (Hrsg.), Handwerker in der Industrialisierung, hier S. 146-164.
- McKay, J. P., Pioneers for profit. Foreign entrepreneurs and Russian industrialisation 1885 - 1913. Chicago, London 1970.
- Ders., Ausländische Unternehmer im zarischen Rußland 1860-1914, in: Dahlmann und Scheide (Hrsg.), „... das einzige Land“, S. 65-86.
- McKean, Robert B., Saint Petersburg between the revolutionaries, June 1907 - February 1917. New Haven 1990.
- Meier, Brigitte, Städtische Verwaltungsorgane in den Brandenburgischen Klein- und Mittelstädten des 18. Jahrhunderts. Weimar, Wien 1994, S. 177-181.
- Meier, Thomas, Handwerk, Hauswerk und Heimarbeit: Nicht-agrarische Tätigkeit und Erwerbsformen in einem traditionellen Ackerbaugebiet des 18. Jahrhunderts (Zürcher Unterland). Zürich 1986.

- Mieck, Ilja (Hrsg.), Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Mitte des 17. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Stuttgart 1993.
- Mielenhausen, Erhard, Einzelhandel und Stadtentwicklung: Wechselseitige Beziehungen innerhalb städtischer Verdichtungsräume. In: Perspektiven der Stadtentwicklung: Ökonomie-Ökologie. Osnabrück 1988, S. 51-70.
- Mironov, B. N., Russkij gorod v 1740-1860 gg. L. 1990.
- Ders., Russkij gorod vo vtoroj polovine 18 - pervoj polovine 19 v. Tipologičeskij analiz. In: ISSSR 1988, Nr. 5, S. 150-68.
- Ders., Vnutrennij rynek Rossii vo vtoroj polovine XVIII- pervoj polovine XIX veka. L. 1981.
- Möller, Helmut, Die kleinbürgerliche Familie im 18. Jahrhundert. Verhalten und Gruppenkultur (Schriften zur Volksforschung, Bd. 3, hrsg. v. G. Heilfurth u.a., Bd. 3). Berlin 1969.
- Mommsen, Hans; Schulze, Winfried (Hrsg.), Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung. Stuttgart 1981.
- Mosse, W. E., Alexander II und the modernization of Russia. London 1992.
- Mousson, Peter, Vereinigte Zünfte zur Gerwe und zur Schuhmachern. Beziehungen zu auswärtigen Zünften, in: Zürichs Zünfte eins und jetzt: zum Jubiläum ihres 10jährigen Bestehens, hrsg. v. der Zunft Witikon. Zürich 1990, S. 47-49.
- Müller, Dirk H., Binnenstruktur und Selbstverständnis der „Gesellschaft“ der Berliner Zimmerer im Übergang von der handwerklichen zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung. In: U. Engelhardt (Hrsg.), Handwerker in der Industrialisierung, hier S. 627-636.
- Nardinelli, Clark, Child labor and the industrial revolution. Bloomington 1990.
- Nardova, V. A., Gorodskoe samoupravljenie v Rossii v 60-ch - nač. 90-ch godov XIX v. L. 1984.
- Dies., Samoderžavie i gorodskie dumy v Rossii v konce XIX - načale XX veka. SpB. 1994.
- Nemirovskij, A. O., Reforma gorodskogo samoupravljenija. M. 1907.
- Nils, Hansen, Fabrikinder: zur Kinderarbeit in schleswig-holsteinischen Fabriken im 19. Jahrhundert. Neumünster 1987.
- Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat. München 1983.
- Noll, A., Sozioökonomischer Strukturwandel des Handwerks in der zweiten Phase der Industrialisierung unter besonderer Berücksichtigung der Regierungsbezirke Arnsberg und Münster. Göttingen 1975.
- Nosov, N. E., Remeslo i manufaktura v Rossii. L. 1975.
- Očerki istorii Leningrada, Bd. 1, 2. M., L. 1955, 1957.
- Očerki russkoj kul'tury 18 veka, Teil 1-6. M. 1985-1990 (č.1, S. 157-177: Kul'tura prom-go pr-va, N.V.
- Kozlova, L.V. Koschman, V.R. Tarlovskaja; č. 2, S. 254-256, 260).
- Offord, D., The Contribution of V.V. Bervi-Flerovskij to Russian Populizm. In: The Slavonic and East European Review 66 (1988), S. 236-251.
- Ogris, Werner, Die Entwicklung des österreichischen Gemeinderechts im 19. Jahrhundert. In: Die Städte Mitteleuropas, hrsg. v. W. Rausch, S. 83-94.
- Orechov, A. M., Tovarnoe proizvodstvo i naėmnyj trud v promyšlennosti po pererabotke životnogo syr'ja v Nižnem Novgorode XVII veka. In: Russkoe

- gosudarstvo v XVII veke. M. 1961, S. 75-109.
- Otruba, Gustav, Handwerk und Industrialisierung in Österreich im 19. Und Beginn des 20. Jahrhunderts. In: Handwerk in Mittel- und Südosteuropa, S. 195-216.
- Paskaleva, Virginia, Die Entwicklung des Handwerks und die kulturelle Vermittlungsfunktion von Handwerkern bei der Europäisierung Bulgariens im 19. Jahrhundert. In: Handwerk in Mittel- und Südeuropa: Mobilität, Vermittlung und Wandel im Handwerk des 18. und 20. Jahrhunderts (Südosteuropa Studien, H. 38), S. 129-136.
- Pažitnov, Konstantin Alekseevič, K voprosu o roli krepostnogo truda v doreformennoj promyšlennosti. In: IZ 7 1940, S. 236-245.
- Ders., Položenie rabočego klassa v Rossii, tom 2: Period svobodnogo dogovora v uslovijach samoderžavnogo režima (s 1861 po 1905 g.), izd. 3, L. 1924; tom 3: Revoljucionnyj period 1905-1923. L. 1925.
- Ders., Organizacija remeslennoj promyšlennosti v Moskovskoj Rusi i reforma Petra. In: IZ 8 (1840).
- Ders., Problema remeslennych cechov v zakonodatel'stve russkogo absoljutizma. M. 1952.
- Petelin, V. G., Pervaja vystavka manufakturnych izdelij Rossii, in: VI 1991 Nr. 3, S. 178-181.
- Petrov, Jurij Aleksandrovič, Formen, Typen und Besonderheiten des russischen vorrevolutionären Unternehmertums, in: Bernd Heidenreich (Hrsg.), Rußlands unternehmerische Vergangenheit, hier S. 31-52.
- Pintner, W. M., Russian Economic Policy unter Nicolas I., Ithaca/USA 1967.
- Pipes, R., Social Democracy and the St. Petersburg labor movement, 1885-1897. Cambridge 1963.
- Pirumova, N. M., Zemskoe liberal'noe dvizenie: Social'nye korni i evoljucija do naala XX veka, Moskau 1977.
- Dies., Zemskaja intelligencija i eë rol' v obščestvennoj bor'be do načala XX veka, Moskau 1986.
- Pisar'kova, Ljubov' Fëdorovna, Moskovskoe gorodskoe obščestvennoe upravlenie s serediny 1880-ch gg. do pervoj russkoj revoljucii. M. 1982.
- Dies., Nizšie gorodskie soslovija v samoupravlennii Moskvj. XVIII-XX vv., Autorinmanuskript.
- Dies., Social'nyj sostav gorodskich glasnych nakanune kontreformy 1892 goda, in: ISSSR 1989 Nr. 6, S. 152-160.
- Plaggenborg, Stefan, Staatsfinanzen und Industrialisierung in Rußland 1881 - 1903. Die Bilanz der Steuerpolitik für Fiskus, Bevölkerung und Wirtschaft. In: Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte 44, 1990, S. 123-339.
- Pogrebenskij, A. P., Očerki istorii finansov dorevoljucionnoj Rossii (XIX-XX vv.). M. 1954.
- Pohl, Hans, Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Grundzüge der Epoche 1870-1914: Einführung in die Problematik, in: Ders. (Hrsg.), Sozialgeschichtliche Probleme in der Zeit der Hochindustrialisierung (1870 - 1914) (Quellen und Forschungen aus dem Gebiet der Geschichte, N.F. H. 1), Paderborn/München/Wien/Zürich 1979, hier S. 14 - 55.
- Pokšičevskij, V. V. (Hrsg.), Severo-Zapad RSFSR: ekonomiko-geografičeskaja charakteristika. M. 1964.

- Ders., Territorial'noe formirovanie promyšlennogo kompleksa Peterburga v 18-19 vekach. Opyt istoričeskoj mikrogeografii promyšlennosti krupnogo goroda. In: Voprosy geografii, sbornik Nr. 20, 1950, S. 122-162.
- Poljanskij, F. Ja., Gorodskoe remeslo i manufaktura v Rossii XVIII veka. M. 1960.
- Pothoff, O. D., Kulturgeschichte des deutschen Handwerks mit besonderer Berücksichtigung seiner Blütezeit. Hamburg 1938.
- Pronštejn, A. P., Velikij Novgorod v XVI veke. Char'kov 1957.
- Prost, Antoine und Gérard Voncent (Hrsg.), Geschichte des privaten Lebens, Bd 5: Vom Ersten Weltkrieg zur Gegenwart, Frankfurt/Main 1993.
- Puschner, Uwe, Handwerk zwischen Tradition und Wandel. Das Münchener Handwerk an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. Göttingen 1988.
- Puttkamer, Joachim v., Die Anfänge der russischen Arbeiterschutzgesetzgebung und ihre westeuropäischen Vorbilder. In: Reformen in Rußland des 19. und 20. Jahrhunderts: Westliche Modelle und russische Erfahrungen, hrsg. v. Dietrich Beyrau, Igor' Čičurov und Michael Stolleis. Frankfurt/Main 1996, S. 85-107.
- Ders., Fabrikgesetzgebung in Rußland vor 1905: Regierung und Unternehmerschaft beim Ausgleich ihrer Interessen in einer vorkonstitutioneller Ordnung (Beträge zur Geschichte Osteuropas Bd. 20). Köln 1996.
- Ders., Vorbild Europa? Der Einfluß ausländischer Industrieller auf Entstehung und Politik russischer Unternehmerverbände, in: Dahlmann und Scheide (Hrsg.), „... das einzige Land“, S. 101-124.
- Rabočie Leningrada 1703-1975. L. 1975.
- Raëff, M., Michael Speransky. Statesman of Imperial Russia, 1772-1839. The Hague 1957.
- Ders., Russia Abroad. Cultural History of the Russian Emigration 1919-1939. Oxford University Press 1990.
- Ders., The Well-Ordered Police State. Social and Institutional Change through Law in the Germanies and Russia, 1600-1800. New Haven, London 1983.
- Rašin, A. G., Formirovanie rabočego klassa v Rossii. M. 1958.
- Ders., Naselenie Rossii za 100 let (1811-1913 gg.). Statističeskie očerki. M. 1956.
- Rausch, Wilhelm (Hrsg.), Die Städte Mitteleuropas im 19. Jahrhundert. Linz 1983.
- Reinshagen, Robert V., Zünfte und Wohltätigkeit. In: Zürichs Zünfte eins und jetzt: zum Jubiläum ihres 10jährigen Bestehens, hrsg. v. der Zunft Witikon. Zürich 1990.
- Reininghaus, Wilfried, Das „Ganze Haus“ und die Gesellengilden. Über die Beziehungen zwischen Meistern und Gesellen im Spätmittelalter. In: R.S. Elkar (Hrsg.), Deutschlands Handwerk.
- Reith, Reinhold, Arbeitsmigration und Gruppenkultur deutscher Handwerksgesellen im 18. und 19. Jahrhundert. In: Städtische Bevölkerungsentwicklung, H.-G. Haupt (Hrsg.), S. 1-26.
- Ders., Arbeits- und Lebensweise im städtischen Handwerk: zur Sozialgeschichte der Augsburger Handwerksgesellen im 18. Jahrhundert (1700-1806), Diss. Konstanz 1988.

- Ders. (Hrsg.), Lexikon des alten Handwerks. Vom späten Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert. München 1990.
- Ders., Zur beruflichen Sozialisation im Handwerk vom 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, Umrisse einer Sozialgeschichte der deutschen Lehrlinge. In: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Stuttgart, Bd. 76.
- Rimscha, Hans von, Katharina II. Von der preußischen Generalstochter zur Kaiserin von Rußland. Göttingen 1961.
- Ders., Rußland jenseits der Grenzen 1921-1926. Ein Beitrag zur russischen Nachkriegsgeschichte. Jena 1927.
- Rogge, Hans-Jürgen, Bestimmungsfaktoren des regionalen Konsumentenverhaltens, in: Perspektiven der Stadtentwicklung: Ökonomie-Ökologie. Osnabrück 1988, S. 71-104.
- Rohlfes, Joachim, Geschichte und ihre Dialektik. Göttingen 1986.
- Roth, K., u.a. (Hrsg.), Handwerk in Mittel- und Südosteuropa. Mobilität, Vermittlung und Wandel im Handwerk des 18. bis 20. Jahrhundert. München 1987.
- Ruch, Josef, Die alten Zünfte der Stadt Waldshut. Radolfzell 1954.
- Ruppert, Wolfgang, Bürgerlicher Wandel. Die Geburt der modernen Gesellschaft im 18. Jahrhundert. Frankfurt/Main 1984.
- Rybakov, Ju. Ja., Promyšlennaja statistika Rossii 19 veka. M. 1976.
- Ders., Promyšlennoe zakonodatel'stvo Rossii pervoj poloviny XIX veka (istočnikovedčeskie očerki). M. 1986.
- Ryndzjanskij, P. G., Gil'dejskaja reforma Kankrina 1824 goda. In: Istoričeskie zapiski AN SSSR, Bd. 40, S. 110-139.
- Ders., Gorodskoe graždanstvo doreformennoj Rossii. M. 1958.
- Ders., Krest'janskaja promyšlennost' v poreformennoj Rossii (60-er bis 80-er Jahre des 19. Jahrhunderts). M. 1966.
- Ders., Krest'jane i gorod v kapitalističeskoj Rossii vtoroj poloviny 19 veka: vzaimootnošenie goroda i derevni v social'no-ekonomičeskom stroe Rossii. M. 1983.
- Ders., Melkaja promyšlennost': remeslo i melkotovarnoe proizvodstvo. In: Očerki ekonomičeskoj istorii Rossii pervoj poloviny 19 veka. M. 1959.
- Ders., Soslovno-podatnaja reforma 1775 g. i gorodskoe naselenie. In: Obščestvo i gosudarstvo feodal'noj Rossii. Sbornik statej posvjaščennyj 70-letiju akademika L. V. Čerepnina. M. 1975.
- Ders., Utverždenie kapitalizma v Rossii 1850-1880. M. 1978.
- Saalfeld, D., Handwerkseinkommen in Deutschland vom ausgehenden 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Bewertung von Handwerkerlöhnen in der Übergangsperiode zum industriellen Zeitalter. In: W. Abel (Hrsg.), Handwerksgeschichte in neuer Sicht. Göttingen 2. Aufl. 1978, S. 65 - 120.
- Ders., Lebensstandart in Deutschland 1750 - 1860. Einkommensverhältnisse und Lebenshaltungskosten städtischer Populationen in der Übergangsperiode zum Industriezeitalter. In: Wirtschaftliche und soziale Strukturen im säkularen Wandel. Festschrift für Wilhelm Abel zum 70. Geburtstag, Bd. 2, Hannover 1974, hier S. 417 - 443.
- Ders., Lebensverhältnisse der Unterschichten Deutschlands im neunzehnten

- Jahrhundert. In: *International Review of Social History* (1984), S. 215 - 253.
- Sacharov, A. M., Cechi v Rossii. In: *SIĖ*, t. 15, S. 762 ff.
- Ders., Goroda severo-vostočnoj Rusi XIV-XV vv. M. 1959.
- Sachse, Wieland, Lebensverhältnisse und Lebensgestaltung der Unterschicht in Göttingen bis 1860. In: W. Conze u. U. Engelhardt (Hrsg.), *Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert*, hier S. 19-45.
- Sacke, G., *Die Gesetzgebende Kommission Katharinas II. Ein Beitrag zur Geschichte des Absolutismus in Rußland*. Breslau 1940.
- Safonova, A. V., Položenie trudjaščichsja Peterburga i ich klassovaja bor'ba v 60-70-e gg. 18 veka. In: *Učēnye zapiski Vologodskogo gosudarstvennogo pedagogičeskogo instituta*, tom 14 istoričeskij (1954), S. 7.
- Sakovič, S. I., Social'nyj sostav moskovskich remeslennikov 1720-ch godov. In: *IZ* 42, S. 238-261. M. 1953.
- Ders., Torgovlja meločnymi tovarami v Moskve v konce 17 veka. In: *Istoričeskije zapiski*, Bd. 20 (1946).
- Scherer, Heinrich, *Der Aufbruch aus der Mangelgesellschaft. Die Industrialisierung Rußlands unter dem Zarismus (1860-1914)*. Giessen 1985.
- Schlögel, Karl (Hrsg.), *Das „andere Rußland“*. Zur Wiederentdeckung der Emigrationsgeschichte in der Sowjetunion, in: Dietrich Geyer (Hrsg.), *Die Umwertung der sowjetischen Geschichte*, Göttingen 1991, S. 238-256.
- Ders., *Der große Exodus: die russische Emigration und ihre Zentren 1917 bis 1941*. München 1994.
- Ders., *Jenseits des Großen Oktober. Das Laboratorium der Moderne. Petersburg 1909-1921*. Berlin 1988.
- Schmidt, Christoph, *Leibeigenschaft im Ostseeraum: Versuch einer Typologie*. Köln, Weimar, Wien 1997.
- Ders., *Sozialkontrolle in Moskau: Justiz, Kriminalität und Leibeigenschaft; 1649-1785*. Stuttgart 1996.
- Ders., *Ständerecht und Standeswechsel in Rußland 1851 - 1897 (Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München, Reihe: Geschichte, Bd. 62)*. Wiesbaden 1994.
- Schmidt, G. (Hrsg.), *Stände und Gesellschaft im Alten Reich*. Stuttgart 1989.
- Schmidt, Karl-Heinz, *Bestimmungsgründe und Formen des Unternehmenswachstums im Handwerk seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*. In: *Handwerksgeschichte in neuer Sicht*, W. Abel (Hrsg.), S. 241-281.
- Schmoller, G., *Die Tatsachen der Lohnbewegung in Geschichte und Gegenwart*. In: *Schmollers Jahrbuch* 38 (1914), S. 215 - 253.
- Ders., *Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert. Statistische und nationalökonomische Untersuchungen*. Halle 1870 (Nachdruck - Hildesheim 1975).
- Schnell, P., *Das Frankfurter Handwerk von 1816-1848. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte*, Diss. Frankfurt/Main 1936.
- Schultz, Helga, *Das ehrbare Handwerk: Zunftleben im alten Berlin zur Zeit des Absolutismus*. Weimar 1993.
- Schütz, Armin, *Handwerksämter in der Stadt Schleswig. Altstadt, Lollfuß und Friedrichsberg 1400-1700*, Diss. Hamburg 1966.



- Schwarz, Gerard, „Nahrungsstand“ und „erzwungener Gesellenstand“: Mentalité und Strukturwandel des bayerischen Handwerks im Industrialisierungsprozeß um 1860. Berlin 1974.
- Seebohm, Thomas M., Ratio und Charisma. Ansätze und Ausbildung eines philosophischen und wissenschaftlichen Weltverändernisses im Moskauer Rußland. Bonn 1977.
- Semanov, S. N., Sostav i položenie rabočich Peterburga po dannym gorodskich perepisej. In: Rabočij klass i rabočee dvizenie v Rossii 1861 - 1917. M. 1966.
- Semënov, Dmitrij Dmitrievič, Gorodskoe samoupravlenie. Očerki i opyty. SPb. 1901.
- Ders., Gorodskoe predstavitel'stvo v Ekaterinskiju épochu. (Po materialam komissii 1767 g.), in: Russkoe bogatstvo 1898 Nr. 1, S. 36-58
- Semënova, L. N., Masterovye i rabotnye ljudi Peterburga v pervoj polovine 18 veka. Avtoreferat. L. 1967.
- Dies., Rabočie Peterburga v pervoj polovine 18 veka. L. 1974.
- Dies., Rabočie peterburgskich zavodov artillerijskogo vedomstva v pervoj polovine 18 veka. In: Issledovanija po istorii feodal'no-krepostničeskoj Rossii. M., L. 1964, S. 69-115.
- Dies., Snabženie chlebom Peterburga v XVIII v. (pravitel'stvennaja politika), in: N.V. Jučnëva, Peterburg i gubernija. Istoriko-étnografičeskie issledovanija, Leningrad 1989, S. 5-20.
- Semevskij, V.I.: Krest'jane v carstvovanie imperatricy Ekateriny II. 2. verb. u. erg. Aufl., Bd. 1-2, Spb. 1901-1903.
- Ders.: Krest'janskij vopros v Rossii v XVIII i pervoj polovine XIX veka. Bd. 1-2. SPb. 1888.
- Šepelev, L. E., Akcionernye kompanii v Rossii, Leningrad 1973.
- Serbina, K. N., K voprosu ob učeničestve v remesle russkogo goroda XVII v. In: IZ 18 (1946).
- Dies., Očerki iz social'no-ékonomičeskoj istorii russkogo goroda. Tichvinskij posad v XVI-XVIII vekach. M., L. 1951.
- Dies., Remeslo i manufaktura v Rossii v 16-17 vekach. In: Remeslo i manufaktura v Rossii, Finljandii i Pribaltike, L. 1975, S. 20-31.
- Share, Michael, The central Worker's Circle of St. Petersburg, 1889 - 1894: A Case Study of the „Workers' Intelligentsia“. New York, London 1987.
- Simon, Manfred, Handwerk in Krise und Umbruch: wirtschaftliche Forderungen und sozialpolitische Vorstellungen der Handwerksmeister im Revolutionsjahr 1848/49. Köln 1983.
- Sinz, H., Lexikon der Sitten und Gebräuche im Handwerk (1986).
- Ders., Das Handwerk. Geschichte, Bedeutung und Zukunft. Düsseldorf 1977.
- Sokolov, Aleksej G., Sud'by russkoj émigracii 1920-ch godov, M. 1991.
- Solov'ëv, Ju. B., Samoderžavie i dvorjanstvo, L. 1973.
- Solov'ëva, A. M., Promyšlennaja revoljucija v Rossii v 19 veke. M. 1990.
- Sombart, W., Die deutsche Volkswirtschaft im 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts. Berlin 1923.
- Sommer, Doreen, Das Russland Peters des Großen und der europäische Absolutismus, Marburg 1995.
- Spielmann, Hans Ruedi, Zünfte und Zünfterfrauen, in: Zürichs Zünfte eins und

- jetzt: zum Jubiläum ihres 10jährigen Bestehens, hrsg. v. der Zunft Witikon. Zürich 1990, S. 94-97.
- Spree, Reinhard, Das Wachstum von Volkswirtschaften. Theorie und historische Erfahrung. In: JWG 1994/1, S. 109-130.
- Stavenhagen, G., Die Industrialisierung und ihre handwerksfördernden Kräfte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, dargestellt am Beispiel des Herzogtums Braunschweig. In: Neues Archiv f. Niedersachsen 19, 1970, S. 38-61.
- Steffens, Thomas, Die Arbeiter von Petersburg 1907 bis 1917. Soziale Lage, Organisation und spontaner Protest zwischen zwei Revolutionen. Freiburg i. Br. 1985.
- Steinberg, Mark D., Moral Communities: The Culture of Class Relations in the Russian Printing Industry, 1867-1907. Berkeley 1992.
- Steinkamp, Arno, Stadt- und Landhandwerk in Schaumburg-Lippe im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert. Rinteln 1970.
- Stepanov, N., Sravnitel'no-istoričeskij očerk organizacii remeslennoj promyšlennosti v Rossii i zapadno-evropejskich gosudarstvach. Kiev 1864.
- Stone, Norman, The other Russia: the experience of exile. London 1990.
- Strumilin, S. G., Očerki ékonomičeskoj istorii Rossii. M. 1960.
- Stürmer, M. (Hrsg.), Herbst des alten Handwerks. Quellen zur Sozialgeschichte des 18. Jahrhunderts. München 1979.
- Ders., Handwerk und höfische Kultur. Europäische Möbelkunst im 18. Jahrhundert. München 1982.
- Šumilov, M. M., Mestnoe upravlenie i central'naja vlast' v Rossii v 50-ch- načale 80-ch gg. 19 veka. M. 1991.
- Šunkov, V. I., Remeslo v Pskove i Novgorode po dannym syska 1639-1640. In: IZ 5. Moskau 1939, S. 102-117,
- Surh, Gerald D., Ninteen hundred and 1905 in St. Petersburg: labor, society and revolution. Stanford 1989.
- Tarnovskij, K. N., Melkaja promyšlennost' Rossii v konce 19-go - načale 20-go vekov. M. 1995.
- Thamer, Hans Ulrich, Arbeit und Solidarität. Formen und Entwicklungen der Handwerkermentalität im 18. und 19. Jahrhundert in Frankreich und Deutschland. In: U. Engelhardt (Hrsg.), Handwerker in der Industrialisierung, hier S. 469-496.
- Thurson, R.W., Liberal City, Conservative State. Moskow and Russia's Urban Crisis 1906 - 1914. New York 1987.
- Tichomirov, M. N., Drevnerusskie goroda. M. 1956.
- Ders., O kupečeskich i remeslennych ob-edinenijach v Drevnej Rusi (XI-XV vv.). In: VI 1 (1945).
- Tichonov, B. V., Osnovnye napravlenija vnutrennej migracii naselenija Rossii (po dannym perepisi 1897 goda o nemestnych uročencach). In: IZ 88. M. 1971, S. 210-256.
- Tilly, Richard H. (Hrsg.), Geschichte der Wirtschaftspolitik: vom Merkantilismus zur sozialen Marktwirtschaft, München 1993.
- Troickij, S. M., Dvorajnskie proekty sozdanija „tret'ego čina“, in: Obščestvo i gosudarstvo feiodal'noj Rossii. Sbornik statej, posvjaščennyj 70-letiju akademika Čerepnina. M. 1976, S. 226-236.

- Ders., Finansovaja politika russkogo absolutizma vo vtoroj polovine XVII i XVIII v., in: Absolutizm v Rossii (XVII-XVIII vv.), Moskau 1964, S. 281-319.
- Ders., Russkij absolutizm i dvorjanstvo v 18 veke. Formirovanie bükratii. M. 1974.
- Tuchtenhagen, Ralph, Bildung als Auftrag und Aufgabe. Deutsche Schulen in St. Petersburg 1704-1934, in: Deutsche in St. Petersburg und Moskau vom 18. Jahrhundert bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, NOA NF Bd. III/1994 Heft 1, S. 63-87.
- Ders., Osteuropäische Geschichte *en panne*, in: OE 5, 1999, S. 518-526.
- Tugan-Baranowsky. M. I., Geschichte der russischen Fabrik. Berlin 1900.
- Ulrich, Conrad, Neuer Schwung dank neuen Zünften, in: Zürchs Zünfte eins und jetzt: zum Jubiläum ihres 10jährigen Bestehens, hrsg. v. der Zunft Witikon. Zürich 1990, S. 34-36.
- Unbegaun, B.O., Soziale Schichtungen in russischen Familiennamen. In: 10. Internationaler Kongreß für Namenforschung. Abhandlungen, Bd. 2. Wien 1969, S. 365-370.
- Ungem-Sternberg, R. v., Die Struktur der russischen Gesellschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts. In: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 76. 1956, S. 169-197.
- Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland mit besonderer Rücksicht auf seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Großindustrie, Bd. 1-9. Münster u. Leipzig 1895-1897.
- Ustjugov, N. V., Remeslo i melkoe tovarnoe proizvodstvo v Russkom gosudarstve XVII veka. In: IZ 34, S. 166-197. M. 1950.
- Velikie reformy v Rossii: 1856-1874, hrsg. v. L. G. Zacharova. M. 1992.
- Veretenko, T. E., K voprosu o dejatel'nosti masterskoj Genricha Gambsa (po dokumentam CGIA). In: Problemy razvitija russkogo iskusstva. Vyp. XVII, tematičeskij sbornik naučnych trudov, hrsg. v. I. A. Bartenëv. L. 1984, S. 68-75.
- Veselovskij, Boris Borisovič, Istorija Zemstva za sorok let, tom 1, 2. St. Petersburg 1909, tom 3, 4. St. Petersburg 1911.
- Vogel, Barbara, Staatliche Gewerbereform und Handwerk in Preußen 1810-1820. In: U. Engelhardt (Hrsg.), Handwerker in der Industrialisierung, hier S. 184-210.
- Volkmann, Hans Erich, Die russische Emigration in Deutschland 1919-1929. Würzburg 1966.
- Vovčik, A. F., Politika carizma po rabočemu voprosu v predrevoljucionnyj period (1895-1904). L'vov 1964.
- Voznesenskij, S., Gorodskie deputatskie nakazy v Ekaterininskuju komissiju 1767 goda, in: ŽMNP č. 24 (1909) Nr. 11 S. 89-119, Nr. 12 S. 241-284.
- Vyskočkov, L. V., Ob etničeskom sostave sel'skogo naselenija Severo-Zapada Rossii (vtoraja polovina XVIII-XIX v.). In: N. V. Juchnëva (Hrsg.), Peterburg i gubernija. Istoriko-etnografičeskie issledovanija. L. 1989, S. 113-131.
- Ders., Vlijanie Peterburga na chozjajstvo i byt gosudarstvennyh krest'jan Peterburgskoj gubernii v pervoj polovine 19 veka, in: Juchnëva (Hrsg.), Staryj Peterburg: istoriko-etnografičeskie issledovanija. L. 1982.

- Wagner, Fritz, Europa im Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung. Stuttgart 1996. Wallerstein, Immanuel, Der Merkantilismus: Europa zwischen 1600 und 1750, o. O. 1998.
- Walter, Maximilian, Das Fürststift Kempten im Zeitalter des Merkantilismus: Wirtschaftspolitik und Realitätenentwicklung (1648-1802/03), Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte; 68). Stuttgart 1995.
- Walter, Rolf, Wirtschaftsgeschichte: vom Merkantilismus bis zur Gegenwart, 2. Aufl. Köln, Weimar, Wien 1998.
- Weber, Max, Max Weber zur Russischen Revolution 1905. Schriften und Reden 1905-1912, hrsg. v. Wolfgang Mommsen und Dittmar Dahmann, MWG I/Bd. 10, Tübingen 1989.
- Ders., Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, hrsg. v. Johannes Winckelmann, 1. Halbband. Neuausgabe. Köln, Berlin 1964.
- Ders., Wirtschaftsgeschichte: Abriss der universellen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 4. Auflage. Berlin 1981.
- Weber-Fas, Rudolf, Deutschlands Verfassung: vom Wiener Kongress bis zur Gegenwart, Bonn 1997.
- Wehrli, Hans, Zunft und Gewerbe am Beispiel der Weggenzunft. In: Zürichs Zünfte eins und jetzt: zum Jubiläum ihres 10jährigen Bestehens, hrsg. v. der Zunft Witikon. Zürich 1990, S. 43-47.
- Weissbach, Lees, Child labor reform in nineteenth-century France: assuring the future harvest. Baton Rouge: Louisiana State Univ. 1989.
- Weiß, G., Die russische Stadt zwischen Auftragsverwaltung und Selbstverwaltung. Zur Geschichte der russischen Stadtreform von 1870. Phil. Diss. Bonn 1977.
- Wernet, Karl Friedrich, Handwerksgeschichte als Forschungsgegenstand. Münster 1961 (Forschungsberichte aus dem Handwerk, Bd. 4,5).
- Ders., Handwerksgeschichtliche Perspektiven. Münster 1963.
- Ders., Wettbewerbs- und Absatzverhältnisse des Handwerks in historischer Sicht Bd. 1: Nahrung, Getränke, Genußmittel. Berlin 1967.
- Ders., Zur Abgrenzung von Handwerk und Industrie. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge in ihrer Bedeutung von Abgrenzungsfragen (Forschungsberichte aus dem Handwerk, Bd. 11). Münster/W. 1965.
- Wernet, Wilhelm, Gegenstand und Aufgaben der Handwerksforschung. Münster 1959.
- Ders., Handwerk im Widerstreit der Lehrmeinungen. Das neuzeitliche Handwerksproblem in der sozialwissenschaftlichen Literatur (Forschungsberichte aus dem Handwerk. 3), Münster/W. 1960.
- Ders., Handwerks- und Industriegeschichte. Stuttgart 1963.
- Ders., Handwerkspolitik. Göttingen 1952.
- Westerlund, E., Pietarin suomalaiset kulta - ja hopeaseppämasterit v. 1714-1814. Helsinki 1938.
- Widmer, Sigmund, Vom Geist der Zünfte, in: Zürichs Zünfte eins und jetzt: zum Jubiläum ihres 10jährigen Bestehens, hrsg. v. der Zunft Witikon. Zürich 1990.
- Ders., Vom Geist der Zünfte. In: ebd., S. 293-295.
- Wiest, Ekkehard, Die Entwicklung des Nürnberger Gewerbes zwischen 1648 und 1806. Stuttgart 1968.

- Williams, Robert C., *Culture in Exile. Russian Emigrés in Germany 1881-1971*, Ithaka/New York/London 1972.
- Windmüller, Otto, *Das Handwerk in Schwäbisch Hall vom Ende der Reichsstadtzeit bis zur Einführung der Gewerbefreiheit im Jahre 1862*. St. Katharinen 1987.
- Winkler, H. (Hrsg.), *Vom Kleingewerbe zur Großindustrie. Quantitativ-regionale und politisch-rechtliche Aspekte zur Erforschung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur im 19. Jahrhundert*. Berlin 1975, hier S. 227 - 259.
- Wissel, Ekkehard, *Die Entwicklung des Nürnberger Gewerbes zwischen 1648 und 1806*. Stuttgart 1968.
- Witter, Gabriele, *Patriarchale Herrschaftsmuster von der Leibeigenschaft bis zur Demokratie*. Frankfurt/Main 1990.f
- Wittram, R., Peter I. Czar und Kaiser. *Zur Geschichte Peters des Großen in seiner Zeit*. Bd. 1-2. Göttingen 1964.
- Wurm, Franz F., *Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland 1848-1948*. Opladen 1969.
- Zacharova, L. G., *Zemskaja kontrreforma 1890 goda*, Moskau 1968.
- Zajončkovskij, P. A., *Rossijskoe samoderžavie v konce XIX stoletija*. M. 1970.
- Zaozerskaja, E. I., *U istokov krupnogo proizvodstva v ruskoj promyšlennosti*. M. 1947.
- Dies., *K voprosu o zaroždenii kapitalističeskich otnošenij v melkoj promyšlennosti Rossii načala 18 veka*. In: *Voprosy istorii* Nr. 6 (1949).
- Zelnik, Reginald, *Labor and Society in Tsarist Russia: The Factory Workers of St. Petersburg, 1855-1870*. Stanford 1971.
- Zewars, Hans Jörg, *Arbeit als Besitz. Das ehrbare Handwerk zwischen Bruderliebe und Klassenkampf 1848*. Hamburg 1988.



Dmitrij Alekseevič Golicyn

# Vom Geist der Ökonomen

**Russisches Beispiel eines europäischen Aufklärers  
Eingeleitet, kommentiert und herausgegeben von Erich  
Donnert**

Frankfurt/M., Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien, 2001. 258 S.,  
zahlr. Abb.

Schriftenreihe der Internationalen Forschungsstelle »Demokratische Bewe-  
gungen in Mitteleuropa 1770-1850«. Herausgegeben von Helmut Reinalter.  
Bd. 30

ISBN 3-631-37930-7 · br. € 40.40\*

Bei diesem Buch handelt es sich um eine Neuauflage der deutschen Fassung  
der Schrift *De l'esprit des économistes* von 1796 des russischen Fürsten  
Dmitrij Alekseevič Golicyn. Golicyn, Diplomat, Gelehrter und politischer Den-  
ker, ein Zeitgenosse Katharinas II., wandte sich in diesem Werk mit der Auf-  
forderung an die europäischen Monarchen, der „französischen Anarchie“  
ein Ende zu setzen, gegen die Französische Revolution. Dabei stimmte der  
Autor mit den Grundsätzen der Physiokraten (=Ökonomen) überein, die  
diese hinsichtlich des Naturrechts des Menschen vertraten. In diesem Sinne  
machte Golicyn deutlich, daß in der Gesellschaft allein die Grundeigentümer  
den wirklichen Körper des Staates ausmachen würden. Wirtschaft, Gesell-  
schaft und Staat erschienen daneben als Anhängsel der Agrikultur.  
Die Einleitung und die Kommentare von Erich Donnert zu dieser Neuausga-  
be beschäftigten sich mit dem Leben und Werk Golicyns und seines Kreises.  
Außerdem werden die ersten Regierungsjahre Katharinas II., insbesondere  
mit den nach 1766 eingeleiteten Staats- und Gesellschaftsreformen beleuch-  
tet und in Beziehung zur Entwicklung des politischen Denkens bei Golicyn  
gesetzt.

*Aus dem Inhalt:* Golicyn gliederte seine Schrift in 37 Kapitel, in denen er Fra-  
gen des Staates, des Rechts, der Klassen und Stände, des Handels, der Erzie-  
hung, Religion, Moral u. a. m. behandelte.

Frankfurt/M · Berlin · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Wien

Auslieferung: Verlag Peter Lang AG

Jupiterstr. 15, CH-3000 Bern 15

Telefax (004131) 9402131

\*inklusive der in Deutschland gültigen Mehrwertsteuer  
Preisänderungen vorbehalten

Homepage <http://www.peterlang.de>







Die Arbeit befaßt sich mit der Geschichte des Handwerks in Rußland und speziell in St. Petersburg im 18. und 19. Jahrhundert. Es wird gezeigt, welche große Bedeutung das Handwerk in der Wirtschaftsgeschichte Rußlands spielt. Auf der Grundlage umfangreicher Quellenmaterialien mit vorwiegend wirtschaftsgeschichtlichen Methoden wird die Lage des Petersburger Handwerks und der Handwerker im Zusammenhang mit der Industrialisierung analysiert. Dabei wird die Rolle der ausländischen, im besonderen der deutschen Handwerker gewürdigt, die nachhaltige Innovationen einführten. Dazu gehört das Verhältnis zwischen Zunftmitgliedern und neu vom Land zugewanderten Handwerkern. Diese Arbeit schließt eine erhebliche Forschungslücke und stellt zum ersten Mal das Petersburger Handwerk und seine Selbstverwaltungsstruktur angemessen dar.

Andreas Keller, geb. am 23.08.1963 in Volosovo (Russische Föderation), absolvierte 1984 –1989 die Pädagogische Hochschule in Leningrad. 1991–1995 Studium an der Universität Freiburg. Die Promotion erfolgte 2000.

[www.peterlang.de](http://www.peterlang.de)